

56 14 ZEITSCHRIFT FÜR

GEO POLITIK

WELTWIRTSCHAFT, WELTPOLITIK
UND AUSLANDSWISSEN

XXVI. JAHRGANG **1** JANUAR 1955

10 Jahre nach 1945:

Weltgleichgewicht oder Weltkrieg?

Wasserstoffbombe und göttliche Vorsehung · Deutschland als Vorfeld
Ein Pufferstaat ist eine Provokation

Ruth Fischer: Berias Ende – ein neuer Anfang?

Berdjajew · Polnische Stimme zu Europas Einigung · Bilanz des deutschen Ostens

Hagerup-Svendsen: Transpolare Verkehrsflüge

Die Färöer · Die Niederlande und Schleswig-Holstein im Kampf gegen die Nordsee
Südwestafrika · Brasilien

C. W. LESKE VERLAG DARMSTADT

ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

verbunden mit der Zeitschrift WELTPOLITIK und WELTWIRTSCHAFT

Monatshefte für deutsches Auslandswissen

SCHRIFTFÜHRUNG

Professor Dr. K. H. Pfeffer, Hamburg 36, Gänsemarkt 35 I, Fernruf 35 58 14

XXVI. JAHRGANG · HEFT 1 · JAHRGANG 1955

INHALT

—ff—: Wasserstoffbombe und göttliche Vorsehung	1	Schwind: Die deutsch-dänische Grenze	55
***: Zehn Jahre nach 1945 — Weltgleichgewicht oder Dritter Weltkrieg?	2	Raupach: Deutsch-slawische Schicksalsgemeinschaft	60
Ruth Fischer: Berias Ende — ein neuer Anfang?	12	v. d. Decken-Raupach: Bilanz des deutschen Ostens	61
Gardiner: Südwestafrika — Europäische Gemeinschaftsleistung	23	Langen: Die Oder-Neiße-Linie	63
Oberacker: Die brasilianische Nation	28		
Hagerup-Svendsen: Transpolare Verkehrsflüge	42		
FREIE AUSSPRACHE			
Deutschlands und Europas Einigung			
Alander: Die Färöer	52	Cremer: Deutschland als Vorfeld	6
SvR: Der Kampf der Niederlande gegen die Nordsee 1955	59	Nycz: Eine polnische Stimme	7
Witt: Eindeichung an Schleswig-Holsteins Westküste	60	Marschalko: Ein Pufferstaat ist eine Provokation	8
Friedensburg: Entfesselung des Krieges ist Schuld			
Kulturelle Kraftprobe oder Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Dänemark?			
Puls: Kulturelle Kraftprobe zwischen Deutschland und Dänemark			
Schramm: Kulturelle Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Dänemark			
Beyer: Hermann Ehlers			

BERICHTE

SCHRIFTTUM

MITARBEITER DIESES HEFTES

- URSEL ALANDER, Flensburg, An der Reitbahn 11.
Prof. Dr. HANS JOACHIM BEYER, Flensburg, Peter-
Chr.-Hansen-Weg 4; Prof. für Geschichte an der Päd-
agogischen Hochschule.
Pastor HANS GERHARD CREMER, Studienrat, Wie-
denbrück/W., Am Freigrafenkamp.
Dr. HANS V. D. DECKEN, Hamburgisches Welt-Wirt-
schafts-Archiv, Hamburg 36, Poststr. 11
Dr. phil. habil. KARL EPTING, Stuttgart-O, Gauß-
straße 55 A.
RUTH FISCHER, c/o Stefan Bauer-Mengelberg, De-
partment of Philosophy, New York University, 641
East Building, New York 3, N. Y.; ehemals Abgeord-
neter der KPD im Deutschen Reichstag.
Prof. Dr. FERDINAND FRIEDENSBURG, MdB, Ber-
lin-Dahlem, Pacelliallee 6; Präsident des Deutschen
Instituts für Wirtschaftsforschung.
Zivilingenieur KNUT HAGERUP-SVENDSEN, Brom-
ma (bei Stockholm), Martinvägen 43; Direktor der
SAS.
VINTILA HORIA, Madrid/Spainen, Calle de la Ilustra-
ción 15 VOA; rumänischer Journalist.
Rechtsanwalt Dr. jur. EUGEN LANGEN, Düsseldorf,
Inselstr. 2.
LUDWIG MARSCHALKO, München, Infanteriestr. 18,
Block VIII; ehemals Mitarbeiter der ungarischen Zei-
tung Függetlenség.
STANISLAW NY CZ, Bremen-Grohn, Lesumstr. 14;
ehemals Assistent am Geographischen Institut der
Universität Posen und Privatsekretär Roman Dmow-
kis; 1942 bis 1945 Metallarbeiter in Hamburg; 1945 bis
1952 Oberlehrer der Geschichte und Geographie an
polnischen Gymnasien in Westdeutschland; seitdem
arbeitslos oder Notstandsarbeiter.
Dr. KARL HEINZ OBERACKER, São Paulo, Rua San-
ta Efigénia, Caixa p. 3576. Herausgeber der „Brasil-
post“.
Oberstudienrat Dr. WILLI WALTER PULS, Hamburg-
Fuhlsbüttel, Hummelsbütteler Kirchenweg 63.
Prof. Dr. HANS RAUPACH, Wilhelmshaven-Rüster-
siel, Hochschuldorf. Prof. der Nationalökonomie an
der Hochschule für Wirtschaft und Arbeit.
RENATE SCHRAMM, Kiel, Eckenförder Allee 8.
Dozent Dr. phil. habil. MARTIN SCHWIND, Isern-
hagen/Hann., Große Heide 5; Oberstudiendirektor.
Oberregierungsrat Dr. WERNER WITT, Kiel-Wik,
Fördehaus, Amt für Landesplanung.

Preis des Heftes: DM 2.30. Vierteljahresbezug: Ausgabe A DM 6.35; Studienbezug DM 4.—
Vierteljahresausgabe C: Gegenwartskunde; Jahresbezug DM 1.60.

Postscheck: C. W. Leske Verlag, Frankfurt a. M. Nr. 684 25 / Bank: Süddeutsche Bank, Darmstadt Nr. 49 620

Wasserstoffbombe und göttliche Vorsehung

... „um den Begriff zu gebrauchen“

Der Bundespräsident, Prof. Dr. Th. Heuss, sagte vom ehemaligen Freistaat Danzig, als er im Oktober 1954 dem Schweizer Historiker Carl Burckhardt, der einmal Hoher Kommissar des Völkerbundes in Danzig gewesen ist, den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels verlieh, dort habe völkerrechtlich und „geopolitisch“, „um den Begriff zu gebrauchen“, die eigentliche Reizstelle der politischen Lage in Europa gelegen.

Leser, die uns auf diese „schamhafte Wiedereinführung“ des Begriffs aufmerksam machten, wunderten sich, daß der Bundespräsident das Wort „geopolitisch“ nur in Gänsefüßchen gebraucht. Sie werden sich weniger wundern, wenn ihnen zufällig die Nummer vom 29. 9. 1954 der „Deutschen Tagespost“ aus Regensburg in die Hände fällt, wo Oberstleutnant a. D. Karl Gross „eine geopolitische Betrachtung“ veröffentlicht, in der es heißt: „Daß sich der Christ, der weiße Mann auf unserer Erde, zahlenmäßig in einer katastrophalen Minderheit befindet, ist evident, doch hat vorläufig die göttliche Vorsehung dieses Mißverhältnis wettgemacht durch die furchtbare Wasserstoffbombe als Regulativ dafür, daß es sich Kommunisten und Farbige versagen müssen, in bewaffneten Millionenblocks die Lebensgebiete der weißen Menschen zu überrennen... Klar sichtbar umfaßt bereits ein Gürtel westlicher Flugplätze die kompakte rote Ländermasse... So darf man ohne Übertreibung sagen, daß um den russisch-chinesischen Leib eine Perlenkette von Stadtzerbläsern gelegt ist...“

Wir halten mit den „Frankfurter Heften“ (11/1954) Äußerungen dieser Art für „gefährlichen Wahnsinn“. Die Überschrift „geopolitische Betrachtung“ ist jedoch keineswegs, wie die „Frankfurter Hefte“ meinen, „treffsicher“, denn „Geopolitik“ heißt nicht großenwahnsinnige, unverantwortliche Kannegießerei, Kollektivbeschimpfung ganzer Kontinente, schamlose Inanspruchnahme des lieben Gottes für parteipolitische Zwecke usw.

Als Karl Haushofer unsere Zeitschrift gründete, wollte er mit ihr dem „geographischen Gewissen der Nation“ eine Äußerungsmöglichkeit schaffen. Wir haben das gleiche Ziel und wenden uns deshalb eindeutig gegen die nicht nur geographische Gewissenlosigkeit der zitierten Äußerungen.

Wir werden weiter Stimmen zu Worte kommen lassen, die andere Ansichten als die der Schriftleitung vertreten. Wir betonen aber zu Anfang dieses Jahrgangs, der das zweite Vierteljahrhundert der Zeitschrift für Geopolitik eröffnet, daß wir vor allem anderen dem Frieden dienen wollen. Wenn wir nur scheinbar übernationale Phrasen durch unsere Mitarbeiter angreifen lassen, tun wir das ebenso, wie wenn wir immer wieder den Blick auf die Realitäten der Gegenwart auf der ganzen Erde zu lenken versuchen.

—ff—

Zehn Jahre nach 1945

Weltgleichgewicht oder Dritter Weltkrieg

Eine Zwischenbilanz des Weltgeschehens zu Beginn des Jahres 1955 hat vor allem folgende Hauptposten zu bewerten.

- 1) Die Welteinheit der siegreichen, antideutschen oder antijapanischen Mächte des Zweiten Weltkrieges ist in eine Weltzweiheit zerfallen.
- 2) Diese Weltzweiheit umfaßt nicht alle Mächte von weltpolitischer Bedeutung. Vor allem stehen wesentliche Teile der nichtweißen Welt außerhalb der großen Blöcke.
- 3) Der Versuch einer europäischen Einigung ist gescheitert. Europa hat damit sein weltpolitisches Gewicht, das ihm nach seiner Geschichte, der Qualität seiner Menschen und der Größe seines ökonomischen Potentials zusteht, nicht wiederfinden können.
- 4) Die deutsche Teilung ist – nicht ohne deutsche Schuld – im Begriff zu versteinern.

Bewertet man in einer weltpolitischen Bilanz die Stabilität des Friedens als die positive und den Krieg oder die Möglichkeit des Krieges als die negative Seite, so wird man immer noch in der Summe der Bilanz des Jahres 1954 zu einem positiven Ergebnis kommen müssen.

Indessen muß man sich der Versuchung entziehen, bei der Berücksichtigung der Tatsache, daß es nach 1945 nicht zu einem Dritten Weltkrieg kam, die Augen davor zu verschließen, daß es jederzeit dazu kommen kann. Die Bilanz gibt trotz ihres positiven Abschlusses keinen Anlaß zur Zufriedenheit, sondern Anlaß zur Sorge.

Uns Deutsche muß sie, trotz des offiziellen Optimismus, ja besonders wegen dieses offiziellen Optimismus, tief traurig stimmen.

Weltzweiheit – nicht Welteinheit

Ohne Zweifel bewegt sich die Welt in Richtung auf eine politische Einheit. Die Motoren dieser Bewegung sind die Entwicklung der Technik und die Weltgeburtenbewegung. Die Technik gibt Lebensmöglichkeit für immer mehr Menschen. Die Dynamik der Weltgeburtenbewegung aber verbietet ein Nachlassen in der technischen Entwicklung. Ja, sie muß sich notwendigerweise noch beschleunigen. Infolgedessen wird das Tempo zur Welteinheit ebenfalls schneller werden.

Das bietet Anlaß, mit noch größerer Sorge in die Zukunft zu sehen. Denn die verschiedenen Teile der politisch relevanten Menschheit werden versuchen, der Welteinheit ihren Charakter aufzudrücken. Mit Sicherheit werden sich hieraus weitere Weltwirren von großen Ausmaßen ergeben.

Gerade dieser Streit um den Charakter einer späteren Welteinheit verhindert aber in der jüngsten Vergangenheit und verhindert in der Gegenwart ihre Realisierung. Das Bewußtsein der Menschheit verharrt noch in Leitbildern für die Zukunft,

die in früheren Ordnungen ihren Ursprung haben. Das Bewußtsein paßt sich den Möglichkeiten der technischen Entwicklung und ihren Erfordernissen viel langsamer an, als die Utopisten wahrhaben wollen. Sie sind deshalb schlechte Politiker.

Die negativen Züge der gegenwärtigen Weltlage sind zu einem nicht geringen Teil die Folge der Utopien Roosevelts. Schon um die Jahreswende 1945 wurde klar, daß die Welteinheit in eine Weltzweiheit zerfallen würde. Roosevelt hoffte, sie sichern zu können, indem er den Sowjets Konzessionen machte, die ihr Sicherheitsbedürfnis befriedigen sollten.

Aber der Gedanke der einen friedlichen Weltdemokratie war nur die Vision der möglichen Zukunft. Politisch war sie ein wirksames Propagandaschlagwort. Realisierbar war sie nicht. Der Versuch ihrer Verwirklichung hat die Bildung der Weltzweiheit beschleunigt, indem die ausgleichende Funktion der Machtbildung in Mitteleuropa, die sehr wohl etwas wie eine Dritte Kraft hätte werden können, diesem Gedanken geopfert wurde.

Das Gefährliche der Situation liegt darin begründet, daß beide Weltblocks im Grunde noch immer am Gedanken der Welteinheit festhalten und mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln ihre Verwirklichung in der Gegenwart anstreben. Der Westen nicht weniger als der Osten! Das gibt der gegenwärtigen historischen Periode die Kreuzzugsfärbung, die in manchem an die Zeit der Religionskriege erinnert.

Und das verhindert die Besinnung auf die Realität der Lage. Sie fordert die Bildung eines Weltgleichgewichts heraus.

Die Formel des Weltgleichgewichts ist sehr viel besser der gegenwärtigen Lage angepaßt als die Formel der Koexistenz, von der man heute auch schon im Westen zu sprechen beginnt. Die führenden Kräfte in den Weltblocks versuchen, das Gespräch über das Weltgleichgewicht mit allen propagandistischen Mitteln zu erstickten, weil sie mit Recht fürchten, daß eine Verwirklichung des Weltgleichgewichts oder auch nur eine Diskussion darüber die eigene Anziehungskraft verringern würde. Sie sehen noch nicht, daß nur so die Erhaltung des Weltfriedens gesichert werden kann.

Ansätze zum Weltgleichgewicht

Indessen enthält jenseits der Ideologie und jenseits des Bewußtseins die praktische Entwicklung der Weltpolitik Ansätze zu einem solchen Weltgleichgewicht.

Das Verhältnis von Peking zu Moskau ist durchaus anderer Art als das Verhältnis von Warschau zu Moskau. Der Feldzug Mao Tse-tungs gegen Tschiang Kai-shek, wurde ebenso wie die Bewegung Titos gegen den Rat Moskaus durchgeführt. Tito hat sich, eben weil er in der Anlage selbständig war, von Moskau losgelöst, und Mao Tse-tung spielt nicht die Rolle eines Satelliten, sondern die Rolle eines kommunistischen Juniorpartners. Die Partnerschaft wird aus eigenem Interesse, nicht aber durch die Macht Moskaus aufrecht erhalten. Moskau ist genötigt, bei der Planung seiner Weltpolitik das chinesische Eigengewicht in Rechnung zu stellen.

Aber auch im Westen ist heute die Stellung von London und von Paris sehr viel selbständiger als vor einigen Jahren. Die europäischen Völker beginnen, den Schock des Zweiten Weltkrieges zu überwinden. Großbritannien und Frankreich haben bei vielen Anlässen die amerikanische Politik gebremst.

Die USA versuchen, diese retardierende Funktion der beiden Länder dadurch auf ein Minimum zu beschränken, daß sie mit einer erneuten Isolierung drohen. Ganz verhindern konnte diese Drohung das Bestreben der beiden europäischen Staaten, in der Weltpolitik auf einen Ausgleich hinzuwirken, nicht.

Darüber hinaus zeigen sich an vielen Stellen der Welt Ansätze zur Bildung von neuen Machtzentren, die bestrebt sind, sich aus der Weltzweiheit herauszuhalten. Eine entsprechende Politik führt in Europa bewußt Tito. Durch den Balkanpakt ist es ihm geglückt, auch in Griechenland und in der Türkei für diesen Gedanken zu werben. (Und es ist bemerkenswert und könnte in manchen europäischen Hauptstädten lehrreich sein, daß er sich wegen dieser Politik keineswegs völlig von den USA losgelöst hat, im Gegenteil, er betreibt sie in Anlehnung an die USA.)

Ähnliche Vorstellungen scheint Pandit Nehru zu haben. Sein Bestreben zielt darauf hin, einen Dritten Weltkrieg dadurch zu verhindern, daß er um einen Ausgleich zwischen den USA und der Regierung in Peking bemüht ist. Er hat dabei mindestens bei dem besten Partner der USA, bei Großbritannien, gewisse Erfolge gehabt. Für den Fall eines Dritten Weltkrieges aber hofft er, Indien aus den Waffenhandlungen herauszuhalten.

Die islamische Welt ist weniger planetarisch interessiert. Die Länder dieses Bereichs bemühen sich mehr, den Gegensatz der großen Weltblocks zu ihren Gunsten auszunutzen, indem sie teils Pressionen ausüben (wie Ägypten auf Großbritannien), teils sich möglichst teuer verkaufen wollen (wie Iran). Daher ist auch hier – wie verschieden die Motive auch im einzelnen sein mögen – im großen eine Festlegung im Streit der Weltmächte bisher nicht erfolgt.

Die europäische Einigung ist gescheitert

Dagegen sind alle Bemühungen in Europa, die durch zwei Weltkriege verlorene Eigenständigkeit durch eine europäische Einigung wieder zu gewinnen, gescheitert. Man pflegt im allgemeinen die Schuld daran Frankreich zuzumessen.

Das ist nur zum Teil richtig. Das eigentliche Scheitern der europäischen Einigung war mit der Entscheidung Großbritanniens, sich bestenfalls Europa zu assoziieren, gegeben. Der britischen Haltung schlossen sich die skandinavischen Länder an, und Frankreich fürchtete, von einem wiedererstarkten Deutschland überfahren zu werden.

Im Grunde aber scheiterte die Einigung Europas am Bewußtsein der europäischen Völker. Während die Welteinheit deswegen nicht verwirklicht werden kann, weil die beiden großen Weltmächte ihr Leitbild aus der Vergangenheit in die Zukunft projizieren wollen, verharren die europäischen Völker in den Bewußtseinsformen einer vergangenen Zeit.

Eine kleine Schicht in diesen Völkern sieht die Notwendigkeit der Zeit mit voller Klarheit, eine große Mehrheit ahnt sie oder leugnet sie zumindest nicht, niemand aber ist gewillt, einen wesentlichen Bestandteil liebgeordneter Ordnungen der Vergangenheit zugunsten einer neuen Zeit wirklich zu opfern. Hitlers Gedanke einer „Neuen Ordnung“ scheiterte, weil er die Möglichkeiten der Gewalt zur Herbeiführung einer solchen Ordnung überschätzte. Die europäische Demokratie der Gegenwart läuft Gefahr, ihre historische Mission nicht zu erfüllen, weil sie die Chance der Freiwilligkeit in Europa überschätzt.

Nach dem Scheitern der EVG ist mit großer Wahrscheinlichkeit die europäische Einigung für diese Generation gescheitert. Aus freiwilligem Entschluß wird sie kaum noch verwirklicht werden.

Ob aber für die nächste Generation die europäische Einigung überhaupt noch sinnvoll sein kann, bleibt abzuwarten. Es kann durchaus sein, daß die Welt dann – vielleicht nach einem Dritten Weltkrieg – für die Welteinheit reif ist. Europa aber wird dann auf den Charakter dieser Welteinheit keinen wesentlich bestimmenden Einfluß mehr haben.

Deutschlands Teilung

Die Weltzweiheit der Periode nach dem Zweiten Weltkrieg hat für Deutschland die Zweiteilung mit sich gebracht. Von den beiden großen Blocks wurde das – trotz aller entgegenstehenden Verlautbarungen – gewollt oder doch zumindest für unabwendbar gehalten, um zu vermeiden, daß das entwaffnete, machtlose Deutschland vom jeweiligen Gegenblock kontrolliert würde. Wir kennen die Gutachten, die die Beschlüsse der Londoner Sachverständigenkonferenz von 1948 zur Folge hatten, nicht. Es besteht aber begründete Veranlassung zu der Vermutung, daß hier das eigentliche Motiv lag.

Dazu kam die alte Angst vor der Macht eines wiedervereinigten Deutschland. Die heute bestimmende Generation in Großbritannien und Frankreich hat zwei Weltkriege wegen der Furcht vor einer deutschen Hegemonie geführt. Nur sehr wenige aus dieser Generation konnten über ihren eigenen Schatten springen und der Tatsache Rechnung tragen, daß die Zeiten sich grundlegend geändert haben.

Dazu kam die Angst vor „Rapallo“, die Angst vor einer deutschen Schaukelpolitik zwischen den beiden Weltblocks. Man begründet heute mit allen möglichen Argumenten, warum die „Neutralisten“, diejenigen nämlich, die ihre Position zwischen den Blocks suchten, verächtlich seien.

Im Grunde steht dahinter wieder das Wissen um die in Wirklichkeit vorhandene Weltzweiheit und der missionarische Glaube an die Welteinheit.

Es besteht begründeter Anlaß, zu fürchten, daß die Zweiteilung Deutschlands bestehen bleiben wird, solange die Weltzweiheit besteht und solange der Gedanke sich nicht durchsetzt, daß für die gegenwärtige Periode der Weltgeschichte das Weltgleichgewicht das vernünftigere System wäre.

Ob nach einer möglichen Wiederbewaffnung die Bundesrepublik stark genug werden wird, den widerstrebenden Kräften in Ost und West die Wiedervereinigung abzuwingen, ist zumindest sehr fraglich. Dazu wäre über die Machtbildung hinaus das Bewußtsein erforderlich, daß eine Wiedervereinigung Deutschlands ein wichtiges Element für die Sicherung des Weltfriedens durch Weltgleichgewicht wäre.

Die herrschenden Kräfte in der Bundesrepublik sind nicht bereit, diesen Gedanken zu diskutieren, denn eine solche Diskussion würde die Tatsache, daß Deutschland zur Zeit Vorfeld zwischen beiden Weltblocks in einem mit Atomwaffen geführten Dritten Weltkrieg sein würde, entgegen dem offiziellen Optimismus ins Bewußtsein rücken. Sie würde zudem das Vertrauen der Westmächte, das im Grunde auf der Ungefährlichkeit und verhältnismäßig leichten Benutzbarkeit eines geteilten Deutschland beruht, aufs Neue gefährden.

DEUTSCHLANDS UND EUROPAS EINIGUNG

Deutschland als Vorfeld

Sehr geehrte Herren!

Die Abkommen von London und Paris stellen jeden Deutschen vor die Frage nach dem Verhältnis zwischen Plus und Minus dieser Verträge im Hinblick auf die Wiedervereinigung wie auf unsere Sicherheit. Was die Problematik der Wiedervereinigung angeht, so ist darüber unlängst Maßgebliches von W. W. Schütz („Die Stunde Deutschlands“) gesagt worden; ich möchte mich den militärisch-geopolitischen Fragen zuwenden.

Wenn man den offiziellen Stimmen Glauben schenken darf, so geschieht diese Wiederbewaffnung aus Gründen der Kräftigung des Westens, also die westdeutsche Wehrmacht soll an den internationalen Konferenzen unser Gewicht derart verstärken, daß wir als politischer Machtfaktor mitzählen, etwa nach dem Motto: je mehr Divisionen, desto mehr Konzessionen! Als wichtigste und wertvollste dieser Konzessionen (des Ostens natürlich!) denkt sich der Bundeskanzler die „Freigabe“ der DDR an den Westen durch den „Sog“, den wir auf die DDR ausüben und dem diese sich nicht auf die Dauer entziehen könnte.

Denn daß man die westdeutschen Divisionen als Tauschobjekt den Sowjets anbieten könnte, wird neben vielen anderen Gründen schon deshalb nicht realisiert werden können, weil ja (nach einer Wiedervereinigung!) das brennende Problem des internationalen Status Deutschlands überhaupt noch nicht ernsthaft verhandelt worden ist. Sicher fällt es beiden schwer, Russen wie Amerikanern, ihre Vorfelder DDR und BRD zu räumen..., aber ist denn schon ernsthaft bei uns die Forderung an die Amerikaner ausgesprochen worden, Deutschland zu verlassen und statt von Landau und Fürstenfeldbruck von Metz und Maastricht aus zu starten?

Damit sind wir beim militärischen Kernproblem: Wir sind Vorfeld, russisches und amerikanisches! D. h., so wie sich die Sowjetunion einen Kranz von Satellitenstaaten geschaffen hat, von denen aus sie offensive Vorstöße starten könnte, die

sie aber auch im Ernstfall aufgeben kann, um sich auf ihr „eigenes“ und eigentliches Territorium zurückzuziehen, so können sich die USA aus Westeuropa vielleicht zunächst nach England und Spanien absetzen, wobei die Frage, ob sich US- und resteuropäische Truppen in Spanien und England halten könnten, für uns in der Bundesrepublik durchaus sekundärer Natur ist. Denn wir sind die ersten, die den roten Stoß zu spüren bekämen, und es hat noch kein General der NATO eine verbindliche Erklärung abgegeben, daß man auch Westdeutschland, und zwar an der Zonengrenze, verteidigen wolle!

Nun hat ja jede Armee einen Januskopf: sie ist Angriffs- und Verteidigungswaffe zugleich! Sollten Angriffstendenzen bei einer bundesrepublikanischen Armee angesichts solch idealer „Kriegsziele“ wie der DDR und der Ostprovinzen ausgeschaltet werden können? Sollte man einen Kastraten schaffen können, den das Geschehen jenseits der Zonengrenze nichts angeht? Läßt sich eine Armee überhaupt „domestizieren“, sei es durch Verträge oder durch Rüstungsbeschränkungen, noch dazu höchst einseitiger Art?

Aber nun eine Verteidigung mit einer Armee von nur 12 Divisionen! Ich befürchte, man will nur das Risiko für den Angreifer erhöhen, man will uns vor, in und hinter Hamburg und Hannover und Nürnberg kämpfen lassen..., bis der Mohr seine Schuldigkeit getan hat und gehen kann... in die Gefangenschaft. Wir haben leider kein Gebiet mehr, das wir aufgeben könnten, wie noch im Winter 1944/45, als man noch Deutsche aus Ostpreußen usw. evakuieren konnte, nein, wir haben kein Vorfeld mehr, wir sind Vorfeld! Vorfeld, das im Ernstfall unter rücksichtslosen Zerstörungen aufgegeben wird, wenn anders die Sprengkammern an unsern Brücken noch einen Sinn haben sollen! Und will man mir wirklich zumuten, daß ich mich als tapferer Soldat hinter meiner Familie verteidige, also Frau und Kind dem Angreifer überlasse und mich getreu einem NATO-Befehl hinter den Rhein, hinter die Seine, hinter die Pyrenäen zurückziehe...

um bei der „Befreiung“ vor den Trümmern meiner Stadt und den Gräbern meiner Angehörigen zu stehen? Ich habe immer gedacht, jeder Kampf sei dann als sinnlos einzustellen, wenn man keine Chancen mehr hat, des Gegners Herr zu werden, d. h. wenn die Heimat Erde nicht mehr verteidigt werden kann, aber die Frage, ob und was in der Bundesrepublik im Ernstfall aufgegeben wird und was aus der Zivilbevölkerung dann wird, darf ja bei uns als „defaitistisch“ nicht mehr gestellt werden!

Man wird sagen: neben uns kämpfen die Amerikaner, die Briten, die Franzosen. Die Botschaft hör' ich wohl, allein wer garantiert mir, daß diese Truppen sich nicht fluchtartig nach einem zweiten Dünkirchen retten? Wir brauchen Verbündete in Lübeck und Goslar und Coburg und Hof, deren Order lautet: Schießen bis zur letzten Patrone, und jeder Kommandeur, der einen Rückzugsbefehl gibt, wird vor ein Kriegsgericht gestellt. Daneben mag dann der Luftkrieg treten, d. h. die US Air Force mag den Gegner auf seinen Nachschubwegen treffen, seine Bomber auf dem Einflug abschießen, aber auf keinen Fall wollen wir westdeutschen und alliierten Rückzug plus US- und sowjetisches Bombardement unserer Städte!

Verraten diese Gedanken nicht, daß wir alle gar nicht mehr ernsthaft mit der Wiedervereinigung rechnen? Darauf muß jeder selbst eine Antwort, seine Antwort geben!

Hans Gerhard Cremer

Eine polnische Stimme

Sehr geehrte Herren!

Der ungarischen, slowakischen und deutschen Stimme zur Frage der europäischen Einigung, die Sie im Augustheft 1954 zu Worte kommen ließen, möchte ich eine polnische Stimme hinzufügen, – nicht eine konservative: den Konservatismus überlasse ich dem Grafen von Paris, den Marxisten und Nationalisten, den „Verzögerern“ von heute. Ich selbst beginne mit den Feststellungen:

1. Es war leichter, die politische Einheit des mittelalterlichen Abendlandes, die übernationale Auctoritas Imperii, des eigentlichen „Zweiten Rom“, welches noch

Ludwig der Heilige anerkannte, zu vernichten, als jetzt aus den seit Jahrhunderten hochmütig auseinanderstrebenden Kräften der Zersplitterung, die auf den Trümmern der alten Ordnung entstanden sind, eine gesunde übernationale Einheit neu aufzurichten.

Nun, wenn wir schon in unserer historischen „Entwicklung“ zu der Città Corrotta gelangten, wäre es zeitgemäß, zunächst nach dem Rat Machiavellis (Discorsi) sich auf die Anfänge jener Einheit zu besinnen. Sie war, wie alles Große in der Geschichte, das Werk nicht der Nationen, sondern einer schöpferischen Minderheit, – damals vor 1200 Jahren

- a) der trotzigen ostfränkischen Krieger Karl Martells,
- b) des Genies der angelsächsischen Mönche, die sich für die Bekehrung der Bevölkerung des europäischen Kontinents einsetzten, und
- c) der Skepsis römischer Patrioten, die dem dekadenten Osten und seinen intellektuellen Elixieren nicht trauten.

Die Imponderabilien, von denen die Einheit des Abendlandes getragen wurde, bewährten sich noch in der Zeit Kaiser Karls V., – im Osten, auch in Polen, noch länger. Existieren sie aber heute noch? Können sie noch einmal die Grundlage eines gesunden Konservatismus bilden?

Es war ein Verhängnis für Mitteleuropa und eine Sünde gegen die politischen Einsichten Machiavellis, daß in Preußen-Deutschland und in Hitler-Deutschland die griechische Polis und nicht das römische Herrschaftsgebilde als Vorbild genommen wurde. Was hätte der Verfasser der Discorsi, der das Erste Reich bewunderte, über den Untergang des Zweiten und Dritten Reiches geschrieben!

2. Wenn man den moralischen Vorrang, die Auctoritas, der alten Einheit anerkennt, darf man doch nicht ungerecht gegenüber dem Kampf der Stämme und Landesherrschaften um ihre Freiheit sein, der von den Friesen und Sachsen begonnen wurde. Ohne diese Kämpfe, ohne die Magnae Chartae, ohne die Kämpfe der Städte und die Aufstände der Bauern gäbe es auch kein Abendland.

3. Diesen Freiheitskampf versuchte man, im Zeitalter der nationalen Romantik und der Husaren Bäche (des österreichischen Polizeiministers) als „Partikularismus“ zu verurteilen, denn man hielt die existierenden Staaten für unbedingt daseinsberechtig. Aber

4. mit der fortschreitenden „Entdeckung der Welt und der Menschen“ begann eine Revolution in der Wissenschaft, die tiefer greift als die nationalen Revolutionen des 19. und 20. Jahrhunderts und sich auch gegen diese Bewegungen wendet, indem sie die Nation relativiert. Ich erinnere daran, was Nietzsche über die Kleinstaaterei der nationalen Schreihälse auf ihren schwachen Beinen als Gefahr für Europa sagte, was der Historiker Eduard Meyer über die Entstehung der Nationen schrieb oder was Gustav Lanson über die „zwei Frankreichs“ äußerte. Aber die souveränen Massen toben weiter im Geiste der romantischen Epigonen. Doch ohne eine Wirkung der wissenschaftlichen Revolution auch in den Köpfen der maßgebenden Politiker kann es nicht zu einer dauerhaften übernationalen Einigung kommen, zur Heimkehr der Engländer nach Europa und zur Verständigung zwischen Slawen und Germanen, solange es noch Zeit ist. Die liberalen Politiker, die in die nationalen Mythologien vergangener Jahrhunderte verstrickt sind, werden es nicht schaffen.

Stanislaw Nycz

Ein Pufferstaat ist eine Provokation!

Sehr geehrte Herren!

Wir Emigranten, die wir uns mit dem Gedanken befassen müssen, wie die Verhältnisse unseres Landes und die Verhältnisse unserer Länder zueinander im Falle ihrer Befreiung gestaltet werden sollen, müssen aus den jüngsten Ereignissen lernen. In einer Europäischen Koalition – an Stelle der Integration – könnte jeder Staat seine Souveränität bewahren und sich zu gemeinsamen Zwecken unter gleichen Bedingungen verbünden. Eine solche Lösung hat im Donautal bereits gewisse Traditionen, trotzdem betrachten wir eine unter dem Mantel einer Habsburg-Monarchie zusammengebrachte Koalition als überholt.

Der österreichisch-ungarische Dualismus zerfiel seit 1918 in ein Mosaik von unabhängigen Völkern und Ländern. Die einzelnen Landesgrenzen sollten in der Zukunft auf ethnographischer Grundlage gezogen werden, und das nicht nur im Karpathenraum, sondern in ganz Europa. Zwischen diesen so entstandenen Staaten könnten auf freiwilliger Grundlage Föderationen gebildet werden. Wegen der eigenartigen volklichen Gliederung der Donastaaten sollten überall, wo die einzelnen Volksgruppen vermischt, aber in größeren Massen wohnen, autonome Verwaltungsbezirke gebildet werden nach Wunsch der einzelnen Volksgruppen.

Mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker geschah in der Vergangenheit und geschieht auch in der Gegenwart so viel Mißbrauch, daß die auf Grund dieses Rechtes zu ziehende Grenze allen ein gemeinsames Anliegen sein muß. Entweder wird das Selbstbestimmungsrecht in der Europäischen Koalition überall hundertprozentig durchgeführt, oder aber es wird bloß eine Scheinlösung zustande kommen, wie etwa nach dem Ersten Weltkrieg. Bisher wurde dieses Recht innerhalb Europas zur Bildung von Machtblöcken willkürlich oder überhaupt nicht angewandt.

Wir Ungarn wollen unser zukünftiges Vaterland so sehen, daß die durch das Trianon-Diktat von Rumpf Ungarn abgetrennten ungarischen Siedlungsgebiete auf Grund des ethnographischen Prinzips und des Völkerrechts zu Ungarn gehören sollen. Da es aber keine eigene „ungarische Gerechtigkeit“, sondern nur eine allgemein gültige Gerechtigkeit gibt, so erkennen wir dieses selbe Recht auch dem deutschen Volke zu. In die Angelegenheiten des in Deutschland und in Österreich wohnenden Deutschtums hat niemand das Recht hineinzureden, am wenigsten ein nichtdeutscher Emigrant, der Rechte seines eigenen Volkes aufgibt, indem er sich in das Recht eines anderen Volkes hineinmischt mit einem „höheren europäischen“ Vorwand. Wie es einzig und allein die Sache des an Rumpf Ungarn angrenzenden, aber zur Zeit in der Tschechoslowakei, in Rumänien und Jugoslawien wohnenden Ungartums und der Bevölkerung Ungarns ist, ob diese Gebiete zu Ungarn gehören sollen oder nicht, so

muß auch das deutsche Volk bzw. müssen die deutschen Stämme selbst darüber entscheiden, in welchem Staatsverband sie leben wollen.

Gerade wir Emigranten müssen es mit allen uns zur Verfügung stehenden Kräften verkünden, daß alles, was wir als ein heiliges Recht unseres eigenen Volkes anerkennen und als Grundsatz fordern, auch einem anderen Volk nicht verweigert werden darf. Wenn wir uns an Stelle der Unteilbarkeit und Allgemeingültigkeit der Prinzipien darauf berufen, „daß es die Großmächte ja doch nicht erlauben würden“, so versündigen wir uns gegen unser eigenes Volk und Vaterland, aber auch gegen Europa, denn damit nehmen wir den überholten Versailler Grundsatz an, der auf die Willkür der Großmächte, nicht aber auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker aufgebaut worden ist. Es könnte ja auch eine Argumentation geben, daß die Großmächte auch den Anschluß der jenseits der ungarischen Grenzen gebliebenen Ungarn nicht erlauben werden. Die Bedingungen des Trianoner und des Pariser Friedensdiktats (1920 und 1947) lassen eine solche Annahme allzu möglich erscheinen. Eine Argumentation, nach der es verschiedene Wahrheiten gibt, haben wir nach dem Ersten Weltkrieg mit allen ihren schlimmen Folgen kennengelernt. Wenn wir aus der Vergangenheit nichts gelernt haben, dann werden wir, gleichviel welchem Volk wir angehören, auch in der Zukunft nichts lernen.

Wie das Spiel mit den ethnographischen Grenzen und dem Selbstbestimmungsrecht der Völker ist uns auch die Methode der Machtblöcke, die innerhalb Europas gebildet werden sollen, gut bekannt. Wir kennen den sogenannten „Intermarium“-Plan, der die Bildung eines Monstrum-Blockes oder besser gesagt „Puffer-Blockes“ von Estland bis Griechenland vorsieht und Rußland von Deutschland als ein cordon sanitaire trennen soll. Dem Pufferstaat wird jeder in die Rippen puffen, dem er im Wege steht. Ein solcher Pufferstaat ist Provokation für Ost und West, denn er trägt schon den bösen Willen, die Absicht der Unterdrückung, die Sonderinteressen in sich. Deshalb wird er früher oder später beseitigt. Darüber

hinaus wäre ein solcher Pufferstaat oder eine Puffer-Föderation zugleich das Pflgekind einer dritten Macht, deren Diener, ihr Schützling, und eine solche Figur pflegten wir früher mit seinem rechten Namen eine Kolonie zu nennen.

Nach dem Ersten Weltkrieg wurde zu demselben Zweck die Kleine Entente gegründet und mit einer Unmenge von Verträgen an die nördlichen und südlichen Nachbarstaaten gebunden. Als aber die Tschechoslowakei im Jahre 1938 in eine gefährliche Situation gebracht wurde, war keiner ihrer Verbündeten bereit, sich „puffen“ zu lassen, sogar ihre eigenen Völker verteidigten ihren Staat nicht, der ja in kleinerem Ausmaß dem erdachten politischen Gebilde des „Intermarium“ gefährlich ähnelte. Auch die alte Donaumonarchie war nicht imstande, die ihr zugedachte Puffer-Rolle zwischen dem Reich und Rußland zu spielen. Graf Andrassy, der Außenminister der Monarchie, begründete das Bündnis mit Deutschland mit den Worten: „Ohne dieses hätten wir nicht ausweichen können, Rußland auf dem Balkan jede gewünschte Gefälligkeit zu erweisen.“

Abgesehen von diesen Beispielen muß die Europäische Koalition ohne Hintergedanken zustande kommen. Der Kranz der Karpathen, die große Festung im Osten Europas, muß in einer Hand oder wenigstens doch in der Hand eines Staatenbündnisses sein und bleiben. Gemeinsam muß diese Festung gegen die unerhörte biologische Kraft des Ostens verteidigt werden; und dazu benötigen wir auch die riesige Kraft des Deutschtums.

Wir haben wiederholt und nicht nur in deutscher Sprache unserer Überzeugung Ausdruck verliehen, daß wir die Vertreibung und kollektive Bestrafung der Ungarndeutschen für ungerecht halten, denn wir sehen in ihnen ein wertvolles, fleißiges, patriotisches und stets treues staatserhaltendes Element. Jeder Mensch hat ein Anrecht auf seine Heimat, und jeder hat auch das Recht, zurückzukehren dorthin, wo er am 1. September 1939 wohnte, gleichviel, ob er geflüchtet ist oder ob man ihn vertrieben hat.

Über die Wiedergutmachung kann jedoch noch nicht gesprochen werden. Das überwundene System des Feudalismus

und Großkapitalismus wird kaum mehr zurückkehren können. Das zukünftige Ungarn muß ein soziales Ungarn sein, – sozial im edelsten Sinne des Wortes. Nur über die Grundzüge der Wiedergutmachung können wir uns Gedanken machen. Grund und Boden wird nur dem zugeteilt werden können, dem der Boden auch vorher schon den Lebensunterhalt gewährt hat. Fachleute haben bereits ausgerechnet, daß die Höchstgrenze des Bodenbesitzes bei 70–100 ha bestimmt werden müßte. Im sozialen Ungarn wird es also keine Latifundien von 100 000 ha geben, wie es vor 1945 der Fall war. Aus dem Westen, besonders aus Deutschland, dem sozialen Musterstaat des Westens, wollen wir dessen moderne, ausgeglichene, friedliche soziale Ordnung und seine Erfahrungen in unser zu befreiendes Vaterland mitnehmen.

Ludwig Marschalko

Frankreich und Deutschland

Edmond Vermeil, der langjährige Inhaber des ersten germanistischen Lehrstuhls der Sorbonne in Paris, legt am Ende einer fast fünfzigjährigen wissenschaftlichen Beschäftigung mit Deutschland noch einmal ein starkes, zweibändiges, dem Stil der Sprache nach aus Vorlesungen entstandenes Werk über Deutschland während der Jahre 1890 bis 1950 vor. Die beiden Bände fassen frühere Arbeiten des Verfassers: *L'Empire allemand 1871–1900* (1926), *La constitution de Weimar et le principe de la Démocratie allemande* (1923), *L'Allemagne du congrès de Vienne à la révolution hitlérienne* (1934) und verschiedene andere noch einmal zu einer Gesamtschau zusammen. Bezeichnenderweise ist im Literaturverzeichnis der Werke des Autors das angefochtene Buch *Doctrinaires de la révolution allemande* (1938) nicht mehr aufgeführt.

Es bestünde keine Veranlassung, in einer deutschen Zeitschrift von dem Werk Vermeils zu sprechen, wenn es als Summa eines Gelehrtenlebens nicht auch gleichzeitig den Ausklang einer geistigen Richtung der Deutschlandinterpretation bedeuten würde. Die Grundgedanken Vermeils sind in Deutschland weithin bekannt; er hatte in seinem Leben oft Gelegenheit, sie als Emis-

sär französischer Kulturwerbung persönlich dem deutschen Publikum vorzutragen. Deutsche Historiker und Publizisten haben ihm Irrtümer und Fehlteile nachgewiesen; sein Ansehen als Forscher und Interpret ist heute außerhalb Frankreichs weitgehend erschüttert. Trotzdem verbreitet Vermeil seine Deutschlandkonzeption in dem vorliegenden Werk weiter. In ihrem Teil hat diese Konzeption Schuld daran, daß sich in den deutsch-französischen Beziehungen auch heute wieder Mißverständnisse auf Mißverständnisse häufen und daß es bisher nicht gelungen ist, das Klima für einen echten Austausch und eine gegenseitige Annäherung der Standpunkte in den Lebensfragen des Kontinents zu finden.

Zur Illustration der Vermeilschen Denkweise mag ein einziger, aber typischer Satz genügen: „*Rien non plus, chez R. M. Rilke, qui rappelle le nationalisme belliqueux*“ (I. 177). Die Feststellung, daß bei Rilke „kriegshetzerischer Nationalismus“ fehle, ist für den Dichter sicher schmeichelfhaft, aber wer außer Vermeil und seinen nächsten politischen Freunden käme überhaupt auf die Idee, an den schwächlichen, zarten, geistvollen Sudetendeutschen unter solchen Vorzeichen heranzutreten?

Bei Vermeil sind die Ausgangspunkte der politischen und literarischen Interpretation überall Schlagworte der nationalen Propaganda: *nationalisme, militarisme, pan-germanisme, dynamisme, romantisme*, nicht die greifbaren Phänomene der Wirklichkeit. Er hat trotz seines großen Wissens und eines unermüdlichen Fleißes die französische Germanistik im Laufe seines Lebens immer wieder zu einer propagandistischen Hilfswissenschaft herabsinken lassen. In ihm zeigt sich besonders deutlich die Tragik einer Generation, die im Jahrzehnt des Dreyfus-Prozesses an den Hochschulen Frankreichs studiert hat und die auf der einen Seite in das Feuer des *Déroulédisme*, auf der andern in dasjenige des Wilhelminismus geriet, wenn sie sich zwischen die Fronten begab. Vermeil hat Deutschland wahrscheinlich aufrichtig geliebt. Er war subjektiv ehrlich, wenn er glaubte, in Deutschland als Verkünder des Verständigungsgedankens auftreten zu können. Man kann sich nicht ein ganzes Leben lang einem Gegenstand verschreiben, ohne sich ihm auch innerlich zuzuneigen. Aber

über seine Liebe ist immer wieder eine Welle des Hasses hinweggegangen. Sie mag der Liebe zum eigenen Volk und dessen geistiger Sendung entsprungen sein. Jedenfalls ist seine Haßliebe gegenüber Deutschland charakteristisch für den größten Teil des schriftlichen Werkes, für die Vorträge und zahllosen Unterschriften, die er während fünfzig Jahren unter antideutsche Kundgebungen gesetzt hat.

Ich kenne in Vermeils umfangreichem Werk keinen einzigen Aufsatz, in dem sich der Autor, unberührt von politischen Erwägungen, nur der Schönheit eines deutschen literarischen Kunstwerks hingegeben hätte. Auch der abseitigste Lyriker erhält von ihm noch politische Zensuren. Die Übergänge zwischen Literatur, Politik und Soziologie werden verwischt. Man findet bei ihm nirgends eine saubere, geschichtlich brauchbare soziologische Analyse oder eine einwandfreie innenpolitische Deduktion.

Die Germanistik aus der Schule Charles Andlers und seines Schülers Edmond Vermeil hat als propagandistische und nachrichtendienstliche Hilfswissenschaft das Kollektibewußtsein der französischen Nation mit einer Fülle von falschen und negativen Urteilen erfüllt, die ihrerseits wieder zum Entstehen einer Kollektivneurose beigetragen haben. Diese macht es Frankreich heute, – trotz der hohen Intelligenz seiner Führungsschicht –, fast unmöglich, zu einer positiven Politik zurückzufinden. Gewiß leidet die Seele des französischen Volkes an echten Traumata, die ihr die Ereignisse der letzten Jahrzehnte zugefügt haben. Das ist bei einer so selbstbewußten und ehrempfindlichen Nation nicht anders denkbar.

Aber die Ärzte – in diesem Fall die Vertreter der ressentimentalen Germanistik – bemühen sich nicht um die Heilung des Traumas, sondern bohren immer wieder in der Wunde herum, damit sie ja nicht zuheilen möge. Es läßt sich viel gegen die Deutschen und ihr geschichtliches Verhalten vorbringen. Vermeil schießt ja auch meist mit Pfeilen, die aus deutschen Köchern – Goethe, Heine, Nietzsche, Meinecke – stammen. Aber läßt sich nicht auch vieles für dieses große Volk vorbringen – selbst in der Politik?

Hat nicht die Vermeilsche Schule der Deutschlandinterpretation Frankreich selbst den größten Schaden zugefügt, da sie nun

fast ein halbes Jahrhundert lang dazu beigetragen hat, daß die Klarheit des rationalen politischen Handelns immer wieder durch Angst, Haß, Neid, Eifersucht, Rechthaberei von den unteren Stockwerken des nationalen Bewußtseins her getrübt worden ist? Läßt sich nicht gerade am Fall dieser Wissenschaft zeigen, daß der „Nationalismus“, auch wenn er sich nicht expansiv, sondern nur explikativ äußert, schließlich das eigene Volk gefährdet, vor allem, wenn sich die Krankheit in einem Gemeinwesen von der zentralistischen und totalitären Struktur des französischen ausbreitet?

Der Eindruck, daß diese Gefahr von vielen jüngeren Germanisten Frankreichs erkannt worden ist, läßt sich nicht abweisen. Man scheint sich dort wieder mehr einer sauberen dichterischen und philosophischen Deutschlandinterpretation zuzuwenden, der, wie wir hoffen, auch bald eine unvoreingenommene politische und historische folgen wird. Die Wahrheit ist eine Kraft, die sich auch in den zwischenstaatlichen Beziehungen ordnend auswirkt, und nichts Positives kann ohne Sympathie geschehen. Beide könnten auch in Frankreich die Ausgangspunkte geben für ein neues Beginnen in der deutsch-französischen Interpretation.

Karl Epting

Edmond Vermeil: *„L'Allemagne contemporaine sociale, politique, culturelle 1890–1950“*, 2 Bde., Fernand Aubier, Editeur, Paris 1952 und 1953.

Entfesselung des Krieges ist Schuld

Sehr geehrte Herren!

In Nr. 11/1954 Ihrer Zeitschrift greift Erich Pacholsky meine kurze Glosse an, die ich in Nr. 9 zu dem Thema „Die Saar und Frankreich“ veröffentlicht habe. Zunächst muß ich die Schriftleitung Ihrer Zeitschrift in Schutz nehmen; der redaktionellen Aufmerksamkeit war es keineswegs, wie Herr Pacholsky meint, entgangen, daß ich ausdrücklich Hitler als den „Schuldigen“ bezeichnet hatte. Mir war aber diese Feststellung in dem ganzen Zusammenhange so unentbehrlich, daß ich auf ihrem Abdruck bestand, auch als Ihre Schriftleitung Bedenken hatte.

Zur Sache selbst wird es nicht möglich sein, ohne ein ganzes Buch zu schreiben,

sich mit Herrn Pacholsky über die Frage der „Schuld“ Hitlers auseinanderzusetzen. Ich persönlich bin überzeugt, daß der Zweite Weltkrieg von Hitler einem Europa aufgezwungen worden ist, das mit allen Kräften am Frieden festzuhalten bemüht war und zu diesem Zweck sogar außerordentlich weitgehende Zugeständnisse gegenüber der nationalsozialistischen Politik gemacht hatte. Der Krieg ist nicht notwendig gewesen, auch nicht zur Regelung unerläßlicher Ansprüche Deutschlands gegenüber Polen. Er ist vielmehr gewollt worden in voller Erkenntnis, daß dadurch ein unabsehbarer Weltkrieg entstehen könnte. Einen Krieg unter diesen Umständen entliesselt zu haben, halte ich in der Tat für eine tiefe, schwere „Schuld“. Sie kann nicht mit dem Begriff der „Verantwortung“ abgetan werden, sondern stellt einen unauslöschlichen moralischen Makel dar, eine „Schuld“ im alten klassischen und zugleich im modernen ethischen oder religiösen Sinn. Der furchtbare Zustand, in dem sich unser Land befindet, ist eine unmittelbare Folge dieser „Schuld“. Das auszusprechen ist meiner Ansicht nach nicht nur das Recht, sondern die Pflicht von uns allen, die wir eine bessere Weltordnung ersehnen, besonders derjenigen, die vom ersten bis zum letzten Tage unablässig alles getan haben, um Hitler und seine Leute an der Verwirklichung ihrer verhängnisvollen Politik zu hindern, und die jetzt die mühselige und peinliche Aufgabe haben, aus dem Zusammenbruch

wieder langsam ein neues deutsches Staatswesen aufzubauen.

Gerade weil ich selbst an der schuldhaften Entwicklung keine Mitverantwortung trage, fühle ich mich freilich auch nicht bemüßigt, die „Schuld“ zu übertreiben und die fürchterlichen Fehler zu übersehen, die von den anderen Mächten begangen worden sind. Auch hier findet sich genug, was ebenfalls mit „Schuld“ bezeichnet werden müßte. Ich bin sicherlich mit Herrn Pacholsky einig, daß wir nicht nach Flagellantenart unaufhörlich nur die eigenen Sünden geißeln dürfen. Gerade im vorliegenden Falle war aber mein Hinweis, wie Herr Pacholsky selbst richtig erkannt zu haben scheint, in Verbindung mit meinen Vorwürfen gegenüber Frankreich unentbehrlich. Wenn ich Wert darauf legte, von den Franzosen überhaupt gehört zu werden, war eine klare Ablehnung des Wesens der Hitlerischen Politik unerläßlich; nur so durfte ich hoffen, dahin mitzuwirken, daß sie diesmal rechtzeitig eine „Mitschuld“ vermeiden lernen.

Ferdinand Friedensburg

Mit der Veröffentlichung dieser Antwort an den Einsender schließen wir die Diskussion über ein Thema, das Prof. Friedensburg in seinem ursprünglichen Beitrag nur durch eine Randbemerkung angeschnitten hatte. Wir sind freilich noch immer der Meinung, daß mit summarischen und apodiktischen Nebenbemerkungen das hier liegende Problem zu leicht genommen wird.

RUTH FISCHER

Berias Ende — ein neuer Anfang?

Mit Beria starb Stalin zum zweiten Male

Stalin wurde im März 1953 mit den ihm zukommenden Ehren begraben. Ein paar Monate später aber wurde er in der Person Berias aus dem Grab wieder herausgeholt, wegen schwerer Verbrechen gegen die kommunistische Herrschaft angeklagt, in Haft genommen und hingerichtet. Die Gruppe Malenkow, die für diese Aktion verantwortlich war, hat nur durch wenige Zeichen einen Hinweis für das Verständnis der Beria-Affäre gegeben. Vor dem historischen Hintergrund freilich genügen sie.

In der Anklageschrift gegen Beria gibt die Sowjetregierung unausgesprochen zu, daß ihre Geheimpolizei mächtig genug zur Planung eines Staatsstreichs geworden

war und daß sie über die Mittel zur Durchführung eines Komplotts verfügte. „Die Untersuchungen haben erwiesen“, so stellte das Präsidium des Obersten Sowjets fest, „daß Beria seine Stellung benutzte, um eine Verrätergruppe zu einer Verschwörung gegen den Sowjetstaat zu sammeln und um die Macht des Innenministeriums größer zu machen als die der Partei und die der Gesamtregierung¹⁾.“ Diese Selbstkritik gegen die verfassungsmäßige Ordnung ist schärfer, als jemals eine Kritik von außen sein könnte. Außerdem wirft die Beria-Affäre allein dadurch, daß sie stattgefunden hat, ernste Zweifel über die Wahrheit der Darstellung auf, die der berühmte „Kurze Leitfaden“ von der amtlichen Geschichte der Kommunistischen Partei in der Sowjetunion gibt.

Der Aufstieg der GPU

Seit dem Ende des Bürgerkriegs hatten sich die GPU-Kader daran gewöhnt, sich als eine Elite zu fühlen, ohne die es der Partei nicht möglich gewesen wäre, den Sowjetstaat zusammenzuhalten. Diese Einbildung blähte sich während der sozialen und wirtschaftlichen Katastrophen auf, die den ersten Vierjahresplan und das erste Stadium der Zwangskollektivierung begleiteten. Während dieser Periode wurde die GPU aus einem ausführenden Organ zu einer Institution, die wichtige Sachgebiete der Wirtschaft kontrollierte und an politischem Einfluß zunahm.

Die Parteikader waren während dieser Periode durch einen zehnjährigen Richtungsstreit demoralisiert. Sie verloren die politische Initiative. Sie erstickten unter der Aufgabe, das neue Proletariat zu disziplinieren, das gerade erst aus den Dörfern in die Fabriken geströmt war. Die politischen Grundsatzentscheidungen wurden durch Gruppen gefällt, die zahlenmäßig kleiner als je zuvor waren. Die Gleichgültigkeit der Kader aber sorgte keineswegs, wie man hätte annehmen können, für einen Zusammenhalt der Führungsgruppen in der Partei. Im Gegenteil, alle Auseinandersetzungen verschärften sich noch mehr.

In diesen Auseinandersetzungen wurden die GPU-Kader um so aktiver, als sie den Auftrag erhielten, die oft sehr umstrittenen politischen Beschlüsse durchzuführen. Die GPU konnte auf ihre eigene Weise Politik machen: sie konnte sich in die personalpolitische Auslese, den Personalwechsel und die immer neuen Personaländerungen einschalten. Sie konnte Informationen verbreiten, die ihr allein dank ihrer Auslandsbeziehungen zugänglich waren.

Stalin ringt mit der Opposition

Die Ausweisung Trozkijs in die Türkei im Jahre 1929 sollte nach der Absicht Stalins eine Maßnahme zur Lähmung der inneren Oppositionsgruppen darstellen. Das war sie auch tatsächlich. Doch schafften verhältnismäßig zahlreiche Oppositionelle die Rückkehr auf hohe Posten, indem sie Treueversicherungen abgaben oder „kapitulierten“. In diesen Stellungen konnten sie einen neuen Aufmarsch durchführen, der im gegebenen Augenblick zu einer Bedrohung Stalins hätte werden können.

Aus Bruchstücken, die sich in den Gerichtsprotokollen finden, läßt sich das Rjutin-Programm als typisches Grundsatzdokument dieser Opposition rekonstruieren. Es ist

¹⁾ Siehe „Anklage gegen Beria und Genossen“, New York Times 17. 12. 1953.

niemals im gesamten Umfang veröffentlicht worden, doch hat es Wyschinskij als die Forderung zur Beseitigung Stalins, der als böser Geist Rußlands bezeichnet worden sei, beschrieben. Das Dokument habe eine Mäßigung des Industrialisierungstempos und eine durchgehende Demokratisierung aller sowjetischen Organe verlangt. Diese Ansichten der im Lande gebliebenen Opposition stimmten mit denen des ins Exil gegangenen Trotzki überein. Ein Unterschied bestand nur in der Bewertung der Möglichkeiten zur weiteren Ausdehnung der Sowjetherrschaft in Europa. Freilich war das eine wichtige Abweichung, die viele Folgen haben sollte.

Michael Rjutin war ein Moskauer Parteifunktionär, der zur Bucharin-Gruppe gehörte und sich vorgenommen hatte, alle Oppositionellen zu einem einzigen Block zusammenzubringen. Sein Programm von 1932 gelangte nur an einen begrenzten Kreis. Die wenigen Exemplare sind wahrscheinlich sämtlich in die Hände der GPU gefallen, denn im Ausland ist nie eines zum Vorschein gekommen. Rjutin selbst wurde verhaftet, aber sein Appell an die Opposition, sich auf die Forderung nach einer Sowjet-Demokratie zu einigen, hat offenbar erheblichen Widerhall gefunden. Stalins Politbüro muß sie als gefährlich betrachtet haben, denn noch jahrelang, nachdem die Person Rjutins verschwunden war, spielte sein Programm eine wichtige Rolle in Wyschinskis Anklageschriften gegen die Opposition.

Die Rjutin-Sache löste einen neuen Kampf zwischen Stalin und der Opposition aus. Sinowjew und Kamenew wurden angeklagt, weil sie dieses Dokument gekannt und weitergegeben hätten. Trotz dieser schweren Anklage wurden sie vorerst noch verhältnismäßig milde behandelt, zunächst nur aus der Partei ausgeschlossen und nach einer Sperrfrist von 6 Monaten wieder aufgenommen.

1933, das zweite Jahr der großen Hungersnot, das Jahr, in dem Hitler siegte, war ein schwarzes Jahr für Stalin. Als im Januar 1934 der 17. Parteikongreß zusammentrat, gehörten dem Zentralkomitee so viele Stalingegner an, daß sich ihre Namensliste wie eine Vormerkliste für die späteren Säuberungsaktionen liest. Bucharin wurde zum Mitglied des Komitees gewählt. Sinowjew und Kamenew durften auf die Rednerbühne und dort nichtssagende Reden halten, die man selbstverständlich als ersten Schritt zu ihrer politischen Rehabilitierung deutete. Die Forderung nach einer maßvolleren Linie wurde so laut, daß Stalin in einigen wichtigen Punkten nachgeben mußte. Nachdem zum ersten Male seit drei Jahren die Ernte gut ausgefallen war, wurde eine Amnestie für die deportierten Kulaken verkündet. Nach sechs Zwangswirtschaftsjahren wurde die Brotkarte abgeschafft. Es fand eine Wahl für die gesamte Sowjetunion statt. Das Plenum des Zentralkomitees beschloß bei seiner November-sitzung, einen neuen Verfassungsentwurf dem neu gewählten Obersten Sowjet vorzulegen, der im Januar 1935 einberufen werden sollte. In diesem Entwurf war vor allem die Einführung des allgemeinen Wahlrechts vorgesehen, wodurch die Unterscheidung zwischen den Angehörigen der ehemaligen Bourgeoisie und dem Proletariat abgeschafft wurde. Molotow meinte, auf diese Weise entstehe ein Sowjetparlament. Wohl blieb die Kommunistische Partei die einzige legale politische Organisation, aber die Oppositionsgruppen konnten hoffen, daß die Partei nur noch während einer zusätzlichen Übergangsperiode ihr Monopol festhalten könne und daß zu gegebener Zeit ein sowjetisches Vielparteiensystem auf dem Boden des Sowjetparlamentarismus erwachsen werde. In diesem Verfassungsentwurf wurde ein klarer Strich

zwischen der Justiz und der GPU gezogen. Da noch immer die Partei an ihrem Monopol festhielt, konnte zwar noch nicht davon die Rede sein, daß die damit gegebene Gewaltenteilung die Macht der Exekutive wirklich einschränkte. Immerhin konnte man die Maßnahme als einen Schritt in dieser Richtung deuten.

Stalin gegen Jagoda

Während diese Reformbewegung im Zuge war, erfolgte am 1. Dezember 1934 in Leningrad der Mord an Sergej Kirow. Dieses Ereignis verstärkte Stalins persönliche Macht und änderte endgültig das politische Klima. Natürlich müßte man die verschiedenen Hypothesen, einschließlich der amtlichen, über den Mörder Kirows und seine Motive klären, obwohl es wahrscheinlich unmöglich ist, diese Sache wahrheitsgetreu zu durchleuchten. Der Hauptpunkt in der Angelegenheit läßt sich jedoch einigermaßen sicher festhalten: Kirows Ermordung führte zum endgültigen Bruch zwischen Stalin und Jagoda, denn beide vermuteten, daß jeweils der andere den Mord angestiftet habe, um damit die Voraussetzungen für eine Veränderung der politischen Linie zu schaffen.

Es war klar, daß Stalin ohne den Apparat der GPU nicht arbeiten konnte. Aber trauen konnte er ihm auch nicht. Deshalb baute er schon sehr früh eine zweite, an Zahl geringere „Über-GPU“ auf, der die Aufgabe zufiel, die Treue der höchsten Beamten in der amtlichen GPU ständig unter Aufsicht zu halten. In den frühen dreißiger Jahren leitete Jeshow dieses Amt, dem auch Malenkow eine Zeitlang angehörte.

So war 1935 weder Stalin noch Jagoda in der Lage, den Gegner auszuschalten, doch beide bereiteten sich auf die unausweichliche Auseinandersetzung vor. Stalin suchte nach einem Nachfolger für Jagoda, während Jagoda auf der Suche nach einer politischen Gruppe war, die an Stalins Stelle treten konnte. Stalins Macht war zwar in sich gefestigt, aber noch nicht absolut. Noch lebte bei seinen Widersachern eine geringe Hoffnung, daß ein gut vorbereiteter Schlag ihn außer Gefecht setzen könnte.

Wer während dieser Phase des inneren Kampfes die GPU führte – das war von größter Wichtigkeit. Jagoda klammerte sich an sein Amt und zahlte dafür selbst den gefährlichen Preis der Zusammenarbeit mit Stalin bei der Opferung Sinowjews und Kamenews, die man als Anstifter zu Kirows Ermordung bezeichnete. Stalin konnte zwar Jagoda noch nicht gleich loswerden, aber er zog schon den neuen Mann heran.

Das Politbüro gegen Beria

In diesem Augenblick meldete sich Beria sozusagen als Kandidat für den Posten, indem er eine Lobeshymne auf Stalin veröffentlichte, die im Gewand einer Geschichte der Kommunistischen Partei im Kaukasus erschien²⁾. Da die Ernennung Berias sich um zwei Jahre verzögerte, läßt sich ein Konflikt innerhalb der Stalingruppe selbst über diese Frage annehmen. Fast als Beleg hierzu wird in der Anklageschrift gegen Beria die Aussage von Sergej Ordshonikidse zitiert, der, „wie sich jetzt erwiesen hat, Beria politisch mißtraute“. Umgekehrt wird festgestellt, daß Beria in Ordshonikidse

²⁾ 1953 verdamnte die Kommunistische Partei Georgiens Berias Broschüre, weil sie die Parteigeschichte im Kaukasus falsch darstelle, besonders Lenins Rolle zu gering einschätze.

„das Haupthindernis zu seiner Beförderung und zur Durchführung seiner feindlichen Absichten“ erblickte. Beria rächte sich durch „einen Feldzug verbrecherischer Intrigen“, und sogar „nach Ordshonikidses Tod fuhr er fort, schwere Racheakte gegen dessen Familienangehörige zu begehen.“

Dieser Anklagepunkt erscheint nur dann im richtigen Licht, wenn man sich erinnert, daß Ordshonikidse schon im Februar 1937 starb, als Beria noch GPU-Chef im Kaukasus war³⁾. So lassen sich die zitierten Stellen in der Anklageschrift nicht mißverstehen: Stalin schlug dem Politbüro schon in einem frühen Stadium Beria als Jagodas Nachfolger vor, doch stieß er auf Ablehnung, weil Beria als ein zu gehor-sames Werkzeug in seiner Hand angesehen wurde. Eine andere vernünftige Erklärung für diesen entscheidenden Punkt der Anklageschrift gegen Beria kann es kaum geben. Diese Erklärung besagt, daß es innerhalb des Politbüros eine Opposition gegen Beria gab, während Stalins Macht unbeschränkt zu werden drohte, wenn er den Mann seiner Wahl erst einmal an die Spitze der GPU bringen konnte.

Dabei besagt schon die Tatsache viel, daß Malenkov sich auf Ordshonikidse berufen muß, wenn er feststellen will, daß hohe Parteikreise Beria von Anfang an mißtrauten. Die Warnungen gegen Beria, das heißt in Wirklichkeit gegen Stalin, ergingen während der dunkelsten Periode der internen Parteikämpfe. Sinowjew und Kamenew waren schon hingerichtet, das Gerichtsverfahren gegen Pjatakow, Radek, Bucharin, Tuchatschewskij, Rudsutak und Jenukidse wurde vorbereitet. Wenn also heute Ordshonikidse wieder als Gegner von Stalins GPU zitiert wird, dann wird dadurch die ganze Serie der großen Prozesse in Frage gestellt. Eine Möglichkeit zur Rehabilitierung der damals Verurteilten erscheint. Einige absurde Einzelheiten der Anklageschrift, die sich auf die ungerechte Maßregelung treuer GPU-Beamter beziehen, deuten in dieselbe Richtung⁴⁾.

Man kann den Sturz Berias im Jahre 1953 nur verstehen, wenn man sich noch einmal die großen Säuberungsprozesse klarmacht, die damals beteiligten Gruppen analysiert, die Methoden und die Erfolge der Prozesse untersucht. Besonders interessant ist ein Methodenvergleich zwischen dem Beria-Fall selbst und dem Sturz seines Vorgängers Jagoda.

Jagoda wurde zu dem Geständnis gezwungen, er habe immer die Ansicht vertreten, die sicherste Art zur Ermordung eines Menschen sei die Einschaltung eines Arztes. Neben Jagoda saßen Ärzte auf der Anklagebank, die gestanden, daß sie auf seinen Befehl durch ärztliche Maßnahmen führende Persönlichkeiten der Sowjetunion wie

³⁾ Ordshonikidse, der Volkskommissar für Schwerindustrie, war leidend. Offenbar erlitt er einen Schlaganfall, als er erfuhr, daß, trotz seiner Vorstellungen bei Stalin, Jurij Pjatakow als Hochverräter verhaftet worden sei.

⁴⁾ In der Anklageschrift gegen Beria findet sich an mehreren Stellen Material, das weiter die Annahme stützt, nach der es im Politbüro Widerstand gegen seine Ernennung gegeben hat. Es wird zum Beispiel gesagt, daß die „Verschwörer“, nämlich Beria und seine Genossen, „terroristische Morde an Personen ausführten, von denen sie entlarvt zu werden fürchteten“. Auf diese Weise wurde M. S. Kedrow umgebracht, aktiver Kommunist seit 1902 und früheres Mitglied der Tscheka unter Dserschinskij. Die Verschwörer hatten Grund zur Annahme, daß Kedrow im Besitz von Material über Berias verbrecherische Vergangenheit war. Andere Tatsachen, durch die sich die terroristischen Morde der Verschwörer beweisen ließen, waren „die Liquidierungen anständiger Kader, die ihre Treue gegen die Kommunistische Partei und die Sowjetunion zeigten“. Wir wissen, daß Kedrow unter Jagoda als Untersuchungsbeamter der GPU tätig war. So bedeutet die Anklage gegen Beria eine nachträgliche Rehabilitierung derjenigen GPU- und Partei-Kader, die im Zusammenhang mit dem Fall Jagoda liquidiert wurden.

Menshinskij, Gorkij und Gorkijs Sohn Maxim Peschkow umgebracht hätten. Diese Geständnisse wurden durch alberne Details ausgeschmückt, die sie nur noch größer machen. Die Ärzte wollten Maxim Peschkow ins Jenseits befördert haben, indem sie ihm zunächst zu einer Lungenentzündung verhalfen und ihm dann im unrichtigen Augenblick Sekt einflößten. Eine andere Gruppe von Jagodas Beamten mußte gestehen, daß sie mit chemischen Mitteln Morde zu begehen versucht habe. So erzählte ein gewisser Bulanow, daß Jagoda ihm befohlen habe, die Wände in Jeshows Büro mit einem giftigen Mittel zu behandeln, so daß Jeshow beim Betreten des Zimmers wie eine Küchenschabe tot umfallen sollte. Bulanows Zerstäubungsmittel funktionierte jedoch nicht in ausreichendem Maße. Dafür war vielleicht die Tatsache eine Erklärung, daß er ein ausländisches Mittel genommen hatte⁵⁾.

Das Verfahren gegen Jagoda stellte den Höhepunkt des Terrors dar. Man nannte diese Periode, in der jeder Mensch sich darauf gefaßt machen mußte, unter der wildesten Anklage wegen Sabotage oder Hochverrat verhaftet, hingerichtet oder deportiert zu werden, die *Jeshowschtschina*. Im Volk erzählte man sich damals, Stalin habe Jeshow erst dann endgültig abgesetzt, als dieser ihm untrügliche Beweise dafür vorlegen wollte, daß Molotow ein deutscher Spion sei.

Stalins Vertrauensmann

Nach dem Sturz von Jeshow hielt sich die Propagandamaschinerie keineswegs mit der These zurück, daß Beria ein verhältnismäßig vernünftiger Mensch sei. Wenn aber die Anklage von 1953 überhaupt einen Sinn hat, dann hat sich Beria als Mitglied der inneren Beratergruppe Stalins seit 1935 und sogar als einer der hauptsächlichen Antreiber an der Säuberungsaktion beteiligt. Beria war vierzehn Jahre lang Chef des MWD, und man kann diese Zeit kaum eine Periode der Mäßigung nennen. Er kam unmittelbar vor dem Kriege ins Amt. Dann mußte er in den von der Roten Armee besetzten polnischen und rumänischen Gebieten den Apparat der Sicherheitspolizei neu aufbauen und die neuen Grenzen gegenüber Deutschland polizeilich sichern. Nachdem mehr als ein Drittel des europäischen Rußland von den Deutschen besetzt worden war, hatte Beria den Auftrag, alle wirklichen und vermeintlichen Gegner des Regimes zu liquidieren. Ganze Provinzen wurden mittels Massendepotation geräumt, wenn man ihre Bevölkerung für unzuverlässig hielt. Nach dem Sieg über die Deutschen waren in den zurückeroberten Gebieten neue Sicherheitsmaßnahmen nötig. In Osteuropa entstanden kommunistische Regierungen überall dort, wo die Rote Armee einmarschierte. Das ließ sich nicht ohne erneuten Terror durchführen. Besonders in den extremen Fällen Ungarns und Bulgariens organisierten jeweils ein paar Dutzend Leute aus Moskau mitten in einer zwar resignierten, jedoch feindlichen Bevölkerung eine kommunistische Partei. Diese Parteiorganisationen hätten offensichtlich ohne die wirksame Hilfe der allgegenwärtigen Sicherheitstruppen Berias nicht entstehen können.

Beria handelte dabei selbstverständlich im unmittelbaren Auftrag von Stalin und in enger Verbindung zu Shdanow, der damals für die Linie der Kommunistischen

⁵⁾ Wyschinskij überließ es den Zuhörern, zu entscheiden, ob die Benutzung eines ausländischen Zerstäubungsmittels doppelt verbrecherisch sei oder ob nicht ein russisches Mittel besser gewirkt hätte.

Partei verantwortlich war. So war Beria tatsächlich einer der Baumeister bei der Entstehung der osteuropäischen Volksdemokratien.

Zwischenspiel der Versöhnlichkeit

Es wäre freilich eine grobe Vereinfachung, wenn man die Entstehung der kommunistischen Staaten in Osteuropa nur auf die Terrormaßnahmen von Shdanow und Beria zurückführen wollte. Diese Regierungssysteme erwuchsen in dem Klima des Optimismus, das sich nach dem großen Sieg der Sowjetunion über Deutschland gebildet hatte.

Bei den höheren Rängen aller kommunistischen Parteien war erneut eine Periode der Versöhnung gekommen. Schon während des Krieges hatte man den in Ungnade gefallenen Aktivisten erlaubt, in die Rote Armee einzutreten und sich auf diese Weise die Rückkehr zur Parteimitgliedschaft zu verdienen. Auch eine beträchtliche Zahl ehemaliger Oppositioneller wurde aus den Arbeitslagern und Gefängnissen herausgeholt, in Parteiämter eingesetzt und gelegentlich sogar ins Ausland gesandt.

Neuer Terror

Aber die wirtschaftlichen Schwierigkeiten innerhalb der Sowjetunion dauerten an, und mit dem Ausbruch des Kalten Krieges kam diese verhältnismäßig liberale Phase, deren Stil Elemente der Volksfrontzeit aufwies, zu Ende.

Stalin hatte angenommen, daß nach dem Kriege eine lange Periode der Zusammenarbeit mit den USA beginnen werde. Als sich diese politische Hoffnung nicht erfüllte, brachen neue scharfe Kämpfe innerhalb der Führungsgruppe der Partei aus. Diese Kämpfe waren an bestimmten Anzeichen erkennbar: der altverdiente kommunistische Nationalökonom Eugen Varga zum Beispiel wurde öffentlich dafür getadelt, daß er nicht mit wissenschaftlicher Methode einen unvermeidbaren Wirtschaftszusammenbruch der USA voraussagte. Shdanow führte eine erbarmungslose Reinigungsaktion unter den Musikern, Schriftstellern und Philosophen durch. Wossnessenskij, ein Mitglied des Politbüros, verschwand ohne Hinterlassung auch nur einer Spur.

Die außenpolitische Wendung wurde deutlich, als man 1947 durch die Gründung der Kominform in Warschau offensichtlich versuchte, die tote Kommunistische Internationale wieder zu beleben. Freilich ging man nur zögernd an dieses Experiment heran. Man fürchtete die Entstehung ideologischer Abweichungen und die Möglichkeit zu einer neuen und gefährlichen Infiltration vom Westen her. Während Shdanow innerhalb der Sowjetunion sein ideologisches Großreinemachen fortsetzte, war Beria damit beschäftigt, die Kader in Prag, Sofia, Budapest und Belgrad mit immer neuen Leuten zu besetzen.

Tito als Warnzeichen

In diesem Augenblick geschah etwas, was kaum ein Kenner des Stalinregimes für möglich gehalten hätte: eine ganze Kommunistische Partei entzog sich der Kontrolle Moskaus, — Tito rebellierte in Jugoslawien. Die Einzelheiten seines Abfalls sind so bekannt, daß man sie nicht zu wiederholen braucht, doch sind sie interessant in ihrem Bezug auf den Fall Beria. Titos Aktion bedeutete eine ernste Warnung an das Moskauer Hauptquartier, daß die stalinistischen Kontrollmethoden auf scharfen Widerstand zu stoßen begannen.

Zunächst freilich hatte es den Anschein, als ob Jugoslawiens Abfall nur eine neue Verschärfung von Stalins Politik zur Folge habe.

Jetzt mußten die osteuropäischen Länder die große „Säuberung“ nachholen, die in der Sowjetunion während der dreißiger Jahre durchgeführt worden war. Die Verspätung von zehn Jahren machte die Aktion nicht weniger fürchterlich, eher war das Gegenteil der Fall. Die Serie von Maßnahmen begann in Budapest, wo Laszlo Rajk, der ehemalige Außenminister, als amerikanischer Spion vor Gericht gestellt wurde. Das Material gegen ihn bestand in erster Linie aus den Aussagen des Amerikaners Noel H. Field, der selbst freilich niemals im Gerichtssaal erschien⁶⁾. In Sofia wurde der vormalige Generalsekretär der Kommunistischen Partei Traitscho Kostow auf Grund einer ähnlichen Anklage zum Tod verurteilt. Nur die polnischen Kommunisten konnten ihren Parteisekretär Ladislaus Gomulka, der eigentlich dasselbe Schicksal erleiden sollte, vor dem Henker bewahren. Auch eine Gruppe von Kommunisten in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Paul Merker und seine Genossen, wurde wegen ihrer Zusammenarbeit mit Field in Anklagezustand versetzt, doch hat auch gegen sie ein Verfahren nicht stattgefunden.

Während diese Säuberungsmaßnahmen vor sich gingen, setzte sich erneut die stalinistische Orthodoxie durch. Man warf Tarlé vor, daß er die militärische Begabung Napoleons übertrieben habe. Fadjew mußte seinen Roman über die „Junge Garde“ umschreiben, weil er die ältere Generation der Parteimitglieder nicht positiv genug geschildert hatte. Es ließen sich weitere Beispiele anführen.

Die Wendung: Berias Sturz

Nach dreizehn Jahren wurde im Oktober 1952 wieder ein Kongreß der Kommunistischen Partei der Sowjetunion einberufen, der 19. Parteitag. Obwohl dort die Debatten in streng protokollarischer Ordnung stattfanden und die Beschlüsse einstimmig gefaßt wurden, bedeutete diese Veranstaltung doch eine Art Renaissance für die Partei. Sie wurde wieder als die Schlüsselposition der Macht herausgestellt. Auf diesem Parteitag erfolgte das letzte öffentliche Auftreten Stalins, der Malenkow als seinen Nachfolger vorstellte. Wichtige Grundsatzfragen der europäischen und asiatischen Politik wurden nur in der verzerrten Form behandelt, in der Stalin sie in seine Darlegung über die Wirtschaftsprobleme des Sozialismus einbezog. Die Zusammensetzung des neuen Zentralkomitees schien eine reibungslose Zusammenarbeit zwischen den führenden Männern der Partei und des MWD mit den leitenden Persönlichkeiten der Wirtschaft zu sichern.

Nur ein paar Wochen nach dem Parteitag fand ein neues Gerichtsverfahren statt, — dieses Mal in Prag gegen Rudolf Slansky. Auch hier spielten in der Verhandlung absurde und teilweise unverständliche Einzelheiten eine Rolle. Aber die Tatsache des Verfahrens deutete auf den Ausbruch eines schweren Konfliktes zwischen MWD und Partei hin. Slansky und einige seiner Mitarbeiter waren eindeutig Agenten des Beria-Apparats. Von Prag verlagerte sich der Schwerpunkt des Konfliktes schließlich wieder nach Moskau, und dort entlud sich das Gewitter in der Anklage gegen fünfzehn Ärzte, die im Januar 1953 vor Gericht gestellt wurden, weil sie angeblich Shdanow und andere führende Funktionäre ermordet hätten. Stalin hatte offenbar beschlossen,

⁶⁾ Noel H. Field wurde Ende 1954 aus dem Budapester Gefängnis entlassen.

Beria zu stürzen. Dabei entschied er sich für dieselbe Methode wie im Falle Jagodas. Es war selbstverständlich, daß 1953 ebensowenig wie 1937 ein führender Mann der Partei ohne genaue Kontrolle der Geheimpolizei in ärztliche Behandlung kam.

Man braucht sich den Kopf darüber nicht zu zerbrechen, ob Stalin ein paar Wochen nach diesem Prozeß deshalb starb, weil er sich zuviel zugemutet hatte, oder ob eine falsche ärztliche Behandlung seinen Tod herbeiführte. Die Kardinalfrage ist vielmehr, weshalb Stalin die Aktion gegen Beria genehmigte, vielleicht auch, weshalb er sie genehmigen mußte. Eine befriedigende Antwort läßt sich nicht geben, wenn man alles auf einen persönlichen Machtkampf zwischen Malenkow und Beria zurückführt.

Beria konnte nicht den Ehrgeiz haben, nach Stalins Tod Staatschef zu werden. Er muß gewußt haben, daß er für diese Position auf Grund der Verdienste oder der Verbrechen, die auf das Konto seines Amtes gingen, nicht der geeignete Mann war. Er muß ebenfalls gewußt haben, daß man ihn als Sündenbock gegenüber der neuen Generation in der Partei ausgesucht hatte, die eine Änderung der Regierungsmethoden erstrebte. Er versuchte, sich dadurch zu wehren, daß er sich als freiheitlich gesinnten Reformator ausgab. Er rehabilitierte die verurteilten Ärzte schnell, verkündete eine Amnestie, versprach einen neuen Strafrechtskodex und eine Verstärkung der nationalen Autonomie in den einzelnen Sowjetrepubliken. Von seinen außenpolitischen Maßnahmen kann man nur andeutungsweise sprechen, weil man in bezug auf sie im Dunkeln tappt. Doch scheint es wahrscheinlich, daß er in Verbindung mit dem Aufstand vom Juni 1953 in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands stand. Man könnte sich Berias Unterstützung des Aufstandes so erklären, daß er an Hand dieses Beispiels die Unentbehrlichkeit starker MWD-Kräfte nachweisen wollte. Doch war der Erfolg dieses Bemühens, daß die führenden Männer der Armee sich mit den Chefs der Partei gegen die Machtstellung des MWD verbündeten.

Ist Stalin wirklich tot?

Malenkow hat bei der Ausschaltung Berias offenbar sehr geschickt operiert. Stalin, der Organisator der Industrialisierung Rußlands und der Sieger über Deutschland, bleibt dem kommunistischen Parteimythos erhalten. Der Despot und Terrorist Stalin aber ist in der Person von Beria aus dem Sowjetsystem ausgeschieden worden. So scheint die Hinrichtung Berias der Auftakt zu Malenkows Neuem Kurs zu sein.

Wird dieser Neue Kurs die sowjetische Gesellschaftsordnung in ihrem Wesen ändern? Werden die Völker der Sowjetunion, nachdem sie so große moralische und materielle Opfer bei der Industrialisierung ihrer Heimat gebracht haben, wie die Juden nach vierzig Jahren in der Wüste das Auserwählte Land der Sowjet-Demokratie betreten dürfen? Ein unbedingtes Ja auf diese Frage wäre nach meiner Ansicht ein voreiliger und gefährlicher Schluß.

Während der Herrschaft Stalins ist ein menschliches Verhalten und eine Regierungsmethode zur Tradition geworden, die sich nicht einfach dadurch ändern lassen, daß einige der stalinistischen Maschinenbauer einen Teil der Maschinerie zerstören. Eine sowjetische Demokratie kann nur als Ergebnis eines langen politischen Prozesses entstehen, in dem der Fall Beria nur einen der großen Einschnitte bedeutet. Immerhin zeigt dieser Fall, daß eine politische Umwälzung im Kommen ist. In naher Zukunft wird man mehr davon erleben.

BERDJAJEW UND DER KOMMUNISMUS

Am 23. März 1948 starb in Clamart bei Paris der russische Philosoph Berdjajew, seine später erschienene Autobiographie liegt mir in italienischer Übersetzung vor (Florenz 1953, Vallecchi). Berdjajew hat immer zur politischen Linken gehört. 1947 hat er sich sogar von kommunistischen Netzen einfangen lassen und Fühlung mit den Angehörigen der Pariser Sowjetbotschaft genommen. Doch war er niemals Kommunist, denn er hat sich während seines ganzen Lebens zum Christentum bekannt. Sein Ideal war immer die Verwirklichung der menschlichen Persönlichkeit im Gegensatz zur Masse. Wohl aber hatte er als junger Mensch in den Reihen der russischen Sozialisten gekämpft. Wegen seiner Ideen war er vom zaristischen Regime verurteilt worden. Im Zweiten Weltkrieg bemühte er sich, einen Berührungspunkt zwischen seiner Philosophie und dem Kommunismus zu finden. Im Schlußkapitel seiner Biographie schreibt er:

„1947 war ich schwer betroffen wegen der russischen Frage. Es handelte sich für mich wahrhaft um eine Tragödie. Nach dem heroischen Kampf (damit ist der russische Widerstand gegen die Deutschen im Zweiten Weltkrieg gemeint) habe ich eine schwere Enttäuschung erlebt. Die Ereignisse in Rußland entsprechen nicht meinen Hoffnungen. Keineswegs hat die Freiheit triumphiert, sondern das Gegenteil ist eingetreten.“

Diese Schlußfolgerung ist tödlich. Von Anfang an hatte der Kommunismus eine reaktionäre Seite, die einen Philosophen der Freiheit nicht für sich einnehmen konnte. Das ist eine der wichtigsten Feststellungen in Berdjajews Buch, und sie wird häufig wiederholt. Wo Berdjajew zum Beispiel die literarische und philosophische Erneuerung Rußlands zu Beginn unseres Jahrhunderts erwähnt, die einen starken Eindruck auf das Denken der Revolutionäre machte, stellt er fest, wie wenig fortschrittlich diese Erneuerung war: „Eine Wahl war nicht möglich. Sie gehörten eher zur deutschen Romantik als zu der gleichzeitigen französischen Bewegung, die immerhin ein soziales und vielleicht sogar sozialrevolu-

tionäres Element in sich trug. So entstand die Revolution im Zeichen einer Weltauffassung, die schon vergangen zu sein schien und auf alle Fälle primitiv war. Gerade sie überwog im Triumph des Bolschewismus. Der Bruch zwischen der hohen Geistesebene der Revolutionäre und dem niedrigen Kulturstand der Volksmassen war viel tiefer als derjenige, der zur Zeit der Französischen Revolution stattfand. Die Franzosen erhielten ihre Eingebung aus den Ideen von Rousseau und der Philosophie des 18. Jahrhunderts. Sie standen an der Spitze des Fortschritts im Denken ihrer Zeit. Die russischen Revolutionäre dagegen wurden geistig durch die schon vergangenen Ideen des russischen Nihilismus und des Materialismus beeinflusst. Dem schöpferischen Denken ihrer eigenen Zeit gegenüber waren sie taub. Lenin war sowohl nach seiner allgemeinen Bildung als auch besonders in seiner Philosophie ein Reaktionär, ein gräßlich zurückgebliebener Mensch. Er fand sich nicht einmal der Höhe der marxistischen Dialektik gewachsen, die wenigstens durch den deutschen Idealismus hindurchgegangen war. Das war eine katastrophale Lage für die Russische Revolution. Von ihr aus erklärt sich der Massenmord an den Trägern der russischen Hochkultur.“

Das Wesen der kommunistischen Revolution läßt sich einerseits besser an Hand des ihr von Anfang an eigentümlichen Fatalismus verstehen und andererseits an der Dämonie, die ihr zugrundeliegt. Berdjajew erklärt den Fatalismus ausdrücklich zu einem Kennzeichen des Kommunismus, und diese Denkweise gehörte schon zu der geistigen Entwicklung, die das zaristische Regime einem unausweichlichen Abgrund zutrieb. Die Dämonie liegt in der Art, in der es dem bolschewistischen Regime so rasch gelingt, den biologischen und geistigen Typ der Russen umzuformen: „Neue Gesichter erschienen“, schreibt Berdjajew, „die man vor der Revolution nicht gekannt hatte. Es zeigte sich ein neuer Menschentyp, in dem kein Ausdruck von Güte zu finden war. Die Gesichter hatten keine klaren Züge. Sie sahen anders aus als die der früheren Russen. Sie waren ölig, frisch rasiert, grausam,

aufgeregt und aggressiv ... Der neue Menschentyp entstand im Kriege, aus dem überragenden auch das neue Führungskader der Bolschewiken aufgestiegen war. Es handelte sich um einen neuen Typ des Aktivisten, der genau dem faschistischen Typ gleich ... Menschen und Völker können sich erstaunlich ändern.“

Dieser neue russische Typ, der Aktivist, war es, der den Kampf gegen das Christentum führte: der Gottlose. Diese teuflische und schnelle Verwandlung des russischen Wesens unter der Revolutionsfahne erklärt die Schrecken, die von 1917 bis heute die Geschichte des Kommunismus begleitet haben, und wirft neues Licht auf den unauslöschlichen Dualismus, der sich heute in der Form des Kalten Krieges zeigt. Nach der Begriffsbestimmung von Berdjajew läßt sich das kommunistische Regime sozusagen als Inkarnation des Bösen definieren. Damit erklärt sich einerseits der Widerstand der russischen Bauern und der durch die moskowitzischen Heere unterworfenen Völker gegen den Kommunismus und andererseits die Hinneigung der Massen im Westen zu einem ihnen unbekannten bösen Prinzip. Nach der Bemerkung des Schriftstellers Julien Green in seinem Tagebuch erweckt der Teufel keineswegs Antipathie oder Entsetzen. Die Reize der Versuchung gehören zu seinem Handwerk. Der Terror beginnt erst nach der Eroberung.

Berdjajew hat fünf Jahre unter der kommunistischen Herrschaft gelebt. Er war von Anfang an dem Regime feindlich gesinnt, aber zunächst war eine solche Haltung in Rußland noch möglich. Man erlaubte den Intellektuellen sogar Zusammenkünfte, Diskussionen, Vorträge und die Verteidigung der Kirche. Lunatscharskij, Bucharin, Kamenew, Rasjanow, einflußreiche Mitglieder der neuen Regierung, hatten selbst zur „Intelligenz“ gehört, und man konnte bei ihnen noch einen gewissen Halt finden. Eines Tages ging Berdjajew zum Staatspräsidenten Kalinin und forderte die Freilassung eines verhafteten Schriftstellers. Bei dem Gespräch mit dem Präsidenten schlug jemand Berdjajew vor, er solle sich an Lunatscharskij wenden. Daraufhin sagte das Staatsoberhaupt des neuen kommunistischen Gemeinwesens zu Berdjajew, – und seine Worte besaßen eine furchtbar prophetische

Bedeutung –: „Eine Fürsprache durch Lunatscharskij hätte kein Gewicht, und auch eine Befürwortung durch mich selbst mit meiner eigenhändigen Unterschrift wäre wirkungslos. Die Lage wäre nur dann anders, wenn sich der Genosse Stalin für den Fall interessieren würde.“

1922, als die Religionsverfolgung in Rußland einsetzte, wurde Berdjajew durch die Regierung zur Auswanderung gezwungen. Man nahm ihn zuerst in Deutschland, dann in Frankreich, wo er sich niederließ, gut auf. Er lernte Keyserling, Scheler, Curtius, Maritain, du Bos, Gide, Malraux, Mounier kennen. Berdjajew erkannte an, daß ein sozialer Wandel notwendig sei, durch den Armut und Reichtum ausgeglichen werden konnten. Aber niemals ließ er von seiner kritischen Haltung gegenüber dem Kommunismus ab: „Was hatte ich dem Kommunismus entgegenzusetzen? Warum habe ich ihn bekämpft, und warum bekämpfe ich ihn noch immer? Vor allem hatte ich ihm den Grundsatz der geistigen Freiheit entgegenzusetzen, der für mich wesentlich und unabdingbar ist. Ich habe ihm weiter das Prinzip der Persönlichkeit entgegengestellt ... Der Kommunismus, wie er sich in der Russischen Revolution zeigt, hat die Freiheit, die Persönlichkeit und den Geist verneint. Und gerade an dieser Stelle ... enthüllt sich die böse Dämonie der kommunistischen Lehre.“

Diese Ideen hinderten Berdjajew nicht, sich einer slawophilen Romantik zu ergeben und sich Moskau in dem Augenblick geneigt zu zeigen, in dem Stalins Armeen nach Europa eindringen, nach diesem „verrotteten Europa“, das die Vorläufer des Kommunismus in Rußland gehaßt und verachtet, zugleich aber auch mit einer unbewußten Intensität nachgeahmt hatten.

Berdjajews Lebenserfahrungen sind ein Symbol. Er gab sich bald Rechenschaft, daß mit dem russischen Sieg keineswegs das Ende des Terrors gekommen war. Er sagte sich erneut vom Kommunismus los. 1947, kurz vor seinem Tod, fügte er seiner Selbstbiographie ein weiteres Kapitel hinzu, in dem er die von schwerer Traurigkeit geprägten Worte schrieb: „In letzter Zeit hat mich das Thema Rußland viel gequält. Viele Dinge haben mich enttäuscht.“

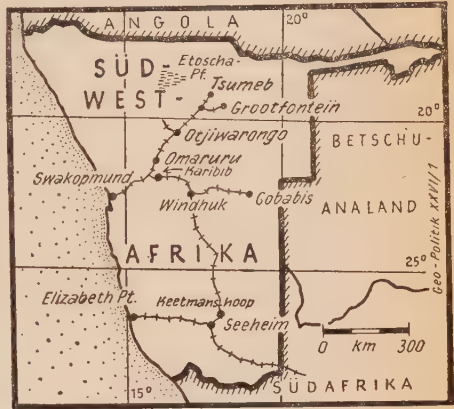
Vintila Horia

ROLF GARDINER

Südwestafrika — Europäische Gemeinschaftsleistung

Ein Paß im Damaraland

Wir standen hoch oben am Joch eines Gebirgstales im entlegenen Herzen des Damaralandes. Durch den Kalkstein und den Granit der Berge führte ein uralter, ausgetretener Pfad zwischen dem Dornbusch nach Omaruru, hinunter in die Ebene. Wir wollten einen Zug schlachtreifer Ochsen zur Küste in Marsch setzen. Zwei Damara-Jungs trieben sie bis Omaruru. Dort wurden die Tiere in einem Kraal gesammelt und mit der Schmalspurbahn nach Karibib gebracht, um von da weiter auf der Hauptstrecke das 300 km entfernte Ziel, die Walfischbai, zu erreichen. Vom dortigen Schlachthaus geht das Fleisch nach Kapstadt.



Das Rindvieh trabte gehorsam durch den Paß außer Sichtweite, hinaus aus der Welt, in der es gezüchtet worden war. Strahlendes Licht erhellte die fast biblische Szene. Der Busch stand in Blüte, und über dem trockenen Land lag berauschend sein Duft.

Hinter uns breitete das Gebirge sein einsames Panorama aus. Eine Herde Karakulschafe, die für die schwarzen oder grauen Persianerpelze der Damen in Europas und Amerikas Weltstädten Lammfelle liefern, zog gerade aus ihrem Kraal aus, wo sie nachts hinter einem Kranz bleicher Dornen Schutz vor den Leoparden gefunden hatte. Aus einer winzigen Wellblechhütte krochen die aus dem fernen Norden stammenden Ovambohirten heraus, um die Karakuls hinunter zu einer *Rivière* zu treiben, — so nennt man die breiten, sandigen, wasserlosen Flußläufe, die sich durch dieses trockenste Land Afrikas winden.

Einsames Südwest

Südwestafrika lebt in einer eigenartigen Abgesondertheit von seinen afrikanischen Nachbarlandschaften. Es ist nur auf Umwegen zu erreichen und tief in seine eigenen Angelegenheiten versenkt. Politisch wird es umstritten von der Südafrikanischen Union, die es als „Fünfte Provinz“ ihres Bundesstaates behandelt, und dem Treuhandschaftsrat der Vereinten Nationen, der den Anspruch erhebt, daß er die Rechte des ehemaligen Völkerbundes über die Mandatsgebiete geerbt hat. Der *de facto*-Zustand scheint eines *de jure*-Anspruchs zu spotten, der in sich etwas wackelig ist.

Man redet von einer neuen Bahnstrecke, die vom Sambesi aus durch den berühmten Caprivi-Zipfel in einem großen Bogen um die Kalahari den Eisenbahndenkpunkt

der kleinen Nebenstrecke bei Tsumeb erreichen soll. Damit hätten Nord- und Südrhodesien einen Ausweg zum Atlantik, und Südwestafrika wäre weniger isoliert als heute.

Aber Südwestafrika läßt Dinge dieser Art ruhig an sich herankommen. Es führt sein kerngesundes Leben in der ihm eigenen Hochstimmung weiter. Dafür bekommt es fast täglich neue Kräfte aus Mitteleuropas Herzen.

Deutsch als Gemeinsprache

Wer aus einem der britischen Territorien kommt, die südlich der Sahara liegen, dem erscheint es höchst seltsam, wenn er hier von einem Hottentotten fehlerfreies Deutsch hört. Aber die einheimische Sprache Südwestafrikas ist nun einmal Deutsch. Deutsch wird von fast allen Stämmen neben ihren eigenen Sprachen gesprochen.

In gesellschaftlicher Hinsicht ist Südwest noch immer ein deutsches Land. Die Inschriften der Läden und die amtlichen Bekanntmachungen in Städten wie Windhuk sind englisch, gelegentlich dringt diskret auch etwas Afrikaans ein. Die gesprochene Gemeinsprache aber ist überall Deutsch. Amtlich sprechen und schreiben die Behörden in vorgeschriebenem monatlichem Wechsel Englisch und Afrikaans. Wenn man aber eine deutsche Frage stellt oder eine deutsche Eingabe macht, kann man sicher sein, daß die Antwort auch auf Deutsch erfolgt.

Die Hauptstraße Windhuks heißt noch immer Kaiserstraße. Es ist eine breit angelegte Hauptverkehrsstraße, deren bauliches Gesicht nur langsam eine Veränderung vom deutschen Kolonialstil zur modernen Architektur der sachlichen Bürobauten durchmacht. Eindrucksvoll ist die zweckmäßige Architektur der Hauptpost, sie sieht wie ein Wabenbau aus grauem und blauem Beton aus. Überall hört man den Radau der Baustellen. Oben auf den Baugerüsten und Kränen arbeiten junge deutsche Handwerker mit bloßem Oberkörper in der Sonne. Tief unten in den Baugruben lehnen sich Herero-Hilfsarbeiter auf ihre Schaufeln, oder sie schleppen unter den Klängen eines rhythmischen Kehrreims eine schwere Last.

Manchmal erinnert die pseudomoderne Reklame Windhuks an die Raffinesse des Kurfürstendamms. Man hört ein Echo der Hohenzollernzeit und zugleich neue Klänge aus dem tapferen Deutschland Adenauers. In Nylonstrümpfen klappern die Absätze modisch gekleideter Damen über die Terrasse des Hotels Continental, und dort erfährt man den neuesten Klatsch aus Stuttgart oder Düsseldorf. In der Kaiserstraße aber gebührt der Schönheitspreis unzweifelhaft den stattlich gewachsenen Herero-Damen, die majestätisch in knöchellangen, plissierten Cretonnekleidern mit hoher Taille den Bürgersteig entlang segeln, – in Fransenschal und Häubchen wie die Frau Baronin von 1895.

Abends bleiben diese Damen weg von der Kaiserstraße in einer absurden Barackenstadt, die unter dem Namen *die Werft* eine Schande für Windhuk darstellt, ein tolles Durcheinander von verrostetem Wellblech und Benzinkanistern, aus denen man hier ein verrücktes Tohuwabohu afrikanischer „Wohnungen“ gebaut hat. Nirgends in Afrika wohnen die Eingeborenen so schlecht wie in Südwest. Der Treuhandausschuß hat schon recht, wenn er in einem kürzlichen Bericht Beschwerde darüber

führt, daß die Eingeborenen nach einer Mandatszeit von 35 Jahren „noch immer keinen Teil an der politischen Entwicklung des Territoriums haben“ und daß „die sozialen und kulturellen Leistungen für sie alles andere als zufriedenstellend sind“.

Das Geheimnis der Berge

Der grün gepolsterte Zug, der sich von Johannesburg über Upington und Keetmanshoop bis Windhuk durchgewurstelt hat, fährt dort um Mittag wieder ab und rollt dann zwölf Stunden lang 1800 m bergab bis auf Meereshöhe. Rund um die weitausgebreitete Hauptstadt führen die Avas-Berge in einem riesigen Kreis einen Tanz auf, – kahle, alpine Kalksteinfelsen, die in der Hitze schimmern. Der Talboden ist mit dem weißlichen, stark duftenden *Hakidoorn*-Busch überzogen.

Die Strecke führt erst nach Norden, zwischen prächtigen Bergzügen hindurch, bis Okahandja, dem „großen Ort“ der Herero. Dort wendet sie sich westwärts nach Karibib und Usakos, wo die Schmalspurbahn nach Tsumeb abzweigt. In der Landschaft leuchten die Kupfertiefdruckfarben *bistre* und *feuille morte*, – das zarte Gelb der Grasbüschel, die man hier *t'wa* nennt, das sanfte Lila der edelsteinbedeckten Berge.

In diesen Bergen liegt der Reichtum und das Geheimnis von Südwest. Seltene Mineralien und Edelsteine verbergen ihre Felsen. An vielen Stellen der Atlantikküste finden sich Diamanten in großer Zahl.

Tief im Gebirge hat man in einsamen Tälern und Schluchten Felsbilder gefunden, die den rhodesischen Zeichnungen der Buschmänner ähnlich sind. Der große französische Fachmann Abbé Breuil nimmt an, daß einzelne dieser Bilder dreitausend Jahre alt sind. Er glaubt, Eremiten oder ganze Einsiedlerkolonien hätten sie geschaffen, die in Verbindung mit den Kulturen des alten Ägypten standen. Seiner Ansicht nach ist die „Weiße Dame“ am Brandberg unzweifelhaft eine Darstellung der Isis. Auch andere Bilder erinnern an die Malereien der ägyptischen Felsengräber. Die Gesichter tragen phönizische Züge, Stellung und Gebärde ist die von kretischen Jägern. So scheint dieses ferne Land durch die Geheimnisse und Schätze seiner Felsenberge eng mit jener Welt der Vorgeschichte verbunden zu sein, in der Afrika vielleicht die Wiege der Kultur bildete.

Swakopmund

Oberhalb der Namibwüste verringert der Zug die Geschwindigkeit, so daß er fast im Kriechtempo die Endstationen Swakopmund oder Walfischbai erreicht. Swakopmund liegt sorgfältig geplant auf dem sauberen Strand an der „Küste der Gebeine“. In der Luft liegt ein kalter Geschmack von Salz und schwefelhaltigem Seetang. Graue Himmel drohen dem Lande, aber fast nie regnet es wirklich. Der Ozean dringt mit einer Gewalt wie das jüngste Gericht heran.

Aber in Swakopmund lebt noch immer deutsche *Gemütlichkeit*. Man könnte glauben, daß man in einem kleinen Seebad an der Ostsee irgendwo zwischen Lübeck und Danzig wäre, bei Travemünde oder Swinemünde.

Swakopmund ist eine seltsame Legierung zwischen dem Stil der hansischen Küste und dem afrikanischen Hinterland. Auf seiner Mole, die nicht mehr in Betrieb ist, war ein Südtiroler dabei, Haie zu fangen. In dem kleinen, sorgfältig gepflegten

Garten daneben wachsen vorwiegend immergrüne Gräser und Kakteen. Bei Kap Cross, nördlich von Swakop, wo der Portugiese Diego Cam 1484 ein Denkmal errichtete, findet sich die größte Ansammlung von Seehunden in ganz Afrika. An der wilden, stürmischen, durstigen Küste liegen Wracks, Strandgut und Seemannsknochen vieler Jahrhunderte. Frischwasser ist eine Kostbarkeit, und Tausende sind schon auf der Suche nach ihr umgekommen.

Ovambo arbeiten in den Minen

Die Schmalspurbahn von Usakos durchfährt die Mitte des Landes über Omaruru, Kalkfeld, Otjiwarongo bis Otavi und Tsumeb im Norden. Die Bergwerksstadt Tsumeb ist nach Gesichtspunkten der modernen Stadtplanung erbaut worden. Schachbrettartig liegen weiße Bungalows inmitten ihrer grünen Gärten.

Die amerikanische Bergwerksgesellschaft wirbt ihre Arbeitskräfte im Ovamboland jenseits der berühmten Etoschapfanne an und bringt sie hier in einer Siedlung unter, wo ein strenges Reglement herrscht. Die Ovambo sind sehr stammesbewußt, sie schicken ihre jungen Männer nur für eine klar verabredete Zeitspanne aus dem Stammesgebiet hinaus. Man sieht die Stammesangehörigen auf dem Rückmarsch mit Esel- oder Pferdegespannen, die sie mit dem Lohn ihrer Arbeit erworben haben. Sie trecken auf den endlosen, breiten, roten Landstraßen nach Norden. Es kann wohl geschehen, daß im Etoscha-Land Löwen diese Trecks überfallen, bevor sie nach Hause kommen. Aber die Ovambo halten ihren abendlichen *outspan* und ihr Nachtlager inmitten eines Kranzes brennender Feuer.

Neue Heimat aus altem Erbe

Die Bannkraft Südwests wird dadurch noch größer, daß es hier überreichlich Wild gibt. Völker von Perlhühnern gehen rechts und links der schnurgeraden Straßen hoch. Strauße trampeln auf ihre lächerliche Art, aber erstaunlich schnell, im Gras umher. Unzählige kleine Antilopen machen den Busch lebendig.

Die schönsten unter den wilden Geschöpfen sind aber die Kudu. Sie stehen mit gespitzen Ohren unter den großen Kameldornbäumen, die am Rand der versandeten Trockenflußbetten wachsen, oder sie klappern einen Berghang hinab, um in der Dämmerung ein Wasserloch irgendwo im Tal zu finden.

Die lebenswarme Zusammengehörigkeit zwischen der wilden Kreatur und den großen Schaf- und Rinderherden der Farmen bringt den Menschen in eine beglückte Gemütsstimmung. Hier ist es nicht so wie an anderen Orten, wo die Landwirtschaft das Wild vertreibt oder es nur mit Besorgnis gerade noch duldet.

Es überrascht kaum, daß in Südwest ein eigener Menschenschlag heranwächst und daß hier eine starke Heimatliebe Wurzel geschlagen hat. Viele Farmer, deren Hände Schwielen von harter Arbeit zeigen, stammen aus Adelsfamilien. Ihre Frauen zeigen den Fleiß der Landfrau, die sich an das Leben in der Wildnis und an einsame Gefahren gewöhnt hat.

Doch erlischt die Flamme des geistigen Lebens hier nicht. Der provinzlerhafte Materialismus, der in anderen Territorien wie zum Beispiel in Rhodesien, wo man

sich von eingeborenen Arbeitskräften abhängig gemacht hat, herrscht, ist hier in viel geringerem Ausmaß zu finden. Manche Heldengestalten Südwests sind für ihre Leistungen im Trinken berühmt, aber das gesellige Leben dreht sich in Wirklichkeit keineswegs um die vollen Gläser. Alkohol ist hier nicht ein *sine qua non* für ein gemütliches Zusammensein, wenn man auch gern eine Flasche Rhein- oder Kapwein trinkt.

In den einsamen Damarabergen feierten wir zusammen. Da kam der Hausherr nach Hause, ein gütiger Siebziger, schwarz von der Arbeit in den Viehkraals. Ohne lange Flausen jagte er seine Gäste aus dem einzigen Badezimmer hinaus. Wir aßen ein ländlich einfaches Abendbrot am Familientisch. Dann unterhielt man sich, jemand spielte etwas vor, und englische oder deutsche Lieder und Kanons wurden angestimmt. Auf der Veranda leuchtete eine ehrwürdige Öllaterne, die einmal auf die Straßen von Swakopmund geschienen hatte. Da tanzten jung und alt Kontraltänze des alten Europa. Deutsche und englische Überlieferungen verschmolzen glücklich miteinander auf der afrikanischen Farm. Europas wahre Gemeinsamkeit spiegelte sich in der nächtlichen Wildnis.

PORTRÄT EINES BRITISCHEN MITARBEITERS

Rolf Gardiner, geboren zu London 1902, stammt väterlicherseits aus England, mütterlicherseits aus Finnland und Österreich. Als junger Pfadfinderführer und Student bemühte er sich nach dem Ersten Weltkrieg um eine Begegnung der Jugend Nordeuropas. Er sah Europa eingeklemmt zwischen den politischen Riesen Amerika und Rußland. In den freien Bünden der deutschen Jugendbewegung fand er Weggenossen für seine Ziele: Ein geeintes Europa und die Erneuerung der abendländischen Christenheit aus den Wurzeln heraus. Der Weg führte zunächst nicht über politische Gespräche, sondern über gemeinsames Lernen und Tun, Musik und Tanz, Arbeitslager und Spielschar. Auf dieser Grundlage praktischer Zusammenarbeit konnten junge Menschen allmählich zu einer Klärung politischer Fragen gelangen. Ein gleichzeitig in Deutschland und England 1928 veröffentlichtes Buch brachte deutsche und englische Männer zu politischen Äußerungen im Geist der Frontsoldaten und der Nachkriegsjugend.

Nach den Wanderjahren, in denen Rolf Gardiner an der Gründung des Grenzschulheims Boberhaus zu Löwenberg in Schlesien sowie des Musikheims zu Frankfurt a. d. Oder beteiligt war, nahm er seine Hauptarbeit auf: Die agrarische Wiederbelebung von Wessex, der uralten Heimat süd-englischer Kultur. Als Land- und Fortwirt leitet er seit 1933 ein größeres Gut in der Grafschaft Dorsetshire. Dort beteiligte er sich zehn Jahre lang an der Provinzverwaltung (County Conseil). Während des Zweiten Weltkrieges wurde er beauftragt, den Flachsbaum und die Flachsfabriken Südwestenglands zu organisieren. Seit 1947 begibt er sich regelmäßig in jedem Jahr nach Njassaland, um dort Familienbesitzungen zu betreuen. Er sieht Afrika und die gewaltigen Probleme dieses aufgeführten Kontinents nicht als Brite sondern als Europäer. Er glaubt, daß die Lösung dieser Probleme nur in der ritterlichen Zusammenarbeit der verschiedenen Rassen möglich ist, wie er früher für den Zusammenschluß der Jugend gleichberechtigter Völker in Europa arbeitete.

Mit Deutschland verknüpft Rolf Gardiner vielfache Kameradschaft. Als Freund des ehemaligen preußischen Kultusministers Carl Heinrich Becker war er 1953 Gast des Bundespräsidenten Heuß in Bonn.

Die brasilianische Nation

Nation aus Politik und Geschichte — nicht aus Natur

Eine Nation ist keine natürlich gewachsene, sondern eine geschichtlich gewordene Gemeinschaft. Eine nationale Gemeinschaft mag sich mit einer Gemeinschaft des Volkstums, der Sprache, der Kultur, des Stammes, der Rasse, besser der Rassenmischungen, decken oder danach streben, sich mit ihnen zu decken: theoretisch gesehen ist das Werden einer Nation jedoch kein natürlicher, kein biologischer oder kulturell-vegetativer, sondern ein geschichtlicher Vorgang. Mit anderen Worten: Das Entstehen einer Nation ist nicht aus Naturgesetzen, sondern aus menschlichem Handeln und Gestalten, wie es sich in Politik und Geschichte niederschlägt, zu erklären.

Die meisten brasilianischen Historiker setzen allerdings den rassischen Vermischungsprozeß mit dem Werden der brasilianischen Nation gleich oder bringen ihn zum mindesten in engen Zusammenhang mit ihm. Auch wir bestreiten nicht, daß ein solcher Vorgang das Werden der brasilianischen Nation begleitet hat und noch begleitet, wir verneinen jedoch den ursächlichen Zusammenhang zwischen beiden Geschehnissen. Rassenmischungen, wie sie sich in Brasilien vollzogen haben, können sich vollziehen, ohne daß es dadurch zur Bildung einer (neuen) Nation kommt. Koloniale Räume können von einer einzigen Nation sprachlich, volkstumsmäßig und kulturell durchdrungen werden, ohne daß es deshalb zur Entstehung einer neuen Nation kommen muß, wie dies das spanische Südamerika im offenkundigen Gegensatz zum portugiesischen beweist.

Eine Nation, unter der wir die geistige und willensmäßige Einheit der Bevölkerung eines gewissen Raumes verstehen, ist also das Ergebnis einer bestimmten geschichtlichen Entwicklung. Sie hat ihre Wurzeln in einem gemeinsamen Heimaterlebnis und in gemeinsamen Wirtschaftsinteressen. Aber erst, wenn die Bevölkerung eines bestimmten Raumes die Selbstgestaltung ihres gesamten, vor allem des politischen Lebens anstrebt, wenn sie einen gemeinsamen Staat fordert oder bei seinem Vorhandensein zu seiner Verteidigung mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln und Kräften bereit ist, kann man vom Vorhandensein einer gemeinsamen nationalen Gesinnung oder einer Nation sprechen.

Wenn die Nation ein Ergebnis von Politik und Geschichte ist, kann man die ersten Ansätze zu einer nationalbrasilianischen Entwicklung zu Beginn der portugiesischen Kolonisation, 1532 oder 1534, suchen; denn die schlichten Naturvölker, die vorher und zur Zeit der Entdeckung (1500) den brasilianischen Raum bevölkerten, besaßen keine Geschichte und kannten keine Politik.

Erst nachdem sich die ersten portugiesischen Kolonisten niedergelassen hatten, spielte sich hier Politik und Geschichte ab. Die Siedler kamen mit einer klaren politischen Zielsetzung, nämlich sie wollten die Ostküste Südamerikas ihrem König sichern und den dahinter liegenden Raum durchdringen. Dieses Ziel hatten sie nach etwa 200 Jahren erreicht; denn bereits um 1750 konnte der heutige Lebensraum der brasilianischen Nation im großen und ganzen in seinem heutigen Umfang (von 8,5 Millionen qkm) abgesteckt werden.

Raum und Besiedelung Brasiliens

Für das richtige Verständnis des Werdens der brasilianischen Nation in diesem Raum ist dabei zweierlei wesentlich, einmal die Weite und die geographische Gliederung des Raumes und sodann seine Besiedlungsgeschichte.

Der brasilianische Raum mit seinen kontinentalen Ausmaßen stellt keine natürliche Einheit dar; er besitzt nicht wie etwa Argentinien im La-Plata-Strom ein gemeinsames Einfallstor.

So begann denn auch die Erschließung des Landes nicht von einem Punkte aus, sondern damit, daß man an der langgestreckten Küste eine ganze Reihe ungefähr gleich langer Strecken abmaß und sie an verdiente Edelleute und Kriegsveteranen als Erblehen (Kapitanien) mit der Auflage, sie zu kolonisieren, vergab (1534). Diese Lehnshalter erhielten weitgehende Privilegien auf dem Gebiet der Verwaltung, der Gerichtsbarkeit und Verteidigung, während der König sich, abgesehen von einigen wichtigen Monopolen und Abgaben, nur eine Art Oberschutzherrschaft vorbehielt. Wenn auch die sogenannten Feudalkapitanien allmählich durch unmittelbar im Auftrag des Königs gegründete Statthalterschaften oder Kapitanien abgelöst oder aufgesaugt wurden, so besaßen doch auch diese eine weitgehende Selbständigkeit und Autonomie, schon weil die große Entfernung von Portugal das notwendig machte.

Untereinander standen die verschiedenen Siedlungskerne nur in ganz lockeren Beziehungen; denn die Weite des Raumes und seine geographische Gliederung, insbesondere seine Gewässer und Gebirgszüge, wirkten nicht einend und verbindend, sondern trennend und spaltend. Das gilt selbst für die Niederlassungen an der Küste, weil die Passate die Schiffsverbindung von einer Siedlung zur anderen so erschwerten, daß z. B. von den Kolonien im Norden eher Lissabon als Bahia oder Rio erreicht werden konnte.

Die klimatisch-geographischen Gegebenheiten sorgten ferner dafür, daß sich in jeder Landschaft auch eine eigene Wirtschaftsform herausbildete; so überwog im Amazonastal z. B. die reine Sammeltätigkeit, an der Küste die Plantagenwirtschaft und im Innern und Süden die Viehzucht oder die Schürfung nach Gold und Edelsteinen.

Infolge der geographischen und geschichtlichen Gegebenheiten gab es daher zu Ausgang der Kolonialzeit keine Kolonie Brasilien, kein Brasilien als eine verwaltungsmäßige und wirtschaftliche, geschweige denn als geistige Einheit, sondern eine Summe von gleichberechtigt nebeneinanderstehenden Kolonien oder Generalstatthalterschaften mit verwaltungsmäßig von ihnen abhängigen Unterkapitanien in einem portugiesisch besiedelten oder besser durchdrungenen geographischen Raum Brasilien.

Wohl kannte man während der Kolonialzeit den Sammelbegriff des *Estado do Brasil* für die Kolonien im Süden. Ihm stand im Norden jedoch – Piauí, Maranhão und das weite Amazonasgebiet umfassend – der förmlich von ihm getrennte *Estado do Grão Pará e Maranhão* (zuerst nur *Estado do Maranhão* genannt) gegenüber, der 1775 in zwei gleichberechtigte Kolonien, Pará und Maranhão, aufgelöst wurde. Im *Estado do Brasil* ließ sich der König zuerst durch einen Generalstatthalter und später durch einen Vizekönig vertreten, doch war dieser den übrigen Generalkapi-

tänen als Statthalter von Bahia oder seit 1763 von Rio de Janeiro gleichgestellt, wenn man davon absieht, daß er für die gemeinsame Verteidigung der südbrasilianischen Kolonien (von Espirito Santo an südwärts) zu sorgen hatte. Alle Generalstatthalterschaften (Pará, Maranhão, Pernambuco, Bahia, São Paulo, Minas Gerais usw.) aber standen mit Lissabon direkt in Verbindung, erhielten von dort ihre Anweisungen und machten dort ihre regionalen Interessen geltend.

Heimatgefühl und Nationalbewußtsein der Brasilportugiesen

Wie vollzog sich nun unter den geschilderten geographischen und geschichtlichen Voraussetzungen das Werden der brasilianischen Nation? Die portugiesischen Kolonisten waren natürlich zuerst Fremdlinge im Lande, denn ihre Heimat lag in Europa; sie fühlten sich naturgemäß als Angehörige der portugiesischen Nationalgemeinschaft. Es hat lange gedauert, ehe sich die Auswanderer oder ihre Nachkommen in Südamerika zu Hause fühlten und ihre neue Heimat lieben und schätzen lernten. Dazu trugen in erster Linie ihre wirtschaftlichen Erfolge als Großgrundbesitzer und die Entstehung einer eigenartigen kolonialen Gesellschaft bei.

In dieser Gesellschaft spielten sie als Zuckerrohrpflanzer, Gold-, Diamanten- und Gewürzsucher oder als Viehzüchter die Rolle einer Herrenschaft, die über eine zahlenmäßig breite Schicht von Sklaven indianischer und afrikanischer Herkunft wie über sonstige zahlreiche Abhängige, meist Mischlinge, verfügten. Die weißen Großgrundbesitzer stellten so die einzige Schicht dar, die etwas zu sagen hatte und sich – vor allem in der Munizipalverwaltung – politisch betätigen konnte; die Sklaven und die übrige Bevölkerung waren von dieser Herrenschaft vollkommen abhängig und praktisch überhaupt rechtlos.

Die Verbundenheit dieser weißen Herrenschaft mit dem neuen Lande wurde abgesehen von den wirtschaftlichen und sozialen Banden durch die Kriege mit den Indianern, sowie vor allem den nichtportugiesischen Wettbewerbern wie Franzosen, Holländern und Spaniern geweckt und gestärkt. Das Auftreten dieser Wettbewerber schweißte die Kolonisten durch die gemeinsame Verteidigung ihres Besitzes zusammen und entwickelte ihren Stolz auf den erkämpften oder erfolgreich verteidigten Grund und Boden. All diese Kämpfe haben die Heimatliebe und das Selbstbewußtsein der selbsthaft gewordenen weißen Führungsschicht wesentlich gesteigert, was so weit ging, daß die Pernambucaner es sich z. B. 1666 erlaubten, einen ihnen nicht genehmen Statthalter einfach nach Portugal zurückzusenden.

Trotzdem konnten diese Auseinandersetzungen nicht dazu beitragen, ein Begehren nach politischer Selbständigkeit bei den Kolonialportugiesen zu wecken, weil sie alle diese Kämpfe als Teil des portugiesischen Volkes und mit dem Mutterland im Hintergrund führten.

Das gilt auch für die heldenhaften Kämpfe der Pernambucaner (1630–1654) gegen die Niederländer, die wohl das Gefühl der Verbundenheit mit dem heiß umkämpften Boden außerordentlich stärkten, jedoch keineswegs zu einer Entfremdung zwischen Kolonial- und Europaportugiesen führten, sondern ihr portugiesisches Nationalgefühl eher noch mehr entfaltet haben. Nur so ist es zu verstehen, daß die Freiheits-

helden, obwohl sie der König sich selbst überlassen hatte, weil er mit den Holländern verbündet war, und obwohl ihnen Moritz von Nassau-Siegen (1637–42) als Kolonieverwalter das Ideal eines fürsorgenden Staates gezeigt hatte, praktisch vor dem Mutterland kapitulierten und die Wiederherstellung der früheren Zustände der kolonialen Ausbeutung und Unterdrückung widerspruchslos zuließen.

Entfremdung zwischen Kolonial- und Europaportugiesen

Die nationalbrasilianische Entwicklung von der erwachten Heimatliebe, von einem gesunden Selbstvertrauen zum Begehren nach einer politischen Verselbständigung oder Absonderung gegenüber dem europäischen Mutterland ist nur als ein Entfremdungsvorgang zwischen Stammvolk und südamerikanischem Volkszweig zu verstehen; denn die politische Freiheit und Unabhängigkeit mußte ja schließlich gegenüber Portugal und nicht gegenüber einem fremden Volke errungen werden.

Die allmähliche politische Entfremdung kann in der brasilianischen Kolonialgeschichte deutlich nachgewiesen und verfolgt werden. Sie hat ihre Ursache in der merkantilistischen Kolonialgesinnung Portugals, für das die Kolonien in Brasilien nicht eine Erweiterung des Mutterlandes darstellten, sondern ein bloßes Ausbeutungsobjekt. Kein Land vertrat diese Auffassung vielleicht folgerichtiger als das kleine und an Naturschätzen arme Portugal. Die bodenständig gewordenen Portugiesen, die ja selbst nach diesem Gesetz angetreten waren und nach ihm die Wirtschaft und soziale Ordnung des Landes gestaltet hatten, wurden bald zum Objekt dieses Kolonialgeistes. Er wurde wirksam einmal als Gier nach Reichtum bei den ständig neu zuwandernden Europaportugiesen und zum anderen in dem engmaschigen Netz von Vorschriften und Verboten, von Abgaben und staatlichen oder staatlich gewährten Handelsmonopolen, das über die Kolonien ausgebreitet wurde. Nur aus der wirtschaftlichen Unterdrückung und kulturellen Vernachlässigung läßt sich erklären, warum die Heimatliebe sich über ein gesteigertes Selbstbewußtsein zum Begehren nach Autonomie und politischer Selbstgestaltung steigern mußte.

Die Gegensätze zwischen Kolonial- und Europaportugiesen äußerten sich in zahlreichen Eifersuchtskämpfen, Empörungen oder gar Aufständen. Aus den Kolonialmethoden Portugals und dem Streben nach arbeitslosem Reichtum erklärt sich z. B. der Aufstand des Emanuel Beckmann (1684), der erste Aufstand von Bedeutung. Er richtete sich gegen die mit monopolistischen Privilegien ausgestattete Handelsgesellschaft und gegen die Gesellschaft Jesu, weil sie das Verbot einer Versklavung der Indianer durchgesetzt hatte. Die überragende Persönlichkeit Beckmanns hob diese Empörung weit über ihren Ursprung hinaus und führte dazu, daß dieser erste Aufstand als einziger während der Kolonialzeit die Bildung einer revolutionären Volksregierung unter Beteiligung von Pflanzern, Händlern und Geistlichen im Gefolge hatte. Die Tatsache, daß diese Revolution schon nach einigen Monaten wieder in sich zusammenbrach, unterstreicht den wirtschaftlichen Charakter ihres Ursprungs und den Mangel an Reife bei der Bevölkerung für die weitgehenden Autonomiepläne, die Beckmann zweifelsohne verfolgte.

Die Kämpfe der herrischen Paulisten mit den neuzugewanderten europaportugiesischen Goldsuchern im Minengebiet von Minas Gerais (*Emboabas*-Krieg,

1706–10) sind hingegen nichts als ein Eifersuchtskampf um die Goldschätze ohne jede politische Zielsetzung geblieben. Die Erhebung des Felipe dos Santos (1720) stellt eine Auflehnung gegen die Einrichtung der staatlichen Goldschmelzen dar, in denen die Abgabe, der Fünfte, erhoben werden sollte.

Denselben rein wirtschaftlichen Charakter trägt die Empörung in Bahia gegen das Salzmonopol (1711–12) und der sogenannte Aufstand der Schneider (1798). Im sogenannten Mascatenkrieg (*mascate* = Hausierer) in Pernambuco (1710–11), in dem sich der Gegensatz zwischen den bodenständigen Landadligen, Großgrundbesitzern und Zuckerbaronen in Olinda und den zu Großkaufleuten und Finanziers gewordenen Zuwanderern in Recife am deutlichsten äußert, wandten sich die Landbesitzer gegen den wachsenden wirtschaftlichen Einfluß der Händler, denen das Recht der kommunalen Selbstverwaltung zugestanden worden war. Doch kam es auch hier zu keiner politischen Lossage von Portugal, weil der einflußreiche Führer Bernardo Vieira de Melo nach dem (vorläufig) vollständigen Sieg über die Mascaten in der einberufenen Versammlung von den königstreuen Elementen niedergestimmt wurde, so daß nicht eine Adelsrepublik, wie er wollte, errichtet wurde, sondern an die Stelle des geflohenen Statthalters sein legaler Stellvertreter, der Bischof, trat.

Die letzte bedeutende Verschwörung der Kolonialzeit, die sogenannte *Inconfidência Mineira* (1789), eine Verschwörung von Dichtern und Intellektuellen, wurde zwar vom Ideengut der nordamerikanischen und französischen Revolution getragen, doch rechneten auch ihre Teilnehmer mit der wirtschaftlich bedingten Unzufriedenheit der führenden Schicht infolge der hohen Abgaben auf die Goldfunde.

Regionaler Charakter der Selbständigkeitsbewegungen

Vom Gesichtspunkt der nationalpolitischen Entwicklung ist das Entscheidende an all diesen Aufständen, daß sie ausnahmslos einen regionalen Charakter tragen. Beckmann fand außerhalb von São Luiz keinen Anhang und „starb zufrieden für Maranhão“. Bernardo Vieira de Melo dachte an eine großpernambucanische Republik. Die Minenser Verschwörung zielte auf eine unabhängige Republik Minas Gerais mit der Hauptstadt in Vila Rica.

Es gab während der ganzen Kolonialzeit keine einzige Bewegung, die an Brasilien als Ganzes gedacht hätte, also nationalbrasilianisch im heutigen Sinne gewesen wäre. Selbst die Feldzüge gegen die Holländer in Pernambuco blieben eine rein regionale Angelegenheit; die Kämpfe gegen die französischen Korsaren in Rio, während deren die Paulisten große Gleichgültigkeit an den Tag legten, nicht weniger, und ebenso auch die Kriege der Paulisten in Minas Gerais, die ihre unerbittlichsten Gegner nicht etwa in den Europaportugiesen besaßen, sondern in den Goldsuchern aus Bahia und Pernambuco.

Und ebensowenig wie die Bewohner im Süden die Kämpfe im Norden interessierten, kümmerten sich die Pflanzer im Norden um die langwierigen Kämpfe gegen die Spanier im Süden, an denen sich erst, nachdem Johann Heinrich Boehm den Kern des späteren brasilianischen Heeres geschaffen hatte (1767 ff.), die Bevölkerung aller Kapitanien im Süden beteiligen mußte.

Während der ganzen Kolonialzeit ist also auch nicht der geringste Ansatz zu einem gemeinsamen politischen Handeln zu bemerken. Diese Tatsache erklärt sich abge-

sehen von den erwähnten geographischen und geschichtlichen Voraussetzungen vor allem daraus, daß sich infolge der verwaltungsmäßigen Aufspaltung des Landes kein wirtschaftlicher, geistiger und politischer Mittelpunkt mit einer überragenden Bedeutung für sämtliche Kolonien entwickeln konnte.

Der einzige Schnitt- und Knotenpunkt, in dem alle wirtschaftlichen, handels-, verkehrs- und verwaltungsmäßigen, sowie auch die geistig-kulturellen Fäden zusammenliefen, war L i s s a b o n/Portugal; er befand sich also außerhalb des Landes. Die portugiesischen Kolonien hatten darum nur das gemeinsam, was von Portugal aus nach Südamerika hineinstrahlte: die portugiesische Sprache, Überlieferung, Kultur und z. T. die gesetzlichen Vorschriften. Sie trennte hingegen das „Brasilianische“, die neue Umwelt, das Klima, die dadurch bedingten verschiedenen Wirtschaftsformen, die Geographie und die durch sie verursachten Verkehrs- und Verwaltungsverhältnisse.

Dem portugiesischen Kolonialreich in Südamerika war somit ganz deutlich eine Auseinanderentwicklung vorgezeichnet, so daß es bei einer politischen Verselbständigung nach menschlichem Ermessen (ähnlich wie im spanischen Kolonialreich) zu einer Vielheit von Staaten (oder Republiken), nie aber zu einem großen Einheitsstaat Brasilien hätte kommen können; denn infolge der geschilderten Bedingungen war es einfach unmöglich, daß die bodenständige Führerschicht in den einzelnen Siedlungskernen Brasilien als Ganzes erleben konnte, daß das Heimatbewußtsein und Gemeinschaftsgefühl, und damit die Wurzel der politischen Unabhängigkeitsbestrebungen, sich überlandschaftlich, gesamtbrasilianisch, entfalten konnte. Darum war denn auch zu Ende der Kolonialzeit das Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen der Bevölkerung in den einzelnen Siedlungsgebieten kaum stärker ausgeprägt als zwischen ihnen und z. B. der portugiesischen Bevölkerung in den afrikanischen Kolonien.

Bildung eines brasilianischen Gesamtstaats „von außen“

Unsere Untersuchung der geschichtlichen Entwicklung während der Kolonialzeit ergibt also, daß es ohne die Errichtung eines gesamtbrasilianischen Staates, der gewissermaßen von außen herangetragen wurde und die zehn Generalkapitanien und sieben Unterkapitanien überdachte, zu keinem brasilianischen Einheitsstaat und damit in Umkehrung der europäischen Entwicklung vor allem auch zu keiner brasilianischen Nation gekommen wäre.

Aus diesem Grunde stellt die Übersiedlung des portugiesischen Königs, der im Jahre 1807 vor den Truppen Napoleons nach Rio de Janeiro floh, den entscheidenden Wendepunkt in der nationalbrasilianischen Entwicklung dar. Mit dem König kam damals ein bedeutender Teil der staatstragenden Schicht Portugals ins Land: Beamte, Richter, Offiziere, der Adel, Gelehrte, Fachleute usw. Wesentlich aber war die Übersiedlung der königlichen Person, gerade wegen des später von den Liberalen so bekämpften „Aberglaubens an die Majestät“; denn durch den König und seine Hofhaltung in Rio erhielten die verschiedenen südamerikanischen Kolonien zum ersten Male einen politischen Schwer- und Mittelpunkt, an den sie sich nun notwendigerweise gebunden fühlen mußten.

Hinzu kommt aber, daß Johann VI. hier nicht bloß den napoleonischen Krieg überstehen wollte, sondern mit der ausgesprochenen Absicht das Land betrat, das portu-

giesische Königreich mit Hilfe seines mitgebrachten „Staatsapparates“ neu auferstehen zu lassen. So erklärt es sich auch, daß er sich verwaltungsmäßig nicht wie die Vizekönige auf die Generalkapitanie Rio de Janeiro beschränkte, sondern den Kolonialbesitz zielbewußt in ein brasilianisches Staatswesen verwandelte.

Die Verwaltung des neuen portugiesischen Reiches wurde in Rio de Janeiro zentralisiert, dem sich nun die allmählich in Provinzen verwandelten, früher gleichberechtigten, traditionsstolzen Kolonien wie Pará, Maranhão, Pernambuco, Bahia usw. unterzuordnen hatten. Rio de Janeiro trat dadurch an die Stelle von Lissabon/Portugal und wurde somit der neue Schnittpunkt aller gemeinsamen Beziehungen. Der König und sein neuer portugiesischer Staat machten die Interessen des Landes zu den ihren. Alle Gesetze, die die brasilianischen Kolonien wirtschaftlich knebelten und an Portugal gekettet hatten, waren deshalb sinnlos und wurden beseitigt. Es entstand eine neue, völlig von Portugal unabhängige Verwaltung mit eigenen Ministerien, obersten Gerichtshöfen, Finanzämtern usw.

Auf allen Lebensgebieten bemühte man sich, das neue Reich, das man sogleich dem Weltverkehr erschloß, so rasch als möglich zur Entfaltung zu bringen. Es wurden die ersten nichtportugiesischen Kolonisten gerufen und mit ihnen eine Kleinlandwirtschaft begründet; Fabriken, Banken, Werften, Arsenalen, Druckereien, Schulen, Akademien, Museen und Bibliotheken wurden ins Leben gerufen und zahlreiche Wissenschaftler und Künstler ins Land gelassen.

Bereits 1815, als Johann VI. Brasilien zum gleichberechtigten Königreich mit Portugal erklärte, waren die Fundamente des neuen portugiesischen Imperiums gelegt.

Libérale und regionalistische Revolutionen

Die zahlreichen neuportugiesischen Einwanderer, die mit Johann VI. ins Land gekommen oder ihm später nach Brasilien gefolgt waren, stellten für die Alteingesessenen schon infolge ihrer besseren Schulbildung einen empfindlichen Wettbewerb auf allen Gebieten dar, vor allem in der Wirtschaft, der Verwaltung und im Heer. Obwohl diese Überlegenheit durch die jahrhundertelange Ausbeutungs- und Knebelungspolitik sachlich bedingt war, verbitterte sie die Brasilportugiesen, zumal die Überheblichkeit vieler Neuankömmlinge verletzend wirkte. Trotz der völkischsprachlichen Gleichheit stellten die Alteingesessenen Unterschiede fest, die durch die Umwelt, noch mehr aber durch die Vernachlässigung der geistigen und kulturellen Entwicklung erzeugt worden waren. Dabei zogen sie jedoch die Zugehörigkeit zur portugiesischen Nation als solcher noch kaum in Zweifel.

Dieser Gegensatz zwischen Alt- und Neueinwanderern machte sich zuerst in den traditionsreichen Nordprovinzen Pernambuco und Bahia geltend, weil hier nicht so sehr wie in Rio de Janeiro die großen wirtschaftlichen Vorteile der Anwesenheit des Königshofes zutage traten, sondern in erster Linie die Notwendigkeit, sich dem neuen Mittelpunkt des Reiches, einer Landschaft, die sich an Überlieferung nicht mit ihnen messen konnte, unterzuordnen. In Pernambuco kam es so 1817 unter dem Einfluß der Gedanken der nordamerikanischen Unabhängigkeitserklärung und Französischen Revolution zu einem Aufstand, in dem zahlreiche Europaportugiesen ermordet wurden und an die Errichtung einer pernambucanischen Republik gedacht

wurde. Doch wurde dieser Aufstand schon bald niedergeschlagen, und die aufrührerische Provinz wurde durch die Abtrennung von Rio Grande do Norte, Alagôas und eines weiten Gebietes an Bahia hart bestraft.

Als 1821 eine liberale Revolution Johann VI. zur Rückkehr nach Portugal zwang, übertrug er seinem Sohn Peter die Regentschaft des jungen, von ihm geschaffenen Königreiches. Doch schon bald schlug die liberale Revolution nach Brasilien über, wo sie in den einzelnen Provinzen zur Errichtung von sogenannten Volksausschüssen führte, welche die vorläufige Verwaltung übernahmen, ohne daß jemand an die Bildung eines Gesamtausschusses für den neuen Einheitsstaat gedacht hätte oder mit Ausnahme einiger Südpervenzen sich um den Prinzregenten, das Symbol der Einheit, gekümmert hätte.

Die Ausschüsse in den einzelnen Provinzen, in die unterschiedlos Europa- und Brasilportugiesen gewählt wurden, weil man gar nicht daran dachte, in dieser Hinsicht einen Unterschied zu machen, unterstellten sich dem Lissaboner Parlament, den sogenannten *Côrtes*. Pará wurde auf seinen Wunsch hin sogar zu einer Provinz von Portugal erklärt, womit es formell aus dem brasilianischen Staat ausschied. Auch die übrigen Provinzen leisteten ohne weiteres der Aufforderung der *Côrtes* Folge und entsandten in sie gewählte Vertreter der Provinzen. An ein eigenes Parlament in Rio dachte vorerst auf jeden Fall noch niemand, und in den *Côrtes* erklärte einer der später hervorragendsten Kämpfer für die Einheit des Landes, der Pater Diogo Antônio Feijó: „Hier gibt es keine Abgeordneten von Brasilien; die Amerikaner in diesem Hause vertreten einzig und allein die Provinz, von welcher sie gewählt wurden.“

Das Verhalten der brasilianischen Provinzen und ihrer Vertreter gegenüber den *Côrtes* in Lissabon ist daraus zu erklären, daß die Bevölkerung des Landes oder vielmehr die führende Schicht trotz der Einführung des Einheitsstaates durch Johann VI. regional dachte und sich dabei als einen Teil der großportugiesischen Nation fühlte.

Unabhängigkeit und Einheit des brasilianischen Kaiserreichs

Die Erhaltung oder Wiederherstellung des durch Johann VI. geschaffenen brasilianischen Staates ist darum weniger dem zielbewußten Streben der bodenständigen Bevölkerung zuzuschreiben als vielmehr dem dynastischen Interesse Dom Pedros und der unvernünftigen Rekolonisationspolitik des portugiesischen Parlamentes, das die brasilianische Staatseinheit auflöste, die zentralen brasilianischen Verwaltungs- und Gerichtsbehörden in Rio abschaffte, das brasilianische Heer in das portugiesische eingliederte, den Prinzregenten nach Portugal zurückberief, die Provinzen aufforderte, den direkten Verkehr mit Lissabon wiederaufzunehmen, und sonstige Maßnahmen ergriff, die darauf hindeuteten, daß auch die alte wirtschaftliche Abhängigkeit wiederhergestellt werden sollte.

Diese Maßnahmen wurden zwar von den nord- und mittelbrasilianischen Provinzen unbedacht hingenommen, nicht so aber von der Provinz Rio de Janeiro und ihrer Hauptstadt, die durch die Abreise Johanns VI. wirtschaftlich empfindlich geschädigt worden war und durch die Maßnahmen der *Côrtes* ihrer Vorzugsstellung auf immer verlustig gegangen wäre. Ihr schlossen sich schließlich die anderen südbrasilianischen

Provinzen an, die schon während der Kolonialzeit in militärischer Hinsicht dem Vizekönig in Rio unterstanden hatten.

Maßgebend dabei war das Beispiel von São Paulo, wo ein Volksausschuß mit dem ehemaligen Generalkapitän Johann Karl August von Oeynhausens als Präsidenten und dem Gelehrten José Bonifácio de Andrada als Vizepräsidenten gebildet worden war, der sich als erster eindeutig hinter den Prinzregenten stellte. Dieser Ausschuß sowie der Senat von Rio unter dem in Portugal geborenen José Clemente Pereira forderten den Prinzregenten auf, den *Côrtes* den Gehorsam zu verweigern und die Führung im Abwehrkampf gegen ihre Bestrebungen zu übernehmen. Tatsächlich war der Prinz das letzte Symbol und Band für die politische Einheit der verschiedenen brasilianischen Provinzen. Die Abreise des Prinzregenten hätte gewiß auch eine, zum mindesten teilweise Auflehnung der brasilianischen Provinzen gegen die Ziele der *Côrtes* zur Folge gehabt, doch wäre das Ergebnis, falls erfolgreich, zweifellos eine Anzahl voneinander unabhängiger Republiken gewesen. Am 9. Januar 1822, dem *Dia do Fico* (Tag des „Ich bleibe“) entschied sich Peter für Brasilien und gegen das portugiesische Parlament; dadurch verlief die Geschichte Brasiliens weiterhin auf der Bahn, die ihr von Johann VI. vorgezeichnet worden war.

Der Prinzregent ebenso wie sein hervorragender Minister José Bonifácio de Andrada wollten es aber zuerst durchaus nicht zum vollständigen Bruch mit Portugal kommen lassen; sie dachten daran, die Einheit des Landes zu bewahren und ihm eine angemessene Selbständigkeit im Rahmen der portugiesischen Monarchie zu sichern. Ihr Ziel bestand darin, aus der gesamten portugiesischen „Nation ein wohlorganisiertes Ganzes“ zu machen, und sie erstrebten deshalb nicht etwa bloß eine Personalunion, sondern ein gemeinsames Reichsparlament neben zwei Landesparlamenten sowie gemeinsame Ministerien für die Außenpolitik, den Außenhandel und die Verteidigung. Nur der sturen Unnachgiebigkeit der *Côrtes* ist es zuzuschreiben, daß die beiden Schritt für Schritt auf den Weg weitergedrängt wurden, der am 7. September 1822 zur Unabhängigkeitserklärung führte.

Die Wiederherstellung des brasilianischen Einheitsstaates hat allerdings noch blutige Kämpfe gekostet, die sich bis in den August des Jahres 1824 hinzogen. Nachdem es dem Prinzregenten gelungen war, gewaltlos seine Autorität in Minas Gerais, das ganz deutlich separatistische Gelüste äußerte, herzustellen, und nachdem Pernambuco die kaiserliche Gewalt freiwillig anerkannt hatte, mußten noch in Bahia, Piauí, Ceará, Maranhão und der „portugiesischen Provinz“ Pará Flotte und Heer eingesetzt werden.

Schon im Jahre 1824 aber kam es in dem stark regionalistischen Pernambuco wiederum zu einem Aufstand, in dem republikanische Ideen eine Rolle spielten und in dem Pernambuco, das sich unabhängig erklärte, die benachbarten Provinzen zur Bildung einer „Konföderation des Äquators“ aufforderte.

Unter Dom Pedro I., der sich zum Kaiser von Brasilien ausrufen ließ, wurde der Einheitsstaat im wesentlichen in der von Johann VI. geschaffenen Form beibehalten; das heißt, es handelte sich um ein stark zentralisiertes Kaiserreich mit Verfassung, Parlament und Senat, in dem die Provinzen so gut wie kein Eigenleben führten. Der Kaiser machte sich jedoch in wenigen Jahren so unbeliebt, daß er seine Volkstümlichkeit vollkommen einbüßte und 1831 abdanken mußte.

Separatismus der einheimischen Führungsgruppen in der Regentschaftszeit

Dieses Ereignis bedeutet insofern einen wichtigen Einschnitt in der brasilianischen Nationsbildung, als nunmehr die bodenständigen Portugiesen, d. h. die Brasilianer selbst, den Staat übernahmen, der ja im Grunde nicht ihr Werk gewesen war, sondern ihnen von außen her gewissermaßen aufgezwungen worden war. Peter I. hatte sich ebenso wie sein Vater noch weitgehend auf die mitgebrachte portugiesische Intelligenzschicht, den portugiesischen Beamtenstab und die 1808 vorhandenen Kolonialbeamten gestützt. Gerade das war einer der Hauptvorwürfe gegen den Kaiser, daß er selbst Portugiese oder Ausländer sei und seine Landsleute bevorzuge, weshalb nach seiner Abdankung auch zuerst eine Säuberung des Staatsapparates von allen ausländischen Beamten und Offizieren vorgenommen wurde.

Die nativistischen Elemente, welche nun den Staat Johannis VI. übernahmen, gehörten ganz vorwiegend, beinahe ausschließlich, der Pflanze- und Grundbesitzerschicht an. Diese soziale Schicht betrachtete den Staat gewissermaßen als ihr Eigentum; sie bildete den Adel des Kaiserreiches, und sie stellte die Abgeordneten, Senatoren, Minister, die höheren Beamten und Offiziere. Alle anderen sozialen Schichten, die allerdings – wenn man von den Sklaven absieht, die überhaupt nicht als Menschen und Bürger gewertet wurden – vorerst nur andeutungsweise vorhanden waren, wurden von Politik und Staatsverwaltung ausgeschlossen.

Die neue staatstragende Schicht war unter regionalistischen Vorstellungen entstanden, weshalb sie sich vorerst selbst nicht darüber im klaren war, was sie mit dem überkommenen Einheitsstaat anfangen sollte; denn in der kurzen Zeit seines Bestehens hatte sich weder das Einheitsgefühl genügend festigen können, noch war Rio de Janeiro als Mittelpunkt des Reiches allseitig und endgültig anerkannt worden.

Das zeigte sich, sobald durch die Abdankung Peters I. das lebende Einheitssymbol, dem sich freiwillig oder gezwungen alle zentrifugalen Kräfte untergeordnet hatten, wegfiel und für seinen Nachfolger, ein fünfjähriges Kind, eine Regentschaft gewählt wurde, die weder den Glanz noch die Tradition einer Krone zu ersetzen vermochte.

Überall im Lande begannen sich die auflösenden Kräfte zu regen; um diese aufzufangen, wurde die sogenannte Zusatzakte vom 12. August 1834 geschaffen, die den Provinzen wichtige Selbstverwaltungsrechte gewährte, vor allem die beratenden Körperschaften durch gesetzgebende Versammlungen, also regionale Parlamente, ersetzte.

Die Auflockerung der zentralen Gewalt ermutigte jedoch vorerst die separatistischen Kräfte noch mehr, so daß die Regentschaft (1831–1840) eine Zeit der inneren Wirren und Unruhen darstellte.

Von 1831–1835 kam es in Rio, Minas Gerais, Matto Grosso, São Paulo, Alagôas, Pernambuco, Paraíba, Ceará, Maranhão, Pará u. a. zu Aufständen; 1839 brach in Maranhão der Aufstand der *Balaíos* oder *Bemtevis* aus, der recht ernsten Charakter annahm.

In allen diesen Unruhen machten sich neben verworrenen sozialen Zielen z. T. auch republikanisch-separatistische Bestrebungen geltend. Betont separatistische Züge trug der Aufstand der *Cabanos* oder Hüttenbewohner im Amazonastal, in

dem 1835 die vorläufige Trennung vom Kaiserreich erklärt wurde und der nur nach viel Blutvergießen niedergeworfen werden konnte. In der sogenannten *Sabinada* erklärte sich auch die Provinz *Bahia* „für die Zeit der Minderjährigkeit Peters II.“ zu einer selbständigen Republik.

Am bedrohlichsten war für den jungen Einheitsstaat der sogenannte *Farrapenkrieg* in *Rio Grande do Sul* (1835–1845), der nach dem Verlust des vorwiegend spanisch besiedelten Uruguay Brasilien um zwei weitere Südpervenzen zu bringen drohte. Am 6. Februar 1836 erklärten hier die Aufständischen nach ihrem Sieg bei *Seival* in *Piratinim* die unabhängige Republik *Rio Grande do Sul* und am 29. Juli 1839 im Gefolge ihres Vorstoßes nach *Santa Catarina* die Unabhängigkeit einer weiteren Provinz, womit die auflösende Kraft des republikanischen Gedankens für Brasilien ganz offen zutage trat. In den Jahren 1838–1840 erreichte der Wirrwarr im Lande seinen Höhepunkt; vier Provinzen – *Rio Grande do Sul*, *Santa Catarina*, *Bahia* und *Maranhão* – hatten ihre Lostrennung erklärt, und in anderen Provinzen herrschten Unruhen.

In keinem der vielen Aufstände war irgendwo im Lande daran gedacht worden, die Republik Brasilien, wenn auch mit vorläufiger Hauptstadt irgendwo im Lande, zu verkünden. Nichts offenbart so sehr wie diese Tatsache das Fehlen eines gemeinsamen nationalen Fühlens, Denkens und Wollens.

Unter Peter II. entsteht die brasilianische Nation

So wie die Schaffung des brasilianischen Einheitsstaates eine Folge der Anwesenheit *Johanns VI.* und *Peters I.* gewesen war, so muß das Entstehen der brasilianischen Nation in erster Linie *Peter II.* zugeschrieben werden, der mit 14 Jahren als volljährig erklärt wurde und die Regierung übernahm, nachdem selbst die Regentschaft die Auflösung des Kaiserreichs nicht mehr aufzuhalten vermochte hatte. Während seiner fast fünfzigjährigen Regierung (1840–1889) wurden die zentrifugalen Kräfte nicht nur endgültig überwunden und auf die gesamtbrasilianischen Belange abgestimmt, sondern auch zu einem gemeinsamen politischen Wollen und zu einer geistigen Einheit zusammengeschweißt.

Peter II. wurde kraft seiner Persönlichkeit, vor allem seiner Langmut und Ausgeglichenheit, zum Mittelpunkt des nationalen Lebens und zum ruhenden Pol, der durch keine Parteistreitigkeiten, durch keine Meinungsverschiedenheiten und durch keinen Regierungswechsel – er regierte insgesamt mit 46 Kabinetten! – von seinem kaiserlich-nationalen Pflichtweg abzubringen war.

Seine wichtigste Aufgabe sah er in der Erziehung der Bevölkerung und in der Überbrückung aller Gegensätze; er stellte weniger infolge des traditionellen Glanzes der Krone als vielmehr infolge der höheren Werte – wie der Würde der Persönlichkeit, der politischen Freiheit, der Anständigkeit im öffentlichen Leben und der Unbestechlichkeit der Justiz –, denen er Geltung zu schaffen verstand, das Symbol der nationalen Einheit dar.

Zuerst mußte allerdings auch *Dom Pedro II.* mit Gewalt das Ansehen der kaiserlichen Zentralgewalt wiederherstellen. Als Degen stand ihm *Luiz Alves de Lima e Silva*, der spätere *Duque de Caxias*, zur Seite, der nacheinander die aufrührerischen Provinzen befriedete. Außer den bereits erwähnten Aufständen mußten noch zwei

weitere Revolutionen, die 1842 in Minas Gerais und São Paulo ausbrachen, niedergeschlagen werden. Der letzte Aufstand, der 1848–1849 den inneren Frieden bedrohte, war die sogenannte Praieira-Revolution in Pernambuco. Seitdem aber erfreute sich das Land bis zum Jahre 1889 einer ungestörten inneren Entwicklung.

Wenn man von der überragenden Persönlichkeit Peters II. selbst absieht, hat während seiner Regierung vielleicht nichts so sehr das Werden der brasilianischen Nation gefördert wie die außenpolitischen Erfolge auf den Schlachtfeldern im Süden, der Krieg gegen den Diktator Rosas von Argentinien (1851–1852) und vor allem der Krieg gegen den Diktator Lopez von Paraguay (1865–1870), der die Kräfte der werdenden Nation aufs stärkste anspannte. Im Krieg gegen Paraguay standen tatsächlich zum ersten Male in der brasilianischen Geschichte Soldaten aus allen Provinzen Schulter an Schulter einem äußerst hartnäckigen Feind fünf Jahre lang gegenüber. Hier fielen offensichtlich die letzten separatistisch-regionalen Hemmnisse, hier verloren die zentrifugalen Bestrebungen ihren Sinn, und hier trat ganz Brasilien bewußt handelnd als Nation auf.

Gleichzeitig wuchs das Zusammengehörigkeitsgefühl außerordentlich durch die innere Entfaltung des Wirtschaftslebens, das bisher ganz auf den Bedarf des Auslandes abgestellt gewesen war. Damals machten sich die Ansätze zu einer nationalen Wirtschaft bemerkbar: Die Landwirtschaft wurde verbreitert und z. T. auf den Binnenmarkt ausgerichtet; Handwerk und Industrie und damit Handel und Verkehr zwischen den einzelnen Landesteilen gewannen an Bedeutung. Vor allem aber wurde das Verkehrswesen ausgebaut durch die Entstehung der Küsten- und Flußschiffahrt, durch den Bau von zahlreichen Straßen und Eisenbahnen und nicht zuletzt durch die Errichtung des Telegraphenwesens, das ganz besonders der Bevölkerung in dem weiten Raum des Landes das Bewußtsein der Einheit zu vermitteln vermochte.

In die Epoche Peters II. fällt auch die Einbeziehung zweier sozialer Schichten in die nationale Gemeinschaft, die bisher abseits standen, nämlich die Eingliederung des neuen sozialen Mittelstandes, der durch die neueingewanderten europäischen Kleinlandwirte, Handwerker, Kleinindustriellen und -kaufleute entstanden war und der bisher wegen seiner körperlichen Arbeit mißachtet und politisch geächtet war.

Ferner vollzog sich die Eingliederung des Land- und Stadtproletariats, der afrikanischen Sklaven, die 1865 immer noch ein Viertel der Bevölkerung ausmachten und keinerlei bürgerliche Rechte besaßen. Ihre Freilassung erfolgte in verschiedenen Etappen, welche die hartnäckigen innerpolitischen Kämpfe kennzeichnen: 1850 – Verbot der Sklaveneinfuhr, 1871 – Freigabe der Neugeborenen, 1885 – Freigabe der Sechzigjährigen und 1888 – Aufhebung der Sklaverei als Einrichtung überhaupt.

Als 1889 der große Kaiser zur Abdankung gezwungen wurde, hatte er seine geschichtliche Aufgabe erfüllt: die regional-separatistischen Kräfte hatten sich nicht nur mit dem Einheitsstaat Johannis VI. innerlich abgefunden, die Bevölkerung hatte ihn auch bewußt zu ihrem Staat gemacht und war darüber hinaus selbst zu einer geistigen und willensmäßigen Einheit zusammengewachsen; sie war zur Nation geworden.

Rio de Janeiro war bereits als politischer Mittelpunkt des Landes anerkannt, so daß sich die Provinzen mit der Verkündung der Republik in der Landeshauptstadt ohne weiteres abfanden.

Nicht als ob Brasilien während seiner republikanischen Epoche keine Revolutionen mehr gekannt hätte. Es hat seitdem noch eine ganze Reihe regionaler oder staatlich begrenzter Aufstände gegeben, doch hat keiner mehr offen und ausdrücklich den Separatismus auf seine Fahne zu schreiben gewagt, selbst wenn derartige Absichten noch hie und da mitgespielt haben. So zielte die sogenannte Föderalisten-Revolution von 1893, in der z. B. Santa Catarina seinen vorläufigen, freilich kaum noch ernst genommenen Austritt aus dem Bunde erklärte, ebenso auf eine Änderung der gesamtbrasilianischen Verhältnisse hin wie die Paulistaner Revolution von 1932.

Der brasilianische Großstaat ist nicht mehr auflösbar

Das unbestrittene Vermächtnis Peters II. war die brasilianische Nation, die politische Einheit des Landes. Daß dieses Vermächtnis, das nach seiner Abdankung eine neue soziale Schicht, eine *liberal kapitalistische Führungsschicht*, bestehend aus Advokaten, Literaten und kapitalistischen Wirtschaftsführern, übernahm, nicht mehr angefochten wurde, ist um so erstaunlicher, als die Republik die ehemaligen Provinzen in Staaten mit beinahe landesherrlichen Rechten verwandelte, so daß sich das politische Leben der Nation infolge der geschichtlichen Entwicklung naturgemäß in die Einzelstaaten verlagerte. So hat man nicht ohne Grund gesagt, daß Brasilien bis 1930 mehr einem Staatenbund als einem Bundesstaat geglichen habe, zumal man damals auch nur staatlich begrenzte Parteien kannte. Die Bundespolitik war dadurch zur Angelegenheit der wirtschaftlich stärksten Einzelstaaten geworden, d. h. von São Paulo und Minas Gerais, die abwechselnd den Bundespräsidenten stellten.

Daß trotz der innenpolitisch stark dezentralisierten Entwicklung während der Ersten Republik (bis 1930) die nationale Einheit nicht schwächer, sondern stärker wurde, verdankt Brasilien vor allem seiner außerordentlichen wirtschaftlichen Entwicklung, der Ausweitung des tatsächlichen Kultur- und Wirtschaftsraumes, der Erweiterung und Verbreiterung der Landwirtschaft, der Industrie und des Handels, sowie vor allem dem Ausbau des Verkehrswesens und ganz besonders der modernen Technik – dem Rundfunkwesen und dem Flugverkehr –, durch die der 8,5 Millionen qkm große Raum für breite Schichten erlebnisfähig gemacht wurde.

Ein anderer wichtiger Faktor ist der Ausbau des Erziehungswesens und die Entfaltung des *nationalen Geisteslebens* gewesen. An positiven politischen Leistungen sind die Verbreiterung der nationalen Grundlage durch die Eingliederung der Nichtkatholiken infolge der Trennung von Staat und Kirche durch die Verfassung von 1891 sowie die rechtzeitige Einbeziehung des jungen Industrieproletariats durch die soziale Gesetzgebung in den dreißiger Jahren zu verzeichnen. Dadurch wurde die Aufspaltung der Nation in Klassen verhindert.

Die nationale Entwicklung hat nach der Überwindung des diktatorischen und zentralistischen „Neuen Staates“ (1937–1945) in neuerer Zeit eine staatlich festere Form angenommen, da die Bundesverfassung von 1947 einen gerechten Aus-

gleich zwischen Bund und Einzelstaaten gefunden hat. Das Vorhandensein nationaler Parteien ist ein weiteres Zeichen für die geistige und willensmäßige Festigung der Nation, womit nicht gesagt sein soll, daß das regionalistische Denken gerade in den Parteien schon völlig überwunden sei. Die Möglichkeit einer Auflösung des brasilianischen Großstaates aber, die vor zwei bis drei Jahrzehnten noch oft erörtert wurde, ist durch die neuzeitliche technische Entwicklung immer unwahrscheinlicher geworden, und sie dürfte um so unwahrscheinlicher werden, je mehr der Großraum durch die technischen Errungenschaften zusammenschrumpft.

Es war unser Ziel, zu zeigen, daß sich das Werden der brasilianischen Nation als rein geschichtlicher Vorgang erklären läßt und daß biologische oder rassische Vorgänge nichts mit dieser Entwicklung zu tun haben. Wir sind der Ansicht, daß der Nationbegriff nicht nur eine straffere und anschaulichere Darstellung der brasilianischen Geschichte zuläßt, sondern daß er auch den richtigen Maßstab für die Bewertung der geschichtlichen Ereignisse und Persönlichkeiten darstellt.



K. HAGERUP-SVENDSEN

Transpolare Verkehrsflüge

Pionierleistungen und Versuchsflüge

Viele kühne Flüge und eine Reihe wohlbekannter Namen verdienen erwähnt zu werden, wenn die Erforschung der arktischen Gebiete vom luftverkehrstechnischen Standpunkt beleuchtet werden soll. Ihre Entwicklung und Erforschung war anfangs das Verdienst nur weniger Idealisten. 1937 war es der Russe Tjaklow, der von Moskau über den Nordpol flog und Vancouver nach einer Flugzeit von 64 Stunden erreichte. Diese Leistung wurde mit einem einmotorigen Flugzeug und einer Besatzung von drei Mann vollbracht. Der erfolgreiche Vorstoß in die Arktis ermutigte weitere russische Flieger, denen jedoch kein Erfolg beschieden war und die ihre Hoffnungen in der ewigen Weite der arktischen Landschaft begraben mußten.

Die nach verschollenen Piloten eingeleiteten Expeditionen haben den Luftverkehrsgesellschaften, die an einem regelmäßigen arktischen Flugdienst interessiert waren, wertvollste Erfahrungen gebracht. Bei diesen Expeditionen, an denen u. a. der bekannte amerikanische Luftfahrtpionier Wilkins teilnahm, machte man die Entdeckung, daß für die Überfliegung der Arktis die Wintersaison als beste Jahreszeit angesehen werden kann. Teils ist das Wetter besser und beständiger, teils wird die Navigation dadurch erleichtert, daß die Sterne Tag und Nacht sichtbar sind.

Der Zweite Weltkrieg rückte nicht nur das Polargebiet in den Vordergrund strategischer Planungen, sondern trug das Geschehen bis in die entlegensten arktischen Gebiete. Hier war es in erster Linie die britische Luftwaffe, die sich kurz vor Kriegsende und insbesondere nach Beendigung des Weltbrandes für die Flugbedingungen in den arktischen Gebieten zu interessieren begann und viele Flüge mit einer Lancastermaschine unternahm, um die spezielle Technik der Navigation in den Polargebieten zu ergründen. Die amerikanischen Expeditionen stützten sich auf die während der Kriegsjahre auf den kanadischen Inseln und an der Südwestküste Grönlands angelegten Flughäfen sowie auf ebenfalls in diesen Jahren entstandene Radio- und Wetterstationen. Die hierbei auf dem navigatorischen, aeronautischen und radiotechnischen Gebiet gesammelten Erfahrungen boten alle Voraussetzungen dafür, daß die unter Kriegsbedingungen erreichten Ergebnisse friedlichen Zwecken nutzbar gemacht werden konnten.

Im Jahre 1949 waren es wiederum nur einzelne, die das internationale Luftfahrtinteresse auf sich lenkten. Bernt Balchen überquerte damals die arktischen Gebiete von Fairbanks/Alaska nach Oslo. Captain Blair erzwang im gleichen Jahr die Passage in umgekehrter Richtung und benutzte für diese Überquerung ein Mustang-Kampfflugzeug.

Noch drei Jahre gingen vorbei, bis die SAS als erstes Luftverkehrsunternehmen der Welt am 19. November und am 5. Dezember 1952 einen Versuchsflug von Los Angeles nach Kopenhagen unternahm, wobei in Edmonton und Thule zwischengelandet wurde. Mit dem ersten dieser beiden Flüge wurden 23 Passagiere befördert. Im Januar 1954 wurde eine dritte Überquerung arrangiert, die der Erprobung von Ausweichflugplätzen in Grönland und Kanada diente.

Am 23. Mai 1953 flog eine DC-6B der SAS als erstes ziviles Verkehrsflugzeug die Nordwestpassage. Auf diesem Flug wurde norwegisches Rote-Kreuz-Personal für ein Lazarett in Korea befördert. Die Route führte von Oslo über Thule, Anchorage, Shemya nach Tokio.

Ein anderer Flug, der am 24. Mai stattfand und bei dem sich 44 Passagiere an Bord der Maschine befanden, ging auf dem gleichen Wege vor sich, jedoch wurde diesmal nicht in Thule zwischengelandet, sondern die Flugstrecke führte direkt über den Nordpol, wo eine SAS-Flagge abgeworfen wurde, nach Fairbanks in Alaska. Die Flugzeit von Oslo nach Tokio betrug nur 32 Stunden 50 Minuten.

Die DC-6B-Maschine kehrte am 29. Mai auf der gleichen Strecke nach Stockholm zurück. Die Flugzeit von Fairbanks nach Stockholm wurde ohne Zwischenlandung in 14 Stunden 37 Minuten zurückgelegt.

Diese Versuchsflüge entsprangen nicht abenteuerlichen oder utopischen Vorstellungen, sondern können als ein Ergebnis sorgfältiger Planungen gewertet werden. Die SAS hatte alle Hilfsquellen der modernen Wissenschaft und Technik sowie

das denkbar beste Maschinenmaterial zur Verfügung. In Bernt Balchen und Hjalmar Riiser-Larsen, die als hervorragende Arktis-Spezialisten genannt zu werden verdienen, hatten wir ebenso gute Freunde wie wertvolle Berater. Außerdem konnte sich die SAS die Erfahrungen der britischen und amerikanischen Luftwaffe zunutze machen.

Nachdem sich die Betriebssicherheit auf den Polarwegen in allen ihren Phasen bestätigt hatte und damit ein naturgetreues Bild aller Perspektiven des arktischen Flugverkehrs schuf, galt es für die SAS, die wirtschaftlichen Gegebenheiten der Polarfluglinien einer genauen Analyse zu unterziehen. Diese Überlegungen wurden jedoch überschattet durch die Tatsache, daß Nordgrönland über keine Flugplätze verfügte, die für den kommerziellen Flugverkehr erschlossen werden konnten. Ein derartiger Platz ist bei der heutigen Maschinenausrüstung genau so wichtig wie Gander für die Atlantikflüge, wenn die Arktis-Route wirtschaftlich rentabel sein soll.



USA-Westküste — Europa

Die Entfernung von Skandinavien nach Seattle längs des Großzirkels beträgt 7400 km. Die heute über New York führende Route hat eine Länge von 10 000 km. Ohne Zwischenlandungen kann dieser Sprung von rd. 7400 km Länge mit dem heute zur Verfügung stehenden Fluggerät nicht bewältigt werden, wenn gleichzeitig eine wirtschaftlich vertretbare Nutzlast befördert werden soll. Ferner war zu berücksichtigen, daß der arktische Raum als Markt ausfällt, mit anderen Worten

also, die Linie kann nur mit wirtschaftlichem Erfolg befliegen werden, wenn ihre Anfangs- und Endpunkte ein Passagier- und Frachtaufkommen zu produzieren vermögen, das hohe Ladefaktoren in beiden Richtungen zu garantieren in der Lage ist. Erst als Thule an der Nordwestküste Grönlands 1952 als Luftbasis fertiggestellt war, konnten vom flugtechnischen Standpunkt aus zwischen Skandinavien und der Westküste Nordamerikas Ausnutzungsgrade erzielt werden, die Aussicht auf Rentabilität versprochen. Die amerikanischen Militärbehörden haben jedoch leider bis jetzt Thule für den zivilen Flugverkehr noch nicht geöffnet.

Als Markt hat Grönland keine Bedeutung, und es wird wahrscheinlich selbst bei optimistischer Beurteilung in den nächsten zehn Jahren auch in dieser Hinsicht kaum eine Bedeutung gewinnen. Die neue Fluglinie von Kopenhagen nach der Westküste von Nordamerika kann also nur dann erfolversprechend sein, wenn sie auf breiteste Fundamente sowohl am Anfangs- als auch am Endpunkt gegründet wird. Seattle und Vancouver, die von der SAS anfangs als Endstation an der amerikanischen Westküste ausersehen wurden, würden sicherlich viel Passagiere und Fracht erbringen. Es mag als Beispiel des amerikanischen Interesses dienen, daß die SAS-Vertretung Seattle schon eine große Anzahl Buchungen für die ersten regulären Dienste aufweist.

Wir haben uns indessen davon überzeugen müssen, daß dieser Markt auf lange Sicht nicht ausreichend ist, sondern eine Weiterleitung der Strecke bis Los Angeles, dem Herz Kaliforniens, vom wirtschaftlichen Standpunkt aus unerläßlich ist, selbst wenn der Zeitgewinn der Arktis-Route von dort nach Europa geringer ist, da sie nicht über den Großzirkel der geplanten Route verläuft.

Wir hoffen, daß Thule eines Tages dem kommerziellen Luftverkehr zur Verfügung stehen wird. Dieser Hafen wurde von den Amerikanern mit einem Kostenaufwand von $\frac{1}{4}$ Milliarden Dollar erbaut. 1946 hatte der Flugplatz nur eine kurze Startbahn. Diese diente der amerikanischen Luftwaffe im März 1951, als sie einen Luftkorridor für Material und Personal einrichtete, um den Ausbau vorzunehmen. Ehe der Seehafen für die Schifffahrt nutzbar gemacht werden konnte, wurden insgesamt 3000 solcher Versorgungsflüge durchgeführt. Insgesamt 7000 Mann haben in 18 Monaten nicht nur den Flughafen nach modernsten technischen Gesichtspunkten errichtet, sondern darüber hinaus eine Stadt um diesen Hafen gebaut, die jeden Vergleich mit einer modernen Stadt in den USA oder Europa aushält. Der Flugplatz besitzt z. B. den zweithöchsten Turm der Welt, einen Radiomast, der eine Höhe von 315 m erreicht, also nur 15 m niedriger ist als das *Empire State Building* in New York. Dieser Radiomast hat einen elektrischen Aufzug, der das Personal bis zur Spitze befördert. Sämtliche Häuser sind aus Aluminium gebaut, verfügen über Ölheizung, Toiletten, Badezimmer, elektrisches Licht, Telefon etc. Man hat dort auch eine Kirche, ein Restaurant und ein Kino. Es gibt heute in Grönland noch weitere Flugplätze, z. B. Søndre Strømfjord (BW8). Vorläufig wird die SAS diesen Flugplatz benutzen.

Ostasien — Europa

Getreu dem alten Wikingergeist hat die SAS es unternommen, neue Luftwege über die unbewohnten Länder der Arktis zu erforschen und so eine Hintertür zum

Stillen Ozean zu öffnen, die mehr als ein Jahrhundert der Traum aller Forscher gewesen ist.

Wenn wir uns die Route Skandinavien—Ostasien ansehen, so finden wir, daß der Großzirkel Oslo—Tokio die halbe Entfernung der heute von der SAS beflogenen Linie nach Tokio beträgt. Dieser Großzirkel jedoch ist zumindest im Augenblick nicht benutzbar, da er über die nördlichen Teile Rußlands und Sibiriens führt. Die über Alaska projektierte Linie jedoch ist immerhin noch attraktiv genug, denn sie bedeutet eine 25%ige Verkürzung des heutigen Weges.

Wenn wir die beiden neuen Luftverkehrswege vom wirtschaftlichen Standpunkt aus betrachten, so steht an erster Stelle der Faktor Zeitersparnis. Wenn auch dieser Faktor auf der Polfluglinie nach Los Angeles nicht so stark in den Vordergrund tritt, so bedeutet er doch für die Nordwestpassage runde 13 Stunden. Dieser ungewöhnlich hohe Zeitgewinn eröffnet sowohl auf dem Gebiet der Verkehrsplanung und -lenkung als auch in der Sparte Passagier- und Frachtverkehr völlig neue Perspektiven.

Wenn man sich beispielsweise vor Augen führt, daß die Flugzeit von Rom über Kopenhagen, Polargebiet nach Tokio rund 8 Stunden kürzer ist als die gegenwärtig von Rom nach Tokio bestehende kürzeste Verbindung, so liegt der Schluß nahe, daß auch die süd- und mitteleuropäische Route verkehrsplanmäßig neu erschlossen werden kann. Ohne den Ereignissen vorgreifen zu wollen, läßt dieses Beispiel erwarten, daß sich der Schwerpunkt sowohl des USA- als auch des Fernost-Verkehrs nach Süden verlagern wird und damit die Aufgaben der SAS in ein neues Licht treten werden. Vom verkaufstechnischen Standpunkt aus werden sich unsere Repräsentanten in Mittel- und Südeuropa, ja wahrscheinlich sogar im Mittleren und Nahen Osten vor völlig neue Möglichkeiten gestellt sehen, die auszuschöpfen und zu verwerten die Anwendung neuer Verkaufsmethoden verlangen. Die Realisierung des Polflugverkehrs ermöglicht die Anwendung regionaler, ja teilweise sogar kontinentaler Verkaufs- und Propagandaprinzipien.

Bevor wir die wirtschaftlichen Probleme verlassen, sei mir ein kurzer Streifzug in das Luftfahrtrecht gestattet. Es ist kein Geheimnis, daß der Antrag der SAS auf Eröffnung des transpolaren Flugverkehrs anfänglich auf große Schwierigkeiten gestoßen ist. Schließlich haben die Vereinigten Staaten dem Antrag der SAS entsprochen, und damit erhält die SAS nicht nur die Möglichkeit, ihren großen Plan zu realisieren, sondern auch die Idee des freien Weltluftverkehrs bekommt neuen Auftrieb.

Der Luftverkehr wickelt sich unter ganz anderen Voraussetzungen ab als die internationale Schifffahrt. Die Luftfahrt ist gegenwärtig leider ebenso sehr das Instrument der Politik, wie die Politik das Instrument der Luftfahrt ist. Die SAS hat von Anfang an keinen Hehl aus ihrer Einstellung gemacht. Wir vertreten den Liberalismus in der internationalen Luftfahrt, wir verurteilen alle protektionistischen Maßnahmen, die ausschließlich dem Zweck dienen, notleidende Gesellschaften am Leben zu erhalten. Wir sind uns jedoch darüber im klaren, daß wir angesichts des geringen Potentials, das die skandinavischen Länder in der Weltpolitik repräsentieren, eine ebenso vorsichtige wie leichte Hand haben sollten. Der Erfolg hat uns bisher recht gegeben.

Wenn auch der langgehegte Wunsch vieler Deutscher nach einer eigenen Luftfahrtgesellschaft nicht unmittelbar zu diesem Thema gehört, so läßt sich doch mittelbar eine Brücke schlagen. Ich sagte, daß der transpolare Verkehr das Schwergewicht nach Süden verlagert. Auf diesem Wege treffen wir auf die Flughäfen der Bundesrepublik Deutschland und damit auf die deutschen Luftverkehrsvorbereitungen. Wir in Skandinavien verfolgen die deutschen Luftverkehrswünsche mit ebenso großem Verständnis wie aufrichtiger Sympathie. Wir hoffen, daß sich in der Deutschen Lufthansa, die eine große Tradition verkörpert, auch unter den neuen Voraussetzungen, unter denen sie gezwungen ist, wieder aufzubauen, eine enge Zusammenarbeit zwischen skandinavischen und deutschen Luftfahrtinteressen finden läßt. Wir wissen, daß wir gegenwärtig in Deutschland Verkehrsaufgaben innehaben, die eines Tages auf die Lufthansa übergehen werden. Wir glauben aber, daß nicht zuletzt die Erschließung der transpolaren Verkehrswege die Tür aufstößt zu gemeinsamen Konzeptionen, und wir würden uns ehrlich freuen, wenn die Politik der deutschen Lufthansa von den gleichen liberalen Tendenzen gekennzeichnet würde, wie wir sie anstrebten und auch weiterhin anstreben werden.

Navigation

Es ist eine bekannte Tatsache, daß die Hauptschwierigkeit bei der arktischen Navigation in der Konvergenz der Meridiane gegenüber dem geographischen Nordpol besteht, weiter in der Konvergenz der Isogonen gegenüber dem magnetischen und dem geographischen Pol und endlich in der Unanwendbarkeit magnetischer Kompassse in diesen Gebieten. Bei Flügen in der Nähe der geographischen Pole wird ein Flugzeug in rascher Folge eine große Zahl von Meridianen mit ständig wechselnden Winkeln überschneiden; der Südkurs ist hier natürlich auszunehmen. Eine kurze Strecke entlang der aufgezeichneten Route wird meistens eine Längenänderung von vielen Graden darstellen. Wenn man Captain Blairs Route auf einer gewöhnlichen Karte verfolgt, sieht man, daß er folgenden Kurs hält: zuerst steuert er beinahe direkt nördlich. Nachdem er den Nordpol passiert hat, nimmt er Kurs nach Westen und nach Süden. Die Kursänderung während des 10 Stunden 27 Minuten langen Fluges betrug etwa 1 Grad pro 4 Minuten. Blair kam, nach Lokalzeit berechnet, eine halbe Stunde eher in Fairbanks an, als er in Bardufoss abgeflogen war.

Um zu vermeiden, daß der Kurs bei jeder Überschneidung eines Meridians sich ändert, wählt man einen bestimmten Meridian als Standard-Meridian und benützt diesen als Basis für ein *Gridsystem* (Liniengitter). Augenblicklich finden zwei *Gridsysteme* Verwendung, ein amerikanisches und ein britisches. Im amerikanischen System hat man den Greenwich-Meridian als Standard-Meridian gewählt, mit Richtung von Greenwich am Nordpol vorbei und weiter dem 180-Grad-Meridian als *Grid* Norden entlang. Will man in diesem System eine Kurslinie für einen Flug in der Nähe des Nordpols festlegen, so mißt man lediglich den Winkel der Kurslinie mit dem Standard-Meridian oder einem der parallelen *Grid*-Meridiane. Der Kurswinkel wird dadurch in *Gridgraden* ausgedrückt, und die Anzahl der *Gridgrade* ändert sich entlang der ganzen Strecke nicht. Auf diese Weise wird man von der Konvergenz der Meridiane unabhängig.

Der magnetische Nordpol kann nicht als bestimmter Punkt definiert werden. Er ist ein Gebiet, in dem die horizontale Komponente des erdmagnetischen Feldes gleich Null ist und in dem das ganze erdmagnetische Feld vertikal wirkt. Eine frei aufgehängte Kompaßnadel zeigt dann gegen das Zentrum der Erde, und ihre Funktion als Richtungsweiser hat somit aufgehört. Ein gewöhnlicher Magnetkompaß arbeitet innerhalb eines Umkreises mit einem Durchmesser von 1000 nautischen Meilen um den magnetischen Nordpol nicht zufriedenstellend. Der Fluxgate-Kompaß wirkt etwas besser. Im übrigen ist der nördliche magnetische Pol ein Südpol, da die horizontale Komponente des magnetischen Feldes der Erde die Nordspitze der Kompaßnadel nach dem magnetischen Nordpol weisen läßt. Bekanntlich zeigt die Kompaßnadel nicht genau nach dem magnetischen Nordpol, sondern sie weist eine Deklination auf. Linien durch Punkte mit identischer Deklination nennt man Isogonen. Eine Null-Isogone passiert durch Skandinavien, eine andere durch die große Seenplatte in den Vereinigten Staaten. Eine dritte Null-Isogone passiert in einem Bogen durch Sibirien. In den Gridsystemen ergeben Linien durch Punkte mit identischer Deklination ein völlig anderes Bild. Diese nennt man Isogripen.

Während der britischen Arktisflüge mit der „Lancaster-Aries“ im Jahre 1945 probierte man verschiedene Kompaßtypen aus, und einige nur leicht gedämpfte Typen ergaben zufriedenstellende Resultate, sogar in Gegenden mit einer Horizontalkomponente von weniger als 0,04 Gauß.

Navigationsinstrumente

Bei regelmäßigen Flügen in der Arktis ist es jedoch notwendig, andere richtungsweisende Instrumente, die vom magnetischen Feld der Erde unabhängig sind, anzuwenden. Diese Instrumente sind das Richtungsgyro, der Astrokompas und Radar.

Das Richtungsgyro ersetzt den Magnetkompaß. Ein gewöhnliches Richtungsgyro hat eine „Abtrift“ (Präzession) bis 20 Grad die Stunde, wovon 15 Grad auf Erdrotation zurückzuführen sind, und die restlichen 5 Grad können die „zufällige Abtrift“ genannt werden. Die Erdrotationsabtrift (Präzession) variiert um 0 Grad am Äquator bis zu 15 Grad am Nordpol. Auf den nördlichen Breitengraden geht diese Abtrift nach rechts. Es hat sich jetzt als möglich erwiesen, einen Richtungsgyro mit einer „zufälligen Abtrift“ von nur ca. 1 Grad herzustellen. Ein derartiger Gyro wurde kurz vor den SAS-Polflügen von Bendix in Amerika produziert. Dieser Gyro wurde so abgeändert, daß die automatische Kurssteuerung des Flugzeuges angekoppelt werden kann. Üblich ist es, daß die Kurssteuerung von einem Magnetkompaß Signale erhält, und falls keine Umkopplung auf ein Gyrosystem erfolgen kann, muß das Flugzeug in der Nähe des magnetischen Nordpols „handgesteuert“ werden. Als Notreserve hatte die SAS die Möglichkeit, einen üblichen Kursgyro anzuwenden. Bendix' Spezialgyro, das bis kurz nach den Polflügen der SAS auf der „Geheimliste“ der amerikanischen Militärbehörden stand, leistete während der Flüge gute Dienste. Das Instrument wurde „Riiser-Viking“ getauft, nach General Hjalmar Riiser-Larsen.

Wenn die zufällige Abtrift der Gyros, die durch Lagerfriktion und Balance entsteht, gering und gleichmäßig ist, resultiert ein Flug auf einem konstanten Gyrokurs in einer Bewegung längs einem Kreissektor mit einer Richtungsänderung von

15 \times Sinus Breitengrad pro Stunde nach rechts. Dies ist die Abtrift des Gyros infolge der Erdrotation auf der nördlichen Halbkugel.

Kursänderungen des Flugzeuges, wenn es den „krummen Luftweg“ fliegt, werden mit Hilfe des Astrokompasses in regelmäßigen Abständen kontrolliert. Wenn der Navigationsoffizier die Abtrift kennt, kann er das Flugzeug in einen Anfangskurs bringen, der den mittleren Kurs während eines gewissen Zeitintervalls beeinflussen wird. Dieser mittlere Kurs wird der gewünschte *Gridkurs* genannt. Es hat sich als das beste erwiesen, die Richtung alle 20 Minuten mit dem Astrokompaß zu kontrollieren und diese mit der Gyrorichtung zu vergleichen. Bei jeder Kontrolle wird der Kurs um so viele Grade nach links verändert, wie es der Präzession während der Zeit zwischen zwei Kontrollen entspricht. Auf diese Weise erscheint die zurückgelegte Strecke als eine Reihe von Kreesegmenten, und sie wird somit etwas länger als die eigentliche Entfernung zwischen Start- und Landungspunkt. Ließe man 2 Stunden verstreichen, bevor die Richtung justiert wird, würde die Gyropräzession ca. 30 \times Sinus Breitengrad entsprechen. Diese Entfernungsunrichtigkeit würde in diesem Falle am Nordpol ca. 1% betragen.

Während derartiger Polarflüge, wie sie die SAS durchführt, müssen zwei Navigationsoffiziere zusammenarbeiten. Dem einen obliegt die kartographische Arbeit, er bestimmt die Windrichtung, Position, Kurs und Geschwindigkeit und gibt dem Piloten die *Gridkurse*, nach denen er steuern muß. Der andere Navigationsoffizier kontrolliert den Gyro mit dem Astrokompaß, macht eine graphische Tabelle der Gyropräzession und peilt außerdem Sterne, Mond oder Sonne mit seinem Sextanten an, um die Position des Flugzeuges festzulegen.

Das beste Navigationsmittel in der Arktis ist nach wie vor die Astronavigation, die sich auf die Sternbilder gründet. Besonders während der Wintermonate sind die Bedingungen für die Astronavigation ausgezeichnet, da die Sterne Tag und Nacht sichtbar sind. Während der Sommermonate befindet sich die Sonne konstant über dem Horizont, und der Mond oder die helleren Sterne können auch benutzt werden, wenn sie sich über dem Horizont befinden. Die schwierige Zeit der arktischen Navigation liegt in der Zeit der Tagundnachtgleiche im Frühjahr und Herbst, wenn die Dämmerungsperioden am längsten sind.

Die üblichen Tabellen über Auf- und Untergang von Sonne und Mond gelten nicht für die Arktis. Die Methode, die man in dieser Gegend benutzt, beruht auf Diagrammen. In Thule ist es vier Monate im Jahre dunkel. Die Amerikaner haben ein Instrument für die Dämmerungsperiode konstruiert, welches das Sonnenlicht polarisiert. Es heißt *Pfund's Polarized Sky Compass*, und es gibt die Sonnenposition auch dann an, wenn diese unter dem Horizont oder hinter einen dünnen Wolkenschicht ist. Der Sky-Kompaß benützt das Phänomen, daß das Himmelslicht perpendikulär zur Stellung der Sonne polarisiert wird. Da die SAS-Flüge während der dunklen Monate im Winter vorgenommen wurden, benutzte man diesen Kompaß nicht.

Nach der Astronavigation ist das Radar das wichtigste Hilfsmittel in der Polarnavigation. Statt mit Hilfe von Radar Karten zu lesen, so wie es normal auf niedrigen Breitengraden geschieht, wo die Karten ganz genau sind, wird das Radar in den Polargebieten dazu verwendet, Abtrifte festzustellen, Geschwindigkeiten zu be-

rechnen und Winkelkalkulationen durchzuführen. Dies geschieht mit Hilfe von besonders deutlichen Objekten, die man mit dem Radarschirm erfaßt. Die Frage, ob das Radargerät zur ständigen Ausrüstung einer Verkehrsmaschine gehören soll, ist noch nicht entschieden. Es ist schwer und teuer, und man glaubt, daß man auch ohne Radar zuverlässig und genau genug navigieren kann. Die SAS hat auf ihren Flügen kein Radar verwandt.

Funk

Die amerikanische und die kanadische Luftwaffe haben in Nordkanada/Westgrönland ein umfassendes Radionetz errichtet. Gewisse zivile meteorologische Stationen mit Radioausrüstung können ebenfalls in Notsituationen aushelfen. Die Funkverhältnisse sind jedoch nicht sehr gut, und es können Funkunterbrechungen auf Grund von magnetischen Unwettern vorkommen, die bis zu zwei Tage dauern.

Das *Ionospheric Institute* in Washington kann diese Unwetter jedoch längere Zeit vorhersagen. Auch während eines magnetischen Unwetters kann das Flugzeug mit naheliegenden Radiostationen in Verbindung treten, diese können aber Meldungen an entfernte Stationen nicht weiterleiten.

Die schlimmsten Funkstörungen kommen nicht am magnetischen Pol vor, sondern in einem kreisförmigen Gürtel um ihn herum, der sogenannten Aurora-Zone. Bei einem Flug nach Thule wird die Route sowohl von Skandinavien als auch von der Westküste Amerikas durch diese Zone führen. Bei dem vorhandenen Radionetz kommt es ein oder zwei Tage im Monat vor, daß Wettermeldungen aus dem Polargebiet die Startplätze nicht erreichen. Die Fernstrecken-Navigations-Hilfsmittel wie „*Consol*“ und „*Loran*“ werden von diesen Funkstörungen ebenfalls betroffen. Außerdem reicht der Funktionsradius dieser Ausrüstung nur bis zum 75. Breitengrad, da man keine Stationen hat, die die nördlicher liegenden Gebiete umfassen. Bevor man solche Stationen oder ausreichende Radioreichweiten hat, wird das Radio in der arktischen Navigation eine geringere Rolle als Astro oder Radar spielen.

Es ist anzunehmen, daß die Amerikaner in nicht zu ferner Zukunft solche Radiostationen anlegen werden, vielleicht auf einer der großen Eisineln im Polarbassin, wo sie bereits seit längerer Zeit Stationen unterhalten.

Ein gewisser Ausbau des Radionetzes ist erforderlich, um den regelmäßigen Luftverkehr im Polargebiet zu sichern. Es darf nämlich kein Flug unternommen werden, wenn keine Wetterberichte von den arktischen Stationen bei den Wetterzentralen der Ausgangsstationen vorliegen.

Die Radioverhältnisse in diesen Gegenden können jedoch auch außerordentlich gut sein. Als Beispiel mag dienen, daß man während des ersten Polarfluges der SAS sofort nach dem Start von Thule Radiokontakt mit Kastrup in Kopenhagen hatte. Später schickte der Kapitän von der grönländischen Ostküste einen Gruß nach Kastrup. Sein Bruder saß in einer anderen SAS-Maschine über Lydda (Israel) und hörte die Botschaft.

Das Wetter

Das Wetter ist in den Polargebieten gewöhnlich viel besser als über dem Nordatlantik. Ein stationärer Hochdruck liegt in der Regel während des ganzen Jahres zwischen Ost-Alaska und Nord-Grönland. Im Süden entsteht ein Tiefdruck über der

Hudson Bay sowie der Baffin Bay, welcher südwärts von Grönland nach Nordeuropa wandert. Während der Winterzeit verlagert sich ein Tief, das sich über dem Stillen Ozean bildet, nach der kanadischen Westküste und ruft in diesen Gebieten schlechtes Wetter hervor. Die SAS hat eingehend die Wetterverhältnisse der Polargebiete studiert, an dem zweiten SAS-Polarflug nahmen zwei meteorologische Experten teil. Dadurch, daß über den Wolken geflogen wird, wird eine Vereisung und ein unruhiger Flug vermieden. Das Wetter auf den Flugplätzen ist durchgehend konstant gut.

Die größte Bewölkung tritt im Frühjahr und Sommer auf und erreicht ihr Maximum im Mai. Es handelt sich gewöhnlich um niedrige Stratuswolken oder Stratocumuli, deren höchste Gipfel sich nicht über 5000 Fuß erheben. Unter gewissen Windverhältnissen können die Wolken auf Grund orographischer Wirkungen 15 000 Fuß erreichen. Das Vereisungsrisiko ist geringer als auf der Nord-Atlantik-Route und über Europa. Mit anderen Worten: der Arktisreisende wird kaum jemals luftkrank werden. Er kann den ruhigsten Flug der Welt genießen.

Zukünftiges Fluggerät

Wenn über die Zukunft des Flugverkehrs auf dieser Strecke diskutiert wird, so heißt es auch über die zukünftige Entwicklung des Düsenflugzeuges sprechen. Bis zur Verkehrsreife dieser Maschine – dieses Stadium wird noch einige Jahre auf sich warten lassen – wird die DC-6B resp. DC-7C oder die *Super Constellation* das Feld beherrschen. Mit allergrößter Wahrscheinlichkeit werden heute keine neuen Kolbenflugzeuge mehr konstruiert. Über die Umwandlung des gegenwärtig zur Verfügung stehenden Geräts zum Turbo-Prop-Antrieb ist viel gesprochen worden. Wenn dieser Prozeß auch technisch möglich wäre, so würden die aufzuwendenden Kosten in keinem Verhältnis zum Erfolg stehen.

Wenn der für lange Distanzen richtige Typ gefunden ist – augenscheinlich ist dies in den Vereinigten Staaten der Fall, denn die Boeing 707 hat soeben ihre Testflüge erfolgreich absolviert – wird es möglich sein, neue Zellen zu entwickeln, die einen ebenso rationellen wie maximalen Ausnutzungsgrad gewährleisten. Man rechnet damit, daß diese Muster eine Kapazität von etwa 100 bis 130 Passagieren aufweisen werden, bei einer Dienstgeschwindigkeit von 750 bis 950 km per Stunde. Der von den de-Havilland-Werken konstruierte Comet I und II ist für den Nordatlantik-Verkehr oder Arktis-Verkehr nicht besonders gut geeignet. Der Comet III bietet bessere Möglichkeiten. Angesichts des geringen Fassungsvermögens jedoch und der damit relativ hohen Betriebskosten kann diese Maschine kaum zu einer ernsthaften Konkurrenz der heutigen Kolbenflugzeuge werden. Wenn auch das Ringen zwischen den britischen und amerikanischen Konstrukteuren um den besten *Long-Distance*-Düsentyp noch nicht entschieden ist, so spricht viel dafür, daß die reiche Erfahrung, die die amerikanische Flugzeugindustrie im Bau von Langstreckenmaschinen während der letzten 10 bis 15 Jahre gewonnen hat, unter Umständen von entscheidender Bedeutung sein wird.

Die Preise allerdings sind entmutigend. Während eine DC-6B ca. 1,2 Millionen Dollar und eine DC-7C ca. 2 Millionen Dollar kostet, schätzt man den Preis der amerikanischen Düsentypen, beispielsweise den Verkaufspreis der Boeing 707, auf

ca. 4,5 bis 5 Millionen Dollar. Obwohl die Tests der ersten amerikanischen Düsenmaschinen erfolgreich verlaufen sind, so sind sowohl in finanzieller als auch in operativer Hinsicht noch eine Reihe sehr schwieriger Probleme zu lösen, bevor das Düsenverkehrsflugzeug in den internationalen Verkehr eingegliedert werden kann.

Die SAS ist davon überzeugt, daß die Route über die Arktis aus vielen Gründen große Möglichkeiten in sich trägt. Amerikaner der Westküste bekommen eine direkte Verbindung nach Europa, die Passagiere entgehen dem lästigen Umsteigen in New York, und endlich, was nicht unwesentlich ist, hat die Route großen touristischen Reiz.

Wir fliegen mit der Sonne

Wenn wir an einem Sommerabend um 19 Uhr von Skandinavien nach Los Angeles starten, während die Sonne noch hoch am Himmel steht, wird sie uns auf dem ganzen Weg nach Grönland und über das Inlandeis folgen. Um die lokale Mitternachtszeit landen wir in BW8, und die Mitternachtssonne steht hoch über dem Horizont. Eine Stunde später starten wir nach Winnipeg und die Sonne steigt höher und höher. Von Winnipeg richten wir unseren Kurs nach Los Angeles, wo wir um 15 Uhr lokaler Zeit landen und die Sonne in ihrem Zenit vorfinden. Wir sind mit der Sonne ca. 9000 km in 27 Stunden gereist.

Selbst im Winter wird der Arktisreisende unvergeßliche Eindrücke der unermeßlich großen arktischen Landschaft erleben. Der Himmel, meisterlich getönt von der Sonne, die sich selten über den Horizont erhebt, wenn man aus dem Flugzeugfenster auf 25 000 Fuß Höhe herauschaut, ist ein unvergeßlicher Anblick. Die Gletscher, die endlose Wildnis und die schneebedeckten Bergketten bieten eine unbeschreiblich und majestätisch anmutende Szenerie.

Und – wenn man Glück hat – kann man den schönsten Anblick genießen: den flammenden Vorhang des Nordlichts.

DIE SAS

Direktor Knut Hagerup-Svendsen ist dänischer Staatsangehöriger, jedoch in Stockholm als Leiter der Betriebsabteilung der SAS tätig. Im Scandinavian Airlines System haben sich die Luftfahrtinteressen der skandinavischen Länder eine gemeinsame Betriebsgesellschaft geschaffen.

Als Direktor Hagerup-Svendsen die Darlegungen des vorstehenden Aufsatzes als Vortrag in Hamburg mündlich vortrug, entschuldigte er die häufige Nennung seiner Gesellschaft damit, daß sie nun einmal bei diesem Thema nicht ausgelassen werden könne. Er betonte, daß die größte Auslandsniederlassung der SAS in Hamburg liege.

In der Zeit zwischen dem Vortrag und dem Abdruck des obigen Aufsatzes führte die SAS im November 1954 den ersten zivilen Linienflug von Kastrup bei Kopenhagen über das südwestliche Grönland und Winnipeg in der kanadischen Provinz Manitoba bis Los Angeles durch, für den sie 27 Stunden 10 Minuten brauchte. Die Ministerpräsidenten Dänemarks, Schwedens und Norwegens nahmen an diesem Flug teil.

DIE FÄRÖER — PFEILER IM NORDATLANTIK

Halbwegs zwischen Schottland und Island liegt im Nordatlantik die Inselgruppe der Färöer, 1399 qkm groß mit 32000 Einwohnern, ein altes Wikingerland, das wie Island 1380 gemeinsam mit Norwegen unter dänische Herrschaft kam, dort auch blieb, als Norwegen 1814 aus dem dänischen Staatsverband ausschied. Die Inseln erhielten aus naheliegenden Gründen während des Zweiten Weltkrieges eine britische Besatzung. Sie galten bis 1948 als ein „Amt“ des Königreichs Dänemark. Dänische Zeitungen schrieben gegen Ende des Jahres 1954, daß die 1300 km von Kopenhagen entfernt liegenden Färöer – von „Stürmen“ bedroht würden.

Die Kopenhagener Sturmwarnung bezog sich auf die politische Unabhängigkeitsbewegung, die den staatlichen Zusammenhang zwischen den Färingern und den Dänen ebenso bedroht, wie eine ähnliche Bewegung die volle Selbständigkeit für Island erkämpft hat.

An der alten Form der Bindung zwischen den Inseln und dem dänischen Königreich rüttelte zum ersten Male die *Gamla Sjalvstyri* (alte Selbständigkeitspartei), die 1906 gegründet wurde und nur Selbstverwaltung gegenüber Kopenhagen erstrebte. Ihre Führer waren von der dänischen Volkshochschulbewegung beeinflusst und forderten in deren Geist das Recht zum Gebrauch der eigenen Sprache in der Schule, der Kirche und vor Gericht. Nicht zufällig hat der Historiker Paul Engberg darauf hingewiesen¹⁾, daß die färöische Volkssprache durch die dänische Hochsprache nicht besser behandelt worden sei als die nordschleswigsche Volkssprache durch das Hochdeutsche. Er stellte fest: „Hier sind geistige und volkliche Verbrechen verübt worden, die uns als Volk nicht zur Ehre gereichen“. 1912 erst wurde Färöisch als Lesefach im Schulunterricht eingeführt, und noch nach dem Ersten Weltkrieg betonten die Färingere bei den Reformationsfesten, daß entgegen Luthers Forderung bei ihnen noch immer nicht in der Landessprache gepredigt werde. Erst allmählich wurde die Volkssprache zur Kirchensprache, 1937 auch zur Unterrichtssprache in der Schule.

Am 23. März 1943 fanden unter der Auf-

¹⁾ In der Mainummer 1952 vom „Front og Bro“.

sicht der britischen Besatzung Neuwahlen zum Parlament der Insel statt, bei denen die radikalere Unabhängigkeitspartei *Folkaflokkur* nur knapp unter der Mehrheit blieb. Bei Kriegsende schlug Dänemark eine Selbstverwaltung im Rahmen der dänischen Verfassung vor, dieser Vorschlag wurde jedoch am 14. September 1946 mit 5 650 gegen 5 500 Stimmen als nicht weitgehend genug von der Wählerschaft abgelehnt. Folgerungen wurden aus der Abstimmung nicht gezogen, weil nach Ansicht der dänischen Behörden eine klare Entscheidung nicht gefallen war, denn ein Drittel der Stimmberechtigten hatte sich der Stimme enthalten. Als bei den Wahlen des gleichen Jahres *Folkaflokkur* nur zwei Fünftel der abgegebenen Stimmen erhielt, wurde das Ergebnis als Entscheidung zugunsten der weiteren Zusammengehörigkeit mit Dänemark gewertet.

Am 1. April 1948 wurde durch dänisches Gesetz eine Autonomie eingeführt, in deren Rahmen das Färöische als erste Sprache des Landes gilt. Dänisch kann allerdings bei den Behörden mit demselben Recht gebraucht werden, es wird auch nach wie vor in den Schulen unterrichtet. Die inneren Angelegenheiten der Inseln unterliegen nur noch der Gesetzgebung durch das Inselparlament (*Løgting*), die dänische Amtsverfassung ist damit aufgehoben worden. Schule, Gesundheitswesen, Post, Polizei und Rechtspflege gelten als gemeinsame färöisch-dänische Angelegenheiten. Für sie ist der Repräsentant des Königs auf den Inseln, der *Rigsombudsmand*, zuständig. Das Parlament wählt als Inselregierung die dreiköpfige *Landsstyre*, zu der als Vorsitzender und vierte gewählte Person mit der Funktion eines Ministerpräsidenten der *Løgmaturin* tritt. Nach wie vor senden die Inseln zwei Abgeordnete zum *Folketing* nach Kopenhagen.

Während vorher *Folkaflokkur* die stärkste Partei war, errang bei den Wahlen vom 8. 11. 1954 die *Sambandsflokkur*, die für die Zusammenarbeit mit Dänemark eintritt, 7 von 27 Sitzen. Sie hatte bis 1954 in einer Koalition mit *Folkaflokkur* zusammengearbeitet, die bis dahin über 8 Abgeordnete verfügte, seitdem aber nur noch 6 hat. Wenn die bisherigen Gruppen weiter die Geschicke

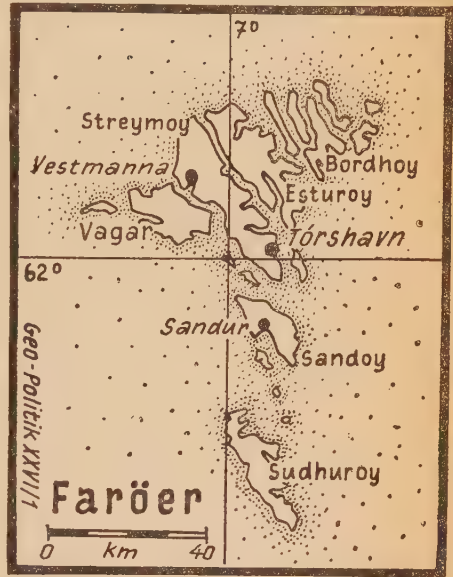
der Inseln leiten wollen, müssen sie die 2 Abgeordneten von *Gamla Sjalvstyre* zur Beteiligung einladen.

Wahlsieger ist die republikanische Partei *Tjóðveldisflokkur*, die unter der Führung von Erlendur Pattursson, einem Sohn des 1946 verstorbenen Gründers der *Folkaflokkur*, der während des Zweiten Weltkrieges in Kopenhagen Volkswirtschaftslehre studierte, 1948 als selbständige Organisation gegründet wurde. Die nationaldänischen Kreise halten den jungen Pattursson für einen Dänenhasser und machen ihm ähnliche Vorwürfe wie vor 100 Jahren dem schleswig-holsteinischen Freiheitskämpfer Uwe Jens Lornsen. Pattursson hat in Erinnerung an die Volksabstimmung von 1946 die Zeitung „Der 14. September“ mit nur 500 Kronen Anfangskapital gegründet, die als einziges Blatt der Insel dreimal wöchentlich in einer Auflage von 3000 Stück erscheint. Seine Erfolge verdankt er vor allem seinen sozialen Argumenten. Die Stimmenzahl zugunsten seiner Gruppe stieg von 1153 im Jahre 1950 auf 3026 1954, die Mandatszahl auf 6.

In der Opposition standen außer der Republikanischen Partei auch die Sozialdemokraten (*Javndarflokkur*), die mit 2115 Stimmen nur knapp hinter *Folkaflokkur* blieben und 5 Mandate erhielten. Der sozialdemokratische Parteiführer Peter Mohr Dam nahm im September 1954 zum Ärger mancher dänischer Gruppen Fühlung mit deutschen Fischereikreisen in Bremerhaven, nachdem vorher geführte Verhandlungen mit der dänischen Regierung über eine Stützung der vom Konkurs bedrohten Hochseefischkuttergesellschaft auf Suderö gescheitert waren.

Der allmähliche Übergang der Wähler zu der radikalsten Gruppe unter den autonomistischen Parteien ist ein Zeichen dafür, daß sich das Interesse allmählich von den sprachlich-nationalen auf wirtschaftlich-soziale Fragen verlagert. Die Republikanische Partei verdankt ihren Wahlerfolg der Tatsache, daß Pattursson den Streik der Fischer erfolgreich leitete und nicht davor zurückschreckte, mitten im Wahlkampf 40 Tage Gefängnis wegen seiner radikalen Methoden auf sich zu nehmen. Er bemüht sich um den Aufbau von Fischereigenossenschaften.

Den Republikanern und auch den Sozialdemokraten kam bei der Wahl der „Fall Halvorsen“ zugute. Die dänische Regierung hatte einen Amtsarzt dieses Namens kommissarisch auf die Inseln geschickt. Er sollte abberufen werden, weil ihm inzwischen ein Vorwurf daraus gemacht wurde, daß er während des Zweiten Weltkrieges



in Dänemark eine Meldung für den freiwilligen Dienst im Rahmen des Roten Kreuzes an der Ostfront abgegeben hatte (die Meldung hatte nicht einmal zur tatsächlichen Einberufung geführt). Die dänische ärztliche Vereinigung war bereit, den Ausschluß Halvorsens zurückzunehmen, wenn er selbst die Kosten für das Ausschlußverfahren trage. Das wiederum wollte Dr. Halvorsen nicht tun. Die Bevölkerung des färöischen Ortes Klaksvig nahm eine drohende Haltung gegen Beamte und Ärzte an, die zu Verhandlungen auf ihrer Insel landen wollten. Die Regierung sperrte daraufhin die Zuschüsse für das Krankenhaus von Klaksvig.

Hinter diesem Fall steht das große Problem der wirtschaftlichen Monopole, die sozialpolitisch ausgenutzt werden. Gründer und fast alleiniger Arbeitgeber von Klaksvig ist der Unternehmer Kjölbro. Die Bevölkerung möchte nicht, daß – wie vorgesehen – ein Verwandter Kjölbro an die

Stelle von Dr. Halvorsen tritt. Sie hat gerade genug davon, daß sie auch sonst in jeder Weise von Herrn Kjölbro abhängig ist. Bis zum Kriege war es landesüblich, die Löhne in Naturalien zu zahlen oder vielmehr auf Vorschuß in den Läden der Reeder zu kaufen. Dem psychologischen Bedürfnis nach dem Geld in der eigenen Tasche wurde durch Blechplättchen mit Angabe des Kaufwertes sozusagen als Gutscheine oder Wertmarken Rechnung getragen, und diese Blechstücke gingen dann wie z. B. als „Kjölbro-Krone“ wie offizielles Geld von Hand zu Hand.

Der Fischerstreik in der Fangzeit 1954 richtete sich in erster Linie gegen den Monopolismus von Reedern nach der Art Herrn Kjölbro, die zugleich Kaufleute, Fabrikanten, Grossisten und Exporteure sind (im einzelnen wechselten seine Ziele, schließlich ging es auch um Lohnzuschüsse aus der Landeskasse zur Erhöhung der Mindestsätze).

Während des Krieges und in der unmittelbaren Nachkriegszeit warf der Fischexport nach England große Überschüsse ab. Das steuerpflichtige Einkommen in der Gemeinde Vestmanna z. B. erhöhte sich von 300 000 Kronen vor dem Kriege auf 3 Mill. Kronen im Jahre 1950. Freilich stiegen die Einzelhandelspreise doppelt so hoch wie in Dänemark, wo sie sich auch erheblich erhöht hatten. Luxuswaren konnten ohne Einschränkung importiert werden. Das Sterlingguthaben des Kriegsendes von 60 Mill. Kronen war schon 1948 durch eine Sterlingschuld von 8 Mill. ersetzt worden. Die Zahl der Hochseekutter stieg in den Nachkriegsjahren von 5 auf 40, aber die einzelnen Fahrzeuge waren für einen rationellen Betrieb zu klein, und sie veralteten schnell. Die Fangtätigkeit war einseitig auf den Export von Trocken- und Salzfishen eingestellt, und die Ergebnisse waren nicht groß genug zur Nutzung der Tonnage, der Verarbeitungsbetriebe usw. Diejenigen Fischer, die sich schnell genug auf den Heringsfang umgestellt haben, konnten 1954 zum ersten Male von der Absatzchance in die Sowjetunion profitieren.

Der nordjütische Hafen Skagen, der nur ein Viertel der färischen Einwohnerzahl besitzt und über eine wesentlich geringere Tonnage verfügt, erreicht die gleichen Fänge wie die Färöer. Die Fischereikrise der

Inseln, die sozusagen mitten im Fanggebiet liegen, ist örtlich bedingt. Der soziale Kampf geht heute darum, ob die Reeder durch eigene Investitionen die nötige Rationalisierung durchführen oder ob sie die Last auf die Fischer und die Arbeitnehmer der Fischindustrie abwälzen und dabei erneut die Bevölkerung auch außerhalb des Arbeitsplatzes von sich abhängig machen.

Die Republikaner und Sozialisten wenden sich einerseits gegen die Arbeitgeber, andererseits streben sie verstärkte Staatshilfe an. Dänemark zahlt die Hälfte der Sozialausgaben und der Lehrer- und Beamtengehälter. (Doch liegen die Besoldungssätze nicht so hoch wie in Dänemark selbst). Die Lohngarantie, die durch das *Lögting* für die Fischer beschlossen wurde, kann nur durch eine Sondersteuer auf den Inseln selbst verwirklicht werden. Dänemark zahlt weder etwas für die Modernisierung der Fahrzeuge noch für den Ausbau der Fischereihäfen. Zum ersten Male wurden 1954 10 Mill. Kronen aus den amerikanischen Hilfgeldern für die Inseln abgezweigt, mit denen der Strom der Konkurse, Zwangsversteigerungen und Steuerpfändungen eingedämmt werden sollte. Die Färöer brauchen nach einem Wort der Kopenhagener Zeitung *Information* „Hilfe zur Selbsthilfe“. Das bedeutet die Schaffung einer echten Selbstverwaltung, so daß hier das wirtschaftlich-soziale mit dem nationalen Problem zusammenfällt.

Die Notwendigkeit zur Modernisierung zeigte sich besonders bei der Dampferverbindung zwischen der Hauptstadt Tórshavn und Kopenhagen. Der alte kombinierte Dampfer „*Tjaldur*“, der auf seiner dreibis viertägigen Fahrt durch die häufig schweren Stürme so mitgenommen war, daß manche Passagiere vor seinem Betreten zurückschreckten, wurde viel zu spät erneuert. Er ist unentbehrlich für die Lebensmittelfuhr und für die Nachrichtenverbindung, denn die dänischen Rundfunksender sind auf den abgelegenen Inseln häufig nicht zu hören. Das Grundproblem der Färöer ist die Frage, ob es gelingt, die vereinigte Inselgemeinde an die wirtschaftlichen und sozialen Zustände Europas anzuschließen. Diesem Ziel dient das heutige Streben nach Selbstverwaltung fast noch mehr als einem folkloristisch begründeten Separatismus.

Ursel Alander

KRAFTPROBE ODER ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN DEUTSCHEN UND DÄNEN?

Die deutsch-dänische Grenze

Eine Veröffentlichung der Grenzakademie Sankelmark will, so schreibt Franz Schriewer im Vorwort, der Notwendigkeit Rechnung tragen, von deutscher Seite eine historisch-politische Einführung in das schleswigsche Grenzproblem zu bieten. Die abgedruckten vier Vorträge sind eine wirklich ausgezeichnete Einführung in diesem Sinne, und doch bedauere ich, daß sie nicht gleichzeitig durch Beiträge aus Wirtschaft und Geographie ergänzt wurden; denn die Grenze hat auch und besonders eine Relation zu den wirtschaftlichen Gravitationszentren, und gerade die deutsch-dänische Grenze von 1920 ist, vom Wirtschaftlichen und Sozialen her gesehen, noch nie so gültig gewesen wie heute. Wir stehen gerade bezüglich der deutsch-dänischen Grenze in Gefahr, uns ins Schlepptau des dänischen Historizismus zu begeben und uns in Diskussionen über Dinge einzulassen, die für die Grenzfrage von heute belanglos geworden sind.

Selbstverständlich sind die Beiträge von Oswald Hauser über „Schleswig-Holstein in der Politik der großen Mächte“ und von Alexander Scharff über „Das Volkstums- und Grenzproblem in historischer Sicht“ notwendig, nicht nur, um der Gegenseite auf fälschende Behauptungen zu antworten, sondern um auch ohne Ressentiments und ohne oberflächliche Verschleierung die historische Position beider Seiten klarzustellen – ganz unabhängig davon, ob man historischen Argumenten das stärkere oder schwächere Gewicht beizumessen geneigt ist.

Wenn wir freilich das Jahr 1945 als den Beginn einer neuen, und zwar europäischen, Ära betrachten, so dürfen die Ausführungen Martin Steinhäusers über „Die Entwicklung der Grenzfrage seit 1945“ ganz besonders willkommen sein. Es läßt sich leicht überprüfen, was seit Kriegsende an positiven Beiträgen zur Befriedung Europas, d. h. hier zur Lösung der Grenzfrage, geleistet wurde. Es zeigt sich, daß die deutsch-dänische Grenzfrage viel weniger ein nationales Problem ist, als welches es immer wieder dargeboten wurde; denn

die Grenzfrage kam, wie Steinhäuser nachweist, zur Ruhe mit der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Konsolidierung in der Bundesrepublik Deutschland.

Nur so lange deutsche Grenzräume vom Kern des Staates her vernachlässigt und als unwesentliche Peripherismen betrachtet wurden, nur so lange konnte eine grenzrevisionistische Bewegung erfolgreich vorstoßen. Die Wahlziffern der „dänischen“ Minderheit sind von 99 500 bei den Landtagswahlen von 1947 auf 42 242 bei den Landtagswahlen von 1953 zurückgegangen. Es haben jene Deutsche wieder in ihre „Heimat“ zurückgefunden, die als „Neudänen“ das zahlenmäßige Anschwellen der Minderheit im deutschen Schleswig und damit sogar das Auflodern einer dänisch-nationalistischen Welle gefördert hatten.

Von besonderem Reiz ist der Vortrag von Walther Hubatsch über „Deutschland und der Norden – der Norden und Deutschland“. Hubatsch untersucht die Vorstellungen der Völker voneinander, die, so subjektiv sie gewesen sein mögen, doch das politische Leben wesentlich mitbestimmt haben. Es ist schon die Tatsache von grundlegender Bedeutung, daß Deutschland von Skandinavien aus fast immer als Ganzes, in der Zusammenfassung aller Landschaften und Stämme, die skandinavischen Völker von Deutschland aus „in einer kaum noch zu rechtfertigenden Vereinfachung als größere zusammengehörige Einheit empfunden wurden.“ Die laufende Beschäftigung der Deutschen mit dem Norden – und dies meist in einem idealisierend-romantischen Sinn – erlaubt es, von einem „nordischen Gedanken“ auf deutschem Boden zu sprechen.

Einen ähnlichen Versuch, in immer neuem Anlauf sich mit Deutschland auseinanderzusetzen, gibt es nach Hubatsch in Skandinavien nicht. „Ein deutscher Gedanke existiert nicht in Skandinavien. Keiner der dortigen Großen hat ein verbindliches Wort über die Beziehungen des Nordens zu Deutschland gesprochen, das in Skandinavien auf Widerhall gestoßen wäre oder dem auch nur eine Gültigkeit zugesprochen werden könnte.“

Die nur 70 Seiten umfassende Schrift wird in Dänemark mit gleichem Gewinn wie in Deutschland gelesen werden. Sie ist ein Beitrag zur leidenschaftslosen, europäischen Stellungnahme zum Problem Schleswig und gipfelt unausgesprochen in dem friedfertigen Wunsche, die 1920 gezogene Grenze, weil sie die bestmögliche Lösung darstellt, als fest anzuerkennen und den Minderheiten zu beiden Seiten so viel Freiheiten zu gewähren, daß sie den Staat, dem sie zugehören, zu bejahen vermögen.

Martin Schwind.

Grenzakademie Sankelmark (Herausgeber): Zur Grenzfrage Schleswig. Ferd. Hirt, Kiel 1954. 72 S., 2 Ktn.

„Kulturelle Kraftprobe zwischen Deutschen und Dänen“

Sehr geehrte Herren!

Sie brachten in Nr. 10 des Jahrgangs 1954 eine Betrachtung über die dänische Südschleswig - Politik. Darf ich in diesem Zusammenhang auf Äußerungen des aus Südschleswig gebürtigen dänischen Schriftstellers Willy-August Linnemann aufmerksam machen, der zur Zeit als Kulturattaché an der dänischen Gesandtschaft in Madrid tätig ist. In einer Antwort an einen jungen Südschleswiger, der sich zum Schreiben berufen fühlt und der im Zweifel ist, ob er die deutsche oder dänische Sprache wählen soll, vertritt Linnemann Gedanken, die auch für die deutsche Seite recht beachtlich sind (Berlingske Aftenavis, 14. 8. 54):

„... Weshalb greifen sie (die Deutschen) jetzt so energisch zu in Südschleswig? Südschleswig an sich bedeutet nämlich nur wenig für Deutschland. Es ist nur ein kleines und armes Gebiet; die Bevölkerung ist gering an Zahl. Aber Südschleswig ist heute das Gebiet, wo die Deutschen das er messen können, was sie als Volk wert sind. Militärisch und politisch erlitten sie 1945 eine totale Niederlage; für sie gilt daher jetzt die Frage, ob sie es auch in volklicher und kultureller Hinsicht taten, denn diese Frage, und nicht die militärische und politische, entscheidet Deutschlands Zukunft...“

Nun ergibt sich für Deutschland die Frage: „Können wir die Südschleswiger

festhalten, können wir ihre dänische Bewegung verdrängen auch nach dem furchtbaren Jahre 1945? Dann hat das deutsche Volks- und Kulturleben seine Überlegenheit über das dänische erwiesen, und wir haben den endlichen Sieg in Südschleswig errungen. Ja, dann können wir berechnete Hoffnungen haben, auch Nordschleswig von innen zu erobern. Und nicht genug damit, – auch den Rest von Jütland; deutsche Sprache und Kultur waren ja schon vor 1864 nach nördlich der Königsau vorgedrungen. Dann wird Hamburg einmal Jütlands Hauptstadt werden können.“

Ein Kulturkampf erstreckt sich nicht über Jahrzehnte, er wogt über Jahrhunderte und nimmt keine Rücksicht auf Grenzsperrn. Zu demjenigen, auf den diese Perspektive abschreckend wirkt, ist nur zu sagen; nur auf dem Kirchhof gibt es Frieden. Nur im Garten der Toten liegt die Grenze fest.

... Aber ich will mich an die Realitäten halten und eine südschleswigsche Antwort geben: 1945 hätte Dänemark Südschleswig sich ohne weiteres einverleiben können, unterließ es jedoch mit der Behauptung, gegenüber dem geschlagenen Deutschland gerecht sein zu wollen. In Wirklichkeit war der Grund Furcht; Furcht vor der Aufgabe, Furcht vor den Südschleswigern, Furcht vor einem kommenden Deutschland.

Hätte Dänemark sich ohne weiteres Südschleswig einverleibt, so hätte Deutschland, wenn ich es recht kenne, sich hiermit wie mit den anderen kleineren Landabtretungen abgefunden, das hätte nur seine militärische und politische Niederlage berührt, die im voraus total war.

Aber Dänemark wählte – nicht das schwedische, sondern das deutsche Vorgehen. Dänemark wählte die Kulturoffensive, wählte die Methode, um die Seele der Südschleswiger zu kämpfen. Gut! Jedenfalls ich habe nichts dagegen, wenn man sich nur klarmacht, daß man damit den Lebenswillen bei seinem deutschen Rivalen an dem unglücklichsten aller Zeitpunkte herausfordert...“

Zu einem späteren Zeitpunkt (7. 10. 54) äußert sich Linnemann an derselben Stelle übrigens deutlicher zu seiner Vorstellung über den künftigen „Grenzkampf“. Er meint:

„...In erster Linie müsse die dänisch-deutsche Auseinandersetzung, von allem veralteten nationalistischen Plunder befreit und zu einer kulturellen Kraftprobe gemacht werden, der auch das überrige Europa Interesse abgewinnen kann'... aus verschiedenen Gründen würde ich die Maler und Bildhauer in den Grenzkampf einsetzen, damit die Künstler große Aufgaben zugewiesen bekommen, damit Südschleswig zeitgenössische dänische Monumentalkunst erhalte.“

Was, so fragt der Verfasser in diesem Zusammenhang, berechtigt eigentlich die Reichsdänen, den Südschleswigern dänische Sprache, dänischen Kirchengang, dänische Lebensart aufzupropfen? Der Hinweis auf das „historische Recht“ verschlage nicht mehr, denn das habe Dänemark „längst verscherzt“. Das Recht beruhe vielmehr allein auf dem „Glauben, daß die dänische Kultur reicher und menschlicher als die deutsche ist“. Dieser Glaube und dieses Recht müßten jedoch bewiesen werden und zwar „durch Architektur, Dichtung, Musik, Plastik, Malerei“, genau so wie das Christentum seinerzeit, als es nach Dänemark gelangte, seine Überlegenheit über das Heidentum beweisen mußte – „nicht durch Gerede, sondern durch gewaltige Kirchenbauten“.... „In Südschleswig wird die dänische Kunst weit mehr Nutzen bringen als irgendwo anders in Dänemark. Mehr als irgendwo nördlich der Grenze könnten die dänischen Künstler hier ihre eigentliche Aufgabe erkennen.“

Willi Walter Puls

Sperrungen von der Schriftleitung.

Kulturelle Zusammenarbeit zwischen Deutschen und Dänen

Sehr geehrte Herren!

Zutreffend betont Ihr Autor, daß es sich bei dem dänischen Aufschwung in Südschleswig seit 1945 um einen Anachronismus handelt, um die Absplitterung deutscher Bevölkerungsteile aus vorübergehenden sozialen Gründen. Eine konstruktive Lösung würde daher das Grenzproblem als künstlich sich selbst überlassen

und vielmehr auf enge kulturelle Zusammenarbeit beider Länder ausgehen. Dadurch würde der Grenzkampf von selbst vertrocknen.

Grundlage kultureller Zusammenarbeit über die Grenze hinweg wäre das bestehende Kulturgefälle; Dänemark ist kulturell überlegen. Diese kulturelle Überlegenheit wurzelt in der landwirtschaftlichen Entwicklung seit etwa 1880.

Die deutsche Landwirtschaft, insasse eines rasch expandierenden Industriestaates und mithin im Besitz sicheren inländischen Absatzes, vermochte sich durch Schutzzölle gegen die Konkurrenz billigen überseeischen Getreides zu schützen. Dänemark als reines Agrarland mußte die Konkurrenz rückhaltlos aufnehmen. Seine Bauern machten aus der Not eine Tugend und entwickelten auf Basis importierter Futtermittel die vielzitierte Veredlungswirtschaft. Dabei hat der hohe Stallmistanfall bald zu intensivem Ackerbau, insbesondere zu überwiegend wirtschaftseigener Futtergewinnung, geführt.

Schon bevor die Amerikaner das taten, haben die dänischen landwirtschaftlichen Verwertungsgenossenschaften durch Standardisierung, hygienische und gefällige Aufmachung und Qualitätspflege ihren Absatz rationalisiert und zugleich der gesamten Bauernschaft Hygiene, Qualität und mit die beste Betriebsführung der Welt gebracht. In ihren Genossenschaften leiten die Bauern ihre Angelegenheiten auf demokratische Weise selbst. Sie bilden dort eine Demokratie, die in den deutschen Genossenschaften seit 1914 im Niedergang ist.

Mit dem hohen wirtschaftlichen Stand der dänischen Landwirtschaft ist auch ein hoher Bildungsstand verbunden. Der verfeinerte landwirtschaftliche Betrieb setzt bei Bauern wie Landarbeitern hohe Allgemeinbildung voraus. Die dänischen Bauernhochschulen sind nicht Fachschulen, sondern vermitteln eine frei gelockerte musische und sozial-geisteswissenschaftliche Allgemeinbildung, die unseren Neid erregen darf.

All diese Einrichtungen sind denen südlich der Grenze weit überlegen. Wirtschaftlicher und kultureller Fortschritt in Schleswig-Holstein kann durch nichts so

wirkungsvoll gefördert werden wie durch die Bekanntheit eines gewissen Teils der schleswig-holsteinischen Bevölkerung mit den Verhältnissen des Nachbarlandes. Man kann in Dänemark reisen, ohne Dänisch zu können, da viele Dänen das Deutsche beherrschen. Für einen lebendigen Einblick ist jedoch die Kenntnis der Landessprache unerlässlich. Daher sollte von den seit Jahren vorhandenen Möglichkeiten freiwilligen dänischen Sprachunterrichts auf den deutschen Schulen in Schleswig-Holstein möglichst umfassender Gebrauch gemacht werden.

Das dänische Vorbild würde sich logischerweise in Schleswig-Holstein zunächst in der Landwirtschaft auswirken. Die dänischen Hektarerträge schwanken nicht sehr bedeutend von Betrieb zu Betrieb, sie liegen ungefähr bei 40 dz Getreidewerteinheiten. Dagegen bestehen in Schleswig-Holstein schroffe Unterschiede bis 1:3, der Durchschnitt liegt jetzt etwa bei 26 dz, aber in diesem Durchschnitt stecken die günstigen Ergebnisse namentlich der mittelbäuerlichen Betriebe auf gutem Boden (25–35 ha), die z. T. erheblich über 30 dz hinausgehen, während andererseits die großbäuerlichen Extensivbetriebe mit vorwiegender Weidemast erheblich unter 20 dz liegen.

Nun läßt sich bei uns der Intensivierung nicht ausweichen, allein schon weil das bisherige großbäuerliche System, fast ausschließlich unverheiratete Arbeitskräfte zu beschäftigen, rasch zusammenbricht. Wenn vor 20 Jahren ein bekannter brandenburgischer Ökonomierat klagte: „Jetzt kastrieren die Nazis die Dofen. Wer soll denn da noch Landarbeiter werden!“, so sind heute in Schleswig-Holstein die unmittelbaren Ursachen etwas anders, ja geradezu paradox. Sie bestehen in der Überfüllung des flachen Landes mit landwirtschaftlichen Berufangehörigen von z. T. hoher Qualifikation, die aber mangels Arbeitsgelegenheit nicht arbeiten, sondern stempeln und deren Lebensverhältnisse dabei immer noch weniger unwürdig sind als die von Knechten und Mägden nach hiesigem Brauch.

Der Übergang zur Beschäftigung verheirateter Landarbeiter setzt Intensivierung voraus, weil extensive Wirtschaft den höheren Reallohn nicht trägt. Die In-

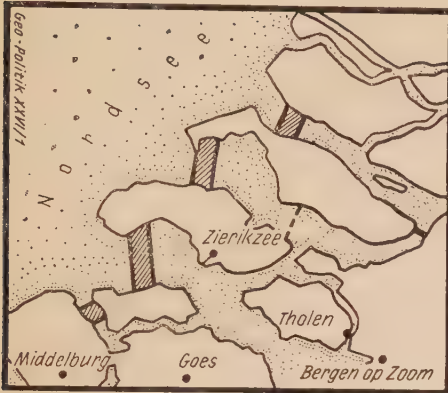
tensivierung ist sozial und kulturell aus den verschiedensten Gründen wünschenswert. Sie macht den Landarbeiterberuf zumutbar für die vertriebenen Bauern, denen ja nur in sehr beschränktem Umfang der Erwerb eigener Betriebe oder die Niederlassung als Betriebsberater möglich ist. Beides würde übrigens bei durchgreifender Intensivierung entscheidend verbessert. Statt vielleicht jetzt für 140 Betriebsberater wäre in Schleswig-Holstein Platz für die zehnfache Anzahl.

Wenn Dr. Boyens auf die Gratisberatung der SSW-Bauern durch dänische Konsulenten hinweist, so trifft sein Hinweis zu. Indes ist das dänische Konsulentenwesen auf einen gleichmäßig hohen Stand der Betriebsführung eingerichtet, der in Schleswig-Holstein nicht gegeben ist. Die hier entwickelte Form der Beratung mit dem Schwergewicht auf betriebswirtschaftlicher Beratung entspricht den hiesigen Verhältnissen, so daß dänische Konsulenten ihr keine nachteilige Konkurrenz bereiten können. Ein betriebswirtschaftlicher Berater kann im Durchschnitt kaum den zwanzigsten Teil Betriebe wie ein dänischer Konsulent bearbeiten. Diese hochintensive Beratung kann unmöglich gratis geleistet werden, dafür sind die Erfolge auch z. T. außerordentlich.

Auch bei uns ruft die vorhandene, wenngleich nur langsam fortschreitende Intensivierung ein Streben nach höherer Allgemeinbildung wach. Nichts würde dieses Streben besser unterstützen als breite kulturelle Fühlung mit dem nördlichen Nachbarland. Solange deutscherseits in dieser Richtung nichts geschieht, bleibt auf dänischer Seite der von Ihrem Autor gekennzeichnete Nationalismus herrschend. Verhielte sich die deutsche Seite der Lage entsprechend, so würde es dem dänischen Nationalbewußtsein bald ehrenvoller erscheinen, durch Lehre und Beispiel zur Verbesserung der Verhältnisse auf deutscher Seite beizutragen, als um anachronistische Grenzkorrekturen zu kämpfen. Einer meiner dänischen Freunde pflegt zu sagen, daß es ihn in den Fingern kribbelt zuzufassen, wenn er hierher kommt. Mit dieser Einstellung steht er in Dänemark allein. Renate Schramm

Der niederländische Kampf gegen die Nordsee 1955

Im niederländischen Etat für 1955 sind für Wohnungsbau und „Waterstaat“ fast die gleichen Beträge vorgesehen wie



im Vorjahr, nämlich etwa 300 Millionen Gulden. Auf Grund des „Wassernotschädengesetzes“ (*Wet watersnoodschade*) werden 1955 1000 Wohnungen gebaut werden (von 65 000 im ganzen).

Ein besonders dazu ins Leben gerufener Ausschuß (*Delta-Commissie*) hat der Regierung vorgeschlagen, die durch Überschwemmungen in früheren Jahrhunderten entstandenen „Inseln“ der Provinzen Seeland und Südholland durch Dämme zu verbinden, um so Überschwemmungskatastrophen wie im Jahre 1953 vorzubeugen.

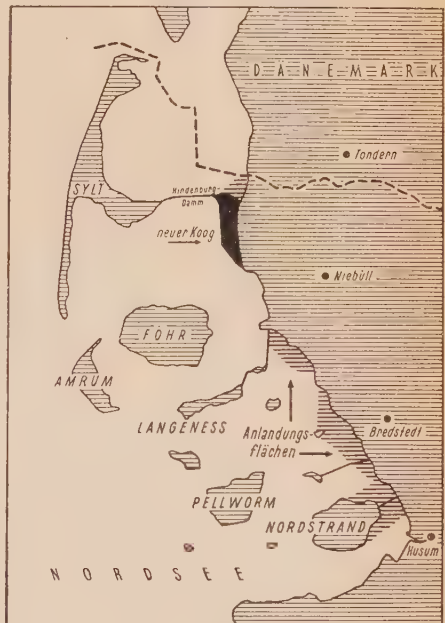
Zu einem Betrag von 17 Millionen werden im Deltagebiet sowieso notwendige Arbeiten ausgeführt werden. Weitere 70 Millionen sind für die Ausbesserung von Flüssen, Kanälen usw. vorgesehen; für Wege, Brücken und Fähren beträgt der Voranschlag 115 Millionen.

In dem 1942 fertig gewordenen Nordostpolder (Ysselmeergebiet) werden für 57 Millionen land- und wasserwirtschaftliche Arbeiten vorgenommen werden. Im Rahmen der weiteren Trockenlegung der ehemaligen Zuidersee ist zur Zeit die östliche Hälfte des Südostpolders in Angriff genommen worden (Gesamtfläche etwa 150 000 ha). 1955 sind Arbeiten zu einem Betrag von 48 Millionen in diesem Polder vorgesehen. Der für die Landgewinnung zur Verfügung gestellte Betrag ist also geringer als der für die Arbeiten in dem (etwa gleich großen) Nordostpolder. SvR

Eindeichung in Schleswig-Holstein

Die seit Jahrzehnten systematisch betriebenen Landgewinnungsarbeiten an der schleswig-holsteinischen Nordseeküste (Bau von Dämmen nach den vorgelagerten Inseln und Halligen des nordfriesischen Wattenmeeres, Bau von Lahnungen und Grüppen), die in erster Linie dem Küstenschutz dienen, haben zu einer verstärkten Schlickablagerung und Vorlandbildung an mehreren Stellen der nordfriesischen Festlandküste geführt. Insgesamt sind hier rd. 5000 ha eindeichungsreifes Vorland vorhanden, vor allem südlich des Hindenburgdammes, bei der Hamburger Hallig vor dem Sönke-Nissen-Koog und beiderseits des Dammes nach Nordstrand.

Südlich des Hindenburgdammes wurde im Frühjahr 1954 mit dem Bau eines neuen 8,7 km langen Deiches begonnen, durch den 1300 ha neuer Marschflächen gewonnen werden. Nach der Schließung des Deiches werden im Jahre 1955 die ersten Maßnahmen zur Regelung des Wasserhaushalts



(künstliche Entwässerung), zur Verkehrerschließung und zur Süßwasserversorgung der neu zu errichtenden Höfe in Angriff genommen. Die Besiedlung soll im Laufe des Jahres 1957 abgeschlossen sein.

Werner Witt

DEUTSCH-SLAWISCHE SCHICKSALSGEMEINSCHAFT

Gause stellt in einem Buch mit dem obigen Titel fest, daß es bisher eine Gesamtbearbeitung der Geschichte des Ostens in dem hier versuchten Umfang nicht gegeben hat. Wer den Stoff kennt, vermag zu beurteilen, daß es sich um ein außerordentliches Unterfangen handelte. Die Darstellung sollte als kurzgefaßte Geschichte für weitere Volkskreise lesbar sein, aber gleichzeitig Ansprüchen an wissenschaftlicher Zuverlässigkeit genügen. Es kann ohne Einschränkung gesagt werden, daß der Verfasser diese Aufgabe gemeistert hat.

Er bringt eine Tatsachenfülle, die in rechter Gewichtung das uns heute wesentlich Erscheinende hervorhebt, ohne daß dabei die Linien und Zusammenhänge der europäischen und weltgeschichtlichen Entwicklung verloren gingen. Der entschiedene Fortschritt auch gegenüber führenden Darstellungen dieser Fragen in der Vergangenheit scheint mir gerade in diesem Bezug auf das allgemeine Geschehen zu liegen. Die Geschichte Ostmitteleuropas ist nicht nur aus ihren eigenen Bedingungen zu begreifen, sondern muß auch als Reflex der Vorgänge in den beiden hier sich begrenzenden Kontinenten und in der Welt verstanden werden.

Ein Beispiel nur: Durch die großen Entdeckungen und die Verlagerung der europäischen Energien in den atlantischen Raum ist der Osten aus „dem Vorland Europas zum Hinterland“ geworden. In diesem Sinne vermißt man die für die Entstehung der Donaumonarchie und ihre Organisation so bedeutungsvolle Komponente der türkischen Gefahr. Doch erklärt sich das aus der Blickrichtung des Buches, die das Geschehen jenseits des Karpathenwalles nur streift.

Der innere Zusammenhang der historischen Ereignisse wird ferner durch eine kenntnisreiche Berücksichtigung bevölkerungs-, siedlungs- und wirtschaftsgeschichtlicher Prozesse hergestellt. Hierin liegt auch einer der Bestimmungsgründe für die hohe Objektivität und das Fehlen jeglicher nationaler Voreingenommenheit. Wer die sozialgeschichtlichen Vorgänge (Entstehung der Gutswirtschaft!) in ihrer oft stillen und

unausweichlichen Gewalt richtig würdigt, verzichtet auf das nationale Pathos, das so oft auf allen Seiten den Blick für das Gemeinsame am Völkerschicksal in Ostmitteleuropa getrübt hat. Der Verfasser hat richtig erkannt, daß nur von dieser, auch kulturgeschichtlich von ihm bemerkenswert untermauerter Basis her eine neue geistige Gemeinsamkeit des ostwärts gewandten Abendlandes entstehen kann.

Für mögliche Kritik in Einzelheiten ist hier nicht der Ort. Sie würde den positiven Eindruck nicht schmälern. Doch sei bemerkt, daß eine stärkere Berücksichtigung der naturgeographischen Gegebenheiten die Strukturen und Abläufe hätte noch deutlicher machen können. Auch sollte man gerade bei solchen synthetischen Arbeiten nicht auf das anschauliche Mittel der Karte verzichten, der man ja – bei weiser Ausgestaltung – den generellen Vorwurf simplifizierender Einseitigkeit ebensowenig machen kann wie dem geschriebenen Wort.

Hans Raupach

Fritz Gause: *„Abriß einer Geschichte Ostdeutschlands und seiner Nachbarländer (deutsch-slawische Schicksalsgemeinschaft)“*, Holzner Verlag, Kitzingen 1953, 2. Aufl., 312 S., Hlw., 12.80 DM.

Bilanz des deutschen Ostens

Die „Bilanz“, die der Göttinger Arbeitskreis über den deutschen Osten vorlegt, ist in zwei Teile gegliedert. Im ersten Teil der Untersuchung bringt Raupach eine Darstellung des „Standortes und der Krise der ostdeutschen Landwirtschaft“, während Quante im zweiten Teil die ostdeutsche Bevölkerung und vor allem ihre Wanderungsbewegungen abhandelt.

In der Ausarbeitung von Raupach wird eingangs die historische Besiedlung und friedliche Entwicklung Ostdeutschlands seit der letzten Jahrtausendwende dargestellt. Dabei wird gezeigt, wie die wirtschaftlich nach dem Osten ausgerichteten Landesteile Preußens durch die steigende Abschnürung Rußlands im 19. Jahrhundert in Umstellungsschwierigkeiten gerieten. Dies um so mehr, als zugleich auch die Agrarexporte

nach England usw. zum Erliegen kamen. Nach 1918 nahmen diese Beeinträchtigungen des deutschen Ostens durch die weitere Isolierung (Polnischer Korridor etc.) sowie durch die Weltwirtschaftskrise (nach 1928) und durch andere ungünstige betriebswirtschaftliche und politische Umstände noch zu.

Der Leser erhält dadurch im ganzen ein recht trübes Bild von der ostdeutschen Wirtschaft und Landwirtschaft in der Zeit nach den Befreiungskriegen von 1813–15 (übergroße Verschuldung, sinkende Reinerträge, notwendige Osthilfe usw.).

Es sei zugegeben, daß die aufgeführten Einzelangaben stimmen mögen, aber bildet denn diese – man möchte sagen – negative Auslese eine „Bilanz“ des Ostens? Allenfalls doch höchstens die Sollseite! Demgegenüber werden auf der Habenseite nur die Menschen- und Nahrungsüberschüsse in knapp 10 Zeilen (S. 36/37) erwähnt.

Dies erscheint nicht ganz gerecht, zumal die Krisen doch exogen verursacht waren, vor allem durch die Nöte nach 1815, durch die spätere Absperrung Rußlands, ferner durch die beiden großen Weltagrarkrisen 1895 und 1930 sowie nicht zuletzt durch Versailles.

Angesichts all der Schwierigkeiten – so möchte der Leser meinen, wäre kein trübes, sondern umgekehrt ein helles, ja strahlendes Bild einer ostdeutschen Bilanz am Platze gewesen. Denn trotz aller Widrigkeiten, denen ein anfälliges Land, ein Passivposten, längst erlegen wäre, ist im deutschen Osten gerade ab 1870 eine blühende Aufwärtsentwicklung festzustellen, eine rege Bautätigkeit von Eydtukuhnen bis Stettin und vom Memelland bis Oberschlesien, eine wirtschaftliche Entfaltung, die vielfach an amerikanischen Vorbilder erinnert, eine ständige wachsende Agrarproduktion sowie steigende Land- und Pachtpreise – sicher das beste Kennzeichen für einen „Aktivposten“. Ja, der Trend nach oben war gerade im Osten so stark, daß die periodischen Rückschläge und Konjunktureinbrüche im industriellen Westen hier zum Teil gar nicht in Erscheinung traten! –

Und muß man bei einer Bilanz des Ostens nicht gerade auch die Imponderabilien erwähnen? – z. B. – die Weiträumigkeit der Landschaft, die den Vermassungstendenzen entgegenwirkte, die lebenskräftige Bevölkerung, von der das ganze

Reich profitierte, zumal diese nicht sozial angekränkelt, sondern staatsbejahend und staaterhaltend war, und weiter die besonders vielen selbständigen Existenzen, die eins der wertvollsten Güter jeder Nation darstellen. Prägte nicht das Leben in der freien und noch dazu schönen Landschaft, in dem gesunden Klima auch gesunde Menschen und echte Persönlichkeiten?

Endlich: wo findet man in dieser Bilanz etwas über die besonders wichtigen Entwicklungsmöglichkeiten des Ostens? Die Darstellung selbst erscheint auch in dieser Hinsicht allzu statisch. Man vermißt eine spekulative, man möchte sagen säkulare, Schau auf die großen, im Osten noch erschließbaren, potentiellen Siedlungs-, Produktions- und Absatzreserven. Gerade das letztere aber hätte erst das Bild einer „Bilanz des deutschen Ostens“ im eigentlichen Sinne des Wortes vollständig gemacht! So ist der Leser wenig befriedigt.

Vielleicht aber hat der Verfasser eine so vollständige Bilanz gar nicht geben wollen. In diesem Falle bittet der offenbar allzu anspruchsvolle Kritiker um Nachsicht, und es sei ihm die Anregung erlaubt, daß bei einer hoffentlich bald erscheinenden Neuauflage auch auf diese Probleme eingegangen wird.

Ganz anders im zweiten Teil des Buches! Hier geht P. Quante, der bekannte Bevölkerungsstatistiker, mit Gründlichkeit, Sachlichkeit und umfassender Kenntnis der Materie auf alle Fragen der ostdeutschen Bevölkerung ein. Wer sich über den beruflichen und sozialen Aufbau, die Wanderungsbewegungen und vieles mehr informieren will, findet hier vorzügliche Unterlagen. Man liest diesen Teil um so lieber, als Quante es versteht, alles interessant und flüssig darzustellen und überdies aus historischer Schau zu entwickeln. Hier kann man von einer echten Bilanz sprechen! Diese einmalige Arbeit ist so klar, so unübertrefflich und so erschöpfend, daß sie in Zukunft als Standard-Material für alle Ostfragen an erster Stelle in den Literaturverzeichnis stehen müssen.

Hans v. d. Decken

R. Raupach und P. Quante: „Die Bilanz des deutschen Ostens“. Zur Frage der Ostodergebiete als Wirtschaftsstandort und Bevölkerungsraum, Holzner-Verlag, Kitzingen/M. 1953, 134 S.

Antwort des Verfassers

Mein Beitrag war aus der Anregung entstanden, der in der internationalen Debatte um die Ostodergebiete schon recht wirksamen These polnischer Autoren entgegenzuwirken, die behauptet, daß Ostdeutschland in seiner krisenanfälligen Agrarsituation ganz vorwiegend eine Last für das Reich bedeutet hätte und die Deutschen eigentlich allen Anlaß haben müßten, den gegenwärtigen Zustand als Erleichterung zu empfinden.

Diese These enthält, wenn sie allgemein anerkannt wäre, eine tödliche Gefahr. Die Polen brauchen sich um ihre Begründung nicht einmal allzuviel Mühe zu machen. Sie finden Material genug in den unzähligen Schriften, Enqueten und Eingaben, die die ostdeutsche Agrarkrise in der Periode der sogenannten Osthilfe hervorgebracht hat. Sie lassen sich, so ernst wie sie damals gemeint waren, nicht übersehen.

Wir müssen vielmehr erhebliche, wissenschaftlich fundierte Anstrengungen machen, um die produktionstechnischen, außenwirtschaftlichen und geökonomischen Ursachenketten dieser Krisen nachzuweisen und zu zeigen, daß einzigartige Fähigkeiten der ostdeutschen Landwirte dennoch Höchsterträge im Weltmaßstab hervorgebracht und große Überschüsse geliefert haben. Dieses „Dennoch“ ist von anderen Autoren, auf die ich mich in meiner thematisch begrenzten Abhandlung berufen konnte, mustergültig abgehandelt worden und in die internationale Diskussion bereits eingegangen.

Der dynamischen Betrachtung habe ich insofern Rechnung getragen, als ich die heute mögliche, für die Gesamtrechnung höchst vorteilhafte Umwälzung durch die moderne Agrartechnik (Kleinschlepper, Einsparen der Futterflächen u. s. f.) hervorhob, deren Nutzenanwendung uns durch die Katastrophe des Ostens versagt blieb. Im ganzen hatte ich mich auf das ökonomische Argument zu beschränken und durfte die bevölkerungsbiologische Betrachtung, die eigentliche Grundlage der positiven Werte, die der Kritiker meiner Schrift vermißt,

meinem kenntnisreichen Mitautor Peter Quante überlassen.

So muß ich die Gefühle des Herrn von der Decken nur teilen. Auch mich bestürzte die düstere Zwangsläufigkeit agrarpolitischen Geschehens im deutschen Osten, – auf die schon Max Weber (1897) und Geheimrat Volz (1924 und 1931!) unheilverkündend hingewiesen hatten. Wir können vor ihr die Augen nicht verschließen, wenn wir nicht den Osten – diesmal im Kampf der gelehrten Weltmeinung als Vorspiel der Politik – ein zweites Mal verlieren wollen. Hier heißt es, vom Tiefpunkt der 30er Jahre her alles noch einmal durchzudenken. Ich möchte hoffen, daß mein Beitrag eine Herausforderung dazu gebildet hat.

H. R.

Die Oder-Neiße-Linie

Kraus fängt eine Arbeit über die Oder-Neiße-Linie mit einem Zitat von Kant an und endet mit einem lateinischen Spruch. Der ganze weite Kreis des Völkerrechts wird also zur Begründung des deutschen Standpunktes hinsichtlich der Oder-Neiße-Linie umschritten. Selbstverständlich, daß auch das gesamte zeitgemäße Material verarbeitet ist, mit einziger Ausnahme der Texte der polnischen Annektionsgesetze vom 19. 2. 47 und 11. 1. 49, um deren Ermittlung der Verfasser ausdrücklich bittet. Von besonderer praktischer Nützlichkeit ist eine beigegebene Zeittafel über die einschlägigen Ereignisse. Die mit den Fragen des Hoheitswechsels östlich der Oder-Neiße-Linie zusammenhängenden Probleme werden im allgemeinen ausführlich erörtert; man könnte höchstens noch den Wunsch haben, daß derartige Schriften als Gemeinschaftsarbeiten mit amerikanischen Instituten gemacht werden sollten, um ihnen eine größere internationale Wirksamkeit zu geben.

Eugen Langen

Herbert Kraus: „Die Oder-Neiße-Linie. Eine völkerrechtliche Studie“, Verlagsgesellschaft Rudolf Müller, Köln-Braunsfeld 1954, 47 Seiten.

Hermann Ehlers

Als der Rundfunk an einem regnerischen Oktobermorgen die Nachricht verbreitete, daß Bundestagspräsident Hermann Ehlers in die Ewigkeit abgerufen worden sei, stockte vielen von uns für einen Augenblick das Herz. Viele gute Deutsche aller Parteirichtungen wußten, daß eine politische Begabung und ein Mann der Zukunft von uns gegangen war. Sie wußten das mit der schmerzlichen Gewißheit, daß politische Begabungen bei uns selten und im Kreise der Manager unbeliebt sind. Blitzhaft wurde hier und da klar, daß unsere immer noch lediglich plebiszitäre Demokratie eines Mannes beraubt wurde, der vielleicht einmal neben der Einsicht die Kraft gezeigt hätte, unsere politische Not-Ordnung tiefer im Volksganzen zu verankern. So sehr auch Hermann Ehlers die Notwendigkeit parteipolitischer Arbeit unterstrich, so verdunkelte doch dies Bekenntnis zu den Parteien, das ihm besonders im Hinblick auf die innere Lage des deutschen Protestantismus erforderlich schien, nicht das Erkennen der Tatsache, daß die großen politischen und wirtschaftlichen Apparate als Mittler des Volkswillens die Beteiligung des Volkes am staatlichen Leben zwar regeln, aber auch oft genug erschweren.

In dieser Zeitschrift ist nicht der Ort, den vielen Nachrufern ein Wort des Gedenkens anzufügen, das den inneren Quellen seiner Persönlichkeit nachgeht. Es ist sicher, daß er als Christ zum Politiker wurde. Und Hans Asmussen hat durchaus Recht, wenn er diesen Weg als etwas Neues in der Geschichte des deutschen Protestantismus bezeichnet. Uns scheint, daß das Besondere an Hermann Ehlers gerade darin bestand, daß der Glaube ihm nicht die Sicht beschränkte. Er sah diese Welt nicht durch ein theologisches Scherenfernrohr, sie wuchs ihm unmittelbar in ihrer ganzen Fülle zu: bunt, vielfältig, voller Untergründe und voller Keime; eine Wirklichkeit, die zum fröhlichen Schauen und zu verantwortungsbewußter Gestaltung reizte.

Schon seine Entwicklung zeigt die Breite seiner Weltschau. Der eifrige Jugendführer in den Schülerbibelkreisen schließt sich an der Universität dem Verein Deutscher Studenten an: weite Wanderungen öffnen ihm die vielfältigen Wege, die das deutsche Volk in seiner Geschichte vom Norden bis zum Südosten gegangen ist. Auf einer Veranstaltung, die das Münchener Südosteuropa-Institut zur Erinnerung an den donauschwäbischen Dichter Adam Müller-Guttenbrunn durchführte, beschwor er die Erinnerung an diese Jugendfahrten und öffnete damit zugleich die Herzen der Südostdeutschen, die sich vielfach in der Bundesrepublik verlassen und verkannt vorkommen.

Diese Weltschau aber war für ihn immer eine Weltschau des Glaubens. Bei aller Liebe und Treue gegenüber dem eigenen Volkstum richtete sie vor dem überhitzten Nationalismus unserer Zeit eine unübersteigbare Schranke auf. Sein Weg zu Europa begann daher nicht mit einem Abschiedswort gegenüber dem eigenen Volk. Als er gebeten wurde, für die Festschrift Karl Maßmann einen Beitrag zu liefern, überschrieb er ihn: „Deutschland in Europa“. Und hier führte er aus, daß wir eine „vollständige“ Verantwortung für Europa haben – eine Verantwortung, der man nicht dadurch genügt, daß man die Einengung und Schrumpfung Europas mit einer schwungvollen „europäischen“ Formel verdeckt: „Deutschland hat als das Land, das die Not der

Spaltung in zwei Machtbereiche am eigenen Leibe erleben muß, die Aufgabe, der unablässige Mahner zur europäischen Gesamtverantwortung zu sein."

Anläßlich der Bildung des zweiten Kabinetts Adenauer wurde Ehlers der Vorwurf gemacht, er habe in bedenklicher Weise konfessionelle Gesichtspunkte in den Vordergrund geschoben. Wer ihm näher stand, wußte, daß dies Urteil falsch war. Daher konnte im „Südost-Echo“ (17. 11. 1953) auch geschrieben werden, daß diese Warnung „aus den besonderen Verhältnissen in der bayerischen CSU zu verstehen“ sei. Die Vorgänge nach den bayerischen Landtagswahlen haben gezeigt, daß diese Deutung richtig war. Hermann Ehlers bejahte die politische Zusammenarbeit von Christen beider Konfessionen aus vollem Herzen. Er war aber nicht bereit, mit stillem Schmerz und untätig zuzusehen, wie übermütige Konfessionalisten auf der anderen Seite die Grundlagen dieser Zusammenarbeit zerstören. Mit großer Sorge betrachtete er z. B. den Versuch, unserem Volk ein Geschichtsbild aufzuzwingen, daß der geschichtlichen und gegenwärtigen Bedeutung des Protestantismus nicht gerecht wird.

Seine Sorge wurde jedoch nicht in dem Schrank der Resignation eingeschlossen. Das war ja überhaupt das Kennzeichnende dieses Mannes: sein Glaube führte ihn zum Dienst und zu aktiver Verantwortung. Und in der ohnehin nicht großen Anzahl deutscher Protestanten, die nicht durch das Burckhardt-Wort „Die Macht ist böse!“ gelähmt wurden, gehörte er zu den Wenigen, die bereit und innerlich dazu in der Lage waren, über Macht zu disponieren.

Wenn es dem deutschen Protestantismus gelingt, diesen Ansatz, der über das pietistische Erbe und die permanente Diskussion theologischer Dialektik hinausführt, zu halten, wird er auch befähigt bleiben, seinen Auftrag bei der Neugestaltung Europas zu erfüllen. Denn dies Europa der Zukunft wird nicht wie ein Phönix aus der Asche des „christlichen Abendlandes“ aufsteigen. Es wird weder das Ergebnis neuartiger oder alter Ideen, noch die Frucht einer umfassenden Bekehrung sein. Europa wächst aus seinen Völkern und dem Willen, dem gemeinsamen Leben eine bessere politische und wirtschaftliche Rüstung zu sichern. Die Verwirklichung dieses Willens ist freilich ohne Macht nicht möglich. Aber Macht ist eine disponible Größe. Sie wird erst unter der Hand des Menschen böse. Hermann Ehlers hat das gewußt. Sein Ringen galt daher der Prägung eines Menschentyps, der sich der Wirklichkeit frei stellt, die von ihr aufgetragenen Aufgaben aber in Verantwortung vor dem Herrn der Geschichte anpackt. Europa bedarf einer ausreichend großen Anzahl verantwortungsbewußter Politiker, die ihr Ziel nicht unter der drückenden Last irgendeiner Idee, sondern in der freudigen Gewißheit anstreben: Europa lebt in seinen Völkern.

Hans Beyer

Die in den einzelnen Beiträgen zum Ausdruck kommenden Ansichten decken sich keineswegs immer mit der Meinung der Schriftleitung, zum Teil sind sie ihr entgegengesetzt. Die Schriftleitung fühlt sich verpflichtet, allen Stimmen Gehör zu verschaffen, deren Vorhandensein bei einem Bemühen um Realismus zur Kenntnis genommen werden muß oder die ein wichtiges Gespräch in Gang bringen können. Darüberhinaus enthält der Abschnitt „Freie Aussprache“ genau das, was seine Überschrift sagt.

Verlag: C. W. Leske, Darmstadt / Druck: L. C. Wittich, Darmstadt / Verantwortlich für den Inhalt: Professor Dr. K. H. Pfeffer, Hamburg 36, Gänsemarkt 35 I.
Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 1.

Thesen zur deutschen Außenpolitik

Souveränität, Wiedervereinigung, Sicherheit

Durch den Beschluß der französischen Kammer vom 30. August 1954 ist der von der großen Mehrheit der Deutschen angestrebten Verschmelzung Europas unter Aufgabe gewisser Souveränitätsrechte der einzelnen Teilnehmerstaaten bis auf weiteres der Boden entzogen worden.

Daraus ergeben sich für die deutsche Politik drei notwendige Entscheidungen:

I. Souveränität

Die politische Handlungsfähigkeit muß der Bundesrepublik in vollem Umfange wieder zukommen; denn die Souveränitätsbeschränkungen, denen sie unterworfen war, würden von nun an eine einseitige Diskriminierung darstellen.

An der grundsätzlichen Bereitschaft der Bundesrepublik, gewisse Souveränitätsrechte an eine überstaatliche Gemeinschaft zu übertragen, hat sich dadurch nichts geändert.

Die sich daraus ergebende internationale Rechtsgestalt der Bundesrepublik muß in einem neuen Vertrag festgelegt werden.

Die Übertragung der Souveränität bedeutet keine staatliche Trennung der Bundesrepublik vom übrigen Deutschland, da diese im Sinne der Präambel des Grundgesetzes auch für jene Deutschen handelt, denen eine Mitwirkung versagt ist.

II. Wiedervereinigung

1. Die Abhängigkeit der Wiedervereinigung Deutschlands von der bisherigen Europapolitik ist fortgefallen. Die dadurch entstandenen neuen Möglichkeiten zur Beseitigung der widernatürlichen Spaltung Deutschlands müssen wahrgenommen werden.

Das wiedervereinigte Deutschland darf weder wirtschaftlich noch politisch und militärisch Kolonie fremder Mächte sein.

Durch die Wiedervereinigung würde

- a) eine Lösung der internationalen Spannungen in Europa gefördert,
- b) eine Zone der Beruhigung geschaffen und damit ein Brennpunkt des Kalten Krieges beseitigt,
- c) durch die Verwirklichung des so oft wiederholten feierlichen Versprechens, Deutschland wiederzuvereinen, das internationale Vertrauen auf Recht und Gerechtigkeit gehoben.

2. Auch die Saarfrage ist in ein neues Stadium getreten, da eine Europäisierung nur solange erwogen werden konnte, wie ein europäischer politischer Zusammenschluß in Aussicht stand. Auf die neue Situation sollten daher die Grundsätze des Berliner Edenplanes für die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit sinn-gemäße Anwendung finden.

Das deutsche Volk hat schon bisher in allen vier Besatzungszonen seinen Freiheitswillen bewiesen; souverän und wiedervereinigt wird es an der abendländischen Überlieferung um so stärker festhalten.

III. Sicherheit

Das deutsche Volk hat wegen seiner geographischen Lage und der gegenwärtigen Weltverhältnisse ein betontes Sicherheitsbedürfnis. Nach dem französischen Nein zur EVG müssen neue Formen zur Erfüllung seiner Sicherheitsbedürfnisse gefunden werden. Das deutsche Volk ist zu seinem Teil bereit, den Sicherheitserfordernissen seiner Nachbarn voll Rechnung zu tragen.

Die Abstimmung der allseitigen Sicherheitsbedürfnisse einschließlich der Form des deutschen Beitrages darf der Wiedervereinigung Deutschlands nicht im Wege stehen.

Die vorstehenden Überlegungen entspringen der durch den französischen Beschluß geschaffenen Lage. Sie greifen in keiner Weise den Grundsätzen vor, die in einer friedensvertraglichen Regelung Aufnahme finden müssen. Das gilt insbesondere vom Heimatrecht.

HELMUT KLOCKE

Die Sowjetunion, Preußen und Westdeutschland

Daß nach politischen Erfolgen ein gesteigertes Selbstbewußtsein erheblich dazu beiträgt, das Eigene und das Fremde in anderem Licht zu sehen, ist uns aus der deutschen Entwicklung nur allzu gut bekannt. Daß die großen Erfolge der Sowjets zu einem besonders starken Selbstbewußtsein geführt haben, ist verständlich, denn das Gefühl, lange Jahrhunderte am Rande der Geschichtsentwicklung gestanden zu haben und deshalb irgendwie im „Westen“ nicht als „gleichwertig“ und gleichberechtigt anerkannt zu werden, ist bei der heutigen in Rußland herrschenden Gruppe ebensowenig ausgelöscht wie bei manchen ihrer Vorgänger. Es ist ein Grund mehr, die eigenen Leistungen besonders zu betonen.

Ein Zeugnis dieses Selbstbewußtseins ist die große Sowjet-Enzyklopädie, die in ihrer 2. Auflage seit dem Jahre 1949 herauskommt und jetzt bis zum 27. Bande einschließlich vorliegt.

Deutsche Geschichte im Licht des dialektischen Materialismus

Die Sowjet-Enzyklopädie ist eine der großen Enzyklopädien, die sich unter dem Gesichtspunkt, einen zusammenfassenden Überblick über das Wissen der Gegenwart zu geben, zweifellos mit den Enzyklopädien anderer Völker messen kann. Vor allem die naturwissenschaftlich-technischen Abschnitte zeigen in Form und Inhalt bemerkenswerte Leistungen.

Im Band 11, der 1952 erschien, steht auf Seite 3–127 der Artikel „Deutschland“ als einer der großen Länderartikel. Bald nach dem Erscheinen in Moskau legte der amtliche sowjetzonale Verlag „Kultur und Fortschritt“ die deutsche Übersetzung

vor. Als Herausgeber und Übersetzer zeichnen Juergen Kuczinski, der sowjetzonale Politökonom, abgesehen von seinen Tagesäußerungen zur Wirtschaftslage bekannt durch seine 1947 erschienene zweibändige „Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1800 bis in die Gegenwart“, und Wolfgang Steinitz, Fachmann für finno-ugrische Sprachen, heute einer der leitenden Männer in der sowjetzonalen Sprachwissenschaft.

Der Stil der Vorbemerkung: „Die große Sowjet-Enzyklopädie, dieses umfassendste wissenschaftliche Werk in der Geschichte der Menschheit“ – „In Dankbarkeit der Sowjetwissenschaft gegenüber für die wissenschaftliche Gabe gilt es für uns alle, uns mit dem vorliegenden Band gründlich zu beschäftigen“ – ist uns nicht unbekannt.

„Zum ersten Male ist uns hier eine wissenschaftliche Gesamtdarstellung der Geschichte und Gegenwart unseres Vaterlandes auf der Grundlage des dialektischen und historischen Materialismus gegeben.“ Diese Tatsache ist es, die uns hier interessiert. Ein Deutschlandbild unter diesen Gesichtspunkten wurde in der Sowjetunion erarbeitet und wird dann als verbindliche Auffassung in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands verbreitet. Die vorliegende Auflage ist bereits die zweite.

Deutsche Geschichte, russisch gesehen

Nun ist auch in der Welt des Ostblocks nicht nur der dialektische und historische Materialismus die formende Auffassung bei der Darstellung von Geschichte und Wesensart des eigenen Volkes und fremder Völker, sondern auch hier spielt das „Nationalbewußtsein“ eine entscheidende Rolle. Dies wird selbst dann deutlich, wenn man das heutige Geschichtsbild eines der Staaten im Aktionskreis der Sowjetunion untersucht. Vor allem aber gilt das Geschichtsbild des russischen Volkes, gilt eine Reihe von Werten, Begriffen, sprachlichen Formen, die das alte oder das neue Rußland prägten. Die spezifischen russischen Begriffe und daraus abgeleiteten sprachlichen Formen, die z. B. aus den besonderen geologischen und geographischen Erscheinungsformen Rußlands abgeleitet wurden, treten nun seltsamerweise auch in der vorliegenden Übersetzung auf. Daß Russen die geologisch-geographischen Gegebenheiten eines anderen Landes mit ihren Begriffen belegen, ist völlig verständlich und „legal“, wenn aber die deutsche Fassung diese Begriffe sozusagen nur „wörtlich“ übersetzt weitergibt, so wird tatsächlich Mitteldeutschland eindeutig zum Ausläufer der russischen Tafel.

Daß eine von den Sowjets und damit auch von Rußland her gedachte und gesehene Darstellung darauf gerichtet sein wird, bestimmte Ereignisse der deutschen Geschichte im besonderen Zusammenhang mit der geschichtlichen Entwicklung Rußlands und damit auch der Sowjetunion zu sehen, ist klar. Für die Darstellung ab 1945 ist es freilich einzig und allein die Willensrichtung der sowjetischen Machtpolitik, die die Deutung der Ereignisse bestimmt. Diese Formulierungen sind uns zu genau bekannt, als daß eine Wiederholung an dieser Stelle erforderlich wäre. Nur eine These lohnt, herausgehoben zu werden, weil sie schon einmal als Ansatz konkreter politischer Maßnahmen diente und weil auf ihrer Basis Aktionsbefehle ausgegeben wurden: Die deutschen werktätigen Massen sind der doppelten Ausbeutung durch die westdeutschen und die amerikanisch-englisch-französischen Imperialisten ausgesetzt. Hier sucht man das „Nationalgefühl“ anzusprechen. Die weit übertriebene Darstel-

lung von der Überfremdung der westdeutschen Industrie soll im Grunde wieder die Basis für die bekannte kommunistische These aus den Krisenzeiten nach dem Ersten Weltkrieg abgeben.

Der „historische und dialektische Materialismus“ wird dann zur Unterstützung dieser Thesen herangeholt. Was heißt nun aber „historischer und dialektischer Materialismus“? Zum Teil nichts anderes als die *A u f f a s s u n g e n* von Marx und Engels zur deutschen Entwicklung, ergänzt und weitergeführt durch die von Lenin und



Stalin. In der Tat sind aber nicht die gesellschaftskritischen Methoden dieser Männer durchdacht, differenziert und auf die deutsche Entwicklung angewandt, sondern weitgehend werden nur die zeitgebundenen Urteile von Marx, Engels und Lenin, d. h. Urteile von Männern hoher analytischer Begabung „benutzt“, die den „Lagebeurteilungen“ des untheoretischen Machtpolitikers Stalin und seiner Helfer untergeordnet werden. Dieser Kanon feststehender Urteile wird zu einem starren Gebäude mit sehr groben Umrissen. Die „grausame Ausrottung der slawischen Bevölkerung“ durch die deutsche Ostbewegung, unterstützt durch die „katholische Kirche als wichtiges Werkzeug der deutschen feudalen Aggression“, ist eine der Sünden der deutschen Politik. Die Liquidation von mindestens 600 Jahren deutscher Geschichte durch die Oder-Neiße-Grenze ist demnach gerecht, ja sie hilft eigentlich dem deutschen Volke, zu sich selbst zu kommen, weil sie einen geschichtlichen Irrweg beendet.

Diese Deutung einer tausendjährigen historischen Entwicklung auf Grund der außenpolitischen Lagebeurteilung und Willensrichtung der siegreichen sowjetischen Außenpolitik von 1945 lautet wörtlich (S. 74): „Die aggressive, gegen das Slawentum gerichtete Politik hat der deutschen Entwicklung nur geschadet. Sie führte zu einer Stärkung der großen Feudalherren, die sich slawischen Gebietes bemächtigt hatten,

und förderte dadurch die politische Zersplitterung. In dem von den Feudalherren eroberten Gebiet wurden neue Fürstentümer gegründet, die sich in wirtschaftlicher Beziehung von dem übrigen Deutschland unterschieden und mit ihm nur in loser Verbindung standen; räuberische Staaten, z. B. der Deutschordenstaat und die Markgrafschaft Brandenburg, entstanden, deren Eroberungspolitik den Interessen des deutschen Volkes ebenfalls zuwiderlief.“

Der antipreußische Komplex

Mit dem außenpolitischen Verdammungsurteil über die „ostdeutschen“ Territorien ist zugleich das innenpolitische Aktionsprogramm von 1945 verbunden: Der Kampf gegen Preußen als „den reaktionärsten deutschen Staat“, den „Junkerstaat“, in dem das Militär dominierte, gegen Preußen als reaktionärsten Staat in Europa überhaupt. Diese antipreußischen Affekte von Marx und Engels werden vor allem hervorgehoben, mehr noch als ihre Thesen über den Verrat der Bourgeoisie an der Revolution von 1848 und ihre Unfähigkeit, die Einigung Deutschlands herbeizuführen. „Die Einigung Norddeutschlands um das industriell entwickelte Preußen entsprach den Interessen der Großbourgeoisie“ (S. 115). Dem gegenüber trat das südwestdeutsche Bürgertum „aus Furcht vor der Konkurrenz der stärkeren preußischen Bourgeoisie“ für Großdeutschland ein.

Da jedoch beide Gruppen zu schwach waren, erfolgte die Einigung von oben, (S. 114) „Bismarck vertrat die Interessen des preußischen Junkertums, das damals seine Wirtschaft auf den Kapitalismus umgestellt hatte und deshalb an einer Einigung Deutschlands, an der Schaffung und Festigung eines deutschen inneren, eines nationalen Marktes und an der Entfaltung des Kapitalismus in Deutschland interessiert war.“ Durch diese Tatsachen und durch die Schwächen des deutschen Proletariats wird der Charakter des Bismarck-Reiches bestimmt (S. 118): „Die vom 1. Reichstag am 16. April 1871 angenommene Verfassung sicherte den preußischen Junkern die Führung im Reich. Marx sagte, daß das Deutsche Reich um die Zeit seiner Gründung nichts anderes war als ein mit parlamentarischen Formen verbrämter, mit feudalem Beisatz vermischter, bürokratisch gezimmerter, polizeilich gehüteter Militärdespotismus! Preußen-Deutschland wurde der Herd einer ständigen Kriegsgefahr. Die deutsche Innen- und Außenpolitik setzte sich Eroberungskriege und die Einbürgerung des Militarismus zum Ziel“. Dies ist die Zeit des „junkerlich-bourgeoisien Imperialismus“ (S. 126).

Nun sind diese antipreußischen Affekte keineswegs allein in der Kritik Marxens und in der vorliegenden handfesten sowjetischen Geschichtsdeutung der Gegenwart zu finden. Diese innenpolitische und außenpolitische Charakterisierung des Bismarck-schen Reiches und im Grunde auch seiner Nachfolger bis 1945 sind ebenso weitgehend in der allgemeinen Anschauung des „Westens“ wie auch breiter deutscher Kreise lebendig. Dieses Geschichtsbild wirkt heute auf jeden Fall als politische Auffassung weiter.

Deshalb ist es erforderlich, sich selbst darüber klar zu werden. Dieses Geschichtsbild ist im Inland von seinen Vertretern und seinen Gegnern noch viel zu sehr vom eigenen, sagen wir vom „Klassen-“ – oder „Standesstandpunkt“ aus gesehen, nicht

jedoch vom Standpunkt des ganzen Volkes, seiner Entwicklung, seinen politischen Möglichkeiten und Notwendigkeiten aus.

Westeuropa, dessen sozialökonomische Entwicklung zum industriellen Staat der deutschen vorausging, in dem sich früher ein Bürgertum bildete, das politisch zu denken und Führungsansprüche zu erheben gewohnt war, sah das junkerliche Preußen-Deutschland ebenfalls als „reaktionär“ an.

Objektiv kann man nur feststellen, daß Preußen-Deutschland eine andere Struktur als Westeuropa hatte, daß Großgrundbesitz und Staatsbürokratie hier eine größere Rolle spielten und daß sich aus der daraus hervorgehenden politisch-ideologischen Isolierung Deutschlands eine Reihe von Mißverständnissen ergaben, die auch heute keineswegs bereinigt sind. Insofern liegen dem vergrößerten Bild zweifellos ganz feste soziale Tatbestände zugrunde.

Unser Preußenbild bedarf der Korrektur

Wenn wir dem westlichen Ausland, vor allem aber jenem historischen Materialismus gegenüber etwas über diese Struktur aussagen wollen, müssen wir sie selbst erst klären. Es läßt sich nicht leugnen, daß Marxens Feststellungen nicht so abwegig waren, nur kommt es auf die Affekte an, die dabei im Spiele sind. Vor allem ist dieses in der Enzyklopädie gebotene Bild ein starres Schema für im Grunde 50–75 Jahre, in denen sich doch eine dynamische Entwicklung vollzog. Wir können deshalb auch nur ein wirklich geschichtliches Bild brauchen, nicht aber eine feststehende Formel.

Es scheint allerdings, als würde der „Junker“- oder auch der „feudale“ Einschlag (was zweifellos etwas anderes ist!) im Reich von 1870 bis 1945 unsererseits zu wenig gesehen. Dies gilt z. B. auch für eine so moderne Darstellung von Niveau wie Peter Rassows Handbuch der Deutschen Geschichte (J. B. Metzlersche Verlagsbuchhandlung Stuttgart 1953). Dort ist zwar gesagt, daß das Bismarcksche Reich ein „bürgerlich-feudal eingerichteter Nationalstaat“ (S. 529, Th. Schieder im Abschnitt „Das Reich unter der Führung Bismarcks“) gewesen sei, aber einerseits ist zu fragen ob diese Akzentverschiebung, dieses Hervortreten des „bürgerlichen“ an die erste Stelle für die Anfangszeiten des Bismarckschen Reiches Gültigkeit hat. Der Verfasser kommt zu diesem Schluß wohl vorwiegend auf Grund der politischen Ideengeschichte und des hohen Anteils der bürgerlichen „Nationalliberalen“ an der Reichsgründung.

Sollte man nicht einwenden dürfen, daß das geschriebene Wort in jener Epoche wohl für diese Behauptung spricht, daß aber viele gesprochene Worte der Handelnden jeder Art, auch gerade der Grundbesitzer und Soldaten, nicht aufgezeichnet wurden, aber bei den politischen Entscheidungen erheblich ins Gewicht fielen? Der Osten führt den ideologischen Kampf gegen den Westen stark von der Sozialgeschichte und Soziologie aus – der Westen muß den gleichen Weg gehen, wenn er nicht entscheidende geistige Waffen einbüßen will. Eine mutige Analyse der letzten hundert Jahre deutscher Geschichte könnte dann eine brauchbare Vorstufe zur Analyse von Staat und Gesellschaft im gegenwärtigen sowjetischen Bereich sein. Damit ließe sich auch „drüben“ manche verschleiernde Ideologie zerstören.

Der Einfluß des grundbesitzenden Adels war zweifellos in Preußen und damit im Reich von erheblicher Bedeutung. Der Adel hatte lange Zeit starke wirtschaftliche

Machtpositionen inne, war jedoch verpflichtet als Gegenleistung dafür bestimmte staatliche Funktionen zu übernehmen. Je mehr freilich diese „Ehrenämter“, wie die des Landrats, zu bezahlten Stellungen in der Bürokratie wurden, desto weniger „berechtigt“ war die wirtschaftliche Machtstellung, die ja ursprünglich nur zur Erfüllung dieser Aufgaben verliehen worden war.

Die Änderung der Sozialstruktur, d. h. die mit der Industrialisierung verbundene Bildung von Großbürgertum und Proletariat, war in Deutschland nicht tiefgreifend genug, um ein neues politisches Leitbild entstehen zu lassen. Das alte Leitbild blieb an vielen Stellen auch weiterhin gültig. So erhielten sich an zentraler Stelle z. T. neben Werten von langfristiger Gültigkeit auch manche Werte und Ansprüche, die durch die Gesamtentwicklung bereits überholt waren. Im Grunde hatte die evolutionäre Gesellschafts- und Staatsentwicklung in Deutschland nicht zu grundsätzlich neuen Lösungen geführt. Vieles blieb unklar, und in dieser Atmosphäre der Unklarheit setzten sich die aufrecht erhaltenen Ansprüche bestimmter Gruppen häufig wieder durch.

Dies war die eine Seite der Entwicklung: der absolute Führungsanspruch gewisser Gruppen, die in „Preußen“ maßgebend gewesen waren. Dieser Führungsanspruch wurde durch die gesellschaftlich-politische Entwicklung überholt.

Preußentum ist nicht mehr ortsgebunden

Was sich jedoch an echten politischen Werten im alten Leitbild verkörpert hatte, in jenem Leitbild, das für den Aufbau der deutschen Staatlichkeit entscheidend gewesen war, das war weitgehend in den geistig-seelischen Besitz anderer sozialer Gruppen übergegangen. Das Denken für den Staat als Ganzes jenseits privater Besitzinstinkte und partikularer Gebietsinteressen war zum „klassenlosen“ Bewußtsein vieler einzelner in allen Schichten des Volkes geworden. Dieser Vorgang setzte sich auch unabhängig von den politischen Wandlungen von 1918, 1933 und 1945 fort.

Aus diesem Grunde war auch die Auflösung Preußens als reiner Verwaltungsakt der Siegermächte am 25. 2. 1947 durch das Kontrollratsgesetz Nr. 46 im Grunde ohne Bedeutung. Die gesellschaftlich-politische Grundlage Preußens war damals schon überholt, die Liquidation der deutschen Geschichte im Osten durch die Beschlüsse in Potsdam zerschlug die letzten materiellen Positionen, soweit sie im ostdeutschen Raum örtlich gebunden waren. Die weiteren Maßnahmen der Siegermächte im Restgebiet bekämpften nicht nur die führenden Schichten des nationalsozialistischen Systems, sie wandten sich ebenfalls gegen alles, was Züge eigener Staatsgesinnung in sich trug und was von den eigenen politischen Leitbildern der Sieger aus nicht verständlich war.

Die destruktive Wirkung dieses Verfahrens wurde im Westen freilich mit der Zeit eingesehen und stufenweise revidiert.

Westdeutsche Teilexistenz

Die westdeutsche Wirklichkeit mit ihrer ganz überwiegend von Industrie und Handel bestimmten Sozialstruktur als gesellschaftlicher Grundlage des bestehenden deut-

schen Rumpfstaates führt vielleicht dazu, daß die nun geringeren Unterschiede zur Sozialstruktur der unmittelbaren westlichen Nachbarn manches Gespräch erleichtern.

Die Gefahr einer vorwiegend auf private Besitzinstinkte und partikuläre Gebietsinteressen gegründeten Staatsauffassung ist jedoch die spezifische Gefahr dieser Gesellschaft. Wir werden deshalb diejenigen Elemente unserer gesamtdeutschen Staatsgesinnung für die Zukunft zu retten haben, die dieser Gefahr begegnen können.

Der besprochene Deutschlandartikel der Sowjet-Enzyklopädie wurde vor Jahren geschrieben. Auch die gegenwärtige deutsche Politik der Sowjetunion kann sich nicht mehr allein der These vom „reaktionären Preußen“ bedienen. Sie kommt ebenso wenig ohne „Preußen“ für den Aufbau des von ihr beherrschten deutschen „Staates“ aus. Die Ideologie der Befreiungskriege von 1813 wird heute in sehr handfester Form als Gegenmittel dargeboten. In diesem Zusammenhang möge es auch nicht unerwähnt bleiben, daß die oben erwähnte formelle Auflösung Preußens durch das Kontrollratgesetz Nr. 46 damals auf den Widerstand der Sowjetunion stieß.

Der Nutzeffekt dieser Erwägungen lautet kurz zusammengefaßt etwa wie folgt: Ein westdeutscher Rumpfstaat sollte nie vergessen, daß er nur einen Teilaspekt deutscher gesellschaftlich-politischer Entwicklung darstellt. Deshalb sollte hier in Westdeutschland die gesamtdeutsche Geschichte so konkret sozialgeschichtlich untersucht und interpretiert werden, daß nichts allein im ideengeschichtlichen Raume bleibt und damit dem gesellschaftsgeschichtlich geschulten Osten Blößen in der Erkenntnis des Vergangenen geboten werden, die allzu leicht zu ideologischen Niederlagen führen.

Für die Staatspraxis gilt jedoch die Erkenntnis, daß Preußen als Staat und als Gesellschaftsaufbau zwar endgültig überlebt ist, daß jedoch ohne die echten Werte jener politischen Teilexistenz auch nie ein westdeutscher Aufbau möglich ist.

Gefahr der konfessionellen Verhetzung

Die Verdammung des Preußentums ist in jenem Enzyklopädie-Artikel mit dem Kampf gegen die Katholische Kirche gekoppelt. Der Protestantismus erhält eine gute Note als Sieger über den „mittelalterlichen Obskurantismus“. Hier ist der Ansatzpunkt, um die konfessionellen Gegensätze in Deutschland zu einem Gegensatz Sowjetzone gegen Bundesrepublik weiter zu entwickeln, mag diese Sicht auch aus der marxistisch-aufklärerischen Betrachtung stammen.

•

Nach der vorgetragenen marxistischen Auffassung vollzieht sich der entscheidende Sprung in der Geschichte durch die Lehre von Marx und Engels, die aus einer deutschen zu einer internationalen Lehre wird und die auf allen Gebieten des Lebens wirksam ist. Die Geschlossenheit der Weltbetrachtung, die aus diesem universalen System resultiert, ist nicht zu unterschätzen, selbst wenn sie im Augenblick zu einer erschreckenden Vereinfachung führt, einer Vereinfachung, die ein „Gespräch“ fast unmöglich macht, weil man von vornherein bis in die Einzelheiten weiß, was der Gesprächspartner zu sagen hat.

ZWISCHEN WEST UND OST

Asyl Berlin

Mit einem Forschungsauftrag im Rahmen des Osteuropa-Instituts der Freien Universität Berlin hat Dr. von Koerber die biologische und soziale Zusammensetzung der fast 150 000 Heimatvertriebenen dargestellt, die seit 1945 Westberlin aufgesucht haben. In einem zweiten Hauptteil schildert er die 150 000 Flüchtlinge aus der sowjetischen Besatzungszone, ob sie nun „politisch anerkannt“ oder „nicht anerkannt“ sind. (Die illegal Zugewanderten sind in die Bestandsaufnahme nicht einbezogen.)

Flucht und Wanderweg, Alter, Geschlecht, Familienstand, Berufszugehörigkeit und Einordnung in das Berliner Erwerbsleben werden dargestellt. In Abschnitten über das Verhältnis zur täglichen Umwelt und zum öffentlichen Leben werden sozialpsychologische Probleme gestreift, ohne daß die hier ausgesprochenen Urteile systematisch erarbeitet oder durch Einzelfälle belegt würden.

Der Anhang bietet außer einer Quellenübersicht und zahlreichen Tabellen bis 1950 eine Definition der Begriffe, die bei der Schilderung der Flüchtlinge angewandt werden: „Wohnortvertriebene“, „Zonenfluchtlinge“, „Heimatvertriebene“, „Ostheimkehrer“, „Abgesprungene“ usw.

Im Schlußkapitel behandelt der Direktor des Instituts, Prof. Dr. Karl C. Thalheim, die „Sonderstellung und gesamtdeutsche Aufgabe Westberlins im Rahmen des Flüchtlingsproblems“, indem er 176 Betriebe der Heimatvertriebenen den 531 Betrieben der Zugewanderten vergleichend gegenüberstellt.

Widersprochen werden muß der Auffassung, daß „der Zustrom aus den deutschen Ostgebieten . . . eigentlich nur eine Fortsetzung jener Binnenwanderungsvorgänge darstellte, die das Bevölkerungswachstum der Reichshauptstadt jahrzehntelang bestimmten“ (S. 125). Sie stützt sich auf eine Tabelle über die Herkunft der Heimatvertriebenen in Westberlin und die Gebürtigkeit Westberliner Einwohner in den gleichen Gebieten. Koerber setzt dabei die von ihm berechneten Anteile der einzelnen Gruppen (Ostpreußen, Pommern,

Schlesier usw.) an der Gesamtzahl der Heimatvertriebenen in Beziehung zur Gesamtzahl aller bis 1946 aus den Ostprovinzen nach Berlin Zugewanderten.

Die Heimatvertriebenen machten 7 % der Gesamtbevölkerung Westberlins aus, die aus den deutschen Ostgebieten gebürtigen Berliner dagegen 26 %.

Das gute Viertel der Berliner Bevölkerung, das aus den ostdeutschen Provinzen zugewandert war, stellte das Ergebnis eines Wanderungsprozesses von über einem Jahrhundert dar. Die 7 % der Heimatvertriebenen dagegen waren innerhalb von 4 Jahren nach Berlin gekommen. Wenn ihr Zustrom in gleicher Intensität andauerte, erreichte er schon innerhalb von 14 Jahren jene 26 % der Gesamtbevölkerung. Offenbar läßt sich also die stoßartige Überflutung nicht mit dem langfristigen Einsickern vergleichen.

Die Ostgebiete sind in der Tabelle der Herkunftsländer ungenau gekennzeichnet, so daß die Grenzmark Posen-Westpreußen und das Memelland nicht gesondert angegeben werden.

Deutlich wird jedoch, wie wichtig Westberlin als erstes Asyl auf der Flucht ist.

Barbara Pischel

Dr. Hans Joachim von Koerber, unter Mitwirkung von Prof. Dr. Karl C. Thalheim: *Die Heimatvertriebenen und die Flüchtlinge aus der Sowjetzone in West-Berlin – Untersuchungen zum deutschen Vertriebenen- und Flüchtlingsproblem.* Hsg. von Prof. Dr. B. Pfister, Duncker & Humblot Verlag, Berlin 1954, 156 S.

Das Märchen vom „sowjetischen Machtpferd“

Sehr geehrte Herren!

In Nr. 10/1954 Ihrer Zeitschrift reitet Arno Seidel in voller Kriegsbemalung in die politische Arena. „Wider die Politik der Dritten Kraft!“ ist der Schlachtruf. Man muß zugeben: er beherrscht alle Tricks der „Hohen Schule“. Unter Benutzung der in Frage kommenden historisch-wissenschaftlichen Nomenklatur beweist er schlagend, daß die Balance of Power des 19. Jahrhunderts eine überholte Vorstellung ist. Das ist auch schon

anderen Leuten, die Geschichte studieren, aufgefallen, – insbesondere soweit es sich um das britische Beispiel handelt, –

Nur schade, daß das mit der Problematik des 20. Jahrhunderts, zu der auch die europäisch-asiatische Konzeption der „Dritten Kraft“ gehört, nämlich der Versuch, sich aus der (latente Kriegsgefahr bedeutenden) Blockpolitik militärisch aufrüstender Imperien (lies: Sowjetunion und USA) herauszuhalten, überhaupt nichts zu tun hat!

Der von Nehru ebenso wie in steigendem Maße von nachdenklichen europäischen Politikern fast aller Nationen vertretene Gedanke, außerhalb der im „Kalten Krieg“ befindlichen Sicherheitsgürtel der beiden „Großen“ sich um ein eigenes, unabhängiges, bis zu einem bestimmten Grade eine Brückenstellung einnehmendes Zentrum einer „Dritten Kraft“ zu bemühen, ist keineswegs, wie Seidel behauptet, eine Folge von „schiefen Fronten des sozialen Ressentiments“, – noch hat die wunderbar klingende Phrase von der „sozialen Balance of Power, die zur Zauberformel der Überleitung in die Sowjetwelt“ führt, irgendeinen realen Sinn. Daß verantwortungsbewußte Engländer ebenso wie Führer des erwachenden Asien und kontinental-europäische Gruppen daran interessiert sind (schließlich sind sie alle dazu da, die Politik ihres Landes und nicht die des Kreml oder des Pentagon zu machen!), nationale Eigeninteressen zu vertreten, ist schließlich kein „Vorkriegsverbrechen“.

Jedenfalls solange nicht, wie die UdSSR und die Vereinigten Staaten eindeutig nationale Politik machen.

Und selbst wenn man — was noch zu beweisen wäre — hier und dort die organische Überwindung des Nationalstaatsgedankens in Europa und der „rassisch bedingten“ Rebellionshaltung der zum Selbstbewußtsein gekommenen Völker des Nahen und Fernen Ostens durch große, konstruktive Föderationen anstrebt, was Fragen der Staatsgrenzen z. B. zu Fragestellungen von gestern machen würde: selbst in Richtung auf diese neuen größeren Einheiten muß man vorerst einmal dem Selbstdarstellungsdrang der Völker Rechnung tragen.

Herr Seidel ist anderer Meinung. Je-

der, der außerhalb des Ostblocks auch nur den geringsten Versuch macht, unabhängig zu agieren, wird für ihn „zum Sperrgürtel inmitten des machtpolitischen Gegenblocks“, — einfacher ausgedrückt, zum Werkzeug Moskaus. Das klarzumachen wird der Verfasser oxfordisch-lyrisch: „Die Theoretiker der Dritten Kraft sind nicht zum Ausgleichsfaktor der sozialen Balance of Power, sondern zum Sattel des sowjetischen Machtpferdes geworden, auf dem abwechselnd die verschiedenen Reiter aus der sowjetischen Hierarchie entweder militärische Attacken oder diplomatische Unterminierungsaktionen führen.“

Da mir sowjetische Reiter nicht zur Verfügung stehen, habe ich mir einmal vorgestellt, daß die Kutscher der am New Yorker Central Park als Rest altamerikanischer Tradition vegetierenden Pferdewagen dazu veranlaßt werden würden, vom „Sattel“ ihrer vom New Deal – Fair Deal infizierten Pferde die Freie Welt zu „unterminieren“: meine Phantasie hat für die dazu notwendigen Gliederverrenkungen nicht ausgereicht.

Spaß beiseite: wer so beziehungslos Metaphern aneinander reiht, denkt schief! Herr Seidel denkt überhaupt nicht und argumentiert nicht. Er versucht nur, eine ganz simple Propaganda noch einmal an den Mann zu bringen: „Gen Ostland woll'n wir reiten!“

Wollen das aber wirklich die Deutschen, die Europäer, ja auch die Amerikaner? Nein! Hier wird Brunnenvergiftung getrieben! Nichts weiter!

Der Verfasser bringt dann zum Schluß, obwohl sie in Wirklichkeit nicht das geringste mit dem Thema der „Dritten Kraft“ zu tun hat (schließlich hat sie weltpolitisch heute nur Sinn, wenn sie die Beziehung zwischen dem amerikanisch geführten Westblock und dem sowjetisch beherrschten Ostblock meint!) die „Leninsche Lösung“ von der Ko-Existenz in die Diskussion, natürlich verschweigend, daß Churchill, Eisenhower und andere westliche Staatsmänner das Wort heute viel öfter benutzen als die Sowjets, wenngleich sie ihm einen eigenen Akzent geben.

Aber Exaktheit ist überhaupt nicht das Kennzeichen der Seidelschen Darstellung.

Zu behaupten, daß „Amerika nicht nur das Verlassen der UNO erwägt, sondern überhaupt den Bündniswert solcher Überleitungskräfte bezweifelt“, ist schlichtweg Unsinn. Niemand in verantwortlicher Stellung in den Vereinigten Staaten, auch nicht die in außenpolitischen Fragen (vor allem Fragen Chinas) der Politik des State Department skeptisch gegenüberstehenden republikanische Gruppe um Senator Knowland, ja nicht einmal der offizielle McCarthy-Kreis, haben das je befürwortet.

Herr Seidel bezieht diese Weisheit deutlich aus den hektographierten Blättchen der crackpots, die die „antibolschewistische“ Tradition des „Stürmer“ heute auf Englisch fortsetzen. Wenn noch ein Zweifel möglich war, daß das amerikanische Volk nicht gewillt ist, dem Phantom einer in Waffen starrenden Sicherheitswelt alle Chancen friedlicher Regelungen zu opfern, dann hat die, Gott sei Dank irrtümlicherweise, von Herrn Seidel als Bestätigung der tough policy erwartete amerikanische Herbstwahl ihn eines besseren belehrt. Amerika wählte einen demokratischen Kongreß. Und der geistige Führer der Demokratischen Partei, Adlai Stevenson, hat vor einiger Zeit in einer Rede vor der Harvard-Universität umrissen, was er von der hirnlosen Entweder-oder-Alternative hält. Aber er gehört vermutlich ebenso wie Kennan, Churchill und vermutlich heute auch Eisenhower (von Brüning, Rauschning, Luther zu schweigen!) zum „Sattel des sowjetischen Machtpferdes“, was auch immer ein „Machtpferd“ sein mag?

Politisch interessierte Deutsche, die sich nicht einfach von Demagogen einfangen lassen wollen, haben vielleicht Interesse daran, zu hören, was der Demokratische Präsidentschaftskandidat der Vereinigten Staaten über Ko-Existenz zu sagen hat, obwohl das Wort gar nicht einmal gebraucht wird. Aber die Lehren aus der historischen Beobachtung sind klar genug. Stevenson sagt u. a.: „Viele der wirklich schwierigen Probleme in internationalen Beziehungen mögen nie ganz „gelöst“ werden. Der Konflikt zwischen Mohammedanern und Christen, der die Weltpolitik rund 300 Jahre lang bestimmte, wurde niemals entschieden. Islam und

Christenheit lernten, nebeneinander zu existieren, und das Problem ging unter in den neueren und wichtigeren Problemen der Renaissance, des Zeitalters der Entdeckungen und schließlich der industriellen Revolution. Das gleiche war der Fall mit dem Dreißigjährigen Krieg, der auch als ein Konflikt zwischen zwei Ideologien – Protestantismus und Katholizismus – begann. Die zugrundeliegenden Fragen wurden niemals „entschieden“, weil sie logisch unvereinbar waren; aber sie hörten auf, die Gemüter der Menschen zu beschäftigen, als Nationalismus und Klassenkampf sich als drängendere Fragen erwiesen... Es ist zumindest denkbar, daß die ideologischen Konflikte unserer Zeit gleichfalls ohne Entscheidungen bleiben werden und von anderen Problemen abgelöst werden, die wir noch nicht voraussehen!“

Soweit ein Politiker, ein historisch gebildeter Mann, kurz ein Mensch von Verstand. Aber überlassen wir ruhig die eine Hälfte des „sowjetischen Machtpferdes“, von dessen Sattel aus heute die Regierungen Amerikas, Englands, Frankreichs usw. mit der „Leninschen Losung“ der „Ko-Existenz“ die bekannten heiligen Güter des Abendlandes an die asiatischen Horden ausverkaufen, sich selbst.

Die gefährlichere Seite des betreffenden Sattels stellen offensichtlich für Herrn Seidel/Oxford die „Theoretiker der „Dritten Kraft“ dar, die „in einem einzigen Jahr“ (mit der Mai-Rede Churchills 1953 beginnend) „den Zeitwind wieder zugunsten der sowjetischen Mühlen umgeschaltet haben“. Das heißt einfacher: jede Bereitschaft zu Gesprächen, jede Abstinenz von einer Diplomatie der „schimmernden Wehr“ ist für Nicht-Kommunisten ein „Hemmschuh militärischer, ziviler und willensmäßiger Gegenmaßnahmen“ (alles Seidelsche Formulierungen!).

Ich bin der Meinung, daß Kampfansagen an diejenigen, die inmitten der festgefrorenen Fronten in der „West-Ost“-Auseinandersetzung etwas dafür zu tun versuchen, daß man Brückenköpfe bestehen läßt, verantwortungslos sind. Ohne alle Einzelvorschläge „neutralistischer“ Sektierer für der Weisheit letzten Schluß zu halten, ziehen die Völker noch immer Verhandlungen einer Politik vor, die da-

von ausgeht, daß nichts „die Entscheidung der praktischen Tat ersetzen“ kann, wie Mr. Seidel meint. Karl O. Paetel

„Die Vereinigten Staaten müssen wählen...“

H. Morgenthau, der frühere Präsident des Arbeitsgerichtes Frankfurt/Main, der mit 28 Jahren 1932 einen Lehrstuhl an der Universität Genf übernahm, ist heute Professor der Politischen Wissenschaften und Direktor des Instituts für das Studium der amerikanischen Außenpolitik an der Universität Chicago. Wenn seine (erweiterten) Vorlesungen vom Frühjahr 1950 – die amerikanische Buchausgabe erschien 1951 – heute gewiß in einigen Punkten ergänzungsbedürftig, aber keineswegs „überholt“ erscheinen, so ist damit bereits sehr viel über dieses dem Grenzbereich von Wissenschaft und praktischer Politik entstammende Werk gesagt.

Die „These“ des Buches ist am besten mit einem Wort Bismarcks wiederzugeben, obwohl der deutsche Staatsmann von Morgenthau nicht ein einziges Mal genannt wird: „Die ganze Weltgeschichte läßt sich überhaupt nicht machen; auf ihrem Strom kann man ein Staatsschiff steuern, wenn man sorgfältig auf den Kompaß der *salus publica* blickt und diese richtig zu beurteilen weiß.“ Außenpolitik, sagt Morgenthau, muß immer auf den Leitstern des nationalen Interesses ausgerichtet sein.

Daher seine entschiedene Kritik des Utopismus, der den wahren, nämlich machtpolitischen Kern der eigenen Außenpolitik leugnet und sie statt dessen als Ausfluß universeller moralischer Prinzipien darstellt, des Legalismus, der Außenpolitik als „Rechtsfall“ betrachtet, und zwar die eigene als Verteidigung des Rechtes, des Sentimentalismus – Beispiel: die Truman-Doktrin mit ihrem Hinweis auf den *American Way of Life* – und des Neo-Isolationismus, der aus dem (Irr)Glauben an amerikanische Allmacht einen Kreuzzugsgeist ableitet.

Morgenthau weist der amerikanischen Außenpolitik das Ziel, den Sowjetimperialismus ohne Krieg im Zaum zu halten, nicht aber, die Sowjetunion (oder China) zu besiegen. In Europa solle sie „auf friedliche Weise das Kräftegleichgewicht wiederherstellen.“ Zum Thema Asien heißt es: „Das Debakel unserer Asienpolitik muß uns zwei Dinge lehren: daß die Revolutionen

in Asien bleibender Natur sind und nicht durch militärische Mittel unterdrückt werden können und daß der Kampf um das Zugehörigkeitsgefühl der Asiaten nicht durch Waffengewalt, sondern in einem Ideen-Wettstreit entschieden werden wird.“

So gern man in diesen und ähnlichen klugen Sätzen („Diplomatie ohne Macht ist schwächlich; Macht ohne Diplomatie ist destruktiv und blind“) eine Unvoreingenommenheit des Verfassers zu erkennen geneigt sein wird, so wird der deutsche Leser wohl von Morgenthau Betrachtungen zur deutschen Frage nicht das gleiche sagen können.

Morgenthau ist kein Gegner einer Wiederbewaffnung der Bundesrepublik, aber er widerrät eindringlich einer „unabhängigen deutschen Armee“, der die Wiederbelebung einer unabhängigen deutschen Außenpolitik folgen werde. „Die Vereinigten Staaten müssen wählen: entweder militärische, wirtschaftliche und politische Integration Westdeutschlands in Westeuropa unter Sicherungen, die die Wiederaufnahme einer unabhängigen Außenpolitik durch Deutschland unmöglich machen, oder Neutralisierung eines vereinten Deutschland unter militärischen und politischen Bedingungen, die ihre Verletzung durch beide Seiten schwierig und riskant machen.“ Schwer verständlich ist, wie auf der einen Seite das Jalta-Abkommen als „höchst destruktiv“ bezeichnet und gleichzeitig F. D. Roosevelt auf eine Stufe mit George Washington und Abraham Lincoln gestellt werden kann. An einer Stelle wird von einer „Berichtigung der Ostgrenzen Deutschlands auf Kosten Polens“ gesprochen – als ob Polen einen Rechtsanspruch auf die deutschen Gebiete hätte, die seiner Verwaltung unterstellt sind.

Daß Morgenthau, der 1943 amerikanischer Staatsbürger wurde, seine gesamte Kritik an den „fundamentalen intellektuellen Schwächen“ der amerikanischen Außenpolitik und an der „Vergeudung“ von vier kostbaren Jahren nach Kriegsende in der Form „Wir Amerikaner“ vorträgt, das ist natürlich eine Sache, die zu beurteilen allein den Amerikanern selbst obliegt.

Egon Heymann

Hans J. Morgenthau. *American Foreign Policy. A Critical Examination.* Methuen, London 1952. 250 S., Leinen 18 s.

„Technische Hilfe“

Seitdem die USA eingesehen haben, daß sie sich politisch und strategisch nicht mehr isolieren können, hat sich auch die amerikanische Regierung grundsätzlich zu der „weltsozialen“ Aufgabe bekannt, die sich geistesgeschichtlich aus dem puritanischen Erbe ergibt. Die heutigen „technischen Missionen“ der USA sind echte Nachfahren der geistlichen Missionare, die einmal das Reich Gottes auf Erden gründen wollten. Dabei stellen die vom Staat oder von staatlich beauftragten wirtschaftlichen Stellen ausgesandten Berater und Fachleute nur das letzte Glied in einer langen Kette dar, denn auch die religiösen Missionare selbst haben überall in der Welt ärztliche, erzieherische, landwirtschaftliche oder gewerbliche Hilfe geleistet. Die amerikanischen Methodisten unterscheiden sich darin nicht von den mittelalterlichen Zisterziensern.

Eine der zahlreichen Koordinationsstellen für die amerikanische Sozialwissenschaft, das *Public Administration Clearing House* in Chicago, hatte 1953 eine Tagung veranstaltet, bei der die technischen Berater, die von der UNO und ihren Nebenorganisationen in viele Länder der Erde geschickt werden, mit den Erfahrungen der seit 50 Jahren in Gang befindlichen internationalen Caritas der USA vertraut gemacht werden sollten. Es kam darauf an, die soziale Seite der technischen und wirtschaftlichen Hilfe gemeinsam zu untersuchen. Der dieser Tagung vorgelegte Bericht wurde im Auftrag der Veranstalter zu einem Buch erweitert, in dem die Ergebnisse einer Befragung von 55 Mitarbeitern in insgesamt 31 amerikanischen nichtbehördlichen Stellen, die außerhalb der USA tätig sind, zusammengestellt werden. Die Bedeutung dieser Stellen geht daraus hervor, daß jede einzelne von ihnen Beträge zwischen 150 000 und 37 Mill. Dollar jährlich für ihre Zwecke verwendet, während die UNO 1952 etwas unter 23 Mill. und 1953 zwischen 40 und 45 Mill. Dollar mit ähnlichen Aufwendungen blieb (die USA gaben für die technische Hilfe durch amerikanische Staatsstellen im Haushaltsjahr 1954 122 Mill. Dollar aus).

Durchschnittlich waren die befragten

Personen 18 Jahre außerhalb der USA tätig. Einige hatten ihre Tätigkeit schon im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts aufgenommen. Die Erfahrungen stammten aus den „unterentwickelten“ Räumen Ostasien, Südostasien, Südasien, Vorderer Orient, Afrika und Iberoamerika. Dem Berichterstatter kam es nicht auf die örtlichen, sondern auf die allgemeingültigen Erfahrungen an.

Das erste wesentliche Ergebnis der Befragung besagt, daß jeder Träger einer technischen Beratungsaufgabe unter allen Umständen auf das Vertrauen der entscheidenden Persönlichkeiten in dem fremden Lande angewiesen ist. Er muß sich dieses Vertrauen durch Eindeutigkeit seiner Aufgabe, klare Überschaubarkeit ihrer einzelnen Durchführungsabschnitte und Zuverlässigkeit seiner Mitarbeiter erwerben. Er muß stets daran denken, daß er sich und die anderen ausländischen Berater möglichst bald entbehrlich machen soll. Einheimische Kräfte sind daher früh heranzuziehen und während eines Übergangsstadiums nur noch so zu beaufsichtigen, daß sie rasch ganz selbständig arbeiten können. Ziel der technischen Hilfe ist die Erziehung zur Selbsthilfe und zur eigenen Initiative.

Die Träger der amerikanischen Weltmission hatten also nicht die Absicht, das Gefälle zwischen ihrer Heimat und den technisch unterentwickelten Ländern aufrecht zu erhalten, sondern es auszugleichen. In diesem Sinne haben sie seit langem das gleiche Ziel verfolgt, zu dem sich die amerikanische Regierung seit dem berühmten „Vierten Punkt“ der Regierungserklärung des Präsidenten Truman 1949 bekennt.

Freilich werden die geistigen und sozialen Probleme, die beim Zusammenreffen zwischen der technischen Zivilisation und einer vortechnischen Altkultur entstehen, in diesem Bericht nicht besprochen.

Maria Gerhardt

Erwin A. Bock: *Fifty Years of Technical Assistance. Some Administrative Experiences of U. S. Voluntary Agencies. Public Administration Clearing House, Chicago 1954. 65 S., 1,50 \$.*

Technische Hilfe an unterentwickelte Länder – Haitis Beispiel

Die Idee der Technischen Hilfe durch die UNO

Alle Staaten sehen heute die Notwendigkeit einer politischen Zusammenarbeit ein, denn sie wissen, daß ein neuer totaler Krieg die Welt vernichten kann. Außerdem ist aber auch die Wirklichkeit des weltweiten Zusammenhangs aller wirtschaftlichen und sozialen Fragen für jedermann greifbar geworden, wo Töne und Bilder in Bruchteilen einer Sekunde auf den Funkwellen übertragen werden, wo der Luftverkehr täglich Austausch und Verbindung herstellt. Wissenschaftliche Entdeckungen, soziale Fortschritte, Seuchen, Naturkatastrophen kennen keine politischen Grenzen mehr. Verteidigungs- und Hilfsmaßnahmen müssen stets in einem weltweiten Ausmaß getroffen werden. Die Völker können ohne gegenseitige Hilfe und Zusammenarbeit nicht mehr leben. Armut, Unwissenheit und Krankheit stellen überall in der Welt eine ebenso große Gefahr wie das Wettrüsten dar.

Nach zwei furchterlichen Kriegen waren die Völker der Welt einfach zu der Einsicht gezwungen, daß man eine internationale Organisation zur Regelung der Menschheitsfragen brauche. So haben sie zum zweiten Mal innerhalb von dreißig Jahren den Aufbau eines zwischenstaatlichen Gebildes versucht, nachdem der Völkerbund unter den Trümmern des Krieges begraben worden war, der durch seine Gründung verhindert werden sollte. Die Organisation der Vereinten Nationen wurde 1945 geschaffen, um dem Frieden und der Sicherheit durch die Anknüpfung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Staaten zu dienen. Ihre Bemühungen sollten sich auf eine internationale Zusammenarbeit sowie die Achtung vor den Menschenrechten und den Grundfreiheiten stützen.

Obwohl diese Weltorganisation noch jung ist, hat sie besonders auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet schon positive Erfolge gehabt. Sie hat ein System der internationalen Zusammenarbeit zur Steigerung der Produktion und zur Weiterentwicklung von sozialen Vorbeugungsmaßnahmen gegen Armut, Krankheit und Unwissenheit aufgebaut. Wenn die wirtschaftlichen Kräfte eines Landes nicht ausreichen, all seinen Bürgern die für ihre Menschenwürde und ihre freie Entwicklung nötigen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Chancen zu geben, haben die anderen Staaten der Welt die solidarische Verantwortung für eine Hilfeleistung übernommen.

Diese Verantwortung wird realisiert in der „Technischen Hilfe“. Sie stellt eine koordinierte Anstrengung der gesamten Menschheit zugunsten der Hebung des Lebensstandards, der Vollbeschäftigung, einer größeren Gerechtigkeit für alle und des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts dar, weil diese Dinge zur Erhaltung des Friedens und der menschlichen Zusammenarbeit nötig sind. Die „Technische Hilfe“ ist das wichtigste Mittel der UNO zur Verbreitung von Wissen und Können und zur Beschleunigung des Fortschritts der einzelnen Völker.

Auf Grund verschiedener Beschlüsse der Vollversammlung ist im Rahmen der UNO eine „Dienststelle für Technische Hilfe“ geschaffen worden, die das Programm mit

Energie durchführen soll. Ein ausführliches Programm der Technischen Hilfe für nicht genügend entwickelte Gebiete wurde 1949 auf Antrag zahlreicher Staaten aufgestellt, zu denen in vorderster Linie meine Heimat Haiti gehörte. Das Programm soll die Bemühungen der unterentwickelten Länder um eine Kräftigung ihrer nationalen Wirtschaft durch die Förderung von Industrie und Landwirtschaft unterstützen und damit im Geist der UNO-Charta ihre wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit heben sowie sicherstellen, daß ihre Staatsbürger in einem möglichst hohen Maße wirtschaftlich und sozial gefördert werden.

Der organisatorische Ablauf der Technischen Hilfe

Finanziert wird das Hilfsprogramm durch die freiwilligen Beiträge, zu denen sich die Mitgliedsstaaten der UNO sowie diejenigen Staaten, die nur einer mitwirkenden Sonderorganisation angehören, verpflichtet haben. Die eingehenden Beträge werden als Sonderfonds durch das Amt für Technische Hilfe (*Technical Assistance Board* = TAB) verwaltet. Darin sind vertreten außer der UNO selbst das Internationale Arbeitsamt, die Welternährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO), die UNESCO, die Internationale Zivilluftfahrtorganisation, die Weltgesundheitsorganisation (WHO), die Weltbank und der Weltwährungsfonds. Die Haushaltsposten werden auf die Organisationen, die das Programm durchführen, aufgeteilt. Die allgemeine Aufsicht üben die Mitgliedsstaaten über den Ausschuß für Technische Hilfe im Wirtschafts- und Sozialrat der UNO aus.

Technische Hilfe wird nur auf Antrag einer Regierung geleistet. Anträge für Leistungen in den nicht unabhängigen Gebieten werden durch die zuständige Kolonialmacht oder den mit einer Treuhänderschaft beauftragten Staat gestellt. Abkommen benötigen die Unterschrift des interessierten Staates, des TAB und der bei der Durchführung beteiligten Organisationen.

Die beteiligten Stellen können Anträge auf Technische Hilfe einreichen oder bewilligen für jedes Vorhaben, das der wirtschaftlichen oder sozialen Entwicklung oder dem staatlichen Aufbau dient. Die UNO selbst ist zuständig für Vorhaben auf dem Gebiet der Verkehrswirtschaft und Verkehrstechnik, der Öffentlichen Finanzen, der Statistik, der Verwaltung und der Sozialpolitik, das Internationale Arbeitsamt für Arbeitsbedingungen, Beziehungen zwischen den Sozialpartnern, Berufsausbildung, Genossenschaftswesen usw., die FAO für Landwirtschaftsfragen, die UNESCO für das Schulwesen, die Zivilluftfahrtorganisation für die Errichtung von Zivilluftfahrtsbehörden der einzelnen Staaten, den Luftverkehr usw., die Weltgesundheitsorganisation für Fragen der Hygiene und der Volksgesundheit, die Weltbank für langfristige Programme zur wirtschaftlichen Erschließung, die dafür einzurichtenden Finanz- und Wirtschaftsmissionen, Investitionen in der Wirtschaft eines Landes usw., der Weltwährungsfonds schließlich soll bei der Lösung von Fragen des Geld- und Bankwesens helfen.

Unter „Technischer Hilfe“ versteht man im allgemeinen folgende Vorgänge:

1. Entsendung von Fachkräften entweder in beratender Eigenschaft oder als Mitarbeiter bei der Durchführung eines Programms (als Untersuchungskommission für die Vorbedingungen, als Vertreter der großen Organisationen, als ortsansässig gewordene Mitarbeiter, als Fachberater),

2. Aufbau einer technischen Intelligenz in dem betreffenden Lande (Fortbildungskurse, Erfahrungsaustausch, Aufbau von Seminaren, Instituten usw.).
3. Erstellung und Vermittlung technischer Informationen (durch Zusammenkünfte von Fachkräften, durch wissenschaftliche und praktische Forschung, durch Erfahrungsberichte, durch Modelluntersuchungen, durch den Austausch technischer Nachrichten).
4. Lieferung des benötigten Materials und der Geräte für die Durchführung eines Vorhabens im Rahmen der Technischen Hilfe.
5. Verschiedene andere Maßnahmen.

Von 1950 an wurde die internationale Hilfe in größerem Maßstab schlagkräftig organisiert. In der gesamten Welt, in Europa, Asien, Afrika und Amerika, befindet sich ein wichtiges Programm der Technischen Hilfe in Ausführung.

Offenbar erlaubt diese neue Idee besser als der Kolonialismus oder auch die Treuhänderschaft den „jungen“ Ländern eine Entwicklung, die ihre Eigenständigkeit, ihre Hoffnungen und ihre Kultur achtet. Die Empfängerländer erhalten hier eine Gemeinschaftshilfe als gleichberechtigte Teilhaber an einem gemeinsamen Unternehmen, denn auch sie leisten finanzielle Beiträge und beteiligen sich an der internationalen Aufsicht über die Durchführung des Programms. Auf dem Gebiet eines Staates wird nur auf dessen eigenen Antrag und unter dessen eigener Aufsicht etwas unternommen. International zusammengesetzte Arbeitsgruppen sind verpflichtet, eng mit den einheimischen Kräften zusammenzuarbeiten.

Die Erfahrung hat in jedem Falle gezeigt, daß dieses Programm der Technischen Hilfe durch finanzielle Maßnahmen zugunsten der unterentwickelten Länder ergänzt werden muß, etwa durch Errichtung eines Sonderfonds mit Hilfe von Pflichtbeiträgen, freiwilligen Zuschüssen und langfristigen Anleihen zu niedrigem Zinsfuß, aus dem die Staaten dann nicht amortisationsfähige Vorhaben wie den Bau von Straßen oder von Bewässerungskanälen durchführen könnten. Nach dem Urteil von Fachleuten sollte dieser Fonds mit einem Anfangskapital von 250 Millionen \$ ausgestattet werden. Dieser Betrag fällt kaum ins Gewicht im Vergleich zu den sagenhaften Summen, die für die Rüstung ausgegeben werden. Er hätte aber, jährlich aufgebracht, eine günstige Wirkung für die Friedensaussichten, indem er der wirtschaftlichen und sozialen Stabilität dienen würde. Diese äußerst wichtige Frage sollte bei der letzten Sitzung des Wirtschafts- und Sozialrats der UNO verhandelt werden, damit sie der nächsten Vollversammlung vorgelegt werden kann, die sich hoffentlich zur Errichtung eines Fonds dieser Art entschließen wird.

Technische Hilfe für Haiti

Die Bedeutung des Programms läßt sich am besten an Hand eines konkreten Beispiels zeigen. Wir wählen dafür Haiti. (Fast alle Länder Mittelamerikas und Westindiens haben Technische Hilfe von der UNO erhalten).

Obwohl die einzelnen Staaten Mittelamerikas und Westindiens unabhängig sind, hat man ihre wirtschaftlichen und sozialen Probleme gelegentlich im Rahmen einer über den einzelnen Staat hinausgehenden regionalen Zusammenfassung betrachten können, z. B. im UNESCO-Institut für Grundbildungsfragen, Pazcuaro, Mexiko, wo

man sich mit den Problemen der Lehrerbildung für die Grundbildungskurse in ganz Iberoamerika befaßt, im Mittelamerikanischen Institut für Ernährungswissenschaft usw. Die Wünsche der einzelnen Länder tragen stets die gleichen Kennzeichen. Sie beziehen sich auf: umfassende Enqueten, Landwirtschaftsförderung (Bodenkonservierung und Ackerbautechnik, Hebung der Viehzucht und Viehseuchenbekämpfung, Absatz und Lagerung der Agrarprodukte, landwirtschaftliche Buchführung, Ertragssteigerung), Volksgesundheit (Verbesserung der Ernährung, Insektenbekämpfung, hygienische Aufklärung, Tuberkulosebekämpfung, Mütter- und Säuglingshygiene), Schulwesen (Grundschulen und Erwachsenenbildung, Fach- und Berufsbildung, Lehrerbildung), Sozialpolitik (Wohlfahrtswesen, Genossenschaften, Statistik), Wirtschaftsentwicklung (Aufstellung von Entwicklungsplänen, Reform der Staatsfinanzen, landwirtschaftlicher Kredit).

Haiti arbeitet gemeinsam mit 18 anderen iberamerikanischen Staaten seit 1942 mit den USA „technisch“ zusammen (im Sinne des vielberufenen „Punktes Vier“ der Regierungserklärung des Präsidenten Truman von 1949!). Hier ist zum ersten Mal der Versuch einer internationalen Aktion zur Hebung der Wirtschaft und des Lebensstandards in einem einzelnen Lande gemacht worden. Gemäß den Abmachungen, die Haiti nacheinander in den vergangenen 12 Jahren mit den USA getroffen hat, konzentriert sich das Programm vor allem auf das Gesundheitswesen und die Landwirtschaft.

1942 setzte die Technische Hilfe für die Krankenhäuser ein. Sie ist ausgeweitet worden zu einem Feldzug gegen die Frambösie, dem Aufbau der Trinkwasserversorgung und allgemeinen Maßnahmen für die Volksgesundheit, zu denen auch die Errichtung von Gesundheitsberatungsstellen gehört. Die Durchführung liegt bei einer eigens geschaffenen Abteilung des haitianischen Gesundheitsministeriums: *Service Coopératif Interaméricain de la Santé Publique* (SCISP).

1944 wurde die Technische Hilfe auf das Gebiet der Nahrungsmittelproduktion ausgedehnt, daher setzten Maßnahmen zugunsten der Landwirtschaft und zur Erschließung des natürlichen Reichtums im Lande ein. Die dafür geschaffene Abteilung des Landwirtschaftsministeriums (*Service Coopératif Interaméricain de la Production Agricole* = SCIPA) befaßt sich mit der landwirtschaftlichen Fachausbildung, der Verbesserung der Landwirtschaftstechnik und dem Bau von Bewässerungsanlagen. Seit einiger Zeit hat sich eine besondere Hilfsaktion für den Kautschukpflanzler bewährt. Außerdem hat die Mission der UNO 1954 unter dem Namen SHADA eine besondere Stelle für die Bewirtschaftung der Kiefernwälder eingerichtet. Während der bisherigen Laufjahre des Hilfsprogramms haben die USA rund 2 Millionen \$ für das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen in Haiti aufgebracht, die haitianische Regierung selbst 5,5 Millionen \$.

Auf allen Gebieten arbeiten haitianische und amerikanische Fachleute eng zusammen. Aus den USA werden Fachkräfte nach Haiti entsandt, während andererseits Haitianer in den USA eine gehobene Weiterbildung genießen können.

Dieses sachlich begrenzte Programm der interamerikanischen Zusammenarbeit ist dann später in ein Gesamtprogramm zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Haitis eingefügt worden. Die haitianische Regierung beantragte im Juli 1948 bei der UNO die Entsendung einer Mission von Fachleuten zur Untersuchung der wirtschaftlichen Entwicklungsprobleme des Landes. Darauf kam eine Gruppe von

12 Fachleuten aus dem Ausland als Vertreter der UNO, der UNESCO, der FAO und der WHO auf zwei Monate nach Haiti. Dank der Mitarbeit der haitianischen Behörden erhielt sie schnell die nötigen Informationen und konnte im Juni 1949 ihren bemerkenswerten Bericht über Haiti erstatten, den die UNO als Muster seiner Art ansieht.

Der Bericht gibt eine sehr gute Zusammenfassung der wirtschaftlichen Probleme, doch ist seine Darstellung der sozialen und Schulfragen zu oberflächlich. Außerdem enthält er eine Reihe allgemeiner und spezieller Empfehlungen praktischer Maßnahmen, in denen sowohl die eigenen Untersuchungsergebnisse als auch die von der haitianischen Regierung aufgestellten Pläne berücksichtigt werden.

Auf der Grundlage dieses Berichts wurden dann einzelne Abkommen mit den in Frage kommenden internationalen Organisationen abgeschlossen, zuerst nur auf dem Gebiet des Gesundheitswesens und des Schulwesens, dann allgemein im Zusammenhang des wirtschaftlichen Fünfjahresplanes, den die haitianische Regierung im Oktober 1951 in Kraft setzte. Auf manchen Gebieten widmet sich seit 1949 die haitianische Regierung allein der Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung, auf anderen nimmt sie die Hilfe ausländischer Fachleute und der internationalen Organisationen (in erster Linie der UNO, ihrer Sondereinrichtungen und der Punkt-Vier-Behörden der USA) in Anspruch.

Im allgemeinen ist jede einzelne der ausländischen Stellen auf Wunsch der haitianischen Regierung für ein begrenztes Gebiet tätig geworden. Entweder hat sie der Regierung Fachkräfte als Berater zur Verfügung gestellt, oder sie hat Mittel für die Durchführung eines verabredeten Programms flüssig gemacht oder beides zugleich getan. Zu Anfang gab es einige Reibungen, Überschneidungen und Unstimmigkeiten zwischen den Vertretern der verschiedenen Stellen bei der Aufstellung der Arbeitspläne. Dann hat aber die Ernennung eines ständigen Sonderbeauftragten der UNO sowohl die Zusammenarbeit der internationalen Organisationen untereinander als auch mit der Punkt-Vier-Verwaltung und der haitianischen Regierung erheblich vereinfacht. Oft werden Zusammenkünfte aller interessierten Stellen und Fachleute zur Festlegung des besten Verfahrens und zur Abgrenzung der Verantwortlichkeiten abgehalten. Der jüngste Bericht des ständigen Vertreters der UNO sagt, daß gegenwärtig *„à ce point de vue, l'assistance technique apportée en Haiti peut être considérée comme un modèle de développement économique accéléré par la coopération internationale“*.

Tatsächlich kann man die durch die Technische Hilfe erzielten Verbesserungen in Haiti nicht richtig einschätzen, wenn man sie getrennt von den koordinierten Maßnahmen der haitianischen Regierung zur wirtschaftlichen und sozialen Hebung des Landes betrachtet. Daher sollen nunmehr kurz die dank der internationalen Mitarbeit erreichten Erfolge auf dem Gebiet des Schulwesens, des Gesundheitswesens, der Verwaltung und der Produktion soweit möglich vor ihrem gesellschaftlichen Hintergrund betrachtet werden.

Das Schulwesen

Das von der UNESCO für Grundbildungskurse angestellte Experiment in Marbial stellt das erste Vorhaben dar, das in Haiti aus der internationalen Zusammenarbeit erwachsen ist.

Sowohl im Lande selbst als auch im Ausland hat es viel Aufsehen und auch eine lebhaft Kritik erregt. Ich kann kein endgültiges Urteil darüber abgeben, weil ich die während der letzten Zeit erzielten Ergebnisse nicht habe feststellen können und weil man außerdem erst nach mehreren Jahren sehen wird, welchen Einfluß eine längere Berührung zwischen der Landbevölkerung und einer Gruppe von Spezialisten hat, deren erste Aufgabe die Heranziehung örtlicher Führer und Helfer war, bevor sie sich der Verbesserung der dörflichen Lebensverhältnisse widmen konnten. Natürlich ist zu hoffen, daß dieses Experiment eine dauerhafte Wendung zum Besseren für den Lebensstandard in diesem Gemeinwesen herbeiführen wird, aber trotzdem sollen hier einige Irrtümer und Schwierigkeiten genannt werden.

Auf Antrag der haitianischen Regierung beschloß die UNESCO 1947, in Haiti eine „Modellunternehmung“ zu errichten, von der aus die Bekämpfung des Analphabetentums und die „Verbreitung von Grundkenntnissen und einfachem technischem Geschick“ ausgehen könnte, wodurch die Bevölkerung selbst ihre Umstände bessern könnte. Man hoffte damals, in anderen Ländern ähnliche Modelle aufbauen zu können und auf verhältnismäßig engem Raum Erfahrungen mit ganz neuen Methoden zu gewinnen.

Als Standort wurde die Gemeinde Marbial ausgewählt, die in einem der ärmsten Landstriche Haitis liegt, schwer getroffen von Bodenerosion, Unwissenheit und Elend, doch leicht zu erreichen dank der Nachbarschaft einer kleinen Stadt mit ungefähr 10 000 Einwohnern. Weil sich hier alle wichtigen Probleme Haitis im engen Raume zugleich stellen, hat die Regierung an der Wahl dieses Standorts auch festgehalten, als die UNESCO unter dem Eindruck der Schwierigkeiten einen günstigeren Ort vorschlug, wo man Ergebnisse leichter hätte erzielen können.

Es war beabsichtigt, auf dem Weg über eine Grundbildung die Methoden des Ackerbaus und der Bodenkonservierung zu verbessern, Kleinindustrien zu entwickeln und die sanitären Zustände zu reformieren. Es sollte allgemein nachgewiesen werden, wie eine Grundbildung einen Beitrag zur Verbesserung der Lebensverhältnisse in einer isolierten Landgegend leistet, die übervölkert ist und sich in einem offenen Zustand einer angeblich wirtschaftlichen Krise befindet.

Die Landschaft und ihre Probleme wurden im voraus zwei Jahre lang durch Dr. Alfred Métraux, einen Völkerkundler von Weltruf, untersucht, der dabei die Unterstützung haitianischer Fachleute und Studenten genoß. Unglücklicherweise erschien sein höchst beachtlicher Bericht *„L'homme et la terre dans la vallée de Marbial“*, obwohl er die Grundlage für das Modellunternehmen abgeben sollte, erst 1951 in Buchform, eine erste ausführliche völkerkundliche Studie über einen ländlichen Bezirk Haitis. Sie hat große wissenschaftliche Bedeutung und kann allen, die an den Menschen und den ländlichen Zuständen Haitis interessiert sind, viel bieten. Es ist jedoch bedauerlich, daß die UNESCO nicht wenigstens eine Maschinenschrift des Textes an die leitenden Personen des Versuchsunternehmens gegeben hat (ich kann auf Grund von Mitteilungen des stellvertretenden Direktors diese Feststellung machen). Außerdem hätte man die völkerkundliche Studie durch einige praktische Schlüsse ergänzen sollen, die den Leuten des Bildungsunternehmens unmittelbaren Nutzen gebracht hätten.

Die Unternehmung konnte sich deshalb nicht rasch entwickeln, weil man sich mit

der Ernennung des Leiters sehr viel Zeit nahm. Fast ein Jahr saß dieser in der Hauptstadt Port-au-Prince, weil er keine Mittel erhielt. Dann mußte er wegen Meinungsverschiedenheiten mit den Praktikern zurückgeschickt werden.

Dazu kamen noch ein paar weitere Fehler, z. B. gründete man ein keramisches Unternehmen in einer Landschaft, wo es keinen Ton gibt, oder man kaufte einen Ziegelbrennofen, ohne sich über die Stromversorgung orientiert zu haben. Das ausländische Personal wechselte ständig. Seine einzelnen Mitglieder mußten Marbial stets gerade dann wieder verlassen, wenn sie angefangen hatten, sich mit den örtlichen Verhältnissen bekannt zu machen, und daher gute Dienste hätten leisten können. Dadurch kam ein Mangel an Stabilität in das Unternehmen, der sich noch durch die periodische Unsicherheit anlässlich jeder UNESCO-Generalversammlung erhöhte, ob von der UNESCO und der haitianischen Regierung die nötigen Mittel weiter bewilligt werden würden.

Einen entscheidenden Anstoß erhielt das Vorhaben erst, als sich die UNESCO entschloß, haitianische Fachleute mit Erfahrungen im ländlichen Schulwesen zur Mitarbeit aufzurufen. Danach wurden Schulen für Kinder und für Erwachsene eingerichtet, in denen die Grundkenntnisse sowohl in der kreolischen Volkssprache als auch auf Hochfranzösisch unterrichtet wurden.

Unter der Leitung der WHO sind ärztliche Dienste und Hygienekurse in dieser Landschaft eingerichtet worden, die man wohl billiger durch Haitianer hätte durchführen können. Der Arzt und die Krankenschwester erhielten sehr hohe Gehälter, aber sie selbst nahmen gar nicht Wohnung in der Gemeinde.

Außerdem kam landwirtschaftlicher Unterricht und ein Feldzug gegen die Boden-erosion in Gang. Genossenschaften und Handwerksbetriebe wurden gegründet. Eine Reihe einfacher Texte in kreolischer Sprache wurde für diejenigen, die Lesen lernen wollten, hektographiert oder mit Illustrationen gedruckt. Die UNESCO hat beim Aufbau eines Lehrhilfenzentrums mitgewirkt, das heute selbständig mit haitianischem Personal arbeitet. Es hat optische und akustische Unterrichtsmittel zu Gesundheitsfragen, zur Hygiene, zur Landwirtschaft und zum Kleingewerbe mit Erfolg hergestellt.

Man kann also insgesamt nicht sagen, daß der Versuch fehlgeschlagen ist. Ich habe schon oben betont, daß sich erst nach mehreren Jahren feststellen läßt, ob die Bevölkerung Kenntnisse erworben hat, die ihr die Umgestaltung des geographischen Milieus durch die Bekämpfung der Erosion, die Verbesserung und Bereicherung der Kulturen, den Schutz gegen Krankheiten und gefährliche Insekten, die Gemeinschaftsbildung und die Verbesserung der natürlichen Ausstattung durch Zusammenarbeit nicht allein zugunsten des privaten Erwerbs sondern in einem neuen staatsbürgerlichen Verantwortungssinn erleichtern. Wenn Ergebnisse dieser Art erzielt werden, läßt sich Marbial als Vorbild betrachten. Dann können aus dieser Erfahrung Grundsätze für die sozialpolitische Tätigkeit in Landgemeinden überhaupt gewonnen werden. Freilich hat die UNESCO bis heute die Ergebnisse noch nicht systematisch analysiert.

Die Republik Haiti hat allein in der Form eines staatlichen Zuschusses von über 100 000 \$ während der letzten fünf Jahre Kosten für das Experiment getragen, die es als viel zu teuer für eine allgemeine Empfehlung gerade an arme Länder erscheinen lassen.

Das Marbial-Experiment hat leider keinen Einfluß auf andere Landesteile ausgeübt. Es ist nicht gelungen, dörfliche Führer für die ganze Republik heranzubilden. Die Ausbildungsstätte für Dorflehrer, die an das Unternehmen angeschlossen werden sollte, hat noch gar nicht richtig funktioniert. Noch 1954 mußte die Regierung Haitis Anträge an die UNESCO und die amerikanische *Foreign Aid Administration* richten, damit beide Stellen gemeinsam im Oktober die Ausbildungsstätte für Landlehrer eröffneten.

In einer ähnlichen Absicht, wie sie dem UNESCO-Experiment zugrunde liegt, hat die haitianische Regierung 1953 eine Handwerkerschule in Bayeux gegründet. Die dort tätigen Lehrer sind in dem Regionalzentrum für Grundbildung von Pazcuaro in Mexiko geschult worden. Diese Anstalt ist viel weniger kostspielig und befindet sich schon in voller Tätigkeit. Außerdem wirken seit einem Jahr Fachleute der UNESCO und des Internationalen Arbeitsamts bei der Reorganisation der Berufsschulen durch die haitianische Regierung mit. (Sie haben bis jetzt eine Schule reformiert und eine Autoreparaturwerkstatt eröffnet).

So läßt sich zusammenfassend feststellen, daß bis jetzt die Technische Hilfe für das Schulwesen Haitis mehr wissenschaftlichen als praktischen Zwecken gedient hat, obwohl das Analphabetentum eines der Probleme darstellt, die eine wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes am meisten aufhalten. Im Juni 1954 äußerte der ständige UNO-Vertreter in seinem Jahresbericht: „Die Regierung besitzt weder die technischen noch die finanziellen Mittel zu einem sofortigen Großangriff gegen das Analphabetentum ($\frac{9}{10}$ der Erwachsenen sind Analphabeten!), . . . auf Grund einer ausführlichen Untersuchung der Frage und ihrer zahlreichen Erfahrungen hat sie beschlossen, allen Kindern eine Mindestschulbildung zu bieten, . . . dafür ist eine zahlenmäßig ausreichende Lehrerausbildung nötig, außerdem braucht man Mittel für den Druck der Lehrbücher und den Schulbau . . . Während der vier letzten Jahre sind unter großen Schwierigkeiten 74 Schulen eröffnet worden, einige in eigenen, andere einfach in gemieteten Räumen. Noch bevor das Mobiliar gekauft und eingeräumt ist, sind die Schulen ganz voll. Man denkt an Schichtunterricht . . . Abends wird heute in denselben Räumen Erwachsenenunterricht erteilt . . . Eine Werbung für die Schulen war nicht nötig . . . In allen Dörfern fordert man die Neugründung von Schulen . . ., mancherorts erheben die Einwohner eine Sondersteuer von sich selbst, andernorts wird ein Raum zur Verfügung gestellt, oder es wird für den Ankauf von Lehrmaterial gesammelt.“

Da einmal der Kampf gegen die Unwissenheit als eine nicht nur nationale, sondern internationale Verantwortlichkeit anerkannt worden ist, wie der Kampf gegen Hunger und Elend, muß man hoffen, daß ein künftiger Fonds für unterentwickelte Gebiete Mittel für die erfolgreiche Bekämpfung des Analphabetentums bei Erwachsenen und Kindern bereitstellen wird.

Das Volksgesundheitswesen

Viel erfolgreicher war die internationale Zusammenarbeit der Weltgesundheitsorganisation, des Kinderhilfsfonds (UNICEF) und des SCISP, so daß die haitianische Regierung auf dem Gebiet der Volksgesundheit wirklich bemerkenswerte Erfolge aufweisen kann.

Als 1949 die UNO-Enquete stattfand, hatte die sehr ansteckende Tropenkrankheit der Frambösie ungefähr ein Drittel der haitianischen Bevölkerung befallen, obwohl der SCISP schon seit 1942 um Heilung und Vorbeugung in einzelnen Orten bemüht war. Wer die Kliniken dieser Organisation geheilt verließ, steckte sich zu Hause wieder von Verwandten an, die sich einer Behandlung entweder nicht unterziehen konnten oder wollten. Die UNO-Mission machte verschiedene Vorschläge, die nach Prüfung durch die Regierung, die WHO und UNICEF zur Grundlage eines Programms werden, das die Krankheit ganz aus Haiti verbannen soll. Es hatte sich herausgestellt, daß eine einzige Penicillin-Einspritzung ausreicht, um die Krankheit zu heilen oder wenigstens nicht mehr ansteckend zu machen. Penicillin, Ausrüstung und Material wurden von UNICEF geliefert, so daß der Feldzug der Regierung und der WHO im Juli 1950 einsetzen konnte. Systematisch wurden überall im Lande die Kranken behandelt, und bei ihren Familienangehörigen wurden Vorbeugungsmaßnahmen ergriffen. So waren bis zum Dezember 1953 2 523 141 Personen poliklinisch oder durch Hausbesuche behandelt worden. Seitdem werden Hausbesuche gemacht, um Fälle zu entdecken, die den bisherigen Behandlungsmaßnahmen entgangen sind. Im Mai 1954 stellte eine Enquete außerordentlich gute Erfolge fest. Im Süden, wo die Maßnahmen 1950 zuerst durchgeführt wurden, war weniger als 1 % der Bevölkerung noch in ansteckender Form krank. Im Norden, wo die Aktion 1952 und 1953 stattfand, lag dieser Satz unter einem Drittel von einem Prozent. Hier ist also die Krankheit fast verschwunden.

Die Regierung hat ungefähr 0,20 \$ pro Kopf der Bevölkerung aufgewendet, einschließlich der Auslandshilfe waren die Unkosten 0,30 \$ für jeden behandelten Fall. Der wirtschaftliche und soziale Wert dieses Erfolgs dagegen ist kaum abzuschätzen, denn Tausende von Menschen, die früher durch die Krankheit geschwächt waren, können heute voll an der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung ihrer Heimat mitarbeiten. Die haitianischen Erfolge könnten in anderen tropischen Ländern wiederholt werden, denn in Afrika, Asien und Ozeanien sind zahllose Menschen von dieser Krankheit befallen.

Freilich darf man auch nicht zu optimistisch sein. Die Krankheit kann bald wiederkommen, wenn man nicht auch ihre Ursachen angreift: Armut, Unwissenheit, Promiskuität. Der systematische Aufbau von Gesundheitsstellen auf dem Lande wird allein eine allgemeine Behandlung vorbeugender Art ermöglichen. Einige Punkt-Vier-Mittel sind als Anfang dazu verwendet worden, Behandlungsstellen für Frambösiekranke in allgemeine Gesundheitsberatungsstellen zu verwandeln.

Seit 1952 arbeiten die WHO, UNICEF und die Regierung an einem Plan zur Ausrottung der Malaria tragenden Insekten. Im Rahmen des Punktes Vier ist der Bau von mehreren ländlichen Krankenhäusern und die Errichtung von Trinkwasseranlagen möglich geworden.

So läßt sich für das Gesundheitswesen feststellen, daß die Regierung dank der internationalen Hilfe die vorherrschende Krankheit erfolgreich bekämpfen konnte und nunmehr den Kampf gegen die Malaria aufgenommen hat.

Die Produktionssteigerung

Der Fünfjahresplan der Regierung hat die wirtschaftliche Ausstattung des Landes stark gefördert und ein in sich geschlossener Plan zur Erschließung des Artibonitets

soll Tausende von ha aus Ödland zu Nutzland machen, mit Bewässerung und Strom versorgen.

Wir erwähnen dieses Vorhaben hier nur, das mit Hilfe einer Anleihe der amerikanischen Import-Exportbank durchgeführt wird, denn es gehört ebenso wenig in unseren Zusammenhang wie das allein von der haitianischen Regierung durchgeführte Straßenbauprogramm, das nur durch die Regierung Haitis oder durch private Kontraktfirmen ausgeführt wird.

Auf landwirtschaftlichem Gebiet war die Technische Hilfe begrenzt. Sie bestand in erster Linie in der Fortsetzung der SCIPA-Tätigkeit bei der landwirtschaftlichen Weiterbildung und der Anlage von Bewässerungssystemen. Die amerikanische *Foreign Aid Administration* und die FAO haben zwar zwei Fachleute für Aufforstung und Bodenkonservierung geschickt, aber bis jetzt ist ein intensives Aufforstungsprogramm nicht in Gang gekommen, obwohl die Bodenerosion ein unbedingt vorrangiges Problem für Haiti bildet.

Um einerseits die Einfuhren herabsetzen zu können, andererseits um eine bessere Zusammensetzung der Volksernährung zu erreichen, beschäftigt die haitianische Regierung seit 1950 einen Fischereifachmann der FAO. Nach einigen Versuchen erwiesen sich die von ihm eingeleiteten Maßnahmen als sehr erfolgreich. Aus dem Staatshaushalt wird gegenwärtig ein Fünfjahresplan für den Aufbau der Fischerei finanziert. Seen, Flüsse und künstliche Teiche sind stark mit Fischen aus dem USA-Staat Alabama und aus Israel besetzt worden, und die Fische haben sich ohne Schwierigkeiten eingewöhnt. Heute wird in allen Gewässern, über die der Staat Eigentumsrecht besitzt, ein Besatzprogramm durchgeführt. In manchen Gegenden haben Privateigentümer ähnliche Maßnahmen ergriffen, z. B. im Artibonite-Tal. 90% der heute auf den Markt kommenden Fische gehören zu der Tilapia-Gattung, die vor 1950 völlig unbekannt in Haiti war. Das Fischereivorhaben war so erfolgreich, daß es auf die benachbarte Dominikanische Republik ausgedehnt worden ist. Fischbrut wurde von Haiti auch nach Honduras, Mexiko und Jamaika ausgeführt.

Bedauerlicherweise hat die FAO bis jetzt der beantragten Entsendung eines Fachmannes für die Hochseefischerei noch nicht zugestimmt. Davon verspricht man sich erheblichen Nutzen für die Wirtschaft Haitis.

Landwirtschaftliche Verarbeitungsbetriebe haben dank der Gewährung öffentlicher Kredite und Steuerbefreiungen große Fortschritte gemacht. Einfuhrgenehmigungen (z. B. für Schuhe) sind aufgehoben worden, um die heimische Produktion zu schützen. Die Technische Hilfe auf diesem Gebiet bestand in der Entsendung von Fachleuten durch das Internationale Arbeitsamt nach Marbial, wo sie handwerklichen Unterricht zu geben hatten, und von Lehrkräften an die Berufsschule von Port-au-Prince sowie in der Gewährung von Stipendien für Fachschüler.

Im Rahmen der Technischen Hilfe wurde 1953 eine Hotelierschule zur Förderung des Fremdenverkehrs eingerichtet.

Ein Finanz- und Bankfachmann der UNO wirkte bei der Gründung einer haitianischen Kreditbank für Landwirtschaft und Gewerbe mit. In dieser Bank betätigt sich noch ein Spezialist für das Genossenschaftswesen, mit dessen Hilfe die Genossenschaften so in die Volkswirtschaft eingegliedert werden sollen, daß über sie Darlehen

an kleine und mittlere Landwirte, Kleinindustrielle und Handwerker gegeben werden können.

Seit dem Oktober 1953 ist mit einer Vertragszeit von zwei Jahren ein Fachmann für öffentliche Finanzen als wirtschaftlicher und finanzieller Regierungsberater tätig, nachdem er vorher drei kürzere Besuche abgestattet hat.

Der Aufbau der Staatsverwaltung

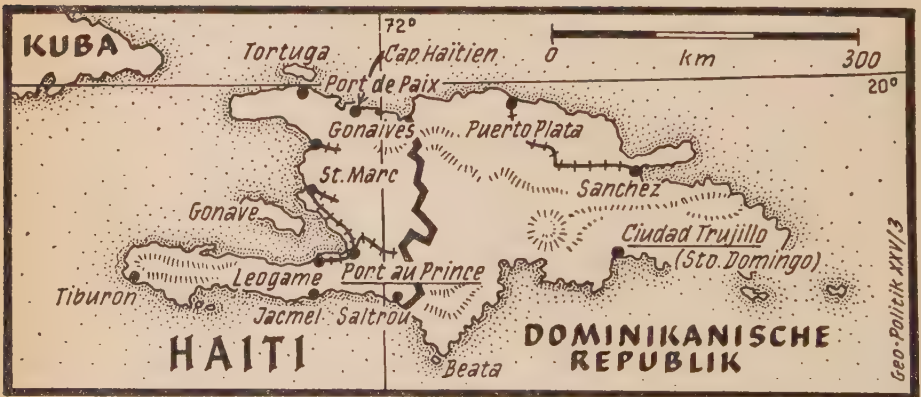
Bei der Reform der Verwaltung hat die haitianische Regierung manche Empfehlungen des UNO-Berichts durchgeführt. Insbesondere wurde 1951 mit Hilfe eines UNO-Spezialisten ein Statistisches Amt aufgebaut, das als eines der besten in dieser Weltgegend gilt.

Haitianer haben Freistellen an Verwaltungsfachschulen des Auslandes erhalten.

Außerdem wurden sowohl bei der UNO als auch bei den Punkt-Vier-Behörden Fachleute für eine Finanz- und Verwaltungsreform erbeten.

So zeigt ein kurzer Überblick, daß in Haiti wie in anderen Ländern zahlreiche Fehler vorgekommen sind. Die Menschen waren ihrer Aufgabe nicht immer gewachsen. Das Verfahren war nicht immer den Eigenarten des Landes angepaßt. Mittel wurden oft dadurch vergeudet, daß man Fachleute ohne Kenntnis der Landessprache und der Landesart beschäftigte.

Trotzdem hat die Technische Hilfe positive Ergebnisse aufzuweisen, die der Regierung ihre Bemühungen um wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt erleichtert haben.



ZWEI KONTINENTE IN BEWEGUNG

Europa und Iberoamerika

Sehr geehrte Herren!

In seiner Besprechung von Julio Ycaza Tigerino: „Originalidad de Hispanoamérica“ (Heft 9/S. 513 ff.) stellt Richard Konetzke die These auf, daß wohl Menschen, nicht aber Jahrhunderte irren können. Das läuft auf eine Art Infallibilität des Jahrhunderts hinaus. Es handelt sich um eine bedeutsame geschichtsphilosophische oder auch geschichtstheologische Frage.

Wenn man aber die Irrtumsfähigkeit von Menschen zugibt, ist es schwer, die Irrtumsfähigkeit von Jahrhunderten zu bestreiten. Die Behauptung, daß menschliche Irrtümer ohne Einfluß auf die Jahrhunderte seien, widerspräche dem berühmten Wort Senecas: Nemo sibi tantummodo errat, sed alieni erroris et causa et auctor est. Dieser Ausspruch geht nicht nur den Moralisten, sondern auch den Historiker an.

Die Einflußlosigkeit des Menschen auf das Schicksal des Jahrhunderts ließe sich damit begründen, daß der Geist ohnmächtig ist und der Instinkt das Jahrhundert schon richtig führt. Dazu hat aber Pareto, der im übrigen den Instinkt für sehr wichtig hält, bemerkt, daß der Instinkt auch die Maus in die Falle führt. Auch ist der Geist doch nicht so ohnmächtig, nicht auf das Jahrhundert zu wirken: denken wir nur an Rousseau, Hegel, Marx und Lenin. Konetzke kann auch nicht wohl dieser Ansicht sein; denn er bekennt sich gegen Ycaza Tigerino zu Rationalismus und Intellektualismus, wozu freilich zu sagen wäre, daß Rationalismus und Intellektualismus weder an sich eindeutige Begriffe noch etwa synonym sind. Auf der anderen Seite dürfte das mythologische Denken weder bereits völlig überwunden noch überhaupt voll überwindbar sein. Nicht zufällig ist seit Ende des 19. Jahrhunderts der Mythos wieder entdeckt worden (Sorel, Pareto).

Konetzke könnte aber auch geltend machen, daß eine besondere Vorsehung jedes Jahrhundert davor bewahrt, den Irrtümern einzelner Sophisten zu verfallen und in die Irre zu gehen. Vielleicht könnte er sich für diese Ansicht auf Ranke

berufen. Ich glaube indessen, daß ein Jahrhundert, das Kathedralen baut, Gott näher ist als ein Jahrhundert, das Versicherungspaläste baut, d. h. daß es Zeiten größerer und geringerer Gottfähigkeit gibt. Ich stimme also der Geschichtstheologie meines Freundes Ycaza Tigerino gegen diejenige meines Lehrers Konetzke zu. Freilich ist auch die letztere nicht widerlegbar. Jede Wissenschaft, vor allem aber die geschichtliche, läuft auf letzte, wissenschaftlich nicht mehr ableitbare Grundüberzeugungen hinaus.

Eine andere Frage ist es, inwieweit geschichtliche Entwicklungen umkehrbar sind. Sicherlich lassen sich entfallene Situationen nicht voll wiederherstellen. Mit Recht wird der Satz Heraklits angeführt, daß niemand zweimal durch denselben Fluß geht. (Auch dieser Satz ist aber einseitig; ich behaupte, daß sich auch umgekehrt sagen ließe, daß jeder Mensch im Grunde in jedem Augenblick seines Lebens dieselbe Aktion oder, wenn man will, dieselbe Geste vollzieht). Auf jeden Fall aber hat auch der Mensch, der vom Baum der Erkenntnis gegessen hat, seine Freiheit damit nicht völlig verloren, auch nicht die Freiheit, zu seinem Ursprung zurückzukehren. Das ist es, was Ycaza Tigerino von Europa fordert, und ich zweifle nicht, daß Spanien, daß die iberische Welt diesem Ursprung näher sind, wenngleich auch sie von den Jahrhunderten nicht unberührt geblieben sind.

Günther Krauss

Mein Satz, daß „Jahrhunderte nicht irren“, bezog sich auf einen konkreten geschichtlichen Vorgang, nicht auf „die“ Geschichte im allgemeinen, die nur eine Abstraktion ist. Ich wollte damit zum Ausdruck bringen, daß das, was wir Entwicklung der modernen Welt nennen, sich im Gesamtverlauf unabhängig vom Tun oder Unterlassen, von der Einsicht oder dem Irrtum einzelner zeitgebundener Menschen vollzogen hat und daß hier stärkere historische Kausalitäten wirksam sind. Die Entstehung der modernen Welt beginnt mit der Einfügung griechischen Geisteserbes in die christlich-abendländische Kultur und ist im Grunde mit der Aufnahme

der Philosophie des Aristoteles entschieden. Der moderne Rationalismus hat in der Scholastik seine Wurzeln, und die Entfaltung naturrechtlichen Denkens und naturwissenschaftlicher Erkenntnis auch über den Bereich des kirchlichen Dogmas hinaus, in dem beides anfänglich geboren und eingeschlossen war, konnte auf die Dauer nicht aufgehalten werden. Die fortschreitende Kraft des menschlichen Denkprozesses, die sich in der mathematischen Erfassung und der technischen Beherrschung der Naturgewalten darstellt, hat Umwälzungen auf allen Lebensgebieten hervorgerufen und wesentlich eine neue Welt gestaltet.

An diesem geschichtlichen Vorgang, in den noch andere Faktoren eingriffen, haben alle europäischen Völker, auch das spanische Volk, Anteil gehabt, und es handelt sich nur darum, in jedem von ihnen den verschiedenartigen Beitrag, das unterschiedliche Tempo und das Verhältnis fördernder und hemmender Elemente zu bestimmen. Dabei wird man neben den mächtig voraneilenden Völkern auch jenen anderen der „heilsamen Zögerung“ (J. Burckhardt) ihre historische Bedeutung zuerkennen müssen, aber eine Rückkehr zu irgendeiner vergangenen Zeit gibt es nicht. Uns bleibt nur übrig, mit schonender, pfleglicher Hand drohendes Unheil der modernen Welt, dessen wir uns schauernd bewußt geworden, rechtzeitig abzuwenden und die seelischen Heilkräfte wachzurufen, wo immer sie die christlich-abendländische Tradition bieten kann.

Ich stimme mit Günther Krauss darin überein, daß damit an schwierige geschichtsphilosophische Fragen und an „letzte, wissenschaftlich nicht mehr ableitbare Grundüberzeugungen“ gerührt wird und daß die iberischen Völker in der Krise der modernen Welt eine zu beachtende Aufgabe haben, nur kann ich nicht an die Freiheit eines neuen Anfangs im geschichtlichen Sinne glauben.

Richard Konetzke

Heimat Europa

Karl Anton Prinz Rohan hat ein Buch geschrieben, das einen nicht losläßt, wenn man es einmal zu lesen begonnen hat. Vielleicht geht es nur einem Österreicher so, aber ich wünschte, es würden auch Men-

schen, die in einer andern Luft groß geworden sind, vom innern Wesen dieses Buches ergriffen.

Die Bühne, die hinter dem Eisernen Vorhang umgebaut wird, von der her wir heute nur das Rücken und Poltern der alten und der neuen Kulisse hören, sie ist es, die hier beschrieben wird. Ein Adelsleben, das in seiner Jünglingszeit noch in die Zeit der Monarchien reicht, wird hier geschildert, Abschied wird von einer Zeit genommen, und es fällt dabei kein zu lautes und kein rührseliges Wort, doch wir fühlen, was zugrunde gegangen ist. Die Städte, die wir liebten: Prag, Budapest, Krakau, Lemberg, Warschau, Bukarest und Sofia erstehen noch einmal vor uns und mit ihnen das, was ihnen und was uns gemeinsam war, und was ich nicht anders nennen kann: als das Glück der Weite, das Glück des Ostens.

Immer wieder drängt sich der Gedanke auf: was Europa verloren hat, als es seinen Adel, der von Kindheit auf zur Vermittlung und zur Verwaltung, zur Sauberkeit und zur Haltung erzogen worden war, aus der Politik verstieß. Es ist ja das Tragische des Buches, daß Prinz Rohan mit der Feder das zu erreichen versuchte, was er als Verhandelnder im Auftrage eines Staates hundertmal schneller und sicherer erreicht hätte. Aber all diese Kenntnisse und Fähigkeiten wurden nicht gesehen, weil man Politik nicht mehr als Kunst, sondern Drohung ansah.

Was der Prinz als Schriftsteller kann, beweisen die anschaulichen Schilderungen des Familienlebens – man denkt an Tolstois Kindheit – und die wenigen Zeilen über eine Entenjagd, dann die Darstellung des Zusammenbruches 1918 in der Ukraine. Wie bei allen Österreichern ist es auch hier zu fühlen: man hat nicht nur einen Krieg, man hat eine ganze Welt verloren.

Dankbar bin ich ihm auch, daß er nicht vergessen hat, wo und bei wem er gut und was er gegessen hat.

Und dann die Menschen! Die Träger des politischen und des geistigen Lebens jener unwirklichen Zeit zwischen den Kriegen, in der man immer wieder das Nachgrollen des ersten Krieges fühlte, in der man nicht wußte, ob das Murren ein Nachhall des abziehenden oder ob es die Ankündigung eines kommenden Unwetters war. Und immer wieder die Hoffnung, daß sich das

Neue gestalten, daß es sich lenken lassen werde. Welche Träumer! Welche Versuche und Wunschel! Und dann das Erwachen auf einem Zebra- oder Harfenbett in einem der vielen großen Lager, das auch Rohan nicht erspart wurde.

Unser aller Schicksal wird erzählt. Berlin bleibt ausgespart. Dort hatte man für das, was Rohan wollte, kein Organ. Wer immer aus Wien hinfuhr, ob Bardolf oder Srbik oder die vielen anderen, die es gut meinten und die das Richtige wollten, sie erlebten alle das gleiche: man verstand nicht, was die Menschen wollten, man glaubte ihnen nicht.

Man kann aus dem Buche lernen. Man hat den Bobby erfunden – in der Schweiz nennen sie ihn Poldi – und hat nicht gesehen, daß dieser Bobby eine Maske war, hinter der sich etwas verbarg, was sich schwer in den Wandel der Zeit finden

konnte. Hoffen wir, daß die alten Geschlechter auch diese für sie so harten Tage überdauern, denn sie wissen und sie hüten etwas, was zum Ureigensten Europas gehört. Ich habe einige von ihnen in den schwersten Zeiten ihrer Haltung wegen bewundern können. Und Haltung ist etwas, das verschiedene Stile, immer aber nur einen Inhalt hat: ob das nun der deutsche, vergessene Wachtposten ist, dem der Prinz in Znamienka rät, sich seiner Truppe anzuschließen, oder ob das der Prinz selbst ist, der zur Freude der amerikanischen Soldaten den Abort putzen muß, Haltung ist das Knochengerst des Menschen und des Staates.

Bruno Brehm

Karl Anton Rohan: *Heimat Europa. Erinnerungen und Erfahrungen.* Eugen Diederichs Verlag, Düsseldorf 1954, 356 S. DM 16,80.

DEUTSCHLAND UND SÜDOSTEUROPA

Die deutsche Forschung und Südosteuropa

„In den letzten Jahren ist in Deutschland zuviel von Westeuropa und zu wenig vom Osten und vom Südosten gesprochen worden“ sagte Staatssekretär Walter Stain anlässlich seiner Eröffnungsrede der Internationalen Hochschulwoche der Südosteuropagesellschaft vom 23. bis 27. Oktober 1954 auf der Herreninsel bei Prien (Chiemsee), die unter dem Thema stand: „Völker und Kulturen Südosteuropas“. Deutschland müsse sich wieder auf die Funktion der Mitte vorbereiten und deshalb solle auch die Erforschung des europäischen Südostens wieder betrieben werden, damit „wir in Zukunft zusammenleben, ohne uns auseinandergelebt zu haben“.

Auch Staatsrat Meinzolt vom bayerischen Kultusministerium betonte die Wichtigkeit des Südoststudiums und sprach die Hoffnung aus, daß sich dafür die erforderlichen Mittel finden würden, so daß München seine traditionelle Rolle in der Südostforschung wieder übernehmen könne. Gerade das Land Bayern habe noch vieles zu tun, um Versäumnisse nachzuholen und im Rahmen des Möglichen dafür zu sorgen, daß eine Gemeinschaftsarbeit der deutschen Südostforschung entstehe, an der auch die

vorhandenen Osteuropa-Institute und -Lehrkanzeln ihren Anteil nehmen möchten. Vor allem solle aber jene verhängnisvolle Doppel- und manchmal auch Vielgleisigkeit bei der Behandlung dieser Probleme vermieden werden, die in der Vergangenheit Schaden angerichtet habe.

Der Begriff „Südosten“ wurde von der Tagung, an der auch Vertreter der Landsmannschaften sowie einzelner Exilgruppen teilnahmen, als Arbeitsbegriff im Sinne des in dieser Beziehung vorgeschlagenen Programmes von Valjavec in den „Südost-Forschungen“ 1942 verstanden. Von dem Geographen Dr. Kündig-Steiner (Zürich) wurde in einem Referat vorgeschlagen, den Südostbegriff zu erweitern, indem die engen kulturgeographischen Beziehungen dieses Raumes zu Mitteleuropa und zum Vorderen Orient berücksichtigt werden sollten. Der Byzantologe Prof. Dölger (München) war der Meinung, man müsse dem Einfluß von Byzanz auf den südosteuropäischen Raum besondere Beachtung schenken, da dieser Raum durch Byzanz einmal zu einer Einheit geworden sei. Dem wurde von dem Grazer Slawisten Prof. Matl im Referat „Europäisierung Südosteuropas“ entgegengestellt, daß seit dem Mittelalter

im Zuge einer nachhaltigen „Okzidentalisation“ ein Prozeß im Gange sei, der diesen Raum „entbyzantinisierte und entorientalisierte“. In diesem Zusammenhang wurden die gewaltigen Einflüsse der westlichen Kulturen auf den Südosten behandelt.

Umgekehrt sind auch Einflüsse aus dem Südosten im Westen (Südfrankreich) spürbar gewesen, wie Prof. Solowjew in seinem erschöpfenden Referat über das Bogomilentum beweisen konnte. Solowjew kennt die Materie aus seiner langjährigen Lehrtätigkeit in Belgrad, die er, von den Tito-Behörden verfolgt, verlassen mußte, um in Genf ein neues Tätigkeitsfeld zu finden. Ebenso gelang es einem ausgezeichneten Kenner der rumänisch-slawischen Beziehungen, Emil Turdeanu (Paris), zu beweisen, daß diese wechselseitigen Kultureinflüsse bis zu den am westlichsten gelegenen serbischen Klöstern reichten. Der bekannte Romanist Prof. Carlo Tagliavini (Bologna) zeigte an Hand von Beispielen aus der vergleichenden Sprachforschung die in vielem eigenartige Entwicklung der zwei romanischen Sprachen des Südostens: des Rumänischen und des ausgestorbenen Dalmatischen. Die Professoren Saria (ehemals Laibach, heute Graz) und K. K. Klein behandelten die älteste Geschichte des Südostraumes, während Dr. v. Bogay (München) den Einbruch der Reiternomaden in südosteuropäische Gebiete darstellte. Slowakische Probleme vertrat Prof. Buko-Schäftlarn, bulgarische Prof. Schischkow (München), während über die slawischen Völker insgesamt in Vertretung des erkrankten Münchener Slawisten Prof. Schmaus einen kurzen Überblick Prof. Matl gab, wobei er von „fließenden Grenzen“ im Südosten sprach, nicht ohne auf gewisse Opposition der Exilgruppen zu stoßen.

Prof. Friedrich Hertz (London) sprach über das Wesen der alten Donaumonarchie. Seine Ausführungen gipfelten in der Darstellung der Führungsleistung der österreichisch-ungarischen Monarchie, die gleichsam als Generalprobe für die künftige Verfassung dieses Raumes angesehen werden könne. Die Monarchie sei eine Säule des europäischen Gleichgewichts gewesen, doch das habe man erst nach ihrem Verschwinden in voller Tragweite bemerkt. Keinem der Nachfolgestaaten sei es jemals

gelingen, jene Wohlstandsentwicklung zu erreichen, die in der Monarchie eine Selbstverständlichkeit war. Obwohl die Tagung von den Ausführungen dieses Vortragenden beeindruckt war, blieben auch sie von den Tagungsteilnehmern nicht unangefochten.

Ernest Bauer

Deutsche Kulturbeziehungen in Südosteuropa

Valjavec veröffentlichte bereits 1940 ein umfassendes Werk über den deutschen Kultureinfluß im nahen Südosten, als dessen erweiterte zweite Auflage nun eine aus vier Bänden bestehende Arbeit erscheinen soll. Schon der erste Band läßt die Vorzüge und Schwächen des großangelegten Werkes erkennen. Auf fast allen Gebieten der Kultur arbeitet Valjavec den deutschen Kultureinfluß auf den Südosten, besonders auf Ungarn, heraus, läßt jedoch die politische Entwicklung dieses Raumes im ganzen unbeachtet (abgesehen von der Staaten Gründung Sankt Stephans). Valjavec arbeitet mit erstaunlichem wissenschaftlichem Rüstzeug, und man wäre nur zu gerne bereit, aus seinen Ergebnissen auf das Verhältnis des Deutschtums zu den Völkern des Südostens zu schließen, zumal diese Frage heute im Brennpunkt des Interesses liegt.

Eine noch so gründliche Arbeit muß notgedrungen ein Torso bleiben, wenn sie sich nicht auf das gesamte kulturelle und politische Leben eines Volkes erstreckt. Vergebens weist Valjavec z. B. die enge Verbindung des ungarischen Humanismus mit dem Prag Karls IV. nach, wenn er nicht erkennt, daß zur gleichen Zeit balkanische Elemente die politische Macht in Ungarn an sich gerissen und der Politik dieses Landes eine deutschfeindliche Richtung gegeben haben, so daß im 15. Jahrhundert in Ungarn immer wieder auch von einer möglichen Deutschenvertreibung gesprochen worden ist. Der deutsche Dichter Chipenweger läßt die Madjaren im Jahre 1439 sagen:

*wir wollen chainen Deutschen hie haben,
wir wollen se ausz dem Land hie jagn,
wir sein allzeit mit in ser überladen.*

Vielleicht noch wichtiger als der in Einzelheiten gehende Nachweis westlicher Kulturströmungen dürfte die Beleuchtung

jener Reaktionen sein, welche infolge dieser Beeinflussungen in dem Nachbarvolk entstanden sind. Über diese Seite der deutsch-madjarischen Beziehungen erfährt man aus dem Werke von Valjavec leider gar nichts. Das einseitige Hervorheben der deutsch-europäischen Einflüsse kann in dem ahnungslosen Leser leicht den Eindruck erwecken, als sei zwischen den Völkern des Südostens und dem Deutschtum alles in schönster Ordnung gewesen. Das war leider nicht der Fall. Es gab auch andere Einflüsse in diesem Raum, die wir auch erkennen müssen, um die historischen Ereignisse verstehen zu können.

Die Arbeit von Valjavec ist die ausgezeichnete Leistung eines Germanisten, die aber die eigentliche Problematik, die uns in erster Linie beschäftigt, nämlich die Frage nach dem geschichtlichen Verhältnis der Völker untereinander, kaum oder nur von einer Seite berührt. Besonders zu bedauern ist, daß der Verfasser seine Untersuchungen mit dem österreichisch-ungarischen Ausgleich (1867) abzuschließen gedenkt und somit gerade jene Epoche der ungarischen Entwicklung nicht mehr behandeln will, in welcher der deutsch-europäische Kultureinfluß als „lebenszehrende Gefahr“ der madjarischen Eigenentwicklung systematisch bekämpft worden ist.

Johann Weidlein

Fritz Valjavec: Geschichte der deutschen Kulturbeziehungen zu Südosteuropa. I. Mittelalter. Verlag Oldenbourg, München 1953, XVII und 265 S. Südosteuropäische Arbeiten 41.

Umsetzung durch Übersetzung

Wer übersetzt, ist ein Volksfreund. Jeder sollte aus Gründen der Lebenserhaltung diesen Satz respektieren: in allen politischen Systemen, die sich zum Zwecke der Legitimierung auf das „Volk“ berufen. Demokraten und Nationalsozialisten, Volksdemokraten und christliche Demokraten – sie alle werden einigermaßen empfindlich, wenn man größerer Zurückhaltung im Übersetzen das Wort redet. Auch wir verzichten daher auf eine grundsätzliche Kritik und notieren nur, daß die Fortschritte, die die Volksdemokratien auf diesem Gebiet machen, enorm sind. In Rumänien erschienen viele Bände historischer Urkun-

den, Stück um Stück in rumänischer Übersetzung. In Ungarn kamen Dokumentenbände zur Politik Horthys und zur Bildung der pfeilkreuzlerischen Regierung heraus: statt der Originale wurden Übersetzungen ins Madjarische gedruckt. Ein reaktionärer Narr derjenige, der dies Verfahren beanstanden wollte!

Wenn aber übersetzt wird, sollte diese Übersetzung zutreffend sein. Leider ist das nicht immer der Fall. Vor uns liegen die „Dokumente zur Geschichte der Donauschwaben“, die Prof. A. K. Gauß herausgegeben hat. Ihr Erscheinen ist sehr zu begrüßen – und zugleich eine neuerliche Bestätigung der auffälligen Tatsache, daß die Südostdeutschen wesentlich intensiver als andere ostdeutsche Landsmannschaften um die Vertretung und Vertiefung des Heimatgedankens bemüht sind. (Die „Südostdeutschen Heimatblätter“ übertreffen an Qualität die meisten ostdeutschen Blätter erheblich!) In diesen „Dokumenten“ ist auf S. 9 f. die „authentische Interpretation“ eines Beschlusses des „Antifaschistischen Rates der nationalen Befreiung Jugoslawiens“ (AVNOJ) vom 8. Juni 1945 (nicht 6. 6. 1945) abgedruckt. In Punkt 2 b der Interpretation heißt es, daß denjenigen die Bürgerrechte und das Vermögen nicht entzogen werden, „welche vor dem Kriege assimilierte Kroaten, Slowenen oder Serben gewesen und während des Krieges nicht dem Kulturbund beigetreten sind und auch nicht als Mitglieder der deutschen Volksgruppe sich hervorgetan haben“. Dem „sich hervorgetan haben“ der Übersetzung entspricht jedoch nicht das Original. Aus dem Original ergibt sich zweifelsfrei, daß all diejenigen Staatsbürger gemeint sind, die sich zum Deutschtum „bekannt“ haben. Das „Bekanntnis“ bedurfte nach Ansicht der AVNOJ-Beschlüsse keiner besonderen Beweise völkischer Aktivität, daher heißt es im Punkte 1 ausdrücklich, daß unter die Bestimmungen auch diejenigen fallen, „welche sich während der Okkupation zum Deutschtum bekannt haben oder als Deutsche gegolten haben“.

Es geht uns hier nicht um ein philologisches Problem. Wer philologisch interessiert ist, möge Original und Übersetzung in den „Südostdeutschen Heimatblättern“ 1954, 3, S. 116, vergleichen. Es geht uns darum, daß die Wahrheit nicht – absichtlich

oder aus unschuldiger Fahrlässigkeit – durch Übersetzung in Nicht-Wahrheit umgesetzt wird. Ein großer Teil des nicht-deutschen Schrifttums versucht, die Vertreibung der Deutschen aus dem Südosten mit der Behauptung zu „erklären“, daß nur die Funktionäre der Volksgruppen ausgewiesen werden sollten. In Ungarn habe man nur diejenigen vertreiben wollen, die ihre „Treuepflicht“ dem ungarischen Staat gegenüber verletzt hätten. Die Russen hätten jedoch den Rahmen dann sehr viel weiter gesteckt. Eine wissenschaftlich befriedigende Klärung der mit der Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa zusammenhängenden Probleme liegt noch

nicht vor. Um so mehr Grund, bei der Übersetzung einschlägiger Dokumente äußerst genau und gründlich zu sein! So peinlich gründlich, daß in 2 g die jüdischen Mischehen nicht vergessen werden: nach dem serbischen Text galten Ausnahmestimmungen auch für diejenigen Deutschen, die mit Personen jüdischer, slowakischer usw. Nationalität eine Mischehe geschlossen hatten.

J. K.

Adalbert Karl Gauß: *Dokumente zur Geschichte der Donauschwaben 1944–1954*, Donauschwäbischer Verlag, Salzburg 1954, 45 S.

SÜDOSTEUROPA NACH DEM ZWEITEN WELTKRIEG

Rumänien im Zweiten Weltkrieg

Über die Rolle Rumäniens im Zweiten Weltkrieg liegen bereits einige Veröffentlichungen vor. Zuerst waren es naturgemäß die Rumänen selbst, die das Wort ergriffen. 1949 erschien in Paris ein Buch des bekannten Journalisten und politischen Schriftstellers Pamfil Seicaru; 1950 veröffentlichte, gleichfalls in Paris, ein ehemaliger Sekretär im Ministerpräsidentenamt das sogenannte *Mémorial Antonescu*; 1952 ließ der letzte rumänische Gesandte in Berlin, General Ion Gheorghe, seine Memoiren in Deutschland erscheinen. Während das *Mémorial Antonescu*, von dem leider bis jetzt nur der erste Band vorliegt, fast amtlichen Charakter hat, da es auf Grund von offiziellen Aufzeichnungen und Berichten verfaßt wurde, sind die Arbeiten von Seicaru und Gheorghe die Frucht persönlicher Einstellung und Verantwortung.

Da der Frontwechsel im August 1944 ungewollt die nationale Katastrophe Rumäniens einleitete, ist es kein Wunder, daß alle Äußerungen der Rumänen über die Rolle ihres Vaterlandes im Zweiten Weltkrieg, von welcher Seite sie auch kommen mögen, einen stark polemischen Zug aufweisen. Die erste rein wissenschaftliche Arbeit über die Beteiligung Rumäniens am Zweiten Weltkrieg kam von deutscher Seite in der Form einer Doktorarbeit, die von dem jungen Historiker Andreas Hillgruber vor kurzem veröffentlicht wurde. Er behandelt die deutsch-rumänischen Be-

ziehungen von 1938 bis 1944 und beschränkt sich dabei auf die politische, wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit der beiden Länder in der genannten Zeitspanne. Die rein politischen Beziehungen zwischen Rumänien und der Sowjetunion von 1917 bis 1944 schilderte im Mai 1954 der ehemalige Unterstaatssekretär im Bukarester Außenministerium Botschafter Alexandru Cretzianu in einem Vortrag im Rumänischen Institut in Paris, dessen Wortlaut nunmehr gleichfalls gedruckt vorliegt.

Hillgruber benutzte alle zur Zeit verfügbaren Quellen, die er durch Zeugenaussagen deutscher und rumänischer Persönlichkeiten ergänzt. So konnte er manche interessante Einzelheit zutage fördern wie z. B. die auch den Rumänen wenig bekannte Friedensaktion König Carols im November 1939 oder die Rolle des Gesandten Dr. Clodius bei der von Hitler getroffenen Entscheidung in der Siebenbürger Frage. Natürlich sind die Akten des rumänischen Dramas im Zweiten Weltkrieg, gerade was die Einzelheiten betrifft, noch lange nicht abgeschlossen, zumal von rumänischer Seite in absehbarer Zeit wohl keine Dokumentenveröffentlichung zu erwarten ist. Das von Hillgruber gezogene Fazit dürfte jedoch als endgültig gelten: „Das Rumänien König Carols und Marshall Antonescus war in keiner Phase des Krieges ein Satellit des Reiches.“

Bei aller Objektivität der Darstellung kann dem Verfasser eine gewisse Sympathie

für Rumänien nicht abgesprochen werden, eine Einstellung, die ihn in die Lage versetzt, Verständnis für manche vom Reich abweichende Haltung der Rumänen während der sechsjährigen engen Zusammenarbeit mit Deutschland aufzubringen.

Um so befremdender wirkt auf den rumänischen Leser die nicht näher begründete Feststellung hinsichtlich des angeblichen „Versagens eines Teiles des rumänischen Offizierkorps in den mittleren Dienstgraden“, das die Katastrophe von Stalingrad mit herbeigeführt hat (S. 152). Diese Feststellung steht aber im vollen Widerspruch mit der rumänischerseits gemachten Beobachtung, daß gerade das Offizierkorps einen verhältnismäßig hohen Prozentsatz an Gefallenen und Verwundeten aufwies. Die Erklärung hierzu findet man im *Mémorial Antonescu*: „*Pour suppléer à la défaillance des grades intérieurs, les officiers se voyaient obligés de prendre le commandement des petites unités. Ils étaient toujours en première ligne et à la tête des listes de victimes*“ (S. 119).

Cretzianu gibt eine knappe, aber zuverlässige Übersicht über die sowjetisch-rumänischen Beziehungen vom Ersten bis Ende des Zweiten Weltkrieges unter besonderer Berücksichtigung der Bessarabienfrage. Diese Untersuchung, die der Verfasser an Hand der geretteten Unterlagen aus dem rumänischen Außenministerium führt, bringt ihn zu der richtigen Feststellung, daß Rumänien niemals aggressive Absichten der Sowjetunion gegenüber gehegt hat. Im Juni 1940 nutzte jedoch die Moskauer Regierung die schwierige außenpolitische Lage Rumäniens aus und zwang es, nicht ohne die Unterstützung des Dritten Reiches, Bessarabien und die Nordbukowina zu evakuieren.

Hinsichtlich des rumänischen Ostfeldzuges steht Cretzianu auf dem Standpunkt, Rumänien hätte sich auf die Rückeroberung der von der Sowjetunion 1940 geraubten Gebiete beschränken müssen, wie der ehemalige stellvertretende Ministerpräsident und Außenminister Mihai Antonescu im September 1941 in Washington mitteilen ließ. Hätte Marschall Antonescu, meint Cretzianu, tatsächlich diese Linie eingehalten, so wäre die internationale Lage Rumäniens heute eine andere.

Diese Politik hätte wohl bei der bekannten Einstellung der Sowjetunion in der Bessarabienfrage nur dann einen Sinn gehabt, wenn die Russen geschlagen worden wären – geschlagen aber von wem? Doch nur von einem Deutschland, das unmöglich auf das rumänische Erdöl und unser Wirtschaftspotential überhaupt hätte verzichten können. Wir hätten uns einfach von Hitler besetzen lassen unter ausdrücklichem Verzicht auf eine Lösung der Bessarabienfrage mit Waffengewalt, ohne dadurch unsere nationalen Rechte auf diese Provinz aufgeben zu wollen. Nur in diesem Falle wäre Rumänien heute, wenigstens vom völkerrechtlichen Standpunkt aus, in einer besseren Lage. Praktisch hätte sich an der ganzen Entwicklung allerdings kaum etwas Wesentliches geändert, wie das Schicksal Polens und der Tschechoslowakei zur Genüge beweist.

Diese Eventualität hat aber meines Wissens niemand bei uns, weder Regierung noch Opposition, in Erwägung gezogen, geschweige denn vorgeschlagen, obwohl Rumänien im Ersten Weltkrieg eine bessere Erfahrung mit dem feindlichen Deutschland als mit dem befreundeten und verbündeten Rußland gemacht hatte. Dagegen hätte der von Iorga im Juni 1940 gemachte Vorschlag eines bewaffneten Widerstands gegen die Sowjetunion, den Cretzianu ebenfalls anführt, zu jenem Zeitpunkt zur sofortigen Aufteilung Rumäniens zwischen der Sowjetunion, Bulgarien, Ungarn und wohl auch Deutschland geführt.

Aber jede nachträgliche Weisheit ist bekanntlich allzu billig, als daß man sich in wissenschaftlichen Werken damit abgeben sollte.

D. C. Amzar

Andreas Hillgruber: *Hitler, König Carol und Marshall Antonescu. Die deutsch-rumänischen Beziehungen 1938–1944*. Franz Steiner Verlag, Wiesbaden 1954; XII und 382 S., mit 1 Karte und 2 Kunstdrucktafeln, Format 17 × 24 cm. Ganzleinen mit Schutzumschlag, 26.— DM. (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte, Mainz, Band 5.)

Alexandre Cretzianu: *La Politique de paix de la Roumanie à l'égard de l'Union Soviétique*. Institut Universitaire Roumain Charles 1er, Paris 1954, 16 S.

Donaupatrioten?

Unglück wirkt nicht immer läuternd und klärend. Es birgt oft in sich höchst diffuse Kräfte, die zu einer permanenten Diskussion drängen, in der sich jeder ständig im Anklagezustand befindet. Daher wirkt für alle Emigrationsgruppen die Vergangenheit spaltend. Der Gedanke, daß der Verlust der süßen Heimat die Schuld der anderen sei, ist stets eine Versuchung – vor allem in einer Zeit, die das natürliche Lebensgefühl durch eine Überproduktion von Pharisäern sauer werden ließ.

Seit ihrer Existenz genießt die Intelligenz Mittel- und Ostmitteleuropas die Rolle des Anklägers ganz besonders; für den Verzicht auf Vergebung und Versöhnung stellt sich rasch eine Entschuldigung ein: echte Heimatliebe – so sagt man – müsse sich gerade darin bewähren, daß die alten politischen und sozialen Ideale in möglichstster Reinheit bewahrt werden.

So ist es auch zu verstehen, daß etwa der frühere regierungsparteiiche Abgeordnete Antal Czermann in der Januarausgabe 1954 des *Nyugati Magyar-ság* Vorgänge aus dem Jahre 1942 aufgriff und wütende Angriffe gegen das ungarländische Deutschtum (dem er entstammt!) startete, Angriffe, denen das in Pittsburgh erscheinende Blatt *Magyar-ság* (26. 11. 1953) schon im voraus mit der Feststellung begegnete, daß die seinerzeit Reichsverweser von Horthy vorgelegten Dokumente über angebliche separatistische Tendenzen der Volksdeutschen Transdanubiens von Agenten des Polizeipräsidenten Sombor gefälscht worden seien. Das ungarländische Deutschtum habe während seiner ganzen Geschichte große Opfer für Ungarn gebracht: „Als die Russen das Land besetzt hatten, war es leider gerade ein christlicher Priester, Béla Varga, der jetzige Vorsitzende des National-Komitees, der als erster die Ausweisung der Deutschen aus ihrer alten Heimat forderte.“

In der Emigration ist die Vergangenheit in besonders intensiver Weise gegenwärtig. Zugleich aber ist die „fremde“ Gegenwart voller Hoffnungen. Die neue Heimat und die Zukunftschancen, die sie für den Kampf um die Rückkehr zu bieten scheint, zwingt die Emigration zu Anpassungen. Diese Anpassungen werden jedoch von den verschie-

denen Emigrationsgruppen je nach dem Temperament ihrer Führer und der weltanschaulichen Prägung ihrer Anhänger verschieden vollzogen.

Jede Emigration lebt ein doppeltes Leben. Während die Gegenwart des Gaststaates lockend oder bedrückend, verführerisch oder lähmend ist, entzieht sich die Gegenwart des Stammvolkes mehr und mehr den Blicken. Jedenfalls gilt das für die Welt hinter dem Eisernen Vorhang: wer würde z. B. heute wagen, ein verantwortliches Urteil über die Strukturveränderungen der donauländischen Wirtschaft, über die Verluste der traditionellen madjarischen Führungsschicht oder die Intelligenz der Slowaken, Rumänen, Karpathenukrainer auszusprechen? Der offenbar sehr rasche Wandel dieser Strukturen wirft gespenstische Schatten auf die verschiedenen Zukunftsbilder, die sich die Emigration – in großer Fülle! – über die zukünftige Ordnung ihrer alten Heimat und des ganzen Raumes zwischen Ostsee und Adria gemacht hat.

Wer sich mit diesen Fragen beschäftigt, wird davon ausgehen müssen, daß er schwankenden Boden betritt. Überlegt er die Möglichkeiten einer Donauföderation, so wird er sich eingestehen müssen, daß über die wirtschaftliche Seite einer solchen Föderation heute keine Klarheit besteht. Und er wird wohl auch zu bedenken haben, daß die für eine Integration in Frage kommende Schicht durch die Schicksale, die sie in den letzten zehn Jahren innerhalb und außerhalb des Heimatlandes erlebt hat, sehr schmal geworden ist. Daß die Sprengkraft der Völker, Staatstraditionen, wirtschaftlichen Interessen und Kulturen innerhalb des Raumes, der unter dem Namen „Intermarium“ von polnischer und tschechischer Seite konstruiert wurde, zu stark sein würde, wurde inzwischen von verständigen Freunden des Föderationsgedankens eingesehen. Aber auch die föderative Zusammenfassung der Donauländer oder des Balkans enthält eine solche Fülle schwierigster Probleme, daß nur eine nüchterne Analyse der wichtigsten Fragen und ein Entschluß zu schrittweisem Vorgehen weiterhelfen kann. Wer sich auf das Wirken eines „donaupatriotischen Geistes“ verlassen will, wird verlassen sein.

Angesichts dieser Lage ist es zu begrüßen, daß der ehemalige slowakische Außenminister Ferdinand Durcansky zunächst einfach eine nationale Bilanz zieht. Seine lesenswerte Broschüre begründet die Forderungen aller Slowaken in der Emigration: nach anfänglichem Schwanken sind sich alle Gruppen in dem Wunsch nach Wiederherstellung eines eigenen Staates einig geworden. Der Verfasser begründet diese Forderung vor allem unter völkerrechtlichen Gesichtspunkten und wendet sich dabei nicht zuletzt auch an die Tschechen mit der These, daß sie in ihrem eigenen Interesse den Gedanken an eine Restauration des Kunstgebildes „Tschechoslowakei“ aufgeben möchten. Vielleicht wäre ein Blick auf die Tatsache, daß auch ein Mann wie Hodza nach dem Zusammenbruch der CSR offenbar – man denke an seine Tätigkeit in einer rein slowakischen Emigrationsgruppe! – neue Lösungen erstrebte, zweckmäßig gewesen. Daß Durcansky die zukünftige Slowakei nicht gegenüber föderativen Lösungen im Donaauraum isolieren will, hat er mehrfach ausgesprochen.

Der tschechische Offizier F. O. Miksche hält gleichfalls eine getrennte Lösung des tschechischen und des slowakischen Problems für erforderlich. Sein Plan einer Donauföderation beschränkt sich auf Österreich und die Siedlungsgebiete der Madjaren, Slowaken und Tschechen. Während die von Durcansky geführten Slowaken den Wunsch nach einer Einbeziehung der Rumänen, vielleicht auch der Kroaten, in diesen Plan haben, neigten die Anhänger des Slowakischen Nationalrats bisher zu Lösungen, die Polen einbezogen. Ob sich nach dem Tode Sidors (20. 10. 1953) in diesem Lager eine Neuorientierung vollziehen wird, ob es überhaupt zu einem wirklich voll übereinstimmenden außenpolitischen Programm der größeren Gruppen der slowakischen Emigration kommen wird, kann erst die Zukunft lehren. Sicher ist, daß die exilslowakische Presse die Äußerungen Miksches freundlich aufnahm.

Das Echo auf madjarischer Seite war zwiespältig. Das in München erscheinende Zweimonatsblatt *Látóhatár*, das Organ der Madjaren am Sender „Freies Europa“, verfolgt den Intermarium-Plan und träumt von einem ostmitteleuropäischen Großraum, der

die deutschfeindliche Funktion der Kleinen Entente erweitern und eine Wächteraufgabe gegenüber Rußland übernehmen soll. Andere madjarische Gruppen kommen den Gedanken Miksches näher, wenn sie sich auch zumeist an den historischen Vorstellungen des Stefansreichs oder der Donaumonarchie orientieren. Hin und wieder wird eine Einbeziehung der Kroaten gefordert. Da jedoch die von kroatischer Seite eingeleiteten Bemühungen um eine kroatisch-madjarische Verständigung bisher wegen der großen Zersplitterung im ungarischen Lager fruchtlos waren, bleibt diese Forderung eine Redensart.

Miksche betrachtet im übrigen seinen Vorschlag als eine „geopolitische“ Lösung. Der Anschluß der Karpathenukraine an eine sowjetische Republik oder eine freie Ukraine widerspreche der Tatsache, daß das Donau-Bassin in geopolitischer Hinsicht eine klar definierte Einheit bilde. Ähnlich argumentiert er für Böhmen, mit der Folgerung, daß die Sudetendeutschen in ihre alte Heimat zurückkehren sollten. Da die von 28 Millionen Menschen besiedelte Donauföderation weder überwiegend „slawisch“ noch überwiegend „deutsch“ sein werde, könne sie gegenüber dem Panlawismus und dem Pangermanismus eine Funktion erfüllen.

Miksche gibt seinem Lösungsvorschlag den Namen „Mitteleuropäische Föderation“. Wir haben nach 1945 den Versuch gemacht, mit Hilfe mehrerer Purzelbäume von einem oft engherzigen Nationalismus zu einem (zuweilen blutleeren) Europäismus zu gelangen – unsere wirkliche Aufgabe in Europa werden wir jedoch nur dann erkennen können, wenn wir die mitteleuropäische Frage nicht umgehen.

H. J. Beyer

Ferdinand Durcansky: *Die slowakische Frage eine internationale Frage, Slowakisches Befreiungskomitee, München-Waldperlach 1954, 44 S.*

F. O. Miksche: *Danubian Federation. A Study of Past Mistakes and Future Possibilities in a Vital Region of Europe. Kenion Press Ltd., Slough, Bucks. 1952, 39 S.*

Graz — Stadt zwischen Geschichte und Gegenwart

Es ist ganz still



Gegen halb sieben Uhr früh reckt der Hausdiener den „wunderschönen Biedermeiergarten“ des Hotels. Ein Geviert aus Rosenlauben umschließt Rasen und Bassin; da und dort schimmert noch eine blasse Blüte aus dem Schatten. Am Nachmittag werden die Lauben von Liebespaaren bewohnt, die ihren Wein trinken, von Familien, die Karten spielen, von alten Damen, die sich vom Kellner in goldbedruckte Mappen gebundene Zeitschriften reichen lassen. Die Lämpchen werden entzündet über den

Tischen. Dann und wann fällt ein Tropfen aus dem Brunnen auf den blauen Spiegel des kleinen Bassins. Es ist ganz still.

Und auch die weiten, um und durch die Stadt sich ziehenden Anlagen — Stolz der Bewohner — bieten diesen Frieden: Eichhörnchen — für mich die trostreichsten aller Geschöpfe — klettern den Frauen in die Markttaschen; sie lassen sich, zwischen den gelassen hinwandernden Tauben, von ihren Gönnerinnen in zierlichen Näpfchen ihr Frühstück servieren, oder sie graben, besorgt wie sie sind, die Haselnüsse ein.

Auf den Gesichtern der Menschen älterer Generation steht Leid: viele gehen an Stöcken mit halb erloschenen Augen durch die wehmütig-bunten Gassen, in deren einer Josef Hasenhütti, Wachszieher und Lebzelter, sein Geschäft betreibt, an verstummten Palästen vorüber, durch die Obstbudenstadt auf dem Jakomini-Platz, wo die Stadt ihren Reichtum bietet: Trauben und reinlich aufgeschnittene Melonen mit blutigem Fleisch, riesige ockergelbe, rötlich überflamnte Pflirsiche, Tomaten und alle Sorten Birnen und Pflaumen.

Aber das wunderbarste ist der Wein und der Pflaumenschnaps des unsterblichen Fürsten Slibowitz. Er schmeckt am besten in einem der alten Höfe: ein leichtes Gespinst aus buntem Laub beschattet die Tische, darüber schwankt ein Vogelkäfig an einem Fenster: die gelben Wände brechen sich in Winkeln und Treppen und teilen sich in Galerien und Arkaden auf; aus den tiefen Gewölben im Schloßberg steigt die Kühle.

Nehmt Rücksicht auf die Hausparteien
Und laßt das Singen und das Schreien.

Der Wein, die Tische vereinen; es scheint keine Unterschiede zu geben. Es ist ganz still — fünfzig Kilometer von der ungarischen, vierzig von der jugoslawischen Grenze.

Heimweh nach der Weite

Durch alle Gespräche dunkelt die Sorge um Glaube und Sprache jenseits der Grenzen, klingt das Heimweh nach dem weiten Hause, in dem unter dem vereinenden Symbol die Völker der Donauländer zusammen wohnten (solange die Hausparteien wechselseitige Rücksicht übten). Bis zum Untergang der Monarchie war Graz das weit offene Tor nach dem Orient; nun ist es das Ende der großen Straße: selten fahren fremde Wagen hindurch.

Nach vier Monaten russischer Besetzung kam die englische: sie bleibt den Reisenden unsichtbar. Die nicht sehr beträchtlichen Bombenschäden verheilen. Aber die zweitgrößte Stadt Österreichs, einst das Paradies der Pensionäre, ist vielleicht am reichsten an Armut. Flüchtlinge wollen aufgenommen werden.

Auch das Ringen um die Behauptung geistiger, volkhafter Sonderart gegen zentralistische Tendenzen ist hart. Die Universität, das Verlagshaus „Styria“ mit seinen zwei Buchhandlungen, die Vereinigten Bühnen, die über ein großartiges Opernhaus aus der Glanzzeit des vorigen Jahrhunderts, Kammerspiele und Freilichttheater, aber noch nicht wieder über das schöne, hinfällig gewordene Schauspielhaus verfügen, Sender und Presse leisten höchst wertvolle Arbeit.

Habsburger Tradition

Was aber hier erschüttert, ist die Gegenwart des Geschichtlichen, wundersam ineinander verschlungener geistiger und politischer Traditionen.

Unvermittelt ragt der bewaldete Dolomittfelsen des Schloßberges aus der von fernen Bergen umsäumten, nach Süden offenen Ebene (von hier sah Rosegger gerührt auf seine Stadt); Maisfelder folgen den schilfumwachsenen Ufern der Mur. *Gradec* nannten die Slowenen die kleine Burg auf dem Felsen; daher soll der Name kommen. Jetzt leuchtet von oben das mächtige Zifferblatt des spitzgiebligen, von einer Holzgalerie umzogenen Uhrturms auf Straßen und Plätze: die Zeit trat die Herrschaft an.

Unten baute sich der beharrlich-zielsichere Kaiser Friedrich III., der von allen Kaisern, bis auf Franz Joseph, am längsten regierte (1440–1493), seine Burg; die noch erhaltenen drei Höfe wissen wenig mehr zu sagen von ihrer Pracht. Der Kaiser erhob Familienpolitik zur Weltpolitik und bestimmte dadurch die folgenden Jahrhunderte. Am Westportal des von ihm gegründeten Domes und im Chorfenster vereinigt sich sein Wappen mit dem seiner portugiesischen Gemahlin; hier leuchtet die Devise, die den Erdkreis für Österreich beanspruchte: A. E. I. O. U. (Alles Erdreich Ist Österreich Untertan). Vielleicht trägt der mächtige Christophorus über dem linken Seitenschiff die Züge des Kaisers; er ist von männlich-milder Majestät.

Aber seine Krone hat Graz erst von Ferdinand II. empfangen, der, wie Ferdinand III., hier geboren wurde: es ist Ferdinand der Gräzer, der in Italien auf dem Loretoberge schwor, sein der Reformation ergebenes Land (1596 soll es, nach Ranke, nur drei Katholiken in Graz gegeben haben) wieder katholisch zu machen und eine bedeutungsschwere Rolle während der Zeit des Kaisers Mathias im Vorspiel des Dreißigjährigen Krieges spielte. Wir können die Schatten nicht tilgen von seinem Bilde. Mächtige Tendenzen zu Abfall und Liberalisierung, die vom 18. und 19. Jahrhundert her bis in die Gegenwart wirkten, sind ohne jene Zeit und ihre Methoden nicht zu verstehen; eine Verletzung ist geschehen, die schwer vernarben will.

Und doch war Ferdinand, bei aller Härte (und gleichzeitiger Schwäche), keineswegs finster, sondern von habsburgischer Leutseligkeit. Als er in Regensburg, nach der Absetzung Wallensteins, eben das Schiff bestieg und hörte, daß Kepler krank in der Stadt liege, sandte er dem „Getreuen Lieben Johann Käpler“ dreißig Gulden und ließ ihm gute Besserung wünschen. Und wenn auch der Kaiser sowenig wie Wallenstein dem sterbenden Hofmathematikus seine Schulden bezahlte, so bleibt das doch eine schöne Geste des gegenreformatorischen Kaisers an den mutigen Zeugen der Augsburger Konfession.

Ferdinand II. wollte in Graz begraben sein; und so ruht er auch hier in dem von ihm erbauten Mausoleum. Es schließt an den Dom sich an: eine kraftvolle Barockfront über hohen Stufen; darüber schwingt der Dreiklang der patinierten elliptischen Kuppel und der runden Kuppeln zweier Türme.

Fischer von Erlach, der in einer schmalen Grazer Gasse geborene Baumeister des Prinzen Eugen und des Wiener Adels, schmückte die Kuppel über der symbolischen Darstellung des Heilands-Grabes. Darunter öffnet sich die eigentliche, nur von Schachtfenstern erhellte Grabstätte; auf prächtigen Sarkophagen aus rotem Salzburger Marmor ruhen die Eltern des Kaisers, Erzherzog Karl und seine Gemahlin Maria; schmucklos, in der Ehre des kaiserlichen Namens, ist das Grab des Sohnes zu ihren Füßen. Das ist habsburgische Pietas, Ernst und Würde des Escorial.

Die Macht ist nur eine Kulisse

Trauernde Engel knien im Dunkel. Silbergefäße, in einer vergitterten Nische, dunkel wie Erz, bewahren den Staub fürstlicher Herzen. Oben, im Seitenaltar der Kapelle, überrascht das Motiv eines Barockbildes: der Tod, herabschwirrend wie ein furchtbares Insekt, schreckt die ersten Menschen. Über ihnen erstrahlt das Bild der Unbefleckten, der Retterin.

Der Dreiklang über dem Grabe, den verbrauchten herrscherlichen Herzen, ist die irdische Krone der Stadt Graz, Denkmal der Zeit, da es die wichtigste Stadt im Südosten war und an seinem Schloßfels sich die Türkenfluten brachen.

In vier Stockwerken bewahrt das Zeughaus die blanke Waffenrüstung eines Heeres von dreißigtausend Mann: Helm um Helm an der Decke, hohe Regale kunstreich eingelegter Pistolen, Harnische mit ironisch verzogenen Mundschlitzen, türkischen Augenlöchern, täppisch ausgestreckten Armen, das eiserne Kleingeschütz, das in die Schießluken gelegt wurde, die runden Felsbrocken für das Maul der Haubitzen und das todesschwere Gehäuse der Schlachtrosse.

Daneben öffnet sich der Hof des Landhauses, eines Renaissancebaus der stolzen steirischen Stände. Wenn spät, zum Festspiel die Fackelträger in allen Galerien stehen und von der obersten die Flammen in den Sternenhimmel schlagen, so schwindet die Wucht des Geschichtlichen ins Phantastische hinüber. Es ist nicht mehr wahr, was geschehen ist. Alle Waffen sind verrostet. Die Macht ist nur eine Kulisse vor der Nacht.

Während der Aufführung meines Stückes störte hereinschallendes Gelächter. Nach der Vorstellung bat der Direktor, mit der Höflichkeit des Landes, den benachbarten Gastwirt, seine Gäste zur Ruhe während der Vorstellung anzuhalten. Seit acht Jahren, erwiderte der Mann, sei kein Lärm bei ihm gewesen. Aber heute habe der Künstler,

der am Abend den König spielen sollte, alte Freunde bei ihm getroffen und ihnen eine Flasche Wein spendiert. Die seien so lustig gewesen. Wir trösten uns, als ein Kritiker es als eine besondere Feinheit der Regie rühmte, daß sie an wichtiger Stelle ein „fernes Hohngelächter“ hörbar werden ließ.

Die Sterne wurden Schicksal

Die höchste Krone der Stadt Graz ist ganz anderer Art. Noch steht das festgefügte, barock verkleidete Haus in der Stempfergasse, wo Johannes Kepler, Lehrer der Mathematik und Rhetorik am Landständischen Gymnasium zu Graz, mit der jungen, schon zweimal verwitweten Barbara Müller von Mühleck Hochzeit hielt.

Man kann im Hofe sitzen bis über Mitternacht beim klaren, starken Wein. Dann beleben sich die Stufen, die Gewölbe des Kepler-Hauses von Heimkehrenden; in den Lauben und Galerien über dem vielwinkligen Hof kommt und geht das Licht. Und nun könnte er wirklich hier vorüberschreiten, der hohe, ernste Mann, der es nicht begreifen konnte, daß die Menschen nicht Tränen vergossen über den Harmonien des Alls.

Er war ja Theologe gewesen und war „lange in Angst“, bis er erkannte, daß er, wie er es als Theologe hätte tun sollen, Gottes Lob verkünden konnte als Denkender und Erkennender. Geometrie erwies sich, nach dem Vorgang Platos, als Gottes Sache; sie zu denken als Frömmigkeit.

Es war ja das Jahrhundert, da die Sterne Schicksal wurden: Giordano Brunos und des vor dem Schweigen der unendlichen Räume erschauernden Pascal, Wallensteins, des Descartes, Galileis, des zerschlagenen Zeugen.

Und hier von Graz sandte Kepler seine erste kosmische Botschaft aus, den in Tübingen gedruckten „*Prodomus*“, Vorläufer, Hauch, der dem Aufgang der Sterne vorausgeht, und verkündet das „*Mysterium cosmographicum*“.

Von hier schrieb er an Galilei nach Padua, ihn zu ermutigen zum Kampfe für die Wahrheit des Kopernikus, hierher schrieb Galilei, beglückt und doch etwas befremdet von Keplers theologisch-spekulativem Mut.

Von Graz, dem 3. Oktober 1695, ist der grandiose Brief Keplers datiert an seinen Lehrer Mästlin in Tübingen; von Mästlin sagt eine ungesicherte Überlieferung, daß er den Funken des neuen Weltbildes zu Galilei getragen habe. Das pietätvoll eingerichtete Kepler-Zimmer im Grazer Johanneum besitzt nur ein Faksimile des in Stuttgart verwahrten Originals. Hier entwirft Kepler, ausgehend von seiner Theologie der Geometrie, die Grundzüge seiner Weltharmonik, wenn er auch noch an kreisförmigen Planetenbahnen festhält: er deutet auf das letzte Problem der modernen Physik. „Denn Licht und Bewegung sind jedenfalls wie ihrem Ursprung nach, so auch in ihrer Wirkung miteinander verbunden, vielleicht ist gerade das Licht das Fahrzeug der Bewegung.“

Herandringende Schwüle

Von dem Schlößchen Mühleck, dem Besitz der Barbara Kepler, wissen die Befragten – mit einer einzigen Ausnahme – nichts. Es liegt südlich der Stadt, vielleicht ein Dutzend Kilometer entfernt, in der großen Ebene zwischen den Dörfern. Wir müs-

sen Umwege nehmen; die Straßen sind aufgerissen, eine stocktaube Frau weist uns zurück nach Graz. Auf einem Feldweg fahren wir ein.

Das Schloßchen, wohl gehalten, in schmucklosem Barock, liegt im Mondschein zwischen hohen Fichten und dichtem Laubwerk. Gartentisch und Stühle, der Platz vor dem schlichten Portal sind mit Herbstlaub überdeckt. Es ist zu spät, sich zu melden. Nur in der von hohen Gewölben überspannten Küche im Erdgeschoß brennt Licht hinter vergitterten Fenstern. Ich gehe ums Haus. Der Hund meldet sich nicht. Der Garten atmet mir entgegen. Es ist, als habe der Mond alle Farben der Blütenstauden aufgesogen.

Und nun könnte es sein, daß oben, in der offenen Nacht eines Fensters, das ernste Auge wachte; daß der männlich fromme Sinn des Herrn – und flüchtigen Gastes – in Mühleck geduldig beobachtend bestätigt fände, gerade in dieser Nacht, was er erschaute: die Harmonie des Alls, die uranfänglichen Maße und Formen über der zerrissenen Erde.

Oder er sinnt vielleicht seinen genialen Spielereien nach: dem astronomischen Humpen für seinen gnädigen Herrn, den Herzog von Württemberg; der geheimnisvollen Entsprechung zwischen dem Bau der Schneeflocken und der Bienenwaben; der Kunst, Fässer auszumessen. (Denn es ist ärgerlich für den Hausvater, daß der Weinhändler das Faß oberflächlich mit einem Stabe ausmißt und dann den Inhalt überschlägt – und es liegt ein abgründiges Problem, das Thema des Zeitalters, in der Berechnung des gekrümmten Raums).

Ahnt er, daß er das Dunkle, Krankheit und Rätsel, an sich zog mit seinem Grazer Glück? Und wie soll die arme Frau ein Leben verstehen unter dem Gesetz der Sterne? Oder fühlt er, Kalendermacher und Prophet von Beruf, die herandringende Schwüle, „die Herankunft unseres Fürsten mit Zittern“? Erzherzog Ferdinand wird kommen und mit ihm die Unfreiheit, die den stillen Mann vertreiben wird. Offen liegt im Mondlicht die Straße nach Prag, nach Linz, nach Sagan, in den Bannkreis Wallensteins, nach Regensburg, in den Tod.

Auf dem Wege zur Zeit

Abschied. Ich sitze auf dem Schloßbergplatz, tief unter dem Uhrturm. Der gewaltige Palast der Grafen von Attems liegt schattengrau, mit spärlich erleuchtetem Treppenhaus, in der Nacht.

Aber der Turm auf dem umbuschten Felsen ist hell erleuchtet, wenn man auch das riesige Zifferblatt des Meisters Silvester Funk nicht sieht; rotweiße und grünweiße Wimpel grüßen herunter. Auf dem Steige, den während des Ersten Weltkriegs gefangene Russen in den Felsen bauten, klettern die Menschen hinauf und hinab; Einzelne und Gruppen begegnen sich auf den sich übersteigenden Brücken und Treppen im Schein der mächtigen Lampen auf dem Wege zur Zeit, kommend vom Heiligtum der Zeit.

Und der weise Kaiser Friedrich und Österreichs Devise und Ferdinand und seine Eltern und die vermodernden Herzen in der Gruft; der Türke, der, von Schrecken erstarrt, aus dem ovalen Dachfenster des Palastes des Grafen Saurau blickt, und der Pudel mit feuerroter Haarschleife, der mich heute morgen dort wie ein wilder Türke ansprang; das Geisterheer im Zeughaus, das drei Jahrhunderte und seine Schlachten

verpaßte; der gute Erzherzog Johann, Wohltäter der Steiermark; Freund und Feind und die halbvergessenen liebenswerten Dichter des Landes, für die ich zu spät gekommen bin (so gern hätte ich mit ihnen angestoßen), sie alle gehorchten dem Befehl vom Heiligtum.

Er hebt mit einem zitternden Vorklang an, dann tönt er bestimmt, nicht hart, vielmehr mit der unwiderstehlichen Milde des Todes. Ich trinke noch einmal den klaren, heißen Wein des Landes, während die Menschen zum Tempel hinaufsteigen oder von ihm kommen. Über mir schieben sich die parallelen Wolkenbänke auseinander, und übermächtig erstrahlen die Abgründe, in die wir heimkehren werden.

Und die Worte streifen mich, die Kepler wenige Monate vor seinem Tode schrieb und die in Regensburg auf seinem Grabstein stehen:

*Mensus eram coelos, nunc terrae metior umbras
Mens coelestis erat, corporis umbra iacet*

PORTRÄT EINES MITARBEITERS

Reinhold Schneider, dessen Beitrag anlässlich der österreichischen Uraufführung seines Dramas „Belsazar“ im Sommer 1954 in Graz entstanden ist, wurde 1903 in Baden-Baden geboren. Er lebt heute in Freiburg i. B. Sein kürzlich in vier Bänden gesammeltes Werk umfaßt neben historischen Studien und zeitkritischen Essays etliche Erzählungen und Gedichte sowie einige Dramen aus der jüngeren Vergangenheit. Trotzdem ist Reinhold Schneider nur einer verhältnismäßig kleinen Lesergemeinde bekannt und bedeutsam geworden. Er ist kein Poet und kein Wissenschaftler und ein „Moderner“ schon gar nicht. „Der Weg vom tragischen Nihilismus zum Glauben, von der Bindungslosigkeit zu Bindungen, von der subjektiven Verlorenheit in das Geschichtliche; der Versuch, beendeter Tradition einen letzten Wert zu geben, und wenigstens die Schlüssel verbrannter Häuser zu wahren, Zeichen zu retten und mit ihnen die Wirkung auf die innerste Gestalt: dies allein soll zur Darstellung kommen“ – nämlich in seinem letzten autobiographischen Werk „Verhüllter Tag“. Die Verstrickung des Einzelnen in die Geschichte und die Verpflichtung, sie als Christ zu formen oder zu ertragen, das ist auch das Thema seines Lebens und Schreibens geblieben, – Geschichte immer gesehen in der Spannung zwischen Welt- und Heilsgeschichte, unter dem Richtbild des Königtums zwischen Macht und Gnade. Die Bücher der dreißiger Jahre („Portugal“, „Philipp II.“, „Die Hohenzollern“, „Lothar von Supplinburg“, „Theresia von Spanien“) lassen die Herkunft dieses Leitbildes erkennen, aber gerade der vermeintliche Anachronismus ist es, der neue Perspektiven öffnet. Und Reinhold Schneider hat sich nie gescheut, die Konsequenzen aus seinen Einsichten zu ziehen – weder im Persönlichen, er ist katholischer Konvertit, – noch in der Öffentlichkeit. Haben seine legal und illegal verbreiteten Schriften in Kriege vielen Menschen Trost und Zuspruch geboten, so ist ihm seine sachlich-unerbittliche Polemik gegen die deutsche Wiederaufrüstung gerade unter seinen katholischen Freunden verargt worden. Mögen nach Temperament der Sprache, nach Herkunft und Lebensart wesentliche Unterschiede bestehen bleiben, in der Identität von Leben und Wort erinnert Reinhold Schneider an den Franzosen Bernanos. Wie bei ihm verlagert sich der Schwerpunkt seiner Arbeit immer mehr vom Ästhetisch-Literarischen auf die unmittelbare persönliche Entscheidung, wie dieser, weiß er sich inmitten seiner Isolierung einer Tradition verpflichtet, die von den besten Kräften der Kirche geprägt und gehalten wird.

Triest und sein Hinterland

Im Jahre 1954 hat die nach dem Zweiten Weltkrieg in akuter Form neu geschaffene Frage der politischen Zugehörigkeit Triests eine vorläufige Lösung dadurch gefunden, daß nicht nur wie bei dem salomonischen Urteil die Richter selbst, sondern auch die beiden das Kind beanspruchenden Mütter mit der Teilung einverstanden waren. Italien erhielt Stadt und Hafen sowie einen schmalen Küstenstreifen zwischen Monfalcone und der Stadtgrenze als Zugang, Jugoslawien das von ihm vorher unter dem Namen Zone B verwaltete Hinterland, das südlich der Stadt um einen zwei Kilometer breiten Streifen erweitert wurde.

Hinter dem akuten Problem erhebt sich seit jeher die größere und beständige Frage nach der volklichen und staatlichen Grenze Italiens an der einzigen Stelle, wo die Halbinsel weder eine Naturgrenze des Meeres noch des Gebirgskamms für sich in Anspruch nehmen kann. Durch die Julische Pforte sind immer wieder Heere und Völker nach Italien eingebrochen, durch sie haben sich italienische Staatsbildungen nach Osten ausgedehnt. Die Lage wird dadurch noch schwieriger, daß die Adria keineswegs eine Sperre gegenüber einer italienischen Expansion darstellte, sondern im Gegenteil einen bequemen Weg zur Gegenküste.

Schöpfung des Habsburgerstaats

Daß sich die Frage der nördlichen Adria ausgerechnet am Fall der Stadt Triest zuspitzte, ging auf die Hinterlassenschaft der Donaumonarchie zurück, die noch in den Jahrzehnten ihres Sterbens hier als Tor des Donaumaumes zur Welt einen Großhafen angelegt hatte.

Triest liegt dort, wo das Meer am tiefsten in den Kontinent hineingreift. So kann der wirtschaftlich vorteilhafte Seetransport eine längere Strecke als sonst bewältigen, während der Landweg von Triest nach Plätzen im Inland kürzer als von anderen Küstenorten ist.

Doch teilt Triest mit den anderen Häfen im Osten der Adria den Nachteil, daß es durch einen Wall schwer zugänglicher Gebirge vom Hinterland abgeschnitten ist. Sein Hafen ist so wenig gegen die Stürme, die von dem nördlich liegenden Hochplateau herabwehen, geschützt, daß ihn auch heute die Schifffahrt bei Sturm häufig meiden muß.

Aus diesem Grunde bieten die nördlich gelegenen Häfen auf der Westseite der Adria von Natur aus bessere Möglichkeiten für den Anschluß des Donaumaumes an den Seeverkehr. Triest hat nicht einmal in der Zeit, als Rom, der Donaumaum und die Adria eine politische Einheit bildeten, eine Bedeutung besessen, die sich mit der Marseilles für Südfrankreich hätte vergleichen lassen. Das alte Rom hat die hier liegende Keltensiedlung nach der Eroberung nur zu der im ersten vorchristlichen Jahrhundert erwähnten Festung *Tergeste* ausgebaut, nicht jedoch zu einem Hafen. Als selbständige Grafschaft im mittelalterlichen Reich hat Triest im elften und zwölften Jahrhundert unter seinen Bischöfen wohl erbitterte Kämpfe mit Venedig geführt, doch ging es dabei nicht um die Seeherrschaft in der Adria, sondern um die Be-

hauptung der Freiheit gegenüber der mächtigen Lagunenstadt. 1202 mußte sich Triest Venedig unterwerfen, nach anderthalb Jahrhunderten schüttelte es die Venediger-Herrschaft wieder ab, um dann 1382 bei Leopold III. von Österreich Schutz gegen den Druck Venedigs zu suchen. Von diesem Jahre an gehörte die Stadt mit nur kurzen Unterbrechungen bis zum Ende des Ersten Weltkrieges zum Habsburger Reich.

Keineswegs wurde Habsburg durch den Besitz Triests aufs Meer hinausgeführt. Die Stadt lebte ein geruhssames, fast geschichtsloses Dasein.

Erst als sich im Zeitalter des Merkantilismus auch Österreich der See zuwandte, war die Stunde Triests gekommen. Nach dem Ende der Erbfolgekriege, dem Machtverlust des Osmanenreiches und dem Niedergang Venedigs war der Augenblick günstig. Österreich erklärte 1719 sowohl Triest als auch Fiume zu Freihäfen. Fiume gegenüber besaß Triest den Vorteil einer kürzeren Verbindung zum Herzen des Reiches.

Die Einwohnerzahl Triests, die 1703 nur 3000 betragen hatte, war 1719 schon auf 20 000 gestiegen, um die Mitte des 19. Jahrhunderts betrug sie 120 000 und vor dem Ersten Weltkrieg 200 000. Im 18. Jahrhundert wurde der Plan zum Bau eines Kanals zwischen Wien und Triest gefaßt, und das von Wien ausgehende Anfangsstück ist bis heute erhalten. Doch die Öffnung eines Binnenschiffahrtsweges von Wien zur Adria erwies sich als zu schwierig. Erst 1857 erreichte die Südbahn von Wien über den Semmering Triest, und sofort setzte eine Steigerung des Umschlages im Hafen ein. Die nötigen Aufschüttungen und Bauten wurden vorgenommen.

Nach dem Untergang der Monarchie und der staatlichen Zersplitterung des Donaumaums sank der Umschlag. Trotzdem wurde der Ausbau fortgesetzt, weil nur eine ständige Modernisierung den Hafen überhaupt konkurrenzfähig halten konnte. Nur in besonders günstigen Zeitpunkten wie während des Abessinienkriegs oder während der Entladung der für Österreich bestimmten Marshallgüter konnte die Leistung Triests die von 1913 erreichen oder sogar übertreffen. Wenn keine besonderen Umstände vorlagen, erfolgte stets ein sofortiger Rückschlag.

Triest kann nicht aufblühen, wenn es nicht besondere Vergünstigungen erhält, die der Frachtenlenkung zur Zeit der Donaumonarchie entsprechen mußten. Es ist nicht anzunehmen, daß sich die verschiedenen Staaten, die heute über sein Hinterland herrschen, zu Förderungsmaßnahmen dieser Art zusammenschließen. Das „natürliche“ Hinterland der unmittelbaren Umgebung ist so klein (von Norditalien gehört kaum etwas dazu und von Südslawien nur der äußerste Westen des Staatsgebiets), daß sich ihm zuliebe die Erhaltung der doch nicht auswertbaren Hafenkapazität nicht lohnen würde.

Die Triestiner haben aus dieser Lage heraus den Entschluß gefaßt, entlang einem Kanal einen Industriehafen auszubauen, um sich vom Umschlagsverkehr unabhängiger zu machen. Damit beginnen sie, ein eigenständiges Wirtschaftszentrum zu bilden, das nicht mehr völlig auf den Handel mit dem Donaumaum angewiesen ist.

Kroaten und Italiener

Die Grundlage des Triester Problems, der Nationalitätenkampf, war die Endphase einer langen Entwicklung.

Als nach der Völkerwanderung das flache Land von Triest südwärts Menschen slawischer Sprache in die Hände gefallen war, waren die Städte der Ostküste der Adria Inseln romanischer Sprache geblieben. Sie wachten eifersüchtig über ihre Autonomie gegenüber den Staatenbildungen des Hinterlandes. Unter ihnen erlangte Ragusa, das einen eigenen Staat bildete, überörtliche Bedeutung. Die Städte Dalmatiens und des sogenannten kroatischen Küstenlandes benutzten die Hilfe von Byzanz oder Venedig gegen das Ausdehnungsbestreben der kroatisch-ungarischen Könige. Diese Kämpfe endeten damit, daß Venedig die Herrschaft über die Adria errang:

Nur im Norden der Ostküste wurden Triest, Istrien und das kroatische Küstenland österreichischer Besitz.

Der Abwehrkampf gegen die Türken förderte die Ausbildung der regionalen Eigentümlichkeiten der auf diese Weise abgegrenzten Küstenabschnitte, was zur Folge hatte, daß der Gegensatz zwischen den Städten und dem flachen Land größtenteils aufgehoben wurde. Der Selbständigkeitswille Ragusas allein mag als Beispiel dienen, daß ein Zusammengehörigkeitsgefühl aller Gebiete an der Ostküste untereinander oder mit dem Hinterland nicht bestand. Ragusa verteidigte seine Eigenständigkeit ebenso gegen die orthodoxen Serben wie gegen die katholischen Kroaten und Ungarn. Und die dalmatinische Bevölkerung begrüßte Napoleon keineswegs als Befreier vom fremden Joch, sondern fand sich als einzige bereit, Venedig gegen den Korsen zu unterstützen.

Selbst als Venedig und Ragusa ihre Stellungen als Seemächte verloren hatten, forderte die Mehrheit der Bevölkerung Dalmatiens noch immer die Fortdauer der territorialen Selbständigkeit des Landes (Autonomie). Die Minderheit, die für den Anschluß an die kroatischen Lande eintrat, war nur klein. Noch nach der Mitte des 19. Jahrhunderts mußte die kroatisch gesinnte Partei ihre Zeitung in italienischer Sprache veröffentlichen, Dalmatien trug eben damals keinen kroatisch-nationalen Charakter.

Damit ist jedoch nicht gesagt, daß es italienisch gewesen wäre. Italienisch sprachen damals die Gebildeten. Sein Gebrauch war nicht das Kennzeichen der nationalen Zugehörigkeit. Die dalmatinischen Autonomisten stellten keineswegs eine italienisch Irredenta-Bewegung dar. Es gab ja noch nicht den großen italienischen Nationalstaat.

Wenn auch die Autonomisten italienisch sprachen und sich gegen die Einverleibung in das habsburgisch regierte Kroatien wehrten, bekannten sie sich der Herkunft nach als Slawen. „*Sempre Slavo, Croato giammai!*“ lautete ihre Parole. Nicht nur die städtische Intelligenz und der Adel, sondern auch die Ackerbürger der Vorstädte, die italienisch nicht verstanden, dachten so. Die Bauern dagegen waren an der Auseinandersetzung nicht beteiligt.

Erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden die Autonomisten eine italienisch-nationale Partei. Damit verloren sie jedoch sofort Boden an den neu geprägten Nationalismus der Kroaten. Besonders in den Städten setzte ein erbitterter Kampf um die nationale Zugehörigkeit ein.

Erst nachdem der kroatische Nationalismus in zäher Aufklärungsarbeit die Dorfbevölkerung mobil gemacht hatte, war ihm die Herrschaft in Dalmatien sowie im Küstenland und in Istrien sicher.

Slowenen, Illyrer, Südslawen

In gleicher Weise hat im slowenischen Sprachraum die nationale Idee Verbreitung gefunden, obwohl es im Unterschied zu Kroatien niemals einen slowenisch-nationalen Staat gegeben hat. Slowenische Mundarten wurden in den österreichischen Kronländern Steiermark, Kärnten, Krain, Görz und Gradiska gesprochen, ohne daß zwischen der slowenischsprachigen und der übrigen Bevölkerung ein Gegensatz bestanden hätte. Allenfalls machte sich ein Patriotismus der einzelnen Länder innerhalb Österreichs bemerkbar.

Als während der Reformation der Versuch zur Verbreitung der neuen Lehre in slowenischer Sprache gemacht werden sollte, kam es hier doch nicht zur Entwicklung einer eigenen Hochsprache mit eigenen Druckschriften, weil eben das Nationalbewußtsein fehlte.

Bis zum 19. Jahrhundert bestand ebensowenig ein Gemeinsamkeitsgefühl zwischen den Slowenen und den benachbarten Kroaten wie andererseits zwischen den Kroaten und Serben.

Erst die neu entstehende bürgerliche Intelligenzschicht benutzte den Nationalbegriff, den die Französische Revolution an die Sprache statt wie vorher an die Dynastie gebunden hatte, zur Durchsetzung ihres eigenen Führungsanspruchs. Dabei vertraten die kroatischen und slowenischen Intellektuellen bezeichnenderweise nicht die Idee eines slawischen Volkes, sondern in Erinnerung an den von Napoleon gebrauchten Begriff der Illyrischen Provinzen den einer „illyrischen“ Nation, zu der sie sowohl Kroaten als auch Slowenen und Serben rechneten.

Die slowenische Sonderentwicklung geht in erster Linie davon aus, daß diese slowenischen „Illyrer“ nicht die Rechtschreibung des Serben Vuk Karadzic annahmen, sondern ihre eigene Schriftsprache entwickelten. Der slowenische Nationalismus breitete sich stiller und weniger dramatisch aus als der kroatische. Das lag hauptsächlich daran, daß es mit Ausnahme der Steiermark im slowenischen Sprachraum einen ausgeprägten Gegensatz zwischen Stadt und Land wie in Dalmatien nicht gab. Am wenigsten gab es ihn im Küstenbereich, der überhaupt nur im Hinterland Triests teilweise von Slowenen besiedelt war.

Triest gegenüber wurde die slowenische Nationalbewegung erst verhältnismäßig spät offensiv, weil diese Stadt nicht wie die Städte Dalmatiens vereinzelt in einem slawischen Umland lag, sondern unmittelbar am Rand des italienischen Volksbodens. Außerdem stand hier das Slowenentum in Konkurrenz mit dem kroatischen Nationalismus.

Dieser Gegensatz freilich wirkte sich nicht aus, weil zu Beginn des 20. Jahrhunderts der Gedanke der südslawischen Einheit in der gemeinsamen Abwehr der Slowenen, Kroaten und Serben gegen den madjarischen, italienischen und deutschen Nationalismus die Grundlage fand. Damit war ein Zusammengehen der slawischen Nationalbewegungen gegeben.

Die Stadt Triest bleibt italienisch

Anfang des 20. Jahrhunderts hatte die kroatische Nationalbewegung die Küstenstädte Dalmatiens erobert. Nennenswerte Gruppen italienischer Gesinnung waren hier nicht verblieben.

Doch war die Lage in Fiume, Istrien und Triest anders. Dort machte sich die Nähe des geschlossenen italienischen Volksbodens bemerkbar. Besonders in den Hafenstädten strömten Zuwanderer aus italienischen Landschaften ein, so daß durch sie die geistige Ausstrahlung Italiens verstärkt wurde.

So ist Triest anders als die Städte Dalmatiens nicht im südslawischen Sinne national umgeformt worden. Der Bevölkerungszustrom, den der Großhafen brauchte, konnte nicht allein von der unmittelbaren Umgebung gestellt werden. Die Landbevölkerung slawischer Sprache war insbesondere nicht in der Lage, Fachkräfte für Schifffahrt, Gewerbe, Handel und Verwaltung zu stellen, wie sie sowohl andere italienische Häfen als auch Städte im österreichischen Binnenland nach Triest senden konnten.

Freilich wurden slawische Randbezirke in Triest eingemeindet, und eine gewisse Zuwanderung aus den Landgemeinden kroatischer oder slowenischer Sprache erfolgte doch. Wenn die Zuwanderer oder die Eingemeindeten sozial aufstiegen, pflegten sie sich an die in Wirtschaft und Verwaltung führende italienisch-österreichische Schicht anzugleichen, zumal in der meerverbundenen Weltstadt Triest die übernationale Idee der Donaumonarchie eine neue Heimat gefunden hatte. Über die nationalen Verschiebungen geben die Statistiken Auskunft.

Obwohl also die kroatische und slowenische Nationalbewegung nur sehr mühsam in Triest Fuß fassen konnte, hat Jugoslawien stets seit dem Zusammenbruch der Monarchie die Stadt im Namen des Nationalitätenprinzips für sich gefordert, weil sie inmitten eines geschlossenen Siedlungsraumes „südslawischer“ Sprache liege und nur von italianisierten Slawen bewohnt werde, soweit diese nicht sogar zu ihrem südslawischen Volkstum zurückgefunden hätten.

Triest zwischen Ost und West

Die Geschichte Triests seit der Auflösung der Donaumonarchie beweist, daß sich hier eine politische Grenze im Sinne des Nationalitätenprinzips nicht ziehen läßt, weil Stadt und Hinterland in eigenartiger Weise miteinander verbunden sind. Die sogenannte Wilson-Linie, die nach dem Ersten Weltkrieg zur Staatsgrenze zwischen Italien und Jugoslawien gemacht wurde, berücksichtigte geopolitische, strategische und wirtschaftliche Gesichtspunkte. Sie bezog zahlreiche Ortschaften slowenischer und kroatischer Volkszugehörigkeit nach Westen ein.

Nach dem Zweiten Weltkrieg führte die Uneinigkeit der siegreichen Großmächte über die künftige Verwendung des Hafens zu der Schaffung des „Freien Territoriums Triest“, das allerdings niemals Wirklichkeit geworden ist, weil man sich nach Abschluß des Friedensvertrags nicht über die Person eines Gouverneurs einigen konnte.

Praktisch wurde Triest bis zu seiner Teilung zwischen Jugoslawien und Italien auf Grund des Militärabkommens vom 9. 6. 1945 zwischen den USA, Großbritannien und Jugoslawien verwaltet. Es handelte sich also nicht um eine völkerrechtliche Neuschöpfung, – denn es fehlte das dafür nötige Merkmal der Effektivität, – sondern um ein strittiges Restgebiet, in dem die durch den Friedensvertrag vorgesehene Regelung nicht in Kraft getreten war.

Der Streit der Großmächte ging in Wirklichkeit nicht um die Stadt selbst und ihre problematische wirtschaftliche Bedeutung. Er ging um die Julische Pforte, um die Nordflanke der Adria. Es handelte sich um dasselbe Objekt, um das Rom und später

Venedig gekämpft hatte. Ein Staat, der kein Territorium auf dem Westufer der Adria besitzt, kann eine maritime Stellung am Ostufer am ehesten noch auf Triest stützen. Ohne Triest kann ein ostadriatischer Staat das Übergewicht der italienischen Adriaküste nicht gefährden.

Wenn, wie es 1945 bis 1948 der Fall war, die Sowjetunion über Jugoslawien einen Zugang zur Adria besitzt, dann nutzt ihr dieser Zugang nur etwas, falls er zu dem brauchbaren Hafen Triest führt. Wichtige Einzugsgebiete Triests, vor allem die Industrien Böhmens und Ungarns, liegen ohnehin im Machtbereich der Sowjetunion.

Die Klarheit dieser Lage hat es aber gerade mit sich gebracht, daß die britischen und amerikanischen Truppen nicht aus Triest wichen, bis die Stadt wieder in der Hand Italiens war. Die Sorge vor dem Aufbau einer russischen Adriastellung hat schon im Ersten Weltkrieg die Westmächte zu einem Nein gegenüber der Absicht einer jugoslawischen Staatsbildung veranlaßt, bis der Zusammenbruch der Zarenmacht die Gefahr eines im orthodoxen Glauben verbundenen Blocks von Moskau bis Belgrad beseitigt hatte. Aus dem gleichen Grunde drängte Churchill, wenn auch vergebens, im Zweiten Weltkrieg auf eine Landung der westlichen Alliierten in Dalmatien und einen Vormarsch vom Westen her zur Donau.

Die neuerliche Annäherung zwischen der Sowjetunion und Jugoslawien mag auf innenpolitische, weltpolitische und ideologische Gründe zurückzuführen sein. Immerhin ist es nicht zufällig, daß von ihr zum ersten Male in einem Augenblick geredet wurde, als im Herbst 1953 die Sowjetunion den jugoslawischen Einspruch gegen die westliche Absicht zu einer Übergabe der Stadt an Italien unterstützte.

Die Bedeutung der Julischen Pforte für die gesamte Mittelmeerstellung der Alliierten wird dadurch deutlich, daß die Türkei, die mehr als jede andere Macht an dieser Mittelmeerstellung interessiert ist, zwischen Italien und Jugoslawien vermittelt hat.



WIRTSCHAFTSPROBLEM TRIEST

Die erste volkswirtschaftliche Gegebenheit jeder Hafenstadt ist das Umschlagsvolumen: Triest hatte in der Österreichisch-Ungarischen Monarchie bei offenem Hinterland eine Kapazität von 5 bis 6 Mill. BRT jährlich und hätte sie durch Ausbau seines neuen Südhafens leicht auf 8 Mill. steigern können. Tatsächlich lag der Umschlag im Jahre 1953 nur bei 2 Mill. BRT, womit etwa die Ziffer erreicht ist, die der Hafen schon um 1880 verzeichnete.

In diesen wenigen Zahlen widerspiegeln sich die schweren Umlagerungen im Hinterland und Einzugsgebiet des Hafens. Die gleich großen Berührungskreise zwischen Hamburg (Bremen) und Triest treffen sich auf der Landkarte etwa im Bereiche von Nürnberg; es bleiben sodann München, Prag, Wien, Linz, Preßburg innerhalb des Triester Einflußkreises. Es ist klar, daß jedoch Münchens Wirtschaftsverflechtung sehr stark nach dem Westen weist; Prag und Preßburg stellen für Triest aus politischen und wirtschaftlichen Ursachen auch nicht mehr jene Handels- und Verkehrspartner dar, die sie einst waren. So schmilzt das Hinterland praktisch auf Österreich zusammen.

Zu den Raumtatsachen gesellen sich verkehrspolitische Schwierigkeiten, zunächst die Frachtpolitik: Der Alpenkörper zwingt die österreichische, schweizerische und italienische Bahnverwaltung zur Kalkulation mit Tarifkilometern, die das reale Streckenausmaß um mindestens 20 % zuungunsten Triests verschlechtern. Hierzu tritt nun die Eifersucht Venedigs, das sich bei den italienischen Staatsbahnen frachtmäßige Vorteile errungen hat, die es nicht opfern will.

Verkehrsgeographisch nachteilig wirkt das Fehlen einer modernen Autobahn ins Hinterland; Südslawien hat kein Interesse, den Stückfrachtdienst aus Laibach nach Triest mittels des neuzeitlichen Lastwagenverkehrs zu steigern – es fördert im Gegenteil den Bau einer *Autostrada* von Laibach nach Fiume.

Die Europäische Montanunion hat sich bestimmte schweizerische und italienische Vorzugstarife gesichert, die nicht nur

Genua sehr zugute kommen, sondern den österreichischen Export hemmen, was indirekt auch Triest zu spüren bekommt.

Aus den räumlichen, politischen und tarifischen Beschränkungen ergibt sich eine zwangsmäßige Selektion der Hauptumschlagsgüter: Es sind im Export heute hauptsächlich Holz als Massengut und vorwiegend österreichisches Stöckgut für die Levante, hierzu als Importgüter Getreide als Massengut und zahlreiche Waren des Nahen Ostens in kleineren Mengen und Sonderfrachten, wie z. B. Zitrusfrüchte, Weine, Tabak, Baumwolle, Korinthen u. dgl., die an sich sehr vielfältig, aber nicht volkswirtschaftlich genügend tragfähig für einen Großhafen sind.

Freilich treten hierzu noch verschiedene Rohstoffe und Materialien aus dem Mittleren und Fernen Osten wie Gummi, Schellack, Gewürze usw.; hieran kann Triest aber auch nicht einen ersten Platz erringen, weil dieserlei Stoffe an börsenmäßigen Zentralplätzen wie London, Hamburg, Amsterdam gehandelt werden. Die Zufuhr von Steinkohle und Erzen aus Nord- und Westeuropa auf dem Seewege ist schließlich nicht reines Frachtergeschäft, sondern dient sekundär dem Schiffsverkehr oder der Triester Hüttenindustrie. Die vielfältige kleine Postfracht aus Österreich, Südböhmen und Westungarn ist wohl geographisch und verkehrstechnisch gut verankert, kann aber ebenfalls keinen Aktivposten ersten Ranges ergeben.

Schon nach dem Ersten Weltkrieg suchte Triest seinen Personenverkehr möglichst vielfältig zu gestalten; dem Südamerikadienst widmeten die Triester Reeder, vor allem die Consulich-Linien, ihre besondere Sorgfalt; ebenso wurde der Touristenverkehr entlang der ostadriatischen Küste verstärkt. Nichts kennzeichnet schärfer die Wirtschaftslage Triests als die Bipolarität zwischen Frachtmenge und Personen-Zahl der Fahrgäste: 1930 betrug der Bruttoumschlag Triests an die 3 Mill. BRT, derjenige Venedigs rund 2 Mill. BRT; während aber die Lagenstadt trotz ihres Fremdenverkehrs nur 80 000 Schiffsreisende zählte, beförderte die Triester Schifffahrt im gleichen Jahr an die 1½ Millionen Menschen (aller-

dings einschließlich des regen Lokal- und Regionaldienstes innerhalb der Triester Bucht und zwischen den istrischen Häfen). Die war ein Ausweg aus dem Vakuum im Frachtdienst¹⁾.

Ein weiterer Sonderzweig der Triester Wirtschaft, der schon damals die Wirtschaftskrise des Hafens lindern sollte, war die *I n d u s t r i e*, die auch diesmal wieder von Stadt und Staat gefördert wird: Neben die Hafenindustrie und den Schiffbau tritt die Erdölraffination, aus der Verarbeitung zunächst griechischer Eisenerze entwickelte sich die Triester Hüttenindustrie; ortsgebunden ist die mächtige Salinenindustrie und eine geringe chemische Fabrikation, ferner die Baustoffherzeugung; Nahrungsmittel- und Konservenverarbeitung sind durch die Nähe agrarer Länder bedingt; etwas Konfektions-, Mode- und Galanteriewarenherzeugung von nicht unbeachtlichem Geschmack mögen auch erwähnt werden. Nicht verhehlt kann jedenfalls bleiben, daß alle diese industriellen Gründungen *s e k u n d ä r e r A r t* sind; für eine wahre Schwerindustrie ist weder Kohle noch Erz in der Nähe, der Schiffbau leidet unter dem Wettbewerb aller anderen italienischen Werften.

Was übrigens die Konkurrenz betrifft, so ist es nicht nur die benachbarte Lagunen-Schwester, die schon im Mittelalter und nachmals während der österreichischen Herrschaft den Triestern wenig Liebe erwies, sondern auch die Westhäfen wie Genua und Neapel usw. verhindern bis heute eine gesamt-italienische Hafenkonferenz und eine Aufteilung der Kontingente.

Der nächste, harte Konkurrent ist *S ü d s l a w i e n*, das neben *F i u m e* auch *P i r a n o* und neuestens sogar *C a p o d ' I s t r i a* hafentechnisch gewaltig erneuern und ausbauen will, wobei die Voraussetzungen des notwendigen Hafengewässers, der Küstengestalt und der Aufschließbarkeit des Hinterlandes durchaus vorhanden sind.²⁾

Die dritte Konkurrentengruppe ist mit den Namen *H a m b u r g*, *B r e m e n* und *A m s t e r d a m - R o t t e r d a m* gekennzeichnet; für diese Häfen spricht die Atlantiknähe, das freie westdeutsche und holländisch-belgische Hinterland, die Verkehrsgunst des zugehörigen Bahnnetzes und seit den letzten Jahren der Ausbau der

A u t o b a h n e n, die einen Schnellfrachtdienst weit ins Binnenland ermöglichen.

Eine vierte Kräftegruppe zeichnet sich in fernerer Zukunft im Ausbau des Wasserverkehrsnetzes West- und Mitteleuropas ab; Rhein-Donaukanal und Rheinschiffahrtsweg Basel-Schaffhausen-Bregenz hätten eine starke Verschiebung jener Grenzsäume zur Folge, die heute noch in der Labilität der Frachtpolitik den Triestern wenigstens teilweise offen stehen.

Aus diesen realen Tatsachen sind alle Maßnahmen zu verstehen, die in Triest neuerdings erwogen werden; so fordert der Triester Gemeinderat einen Ausbau des *A g e n t u r - N e t z e s* im Hinterland, die Errichtung neuzeitlicher Sonder-Lagerhäuser für Schnellfracht, Bruchfracht, Kühlfracht, feuergefährliche Güter u. dgl., Vorsorge für sehr schnelle Zollabfertigung und Entbürokratisierung des Handelsverkehrs; es ist kennzeichnend, daß z. B. Stückgut aus Ostbayern für die Levante *f ü n f m a l* durch die Hände von Zollbeamten geht, bevor es im Schiff verstaут ist. Wenn noch dazu der Exporteur solcher Güter in der Schweiz oder in Österreich sitzt, so ergibt dies mit allen Ein-, Durch-, Ausfuhrkontingentierungen, -bewilligungen, -befristungen und sogar -koppelungen eine solche Tortur für den praktischen Kaufmann, daß manches Geschäft für Triest zugunsten der Häfen am Ärmelkanal oder an der Nordsee verloren geht.

Unter diesem Blickpunkt ist auch die Forderung nach der Errichtung einer modernen und schnell arbeitenden Freihafenzone in Triest zu verstehen. Nur große und abruf-schnelle Zollfreilager können Dirigierungen aus Wien, Innsbruck, Graz, Villach, sogar aus Zürich, Linz, Passau ermöglichen. Hauptsächlichste *E x - u n d I m p o r t - z o n e* für diesen Freihafenverkehr wäre die *L e v a n t e*, deren Handelszwecken auch die *T r i e s t e r H a n d e l s m e s s e* zu dienen hätte. Das Triester Messedirektorium plant denn auch eine Neuorganisation des Messedienstes.

Hans Hochholzer

¹⁾ Vgl. Hans Hochholzer, Die Adria als Kultur-, Siedlungs- und Wirtschaftsbereich. Hettners Geogr. Zeitschr. Jg. 1931. Lpz. u. Berlin.

²⁾ Hans Hochholzer, Die Küstenformen des Golfs von Triest. Zeitschr. für Geomorphologie, 1930, Berlin.

Italien und Kroatien 1938—1945

Zwar fehlen noch einwandfreie kritische Dokumentensammlungen zur italienischen Kroatienpolitik, doch wurde immerhin schon Vorarbeit durch die Veröffentlichung der Ciano-Tagebücher¹⁾, des Ciano-Geheimarchives²⁾ und vor allem des Erinnerungsbuches von Filippo Anfuso: „*Roma-Berlino-Salò*“³⁾ geleistet. Auf Grund dieser beiden Memoiren und der Korrespondenz Hitler-Mussolini⁴⁾ hat sich eine Reihe von ehemaligen kroatischen Funktionären mit diesen Fragen befaßt, denen man infolge ihrer einstigen Stellung wohl eine genaue Kenntnis aller einschlägigen Probleme vom kroatischen Standpunkt – d. h. vom Standpunkt des Betroffenen – zutrauen kann. Die Mehrzahl dieser kroatischen Autoren lebt heute in Südamerika und spielt keine politische Rolle.

In Jugoslawien selbst war man zum kritischen Zeitpunkt unserer Untersuchungen, außer vielleicht in Regierungskreisen, weitgehend in Unkenntnis der wahren Ziele der italienischen Außenpolitik.

Italienisch-jugoslawische Freundschaft

Im Dezember 1937 besuchte der damalige jugoslawische Ministerpräsident Stojadinovic Rom. Einige Monate vorher, am 25. 3. 1937, war es zum Belgrader italienisch-jugoslawischen Freundschaftspakt gekommen, von dem Ciano in seinem Tagebuch behauptet, er sei damals „der Grundstein der italienischen Außenpolitik“ gewesen. Stojadinovic hinterließ – nach Aussagen Cianos und des italienischen Königs – in Rom einen ausgezeichneten Eindruck, und man war dort vorübergehend der Meinung, daß das Bündnis mit Jugoslawien Italien die Möglichkeit geben werde, „dem eventuellen Anschluß ruhig entgegenzusehen“. Vom 16. bis 18. Juni 1938 war Stojadinovic wieder in Venedig, am 13. September 1938 brachte der jugoslawische Gesandte Hristic eine Botschaft Stojadinovics, er wolle seine Politik mit der römischen Linie möglichst koordinieren.

Selbstverständlich ging diese jugoslawisch-italienische Annäherung Hand in Hand mit einer merklichen Abkühlung der italienischen Beziehungen zur kroatischen Opposition, insbesondere zur kroatischen politischen Emigration in Italien.

Gleichzeitig mit dieser Besserung des Verhältnisses zwischen den beiden Adriamächten kam es zu zahlreichen Besuchen jugoslawischer Politiker in Italien. So kam am 25. 2. 1937 der jugoslawische Verkehrsminister Spaho, am 23. 4. eine Marine-Abordnung, und am 19. 9. fanden sich 100 jugoslawische Arbeiter ein.

Anfang 1938 erklärte Ciano Hristic, Italien und Jugoslawien befänden sich in derselben Lage gegenüber dem Pangermanismus. Aus diesem Grunde sei es angezeigt, die italienisch-jugoslawischen Beziehungen zu vertiefen. Nach dem 13. März,

¹⁾ Galeazzo Ciano: Tagebücher 1937—1938 (ital. 'Orig. I diari di Ciano) 1949.

²⁾ Les archives secrètes du Comte Ciano, Plon, Paris 1948.

³⁾ Garzanti, Cermisco sul Naviglio, 1950.

⁴⁾ Hitler e Mussolini, Lettere e documenti, Mailand 1946.

also dem Anschluß, versicherte Ciano Hristic, daß er schon während der Unterzeichnung des Belgrader Freundschaftspaktes an die Möglichkeit gedacht habe, „daß man sich mit der fatalen, aber doch realen Tatsache von 80 Millionen Deutschen im Herzen Europas“ versöhnen müsse, indem man die Verteidigung Italiens und Jugoslawiens zu stärken versuche. Am 19. September besuchte Mussolini in Begleitung von Ciano anläßlich einer Inspektion der italienischen Streitkräfte jugoslawisches Gebiet und wurde dort herzlich empfangen.

Kein Kontakt mit Berlin . . .

Bald kam es aber zu einigen Ereignissen, die eine Änderung der italienisch-jugoslawischen Beziehungen zur Folge hatten. Das war vor allem die deutsche Besetzung der Tschechoslowakei und die Gründung des Protektorates am 15. 3. 1939, die italienische Besetzung Albanien am 6. April 1939 und der Abschluß des sogenannten Stahlpaktes am 22. Mai 1939.

Italien entschloß sich angesichts dieser politischen Tatsachen, insgeheim Kontakt mit der kroatischen Opposition aufzunehmen, wobei aber der Anschein eines gutnachbarlichen Verhältnisses zu Jugoslawien gewahrt bleiben sollte. Vom 17. 1. bis 23. 1. 1939 war Ciano noch als Gast Stojadinovics in Belgrad, doch am 4. 2. erfolgte bereits der Rücktritt des jugoslawischen Ministerpräsidenten aus innerpolitischen Gründen. Ciano zeigte sich nach seinen Aufzeichnungen sehr beunruhigt und kommentierte den Rücktritt Stojadinovics mit der Bemerkung Mussolinis, daß von nun an Italien nur mit Deutschland eine gemeinsame Politik führen könne, da nur dieses Land eine konstante Außenpolitik als Garantie zur Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen besitze.

Die Auswirkungen der neuen italienischen Politik zeigten sich sehr rasch: Am 9. 3. empfing Ciano einen Geheimagenten des kroatischen Oppositionsführers Dr. Macek⁵⁾, unterhielt sich mit ihm über den kroatisch-serbischen Gegensatz und machte ihm Andeutungen in dem Sinne, daß Italien bereit sei, den kroatischen Standpunkt zu unterstützen, wenn sich die Linie der italienischen Außenpolitik ändern sollte.

Am 16. 3. ließ Mussolini Ciano zu sich rufen und teilte ihm mit, daß er die Operationen in Albanien vertagen möchte, weil eine Schwächung Jugoslawiens eventuell zu einer kroatischen Autonomie unter deutschem Einfluß führen könne. Auch in den nächsten Tagen zeigte sich der *Duce* sehr in Sorge wegen des kroatischen Problems und der Möglichkeit, daß Macek Kroatien unter das Protektorat des Deutschen Reiches stellen könne. Diese italienische Nervosität ging sogar so weit, daß Ciano anschließend den deutschen Botschafter von Mackensen rufen ließ, um ihm mitzuteilen, daß eine Intervention des Reiches in der kroatischen Frage Anlaß zum Bruch der Achse Rom–Berlin darstellen werde.

Am 19. März wurde die kroatische Frage neuerlich im *Palazzo Chigi* und *Palazzo Venezia* diskutiert, weil immer dringendere Nachrichten von drohenden Unruhen in Kroatien einlangten. Es wurde beschlossen, ein Telegramm an den jugoslawischen Prinzregenten Paul zu senden, um ihm den italienischen Standpunkt gegenüber der

⁵⁾ Es war dies der Marquis Bombelles, den Ciano während seines Belgrader Besuches bei Stojadinovic kennengelernt hatte.

deutschen Politik bekanntzugeben. Vom *Duce* wurde gleichzeitig eine Truppenkonzentration der italienischen Streitkräfte in Julisch-Venetien angeordnet. Ciano notiert in seinem Tagebuch: „Wenn in Kroatien ein Aufstand ausbricht, werden wir intervenieren, wenn uns die Deutschen dabei aufhalten wollen, schießen wir!“

Am nächsten Tage (20. 3.) wurde ein persönlicher Delegierter des Kroatenführers Dr. Macek – Ing. Carnelutti – von Ciano empfangen. Er brachte dem italienischen Außenminister folgende Botschaft: Die Kroaten werden versuchen, von Belgrad eine Autonomie im Wege von Verhandlungen zu erlangen; sollte das jedoch mißlingen, wird es zu einem Aufstand kommen, und italienische Intervention wird verlangt werden. Die Antwort Cianos lautete: 1. Versucht, mit Belgrad ein Abkommen zu erreichen, sei es auch nur, um Zeit zu gewinnen. 2. Falls das nicht gelingen und der Aufstand ausbrechen sollte, wird Italien auf kroatisches Verlangen hin intervenieren. 3. Jeder Kontakt mit Berlin ist nach Möglichkeit zu vermeiden. Am 30. 3. meldete sich wieder Bombelles bei Ciano und schilderte die schwere Lage Kroatiens. Er empfahl bei dieser Zusammenkunft zum erstenmal, mit dem emigrierten und in Italien lebenden Führer der kroatischen Rechtspartei, Pavelic, in persönliche Fühlung zu treten. Ciano ging auf diesen Vorschlag ein und ermächtigte Bombelles, in sehr geheimer Form mit Pavelic Kontakt zu suchen.

Gleichzeitige Gespräche mit Belgrad und Agram

Unterdessen kam die italienische Landung in Albanien und die rasche Besetzung des ganzen Landes am Karfreitag 1939. Die Reaktion Jugoslawiens war überraschend schwach. Eine Zusammenkunft Cianos mit dem neuen jugoslawischen Außenminister Cincar-Markovic bestätigte diese Tatsache. Ein kurz darauf folgender Staatsbesuch des Prinzregenten Paul von Jugoslawien in Italien verlief planmäßig, ohne neue Momente zu bringen.

Abseits von dieser offiziellen Politik empfing Ciano am 2. 5. wieder Bombelles und erklärte ihm, daß Italien vorläufig nicht gewillt sei, eine Aktion zu unterstützen, die Jugoslawien schwächen könnte.

Auch Maceks Abgesandter Carnelutti kam wieder und interessierte sich für die Frage, ob Italien in den Gesprächen mit dem Prinzregenten Jugoslawien gegenüber irgendwelche Verpflichtungen übernommen hätte. Ciano beruhigte ihn in diesem Punkt und stellte fest: 1. Macek wird kein Abkommen mehr mit Belgrad treffen. 2. Die Aktion zur Teilung Jugoslawiens wird fortgesetzt. 3. Macek verlangt ein Darlehen von 10 Millionen Dinar. 4. Innerhalb von 6 Monaten ist Macek bereit, auf italienisches Verlangen mit dem kroatischen Aufstand zu beginnen.

Nach einem Besuch Cianos in Deutschland (bei welcher Gelegenheit Himmler ihm sagte, es sei notwendig, ein italienisches Protektorat über Kroatien zu errichten) kam es zu einer neuerlichen Zusammenkunft zwischen Ciano und dem Abgesandten Maceks, der unterdessen in Agram gewesen war. Diesmal wurde zwischen Ciano und Carnelutti ein Abkommen entworfen, das aus folgenden Punkten bestand: 1. Italien wird Maceks kroatisch-separatistische Bewegung mit 20 Millionen Dinar finanzieren. 2. Macek verpflichtet sich seinerseits, in 4 bis 6 Monaten einen Aufstand vorzubereiten. 3. Hierauf werden italienische Truppen zur Wiederherstellung der Sicherheit

und Ordnung herbeigerufen, 4. Kroatien wird sich als unabhängiger Staat in Föderation mit Rom proklamieren. 5. Kroatien wird seine eigene Regierung, doch ein mit Italien gemeinsames Außen- und Verteidigungsministerium haben. 6. Italien wird in Kroatien Streitkräfte und einen Generalresidenten wie in Albanien halten. 7. Nach einiger Zeit wird über die Möglichkeit einer Personalunion verhandelt werden. Das Abkommen wurde vom Duce zur Kenntnis genommen und bestätigt, und von Ciano wurden Vorkehrungen dazu getroffen, daß man mit der Auszahlung der Unterstützung an Kroatien über Zürich beginnen konnte.

Ende Mai 1939 war es also ganz klar, daß Italien auf die kroatische Karte setzen wollte und daß es daran die „guten“ Beziehungen zu Belgrad keineswegs störten. Von Ciano wurde dabei auch eine Parallelaktion von Albanien aus in Erwägung gezogen, wo man durch die Aufputschung der Kossowo-Albaner für Jugoslawien einen Zweifrontenkrieg schaffen könne. Eine neue Wendung in der kroatischen Frage brachte freilich Maceks Weigerung, das zwischen Canelutti und Ciano verfaßte Abkommen in seiner ursprünglichen Form zu unterschreiben. Mussolini war dabei der Meinung, daß man noch zuwarten müsse.

Anfang Oktober 1939 erhielt Ciano weitere Berichte aus Kroatien, die von starker Bereitschaft für den Selbständigkeitsgedanken sprachen. Damals (noch vor dem Kriegseintritt Italiens) war er der Meinung, daß man zu einem entscheidenden Eingriff bereit sein müsse, doch solle diese Operation nicht gegen den Willen Frankreichs und Englands geschehen. Im Gegenteil solle diesen beiden Mächten nahegelegt werden, daß eine italienische Beherrschung Kroatiens in ihrem eigenen Interesse liege, weil dadurch dem deutschen Vormarsch zur Adria ein Hindernis in den Weg gelegt werde.

Das Jahr 1940 begann mit einem Besuch Bombelles', der dem italienischen Außenminister die Enttäuschung der kroatischen Öffentlichkeit beim Besuch des Prinzregenten Paul in Agram schilderte: „Es war ein Begräbnis, bei dem das Volk nicht einmal den Hut abgenommen hat!“ Bombelles versicherte bei dieser Gelegenheit Ciano, daß die Kroaten zum Aufstand bereit seien, und schlug erneut eine Zusammenkunft Ciano-Pavelic vor. Ciano gab darauf eine ausweichende Antwort, schlug aber seinerseits folgende Marschroute vor: Aufstand, Besetzung von Agram, Ankunft Pavelics, Ansuchen um italienische Intervention, Angebot der kroatischen Krone an den König von Italien. Am folgenden Tage (22. 1.) war auch Mussolini für eine Zusammenkunft mit Pavelic. Ciano kommentiert dies mit einer Feststellung, daß sich die kroatische Frage ihrer Lösung nähere, daß aber vorher in London und Paris das Terrain vorbereitet werden müsse, sonst sei es besser, „nichts zu unternehmen.“ Ungefähr gleichzeitig (17. 1.) empfing Ciano den jugoslawischen Gesandten Hristic und versicherte ihn der Freundschaft Italiens.

Am 23. Januar wurde Pavelic von Ciano empfangen. Ciano lobte ihn als einen „entschlossenen und ruhigen Menschen“, sonst steht in Cianos Tagebuch nur noch der kurze Satz: „Wir haben die hauptsächlichsten Punkte für die Vorbereitung der Aktion festgesetzt“.

Diese Feststellung Cianos hat in der kroatischen politischen Literatur nach 1945 die verschiedenartigsten Kommentare hervorgerufen, weil man in ihr geheime Abmachungen zwischen Ciano und Pavelic vermutete, die schließlich 1941 zu ernsten

Konflikten des neuerrichteten kroatischen Staates mit Italien hinsichtlich der Grenzziehung usw. führten⁶⁾. Der italienische König war damals sehr skeptisch gegenüber Mussolinis kroatischen Plänen und empfahl ein Abkommen mit Frankreich und England. Das Doppelspiel der italienischen Jugoslawien-Politik erreichte kurz darauf seinen Höhepunkt in der Zusage Cianos an den jugoslawischen Gesandten, daß Pavelic noch stärker als bis dahin bewacht werden sollte.

Am 10. April wurde Pavelic neuerlich von Ciano empfangen. Der Außenminister war damals der Meinung, daß die politische Lage reife. Wenn die italienische Politik den günstigen Zeitpunkt verpasse, könnten sich in Kroatien alle Sympathien den Deutschen zuwenden. Er strebte an, Klarheit über die genauen Positionen der revolutionären Kräfte in Kroatien zu erhalten und ihre dringendsten Bedürfnisse für eine Kampfbereitschaft zu erfahren.

Im August 1940 war von Mussolini als Zeitpunkt eines eventuellen Angriffes auf Jugoslawien das zweite Drittel des Septembers in Aussicht genommen worden. Die Eile wurde jedoch durch einen Bericht des italienischen Botschafters in Berlin, Alfieri, etwas gedämpft, wonach von der Reichsregierung ein Angriff auf Jugoslawien als unzweckmäßig empfunden werde.

Nun kam es zu den letzten Versuchen Jugoslawiens, Italien zu beschwichtigen. Am 11. Oktober 1940 meldete sich bei Ciano der Belgrader Rechtsanwalt Stakic als Vertrauensmann des serbischen Königshauses mit einem neuen Bündnisvorschlag. Als Garantie wurde von Stakic sogar eine Entmilitarisierung der Adria vorgeschlagen.

Die Schwankungen der italienischen Außenpolitik wurden wieder offensichtlich: Stakic wurde nicht nur gut empfangen, sondern Mussolini begrüßte seine Initiative, und Ciano verstieg sich sogar zu der Bemerkung: „Ich habe den Angriff auf Jugoslawien für eine schwierige und für die Ziele eines zukünftigen europäischen Gleichgewichtes ungünstige Aktion gehalten. Es wäre vielleicht besser gewesen, eine solide Grundlage für eine Verständigung zwischen Italien und Jugoslawien zu schaffen, als einen nervösen und untreuen Haufen von Kroaten nach Hause zu bringen.“ Die italienische Schwenkung wurde von Berlin mit Begeisterung aufgenommen, und Ciano wurde anläßlich seines Besuches auf dem Berghof (18. und 19. Nov.) von Hitler aufgefordert, diesen Kurs auch weiter zu verfolgen.

Berlin und Belgrad

Kurz darauf (Dezember 1940) begannen von Deutschland aus Verhandlungen mit der jugoslawischen Regierung Cvetkovic mit dem Ziele, Jugoslawien zum Beitritt zum Dreierpakt zu bewegen. Italien wurde dadurch etwas unsicher, weil es sich ja um „sein Einflußgebiet“ handelte. Mit Ungeduld wurde die weitere Entwicklung der seinerzeit von Stakic überbrachten Vorschläge verfolgt, die aber bald durch weitere politische Ereignisse und schließlich durch den Belgrader Putsch vom 27. 3. 1941 gegenstandslos wurden.

In Cianos Tagebuch besteht gerade in dieser, für die Untersuchung der kroatischen Frage so kritischen Zeit eine empfindliche Lücke. Durch ein Dekret Mussolinis wur-

⁶⁾ Dr. S. Peric: Preludij Rimaskom ugovoru, Sloboda 1/I, Buenos Aires Januar 1949, — ders.: Rimski ugovor, Sloboda 2/I 1949. — Eugen Kvaternik: Ustaska emigracija u Italiji i 10. 4. 1941, Hrvatska Revija II/3 Sept. 1952, Buenos Aires.

den Ende Januar 1941 alle faschistischen Funktionäre an die Front geschickt, um ihrer Militärpflicht zu genügen. Ciano übernahm als Fliegerhauptmann das Kommando einer Staffel an der albanisch-griechischen Front und unterbrach vom 21. 1. bis zum 24. 4. seine Eintragungen im Tagebuch.

Diese Unterbrechung im Ciano-Tagebuch ist zur Ursache verschiedener Mißverständnisse und Mißdeutungen dieses Abschnittes der italienischen Außenpolitik geworden. Sie wiegt umso schwerer, als sich gerade damals die Ereignisse in Jugoslawien überstürzten. Als Ciano zurückkehrte, war von Jugoslawien als Staat nichts vorhanden, dagegen wurde tatsächlich ein kroatischer Staat mit Hilfe der Achsenmächte aufgerichtet. Einen beachtlichen Beitrag zur Erklärung der gerade damals sehr komplizierten italienischen Kroatenpolitik liefert Anfuso in seinem Erinnerungswerk. Über die Tätigkeit Pavelics und seiner später oft genannten „Ustascha-Organisation“ gibt es auch neuere kroatische Darstellungen.

Aus diesem Material⁷⁾ geht folgendes hervor: Im Augenblick der Unterzeichnung des Belvedere-Paktes (Beitritt Jugoslawiens zum Dreierpakt) befand sich die Pavelic-Emigration in Italien in einer sehr kritischen Lage: Angehörige der *Ustascha*-Miliz waren schon nach dem Ciano-Stojadinovic-Pakt von 1937 auf den Liparischen Inseln und auf Sardinien interniert worden, während sich ihre Offiziere und politischen Führer unter Polizeiaufsicht in verschiedenen Ortschaften Mittel- und Süditaliens (Lucca, Altopascio, Greve) befanden. Eine gewisse Ausnahme bildete dabei eine Gruppe, die im Frühjahr 1940 (Zeitpunkt der italienischen Abkehr von Jugoslawien) von Süditalien in die Toskana überstellt und mit besonderen Aufgaben betraut wurde. Pavelic selbst befand sich damals in Florenz. In den ersten Märztagen 1941 wurde ihm von Baron De Ferraris, Kabinettschef im italienischen Außenministerium, mitgeteilt, daß Italien eine vollkommene Stillegung der *Ustascha*-Aktion bis auf weiteres wünsche. Pavelic hielt sich daran bis zum Simovic-Putsch in Belgrad am 27. 3. 1941, als die italienische Politik wieder eine Wendung um 180 Grad ausführte.

Bereits am nächsten Morgen (28. 3.) wurde Pavelic nach Rom gerufen und einen Tag später von Mussolini in der Villa Torlonia in Gegenwart von Anfuso (damals stellvertretender Außenminister) empfangen. Nach Anfuso hat Pavelic im Gespräch mit Mussolini alle „früheren Abmachungen“ bestätigt⁸⁾. Welcher Art aber diese Abmachungen waren, ist weder aus Cianos noch aus Anfusos Aufzeichnungen herauszufinden.

Pavelics Plan bestand darin, nach Agram zurückzukehren, die Unabhängigkeit Kroatiens auszurufen, und zwar entweder auf dem Wege einer Föderation oder einer Personalunion mit Italien. Als Mussolini das kritische Wort „Dalmatien“ aussprach, antwortete Pavelic, daß er das „Problem Dalmatien nicht zu isolieren“ gedenke, sondern daß zwischen Italien und Kroatien so ein Zusammenschluß zu erstreben sei, daß die dalmatinische Frage ihre Bedeutung verlieren müßte⁹⁾.

Aus Anfusos Darstellung der Gespräche in der Villa Torlonia geht hervor, daß zwar weder die Grenzziehung noch das zukünftige staatsrechtliche Verhältnis Kroa-

⁷⁾ Kvaternik op. cit. S. 209 pp.

⁸⁾ Pavelic conferma la precedenti intese con l'Italia, ne garantisce l'applicazione, esclude ogni dubbio circa la sua lealta . . . Il nodo della questione e la Dalmazia: potra Pavelic e in quale misura contenere le aspirazioni dei suoi compatrioti verso l'irredentismo italiano? — (Anfuso, op. cit. pag. 186).

⁹⁾ Pavelic dice: „Quando i Croati si persuaderanno che non esistono più differenze politiche e amministrative con gli Italiani, la questione dalmata non avra più significato.“ (Op. cit. p. 188).

tiens zu Italien entschieden, jedoch wohl gewisse Grundprinzipien, nach denen diese Probleme besprochen werden sollten, behandelt wurden. Die Kroaten wurden in ihren Erwartungen besonders bestärkt durch den Ausspruch Mussolinis bei der Begrüßung Pavelics: „*Adesso e il Vostro momento!*“, und schließlich durch seine Abschiedsworte „*Credo che sera la guerra!*“

Nach dem Mussolini-Besuch Pavelics begann auch Berlin, sich für seine Person zu interessieren. Damals war es schon vollständig klar, daß sich Deutschland an der kroatischen Frage keineswegs desinteressiert zeigen werde. Das ging sowohl aus Erklärungen maßgebender deutscher Persönlichkeiten gegenüber jugoslawischen Politikern hervor (wie z. B. Hitlers zu Cvetkovic anläßlich der Gespräche um den Beitritt Jugoslawiens zum Dreierpakt) als auch gegenüber der kroatischen Opposition.

Schließlich wurde von deutscher Seite ein unmittelbarer Kontakt mit der Gruppe Pavelic in Italien versucht. In den ersten Apriltagen 1941 kam nach Florenz in geheimer Mission im Auftrag Himmlers der Wiener Rechtsanwalt Dr. Erich Führer. Seine Aufgabe bestand darin, einen Besuch Pavelics in Berlin vorzubereiten und die Möglichkeiten dazu zu erkunden. Die kroatische Emigrantengruppe in Italien hatte damals sonst weder eine Verbindung zur Heimat, noch war ihr etwas über die Verhandlungen der kroatischen Emigration in Deutschland (Artukovic, Benzon) mit Berlin bekannt.

Italienische Behörden begannen gleichzeitig mit einer Konzentration der bisher auf den Lipari-Inseln konfinierten *Ustascha*-Männer. Ein italienischer Offizier, Oberstleutnant Sangiorgio, wurde von der albanischen Front abberufen und mit der militärischen Ausbildung dieser Formation betraut. Die Konzentration wurde am 10. 4. im Lager Pistoria beendet.

Der Krieg

Als am 6. 4. der deutsche Einmarsch in Jugoslawien begann, waren sowohl die Italiener als auch Pavelic vollkommen von den Ereignissen überrascht worden. Vom italienischen Generalstab wurde zunächst ein Plan erwogen, die *Ustascha*-Einheiten auf eine der italienischen, in der Bucht von Quarnero gelegenen Inseln (Cherso oder Lusingrande) zu bringen. Der rasche Ablauf der Kämpfe an den jugoslawischen Fronten machte jedoch diesen Plan gegenstandslos.

Unterdessen entwickelte das Deutsche Reich eine fieberhafte politische Tätigkeit um Kroatien. Die Nachricht vom Simovic-Putsch kam nach Berlin in den frühen Morgenstunden des 27. 3. Sofort wurde eine Sitzung der Reichsregierung einberufen. Von hohen Parteistellen und vom Auswärtigen Amt wurde die Meinung vertreten, daß der Simovic-Putsch im Zusammenhang mit der Landung britischer Truppen in Griechenland eine schwere Bedrohung für die Südflanke der damals schon zum Angriff auf die Sowjetunion bereitgestellten Divisionen bedeute, und die Liquidierung Jugoslawiens wurde noch am selben Tage beschlossen¹⁹⁾.

Die deutschen Stellen haben damals noch nicht gewußt, daß der Simovic-Putsch eigentlich nur die Abrechnung zwischen zwei einander bekämpfenden Belgrader

¹⁹⁾ Das Protokoll dieser Sitzung gehörte zu den Nürnberger Prozeßakten und wird auch von Churchill in seinen Erinnerungen erwähnt.

Cliquen war. Churchill stellt in seinen Memoiren fest, daß auch die Simovic-Regierung damals keineswegs an Krieg dachte, da sie ja noch in den ersten Apriltagen eine politische und militärische Zusammenarbeit mit England ablehnte. Die Großmächte, in diesem Falle Großbritannien und die Sowjetunion, nützten den bestehenden Konflikt in der Belgrader Führungsschicht nur aus, der Sinn des Simovic-Putsches war aber durchaus nicht unbedingt ein Krieg gegen die Achsenmächte.

Der deutsche Generalstab, für den der Belgrader Putsch unerwartet kam – während der SD einigermaßen mit ihm gerechnet hatte – stand nun vor einem doppelten Problem: 1) Die Umgruppierung der Zweiten Armee unter Generaloberst v. Weichs mußte vorgenommen werden, obwohl sich diese Armee mitten im Aufmarsch zur zukünftigen Ostfront befand. Dazu kam eine Umgruppierung der Luftstreitkräfte, wobei sogar ein Stuka-Geschwader von Rommel abgezogen und nach Rumänien verlegt wurde, 2) Teile der Zwölften Armee unter Generalfeldmarschall List, die zu einem raschen Vormarsch in Griechenland bereitstanden, mußten gegen Jugoslawien eingesetzt werden.

Parallel mit dieser militärischen Aktion wurde vom 27. 3 an der gesamte deutsche militärische, diplomatische und polizeiliche Nachrichtendienst darauf konzentriert, die kroatische Bewegung in Jugoslawien maximal auszunützen. Obwohl auf Grund früherer Abmachungen zwischen den Achsenmächten Kroatien klar in die italienische Interessensphäre gehörte, war das Reich aus strategischen Gründen keinesfalls bereit, dieses Gebiet, das den Donaauraum mit dem Mittelmeer verbindet, ohne weiteres Italien zu überlassen. Dabei bildete sich bei den deutschen Stellen immer mehr der Standpunkt heraus, das Land lieber unabhängig als italienisch werden zu lassen.

Aus diesem Grunde sandte Ribbentrop schon am 31. 3. als seinen Sonderbeauftragten Dr. Edmund Veessenmayer nach Agram mit dem Auftrag, Fühlung mit der kroatischen Unabhängigkeitsbewegung aufzunehmen. Im Gegensatz zu Italien dachte Deutschland zunächst an Macek und nicht an Pavelic. Das bestätigt auch Anfuso (op. cit 186), schließlich auch die Tatsache, daß deutsche Zeitungen noch am 4. April Pavelic nirgends erwähnen und von da an nur in Gemeinschaft mit Macek.

In diesen Tagen veranstalteten die Wiener Kroaten mit Erlaubnis des Gauleiters Baldur von Schirach, aber gegen den Willen Ribbentrops Kundgebungen für einen Unabhängigen Staat Kroatien und für Pavelic. Am 8. April überschritt die Deutsche Wehrmacht zwischen Barcs und Gyekenyes die Drau und näherte sich, gegen einzelnen Widerstand kämpfend, der kroatischen Hauptstadt. In Agram wurde gleichzeitig fieberhaft zwischen Deutschen und Kroaten verhandelt, wer als Staatsoberhaupt des zukünftigen Staates ausersehen werden sollte, wobei Pavelic als italienischer Exponent von Veessenmayer mehrfach abgelehnt wurde. Erst als Macek nach seiner Rückkehr aus Belgrad am 8. 4. eine Übernahme der Staatsführung ablehnte, stimmten die deutschen Bevollmächtigten zu, daß der Führer der *Ustascha*-Bewegung in der Heimat, Oberst Slavko Kvaternik, die Staatsführung provisorisch übernahm. So proklamierte Oberst Kvaternik im Namen von Pavelic am 10. 4. um 16.10 Uhr den „Unabhängigen Staat Kroatien“, nachdem bereits am 8. und 9. 4. einige kroatische Truppenteile (z. B. die Garnison von Bjelovar) diesem Ereignis vorgegriffen hatte. Etwas später erfolgte der Einmarsch von Teilen der deutschen Panzerdivision v. Kühn in die Hauptstadt Agram.

In Italien war man auf die Nachricht vom deutschen Einmarsch in Agram sehr nervös geworden¹¹⁾. Nun war keine Rede mehr von einer italienischen Adriainsel, Pavelic wurde sofort nach Rom eingeladen, Anfuso geleitete ihn in den *Palazzo Venezia*, wo seine sofortige Abreise mit seinen Anhängern über Triest nach Agram beschlossen wurde. In Triest traf Pavelic mit dem Befehlshaber der italienischen Zweiten Armee, General Ambrosio, zusammen, der ihm mitteilte, daß italienische Truppen bereits Karlstadt eingenommen hätten und der Weg nach Agram frei sei. In rasch beschlagnahmten Autobussen wurde die Fahrt fortgesetzt, am 13. 4. die bisherige Staatsgrenze bei Fiume-Susak um 1 Uhr nachts überschritten, am Morgen bei Lokve Teile der italienischen Mot-Division *Torino* überholt (Ambrosios Berichte stimmten nicht!) und um 20 Uhr wurde Karlstadt an der deutsch-italienischen militärischen Demarkationslinie erreicht. Die italienischen Begleitoffiziere wurden wieder nervös, und Oberstleutnant Sangiorgio wiederholte fortwährend: „*No me lo aspettavo, ma vedrete a Karlovac sarano i Tedeschi e tutto andra a rovescio*“.

Das Intermezzo von Karlstadt

Hier in Karlstadt kam es nun zum letzten und interessantesten deutsch-italienischen Zwischenfall vor der endgültigen Anerkennung des kroatischen Staates durch die Achsenmächte. Pavelic wurde beim Eintreffen vom befehlshabenden deutschen General mit „Herr Staatschef“ angesprochen, worauf er sich mit Kvaternik und Veesenmayer, die ihm aus Agram entgegengekommen waren, längere Zeit unterhielt. Veesenmayer teilte Pavelic bei dieser Gelegenheit mit, daß es der Wunsch der Reichsregierung sei, daß er so rasch wie möglich nach Agram komme, worauf Kroatien sofort anerkannt werden sollte.

Obwohl in Agram bereits zwei Tage lang eine große Menschenmenge auf den neuen Staatschef wartete, blieb Pavelic doch noch den ganzen 14. 4. in Karlstadt. Der Grund war, daß Anfuso melden ließ, er sei auf dem Wege nach Karlstadt, um Pavelic eine Botschaft Mussolinis zu überbringen. Um 13.30 Uhr kamen wieder Kvaternik und Veesenmayer und beschworen Pavelic, sofort nach Agram zu kommen. Nach etwa 20 Minuten kam auch Anfuso. Pavelics Begleiter brachten Kvaternik und Veesenmayer in einen anderen Raum, damit sie von Anfuso nicht gesehen wurden. Nach kurzer Zeit kam Pavelic von den Italienern zu den Deutschen zurück, mit dem Wortlaut eines Telegramms, das um die Anerkennung des Unabhängigen Staates Kroatien ersuchte, und u. a. folgende Sätze enthielt: „*Il popolo croato esprime la sua profonda riconoscenza alle gloriose truppe italiane per la liberazione de la Croazia ...*“, ferner „*... la nuova Croazia entrera nel nuovo ordine europeo nel orbite e sotto la protezione dell'Italia fascista. Le frontiere del nuovo Stato saranno definite tenendo particolarmente conto dei diritti italiani in Dalmazia*“.

Sowohl die Kroaten als auch Veesenmayer waren absolut gegen die Annahme dieses Textes, worauf Pavelic wieder zu Anfuso zurückkehrte. In der Zwischenzeit wurde von Kvaternik und Veesenmayer ein Telegramm an Hitler und Mussolini entworfen. In diesem Entwurf wurden ganz allgemein die Verdienste Deutschlands und Italiens für die Befreiung Kroatiens erwähnt und um die Anerkennung ange-

¹¹⁾ ... la marcia tedesca nei Balcani aveva capovolto la situazione. (Anfuso, op. cit. p. 199.)

sucht. Dieser Entwurf wurde wieder von Anfuso abgelehnt mit der Begründung, er müßte vorher mit Rom Rücksprache führen. Kaum hatte Veessenmayer davon erfahren, als er sofort Weisungen an die deutschen Nachrichtentruppen gab, die telefonischen Verbindungen mit Rom zu unterbrechen. Anfuso wartete vergeblich auf sein Gespräch. . .

Dieses „Intermezzo von Karlstadt“ endete in einer großen Konfusion: Anfuso reiste nach Agram ab, um von dort aus mit Rom zu sprechen, eine Reihe von kroatischen, deutschen, italienischen und sogar ungarischen Persönlichkeiten und Diplomaten war unterdessen auch nach Karlstadt gekommen, während sich Pavelic noch immer bemühte, eine Lösung zu finden, die für beide Achsenpartner tragbar wäre. Anfuso flog am nächsten Morgen von Agram nach Rom. In seinen Erinnerungen beschreibt er auf etwas belletristische Weise das Zwischenspiel von Karlstadt, wobei er eine besondere Betonung auf die angebliche Zustimmung Berlins zu den italienischen „Rechten auf Dalmatien“ legt („*Berlino e d'accordo!*“ soll Pavelic gesagt haben, op. cit. 197).

Anfuso erzählt zu diesem Punkt auch das Vorspiel seiner Reise nach Karlstadt. Mussolini hätte ihm vor seiner Abreise gesagt „Ich sehe nicht klar in dieser Angelegenheit, den Kroaten (Pavelic) haben die Deutschen sicher schon bearbeitet – wenn wir noch weiter zuwarten, wird uns Berlin eine parallele Anerkennung des kroatischen Staates vorschlagen, und wir haben dann gar keine Garantien mehr, außer dem, was mir Pavelic gesagt hat, d. h., daß die italienischen Interessen in Dalmatien respektiert werden¹²⁾.“ Die mündlichen Instruktionen des Duce an Anfuso lauteten folgendermaßen: „*Ottenere da Pavelic prima del riconoscimento ufficiale del suo governo da parte italiana una dichiarazione pubblica e solonno che lo impegni a definire del nuovo stato croato, tenendo particolarmente conto degli interessi italiani in Dalmazia*“ (op. cit. p. 191).

Brutstätte einer bösen Zukunft

Die erste Eintragung Cianos in sein Tagebuch nach seinem Aufenthalt an der Front betrifft seine Zusammenkunft mit Pavelic in Laibach 25. 4. Italien zeigte sich etwas entgegenkommender, der Fragenkomplex konzentrierte sich jedoch in zwei Punkten: 1) Das Schicksal der Stadt Spalato, die von Italien beansprucht wurde und 2) das Angebot der kroatischen Krone an einen Prinzen des Hauses Savoyen.

Die letzten Abmachungen wurden zwischen Mussolini und Ciano einerseits und Pavelic andererseits in Monfalcone am 7. 5. während einer überraschenden Begegnung getroffen. Italien verzichtete auf eine Zollunion mit Kroatien und gab in einzelnen Grenzfragen nach. Das Problem Spalato wurde in einem für Kroatien ungünstigen Sinne gelöst. Die Zeremonie des Angebotes der Krone und der Designierung des Königs von Kroatien wurde für den 18. 5. fortgesetzt.

Der König von Italien hatte inzwischen den Herzog von Spoleto zum König von Kroatien bestimmt, und am 18. 5. kam eine große kroatische Abordnung mit Pavelic an der Spitze zu dieser Feierlichkeit nach Rom. Bei dieser Gelegenheit wurde ein umfangreiches Protokoll von Pavelic und Mussolini unterschrieben, das den Namen „Römische Verträge“ erhielt. Italien rettete damit für sich alles, was noch an politischem Einfluß zu retten war, doch hatte Mussolini trotzdem einen schweren Ärger

wegen des deutschen Eingriffes in Agram, wie aus Cianos Tagebuch unter dem 30. Mai hervorgeht: „Mussolini hat seine deutschfeindliche Wut ausgelassen ‚Sie sollen uns in Ruhe lassen‘, sagte er, ‚und sie sollen daran denken, daß wir wegen ihnen das Imperium verloren haben. Ich empfinde einen Stachel im Herzen wegen der Tatsache, daß das besiegte Frankreich seinen Kolonialbesitz unberührt behalten konnte, während wir unseren verloren haben“.

Die Ereignisse vom 18. 5. in Rom bedeuteten aber entgegen den italienischen Erwartungen keine Konsolidierung der italienisch-kroatischen Beziehungen. Der Status Spalatos und darüber hinaus ganz Dalmatiens forderte die Kroaten heraus, das italienisch besetzte kroatische Staatsgebiet wurde zu einer Brutstätte serbisch-jugoslawischer Freischärler und kommunistischer Partisanen, und Aimone von Savoyen – König Tomislav II. von Kroatien – kam niemals nach Kroatien. Als die Italiener einsehen mußten, daß ihre Politik in Kroatien gegenüber ihrem Achsenpartner einen Mißerfolg erlitten hatte, begannen sie ein meisterhaftes Doppelspiel, um ihre eigene Schöpfung – den kroatischen Staat – wieder zu zerstören.

Schlüsselpunkt Griechenland

Die Ebene von Marathon

Wenn die mittägliche Glut sich legt, tritt man aus dem Schatten der Häuser und Bäume des Dörfchens Marathon auf die Landstraße, die von den Berghängen der Dorflege südwärts in die große Fruchtebene führt. Steil geht linker Hand ein Weg ab, und der eseltreibende Bauer zeigt auf ihn, die Straße zum „Grabhügel“.

Da liegt am Ende der von Bäumen umsäumten Allee ein grasüberwachsener Erdhügel, der gerade die Olivenhaine überragt. Wenn man die groben Steinstufen hochgestiegen ist, bietet sich über den abgeernteten Feldern, den Weinstöcken, Obstgärten und Oliven das Bild der Landschaft, in der 490 vor Christus die erste große Abwehrschlacht für unser Abendland gegen eine tödliche Bedrohung stattfand.

Im Westen liegt der Bergstock des Pentelikon, über dessen Hänge die athenischen Männer herbeieilten, um die Überrumpelung ihrer Stadt vom Rücken aus zu verhindern. Im Norden und Süden der Ebene treten die Gebirgszüge ans Meer. Ostwärts liegt blau der Golf, auf dessen anderem Ufer die langgestreckte Insel Euböa aufsteigt.

Diesen Golf entlang kamen die Perser zu Schiff, hier in der Ebene landeten sie, hier wurden sie geschlagen, hier sandten die Athener den Läufer aus, hier begruben sie die Toten unter der Erde, auf der wir stehen, und zogen eilig zurück, um die Stadt auch vor einem unmittelbaren Angriff zu schützen. Am Fuß der Stufen ist unter dem schlichten Steinbild eines athenischen Kriegers zu lesen, daß die Athener als „Vorkämpfer der Griechen“ die Perser abwehrten. Rund um das bald zweieinhalb Jahrtausende alte Grab ernten die Bauern, die Wasserräder gehen, die Wellen schlagen an den Strand. Die Griechen kennen kein Pathos um dieses erste welt-historische Schlachtfeld ihres Landes.

Partisanen ohne Volk sind machtlos

Aber sie wissen um seine Bedeutung. Sie haben in einem manchmal verzweifelten Ringen von 1944 bis 1950 nur deshalb dem kommunistischen Angriff auf ihr Land widerstanden, weil die einfachsten Menschen ihres Landes wußten, worum es ging, wie sie alle die Geschichte Marathons kennen. Da hebt im Eisenbahnabteil ein junger Mann das Hosenbein hoch und deutet auf die Prothese: „*Partisan – kaputt*“.

Die Kommunisten wollten wie bei den Aktionen gegen die Deutschen das Landvolk mobilmachen und von den Dörfern aus die Staatsgewalt zerbrechen, nachdem ihr erster Versuch zur allgemeinen Machtübernahme im Anschluß an den Abmarsch der Deutschen durch vorsorglich aufgebaute griechische Ordnungstruppen, den Widerstand der Bevölkerung und alliierte Landungsverbände zerschlagen worden war.

Diese Rechnung aber ging nicht auf. Fast 10% der Bevölkerung verließen die Dörfer und zogen sich in den Tälern und Städten wie in Fluchtburgen zusammen, lebten im Flüchtlingselend, um nicht den Kommunisten helfen zu müssen. Die saßen allein auf den Bergen und konnten schließlich von der Armee vernichtend geschlagen werden.

In Griechenland zeigte es sich, daß Partisanen nur dann einem Heer gefährlich sind, wenn das Volk in ihrem Machtbereich bleibt und sie unterstützt. Griechenland erlitt weder das Schicksal Chinas noch Indochinas, es erlebte weder eine echte Revolution noch eine Teilung. Als Großbritannien und die USA Waffen und Instrukteure schickten, bediente sich das griechische Volk selbst dieser Hilfe. Es wehrte den Einbruch von außen, der im Inneren Parteigänger fand, in einem Kampf ab, der solange dauerte wie der Zweite Weltkrieg für uns, – der noch anhielt, als wir schon nach der Währungsreform glaubten, nun sei „es geschafft“.

Währungsreform 1954

Erst 1954 haben die Griechen, deren Blutopfer im Kampf gegen die Kommunisten viel höher waren als im offenen Krieg gegen Italien und das Deutsche Reich, den „Schnitt“ in der Währung erlebt, der uns 1948 mit dem Ernst der Tatsachen in der wirtschaftlichen Existenz jedes Einzelnen bekanntmachte. 1000 alte Drachmen wurden eine neue Drachme, 30 000 alte Drachmen ein Dollar. Da schleicht ein Unbehagen im Lande umher bei allen, die weder Sachwerte noch englische Goldpfunde gehamstert haben. Man hat es noch keineswegs „geschafft“.

Das Unbehagen findet keinen Ausweg. Niemand wird dadurch zum Kommunisten, man hat auch dem Marschall, der den Bürgerkrieg beendete, gern seine Stimme gegeben, – aber die Beendigung des Bürgerkrieges und der Währungsschnitt allein sichern die Zukunft noch nicht.

Zentralpunkt im Ost-Mittelmeer

Griechenland, das hatte Winston Churchill erkannt, als er in Jalta daran festhielt, daß hier der Westen die Vorhand beanspruche, ist ein Schlüsselpunkt der Weltpolitik. Von Saloniki aus wurde im Ersten Weltkrieg die Front der Mittelmächte zum Einsturz gebracht. Die griechische Armee bewies im Zweiten Weltkrieg durch ihren

siegreichen Widerstand an der albanischen Grenze, wie fragwürdig die deutsch-italienische „Achse“ als politisch-militärisches System war.

Als sowjetische Truppen in Belgrad standen und Jugoslawien im Bund mit der Sowjetunion und mit seinen albanischen und bulgarischen Nachbarn nach Süden drückte, bildete Griechenland die letzte Bastion vor einem Einbruch der Sowjets ins Mittelmeer, hinter dem eine massigere Wucht gestanden hätte als hinter den dünnen deutschen Stoßkeilen von 1941.

Von der Peloponnes und von Kreta aus kann eine starke Streitkraft Ägypten und die Cyrenaika erreichen, Zypern, Beirut und Haifa. 1941 hatte das alliierte Oberkommando Sorge vor einer Zange, die sich zwischen Tobruk und Rostow am Don vielleicht hätte schließen können, – wieviel größer wäre die Sorge gewesen, wenn nur die Entfernung von Rhodos bis Eriwan zwischen den beiden Schneidbacken gelegen hätte – das aber wäre der Fall bei einem sowjetischen Durchbruch in die hellenische Inselwelt und an die griechischen Festlandsküsten gewesen.

Außerdem hätte vom Epirus, von den Jonischen Inseln, von Patras aus ein guter Weg zu den armen und revolutionsbereiten Massen Süditaliens und Siziliens geführt, ein Weg, den schon einmal griechische Städtegründer gegangen waren und den im Kampf gegen das alte Rom König Pyrrhos nahm. Die Türkei und Italien wären als Bastionen entwertet worden, das Ostmittelmeer und sein weites Hinterland an allen Küsten wäre verloren gewesen, hätte Griechenland damals nicht standgehalten.

Deshalb verkündete Präsident Truman noch vor der Gründung der nordatlantischen Allianz, daß die USA Griechenland schützen wollten. Griechenland war bedrohter als die Türkei, die Krieg und Bürgerkrieg von ihren Grenzen hatte fernhalten können.

Menschlichkeit ist notwendiger als Bewaffnung

Die griechische Regierung und die USA wußten und wissen aber, daß Instrukteure und Waffen, daß die amerikanischen Kriegsschiffe im Piräus und die Techniker oder Offiziere in den Athener Hotels allein noch nicht ausreichenden Schutz gewähren – wenn auch das griechische Volk selbst besten Willens ist.

Vielleicht hat bei der Entscheidung im Bürgerkrieg die Menschlichkeit der griechischen Königin eine größere Rolle gespielt, als das militärischen oder wirtschaftspolitischen Rechnern zunächst scheinen mag. Es wird erzählt, daß verwundete Partisanen in den Lazaretten der Kriegsgefangenenlager nach dem Besuch der Königin das Bild Friederikes neben das Stalins hingen. Sicher ist, daß die Armee einen ganz neuen Schwung erhielt, als die Königin in den wilden Berglandschaften des Nordens erschien und die Verbandplätze besuchte. Sicher ist auch, daß ihre Aktion für die Kinder den Zweifelnden Mut gab – daß die Bauern eher ihre Heimat verließen, nachdem sie wußten, daß sich die Königin des Flüchtlingselends annehmen werde. Griechenland ist auch Schlüsselpunkt humanitärer Erfolge und humanitärer Aufgaben.

Die konkrete Hilfe und die symbolische Bedeutung des königlichen Handelns haben diese Aufgaben keineswegs allen anderen Beteiligten abnehmen können. Athen, eine der schönsten Städte der Welt, sieht in seinen Elendsquartieren, wo Straße um Straße die Flüchtlinge des Bürgerkrieges neben den kleinasiatischen Vertriebenen aus der großen Bevölkerungsaustausch- und Umsiedlungsaktion von 1923 wohnen, schauer-

lich aus. Überzeugte Kommunisten sagen noch heute, daß die Ermordung der vielen Tausende, die ihre Freunde 1944 als „Geiseln“ verhaftet hatten, nicht auf ihr Konto, sondern auf das der „Leute aus Smyrna“, also der nicht „eingegliederten“ Flüchtlinge, gehe. Die griechische Flüchtlingsfrage ist noch nicht gelöst. Griechenland ist zuerst als besiegt Land mit vertriebenen Landsleuten vollgestopft worden. Es ist seitdem ein Schlüsselpunkt der Weltflüchtlingsfrage.

Wirtschaftshilfe der USA

Gerade die Amerikaner wissen, daß militärische Hilfe und menschliche Gesten allein nicht ausreichen. Sie geben Griechenland Wirtschaftshilfe. Hinter den Bergen des Dörfchens Marathon liegt ein steiniges Tal, in dem eine griechisch-amerikanische Gemeinschaftsleistung ein Muster dessen zeigt, was dem Lande wirklich helfen würde: der Marathon-Damm. Die Gebirgsbäche müssen unter dem Willen der Ingenieure ihren Lauf verändern und ein riesiges Staubecken füllen, das die Wasserversorgung der 1½ Millionen Menschen Athens zu sichern hilft. Die technische Leistung ist so vollkommen wie die der großen Staudammbauten am Colorado oder in den kalifornischen Bergtälern. Die Natur Attikas könnte einem Kalifornier vertraut vorkommen, jedenfalls ist behutsam bei der Errichtung der Kunstbauten Rücksicht auf ihre unversehrte Schönheit genommen worden.

In Griechenland murt man über die Vielzahl der Experimente, denen man sich als „unterentwickeltes“ Land ausgeliefert sieht, über die Widersprüche in den Stimmen der Berater, den Interessentenkampf, die Bürokratisierung, das Streben nach nur „optischen“ Erfolgen, den Schematismus, die Rücksichtnahme auf große Importeure, die Spielereien. Griechenland ist ein Schlüsselpunkt, an dem sich im ältesten Kulturland Europas entscheiden kann, ob die gegenseitige Friedenshilfe der nichtkommunistischen Länder langfristige Erfolge erzielen kann.

Es geht hier nicht wie bei unserer Marshall-Hilfe darum, Kriegsschäden zu überwinden und Wirtschaftskörper wieder aktionsfähig zu machen, sondern sie umzubauen. Hier sollen Landwirtschaft und Bergbau intensiviert werden, eine Industrie soll entstehen, neue Verkehrswege sollen das Land erschließen, Energie soll nicht nur dem importierten Öl und der fremden Steinkohle, sondern der Wasserkraft und den Braunkohlenvorräten des eigenen Landes abgewonnen werden. Dazu gehören große Projekte der Volkserziehung, Gesundheitsfürsorge, Siedlung. Das Land soll umgestaltet werden, ohne daß man ihm Gewalt antut. Es bleibt abzuwarten, ob das dadurch möglich ist, daß man Kredite gibt und staatliche Investitionen vornimmt. Griechenland stellt die Aufgabe der Planung in Freiheit.

Multilaterale Zusammenarbeit freier Nationen

Dabei reist der Kaiser von Äthiopien nach Griechenland, weil seine jungen Landeskinder dort vielleicht mehr lernen können als in technisch höher entwickelten Ländern, deren Voraussetzungen der Lage in ihrer Heimat allzufern liegen. Dabei fährt die große griechische Handelsflotte auf allen Meeren, und Griechenland gibt heute wie je Bildung und menschliches Vorbild an andere Völker. Griechenland hat nach seiner

Niederlage durch die Truppen Kemal Paschas bewiesen, daß es jahrhundertlange Feindschaften begraben kann.

Die leidenschaftliche Aufregung auch der hochgesitteten Athener um Zypern zeigt heute, daß es mit der Bereitschaft zur „Integration“ keineswegs den Willen zur geschlossenen Existenz als Nation verleugnet. Griechenland bietet dem fremden Besucher Gastfreundschaft wie kaum ein anderes Land der Erde, es belästigt ihn nicht und nutzt ihn nicht aus, es zeigt ihm einen Höchststand der weltweiten Menschlichkeit. Es weist aber auch auf die Stätten seiner nationalen Überlieferung hin. Es ehrt die Freiheitskämpfer gegen die Türken und spätere Besatzungsmächte. Es hegt kein Ressentiment, setzt aber voraus, daß man als Fremder die Gesetze der Gastfreundschaft achtet. Griechenland ist ein Schlüsselpunkt nicht nur im strategischen Sinne, es ist heute ein Probefall für das europäische Schicksal, wie es das in den Tagen der Schlachten von Marathon und Salamis war.

Griechenland ist nicht bereit, kommunistisch zu werden. Es nimmt gern Bundesgenossenschaft in seinem Unabhängigkeitskampf an. Es wünscht aber auch nicht, durch die Bundesgenossen beherrscht zu werden, und vermerkt Taktlosigkeiten mit Befremden.

Es ist dem einzelnen Griechen, der gern sein Feld bestellt, seinen Geschäften nachgeht, seine Reisen macht oder seinen Geist anstrengt, nicht sonderlich angenehm, an einem Schlüsselpunkt der Gegenwart zu leben. Er redet wenig davon. Er tut ungern so, als sei das Erstrebenswerte nur durch fromme Wünsche zu verwirklichen. Er weiß, daß Demokratie nicht durch die Verfassung, sondern durch das mitbürgerliche Leben entsteht. Er weiß auch, daß in seinem Lande nach dem sozialen Umbruch der überlieferten Agrargesellschaft und den Krisen eines Gründerkapitalismus noch keineswegs tragfähige Kader bürgerlicher Verantwortung bereitstehen, die in größerer Breite das volkstümlich machen, was einzelne Politiker vom Kaliber eines Venizelos im Vorgriff anstreben.

Gerade an einem Schlüsselpunkt der Gegenwart wollen die Griechen vor allem Zeit gewinnen. Ihre Wunden sollen heilen, ihr Land soll sich erholen. Sie wollen keine Kreuzzüge unternehmen, obwohl ihre Soldaten in Korea gezeigt haben, daß sie sich keiner Verpflichtung entziehen. Sie wollen den Kommunismus nicht, aber auch nicht den Krieg gegen den Kommunismus. In diesem Ursprungsland europäischer Kultur spiegelt sich das Gegenwartschicksal Europas.

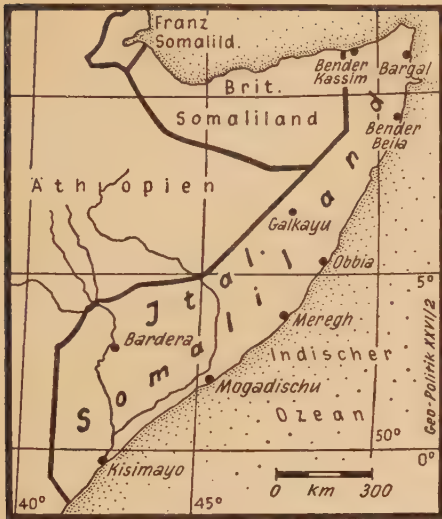
— ff —

ITALIEN IN SOMALILAND

Als Rest seines früheren Kolonialbesitzes kann Italien seinen Anteil an der Somaliküste betrachten. *Somalia*, wie die Kolonie heute genannt wird, grenzt im Süden, wo sie 1924 durch das von Großbritannien abgetretene Jubaland erweitert wurde, an Kenia, im Westen an die äthiopische Provinz Ogaden, im Norden an Britisch-Somaliland und hat einen Flächenumfang von insge-

samt 513 533 qkm. Während 1933 in der damaligen italienischen Kolonie etwa 10 000 Italiener lebten, sind neuerdings rund 5000 italienische Beamte und Privatpersonen in Somalia ansässig, davon etwa 3500 in der Hauptstadt Mogadiscio, die insgesamt 70 000 Einwohner hat. Die Einwohnerzahl des Gebietes beträgt rund 1,25 Millionen. Außer den Italienern sind rund

1000 Inder und 25 000 Araber eingewandert. Die einheimischen Somalis gehören zu einer Gruppe muslimischer Hirtenvölker, deren Weidegebiete auch jenseits der poli-



tischen Grenzen in den Nachbarländern liegen.

Vom britischen Einmarsch 1941 bis zum April 1949 wurde Somalia durch eine Militärregierung verwaltet, dann ging es in die Hände der *Administration of African Territories* im britischen Auswärtigen Amt über. Die Engländer übergaben am 1. April 1950 die Verwaltung an Italien, das seine sogenannte „stille Division“, die sich aus bewährten Kolonialsoldaten zusammensetzte, für diesen Tag bereitgestellt hatte. Die UNO-Vollversammlung beschloß am 2. Dezember 1950, daß Italien zehn Jahre lang als Treuhänder die Kolonie verwalten solle, danach solle Somalia selbständig werden. Neben der italienischen Verwaltung steht ein der UNO verantwortlicher Ausschuß, in dem ein Kolumbianer, ein Ägypter und ein Filipino sitzen.

Über die Hälfte des Staatshaushalts in Somalia muß durch italienische Zuschüsse gedeckt werden. Die Privatinitiative war während der langen Periode, in der Unsicherheit über die Zukunft des Landes herrschte, fast ganz erloschen. Die UNO sagte 1951 zu, eine Kommission zu entsenden, in der die Welternährungsorganisation, die Weltgesundheitsorganisation

und die UNESCO vertreten sein sollte. Sie sollte einen Bericht über die wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnisse des Landes erstellen. Die USA bewilligen seit 1952 Hilfe im Rahmen ihres Unterstützungsprogramms für die sogenannten unterentwickelten Gebiete. (Damit sollen zum Beispiel Brunnen angelegt, Zuchtbullen eingeführt und ein Serum-Institut unterhalten werden.) Die amerikanische Behörde für die Verteilung der Hilfgelder an Europa ließ 1952 geologische Untersuchungen unternehmen. Im gleichen Jahr bewilligte die UNESCO ihre Unterstützung bei der Durchführung eines italienischen Planes zum Aufbau des Schulwesens. Die italienischen Siedler haben einen Teil der schon seit 1921 aufgebauten Bewässerungsfarmen an den Flüssen während des Krieges verloren und nicht zurückerhalten. Ihre Anbaufläche, die vor dem Krieg 30 000 ha umfaßte, war 1950 auf 11 500 ha gesunken.

Am 29. März 1954 fanden die ersten Wahlen in 35 Gemeindebezirken Somalias statt. In den Gemeinden mit weniger als 3000 Einwohnern wurden jeweils 6 Gemeinderäte gewählt, in den größeren Gemeinden bis 20. Die Hauptorte der Bezirke sollten ohne Rücksicht auf die Einwohnerzahl jeweils mindestens 13 Delegierte in ihre Verwaltungsparlamente wählen. In 7 Orten wurde für die Italiener ein Anteil an den Sitzen reserviert, in einer Stadt fand eine ähnliche Maßnahme zu Gunsten der Araber, in 3 zugunsten der Inder und Pakistaner statt. Diejenige Organisation, die seit langem den Selbständigkeitswillen der Somalis besonders getragen hat: der Somali-Jugendbund (*Lega dei Giovani somali*), erhielt 142 von den 281 Sitzen, 47,9 % aller Stimmen waren auf sie entfallen.

Die *Lega* kann heute nicht mehr als italienfeindlich bezeichnet werden. Schon 1952 gab ihr die italienische Verwaltung 5 Sitze im Beirat des Gebiets, während 6 auf alle anderen Gruppen verteilt wurden.

Im August 1954 verkündete die italienische Verwaltung einen Sieben-Jahresplan. Die größten Investitionen (17,5 Mrd. *Somali*) sollen für die Landwirtschaft, vor allem Bewässerungsarbeiten, erfolgen. Am 28. Juni 1954 wurde ein Abkommen mit der *Foreign Operations Administration* der USA geschlossen über 300 000 \$ für technische Hilfe.

Die Totenehrung soll verbinden: Josef Noldin zum Gedächtnis

Der Südtiroler Regionalratspräsident Dr. Silvio Magnago hielt am 14. Dezember 1954 vor dem „Südtiroler Landtag“ eine kurze Ansprache zum Gedenken an Dr. Josef Noldin, in der er sagte: „Als Dr. Noldin aus fünfjähriger russischer Gefangenschaft 1920 in seinen Geburtsort Salurn zurückkehrte, setzte er sich alsbald für seine Landsleute ein, so daß er sich die Achtung und Verehrung der gesamten Bevölkerung des Unterlandes verschaffte. 1923 wurde die deutsche Schule in Salurn behördlich geschlossen. Dr. Noldin sah in dieser diktatorischen Maßnahme die Vergewaltigung eines heiligen Menschenrechtes und rief unter persönlichen Opfern deutschen Privatunterricht ins Leben, damit den Kindern ihre Muttersprache nicht verloren gehe. Ende 1925 verbot der Präfekt von Trient alle Einrichtungen der deutschen Privatschulen und ordnete die Beschlagnahme der Lehrmittel an. Dr. Noldin protestierte energisch und ohne Furcht gegen die Hausdurchsuchungen und übernahm die Verteidigung der zur Anzeige gebrachten Privatlehrerinnen und Eltern. Im Januar 1927 wird er ohne gerichtliche Verurteilung für fünf Jahre auf die Insel Lipari verbannt. Einige Monate später wird ihm nahegelegt, ein Begnadigungsgesuch einzureichen. Er weigerte sich und erwiderte, er habe nichts zu bitten, sondern nur sein Recht zu fordern. Die Strafe wurde später auf zwei Jahre Verbannung heruntergesetzt, und so konnte Noldin im Dezember 1928 in die Heimat zurückkehren. Er kam als kranker Mann zurück. Einem Gesuch, seinem Beruf als Rechtsanwalt wieder nachgehen zu können, wurde nicht stattgegeben. Die Ausstellung eines Reisepasses für eine Kur im Ausland wurde verweigert. Am 14. Dezember 1929 ereilte ihn der Tod.

Noldin hat sich ohne Haß, aber mit Über-

zeugung und Mut für die elementarsten Rechte seiner Südtiroler Volksgruppe eingesetzt und sich dafür geopfert. Er verkörpert den Widerstand des Geistes der Freiheit gegenüber Gewalt und Diktatur. Er ist für die gerechte Sache seines eigenen Volkes und für jene aller Völker eingetreten“.

Das Meraner Blatt „Der Standpunkt“ schildert ein Gespräch, das sein Redakteur im Anschluß an diese Gedenkworte angehört hat. Ein italienischer Lehrer sagte zu seinem Südtiroler Kollegen: „Ist es wirklich notwendig, daß ihr uns die Massentaten des Faschismus immer wieder unter die Nase reißt. Wir wissen ja nun alle, was damals geschehen ist – aber sollten wir nicht darüber hinausstreben?“

Ein Südtiroler antwortete: „Darüber ließe sich reden. Wollt ihr dann nicht auch mit dem Gedächtnisfeiern für euren Nationalhelden Cesare Battisti aufhören? Wenn wir uns immer wieder anhören müssen, daß die Österreicher ihn aufgehängt haben, könnt ihr auch ruhig hin und wieder zur Kenntnis nehmen, daß wir einen aus unserer Reihe auf den Liparischen Inseln verloren haben.“

„Nun ja“, gab der Italiener zurück. „Josef Noldin wurde immerhin begnadigt und starb heimlich. Barmherzigkeit aber wurde geübt, nachdem das Seil schon einmal gerissen war. Ist das vielleicht nicht Barbarei?“

„Aber du wirst zugeben, daß es jedenfalls keine Deutschen waren, die Mussolinis Leiche an der Tankstelle von Piazzale Loreto aufhängen.“

„Nun aber Schluss!“ warf da ein zweiter Italiener ein. „wo kommen wir hin, wenn wir die Untaten der beiderseitigen Geschichte gegeneinander aufrechnen und abwägen? Das Entscheidende ist doch, daß die Reihe einmal für immer abgebrochen wird und daß nicht neues Unrecht hinzukommt.“

Die in den einzelnen Beiträgen zum Ausdruck kommenden Ansichten decken sich keineswegs immer mit der Meinung der Schriftleitung, zum Teil sind sie ihr entgegengesetzt. Die Schriftleitung fühlt sich verpflichtet, allen Stimmen Gehör zu verschaffen, deren Vorhandensein bei einem Bemühen um Realismus zur Kenntnis genommen werden muß oder die ein wichtiges Gespräch in Gang bringen können. Darüberhinaus enthält der Abschnitt „Freie Aussprache“ genau das, was seine Überschrift sagt.

DER ALBDRUCK EURASIENS

Frankreich, Deutschland, Rußland, China – geopolitisches Schachspiel

Als die französische Nationalversammlung in der letzten Dezemberwoche des Jahres 1954 über das Vertragswerk diskutierte, durch das die westdeutsche Bundesrepublik in die atlantische Allianz hineingebracht werden soll, äußerte der gaullistische Abgeordnete Jacques Soustelle: „Vorher müssen wir alle Anstrengungen zu einem *modus vivendi* mit dem Ostblock machen. Das fordert die Logik. Ein Bündnis mit Rußland ist für Frankreich eine geopolitische Gesetzlichkeit“.

Mindestens die beiden großen Nationen Westeuropas, Großbritannien und Frankreich, empfinden wie einen Albdruck die Sorge vor der geopolitischen, ihrer Meinung nach zwangsläufigen Gesetzlichkeit eines neuen Bündnisses zwischen Moskau und einem Deutschland, das stärker ist als die beiden Teilstaaten des heutigen Rumpfigebietes. Schon im Oktober 1953, also lange vor der Berliner Konferenz, erklärte die britische Monatsschrift *Twentieth Century*, die westeuropäische Scheu vor einer klaren Entscheidung lasse sich so erklären, daß man nur ungern zwischen den Deutschen und den Russen wähle. Wenn Westdeutschland und Washington gegen die These von der Notwendigkeit eines „*Ostlocarno*“ angehen, erwidert Westeuropa, die Gegner Chamberlains in den Tagen von München hätten erfahren müssen, daß Großbritannien nicht mehr stark genug sei, das Gleichgewicht der Kräfte in Osteuropa durch seinen Einfluß herstellen zu können. Es habe sich binden müssen, nachdem es seinen polnischen Verbündeten nicht habe schützen können. Chamberlain habe keineswegs in München „nachgegeben“. Er habe eben eingesehen, daß England weder die Tschechen noch die Polen gegen die Deutschen verteidigen könne, und aus dieser Einsicht die Konsequenz gezogen.

Es sei ihm kein Vorwurf wegen seines Realismus in dieser Hinsicht zu machen. Doch sei sein Realismus nicht genügend weit gegangen. Er hätte erkennen müssen, daß Hitler Böhmen für den Angriff

auf Polen, Polen als Ausgangspunkt für den Angriff auf die Sowjetunion und schließlich die Herrschaft über die Ukraine als Grundlage für einen erst in der Zukunft geplanten Angriff auf den Westen habe benutzen wollen. Wenn man aus diesem Grunde Deutschland eben nicht freie Hand im Osten habe geben dürfen, dann hätte sich nur der andere Weg geboten, den Churchill und Roosevelt ja auch gegangen seien: Verteidigung Osteuropas mit Hilfe der Sowjetunion gegen Deutschland.

Bei dieser Wahl allerdings sei man auch nicht realistisch genug gewesen. Der Irrtum von München werde durch den Irrtum von Jalta aufgehoben. In beiden Fällen habe der Westen seinen eigenen Einfluß überschätzt. Osteuropa müsse entweder unter deutscher oder russischer Herrschaft stehen. Die Vernichtung der deutschen Militärmacht habe die Hegemonie automatisch in die Hände der Sowjetunion gelegt. Man könne sie diesen Händen nur dann wieder wegnehmen, wenn man die deutsche Aufrüstung zulasse.

Vor dieser unangenehmen Einsicht bestehe bei den beiden Westmächten eine verständliche Scheu. Vielleicht sei es besser, ein entwaffnetes, geeintes und neutrales Deutschland als Isolierzone zwischen West und Ost zu legen.

Im Januar 1955 griff die gleiche Zeitschrift das Thema wieder auf. Sie bemerkt im ersten Satz, man habe sich also nunmehr nach fünfjähriger Diskussion gegen die Errichtung einer Isolierzone entschieden. Man gewinne innerhalb von zwei Jahren 12 zusätzliche Divisionen, verzichte inzwischen auf die Wiedervereinigung Deutschlands und schwäche die eigene Stellung in Westberlin. Man nehme damit der Sowjetunion jeden Anreiz, einer deutschen Wiedervereinigung zuzustimmen. Moskau fürchte die NATO noch mehr, wenn sie durch den Zutritt Westdeutschlands, besonders des Ruhrgebiets, weiter verstärkt werde.

Die westlichen Politiker seien der Ansicht, daß man Deutschland nicht für immer waffenlos lassen könne. Man müsse

deshalb dafür sorgen, daß es seine Waffen nur auf der Seite des Westens einsetze. Im übrigen habe man sich in Großbritannien wohl auch gedacht, daß eine deutsche Waffenfabrikation die Industriekonkurrenz der Bundesrepublik schwächen könne.

Obwohl die Regierungen in London und Paris aus ihren eigenen guten Gründen die auch ihnen höchst unangenehme Wahl getroffen haben, sträubt sich die politische Öffentlichkeit in den beiden Hauptstädten noch immer. Der Arbeiterabgeordnete Paget, der als Verteidiger des Feldmarschalls von Manstein bekannt geworden ist, schreibt in der gleichen Nummer, Deutschland könne die NATO nicht wieder verlassen, weil es ohne sie keine Raumdiefe, keine Luftwaffe, keinen Treibstoff und keine Atomkraft besitze. Man solle sich keine Sorgen um einen möglichen Übertritt eines künftig ausgerüsteten Deutschland auf die weltpolitische Gegenseite machen. Dazu seien wahrscheinlich Jahre nötig. Ohne den Willen des Westens besitze Deutschland keine Möglichkeit zum Angriff auf den Osten.

Paget glaubt, man müsse warten, bis die Sowjetunion die Belastung durch Mitteleuropa von sich abschreiben werde, weil sie zu viel durch den chinesischen Rivalen innerhalb des kommunistischen Blocks gestört werde, der ihr bis jetzt schon Korea und Port Arthur weggenommen habe.

Jedenfalls geht es bei der Diskussion in Paris und London darum, wie man aus der eigenen Schwäche herauskommen kann, ohne daß man Deutschland oder Rußland stärkt. Es gibt Stimmen, die sich zu einer Entscheidung nicht entschließen

können. Es gibt andere Stimmen, die Deutschland, geteilt oder ungeteilt, durch eine Bindung an den Westen ungefährlich machen und Rußland nach China ablenken wollen. Bei dieser Diskussion geht es freilich nicht um das Abendland oder die Kultur und den Frieden der Menschheit, sondern nur um die Sicherung des eigenen Kleinraums durch geopolitisches Schachspiel. Westdeutschland ist in diesem Schachspiel nur ein Bauer. — ff —

Die Notwendigkeit geopolitischen Denkens

„In einer Mischung von Koketterie und dem Bemühen, die Ehrlichkeit ihrer Absichten zu zeigen“, gibt die Schriftleitung das Urteil bekannt, das die Zeitschrift: „Geschichte in Wissenschaft und Unterricht“ über den zweiten Halbjahrgang 1954 fällt. Die Rezensentin erwähnt lobend die Beiträge von Karl Haushofer über das „Austral-asiatische Mittelmeer“, von Paul Hyer über die Mongolei, von Graf Rechberg über Tibet und von Werner G. Krug über Steinbock-Afrika, dagegen mit wenig Vergnügen den Aufsatz von Karl Epting über die französische Nachkriegspolitik. Die Schriftleitung interessiert sich besonders für folgende Sätze:

„In einer Mischung von Koketterie und dem Bemühen, die Ehrlichkeit ihrer Absichten zu zeigen, hat (die Zeitschrift für Geopolitik) russische und englische Kritiken über ihre eigenen Arbeiten veröffentlicht, die, wenn auch mit beträchtlichen Unterschieden in der Tonart, amüsanterweise dieselben Bedenken anmelden – wodurch sich diese aber nicht unbedingt gegenseitig aufheben. Trotz dieser Bedenken soll die Notwendigkeit geopolitischen Denkens jedoch nicht bestritten werden.“

DEUTSCHE IN POLNISCHER UNIFORM

Seit dem Ende des Jahres 1954 erhalten junge Deutsche im wehrfähigen Alter in den polnisch verwalteten Gebieten ostwärts von Oder und Neiße Gestellungsbefehle für Heer, Marine oder Luftwaffe des kommunistischen Staates. „Die beschränkenden Maßnahmen, die der deutschsprachigen Minderheit beim Eintritt in die polnische Volksarmee bisher entgegenstanden, werden mit sofortiger Wirkung aufgehoben.“

Deutsche Wiedervereinigung?

Deutschland hatte zu existieren aufgehört

Das Wort „Wiedervereinigung“ bringt bestenfalls eine doppelte Selbsttäuschung zum Ausdruck, nämlich erstens, daß eine echte Vereinigung der beiden Deutschlande möglich sei, und zweitens, daß sie ernsthaft gewollt wird. In bösen Fällen handelt es sich um eine Floskel im tagespolitischen „Meinungsaustausch“, die manchmal das Gegenteil von dem meint, was sie sagt.

Wir haben uns daran zu erinnern, daß die Maßnahmen der Sieger des Zweiten Weltkrieges von der Tatsache oder der These ausgingen, daß Deutschland als politischer Begriff aufgehört hatte zu existieren und daß den übrig gebliebenen Deutschen nach entsprechender Erziehung und Bewährung das politische Bürgerrecht in einer demokratischen und besseren Welt verliehen werden sollte.

Diese Erziehung wurde von den beiden Großmächten in Ost und West mit innerer Folgerichtigkeit wenig oder gar nicht als moralische Besserung der Unterworfenen, sondern als politische, wirtschaftliche und militärische Heranziehung brauchbarer Arbeiter, Soldaten und Unternehmer betrieben. Daß die Mittel dieser Maßnahme entsprechend ihrem Ziel in Ost und West verschieden waren, daß sie also auseinander führten, ist nicht das Verdienst und auch nicht die Schuld der von ihnen Betroffenen, die zufällig den Vorzug oder das Unglück hatten und haben, hier oder dort sich zu befinden.

Damit ist der westdeutschen Bundesrepublik und ihrer Regierung das Recht zu bestreiten, für das ganze Deutschland zu sprechen, zu handeln, zu verhandeln und Entscheidungen zu treffen. Daß sie unter Wahrung der bei den Westmächten zur Zeit noch üblichen formal-demokratischen Spielregeln zur Macht gekommen ist, verdankt sie diesen und nicht sich selbst oder uns.

Der gesamtdeutsche Anspruch der Pankower Regierung braucht hier im Westen nicht erst mit umständlicher Beweisführung abgewiesen zu werden, denn er existiert ja nicht im Bewußtsein der an Leib und Seele von ihr Unterdrückten.

Der Wohlstand ist unsere Versuchung

Da liegen die Dinge bei uns sehr viel besser und – schlimmer. Unser Regierungssystem, d. h. also nicht nur die derzeitige Regierung, stützt sich subjektiv mit vollem Recht auf die Zustimmung der großen Mehrzahl freier, freiwilliger, also echter Wähler. Sie verkörpert für ihre Anhänger, ja selbst noch für ihre parlamentarischen Gegner, denen das offene Wort und der Widerspruch nicht verwehrt wird, die Freiheit, die wir „meinen“, und vor allem auch den Wohlstand, dessen wir uns alle – ohne Ausnahme alle – in mehr oder minder großem Umfang erfreuen.

Aber eben dieser Wohlstand ist unsere große Versuchung; denn er erzeugt bei allen Teilhabern den Wunsch, ihn zu erhalten und möglichst zu vermehren, und dieser Wunsch ist das stabilisierende Element unseres westdeutschen Daseins. Er ermöglichte freilich auch den Aufbau der Paketbrücke nach Mitteldeutschland. Diese

half ohne Zweifel, bitterste Not zu lindern, aber sie trug auch dazu bei, portionsweise das Gewissen der Spender zu beruhigen.

Das ist der reale Kern der westdeutschen Verteidigungsbereitschaft, dessen ideologische Bemäntelung der einschlägigen akademisch wie volkstümlich gehaltenen Propaganda deshalb so leicht fällt, weil sie – wenn nicht ausdrücklich, so doch tatsächlich – an die Selbstsucht und Selbstgerechtigkeit der Bürger appelliert.

Es ist also billig, der westdeutschen Regierung die offensichtlich lustlose Behandlung des Anliegens der Wiedervereinigung zum Vorwurf zu machen. Darin handelt sie nur zu sehr demokratisch. Könnte sie, wenn sie etwa wollte, bei außenpolitischen Verhandlungen auf einen eindeutigen und stürmischen Volkswillen in dieser Frage hinweisen?

Die Reaktion der westdeutschen Bürgerschaft auf den Aufstand der mitteldeutschen Arbeitermassen war schlechterdings erbärmlich. Nachdem das kleine Feuerchen erster und echter Anteilnahme verflackert war, ging ein jeder wieder seinen Geschäften und Pflichten und dem angenehmen Genuß ihrer Früchte nach und nahm allenfalls noch am Radio im trauten Heim mit Schauder zur Kenntnis, was den Aufwühlern widerfuhr, die ihr Leben für Freiheit, Recht und Einigkeit in die Schanze geschlagen hatten. Dann wurde bereits nach einigen Monaten ein Kuratorium der Prominenzen mit Büro und Spendenkonto gegründet, und damit war die „Volksbewegung für Wiedervereinigung“ endgültig zu Ende.

Im übrigen spricht die Flüsterpropaganda von der generalstabsmäßigen Vorbereitung der Maßnahmen nach dem Tage X, d. h. nach der (möglichst legalen!) Befreiung und Besetzung der Sowjetzone; und der Steuerzahler überschlägt nicht ohne guten Willen, aber doch auch mit einiger Sorge, was ihn das kosten würde.

Wenn er über ein bißchen Einsicht oder Erfahrung verfügt, so hält er allerdings von diesem Plan X so viel wie weiland von der Wirkung der Goebbelschen Wunderwaffen im Winter 1944/45.

Die militärische Drohung ist eine Illusion

Diese Art der Wiedervereinigung ist bis auf weiteres eine politische Utopie – auch den Wundergläubigen ist wohl inzwischen klar geworden, daß die Sowjetunion ihren mitteleuropäischen Vorposten nicht räumen wird und kann, wenn sie nicht dazu gezwungen wird; klar auch, daß die Wiederherstellung des deutschen Staates zwischen Frankreich und Polen keineswegs von allen Regierungen und Völkern der sogenannten Freien Welt gewünscht wird. Die weltpolitischen Ereignisse der letzten Jahre sprechen gegen die Illusion, daß eine verstärkte militärische Drohung für die Sowjetunion einen echten politischen Zwang darstelle, so hartnäckig und raffiniert und bislang erfolgreich sie auch jede Steigerung des militärischen Potentials in der Front ihrer Gegner diplomatisch und propagandistisch bekämpft.

Sollte von Ost oder West der Versuch einer gewaltsamen Wiedervereinigung, sei es auch nur im Zuge eines sonstwo vom Zaune gebrochenen Krieges unternommen werden, so ist der Ausgang für die solchermäßen Wiedervereinigten ganz belanglos; denn für die danach Überlebenden können die zur Zeit noch irgendwie gültigen Kategorien des politischen Daseins, sie mögen sich restaurativ oder revolutionär darstellen, keine Gültigkeit mehr besitzen.

Also haben alle Überlegungen, Winkelzüge und Erfolge deutscher Politik nur insoweit und solange Sinn, als der Dritte Weltkrieg vermieden oder aufgeschoben wird. Es ist aber zu befürchten, daß die von der westdeutschen Bundesregierung so hartnäckig betriebene Wiederaufrüstung diese nüchterne Einsicht verdunkeln wird.

Wahrscheinlich haben die Schwarzseher Unrecht, die als unmittelbare Antwort der Sowjetunion auf die Aufstellung westdeutscher Divisionen den militärischen Angriff befürchten. Daß sie aber zur Entspannung im mitteleuropäischen Raum und zur Annäherung zwischen den west- und mitteleuropäischen Bürgern beitragen wird, kann auch der Optimist wohl nicht behaupten.

Der einzige friedenserhaltende Wert der neuen westdeutschen Wehrmacht besteht darin, daß sie gegen die Wiedervereinigung eingetauscht werden kann. Leider sieht es nicht so aus, als ob dies geschehen, ja auch nur versucht werden wird.

Der westliche Separatismus ist eine europäische Katastrophe

Alle sichtbaren Tatsachen und alle wahrscheinlichen Folgen aus der gegenwärtigen Situation zwingen zu der Erwartung, daß die Wiedervereinigung in irgendeiner bisher erörterten Form in absehbarer Zeit nicht Wirklichkeit werden kann. Dafür trifft die Regierung der Bundesrepublik unmittelbar soweit noch keine Schuld. Der Weg, den sie gegangen ist, war ihr und ist ihr mindestens der Richtung nach immer noch von den Mächten vorgeschrieben, die Gewalt über sie und uns haben. Aber in dem Maße, als mit der wachsenden persönlichen Resonanz des Kanzlers in der Freien Welt und im Zuge politischer Zweckmäßigkeit ihren Einzelschritten mehr und mehr Spielraum gewährt wird, erhebt sich die Gefahr, daß die zunächst erzwungene westliche Integration in einen freiwilligen westeuropäischen oder atlantischen Separatismus ausmündet.

Angesichts dieser Möglichkeit ist der völlige Mangel eines klaren gesamtdeutschen Wollens – von Leidenschaft schon gar nicht zu reden – in der westdeutschen Öffentlichkeit eine nationale, ja eine europäische Katastrophe.

In der demokratischen Welt nimmt jede Regierung auf die öffentliche Meinung ihres Landes und auch derjenigen Länder, mit deren Regierungen sie zu tun hat, Rücksicht. Wir kommen an der harten Tatsache nicht vorbei; auf gesamtdeutsche Wünsche braucht keine Regierung der Welt ernsthaft Rücksicht zu nehmen. Wie aber soll irgendwann erreicht oder auch nur gefördert werden, was diejenigen, die es angeht, nicht mit allem Nachdruck verlangen und fordern?

Überlassen wir weiterhin die Parole der Wiedervereinigung der ostzonalen Regierung und ihren Organen, so gerät mit der inneren Logik des politischen Ressentiments die ganze Sache schließlich in den Verdacht eines kommunistischen Anliegens. Denn keine Sache ist so gut, als daß sie nicht böswillig kompromittiert werden könnte. Dann wird und kann es nicht ausbleiben, daß der bundesdeutsche Bürger, der die Wiedervereinigung als das A und O aller teildeutschen Politik vertritt, in den Geruch eines Rückversicherers, wenn nicht gar eines getarnten östlichen Agenten gerät. Dergleichen ist schon geschehen.

Überlassen wir weiterhin unseren mitteleuropäischen Brüdern die Hoffnung auf Wiedervereinigung als einzige Rettung aus Not, Hunger und Knechtschaft, das heißt, begnügen wir uns damit, aus Gründen der Menschlichkeit ihnen das zu gön-

nen, was wir selbst uns nicht zu wünschen brauchen, weil wir es nämlich zu besitzen glauben, so betrügen wir sie und uns. Daran ändern weder Päckchen noch Rundfunkparolen etwas.

Solange wir uns alles dessen nicht schämen, was wir hier haben und dürfen, nicht, weil es nichts wert wäre, sondern allein deshalb, weil sie es entbehren, gelangen wir nicht an das Fundament, auf dem ein gesamtdeutscher Staat einmal errichtet werden kann. Wer Armut und Verfolgung fürchtet, hat keine Aussicht, von denen verstanden zu werden, die darin leben müssen.

Wenn wir nicht begreifen, daß nicht nur sie, sondern auch wir der Befreiung bedürfen, ist keine echte Verständigung mit ihnen möglich. Sie sind von ihrem System verraten und verkauft, wir von dem unsrigen gekauft und verführt. Das ist gewiß ein großer Unterschied, aber im politischen Ergebnis ist beides schlimm.

Ohne Angst

Wir rühren hier an die moralische Wurzel des Problems. Hier kann und hier muß etwas geschehen, solange und weil auf der hohen politischen Ebene nichts zu seiner Lösung geschieht. Ja, selbst wenn die teildeutschen Regierungen ein anderes Ziel verfolgten, als sich gegenseitig zu liquidieren und die dann anfallende Erb- oder Konkursmasse zu übernehmen, wenn sie so etwas wie redliche Vereinigung, also nicht Eroberung, wirklich wollten, so bliebe doch die Tatsache, daß sie von außen nicht ermächtigt sind, diese zu vollziehen.

Unter den obwaltenden Umständen bildet der politische Status der getrennten Deutschländer einen wesentlichen Bestandteil des politisch-militärischen Gleichgewichts in der Welt, wie unter anderem die Berliner Konferenz klar gezeigt hat. Da eine wesentliche Verschiebung dieses Gleichgewichts die akute Kriegsgefahr heraufbeschwört, dürfen wir sie nicht einmal wünschen; es sei denn, sie hätte zur Ursache oder zur Folge die innere Selbstaufgabe eines der beiden feindlichen Systeme. Dieses können wir zwar wünschen, wobei niemand aus seiner Sympathie mit dem einen ein Hehl zu machen braucht. Aber darauf warten können wir füglich nicht.

Die Erkenntnis und Anerkennung dieser Lage legt demnach allen, die sich noch nicht mit einem mehr oder minder wohl ausgestatteten Fellachenzustand abgefunden haben, die Pflicht auf, das Gemeinschaftsbewußtsein der machtpolitisch getrennten Deutschen um jeden Preis am Leben zu erhalten und zu festigen. Dabei kommt es auch, aber keineswegs allein, auf wirtschaftliche Hilfeleistung und wirtschaftliche Verpflichtung an, sondern vor allem auf das echte Gespräch.

Ein solches Gespräch entsteht nicht, und es genügt nicht, wenn die jeweiligen loyalen Teil-Staatsbürger nur mit den entsprechenden Widerstandsgruppen des benachbarten Teilstaats konspirieren. Es müssen vielmehr ohne Rücksicht auf tagespolitische Optik und ohne Angst vor der Ideologie der anderen und vor Verdächtigung und Verleumdung durch die Mitbürger des eigenen Teil-Staats für das Gespräch zwischen Menschen hüben und drüben, für geistigen Austausch, für Handel und Verkehr, alle Mittel und Wege ausgenutzt werden, die von der einen oder anderen Teil-Regierung gerade offen gehalten oder aus undurchsichtigen Gründen etwa geöffnet werden.

Wiedervereinigung ist für solche „unpolitischen“ Begegnungen ein ganz und gar ungeeigneter Gesprächsgegenstand. Wir wollen also dieses durch unaufrichtige Propaganda wie traurige Vernachlässigung gleichermaßen entwertete Wort streichen und nicht mehr davon reden, was geschehen würde, wenn meine oder Deine Diodoch den Sieg davon trügen, sondern wir wollen uns darüber verständigen, was wir tun können, damit wir einander im Auge behalten und in Hörweite bleiben.

Die Wiederherstellung Deutschlands kann nur glücken, wenn die Teil-Staatsbürger diese zuvor wechselseitig vollzogen haben. Es ist noch nicht sichtbar, wann und wie, ja ob sie zustande kommen wird. Den lebenden Deutschen obliegt es, sie jetzt und hier neben der Politik und gegen sie zu verwirklichen, als ob sie ganz gewiß wäre. Alle anderen Wege führen auseinander und in die Fremde.

BISMARCK ODER LENIN? – WER HAT RECHT?

Bismarck schrieb am 10. Mai 1854 an seinen Bruder: „Daß wir uns mit dem ersten Schuß gegen Rußland zum Prügeln der Westmächte machen und uns von ihnen müssen den Frieden vorschreiben lassen, nachdem wir die Hauptlast des Krieges getragen haben, ist so klar wie ein Rechenexempel.“

Am 9. April des gleichen Jahres hatte er gesagt: „Brechen wir aber wirklich auf dem Wege dieser Bedientenpolitik, Fremden zu Liebe, mit Rußland, so kostet es den Franzosen ein Wort der Annäherung an Rußland, und die sämtlichen Deutschen Regierungen fallen ihnen zu, wir und Österreich aber sind die dupes in der Falle, und England zuckt die Achseln. Die Leichtigkeit, die Frankreich vermöge seiner geographischen Lage und seiner Interessen hat, sich mit Rußland zu verständigen, macht den Louis Napoleon zum Herrn der Situation, sobald unser erster Schuß gegen Rußland gefallen ist. Dabei würde die Wendung gegen England bei den Franzosen begeistert populär sein. Das Alles scheint mir so mathematisch klar, daß ich gar nicht begreife, wie wir uns verblenden lassen können, aus Furcht vor dem Tode Selbstmord zu treiben, denn das ist es, was wir thun.“

Am 3. Juni 1854 äußerte er sich an den gleichen Empfänger: „Ins Schlepptau kann sich der Staat der Mitte weder in der östlichen noch in der westlichen Richtung nehmen lassen; die ihm angehörige geographische Lage würde es verhindern, wenn derselben nicht moralische Gründe zu Hilfe kämen. Wir sind berufen, den

Ausschlag in der Richtung des herzustellenden Friedens, d.h. des definitiven Endes der heillosen Lage, zu geben, aber keineswegs uns als die Avantgarde des Ostens gegen den Westen noch des Westens gegen den Osten mißbrauchen zu lassen.“

In einem vertraulichen Bericht von 7. August 1854 sagte er: „Im Schoße des Ausschusses würde ich mich eventualiter bemühen, einen Bericht an die Bundesversammlung zustande zu bringen, der zwar in nicht zu entschiedenem Widerspruch zu der entgegengesetzten Auffassung Österreichs tritt, doch aber die durch die russische Antwort und die bisher bekannten Äußerungen der Westmächte gegebene Situation als eine solche charakterisiert, welche den Bund mehr auf die Bemühungen, den Faden der Unterhandlungen nicht abreißen zu lassen, als auf die Herbeiführung eines aktiven Vorgehens gegen Rußland anweist. Insoweit es nötig scheint, bei dieser Gelegenheit auf Rußland dadurch einzuwirken, daß man die Geneigtheit, Österreich im Falle der Gefahr zu unterstützen, durchblicken läßt, würde sich leicht eine darauf berechnete Wendung anbringen lassen, ohne daß man Österreich in der Hoffnung bestärkt, für jede Politik der deutschen Hülfe sicher zu sein.“

Diese Stellen werden durch den Schweizer Historiker Leonard von Muralt zitiert in seinem 1954 erschienenen Werk: „Bismarcks Politik der Europäischen Mitte“. Lenin sagt: „Wer mit uns Frieden macht, ist schon verloren“.

DEUTSCHLAND ODER ATLANTISCHE ALLIANZ?

Westdeutsche Sorge um die Wiedervereinigung

Im Herbst 1954 richtete eine Reihe bekannter und unbekannter Persönlichkeiten aus Westdeutschland ein Schreiben an den Deutschen Bundestag, in dem die Abgeordneten gebeten wurden, mit Rücksicht auf die deutsche Wiedervereinigung dem Beitritt der Bundesrepublik in die NATO nicht zuzustimmen. Außer einer Reihe von Geistlichen haben das Schriftstück unterzeichnet:

die frühere Bundestagsabgeordnete Thea Arnold, der Nürnberger Verleger Dr. Joseph E. Drexel, der Wuppertaler Chemiker Freiherr von Dobeneck, der frühere Bundestagsabgeordnete Dr. Hermann Etzel, der Kölner Arzt Dr. Fehlhaber, der Architekt und ehemalige Oberstleutnant G. Helgen, Botschafter Dr. W. O. von Hentig, die Schriftstellerin Irmgard Keun, der Iserlohner Arzt Dr. Katz, der Lederfabrikant Otto Lucas aus Freudenberg, der Aachener Ordinarius für Geologie Prof. Dr. Karl Rode, die Düsseldorfer Schauspielerin Marlies Stamm, Prof. Dr. Stoevesandt aus Bremen, Prof. D. E. Wolf, Göttingen.

Die Unterzeichner nennen sich „unabhängige und nur ihrem Gewissen verantwortliche Männer und Frauen aus allen Lebensbereichen, aus den im Bundestag vertretenen Parteien und aus beiden Konfessionen.“

Im Text heißt es: „Die Fortführung der westlichen Taktik, nur aus der Position der militärischen Stärke, sei es auch nur auf der Grundlage erst ratifizierter, nicht schon ausgeführter Militärverträge zu verhandeln, hat die angebahnte Tendenz zu internationaler Verständigung unterbrochen, die Spannung zwischen den Weltblöcken wieder verschärft, die Gefahr eines Dritten Weltkrieges erhöht und die Aussichten für die deutsche Wiedervereinigung erneut verdüstert. Sie bedroht die in der UNO eingeleiteten Abrüstungsgespräche.

Die hastige Betreibung der westlichen Aufrüstung beginnt, selbst in weiten Kreisen des Westens der Furcht vor einem künftigen Übergewicht des deutschen Partners und seinen Absichten neue Nahrung zu geben und seine politische Distanzierung und Isolierung schon in der Geburtsstunde der Westunion vorzubereiten. Sie ruft das unverkennbare Bestreben von Ländern des Westens hervor, beim Osten in Rückdeckung zu gehen.

Es ist ernstlich vor der verhängnisvollen Selbsttäuschung zu warnen, daß der Osten die deutsche Remilitarisierung ohne ernste Reaktion hinnehmen werde. Die letzten russischen Noten und Verlautbarungen dielten keine Anhaltspunkte für eine solche Erwartung. Ob und wie im einzelnen der Osten drastisch reagieren würde, steht dahin. Jedenfalls droht die DDR voll auferüstet und mit Polen, der Tschechoslowakei u. a. in ein geschlossenes Militärsystem eingefügt zu werden, das sich gegen ein wiederaufgerüstetes Westdeutschland richtet. Frankreich und wohl auch England aber dürften niemals gegen Polen und die Tschechoslowakei marschieren.

Sicher ist, daß die Remilitarisierung der Bundesrepublik die Spaltung Deutschlands endgültig machen, sie petrifizieren würde. Die Politik der Aufrüstung Westdeutschlands und seiner politischen und militärischen Einfügung in den Westblock ruft die unmittelbare und

dringende Gefahr hervor, daß nicht die deutsche Wiedervereinigung, sondern die bereits sichtbar werdende internationale Festlegung der gegenwärtigen Machtgrenzen in den Vordergrund rückt. Diese Machtgrenzen aber gehen mitten durch Deutschland.

Die Wiedervereinigung ist erste und oberste Aufgabe der deutschen Politik. Sie ist eine unverzichtbare Forderung menschlichen und göttlichen Rechts, aber ebenso sehr das Gebot politischer Vernunft. Die Spaltung Deutschlands bildet, da sich das deutsche Volk niemals mit ihr abfinden wird, einen auch über eine etwaige machtpolitische Verständigung der Weltmächte hinaus wirkenden gefährlichen Unruheherd der internationalen Politik. Ihre Aufrechterhaltung bringt das deutsche Volk gegen die auf, die sie zulassen, wünschen oder sogar fördern. Die Verkündung der Integrierung eines wiedervereinigten Deutschlands in die (klein-)europäische Gemeinschaft durch Artikel 7 Absatz 2 des neuen Deutschlandvertrages als gemeinsames Ziel des Westens ist ein Sperrriegel gegen die Wiedervereinigung. Sie steht im schroffen Widerspruch zu der westlichen Beteuerung, die Wiedervereinigung zu wollen.

Schon die beiden, mit den herkömmlichen Waffen geführten Weltkriege haben im Chaos geendet. Durch die Entwicklung der atomaren und thermonuklearen Kampfmittel und die Absicht, sie nicht nur im strategischen, sondern auch im taktischen Einsatz, das heißt auf den Schlachtfeldern, anzuwenden (Montgomery im Oktober 1954 vor einem militärischen Kreis in London), wird der Versuch, wesentliche internationale Spannungen und Probleme militärisch zu lösen, vollends utopisch und absurd. Er würde aus dem Vorfeld und Schlachtraum Deutschland eine Zone der totalen Verwüstung machen und die physische Ausrottung des deutschen Volkes sowie seine Auslöschung als Nation zur Folge haben. Deutschland hätte nicht nur als Opfer zu leiden, sondern würde erneut schuldig.

Die Hoffnung, die Wiedervereinigung durch einen Bruderkrieg oder durch seine Androhung erzwingen zu können, ist trügerisch. Sie ist unsinnig und unsittlich.“

Echtes Echo oder Resonanz „im Auftrag“?

In einem der zahlreichen Briefe, die aus dem sowjetisch besetzten Mitteldeutschland an die Unterzeichner des Aufrufs an den Bundestag gelangt sind, heißt es, — ähnlich wie in anderen Schreiben aus der Sowjetischen Besatzungszone: „Ich bin ein einfacher Mensch und habe mit 18 Jahren den letzten Krieg mitmachen müssen. Ich habe all das Elend und die Not, die ein Krieg mit sich bringt, miterlebt. Nach dem Kriege habe ich eine Familie gegründet, wir haben uns die ersten Nachkriegsjahre durchgehungert. ... Erneut steht das drohende Gespenst eines noch furchtbaren Krieges am Himmel. Aus diesem Grunde drängt es mich, Ihnen zu schreiben. Ich will Ihnen nur mitteilen, daß es mich sehr ergreifen hat, daß viele ehrliche Menschen offen gegen die einseitige Bindung eines Teiles unseres Vaterlandes aufzutreten, weil sie wissen, daß dies nur in eine neue Katastrophe führen kann.“

FÖDERALISMUS ZUR ABLENKUNG?

Kein Reich, aber Reichsreform?

Nach dem Grundgesetz soll die Neugliederung des westdeutschen Bundesgebiets drei Jahre nach Inkrafttreten abgeschlossen sein. Bisher war jedoch der Artikel durch das Besatzungsstatut außer Kraft gesetzt. So beginnt die Laufzeit der dreijährigen Frist erst mit der Ablösung des Besatzungsstatuts durch die Pariser Verträge, dem Gewinn der „Souveränität“, also vermutlich im Jahre 1955. Bis 1958 müßte dann die Neugliederung beendet werden.

Bereits im ersten Bundestag war ein Bundestagsausschuß für innergebietsliche Neuordnung unter Vorsitz des Abgeordneten Euler (FDP) gebildet worden. Im zweiten Bundestag wurde der Ausschuß nicht neu konstituiert, vielmehr wurden seine Aufgaben zunächst einem schon vorher gebildeten außerparlamentarischen Ausschuß unter Vorsitz des Altreichskanzlers Luther übertragen. Diesem Gremium gehören vorwiegend Fachleute an.

Die im Verlauf der dynastischen Geschichte und (in Süddeutschland) durch Napoleon gezogenen Ländergrenzen sind willkürlich und lassen vom Standpunkt der Verwaltung viele Wünsche offen. Bereits Bismarck plante nach der Annexion Hannovers und Hessens 1866 eine Neugliederung der preußischen Provinzen¹⁾. Er wollte sie „mehr in Einklang bringen mit den alten Stammesverhältnissen, mit den alten Reichskreisen“.

Er dachte daran, „die rheinfränkischen Teile der jetzigen Provinz Hessen-Nassau, also etwa Nassau und Hanau, vielleicht auch Fulda mit der Rheinprovinz zu einer Provinz Rheinfranken“ zu verbinden.

„Den übrigen Teil von Hessen (wollte er) daran erinnern, daß Hessen früher Westthüringen war und Marburg neben der Wartburg die Hauptschlösser von Thüringen“ waren. So wollte er „eine Provinz Thüringen schaffen, welche die in dem preußischen Besitz befindlichen Bestandteile dieses uralten Stammlandes in sich begriff, also den bei weitem größeren Teil der Provinz Sachsen bis gegen Wittenberg hin, demnächst auch etwa die südliche Göttinger Enklave von Hannover“.

Die alten Teile des westfälischen Reichskreises, Osnabrück und Ostfriesland, wollte

Bismarck wieder zu Westfalen weisen und dann eine Provinz Niedersachsen unter Zufügung des alten niedersächsischen Landes Magdeburg herstellen.

Bismarcks Pläne scheiterten an dem Widerstand des preußischen Ministeriums, vor allem aber auch der Provinz Hannover, in der sich sowohl Windthorst wie Miquel gegen eine Aufteilung des Landes stellten. Dynastische Gründe verhinderten vor 1918 eine Neuaufrollung der Frage.

Die Weimarer Verfassung bestimmte in ihrem Artikel 18: „Die Gliederung des Reichs in Länder soll unter möglichster Berücksichtigung des Willens der beteiligten Bevölkerung der wirtschaftlichen und kulturellen Höchstleistung des Volkes dienen“. Die Änderung des Gebietes von Ländern und die Neubildung von Ländern sollten durch verfassungsänderndes Reichsgesetz erfolgen.

Doch wurde außer der Neubildung des Freistaates Thüringen (1920), dem Übergang Coburgs an Bayern (1919) und dem Anschluß Waldeck an Preußen (1922, 1929) zunächst an den Ländergrenzen nichts geändert. Eine Verselbständigung der preußischen Provinzen, die der Schöpfer der Weimarer Erfassung vorgesehen hatte, erfolgte nicht. Eine Volksabstimmung in Hannover unter welfischen Vorzeichen 1924 hatte keinen Erfolg.

Der frühere Reichsminister des Innern Koch-Weser forderte 1926 den „dezentralisierten Einheitsstaat“, die Bildung gleichmäßig großer Reichsprovinzen unter Auflösung der alten Bundesländer. Der 1928 unter Vorsitz des Altreichskanzlers Luther gebildete „Bund zur Erneuerung des Reichs“ ebenso wie die von dem Reich und den Ländern gebildete „Länderkonferenz“ (1928-30) wollte nur Norddeutschland in Reichsprovinzen (Länder neuer Art) gliedern, Bayern, Württemberg, Baden und Sachsen dagegen als „Länder alter Art“ bestehen lassen. Daneben forderten mancherlei Denkschriften vor allem die Beseitigung der schlimmsten Unzuträglichkeiten mittelalterlicher Grenzziehung²⁾.

¹⁾ Von dem umfangreichen Schrifttum zur Länderreform in der Weimarer Zeit sei nur auf die Zeitschrift des Lutherbundes „Reich und Länder“ (1927 ff.) hingewiesen. Als Einzeluntersuchung sei genannt K. Brünning, *Niedersachsen im Rahmen der Neugliederung des Reiches* (2 Bde., 1931).

²⁾ Bismarck, *Die gesammelten Werke* Bd. 10, S. 437 (Rede vom 5. 2. 1868).

Die Weimarer Republik war zur Durchführung der Länderreform nicht imstande. Aber auch der Nationalsozialismus kapitulierte sehr bald vor dem Selbständigkeitsstreben sowohl des preussischen Ministerpräsidenten (Göring) wie der einzelnen Gauleiter und verzichtete auf eine wirklich durchgreifende Neugliederung, wenngleich die Eigenstaatlichkeit der Länder beseitigt wurde.

Immerhin wurden 1937–40 mit der Beseitigung zahlreicher kleiner Exklaven und Enklaven auch einige größere Gebietsregungen vorgenommen. Lübeck kam zu Schleswig-Holstein, Cuxhaven zu Hannover, Wilhelmshaven zu Oldenburg, während das Gebiet von Groß-Hamburg neu gebildet wurde. Im braunschweigischen Raume wurden bei der Neubildung des Stadtkreises Watenstedt-Salzgitter die Kreise Goslar und Holzmin-den gegeneinander ausgetauscht. Doch eine grundsätzliche Bereinigung bei selbst so willkürlichen Länderfetzen wie Braunschweig oder Anhalt erfolgte nicht.

Nach 1945 wurden die Ländergrenzen durch die Willkür der Besatzungsgrenzen gebildet. In der Britischen Besatzungszone entstanden die neuen Länder Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Die Länderbildung in der Amerikanischen Besatzungszone wurde durch die Grenzziehung der Französischen Zone wesentlich erschwert. In der Französischen Zone entstand aus Teilen der Rheinpfalz, des Landes Hessen, der Provinz Hessen-Nassau und der Rheinprovinz das Land Rheinland-Pfalz. Südbaden und Südwürttemberg wurden selbständige Ländersplitter.

Die Willkürlichkeit dieser Grenzziehung, die rein politisch bestimmt war, gab den Anlaß zu dem Artikel 29 des Grundgesetzes: „Das Bundesgebiet ist unter Berücksichtigung der landsmannschaftlichen Verbundenheit, der geschichtlichen und kulturellen Zusammenhänge, der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit und des sozialen Gefüges durch Bundesgesetz neu zu gliedern. Die Neugliederung soll Länder schaffen, die nach Größe und Leistungsfähigkeit die ihnen obliegenden Aufgaben wirksam erfüllen können.“

Die Interpretation der hier aufgestellten sieben Prinzipien für die Neugliederung hat schon viel Kopfzerbrechen verursacht. Der Bundestagsausschuß hat 1951 die „Akademie für Raumforschung in Hannover“³⁾, das „Institut für Raumforschung“ in Bonn⁴⁾ und das „Institut zur Förderung öffentlicher Ange-

legenheiten e. V.“ in Frankfurt⁵⁾ zu Gutachten aufgefordert, die sich vor allem mit ihrer Auslegung befassen und klären sollten, welche Abweichungen sich ergeben, je nachdem ob man bei der Neugliederung „a) Momente der landsmannschaftlichen Verbundenheit sowie der geschichtlichen und kulturellen Zusammenhänge, b) der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit und des sozialen Gefüges, c) der finanziellen und sonstigen Leistungsfähigkeit“ akzentuiert⁶⁾.

Die Akademie für Raumforschung stellt fest, daß die drei emotionalen Prinzipien (landsmannschaftliche Verbundenheit, kulturelle und geschichtliche Zusammenhänge) „nicht geeignet sind, als maßgebliche Richtlinien für eine innergebietliche Neugliederung des Bundes zu dienen“. Vielmehr können sie nur neben anderen wichtigen Gesichtspunkten bei der örtlichen Feststellung von Ländergrenzen in Betracht kommen. Dem stimmen die beiden anderen Gutachten grundsätzlich zu.

Auch die beiden rationalen Prinzipien (wirtschaftliche Zweckmäßigkeit und soziales

³⁾ Probleme der innergebietlichen Neuordnung gemäß Art. 29 Abs. 1 GG. Gutachten der Akademie für Raumforschung und Landesplanung. Federführend: K. Brünig und H. Stig zusammen mit M. Peschlow. (Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Abhandlungen Bd. 26). 48 S. Verlag Walter Dorn, Bremen-Horn 1953 (abgefaßt 1951).

⁴⁾ Stellungnahme des Instituts für Raumforschung zu dem Auftrag des Bundestagsausschusses für innergebietliche Neuordnung. Bad Godesberg 1951. 32 S.

⁵⁾ W. Münchheimer, Materialien zur Auslegung der Neugliederungs-Prinzipien in Art. 29 des GG., hg. vom Institut zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten, Frankfurt. 80 S. (Alle drei Gutachten sind nur als Manuskript vervielfältigt.) — Hingewiesen sei auch auf das bereits 1950 von dem Frankfurter Institut herausgegebene Sammelwerk „Die Bundesländer, Beiträge zur Neugliederung der Bundesrepublik“ und die Studie von W. Münchheimer: „Worum geht es bei der Neugliederung Deutschlands“, 4 Karten mit Text (Frankfurter Geographische Hefte 25, 3) 12 S. Verlag Dr. W. Kramer, Frankfurt 1951.

⁶⁾ Hingewiesen sei auch auf die Zeitschrift „Raumforschung und Raumordnung“, die seit dem 11. Jahrgang (1953) im Verlag Carl Heymann, Köln-Berlin, von dem Institut für Raumforschung Bonn und der Akademie für Raumforschung und Landesplanung in Hannover gemeinsam herausgegeben wird (jährlich 4 Hefte, Abonnementspreis 20 DM). Die Zeitschrift enthält selbstverständlich fortlaufend auch Beiträge zu den raumordnerischen Voraussetzungen der Neugliederung.

Gefüge) können nicht die Grundlage für eine zukunftsfruchtbare Länderbildung abgeben.

Letztthin entscheidend muß dagegen die Forderung des zweiten Satzes des Artikels 29 sein, daß die Länder „nach Größe und Leistungsfähigkeit die ihnen obliegenden Aufgaben wirksam erfüllen können“.

Münchheimer fordert daher, ausgehend von der Existenz der beiden Großländer Bayern und Nordrhein-Westfalen, die Bildung von fünf Ländern (Bayern, Hessen, Niederrhein, Niedersachsen und Schwaben) in der Bundesrepublik.

Das Gutachten der Akademie für Raumforschung, das sehr eindringlich die Fragen der finanziellen Leistungsfähigkeit der Länder untersucht, lehnt dagegen die Bildung eines Großniedersachsen (unter Einbeziehung von Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen) ab. Die Akademie sowohl wie Münchheimer weisen zudem mit Recht darauf hin, daß die Frage der Neugliederung nicht von der Frage der Neuordnung der inneren Verwaltung zu trennen ist.

Die Bildung des neuen Landes Württemberg-Baden aus drei Bundesländern hat zunächst die politische Mehrheitsbildung im Bundesrat umgestoßen und der Bundesregierung ihre Mehrheit genommen. Bei jeder Neubildung wird also darauf (wenn auch unausgesprochen) geachtet werden, daß durch sie die Machtverteilung im Bundesrat nicht wesentlich geändert wird.

Entscheidender aber ist, und auch darauf weisen die Gutachten mit Recht hin, daß eine Neugliederung des Bundesgebietes ohne Rücksicht auf Mitteldeutschland nicht möglich ist. Das Grundgesetz fordert zwar, daß die territoriale Neugliederung des Bundesgebietes ohne Rücksicht auf die Wiedervereinigung in der gestellten Frist durchzuführen sei und daß die übrigen Teile Deutschlands binnen zwei Jahren nach der Vereinigung der Neugliederung zu unterziehen wären. Dennoch muß darauf geachtet werden, daß die Neuordnung, wenn sie überhaupt erfolgt, die Wiedervereinigung nicht erschwert und Raum läßt für die Bereinigung der Fragen Schleswig-Holstein-Mecklenburg, Niedersachsen-Altmark, Nordhessen-Westthüringen (Kassel-Mühlhausen), um nur einige Probleme anzuschneiden.

Neben dieser Erörterung grundsätzlicher Erwägungen hat sich die Planung auch schon praktischen Fragen zugewandt. Die Bildung des Landes „Baden-Württemberg“ aus den

drei Besatzungsländern Südbaden, Südwürttemberg-Hohenzollern und Nordwürttemberg-Nordbaden war schon im Grundgesetz als erste Etappe vorgesehen und ist inzwischen durch Volksabstimmung bestätigt worden. Der Freiburger Geograph Friedrich Metz hat in einer schlechthin beispielhaften Untersuchung die Frage der „Ländergrenzen im Südwesten“ geklärt⁷⁾. Man hat ironisch und nicht ohne Grund gesagt, daß der Freiburger Staatspräsident Wohleb durch die Zwangsbeurlaubung von Friedrich Metz und damit dessen Freistellung für wissenschaftliche Arbeit und Propaganda wie kein anderer zur Bildung des von ihm so verabscheuten Südweststaates beigetragen habe.

Das Gutachten der Regierung des Landes Hessen für den Luther-Ausschuß⁸⁾ greift nicht soweit wie die Arbeit von Prof. Metz. Es stellt im Anschluß an Artikel 29 des Grundgesetzes die Bedingungen des Landes Hessen heraus und verflucht mit guten Gründen den Wunsch nach Rückgliederung des Westerwaldgebietes wie Rheinhessens (Mainz) an das Land. Darüber hinaus schlägt es nur die Zuschlagung des Kreises Kreuznach an Hessen vor.

Damit greift die Denkschrift bereits das wichtigste Problem der Neuordnung, das Problem Rheinland-Pfalz, auf. Zwei Vorschläge stehen sich gegenüber, wenn das Land aufgeteilt wird. Entweder man schlägt das ganze Land oder doch seinen größten Teil zu Hessen, das dann von Kassel bis Saarbrücken reichen würde (bereits vor 1792 hat Saarbrücken zu Nassau gehört), oder man teilt das Land zwischen Nordrhein-Westfalen (Regierungsbezirk Trier), Hessen und Baden-Württemberg (Pfalz) auf. Auch die bayrischen Ansprüche auf die Pfalz müssen erwähnt werden.

⁷⁾ F. Metz, *Ländergrenzen im Südwesten (Forschungen zur deutschen Landeskunde 60) 145 S. 117 Karten. Remagen, Amt für Landeskunde 1951. — Auf die Probleme von Südbaden geht vor allem eine anonyme Streitschrift ein: Baden 1945—1951, was nicht in der Zeitung steht. Friedrich Vorwerk Verlag, Stuttgart 1951. 80 S.*

⁸⁾ *Das Land Hessen im Rahmen der Neugliederung des Bundesgebietes. Gutachten der Regierung des Landes Hessen für den Ausschuß zur Vorbereitung der Neugliederung des Bundesgebietes. Wiesbaden Juli 1954. 56 S. und 58 Anlagen (Karten und Statistiken). — Entsprechende Gutachten anderer Länder (z. B. Niedersachsens) sind für die Öffentlichkeit noch nicht freigegeben.*

Das zweite Hauptproblem der Neugliederung ist der Nordwestraum, da sowohl Schleswig-Holstein wie Niedersachsen zu den steuerschwachen Ländern gehören und vor allem Schleswig-Holstein für sich allein nicht lebensfähig ist. Man kann entweder Niedersachsen, Schleswig-Holstein und die beiden Hansestädte zu einem Lande vereinigen oder aber Niedersachsen mit Bremen, Schleswig-Holstein mit Hamburg verbinden oder aber die Hansestädte selbstständig lassen und nur Niedersachsen und Schleswig-Holstein vereinen, wodurch freilich die Finanzkraft des neuen Landes ebenso wenig gestärkt würde, wie wenn man Schleswig-Holstein mit Mecklenburg verbinden würde.

Neben diesen beiden Hauptfragen stehen die kleineren Grenzprobleme. Es ist die Frage, ob Minden und Bielefeld zu Niedersachsen oder Osnabrück zu Westfalen kommen sollen. Der Südtail des Kreises Hammersch-Münden gehört zum Vorland von Kassel. Die Sauerländer Kreise Wittgenstein, Warburg und Teile von Brilon tendieren auch zu Hessen. Das Problem Mannheim-Ludwigshafen und der Bergstraße ist ebenso zu nennen wie die Landesgrenze zwischen Ulm und Neu-Ulm. Aschaffenburg endlich tendiert wirtschaftlich zum Frankfurter Raum und damit zu Hessen⁹⁾.

Endlich steht noch die Frage der Neugliederung Mitteldeutschlands zur Diskussion. Zu ihr hat Münchheimer in einem eigenen, vom „Königsteiner Kreis“ herausgegebenen Gutachten Stellung genommen¹⁰⁾. In sehr ins Einzelne gehenden Untersuchungen, die an die Verwaltungsneugliederung der DDR anknüpfen, schlägt er die Neugliederung Mitteldeutschlands in zwei Länder Sachsen-Thüringen (mit der Provinz Sachsen) und Brandenburg-Pommern vor. Für Berlin und Leipzig erstrebt er eine Sonderstellung. Den Westteil Mecklenburgs mit Schwerin (nicht aber Rostock) will er Schleswig-Holstein zuschlagen. Auch sonst sind kleinere Grenzverschiebungen zwischen West und Ost vorgesehen. Auch wenn die Vorschläge Münchheimers nur als Diskussionsbeitrag ge-

wertet werden können, ist es doch wichtig, sich heute schon mit diesen Fragen zu befassen. Und in vielem vermögen seine für Mitteldeutschland angestellten Untersuchungen auch für andere Gebiete methodisch fruchtbar zu sein.

Wie schwierig freilich jede Neugliederung ist, wie konstant die historischen Grenzen sich erweisen, zeigt eben das Beispiel des Südweststaates. Obgleich hier eine wirkliche Verwaltungsneugliederung als notwendige Konsequenz der neuen Staatsbildung von allen Kennern für notwendig erachtet wurde, schließt sich aus parteitaktischen Gründen die jetzt geplante innere Gliederung des Landes an die alten Grenzen zwischen Württemberg und Baden an und läßt damit Ungereinheiten wie das Hineinragen von Pforzheim in den württembergischen Raum oder auch die Grenzziehung im Südschwarzwald bestehen.

Ein letztes Problem, mit dem auch die innerdeutsche Neugliederung zusammenhängt, wirft das Gutachten einer amerikanischen Studienkommission über die Neubildung Europas auf, wenngleich es sich wesentlich auf die verfassungspolitischen Probleme des Bundes beschränkt¹¹⁾. Friedrich Hielscher erzählt in seinem Erinnerungsbuch „50 Jahre unter Deutschen“¹²⁾, daß er seinen alten Plan einer Gliederung Europas nach seinen Stämmen unter Überwindung der Nationalstaaten in den Nachkriegsjahren einmal Professor Heuss (der damals noch nicht Bundespräsident war) entwickelt habe. Sie seien sich einig gewesen, daß für etwa 50 Stämme 50 Stammesherzöge notwendig seien.

„Und wenn die Herre ohne Bürokratie regierewelle, dann brauchet sie, sage wir“, (fuhr Heuss fort), „je vier Minischtere, die statt eines großen Apparates selbst umherreise und nach dem Rechten sehen und die rechten Leut ansetze und gewähre lasse. Das sind (mit erhobenem Zeigefinger) je Land 5 Männer mit Geischt und Charakter, die wir brauche, also für Europa – lasset Sie mich rechne – 250, die sowohl Geischt als auch Charakter habe.

⁹⁾ Neuerdings hat der Luther-Ausschuß auch die Frage aufgeworfen, ob das Land Nordrhein-Westfalen wieder in seine beiden Bestandteile aufzulösen sei. Doch findet der Gedanke anscheinend keinen Anklang.

¹⁰⁾ W. Münchheimer, Die Neugliederung Mitteldeutschlands bei der Wiedervereinigung. Verlag Otto Schwartz und Co. Göttingen 1954. 185 S., 25 Karten. Hlw. 24 DM.

¹¹⁾ Probleme einer europäischen Staatengemeinschaft. Studien zum Föderalismus durchgeführt unter Leitung von Prof. R. R. Bowie und Carl J. Friedrich (Dokumente und Berichte des Europa-Archivs Bd. 11). Institut für europäische Politik und Wirtschaft. Frankfurt 1954. 90 S. kart. 8,50 DM.

¹²⁾ Verlag Rowohlt, Hamburg 1954, S. 46.

Herr Hielscher (beschwörend), wir wollet froh sein, wenn wir im ganzen Abendlande 5 Männer find, die entweder Geischt oder Charakter habe. Sehet Sie, darum ziehe ich für Europa heute den aufgegliederten Einheitsstaat vor."

Günther Franz

Die Pfalzfrage

Kein Fluß der Erde bedeutet für seine beidseitigen Anrainer eine Trennung, sondern stets eine Verbindung. Das Flußnetz oder der Flußraumabschnitt bildet meist eine natürliche Ganzheit mit beidseitig-einheitlichem Volkstum und einem häufig zentralen oder flußabwärts liegenden wirtschaftlich-kulturellen Schwerpunkt. So ist in Deutschland das ganze unmittelbare Einflußgebiet des Alpen-, Hoch- und Oberrheins die altschwäbische, das ganze mittlere und nördliche Rheinland die fränkische oder niederfränkische Stammeslandschaft mit Ausnahme des mittleren und oberen Mosel-Maasgebiets als romanischen Überhangs Frankreichs.

Die Dialektgrenzen laufen meist quer oder, wie im Oberrheinland, schräg über den Fluß. Auch der Lech, der als Mundartlinie gilt, ist in Wirklichkeit mit dem sehr schmalen östlichen Einflußgebiet seines Mittel- und Unterlaufs keine sprachliche Grenzlinie, sondern, als Flußraum betrachtet, die östliche Randzone Schwabens.

Physikalisch-geographisch handelt es sich meistens um beiderseits gleichartige Landschaften: Der Rhein fließt durch das alpine und voralpine Hügelland und das Bodenseebecken, bricht durch den Jura, läuft dann zwischen Waldshut und Basel durch das Schwemmland zwischen Schweizer Jura und Schwarzwald und tritt darauf ins Oberrheintiefland mit dem beiderseits spiegelbildartig einander gegenüberliegenden Bergland, das sich nur im Kraichgau wesentlich senkt. Im Zusammenhang mit Boden und Volkstum bestehen beiderseits des Rheins auch gleichartige Kultur- und mindestens komplementäre Wirtschaftsformen.

Nur das Staatsbewußtsein der Bevölkerung ist überall durch politisches Schicksal verschieden geprägt: Es festigt die von Liechtenstein bis Mannheim festgefrorenen Grenzen des Rheins.

Die politische Längsspaltung der nach Naturlandschaft einheitlichen und wirtschaftlich komplementären Einzugsräume des

Stroms durch die Flußgrenze steht im Widerspruch zum „geopolitischen Grundprinzip“ integraler Ganzheit einheitlicher Landschaften als erstem Grundsatz der Raumordnung.

Bei Anerkennung dieses Prinzips ist der Fluß als politische Grenze ausgeschlossen! Als raumgerechte Grenzen kommen statt dessen ausschließlich Wasserscheiden in Frage, seien es hohe oder niedrige. Grenzen dürfen Flüsse nur durchschneiden, aber niemals mit dem Flusse selbst laufen! Ein raumgerechtes politisches Kraftfeld ist also nur die von Wasserscheiden begrenzte organische Ganzheit einer Flußlandschaft — allenfalls mit Paßlandüberhang wie bei Nord- und Südtirol, aber auch hier mit Wasserscheidengrenzen. Die vorwiegend wasserlaufnahen (hydrotropen) Siedlungen und Städte an den Flüssen kommen durch Flußgrenzen in raumwidrige Randstellung. Dagegen wird durch Integration der Flußraumganzheit mit Wasserscheidengrenzen eine gemeinsame verkehrs-, kultur- und wirtschaftspolitische Zusammenarbeit inmitten der Landschaft längs ihrer Lebensader ermöglicht.

In der bergberandeten Senke des nördlichen Oberrhein-Tieflands vereinigt das Stromnetz die geologisch und vegetativ, stammlich und mundartlich, wirtschaftlich und kulturell einheitliche Landschaft beiderseits des Stroms. Sie liegt zwischen der Hardt einerseits, Odenwald und Kraichgau andererseits. Ihre süd-rheinfränkische Mundart ist „pfalz-fränkisch“. Diese erstreckt sich als Sprachlandschaft von der östlichen Saar- gegen west-östlich bis zum Neckarland bei Heilbronn. Das „Pfalzfranken“ der badischen Seite hat im Bereich der ehemaligen Kurpfalz mit Mannheim, Heidelberg, Sinsheim, Mosbach etwa 790 000 Einwohner, die Kreise Karlsruhe und Bruchsal 490 000 (das badische Mainfranken etwa 100 000). In Mannheim liegt fraglos der wirtschaftliche Schwerpunkt. Die Rheingrenze zwischen Nordbaden und der Vorderpfalz ist eine Fehlgrenze. Denn wie alle Flußgrenzen trennt sie die ganzheitliche Rheinlandschaft mit ihrer beiderseits des Stroms korrespondierenden Vegetation, Wirtschaft und Stammesart raumwidrig in zwei Teile. Diese Rheingrenze entstand durch die napoleonische Spaltung der Kurpfalz und des Bistums Speyer (1803); allein die damals noch kleine Markgrafschaft Baden hatte von jeher den

Rhein als Grenze und besaß jenseits des Stroms nur wenig Territorium.

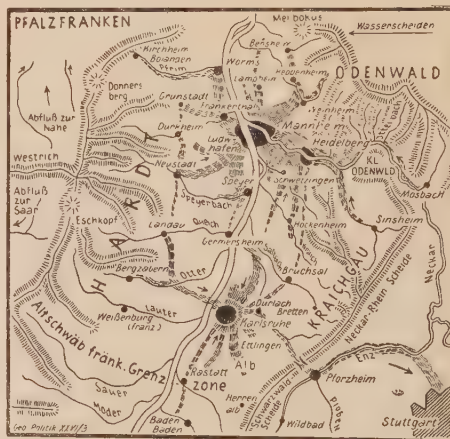
Die linksrheinische „Rheinpfalz“ ist ein erst seit dem Wiener Kongreß bestehendes künstliches Arrondierungsprodukt „ohne eigentliche Hauptstadt“ mit vorwiegend randständigen Städten. Kaum zur Hälfte enthält sie Bestandteile der Kurpfalz, deren territoriale Streuung von dem Saarflüssen Primis bis Boxberg am Taubergrund ging. Die älteste Pfalz im 12. und 13. Jahrhundert gehörte zur staufischen — also schwäbischen Hausmacht, kam aber im 13. und später wieder im 18. Jahrhundert (1777) als Extraterritorium zur bayrisch-wittelsbachischen Dynastie, bei der sie nach der napoleonischen Zeit bis 1918 blieb: Das 1803 von Napoleon des rechtsrheinischen Mannheim-Heidelberger Kopfes beraubte Rumpfgelände ging 1814/15 als abgerundetes geopolitisches Rudiment und isolierte politische Insel (nach dem Ende der französischen Annexion) an das Königreich Bayern zurück, wurde 1919 als Regierungsbezirk des Landes Bayern Bestandteil der Weimarer Republik und nach dem Zusammenbruch von 1945 staatsrechtlich die größte „Bezirksregierung“ des Bundeslandes Rheinland-Pfalz (mit 1 Mill. Einwohnern, 13 Landkreisen und 8 kreisfreien Städten).

Diesen ganzen ehemaligen Regierungsbezirk fordert nun Bayern „zurück“ — mit ebenso wenig staatsrechtlichem Anspruch wie Baden-Württemberg. Die Triebkraft ist dabei offenbar nur der mit Historismus verbrämte *sacro egoismo* des bayrischen Staates — lediglich zum Zweck seiner Machtsteigerung und finanzpolitischen Stärkung. Romantik mag mitspielen, wie auch der greise Wittelsbacher Rupprecht 1952 sagte: „Der schönste Tag meines Lebens wird die Rückkehr der Pfalz sein!“ Der vom Baiernstamm geführte Staat erstrebt das seiner Hauptstadt so fern liegende extraterritoriale Ländchen der rheinfränkischen „Pfälzer“ — anachronistisch in einer Zeit der Liquidation kolonialer Gebiete in der übrigen Welt. Er will es haben gegen den Wunsch der an die Pfalz grenzenden Bundesländer mit Hilfe pfälzischer Romantiker. Ein bayrischer Erfolg verstieße raumwidrig gegen das geopolitische Prinzip der Zusammengehörigkeit organisch-ganzheitlicher Landschaft und wäre schlimmer als der *Status quo*.

Im Gegensatz zu der bayrischen Pfalzidee handelt es sich bei rein objektiver räum-

politischer Betrachtung der Pfalzfrage nicht um einen politischen Konkurrenzkampf, sondern um die rein erkenntnis-mäßige Erfassung der Ganzheit der zusammengehörigen nordbadisch-vorderpfälzischen Fluß- und Berglandschaft, also um deren geopolitische Integration als gemeinsames politisches Kraftfeld. Wesentlich ist dabei die Aufhebung der politischen Randständigkeit der vorderpfälzisch-nordbadischen Städte am Rhein: Alle gehören mit ihren Kraftfeldern ideell zum gemeinsamen Stromnetz, mitten hinein in das unmittelbare Einflußgebiet des Rheins von Karlsruhe bis Mannheim und darüber hinaus.

Für das 1841 angelegte Ludwigshafen war und ist Mannheim (245 000) der Katalysator seines Wachstums. Wie groß war freilich seinerzeit das Geschrei im Stadtrat Ludwigshafens, als von Mannheim aus die Badische Anilinfabrik in Ludwigshafen gegründet werden sollte. Nur eine knappe Mehrheit (1 Stimme) brachte die positive Entscheidung. Und doch war dieser „Zufall“ der Ausgangspunkt des kommenden Wachstums und der



späteren Blüte Ludwigshafens (123 000). Beide Städte haben gemeinsame Interessen. Aber alle Versuche, über den Rhein hinweg einigende Organisationen zu schaffen, wurden bisher durch die politische Grenze und das verschiedene Staatsbewußtsein gehemmt oder verhindert. Auch heute wendet sich in Ludwigshafen der Bürgermeister heftig gegen den Anschlußgedanken.

Für die geopolitische Schau des nördlichen Oberrheintieflands gibt es praktisch zwei

Kraftfelder, die links des Rheins bis zur Linie Donnersberg—Eschkopf reichen:

1. Ein großes, etwa 1¼ Millionen starkes Pfalzfranken-Mannheim mit Hauptstadt Mannheim-Ludwigshafen (etwa 370 000), Heidelberg (116), Sinsheim und Mosbach; links des Rheins: Speyer (32), Frankenthal (26,5), Neustadt, Dürkheim und Kirchheimbolanden. In diesem Kraftfeld Mannheim-Ludwigshafen liegt nach der Pendlerkarte von Scheu im „hessischen“, aber gleichmundartigen Bereich: Worms (52 000), außerdem rechts des Rheins Huppenheim und Bensheim. Umgekehrte Ausdehnung des Bundeslandes Hessen in den volks- und industriereichen pfalzfränkischen Bereich Mannheim-Ludwigshafen wäre wohl eine raumwidrige Überbelastung des nördlichen Nachbarlandes!

2. Der Raum Karlsruhe, Bruchsal mit Gernsheim, Landau, Bergzabern (etwa 0,6 Mill.) — eventuell mit Rastatt.

Der seit 150 Jahren bestehenden raumwidrigen Trennung dieses Kraftfelds steht also die Idee einer Vereinigung gegenüber,

die im ganzen Stromtal mit seinen gebirgigen Rändern alles zu vereinerwirtschaftlicher und kultureller Kraft der Pfalzfranken sammelt. Deren Zahl betrüge etwa 1¾ Millionen, also ungefähr die Einwohnerstärke Schleswig-Holsteins ohne Heimatvertriebene.

Freilich steht für den Rheinpfälzer die partikulare, seit 1815 seinem Bewußtsein tief eingeprägte räumliche Integrität der „Rheinpfalz“ und für manche auch der Nachklang ehemaligen bayrischen Staatsbewußtseins höher als die ausgeführten stammlichen und raumpolitischen Gesichtspunkte. Auch die Regierung des jetzigen Bundeslandes wird schwerlich jemals zu einer raumpolitischen Freigabe der Vorderpfalz die Hand reichen. Trotzdem ist es dringend zu wünschen, daß wenigstens die bayrische Fehllösung verhindert wird. Denn sie würde die politische Fehlgrenze des Rheins verewigen, der Südweststaat wäre durch Bayern eingeklammert, und das Bundesland Rheinland-Pfalz würde allzusehr geschwächt!

Adolf Scharppf

OZEANSCHIFFE AUF DEM SANKT-LORENZ-STROM

Im Juni 1954 wurde das letzte Hindernis für den Bau der Großschiffahrtsstraße vom Atlantik zu den Großen Seen im Inneren Nordamerikas beseitigt. Der amerikanische Bundesgerichtshof entschied, daß die Elektrizitätsbehörde des Staates New York ermächtigt sei, gemeinsam mit der kanadischen Provinz Ontario Anlagen zur Nutzung der Wasserkraft des Sankt-Lorenz-Stromes zu errichten. Wenn die nötigen Staudämme gebaut werden, verbilligt sich dadurch der Bau des Groß-Schiffahrtsweges, der bei Massena um die Wasserfälle des Stromes herumgeleitet werden muß. Der amerikanische Kongreß hatte sich dem Wunsch von Präsident Eisenhower nach Billigung des Projekts gebeugt, weil außer diesem Gesichtspunkt der Kostenersparnis wichtige strategische Überlegungen für den Bau des Schiffahrtsweges sprechen und weil Kanada erklärt hatte, daß es im Notfall auch ohne Mitwirkung der USA das Projekt durchführen werde.

Fünfzig Jahre lang haben amerikanische Privatinteressen, zum Beispiel die der großen Eisenbahngesellschaften, das Projekt aufhalten können. Kanada hat inzwischen

schon 500 Millionen Dollar für den Ausbau einer Fahrrinne investiert. Nach dem gemeinsamen Programm der beiden Uferstaaten soll sein Gesamtbeitrag mehr als doppelt so hoch wie die finanzielle Leistung der USA sein. Für die Kanadier besteht natürlich eine Versuchung, die amerikanischen Zollbehörden von ihrem Wasserweg fernzuhalten und sowohl den gegenwärtigen Ruhm als auch die für die Zukunft erhofften Einnahmen aus dem Schiffahrtskanal für sich allein in Anspruch zu nehmen.

Das Gesetz des Staates New York ermächtigt die *St. Lawrence Seaway Development Corporation* zur Ausgabe von \$ 105 Mill. nach Anweisung des Verteidigungsministeriums. Der Aufwand soll sich in angemessener Frist voll amortisieren. Er erfolgt auf einer Strecke von rund 75 km Länge, wo an der Staatsgrenze zwischen New York und Ontario zwei Seitenkanäle und drei Schleusen gebaut werden sollen, damit der Schiffahrtsweg von der gegenwärtigen Tiefe (3,6 m) auf 9 m vertieft werden kann. Damit könnten Hochseeschiffe die Stadt Toledo in Ohio am Westende des Erie-Sees erreichen.



Dagegen wird vorläufig auf einen Ausbau der nur 7 m tiefen Kanäle, die vom Erie-See über Detroit zum Huronensee und von dort aus weiter zum Michigan-See nach Chicago oder zum Oberen See nach Duluth führen, verzichtet.

Der Verkehr durch die 1943 eröffnete McArthur-Schleuse bei Sault Ste. Marie zwischen dem Oberen See und dem Huronensee ist trotz der eisbedingten Winterpause heute schon umfangreicher als die Gesamtsumme der Verkehrsleistung im Suezkanal, Panamakanal und Kaiser-Wilhelm-Kanal. Die Strecke von der Mündung des Sankt-Lorenz-Stromes bis Chicago oder Duluth mißt insgesamt über 3500 km, es geht von Mont-

real aus 1500 km durch die schon fertiggestellten Kanäle stromaufwärts, außerdem 1800 km über die Großen Seen.

Die beiden Kraftwerke, die bei Massena und bei Ogdensburg im Staate New York gebaut werden sollen, können zusammen 12,6 Mrd. kWh im Jahr erzeugen. Man erwartet, daß sich durch die Senkung der Transportkosten die Preise von Erz und Weizen auf dem Weltmarkt erniedrigen werden. Die hochwertigen Erze aus Labrador (55 bis 60% Fe), die in zunehmendem Maße an die Stelle der erschöpften Erzlager bei Duluth treten sollen, können auf dem Wasserwege ohne Mühe zu den Standorten der amerikanischen Stahlindustrie gebracht werden.

PORTRÄT EINES KANADISCHEN MITARBEITERS

Charles de Guttenberg, geboren in Österreich, erhielt bereits nach dem Ersten Weltkrieg einen Lehrauftrag an der Universität Montreal in Kanada. In seiner Wahlheimat gewann er Ruf und Ansehen, die Universität Montreal ernannte ihn zum Professor, stets blieb er jedoch dem Schicksal und der Zukunft Europas verbunden. Seine geschichtlichen Studien galten weiterhin den geistigen Wurzeln der europäischen Kultur und der Schicksalsverbundenheit seiner Völker. Sie erhielten 1952 Form in einem Werk französischer Sprache: „La manifestation de l'occident“, die deutsche Übersetzung erschien 1954 unter dem Titel „Der Aufstieg des Abendlandes“. Als gläubiger Christ sieht Charles de Guttenberg das abendländische Kulturerbe als unzerstörbare Grundlage der europäischen Völker, die auch heute noch stark genug ist, ein gemeinsames europäisches Haus zu tragen. In diesen Auffassungen ist er repräsentativ für jene Gruppe in überseeischen Nationen Wurzel schlagender Intelligenz europäischer Herkunft, welche sich gegen die europäische Skepsis wendet und nicht die Verschiedenheiten der Völker Europas, sondern ihre verbindende geistige Tradition in den Vordergrund stellt.

Europas Geist und Amerikas Geist

Wir erleben es immer wieder, daß sich die große Verschiedenheit der historischen Vorstellungen der einzelnen okzidental Nationen bei näherer Betrachtung in perspektivische Verschiebungen auflöst. Umgekehrt aber ist es nicht von der Hand zu weisen, daß dieser bloße Unterschied in der Perspektive nicht nur das Geschichtsbild verändert, sondern darüber hinaus noch die Gedanken beeinflußt, welche die einzelnen Nationen sich gegenseitig übereinander machen. In der Völkerschau ist also die Perspektive ein durchaus realer Faktor, mit dessen Nah- und Fernwirkungen man rechnen muß.

Die Weltgeschichte ist nur 400 Jahre alt

So ist im Unterbewußtsein des Europäers Amerika noch immer ein Kolonialland, während dem Amerikaner eine solche Idee längst fremd geworden ist.

Diese Verschiedenheit der Auffassungen auf beiden Seiten des Ozeans bringt es mit sich, daß die zeitliche Wertung der gemeinsamen geschichtlichen Vergangenheit in einer anderen Perspektive gesehen wird. Während der Europäer den Strom seiner Geistesentwicklung seit der griechischen Antike als ein selbstverständliches Kontinuum überschaut und dabei eigentlich dem Geschehen der neueren Zeit einen relativ engen Platz anzuweisen geneigt ist, schrumpft gerade für den Amerikaner die alte und mittlere Geschichte eigenartig zusammen, so daß für ihn die letzten vierhundert Jahre eigentlich den Hauptteil der Weltgeschichte ausmachen. Diese Schrumpfung der Bedeutung in Zeit und Raum bewirkt beim Amerikaner auch, daß er geneigt ist, die ferner liegenden historischen Ereignisse in ihrer Bedeutung für die Entwicklung der Menschheit wesentlich geringer einzuschätzen.

Dieser Behauptung versucht man gelegentlich mit dem Hinweis auf die nicht geringe Zahl der den besten Spezialisten Europas ebenbürtigen amerikanischen Historiker, Archäologen und klassischen Philologen entgegenzutreten. Das ist sicherlich richtig, beweist aber leider nichts für den Gedankenablauf im amerikanischen Volk in seiner Gesamtheit und nicht einmal etwas für die geistige Einstellung der vielen Tausende von Studenten, die jedes Jahr an den Universitäten Amerikas ihr Studium beenden, ohne daß man von ihnen behaupten könnte, sie seien geistige Menschen geworden. Der Hinweis übersieht nämlich, daß der Raum, den die amerikanischen Universitäten für das Studium der alten und mittleren Geschichte bewilligen, gemessen an dem sonstigen Umfang der dort betriebenen Studien, ganz wesentlich geringer ist als an den europäischen Hohen Schulen. Damit ist auch die Reichweite des Geschichtsstudiums bei den Studierenden selbst für den tüchtigsten Lehrer der Alten Geschichte, der Altphilologie oder Archäologie nach vorsichtigen Schätzungen kaum ein Zehntel derjenigen in Europa.

Eine der Fernwirkungen dieser Tatsache besteht zum Beispiel darin, daß in Amerika auch das Studium der Philosophie völlig verkümmert ist. Im Unterricht der Höheren Schulen ist davon kaum die Rede, und der Schüler muß seine diesbezüglichen rudimentären Einblicke auf dem Weg über den für die Begründung der

europäischen Philosophie ohnehin mager ausgestatteten Geschichtsunterricht beziehen.

Was sonst an Philosophie gelehrt wird, ist langsam, aber sicher in eine Sparte der historischen Soziologie umgewandelt worden oder dient höchstens noch als Hintergrund für die experimentelle Psychologie. An den Universitäten ist ganz allgemein die Grundtendenz des philosophischen Unterrichtes weniger darin zu finden, daß dem Studenten die Kenntnis und Erkenntnis der Denkformen und der philosophischen Systeme vermittelt werden, als daß es sich darum handelt, irgendwie gesetzmäßig herauszufinden, wie die Menschen untereinander zusammenleben können oder sollen. Auch darin zeigt sich deutlich der Auflösungsprozeß in der Philosophie zugunsten der Soziologie.

Obwohl wir in einem proletarischen Zeitalter leben, hat sich die Tatsache nicht gewandelt, daß das geistige Antlitz einer Nation auch weiterhin von ihrer geistigen Elite bestimmt und ausgeformt wird. Eine proletarische Epoche wird ihren ungeistigen Ausdruck zwar kaum jemals selber erkennen, aber dieser Ausdruck wird in einem späteren historischen Bild dennoch als solcher beurteilt werden, so wie wir es auch noch immer mit der *panem-et-circenses*-Periode des römischen Imperiums tun.

Auch im amerikanischen Volksleben ist der proletarische Zug unverkennbar. Die dadurch entstandene klassenlose Gesellschaft verhindert zunächst zwar die starken sozialen Spannungen, die wir aus der europäischen Geschichte kennen, hat aber auf der anderen Seite noch nicht vermocht, den Ersatz für die ausfallenden schöpferischen Geistesleistungen zu bringen.

Wenngleich alle Vergleiche hinken, so könnte man doch sagen, daß Nordamerika in seiner gegenwärtigen geistigen Situation eine Epoche durchschreitet, die – *mutatis mutandis* – manche Ähnlichkeiten mit jener des Hans Sachs in Deutschland aufweist. Dies wird uns deutlicher, wenn wir die sogenannten technischen Errungenschaften, die angeblich zum komfortablen Leben unentbehrlich sind, wie Automobile, Waschmaschinen, Wohnmaschinen, Fernsehapparate usw., beiseite lassen und nur die tatsächliche psychologisch-menschliche Einstellung im amerikanischen Leben zu den Geisteswissenschaften betrachten.

Wir begegnen da in den oberen sowohl wie in den unteren Schichten so etwas wie einer mitleidigen Abneigung gegen die „bebrillte Gelehrsamkeit“ und einer instinktiven Ablehnung alles dessen, was nicht unmittelbar im Alltagsleben praktischen Nutzen bringt oder verspricht. Aus diesem Gesichtswinkel heraus versteht man auch besser die der Jagd nach dem Dollar zugrunde liegende Psychologie.

Deutschland bekommt eine gute Note

Wenn wir also durch diese so gestalteten amerikanischen Gehirne und Augen Europa besehen, so kommen wir unweigerlich zu dem Schluß, daß etwa die Engländer mit ihrem hartnäckigen Festhalten an Traditionen, die in amerikanischer Sicht entweder unnütz sind oder dem Nützlichen im Wege stehen, ein zurückgebliebenes Volk darstellen. Die Franzosen kommen mit ihrem unaufhörlich durcheinanderschwingenden und sich gegenseitig stoßenden Ideenbildungen dabei nicht besser weg. Als ein Volk, das sich um die Nützlichkeit seiner Handlungen weniger

zu bekümmern scheint als um den frenetischen Wunsch, recht zu behalten, erscheinen sie dem auf verstandesgemäße Nützlichkeithandlungen ausgerichteten und ausgewogenen amerikanischen Gehirn im wesentlichen als hysterisch, zänkisch und weibisch.

Am besten kommen im Auge des Amerikaners noch die heutigen Deutschen weg. Ganz abgesehen von der aktuellen politischen Nützlichkeit der Zusammenarbeit ist es der dynamische Aufbauwille und die rastlose Ausführung einmal beschlossener Projekte, die manche Ähnlichkeiten mit der amerikanischen Mentalität aufweisen, so daß der Amerikaner, der sich in der neuesten Weltgeschichte schon etwas einsam zu fühlen begann, darüber verblüfft und sogar davon angeheimelt ist.

Während die ihren Traditionen verhafteten Engländer und Franzosen über ihr Ressentiment des verflorenen Krieges nur schwer hinauskommen, ist dieses historische Ereignis für den Amerikaner eher die erledigte Liquidation einer unangenehmen Geschäftsfirma oder die Niederlage einer gegnerischen Sportmannschaft in der Arena, und man sieht nicht ein, warum man sich für alle Ewigkeit geistig in diese als längst vergangen angesehene Vergangenheit – wir bemerkten schon, daß die Weltgeschichte auf diesem Kontinent uneingestanden nur mit rund vierhundert Jahren gerechnet wird – investieren soll.

Es ist also das praktisch und nützlich arbeitende Deutschland von heute, das Amerika vor allem interessiert, während die in dieser Nation noch immer herrschende geistige Unruhe kaum oder gar nicht bemerkt wird. Nach dem Krieg kam der Amerikaner ja in erster Linie mit deutschen Geschäftsleuten, Fabrikanten und technischen Fachleuten in Berührung, so daß der einseitige Eindruck dieses gegenwärtigen Deutschland nur noch verstärkt wurde, ein Eindruck, der es mit sich brachte, daß die Amerikaner sich in Deutschland nachgerade zu Hause zu fühlen beginnen.

In der Tat, ein geistiges Deutschland wie das Goethes würde in Amerika auf Unverständnis stoßen und höchstens wohlwollendes Mitleid erwecken, so wie das politisch dynamische Deutschland vor 1914 Mißtrauen hervorrief.

Das im Schweiß seines Angesichts Tag und Nacht am materiell Nützlichen schuftende deutsche Volk, das die Ruinen aufräumt, neue Straßen und Häuser nach amerikanischem Geschmack baut, Autos und sonstige Maschinen produziert, sich damit auf dem Weltmarkt, ohne zunächst die amerikanische Wirtschaft viel zu beeinträchtigen, langsam und stetig, wie ein guter Läufer in der Arena, sogar vor die „Sieger“ Frankreich und England schiebt, erweckt Sympathie und sogar Bewunderung.

Auch wenn man in Amerika von deutscher Wissenschaft spricht, meint man eher den *skill* bei der Erzeugung von Farben oder Maschinen und keineswegs einen Fortschritt in der rein geistigen Entwicklung. Wir erwähnten es schon, daß das deutsche Zeitalter der Klassik und Romantik in dieser Sicht kaum mehr bedeutet als – wie ein tüchtiger amerikanischer General sich über die Architektur der italienischen Städte ausdrückte – Ansichtskartenkitsch.

Verstehen wir richtig. Es handelt sich hier weder um Dummheit noch um sogenannte Ungebildetheit. Die Kadetten einer Offiziersschule wie Westpoint und die Universitätsstudenten müssen sich, um ihre Examen zu bestehen, tüchtig in die Geschichte vertiefen.

Aber sie lernen alle Geschichte nur aus der Perspektive der Nützlichkeit oder wegen der Nutzenwendungen, die sie für die amerikanische Gegenwart enthält.

Für den Amerikaner ist das Wort *l'art pour l'art* völlig sinnlos. So ist, etwas vergrößert ausgedrückt, Plato nur soweit interessant, als man seine Ideen in den Vorstellungen etwa des Präsidenten Washington wieder zu erkennen glaubt. Der kategorische Imperativ interessiert nicht als Denimpuls oder Bestandteil eines geistigen Systems oder gar als die letzte Ausstrahlung des Denkens der Renaissance, sondern als Bestandteil der Ideen praktisch tätiger Gruppen wie etwa der Quäker, der Freimaurer, der Puritaner.

Daraus ergibt sich von selber, daß der Sport als Wettkampf, etwa die jährliche Hockey-Meisterschaft, weil sie von Gegenwartsrealistik erfüllt ist, für wichtiger gehalten wird als Geschichte und Philosophie. Man wird sich daher nicht mehr darüber wundern, wenn in Amerika weitverbreitete Bücher, die Philosophen und Philosophien beschreiben, wie etwa das Werk von Durant „Die großen Denker“, eine gewisse Ähnlichkeit in ihrer Diktion mit den Berichten von Schiedsrichtern über ein Fußballwettspiel aufweisen.

Sind die Amerikaner Barbaren?

Wer könnte sich nun wundern, daß die intellektuellen Menschen in Europa eine solche Haltung als so schrecklich und barbarisch empfinden, daß daraus sogar eine Amerika und den Amerikanern feindliche Stimmung, besonders in England und Frankreich, im Anwachsen ist.

Fragen wir uns jetzt, worin nun in Wirklichkeit das Barbarische in diesem Tatbestand liegt. Es liegt in einem eigenartigen Mißverständnis.

Mag es richtig sein, daß vom Standpunkt des europäischen Geistes aus das gegenwärtige Amerika eine Barbarei ist, so müßte man gerechterweise hinzufügen, daß es sich um ein ungeheuer dynamisches Barbarentum handelt, während die darüber aufgebrauchte europäische Geistigkeit heute, in ihrer Gesamtheit gesehen, eher einen statischen, wenn nicht stagnierenden, Eindruck macht.

Von Amerika aus hat man die heutige Situation der europäischen Geistigkeit schon mit jener des zehnten Jahrhunderts in Byzanz verglichen, eines Jahrhunderts, das trotz all seinem antikisierenden Gefunkel geistig nur auf der Stelle getreten hat.

Auch dieser Vergleich hinkt, obwohl nicht verkannt werden kann, daß, an amerikanischen Koordinaten gemessen, dieser Eindruck verbleibt.

Aus der Geschichte wissen wir, daß das vornehme Überlegenheitsgefühl der Römer der ersten Jahrhunderte des Imperiums es gegenüber den gallischen und germanischen Barbaren nicht verhinderte, daß deren Dynamik über sie hinausschritt und das geistige Antlitz Europas völlig veränderte und in jene Synthese ausmündete, die wir gerade heute stolz als die abendländische Kultur bezeichnen.

Die Einheit des abendländischen Geistes

Aus dem Gesagten dürfte es sich ergeben, daß es, gelinde gesagt, historische Kurzsichtigkeit wäre, wenn sich das geistige Europa gegenüber dem amerikanischen Phänomen weiter in die faul resignierte Stimmung des bloßen Existentialismus, wie er von Sartre und Heidegger proklamiert wird, hineinschlittern ließe.

Für das geistige Europa gibt es heute nur eine Möglichkeit zu überleben, die darin besteht, dem amerikanischen Dynamismus barbarischer Nützlichkeit eine neue europäische Dynamik echten geistigen Schaffens zur Seite zu stellen. Sie würde sich sicherlich nicht anders auswirken als die geometrische Perspektive zweier Eisenbahnschienen, die in ferner Sicht doch irgendwie und irgendwo zu dem gemeinsamen Kulturstrom des abendländischen Menschen ineinanderfließen müssen.

Wenn es irgendwo einen Sinn hat, von den historischen Pflichten der einzelnen abendländischen Nationen zu reden, dann dort, wo es darum geht, die augenblicklich bestehende Zweigleisigkeit der Kulturentwicklung Europa–Amerika als geschichtliche Notwendigkeit zu akzeptieren.

Es hätte keinen Sinn, Amerika einseitig auf seine Schiene abdrängen zu wollen. Sicherlich könnte Amerika sich lange Zeit kulturisolationistisch auf dem *American Way of Life* selbständig und unabhängig vorwärts bewegen. Die moderne Technik unternimmt es ja schon, Allwegbahnen zu konstruieren, bei denen die darauffahrenden Züge durchaus im Gleichgewicht bleiben. Wenn Europa sich auf diese Weise von der amerikanischen Entwicklung isoliert, wird es über kurz oder lang dem Schicksal anheimfallen, das Rom gegenüber den antiken „Barbaren“ erlitt.

Gegenüber der immer bedrohlicher anwachsenden Gefahr aus dem europäischen und asiatischen Osten ist es vielleicht unbequem, aber unvermeidlich für Europa, die Dynamik der geistigen Weiterentwicklung des spezifischen *European Way of Life* der amerikanischen anzunähern. Geschieht dies nicht, so wird die abendländische Kultur einem Austrocknungsprozeß unterliegen, der schließlich zu ihrem Verschwinden führen muß und mehr oder minder beschleunigt die Rückkehr der Halbinsel Europa auf dem eurasischen Landblock in den Schoß Asiens besiegelt.

Der Beginn des positiven Handelns auf diesem Wege der Selbstrettung bestünde darin, zu erkennen, daß es nutzlos ist, bloß theoretische Kassandrarufer über den Kulturverfall auszustoßen. Der Weg der Kulturrettung geht nur über das feste Zusammenstehen aller Völker des abendländischen Kulturkreises. Dieses Zusammenstehen würde sicherlich erleichtert, wenn man Anstrengungen unternimmt, das amerikanische Volk zu überzeugen, daß der Ausdruck der europäischen Geistigkeit mehr ist als bloßer Ansichtskartenkitsch, daß auch die Europäer beginnen, sich von der sterilen Kritik der amerikanischen Psyche abzuwenden und zu erkennen, daß der utilitäre Dynamismus der Amerikaner heute vielleicht die einzige und letzte von der Vorsehung gegebene Voraussetzung ist, jenen Abwehrapparat zu schaffen, der allein noch fähig ist, Europa und damit seine Kultur vor der östlichen Vernichtungswelle zu retten, wie es einst in ähnlicher Weise das alte Rom mit Erfolg getan hat¹⁾.

¹⁾ Vgl. A. Ch. de Guttenberg: Aufstieg des Abendlandes, Limes Verlag, Wiesbaden 1954, DM 19,80.

Die Alte Welt in den USA

Einer Studie des *Common Council for American Unity* zufolge gibt es zur Zeit 857 fremdsprachliche Publikationen in den USA, Blätter der verschiedensten Art – von täglich bis zu gelegentlich erscheinenden. Diese fremdsprachig-amerikanische Presse umfaßt

vierzig Sprachen, von denen Spanisch mit 108 Zeitungen oder Zeitschriften an der Spitze steht. Die deutschen Veröffentlichungen mit 82 Einzelblättern stehen an zweiter, die italienischen mit 69 an dritter Stelle.

Neben den in den jeweiligen Fremdspra-

chen herauskommenden Blättern gibt es außerdem 228 Zeitungen oder Zeitschriften, die von nationalen Minderheitsgruppen in englischer Sprache herausgegeben werden, davon 138 aus dem jüdischen Kulturkreis.

1951 gab es noch 913 fremdsprachige Blätter. Meistens stellten inzwischen Wochenzeitungen ihr Erscheinen ein. Die Gesamtzahl der Tageszeitungen hat sich nicht geändert (10 spanische sowie je 4 polnische und ungarische Blätter gingen z. B. ein!).

Dagegen hat die russische Presse einen bemerkenswerten Aufschwung genommen: sie stieg von 19 auf 33 Veröffentlichungen, davon sind 10 Tageszeitungen ziemlich neuen Ursprungs. Auch die ukrainischen und litauischen Zeitungen nahmen zu. Fast 10 Prozent, 83, der heute erscheinenden Zeitungen sind Tageszeitungen. Bemerkenswert ist, daß es je eine Publikation auf Esperanto, Flämisches, Georgisch, Koreanisch, Walisisch und sogar auf Windisch gibt.

Von den Tageszeitungen erscheinen 22 siebenmal die Woche, 43 sechsmal, 18 fünfmal; von den Halb-Wochenzeitungen 1 viermal die Woche, 11 dreimal wöchentlich und 25 zweimal die Woche; von den Wochenzeitungen 17 alle zwei Wochen, 25 jeden halben Monat; von den unregelmäßig erscheinenden Blättern erscheinen 23 alle zwei Monate, 59 alle Vierteljahr, 4 zweimal im Jahr und 17 unregelmäßig.

Obwohl die Untersuchung keine Gesamtauflage oder Einzelaufgabe angibt, kann man annehmen, daß das Volumen der gesamten Fremdsprachen-Presse relativ beachtlich ist.

Die in anderen Sprachen als Englisch publizierten Blätter verteilen sich auf folgende Nationalitäten:

	Im ganzen:	Tageszeitungen:	Halb-wöchentlich:	Wöchentlich:	Halbmonatlich:	Monatlich:	Unregelmäßig:
Albanisch	4	—	—	2	—	1	1
Arabisch	11	3	3	4	—	1	—
Armenisch	18	2	4	3	—	5	4
Bulgarisch	5	—	—	3	—	1	1
Chinesisch	13	9	—	4	—	—	—
Dänisch	8	—	—	2	3	1	2
Deutsch	82	4	7	33	9	21	8
Esperanto	1	—	—	—	—	—	1
Estnisch	3	—	—	1	—	2	—
Finnisch	16	3	5	4	—	4	—
Flämisches	1	—	—	1	—	—	—
Französisch	28	2	2	10	2	7	5
Georgisch	1	—	—	—	—	—	1
Griechisch	22	2	—	7	3	8	2
Hebräisch	17	—	—	1	2	8	6
Holländisch	6	—	—	2	—	3	1
Italienisch	69	4	—	36	5	21	3
Japanisch	12	7	2	2	—	1	—
Jiddisch	46	4	—	11	3	20	8
Karpatoruthenisch	10	—	—	5	1	3	1
Koreanisch	1	—	—	1	—	—	—
Kroatisch	11	—	2	6	—	2	1
Lettisch	3	—	1	1	1	—	—
Litauisch	40	4	2	9	1	18	6
Madjarisch	47	2	—	29	4	11	1
Norwegisch	22	—	—	11	2	7	2
Polnisch	53	8	—	28	4	12	1
Portugiesisch	17	1	—	4	—	8	4
Rumänisch	8	—	1	3	1	3	—
Russisch	33	5	—	3	1	14	10
Schwedisch	25	—	—	13	1	10	1
Serbisch	6	1	—	4	—	1	—
Slowakisch	29	1	1	10	4	13	—
Slowenisch	12	3	1	3	—	4	1
Spanisch	108	11	1	27	9	35	25
Tschechisch	40	4	5	8	3	18	2
Ukrainisch	28	3	—	4	1	17	3
Walisisch	1	—	—	—	—	1	—
Weißrussisch	4	—	—	—	1	—	3
Windisch	1	—	—	1	—	—	—
	857	83	37	295	61	279	102

KOP

SPANISCHE RUSSLANDHEIMKEHRER

1954 kamen über 100 spanische Kriegsgefangene aus der *División azul*, die während des Zweiten Weltkrieges im Verband der Deutschen Wehrmacht als Freiwillige an der Ostfront gekämpft hatten, aus der Sowjetunion zurück. Spanien begrüßte die Heimkehr der seit zwölf Jahren abwesenden Männer mit Begeisterung. Bartolomé Mostaza gab in der Madrider Zeitung *Ya* und Salvador Lope de la Torre in *Arriba* einen

Bericht über die Erfahrungen der Heimkehrer, dessen wesentliche Punkte im folgenden wiedergegeben werden.

Die Angehörigen der Blauen Division kamen vor Leningrad in Gefangenschaft. Mit ihnen zusammen kehrten Männer nach Spanien zurück, die sich beim Ausbruch des Zweiten Weltkrieges gerade in der Sowjetunion befanden. Dabei handelte es sich entweder um junge Piloten, die während

des Bürgerkrieges zu Ausbildungszwecken durch die spanische Linksregierung auf die Fliegerschule nach Tiflis geschickt worden waren, oder um Matrosen spanischer Schiffe, die im Augenblick der Erhebung des Generals Franco gerade in sowjetischen Häfen gelegen hatten. So sind also unter den Heimkehrern auch Männer, die schon vor 1939 aus Spanien weggegangen waren. Ihre Berichte über die sowjetischen Lager bestätigen die Mitteilungen von Brigitte Gerland im *Observer* und der *Neuen Zürcher Zeitung* oder von Joseph Scholmer im *Monat*. Sie liefern zusätzliches Material für ein künftiges „Rotbuch“ über die Wirklichkeit in der Sowjetunion.

Auf ihrem Marsch nach Osten kamen die spanischen Gefangenen zuerst in das Straflager von Borowitschi südlich Leningrad, wo sie bis 1948 oder sogar bis 1951 blieben. Neben diesem Lager, von dem aus die Spanier zur Arbeit in Kohlenbergwerken geschickt wurden, befand sich ein anderes Lager, dessen Insassen von den Kommunisten für wichtige Persönlichkeiten gehalten wurden. Die Spanier nannten es „Waldlager“ oder „Schweigelager“. Nach Kriegsende wurden dort 80 deutsche Atomspezialisten interniert, die vom politischen Gesichtspunkt aus als unzuverlässig oder geradezu als gefährlich galten. In Borowitschi erklärten die Spanier am 5. 4. 1951 den Hungerstreik. Damit begann ein neues Leben für sie.

Sie wurden in kleine Gruppen aufgeteilt und an die Küste des „Rybinsker Meeres“ gebracht, eines großen Sees, den der Wolga-Don-Kanal bildet. An diesem Kanal liegen zahlreiche Zwangsarbeiterlager. Andere kamen nach Tscherepowez, das eines der zahlreichen Lager unter der „Wologda-Direktion“ bildet, es liegt ostwärts des Ladogasees, – wieder andere in das „Lager Nr. 27“, 20 km nördlich von Moskau. Das Lager 27 ist von besonderer Bedeutung für die Länder, die heute durch sowjetische Truppen besetzt sind. Hinter seinem Stacheldraht nämlich bemühten sich die kommunistischen Beauftragten, Tausende von Gefangenen geistig für sich zu gewinnen, um danach diese Opfer ihrer Propaganda im Rahmen militärischer Verbände an der Front ihrer eigenen Heimat einzusetzen. Das geschah mit den „Freien Rumänen“, der Division *Tudor Vladimirescu*, aus der

die neue Rote Armee Rumäniens entwickelt wurde. Auch das „Komitee Freies Deutschland“ wirkte hier. Andere Spanier kamen nach Uranki bei Gorki, in die Serpimolotow-Werke von Charkow, nach Stalino, nach Rostow, Lamuga, nach Swerdlowsk oder nach Karaganda in Kasachstan, in andere zentralasiatische Lager und sogar nach Magadan in Ostsibirien am Ochotskischen Meer vor Sachalin. Die Namen dieser Orte werden von den spanischen Journalisten als Teil einer „Geographie des menschlichen Leidens“ genannt.

Das innere Regime der Lager ist ausreichend bekannt. Frühere Berichte haben seine Schrecken geschildert. Wer hart genug war, die Lebensverhältnisse des Häftlingsdaseins auszuhalten, erlebte 1953 eine Lohnerhöhung auf 450 Rubel im Monat. Davon behielt die Lagerleitung 350 Rubel für Essen und Bekleidung ein. Mit dem Rest kauften die Gefangenen zusätzliche Nahrungsmittel, so daß er schließlich auch in der Lagerkasse landete, denn die Einkäufe von Margarine oder Fett in der Kantine brauchten alle finanziellen Reserven der Häftlinge auf. So schloß sich der Kreislauf des Lohnbetruges. Wer sich dazu verleiten ließ, um zusätzlicher Rationen willen „stachanowistisch“ zu arbeiten, wurde ein Opfer von Illusionen, denn niemals lohnte das Ergebnis die Anstrengung. Bemühungen dieser Art endeten in der Tuberkulosestation des Krankenreviers oder auf dem Friedhof.

Die Lageraufsicht wird durch einen Lagerleiter ausgeübt, dem drei Organe unterstellt sind: ein Leiter des Arbeitseinsatzes, ein politischer Instrukteur für den Unterricht im Marxismus-Leninismus und das Korps der „Brigadiere“, das die unmittelbare Vorarbeiterschaft darstellt und für seine Härte berichtigt ist. Der Instrukteur oder Kommissar bildet allmählich „Antifaschistische Gruppen“ aus den naivsten Gefangenen oder den am wenigsten Widerstandsfähigen, die sich etwas von ihrem Verrat versprechen, während der Preis in Wirklichkeit nur eine winzige Schwarzbrotzulage ist und allenfalls die Erlaubnis, gelegentlich in Begleitung der Brigadiere ein Dorf außerhalb des Lagers zu besuchen. Im allgemeinen sind die Abtrünnigen bei den Russen nicht gut angesehen. Die Antifa-Leute haben nur minimale Vorteile.

Ihre Aufgabe ist im Grunde nicht die Bildung aktiver, kommunistischer Kader, sondern eher die Demoralisierung ihrer Kameraden.

Selbstverständlich unterstehen alle Lager der Aufsicht des MWD, das nach Ansicht der spanischen Gefangenen etwa 40 Millionen Sklavenarbeiter zur Verfügung hat. Es bildet einen echten Staat im Staate, wo sich ein Leben in noch unbekannter Dimension abspielt, dessen Gesetze allmählich den sowjetischen Behörden entgleiten. Wenn es sich tatsächlich um 40 Millionen Sklaven handelt, dann sind das ungefähr soviel wie ein Viertel der Bevölkerung der Sowjetunion.

Diese Menschenmasse, in Nationalitäten und politischen Richtungen sowie religiösen Bindungen gegliedert, die sämtlich im Gegensatz zum Kommunismus stehen, ist dabei, eine neue Welt zu bilden, die ihr höchstes Ideal in der Freiheit sieht. Sie stellt mitten zwischen dem Stacheldraht und dem Elend eine soziale Wirklichkeit dar, von der die Soziologen noch keine Kenntnis nehmen und die in der sowjetischen Wirtschaft durch keine Gruppe freier Arbeitskräfte ersetzt werden kann. Das System der Konzentrationslager bietet der Sowjetunion offensichtlich Vorteile, aber es gewinnt ein politisches Schwergewicht, dessen anarchische Bedeutung noch gar nicht richtig abgeschätzt werden kann. Die Sklaven der 10 000 Arbeitslager bilden zusammen mit den 120 Millionen Europäern in den zwangsweise der Sowjetherrschaft unterworfenen Staaten eine innere Gefahr, die keineswegs durch die kommunistischen Parteien im Innern der westlichen Staaten wettgemacht werden kann.

Wenn die Nacht hereinbricht, tritt ein neuer Schrecken an die Stelle des während des Tages vorhandenen Terrors. Die Brigadiere ziehen sich in ihr besonderes Revier, die „bachta“ zurück, und die Gefangenen bleiben allein in der Dunkelheit. In den gemischten Lagern, wo die politischen Häftlinge zusammen mit Verbrechern eingesperrt sind, spielen sich dann höllische Szenen ab, in die niemals die Wachen eingreifen können. Banden der Strafgefangenen, der *Blatnoi*, terrorisieren die Schwächsten, nehmen ihnen die Pakete weg, die sie über das Rote Kreuz oder durch Familienangehörige russischer Inter-

nierter bekommen haben, machen sich mit Gewalt diejenigen gefügig, die ihre Mitwirkung bei Verbrechen verweigern, und bringen die um, die sich gegen ihre Schandtaten zur Wehr setzen. Aus einem alten Sägeblatt machen die *Blatnoi* zehn Messer. Eine Rasierklinge wird in ihrer Hand zu einem Dolch, mit dem sie in einem einzigen Stoß das Auge eines widerstrebenden Gefangenen ausstechen. Aus Bettplanken machen sie Prügel, deren Schlägen nur wenige Opfer standhalten können. Es bedeutet eben im Lager wenig, wenn ein Mensch zu Tode kommt. Diese Verbrecher der Dunkelheit werden niemals durch die Wachen gestört.

Einmal allerdings waren die *Blatnoi* zu einer solchen Gefahr geworden, daß die Beamten des MWD selbst nächtliche Banden, sogenannte *Sukka*, organisierten, um durch sie die *Blatnoi* liquidieren zu lassen. Damals wurden die nächtlichen Lager völlig durch diese miteinander verfeindeten Banden beherrscht, die es immer besser verstanden, sich gegenseitig umzubringen. Ihre beliebtesten Opfer waren dabei die *Mushiki*, wie sie die Neutralen nannten, so daß schließlich die Gefangenen gezwungen waren, die Gewalttätigkeiten der einen Partei gegen die andere zu unterstützen.

Im Lager von Tscherbakow entwickelte sich eine regelrechte Schlacht zwischen griechischen *Blatnoi* einerseits und österreichischen sowie spanischen Kriegsgefangenen andererseits. Die *Blatnoi* unterlagen, und am nächsten Morgen lag ein Dutzend Schwerverwundeter am Boden. Andere griechische *Blatnoi* packten in diesem selben Lager ein junges Mädchen und schlossen sich mit ihr ein. Die Spanier wurden durch ihre Hilferufe alarmiert und brachen die Türe auf, griffen die Griechen an und konnten das Mädchen gerade noch retten.

Spanische Matrosen, die in Noriska am Polarkreis interniert waren, geben eine Vorstellung von dem „Todessatz“ unter dem Himmel Sibiriens. Am 19. Oktober 1941, als die Spanier in dieses Lager kamen, befanden sich dort 2200 Männer und Frauen aus den baltischen Staaten. Am 8. Januar 1942, also nur zweieinhalb Monate später, wurden die Spanier nach Noriska II transportiert, wo die klimatischen Bedingungen

als erträglicher galten. Zu diesem Zeitpunkt war die Zahl der Balten in Noriska I schon auf 1600 gesunken. 600 waren an Kälte oder Hunger gestorben. Viele hatten Selbstmord verübt, indem sie sich fast nackt hinter eine kleine Gelandewelle in den Schnee gelegt und dort bewegungslos auf den Kälte- totetod gewartet hatten.

Im Lager Magadan am östlichen Ende Sibiriens verbrauchten die Goldbergwerke etwa 100 000 Häftlinge im Jahr. Nase und Ohren frieren ab, so daß die Gefangenen nur noch wie tragische Zerrbilder ihrer selbst herumlaufen. Was die Kälte nicht fertiggebracht hat, das schafften 12 Stunden Arbeit am Tage.

In Kokkusek mußten die Spanier 1942 ihr eigenes Lager mitten in einer Sträflings-siedlung bauen, in der 1200 Personen beiderlei Geschlechts, jüdische, österreichische, deutsche, lettische Familien in einer unbeschreiblichen Promiskuität lebten. Eines Tages sonderten die Russen die Männer von den Frauen ab und schafften sie in das Lager Karaganda, was praktisch Tod oder Tuberkulose bedeutete. Als die Frauen in den Hungerstreik traten, wurden jedoch tatsächlich ihre Ehemänner zurückgebracht.

Von 1951 bis 1953 lebte die Mehrheit der spanischen Gefangenen im Gebiet von Swerdlowsk am Ural, wo sie in dem berühmten Eisenerz- und Kohlekombinat arbeiteten, das die Russen während des Krieges gebaut haben. Andere steckten in südlichen Arbeitslagern: Rostow, Stalino oder Woroschilowgrad. In Swerdlowsk waren vor allem diejenigen, die für einen Fluchtversuch, Beteiligung an einem Streit oder andere Dinge durch sowjetische Gerichte verurteilt worden waren. Sie kamen im Juli 1953 nach Tscherbakow am Rybinsker Meer. Inzwischen waren über 150 Spanier in den Lagern zwischen dem Ladogasee und dem Stillen Ozean umgekommen.

In Tscherbakow wimmelte es von Verurteilten: Österreichern, Niederländern, Dänen, Türken, Deutschen, Griechen, – darunter auch einigen Frauen. Auch zwei Amerikaner waren darunter, von denen der eine im Ostsektor von Berlin durch die Sowjets verhaftet worden war, während der andere, ein kommunistischer Matrose, in einem schwedischen Hafen von seinem Schiff de-

sertiert und durch Finnland an die sowjetische Grenze gereist war, wo er sich unter Lobsprüchen auf den Kommunismus gemeldet hatte. Sofort war er wegen Spionage in Anklage versetzt worden. Dann hatte man ihn von einem Arbeitslager zum anderen durch den gesamten kommunistischen Machtbereich geschleift, bis er sich schließlich davon überzeugt hatte, daß er im Irrtum gewesen war, ohne daß er allerdings selbst seine Strafe schon ausreichend fand. Er sagte zu den Spaniern: „Jetzt bin ich drei Jahre hier, ich finde aber, das genügt noch nicht als Sühne für meine Dummheit.“

Am 20. Januar 1954 wurden die Spanier aus den verschiedenen Lagern nach Krasnopol gebracht. Dank der Malenkow-Amnestie konnten auch die Verurteilten wieder mit ihren Kameraden zusammenkommen. Sie wurden hier besser behandelt und brauchten nicht mehr zu arbeiten. Das war ein Zeichen für die bevorstehende Entlassung.

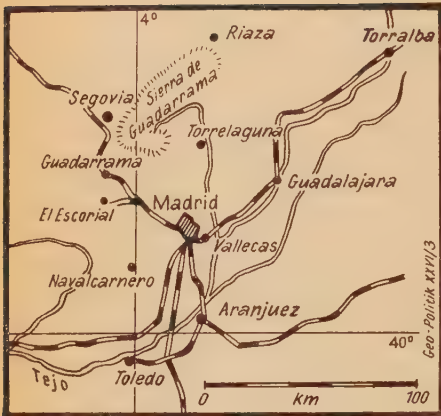
Freilich glaubten viele noch nicht daran. Sie wußten, daß in einem Nachbarlager der Sohn des ehemaligen Reichsministers Seyss-Inquart war, den sein Lagerkommissar eines Tages vorgeladen hatte, um ihm mitzuteilen, daß er nach Hause geschickt werden solle. Der Kommissar fragte: „Was halten Sie von der sowjetischen Politik in Deutschland?“ Der junge Gefangene antwortete, ohne zu zögern: „Die Politik ist gut.“ Darauf geriet der Kommissar außer sich: „Sie lügen mich an! Sie glauben ja selbst nicht, was Sie sagen. Zurück ins Lager! Sie kommen nicht nach Hause!“

Deshalb trauten die Spanier kaum den Freilassungsversprechen. Ohne große Begeisterung füllten sie die endlosen Fragebogen aus. Erneut erschienen Antifa-Leute, die diesen Überlebenden einzureden versuchten, daß die Zustände in Spanien jammervoll seien.

Sie blieben erfolglos. In dem Augenblick, in dem die Gefangenen in Odessa auf der „Semiramis“ für den Transport nach Barcelona eingeschifft wurden, mußten die Antifaschisten den Marsch nach Taschkent antreten, – Opfer ihres eigenen Verrats.

Vintila Horia

Madrid



Spaniens Schriftsteller vertreten die Ansicht, daß Madrid Spanien in sich verkörpert. Sie haben aber auch gesagt, daß es ein Strudel sei, in dem sich die 49 Provinzen des Landes brechen.

Wir glauben, daß man in Madrid das Wesen des Landes wie in einem Spiegel schauen kann. In ihm wird das ganze Spanien, in seiner Kraft einer vollen Garbe vergleichbar, mit allen Spannungen im hellen und doch undeutlichen Licht sichtbar.

Die lichte Weite Madrids strahlt in diamantener Schönheit jenseits aller Farben.

Nicht daß die Substanz der Farben fehlte, doch die Stadt besitzt ein Übermaß an farbiger Kraft. In ihr bricht sich das Sonnenlicht in einem wunderbaren Prisma. Die Buntheit der historischen Landschaften vereinigt sich in der Stadt zu einem Ganzen, wird zu einem strahlenden Licht.

„Künstliche“ Hauptstadt

Möglicherweise haben andere Hauptstädte ähnliche Wesenszüge. Die fünf von dem britischen Geographen Fawcett festgestellten Typen der Metropolen sind jeweils in mehreren Städten verkörpert: Den ersten Typ, in dem die Hauptstadt den natürlichen Mittelpunkt des Landes bildet, vertreten Paris, Kairo, Budapest, Belgrad, Moskau, Kopenhagen, Mexiko oder London. Andere Hauptstädte sind dadurch entstanden, daß sie ein Fenster zur Welt darstellten: Edinburgh, Peking, Delhi und Leningrad. Eine dritte Gruppe geht auf die Gründung großer Eroberer oder Kolonisatoren zurück: Kalkutta, Melbourne, Dublin, Alexandrien, Rio de Janeiro, Buenos Aires, Sydney. Eine vierte Gruppe von Städten ist „künstlich“ zur Hauptstadt gemacht worden: Washington, Ottawa, Canberra, Madrid, Bern, Berlin. Schließlich ist Istanbul oder Wien dank seiner Lage an einem Verkehrsknotenpunkt zur Hauptstadt geworden.

Madrid und Spaniens Provinzen

Madrid gilt also als „künstliche“ Hauptstadt. König Philipp II. suchte sich für die Gründung einer Hauptstadt des Imperiums einen günstigen Platz. An ihm schuf er die Stadt, die für andere Hauptstädte seinerzeit als Vorbild galt und heute trotz ihrer „Künstlichkeit“ schon alt ist.

Die Menschen anderer Provinzen, insbesondere die Arbeiter und die Bauern der fruchtbaren Landschaften, vertreten die Ansicht, Madrid sei ein Parasit am Leben

des arbeitenden Spanien. Die Einwohner der Hauptstadt dagegen wissen, daß sie nur einen geringen Lohn für ihre Arbeit erwarten können, die dem Ganzen dient.

Die künstlerische und leichtfertige Seite Madrids ist von ganz Spanien gemeinsam geschaffen worden. Die großen Literaten der jüngsten Vergangenheit, Unamuno, Ganivet, Azorin, Valle-Inclan, Baroja, Machado oder Maeztu, stammen nicht aus Madrid. Unamuno nennt die Hauptstadt „Zentrum der Ungehobeltheit, weite Ebene nomadenhafter Instinkte“. Auf alle aber hat die Stadt der leichtfertigen Verwahrlosung Anziehungskraft. Sie ist der Sauerteig Spaniens.

Die Vitalität und Energie der Kastilier sind richtunggebend für die ganze Nation gewesen. Madrid war ihr Mittelpunkt. Es ist die Radnabe, von der aus die Speichen weit in die einzelnen Landschaften ausgreifen. An den Speichen entlang läuft die Kraft von der Mitte nach außen.

Zwischen Madrid und der Küste liegt ödes „Hinterland“. Die lebenswichtigen Verbindungen nach Barcelona, Sevilla, nach Asturien oder an die Ostküste müssen von Madrid aus tiefe Bergschluchten überwinden. Auf der toten Strecke bilden einzelne Rasthäuser Enklaven der Zivilisation für den Autofahrer, während der Fluggast geringschätzig das Gebirge überfliegt und die Eisenbahn im nächtlichen Schlafwagen ihre Passagiere zur Küste bringt. In dieser toten Zone fehlen Vitalität und Energie. Je erloschener aber das Leben im Hochland ist, desto kräftiger wächst Madrid. Hat es Kastilien wie ein Blutegel ausgesaugt, oder konnte es nur entstehen, weil Kastilien schon vorher schlaff war?

Kann eine zu einem bestimmten Zeitpunkt künstlich geschaffene Stadt wie Madrid, Hauptstadt eines spät entwickelten Landes, die Funktionen der Metropole wahrnehmen, die sie zur vielseitigen Einflußnahme auf Politik, Industrie, Handwerk, Handel und Landwirtschaft der ganzen Nation verpflichten?

Das Anorganische am Wachstum Madrids kann nur Menschen zusagen, die Chancen des Wechselspiels ausnutzen wollen, oder den Naiven, die sich von der Millionenzahl der Einwohner imponieren lassen. Die Politiker glauben freilich, man könnte den Wohlstand und die Lebenskraft der Nation nur auf eine Mammutstadt stützen.

Wir sind der Ansicht, daß die immer neue Belastung Madrids mit zusätzlichen Funktionen die Stadt schädigt und zur Verarmung der spanischen Provinzen beiträgt. Madrid kann nur das politische und geistige Haupt Spaniens sein. Es ist noch immer in Entwicklung zu dieser einzigen Funktion hin begriffen.

„Die Perle der Wüste“

Mesonero Romanos erzählt in einem seiner Madrider „Gemälde“, wie ein andalusischer Verwandter über die Brücke von Toledo nach Madrid kommt. Auf die Frage, wie ihm der Anblick der Stadt gefalle, antwortete er: „Sie ist die Perle der Wüste“. Graf Keyserling dachte bei der Betrachtung Madrids an die Nomadenhauptstadt des Dschingis-Khan, die das Steppenvolk in absoluter Einöde angelegt hat, um sein Wesen in ihr wiederzufinden: Jedes Grün fehlt, der Himmel wölbt sich hoch über durstigen Feldern, die zu glühenden Sandwüsten werden können.

In Madrid gibt es eine Korporation junger Leute vom Lande, die ihre Mitglieder nicht nur aus studentischen Kreisen holt. Sie treffen sich besonders gern an der

Plaza Mayor oder der *Plaza de la Independencia*. Hausmädchen, Soldaten, Angestellte und Lehrlinge bilden hier kleine Gruppen. Man sieht genau, wie verschieden die ländliche Herkunft der Einwohner ist. Die Stadt besitzt eine künstliche Struktur.

Azorin sagt, daß er einen so zu Licht gewordenen Himmel wie in Madrid weder in Venedig noch in Rom gesehen habe. Den schroffen Temperaturwechsel macht er für die Reizbarkeit und nervöse Launenhaftigkeit der Menschen Madrids verantwortlich. Dr. Hauser betont, die Höhenlage Madrids stärke den Organismus und wirke mit seiner trockenen und bewegten Luft besonders günstig auf das Lymphsystem. Die Nerven der hauptstädtischen Bevölkerung arbeiten lebhaft. Azorin nennt die Madrider intelligent und scharfsinnig, ironisch und wachsam, „die Opposition liegt in Madrid in der Luft“. Diese Eigenschaften findet er besonders bei der Schriftstellergruppe, zu der er selbst gehört, die sich nach dem Schicksalsjahr des Krieges zwischen Spanien und den USA gewöhnlich „Generation von 1898“ nennt. Das physische Klima führte zum geistigen Klima, in dem man dann das Oppositionsieber ausdrücklich pflegte.

„Madrids Söhne sind lebhaft, scharfsinnig, satirisch. Sie lieben fremde Sitten und vernachlässigen die eigenen.“

Die Madrider neigen ebenso wie die Menschen aus der Provinz zu einer lebenswerten Oberflächlichkeit, aber in ihnen steigert sich die geistige Beweglichkeit aller Spanier. Ihr Denken schweift in die Weite. Das Leben auf Madrids Straßen bewegt sich voller Anmut. Neben den Menschen Madrids wirkt die Provinz dumpf, plump und untätig.

Die Sierra und der Prado

Mehr als alle Willensanstrengungen der Menschen hat die Sierra Guadarrama zur Läuterung des Geistes von Madrid beigetragen. Sie gab der Hauptstadt die Kraft dazu, mit den Widrigkeiten des Tieflandes fertig zu werden. In ihr lassen sich die Einwohner der Hauptstadt von Sonne und Schnee bräunen. Aus ihr trägt man Rosmarin- und Thymianzweige in die stillen Arbeitszimmer zurück. Das Gebirge reinigt Madrid. Es bietet Einkehr, wenn die Hauptstadt ihr sündiges Gewissen in bezug auf politische Gemeinheiten, Ängstlichkeit, Dreistigkeit und Schamlosigkeit erforscht. „Der linde Nordostwind bringt die Feuchtigkeit der weiß schimmernden Sierra mit. Der Volksmund sagt: Madrider Luft tötet einen Riesen, löscht jedoch keine einzige Kerze aus“ (Mesonero Romanos).

Die Guadarrama ist wie eine mythische Person, Freund der einen, Feind der anderen. Sie grenzt das freie Feld von der Großstadt ab. Sie läßt die Sitte wachsen oder vergehen. Sie schenkt Einsamkeit, Andacht und die glühende Liebe zur Versenkung. Aus ihr kamen die wichtigen literarischen und künstlerischen Einflüsse. Wenn diese Berge nicht vor den Toren Madrids und damit vor den Toren Spaniens lägen, dann wäre der Geist der Menschen anders. Ohne die immer neue Erfrischung in den klaren Bergwassern wäre Spaniens Schicksal anders verlaufen.

In der Hauptstadt selbst besitzen die Menschen, die sich Kraft im Gebirge holen, ein zweites Heiligtum: das Prado-Museum. Es läßt sich sicher statistisch nachweisen,

daß die Freunde des Gebirges zugleich die Freunde des Prado sind. Zwischen dem Gebirge und dem Museum, zwischen der Landschaft und dem blauen oder weiß schimmernden Hintergrund der Bilder von Velázquez, besteht eine geistige Brücke.

Die materiellen Werte wurden unterschätzt

Das Madrid des Mittelalters hatte keine natürlichen Reize. Das Wasser war knapp, der Baumbestand war nicht umfangreich. Trotzdem bestimmte Philipp II. ohne vorherige Ankündigung Madrid zur Hauptstadt seines Reiches, indem er den Hof mit der königlichen Dienerschaft und das Königsgeschicht von Toledo nach Madrid verlegte. In aller Eile wurden Adelspaläste und Häuser für die Höflinge gebaut, dazu kleine Landwirtschaftsbetriebe, die der Stadt Konsumgüter liefern mußten. So wurde sie zur barocken Residenz.

Trevor-Davies schildert Madrid in seiner 1952 in New York erschienenen Studie so: „Die riesigen Silbervorkommen in den Bergwerken von Potosí brachten eine große Umschichtung in der europäischen Wirtschaft. Sie ließen Venedig und die anderen großen Städte des Mittelmeerraums arm werden. Dagegen erhielt der König von Spanien annähernd vier Millionen Pfund aus seinen amerikanischen Bergwerken, 16mal so viel wie die Einkünfte der Königin Elisabeth von England. Die Silbereinfuhr ließ in allen europäischen Ländern die Preise schwindelhaft nach oben klettern.“

Freilich paßte der Zustrom aus Amerika nicht zur spanischen Denkweise, die sich sowohl gegen die Handelsgesinnung als auch gegen die staatliche Lenkung wandte. Die Zeit, in der Spanien ein aufnahmefähiger Markt gewesen war, hatte schnell geendet. Das Land verarmte. Was nutzte ihm der freie Zutritt, den jedermann zu seinem Markt hatte, wenn seine eigenen Menschen nichts kaufen konnten? Die künstliche Hauptstadt war ein Symbol für den Zustand des Landes. Spanien war in seinem Goldenen Zeitalter zugleich prächtig und bettelarm. Die Stadt nahm alles in sich auf, aber sie war nicht schöpferisch. Sie verzehrte und gab nichts weiter.

So entstand eine eigenartige Mentalität in der Hauptstadt. Es fehlte ihr der Sinn für Sparsamkeit und Fleiß. Die materiellen Werte wurden unterschätzt. Das reich gewordene Madrid hätte man auch eine arme Stadt nennen können. Das Geld rollte gleichsam unter Gesang weiter. „Das Leben richtet sich nicht nach einem Plan, an künftige Märkte wird nicht gedacht.“ (R. Gómez de la Serna: *„Elucidario de Madrid“*, Madrid 1931.) Madrid ist passiv. Es besitzt keine Initiative. Es läßt die Dinge an sich herankommen. Erich Fromm sagt: Madrid ist leicht beschwingt, lebenswürdig, selbstzufrieden. Sein Bewohner kommt sich wichtig vor und fühlt sich überlegen. Die Landsleute aus anderen Teilen Spaniens gelten ihm als bäurisch. Was nutzt Einfluß, den man nicht ausübt? Was hilft ein Vermögen, das nur in der Einbildung besteht? Was taugt Arbeitsamkeit, wenn sie als unfein gilt und wenn nichts bar bezahlt wird? Dieses Volk hat seine eigenen Maßstäbe und überschätzt nicht die wirtschaftlichen Werte. Auf der Werteskala Madrids kann ein Millionär durchaus als armer Mann gelten.

Wohl aber übt der Blutsadel entscheidenden Einfluß aus. Die Aristokratie bildet eine geschlossene Gruppe, die dem Leben der Hauptstadt eine malerische Note verleiht. Gerade die einfachen Leute achten darauf, daß die Kluft des Abstandes um

die Aristokraten offen gehalten wird. Sie tun das in Madrid fast noch mehr als außerhalb.

Es fehlt die Mittelklasse, das selbst arbeitende Bürgertum. Unter den 220 000 Einwohnern, die Madrid 1850 hatte, waren rund 20 000 persönliche Bedienstete oder Bettler. Andererseits hatten sich in der Stadt des Hofes die hohen Beamten, die falschen und echten Literaten und Künstler niedergelassen.

Generale ohne Soldaten

Wäre das Volk von Madrid geistreicher und begeisterungsfähiger gewesen, dann wäre das intellektuelle Leben nicht so verkümmert. Spaniens Elite hätte festeren Boden unter den Füßen gehabt und von ihm aus wirken können.

Wie es aber war, lebten in Madrid glänzende Führungsgeister, denen es an Gefolgschaft fehlte. Es waren Generale ohne Soldaten, die tatenlos über das auf sie wartende Schicksal nachgrübelten. Das Geistesleben in Madrid spielt sich in kleinen Klüngeln ab. Die Vertreter der Geisteswissenschaften diskutieren untereinander, sie regen sich auf und auch wieder ab. Sie produzieren keine Ware, auf die ein Abnehmer wartet. Es ist auch fraglich, ob ihre Geistesfrüchte überhaupt wert sind, auf den Markt zu kommen.

Ohne Abnehmer kann aber ein Unternehmen nicht gedeihen. Madrid hat keine Abnehmer.

„Advokaten aus Galicien, Estremadura und aus dem hohen Gebirge, katalanische Ärzte und Geschäftsleute, andalusische Redner, Dichter aus allen Landesteilen, Künstler aus dem Süden und Osten, Dienstboten aus Asturien, Schneiderinnen, Friseure, Modistinnen, Handschuhmacher, französische Bäcker, italienische Musiker und Tänzer, Schankwirte aus der Mancha, kastilische Krämer, Buchhändler aus der Meseta, umherziehende Händler aus Valencia und Aragón oder Stellenbewerber aus allen Städten, Landstädtchen, Flecken und Weilern Spaniens mischen sich zur Bevölkerung Madrids“ (Mesonero Romanos).

Für viele berühmte Spanier, die in entscheidenden Jahren ihrer Jugend nach Madrid kamen, waren die ersten Erfahrungen geradezu üblerregend. Sie wirken auch dann nach, wenn der Mensch aus der Provinz meint, daß man sein eigenes Gesicht in der Hauptstadt nicht verlieren könne.

Dabei ist der Irrsinn Madrids nur das Spiegelbild des Wahnsinns, den die Zuwanderer in die Hauptstadt mitbringen.

*

Madrid verschwindet fast in dem bunten Licht, in dem das spanische Wesen geboren wird. Der Wunsch, daß man in der Hauptstadt der spanischen Eigenart am sichersten begegnen könne, ist fast banal geworden.

Aber ein der Stadt eigenes Zartgefühl bewahrt sie davor, andere Töne des spanischen Lebens unvornehm zu übertönen, zu hemmen oder zu ersticken. Man läßt die anderen zu Worte kommen. Mitten in Spanien, hoch über der Meseta bewahrt die Hauptstadt peinliche Zurückhaltung.

HOCHZEIT ZWISCHEN WESTEN UND OSTEN — BYZANZ

Eine Ausgabe der byzantinischen Geschichtsschreiber, deren beide erste Bändchen vorliegen, war ein guter Gedanke, denn es gibt kaum eine Geschichte, die uns heute so anspricht und soviel zu sagen hat wie die byzantinische. Alle Menschen, die Witterung haben, versuchen vom byzantinischen Blickpunkt aus die Teilung der Welt damals zu verstehen, um die heutige begreifen zu können.

Die Synode von Florenz war ergebnislos verlaufen, obwohl scheinbare Übereinstimmung zwischen Westen und Osten erzielt worden war —, und dann begann der furchtbare Angriff der Türken auf Konstantinopel, und das Abendland, das sich mit seinem Vorposten nicht hatte einigen können, mußte genau soviel aufgeben, wie es nicht ganz fünfhundert Jahre später an Rußland hat preisgeben müssen.

Die Schilderung des letzten Kampfes, des Endes des Kaisers und des Einzuges der Türken in die eroberte Stadt sind unvergeßlich. Bewundernswert ist die Mäßigung, die der Sultan nach den ersten Ausschreitungen im wilden Siegesrausch den Seinen auferlegte. Er beansprucht wohl die Hagia Sophia: „Die heilige, die allerheiligste Kirche der göttlichen Weisheit, das hochberühmte Wunderwerk, den Tempel auf Erden, hatte der Übeltäter zu seinem Tempel gemacht.“

Aber das Patriarchat wurde wieder aufgerichtet. „Dieser schändliche Betrüger und Verderber der Christen, hinterlistig wie ein Fuchs, tat dies nicht aus Frömmigkeit und Güte, sondern damit die Christen von seinem Entgegenkommen erfahren und sich daraufhin wieder in der Stadt versammeln und die Stadt von neuem bevölkern sollten.“

Die Völker lernen nicht aus der Geschichte. Aber in jedem Volk sollten doch wenigstens einige sein, die wissen, was die unbelehrbaren Hirten der Völker erwartet.

Reicher noch als der erste Band dieser Bücherei ist der zweite. Er belehrt uns, weil er konzentriertes Wissen vermittelt. Wir erkennen, wie die geschichtliche Darstellung an den Wortvorrat des Darstellers gebunden ist und wie Laonikos im schlichten Erzählerton Herodots eine Welt einfangen will, die weit über diese geschlossene Form hinausgewachsen ist.

Nichts ist genußreicher, als einen großen Abschnitt der Geschichte in das Märchen und in die Sage versinken zu sehen. Erleben wir heute in vielen Darstellungen neuer Geschichte ein fast vollkommenes Verdampfen des Tatsächlichen und ein Zurückbleiben von statistischen Gespenstern und geometrischen Kraftlinien, so sehen wir hier ein uns rührendes Vereinfachen, ein Kostümieren der auftretenden Gestalten in der Tracht längst verwichener Epochen.

Am meisten angetan haben es mir die beiden Briefe des Manuel Chrysoloras († 1415 zu Konstanz) an den Sohn und Mitkaiser Manuels, den späteren Johann VIII., in denen er ihm Rom schildert.

Wir haben gelernt, daß die italienische Renaissance auf jene griechischen Gelehrten zurückgeht, die zur Zeit der Einigungsbestrebungen zwischen der West- und der Ostkirche und nach dem Fall von Byzanz nach Italien gekommen sind.

Die beiden Briefe von Manuel Chrysoloras zeigen, daß dies nur eine Seite ist: seine begeisterte Schilderung der römischen Altertümer zeigt, wie der Byzantiner in Rom eine Welt wiederfindet, von der sich nach den großen Bilderstürmen im Osten nur die Sockel erhalten hatten: „Daß auch eine Unzahl anderer derartiger Denkmäler in Konstantinopel war, beweisen die vielen *Postamente*, die man noch sehen kann, und die Inschriften darauf. Einige stehen an verschiedenen Punkten der Stadt, die meisten aber im Hippodrom. Und viele andere sah ich früher selbst, die jetzt, wie ich weiß, *beseitigt* sind.“

Der griechischen Welt, der versunkenen Antike, hatte man im Osten die Augen ausgestochen, man hatte ihr die Bilder genommen, nur die Sprache war übrig geblieben. Der lateinische Westen hatte die griechische Sprache verloren, aber der griechische Leib war, wenn auch oft nur in harten und kalten Kopien, übrig geblieben.

Man muß es lesen, welchen Eindruck diese Reste des Leibes auf den Besitzer der alten Sprache gemacht haben. Erst dieses Wiederfinden ergibt die Renaissance! So hat nicht Goethe, so hat nicht Winckelmann, durch die Reformation der großen Bildersprache beraubt, in Rom die alte Einheit entdeckt wie

der gelehrte Byzantiner, der den verlorenen Körper wiederfand. Der Eindruck ist so groß, daß sich der Byzantiner, um sein seelisches Gleichgewicht wieder zu erringen, der Hagia Sophia erinnern muß, und er gibt die schönste Beschreibung dieser wunderbaren Kirche, die ja dann auf westliche Weise in der Peterskirche wiederholt werden sollte: „Denn so wie wir das Himmelsgewölbe bewundern, das kreisend in sich zurückkehrt, ebenso fassungslos stehen wir vor dieser unnachahmlichen himmlischen Kuppel und können nicht begreifen, wie sie einmal gebaut wurde und wie sie halten kann.“

Ich würde diesen Brief, der die heilige Hochzeit zwischen Westen und Osten schildert, in die Lesebücher der höheren Schulen aufnehmen.

Das letzte Kapitel gibt den Bericht über die Reise des russischen Metropoliten Isidor zum Unionskonzil von Florenz. Die bunten Reiseeindrücke eines Mannes aus dem hölzernen Rußland in den steinernen Städten des Westens allein sind bemerkenswert. Und dann in ein paar Zügen Bilder von dem so schicksalsschweren Konzil, die drückende

Luft, das Mißtrauen, das Unheil, das dort ausgebrütet wird.

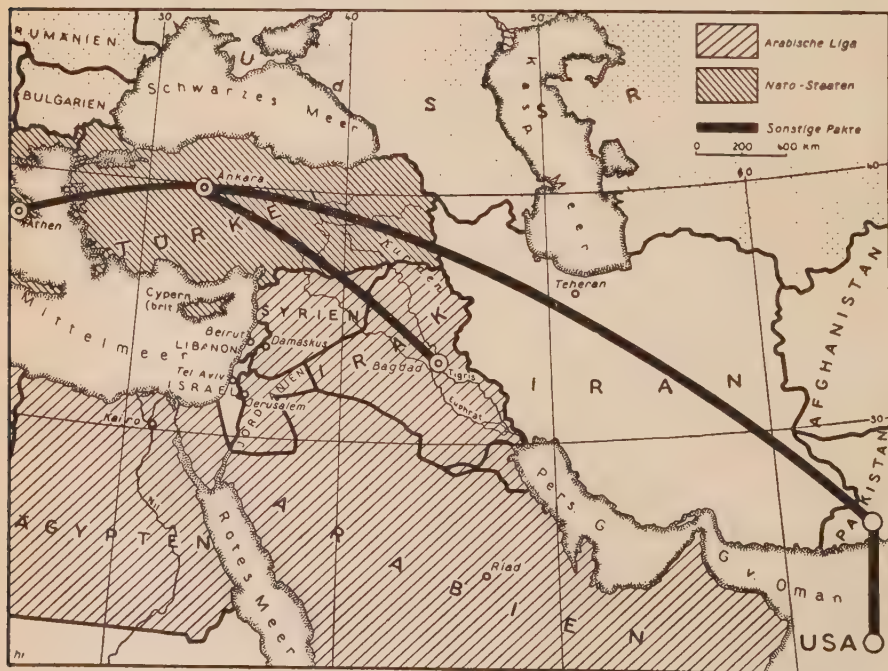
Wahrhaftig, die Geschichte, die sich um das Jahr des Unheils 1453 legt, ist uns zeitnäher als die Geschichte des achtzehnten oder des neunzehnten Jahrhunderts. Hoffen wir, das die nächsten Bändchen dieser bemerkenswerten Bibliothek an die beiden ersten Publikationen heranreichen.

Bruno Brehm

Byzantinische Geschichtsschreiber, hsg. v. Endre v. Ivánka. Verlag Styria. Graz-Wien-Köln, 1954, DM 4,40 je Bd.

1. Die letzten Tage von Konstantinopel, Der auf den Fall von Konstantinopel 1453 bezügliche Teil des dem Georgios Sphranzes zugeschriebenen Chronicon Maius, 104 S.

2. Europa im XV. Jahrhundert von Byzantinern aus gesehen. I. Aus dem Geschichtswerk des Laonikos Chalkondyles II. Die Nordlandreise des Laskaris Kananos. III. Zwei Briefe des Manuel Chrysoloras, IV. Reisebericht eines unbekannten Russen (1437-1440), 191 S.



Schutz der Meerengen durch NATO oder durch Nahostpakt?

Seitdem sich die Türkei von den nichttürkischen Gebieten des Osmanischen Reiches getrennt hat und sich auf die Bewahrung des *status quo* beschränkt, ist im Bauernland Anatolien ein fest gegründeter Staat erwachsen, den man als den stabilsten Faktor im Ostmittelmeeerbecken ansprechen kann.

Während Außenstehende häufig denken, dank der religiösen und historischen Gemeinsamkeit führe ein Zugang zu den arabischen Staaten über die Türkei, vielleicht gerade weil die Türkische Republik nicht mehr wie das Osmanenreich über Araber herrscht, sind die Verhältnisse in Wirklichkeit sehr schwierig, und die Araber zeigen der Türkei gegenüber eine starke Zurückhaltung. Der Grund für diese Zurückhaltung liegt bei den Arabern selbst, die noch nicht alle Ressentiments aus der Zeit der Türkenherrschaft überwunden haben und eine Art Eifersucht gegen den schnellen Aufstieg der Türkei empfinden, andererseits aber auch in einer türkischen Reserve gegenüber den Arabern.

Die außenpolitischen Beziehungen der Türkei zu den arabischen Staaten stehen seit langem im Schatten des türkischen Verhältnisses zu den Westmächten. Vor dem Zweiten Weltkrieg achtete die Türkei bei jedem Blick nach Syrien oder dem Libanon auf ihr Verhältnis zur französischen Mandatsmacht dieser beiden Staaten, während ihre Beziehungen zum Irak und zu Ägypten auf die vertraglichen Bindungen dieser Länder an Großbritannien Rücksicht nahmen. Das wichtigste Ergebnis der türkischen Aktivität in der damaligen Zeit war der Pakt von Sa'adabad, der am 22. 4. 1937 zwischen Ankara, Bagdad, Teheran und Kabul abgeschlossen wurde, weil man gemeinsam den italienischen Ansprüchen im Orient gegenüberzutreten wollte¹⁾. Als sich die Türkei unmittelbar vor dem Ausbruch des Krieges den Sandschak von Alexandrette, der mit Rücksicht auf seine türkische Bevölkerungsmehrheit schon 1929 einen autonomen Status in Syrien erhalten hatte, abtreten ließ, geschah das nicht dank syrischem Entgegenkommen, sondern weil Frankreich die Türkei als Bundesgenossen in seiner Europapolitik brauchte²⁾.

Der sowjetische Nervenkrieg

Schon in den letzten Kriegsjahren setzte ein Nervenkrieg der Sowjetunion gegen die Türkei ein, der in den Jahren 1945–47 einen Höhepunkt erreichte. Moskau behauptete, die Türkei habe während des Krieges in Verletzung des am 20. 6. 1936 unterzeichneten Meerengenstatuts von Montreux deutschen Kriegsschiffen die Durchfahrt ins Schwarze Meer gestattet³⁾. Es kündigte am 19. 3. 1945 den Freundschaftsvertrag von 1921, weil er angeblich mit der inzwischen entstandenen Lage nicht mehr übereinstimme. Die Sowjetunion wünsche, so wurde verlautbart, wirksame

¹⁾ Esmer, Ahmet Sükrü: *Siyasi Tarih 1919–1939*, Ankara 1953, S. 245 f.

²⁾ Türkisch-französischer Freundschaftsvertrag vom 4. Juli 1938.

³⁾ Z. B. auch noch in den Noten des Außenministeriums der UdSSR an die türkische Regierung vom 7. August und 24. September 1946.

Garantien an den Meerengen sowie die Abtretung der Provinzen Kars und Çoruh (Artvin)⁴⁾. Die Türkei sollte nach den sowjetischen Vorschlägen durch die Abtretung Aleppos von Syrien entschädigt werden. Damit wurden Vorschläge aufgegriffen, die Stalin⁵⁾ schon im Dezember 1941 dem britischen Außenminister Eden gemacht hatte.

Die amtliche türkische Nachrichtenagentur gab im Juli 1945 bekannt, daß die Türkei damals so wenig wie sonst Wünsche nach territorialen Erwerbungen von ihren Nachbarländern habe. Trotzdem erhob sich in Syrien und im Libanon Aufregung in der Presse, in der man die Rückgabe der Provinz Hatay (Alexandrettes) forderte⁶⁾.

Im nordöstlichen Irak brach im März 1945 bei Amadiye, Barzan und Arbil ein Kurdenaufstand aus, gegen den die irakische Armee eingesetzt wurde. Die Türken schlossen ihre Grenze gegen die Rebellen. Einer der Führer des Aufstandes, Mulla Mustafa, floh nach dem Sieg der Iraker in das sowjetisch besetzte Nord-Iran, wo sich am 15. 12. 1945 in Anwesenheit hoher sowjetischer Offiziere in Mehabad eine „Kurdische Volksregierung“ bildete, von der sich Mulla Mustafa zum „Feldmarschall“ ernennen ließ. Sowohl der Irak als auch die Türkei waren durch diese Entwicklung bedroht, weil in beiden Ländern kurdische Minderheiten wohnen.

Der irakische Ministerpräsident Nuri es-Said reiste im Februar 1946 nach Ankara und regte einen Vertrag an, in dem sich sein Land und die Türkei zu einer einheitlichen Behandlung der Kurdenfrage verpflichten, sich außerdem die Achtung der Grenzen, die gegenseitige Nichteinmischung und die gemeinsame Nutzung des Tigriswassers zusagen sollten. Der Vertrag wurde am 29. 3. 1946 in Ankara unterzeichnet und unmittelbar darauf vom türkischen Parlament ratifiziert.

In Bagdad jedoch war er heftig umstritten. Die Linksparteien „Das Volk“ und „Vaterländische Union“⁷⁾ bezeichneten in ihren gleichnamigen Zeitungen den Pakt als Versuch, den Irak an die vom Imperialismus beherrschte Türkei zu binden, von der aus die Arabische Liga im Dienste der britischen Politik unterminiert werden solle. Im Parlament erklärte die Opposition, der Pakt diene der Vorbereitung des Dritten Weltkrieges, denn er verpflichte den Irak, der Türkei bei einem Krieg mit der Sowjetunion, Bulgarien, Griechenland oder Syrien zu helfen. Die Regierung ließ die beiden Linksparteien gerichtlich verfolgen, so daß im Juni 1947 der Vertrag auch in Bagdad ratifiziert werden konnte, obwohl einige Abgeordnete vorgeschlagen hatten, lieber den Vertrag von Sa'adabad aufleben zu lassen.

Inzwischen verschärfte sich die Auseinandersetzung zwischen der Türkei und Syrien. Syrischerseits wurden Landkarten veröffentlicht, auf denen die syrische Nordgrenze am Fuße des Taurus verlief, so daß sie also nicht nur die Provinz Hatay, sondern auch die ausschließlich von Türken bewohnte Baumwollkammer des Gebietes um Adana umfaßte. Der Abzug der Franzosen führte zu einem Aufschwung des syrischen Nationalgefühls, so daß die Lage an der Grenze trotz der türkischen Mäßigung gespannt blieb.

⁴⁾ Erklärung Molotows am 7. 6. 1945 an den damaligen türkischen Botschafter in Moskau, Selim Sarper, den jetzigen Chefdelegierten der Türkei bei der UNO. Diese beiden Provinzen wurden auf dem Berliner Kongreß 1878 den Russen zugesprochen, im türkisch-sowjetischen Vertrag vom 16. März 1921 von den Sowjets an die Türkei wieder zurückgegeben.

⁵⁾ Churchill, W. S.: *The Second World War*, London 1950, Bd. III, S. 558.

⁶⁾ Vgl. Haddad, George: *Fifty Years of Modern Syria and Libanon*, Beirut 1950, S. 84.

⁷⁾ Asch-Scha'ab und Al Ittihad al-watani.

Der libanesische Ministerpräsident versuchte, bei einer Reise nach Ankara im Juni 1946 zu schlichten. Doch Syrien war unzugänglich, zumal es dem Vertrag zwischen der Türkei und dem Irak deshalb mißtrauisch gegenüberstand, weil seine Nationalisten dem haschemitischen Herrscherhaus in Bagdad nicht gewogen sind.

Der Staatssekretär im türkischen Außenministerium Feridun Erkin besuchte den zweiten Haschemitenstaat, um Abdullah die Glückwünsche der Türkei bei der Erhebung des damaligen Transjordanien zum Königreich zu überbringen. König Abdullah erwiderte den Besuch im Januar 1947 in Ankara, und bei dieser Gelegenheit wurde ein Freundschaftsvertrag abgeschlossen.

Der Kreis schloß sich, als der Irak und Transjordanien am 15. 4. 1947 untereinander ebenfalls einen Freundschaftsvertrag abschlossen. Beobachter glaubten feststellen zu können, daß die Bindung der drei Staaten aneinander ähnliche Ziele wie der frühere Pakt von Sa'adabad verfolgte⁸⁾.

Doch war in Wirklichkeit der frühere Vertrag ein Hilfsversprechen, falls einer der Vertragspartner angegriffen worden wäre, wobei 1937 an Italien als Angreifer gedacht war. Das Vertragssystem zwischen der Türkei, dem Irak und Transjordanien aus den Jahren 1946 und 1947 war dagegen nur die Verstärkung eines allgemeinen Freundschaftsversprechens, wenn schon wenigstens der türkisch-irakische Vertrag in der sowjetischen Kurdenpolitik seinen Ausgangspunkt gehabt hatte.

Vom türkischen Standpunkt aus hat die Hatay-Frage eine gewisse Rolle gespielt. Bis dahin hatten nicht nur die syrischen, sondern alle arabischen Blätter die Angliederung des Sandschaks an die Türkei als „Annexion“ bezeichnet. Nach dem türkisch-irakischen Vertrag jedoch sprachen nur noch die Zeitungen Syriens und in anderen Ländern die der Linksparteien in diesem Sinne von der Gebietsabtretung, während man sonst schwieg. Ägyptische und syrische Kreise meinten, der Vertrag diene der britischen Politik unter antisowjetischen Vorwänden zur Entzweigung der arabischen Länder und zur Schwächung der Arabischen Liga⁹⁾.

Die Türkei und Ägypten

Die Beziehungen zwischen der Türkei und Ägypten waren durch die Spannung zwischen Ägypten und Großbritannien belastet. Die Türkei wünschte nicht, daß die britischen Truppen aus Ägypten abrückten, denn sie fürchtete davon eine Schwächung ihrer Position gegenüber den Sowjets. Sie war sehr mit den britischen Bemühungen einverstanden, die ein Recht zur Rückkehr britischer Truppen in die Kanalzone auch dann anstrebten, wenn die Türkei angegriffen würde. Großbritannien wollte die Rückkehrklausel selbst bei einem Angriff gegen Griechenland oder den Iran in Kraft setzen, Ägypten dagegen nur bei der Bedrohung eines arabischen Landes.

Ägypten zeigte wenig Freude über die Wünsche der türkischen Presse¹⁰⁾. Es betonte immer wieder, daß es sich seinerseits nicht von der Sowjetunion bedroht fühle. Eine britische Garnison sei sicher in der Türkei selbst nützlicher als am Suezkanal.

⁸⁾ So Colombe, Marcel: *La Turquie et les problèmes du Moyen-Orient*, in: *Cahiers de l'Orient contemporain*, 1947, S. 138.

⁹⁾ Z. B. Ibrahim 'Abd ul-Qadir al Mazini in der Zeitung *Al-Balagh*, hier nach Kirk, George: *The Middle East 1945—1950*, London 1954, S. 152.

¹⁰⁾ Besonders der Zeitung *ULUS*, Ankara, die damals als das Sprachrohr der Regierung angesehen werden konnte.

Die Türkei und Israel

Im Israelkonflikt vermied die Türkei den Anschein, als stehe sie auf Seite der Araber. Sie lehnte es ab, den Konflikt zu einem panislamischen Anliegen machen zu lassen, und erntete dafür arabischerseits böse Worte.

Als die militärische Entscheidung in Palästina gefallen war und festzustehen schien, daß Israel ein wichtiger Faktor im Orient sei, erkannte die Türkei als erster und bis heute einziger islamischer Staat im März 1949 *de facto*, am 9. 3. 1950 *de jure* Israel an (bei der Abstimmung über die Zulassung Israels zur UNO am 3. 5. 1949 hatte sie allerdings einen dann der Ablehnung verfallenden Antrag des Libanon auf Vertagung unterstützt). Im Dezember 1949 tauschte Ankara diplomatische Vertreter mit Israel aus, und im Juli 1950 wurde ein Handelsvertrag abgeschlossen. Die UNO-Vollversammlung wählte neben den USA und Frankreich die Türkei in die Schlichtungskommission, und in der ersten Kommissionssitzung wurde der türkische Delegierte Hüseyin Cahit Yalcin zum Vorsitzenden gewählt (er wurde am 3. 8. 1950 von Tefik Rüştü Aras, dem türkischen Außenminister 1925–38, abgelöst¹¹).

Am 9. 2. 1949 hatte der türkische Außenminister Necmeddin Sadak vor einer Reise nach Paris und London erklärt, sein Land werde sich am Atlantikpakt nicht beteiligen, sei jedoch an einem diesem Pakt parallelen Verteidigungssystem für das Mittelmeer interessiert. Auf der Reise besprach der Minister neben wirtschaftlichen auch militärische Fragen, und am 16. 3. 1949 wiederholte er vor der Großen Nationalversammlung seine Äußerungen. Noch seien allerdings keine konkreten Abmachungen mit den arabischen Ländern in bezug auf einen Mittelmeerpakt getroffen worden.

Die syrischen Wirren

Am 30. 3. 1949 stürzte in Damaskus der aus einer kurdischen Familie stammende Oberst Hüznü az-Zaim den syrischen Staatspräsidenten Shükrü al-Kuwwetli, um am 16. 4. selbst ein Kabinett zu bilden. Dieser Staatsstreich ging teilweise auf die Niederlage der syrischen Armee durch Israel zurück, teilweise allerdings auch auf die Bestrebungen zur Bildung eines Großsyrien unter den Haschemiten.

Ebenfalls am 16. 4. begannen Verhandlungen über einen engeren Bund zwischen dem Irak, Syrien, Transjordanien und dem Libanon, der im Verein mit der Türkei die Grundlage eines Nahost-Paktes bilden sollte, zwischen Nuri es-Said, seinem Verteidigungsminister Shakir al-Wadi, dem Generalsekretär der Arabischen Liga 'Abd ur-Rahman 'Azzam Pascha, dem Ministerpräsidenten und dem Außenminister des Libanon sowie der neuen syrischen Regierung. Die Türkei erkannte die Regierung Hüznü az-Zaim schon am 17. 4. an, und der Hatay-Konflikt trat in den Hintergrund. Der neue syrische Ministerpräsident erklärte am 9. 8., er trete für einen Nahostpakt ein, lehne freilich die Beteiligung Israels ab.

Die traditionellen Widersacher der Haschemiten, einerseits Ägypten, andererseits König 'Abd ul-Aziz Ibn Sa'ud, veranlaßten durch das Versprechen wirtschaftlicher Hilfe und diplomatischer Anerkennung Hüznü az-Zaim, die Unionspläne fallen zu lassen.

¹¹) Official Records of the 3rd Session of the General Assembly, 1948, Part II, 1st Commission, S. 887 bis 890.

Daraufhin wurden schon Mitte Juni irakische Truppenkonzentrationen an der syrischen Grenze gemeldet, und am 14. 8. wurde Hüznü az-Zaim durch den Stabschef der syrischen Armee gestürzt und nach einem Todesurteil sofort hingerichtet. Da aber auch der neue Mann, Zami al-Hinawwi, für Großsyrien eintrat und in der Hatay-Frage gemäßigt war, folgte er schon am 19. 12. 1949 seinem Vorgänger. Er wurde von dem unionsfeindlichen Oberst Edip esch-Schischakli wegen seiner Zusammenarbeit mit dem Ausland verhaftet.

Die Schwierigkeiten mit Ägypten führten auch im Irak am 9. 12. 1949 zu einem Regierungswechsel. Nuri es-Said wurde durch einen neuen Regierungschef abgelöst (Ali Jawdat al-Ayyubi), der den betont englandfeindlichen, pan-arabisch und pan-islamisch gesinnten Muzahim Amin Paschadschi als Außenminister in sein Kabinett nahm. Diese Regierung wurde allerdings schon am 1. 2. 1950 durch einen Nuri es-Said nahestehenden Politiker wieder abgelöst.

So waren die Beziehungen der Türkei zu den arabischen Nachbarländern am Vorabend der für den 14. 5. 1950 angesetzten Parlamentswahlen nicht gerade freundlich. Die Anerkennung Israels hatte die Sympathien ungefähr aller sunnitischen Nachbarstaaten gekostet. Die Beziehungen zum Irak litten unter der Nachwirkung der Tatsache, daß die Türkei Hüznü az-Zaim gestützt hatte.

Die türkische Israelpolitik läßt sich durch den für Ankara typischen Realismus, durch die Anerkennung des Nichteinmischungsprinzips und auch durch türkische Hoffnungen auf eine finanzielle und militärische Hilfe von der zionistenfreundlichen Regierung Truman erklären. Man hoffte vielleicht auch, in Israel einen Gegenspieler gegen die Arabische Liga oder gegen ein möglicherweise entstehendes Großsyrien zu finden.

Die nach den Wahlen neu gebildete türkische Regierung ließ schon im Mai 1950 wissen, daß sie sich für den gewohnheitsmäßig einem Land des Nahen Ostens reservierten nichtständigen Sitz im Sicherheitsrat der UNO interessieren werde, den Ägypten räumen mußte. Am 21. 7. meldete die Türkei offiziell ihre Kandidatur an. Bei der Abstimmung am 30. 9. konnte zwölfmal kein Ergebnis erzielt werden, weil die von den USA unterstützte Türkei nicht die nötige Stimmenzahl gegen den Kandidaten des Libanon, Charles Malik, erhielt, der die Unterstützung der Sowjetunion genoß. Erst als am 7. 10. der Libanon seine Kandidatur zurückzog, konnte die Türkei in den Sicherheitsrat einziehen.

Zunehmende türkische Resignation gegenüber den Arabern

Inzwischen gab die Türkei die Hoffnung auf, daß sie mit den untereinander verfeindeten und mit Israel immer noch im Kriegszustand lebenden arabischen Staaten zu einem Nahostpakt kommen könne. Am 11. 5. 1950 wurde bekannt, daß sie ihre Aufnahme in den Atlantikpakt beantragt habe.

Dabei mag auch eine Rolle die Ermordung des iranischen Ministerpräsidenten Ali Razmara gespielt haben, durch die der für die türkische Flankendeckung wichtige Iran seine Schwäche offen zeigte.

Der Außenminister Fuad Köprülü erklärte am 3. 4. vor der Großen Nationalversammlung, die Türkei wolle sich jetzt nachdrücklicher als bisher um ihren Beitritt zur NATO bemühen und rechne damit, daß die Westmächte ihrem Wunsch

positiver als bisher gegenüberstehen würden. Mit dieser Bemerkung meinte er Großbritannien, das eine Schwächung der türkischen Leistungsfähigkeit im Nahen Osten durch die Übernahme zusätzlicher NATO-Verpflichtungen ungern sah. Die skandinavischen Staaten wollten die Türkei deshalb fernhalten, weil sie durch ihre Einbeziehung eine Vermehrung der möglichen Kriegsgefahren befürchteten.

Der letzte Versuch zu einem Regionalabkommen

Die Türkei selbst unternahm noch einmal einen Versuch zur Einigung mit ihren Nachbarn. Am 25. 2. 1951 gab der Außenminister bekannt, daß er mit dem amerikanischen Unterstaatssekretär für Nahostangelegenheiten, dem späteren Botschafter in Ankara George McGhee, über den Einbau der Türkei in ein System zur Verteidigung des Nahen Ostens verhandelt habe. Im April 1951 versuchte Ankara, die Tradition der Irak-Verträge von 1937 und 1946 fortzusetzen. Nuri es-Said hatte im Januar den Staaten der Arabischen Liga in Kairo erklärt, sie sollten nicht länger der Illusion einer Neutralität nachjagen und sich lieber mit den Westmächten einigen. Ähnliche Stimmen waren aus dem Libanon gekommen, und ein Besuch Abdullahs in Ankara (15.–27. 5. 1951) stärkte die Hoffnung auf das Zustandekommen eines regionalen Paktes. Doch wiederum scheiterten die Bemühungen am Widerstand Ägyptens, Saudi-Arabiens und des von diesen beiden Staaten gestützten syrischen Ministerpräsidenten Schischakli gegen die Gefahr eines haschemitischen Übergewichts in der Arabischen Liga.

Am 3. 6. beriet 'Abd ur-Rahman 'Azzam Pascha in Amman mit König Abdullah, bevor er am 13. 6. in Istanbul eintraf, um Ankara vom Eintritt in die NATO abzuhalten und zu einem Bündnis mit Ägypten zu bewegen. Er äußerte in der Türkei: „Ich fühle mich, als ob ich nach Hause gekommen wäre. Ich habe in der Türkei immer den Bannerträger und die Zitadelle des Islam gesehen. Die Türkei hat die islamische Kultur stets hochgehalten. Das ist nicht nur meine Ansicht, sondern die aller Araber seit Jahrhunderten“¹²⁾.

'Abd ur-Rahman 'Azzam Paschas Bemühungen scheiterten. Die Türkei, die sich von der Sowjetunion bedroht fühlte und die Schwächen ihrer Nachbarstaaten kannte, war nicht bereit, ihre Sicherheit einer Pan-islamischen Union anzuvertrauen.

Als König Abdullah am 20. 7. 1951 in Jerusalem ermordet wurde und die nationalistische Gesinnung seines Nachfolgers Talaal, der bis zum 11. 8. 1952 auf dem Thron blieb, Verhandlungen mit dem Königreich Jordanien unmöglich machte, bedeutete das einen weiteren Schlag gegen die Bestrebungen zum Einbezug der Türkei in einen Nahostpakt.

Sie zog die Folgerung, indem sie am 15. 9. 1951 in Ottawa die Zulassung zur NATO erreichte und im Februar 1952 in aller Form Mitgliedstaat im Atlantikpakt wurde.

Der Mittelost-Kommandobereich

Am 8. 10. 1951 kündigte Ägypten seinen Vertrag mit Großbritannien. Am 13. 10. ging in Kairo ein Vorschlag der USA, Großbritanniens, Frankreichs – und der Türkei ein, in dem eine gemeinsame Verteidigung des Nahen Ostens durch die At-

¹²⁾ Middle Eastern Affairs, Bd. II, 1951, S. 323.

lantikpaktstaaten vorgesehen wurde. Ägypten sollte volle Gleichberechtigung als Gründungsmitglied der Allianz genießen. Bei Annahme des Vorschlages wollte Großbritannien seine Truppen insoweit zurückziehen, als sie nicht dem Mittelostkommando unterstellt würden. Ägyptische und alliierte Truppen sollten das Land am Nil gemeinsam verteidigen¹³).

Am 15. 10. 1951 lehnte Ägypten den Vorschlag ab. Seiner Ansicht nach sollte dadurch die britische Stellung am Suezkanal eine dauerhafte Grundlage erhalten. Es erklärte sich durch den Außenminister Salah ed-Din Pascha erst dann zu einem Vertragsabschluß mit den Westmächten oder der Türkei bereit, wenn alle britischen Truppen aus seinem Staatsgebiet abgerückt seien und wenn es die Vereinigung mit dem Sudan erreicht habe.

Der syrische Außenminister unterstützte am 23. 10. die ägyptische Haltung, während der Ministerpräsident kritisierte, daß Kairo die Vorschläge nicht gründlich genug geprüft habe. Diese Meinungsverschiedenheit im Kabinett führte dazu, daß der Ministerpräsident unter dem Druck des ägyptenfreundlichen Schischakli zurücktreten mußte. Auch im Libanon und in den haschemitischen Königreichen war die Stellung zu den Vorschlägen geteilt. Es war also etwas übertrieben, wenn Azzam Pascha am 8. 11. erklärte, die arabischen Staaten stünden geschlossen hinter Ägypten.

Die drei Westmächte und die Türkei ließen am 14. 10. Beratungen ihrer Generalstabschefs in Ankara beginnen und entschlossen sich zur Bildung eines Mittelostkommandos ohne Ägypten¹⁴). Am 10. 11. veröffentlichten sie eine entsprechende Grundsatzerklärung. Das gemeinsame Oberkommando sollte das Zentrum der Mittelostverteidigung bilden, die einzelnen Staaten sollten Berater, Ausbildungspersonal und Hilfe bekommen¹⁵).

Die Sowjetunion richtete am 21./22. 11. an die arabischen Staaten und Israel, am 24. 11. an die vier alliierten Staaten Noten, in denen sie gegen die „aggressiven“ Charakter des Mittelostkommandos protestierte und die Verbündeten für alle Folgen verantwortlich machte.

Annäherung an Pakistan

Die Mitwirkung der Türkei als Gründungsmitglied des Mittelostkommandos schädigte ihr Ansehen in der arabischen Welt ebenso wie ihre ägyptenfeindliche Stellungnahme, als der Sicherheitsrat die Behinderung der Schifffahrt im Suezkanal ⁿ behandelte¹⁶).

Während man bis dahin bei den Verteidigungsplänen an eine Nord-Süd-Achse von der Türkei nach Ägypten gedacht hatte, erschien es nach dem Inkrafttreten des Arabischen Sicherheitspaktes am 9. 8. 1952 ratsam, unmittelbar im sowjetischen Vorfeld eine West-Ost-Achse aufzubauen.

¹³) Wortlaut in The Department of State Bulletin, Vol. XXV, No. 643 v. 22. 10. 51 und in Middle Eastern Affairs, New York, Bd. II, 1951, S. 367.

¹⁴) Im amerikanischen Sprachgebrauch entspricht Middle East unserem Nahen Osten. Hier Mittel-Ost nur wegen Übereinstimmung mit den erwähnten Vorschlägen.

¹⁵) Text in New York Times vom 11. 9. 1951 und in Middle Eastern Affairs, Bd. II, 1951, S. 415, Deutsche Übersetzung in Europa-Archiv, Bd. VI, Nr. 23 vom 6. 12. 1951, S. 4554.

¹⁶) Shwadran, Benjamin: Egypt before the Security Council, Middle Eastern Affairs, Bd. II, 1951, S. 383.

In Syrien erfolgte ein neuer Putsch Schischaklis, auf dessen Initiative hin am 29. 11. wieder eine türkenfeindliche Kampagne begann. Der Oberst selbst hielt scharfe Reden gegen die Türkei.

So blieb als islamischer Partner nur Pakistan übrig. Schon am 26. 11. 1951 war ein türkisch-pakistanischer Freundschaftsvertrag geschlossen worden. Freilich hatte der pakistanische Anspruch, Führungsstaat der islamischen Welt zu sein, das Mißtrauen der laizistischen Türkei erregt. Im November 1951 forderte Ankara die Abberufung des pakistanischen Botschafters, dem man die Förderung des reaktionären Islam in der Türkei vorwarf. Auch sein Nachfolger erregte Aufsehen, als er öffentlich zugunsten des iranischen Ministerpräsidenten Mossadegh eintrat. Andererseits waren die arabischen Staaten, besonders Ägypten, ebenfalls nicht mit dem pakistanischen Anspruch auf Führung des Islam einverstanden.

Als daher der pakistanische Außenminister Zafrullah Khan 1952 die Arabische Liga, die Türkei, den Iran, Afghanistan, Indonesien und Libyen zu einer Konferenz einlud, bei der die diesen Staaten gemeinsamen Angelegenheiten durch die Bildung eines gemeinsamen Gremiums gefördert werden sollten, erfuhr er kühle Ablehnung.

Zwischen der Türkei und Pakistan allerdings vollzog sich trotzdem eine Annäherung. Der Oberbefehlshaber der pakistanischen Armee Ayyub Khan und der Verteidigungsminister Iskender Mirza besprachen Mitte September in Ankara den Abschluß eines Beistandspakts und besuchten im Anschluß an diese Gespräche das südöstliche Hauptquartier der NATO in Izmir. Kurz darauf wurde anläßlich des Besuches des damaligen pakistanischen Generalgouverneurs in Washington bekannt, daß Pakistan auch mit den USA über einen Militärpakt verhandelte¹⁷⁾.

Inzwischen nahm Karachi noch einmal das Gespräch mit den Arabern auf. Sein Außenminister besprach am 19. 12. in Damaskus „Fragen, die von Interesse für den asiatisch-afrikanischen Staatenblock“ waren, mit Schischakli. Da der Besuch zu einem Zeitpunkt stattfand, an dem zwischen der Türkei und Syrien scharfe Spannung herrschte, wurde allgemein angenommen, daß Zafrullah Khan auch zwischen Damaskus und Ankara zu vermitteln versucht habe.

Trotzdem trat eine Entspannung nicht ein. Einige syrische Zeitungen forderten, daß die Türkei Freigelände im Hafen von Iskenderun für Syrien zur Verfügung stelle¹⁸⁾. Dafür solle Syrien auf den Hafen Hatay verzichten und den Ausbau des Hafens Lattakie unterlassen. Die türkische Presse antwortete auf diese Vorschläge, hinter denen man allgemein Schischakli vermutete, nur mit Spott und Hohn.

Am 4. 1. 1954 hatte im irakischen Parlament der Abgeordnete für Basra den Abbruch der Beziehungen zu Ankara verlangt, das in der Frage Israels und des Suezkanals die islamische Sache nicht vertreten habe. Freilich lehnte der Ministerpräsident Forderungen dieser Art scharf ab.

Im Libanon wies die Presse oft darauf hin, daß gute Beziehungen zur Türkei den Arabern nur nützen könnten¹⁹⁾. Hier hatte man die syrischen Forderungen auf den Hatay niemals besonders unterstützt.

¹⁷⁾ New York Times, 2. 11. 1953.

¹⁸⁾ Cumhuriyet, Istanbul, 7. 1. 1954.

¹⁹⁾ So z. B. Asch-Schark, Beirut, 19. 2. 1954.

Dagegen flammte der Konflikt zwischen der Türkei und Ägypten wieder hell auf, als am 2. 1. 1954 eine scharfe Auseinandersetzung zwischen Gamal Abd en-Nasr und dem türkischen Botschafter in Kairo ausbrach. Botschafter Tugay, der mit einer Kusine des früheren Königs Faruk verheiratet ist, hatte sich in der Oper von Kairo demonstrativ geweigert, dem ägyptischen Politiker die Hand zu geben, und dabei geäußert, die Revolutionsregierung habe Unglück über Ägypten gebracht²⁰). Tugay, der türkischerseits ohnehin versetzt werden sollte, erhielt von Ägypten die Aufforderung, innerhalb von 24 Stunden abzureisen²¹).

Der türkische Außenminister drückte am 6. 1. in einer Note an den ägyptischen Botschafter sein Befremden über die Art der Ausweisung aus. Obwohl Gamal Abd en-Nasr erklärte²²), man habe nichts gegen die Türkei, sondern wende sich nur gegen den Botschafter persönlich, herrschte doch allgemein die Auffassung vor, daß es sich hier um eine Demonstration Ägyptens und der Arabischen Liga gegen die Türkei als solche handle²³), zumal die ägyptische Presse gleichzeitig die früheren Vorwürfe gegen die Türkei wiederhole. Erst Ende März trat Beruhigung ein, als Ägypten der türkischen Regierung die geforderte Genugtuung gab und der Botschafter, dessen Verhalten man in Ankara keineswegs billigte, in den Ruhestand versetzt wurde.

Das Abkommen von Karachi

Am 19. 2. 1954 wurde gleichzeitig in Ankara und Karachi bekanntgegeben, daß man vor dem Abschluß eines Abkommens stehe. Alle Staaten des Nahen und Mittleren Ostens könnten beitreten. Ankara teilte zusätzlich mit, daß die Regierungen in Bagdad und Teheran laufend über die Verhandlungen unterrichtet worden seien. Am 2. 4. erfolgte die Unterzeichnung in Karachi²⁴).

Artikel 1 sieht Nichteinmischung in die Angelegenheiten des Vertragspartners, Artikel 2 Beratung bei beiderseits interessierenden Fragen vor. Artikel 4 enthält das Wesentliche: Austausch waffentechnischer Nachrichten, gemeinsame Bemühungen um eine ausreichende Rüstungsproduktion und Festlegung, wie bei einem unprovzierten Angriff auf einen der Vertragspartner die militärische Zusammenarbeit einsetzen soll. Artikel 6 sieht die zusätzliche Aufnahme eines jeden Staates vor, mit dessen Beteiligung beide Vertragspartner einverstanden sind.

So ist der Pakt eine mögliche Grundlage für ein größeres Vertragssystem. Er wurde am 19. 5. durch die Unterzeichnung eines Beistandsvertrags zwischen Pakistan und den USA²⁵) ergänzt, der für Karachi eine zum NATO-Verhältnis der Türkei parallele Bindung an den Westen darstellt.

Positiv wurde der Vertragsabschluß im Irak aufgenommen. Am 16. 2. war der türkische Botschafter in Bagdad durch den Ministerpräsidenten und den Außen-

²⁰) Cumhuriyet, Istanbul, 5. 1. 1954.

²¹) Die ägyptische Presse richtete bereits seit Ende November 1953 Angriffe gegen Tugay, der den Botschafterposten seit Januar 1951 innehatte und Kairo Ende Januar 1954 verlassen hätte. Er wurde beschuldigt, die Beschlagnahme der Vermögen der Angehörigen der Dynastie Mehmet Ali kritisiert zu haben. Auch das Vermögen seiner Frau war konfisziert worden.

²²) Einem Reporter der Zeitung Cumhuriyet, abgedruckt in der Ausgabe vom 7. 1. 1954.

²³) Manchester Guardian, 6. 1. 1954; Daily Telegraph, 6. 1. 1954; Cumhuriyet, 9. 1. 1954.

²⁴) Text in Middle East Journal, Bd. VIII, 1954, S. 337.

²⁵) Text in Middle East Journal, Bd. VIII, 1954, S. 338.

minister empfangen worden, um sie über die Verhandlungen zu unterrichten. Obwohl drei Tage später der Botschafter der Sowjetunion den Ministerpräsidenten vor dem Eintritt in das Paktsystem warnte, erklärte dieser am 24. 2. vor der Presse, der Irak werde sich einen Beitritt unter dem Gesichtspunkt seiner nationalen Interessen überlegen²⁶⁾.

Eine Annäherung Bagdads an Ankara war um so wahrscheinlicher, als gerade im Frühjahr 1954 Spannungen zwischen dem Irak einerseits und Syrien und Ägypten andererseits bestanden. Nuri es-Said begleitete am 12. 3. König Faisal zu einem zehntägigen Staatsbesuch nach Karachi und erklärte vor der Abreise, durch den Pakt werde der stärkste Block in der bisherigen Geschichte des Nahen Ostens gebildet.

Freilich erhoben sich auch im Irak Gegenstimmen. Mitte März demonstrierten Studenten in Bagdad gegen den Pakt, und über den in Kairo arbeitenden Sender: „Stimme der Araber“ wurden am 24. 3. Flugblätter verlesen, in denen kommunistische Studenten aus dem Irak gegen den Vertrag sprachen²⁷⁾.

Syrien hatte den Pakt zunächst abgelehnt, jedoch am 4. 3., drei Tage nach dem Sturz Schischaklis, erklärte der neue Ministerpräsident Sabri al-Asali, er begrüße den Pakt, obwohl die einzelnen Araberstaaten ohne Zustimmung der Liga nicht beitreten könnten.

Der iranische Außenminister Abdollah Entezam erklärte Mitte März amerikanischen Journalisten, sein Land könne nicht beitreten, weil es überaus herzliche Beziehungen zur Sowjetunion unterhalte. Der afghanische Ministerpräsident äußerte sich ähnlich und fügte hinzu, daß Afghanistan so lange einem Paktsystem der vorgesehenen Art fernbleiben müsse, wie der Paschtunistan-Konflikt mit Pakistan nicht beigelegt sei.

Am schärfsten lehnte Ägypten ab. Die Zeitungen nannten den Pakt ein imperialistisches Werkzeug, das auf Umwegen den von Kairo schon 1951 abgelehnten Nahostpakt zustande bringen solle²⁸⁾. Ein Paktbeitritt bedeute eine Verletzung der arabischen Interessen²⁹⁾. Die freundliche Haltung des Irak sei eine unverzeihliche Herausforderung der anderen Araber³⁰⁾. Der ägyptische Außenminister bestätigte dem amerikanischen Botschafter, daß sein Land versuchen werde, den Beitritt des Irak zu verhindern. Gamal Abd en-Nasr selbst sagte, eine Mitarbeit Ägyptens in einem westlichen Paktsystem verlange die vorherige Lösung der Kanalfrage sowie das Ende der westlichen Unterstützung für Israel. Als er im März anregte, die beiden Vertragspartner sollten doch Afghanistan und Iran einbeziehen, wußte er sehr genau, daß diese beiden Staaten nicht mitmachen würden.

Im Libanon fanden am 27. 3. Studentendemonstrationen gegen den befürchteten Beitritt des Irak statt. Der pakistanische Ministerpräsident Mohammed Ali hielt es für nötig, seine Reise in die Türkei am 9. 6. in Beirut zu unterbrechen, um mit seinem libanesischen Kollegen über Verteidigungsfragen zu verhandeln.

Als er am 11. 6. der Ratifikation des Paktes durch die Große Nationalversammlung in Ankara beiwohnte, bat man ihn, seinen Einfluß für eine Konferenz aller

²⁶⁾ Cumhuriyet, Istanbul, 25. 2. 1954.

²⁷⁾ Cumhuriyet, Istanbul, 25. 3. 1954.

²⁸⁾ Al-Gumhuriyat, Kairo, 20. 2. 1954.

²⁹⁾ Al-Gumhuriyat, Kairo, 26. 2. 1954.

³⁰⁾ Al Ahbar al-Dschadide, Kairo, 16. 3. 1954.

islamischen Staaten einzusetzen, auf der die Beziehungen zwischen Israel und den Arabern besprochen werden sollten.

Praktisch war nicht mit dem Beitritt eines arabischen Staates zu rechnen. Auch der Besuch König Abd ul-Aziz Ibn Sa'uds in Karachi brachte nur die üblichen Freundschaftsbeteuerungen. Allein die türkischen Beziehungen zu Libyen waren ungetrübt, was sich durch einen libyschen Staatsbesuch in Ankara am 25. 6. und das Eintreffen einer türkischen Delegation in Benghasi am 14. 7. zeigte.

Um den Beitritt des Irak

Mitte Juli 1954 fand eine Konferenz der türkischen Diplomaten in den arabischen Ländern statt, an deren meisten Sitzungen der Ministerpräsident, der Außenminister, der von der Presse häufig als zukünftiger Außenminister genannte stellvertretende Ministerpräsident Fatin Rüştü Zorlu und der Staatssekretär im Außenministerium Muharrem Nuri Birgi teilnahmen.

Zwar wurde keine amtliche Mitteilung über das Ergebnis der Besprechungen veröffentlicht, aber man vermutete in Ankara, daß man eine türkische Neuorientierung überlegt habe. Es war davon die Rede, daß der türkisch-pakistanische Pakt als Ausweitung der NATO bis an die Grenze Indiens aufzufassen sei. Man erwartete, daß Syrien nach einer gewissen Übergangszeit doch noch beitreten werde.

Die ägyptische Gegenaktion war an dem Besuch Salah Salems in Beirut am 29. 6. erkennbar. Am 27. 7. wurde die Suezkanalfrage so gelöst, daß sowohl Ägypten selbst als auch die Türkei zufrieden sein konnten³¹). Als daher Salah Salem Mitte August zu Nuri es-Said reiste, der zum zwölften Male Ministerpräsident des Irak geworden war, nahm man an, es bestehe kein Anlaß mehr zu ägyptischen Warnungen an den Irak. Noch am 21. 8. schrieben türkische Zeitungen, in Kürze werde der Irak als erster arabischer Staat dem Pakt beitreten³²).

Am gleichen Tage aber wurde bekanntgegeben, der Irak habe sich Ägypten gegenüber verpflichtet, an der Festigung des arabischen Sicherheitssystems mitzuarbeiten und allen westlichen Pakten fernzubleiben. (Die kurz befristete Entlassung Salah Salems durch Gamal Abd en-Nasr nach seiner Rückkehr aus Bagdad erfolgte, weil Saudi-Arabien verärgert über Meldungen war, daß Salah Salem den Irakern die ägyptische Unterstützung für etwaige Unionspläne versprochen habe.)

Die türkische Enttäuschung über den Irak wurde dadurch verdeckt, daß der König von Jordanien am 23. 8. einen Staatsbesuch in Istanbul abstattete, von dem freilich positive Ergebnisse kaum zu erwarten waren.

Entspannung zwischen der Türkei und Ägypten

Während Gamal Abd en-Nasr noch Anfang August einem Vertreter der *Sunday Times* erklärt hatte³³), die Beziehungen Ägyptens zur Türkei seien keineswegs herzlich und die Haltung der Türkei zur Israelfrage sei mit dem Islam nicht vereinbar, sandte er am ersten Tage des *Kurban Bayrami* ein herzliches Glückwunschtele-

³¹) Text in Middle East Journal, Bd. VIII, 1954, S. 460 und in The Times, 20. 10. 1954. Laut Artikel 2 und 4 Abs. I dürfen britische Truppen u. a. auch dann wieder in die Suez-Kanal-Zone einrücken, wenn in den nächsten 7 Jahren ein Angriff auf die Türkei erfolgt.

³²) Cumhuriyet, Ist., Halkci, Ankara, Zafer, Ankara, alle vom 21. 8. 1954.

³³) Hier nach Devir, Istanbul, 28. 8. 1954.

gramm an den türkischen Ministerpräsidenten, für das sich dieser entsprechend bedankte. Dieser überraschenden Geste folgte ein Interview Gamal Abd en-Nasrs am 22. 8., also einen Tag nach der die Türken enttäuschenden Mitteilung über die ägyptischen Besprechungen in Bagdad³⁴), in dem er erklärte, nur die Sowjetunion sei als Angreifer auf Ägypten denkbar, und ein sowjetischer Angriff auf die Türkei bedrohe auch Ägypten. Eine realistische Betrachtung verlange, daß man in Ägypten den türkenfeindlichen Komplex, der ein Erbstück der Osmanenherrschaft darstelle, überwinde. Menderes bezeichnete diese Ausführungen als „Ausdruck eines fortschrittlichen Weitblicks“. Der Türkei komme jetzt Mäßigung und Geduld zu³⁵). Gerade weil in der Türkei das mohammedanische Neujahrsfest kaum begangen wird, fiel ein Glückwunschtelegramm Ägyptens zum Beginn des Jahres 1374 der *Hidschra* (30. 8. 1954) um so mehr auf.

Am 2. 9. gab der Revolutionsrat in Kairo bekannt, Ägypten sei keineswegs als neutral zu betrachten. Gegenüber der von der Sowjetunion ausgehenden Gefahr gehöre es zum Westen. Freilich erklärte Gamal Abd en-Nasr zwei Tage später, sein Land könne dem Pakt der Türkei mit Pakistan deshalb nicht beitreten, weil diese zur NATO gehöre. Ein arabischer Staat, der beitrete, werde sofort aus der Arabischen Liga ausgestoßen.

In dieser Lage liefen dem Besuch Nuri es-Saids in Istanbul vielfältige Gerüchte voraus. Er kam im Oktober, während gleichzeitig pakistanische Militärs in der Türkei waren. Der erwartete Beitritt des Irak zum türkisch-pakistanischen Pakt erfolgte nicht. Doch sagte das türkische Kommuniqué³⁶), die beiden Staaten seien sich darüber einig, daß man einen regionalen Sicherheitspakt nicht mehr länger aufschieben dürfe.

Menderes erklärte, die Türkei werde niemals einem Pakt beitreten, der den Lebensinteressen der Araber zuwiderlaufe. Nuri es-Said sprach sich in einer Pressekonferenz am 18. 10. dafür aus, daß man die traditionelle arabisch-türkische Freundschaft im Rahmen des Vertrages von 1946 verstärken solle. Die arabischen Staaten wüßten wohl, daß sie für eine selbständige Politik zwischen Ost und West zu schwach seien. Die Sicherheit des Irak sei an die der Türkei gebunden. Doch sei eine Lösung der Palästinafrage die Vorbedingung für einen Beitritt zu einem Pakt mit dem Westen. Israel müsse die Beschlüsse der UNO ausführen.

Am gleichen Abend bezeichnete der Sender Kairo diese Worte als „Schlüssel zur Zukunft“. Es war also klar, daß der Iraker für die Arabische Liga gesprochen hatte³⁷).

Seitdem setzen sich die Bemühungen der Araber um eine freundlichere Gestaltung der Beziehungen zur Türkei fort, ohne daß ein Pakteintritt in Frage kommt. Am 22. 11. erklärte Salah Salem erneut, Ägypten werde nicht beitreten. Am gleichen Tag verlieh Gamal Abd en-Nasr dem Oberbürgermeister von Ankara den Orden der Republik. Am 1. 12. veröffentlichte er einen Aufsatz in der ägyptischen Presse über „Die Türkei und die arabische Politik“. Die Türken und Araber seien Brüder, die für die gleichen Ideale einträten. Am gleichen Tage hieß es in der Thronrede des irakischen Königs, die guten Beziehungen zur Türkei sollten erhalten

³⁴) Voller Wortlaut in *Cumhuriyet*, Istanbul, 23. 8. 1954.

³⁵) *Akis*, Ankara, 28. 8. 1954.

³⁶) Bekanntgegeben am 18. 10. 1954, wörtlich in *Cumhuriyet*, Istanbul, und *The Times*, London, beide vom 19. 10. 1954.

³⁷) Hier nach *Cumhuriyet*, Istanbul, 19. 10. 1954.

werden. Umgekehrt hatte der türkische Staatspräsident Celâl Bayer am 1. 11. bei der Parlamentseröffnung auf die Verbesserung der türkisch-arabischen Beziehungen hingewiesen. Im Januar 1955 reisten der Ministerpräsident und der Außenminister zu einem Staatsbesuch nach Bagdad. Am Ende des Besuches wurde der Abschluß eines Beistandspaktes zwischen der Türkei und dem Irak für die nächste Zukunft angekündigt. Auch Israel erklärte sich zum Beitritt bereit, falls ihm die Türkei eine Garantie gegen einen arabischen Angriff geben könne.

Die türkischen Minister fuhren von Bagdad zu Verhandlungen nach Damaskus und Beirut, hatten dort jedoch keinen sichtbaren Erfolg. Die Reaktion Ägyptens war unfreundlich, und die ägyptische Presse erklärte, der vorgesehene Besuch von Menderes sei nicht opportun.

Im Februar gelang es nicht, Ägypten und den Irak in der Arabischen Liga zu einer Einigung zu bringen. Der türkische Staatsbesuch, der Ende Februar in Pakistan stattfand, gab Anlaß zur Ankündigung weitgehender Paktabsichten mit dem Iran, mit Syrien und dem Libanon.

Es hat sich seit 1945 eindeutig gezeigt, daß es einen Umweg über die Türkei zu den Arabern nicht gibt³⁸). Die Abneigung langer Jahrhunderte sperrt den Zugang, auch wenn man man von der offiziellen Politik absieht³⁹).

Gerade außerhalb des politischen Bereichs läßt sich freilich auch eine Annäherung feststellen. Die ägyptische Regierung führt ihre Auseinandersetzung mit der Moslembruderschaft in einer gewissen Ähnlichkeit zu den Maßnahmen Atatürks. Andererseits hat die wahltaktisch bedingte Lockerung des türkischen Laizismus neue Einflußmöglichkeiten geschaffen, wenn auch der Ministerpräsident 1953 ausdrücklich erklärte: „Wir sind vor allem Türken und erst in zweiter Linie Mohammedaner“⁴⁰).

Die Sympathien, die in der Türkei öffentlich und privat gegenüber anderen mohammedanischen Ländern, auch gegenüber den arabischen Staaten, laut werden, gründen sich auf die Achtung vor dem Unabhängigkeitswillen, der als parallel zu den eigenen nationalen Bestrebungen empfunden wird. Deshalb wird z. B. die französische Politik in Nordafrika durch die türkischen Zeitungen scharf abgelehnt, obwohl die Regierung keine Stellung dazu nimmt⁴¹).

Schwierigkeiten entstehen für die Zusammenarbeit zwischen der Türkei und den Arabern vor allem durch die Uneinigkeit zwischen den arabischen Staaten. Sie hat Ankara in die NATO und zur Zusammenarbeit mit Pakistan getrieben, wodurch freilich die Bewegungsfreiheit der türkischen Außenpolitik eingeschränkt worden ist.

³⁸) Wie dies George Kirk behauptet: *The Middle East*, in: *Survey of International Affairs* 1951, S. 32. Die Erwartung einiger Türken, ihr Land könne im Israelkonflikt vermitteln, erwies sich als Fehlschlag, vgl. Gülek, Kasim: *Democracy Takes Root in Turkey*, *Foreign Affairs*, Bd. XXX, 1951/2, S. 135 ff. Gülek, Generalsekretär der Republikanischen Volkspartei, die 1923–1950 regierte, schreibt, daß die Türkei hoffe, als der älteste Partner des ehemaligen Osmanischen Reiches am ehesten eine Lösung finden zu können.

³⁹) Lord Byron läßt in seiner 1813 gedichteten poetischen Erzählung „Die Braut von Abydos“ den alten Dschaffir Pascha von seinem Pflegesohn Selim, den er verachtet, sagen „er ist mir ein Araber“. Dazu schreibt er in seinen Bemerkungen, daß die Türken die Araber noch mehr verabscheuen, als sie die Christen hassen.

⁴⁰) Reed, Howard A.: *Revival of Islam in Secular Turkey*, *Middle East Journal*, Bd. VIII, 1954, S. 279.

⁴¹) So rechtfertigt z. B. die Zeitung *Aksam*, Istanbul, am 23. 11. 1954 die Unterstützung der Aufständischen in Französisch-Nordafrika durch Ägypten und schreibt dann: „Es muß nicht unbedingt ein arabischer Staat sein, auch in anderen islamischen Ländern wie z. B. in der Türkei und in Pakistan wird die französische Unterdrückung und Kolonialherrschaft in Nordafrika mißbilligt.“

Die nordischen Unionsbestrebungen

Neuskandinavismus

In Mittel- und Westeuropa, mehr noch in Asien oder Amerika liegt es nahe, die skandinavischen Staaten in ähnlichem Sinn als eine zusammengehörige Gruppe oder als „Großraum“ aufzufassen wie die baltischen oder die Balkanstaaten.

In Skandinavien selbst freilich hält man im Gegensatz zu dieser Auffassung die Verschiedenheit der Einzelstaaten für natürlich und sieht in jedem Bemühen um Zusammenfassung eine politische Absicht. Dabei hat es an solchen Bemühungen nicht gefehlt. War die Kalmarer Union von 1397 auf rein dynastischer Grundlage zustande gekommen, die den Unterschied der Volkstümer nicht ausgleichen konnte, so kamen sich in der Aufklärungszeit die beiden Hauptgruppen der Skandinavier wieder näher, und die Romantik weckte ein Volkstumsgefühl, das sich bald auf idealistischer Grundlage zu einem gesamtskandinavischen Nationalismus fortbildete.

Als Dänemark in der Mitte des 19. Jahrhunderts die anderen nordischen Länder für die Verteidigung seiner Südgrenze zu gewinnen versuchte, wurde eine politische Bewegung des „Skandinavismus“ wirksam, die jedoch an der schleswig-holsteinschen Frage scheiterte und dann bis zum Ersten Weltkrieg ruhte.

Nach dem Ersten Weltkrieg war der Norden deshalb politisch stark, weil die bis dahin vorherrschenden Ostseestaaten Deutschland und Rußland an Macht eingebüßt hatten. Die skandinavischen Staaten mit ihrer gesunden Wirtschaft und Währung besaßen einen bemerkenswerten Vorsprung gegenüber dem Kontinent, der durch Krieg und Inflation geschädigt war. Dänemark hatte durch den Erwerb Nord-schleswigs alte Ansprüche befriedigt. Die Aufteilung des östlichen Ostseerandes in selbständige Staaten hatte für Schweden günstige Verkehrs- und Wirtschaftsbeziehungen geöffnet. Finnland konnte dank seiner Selbständigkeit das politische Gewicht des Nordens verstärken, denn es nahm sofort kulturelle und wirtschaftliche Verbindung zu den anderen Staaten auf, wenn es sich auch politisch erst in den dreißiger Jahren Skandinavien zuwandte. Nachdem Island 1918 selbständig geworden war, wenn es auch zunächst noch ein mit Dänemark durch Personalunion verbundenes Königreich blieb, war die Dreiheit der skandinavischen Königreiche, die 1905 entstanden war, durch das System der 5 nordischen Schwesterstaaten ersetzt worden.

Bereits im Ersten Weltkrieg hatten die skandinavischen Neutralen gemeinsame Schritte gegen den Druck der Kriegführenden unternommen. Da jedoch auch in Skandinavien die Sympathien zwischen den beiden Krieggruppen geteilt waren, ermöglichte erst das Kriegsende eine breitere Zusammenarbeit. Damals wurde die Vereinigung „Norden“ in den skandinavischen Kernländern gegründet: „In allen ihren Bestrebungen hat die Vereinigung zum Ziel, das Zusammenwirken der nordischen Völker nach innen und außen zu stärken“¹⁾. Die Vereinigung nahm 1922 in Island, 1924 in Finnland ihre Arbeit auf, die seitdem zu einer der politisch aktivsten Bestrebungen in Skandinavien geworden ist.

¹⁾ Tage Mortensen, Nordens Veije. Slagelse 1943, S. 104.

Im Winterkrieg 1939/40 zwischen der Sowjetunion und Finnland wurde in Dänemark die Organisation „Der freie Norden“ gegründet, die u. a. nordische Kriegsfreiwillige ausrüsten sollte. Außerdem gibt es zahlreiche Sprachvereine und Jugendorganisationen, der der nordischen Gemeinsamkeit dienen wollen, der *Dansk-nordisk Ungdomsforbund* Dänemarks z. B. teilt seine Aufmerksamkeit zwischen der Tätigkeit an der schleswigschen Grenze und Pflege des nordischen Gedankens²⁾.

Die politischen Ziele, von denen her die nordischen Vereinigungen ihre Richtung erhalten, stehen im Zusammenhang mit der Tendenz des Skandinavismus von 1848: Es handelt sich um Finnland und Schleswig. Obwohl der Neuskandinavismus in diesem Sinne alte Wurzeln hat, unterscheidet er sich doch wesentlich von seinen Vorläufern: Die romantische Schwärmerei für die Vorzeit ist fast ganz verlorengegangen, wenn man auch vielfach nach geschichtlichen Stützen für die Zukunftsidee der nordischen Einigkeit sucht. Wesentlich für die nordische Zusammenarbeit der Zukunft soll die praktisch-wirtschaftliche Zusammengehörigkeit sein, für die man Vorbilder und Vergleiche überall in der modernen Welt zu finden bemüht ist. Dadurch löst sich die früher notwendig gegebene Verbindung des Skandinavismus mit den geistigen Strömungen Europas. Maßgebend ist heute nicht mehr eine Modeströmung, die sich an die idealistischen oder nationalliberalen Einigungsgedanken in anderen Teilen Europas anlehnt, sondern der Gedanke einer auf dem Weltmarkt konkurrenzfähigen Konzernbildung.

Der „Nordismus“, wie man in Skandinavien die Bewegung heute nennt, um peinliche Erinnerungen an 1864 zu vermeiden, hat außer der wirtschaftlichen eine militärische Bedeutung. Auch über die kulturelle Zusammengehörigkeit wird im Norden lebhaft diskutiert. Akut geworden ist die Diskussion auf allen Sachgebieten mit dem Kriegsausbruch 1939.

Während der Skandinavismus des 19. Jahrhunderts durch Studenten und Dichter getragen wurde, so daß irrationale Elemente in seinen Gedanken vorherrschten, treten im 20. Jahrhundert besonders Männer der Wissenschaft, der Politik und der praktischen Wirtschaft für ihn ein. Das Niveau seiner Schriften ist daher keineswegs demagogisch. Trotzdem müssen ihre Argumente kritisch geprüft werden, wobei man allerdings stets berücksichtigen sollte, daß es sich nicht um eine abgeschlossene Theorie, sondern um eine offene Diskussion handelt, zu der Beiträge aus ganz verschiedenen Lagern gegeben werden.

Die Forderung nach politischer Einheit

Obwohl gelegentlich die geographische Einheit des Nordens sozusagen als natürliche Voraussetzung der politischen Einigung betont wird, ist sie in der Wirklichkeit sehr viel weniger vorhanden als in den Wunschbildern der Schriftsteller. Mit Recht hat Karl Petander betont, daß Norwegen nach Süden und Westen, Schweden dagegen nach Osten und Südosten blicke³⁾. Gerade gegenüber dem Auseinanderstreben der Blickrichtungen auf der skandinavischen Halbinsel entwickelt Petander den Plan, die Naturschranken mit Hilfe der Technik zu überwinden und Norwegen durch Eisenbahnen und Autostraßen enger als bisher mit Schweden zu verknüpfen. Die Verbindungen zur See und in der Luft sollen verstärkt werden. Post, Presse,

²⁾ ebd., S. 106 f.

³⁾ Karl Petander, *Nordens väg*, Stockholm 1943, S. 43.

Telefon und Rundfunk sollen in den Dienst des gegenseitigen Austauschs gestellt werden, so daß die inneren Hemmungen gegen den nordischen Einheitsgedanken schwächer werden und zugleich die Verkehrserleichterungen die wirtschaftliche und politische Voraussetzung für eine stärkere Einheit schaffen.

Freilich ist im Zeitalter der Weltwirtschaft das Gesicht des Nordens im Grunde dem Atlantik zugekehrt. Finnlands 1944 verlorener Eismeerhafen war dafür ebenso ein Ausgangspunkt wie die Westküste Schwedens und Dänemarks oder die Gesamtküste Norwegens und Islands: „Diese Richtung müssen heute alle nordischen Länder annehmen, Schweden und Finnland ebenso wie Dänemark, Norwegen und Island. Es gibt keine ausreichende, vernünftige Begründung dafür, den Atlantik-Gedanken als eine Fortsetzung des nordischen Partikularismus zu mißbrauchen oder eine politische Zusammenarbeit Norwegens mit Schweden und Finnland, ja mit dem Norden als Ganzes, abzulehnen“⁴⁾.

Freilich darf der Blick nach Südosten nicht aufgegeben werden. Die nordischen Völker sind dazu berufen, das geistige Gleichgewicht zwischen dem atlantischen Westen und dem europäischen Kontinent herzustellen⁵⁾.

Derartige Gedankengänge zeigen, wie stark sich die maritimen Randstaaten Nordeuropas innerlich vom Kontinent gelöst haben, der ihnen südwärts und ostwärts der Ostsee die Grenze ihres Lebensraumes setzt, während sie als Seefahrtsvölker ihr eigentliches Betätigungsfeld in der Nordsee und im Atlantischen Ozean finden. Wenigstens in bezug auf den Handel gilt das sogar für Finnland⁶⁾.

Verständlicherweise benötigt diese Auffassung die Geschichte des Nordens nicht. Wenn man sie dennoch hereinzieht, geschieht es in extremer Umkehrung dieser nüchternen Argumente. Besonders dänischerseits hat man sich bemüht, die Kontinuität der nordischen Einheit wie in den Tagen der Romantik von der Urzeit her lückenlos nachzuweisen⁷⁾. Man beschwört eine Vergangenheit, in der das eigene Volkstum reiner und vollkommener als heute gewesen sei. Man konstruiert folgende Etappen der nordischen Einigung:

Bis zum Jahre 700 war der Norden eine Einheit⁸⁾. Damit wird aus der zeitlichen Entfernung die Frühzeit gleichförmiger gesehen, als sie wirklich war, und die Wikingerzeit wird zu einer Zeit der „Einheit“ verfälscht⁹⁾. 975 kämpfte „der dänische König Harald Blauzahn Seite an Seite mit dem norwegischen Jarl Hakon am Danewerk“¹⁰⁾. 1103 wurde der Norden „dank der Initiative dänischer Staatsmänner und Prälaten, die an der Spitze der Loslösungsbestrebungen standen, zu einem eigenen Erzbistum gemacht“¹¹⁾. Mit der Gründung des Erzbistums Lund wurde „der Grund gelegt zu dem seither niemals aussetzenden Zusammengehörigkeitsgefühl der nordischen Kirchengemeinschaft“¹²⁾.

Diese Gemeinschaft wurde freilich gestört durch eine „völkerwanderungsähnliche deutsche Einwandererwoge nach Norden“. Aus den Ostseestädten erwuchs „in der Hanse der stärkste Städtebund, den die Geschichte kennt“¹³⁾. An Hand von nor-

⁴⁾ ebd., S. 59.

⁵⁾ ebd., S. 59 f.

⁶⁾ ebd., Tabelle S. 54.

⁷⁾ Henning Nielsen: Nordens Enhet gennem Tiderne (1942). — T. Mortensen, a. a. O. — K. Boegholm, Union og Forbund I 1397–1570. Kphg. 1944. — Hans Jensen: Det forenede Norden, Kopenhagen 1943 u. a.

⁸⁾ T. Mortensen, S. 7.

⁹⁾ ebd., S. 8. — Curt Weibull, Enhedstanken i Norden, Kphg. 1942.

¹⁰⁾ T. Mortensen, S. 8.

¹¹⁾ ebd., S. 10. — Weibull, Enhedstanken, a. a. O.

¹²⁾ T. Mortensen, a. a. O., S. 10.

¹³⁾ ebd., S. 11.

dischen Chroniken des 14. Jahrhunderts werden die Schrecken dieser politischen und wirtschaftlichen Herrschaft und ihrer Folgen ausgemalt¹⁴). Als Gegenbewegung sei schließlich 1397 die nordische Einigung in der Kalmarer Union entstanden¹⁵). Die „gegen Süden gerichtete“ Union ist für die Dänen ein Symbol der nordischen Einheit schlechthin. In der Zeit der deutschen Besetzung 1940–45 wurde das Bild der Königin Margarete als Briefverschlusssmarke und Anstecknadel verkauft. Die Dokumente der Union, ihrer Vorgeschichte und späteren Versuche sind in sorgfältiger Übersetzung herausgegeben worden¹⁶).

Auf schwedischer Seite freilich wird die Kalmarer Union nur sehr lakonisch behandelt: „Die Dänen waren nicht in der Lage, den großen Gedanken der Union durchzuführen. Sie mißbrauchten in kurzfristigem Eigennutz ihre Stellung“¹⁷). Dagegen wird nachdrücklich auf den Versuch Karls X. Gustav hingewiesen, von schwedischer Seite aus eine nordische Union zu schaffen¹⁸).

Das Versagen des Skandinavismus im 19. Jahrhundert wird ausführlich entschuldigt¹⁹). Es wird darauf hingewiesen, daß schon damals die Beziehungen zwischen den einzelnen Staaten sehr eng gewesen seien. Nun aber sei die Stunde da: „Hört ihr nicht, daß die dröhnenden Glocken der Zeit euch mahnen zu politischer Zusammenarbeit, die jahrhundertlang versäumt worden ist? Versteht ihr nicht, daß es Tag wurde, um den großen, bisher schlummernden Königsgedanken des Nordens zu verwirklichen, einen freien und geeinten Norden?“²⁰) so ruft Karl Petander mit dem echten Pathos des Skandinavisten – aber die Götter der Vorzeit und der lurenblasende Heimdall sind in die nüchterne Welt der Maschinen nicht zurückzurufen.

Der Finne Atos Wirtanen hat versucht, die geschichtliche Entwicklung an der Ostsee auf eine einfache Formel zu bringen: Die bedeutende Rolle der skandinavischen Völker habe bald nach Beginn der Neuzeit aufgehört. „Eine tiefgreifende Verschiebung des militärischen und politischen Gleichgewichts zuungunsten des Nordens trat ein. Die Ursachen sind natürlich zuerst in einem relativen Sinken der Bevölkerungszahl zu suchen, d. h. die verhältnismäßig starke Volksvermehrung nach der Mongolenherrschaft in Rußland und nach dem Dreißigjährigen Krieg in Deutschland wurde bestimmend für die Entwicklung in Mittel- und Osteuropa“²¹). Das macht sich im 19. Jahrhundert politisch bemerkbar: „Die Ostsee hatte im Osten und Süden übermächtige Großstaaten als Anrainer bekommen“²²). Der Bevölkerungsdruck steigt weiter: „Im nächsten Jahrhundert wird es eine russische Bevölkerung von ungefähr derselben Größe geben, wie sie für das übrige Europa anzunehmen ist“²³).

So werden die Einigungsüberlegungen im Norden nicht von der Geschichte, sondern von der Gegenwart und Zukunft bestimmt. Wenn die Geschichte in die Diskussion eingeführt wird, geschieht es in jener Form, die überzeichnete und zurechtgemachte Beispiele aus der Rumpelkammer holt, um damit Stützen für Gegenwartsabsichten zu erhalten.

¹⁴) Weibull, a. a. O., S. 13 u. 15.

¹⁵) T. Mortensen, a. a. O., S. 12 ff.

¹⁶) Boegholm, a. a. O.

¹⁷) H. Sundberg, Den nordiska frågan. Stockholm 1941 (Zusammendruck aus Aufsätzen in Göteborgs Handels- och Sjöfartstidning, Herbst 1940), S. 10.

¹⁸) ebd., S. 13 f.

¹⁹) Petander, Nordens väg, S. 17–32. — Sundberg, a. a. O., S. 25–24. — Mortensen, a. a. O., S. 15 bis 32. — P. Reuterswärd, Skandinavism, Nordism, Försvarsförbund. 2. Aufl. Stockh. 1943, S. 7–11.

²⁰) Karl Petander in „Nordens förenta stater“, 2. Aufl. Stockh. 1942, S. 9.

²¹) A. Wirtanen, Ett enat Norden, Helsingfors 1943, S. 9 f.

²²) ebd., S. 13.

²³) ebd., S. 16.

Über die Hauptlinien einer gemeinsamen Verfassung der nordischen Staaten sind sich die Neuskandinavisten im allgemeinen einig. Wer wirklich die Einigung will, kann sich nicht mit Halbheiten zufrieden geben. Deshalb wird überall nicht ein Staatenbund, sondern ein Bundesstaat gefordert²⁴). Dänen, Schweden und Finnen denken an eine gesamt-nordische Dachorganisation über den weiterbestehenden Parlamenten der Einzelstaaten. Außenpolitik, Handel, Landesverteidigung und Finanzen sollen unter gemeinsamer Leitung stehen, wobei die Einzelheiten der Vorschläge Abweichungen zeigen, jedoch stets eine breite demokratische Basis vorgesehen wird. Auf je 100 000 Einwohner soll ein Abgeordneter für die Zweite Kammer entfallen.

Solange drei der fünf Staaten konstitutionelle Monarchien sind, ist die Frage des Staatsoberhauptes schwierig. Die Dänen denken an einen Bundesrat als Exekutivorgan²⁵). Ein einziger Vorschlag von schwedischer Seite packt das Problem offen an, indem er vorsieht, daß sich die drei nordischen Könige und der finnische Präsident alle drei bis vier Jahre als Staatschef der Union ablösen sollen²⁶).

Bezeichnend dafür, wie ernst man die Verfassungsfrage diskutiert, ist eine Vergleichende Verfassungskunde der demokratischen Bundesstaaten (der USA, der Schweiz, Kanadas, Australiens, Südafrikas, einiger südamerikanischer Staaten, des Deutschen Reiches von 1871 und 1919), mit der Professor Herbert Tingsten vom Schwedischen Außenpolitischen Institut, jetzt der Chefredakteur von *Dagens Nyheter*, eine Grundlage für die Diskussion über die nordischen Verfassungspläne geben wollte²⁷).

Wirtschaftseinheit

Die wirtschaftlichen Blockbildungen selbst unter den Großmächten zwingen die skandinavischen Länder, nicht gegeneinander auf dem Weltmarkt zu konkurrieren, sondern gemeinsam aufzutreten. Freilich sind für einen wirtschaftlichen Zusammenschluß politische Vereinbarungen wie die praktisch lange Zeit bestehende Münzunion, aber auch wie eine Zollunion oder eine gemeinsame Handels- und Finanzpolitik²⁸) nötig. Wenn diese politischen Voraussetzungen erfüllt wären, könnte die gemeinsame Kraft der nordischen Staaten die Rolle einer wirtschaftlichen Großmacht spielen. Ihr gemeinsamer Außenhandel macht mehr als ein Zwanzigstel des Welthandels aus. In der Ausfuhr folgte der Norden, als Einheit gerechnet, 1938 an vierter Stelle hinter den USA, Großbritannien sowie dem damaligen Deutschen Reich²⁹). Eine Zollunion oder die gegenseitige Abstimmung der Handelspolitik gehört als Schritt auf den Weg zur Wirtschaftseinheit des Nordens³⁰). Die materielle und geistige Kultur der nordischen Länder bietet besonders günstige Voraussetzungen für eine wirtschaftliche Leistung³¹).

Einzelne Bedingungen zur sofortigen Herstellung der Wirtschaftseinheit sind heute schon erfüllt. Freilich muß noch die völlige Freizügigkeit von Menschen, Waren

²⁴) T. Mortensen, a. a. O., S. 40 ff. — C. Rastig, *Enhedstanken i Norden*, Kphg. 1942, S. 36—41. (Entwurf eines nordischen Bundesgesetzes.) — Petander in „Nordens förenta stater“, S. 40 ff. — Wir-
tanen, a. a. O., S. 35 ff. — Petander, *Nordens väg*, S. 134 ff. — Sundberg, a. a. O., S. 66 ff.

²⁵) T. Mortensen, a. a. O., S. 42.

²⁶) Petander, *Nordens förenta stater*, S. 47.

²⁷) H. Tingsten, *Samtidens förbundsstater*, Stockh. 1942. Vgl. seine Einleitung S. 7 f.

²⁸) E. Clan, *Norden som oekonomisk Enhed*, Kphg. 1944 mit zahlreichen statistischen Angaben.

²⁹) Petander, *Nordens förenta stater*, S. 67 ff.

³⁰) A. Örne, *Norden som oekonomisk Enhed*, Kphg. 1942. — J. Humlum, in Jensen, a. a. O., S. 621 ff.

³¹) Humlum, a. a. O. und in „Norden som oekonomisk Enhed“, Kphg. 1942, S. 33.

und Kapital hergestellt werden. Erfahrene Praktiker sind in bezug auf die gemeinsame Handelspolitik vorläufig noch skeptisch³²). Doch besteht immerhin die Möglichkeit zur geistigen Vorbereitung. Obwohl die Produktion der einzelnen Länderwarenmäßig große Unterschiede zeigt, könnte der Warenaustausch der skandinavischen Staaten untereinander nur einen Bruchteil ihrer Produkte absetzen. Skandinavien braucht den Weltmarkt, auf dem heute seine Staaten noch gegeneinander konkurrieren. Die Konkurrenz kann nur überwunden werden, wenn vorher eine politische Verschmelzung stattgefunden hat³³).

Gemeinsame Verteidigung

Der finnische Winterkrieg, die deutsche Besetzung Dänemarks und Norwegens sowie die britische Besetzung Islands zeigten, wie schwach die Verteidigungsmöglichkeiten Skandinaviens waren. Von einer wehrpolitischen Einheit konnte nicht die Rede sein.

Schon 1937 hatte der Presseoffizier der schwedischen Wehrmacht, Oberst W. Kleen, in der Kopenhagener *Berlingske Tidende* Gedanken über gemeinsame Verteidigungsmaßnahmen der skandinavischen Staaten vorgetragen und damit die ausdrückliche Zustimmung der Neuskandinavisten gefunden³⁴). Hinweise auf eine derartige Notwendigkeit wurden nach Kriegsausbruch wiederholt³⁵), und Oberst Kleen ergänzte 1942 seine Studie³⁶) durch Einzelheiten, zu denen dann auch dänische Ergänzungen traten³⁷).

Danach soll Island aus allen wehrpolitischen Betrachtungen ausgeschieden werden³⁸). Das heißt also den Verzicht auf offensiven Seekrieg durch U-Boote und auf die Überwachung des Luftraumes im atlantischen Vorfeld Skandinaviens. Kleen denkt an eine „Peripherie-Verteidigung“ des skandinavischen Blocks³⁹). Die Feuerkraft aller Waffen soll an den Landgrenzen und den Küsten gestaffelt aufgebaut werden. „die strategisch wichtigsten Küstenstrecken müssen in starke Festungslinien verwandelt werden“⁴⁰). (Man erkennt das Vorbild des Atlantikwalles.) Ein „Nordischer Wehrmachtsstab“ soll für die einheitliche Organisation, Ausbildung, Bewaffnung und Ausrüstung verantwortlich sein⁴¹). Unter seinem Oberbefehl soll „jedes Land eine feste Grenz- und Küstenverteidigung (ständige Fronten mit Festungstruppen) mit den erforderlichen beweglichen Streitkräften (Eingreifverbände), Luft- und Seestreitkräfte sowie unmittelbar verfügbare örtliche Reserven zur Niederkämpfung von Luftlandetruppen bilden. Außer dieser Nationalverteidigung sollen Bundesstreitkräfte zum Einsatz an jeder bedrohten Front im Norden aufgestellt werden“⁴²).

Die dänische Landgrenze und die Mannerheim-Linie auf der karelischen Landenge sollten nach diesen Gedankengängen besonders stark befestigt werden. Auf

³²) B. Ohlin, ebd., und andere.

³³) G. Hatt, *Der Norden und Europa* (2. Aufl. Essen 1943, S. 14 ff.) — ein Beispiel dafür, daß der Unionsgedanke in allen Parteirichtungen lebendig war.

³⁴) W. Kleen, *Nordisk Forsvar* (*Berlingske Tidende*, März 1937).

³⁵) Vgl. P. E. Sköld u. T. Nothin, *Väpnad neutralitet*, Stockh. 1943. — Reuterswärd, a. a. O. — F. Ström, *Enhedstanken i Norden*, Kphg. 1942.

³⁶) W. Kleen in „*Nordens förenta stater*“, Stockh. 1942, S. 51–66. — Fregattenkapitän F. Kjoelsen: *Norden som militaerpolitisk Enhed* in: Jensen, a. a. O., S. 595 ff.

³⁷) Mortensen, S. 82 ff. — Kjoelsen in Jensen, a. a. O., S. 595 ff.

³⁸) Kleen in „*Nordens förenta stater*“, S. 51.

³⁹) ebd., S. 54. ⁴⁰) ebd., S. 56. ⁴¹) ebd., S. 56 f. ⁴²) ebd., S. 58.

beiden Seiten des Sundes war an eine Verstärkung der Küstenbatterien gedacht, insbesondere an der Südeinfahrt (Stens Klint auf dänischer und Falsterbo auf schwedischer Seite). Während die schwedische und finnische Küstenverteidigung als ausreichend angesehen wurde, sollte Åland neu befestigt werden, so daß „die Linie Roslagen-Åland-Hangö vom schwedischen bis zum finnischen Festland eine Front bildet“⁴³⁾. Schweden sollte also sein hundertjähriges Zaudern aufgeben und die viel umstrittene Ålandfrage in seinem Sinne lösen. Dänemarks Westküste galt aus natürlichen Gründen als nicht gefährdet, und „Norwegens Westküste bildet eine natürliche Küstenfestung, wo außerdem eine starke Küstenverteidigung als Folge dieses Krieges aufgebaut wurde“⁴⁴⁾.

Die Lücke zwischen Hanstholm an der Nordspitze Jütlands und Lindesnäs sollte durch Einsatz von See- und Luftstreitkräften so geschlossen werden, daß das Skagerrak in strategischem Sinne ein nordisches Binnenmeer geworden wäre.

Der Satz: „Finnlands Ostgrenze ist die Ostgrenze des Nordens“⁴⁵⁾ zeigt eine neuskandinavische Parallele zu der 1848 geäußerten Meinung: „Die Grenze des Nordens liegt an der Eider.“

Nach der Besetzung der Küstenwerke und dem Abzug örtlicher Reserven sollten nach Kleens Berechnungen 34 Divisionen als bewegliche Eingreifreserven zur Verfügung stehen. Diese Zahl ist wohl zu niedrig, während die Berechnungen T. Mortensens von 50–60 Divisionen übertrieben zu sein scheinen⁴⁶⁾. Für die Luftwaffe waren 1500 Maschinen erster Welle vorgesehen. Während die dänischen Flugplätze als zu gefährdet galten, sollten die Stützpunkte (außer den Jägerstützpunkten) vor allem in Mittel- und Südschweden liegen.

Die Seestreitkräfte, hauptsächlich Unterseebote und leichte Überwasserfahrzeuge, sollten sich auf die Åland-Inseln, auf die Küste zwischen dem Oslo-Fjord und Göteborg, auf den Abschnitt Stavanger-Bergen, auf den Drontheim-Fjord und auf Narvik stützen.

Oberst Kleen schloß mit dem stolzen Wort: „Wer kann unter solchen Verhältnissen einen geeinten Norden militärisch bezwingen? Niemand!“⁴⁷⁾.

Seit 1942 hat sich erwiesen, daß auch kostspielige Festungsbauten nicht unüberwindlich sind. Weil die Luftherrschaft ausschlaggebend ist, muß auch ein vereinigter Norden eine Risiko-Luftflotte unterhalten, deren Treibstoffbeschaffung ein kaum lösbares Problem darstellen würde. Trotz der großen Ausdehnung, die der Strecke von Königsberg bis zu den Pyrenäen entspricht, ist Skandinavien unter dem Gesichtspunkt des modernen Luft- und Seekriegs überschaubar geworden. Es braucht Anlehnung an eine Weltmacht.

Die kulturelle Einheit

Die skandinavische Kultur wird seit langem als Einheit begriffen. Auch Finnland hat durch seine Dichter Alexis Kivi und Maila Talvio sowie durch die Musik von Jan Sibelius Anschluß an diese Gemeinschaft gefunden. Unter starkem Einfluß der angelsächsischen Länder arbeitet auf allen künstlerischen Gebieten eine eigenwillige neue Generation in starker Differenzierung der nordischen Tradition. Wohl werden

⁴³⁾ ebd., S. 59.

⁴⁴⁾ ebd., S. 60.

⁴⁵⁾ ebd., S. 60.

⁴⁶⁾ Mortensen, a. a. O., S. 83.

⁴⁷⁾ Kleen in „Nordens förenta stater“, S. 65.

von skandinavischer Seite die Besonderheiten betont⁴⁸⁾, aber die gemeinsame Linie ist unbestreitbar. Auf sie kann sich der Neuskandinavismus in stärkerem Maße als bei seinen geschichtlichen Behauptungen berufen. Schon in der Bronzezeit beginnt die Kontinuität der gemeinsamen Kultur⁴⁹⁾. Skandinavische Autoren gehen so weit, alle engeren Beziehungen in Stil und Form zu den westgermanischen Völkern abzustreiten. In Abwehrstellung nach Süden wehrt sich der Neuskandinavismus gegen alle Fragen, Gedanken und Anregungen, die in den letzten Jahrzehnten aus Deutschland kamen.

Wohl wird gelegentlich der Begriff des „Nordischen“ zu dänischen, schwedischen, norwegischen oder isländischen Sonderprägungen aufgelöst, doch sogleich will man den Zusammenhang wieder deutlich werden lassen⁵⁰⁾. „Ein von jeder Art rassischer Illusion freier nordischer Skandinavismus, vor allem auf kulturellen Übereinstimmungen, politischen Ideen und historischen Einungen aufgebaut“, erscheint als das erstrebenswerte Ziel der neuskandinavistischen Kulturpolitik⁵¹⁾.

Sie setzt sich scharf mit dem „nazistischen Nordentum“ auseinander, dem „Lübeck-Gedanken, den wir der Einfachheit halber die nazistische Form nennen“, der alles biologisch-psychologisch erklären wolle, nur mit Körper und Seele, nicht mit dem Geist rechne und mit innerer Notwendigkeit bei der Anwendung von Zwang gegen alles Menschliche enden müsse⁵²⁾.

Der Neuskandinavismus stützt sich gern auf die Gedanken von N. F. S. Grundtvig, der an ein geistiges Zentrum in einer nordischen Hochschule Göteborg dachte⁵³⁾. Der große dänische Volkserzieher hatte die Ansicht vertreten, eine gemeinsame Hochschule der nordischen Völker könne nicht nur Berlin, Göttingen und Wittenberg, sondern auch Paris, Oxford und Cambridge in den Schatten stellen⁵⁴⁾. Dem Kulturaustausch zwischen den nordischen Ländern sollen Berichte über schwedisches Geistesleben⁵⁵⁾ oder über norwegische Literaturgeschichte⁵⁶⁾ dienen. Auf die schwierige Frage, ob es einen gesamtskandinavischen Lebensstil gebe, wird positiv geantwortet⁵⁷⁾.

Finnland

Der scharfe Volkstumskampf der dreißiger Jahre zwischen Schweden und Finnen förderte den Gedanken des großen Zusammenschlusses nicht. Freilich weckte der Kriegsausbruch ein unmittelbares politisches Interesse der anderen skandinavischen Länder für Finnland. Doch gegen Ende des finnischen Schicksalskampfes nahmen in den anderen skandinavischen Staaten die Stimmen zu, die Abstand von Finnland nehmen wollten und betonten, es habe nach Sprache und Volkstum wenig mit Skandinavien zu tun.

Im Frühjahr 1944 untersuchte Henning Söderhjelm⁵⁸⁾ die Möglichkeiten für den nordischen Gedanken in Finnland. Zwar breche unter besonderen Umständen immer

⁴⁸⁾ T. Mortensen, a. a. O., S. 55.

⁴⁹⁾ ebd., S. 55 ff.

⁵⁰⁾ Skard, a. a. O. passim.

⁵¹⁾ Åke Thulstrup: Ras, språk, nation., Stockholm 1940.

⁵²⁾ Den nordiske Højskole, Kphg. 1942, S. 33 f.

⁵³⁾ Grundtvigs Aufsatz über die nordische Hochschule, zuerst gedr. in „Brage og Idun“ 1839, wurde neu hrsg. unter dem Titel „Nordens videnskabelige Forening“ in der Sammlung „Nordiske Kroniker“, Heft 2, Kopenhagen 1942.

⁵⁴⁾ ebd., S. 29 f.

⁵⁵⁾ Svensk åndsliv i dag, Kphg. 1942.

⁵⁶⁾ R. Fangen, Norsk Litteraturs historie, Kphg. 1943.

⁵⁷⁾ A. Lund, Nordens Folk, Toftlund 1944.

⁵⁸⁾ Henning Söderhjelm, Finland och Norden, Stockholm 1944.

wieder einmal der Chauvinismus durch, doch in normalen Zeiten besitze der nordische Gedanke in Finnland stärkere Sympathien, als es scheinen möge⁵⁹⁾.

Die Neuskandinavisten, die oft Finnlands Stimme vermißt hatten, begrüßten freudig Wirtanens Schrift: „Ein einiger Norden – die Forderung von morgen“, die 1942 erschien. Darin wurde der Aufbau eines nordischen Bundesstaates gefordert, der einen Rückhalt für die Verteidigung Finnlands geben könne. Der finnische Minister Tanner hat gegen die Kritik aus dem übrigen Skandinavien geäußert: „Es wird in Dänemark und Schweden viel von nordischer Zusammenarbeit geredet, aber nicht gehandelt“⁶⁰⁾. Ähnliche Äußerungen liegen von den Ministern Elillä, Fagerholm und Kekkonen vor⁶¹⁾.

Das Interesse Skandinaviens am Krieg in Finnland führte zu einer intensiven Beschäftigung mit finnischen Problemen. In Dänemark erschien im Frühjahr 1944 eine Studie über die künftigen Grenzen Finnlands⁶²⁾. Noch immer dachte man an eine Möglichkeit, daß Großfinnland einschließlich Ostkareliens später einmal Teil der nordischen Einheit bilden könne, wobei eine Weltsicherheitsorganisation seinen Bestand garantieren solle⁶³⁾. Kurz zuvor hatte sich der finnische Akademiker und Frontsoldat Erkki Järvinen zur nordischen Gemeinsamkeit bekannt. Weil sich das übrige Skandinavien nicht von der Welt abschließen könne, sei auch für Finnland ein erträgliches Verhältnis zu den Westmächten eine Lebensnotwendigkeit. Das enge Bündnis mit den Deutschen wurde Skandinavien gegenüber mehr als einmal durch realpolitische Gesichtspunkte entschuldigt⁶⁴⁾.

Für den Neuskandinavismus war also die finnische Frage mehr ein außenpolitisches als ein innenpolitisches Problem. Der Norden konnte Finnland nur helfen, solange er dabei von den Westmächten begünstigt wurde. Das war während des Winterkrieges mit der Sowjetunion der Fall. Damals unterstrich Prof. Nils Ahnlund in einer gemeinsam mit K. A. Bratt herausgegebenen Flugschrift die Verknüpfung des schwedischen Schicksals mit dem finnischen⁶⁵⁾. Das finnische Blau-Weiß-Buch über die Vorgeschichte des Winterkrieges wurde in alle nordischen Sprachen übersetzt⁶⁶⁾.

Nachdem Deutschland 1940 Dänemark und Norwegen besetzt hatte, änderte sich die skandinavische Haltung zu Finnland. Besonders seit dem Ausbruch des Krieges zwischen den Deutschen und der Sowjetunion befand sich die öffentliche Meinung in einem ausweglosen Zwiespalt. Als die schon 1940 gestellte Frage nach der Stellung Deutschlands zu Finnland, zum Baltikum und zum Norden 1941 durch die Errichtung der Ostseeherrschaft beantwortet wurde, kühlten die skandinavischen Sympathien für das mit Deutschland verbündete Finnland ab. Skandinavien erwartete die Befreiung der beiden von den Deutschen besetzten Länder durch die Westmächte – Finnland aber stand auf deutscher Seite im Kampf gegen den Alliierten der Westmächte, die Sowjetunion. Damit befanden sich nicht nur die Gefühle, sondern auch die realpolitischen Überlegungen der Skandinavier in unheilbarer Verwirrung dank der Zweideutigkeit von Ribbentrops Außenpolitik.

Das wurde besonders dort tragisch, wo man sich deutscherseits um skandinavische

⁵⁹⁾ ebd., S. 50.

⁶⁰⁾ T. Mortensen, a. a. O., S. 126.

⁶¹⁾ ebd., S. 127.

⁶²⁾ P. de Hemmer Gudme, *Finlands Graenser*, Kphg. 1944.

⁶³⁾ ebd., S. 55.

⁶⁴⁾ E. Järvinen, *Hvor står Finland?* (Aus d. Schwed.), Kphg. 1942, S. 36 u. passim. — Vgl. dazu Mannerheim, *Erinnerungen* (dt. Ausg.).

⁶⁵⁾ *Finlands öde — och Sveriges?*, Stockh. 1940.

⁶⁶⁾ Dän. Ausgabe Kopenhagen 1940.

Sympathien bemühte. Die „Nordschleswigsche Zeitung“ z. B. hatte es im Winter 1939/40 schwer, die Haltung der Sowjetunion gegenüber Finnland zu rechtfertigen. Die dänischen Zeitungen hielten ihr diese Bemühungen zwei Jahre später unverblümt vor⁶⁷⁾.

Schleswig

Das schleswig-holsteinische Problem hatte den Skandinavismus des 19. Jahrhunderts scheitern lassen. Dann war es zurückgetreten, und die dänischen Neuskandinaven begrenzten ihre Ansprüche auf Schleswig. Darüber hinaus verlor der deutsch-dänische Grenzstreit nach der Abstimmung von 1920 an Schärfe und Aktualität. Die sogenannte „Südjütland“-Frage war keineswegs überall im Norden als gemeinsame Sache aufgegriffen worden.

Die dänischen Bemühungen in Schleswig gingen freilich auch während der deutschen Besetzung des Königreichs weiter: „Die dänische Organisationsarbeit ist durch die Verhältnisse naturgemäß stark gehemmt, aber die großen nationalen Verbände haben sich eines bedeutenden Fortschrittes zu erfreuen. Um ihre Haltung zu würdigen, wollen wir nicht vergessen, wie sehr das dänische Volk in seiner breiten Masse Verständnis für die Verantwortung aufgebracht hat, die uns die Zeit auferlegt, und für die Pflichten, die unter allen Umständen zu erfüllen sind. War 1940 ein nationales und völkisches Unglücksjahr, so können wir doch bestimmt sagen, daß das dänische Volk seine Probe bestanden hat“, so schrieb Kai Edvard Larsen in dem Jahrbuch *Vort Graenseland* 1941⁶⁸⁾. Bis 1944 konnte unter den Augen der Besatzungsmacht eine Fülle deutschfeindlicher Literatur in Dänemark gedruckt und öffentlich verkauft werden.

Teilweise waren die deutschen Dienststellen schlecht informiert und wenig interessiert. Teilweise neigten sie dazu, allen Bestrebungen entgegenzukommen, die sich „nordisch“ nannten. Vor allem aber maß man geistigen Auseinandersetzungen ein viel zu geringes Gewicht bei und glaubte irrtümlich, daß die Entscheidung nur auf dem Schlachtfeld falle, so daß man sich Mühe auf anderen Gebieten ersparen könne.

Der Norden und Europa

Während der alte Skandinavismus expansiv war und einerseits das vom Zaren beherrschte Finnland, andererseits Schleswig einbezog, fand der Neuskandinavismus eine andere außenpolitische Lage vor. Der dänische Staat hatte bewiesen, daß er auch ohne Herzogtümer lebensfähig war, die Volksabstimmung von 1920 hatte das Schleswig-Problem so gelöst, daß der Norden zufrieden sein konnte. Finnland war frei.

Während die preußisch-russische Zusammenarbeit im 19. Jahrhundert dem skandinavistischen Ausbreitungswillen an beiden Flanken Halt gebot, konnte der Neuskandinavismus im Schatten der latenten Spannung zwischen den Westmächten und der Sowjetunion die finnische Frage unbefangen behandeln⁶⁹⁾.

⁶⁷⁾ Vort Graenseland 1941, S. 68 f. — Zur finn. Frage vgl. jetzt W. v. Blücher, Gesandter zwischen Diktatur u. Demokratie, Wiesbaden 1952.

⁶⁸⁾ Vort Graenseland 1941, S. 7.

⁶⁹⁾ Nach E. Linder, Sveriges neutralitetspolitik (auch in dän. Übers.), dessen Schrift in der Reihe „Världspolitikens dagsfrågor 1943, Nr. 1–2“ des Außenpolitischen Instituts Stockholm mit Unterstützung des schwedischen Staates herausgegeben wurde. — Ferner nach Sundberg, der sich auf die „Nordisk Tidskrift for International Ret“ stützt. — Vgl. ferner Lading u. Wendt, Nordisk fredspolitik, Kphg. 1944, Schultheß, Europ. Geschichtskalender u. a.

Während des Ersten Weltkrieges hatten mehrfach Außenministerkonferenzen der nordischen Länder stattgefunden. Sie hörten 1922 auf, wurden jedoch 1932 in der Weltwirtschaftskrise wieder aufgenommen⁷⁰⁾. Der schwedisch-finnische Konflikt über die Ålands-Inseln wurde 1921 durch einen Schiedsspruch des Völkerbundes so beigelegt, daß die Inseln, unter Selbstverwaltung sowie entmilitarisiert, zu Finnland kamen⁷¹⁾. Als der schwedische Außenminister Hederstjerna 1923 versuchte, die Inselgruppe durch ein finnisch-schwedisches Verteidigungsbündnis doch in den schwedischen Machtbereich einzubeziehen, wurde er entlassen⁷²⁾.

Gegenüber den norwegischen Ansprüchen erkannte der Völkerbund im April 1933 die dänische Souveränität über Grönland im vollen Umfang an⁷³⁾.

So waren Streitfragen zwischen den skandinavischen Staaten beigelegt. 1934 war Finnland zum erstenmal an gemeinsamen Wirtschaftsbesprechungen der Nordstaaten offiziell beteiligt⁷⁴⁾. Im Dezember 1935 erklärte der finnische Reichstag, daß er sich der Neutralitätspolitik der anderen nordischen Nationen anschließe, und gab damit die bis dahin „baltisch“ orientierte Außenpolitik auf. Während des Abessinienkonflikts und des Spanischen Bürgerkrieges traten die skandinavischen Staaten gemeinsam mit dem Entschluß auf, unter Loslösung von einer Weltfriedenspolitik wenigstens im Norden Europas den Frieden zu erhalten⁷⁵⁾.

Beim Treffen der nordischen Ministerpräsidenten in Kopenhagen 1934 sowie in einer Rede, die er 1937 in Lund hielt, lehnte der dänische Ministerpräsident Stauning schroff alle Vorschläge zu einem skandinavischen Verteidigungsbündnis ab⁷⁶⁾. Schweden und Finnland aber nahmen im Frühjahr 1938 Besprechungen auf, die schließlich im Januar 1939 zum sogenannten „Stockholmer Plan“ führten, wonach auf Kökar und Björkö (in der südlichen Einfahrt der Åland-See) starke Küstenbefestigungen angelegt werden sollten. Långskär in der Åland-See sollte als zweiter Stützpunkt das System der schwedischen Küstenverteidigung mit der finnischen verknüpfen. Diese Abmachungen lehnten sich eng an die Gedankengänge von Oberst Kleen an⁷⁷⁾.

Damit wäre der Neuskandinavismus zu einem praktischen Erfolg gekommen. Die Sowjetunion jedoch erhob Einspruch⁷⁸⁾. Schweden vertagte weitere Verhandlungen, bis der Zweite Weltkrieg ausgebrochen war⁷⁹⁾.

Ähnlich wie 1914 in Malmö kamen am 19. September 1939 die Ministerpräsidenten und Außenminister der skandinavischen Staaten in Kopenhagen zusammen. Stauning forderte, das „Gerade von der nordischen Gemeinsamkeit“ in die Tat umzusetzen. Der finnische Vertreter Cajander stellte einen klaren Willen zur Gemeinsamkeit des Nordens fest. Der Norweger Nygaardsvold versprach, alle Kräfte seines Landes für die nordische Zusammenarbeit einzusetzen, und der Schwede Hansson bestätigte, daß der Zusammenhalt Skandinaviens wichtiger als je zuvor sei⁸⁰⁾.

Am 18. 10. 1939, zwei Wochen, nachdem der politische Druck der Sowjetunion auf Finnland wirksam geworden war, trafen sich die vier Staatsoberhäupter in Beglei-

⁷⁰⁾ Sundberg, a. a. O., S. 26.

⁷¹⁾ Wendt, Ålandsspoergsmaalet, in: Nordisk Fredspolitik, Kphg. 1944, S. 25—36.

⁷²⁾ Sundberg, a. a. O., S. 31.

⁷³⁾ Wendt, Groenlandssagen, in „Nordisk Fredspolitik“, a. a. O.

⁷⁴⁾ Sundberg, a. a. O., S. 27.

⁷⁵⁾ „Fred för Norden“ statt „fred på jorden“, Sundberg, a. a. O., S. 27 f.

⁷⁶⁾ ebd., S. 28.

⁷⁷⁾ s. o., S. 11.

⁷⁸⁾ Sundberg, a. a. O., S. 34.

⁷⁹⁾ Linder, a. a. O., S. 7 f.

⁸⁰⁾ Sundberg, a. a. O., S. 29.

tung ihrer Außenminister in Stockholm. Die schwedische Hauptstadt huldigte spontan dem Präsidenten Finnlands. Die Öffentlichkeit bekannte sich einhellig und begeistert zum nordischen Gedanken. „Dies war die Stimmungsgrundlage bei dem Volk, auf der die spätere, weitreichende Solidaritätspolitik gegenüber Finnland aufbauen konnte“⁸¹). Doch war ein Plan für eine militärische Zusammenarbeit nicht vorhanden, und auch ein außenpolitisches Zusammenwirken ließ sich noch nicht durchführen⁸²). Als Finnland an den Stockholmer Plan zur Befestigung der Åland-Inseln erinnerte, wich Schweden vorsichtig aus. Der skandinavisch eingestellte Außenminister Sandler kam in Konflikt mit seinen Kabinettskollegen und mußte im Dezember 1939 zurücktreten⁸³).

Als der Ausbruch des Krieges zwischen der Sowjetunion und Finnland unmittelbar drohte, teilten Schweden, Dänemark und Norwegen offiziell in Moskau mit, daß Finnland mit ihnen zusammengehöre. Das war ebenso wenig von praktischer Wirkung wie die Erklärung des Völkerbundsrates, daß der sowjetische Angriff nicht gerechtfertigt sei. Der Völkerbund setzte den Sanktionsparagraphen des Artikels 16 seiner Satzung nicht in Kraft, und die Hilfe der übrigen nordischen Staaten in Finnland ging kaum über den Rahmen von Maßnahmen hinaus, die innerhalb einer wohlwollenden Neutralität möglich sind⁸⁴). Aus Dänemark und Norwegen kamen schwächere Freiwilligen-Kontingente und materielle Lieferungen. Schweden erklärte (Rundfunkansprache des Ministerpräsidenten am 13. 12. 1939), es wolle dem finnischen Volk „humanitäre und materielle Hilfe, soweit es möglich sei“, bringen⁸⁵). Die Freiwilligenbewegung unter dem Motto: „Finnlands Sache ist die unsere“, nahm einen so großen Umfang an, daß sie von der Regierung eingedämmt wurde. Schweden lieferte an Finnland außer Benzin, Koks und anderen Waren 84 000 Gewehre, 575 Maschinenwaffen, 85 Panzerabwehrkanonen, 112 Feldgeschütze, 104 Luftabwehrgeschütze, 50 Mill. Schuß Handwaffenmunition, 300 000 Schuß Artilleriemunition und 25 Flugzeuge⁸⁶). Außerdem gewährte es umfangreiche Kredite. Es hielt mit beiden kriegführenden Parteien ständig Fühlung und unternahm mehrere Versuche zur Friedensvermittlung.

Einen Tag nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages mit der Sowjetunion am 12. 3. 1940 erklärte der finnische Außenminister Tanner, Schweden und Norwegen seien zu Verhandlungen über ein Verteidigungsbündnis bereit. Am 20. 3. drohte Tass, „eine solche Allianz würde als gegen die Sowjetunion gerichtet anzusehen sein“. Finnland ließ den Plan fallen⁸⁷).

Als im Juli/August 1940 neue Spannungen zwischen der Sowjetunion und Finnland einsetzten, sprach man erneut von einem Verteidigungsbündnis sowie von außenpolitischer und wirtschaftlicher Zusammenarbeit. Die Sowjetunion war diesen Gedanken gegenüber ebenso abweisend wie früher. Deutschland erklärte im Januar 1941, eine Verwirklichung dieser Pläne sei besonders im Hinblick auf das schwierige

⁸¹) Linder, a. a. O., S. 11.

⁸²) ebd., S. 11.

⁸³) ebd., S. 11. — Sundberg, S. 36.

⁸⁴) Linder, a. a. O., S. 14.

⁸⁵) ebd., S. 14.

⁸⁶) Nach einer Aufstellung des schwedischen Wehrministers Sköld vom 25. 3. 40. — Linder a. a. O., Seite 17.

⁸⁷) Linder, a. a. O., S. 23.

Verhältnis Finnlands zur Sowjetunion unpassend. Daraufhin gab Finnland diese Pläne wieder auf⁸⁸⁾.

Vom 7. Juni 1940 an, als König und Regierung Norwegen verließen (am 35. Jahrestag der norwegischen Unabhängigkeitserklärung), gab es bis zum Kriegsende keine Möglichkeit zur gemeinsamen und selbständigen Politik des Nordens mehr. Quisling erklärte im Frühjahr 1942 in Oslo: „Der Weg zum Norden geht über Berlin“, während die norwegische Exilregierung sich eng an die Westmächte angeschlossen⁸⁹⁾.

Wenn jetzt Schweden aktiv Finnland geholfen hätte, wäre damit sein Anschluß an die Achsenmächte vollzogen gewesen. Seine Bemühungen im Frühjahr und Sommer 1944 um eine Vermittlung zwischen Finnland und der Sowjetunion erklären sich aus seinem Wunsch, ein selbständiges Finnland als Pufferstaat vor dem sowjetischen Druck am Leben zu erhalten. Es kann heute dank seiner Neutralität am ehesten zum Mittelpunkt einer nordischen Staatengemeinschaft werden.

Der starke Auftrieb, den die Unionsbestrebungen nach 1940 erhielten, sollte auch dazu dienen, den skandinavischen Gedanken gegenüber Hitlers Plänen für den Aufbau eines „europäischen Großraums“ zu betonen.

Im Kalten Krieg zwischen Ost und West seit 1945 hat Skandinavien die Politik der bewaffneten Neutralität fortgesetzt und ausgebaut. Dänemark und Norwegen stimmen dabei in ihren einzelnen Ansichten miteinander überein.

Auch in der großen Weltspannung seit 1945 überschneiden sich die Einflußzonen in Skandinavien. Island wird als Teil der westlichen Hemisphäre behandelt. Norwegen und Dänemark gehören zur NATO. Finnland dagegen steht im Schatten der Sowjetunion, und Schweden hält sich die Hände frei. Freilich hat jetzt der gesamte Norden die Sicherheit Finnlands zu seiner Sache gemacht, und die Sowjetunion trägt dieser veränderten Haltung Rechnung.

Schleswig allerdings ist nicht zur Sache Skandinaviens geworden. Es könnte Dänemark kaum gelingen, die anderen Staaten für eine Änderung der 1920 gezogenen Grenze zu gewinnen.

Die Eigenständigkeit der einzelnen Staaten hat sich behauptet. Alle sind vorsichtig. Die Mitarbeit Finnlands und Islands ist besonders schwierig. So sind die im Kriege gehegten Hoffnungen für die Nachkriegszeit nicht verwirklicht worden. Doch hat man auch neue Wege der Zusammenarbeit beschritten. Es gibt einen gemeinsamen Arbeitsmarkt. Im Paß- und Zollwesen sind Erleichterungen eingeführt worden. Freilich ist die einstige Münzunion wegen der Ungleichheit der skandinavischen Währungen verschwunden. Durch Wirtschaftsabkommen soll die gegenseitige Konkurrenz so weit ausgeschaltet werden, wie es die gleichartige Struktur der Staaten zuläßt. Der Nordische Rat könnte durch Wirtschaftsplanung die Beziehungen zwischen den skandinavischen Ländern vertiefen. Ob er das tun wird, ist ungewiß.

Die skandinavische Idee ist heute in sich geklärt. Die Erfahrungen der Vergangenheit und die Forderungen des Tages verlangen eine enge Zusammenarbeit innerhalb Skandinaviens.

⁸⁸⁾ ebd., S. 25. Nach einem Bericht des schwed. Außenministeriums über die finnisch-schwedischen Beziehungen in den Jahren 1940/41, der zur Ergänzung des finnischen Blau-Weiß-Buches Teil II (betreffend die finnisch-sowjetischen Beziehungen vom März 1940 bis zum Juni 1941) herausgegeben wurde.

⁸⁹⁾ Mortensen, a. a. O., S. 124. — Vgl. W. Hubatsch: Die deutsche Besetzung von Dänemark u. Norwegen 1940. Nach amtlichen Unterlagen dargestellt. Göttingen 1952.

DER NORDISCHE RAT

In einer Zeit, in der man nicht müde wird, einerseits von der europäischen Integration zu sprechen, und in der man zum anderen gerade nach dem Scheitern der EVG-Verhandlungen immer wieder Zweifel hört, ob der eingeschlagene Weg gangbar ist und zum Ziele führen wird, mag es nicht uninteressant sein zu sehen, wie die nordischen Staaten ihre Probleme einer engeren Zusammenarbeit auf regionaler Basis zu lösen versuchen¹⁾.

Regionale Gemeinsamkeit über alle Gegensätze hinweg

Da der Nordische Rat nur aus parlamentarischen Vertretern von Dänemark, Island, Norwegen und Schweden besteht, handelt es sich um ein regionales Abkommen zwischen diesen Staaten, das keiner Ausdehnung auf andere Staaten fähig ist mit der einzigen Ausnahme, daß Finnland beitreten kann²⁾. Daß diese regionale Vereinbarung nicht mit der Satzung der Vereinten Nationen in Widerspruch steht, ergibt sich aus dem Inhalte der Satzung des Nordischen Rates und aus den Artikeln 52 und 53 der Charta der UNO.

Wenn auch die kulturelle und geschichtliche Entwicklung, die Ähnlichkeiten in der Sprache und im Lebensstil der vier Staaten so viele Gemeinsamkeiten aufweisen, daß man in Europa vergeblich nach vier anderen benachbarten Staaten sucht, wo die Verhältnisse gleich günstig liegen, so ist doch die Einrichtung des Nordischen Rates durchaus keine Selbstverständlichkeit gewesen. Sogar die über viele Jahrzehnte andauernden gemeinsamen Arbeiten auf dem Gebiete der Gesetzgebung und der Politik haben es nicht vermocht, die Kritik gegen

den Nordischen Rat zum Schweigen zu bringen.

Der Widerstand gegen die Schaffung eines Nordischen Rates kam von Norwegen, in dem das betreffende Gesetz im Gegensatz zu den übrigen vertragschließenden Staaten nicht einstimmig angenommen wurde. Das ist im wesentlichen historisch begründet³⁾, denn das Wort „Union“ hat in Erinnerung an die Kalmarer Union (1389 bis 1521) noch heute einen schlechten Klang in Norwegen. Dies ist psychologisch zu verstehen, weil Norwegen erst sehr spät im Laufe seiner Geschichte, 1814, seine Geschichte ganz in die eigene Hand nehmen konnte.

Andere Gründe sind von untergeordneter Bedeutung, so auch die in mancher Hinsicht unterschiedliche Rechtsentwicklung in den nordischen Staaten, von denen Dänemark und Norwegen unter stärkerem Einfluß des angelsächsischen Rechts standen, während Schweden und Finnland durch Deutschland von dem kontinentalen Rechtsdenken beeinflußt wurden. Dasselbe gilt auch von der unterschiedlichen wirtschaftlichen Gestaltung in den vier Ländern⁴⁾.

Bei allen historisch begründeten Gegensätzlichkeiten darf jedoch nicht übersehen werden, daß sich im Laufe des 19. und 20. Jahrhunderts ein nordischer Gemeinschaftsgedanke innerhalb der vier Völker entwickelt hat. Er hat seinen Ausdruck vielleicht am klarsten gefunden in dem Wort des norwegischen Dichters Björnson, die nordischen Staaten hätten damit eine Mission zu erfüllen, daß sie der Welt ein Beispiel wenigstens eines geistigen *Commonwealth* von Staaten zu geben⁵⁾ hätten.

Nicht über, sondern zwischen den Nationen

Dazu kommt die seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts immer mehr zuneh-

¹⁾ Dabei ist der eingehende Bericht über die erste Session des Nordischen Rates aus dem Jahre 1953, den der schwedische Sekretär des Rates, jur. dr. Gustaf Petré, dem Verfasser freundlicherweise zur Verfügung gestellt hat, zugrunde gelegt worden! Nordisk Råd, 1. Session 1953, Kopenhagen, J. H. Schultz A/S Universitets-Bogtrykkeri, 1346 Spalten, d. h. halbe Seiten. Da die 2. Session erst vor wenigen Wochen beendet ist, liegt deren amtlicher Bericht hier noch nicht vor.

²⁾ Nach § 3 der Satzung dürfen finnische Vertreter an den Beratungen und Beschlüssen des Rates teilnehmen, falls von finnischer Seite darum ersucht wird.

³⁾ Das hat der norwegische Delegierte C. J. Hambro bei verschiedenen Reden immer wieder hervorgehoben und um Verständnis dafür gebeten. Nordisk Råd, (NR) Spalte 143, 187.

⁴⁾ Der norwegische Delegierte Finn Moe wies darauf hin, daß 85 bis 90% des norwegischen Außenhandels mit nichtnordischen Staaten betrieben wird. Nordisk Råd, Spalte 287.

⁵⁾ Zitiert von dem schwedischen Delegierten Edberg in NR, Spalte 154.

mende gemeinsame Arbeit in Ausschüssen für eine gemeinsame Gesetzgebung, sozialpolitische Aufgaben, kulturelle, wirtschaftliche und parlamentarische Fragen. Es entspricht einem allgemeinen Erfahrungssatz für alle internationale Zusammenarbeit, wenn der schwedische Vertreter, Professor Nils Herlitz, darauf hingewiesen hat, daß wenige Dinge so geeignet seien, Menschen zusammenzuführen, wie gemeinsame Arbeit und eine gemeinsame Aufgabe⁶⁾.

Vor dem 15. Jahrhundert kamen die Räte der Reiche zusammen, um Probleme des gemeinsamen Zusammenlebens zu lösen⁷⁾. Später im Kampf der großen Politik ging die Zusammenarbeit verloren. Im Jahre 1952 nahmen der dänische Reichstag, das *Althing* von Island, das *Storting* von Norwegen und der schwedische Reichstag die Satzung des Nordischen Rates an⁸⁾. Nach § 1 dieser Satzung ist der Rat „ein Organ für die Zusammenarbeit (*samråd*) der vier Parlamente sowie zwischen den Regierungen dieser Länder in Angelegenheiten, in denen gemeinsame Maßnahmen dieser Länder oder einzelner von ihnen in Frage kommen“.

Danach ist der Rat ein gemeinsames Organ der vier beteiligten Staaten. Es wäre aber verfehlt, ihn als ein über den einzelnen Staaten stehendes – sogenanntes supranationales – Organ zu bezeichnen; dieses Organ steht vielmehr zwischen den vier nordischen Staaten. Es läßt sich nicht einordnen in die Rubrik der herkömmlichen Organe, wie sie nach Staatsrecht oder Völkerrecht aufgeführt werden. Der Nordische Rat ist vor allem kein Parlament, denn den Gedanken an ein Unionsparlament hat man ganz fallen gelassen⁹⁾. Es ist auch kein administratives Organ¹⁰⁾. In seiner Art ist er vielmehr eine Neuschöpfung in den zwischenstaatlichen Verbindungen. Durch seine Einrichtung haben also die beteiligten Staaten nichts von ihrer Souveränität eingebüßt.

Das bedingt natürlich eine formelle Schwäche des neuen Rates¹¹⁾, dessen wesentlicher Inhalt ist, einen ständigen Kontakt zwischen den Parlamenten und Regierungen der nordischen Staaten zu gewährleisten. Das Hervorstechende ist die gemeinsame Arbeit der vier Parlamente in dem Rate, oder wenn man das Wort *samråd* wörtlich nimmt, das gemeinsame Beraten.

Eine solche parlamentarische Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Staaten ist nichts Originelles, denn vorher war mit dem Europarat durch die Konsultativversammlung ein ähnliches beratendes Organ von Parlamentariern geschaffen worden¹²⁾. Dieses ist aber weit schwächer ausgestaltet als das des Nordischen Rates. Beide Organe sind zwar nur beratende Versammlungen, die ihre Entschlüsse lediglich in Empfehlungen zum Ausdruck bringen können. Die Konsultativversammlung ist aber dadurch dem Nordischen Rat gegenüber gehemmt, daß sie ihre Empfehlungen dem zweiten Organ des Europarates, dem Ministerrat, vorlegen muß. Dieser ist eine Versammlung der Außenminister der beteiligten Länder oder bei deren Verhinderung von anderen Regierungsmitgliedern¹³⁾, also nur eine der herkömmlichen Versammlungen von Diplomaten¹⁴⁾, der die Aufsicht über die Konsultativversammlung obliegt und die damit deren Arbeit durch ihr Vetorecht lahmlegen kann¹⁵⁾.

Der fundamentale Unterschied und damit zugleich Fortschritt besteht darin, daß der Nordische Rat nicht aus verschiedenen Unterorganisationen zusammengesetzt ist, sondern daß die Vertreter der vier Parlamente die eigentlichen Mitglieder des Rates sind, während die Regierungsvertreter gleichzeitig an den Beratungen teilnehmen, jedoch nicht bei den Beschlußfassungen des Rates mitwirken können. Damit kommt der rein parlamentarische Charakter des Nordischen

⁶⁾ Herlitz: Forslag angående forsknings-, undersøgelses-, undervisnings- og lignende institutioner for fælles nordiske behov. NR, Spalte 525 ff.

⁷⁾ Herlitz, NR, Spalte 85.

⁸⁾ Danmarks Rigsdag am 28. 5. 1952, Islands Althing am 10. 12. 1952, Norges Storting am 25. 6. 1952, Sveriges Riksdag am 17. 5. 1952.

⁹⁾ NR, Spalte 118, 130, 163, 268.

¹⁰⁾ NR, Spalte 170.

¹¹⁾ In seiner außerordentlichen formellen Schwäche sieht Herlitz gerade die größte Stärke des Rates, denn die parlamentarische Zusammenarbeit kann nun beweisen, was sie zu schaffen vermag. NR, Spalte 118.

¹²⁾ Artikel 25 des Statuts des Europarates.

¹³⁾ Artikel 14 des Statuts des Europarates.

¹⁴⁾ Bericht des Verfassers über die Akademie für internationales Recht im Haag im Jahre 1952 im Archiv des Völkerrechts, 1953, Seite 68.

¹⁵⁾ NR, Spalte 131, 162, 163, 265.

Rates zum Ausdruck. Die Empfehlungen des Rates gehen direkt an die Regierungen der beteiligten Staaten. Jedes Kompetenzspiel von zwei Unterorganen ist also von vornherein abgeschnitten.

Funktion der Organe

Einige Schwierigkeiten hat bei den Beratungen der ersten Session des Rates dessen Zusammenarbeit und Verhältnis zu den bereits bestehenden gemeinsamen Einrichtungen, den oben erwähnten Ausschüssen, bereitet. Man scheint sich darüber einig zu sein, daß der Nordische Rat diese Einrichtungen nicht ersetzen soll.

Mit anderen Worten: der Nordische Rat steht selbständig und ohne nähere und direkte Verbindung neben den bisher arbeitenden Kommissionen, Ausschüssen und Komitees. Es soll aber dafür Sorge getragen werden, daß der Rat über die Arbeiten innerhalb dieser anderen Einrichtungen laufend unterrichtet wird, damit er seiner Aufgabe einer interparlamentarischen Meinungsbildung gerecht werden kann¹⁶⁾.

Die ständige Einrichtung unterscheidet den Nordischen Rat von den für gewisse Aufgaben und damit begrenzte Zeit geschaffenen Kommissionen und Ausschüssen. Will der Rat mit einer dieser gemeinsamen nordischen Einrichtung in Verbindung treten, so soll das grundsätzlich nicht unmittelbar, sondern über deren Auftraggeber, d.h. die betreffenden Regierungen der Staaten geschehen¹⁷⁾. Nur soweit es sich um Aufklärungen untergeordneter Bedeutung handelt, ist an den direkten Weg von Sekretariat zu Sekretariat gedacht.

Man kann den Rat nach seiner Stellung und Bedeutung wohl als eine Art Zentralorgan für die nordische Zusammenarbeit bezeichnen. Dabei ist es nicht immer notwendig, daß die Initiative für bestimmte Arbeiten von ihm ausgeht. Diese kann auch von den Kommissionen oder Ausschüssen kommen.

Integration mittels „Empfehlungen“

Im Gegensatz zum Statut des Europarates beschränkt § 1 der Satzung des Nordischen Rates nicht dessen Arbeitsgebiet, denn er sieht eine gemeinsame Arbeit ganz allgemein in allen Angelegenheiten vor, „in denen gemeinsame Maßnahmen dieser Län-

der in Frage kommen“. Die Aufgabe der Förderung der nordischen Zusammenarbeit erstreckt sich auf alle Gebiete, kulturelle, wirtschaftliche und soziale Fragen, sowie auf Fragen einer gemeinsamen Gesetzgebung. Das Ziel des Rates ist es nicht, die staatliche Einheit der vier nordischen Länder herzustellen, wohl aber eine Einigkeit in der Behandlung der gemeinsamen Aufgaben zu erreichen¹⁸⁾.

Dabei hängt es von der Intuition, der Geschicklichkeit, der Schlagkraft seiner Argumente und seinem Einfluß ab, inwieweit der Nordische Rat sein Ziel erreichen wird. Die Satzung hat es vermieden, den Rat durch irgendwelche Vorschriften zu gängeln. So bleibt dem Rat ein breiter Weg der Improvisation, um seinen Weg und seine Arbeitsmethode zu finden¹⁹⁾. Nach § 12 stellt der Rat seine Arbeitsordnung selber fest. Das hat er auf seiner ersten Arbeitstagung in Kopenhagen vom 12. bis 22. Februar 1953 getan²⁰⁾.

Der Rat besteht aus je 16 Vertretern der Reichstage von Dänemark und Schweden, sowie aus dem *Storting* von Norwegen und fünf Vertretern des *Althings* von Island. Darüber hinaus steht es den Regierungen der beteiligten Staaten frei, ihre Mitglieder als Berater in den Rat zu entsenden. Die Zahl dieser Regierungsmitglieder ist nicht bestimmt. In der ersten Session waren je 5 Minister von Dänemark und Schweden, 4 norwegische Minister und 1 Minister von Island anwesend. Die eigentlichen, parlamentarischen Vertreter des Rates sollen die verschiedenen politischen Meinungsrichtungen ihrer Parlamente repräsentieren. Die Satzung enthält nichts darüber, ob diese Ratsmitglieder an Weisungen ihrer Parlamente oder Regierungen gebunden sind. Gegen eine Bindung hat sich der dänische

¹⁶⁾ NR, Spalte 125, 157, 159, 164, 173, 175, 180 ff., 265.

¹⁷⁾ Das hat der schwedische Außenminister Undén hervorgehoben, NR, 172 ff., es ist unterstrichen worden von dem Norweger Gerhardsen, NR 175, dem Schweden Herlitz, NR 179 ff., u. a.

¹⁸⁾ NR, Spalte 169.

¹⁹⁾ Es ist typisch für die nordische Improvisation, wenn der Norweger Roiseland geäußert hat, als norwegischer Politiker könne er sagen: „at dette vil ordne seg under marsjen“, NR, Spalte 171.

²⁰⁾ Diese ist in dänischer, norwegischer und schwedischer Sprache — den drei Verhandlungssprachen des Rates — abgedruckt in NR, Spalte 1294 ff.

Vertreter Hedtoft ausgesprochen²¹⁾. Das entspricht auch der wahren Stellung eines Mitgliedes des hohen Rates.

Zu Beginn der Sitzungsperiode wählen die Mitglieder den Präsidenten des Rates und verschiedene Vizepräsidenten. Dabei soll darauf Rücksicht genommen werden, daß in dem Präsidium jedes Land und verschiedene politische Parteirichtungen vertreten sind²²⁾. Im übrigen bestellt die Delegation eines jeden Landes einen Sekretär.

Die Macht des Nordischen Rates erschöpft sich in der Beschlußfassung über Empfehlungen, die den beteiligten Regierungen zur weiteren Behandlung vorgelegt werden²³⁾. Von nicht geringer Bedeutung ist es, daß die Mitglieder des Rates durchaus nicht anonym handeln, sondern daß jeder Empfehlung eine Anlage beigefügt sein muß, aus der sich ergibt, wie jedes Mitglied des Rates gestimmt hat. Das Verantwortungsgefühl der Mitglieder wird dadurch besonders herausgestrichen. Die Empfehlung gewinnt in den Parlamenten aber auch an Gewicht, wenn man sofort sieht, wie die Vertreter der verschiedenen Parlamente gestimmt haben.

Um die Bedeutung und den Einfluß einer Empfehlung zu unterstreichen, ist in den Beratungen der ersten Session von verschiedenen Seiten immer wieder hervorgehoben worden, man solle vermeiden, die feierliche Form der Empfehlung durch Mißbrauch in Bagatellsachen herabzuwürdigen. Die Empfehlungen sollten nur in wichtigen allgemeinen Fragen und in konkreten Angelegenheiten angewendet werden²⁴⁾.

Die in der ersten Session beschlossenen neun Empfehlungen²⁵⁾ umfassen ein recht weites Arbeitsgebiet und enthalten zum Teil auch ziemlich grob umrissene Anregungen. Sie betreffen:

Die Möglichkeiten zu sondieren, um eine Veröffentlichung über den nordischen Parlamentarismus herauszugeben; auf dem Gebiete des Post-, Telegraf- und Telefonwesens die Inlandsgebühren für alle beteiligten Länder verbindlich zu erklären; die Möglichkeiten für eine verstärkte Arbeit auf dem Gebiete des Gesundheitswesens zu untersuchen und eine Übersicht darüber in

der nächsten Sitzung des Jahres 1954 vorzulegen.

Hinsichtlich der näheren Zusammenarbeit in der Wirtschaft erkennt der Rat die komplizierten Probleme handelspolitischen und produktionsmäßigen Charakters nicht, fordert eingehende Untersuchungen und ersucht die Regierungen, den gemeinsamen nordischen Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit anzuweisen, seine Untersuchungen fortzusetzen und baldmöglichst den Regierungen einen Bericht mit den Schlußfolgerungen des Ausschusses vorzulegen.

Weiter empfiehlt der Rat den Regierungen, eine Übersicht ausarbeiten zu lassen, aus der sich die Rechte auf sozialem Gebiete ergeben, die ein Staatsangehöriger eines der beteiligten Staaten während seines Aufenthaltes in einem anderen der nordischen Länder hat, die verschiedenen Gegenseitigkeitsabkommen hinsichtlich der Sozialversicherung und der sozialen Sicherheit zusammenzustellen, darüber zu berichten, welche Konventionen des Internationalen Arbeitsamts nicht ratifiziert sind und die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes fortzuführen.

Bei dieser letzten Empfehlung enthielten sich übrigens 10 Mitglieder der Stimme, während alle anderen Empfehlungen bis auf die abwesenden Mitglieder einstimmig gefaßt wurden.

In einer weiteren Empfehlung wird die allmähliche Abschaffung der Ungleichheiten zwischen den Staatsangehörigen eines Landes und denen der übrigen nordischen Staaten gefordert. Auf kulturellem Gebiete wird u. a. die Ernennung von Sachverständigen als Ratgeber für den gemeinsamen Ausbau wirtschaftlicher Institute im Norden gefordert; Kurse und Zeugnisse von Universitäten und Hochschulen sollen Allgemeingültigkeit in allen nordischen Staaten haben; der Austausch von Universitätslehrern soll gefördert werden; nordische Volkshochschulen sollen geschaffen werden; auf dem Gebiete der fischereibiologischen Forschung und der Tiefseeforschung und für die Ausrüstung wissenschaftlicher Expeditionen wird stärkere Zusammenarbeit verlangt; der Unterricht in den Schulen soll in der Gesellschaftslehre, der Sprach- und Kulturentwicklung der gemeinsamen nordischen Zusammenarbeit angepaßt werden.

²¹⁾ NR, Spalte 165.

²²⁾ § 7 der Arbeitsordnung.

²³⁾ § 10 der Satzung.

²⁴⁾ NR, Spalte 261, 338.

²⁵⁾ Abgedruckt in NR, Spalte 1242 ff.

Um den Austausch von Arbeitskräften und die Freizügigkeit zu fördern, wird für alle Bewohner der nordischen Länder die Paßfreiheit ohne Zeitbegrenzung gefordert. Die Paßkontrolle soll an den innernordischen Grenzen wegfallen. Die Aufenthaltsgenehmigungen und das Ersuchen um Arbeitserlaubnis sollen aufgehoben werden. Schließlich werden Erleichterungen hinsichtlich der in ein anderes Land mitgenommenen Valuta und der Zollkontrolle gefordert.

Eine Empfehlung wendet sich nur an die Regierungen von Schweden und Dänemark wegen des Baus einer Brücke oder eines Tunnels zwischen diesen beiden Ländern im Öresund.

Mag auch die äußere Form einer Empfehlung an die Regierungen souveräner Staaten nur schwach sein, so läßt sich doch nicht verkennen, daß die Integration der

nordischen Staaten sehr konkrete und beachtliche Fortschritte macht. Der Paßzwang ist aufgehoben; ohne Rücksicht auf die Staatsbürgerschaft kann jeder in jedem der vier Länder Arbeit aufnehmen. Man arbeitet an einer Zollunion, die Patente in dem einen Lande sollen in dem anderen gültig werden, alle postalischen Gebühren werden einander angeglichen, so daß sie sozusagen als Inlandsgebühren gelten. Wenn die nordischen Staaten auch eine Föderation ablehnen, so sind ihre Gesetze doch einander ähnlicher geworden als die der 48 amerikanischen Staaten²⁶⁾.

Im Februar 1955 fand eine wichtige Sitzung des Nordischen Rates in Stockholm statt.

Heinrich Nagel

²⁶⁾ NR, Spalte 185, Äußerungen von Hambro.

ERNST JÜNGER 60 JAHRE ALT

Am 29. März 1895 in Heidelberg geboren, feiert Ernst Jünger in diesem Jahr in einem kleinen schwäbischen Ort seinen 60. Geburtstag.

Es ist ein langer Weg, der von dem Kriegsbericht „In Stahlgewittern“ zu den Betrachtungen im „Sanduhrbuch“ führt: aus dem Täter wurde ein Denker, aus dem Idealisten ein Realist, – aus dem „Nihilisten“ einer, der am „Zweifel zu zweifeln“ gelernt hat. Der politische Aktivist wurde ein „Seismograph“ der Zeit und ein Meister der Sprache.

Man hat immer wieder versucht, die verschiedenen Perioden in Jüngers schriftstellerischer Entwicklung gegeneinander auszuspielen oder aber sie alle auf den Generalnenner des „nationalistischen“ Impulses seiner frühesten Zeit zurückzuführen. Jünger selbst hat stets Wert darauf gelegt, zu betonen, daß seine Autorschaft „als Ganzes zu nehmen ist, in dem zwar Epochen, nicht aber Widersprüche zu unterscheiden sind“. Und er hat angefügt: „Ich möchte nicht zu jenen Zahllosen gehören, die heute nicht mehr an das erinnert werden wollen, was sie gestern gewesen sind“.

Heute, wo der Name Ernst Jüngers übrigens auch im Ausland längst bekannt

geworden ist (es gibt sowohl eine französische als auch eine englisch-amerikanische Darstellung seines Werks neben den mannigfachen deutschen Publikationen zu Weg und Wirkung Jüngers!), besteht kaum noch ein Zweifel daran, daß in ihm eine der prägnantesten Figuren des zeitgenössischen deutschen Schrifttums zu sehen ist, sowohl in dem, was er zu sagen hat, als auch mit Bezug auf den Einfluß, den seine Art zu schreiben auf jüngere deutsche Schriftsteller ausgeübt hat.

Es dürfte seit Stefan George keinen zweiten deutschen Autor gegeben haben – Zustimmung und Ablehnung als gleiche Möglichkeiten der Reaktion einbegriffen –, der in so starkem Maße als „Provokateur des Geistes“ auf seine intellektuelle Umgebung gewirkt hat wie Ernst Jünger.

Ohne daß hier im einzelnen auf die „verschiedenen Perioden“ der Jüngerschen Auseinandersetzung mit den in der Luft liegenden Fragen eingegangen werden kann, drängt sich die Frage auf, weshalb die meisten, die jeweils zustimmten, ihn im Grunde mißverstanden. Die „nationale Bewegung“ hat den Verfasser von „Der Kampf als inneres Erlebnis“, der National-

sozialismus die „Totale Mobilmachung“, der kommunistische Scheringer-Kreis den „Arbeiter“ als jeweils ihnen zugehörig reklamiert; die „Friedensschrift“ und bestimmte Stellen in den „Strahlungen“ wurden als des Dichters Bekenntnis zum Christentum gedeutet, „Über die Linie“ schien ihn als Existentialist Heidegger-scher Observanz, der „Waldgang“ als „Neutralisten“ auszuweisen.

In Wirklichkeit hat Ernst Jünger nie etwas anderes getan als aus Realitäten, denen man nicht ausweichen konnte, Fragen abgeleitet und sie damit in die Sphäre der Selbstverständigung des Individuums gerückt. Kriegserlebnis und Technik, die Tendenz zur weltweiten Planung, die religiöse Krise, die Bedrohung des Einzelnen durch den omnipotenten Staat: all das und mehr, durch das Medium des eigenen Miterlebens mit scharfen Konturen versehen, wird im Werk Jüngers in einer stellvertretenden Aussage für ganze Schichten von innerlich Beunruhigten, insbesondere der jüngeren Generation, deutlich.

Dabei werden nie Rezepte angeboten, nie Antworten vorweggenommen: „Nun sind wir im Unvermessenen. Hier ist die Sicherheit geringer, bei größerer Hoffnung auf Ausbeute. ‚Holzwege‘ ist dafür ein schönes sokratisches Wort. Es deutet an, daß wir abseits der festen Straßen uns befinden und innerhalb des Reichtums im Ungesonderten. Daneben schließt es die Möglichkeit des Scheiterns ein!“. Mit dieser Formulierung umschreibt der Verfasser von „Über die Linie“ die Situation, in der sich die nicht durch Ideologien oder Dogmen Gleichgeschalteten heute befinden.

Wenn man sagen kann, daß es Jünger auf der einen Seite stets um das gleiche ging: die Selbstfindung des Menschen in der organischen Beziehung zur Umwelt,

in welchen Verkleidungen sie auch immer ein „Ich“ vor Entscheidungen stellt, so gehört andererseits zu der von seinen Büchern ausgehenden Wirkung die Bemühung um die Sprache selbst. Sein Essay „Über die Vokale“, seine Schrift „Sprache und Körperbau“ sind nur der Niederschlag seines stetigen Fasziniertseins vom Wort.

Dennoch hat Jünger weder eine „Botschaft“ (er verzichtet auf jede Verkündergeste, wo er Fragestellungen zeigt), noch hat er eine besondere literarische „Schule“ geschaffen. In seinem Werk – ganz gleich, ob man die Tagebücher, die Essays oder die Roman-Erzählungen nimmt – zeigt sich, wie ja eigentlich in jedem schriftstellerischen Schaffen von Rang, daß die Katalogbezeichnung von der „littérature engagée“ sinnlos ist: jede Aussage, die aus der erlebten Realität des Einzelnebens kommt, mündet wieder ein in die allgemeine Wirklichkeit.

So sind die Bücher Jüngers, obwohl er kein Politiker ist, voll von wichtigen politischen Findungen, obwohl er kein Theologe ist, von theologischen Einsichten; so ist der Individualist, zu dem Jünger immer mehr wurde, zur gleichen Zeit Teil jener geheimen „Bruderschaft der Unruhigen“, die – die nationalen Grenzen sprengend – heute Männer wie Silone, Malraux, Koestler und andere umfaßt und den Spuren von T. E. Lawrence und Antoine de Saint Exupéry ebenso folgt wie Kierkegaardschen Einflüssen.

Ernst Jünger, Deutscher und Europäer, Diener am Wort und an der Wahrheit, kann auf ein erfülltes Leben zurückschauen, wenn sich der Jahresring zur Zahl 60 rundet. Deutschland wäre ärmer, gäbe es ihn und die von ihm ausgehenden Impulse nicht.

K. O. Paetel

Die in den einzelnen Beiträgen zum Ausdruck kommenden Ansichten decken sich keineswegs immer mit der Meinung der Schriftleitung, zum Teil sind sie ihr entgegengesetzt. Die Schriftleitung fühlt sich verpflichtet, allen Stimmen Gehör zu verschaffen, deren Vorhandensein bei einem Bemühen um Realismus zur Kenntnis genommen werden muß oder die ein wichtiges Gespräch in Gang bringen können. Darüberhinaus enthält der Abschnitt „Freie Aussprache“ genau das, was seine Überschrift sagt.

Hamburg — Mittler zwischen Ost und West

Nicht größer, aber leistungsfähiger als früher

„Die Aufgaben wachsen mit den Kräften“, — diese Umkehrung eines bekannten Sprichwortes drängt sich mir auf, wenn ich die Nachkriegsentwicklung Hamburgs rückblickend überschaue. An ihrem Ausgangspunkt, im Jahre 1945, wäre es auch den Hamburgern vermessen erschienen, für den damaligen Hafentorso — ein Fünftel der früheren Kapazität — eine funktionelle Bedeutung für das deutsche oder gar für das europäische Wirtschafts- und Verkehrssystem zu beanspruchen. Man mußte froh sein, wenn die verbliebenen Umschlagseinrichtungen ausreichten, um wenigstens die dringlichsten Lebensmittel- und Rohstoffzufuhren für die Britische Besatzungszone mehr schlecht als recht abzufertigen.

Inzwischen aber sind zehn Jahre vergangen. Sie verwandelten das Trümmerfeld wieder in eine vielseitige Umschlagsmaschinerie, die mit ihren Kaischuppen und Kränen, ihren Greifergutanlagen und Getreidesilos zwar nicht größer, aber moderner und damit leistungsfähiger ist als früher. Ausländische und später im wachsenden Maße auch deutsche Schiffe liefen wieder regelmäßig die Elbe an und schlugen zuverlässige Brücken zu allen überseeischen Warenmärkten.

Mit dem qualitativen und quantitativen Wachstumsprozeß der Hafenanlagen und der immer engeren Verflechtung mit dem transozeanischen Weltverkehr weitete sich auch wieder der Aktionsradius Hamburgs in seinem „trockenen“ und „nassen“ Hinterland. Er übersprang die Grenzen der Britischen Besatzungszone, erfaßte weite Teile der neugeborenen Bundesrepublik Deutschland und griff bald auch auf das — politisch „westliche“ — außerdeutsche Hinterland wie Österreich, die Schweiz und die skandinavischen Staaten über.

Hamburg kann sein Hinterland nicht verleugnen

Nur der Verkehr mit dem östlichen Hinterland blieb aus mannigfaltigen, keineswegs nur politischen Gründen lange Jahre relativ schwach. Als aber auch die östlichen Volkswirtschaften und mit ihnen ihre Außenhandelsintensität wieder erstarkten, war Hamburg bereit und auch leistungsmäßig in der Lage, als fairer Mittler zwischen West und Ost seine Dienste beiden Teilen des zweigeteilten Deutschland und des auseinandergerissenen Europa anzubieten.

Eine derartige Haltung entspricht nicht nur der geographischen Lage Hamburgs im Zentrum Europas und seiner jahrhundertealten Tradition als europäisches „Tor zur Welt“. Sie berücksichtigt vor allem auch die Gefahren, die einer Wiedervereinigung Deutschlands erwachsen würden, wenn der größte deutsche Seehafen dem mitteleuropäischen Überseeverkehr seine Dienste verweigerte.

Die Elbe mit ihren Zuflüssen und Verbindungskanälen und die Verkehrsadern des dichten Bahn- und Straßennetzes sind heute noch einige der letzten Bande, die beide Teile Deutschlands zusammenhalten. Werden sie an der Zonengrenze zerschnitten, so bedeutet das mehr als nur eine kostspielige und unökonomische Umleitung von Warensendungen.

Der Einfuhrbedarf und das Ausfuhrvermögen der mitteldeutschen Wirtschaft sind heute so stark, daß die vorhandene Kapazität der eigenen Verkehrswege und ihrer „Kopfbahnhöfe“ – der Ostseehäfen – bei weitem nicht ausreicht, um eine nur einigermaßen zufriedenstellende Abfertigung zu gewährleisten. Es müßten also neue Verkehrsfazilitäten geschaffen und vorhandene wesentlich ausgebaut werden.

Ähnliches gilt auch für den Handel, d. h. für die Errichtung von eigenen Exportvertretungen, Auslandsniederlassungen und dergleichen. Sind solche Schritte aber erst einmal unternommen, so können sie schon mit Rücksicht auf die aufgewandten Kosten nur schwer wieder rückgängig gemacht werden. Mit anderen Worten: Deutschland wäre auch im Bereich des Außenhandels und Überseeverkehrs endgültig auseinandergefallen.

Wirtschaftliche Anziehungskraft gegen politisches Ressentiment

Soll diese Entwicklung verhindert werden, so kann sich Hamburg nicht auf eine bloße Dienstleistungsofferte beschränken. Dem Osten muß der Weg über Hamburg so weitgehend geebnet werden, wie es die nun einmal gegebenen politischen Verhältnisse zulassen. Dazu gehört – ganz generell – ein weiterer Ausbau der Hafenanlagen, des Hafenservice und der Überseeverbindungen, um die wirtschaftliche Anziehungskraft Hamburgs so zu festigen, daß sie sich auch gegen gelegentlich wieder auftretende politische Ressentiments behaupten kann.

Daneben gilt es, die speziellen Schwierigkeiten und Hemmungen zu beseitigen, die diesen Verkehrssektor zur Zeit noch belasten. Ich denke da an die Verrechnungsschwierigkeiten im Dienstleistungsverkehr, die – wie schon praktiziert – durch einen Ausgleich des Saldos über die Warenkonten behoben werden könnten. Eine weitere kurzfristige Maßnahme wäre die Reduzierung des „Formalitätenkrieges“ auf ein absolut notwendiges Minimum. Hier wurde kürzlich durch die Ausstellung von Dauerpermits für tschechoslowakische Elbeschiffer ein erfolgversprechender Anfang gemacht.

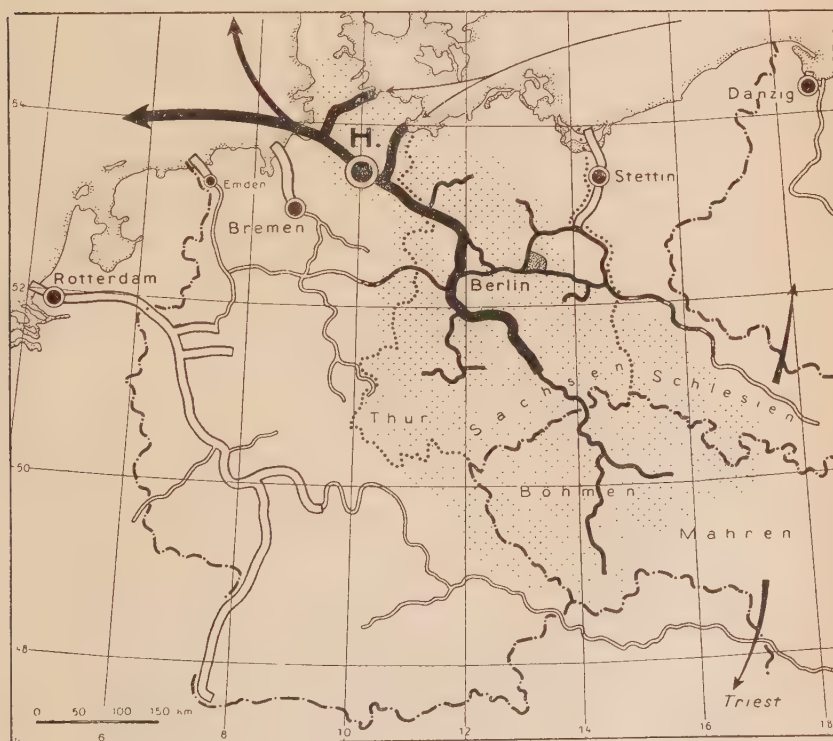
Wichtiger, aber auch langfristiger ist der Ausbau der Elbe zu einer „vollschiffigen“, d. h. für voll ausgeladene 1000-t-Kähne geeigneten Wasserstraße. Auch hier wird – wenigstens für das Gebiet der Bundesrepublik – mit dem geplanten Bau der Staustufe Geesthacht der erste Schritt zur Tat getan. Die unbedingt notwendige Ergänzung durch gleichgerichtete Maßnahmen am Mittel- und Oberlauf des Stromes befindet sich zwar noch im Vorstadium der Verhandlungen, jedoch besteht auch hier Anlaß zu einem gedämpften Optimismus.

All diese Verbesserungen im Bereich des Verkehrs müssen jedoch so lange Bruchstücke bleiben, wie sich nicht auch der hamburgische Handel aktiv in die Förderung des Ost-Westverkehrs einschaltet. Ich habe schon früher die vielleicht von mancher Seite als ketzerisch empfundene Idee vertreten, daß der Hamburger Exporthandel in die Lage versetzt werden sollte, die Kaufwünsche seiner überseeischen Geschäftsfreunde nach rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten aus dem Warensortiment der west- und osteuropäischen Staaten zu decken. Der Westen sollte sich stark genug fühlen, um in diesem Wettbewerb zu bestehen, und der Osten würde darauf verzichten können, auch im Handel eigene Wege zu gehen.

Das A und O aller hamburgischen Bemühungen um den Ost-Verkehr ist: Hamburg kann seine deutsche und europäische Aufgabe als Mittler und Bindeglied zwischen Ost und West nur erfüllen, wenn es durch ein ausreichendes Ladungsaufkommen aus dem Westen in die Lage versetzt wird, ohne Existenzsorgen seine ganze Energie der Überwindung politischer Animositäten und Bedenken im Osten zu widmen.

Wie der auch im Jahre 1954 wieder nachweisbare Rückgang im Anteil Hamburgs an den Außenhandelstransporten des Bundes beweist, ist dieses sichere Fundament im Westen noch nicht vorhanden. Es sollte durch eine Angleichung der Vor- und Nachfrachten im Sinne der *Port Equalisation* und eine Verbesserung der binnenländischen Zubringerwege baldigst geschaffen werden, denn das angestrebte Ziel erfordert und rechtfertigt es.

Dies um so mehr, als der Osten schon eindeutig erkennen ließ, daß er gewillt ist, die Hamburger Dienstleistungsangebote zu akzeptieren und durch entsprechende Transporte zu honorieren. Hamburgs Mittlerfunktion zwischen West und Ost ist schon heute keine Illusion mehr, und sie wird in dem Maße an Realität gewinnen, wie Hafen und Handel ihre wirtschaftliche Attraktivität steigern können.



WIE KOMMT DIE SOWJETUNION AN DIE ELBE?

Sehr geehrte Herren!

Im Anschluß an den Bericht über das Zustandekommen der Zonengrenze zwischen den westlichen Alliierten und der Sowjetunion (Jg. 1952, S. 436—439) darf ich Sie auf Seite 443 f. in Churchills letztem Memoirenband: *Triumph and Tragedy*, aufmerksam machen. Er sagt, die „proposals of the European Advisory Council“ seien „not sufficiently pressing or practical to be brought before the War Cabinet“ gewesen. Er fährt fort: „The question of the Russian zone of occupation in Germany therefore did not bulk in our thoughts or in Anglo-American discussions, nor was it raised by any of the leaders at Teheran. . . The Russian zone of Germany remained an academic conception. . .“.

Später schreibt Churchill allerdings öfter von „the agreed occupational zones“ und verurteilt mit den schärfsten Ausdrücken den überstürzten Rückzug der Amerikaner hinter den „Iron Curtain“, dem er das 2. Buch des 6. Bandes widmet.

Es macht den Eindruck, als ob er den Aufsatz von Mosely in *Foreign Affairs* nicht gelesen habe. Offenbar hat Sir William Strang, den er auf Seite 443 erwähnt, seinen Vorschlag vom 14. 1. 1944 mit ausdrücklicher Zustimmung Edens, wenn nicht Churchills selbst, gemacht. Beide hatten sich damals wohl nicht die ungeheure Tragweite ihres von den Russen mit Vergnügen angenommenen Angebots überlegt. Churchill hat alle Ursache, mit Stillschweigen zu übergehen, wie die verhängnisvolle Zonengrenze zustande gekommen ist.

Das Telegramm, von dem er vor kurzem sprach und das man vergeblich als einen Befehl an Montgomery in den Akten suchte, ist offenbar die am 9. 5. 1945 an Eisenhower gesandte Depesche, die Churchill auf Seite 499 erwähnt. Montgomery hat wahrscheinlich eine Abschrift erhalten. Darin wird von „weapons“ der Deutschen gesprochen, und es heißt über sie: „We may have great need of these some day“.

Seit zehn Jahren hat sich außer Mosely merkwürdigerweise niemand darüber gewundert, daß bis heute der Text des Ab-

kommens zwischen den Siegermächten über die Zonengrenzen im Gebiet des früheren Deutschen Reiches im Unterschied zu den Abmachungen über die Zonengrenzen in Österreich (vgl. *Geopolitik* 1954, S. 365—367) nicht veröffentlicht worden ist. Gotthard Jäschke

Die Deutschlandpolitik der Sowjetunion

Seit dem Zweiten Weltkrieg hat Boris Meissner führend bei der Erforschung der Sowjetunion mitgewirkt. Er hat sich nicht nur in Deutschland, sondern auch im Ausland einen beneidenswerten Ruf geschaffen, den er seiner geduldischen und fleißigen Tatsachensammlung, seiner objektiven Darstellung, seiner geschickten Zusammenfassung und dem Aussagewert seiner Schlußfolgerungen verdankt.

Typisch für seinen Gelehrtenfleiß ist der Band über die sowjetische Deutschlandpolitik 1943—53. Keine amtliche Quelle von Bedeutung, die in deutscher Sprache oder einer Sprache der Besatzungsmächte erschienen ist, scheint übersehen worden zu sein. (Weiter unten wird noch etwas über das Fehlen anderen Quellenmaterials zu sagen sein). Die riesige Materialsammlung ist logisch aufgebaut, voll belegt und durch ein sorgfältiges Register erschlossen. Man kann diesen Band so wenig wie Meissners andere Arbeiten bei einer ernsthaften Beschäftigung mit der Sowjetunion beiseite lassen.

Trotzdem wird ein aufmerksamer Leser möglicherweise an Meissners Art, den Gegenstand zu behandeln, einiges finden, was den Wert des Werkes in bestimmtem Maße herabsetzt.

Erstens muß festgestellt werden, daß Meissner zwar die Technik der objektiven und unparteiischen Forschungsarbeit offensichtlich beherrscht, daß er persönlich jedoch im Grunde einen bestimmten Standpunkt in bezug auf eine wünschenswerte deutsche Politik gegenüber der Sowjetunion und dem Westen eindeutig bezogen hat. Offenbar unternimmt er seine unermüdliche Arbeit nicht nur im Interesse einer selbstlosen Forschung, sondern mindestens zum Teil auch deshalb, weil er damit Einfluß auf die Gestaltung der deutschen Politik gewinnen zu können hofft. Meistens

dringt dieses Motiv nicht an die Oberfläche seines dicht zusammengewebten Materials von Tatsachen und Nachweisen, aber gelegentlich fühlt man doch, daß es sich bemerkbar macht.

Ein eindrucksvolles Beispiel dafür findet sich am Ende des hier behandelten Werkes, wo Meissner offen eine politische Analyse vornimmt, von der aus eine Diagnose des deutschen Problems gestellt werden kann. Er entwickelt die These, das die beste Lösung sowohl für die Sowjetunion als auch für den Westen (stillschweigend meint er, vor allem für Deutschland selbst) die Errichtung eines bewaffneten, jedoch neutralisierten deutschen Staates wäre, der in der Lage sein könnte, das Gleichgewicht zwischen der kommunistischen Welt (Meissner nennt sie „Eurasien“) und dem nicht-kommunistischen Westen (er spricht von der „Atlantisch-Pazifischen Welthälfte“) zu halten.

Seine These leidet darunter, daß er sie mit einem ziemlich langen Zitat aus Stalins Antwort an einen amerikanischen Journalisten Ende 1952 belegt. Damals schon war es ziemlich klar, daß diese Äußerung wenig wirkliche Bedeutung für ein Verständnis der sowjetischen Außenpolitik hatte. Was ihr an Bedeutung damals zugekommen sein mag, hat sie seitdem völlig verloren (wie gering ihr Aussagewert ist, wurde wiederum bei der Berliner Konferenz im Januar 1954 deutlich).

Damit soll natürlich nicht gesagt sein, daß Meissners politische Ansichten notwendigerweise falsch sind oder daß die politische Linie, die er sich für Deutschland wünscht, nicht für alle Beteiligten wünschenswert wäre, wenn man sie nur wirklich einschlagen könnte. Es soll nur darauf hingewiesen werden, daß gelegentlich seine politischen Ansichten von Einfluß auf die Auswahl und die Deutung des Materials sind (dabei muß noch einmal betont werden, daß die gewählten Unterlagen vom wissenschaftlichen Standpunkt aus stets mit einer nahezu untadeligen Genauigkeit und Vollständigkeit ausgelegt werden).

Zweitens leidet der Wert von Meissners Arbeiten, besonders der vorliegenden Arbeit, darunter, daß er sich in hohem Maße auf amtliche oder halbamtliche Dokumente zu verlassen pflegt, zum Nachteil mehr inoffizieller und oftmals aufschlußreicher persönlicher Berichte. Es bedarf kaum einer

Betonung, daß Forschungsarbeiten, die sich ausschließlich auf amtliches Material stützen, notwendig sind. Aber man hat das Gefühl, daß Meissner mehr als das erstrebt, so wertvoll die Auswertung der amtlichen Dokumente allein auch sein mag. Man hat das Gefühl, daß es ihm wirklich darum geht, den Gegenstand seiner Wahl umfassend darzustellen. In diesem Sinne hat er sich bei seiner denkwürdigen Studie: „Rußland im Umbruch“ bemüht, die auf lange Zeit hinaus als eine der gründlichsten Arbeiten eines westlichen Gelehrten über die sowjetische Gesellschaft gelten kann. Er hat damals seine Bemühungen zum Erfolg führen können.

Wenn die neue Arbeit weniger gut als die frühere ist, liegt das nicht an einem Wechsel der Methode, sondern daran, daß die Unterlagen sich nicht in idealem Sinn dazu eignen, ein umfassendes Bild der sowjetischen Deutschlandpolitik zu bieten. Der Leser erhält eine Fülle wertvoller und bedeutsamer Einzelheiten aus offiziellen und offiziellen Quellen. Es fehlen jedoch Nachweise aus den inoffiziellen, dabei oft höchst aufschlußreichen Berichten deutscher und sowjetischer Flüchtlinge, die uns im Westen soviel über die Wirklichkeit der sowjetischen Deutschlandpolitik berichtet haben.

Um ein einziges Beispiel zu nennen: Meissner hat anscheinend das von einem früheren Mitarbeiter der sowjetischen Militärbehörden in Deutschland (er benutzt den Namen „Gregory Klimow“) geschriebene Buch „Berliner Kreml“ nicht in angemessenem Ausmaß verwertet. Klimows Buch enthält zugegebenermaßen sehr viel sensationelle Journalistik, aber trotzdem auch einige höchst wertvolle und tatsächentreue Darstellungen der Wirklichkeit hinter der Fassade der sowjetischen Deutschlandpolitik, während diese Wirklichkeit in den amtlichen Darstellungen sorgfältig verdeckt wird. In ähnlicher Weise hätte eine ausführlichere Benutzung des reichhaltigen Materials, das die SPD über die sowjetische Ausbeutung der mitteldeutschen Industrie zusammengetragen hat, eine wertvolle Bereicherung und auch eine Richtigstellung des Berichtes ermöglicht, den Meissner über die Gründung der SAGs und ähnliche Entwicklungen gibt.

Trotz dieser kritischen Bemerkungen muß erklärt werden, daß Meissners Buch eine

wichtige Leistung auf seinem Fachgebiet ist, ein Muster sorgfältiger Gelehrtenarbeit und ein Werk, das von allen Wissenschaftlern, soweit sie am Deutschland der Gegenwart oder an der sowjetischen Außenpolitik interessiert sind, benutzt werden müßte.

Robert M. Slusser

Boris Meißner: Rußland, die Westmächte und Deutschland: Die sowjetische Deutschlandpolitik 1943–1953. H. H. Nölke Verlag, Hamburg 1953, 372 S., 12.— DM.

Vorfeld oder Vortrupp?

Sehr geehrte Herren!

Die Reste der Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges, die trotz mehrerer Jahre fanatischen Wiederaufbaus in den Städten Deutschlands noch immer gespenstisch in den Himmel ragen, machen einem von außen kommenden Beobachter die Angst der Mehrheit der Deutschen vor einem Dritten Weltkrieg völlig verständlich.

Es ist darum kein Wunder, daß die gesamte deutsche Politik von diesen Beklemmungen beherrscht wird. Die leidenschaftliche Diskussion für oder wider die Aufrüstung hat in dieser völlig berechtigten Psychose ihren Ausgangspunkt. Nur wird das Blickfeld durch den Streit um innerpolitische Machtpositionen verdunkelt, während eine Betrachtung der außenpolitischen Lage der Bundesrepublik unter viel weiter gesteckten Gesichtspunkten nötig wäre, wie denen der Bedeutung des Raumes der Erde, seiner Verwertung und seiner Verteilung nach Begriffen von morgen.

Ist dieses Bewußtsein erst einmal lebendig geworden, dann würde sich auf dem Gebiet der deutschen außenpolitischen Theorie etwas Merkwürdiges begeben. Ihre Schlagworte würden nicht mehr lauten: mit oder gegen die Vereinigten Staaten. Es würden sich vielmehr die Möglichkeiten zu einer Synthese zwischen dem außenpolitischen Aufgabenkomplex der Bundesrepublik und dem der USA zeigen. An ihn könnte ohne Reibungen, im Gegenteil sogar in voller Harmonie nicht bloß das geeinte Europa, sondern auch ein großer Teil von Afrika und Asien Anschluß finden.

Das Charakteristikum der heutigen Weltlage liegt darin, daß sie gar nicht

von dem Bemühen bestimmt wird, die Herrschaft einer Völkergruppe über die andere mit allen Mitteln durchzusetzen. Diese Stimmung findet ihren Ausdruck in dem Schlagwort von der Koexistenz, deren Wert von Völkern wie von Staatsmännern widerspruchslos anerkannt wird.

Es ist nicht der geringste Teil der menschlichen Tragödie von heute, daß praktische Experimente zur Verwirklichung des Gedankens der Koexistenz teils aus Furcht vor den Gefahren des Ungewohnten, teils aus der Bequemlichkeit von Individuen und Gruppen nicht ernsthaft unternommen und daher auch nicht nutzbar gemacht werden.

Auch wenn man nicht chiliastisch denkt, sprechen alle Anzeichen dafür, daß die weiße wie die farbige Menschheit sich einem ihrer großen geschichtlichen Wendepunkte mit den ewig wiederkehrenden Alternativen nähert: Vernichtung durch Krieg oder Rettung durch Raumwechsel.

An theoretischen Hinweisen auf die Notwendigkeit, den Raum zur Grundlage für die Neugestaltung menschlicher Beziehungen zu machen, ist seit dem Zweiten Weltkrieg weniger Mangel als je. Sie unterscheiden sich in ihrer Mehrzahl von den im Zeitalter des Imperialismus üblichen Mitteln dadurch, daß sie unter dem Zwang der Umstände nicht mehr durch die These von der gottgewollten Überlegenheit der mitteleuropäischen Rasse bestimmt sind, einer Erkenntnis, die hoffentlich einmal dazu führen wird, in der gerechten Aufteilung der Erde das nächste Ziel der sogenannten Weltpolitik zu sehen. Als Folge dieser Einsicht wird an die Stelle des Europäischen Gleichgewichts, das bis zum Ersten Weltkrieg schlecht und recht funktioniert hat, ein Internationales Gleichgewicht treten. Die Zerstörung des Europäischen Gleichgewichts hat das Unglück des Zweiten Weltkrieges und die nach ihm aufgetretene quälende Ungewißheit darüber verschuldet, ob der Kalte Krieg im Armageddon eines Dritten Weltkrieges oder in einer Friedensepoche von längerer Dauer sein Ende finden wird.

Mit der Veränderung der weltpolitischen Situation findet auch eine Verlagerung jener Stellen auf der Erde statt, die in der geopolitischen Terminologie als geopolitische Druckpunkte bezeichnet werden.

Die Aufgabe der Geopolitik von gestern bestand darin, die Aufmerksamkeit von Staatsmännern und Diplomaten auf die Existenz solcher Gefahrenzentren zu richten. Über die Methode zu ihrer Beseitigung war bis zu den zwei Weltkriegen kein großes Kopfzerbrechen nötig. Sie beschränkte sich auf Präventivmaßnahmen zur Verhütung eines Angriffs von emporstrebenden Rivalen durch Bündnisse oder Rüstungen, ihnen pfliegte gewöhnlich als ultima ratio regum ein Krieg zu folgen.

Durch die Umgestaltung der Weltlage ist Deutschland aus einem mitbestimmenden Teil eines europäischen Gleichgewichtssystems zu einem Vorfeld etwaiger neuer Kriege geworden. Damit erhebt sich die Frage: Wodurch sind die Konsequenzen eines solchen Zustandes durch etwas anderes zu beseitigen als durch eine Preisgabe, durch Auslieferung als willenloses Objekt an stärkere Mächte? Es bleibt hierbei völlig gleich, ob es sich um demokratische oder sowjetische handelt.

Die Zukunftsaufgabe der deutschen Außenpolitik muß heißen: Suche nach einer Entlastung, die gleichzeitig eine Belastung durch Remilitarisierung wie durch einen völligen Verlust jeglichen Einflusses auf dem Wege durch außenpolitische Aktivität verhindert. Diese Aufgabe übersteigt Deutschlands eigene machtpolitischen Möglichkeiten, aber im Verbande einer Kombination von Staaten, die sich in ähnlicher Lage befinden und die sich keineswegs auf Europa beschränkt, öffnen sich ihm die Tore in eine Weite, die genau so wie die der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion kontinental, d. h. überstaatlich, sind, und darum die gleichen gewaltigen ökonomischen und kulturpolitischen Möglichkeiten aufweisen. Sie befindet sich im Raum um das Mittelmeer, in dessen weitestem Umkreis, mit dem Nordkap, dem Atlantischen Ozean und dem Indischen Ozean als Grenzen.

Auch im Zeitalter der Flug- und Atomtechnik werden diese Ideen noch immer von überlebten Kirchturmvorstellungen in den Hintergrund gedrängt. Ein Beispiel dafür gibt die Einstellung der Freunde und der Gegner der deutschen Aufrüstung. In der Saarfrage denken die Bürgerlichen bestenfalls europäisch und die Sozialisten bestenfalls großdeutsch, während Deutsch-

lands Zukunft im mediterranen Raum liegt. In diesem Mißverhältnis zwischen antiquierten politischen Begriffen und modernster Technik liegt eine der großen Schwächen unseres Zeitalters. Beide befinden sich im Kampf um die Herrschaft über die Gesellschaft, während das Ziel des politischen wie des wissenschaftlichen Denkens unserer Epoche darauf gerichtet sein muß, beide scheinbar unvereinbaren Begriffe in eine für konstruktives Handeln verwendbare Synthese zusammenzuschweißen.

Das Bemühen um die Überbrückung dieses Konflikts gehört zu den Voraussetzungen für den Erfolg der Bemühungen, die Menschheit vor dem Sturz in das Nichts zu bewahren. Am Beginn des Versuchs, die Erde aus Vorfeldern und Kampffeldern für einen Dritten Weltkrieg in Räume friedlicher Zusammenarbeit zu verwandeln, steht noch ein mühevoller und wahrscheinlich auch langwieriger geistiger Prozeß. Das neue Verhältnis zwischen Ländern, Völkern und Rassen wird durch einen Predigerfeldzug vorbereitet werden müssen, der die Besten der Erde zur Vorbereitung eines Feldzugsplanes aufruft. An Bemühungen dieser Art herrscht nicht einmal Mangel, aber sie sind niemals weder im Geistigen noch im Materiellen aus einer Enge herausgekommen, weil sie auf Sonderinteressen gerichtet waren. Das trifft auf die Kirche genau so zu wie auf den Zionismus, die Expansion großer Wirtschaftskonzerne wie auf die Bemühungen der überseeischen Staaten, die Einwanderer suchen, weil sie billige Hände benötigen.

Die Planung einer neuen Völkerwanderung braucht einen neuen Geist, der aus ergiebigen und stark dahinströmenden Quellen gespeist werden muß, weil sie wie jede Völkerwanderung vor ihr über lange Zeiträume gehen wird.

Eine in ihren Erkenntnissen durch die Lehren des Zweiten Weltkrieges gewandelte Geopolitik kann zu einer der wichtigsten in diesem Gesundungsprozeß wirkenden Kräfte werden. Sie könnte dabei den Beweis erbringen, daß sie nicht nur die dienende Magd zerstörender Gewalten zu sein braucht, sondern eine Helferin bei der Suche nach neuen konstruktiven Aufgaben zur Gestaltung einer lichtereren Zukunft.

Karl Loewy

Amerika und Asien — wo ist das konstruktive Programm?

Eurasien wird zusammengeschlossen

Die tödliche Gefahr, die für den Westen entstehen mußte, wenn das Reich der Himmelssöhne mit seinen 600 Millionen Menschen der kommunistischen Herrschaft zugeschlagen würde, ist zweifellos nicht überall rechtzeitig erkannt worden.

Als Mao sich anschickte, ganz China in seine Gewalt zu bringen, mußte man sich darüber klar sein, daß ein Erreichen seiner Ziele eine unmittelbare Bedrohung des gesamten Südostasiens zur Folge haben würde, jenes großen Reis-Speichers, der für seinen jeweiligen Besitzer deswegen von entscheidender Bedeutung ist, weil die Produktion dieses asiatischen Hauptnahrungsmittels in allen übrigen Ländern unzureichend ist.

Später — so folgerten wir damals weiter — würden auch Indien und Indonesien fallen, womit ein weiteres von 535 Millionen bewohntes und an Kautschuk, Zinn, Erdöl, Eisen und Thorium reiches Gebiet in die Hände der Kommunisten gelangen würde.

Die nordamerikanische „Front“ mußte sich dann auf Japan, Formosa, die Philippinen und Australien stützen, die sämtlich im Wirkungsbereich von auf dem Festland stationierten Bombern liegen. In einem Krieg wären diese vier Stützpunkte alles andere als uneinnehmbar, da Australien nur 70 Meilen von Neuguinea entfernt ist, die Philippinen mit einer starken kommunistischen Bewegung rechnen müssen, deren „Hukbalahap“-Partisanen nur mit großer Mühe niedergeworfen werden konnten, und Formosa und Japan als eine Art — freilich sehr dicht vor der chinesischen Küste verankerter — unversenkbarer Flugzeugträger keine andere als die fragwürdige Rolle spielen würden, die England während des letzten Krieges zufiel. Da Tokio ferner nicht auf den asiatischen Handel verzichten kann, würde es nicht zögern, sich dem kontinentalen Block anzuschließen.

Der Umschwung in China mußte als der Beginn der Einigung Eurasiens, ja der gesamten Alten Welt betrachtet werden, mit dem Ziel, die westliche Hemisphäre einzukreisen und so den Zweikampf zwischen Ost und West zu entscheiden. Es fehlte damals auch nicht an Hinweisen auf die wirtschaftlichen und diplomatischen Schritte, die unternommen werden könnten, um wenigstens den Süden Chinas zu retten, der dem Kommunismus weniger zuneigt und wegen seines gebirgigen Charakters leichter zu verteidigen ist.

Passivität der USA

Doch in den Vereinigten Staaten rührte niemand einen Finger, um das korrupte Kuomintang-Regime zu retten, das unter völliger Teilnahmslosigkeit der öffentlichen Meinung wie der Regierungskreise der USA zusammenbrach. Man war davon überzeugt, daß allein die Verteidigung Europas notwendig sei und daß das Bündnis mit 85 Millionen Japanern ausreiche, um einen Kontinent von mehr als 1000 Millionen Menschen in Schach zu halten.

Die Amerikaner waren sich nicht darüber klar, daß sie nach dem Grundsatz des Kräftehaushaltes in diesem Augenblick ihre gesamte Wirtschaftshilfe Tschiang Kai-

scheik zuwenden mußten, selbst auf die Gefahr hin, die übrigen Weltzonen vorübergehend zu vernachlässigen. Denn von dem unermesslichen China aus mußte es möglich sein, offen und ungestraft, ständig und ungehindert die kommunistischen Fünften Kolonnen aller dieser Länder zu unterstützen. Ein großer Teil der 12 Millionen Auslandschinesen in Asien verwandelte sich so in eine machtvolle Fünfte Kolonne Pekings, die gerade durch ihre wirtschaftliche Bedeutung gefährlich wird. Denn obwohl die Auslandschinesen meist recht wohlhabend sind, treten sie als Patrioten fast immer für ihr Vaterland ein, selbst wenn es kommunistisch ist.

Dagegen würde ein rotes Regime in jedem anderen asiatischen Land mit Ausnahme des indischen Riesenreiches nur eine zwar gefährliche, aber zu bekämpfende und möglicherweise zu lokalisierende Erscheinung darstellen.

Es handelt sich nicht darum, daß China unbesiegbar ist, wie viele annehmen, sondern darum, daß sich ein Krieg gegen dieses Land nur als Teil eines weltweiten Konfliktes rechtfertigt, in welchem Fall sich das Pentagon auf entscheidende Ziele konzentrieren müßte, statt sich auf einen langen Landkrieg in Asien einzulassen.

Die Hilfe, die die chinesische Nationalregierung damals benötigt hätte, wurde auf rund 1000 Millionen Dollar geschätzt, von denen die Amerikaner behaupteten, sie könnten sie nicht gewähren, ohne die Stabilität ihrer Wirtschaft zu gefährden. Als Folge davon haben sie bis heute 15 000 Millionen Dollar in Korea und 2800 Millionen Dollar in Indochina ausgegeben, ganz zu schweigen von den 140 000 Toten.

Jenes Wort vom „zu wenig und zu spät“, das stets die Außenpolitik der westlichen Demokratien bestimmt hat, macht sie besonders ungeeignet, mit totalitären Regimen umzugehen, und nötigt sie schließlich zu viel größeren Opfern, wenn es nicht sogar eines Tages die Gefahr des endgültigen Unterganges heraufbeschwört.

Korea und Indochina

Die Ereignisse in Korea veranlaßten schließlich die Vereinigten Staaten zum sofortigen Eingreifen, weil Korea, „der gegen das Herz Japans gerichtete Dolch“, wie es in einer alten japanischen Chronik heißt, das gefährdete, was sie als ihren Hauptstützpunkt in Ostasien betrachteten.

Natürlich kann man den „Dolch“ auch von der anderen Seite aus so betrachten. Und in diesem Sinne unterscheidet sich das Verhältnis Korea-China nicht von dem, das beispielsweise zwischen Guatemala und den USA besteht!

Aber selbstverständlich muß sich jeder um seine Angelegenheiten kümmern, und die Vereinigten Staaten taten von ihrem Gesichtspunkt aus sehr wohl daran, zum Gegenangriff zu schreiten. Was als einfache Polizeiaktion begann, endete freilich als Abnutzungskrieg, der für die Amerikaner schlimmer war als der von 1939–45, weil sie damals in der Endphase schließlich ohne Risiko gegen einen waffenlosen und zahlenmäßig unterlegenen Feind kämpften.

Um in Korea einen Stellungskrieg ohne Ende zu vermeiden, hatte man keine andere Wahl als einen Weltkrieg, bei dem die Entscheidung durch die Zerstörung der kommunistischen Machtzentren, besonders in Rußland, zu erreichen gewesen wäre. Nordamerika wählte einen Kompromiß und betrog sich selbst und den Gegner durch die Erklärung, nicht zulassen zu wollen, daß Peking den Waffenstillstand dazu benutzte, sein Potential gegen Indochina zu richten.

Mao bewies, daß er ein guter Kenner der nordamerikanischen Eigenart ist, indem er nicht zögerte, diesen Rubikon zu überschreiten, und Ho Tsch-minh mit dem schweren Material ausrüstete, das diesem fehlte, um seine Partisanenhaufen in ein reguläres Heer zu verwandeln. Wie nicht anders zu erwarten, konnte Foster Dulles seine Drohung lediglich in diplomatischen Schritten, Reisen, Reden und einer unzureichenden Waffen- und Dollar-Hilfe verwirklichen.

Gewitzigt durch die Erfahrungen in Korea stimmte die amerikanische öffentliche Meinung einer neuen Polizeiaktion, geschweige denn einer weltweiten Entscheidung, nicht zu. Dem *State Department* blieb keine andere Wahl als der Versuch, die „Viets“ durch das Gewicht eines Bündnisses mit dem *Commonwealth* aufzuhalten, dessen Stützpunkte für einen Angriff gegen Kontinental-China unerläßlich sind. Washington war schon nicht mehr die Hauptstadt der angelsächsischen Welt.

Das sowjetische Gold, das als Folge oder unter dem Vorwand des Einkaufes von Verbrauchsgütern zur Hebung des Lebensstandards der Sowjetbürger nach London floß, sowie der Handel mit China machten England von der amerikanischen Wirtschaftshilfe unabhängiger und gaben ihm seine Handlungsfreiheit gegenüber den Vereinigten Staaten in stärkerem Maße zurück. Der auf den Zusammenhalt des *Commonwealth* bedachte Churchill stimmte insgeheim dem Abschluß des Paktes erst für den Zeitpunkt zu, an dem die Ergebnisse der Genfer Konferenz bekannt sein würden.

Die Franzosen, die schon Monate vorher angekündigt hatten, daß sie das Delta des Roten Flusses nicht würden halten können, wenn man ihnen nicht drei Divisionen zur Verfügung stellte, mußten im Waffenstillstandsvertrag dieses Gebiet abtreten — als Reisanbauzentrum eine für die asiatische Politik wahrhaft strategische Zone — zusammen mit dem Nordteil Annams, wodurch das Königreich Laos in gefährlicher Weise isoliert und die größere Hälfte der vietnamesischen Bevölkerung der kommunistischen Herrschaft ausgeliefert wurde.

Die Vereinigten Staaten erklärten sich widerwillig mit dem Waffenstillstand einverstanden, wenn sie sich auch weigerten, ihn zu unterzeichnen, um durch dies Zugeständnis an Frankreich den — freilich vergeblichen — Versuch zu machen, die Europäische Verteidigungsgemeinschaft zu retten.

Der Manila-Pakt

An Erfahrungen reicher, aber an Ansehen in den Augen der kommunistischen Welt ärmer, weil es nicht gelungen war, die chinesische Unterstützung für Ho Tsch-minh zu verhindern, berief dann Washington eine Konferenz nach Baguio mit dem Ziel ein, das Verteidigungssystem Südasiens ähnlich dem Nordatlantikpakt aufzurichten.

Die Mächte der Colombo-Gruppe, die der links-neutralistischen Linie Indiens folgen (Burma, Ceylon und Indonesien), haben sich wie die Indische Union selbst geweigert, an den Besprechungen teilzunehmen. Die Zustimmung der anderen Regierungen war so vorsichtig, daß der zustande gekommene Pakt von Manila statt ein Bündnis wie die NATO eher eine Solidaritätserklärung von sehr geringem Wert ist, die Peking geradezu herausfordert, sie auf die Probe zu stellen.

Moskau und Peking wollen die Zeit für sich arbeiten lassen

Die mathematische Genauigkeit, mit der die seinerzeit vorausgesagten Folgen eines Verlustes Chinas eingetreten sind, erlegt die Verpflichtung auf, die ernste Frage nach dem zu stellen, was sich nunmehr ereignen wird. Es ist offensichtlich, daß die Sicherheit Südostasiens an einem Faden hängt, wie auch immer die Wahlen ausfallen werden, die innerhalb von zwei Jahren in Vietnam abgehalten werden sollen. Die Vereinigten Staaten sind sich heute vollkommen klar darüber, daß die Überantwortung Chinas in die Hände Maos als Höhepunkt einer zehnjährigen, mit Irrtümern belasteten nordamerikanischen Politik in diesem Raum den Sieg über Deutschland wettmacht und – ohne daß man sich darüber seinerzeit Rechenschaft ablegte – das bedeutendste Ereignis der letzten zehn Jahre darstellt.

Wenn es auch unmöglich ist, die unmittelbaren Absichten der kommunistischen Weltstrategie zu durchschauen, so sind doch ihre Endziele bekannt, und wir wissen, daß trotz Waffenstillständen und Erklärungen über die Möglichkeit einer friedlichen Koexistenz der kapitalistischen und kollektivistischen Welt ihre Offensive nie aufhören wird.

Man muß also fragen, aus welchen Gründen sich der Kommunismus in Indochina mit einer versöhnlichen Lösung einverstanden erklärte, obwohl seine zunehmenden militärischen Erfolge Frankreich in Europa schwächten, die Bildung der EVG verhinderten und in glänzender Weise seinen propagandistischen Absichten dienten.

Die Vereinigten Staaten genossen nach der von ihnen erzwungenen Selbständigkeitserklärung Indonesiens und der Befreiung der Philippinen beträchtliches Ansehen in Ostasien. Trotzdem gelang es dem Angreifer in Korea mit unglaublichem Geschick, die Verteidigung dieses Landes durch die USA – niemand sprach von einem Eingreifen der Vereinten Nationen – als Angriff gegen ein „asiatisches“ Land erscheinen zu lassen. Die unvermeidlichen Zerstörungen und blutigen Verluste wurden dem chinesischen Kuli, dem malaiischen oder indischen Bauern als „seinem“ Volk vorsätzlich zugefügte Beleidigung und als Beispiel dessen dargestellt, was sie zu gewärtigen haben, wenn die Nordamerikaner ihren Stiefel auf den Boden Asiens setzen. Die Hilfe für Frankreich in Indochina vervollständigte noch das Bild, das man dem Asiaten von den Yankees malt, die heute mit dem imperialistischen Kolonialismus alten Stils identifiziert werden, nachdem sie sich mit „Reaktionären“ wie Syngman Rhee und Tschiang Kai-schek zusammengetan haben.

Da der Konflikt in Indochina ebenfalls den kommunistischen Interessen diene, können Peking und Moskau – wenn man nicht annehmen will, daß Mendès-France den Waffenstillstand gegen das Versprechen einhandelte, die EVG zu torpedieren – für das Abkommen keinen anderen Grund als die Überzeugung gehabt haben, daß es den USA bei einer Verlängerung der Feindseligkeiten gelingen würde, den Westen in einen Weltkrieg hineinzureißen, den weder China noch die Sowjetunion im Augenblick wünschen.

Die Verminderung des Tempos im Ausbau der russischen Schwerindustrie, die von den Nachfolgern Stalins angeordnet wurde, um den Lebensstandard der Sowjetbevölkerung zu heben, war nur möglich, weil die Sowjetunion Nordamerika in Asien engagiert weiß, war aber gleichzeitig ein Zeichen dafür, daß man sich auf eine lange Zeit des Friedens vorbereitete, weil die Kommunisten meinten, daß die Zeit für sie arbeitet.

Das gleiche kann man auch von China sagen, das seine Industrialisierung und die Ausbeute der ungeheuren Bodenschätze, vor allem der Mandschurei, vorantreiben muß. So zeigt sich die Unzulänglichkeit der „Truman-Doktrin“, die als theoretisches Fundament für den langanhaltenden Kalten Krieg des nordamerikanischen Außenministeriums gegen den kommunistischen Block diente. Die „Doktrin“ besagt bekanntlich, daß jedem Druck des Kommunismus an der Peripherie seines Herrschaftsbereiches ein entsprechend starker Gegendruck entgegengesetzt werden muß, um jede weitere Ausdehnung zu verhindern.

Washington hofft . . .

In Umkehrung der dialektischen Behauptung, die kapitalistische Welt werde im Lauf der Zeit an ihren Fehlern und Widersprüchen zugrunde gehen, ist Washington der Ansicht, daß eine Periode von zehn bis fünfzehn vergeblichen Jahren den Kommunismus entkräften und damit die Gefahr beseitigen werde.

Diese Politik, die – wie wir wissen – nicht konsequent angewendet wurde (z. B. im Falle Chinas), fand bis vor kurzem, besonders in Europa, ihre Ergänzung im Marshall-Plan, dessen wirtschaftliche Hilfe zweifellos ihre Früchte trug, besonders da, wo die Bevölkerung harte Arbeit zu ihrem Lebensgrundsatz gemacht hat. Mit der wirtschaftlichen Gesundung Europas hörte die Wirtschaftshilfe freilich auf, während Asien, von Japan abgesehen, niemals eine Unterstützung in ähnlichem Maßstab erhalten hat. Dieser Unterschied beruht auf der an sich richtigen Voraussetzung, daß die Sowjetunion bis jetzt nicht in der Lage ist, einen Krieg gegen die Vereinigten Staaten mit Aussicht auf Erfolg zu führen, wenn sie sich nicht zuvor des europäischen Industriegebietes bemächtigt. Aber wenn diese Voraussetzung richtig ist, so ist es die andere nicht weniger, daß die Eroberung Asiens auf die Dauer zum gleichen Ergebnis führen wird, und zwar mit noch größerer Sicherheit. „Wir gelangen über den Osten zum Westen“, sagte Lenin.

Da sich der Kommunismus seit der Ausstoßung Trotzkis in ein Instrument des immer ausdehnungsbedürftigen russischen Nationalismus verwandelt hat, wobei es keine Rolle spielt, wer der Nachfolger Stalins ist und welchen Verlauf die Verbürgerlichung der sowjetischen Führungsschicht nimmt, fehlt der Truman-Doktrin die Stichhaltigkeit (worauf wir bereits zu Beginn des Jahres 1949 hinwiesen).

Nur ein konstruktives Programm hilft

Die ungeheuren Hilfsquellen Asiens werden es dem kommunistischen Block erlauben, den Unterschied zwischen dem eigenen und dem Industriepotential der USA ständig zu verringern. Der asiatische Bevölkerungsdruck erhöht sich inzwischen um 183 Millionen Menschen jährlich – mehr als die USA an Einwohnern zählen – und droht, die Dämme des Kontinents zu sprengen.

Afrika, dessen Besitz im Kampf um die Macht auf unserem Planeten entscheidend sein wird, weil sich hier außer der Hälfte der bisher bekannten Uran-Vorkommen 38,4 % der aus Wasserkraft zu gewinnenden Energiemengen befinden, brennt an allen Ecken und Enden, wobei der Kommunismus beträchtliche Fortschritte macht. Im gleichen Maßstab, in dem die Kolonialmächte ihre Positionen in Asien liquidieren,

verlieren sie fortschreitend das Interesse an diesem Raum, weshalb die Verantwortlichkeit für die Führung seiner Außenpolitik immer mehr Washington zufällt, das die Verteidigung des Westens gegen den Osten übernommen hat.

In dieser Aufgabe muß es sich natürlich mit England verständigen, das schließlich das einzige europäische Land mit direkten Interessen in Asien sein wird und das trotz seiner früheren Irrtümer als Kolonialmacht heute wegen seines freiwilligen Rückzuges aus Indien, Pakistan, Burma und Ceylon ziemliches Ansehen genießt.

Diese Asienpolitik kann nur erfolgreich sein, wenn sie auf weite Sicht geführt wird, wenn sie frei von Vorurteilen, realistisch und kontinuierlich ist und also Widersprüche vermeidet, wie es die Überlassung Chinas an die Kommunisten und die gleichzeitige Unterstützung übel beleumdeter und reaktionärer Regierungen war. Wenn die Vereinigten Staaten jedoch weiterhin Außen- und Militärpolitik durcheinander bringen, kann kein Zweifel daran bestehen, daß die Zeit für den Kommunismus arbeitet. Dem Westen bliebe dann nichts mehr als die Hoffnung, daß die latente Krise zwischen den beiden kommunistischen Kolossen China und Sowjetunion zum Ausbruch kommt, ehe es zu spät ist.

Die Politik des Nachgebens (*appeasement*) hat sich einer vitalen, auf Expansion bedachten Macht gegenüber noch nie bewährt. Eine Politik dagegen, die jedem militärischen Vorstoß oder Umsturzversuch im Grenzgebiet des Eisernen Vorhangs mit Festigkeit begegnet, könnte zum angestrebten Ziel führen, wenn die Kugeln kein Ersatz, sondern nur die Ergänzung einer USA-Außenpolitik in Asien nach folgenden Grundsätzen sind: Verzicht auf jeden Versuch, den Asiaten die Ideen und die Lebensart Nordamerikas aufzunötigen, und – unter Berücksichtigung der gegebenen örtlichen Verhältnisse – die Gewährung eines Staatssozialismus, wie er von den asiatischen Regierungen durchgeführt wird; Gewinnung der Massen, denen die Zukunft gehört, koste es, was es wolle; Entwaffnung des Kommunismus, indem die sozialen und nationalen Forderungen seines Programms bis zur letzten Konsequenz erfüllt werden; Vervollkommenung des eigenen Propaganda-Apparates, um dem Kommunismus das Wort „Frieden“ zu entreißen und die Reklame um das „rote Paradies“ unwirksam zu machen.

Der Haß des Asiaten gegen die Weißen wird leicht verständlich, wenn wir uns Rechenschaft darüber ablegen, daß diese den Lebensstandard auf die niedrigste Stufe herabdrückten, indem sie sowohl in China (Taiping-, Boxer- und Kommunisten-Aufstand) wie in Burma und Indien alles Land den Wucherern in die Hände gaben, die Heimindustrie und die Erzeugung von Nahrungsmitteln zugunsten ihres Exportes vernichteten, den Ländern das Opiumlaster aufzwangen, die erniedrigende rassische Diskriminierung einführten (das taten die Niederlande freilich nicht!) und schließlich nach dem Motto *divide et impera* Zwietracht und Haß zwischen die verschiedenen Rassen und Religionen säten.

Der Nordamerikaner wird zum Opfer der von den alten Kolonialmächten eingeführten Rassentrennung und daher von dem Asiaten seiner Hautfarbe wegen mit dem *Sahib*, dem „Herrn“ von früher, verwechselt. Kommunistische Agenten, die in einem zu 90 % von Analphabeten bewohnten und daher für Presse und Rundfunk wenig empfänglichen Gebiet eine wichtige Rolle spielen, bemühen sich noch, diesen Eindruck zu befestigen. Die kleine Führerschaft, aus einem echten, von den Kolonial-

mächten geschaffenen Intelligenz-Proletariat hervorgegangen, ist nicht weniger geneigt, den Moskauer Sirenengesängen zu lauschen, und zieht ein noch unbekanntes demjenigen Übel vor, mit dem man schlechte Erfahrungen gemacht hat.

Den Vereinigten Staaten bleibt kein anderer Weg, als das Gebot der Stunde kühn auszuliegen, denn die Führer der Menschheit, seien es einzelne oder ganze Völker, die den Vormarsch neuer Ideen aufzuhalten versuchen, sind dazu verurteilt, vom Gang der Ereignisse hinweggefegt zu werden. Es ist die Aufgabe gerade der Eliten, Bannerträger des Fortschrittes zum Wohl der von ihnen Geführten zu sein, auch wenn das für sie selbst den Verzicht auf Vorteile und Privilegien bedeutet. Nur dann wird niemand die Forderung erheben, daß andere in der Führung der Menschheit an ihre Stelle treten. Es ist offensichtlich, daß die Probleme sich mit Notbehelfen wie dem „Punkt Vier“ oder der „technischen Hilfe“ nicht lösen lassen. Nordamerika sollte einen neuen Marshall-Plan starten, nicht um Verbündete zu „kaufen“, sondern um die Bodenreform und Rationalisierung der Landwirtschaft und anschließend die Industrialisierung in den asiatischen Ländern zu finanzieren und in gewaltigem Maßstab durchzuführen, ganz zu schweigen davon, daß inzwischen das Problem der Quoten im Warenaustausch in befriedigender Weise gelöst werden muß. Diese Hilfe müßte auch Indien einschließen, da ein Scheitern des gegenwärtigen Fünfjahresplanes, mit dem Nehru eben diese Fragen auf demokratische Weise zu lösen versucht, den ganzen Subkontinent auf Gedeih und Verderb dem Kommunismus ausliefern würde. Gleichzeitig ist es unumgänglich, die letzten Spuren der Kolonialherrschaft in den asiatischen Ländern auszulöschen, die einst blühende Kulturen beherbergten.

Die restlose Liquidierung der Überbleibsel der europäischen Herrschaft wird schmerzhaft sein. Da sie aber nur eine Frage der Zeit ist, wäre es eine gute Politik, freiwillig zu gehen, statt hinausgeworfen zu werden. Man würde dem Gegner damit ein wertvolles Argument wegnehmen. Sonderprobleme wie das der Haupt-Dollarquelle des *Commonwealth*, Malaya, wo chinesische Einwanderer in der Überzahl sind, könnten mit gutem Willen, Ideenreichtum und Opferbereitschaft auf allen Seiten gelöst werden. Ähnlich wie das republikanische Indien Mitglied der britischen Völkerfamilie blieb, könnte auch ein ihr angehörender Staatenbund gebildet werden, der außer Malaya selbst Britisch-Borneo und Sarawak umfaßt, in dem aber die Chinesen in der Minderzahl sind. Und wenn dieses Dominion aus dem Sterling-Block ausscheiden würde, ergäbe sich die Frage, diesen für den Verlust seines besten Devisenbringers irgendwie zu entschädigen.

Um die Entstehung einer Einkreisungs- oder Präventivkriegs-Psychose zu vermeiden, sollte man darauf verzichten, seine Hilfe als Waffe zur Erlangung von Beistandspakten und Stützpunkten zu benutzen. Diese sollten ausschließlich defensiven Charakter tragen und selbst den Anschein offensiver Absichten möglichst vermeiden. Die Schaffung eines *cordon sanitaire* von gegen den Kommunismus immunen, neutralen und starken Staaten ist andererseits die beste Art, den Kommunismus auf lange Sicht unwirksam werden zu lassen und das Gespenst eines neuen Weltkrieges endgültig zu bannen. Das Ideal eines neutralen Gürtels, der die beiden Gegner voneinander trennt, stark genug, seine Neutralität und seine kriegswichtigen Rohstoffe (der Vordere Orient wird 1960 Dreiviertel der Welt-Erdölproduktion hervorbringen) nach beiden Seiten hin zu verteidigen, ist vorläufig etwas utopisch, aber den Einsatz wert.

PORTORIKO

Unvermeidlich erscheint in jedem Gespräch mit Lateinamerikanern, das sich auf ihr Verhältnis zu den USA bezieht, die Frage Portorikos. Warum wird Portoriko unterdrückt? Warum gestatten die Nordamerikaner nicht, daß es eine freie Republik wird wie die anderen Staaten Süd- und Mittelamerikas? „*Libertad para Puerto Rico!*“, „*Fuera los Yanquis de Puerto Rico!*“ schreit es von den Bauzäunen in Mexiko City ebenso wie in Buenos Aires, und es sind dabei durchaus nicht die Kommunisten allein, die diese gute Gelegenheit benutzen, zwischen Nordamerikanern und Lateinamerikanern Unfrieden zu säen. Es ist vielmehr so, daß diese Insel zu einem „psychologischen Engramm“, zu einer quälenden Gegenwärtigkeit im Denken der Lateinamerikaner geworden ist und immer wieder die Beziehungen trübt.

Unterstrichen wird dies durch Sandwich-Männer, die von Zeit zu Zeit in Washington mit Plakaten auftauchen, auf denen es drohend heißt: „*Hungry Puerto Ricans want Freedom! – Puerto Rico is not free.*“ Alle Welt wurde auf das Problem der Insel aufmerksam, als am 1. März 1954 die 34jährige Lolita Lebron, der 24jährige Rafael C. Miranda, der 24jährige Andrés Figueroa Cordero von der Zuschauertribüne des Repräsentantenhauses in Washington zu schießen begannen und die Kongreßabgeordneten Alvin M. Bentley (Republikaner aus Michigan), Kenneth A. Roberts (Demokrat aus Alabama), Ben F. Jensen (Republikaner aus Iowa), Clifford Davis (Demokrat aus Tennessee) und George F. Fallon (Demokrat aus Mississippi) anschossen.

Dramatisch schilderte damals Edna Kelly, selbst Abgeordnete, jene Augenblicke, als die Kugeln aus dem Revolver der Lolita Lebron durch das Repräsentantenhaus pfiffen: „Das war der glücklichste Tag meines Lebens! Der Ledersitz, auf dem ich zu sitzen pflege, hat jetzt ein Kugelloch. Glücklicherweise hockte ich auf dem Fußboden hinter dem Sitz, als die Kugel einschlug. Dem verdanke ich mein Leben. Ich saß in der rückwärtigen Reihe und sprach mit dem Abgeordneten Emanuel Celler über die illegalen Einwanderer aus Mexiko, als ich einen Schrei von der Zuschauergalerie hörte. Ich sah hoch und bemerkte, wie ein Mädchen in einem pulverblauen Kleid einen Revolver schwenkte.

Plötzlich standen sieben oder acht Männer (soviel waren es gar nicht, aber Angst macht große Augen) auf und begannen zu schießen. Einige meiner Kollegen dachten, sie seien das Ziel – ich aber nicht. Ich sah das Feuer aus den Revolvern und schrie: „Hinwerfen!“ Emanuel Celler warf sich sofort hin und versperkte mir, ohne es zu wollen, den Weg, aber da ich einen Ecksitz hatte, konnte ich um ihn herumkriechen und so Deckung nehmen. Die Schüsse wollten gar nicht aufhören! Es war wie das Staccato eines Maschinengewehrs. Außer dem Rat-tat-tat herrschte Todesstille im Saale... Sam Rayburn und andere Parlamentarier hockten auf dem Boden neben mir. Nach einem Augenblick sagte einer: „Edna, es ist vorbei, Sie können jetzt aufstehen!“ Ich begann mich zu erheben, aber als ich sah, daß die Attentäter noch auf der Zuschauertribüne standen und niemand sie hinderte, rief ich laut: „Nein! Nein! Nein! Die laden nur!“ Und richtig –, wieder hallten Schüsse!“

Der Sprecher des Hauses, Joseph Martin, hüllte sich mit der Geste eines alten Römers in die große amerikanische Flagge, die über seinem Sitz hängt. Einige Abgeordnete blieben stoisch in den vorderen Reihen stehen und boten gefährlich sichtbare Zielscheiben. Aber die meisten hockten hinter den Ledersesseln oder lagen flach am Boden. Keiner, nicht einmal ein Vertreter von Texas, scheint einen Revolver in der Hosentasche gehabt zu haben, keiner kam auf den Gedanken, die wilde Lolita Lebron und die anderen Portorikaner von der Zuschauertribüne wegzuschießen wie einst der große Tom Mix die Arapahos... Nichts zeigte so deutlich das volle Unverständnis auch führender Nordamerikaner für die wilde, in Fragen des Patriotismus einfach zu allem entschlossene Art spanischer Menschen. Die Kongreßabgeordneten hielten die ersten Schüsse für Knallfrösche. Sie begriffen gar nicht, daß Menschen ein auf demokratischem Wege gewähltes Parlament als Tyrannen hassen und auf Parlamentarier Schnellfeuer eröffnen können.

Als dann endlich die Attentäter entwaffnet und festgenommen waren, standen die USA vor einem psychologischen Rätsel. Sie subventionierten Portoriko doch mit jährlich 90 Millionen Dollars. Sie haben mehr als einer halben Million Portorikanern in den

USA selber Arbeit und Brot gegeben – gewiß, es ist die unbeliebteste Einwanderung. Diese spanisch sprechenden, lachenden, schwatzenden Menschen, die heute ganze Straßenzüge in New York erfüllen, erwecken die atavistischen Gefühle des *Antidonism*, der Abneigung gegen den spanischen *Don*. Was wollen sie bloß? Lolita Lebron schrie es in einer Notiz, die in ihrer Handtasche gefunden wurde, den Nordamerikanern geradezu ins Gesicht: „Vor Gott und der Welt verlangt mein Blut die Unabhängigkeit von Portoriko. (Spanisch klingt das noch viel eindrucksvoller: *Delante de Dios y del Mundo mi sangre pide la independencia de Puerto Rico*). Mein Leben gebe ich für die Unabhängigkeit meines Landes. Dies ist ein Siegeschrei in unserem Kampf um die Unabhängigkeit, nachdem seit einem halben Jahrhundert versucht worden ist, das Land zu vernichten. Ich erkläre für immer, daß die Vereinigten Staaten die geheiligten Prinzipien der Menschheit mit ihrer dauernden Unterdrückung meines Landes, der Verletzung des Rechtes einer freien Nation und eines freien Volkes, durch ihre barbarische Marterung unseres Apostels der Unabhängigkeit, Don Pedro Albizu Campos, verraten haben. Ich übernehme die Verantwortung für alle.“

Sicher kann man sagen, daß die Masse der Einwohner von Portoriko ganz anders dachte und denkt als die Attentäterin und die jungen Männer, die in ihrem Bann standen. Aber auf die Sancho-Pansa-Mehrheit ist es in einem spanischen Lande noch niemals angekommen, wenn der Geist des fahrenden Ritters Don Quijote aufsteht und den Kampf für Grundsätze, für Ehre, Unabhängigkeit und Freiheit aufnimmt. Daher drückte die Attentäterin in völlig echter Form Wesen und Seele des lateinamerikanischen Menschen aus: daß man nicht leben kann, wenn das Vaterland geschändet ist. Und daß ein goldener Käfig noch viel schändlicher als ein eiserner Käfig ist. Daß man auf die Tyrannen schießen muß, einfach schießen – „denn der Revolver ist der Stimmzettel der Überzeugten“. Für einen Nordamerikaner, aber auch für viele Europäer wird ein solches Empfinden leicht verstiegen, phrasenhaft oder hitzköpfig erscheinen. Aber es ist so gut spanisch, und das heißt anarchisch, donquijotesk, ritterlich, zum Martyrium und zum persönlichen Opfer für die „Sache“ entschlossen wie ein Drama von Calderón de la Barca.

Hier, im wesenhaften Unterschied des Nordamerikaners mit seinem Grundgefühl der demokratischen Gesetzmäßigkeit und des Lateinamerikaners mit seinem oft fast anarchischen *personalismo* liegt der tiefste Grund, warum Portoriko immer wieder zum Stein des Anstoßes zwischen den beiden Hälften von Amerika wird. Die Seele Lateinamerikas wiederholt dumpf „*La independencia o la muerte*“ –, und die Seele der USA fordert eine gesetzliche und vernünftige Lösung für ein im Grunde wirtschaftliches Problem. Worum handelt es sich wirklich?

Portoriko war dreimal Kolonie und zweimal ein angegliederter autonomer Staat. Es begann als Kolonie der Spanier, die die Indianer vernichteten und Neger als Plantagenarbeiter importierten. 1836–1868 sah die spanische Verfassung eine fast völlig absolutistische Verwaltung von Kuba und Portoriko vor; auf Grund der Revolution von 1868 in Spanien bekam dann Portoriko eine Vertretung im spanischen Parlament. Im Unterschied zu Kuba bestand auf der Insel niemals Unzufriedenheit mit der spanischen Herrschaft.

Als 1898 Spanien den Krieg gegen die USA verlor, mußte es auch Portoriko abtreten, dessen geopolitische Lage als Schutz des Panamakanals damals die USA lockte. Eine Befragung der Bevölkerung fand nicht statt, – diese hätte sich damals wohl für ein Verbleiben bei Spanien ausgesprochen. Portoriko wurde einfach eine „Besitzung“ der USA. Vielfach waren Familien, die der spanischen Krone treu bleiben wollen, aus Venezuela, Kolumbien und Santo Domingo nach Portoriko übersiedelt. Es bestand – wieder im Unterschied zu Kuba – ein tiefgehendes Treueverhältnis zum spanischen Mutterlande auf der Insel, ganz abgesehen davon, daß rein verfassungsrechtlich die nordamerikanische Okkupation die Insel ungünstiger stellte, als sie sich unter Spanien befand, das noch 1897 Portoriko eine weitgehende Selbstverwaltung und ein eigenes Parlament gegeben hatte. Portoriko war also im Grunde ein autonomer Staat innerhalb des Spanischen Reiches, als es in nordamerikanische Hände fiel.

Zuerst einmal führten die Nordamerikaner von 1898 bis 1900 eine scharfe Militärverwaltung und setzten das Inselparlament außer Tätigkeit, die alten Parteien wurden aufgelöst und nur zwei Parteien lizenziert,

die sich zu der nordamerikanischen Okkupation zu bekennen hatten.

Im Jahre 1900 erließen die USA dann eine „Organische Akte“, von der selbst Nordamerikaner nicht entzückt waren und von der ein

die Masse der Bevölkerung aber schwer wiegt.

Finanziell kommt die Insel nicht aus – sie wird von den USA subventioniert. Ein großer Teil der Industrie – allein Industrialisie-



argentinischer Historiker schrieb, sie schiene abgeschrieben zu sein von jenem „Organischen Statut“, das Zar Nikolaus I. nach dem Aufstand von 1830/31 dem niedergeworfenen Polen aufzuzwingen hatte. Nach dieser *Organic Act* ernannte der Präsident den Gouverneur und das Kabinett von Portoriko, außerdem die Erste Kammer – die Zweite Kammer durfte das Volk wählen, aber auch hier nur Abgeordnete der lizenzierten, sorgfältig gesiebten Parteien.

Allerdings wurde Portoriko in das Zollsystem der USA eingeschlossen, freier Handel zwischen den USA und der Insel wurde damit geschaffen und die Auswanderung von Portorikanern in die USA ermöglicht, was bei der rasch zunehmenden Übervölkerung der Insel eine wesentliche Erleichterung war. So blühte Portoriko, soweit das bei seinen unzulänglichen natürlichen Reichtümern möglich ist, unter der Herrschaft der USA auf.

Seit 1952 hat die Insel eine Verfassung, die noch etwas über die autonomen Rechte der letzten Inselverfassung unter spanischer Herrschaft hinausgeht. Portoriko wird jetzt als *Commonwealth* bezeichnet, gilt als souverän, die Staatsgewalt geht formal vom Volke aus, – in Wirklichkeit bleibt es durch Verträge eng an die USA gebunden. Die neue Verfassung vom 6. Februar 1952 entspricht auch sicher dem Willen der Mehrheit der Bevölkerung, und hinter diesem Willen steht die harte wirtschaftliche Notwendigkeit, die natürlich für patriotische Enthusiasten wie Lolita Lebron wenig Bedeutung hat, für

die eine wesentlichen Teil der überschüssigen Arbeitskraft aufnehmen – ist von den USA finanziert. Die Bevölkerung ist von 950 000 im Jahre 1899 auf 2,2 Mill. 1950 gewachsen.

Zwischen 1946 und 1950 betrug die Zahl der Arbeitslosen 14%, der Unterbeschäftigten 20,6% der Arbeitskräfte.

Die Auswanderung betrug:

1945:	13 573 Personen
1946:	39 911 „
1947:	24 551 „
1948:	32 775 „
1949:	25 698 „
1950:	34 704 „
1951:	52 900 „

80% der Dauerauswanderer aus Portoriko lassen sich in New York nieder, wo bei der Volkszählung von 1950 246 000 Portorikaner wohnten. Aber auch sonst sind die Dauerauswanderer zumeist städtisch – die Emtearbeiter kehren zumeist nach Portoriko zurück. Und hier liegt die eigentliche Problematik: Wenn Portoriko je die Unabhängigkeit, d. h. die völlige Loslösung von den USA erreichen sollte, wohin dann mit seiner Auswanderung? National begeisterte Revolverschüsse können die Frage nicht beantworten, wie eine übervolkerte Insel mit nicht sehr leistungsfähiger Bevölkerung, die auf Auswanderungsmöglichkeiten angewiesen ist, praktisch unabhängig sein kann, ohne zum Elendsquartier zu werden.

F. Podewils

PRÄSIDENT JORGE UBICO

Nach Aufhebung der kommunistischen Postzensur in Guatemala fand jetzt ein schon 1950 erschienenenes und in den letzten Jahren den literarischen Bestseller in Guatemala darstellendes Memoirenbuch über den früheren, 1944 aus Guatemala vertriebenen Präsidenten General Jorge Ubico den Weg nach Deutschland. Unter dem Titel „El Dictador y Yo“ (Der Diktator und ich) ist es geschrieben von seinem langjährigen Sekretär Carlos Samayoa Chinchilla.

Es umfaßt die Zeit, die Samayoa im Präsidenschafts-Sekretariat tätig war, von Anfang 1934 bis Mitte 1944, also fast die ganze Regierungszeit Ubicos. Das Bild, das der Verfasser vom Diktator zeichnet, ist, wie jeder Kenner des Landes und Ubicos bestätigen wird, *sine ira et studio*, im Guten und Bösen wohl das zutreffendste und richtigste, das je von diesem mittelamerikanischen Präsidenten gezeichnet wurde.

Mit der Regierung Ubico war die Epoche des Liberalismus, die 1871 in Mittelamerika begonnen hatte, beendet. Sie machte unter seinen Nachfolgern dem Sozialismus Platz. Es ist kein Zufall, daß Ubico gerade in dem Diktator Justo Rufino Barrios, der 1873 Miguel Garcia Granados als Präsident gefolgt war, sein Vorbild sah und sein militärischer und politischer Anstieg unter der Diktatur Manuel Estrada Cabrerass erfolgte, der Guatemala 22 Jahre mit eiserner Hand regierte: So war seine liberale Weltanschauung überdeckt und gekuppelt mit dem Staatsbild der Diktatur.

Wie Justo Rufino Barrios war Ubicos Ideal die Wiedervereinigung Zentralamerikas zu einem einzigen Staat, und wenn er, als 1920 der „Unionismus“ Estrada Cabrera stürzte, nicht dem weniger energischen Konservativen Carlos Herrera im Wahlgang unterlegen wäre, so hätte er wahrscheinlich damals diese Union noch zustande bringen können.

Er selbst war, von begüterter Familie spanischer Abkunft, nach Erziehung und Erfahrung in vielem konservativ und sammelte sich im Laufe seiner zwölfjährigen Regierung auch beträchtlichen Grundbesitz an, doch ist der Ruf des Latifundienbesitzers und Volksausbeuters, der ihm später angehängt wurde, falsch. War es doch ge-

rade Ubico, der die indianischen Feldarbeiter – zur Erbitterung gerade dieser Art Grundbesitzer – endgültig und wirklich von der durch Generationen mitgeschleppten Schuldknechtschaft befreite und die ersten Lohnordnungen schuf – was von seinen Gegnern geflissentlich verschwiegen wird. Gerade die Indianer haben in ihm, ihrem „Tatta Presidente“, allzeit den Freund gesehen, der sie vor der Ausbeutung schützte. Das patriarchalische Verhältnis war aus der indianischen Psyche zu verstehen, der Klassenkampfparolen fremd waren. Daß es gerade die Stimmen der Handwerker und der städtischen Arbeiter waren, die 1930 bei der Präsidentenwahl den Ausschlag für General Ubico gaben, scheint später wieder vergessen worden zu sein.

Als Ubico 1931 seine Regierung antrat, fand er leere Kassen vor, da unter seinen Vorgängern Lázaro Chacón und José Maria Orellana eine ziemliche Korruption eingerissen war, deren Folgen sich bemerkbar machten, als die Auswirkungen der nordamerikanischen Krise von 1929/30 sich auch auf Mittelamerika ausdehnten. Seine erste Amtshandlung war die Aufnahme eines Bankkredits, um rückständige Beamtengehälter bezahlen zu können; seine zweite war die fristlose Entlassung einiger Dutzend Beamter, die er zwischen acht und neun Uhr morgens noch nicht an ihrem Platz angetroffen hatte. Zehn Jahre später wies der Staatshaushalt einen Überschuß auf, ein großer Teil der ausländischen Anleihen war abgetragen, und die Währung Guatemalas war mit einer Golddeckung von über 60 % die goldschwerste der Welt.

Aus seiner militärischen Erziehung im Kadettenkorps an Pünktlichkeit und Sparsamkeit gewöhnt, in Posten bis zum Provinzchef (etwa unserem Landrat entsprechend) bewährt, gelang es ihm, Unterschleife und Verschwendung zu unterbinden, das Heer zu reorganisieren, den Offiziersstand zu heben, Ordnung in die Staatsfinanzen und Verwaltung zu bringen, Verdienste, die ihm auch seine Gegner nicht absprechen werden. Seine zwei jährlichen Inspektionsreisen durch das Land und seine zahlreichen „Blitzfahrten“ an Ort und Stelle irgendeines auftauchenden Streits oder

Problems waren berühmt und gefürchtet. Daß er dabei oft bei Tagesanbruch auf dem Motorrad mit seiner Leibwache um die Wette rasend losfuhr (er war bei Übernahme der Präsidentschaft bereits 53 Jahre alt!) dürfte für einen Staatspräsidenten auch unserer Zeit noch einmalig sein und verrät die „geballte Energie“, mit der er handelte.

Außenpolitisch weltoffen, durch seinen Kanzler und Außenminister Lic. Carlos Salazar – dem jetzt Präsident Castillo Armas das Außenministerium wieder übertragen hat – klug beraten, war sich Ubico der wirtschaftlichen Abhängigkeit seines Landes von den USA bewußt und vermied, es in Schwierigkeiten zu diesen zu bringen, ohne jedoch „zum Knecht der USA“ zu werden, wie dies immer wieder behauptet wird. Daß ihm, dem Soldaten, Persönlichkeiten wie General Muñoz Grandes, der spanische Gesandte, oder der deutsche Otto Reinebeck, sympathisch waren und er General Franco höher schätzte als dessen Gegenspieler in Mexiko, Lombardo Toledano, bedeutet nicht, daß er mit dem totalitären Parteiwesen der Falange oder des Nationalsozialismus sympathisierte, dem er in seinem Lande durch ein Ausländer- und Diplomatengesetz Schranken setzte. Als Anhänger der pan- und interamerikanischen kontinentalen Einigungs- und Friedensbestrebungen und der Gutenachbarnpolitik Roosevelts suchte er gute Beziehungen zu allen amerikanischen Staaten. In seine Regierungszeit fallen die trotz aufgetretener Spannungen friedlichen Grenzregulierungen mit Mexiko, Salvador und Honduras und die Anmeldung der Ansprüche Guatemalas auf Britisch-Honduras.

Trotz der großen privaten deutschen Investitionen in seinem Lande (ca. 50 Mill. US \$), dem intensiven Außenhandel mit Deutschland (Im- und Exportmittel rd. 17 bis 22 %), der großen Zahl ansässiger Deutscher (etwa 4000) und seiner persönlichen Freundschaft mit einigen von ihnen kann man Ubico nicht als deutschfreundlich bezeichnen, was schon daraus hervorgeht, daß Guatemala als zweites lateinamerikanisches Land die Kriegserklärung an das Deutsche Reich abgab und die Deutschen an die USA auslieferte.

Innenpolitisch war Ubico der Ansicht, daß seine Landsleute nur mit eiserner Hand regiert werden könnten. Es gelang ihm zwar, auf diese Weise die ganzen vierzehn Jahre hindurch Ruhe und Ordnung zu erhalten, jedoch oft mit Übergriffen, Rechtsbeugungen und Brutalitäten, die das Volk erbitterten und langsam jene Abneigung anwachsen ließen, die schließlich zu seinem Rücktritt führten. Unmenschliche Grausamkeiten, für die die Henker Estrada Cabrerass noch die Vorbilder gegeben haben mochten, geschahen unter seiner Regierung und mit seinem Wissen oder auf seine Anordnung. Astrologen mögen sein Aufbrausen und Zuschlagen aus seiner Eigenschaft als Skorpion-Geborenem erklären. Ein Herrenmensch, Militarist, Skeptiker und Zyniker, für Literatur, Kunst und Religion unempfänglich, war er ein Autokrat, der noch in der Stunde des Zusammenbruchs des Glaubens war, daß niemand ihn ersetzen könne.

Präsident Jorge Ubico war ein Typ: Der Typ des Diktators, des Manns der starken Hand, mit dem die liberale Ära in Mittel- und Lateinamerika jeweils beginnt und endet. Rückblickend erkennt man, daß diese Ära eine Entwicklung in sich schließt: der Übergang von der Kolonialherrschaft über die *Caudillo*-herrschaft zur Demokratie.

Caudillos und Diktatoren hatten ihre Aufgabe der Befreiung, Befriedung, Ordnung, Konsolidation ihrer Länder, der nationalen und republikanischen Formgebung. Bisweilen bleibt ihr Name auch mit dem wirtschaftlichen Aufschwung ihres Landes verbunden. Ihre Rolle als Katalysatoren ist ausgespielt, die starke Hand wird nicht mehr benötigt, die Bürger sind erwachsen, Wirtschaft und Arbeit verlangen andere Politiker. Es ist symptomatisch, daß die bewaffneten Kämpfe um die Macht immer geringer werden und ein Diktator wie Ubico – der noch in den Anfangsjahren seiner Regierung mit Maschinengewehren geantwortet hätte – in seinem eigenen Regierungspalast vor fünf beliebigen Bürgern, die den Mut haben, die öffentliche Meinung zu vertreten, die Flagge streicht: die Demokratie hat begonnen. *Helmuth Schmolck*

Carlos Samayoa Chinchilla: „El Dictador y Yo“, Editorial Iberia, Guatemala 1950.

WELTGLEICHGEWICHT ODER WELTKRIEG?

Sehr geehrte Herren!

Der Aufsatz, den Sie unter dieser Überschrift in Ihrem Januarheft 1955 veröffentlichten, veranlaßt mich ebenso wie die politische Entwicklung im ersten Viertel dieses Jahres, daran zu erinnern, daß die politische Welt der Gegenwart offenbar nur die Alternative Krieg oder Frieden anzuerkennen geneigt ist.

Die Deutschen haben vor 1914 ebenso wie vor 1939 in der Vorstellung gelebt, daß sie in einer Mittellage, umgeben von einem Ring anderer Mächte, existieren müßten. Sie glaubten an den Zwang, zwischen der Ausweitung ihrer Nation zur Weltmacht und dem Erdrücktwerden durch die Einkreisung wählen zu müssen.

Wie vor dem Siebenjährigen Krieg führte dieser „Einkreisungskomplex“ bei der Mittelmacht dazu, daß sie rasch aufzurüsten versuchte, um den Einkreisungsring an seiner schwächsten Stelle sprengen zu können. Die Angst vor dem Erdrücktwerden führte zu blitzartigen Einfällen nach Sachsen 1756, nach Nordfrankreich 1914 und nach Polen 1939.

Eine Befreiung aus der Zwangslage schien nur dann möglich, wenn man den Ring diplomatisch sprengte, indem man entweder ein Glied aus der Einkreisungskette herausbrach (wie es durch das Bündnis zwischen Berlin und Rom geschah) oder indem man über die Kette hinweggriff, um sie von hinten her an einer oder an mehreren Stellen zu neutralisieren (Bündnis Berlin–Tokio).

Die Mächte, die von außen her die Mittelmacht umgaben, wurden zu einem noch engeren Zusammenschluß veranlaßt, wenn sie einen Überfall auf ihren schwächsten Partner befürchten mußten. Dieser engere Zusammenschluß schien nur eine zusätzliche Bestätigung für den Einkreisungskomplex der Mittelmacht darzustellen. Es dürfte schwerfallen, Schuld und Verantwortung zwischen der inneren und der äußeren Linie gerecht zu verteilen.

Die Mittelmacht mußte unterliegen, wenn ihr erster Blitzangriff keine Entscheidung erzwang. Friedrich der Große stand in Gefahr, durch die Übermacht

seiner Gegner erdrückt zu werden, und wurde nur dadurch gerettet, daß ein Glücksumstand Rußland als Gegner ausfallen ließ. Das Glück aber war der Mittelmacht weder 1918 noch 1945 so günstig, wie es 1763 gewesen war.

Die Niederlage von 1945 hob zwar die Stellung Deutschlands als „Mittelmacht“ auf, indem sie ihm überhaupt die Stellung einer Macht nahm und es teilte. Das Grundschema des Einkreisungskomplexes blieb jedoch in der Weltpolitik erhalten, nur wurde es von der Ebene der Nationalstaaten auf die der Weltmächte übertragen. Die Sowjetunion steht seitdem unter dem Druck des „Einkreisungskomplexes“ und verhält sich ähnlich wie früher Deutschland. Sie tastet den weltweiten äußeren Ring nach der schwächsten Stelle ab (liegt sie in Berlin, in Korea oder in Indochina?) Es mag sein, daß die Tatsache der kommunistischen Bestrebungen ein zusätzliches Element in das Grundschema einbringt. Aber auch ein innenpolitisch anders geartetes Rußland sähe sich in ähnlicher Lage.

Die atlantischen Mächte wissen, daß sie einzeln nicht stark genug zu einem Widerstand gegen einen raschen Angriff von der inneren Linie her wären. Deshalb schließen sie sich zusammen (NATO oder SEATO). Hier ist es ebenso schwer wie früher auf der nationalstaatlichen Ebene, Schuld und Verantwortung gerecht zu verteilen. Je geschlossener der Ring wird, desto schlechter werden die Aussichten für die globale Mittelmacht. Je eher ein Blitzkrieg stattfinden kann, desto schlimmer steht es um die Mächte des Äußeren Ringes. Niemand weiß, ob und wie die Atomwaffe diese Verhältnisse beeinflussen kann. So ist die Hoffnung auf ein Unentschieden schwach. Es geht wieder um ein Entweder-Oder.

Das Entweder-Oder spitzt sich für die Mittelmacht auf die Frage zu, welches der richtige Augenblick für einen Präventivkrieg ist. Unsere Pflicht zur Nüchternheit zwingt uns, das zu erkennen.

Die Erkenntnis verbindet sich bei uns, die wir keineswegs Hauptakteure sind, mit der Einsicht, daß wir Deutschen in je-

dem Fall die Leidtragenden sein werden. Entweder sind wir als schwacher Pufferstaat dazu verurteilt, ein Schlachtfeld zu bieten, oder wir müssen das Schicksal der Russen im Inneren Ring teilen, oder wir müssen die erste Fronttruppe der außenliegenden Mächte stellen.

Es ist naiv, wenn man darauf hofft, daß ein wiedervereinigtes Deutschland zusammen mit ähnlich denkenden Nationen Teil einer Dritten Kraft zwischen Ost und West bilden könne. Theorien in Richtung auf diese Hoffnung pflegen nicht mitzuteilen, wie ein praktischer Weg zu ihrer Verwirklichung führt. So ist zu befürchten, daß die beiden großen Gegner auf ihren Anteil an der deutschen Beute, den sie seit 1945 als Faustpfand für den status quo besetzt halten, nicht freiwillig verzichten. Sie werden daher an der deutschen Spaltung festhalten wollen.

Wenn also auch auf der Ebene der Weltmächte der Einkreisungskomplex einen Weltkrieg, dieses Mal den dritten, auslösen würde, muß damit gerechnet werden, daß die Deutschen auf die beiden großen Lager aufgeteilt sein werden. Wer immer der Sieger sein wird, es wird sicherlich bei seiner Partei auch eine deutsche Regierung geben. Sie wird gemeinsam mit dem Sieger den Anspruch erheben, die andere Volkshälfte, die sich dann im Lager der Besiegten befinden wird, zu „befreien“ und mit sich zu vereinigen.

Ich weiß so wenig wie die vielen, die so tun, als wüßten sie einen Ausweg, welche Lösung möglich ist. Ich bin aber dafür, daß man sich die Konsequenzen des Einkreisungskomplexes eindeutig klar macht.

Rudolf Ibler

Der typische Gladiator für die „Dritte Kraft“

Herr Karl O. Paetel hat sich verpflichtet gefühlt, meinen Artikel „Wider die Politik der Dritten Kraft“ in Nr. 10/1954 der „Geopolitik“ in einer Art von Selbstcharakterisierung zu behandeln, die weit überzeugender wirkt als seine Gegenargumente. Es geht ihm offensichtlich in erster Linie um persönliche Herabsetzung, um politische Diffamierung, um das „intellektuelle Abschießen“.

Aus dieser Einstellung heraus wird die Nachkriegspraxis der Sowjetwelt schon

im Titel der Erwiderung als „Das Märchen vom sowjetischen Machtpferd“ abgetan. Das Urteil über die Argumente „Für und wider die Politik der Dritten Kraft“, die jene Nummer der Zeitschrift brachte, wird nicht den Lesern überlassen, sondern „entsprechend“ zu beeinflussen versucht. Die Leser sollen das Wider „als Demagogie, als Unsinn, als Brunnenvergiftung, als verantwortungslos, als aus den hektographierten Blättchen der crackpots bezogene Weisheit, die die antibolschewistische Tradition des Stürmer auf Englisch fortsetzen“, unter der autoritativen Versicherung, daß Herr Seidel überhaupt nicht denkt, ablehnen. Dafür soll zustimmend zur Kenntnis genommen werden, was „ein Politiker, kurz ein Mensch von Verstand“, Herr Adlai Stevenson, kürzlich gesagt hat.

Da es uns jedoch um die Sache und nicht um das Wohlwollen oder Mißfallen des Herrn Paetel geht, sei am Entwicklungsverlauf gezeigt, welche Auswirkungen der „Dritten Kraft“ in der Praxis kritisch zu beleuchten sind.

Es besteht jetzt fast allenthalben Übereinstimmung darüber, daß weder der Sowjetblock noch die von den USA geführte Krätekombination bewußt einen Dritten Weltkrieg wollen oder ihm zusteuern. Die wachsende Bereitschaft in der noch nicht sowjetischen Welt, ein neues weltpolitisches Gleichgewicht herauszubilden, hat jedoch die Gefahr seines Ausbruchs noch nicht wesentlich vermindert. Sie bestand in allen Fällen, wo lokale Kriege seitens der Sowjetwelt ausgelöst oder andere Durchsetzungsmethoden von ihr praktiziert wurden.

Wo die Gegenwehr entschlossen zum Einsatz kam, riskierte die Sowjetwelt das Umschlagen in den neuen Weltkrieg nicht. In den Fällen akzeptierte sie jeweils die Krisenlösung, die sich praktisch herausgebildet hatte.

In allen sogenannten Verhandlungsfällen jedoch, in denen die westliche Krätekombination vereint oder gespalten ihre „Verständigungsversuche“ unternahm, wurde zwar ein formelles Übereinkommen über die strittigen Gebiete getroffen. Für die betroffenen Menschen dieser Gebiete, die sich zur Westlichen Welt bekannt hatten, bedeutete das prak-

tisch jedoch die Verschacherung an die Sowjetwelt, soweit sie ihr nicht zu entfliehen vermochten.

Für Neutralisierung im Sinne der Vorstellungen der Dritten Kraft, für Verständigung mit der Sowjetwelt in Machtteilung oder nach eigenen nationalen, sozialen oder parteipolitischen Interessen blieb kein Raum.

Diese, wie immer gearteten Interessen, — wie auch das jugoslawische Beispiel lehrte —, bedurften der machtpolitischen Deckung durch die westliche Kräftekombination, also zuletzt durch die USA. Wo eine Deckung dieser Art nicht vorlag oder nicht gewährt werden konnte, waren die verfochtenen Eigeninteressen und die Verbindungen zur Westlichen Welt nicht nur keine Garantie, sondern Verhängnis. Allzuoft schon ist von ihr das politische Leichentuch darüber gebreitet worden.

Der historische Vergleich Adlai Stevensons über die Ko-Existenz von Mohammedanern und Christen oder von Protestantismus und Katholizismus mag für die verschiedenen Brückenkopfvertechter der Dritten Kraft Trost und Ansporn zugleich sein. Den der Sowjetwelt Geopfertem ist er weder das eine noch das andere.

Präsident Benesch, sein Außenminister Masaryk und die vielen anderen, die die Theorie der Dritten Kraft und der Verhandlungsbrückenköpfe in die Tat umzusetzen suchten, mögen klug gestorben sein. Die erstrebte Neutralitätsposition ist in keinem Falle, weder in Europa noch in Asien, erreicht worden, wo die Sowjetwelt den Verhandlungspartner bildete. Beim wievielten Versuch ist sie wohl zu erreichen? In Südkorea, in Vietnam, in Deutschland oder in Formosa?

Ist die Garantie für das jeweils erreichte Verhandlungsergebnis bei einer amerikanischen Kongreßmehrheit der Demokratischen Partei gesicherter als bei einer der Republikanischen Partei? Welches Vermittlungsgewicht der Dritten Kraft vermag diese Garantie zu bieten?

Das aktuelle Beispiel Formosa zeigt, wie einseitig von den Verfechtern der Dritten Kraft zugunsten der Sowjetwelt

argumentiert wird, wie herausfordernd neue Konzessionen von den USA verlangt und die zu Opfernden diffamiert werden. So klar, wie viele dieser Kräfte sich am Kampf gegen die nationalsozialistischen und faschistischen Totalitätsansprüche beteiligten und die innere Gesetzmäßigkeit der Regimes analysierten, so inkonsequent ist ihre Argumentation und politische Praxis im Verhältnis zur Sowjetwelt. So erstrebenswert die Erhaltung des Friedens ist, die Verkleidung als Friedensbringer ist zu durchsichtig, wenn sie in jedem Falle den politischen und realen Sieg der Sowjetwelt zum Ergebnis hat. Nur das aber wiegt in der Endbewertung, nicht die Motive der Etappenwege, nicht die mitverfochtenen Eigeninteressen oder die Eigeninterpretation der Ko-Existenzmöglichkeiten.

Die sich jetzt deutlich genug abzeichnenden neuen „Vermittlungen“ erhöhen nur diese Skepsis. Arno Seidel

Krisenzone Formosa



Freundlichkeiten unter Verbündeten

„Ein Lied ist in Deutschland etwas anderes als anderswo. Hier schunkeln Unbekannte im brüderlichen Rhythmus der Musik wie ein Eingeborenenstamm. Auf dem Heimweg macht das Lied den Gang zum Marsch. In Deutschland kann ein Lied gefährlich sein... Deutsche werden atavistisch von Waffen und Gewalt angezogen. Keine freigewählte Regierung hat diese Sucht zum Kampf jemals anhalten können, bevor wahnsinnige Ausbrüche die Welt in ein Meer von Blut und Tränen stürzten.“

Theodore H. White: „Germany-Friend or Foe?“ Collier's, New York, 4. 2. 1955.

Indien auf der weltpolitischen Bühne

Keine „Dritte Macht“!

Man kann Indiens Rolle in der gegenwärtigen Weltpolitik nur verstehen, wenn man sich von den allmählich eingedrungenen Mißverständnissen und Irrtümern frei macht.

Zunächst gilt es festzustellen, daß die Indische Union keineswegs die Rolle einer Dritten Macht zwischen Ost und West spielt. Sie will eine Brücke bauen, nicht einen zusätzlichen Machtblock. Ihr Ziel ist die Beseitigung des West-Ost-Gegensatzes, nicht seine Vermehrung und Verschärfung durch das Erscheinen eines „Dritten Mannes“. Wir Inder streben danach, daß es unter dem Einen Gott auch nur Eine Welt ohne Zwiespalt und ohne Eifersucht gibt.

Indien ist nicht „neutralistisch“. Es ist in mancher Hinsicht beinahe sinnlos, das Wort „neutral“ in der gegenwärtigen Welt überhaupt zu gebrauchen, denn kein Mensch kann im Vakuum leben. Neutralität wäre nur im Vakuum möglich. Wir Inder wünschen, daß unser Land den anderen Staaten nicht „neutral“, sondern in Sympathie und Freundschaft gegenübertritt und ihnen seine Hilfe überall zur Verfügung stellt, wo das sinnvoll sein kann.

Kein Kommunismus

Indien neigt keineswegs dem Kommunismus zu. Es besitzt eine eigene Überlieferung gemeinschaftlichen Lebens, die älter ist als der in der Sowjetunion praktizierte Kommunismus der marxistischen Theorie. Die indische Gesellschaftsordnung der alten Zeit beruhte nicht auf Gleichmacherei, sondern auf dem Zusammenklang der nach dem göttlichen Willen und der Natur verschiedenen Menschengruppen.

Die ausländische Form des Kommunismus hat mit uns Indern nichts gemein. Es mag sein, daß die Kommunistische Partei Indiens verhältnismäßig zahlreiche Wähler für sich gewinnen kann. Das bedeutet jedoch nicht, daß der Sowjetunion Einfluß in Indien zufällt. Man könnte fast sagen, daß jeder Erfolg des indischen Kommunismus die Chancen des außerindischen Kommunismus in Indien verringert.

Die Indische Union bemüht sich, seit der Unabhängigkeitserklärung, eine echte Demokratie zu werden. Sie denkt dabei nicht so sehr an die westliche Staatsform, sondern an ein öffentliches Leben, das vom Geiste Gandhis geprägt sein soll.

Gandhis Erbe

Von Gandhi her läßt sich die innere und die äußere Politik des gegenwärtigen Indien verstehen. Er war weder ein Prophet, noch wollte er ein Übermensch sein. Er wollte in seiner Person die Eigenschaften des Bauern und des Webers verkörpern. Nachdem er in England ein juristisches und humanistisches Studium abgeschlossen hatte, wurde er Rechtsanwalt, und in dieser Eigenschaft verteidigte er seine Landsleute vor den britischen Gerichtshöfen seiner Heimat. Dabei hat er erlebt, was ungleiches Bürgerrecht in der Praxis bedeutet. Er verletzte absichtlich Ge-

setze, die er für Unrecht hielt, und wurde zunächst mit Geldstrafen, dann mit Gefängnis belegt. Seine Gefangenenmütze hat soviel symbolische Kraft gehabt, daß sie heute zur offiziellen Kopfbedeckung im neuen Indien geworden ist. Gandhi ist von seinem persönlichen Erlebnis her zu seinem Kampf für das Menschenrecht gekommen.

Er war auf den Schlachtfeldern des Burenkrieges als unbewaffneter Sanitäter tätig und rettete vielen Verwundeten, darunter dem Sohn des britischen Oberbefehlshabers Lord Roberts, das Leben. Er wußte aus dieser Erfahrung, was Krieg und Kriegführung praktisch bedeutet.

Zwei Jahrtausende vor Gandhi hat Kaiser Asoka in Indien den Geist der Brüderlichkeit eingeführt. Als er den Buddhismus zur Staatsreligion machte, sandte er seine Freunde aus, um die Bevölkerung aufzuklären und zu unterrichten. Indem er Indien mit seinen Nachbarländern den Frieden schenkte und auf religiöser Grundlage ein Einvernehmen mit China, Japan, Korea, Indochina, Malaya, Indonesien, Burma und Ceylon herstellte, verwirklichte er eine Art Monroedoktrin für das südöstliche Asien.

Gandhi hat sich dafür eingesetzt, daß in Indien die Übertreibung des Kastenwesens aufhörte. Er verkehrte mit Menschen aller Kreise. Er hielt Vorträge vor Mitgliedern der britischen und der indischen Aristokratie ebenso wie vor den „Unberührbaren“. Seine Bemühungen waren von Erfolg gekrönt, so daß wenigstens nach außen hin der Einfluß des Kastenwesens in Indien sehr gesunken ist. Er hat zu einer Bodenreform gemahnt, durch die der Einfluß der großen Grundherren als Zwischenschicht zwischen Bauern und dem Staat ausgeschaltet werden sollte. Damit verschwand die unwirtschaftliche Belastung der bäuerlichen Arbeit durch die Verpflichtung zur Ablieferung der Grundrente an eine unproduktive Schicht. Das Geld, das früher an die Grundherren ging, soll heute dazu verwendet werden, den Lebensstandard des Bauern zu heben, denn nur eine Erhöhung des Lebensniveaus kann wirkliche Sicherheit gegen die kommunistische Agitation bieten. Freilich sollten die enteigneten Grundbesitzer ihre Entschädigung in Geld ausbezahlt erhalten. Die indische Agrarreform sieht als Ablösungssumme den zwei- bis dreifachen Betrag eines jährlichen Reingewinnes vor, so daß der Grundbesitzer Zeit hat, einen neuen Beruf zu ergreifen.

Die indische Innenpolitik steht im Zeichen des großen Fünfjahresplanes. Ein Drittel des Staatshaushaltes soll für die Elektrifizierung des Landes auf der Grundlage von Wasserkraft verwendet werden. Wasserwirtschaft, Verkehrsentwicklung, Industrialisierung und Hebung der Landwirtschaft sind Indiens wichtigste Aufgaben. Der letzte Sinn des Fünfjahresplanes ist die Verhütung künftiger Hungersnöte.

Bewährung des Friedenswillens

Die indische Verfassung gibt Grundregeln für die Gestaltung der Außenpolitik. Ihrem Wesen nach bemüht sich die Indische Union um die Beilegung von Konflikten, die Vermeidung des Waffeneinsatzes und friedliche Schlichtung.

Indien hat seinen Konflikt mit Pakistan wegen Kaschmir vor den Sicherheitsrat der UNO gebracht. Von 22 strittigen Punkten sind bis heute 18 durch die von der

UNO eingesetzten Schlichtungspersönlichkeiten bereinigt worden. Es ist damit zu rechnen, daß auch die restlichen 4 Punkte in Ordnung gebracht werden.

Auch der Konflikt mit der Südafrikanischen Union wegen der Rechtsstellung der indischen Einwanderer nach Südafrika ist vor die UNO gebracht worden.

Die Waffenruhe in Korea verdankt die Welt dem indischen Einfluß im Sicherheitsrat. Ebenso hat sich die Indische Union in Indochina als Vermittler betätigt.

Sie hat als erster Staat die Aufforderung an die Welt gerichtet, die Atomwaffen zu bannen und die Atomenergie so zu kontrollieren, daß sie nur für friedliche Zwecke verwendet wird.

Sie hat ihren Konflikt mit Frankreich wegen der ehemaligen Kolonialbesitzungen dieses Staates auf indischem Boden friedlich zu Ende geführt. Sie ist entschlossen, auch die Frage der portugiesischen Kolonien in Indien friedlich zu lösen.

Indien ist der eigentliche Vermittler zwischen der Chinesischen Volksrepublik und den Vereinten Nationen. Die Inder haben die Welt an den schweren Fehler erinnert, den sie gegenüber der Russischen Revolution von 1917 begangen hat. Sie wissen, daß Interventionskriege ein revolutionäres Regime erst fest in den Sattel heben. Die Welt sollte sich davor hüten, das China der Revolution ebenso jahrelang als Feind zu behandeln, wie sie es früher mit der Sowjetunion tat. Je eher China mit den Vereinten Nationen zusammenarbeitet, desto besser wird es für alle Beteiligten sein.

Indien hält sich nach Möglichkeit von Bündnisbindungen frei, weil es nur bei Erhaltung seiner Freiheit dem Frieden dienen kann. Es will die Tendenz zu Blockbildungen eindämmen. Die Vereinten Nationen sind nicht mehr „vereint“, wenn sie sich in Gruppe und Gegengruppe aufspalten. Es kommt darauf an, Konflikte im Keim zu lösen und nicht so anwachsen zu lassen, daß sie schließlich unlösbar sind.

Das ist der wahre Grund, weshalb Indien sich von dem Südostasien-Pakt (SEATO) ferngehalten hat, durch den die USA Bundesgenossen in Asien zusammenzubringen suchten. Wenn dieser Pakt Indien nicht einschließt, dann hat er ungefähr so viel Bedeutung wie eine Hamlet-Aufführung, bei der man den Prinzen von Dänemark wegläßt.

Indien besitzt wirtschaftliche Reichtümer, die für die Welt von erheblicher Bedeutung sind: Jute, Manganerz, Glimmer, Thorium usw. Die Welt hat alles Interesse daran, daß diese Schätze auf dem Wege des friedlichen Austausches geliefert werden. Im indischen Falle besteht auch eine gute Chance dazu. Indien hat noch keinen Angriffskrieg geführt und wird keinen Angriffskrieg führen. Es kennt die Wehrpflicht nicht. Es will eine Friedensrolle spielen.

Indien wünscht Zusammenarbeit mit den Nationen. Es möchte besonders vom technischen Rat Deutschlands und Skandinaviens profitieren.

R. H. S. CROSSMAN

Friedensfaktor Ägypten

Selbstdisziplin

Wie wird sich Ägypten politisch verhalten, nachdem die britische Besetzung der Suezkanalzone rasch zu Ende geht? Wird der Revolutionsrat in militärische Abenteuer hineingedrängt werden? Oder wird er, nachdem die nationale Forderung erfüllt worden ist, die fürchterlichen Sozialprobleme energisch in Angriff nehmen?

Eine Antwort auf diese Fragen suchte ich, als ich nach Heliopolis zu einem Gespräch mit Oberst Nasser fuhr. Trotz der Tatsache, daß er seit Nagibs Absetzung tatsächlicher Diktator des Landes geworden ist, wohnt er noch immer in der Unterkunft für Offiziersfamilien neben der Kaserne. Er empfing mich in demselben kleinen und steifen Salon, der in eine einfache Wohnküche führt, wie zwölf Monate früher. Der einzige Unterschied lag darin, daß die vergoldeten Stühle im Stil des englischen 19. Jahrhunderts jetzt schlecht passende Chintzüberzüge haben. Außerdem hat sich die Zahl der Posten vor der Gartenmauer etwas vermehrt.

Nasser will sich nicht durch Luxus korrumpieren lassen. Er hat es sich deshalb zum Grundsatz gemacht, daß seine Wohnung und seine ganze Lebensart genau so bleiben sollen wie vor dem Staatsstreich. Er verlangt die gleiche Selbstdisziplin von den anderen Mitgliedern des Revolutionsrates.

Obwohl seine äußere Umgebung die gleiche geblieben ist und er selbst jugendlich und in glänzender Form zu sein scheint, hat sich sein Wesen doch entwickelt. Nasser ist nicht mehr der zurückhaltende, in Verschwörungen verstrickte Offizier, als den ich ihn zuerst kennenlernte, sondern ein politischer Führer voll Kraft und Selbstvertrauen.

Ich eröffnete das Gespräch mit einem Glückwunsch zu dem Erfolg bei den Verhandlungen über den Suezkanal. Dieses Thema schob er rasch beiseite, indem er bemerkte, britische und ägyptische Fachleute seien in der Kanalzone selbst mit den einzelnen Abreden über die Übergabe beschäftigt. Es ginge ihn selbst kaum noch etwas an. Ich fragte: „Wie steht es mit den britischen Waffenlieferungen?“ Ich hatte nämlich in Kairo von beiden Seiten viel darüber gehört und den Eindruck gewonnen, daß England damit in eine schwierige Lage geraten könne. Nasser aber war in bezug auf diese Frage sehr ruhig: „Natürlich erwarten wir, daß Sie die Waffen, die wir vor der Lieferungssperre bestellt haben und die teilweise bezahlt sind, liefern. Ich möchte Ihnen aber sagen, daß die Ausrüstung des ägyptischen Heeres keineswegs meine wichtigste Sorge ist. Gewiß, sie ist wichtig für die Moral des Landes und noch mehr für die Moral der Offiziere. Man kann von einem Offizier nicht verlangen, daß er zufrieden und tüchtig ist, wenn man ihm moderne Waffen vorenthält. Aber ein Panzer kostet £ 100 000. So können wir uns nicht allzuviel leisten. Wir haben uns in erster Linie um die Ingangsetzung unserer Fabriken von Handfeuerwaffen bemüht. Das wird Ihnen sicher Eindruck machen.“

Ich fragte: „Wie steht es mit der Wehrpflicht? Vor zwei Jahren, als wir zum ersten Male miteinander sprachen, betonten Sie, wie wichtig die Wehrpflicht für die Bekämpfung des Analphabetentums sei.“

„Jawohl, aber ich muß auch daran denken, daß mich jeder Soldat £ 200 kostet, die man sonst für soziale Zwecke verwenden könnte. Deshalb berufen wir nicht mehr Männer ein. Wir können es uns nicht leisten.“

Landwirtschaft und Industrie

Dann hielt mir Nasser einen einstündigen Vortrag über sein Wirtschaftsprogramm. Zunächst müsse man sich entscheiden, ob man das Schwergewicht auf die Produktion oder die Wohlfahrt legen wolle. Ägypten habe sich gezwungen gesehen, der Produktion den Vorzug zu geben. Da eine Industrialisierung nur langfristig Erfolge zeigen kann, liegt heute der Hauptakzent auf einer sofortigen Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion. Man sei schon dazu gelangt, daß man ohne Weizeneinfuhr auskomme, die so viele wertvolle Devisen gekostet habe. Dabei habe man aber die Baumwollproduktion, die in erster Linie für den Export bestimmt sei, auf der alten Höhe halten können (die wenigsten Ägypter können sich Stoffe aus der feinen Baumwolle ihres Landes leisten). Dieser Erfolg sei teilweise der Tatsache zu verdanken, daß man jetzt in Oberägypten zwei Ernten im Jahr einbringen könne. Früher hatte Unterägypten jährlich drei Ernten, Oberägypten aber nur eine. „Das war ganz leicht, man mußte nur den Entschluß dazu fassen“, bemerkte Nasser. Dann schilderte er mir die langsamen, aber soliden Ergebnisse der Bodenreform, besonders die Senkung der Pachten und die Lieferung besseren Saatgutes an die Fellachen.

Wir wandten uns dem Industrieproblem zu. Dabei fragte ich, ob man die Produktion nicht dadurch erhöhen könne, daß man das Gesetz etwas lockere, das jedem Arbeiter bei der Entlassung ein Einspruchsrecht vor dem Gericht zubilligt. Nasser erwiderte: „Ich kann die Arbeiter den Kapitalisten nicht einfach ausliefern. Unsere Gewerkschaften sind noch nicht stark genug, um sie auf dem freien Arbeitsmarkt zu schützen. Ich habe den gesetzlichen Schutz für sie aufrechterhalten, Streiks allerdings unbedingt verboten. Wir tun auch etwas für sie, indem wir das Volksschulwesen gewaltig weiten und auf dem Lande Gemeindezentren bauen, zu denen jeweils ein Dorfkrankenhaus, die Schule und eine landwirtschaftliche Beratungsstelle gehört. Wir bezahlen für all das mit den £ 70 Millionen, die wir aus der Beschlagnahme von Faruks Besitz bekommen haben, außerdem mit dem Ertrag der Sonderanleihe zugunsten der Schulen.“

Diktatur oder Parlament?

Ich bat Nasser um einige Auskünfte über den politischen Rahmen für diese soziale Revolution. Ich wußte, daß der Revolutionsrat eine ganze Woche lang fast ständig beraten hatte, manchmal die Nacht hindurch. Er suchte nach einem Weg, auf dem er das feierliche Versprechen zum Ersatz der Notdiktatur durch eine normale Verfassung nach Ablauf von drei Jahren verwirklichen könne.

Nasser sagte: „Wir machen eine Revolution des Mittelstandes gegen den Kapitalismus und den Kommunismus. Zweitausend Jahre lang ist Ägypten durch ein Bündnis zwischen Kapitalisten und Grundeigentümern beherrscht worden. In der parlamentarischen Demokratie dienten die Parteien diesen Mächten nur als Werk-

zeuge, und die Politiker ließen sich bezahlen. Von 22 Millionen Ägyptern sind nur ungefähr 2 Millionen wirklich frei, während 20 Millionen in Furcht und Armut leben. Wir müssen diese 20 Millionen von Furcht befreien und trotz der gewaltigen Bevölkerungszunahme ihren Lebensstandard erhöhen. Die Politik bedeutet für mich nur eine einzige Sache — die Lösung des Sozialproblems. Wir müssen irgendwie eine politische Partei schaffen, der sich Menschen nicht deshalb anschließen, weil sie von ihr was kriegen wollen, sondern weil sie sich für etwas einsetzen wollen. Das ist in Ägypten eine ganz neue Idee. Deshalb bin ich gezwungen, alle früheren Politiker auszuschließen und dafür zu sorgen, daß sich die Kapitalisten und Grundeigentümer nicht eindringen. Die neue Partei muß nur aus Leuten des Mittelstandes bestehen, die ein Gefühl für ihre Verantwortung anderen gegenüber haben, — aus Ärzten, Anwälten, Lehrern.“

Dann fragte ich ihn, ob er zum Parlamentarismus zurückkehren werde. Er fragte dagegen, ob der Revolutionsrat das wohl riskieren könne. Wäre es nicht unvermeidlich, daß in einem politisch so unerfahrenen Land gleich wieder die Grundeigentümer und Kapitalisten an die Macht kämen? Andererseits, wie würden die Westmächte reagieren, wenn das Parlament nicht wiederhergestellt würde? Gäbe das nicht Mißverständnisse?

Die Art, in der er mir diese Fragen stellte, machte mir eindeutig den Eindruck, daß er entschlossen war, nicht zum Parlamentarismus zurückzukehren. Er suchte nur nach einer Bestätigung seiner Ansichten.

Tatsächlich ist das alte System ganz verschwunden. Die früheren Parteien sind endgültig vernichtet. Nach Nassers Meinung ist auch die Moslebruderschaft aufgerieben, nachdem man jetzt ihre großen Waffenlager, deren Bestände in der Kanalzone gestohlen worden waren, beschlagnahmt und ihre Wehrformation, die in Kairo eine geheime Kommandantur für jeden Stadtteil aufgebaut hatte, zerschlagen hat. Nasser fügte hinzu, daß natürlich trotz der Vernichtung der Organisation das reaktionäre Gift noch immer wirksam sei. Man könne es nur dadurch loswerden, daß man den Islam im Einklang mit den fortschrittlichen Ideen, die Ägypten überall in der muslimischen Welt fördern möchte, positiv interpretiere. Eine vorzeitige Rückkehr zum Parlamentarismus gefährde diese Absichten.

Militärpakte geben keine Sicherheit

Damit kamen wir zur Außenpolitik, und ich fragte nach seiner Ansicht über den geplanten Pakt zwischen dem Irak und der Türkei. Nasser hütete sich sorgfältig vor einem direkten Angriff auf das Projekt. Er gab zu, daß er davon überrascht worden sei. Er meinte, Washington begehe den Fehler, sich in zu starkem Ausmaß mit der äußeren Gefahr des Kommunismus und zu wenig mit der inneren Gefahr zu befassen.

Seiner Ansicht nach drohe dem Nahen Osten keine Gefahr von der Roten Armee, wohl aber von den an Stärke zunehmenden kommunistischen Gruppen, die sich dadurch beliebt machten, daß sie die Unterwerfung der arabischen Welt unter die westliche Herrschaft und die westlichen Kriegspläne brandmarkten.

Daher könnten förmliche Militärpakte mit dem Westen keine Sicherheit schaffen. Sie erregen nur Mißtrauen in der Bevölkerung. Ebenso verhält es sich mit der von

den Amerikanern vorgesehenen Militärhilfe in Verbindung mit politischen Verpflichtungen.

Das Einvernehmen zwischen Großbritannien und Ägypten ist gerade deshalb auf gutem Wege, weil es sich nicht um eine Militärallianz, sondern um eine praktische Zusammenarbeit handelt. Nasser sähe es gern, wenn Großbritannien den Irak und Jordanien in ähnlicher Weise behandelte. Es solle den Nahen Osten gegen eine Aggression garantieren, dabei aber seinen Staaten die Freiheit zubilligen, ihre eigene militärische Kraft in einem ihnen zuträglichen Tempo aufzubauen, das mit der Produktion und dem Wohlstand in Einklang stehen müsse.

Dann fragte ich nach den Möglichkeiten zum Frieden mit Israel. Nasser antwortete klar, er sei gegenwärtig zu keinen Verhandlungen bereit. Er schätzt die hysterische Haltung einzelner arabischer Staaten, besonders die Syriens, wenig. Doch ist es eindeutig klar, daß er dazu entschlossen ist, das Israelproblem im Laufe des Jahres 1955 nicht aufzugreifen. Auch die Frage der arabischen Flüchtlinge muß seiner Ansicht nach für den Augenblick ungelöst bleiben.

Auf meine zusätzliche Frage, ob er den unerklärten Kriegszustand nicht für gefährlich halte, antwortete er, daß Ägypten sich gegenwärtig nicht durch Israel bedroht fühle. Er fügte hinzu: „Die Israelis machen sich noch kaputt, wenn sie weiter 60 Prozent ihres Staatshaushaltes für die Rüstung ausgeben. Diesen Fehler werden wir hier nicht machen.“

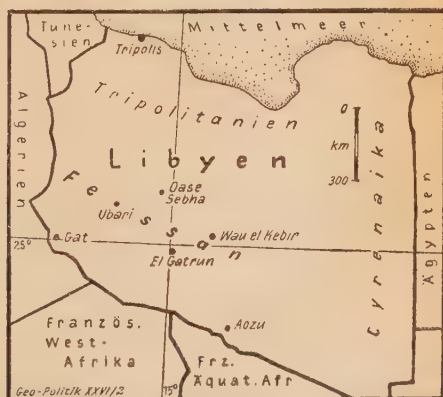
Als ich abends nach Kairo zurückfuhr, drängte sich mir der Gedanke auf, nicht nur Ägypten, sondern alle Nahostländer sollten dafür beten, daß Nasser nicht von einer Mörderhand erreicht wird. Ich bin davon überzeugt, daß seine Worte ehrlich sind. Solange er als Chef der Revolution des Mittelstandes an der Macht ist, wird Ägypten ein Faktor sein, der dem Frieden und sozialen Fortschritt dient.

DIE FRANZOSEN IM FESSAN

Während des Zweiten Weltkrieges ließ General de Gaulle französische Spezialformationen vom Tschad-Territorium Äquatorialafrikas aus in den südlichen Teil der italienischen Kolonie Libyen einrücken, der geographisch zur Sahara gehört. Der französischen Staatsführung lag daran, auch auf diesem afrikanischen Kriegsschauplatz am Sieg der Alliierten aktiv beteiligt zu sein. Außerdem gehörte gerade dieser Kriegsschauplatz zum unmittelbaren Interessengebiet Frankreichs, denn der Fessan, auf dessen 400 000 qkm nur 50 000 Menschen in einzelnen Oasen leben, schließt an die Tschadkolonie, an das westafrikanische Niger-Territorium, an das südliche Algerien und das südliche Tunesien an. Frankreich hatte einmal den Traum, den riesigen Steppen-, Wüsten- und Hochlandstreifen zwischen Dakar am Atlantik und Dschibuti am Indischen Ozean zu einem französischen Land zu machen, ehe Marchand

durch die Engländer bei Faschoda aufgehalten wurde. Der Fessan wäre das Mittelstück einer französischen Sahara gewesen.

Während die Cyrenaika und Tripolitania nach dem Abzug der Italiener und der Reste des Afrikakorps unter britische Mili-



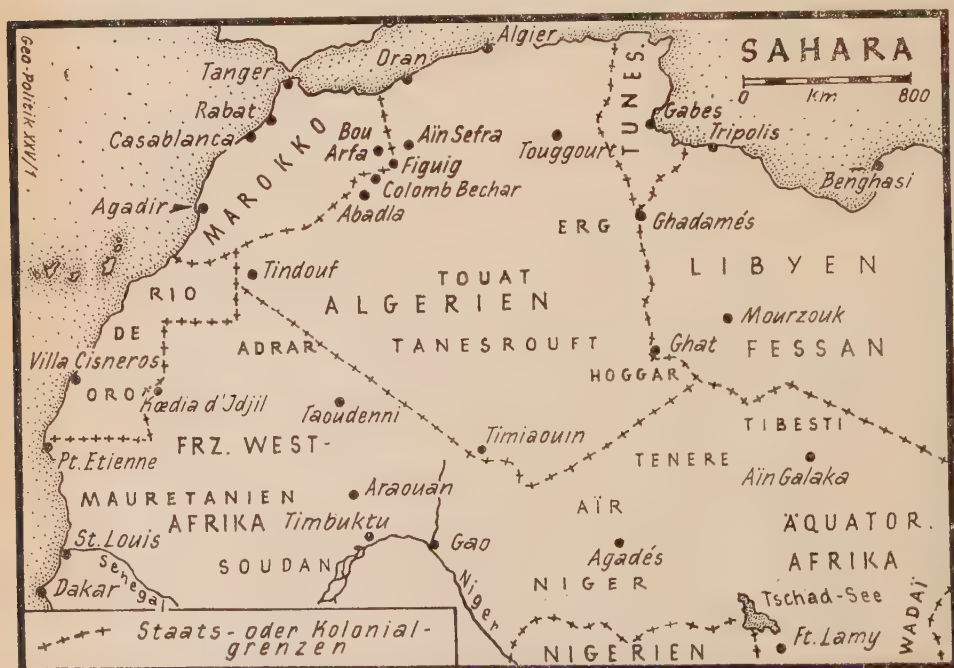
tärverwaltung gestellt wurden, erhielt der Fessan eine französische Besatzung, und dieser Landesteil unterstand französischer Verwaltung. Nach der Gründung des Königreichs Libyen gewährte ein provisorisches Abkommen vom 24. 12. 1951 den Franzosen das Recht zur weiteren Stationierung von Truppen. Während aber ähnliche Abmachungen mit Großbritannien und den USA eine feste Vertragsform erhielten, so daß heute die britischen und amerikanischen Flugplätze und Stützpunkte an der Nordküste politisch gesichert sind, kündigte Libyen in der ersten Novemberwoche 1954 das Militärabkommen mit Frankreich zum Jahresende. Es forderte auf diplomatischem Wege den Abzug der einen Kompanie Fremdenlegion und der Kompanie Saharaschützen, die Frankreichs militärische Position im Fessan darstellten.

Diese Kündigung ist Frankreich schon aus Prestigegründen unangenehm. Es hat in jedem Jahr 260 Mill. Franken als Gegenwert für das Carnationsrecht und weitere 100 Mill. Franken als Hilfgelder an den libyschen Staatshaushalt gezahlt.

Die libysche Regierung weiß, daß ihr Territorium nach der Räumung der Suezkanalzone für die westlichen Alliierten an

Interesse noch gewonnen hat. Tripolis und Benghazi stellen Schrittsteine auf der amerikanischen Etappenstraße im Raum des Mittelmeers dar, die von Casablanca und Gibraltar bis Iskenderun und Istanbul führt. Zugleich sind sie Etappenpunkte auf dem Luftweg von London nach Nairobi und Johannesburg. Die Regierung des Senussikönigs erklärt stolz, daß sie auf die Frankensubvention verzichten könne, weil sie ausreichende Hilfe (3,7 Mill. Pfund Sterling und über 2 Mill. Dollars jährlich) von den beiden angelsächsischen Mächten erhalte. Anfang Januar verhandelte der libysche Ministerpräsident in Paris mit Mendès-France. Vorgesehen ist ein Abkommen nach dem Muster des Suez-Kanal-Abkommens zwischen Großbritannien und Ägypten, bei dem die Franzosen das Recht haben sollen, in einem Eventualfall das Fort Leclerc bei der fessanischen Hauptstadt Sebha wieder zu besetzen.

Die Kündigung der französischen Stellung im Fessan geht vor allem auf die arabischen Solidaritätsverpflichtungen zurück, die man in Libyen gegenüber Tunesien, Algerien und Marokko empfindet. Sie ist für Frankreich sowohl ein Prestigeproblem als auch eine potentielle Gefahr.



KARL RODE

Saharischer Nachsommer

Hitze, Schweigen

Das Verkehrsschild an der Hauptstraße von Tamanrasset gibt an: Algier 2060 km, Tschadsee 2120 km. Das bedeutet ziemlich genau die Mitte der Sahara in nord-südlicher Richtung. Die nördliche Strecke haben wir hinter uns und hoffen, sie übermorgen unter uns zu kriegen. Das dürfte wesentlich rascher und bequemer vonstatten gehen als die Landreise, für die wir bei großzügiger Ausstattung zehn Tage gebraucht und bei der wir immerhin noch den Nachsommer der Wüste gekostet haben. — Das war keine Sommerfrische.

Gewiß sind die laut Statistik im September nicht mehr wahrscheinlichen Hitzegrade von 50° tatsächlich auch nicht eingetreten, aber für uns Abendländer, Nordamerikaner und sonstige Wüstenrekruten reichte schon das Manöver des täglichen Temperaturgangs zwischen 35 und 45° bei einem Mittel von 38 bis 39° aus. Unsere Neugier auf den Ernstfall, der für den Anfänger oberhalb 45° ziemlich bald eintreten dürfte, ist rückstandslos verdunstet. Wir empfanden die Stunden unter 38° schon als Labsal und jeden Grad über 40 als gesteigerte Züchtigung. Wir machten die etwas beängstigende Wahrnehmung, daß selbst im Schatten alle Dinge, sei es der Nickelgriff im Wagen, sei es Zimmerklinke oder Wasserhahn im Hotel, sei es die Wäsche, die man aus dem Koffer nimmt, sich warm, ja heiß anfühlen, so daß man jede Berührung scheut. Wir entdeckten, daß dann jeder Luftzug schlimmer ist als Windstille; denn er zerreißt die kühle Hülle, die der Körper sich selbst schafft. Unser Leib arbeitet also als Kältemaschine, und zwar auf ziemlich hohen Touren, indem er 3 bis 5 Liter Wasser je Tag vom Magen bis in die Haut pumpt, um es sich dort mit Vehemenz entreißen zu lassen. Wir leisten also Arbeit, ohne irgend etwas zu tun bzw. ehe wir beginnen, etwas zu tun. Man kann sich natürlich an diese Form des „Kampfes ums Dasein“ gewöhnen. Aber es ist wie mit der Seerkrankheit und den alten Seebären: auch einen neunmal gedörnten Wüstenfuchs kann es wieder umlegen.

Unsere drei Exkursionsführer sind allerdings vollkommen unverwüstliche Männer, denen nach Monaten und Jahren wissenschaftlicher Tätigkeit in diesem Gelände ein paar Tage Nachsommer nichts anhaben können. Der eine von ihnen hat ein Gebiet von etwa $\frac{1}{2}$ Million qkm im Laufe von zwölf Jahren auf Kamelsrücken und in engster Gesellschaft und mit Hilfe der Wüstensöhne kartenmäßig aufgenommen.

Dieser junge Mann, infolge zarten Körperbaues noch jünger wirkend, ist von einer schon mehr als goldenen Schweigsamkeit, die ihn nur das Notwendigste — einige von uns meinen: weniger als das — sagen läßt. Der Blick aus den hellblauen Augen distanziert den Partner. Das Gesicht verrät keine Bewegung, keine Anstrengung, keine Müdigkeit; es ist einfach leer wie das große Land ringsum. Diese begreifliche und in ihrer Weise faszinierende Abgeschlossenheit des tatsächlich hochbedeutenden Forschers ist unserer internationalen und auch sonst recht gemischten Gesellschaft nicht gerade förderlich, zumal die beiden anderen Mitführer,

von Natur oder infolge kürzeren Aufenthalts in der titanischen Landschaft gesprächiger und umgänglicher, sich dem bewunderten Vorbild anzupassen trachten, jedenfalls solange es gegenwärtig ist.

Die Wüstenflotte

Wir waren mit allen Hilfsmitteln ausgestattet, die unsere Reise, wenn auch nicht gerade ein Vergnügen, so doch kein Abenteuer werden lassen sollten; denn die Grenze zwischen Leichtfertigkeit und Selbstmordversuch liegt in der Wüste anders als im gemäßigten Klima. Unsere Ausstattung bestand bei der Abreise von Algier aus zwei schweren Wüstenschiffen — anders kann man diese $3\frac{1}{2}$ -t-Camions eigentlich nicht nennen. Auf einem hochbeinigen Fahrgestell (mit brandneuen Reifen!) erhebt sich eine stromlinienförmig gehaltene Karosserie aus blankem Aluminium. Diese ist der Länge nach dreigeteilt: vorne beiderseits des Motors Platz für Fahrer und Beifahrer, dahinter 4 tiefgepolsterte Sitze, an sich für Personal gedacht, in unserem Fall aber von Exkursionsteilnehmern besetzt. Im mittleren Teil befinden sich die eigentlichen 7 (in Worten sieben!) Fahrgastplätze. Dann kommt ein großer Gepäckraum, in dem, außer Lagereinrichtung und Decken, reichlich Wasser und Betriebsstoff untergebracht ist. Den ganzen Oberbau des Wagens nimmt ein weiterer Gepäckraum von $\frac{3}{4}$ m Tiefe ein, der gleichzeitig als Wärmepuffer wirkt. Hinter uns setzte sich ein ebenfalls silberheller schwerer Lastwagen mit Lebensmitteln unter Befehl des Küchenchefs und ein hellgelber Geologen-Explorationswagen mit allen erdenklichen Geräten und Hilfsmitteln für Forschung und Wegbahnung in der Wüste.

Unterwegs vermehrte sich Flotte und Besatzung. Nachdem wir bis In Salah, dem statistisch beglaubigt heißesten bewohnten Platz der Sahara, jeweils abends noch in einem Hotel von stufenweise abnehmender Märchenhaftigkeit gelandet waren, stellten wir uns nunmehr auf Selbstversorgung um. Die Kopffzahl unserer farbigen Hilfsvölker schwoll auf 15 bis 16 an. Alsdann begleiteten uns immer 2 bis 3 überschwere dreiachsige Geländekübelwagen der französischen Armee. Wir hatten nun also 5 bis 6 Fahrzeuge und 25 Mann Personal aller Schattierungen von blondblau bis tiefschwarz für 22 Exkursionsteilnehmer und 3 wissenschaftliche Führer. Alterfahrene Wüstengeologen hielten das für ein günstiges und — billiges Verhältnis.

Nacht in der Wüste

Bevor wir noch unser erstes Lager aufschlugen, blieb das eine prächtige Wüstenschiff mit gebrochener Kuppelung liegen, nachdem es zuvor schon durch Vergaserbrand kurzen Schrecken und längere Pause verursacht hatte. Nach einigem Palaver wurde es nebst Fahrer, Boy, Lebensmitteln und Wasser für eine Woche auf weiter Flur zurückgelassen. Der sonstige Inhalt wurde auf die übrigen Fahrzeuge verteilt. Dadurch verminderte sich die Reisebequemlichkeit für die zahlenden Gäste um einiges, von den Hilfsvölkern nicht zu reden. Die fuhren in Stellungen und an Orten der Fahrzeuge, daß uns der vom Klima übriggelassene Rest Spucke wegblieb. Es passierte ihnen natürlich gar nichts. Auch die Hühner blieben am Leben,

bis sie in der Speisefolge dran waren. Und die gefüllten Ziegenschläuche, in denen man seit den Zeiten von Abraham Wasser befördert und tatsächlich für viele Tage frisch hält, wo es knapp und die Luft trocken ist, baumelten an den Außenwänden der Fahrzeuge, und keines ihrer vier Beine riß ab, während die Abendländer auf den Brettern der Kübelwagen in schmerzende Verlegenheit über die Lage ihrer mehr oder minder lebenswichtigen Eingeweide gerieten. Eine „Piste“ ist kein Weg im Sinne eines europäischen Autofahrers. Dafür erlauben aber die Verkehrsverhältnisse auch, das Lager einfach auf ihr — und nicht etwa daneben — aufzuschlagen. Diese wird dann auch zur Speisetafel, indem Decken und Papierservietten ausgebreitet werden. Darauf stehen die Laternen, die Flaschen mit Wasser und Wein und die Teller mit Brot und Salz, welches nach Vorschrift der Kenner in großen Mengen, allenfalls wie Medizin rein, zu genießen ist. Man sitzt oder liegt zu Tische, wie es Alter, Geschlecht und Grad der Leibesmüdigkeit gestatten.

Der muntere Bundesdeutsche, der aus dem Stand ohne Zuhilfenahme der Hände in den Kreuzsitz niedersinkt und nach drei oder vier Gängen und Dessert und größeren Mengen von Wasser und Wein ebenso wieder hochkommt, erntet den Beifall der mehr oder minder appetitlosen Mitesser. Er sucht ohne weitere sportliche Ambitionen alsbald sein Bett auf. Das steht irgendwo in der geräumigen Gegend und ist uns hinsichtlich Bauart und Handhabung durch die segensreiche Einrichtung der Umerziehungslager hinlänglich geläufig und folglich auch beim Leser als bekannt vorauszusetzen. Die Sterne flimmern, die Milchstraße leuchtet milde, ein Meteor zieht seine kaltglühende Bahn, und die Nachtruhe kann beginnen. Manchmal beginnt statt dessen ein leichter Nachtwind, und das ist sehr unangenehm, da die erwartete Abkühlung ausgeblieben ist — physiologische Erklärung siehe oben! Man merkt erst nach einigen Stunden wirklicher Quälerei, daß es das Dummste ist, mit steigendem Hitzegefühl immer mehr auszuziehen, bis tatsächlich nichts mehr übrigbleibt. Schließlich verhüllt man Haupt und Glieder und findet sich alsbald von Glutwind und Sandstrahl verschont. Einmal wurde die Nachtruhe durch den an- und abschwellenden Lärm eines Geleitzuges von Lkws. unterbrochen, die sich mit strahlenden Scheinwerfern zwischen unseren Betten hindurchschlängelten. Es blieben die einzigen „Verkehrsteilnehmer“ in zehn Tagen.

Noch ist tiefe, schwarze Nacht, da weckt mich die Stimme des Küchenchefs: „*Café ou thé, monsieur?*“, das Frühstück wird also planmäßig ans Bett serviert, und zwar mit folgendem Personalaufwand: 1. der Chef, 2. der Mann mit der Laterne, 3. der Mann mit den beiden Kannen, 4. der Mann mit den Trinkgefäßen und dem Zucker, 5. der Mann mit dem Zwieback und dem Brot, 6. bis 8. Gefolge für den Fall, daß einer von 1. bis 5. ohnmächtig wird. Im Zenit steht der Sirius und grinst grasgrün übers ganze Gesicht; es ist unter Brüdern 3.00 Uhr. Um 5.00 Uhr rollen wir schon wieder. Bei Sonnenaufgang treiben wir Geologie, und bei rasch steigender Sonne treiben wir Schweiß und manchmal auch Tränen, wenn der ungeübte Körper sich dem wissenschaftlichen Programm versagt.

Tamanrasset — Kulturzentrum

Hier in Tamanrasset ist natürlich alles anders. Hier sind wir alle wieder so ziemlich normal geworden, bis auf den jungen Franzosen, den sie nach mühsam über-

standenem Hitzschlag mit einem Flugzeug wegschicken mußten. Wir befinden uns 1400 m hoch. Rings in den Bergen gibt es jeden Nachmittag irgendwo Gewitter und danach allgemeine Abkühlung. Der Ort hat statistisch Anspruch auf 50 mm Niederschlag im Jahr. Sogar das breite Flußbett hat für ein paar Stunden Wasser geführt, was einmal nach 1921 sieben Jahre lang ausgeblieben ist.

Die raffinierte Bewässerungskunst hat mit den Gärten das halbe Dorf unter Wasser gesetzt. Das bedeutet eine dritte Ernte in diesem Jahr, also wahren Segen. Der Fremde wundert sich, daß die Bürger diesem Segen so ohne Enthusiasmus entgegengetreten. Kinder plantschen in dem lehmigen Naß, wie sie es in aller Welt tun, aber die sandalenbekleideten Erwachsenen vermeiden es sorgfältig, sich die Füße naß zu machen.

Anscheinend bewirkt chronischer Wassermangel eine heilige Wasserscheu. Wasser ist eben so kostbar, daß es der anständige Mensch nicht mit seiner Körperoberfläche berührt, wodurch die letztere nach europäischem Begriff nicht sauberer wird. Aber im trockenen Klima ist Ungewaschenheit nicht gleichbedeutend mit Schmutz. In den Hafenstädten riecht es viel scheußlicher als in den engen Straßen des Wüstendorfes. Die Wahrheit zu sagen: Hier riecht es eigentlich gar nicht. Wir essen ohne Widerstreben die überreifen Datteln, die uns von ungewaschenen Händen dargeboten werden. Freilich die Amerikaner tun das nicht. Sie waschen nicht nur die Früchte, sie werfen auch bakterientötende Pillen in das Trinkwasser aus Brunnen und Ziegenschlauch mit dem beachtlichen Ergebnis, daß alle Dysenterie haben oder gehabt haben. Anscheinend ist Hygiene auch eine Krankheit.

Das hiesige Hotel ist nach europäischen Begriffen ruppig. Wenn man sich aber klarmacht, daß jedes Möbelstück den Weg genommen hat oder bei Erneuerungsbedarf nehmen muß, den wir zurückgelegt haben, ist man einsichtsvoll und zufrieden. Der Schrank in unserem Zimmer hat weder Rückwand noch Tür und ist demgemäß recht unstabil. Aber im Laufe von fünf Tagen gastweiser Benutzung ist er nicht seitlich zusammengeklappt. Das macht, da stand ein Bett, an das er sich anlehnte. Es gibt Anschlußwaschtische und WC und sogar eine Duscheinrichtung, außerdem sind genug Boys da, die das benötigte Wasser kannenweise vom Ziehbrunnen holen.

Schlimm ist eigentlich nur der Hühnerbaum, und der steht außerhalb des Hauses, aber immerhin gerade vor unserem Fenster. Es ist eine jener sprichwörtlich zarten, hier aber ganz käftig entwickelten Mimosen, auf die das Hühnervolk nebst Hahn regelmäßig aufbaut. Der Hahn kräht etwa 9.00 Uhr abends zum erstenmal und fortan in unregelmäßigen Abständen und im Wechselgesang mit den Kollegen des ganzen Dorfes, bis im ersten Morgengrauen der Harem sich unter großartiger Geräusch- und Flügelentfaltung wieder auf den rostfarbenen Erdboden begibt und der geprellte Schläfer zum Schwimmbad rollt.

Garrison

Ja, das gibt es also hier, genau wie in In Salah. Es gehört zu einem *Annexe*, d. h. zu einem Standort der Armee. Wir dürfen natürlich das Schwimmbad benutzen. Wir könnten auch Tennis spielen, wenn wir wollten. Aber es will keiner.

Wir sind hier, wie auch auf den Stationen unserer Reise, mit den Offizieren des

Standorts in höflich-freundliche Beziehungen getreten. Dabei haben wir durchweg nur günstige Eindrücke gewonnen. Die Offiziere wie ihre Männer, die wir als unsere hilfreichen und unverdrossenen Kraftfahrer näher kennenlernten, sind prachtvoll gestalteten. Der Dienst in der Wüste läßt weder Garnison drill noch Etappenfaulheit aufkommen und prägt Gesicht und Körper. Die Uniform paßt sich dem Klima an. Weite, rockartige Hosen aus schwarzem, seidenartigem Stoff fallen über die nackten Füße, an denen breite, völlig offene Sandalen getragen werden. Der weiße, kurzärmelige Rock läßt das gleichmäßig braune Gesicht bis in den tiefen Halsausschnitt und die lichtblaue Mütze dunkler erscheinen. Das sieht sehr elegant aus und ist wiederum viel weniger wichtig als der lebendige Inhalt.

Ein Hauptmann der rein militärischen Verwaltung regiert ein Gebiet von einem Sechstel der Größe des Mutterlandes, und die Reichweite der hier stationierten Kamelreiterkompanie entspricht sogar dem Durchmesser von Frankreich. Freilich wohnen in diesem Raum höchstens 10 000 Menschen, und außer den wenigen Soldaten keine Europäer. Das vereinfacht die Verwaltung beträchtlich. Diese wird offensichtlich mit viel Geschick und Bestimmtheit, aber doch mit der weichen Hand ausgeübt. Der Gedanke streift vorübergehend an ein anderes Besatzungsgebiet der gleichen Nation, wo mit weniger gutem Erfolg und vielleicht mit weniger Geschick regiert wurde, was natürlich in der großen Zahl und den vielfältigen Ansprüchen der dortigen Eingeborenen seinen Grund gehabt haben mag.

Aber eigentlich liegt dieser Vergleich nicht nur räumlich fern. Immerhin hat der Rittmeister der Kamelreiter dabei mitgewirkt und fördert nun von dieser seinerseits ganz erfreulichen Gelegenheit einiges Deutsch zutage. Außerdem stellt es sich heraus, daß wir am Monte Cassino einander gegenübergelegen haben. So etwas verbindet merklich, wenn — es eine Weile her ist.

Wir sitzen im offenen Innenhof der Meteorologisch-Geophysikalischen Station, wohin wir mit den Offizieren des Standorts zu einem sehr hübschen Empfang eingeladen wurden. Über uns steht samtschwarz die sterdurchwirkte Nacht. Inmitten des offenen Vierecks unserer Tische sprüht ein buntheleuchteter kleiner Springbrunnen seine feinen Wasserstrahlen in ein Beet von niedrigen Palmen. Es gibt — unwahrscheinlich für den Ort — Eis in die Getränke, dazu Erdnüsse und kleines Gebäck. Ich sitze sauber und weiß angezogen und frisch von oben bis unten zwischen dem Rittmeister der Kamelreiter und der ersten Frau des Standortes. Damit ist nicht nur ihr Rang gemeint, sondern sie ist zunächst die einzige überhaupt. Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer — eine Frau macht noch keinen Winter. Aber Frau Hauptmann bekunden durch ihre anmutige Gegenwart, daß der saharische Sommer wieder mal überwunden ist. Weitere Winterfrauen sind bereits im Anflug. Sie bringen für ein paar Monate europäisches Familienleben in die roten Lehmhäuser von Tamanrasset.

LÄNDERKUNDE DER SAHARA

Wenn wir die gesamte deutsche Afrikaliteratur nach dem Zweiten Weltkrieg überblicken: eine Fülle von Erlebnisberichten und Reportagen also, deren Verfasser oft nicht einmal die von ihnen geschilderten

Länder durchquert, sondern höchstens in den Hafenorten berührt haben, so sind Heinrich Schiffers' Arbeiten — abgesehen von Diedrich Westermanns Buch über die Staatenbildungen südlich der Sahara und

Hugo Bernatziks Völkerkunde – am besten fundiert.

Sein Spezialgebiet ist die Sahara. Er hat um ihrerwillen einmal Heinrich Barths Reisen und Erlebnisse, in einem anderen Buch die Abenteuer bei der europäischen Erschließung der großen Wüste geschildert. Zuletzt legte er in einem umfangreichen Band die aufregende Entdeckungsgeschichte Gesamtfrikas vor. Diese literarischen Arbeiten beruhen bereits auf gut geprüften Unterlagen. Schiffers' auch der Form nach wissenschaftliches Werk ist aber die Kleine Länderkunde über die Sahara und die Syrtländer.

Hier handelt es sich um das deutsche Standardwerk über die große afrikanische Klimawüste. In drei großen Abschnitten berichtet der Verfasser über die natürlichen Tatsachen, die geologische und menschliche Geschichte und über die Zukunftsmöglichkeiten der Sahara. Er ist durch den vorgeschriebenen Umfang seiner Arbeit etwas beeengt und weiß außerdem, daß viele Fragen der Vorgeschichte und der Geologie noch immer nicht einwandfrei geklärt sind, die Zukunft aber völlig im Ungewissen liegt. Trotzdem stellt Schiffers schließlich die Frage, ob es die aus frühen Felszeichnungen bekannte „grüne Wüste“ in absehbarer Zeit wieder geben kann.

Er prüft jedoch nicht, ob das französische Projekt eines industrialisierten Sahara-staates zu verwirklichen wäre, das durch die erfolgreichen Prospektionen im Dreieck Colomb Béchar–Hoggar–Tindouf begründet wird. Seine Antwort auf die erste Frage ist durchaus zurückhaltend. Nachdem er den Wandel der Natur, besonders das aus Luftdruck und Wind, Sonnebestrahlung und Bewölkung, aus Verdunstung und Nie-

derschlagen hervorgehende Klima und in einem besonders guten Abschnitt die Wasserwirtschaft untersucht hat, stellt er das Vorwandern der Wüste in die Niger-Tschad-Zone, also die fortschreitende Verwüstung, stärker in den Vordergrund als die fruchtbare Begrünung, die im Atlantropaplan und anderen Großprojekten erhofft wird.

Die in den Text eingeschalteten sieben Karten und sechzig Figuren enthalten sehr viel Arbeit. Gerade sie bieten die besten Unterlagen für jedes Urteil über neue Entwicklungs- und Industrialisierungspläne.

Schiffers' Arbeit ist aber auch in anderer Hinsicht ein Muster, auf welchem Wege der Notlage der deutschen Afrikaliteratur abgeholfen werden kann. Er hat nicht eine Monographie über einen politischen Bereich, also etwa über die Wüstengebiete in der Französischen Union, sondern über einen naturgegebenen Raum geschrieben. Dieses Verfahren ist allein zutreffend, seitdem die wirtschaftlichen Entwicklungen und die politischen Tendenzen ihren Geltungsbereich immer stärker auf die elementaren Grenzen abstimmen. Zu wünschen bleibt aber, daß Schiffers' Buch nachgeahmt wird, denn wir besitzen bisher über andere Gebiete neben den in der Auswahl ihrer Gesichtspunkte ganz willkürlichen Reportagen lediglich Wirtschaftsberichte, die fast immer die natürlichen Lebens Tatsachen und auch die Wandlung der sozialen Verhältnisse oder die Darstellung der politischen Kräfte zu sehr außer acht lassen.

Oskar Splett

Heinrich Schiffers: Die Sahara. Kleine Länderkunden, Franckhsche Verlagsbuchhandlung, Stuttgart 1951, 254 S., 10,80 DM.

WIR SIND NICHT MITTELPUNKT

Keine Kultur ist autark

Mannigfaltig sind die Lebensformen und Gesittungsarten der Menschen, aber sie alle gehen auf eine gemeinsame und im wesentlichen gleichartige Grundform zurück. Auf die ersten Anfänge der Naturbeherrschung, in denen der Mensch sich damit begnügte, sich das anzueignen, was die Natur ihm freihändig bot und was er unzubereitet verzehren konnte, folgt die früheste „Kul-

turstufe“, in der der Mensch es lernt, Pflanzen anzubauen und Tiere zu halten, und damit von den Zufälligkeiten der Naturlieferungen unabhängig und so für andere Beschäftigung frei wurde: Die Vorbedingung für jeden weiteren Fortschritt.

Verschieden sind die Zeitpunkte, zu denen diese Stufe erreicht wurde: in Nord-europa war es im Lauf des 3. Jahrtausends v. Chr., während einige Volksstämme sie

noch heute nicht erreicht haben, sondern nach wie vor von der Hand in den Mund leben.

Den Weg durch diesen und den weiteren Gang der Menschengeschichte führt uns der kürzlich verstorbene Berliner Ethnologe und Soziologe Richard Thurnwald. Thurnwald hat sich viele Jahre seines langen Lebens mit den Gesellschaftsformen und dem Geistesleben der wenig entwickelten Menschheit beschäftigt; Zeugnis dafür ist sein fünfbändiges Werk über die menschliche Gesellschaft, das der mir jetzt vorliegende Band als 6. abschließt.

Thurnwald hat den großen Vorzug einer langen und sehr intensiven „Feldarbeit“ gehabt. 1906–1909 unternahm er eine Forschungsreise nach Mikronesien und Melanesien. 1912 führte ihn eine Expedition nach dem damaligen Deutsch-Neuguinea. 1930 ging er auf Einladung des Internationalen Afrika-Instituts in London nach Tanganjika zum Studium des Kulturwandels. Von seinem internationalen Ansehen zeugen die häufigen Einladungen zu Gastvorlesungen: nach Berkeley, Yale, Harvard, vom *Australian National Research Council* und vom Internationalen Afrika-Institut.

Das hier zur Besprechung stehende Buch „Des Menschengestes Erwachen“ ist eine Geschichte des menschlichen Denkens, eine psychologisch unterbaute und durchdrungene Führung durch den Werdegang der Menschheit von den ersten Anfängen durch mühsame Fortschritte, Erfolge, Fehlentscheide und Rückschläge, bis es ihr gelang, aus dem zügellosen Phantasieren und Träumen zu klarem Nachdenken, zu einem Erfassen der Umwelt und zu ihrer Beherrschung zu gelangen, eine feste Form der Lebenssicherung zu gewinnen und sich von bisherigen Abhängigkeiten zu befreien.

Thurnwald geht von gewissen Grundanlagen aus, die er urseelische Zustände nennt. Zu ihnen gehört ein Überwiegen des Affektes, eines hemmungslosen Ausbruchs jeder augenblicklichen Empfindung. Eine andere tiefliegende Erscheinung ist die egozentrische Einstellung. Man hält sich für den Mittelpunkt der Welt, kennt keine objektive, sondern nur eine ich-bezogene Naturbeobachtung; im Vogelruf glaubt man eine an sich gerichtete Stimme zu hören. In den gleichen Kreis gehört der Glaube, daß gewisse Gegenstände, Handlungen oder

Personen kraftgeladen sind und daß der Mensch über diese Kräfte verfügen kann. Die Anfänge einer Überwindung des Verhaftetseins an die Umgebung und damit zugleich der Beginn eines rationalen Denkens zeigen sich darin, daß man nach Ursachen sucht, auch wenn man darin zunächst irregeht, so, wenn man beim Auffinden einer Quelle meint, ein Vorfahr wohne in ihr und seiner Gunst verdanke man den Glücksfund.

In dem Ringen um Naturbeherrschung verschlingen sich oft magisches und rationales Denken und Handeln, besonders da, wo man glaubt, es mit übermenschlichen Mächten zu tun zu haben (Krankheit, Tod, Empfängnis und Geburt, Geister und Hexen); während in den Fragen des alltäglichen Berufslebens bald das rationale Denken vorzuwalten beginnt.

Die Arbeit Thurnwalds bietet ein ungeheures, oft nicht leicht übersehbares völkerkundliches Material, das uns vor allem den Menschen in dem Frühstadium seiner Entwicklung zeigt, aber auch die späteren Stufen seines Wachsens berücksichtigt, immer in enger Bezugnahme auf das Leben, aus dem es gewachsen ist.

Völkerkunde im engeren Sinne behandelt Kunz Dittmer. Er geht aus von der Doppelstellung des Menschen als eines kulturschaffenden Humaniden wie als Glied des Tierreiches, also eines hominiden Wesens. Der Mensch unterliegt also biologischen Gesetzen wie den funktionalen Wechselwirkungen zwischen Leib und Geist, zwischen körperlichen und seelisch-geistigen Funktionen, die gegenseitig aufeinander einwirken und so den Wachstumsboden der menschlichen Kultur bilden.

Die gleiche Überschneidung zwischen Natur und Geist wirkt sich aus in bezug auf die Umwelt. Der Mensch ist abhängig von ihr, schafft sich aber auch seine eigene Umwelt und macht sich dadurch weithin unabhängig von der Natur. Fortschritt in der Kultur ist gleichbedeutend mit dem Anwachsen der Naturbeherrschung.

Man kann aber nicht beliebig ein Teilgebiet der Kultur isoliert behandeln, sondern muß sie als Ganzheit sehen, als ein Kulturgefüge, in dem jeder Teil den anderen bedingt. Man muß ferner bedenken, daß keine Kultur autark ist, sondern jede aus ihren Nachbarn mitgewachsen ist, also geschichtlich zu verstehen ist. Die

funktionalistische Betrachtungsweise, die ihre Aufmerksamkeit ausschließlich auf gegenwärtige Vorgänge und Zustände lenkt, die besonders in der Erforschung des heutigen Kulturwandels wichtige Dienste leistet, würde gut tun, ihre Beobachtungen durch geschichtliche Untersuchungen zu vertiefen.

Dittmers Buch ist ein bedeutender und durchaus selbständiger Beitrag zur Wissenschaft der Völkerkunde. Er geht eigene Wege, indem er nicht, wie bisher üblich, geographisch, sondern sachlich vorgeht; er führt weniger Einzelheiten aus dem Kulturbesitz der Völker an, geht aber um so gründlicher den allgemeinen Fragen nach, und auch wo man nicht mit ihm konform geht, wird man gern von ihm lernen.

W. E. Mühlmann, dem wir eine Reihe scharfsinniger Untersuchungen zur wissenschaftlichen Seite der Völkerkunde und verwandter Wissenschaften verdanken, äußert sich in der *Universitas Litterarum* über Begriff und Geschichte der Völkerkunde. Die Völkerkunde hat sich nach ihm auf das Gebiet der Naturvölker zu beschränken, sich dagegen nicht mit den Fragen des Kulturwandels zu beschäftigen, denn diese gehören der Soziologie an, ebensowenig mit dem Kulturkontakt, der der Kolonialgeschichte zufällt.

Der Verfasser gibt aber selbst zu, daß es einen grundsätzlichen Unterschied zwischen Völkerkunde und Soziologie gar nicht gibt und deshalb die beiden wohl zusammengefaßt werden können. Auch Europa und Asien schließt Mühlmann von der völkerkundlichen Betrachtung aus. Da aber „Naturvölker“ immer seltener werden und kaum noch außerhalb der modernen Zivilisation anzutreffen sind, so würde demnächst der Völkerkunde der Boden entzogen sein. Ist es nicht natürlicher, die Soziologie wie auch das Studium der Kulturvölker der Völkerkunde anzuvertrauen?

Das Schwarze Afrika hat eine Geschichte

Dem Studium der Völkerkunde ist, zumal unter Völkern niederer Entwicklung, das der Geschichte verwandt, das ja hier vorzugsweise mit den Mitteln und Methoden der Völkerkunde betrieben werden muß. Nachdem ich eine geschichtliche, größtenteils auf einheimische Überlieferungen gegründete Darstellung des gesamten negerischen Afrika gegeben habe, besitzen

wir neuerdings eine Geschichte Ostafrikas von dem Orientalisten und Missionar Richard Reusch. Es ist eigentlich die Geschichte der arabischen und persischen Besetzung Ostafrikas. Sie beruht auf einem sorgfältigen Studium der arabischen Quellen, beginnt mit den frühesten Berichten aus Ägypten und dem Mittelosten wie aus dem griechischen Altertum und mündet dann aus in das, was arabische Reisende über Ostafrika sagen.

Für Arabien und Persien wie auch für Indien lag die ostafrikanische Küste in nächster Nachbarschaft, mit Hilfe der Monsoonwinde leicht zu erreichen: sicher wurde sie schon vor dem Beginn unserer Zeitrechnung von Fremden befahren. Vom 7. Jahrhundert an unternahmen immer wieder arabische Korsaren Züge an die Ostküste, gründeten Stadtstaaten, treiben Handel, vor allem mit Sklaven, wagen sich aber kaum ins Innere.

Ebenso früh wie die Araber kamen die Inder, ebenfalls handelsbeflissen. Große Kulturleistungen brachten seit dem 10. Jahrhundert die Perser (Schirazi), mit ihrem Mittelpunkt Kilwa.

Vom Ende des 15. Jahrhunderts an dominierten die Portugiesen an der Küste. Seit dem 18. Jahrhundert wurden sie von den Arabern wieder hinausgedrängt. Im 19. Jahrhundert gelangte die omanische Dynastie Seyyid Said ans Ruder, die sich bis zur Ankunft der Engländer und Deutschen halten konnte. Das Gewicht der Darstellung liegt durchaus auf der alten Zeit.

Die Geschehnisse bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts umfassen 283 Seiten, während die Zeit seitdem mit 30 Seiten abgetan wird. Man erfährt kaum etwas über das heutige wirtschaftliche und soziale Leben der Eingeborenen.

Ein Quellenbuch über die Erforschungsgeschichte Afrikas legt H. Pleticha vor: Der Weg ins Unbekannte.

Wann reist Du ab, Weißer Mann?

Einen Reportage-Bericht über Westafrika bringt der bekannte Reiseschriftsteller Rolf Italiaander. Es ist eine flotte, amüsante und nicht selten humorvolle Schilderung des modernen Westafrika mit seinen Fortschritten und Hoffnungen, durch die noch überall die alte Welt mit ihrer Leichtgläubigkeit, Naivität und ihrem Wahnglauben hindurchschaut.

Doch wird die fatale Frage an den Weißen: Wann reist du ab? von nicht wenigen Schwarzen durchaus ernst aufgefaßt, wenn es auch dem Weißen damit durchaus nicht eilt, weil er der Meinung ist, daß seine Arbeit in Afrika noch nicht beendet ist. Das Buch stellt in leichter Form manche ernste Frage und gibt nicht selten eine treffende Antwort.

„Schwarzer Orpheus“ nennt J. Jahn eine Sammlung „afrikanischer“ Gedichte. Sie stammen von gebildeten Negern aus Afrika und Amerika. Die wenigsten von ihnen reden die primitiv-naïve Sprache des alten Afrika, und sie sind durch andere europäische Sprachen gegangen, ehe sie ins Deutsche gegossen wurden. Sie zeigen nicht selten wirkliche poetische Kraft, eleganten Ausdruck, Reichtum und Freiheit der Empfindung, auch unbändigen Haß gegen die Weißen und ihre Zivilisation, ohne die sie doch nicht einen Tag leben könnten.

Diedrich Westermann

Richard Thurnwald: *Des Menschengewaltigsten Erwachen, Wachsen und Irren. Versuch einer Paläopsychologie von Naturvölkern.* Duncker und Humblot, Berlin und München 1951, 448 S., 31.— DM.

Kunz Dittmer: *Allgemeine Völkerkunde. Formen und Entwicklung der Kultur.* F. Vieweg & Sohn, Braunschweig 1954, 314 S., 16.80 DM.

W. E. Mühlmann: *Völkerkunde (Universitas Literaturum, Handbuch der Wissenschaftskunde, 4. Lieferung),* W. de Gruyter, Berlin 1954, S. 241—320, 6.50 DM.

Diedrich Westermann: *Geschichte Afrikas. Staatenbildungen südlich der Sahara.* Greven Verlag, Köln 1952, 491 S., 41.— DM.

S. R. Reusch: *History of East Africa, Kommission Evangelischer Missionsverlag, Stuttgart 1954, 343 S., 9.80 DM.*

J. H. Pleticha: *Der Weg ins Unbekannte. Drei Jahrtausende Afrikaforschung in Augenzeugenberichten.* Beacon-Verlag, Rimpf über Würzburg 1955, 339 S., 9.75 DM.

Rolf Italiaander: *Wann reist Du ab, Weißer Mann? Erlebtes Westafrika.* Broschek-Verlag, Hamburg 1954, 167 S., 10.80 DM.

Schwarzer Orpheus, moderne Dichtung afrikanischer Völker beider Hemisphären, Ausgewählt und übertragen von J. Jahn. Carl Hanser Verlag, München 1954, 193 S., 9.80 DM.

NEUGUINEA

Menschen außerhalb unseres Gesichtskreises

1954 wurden auf Neuguinea abgeschlossene Täler entdeckt, die bis dahin keinem Menschen europäischer Herkunft als menschliches Siedlungsgebiet bekannt gewesen waren. Obwohl diese große Insel im Zweiten Weltkrieg Schlachtfeld für Amerikaner, Australier und Japaner geworden war, hatte man nicht bemerkt, daß in engen Talkammern des Hochgebirges uralte Bevölkerungsgruppen hausten, denen es gelungen war, den Kontakt mit der Außenwelt so zu vermeiden, wie der geheimnisvollen Republik Shangri-La des englischen Romanes, die durch Präsident Roosevelt zu einem politischen Schlagwort im Sinne der uralten „Insel der Seligen“ gemacht worden ist.

So kommt der Reisebericht eines schwedischen Offiziers über eine Expedition im Süden des ehemaligen Kaiser-Wilhelm-Landes, das 1914 von den Australiern be-

setzt, ihnen 1920 durch den Völkerbund als Mandat übertragen wurde und seit 1946 als Treuhandgebiet der UNO unter australischer Verwaltung geblieben ist, einem neugewekten Interesse an dieser zweitgrößten Insel der Erde entgegen, die seit den Heeresberichten über die Kämpfe auf den Salomonen und am Sepik fast schon wieder vergessen worden ist. Der sehr unverbindliche Ton der Berichterstattung, die Erwähnung vieler Selbstverständlichkeiten und „Privata“, mag für manche Leser eine angenehme Lektüre sein, andere wird er irritieren. Alle Leser werden die guten Aufnahmen mit Interesse betrachten. Auch wenn das Buch belanglos erscheint, der wird sich doch nicht der Bedeutung der ihm zugrunde liegenden Tatsachen entziehen können.

Die Australier haben durch wenige hervorragend qualifizierte Pioniere sowohl in ihrer Kolonie, dem südlichen Neuguinea

oder „Papua“, als auch in ihrem Treuhandgebiet ausgezeichnete kolonisatorische Leistungen vollbracht und in der Schule einzelner bedeutender Gouverneure ein gutes Verhältnis zu vielen Gruppen der Eingeborenen hergestellt, das im Zweiten Weltkrieg seine Bewährungsprobe bestanden hat. Man erfährt allerdings nicht, wie sich die japanische und amerikanische Besetzung auf die Eingeborenenstämme auswirkte, und auch nicht, wie die Eingeborenen die Vertreibung der deutschen Missionare und die zeitweise Unterbrechung jeder Missionstätigkeit seelisch und sozial überstanden haben. Fest steht auf alle Fälle, daß die Stämme des Treuhandgebietes vor ungerechtfertigter Ausbeutung durch Privatinteressen geschützt worden sind.

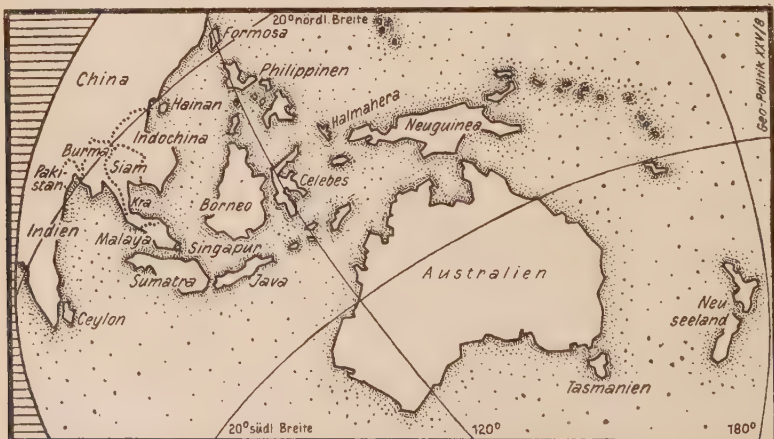
Interessant ist das Nebeneinander zwischen den Papuas, die mit den Australiern in Verbindung stehen, und den Pygmäen, die tief in der Bismarckkette, abgeschlossen von Papuas und Weißen, ihre Welt vor jeder Berührung mit der Gegenwart zu sichern versuchen. So leben also hier drei Zivilisationen nebeneinander. Es ist möglich, daß eine echte Symbiose zwischen Papuas und Weißen ohne Nachteil für einen der beiden Partner entwickelt werden kann. Eine ähnliche Entwicklung zwischen den Pygmäen und den beiden anderen Gruppen ist bisher nicht versucht worden. Wird man sie nunmehr versuchen? Was werden dann die Folgen sein? Oder wird man eine soziale Insel wenigstens an dieser abgelegenen Stelle der Erde dulden? Es ist ja nicht wahr, daß die Pygmäen eine Frühstufe unserer selbst

sind, die nur aus geheimnisvollem Grunde an einer sonst unaufhaltsamen Entwicklung nicht teilgenommen haben. Alles, was zwischen der Entdeckung des Eisens und der Erfindung des Verbrennungsmotors lag, ist ihnen unbekannt. Sie leben in einer anderen Welt und treffen nun plötzlich auf Mitmenschen, die im Besitz von Flugzeugen, weittragenden Geschützen und Chemikalien sind.

Die damit aufgeworfenen Fragen können natürlich nicht durch eine Völkerkunde beantwortet werden, die sich um die Sammlung von putzigen Absonderlichkeiten bemüht und uns selbst immer wieder zu unseren angeblichen Fortschritten beglückwünscht. Noch weniger kann ein Reisender Antwort geben, wenn er seinem Dolmetscher vertrauen muß, der ihm in der Kümmerform einer ihm selber fremden europäischen Sprache angeblich „übersetzt“, was die Eingeborenen sagen. Immerhin macht der Reisende darauf aufmerksam, daß hier eine wirkliche wissenschaftliche Aufgabe noch zu lösen ist, deren politischer Aspekt schon im Hinblick auf das eigenartige Verhältnis der Einwohner des westlichen Neuguinea zu den Niederländern und Indonesiern in hohem Maße politisch ist.

—ff—

Alfred A. Vogel: *Papuas und Pygmäen. Eine Forschungsreise in Neuguinea.* Aus dem Schwedischen übersetzt von Richard und Elisabeth Wolfram. Orell Füssli Verlag, Zürich und Konstanz 1954, 149 S., 13.50 DM.



Die Inselwelt des Mittelmeers zwischen Asien und Australien

Indonesien

Wer mit landschafts- und menschenkundlich geschulten Augen von der Gangesmündung her durch den zuweilen zyklongepeitschten Meerbusen von Bengalen, Südburma, Malaya oder das Kranzgebirge der Sundainseln auf die Malakka- oder Sunda-Straße zusteuert, dem wird ebenso sicher die Typverschiedenheit der Landschaft wie des Blutes ihrer Bewohner von den indischen Gestaden auffallen wie beim Ansegeln des Austral-Asiatischen Mittelmeeres etwa von der Straße von Formosa, der *bocca tigris*¹⁾ oder den Philippinen her die Typverwandtschaft und der Übergangscharakter beider.

Dennoch hat sich der Name *Indonesien* für den wichtigen Übergangsraum durchgesetzt, der sich weiter landeinwärts im Gebiet der meridionalen Stromfurchen zu einem schmalen Grat verengt, von dem nach der einen Seite Landschaftsart und Lebewelt Indiens, nach der anderen Seite Ostasiens in eine tief eingerissene Schlucht herabsinken. So einfach gestaltet sich in dieser Inselwelt das politisch-geographische Zugehörigkeitsproblem nicht.

Die Geologie und Ozeanographie löst es sehr viel einfacher: sie erklärt den Sundainselbogen für eine Teilerscheinung der größeren morphologischen Bildung der australasiatischen Inselbögen, sie beweist uns, daß der von Süß geschilderte pazifische Küstentyp außen um Sumatra herumgreift und daß es sich um eine verbreitete Teilausprägung der ostasiatischen Zerrungsbögen, somit um ein Teilgebiet des Großen Ozeans handle.

Aber für die Ausgestaltung der Kulturlandschaft ist zuerst die Hand vom Indischen Ozean aus auf die rohstoffreiche Gestaltenfülle des von der Natur in der Sundawelt an Formkräften Gebotenen gelegt worden. Dieses Zerrungsmotiv gibt die sicherste, alle Einzelerscheinungen berührende Leitlinie kulturpolitischer, politisch-geographischer und wirtschaftspolitischer Betrachtung.

Alle noch so hoch anzuschlagende, übrigens auch durch Deutsche (dabei allein fünf Generalgouverneure deutscher Herkunft) unterstützte Verwaltungs-, Wirtschafts- und Wissenschaftsleistung täuscht nicht darüber hinweg, daß sich die Kräfte der Niederlande in den mehr als vierhundert Jahren ihrer Herrschaft unzureichend für die volle Erschließung sogar des rund 1,5 Mill. qkm (ohne Neuguinea) betragenden Inselraums erwiesen, neben dem Großbritannien und Portugal nur verschwindende Raumanteile besaßen.

Dazu kam der Druck der britischen Einkreisung und Durchdringung von Indien, Malaya, Nordborneo, Australien und den Kokos-Inseln aus, — mit Singapur als ausmärkischer Hauptstadt trotz Batavia, Surabaja, Semarang, Bandung und Palembang, die im Grund alle nur als Vor- oder Nebenhäfen der großen Umschlagszentrale an der indisch-ostasiatischen Pfortenschwelle dienten.

¹⁾ Damit ist die Einfahrt zum Hafen von Kanton gemeint. (Anmerkung der Schriftleitung.)

Surakarta und Djokjakarta waren Fürstenresidenzen, Bandung auch ein geistiger Mittelpunkt, vor allem der nationalistischen Bewegungen, die trotz der völkischen und rassischen Zersplitterung mehr und mehr die gesamte Intelligenz Indonesiens umfaßten und zur ernststen Gefahr für jede Fremdherrschaft werden mußten.

Der Bau der Randgroßinseln Sumatra und Java ist nach dem Innern des Mittelmeers und gegen die ostasiatischen Einflüsse zu geöffnet, gegen den Indischen Ozean steil aufgerichtet, abgeschlossen und hafenarm, so hafenreich die Innenküste ist. Je mehr der Bogen australienwärts ausschwingt, um so formen- und kulturärmer wird er. Große Durchdringungsschwierigkeiten setzen namentlich das ungefüge Borneo, aber auch Celebes als Binneninsel ihrer Erschließung entgegen, wobei schließlich Borneo außer seinem Öl noch andere ungehobene Mineralschätze bergen mag.

Pflanzengeographisch kann sich der Überschuß an Nahrungsmitteln für Reis mit dem der großen Reisausfuhrhäfen Singapur, Bangkok, Saigon, Haiphong und Kanton nicht messen, wohl aber für die anderen Erzeugnisse der Plantagenkultur: Zucker, Kautschuk, Tabak, Kaffee, Tee, Chinarinde, Ölpalmeneträge, — Zucker und Kautschuk freilich unter vielen Preisschwankungen und Preisstürzen.

Stetiger blieben die wichtigsten Bergbau-Erträge: Erdöl, Kohle, Zinn.

Wirklich erschlossen im Sinne unserer Zeit sind Java, Teile von Sumatra und Bali, unter denen die javanischen Böden bereits Erschöpfungszeichen erkennen lassen, während die übrigen riesigen Raumreserven noch dringend der Völlerschließung für die landwirtschaftliche Erzeugung harren, die für das wirtschaftsgeographische Gleichgewicht eine Notwendigkeit ist. Der Schatten der Raubwirtschaft liegt schwer über den für sie bevorzugten Teilen der Südgrenze wie Malaya, Teilen von Sumatra, Bali.

Auch die Spannung zwischen den „Binnenvölkern“ (Toradja, Dajak, Bataker) und der malaiischen Randbevölkerung steigert die von dem labilen Rassen- und Volksgefüge her drohenden Gefahren. Es ist nicht nur der Physis nach, auch der Psyche nach vulkanischer Boden pazifischer Wesensart, in dem in einer langen Geschichte ruckweise Ausbrüche langen Beharrungszuständen zu folgen pflegen.

So verlief die Geschichte der malaiischen Inselbögen in ihrer Zersplitterung in Inseln und Meeresteile, ihrem erschlaffenden Klima, ihrer üppigen Pflanzenwelt, seit Inder um die christliche Zeitwende sich in Sumatra einrichteten, seit 670 dort ein buddhistisches Großreich entstand, das im 13. Jahrhundert von javanischen Fürsten zerschlagen wurde, worauf sich dann in Atjeh und Ostjava Reiche entwickelten. Diese wieder zerstörte ein Bund islamischer Fürsten, unter deren Nachfolgestaaten Mataram im Osten und Bantam im Westen Javas die stärksten waren.

Dann stürzten sich die Europäer vom Westen auf Java und die Molukken, von Osten auf die Philippinen, und langsam bauten die Holländer ihr Wirtschaftsreich mit Batavia seit 1619 als Schwerpunkt.

Die Insellur der Südchina-See

Die Insellur der Südchina-See ist, — wie deren Ganzheit und ihre Zusammenhänge mit der Südsee-Einwirkung euramerikanischer Herkunft und den Nan-Yo-

Ansprüchen Ostasiens, — lange nicht als einheitliche Aufgabe der politischen Erdkunde und der Kulturwissenschaften gesehen worden²⁾). Seine Leitnote gewann das Schrifttum durch die Philippinenfrage und die Umfassung dieses aus dem Rahmen Ostasiens herausgebrochenen Kultur- und Machtkörpers durch das ehemalige deutsche Südseemandat Japans und sein Vordringen in die sogenannten „gefährlichen Inseln“ (*Shinnangunto*), innerhalb deren Bereich lange Zeit Besitzrechte wie die der Pratas-Inseln oder der Paracel-Inseln in der Schwebe zwischen China und Japan, zwischen Frankreich und Japan hatten bleiben können. Dabei spielte die kostspielige Pflicht der Seezeichenpflege und der Befeuerung eine hemmende Rolle für die Lust zur Besitzergreifung, in der ja auch eine schwere Belastung des niederländischen wie des japanischen Inselreiches lag. Auch weit gedehnter Küstenbesitz (Japan hatte über 52 000 km!) verpflichtet, — nicht nur wehrgeopolitisch, sondern auch kulturbautechnisch!

Die Philippinen sind von den USA nach dem Verebben der ersten imperialistischen Hochflut (1898–1907, 1915) fast ebenso oft als gefährliche Zerrungsbelastung und Bürde wie als Stützpunkt nicht nur vor, sondern innerhalb Großostasiens, als eines der Kernstücke des Fernen Ostens empfunden worden. Wir haben den Nachweis, daß sie als einer der wichtigsten Druckmesser, beinahe als Manometer der ganzen Selbstbestimmungsbewegung im Fernen Osten, betrachtet werden dürfen, vor allem aus dem amerikanischen Schrifttum erbringen können.

Die Spannungen um die Philippinen lassen sich allenfalls bei friedlicher Weiterentwicklung der pazifischen Politik mit schonender Hand lösen, — bei Aufhören friedlicher Zustände kaum. Der morphologische Nordostabschluß der Austral-Asiatischen Mittelmeers, der 1300 km lange, zwischen 6 und 11 km tiefe Philippinen-graben, taucht mit dem Nordende seiner Rinne in die Küstengewässer von Taiwan-Formosa. Mit dem Südende berührt er die Scheide zwischen den Molukken und dem ehemals deutschen Teil des Südseereiches nördlich des Äquators, südwestlich der Palau-Inseln mit dem zwischen 1918 und 1922 viel umstrittenen Kabelländepunkt Yap und weiter südwestlich dem amerikanischen Flugstützpunkt Guam. Die einst spanische Kulturdecke dieses Inselraumes ist bis auf Reste einer amerikanischen und japanischen gewichen, von denen die erste den Einwohnern wesensverschieden, die zweite wesensverwandt ist wie die Natur- und die Kulturlandschaft, soweit sie bodenständige Züge trägt und nicht gewaltsam verändert worden ist, — ohne den guten Willen, sich der Veränderung dauernd anzupassen.

²⁾ Um ihren meist umstrittenen Raumkörper, das aufgelockerte Inselwolkengebiet der Philippinen, hat sich zuerst ein spanisches, dann ein amerikanisches Schrifttum aufgebaut, für das als *Sammler* vor der Übergangswende Blumentritt erwähnt werden muß: „Versuch einer Ethnographie der Philippinen“. Gotha 1882. Eine Sichtung ist u. a. in meiner „Geopolitik des Pazifischen Ozeans“, Abschn. XXIV, versucht worden. Verhältnismäßig spät erkannte die japanische Wissenschaft, welchen Wert auch für die Klärung der eigenen Rassenzusammensetzung dieser Teil der Südseeforschung zu gewinnen vermöge. Vgl. Bunkichi Horyoka: „Nihon oyobi Tan Taiheyo Minsoku no Kenkyu“, Tokio Januar 1927: Japanische und süd pazifische Rassestudien.

Die hervorragende deutsche Forschung blieb auf kurze Zeiträume der Arbeit auf eigenem Kolonialbesitz beschränkt. Unter ihren Trägern mögen ohne Werturteil in alphabetischer Folge Frobenius, Passarge („Die politisch-geographische Grundlage des Südseegebietes vor dem Eintreffen der Europäer“, Petermanns Mitteilungen, Gotha 1926), Sapper, Schnee und andere hervorgehoben werden. Prächtige Beschreibungen des südchinesischen Anteils lieferte Wegener, eine Landeskunde von Hainan Fenzl. Ein vorübergehendes Aufzucken im deutschen Schrifttum verursachte der Wunsch des Sultanats Sulu nach deutschem Schutz. (Anmerkung des Verfassers.)

Der australisch-ozeanische Festlandrahmen

Politisch-geographisch würde der australisch-ozeanische Festlandrahmen des „Austral-Asiatischen Mittelmeers“ die eindeutigsten Verhältnisse aufweisen, wenn sich biologisch eine klare Grenze zwischen der an sich eintönigeren australischen Lebewelt und der formenreicheren südostasiatischen ziehen ließe. Aber dieser einst durch die Wallace-Linie gemachte Versuch ist mißglückt und findet keine allgemeine Anerkennung. Ebenso wird die Zugehörigkeit der Groß-Insel Neuguinea bestritten.

Wohl teilt sie mit dem australischen Festland die erschreckende Menschenleere bei Volksdichten unter 1/qkm in einer unerschlossenen Hinterlandtiefe und Raumweite, aber aus ganz verschiedenen Gründen, bei ähnlichem Reichtum der Möglichkeiten von Menschenernährung, der aber fast nur von farbigen Rassen gehoben wird, wie denn allgemeine Beobachtung den Randhafen Broome und die Fischerei- und Perlenbetriebe der Aru-See „ein Stück Südostasien“ nennt.

Auf Neuguinea aber überschneidet sich mit der zur wirklichen Entwicklung durch ausreichende weiße Besiedelung unfähigen Ausbeutung im Raubbau von Briten und Niederländern der steigende malaiische und japanische Anteil an einer volkhafte Erschließung. Die raubwirtschaftliche Ausbeutung der Goldfelder durch Flugzeugabtransport ändert nichts an der Tatsache, daß weder Briten noch Australier noch Niederländer den gewaltigen Raum, die Bodenschätze und die Fruchtbarkeit der Rieseninsel, der zweitgrößten der Erde mit ihren 750 000 qkm, ihren mächtigen, bis zu 5000 m ansteigenden Gebirgen, ihren höchstens 800–900 000 Einwohnern³⁾ zu erschließen vermögen, während sich die Japaner und Chinesen zutrauen, ihn mit südchinesischem Kwangtung-Gewimmel oder japanischer Inlandsee-Volksdichte zu erfüllen.

Noch greller ist der Gegensatz zwischen der Raumweite und der Unfähigkeit, sie zu erfüllen, in Nordwestaustralien.

Vom australischen Festland kommen die nördlichen Ausläufer von Westaustralien, von Nordaustralien und ein kleiner Teil des nördlichen Queensland in Betracht, alle drei durch die verkehrsfeindlichen, aber dem See-Erwerb günstige Entwicklung der Korallenklippen gegen Annäherung geschützt. Die Küstengewässer öffnen sich durch den Trichter der Torres-Straße zum schwierigen Schelf des Korallenmeers.

Die hochentwickelten, meist von Japanern und Malaien betriebenen Seegewerbe sorgen dafür, daß der Gegensatz zwischen Leerland und Menschendruck den benachbarten Volksdruckräumen fortwährend zum Bewußtsein kommt. So haben sich namentlich im Fischerei- und Perlen-Haupthafen Broome, weniger in dem als Anflugplatz und Machtstützpunkt des Wehrdreiecks Singapur–Hongkong–Port Darwin beanspruchten Hauptwaffenplatz Nordaustraliens Reizzustände entwickelt, die hüben und drüben fortwährendes Ärgernis erregen.

Es gehört zu den Regelwidrigkeiten (Anomalien) dieses an solchen so reichen Zerrungsraumes, daß der menschenleerste seiner vier Hauptrahmentypen der am meisten von der volkspolitischen Erkrankung der Verstädterung, des Urbanismus,

³⁾ Nach den — selbstverständlich problematischen — Angaben des Statistischen Jahrbuchs der Vereinten Nationen 1954 lebten 1952 in dem Treuhandgebiet Neuguinea 1,1 Mill. Menschen, in der australischen Kolonie Papua 374 000, in Westguinea 700 000. (Anmerkung der Schriftleitung.)

befallene ist⁴⁾. Sie macht ja überhaupt fast alle den Pazifik umrandenden Siedlungsgebiete der Weißen Rasse anfällig: Kalifornien, Neuseeland, Australien, den russischen Fernen Osten, — während sich die altberühmten chinesischen und indischen Kulturlandschaften mit vielen Städten von großen Namen samt ihren Randgebieten verhältnismäßig frei davon halten und noch bodenverwurzelt, landverwachsen sind.

Nicht einmal in Java — trotz seiner unverhältnismäßig hohen Volksdichte und dem rasenden Tempo seines Bevölkerungswachstums — oder auf den sehr ungleich volksdichten Philippinen mit der Höchstdichte auf Luzon wird man von übermäßiger Verstädterung reden können. Nur da besteht sie, wo die weiße Rasse für die Siedlungsdichte den Ton angibt — wie auf den überbevölkerten Inseln Singapur und Penang, Hongkong und der abnormen Halbinsel Macao, vielleicht in ganz Malaya, während das gesamte Australien unter ihrem Druck steht, womit sich auch die Entvölkerung und Leere jenes stadtlosen Teilgebiets erklärt, das auf das Austral-Asiatische Mittelmeer herausstößt. Die Menschen, die es im Notfall verteidigen müssen, wären nur entweder im Flugzeug durch das wüste Innere oder über See aus den dichten Siedlungsgebieten heranzubringen, die weiter entfernt liegen als die nächsten Ausfallpforten der einheimischen Hochkulturrassen. Ebenso weit ab liegen die Sitze der Rüstungsindustrie und die Werkstätten zur Wiederinstandsetzung.

Das Gesamturteil über den australisch-ozeanischen Südostrahmen wird lauten müssen: Raubbau an der kargen Rohstoffausstattung — bevölkerungspolitische Unterentwicklung — keine Kulturstrahlung — Wirtschaft armselig, über dürrtiges Kolonialstadium nicht hinausgekommen — machtpolitisch auf weit entfernte Unterstützung angewiesen — ein klägliches Ertrag bei monopolartigen Besitzrechten von hundertjähriger Dauer und starrer Ausschließlichkeit einer fast hundertprozentig britischen Besiedelung.

Der hier wiedergegebene Text einer Niederschrift des Begründers dieser Zeitschrift stammt aus dem Jahre 1944. Er war als Beitrag Karl Haushofers zu einem Sammelband über Ostasien im Rahmen der Sammelbände zu „Lebensraumfragen“ gedacht, die damals von der Deutschen Geographischen Gesellschaft herausgegeben wurden. Dieser Band konnte vor Kriegsende nicht mehr gedruckt werden. Der vorliegende Text erläutert den historischen Hintergrund der Konferenz von Bandung.

Er bildete im Manuskript die Abschnitte 6 bis 8 der Arbeit, deren übrige Teile im Augustheft des Jahrgangs 1954, Seite 464 bis 474, unter dem Originaltitel: „Das Austral-Asiatische Mittelmeer als Zerrungsraum (Nan-Yo)“ erschienen sind. Er stand damals vor dem auf Seite 472 beginnenden letzten Abschnitt. Die Schriftleitung hat den Abschnitt Nr. 6 nunmehr hinter die ursprünglich 7. und 8. Abschnitte gesetzt. Weggelassen sind die überholten Bezugnahmen auf die japanische Ausdehnung in der Südsee, auf das niederländische Kolonialreich sowie die nicht mehr zutreffenden Zahlenangaben über die Bevölkerung einzelner Länder.

⁴⁾ Die Schriftleitung möchte an dieser Stelle ausdrücklich erklären, daß sie den hier von Karl Haushofer verwendeten Begriff „Verstädterung“ für wissenschaftlich, sozialpolitisch und allgemeinpolitisch verfehlt hält. Außer diesem allgemeinen Einwand muß festgestellt werden, daß die geographischen Möglichkeiten im nördlichen Drittel des australischen Kontinents, ganz besonders aber in den Stein- und Sandwüsten des nordwestlichen Australien, wesentlich anders sind als die Verhältnisse auf den Inseln Melanesiens, Mikronesiens und Indonesiens. Der Siedlungs- und Kulturleistung Australiens wird Karl Haushofer offenbar nicht gerecht. (Anmerkung der Schriftleitung.)

Annam zwischen Tonking und der Sundasee

Der Untergang des Tchampa-Reichs

Da, wo heute die Grenze zwischen Nord-Vietnam und Süd-Vietnam verläuft, in der Mitte des alten Annam, drängte vor 1000 Jahren Tonking gegen seinen südlichen Nachbarstaat Tchampa. Daraus entbrannte ein Kampf, der über Jahrhunderte dauerte und mit einer der tragischsten Völkerkatastrophen endete, die die Weltgeschichte kennt. Hier liegt einer der ganz wenigen Fälle vor, wo in historischen Zeiten ein Volk nicht nur überschichtet, beraubt, zersetzt oder verdrängt wurde, sondern wo es mit allen seinen Typenelementen, seiner großen Kultur und seiner Sprache ausgelöscht, kulturell völlig fortgefeht und physisch ausgerottet wurde. Die Kräfte der aus dem Norden kommenden völkerdynamischen Stromlinie wurden in Tonking neu und bis zum Bersten aufgeladen. Der Ausbruch richtete sich gegen Tchampa.

Damit treten wir ganz in das alte Hinterindien ein. Denn die Südsiniden von Yüa und Tonking gehörten noch zur sinischen Kultur- und Rassenmasse. Jetzt aber handelt es sich um völlig andere, um die eigentlich hinterindischen Kulturen und Typen. Die Bevölkerung trägt im Norden im wesentlichen paläomongoliden Typus (Laos und Burma), diejenige weiter südlich mehr weddiden Typus (Südsiam, Kambodscha, Kordillere). Die ursprüngliche Sprache war überall das austroasiatische Mon-Kmer. Die Kultur aber war von Indien her bestimmt und gehörte zu dem Kulturkreis, der das „Äußere Indien“ heißt. Dieses zog sich im wesentlichen über paläomongolide und weddide Völker von Burma über Thailand und Tchampa bis *Java major*, d. h. Sumatra, bis zum eigentlichen Java, Bali und den anderen indonesischen Inseln hin.

Tchampa – Vorposten des Westens

Wir verlassen hier also den ostasiatischen Typen- und Kulturboden überhaupt und treten in den südasiatischen Typen- und Kulturboden ein. Wir stehen jetzt jenseits des alten, sperrenden Südwaldgürtels. Diese Länder sind indisch bestimmt, sind in typologischer Hinsicht weitgehend europid und in kultureller Hinsicht den mediterranen Kulturen urverwandt. Südostasien steht den Westasiaten, d. h. den Europäern, näher als den Ostasiaten, den Chinesen. Tchampa war also nichts anderes als der letzte östliche Vorposten der Westwelt. Gegen und in ihn hinein stößt die Stromlinie des siniden Ostens vor.

Was war das alte Tchampa? In den Jahrhunderten vor der Zeitwende hatten die Einflüsse aus Indien zu Land und Meer auf die Westseite des äußeren Indien hinübergereicht und waren von hier aus, nämlich von *Java major* aus, spätestens im 3. vordchristlichen Jahrhundert auch nach der Ostseite gelangt. Das bedeutete indische Kulturbeeinflussung für die Altkmer im Mekongdelta und die Primitivbevölkerung am kleinen Song-ba im heutigen Südannam unfern Nhatrang. Bei den Kmer und in schon dichter Bevölkerung hielt sich die alte Sprache, eben das Mon-Kmer. An der dünnst besiedelten schmalen Küste von Südannam aber setzte sich

mit malaiischen Siedlungswellen auch die malaio-polynesische Sprache fest und griff sogar hinauf in die Kordillere. Das wurde der Kern von Tchampa¹⁾.

Sein Zentrum lag um den besonders heiligen Tempel von Po Nagar, der der Śakti von Schiwa geweiht war und wo anderthalb Jahrtausende später auch wieder der tragische Endkampf ausklingen sollte. Hier aber brach mit der indischen Kultur auch gleichzeitig die malaio-polynesische Sprache vor, ja mehr noch, auch der malaiische Typus, d. h. der neside Flügel der Palämongoliden²⁾. Die Hofsprache bei den Kmer wie Tcham war natürlich das Sanskrit. Daß daneben das Monkmer bei den Kmer beharrte, in Tchampa aber zugunsten des Malaio-Polynesischen verschwand, erklärt sich aus den Bedingungen des Lebensraumes.

Das Aufkommen der östlichen Dynamik

Bestand doch Tchampa ganz im Gegensatz zu den breit hingelagerten fruchtbaren Reisebenen an Mekong und Tonlé-sap nur aus einer dünnen Kette kleiner und kleinster Küstenkammern. Sie lagen jeweils zwischen dem Meer und den vielen Ausläufern der Kordillere eingebettet. Ihr Umfang ist gegenüber dem der Hochsavannen und Urwälder der Kordillere, die das massige Rückgrat der Halbinsel bilden, nur verschwindend gering. Alles aber, was im Bereich der Kordillere und dann jenseits der großen Tiefebene von Menam und Mekong lag, war weitgehend weddid bestimmt, und nur erst, wo die hinterindische Scharung im Norden hereingreift, überwiegen die palämongoliden Elemente. So sind auch heute die Moinstämme der Kordillere wesentlich weddid, die Kastämme im Bereich der Scharungen schon stärker palämongolid.

Der Flankenstoß der nesiden und malaio-polynesischen Alttham richtete sich also an die dünnbesiedelte Küste einer weddiden Bevölkerung. Sie stellte eine äußerst primitive Jäger- und Sammlerbevölkerung dar.

Als dann Yüa nach Tonking vorgriff und die Südsiniden in Menge ins Rotflußdelta drängten, gab es noch keine feste Grenze gegen die Tcham im Süden. Wiederholt griff daher die alsbald einsetzende chinesische Herrschaft nach Süden, wo die Kommanderie von Ji-nan lag. Sie endete am heutigen *Col des Nuages* (südlich von Hué in Thu'a-thiên), hinter dem das jüngere Zentrum der Tcham emporzublühen begann. Dort lag in der Provinz Amaravati die Hauptstadt Indrapura (heute Tra-kieu bei Tourane in Quang Nam), und von dort sicherten sich die erstarkenden

¹⁾ Aourousseau, L.: Georges Maspéro, Le royaume de Champa. (Ref.) Bull. Ec. Franç. Extrême-Orient XIV, No. 9, 8—13, 1914.

Finot, M. L.: La religion des Chams d'après les monuments, étude suivie d'un inventaire sommaire des monuments chams de l'Annam. Bull. Ec. Franç. Extrême-Orient I, 12—26, 1901.

Clayès, J. Y.: Simhapura, la grande capitale Chame (VI.—VIII. s. a. D.) Rev. Arts Asiat. VII, 93—104, 1931.

v. Eickstedt, E. Frhr.: Forschungen in Süd- und Ostasien IV. Die Annamiten und der Untergang von Tchampa. Z. Rassenk. XI, 21—79, 1940.

Leuba, J.: Un royaume disparu. Les Chams et leur art. 203 pp. Paris et Bruxelles 1923.

Maspéro, H.: Le royaume de Champa. 374 pp. Leiden 1914.

Parmentier, H.: Le sanctuaire de Po-Nagar à Nhatrang. Bull. Ec. Franç. Extrême-Orient II, 17—54, 1902.

Parmentier, H.: Les monuments du cirque de Mi-son. Bull. Ec. Franç. Extrême-Orient IV, 805—897, 1904.

²⁾ v. Eickstedt, E. Frhr.: Forschungen in Süd- und Ostasien. IV. Die Annamiten und der Untergang von Tchampa. Z. Rassenk. XI, 21—79, 1940.

Reynaud, A.: Les Tsiamis et les sauvages bruns de l'Indochine. 60 pp. Paris 1880.

Tcham auch die Nordprovinzen bis zur heutigen *Porte d'Annam*. Seit spätestens 192 n. Chr. treten geregelte Dynastien auf.

Die Chinesen betrieben die Grenzhecheleien oft nur ziemlich lau. Ji-nan lag weit vom Kaiser. Wenn die Tcham, die inzwischen am Wendepunkt des Handels von China nach Java (und Arabien) zu einem großen Handels- und Piratenvolk geworden waren, allzu übermütig wurden, dann schlugen die Chinesen allerdings zurück, so 270 und 360, und eroberten auch zweimal, nämlich 446 und 605, die Hauptstadt Indrapura. Man staunte über die Schätze, man verbrannte große Bibliotheken mit Palmenblattwerken in unverständlicher „Barbarenschrift“. Aber die Piraterien ließen nicht nach. Die Tchamherrscher verhielten sich auch in politischer Hinsicht oft ausgesprochen leichtfertig. Notfalls wurde der Kaiser durch reiche Geschenke versöhnt. Als Etappe auf dem Seeweg zwischen China und Indien waren die Häfen der Tcham zudem unentbehrlich. Um 800 standen sie auf dem Gipfel ihrer Macht.

Die Ausrottung eines ganzen Volks

Das änderte sich mit einem Schlage und gründlich, als die Tonkinesen im Jahre 939 unter Ngo das leichte Joch der chinesischen Herrschaft während der Wirren der ausklingenden Tangzeit abschüttelten und, ab 965 auch national geeint, nach Rache düsterten und nach Raum riefen. Ganz Hinterindien fühlte sich bedroht. Immerhin lag zwischen Tonkinesen und Kmer noch die breite Kordillere. Im Osten aber lag der Ozean, im Norden der Druck der größeren sinischen Masse. So gab es nur einen Ausweg: gegen Tchampa.

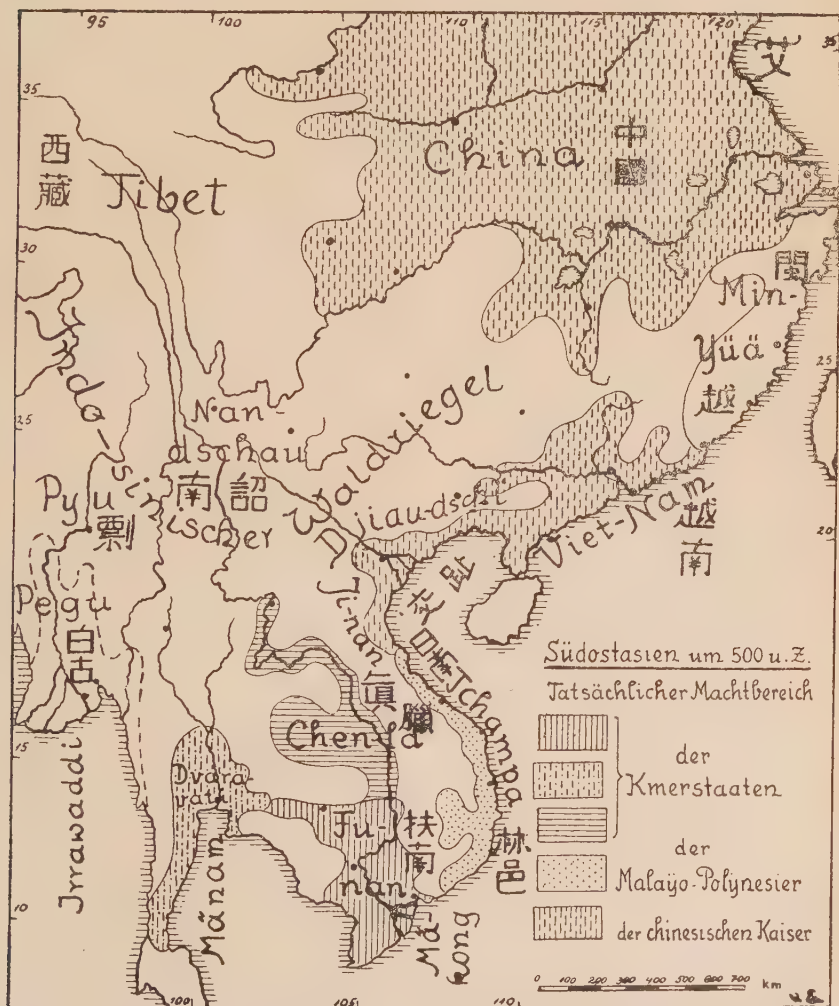
Schon 982 gelang es den Tonkinesen, Indrapura zu zerstören und den König Paramesvaravarman I. zu töten. Gleich darauf folgte 989 eine abermalige Zerstörung, worauf sich der nunmehrige König Indravarman V. nach China an die Sung um Hilfe wandte. Die vorsichtigen Tonkinesen mäßigten sich, aber Indravarman zog es doch vor, die Hauptstadt um 300 km weiter südlich zu verlagern nach Vijaya oder (annamitisch) Chaban (spr. *Tchabán*), der „Siegesstadt“ unfern des heutigen Quinhon in Bin-dinh. Leichtfertigerweise fing aber Simhavarman II. 1043 den Krieg wieder an, und Vijaya wurde geplündert. Rudravarman III. wollte 1069 Rache nehmen: es wurde abermals geplündert. Gleichzeitig gingen die beiden Nordprovinzen überhaupt verloren. Sie wurden gründlich tonkinisiert.

Jetzt hält Tchampa gegen Norden Ruhe und wendet sich nach Süden gegen die Kmer. Das geschieht mit sehr wechselndem Erfolg. 1177 plündern die Tcham zwar das herrliche Angkor der Kmer, aber 30 Jahre später sind sie selbst kmerisches Protektorat. 1257 vereinigt sich alles in Hinterindien gegen den Einfall der Mongolen. Nach mancher Land- und Flottenschlacht muß Kaiser Kubilai 1287 nachgeben. Gleich setzen die Hecheleien zwischen Tchampa und Tonking wieder ein, und nun holt Tonking zum vernichtenden Stoß aus.

Von 1312 bis 1326 ist Tchampa zu einer tonkinesischen Provinz herabgesunken. Es bäumt sich unter einem Fürsten Che-bong-nga – von dem wir überhaupt nur diesen verächtlichen annamitischen Namen kennen – wieder auf und erobert sogar dreimal die tonkinesische Hauptstadt Hanoi, wird 1390 wieder besiegt, verliert alle Nordprovinzen, verliert sogar die Hauptstadt Vijaya. Die Bevölkerung wird vernichtet und verjagt.

Von jetzt ab folgen Schlag auf Schlag, und jede Eroberung liegt ein großes Stück weiter südlich. Songcan wird 1611, Phanrang 1653, Phantiet 1697 besetzt, und nur ein paar kleine abhängige Herrschaften halten sich noch im südlichsten Süden, deren letzter Fürst 1825 nach Kambodscha flieht.

Aus Tchampa wurde Annam. Heute gibt es nur noch ein paar wenige Tcham-dörfer unfern Phanrang und Phanri. Phanrang ist das alte Panduranga und nahe Po Nagar und Po Klaung Garai gelegen, wo vor anderthalb Jahrtausenden der erste Stützpunkt errichtet wurde. Die Restbevölkerung läßt noch die alten nesiden und



Die Talreiche Südasiens in der Mitte des ersten nachchristlichen Jahrtausends. Noch sperrt der indo-sinische Waldriegel die Großstaaten voneinander ab. Die Beziehungen des Südens laufen über See. Aus Tschen-la, Fu-nan und Dvaravati entsteht das Kmer-Reich, die Siniden (Tonking) drücken gegen Tchampa. Die Waldstämme liegen noch außerhalb des Machtbereichs der Talstaaten am Menam, Mekong und Rotfluß.

weddiden Typen gut erkennen, ist aber auch weitgehend sinid durchsetzt. Das kann nach den Schicksalen des Volkes nicht überraschen. Auch rings im Lande wohnen Annamiten von vorwiegend südsinidem Typus.

Natürlich sind die wenigen Restdörfer sozial auf das schärfste von ihnen verschieden. Aber weithin ist das Land noch mit den einstigen Tempeln, mit den sogenannten Tchamtürmen, bedeckt, und hie und da, so nahe dem einstigen Vijaya beim heutigen Mi-son, finden sich noch größere Ruinenfelder.

Der Stil der Bauten erinnert an die Pallava des 7. Jahrhunderts, an Mahabali-puram und die Tempel der Kalinga in Indien, aber hat sich selbständig weiterentwickelt. Überall treten die Symbole von Schiwa auf, Schrift und Sprache sind Sanskrit. Das alles gemahnt an indo-arischen Geist, der hier auf letzter Bastion im Kampf gegen die Übermacht unterging.

Die Stromlinie aus dem fernen sinischen Norden hatte gründlich aufgeräumt. Aber sie lief sofort weiter, übersprang noch die letzten kleinen Vasallenherrschaften und griff 1695 nach Kotschinchina weiter – und ein Strom von Menschen, von südsiniden Menschen, flutete in das untere Mekongdelta. Dies war nur gering besiedelt, war der Boden des alten kmerischen Seestaats Fu-nan, des Mutterreichs der weddiden Kmer von Angkor. In einigen Jahrzehnten wohnten dort Hunderttausende, bald Millionen von Südsiniden. Die Vorbevölkerung wurde fast völlig verdrängt, und der Druck richtete sich schon wiederholt gegen die nahe kmerische Hauptstadt Pnom-Penh, militärisch bis zur französischen Schutzherrschaft, seitdem durch Unterwanderung. Damit steht die große östliche Stromlinie (vgl. Bd. XXV, S. 294) der gelbasiasischen Völkerdynamik, die nacheinander Yüä, Tonking und Tchampa überrannte, in unseren eigenen Tagen unmittelbar vor der Vereinigung mit der westlichen, die über Yünnan und Siam lief.

INDOCHINAS CHRISTEN

Der Beschluß der Genfer Konferenz vom 20. 7. 1954, der den nördlich des 17. Breitengrades gelegenen Teil Vietnams den im Kampf gegen die Franzosen siegreich gebliebenen Vietminh¹⁾ zusprach, traf eine Institution besonders schwer, die weder in Genf noch in Indochina selbst an irgendwelchen Waffenstillstandsverhandlungen beteiligt war: die katholische Kirche.

Wenn man von den Philippinen absieht, konnte sie bis dahin Nord-Vietnam als das dichteste und verlässlichste Gebiet ihrer ganzen Ostasienmission ansehen. Denn von den 1,5 Mill. Katholiken Vietnams – etwa einem Zehntel der Gesamtbevölkerung – wohnten 1,2 Mill. im Norden, so daß ihr Bevölkerungsanteil in einigen Distrikten bis auf 30% anwuchs. Nach dem Verlust der chinesischen Missionen war damit der letzte große kontinentale Stützpunkt der Kirche in Ostasien gefährdet. Der apostolische

Delegat für Indochina, der irische Erzbischof Dooley, residiert in Hué und vertritt den Vatikan zugleich in Kambodscha (120 000 Katholiken bei 3 Mill. Einwohnern), in Laos (32 000 Katholiken bei 1 Mill. Einwohnern) und in Thailand (50 000 Katholiken bei 15,4 Mill. Einwohnern). Daneben gibt es in Indochina etwa 10 000 Christen evangelischen Bekenntnisses.

Als erster europäischer Missionar betrat der portugiesische Dominikaner Gaspard de Cruz im Jahre 1550 indochinesischen Boden, jedoch wurde eine merkliche Ausbreitung des Glaubens erst im Anfang des 17. Jahrhunderts spürbar, nachdem vor allem der italienische Jesuit Francisco Bu-soni neue Missionsstationen errichtet hatte.

¹⁾ Kurzform für VIET NAM DOC LAP DONG MINH (Nationale Unabhängigkeitsbewegung Vietnams).

1642 zählte man bereits 82 000 Katholiken. Im Laufe der nächsten zwei Jahrhunderte sank diese Zahl infolge verschiedener Christenverfolgungen (1644–60, 1663–68, 1672–1714, 1721–23, 1795–98, 1832–41, 1847–83) wieder auf etwa 40 000.

Als um 1860 der König Tu-Buc von Annam besonders grausam gegen die Christen vorging, griffen Spanien und Frankreich in die Auseinandersetzung ein, da vor allem Missionare dieser beiden Länder von der Verfolgung betroffen waren. Im Vertrag von 1862 garantierte Tu-Buc den Katholiken Schutz und ungehinderte Missionstätigkeit, jedoch führten erneute Spannungen in den 80er Jahren schließlich zur Besitzergreifung Indochinas durch Frankreich. Damit war die französische Kolonialherrschaft, die formell durch den Protektoratvertrag von 1883 begründet wurde, schon im Ansatz unlösbar mit dem Schicksal der katholischen Missionen verbunden.

Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts stieg die Zahl der Christen dann sprunghaft bis auf 700 000 an. Das zunächst ungetrübte Verhältnis zwischen der Kolonialverwaltung und den Missionaren verschlechterte sich jedoch im Jahre 1905, als sich die Lösung des französischen Konkordates und die laizistische Trennung von Staat und Kirche bis nach Indochina auswirkte. So wurde den Missionsschulen, den bis dahin einzigen Erziehungsinstituten, fortan die Unterstützung entzogen. Das im französischen Mutterland geltende Gesetz, nach dem es religiösen Orden verboten war, Schulen zu unterhalten, wurde hier allerdings nicht angewandt, so daß die „Christlichen Brüder“ und die „Schwestern von St. Paul de Chartres“ neben den nunmehr aufgezogenen Regierungsschulen ihre Einrichtungen behalten konnten.

Mehr und früher als in anderen Missionsgebieten drangen die Missionare in Indochina darauf, einen Stamm einheimischer Priester heranzubilden und auch die Laien zur Mitarbeit heranzuziehen. Der *Maison-de-Dieu*-Plan sah vor, daß in besonderen Schulen Laienkatecheten als Helfer für die Missionsstationen ausgebildet wurden, so daß sie notfalls auch die Gemeinden betreuen konnten, die keinen eigenen Seelsorger hatten. So kommt es, daß es 1950 neben nur 390 europäischen Patres 1600 einheimische Priester gab und daß nur 245 ausländische Nonnen unter

den 5025 vietnamesischen Schwestern arbeiteten.

Da es in der gesamten katholischen Weltmission bisher nur etwa 8000 Priester gibt, die nicht aus Europa oder Amerika stammen, würde durch die zu erwartende Ausweisung der europäischen Missionskräfte aus Indochina fast ein Fünftel des einheimischen Missionsklerus völlig auf sich selbst gestellt sein und den unmittelbaren Kontakt mit Rom verlieren.

Die äußeren – und im Gesamteindruck auch sehr imponierenden – Erfolge der Indochinamission waren im einzelnen recht unterschiedlich. Konnten im Süden nur wenige Gläubige gewonnen werden, im wesentlichen aber Angehörige der schmalen Intelligenzschicht, so gehört die Masse der Katholiken im Norden zur bäuerlichen Bevölkerung.

Die Art ihrer Religiosität, die in der Mischung von überlieferten Sitten und manchen etwas abgestandenen europäischen Kultformen seitens der Franzosen oft als sentimental und äußerlich bezeichnet wurde, hat oft zu neuen Schwierigkeiten geführt, zumal die enge Verbindung von Dorfgemeinschaft und Glaubenskult in den „katholischen Dörfern“ den Priestern als einziger Autorität am Orte auch oft die Verantwortung für die „weltlichen“ Dinge zugeschoben hatte, die in Situationen unmittelbarer Not und Bedrohung ja auch nicht immer von der Seelsorge im engeren Sinn zu trennen sind. Die militanten Figuren unter dem einheimischen Klerus haben darum auch nicht gezögert, notfalls Miliztruppen aus ihren Gemeinden aufzustellen und sie gegen die Vietminh in den Kampf zu führen.

Da das Glaubenswissen gegenüber dem äußeren kultischen Tun niemals stärker hat Wurzeln fassen können, befürchtet man, daß eine gewaltsame Zerstreuung der Dorfgemeinschaften unter dem neuen Regime für den Einzelnen die Gefahr des Glaubensverlustes mit sich bringen wird. Immerhin hatte man in Erkenntnis dieser Sachlage – im Gegensatz etwa zu Indien – schon sehr früh damit begonnen, gute Bibelübersetzungen in den Landessprachen zu verbreiten. Voraussetzung für eine auch noch so geringe Wirkung dieser Bemühungen war die Überwindung des Analphabetismus. In den Missionsschulen wurden 1950 immerhin 260 000 – meist nichtkatholische –

lische – Kinder unterrichtet. Das reichte keineswegs aus, vor allem Höhere Schulen gab es überhaupt nur wenige, und die einzige Hochschule des Landes war die von den Franzosen gegründete Universität in Hanoi mit Zweiginstituten in Saigon. Daß die Missionen den Aufbau eines eigenen höheren Schulwesens und einer Universität unterlassen haben, gibt einen deutlichen Hinweis auf die soziale Struktur des Katholizismus in Vietnam.

Das Schwergewicht der Tätigkeit weiblicher Orden lag in der Caritas. So führten die Schwestern neben 25 Polikliniken und 20 Krankenhäusern (mit insgesamt 3300 Betten), 2 Aussätzigenheime, 83 Waisenhäuser (mit fast 5000 Kindern) und 13 Altersheime.

Der relativ große Erfolg der katholischen Missionsarbeit in Indochina ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß in dem seeoffenen und damit fremdem Einfluß leicht zugänglichen Land so alte und verhältnismäßig stabile Glaubensformen wie der Buddhismus schon frühzeitig verfallen und weithin durch synkretistische Sektenbildungen abgelöst waren, soweit nicht überhaupt schon eine stark mit Aberglauben durchsetzte Glaubenslosigkeit um sich gegriffen hatte.

Nachdem die Japaner, die seit 1941 im Einvernehmen mit der Vichyregierung Indochina besetzt hielten, den Regimewechsel im französischen Mutterland am 9. 3. 1945 mit der Entwaffnung der Kolonialarmee beantwortet hatten, ließen sie zwei Tage danach den Kaiser Bao Dai von Annam die Unabhängigkeit des Landes Vietnam²⁾ ausrufen, behielten sich jedoch bestimmte Rechte für Cochinchina vor.

Als die Japaner am 16. 8. 1945 ihrerseits zur Kapitulation gezwungen wurden, beauftragte die Potsdamer Konferenz Briten und Chinesen damit, sie zu demobilisieren und die Möglichkeiten zur Gründung einer demokratischen Republik Vietnam zu sondieren. Den meist noch waffenlosen französischen Kolonialtruppen wurde die Durchführung dieser Aufgabe wegen ihrer unentschiedenen Haltung während des Krieges ausdrücklich versagt. Wenige Tage

nach der japanischen Kapitulation bemächtigten sich jedoch Vietminhtruppen die 1939 mit alliierter Hilfe in China zum Kampf gegen die Japaner aufgestellt und in Indochina als Guerillatruppen eingesetzt worden waren, der wichtigsten Schlüsselpunkte im ganzen Land, vor allem in Tonking und in Annam. Neun Tage später verzichtete der von den Japanern eingesetzte Bao Dai auf die Herrschaft, und Ho Tschiminh proklamierte am 2. 9. 1945 seinerseits die Unabhängigkeit des Landes.

Der abgedankte Kaiser trat zunächst als „Oberster Berater“ in seine Dienste, sagte sich jedoch später gelegentlich einer Reise nach Hongkong von ihm los.

Erst am 13. 9. 1945 landeten britische Truppen in Saigon. Sie entwaffneten die Japaner jedoch nicht selbst, sondern remobilisierten dazu im Gegensatz zum Potsdamer Abkommen die Reste der französischen Kolonialarmee, die überraschend die wichtigsten Gebäude in Saigon besetzte. Gegen diesen Gewaltakt wandten sich schon am nächsten Tag die katholischen Bischöfe in einem Protestschreiben an Großbritannien, die USA und den Vatikan. Weder sie selbst, noch die angerufenen Mächte konnten es jedoch verhindern, daß es in den nächsten Tagen zwischen Franzosen und Vietnamesen zu kurzen, heftigen Kämpfen kam, die mit der Besetzung ganz Cochinchinas durch französische Panzertruppen endeten, während chinesische Truppen nördlich des 16. Breitengrades – das war die Potsdamer Grenze zwischen britischem und chinesischem Besatzungsgebiet – die Entwaffnung der Japaner vornahmen.

Die Ereignisse, die 1947 zum Ausbruch des offenen Konfliktes zwischen den Franzosen und den Soldaten Ho Tschiminh führten, sind in merkwürdiger Weise mit den Entscheidungen eines profilierten Katholiken verknüpft.

Der französische Hochkommissar Admiral Thierry d'Argenlieu, ein zur Marine eingezogener Mönch aus dem Orden der Unbeschuhten Karmeliten, erkannte in Verhandlungen mit Ho Tschiminh unter vielen Vorbehalten die Unabhängigkeit des Landes an. Damals konnte man die Vietminh noch nicht ohne weiteres mit den Kommunisten identifizieren, zumal Ho Tschiminh auch die Kommunistische Partei – wie alle anderen Parteien in seinem Herrschaftsbereich – auflöste und alle Kräfte

²⁾ Vietnam bedeutet „Land des Südens“ – womit ein Hinweis auf die frühere Zugehörigkeit des Landes zum Chinesischen Reich gegeben ist. Heute deckt der Begriff die drei Küstenprovinzen Indochinas: Tonking, Annam und Cochinchina.

des Landes im Kampf um die nationale Unabhängigkeit zu vereinen suchte.

Cochinchina sollte nach einem Abkommen zwischen den Vietminh und den Franzosen vom 8. 3. 1946 in absehbarer Zeit durch Volksabstimmung selbst über seinen Status entscheiden. Unter Bruch dieses Abkommens rief Admiral d'Argenlieu jedoch bald danach die Autonomie Cochinchinas aus, und zwar gerade in den Wochen, in denen sich der rechtmäßige Staatschef Ho Tschiminh zu einem offiziellen Besuch in Frankreich aufhielt. Außerdem rief der Admiral eine „Indochinesische Konferenz“ nach Datal zusammen, freilich ohne die Indochinesen selbst daran zu beteiligen.

Das Motiv zu dieser Handlungsweise, mit der er die gleichzeitigen Verhandlungen mit Ho Tschiminh in Frankreich empfindlich störte, war offenbar die Furcht, daß im Mutterland die französischen Kommunisten zu großen Einfluß gewinnen und Ho Tschiminh Zugeständnisse machen könnten, deren für Frankreich nachteilige Folgen man am Ende ihm wegen seiner voreiligen Fühlungnahme mit den Vietminh zum Vorwurf machen könnte. Trotz dieser Zwischenfälle verhandelte der Vietminhchef weiter und erreichte am 14. 9. 1946 ein *Modus-vivendi*-Abkommen mit Frankreich.

Wenig später kam es bei einer Kontrolle des Reishafens Haiphong durch die französische Kriegsmarine zu einer Schießerei mit vietnamesischen Zöllnern, wobei ein Teil der Stadt in Flammen aufging und mehrere Tausend Zivilisten ums Leben kamen. Beide Parteien beschuldigten einander, das Abkommen gebrochen zu haben. d'Argenlieu stellte ein Ultimatum. Ho Tschiminh richtete daraufhin an den französischen Ministerpräsidenten Léon Blum ein Telegramm, das diesem jedoch erst nach zehn Tagen (am 26. 12. 1946) zugestellt wurde. Die dadurch bedingte Verzögerung einer unmittelbaren Antwort faßte der Hochkommissar als Ablehnung auf und ließ den Regierungssitz seines Gegners, Hanoi, angreifen. Das dort angerichtete Blutbad verhinderte weitere Verhandlungen und löste endgültig den Indochinakrieg aus. D'Argenlieu wurde schließlich am 6. 3. 1947 abgelöst, doch konnten auch seine Nachfolger das Rad nicht mehr zurückdrehen. Es entbehrt nicht eines rührenden Momentes, daß der scheidende Admiral, über des-

sen verhängnisvollen Entscheidungen man angesichts seiner persönlichen Lauterkeit nicht ohne weiteres wird rechten können, vor seiner Rückkehr ins Kloster dem Papst alle seine Kriegssorden überreichte.

Nun holten sich die Franzosen Bao Dai wieder, der damit ein zweites Mal Kaiser spielen durfte und ein ständig fluktuierendes Schattenkabinett aufzog, sich im übrigen aber mit dem französischen Versprechen zufrieden gab, dem Land Einheit und Unabhängigkeit zu gewähren. Mit einem Vertrag, der zwar vom französischen, nicht aber von einem vietnamesischen Parlament ratifiziert wurde, übernahm Frankreich Vietnam als einen Teil der Französischen Union. Nachdem das Land damit zwei Regierungen bekommen hatte, deren territoriale Grenzen fortan nur durch die wechselnden militärischen Erfolge bestimmt wurden – von „Fronten“ konnte man niemals sprechen – erkannten die Chinesische Volksrepublik, die Sowjetunion und die Ostblockstaaten Ho Tschiminh als den rechtmäßigen Herrscher an, während die USA, Großbritannien und 40 weitere westliche Länder, darunter der Vatikan, der Regierung Bao Dai ihre Anerkennung zuteil werden ließen.

Dazu erklärte der Bischof Nco Dinh Thuc von Vinh Long „Ein Übereinkommen, das von zwei Parteien unterzeichnet wurde, von denen die eine (Bao Dai) eine Kreatur der anderen (Frankreich) ist, hat juristisch keinen Wert“ (*World Mission* Februar 1951, S. 68). Es hatte auch praktisch keinen Wert, da der französische Hochkommissar von vornherein die Rechte für sich in Anspruch nahm, die ihm im Kriegsfall zustanden. Zudem war die Regierung Bao Dais auch finanziell völlig von der Kolonialmacht abhängig, da die einzige bemerkenswerte Einnahmequelle – die Zölle – von ihr verwaltet wurde, wobei sie etwa 60% davon zur Unterhaltung ihres Beamtenapparates in Anspruch nahm.

Durch die Entscheidung von Genf wurden 11 der 15 Apostolischen Vikariate des Landes der Herrschaft Ho Tschiminh unterstellt, der sich schon seit einigen Jahren in besonderen Weihnachtsbotschaften der Treue der Katholiken zu versichern suchte. Sicher wird man auf die darin gegebenen Versprechungen nicht allzuviel geben dürfen, andererseits darf man aber nicht vergessen, daß Ho Tschiminh auch bei den

Katholiken zunächst einmal als Befreier von der französischen Fremdherrschaft angesehen wird. So ist es erklärlich, daß es gerade in Indochina besonders schwierig war, das Dekret des Vatikans von 1949 verständlich zu machen, das allen Katholiken die Zusammenarbeit mit kommunistischen oder kommunistenfreundlichen Organisationen bei Strafe der Exkommunikation verboten hatte.

Darüber hinaus steht fest, daß ein großer Teil der indochinesischen Katholiken mit dem Regime des von Bao Dai auf Drängen der Amerikaner ernannten Ministerpräsidenten Ngo Din Diem keineswegs einverstanden ist. Das kam besonders deutlich in dem Protest zum Ausdruck, den Priester wie Laien gegen ein Huldigungsschreiben vorbrachten, das der Bischof von Bui-Chu im Namen der vietnamesischen Katholiken ihm zum Regierungsantritt geschickt hatte.

Das Ausbleiben der großen Abwanderung nach dem Süden, die man in einer Stärke von 1–3 Mill. Umsiedlern allgemein erwartet hatte, hängt sicher auch mit Hinderungsmaßnahmen der zumindest im Untergrund im ganzen Land einflußreichen Vietminhanhänger zusammen, doch läßt die Tatsache, daß in den ersten zwei Wochen nach der Genfer Entscheidung nur 85 000 Personen die Übersiedlung überhaupt beantragt haben, darauf schließen, daß der Konflikt zwischen Heimat und Glauben dort nicht so scharf und überhaupt anders empfunden wird, als man eine solche Frage im Westen – rein theoretisch allerdings – zu beurteilen gewohnt ist.

Zunächst waren fast nur jene militanten Katholiken nach Süden ausgewichen, die sich durch jahrelange Kämpfe gegen die Vietminh eindeutig kompromittiert hatten. Das gilt vor allem für die 10 000 Mann starke „Armee“ des Bischofs Thaddäus Le Huu Tu, die schon seit 1948 – damals von dem Soldatenpriester Pater Quynh, dem späteren Kriegsminister Bao Dais, aufgebaut – als Sicherheitspolizei im Tonking-Delta gewirkt hatte.

Es ist sicher, daß viele Katholiken die Flucht einfach darum unterlassen haben, weil sie damit rechnen, daß in absehbarer Zeit auch der Süden Vietnams unter die Herrschaft Ho Tsch-minhs gerät und eine Umsiedlung damit nur Entwurzelung und

Verlust der Heimat, nicht aber Rettung der Glaubensfreiheit bedeuten würde.

Unmittelbar nach den Kämpfen hatten sich zusammen mit den räumenden französischen Truppen weitere 50 000 Katholiken der Diözesen Bui-Chu (209 000 Gläubige) und Phat Diem (100 000 Gläubige) auf die Flucht begeben. Mit den beiden Bischöfen, die sich in Hirtenschreiben gegen die Kommunisten sehr exponiert hatten, gingen auch 200 Priester nach Süden, so daß den zurückbleibenden 260 000 Katholiken nur noch 45 Geistliche beistanden. Ähnlich, wenn auch nicht so kraß, war das Verhältnis in anderen Diözesen. Damit hatten die freiwillig oder unfreiwillig Zurückgebliebenen, das waren auch Anfang November 1954 immer noch etwa $\frac{3}{4}$ der katholischen Gesamtbevölkerung, nur noch 20% ihrer Priester bei sich.

Angesichts dieser Entwicklung gab der diplomatische Vertreter des Vatikans, der Apostolische Delegat Msgr. Dooley, am 28. Juli 1954 in einem Brief an Bischof Chué von Hanoi die Anweisung, daß „alle, die mit der Seelsorge betraut sind, nach dem Beispiel des guten Hirten, der seine Herde nicht preisgibt, bei ihren Gläubigen ausharren müssen.“ Die meisten der europäischen Patres waren von sich aus auf ihren Stationen geblieben, nicht ohne Hoffnung, ihre Tätigkeit weiterhin ausüben zu können, da auch der französische Bischof von Langson – in voreiligen Berichten schon mehrfach als verhaftet oder ermordet gemeldet – seit vier Jahren unter den Vietminh lebte und als Verwalter der einzigen lokalen Ordnungsmacht von Ho Tsch-minh ohne sein Zutun zeitweilig sogar zum „Berater“ der Regierung gemacht worden war. Die französischen Bischöfe von Thai Binh und Than Hoa wurden dagegen ausgewiesen, der Bischof von Hung Hoa ist in seiner Tätigkeit stark behindert. Die Priester sind z. T. verhaftet oder – da sie Kirchengut verwalteten, als „Grundbesitzer“ angesehen – zu Zwangsarbeiten eingesetzt. Nur in Hanoi selbst sind die Missionsschulen noch geöffnet, und die Weigerung des gesamten Klerus, die letzte „Weihnachtsbotschaft“ Ho Tsch-minhs zu verlesen, blieb – bisher – ungestraft.

Natürlich ist diese Duldung katholischer Seelsorgearbeit verbunden mit dem Versuch zur Bildung einer Nationalkirche. So sollen sich im Sommer 1954 bereits über 100 ka-

tholische Priester in Umerziehungslagern befunden haben. Sie werden danach vor allem in die Gemeinden geschickt, deren rechtmäßige Seelsorger nach Süden gegangen sind. Vor allem bemüht man sich, die einheimischen Priester von ihren Bindungen an die europäischen Missionen und damit von Rom zu trennen.

Initiator der nationalkirchlichen Bewegung ist der Pfarrer Vu Xuan Ky, dem die in Hanoi erscheinende Zeitung „*Nhan Dan*“ zur Verfügung steht, während in Cochinchina schon seit einigen Jahren das ursprünglich von antikommunistischen Katholiken gegründete Blatt „Für Gott und Vaterland“ in ähnlichem Sinn arbeitet. Nach Sinnesänderung des Chefredakteurs Jean Trinh Khanh Vang wurde es von der Gegenseite übernommen, ohne daß die örtlichen Behörden sein weiteres Erscheinen unterbinden konnten.

Daß die Katholiken nicht eindeutig im Lager der Südvietnamesen und Franzosen stehen, wird auch daran deutlich, daß es sogar unter den aktiven Vietminhtruppen mehrere katholische Militärseelsorger gibt.

Eine dritte Gruppe von Katholiken, vor allem solche, die im Süden noch nicht unmittelbar von Kampfhandlungen betroffen waren, verhält sich völlig ruhig und sucht jeder Bindung an die eine oder andere Seite auszuweichen.

Nach dem 11. Oktober – an diesem Tag mußten die Franzosen Nordvietnam geräumt haben – versuchten die Vietminh auf jede erdenkliche Art, eine nun doch häufiger gewünschte Abwanderung nach dem Süden zu verhindern. So wurde den Bauern der Verkauf von Land und Haus verboten, damit sie kein Geld für eine Reise hätten, schon unterwegs befindlichen Familien wurden die Kinder festgehalten, womit meist die ganze Familie zur Umkehr gezwungen wurde. Dennoch muß es etlichen Tausend Katholiken gelungen sein, auf dem Landweg den 17. Breitengrad zu erreichen.

Der einzige Fluchtweg, der später noch Aussicht auf ein Durchkommen bot, führte über den Hafen von Haiphong, wo auch eine Internationale Kommission die Einhaltung der Genfer Abmachungen kontrollieren sollte. Danach war ja allen Einwohnern des Landes Vietnam innerhalb eines Jahres nach Abschluß des Waffenstillstandes völlige Freizügigkeit garantiert. Da die

Internationale Kommission ihre Kontrollaufgabe jedoch nur sehr zurückhaltend ausübte, waren die Flüchtlinge auch hier auf Selbsthilfe angewiesen. Mit kleinen Booten oder Dschunken suchten sie das Seegebiet außerhalb der Dreimeilenzonen zu erreichen, wo sie im allgemeinen von amerikanischen und französischen Schiffen aufgenommen werden konnten. Bis Ende Oktober sind etwa 10 000 Vietnamesen auf diesem Wege entkommen, etliche jedoch dürfen nachts auf die hohe See abgetrieben sein, ohne ein rettendes Schiff gefunden zu haben. Durch Seepatrouillen der Vietminh wurde dann auch dieser Fluchtweg abgeschnitten.

Von zahlreichen Beschwerden über ihre Untätigkeit angestoßen, hat die Internationale Kommission Ende November noch einige legale Abtransporte von etwa 10 000 Flüchtlingen ermöglichen können, jedoch bleibt für die weiter im Inneren des Landes Wohnenden immer die Schwierigkeit, den Hafen erst einmal zu erreichen. Trotzdem konnten die Transporte ab Januar 1955 in größerem Umfang wieder aufgenommen werden, wobei es am 8. 1. in der Nähe von Ba-lang zu einer blutigen Auseinandersetzung zwischen Flüchtlingen und Vietminhtruppen kam.

Insgesamt darf man die Zahl der Abgewanderten auf etwa 700 000 schätzen, von denen allerdings inzwischen schon wieder mehr als 100 000 zurückgewandert sind. Nach glaubwürdigen Berichten ist es auch gar nicht in erster Linie die religiöse Verfolgung gewesen, die die meisten auf die Flucht getrieben hatte – immerhin wurden für das Tragen eines Medaillonkreuzes, für den Meßbesuch oder für die Errichtung von Hausaltären Steuern erhoben – es waren vielmehr die Furcht vor Einziehung zur Zwangsarbeit, die überhöhten Steuern und die Behinderungen der Bewegungsfreiheit, die den Anlaß dazu gaben. Im Gegensatz zu den Nichtkatholiken, die ja unter denselben Befürchtungen und Drangsalen zu leiden hatten, glaubten sie jedoch, auf Grund der Versprechungen des südvietnamesischen Ministerpräsidenten als Katholiken dort besondere Chancen zu haben.

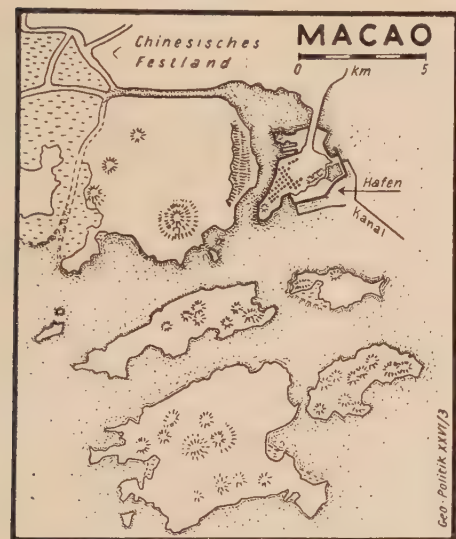
An sich könnte der Süden Vietnams bei geringerer Bevölkerungsdichte und größerer Fruchtbarkeit des Landes einigen Hunderttausend Flüchtlingen eine Lebensmöglichkeit bieten. Jedoch ist es bisher keiner

Macao — die „Perle der östlichen Erde“

Fast 400 Jahre, genau 398, gehört die portugiesische Niederlassung Macao in Südchina ununterbrochen zu Portugal. Eingebettet in den südostasiatischen Raum, ist Macao von Hongkong aus in vierstündiger Dampferfahrt über offenes Meer oder mit Flußdampfer von Kanton in etwa achtestündiger Reise über den Perlfluß zu erreichen. Nach unbestätigter Überlieferung erfolgte die endgültige pachtweise Überlassung Macaos an Portugal, weil sich portugiesische Seefahrer und Soldaten um die

Unterdrückung der Seeräuberplage in den angrenzenden Gewässern verdient gemacht hatten.

Bis in das erste Drittel des 19. Jahrhunderts blieb Macao der einzige, aber auch einzigartige feste Kontaktpunkt der seefahrenden Westlichen Welt mit dem Reich der Mitte. Alle Großmächte unterhielten hier ihre Konsulate, um dem ständig steigenden Warenverkehr die gebührende Stütze zu verleihen. Wissenschaftler sämtlicher Völker konnten ungehindert das Studium der chinesischen Geschichte, Kultur und Sprache betreiben. Diplomaten aus aller Welt suchten von hier aus, mit den Emissären des chinesischen Kaisers oder des Vizekönigs von Kanton Verhandlungen zu pflegen. Missionare der verschiedensten Nationen be-



reiteten sich an diesem Ort auf die ihnen im Innern Chinas bevorstehenden Aufgaben vor. In unruhigen Zeiten, wenn – wie oft – Naturkatastrophen oder innere Unruhen das riesige Chinesische Reich heimsuchten, fanden chinesische und europäische Flüchtlinge in Macao das Asyl, das sie vor weiterer Unbill schützte.

Die Schlüsselstellung Macaos ging allmählich verloren, als mit der Einführung des Dampfschiffes die Hafenanlagen den Verkehr nicht mehr bewältigen und insbesondere alle Seefahrzeuge größeren Tiefganges den Hafen überhaupt nicht mehr benutzen konnten. Als sich überdies in dieser Situation England – und später Frankreich – entschloß, das Tor zum chinesischen Markt mit Gewalt weit aufzustoßen, hörte Macao auf, der wirtschaftliche und geistige Mittelpunkt im Verkehr zwischen Ost und West zu sein.

Dennoch hat Portugal niemals an eine freiwillige Aufgabe seiner Position gedacht. Mit Stolz verweist man darauf, daß die portugiesische Flagge in Macao selbst während der spanischen Herrschaft über Portugal (1580–1640) nicht eingezogen wurde.

Eine ähnliche, fast ausweglose Lage zeichnete sich ab, als im Zweiten Weltkrieg Macao von allen Seiten dem Zugriff der japanischen Wehrmacht offenlag. Da jedoch die Regierung in Lissabon den japanischen Einmarsch in den portugiesischen Teil

der Insel Timor nicht mit einer Kriegserklärung, sondern mit Protesten beantwortete, gelang ihr zunächst die Erhaltung Macaos und später auch die Rückgabe von Timor.

In einem portugiesisch-chinesischen Verträge von 1887 wurde der völkerrechtliche Status Macaos übrigens dahingehend geregelt, daß die Pachtzahlungen an China fortfielen und die Souveränität Portugals über die Halbinsel Macao, die die Regierung und den Hauptteil der etwa 150 000 Menschen zählenden Bevölkerung beherbergt, sowie (später) über die zugehörigen Inselgruppen von Taipa und Coloane anerkannt wurde. Dabei blieben einige unwesentliche Gebietsteile umstritten, die in der Folge praktisch neutralisiert worden sind.

Seitdem Hongkong auf wirtschaftlichem Gebiet für Südchina das werden konnte, was Macao bis dahin im seewärtigen West-Ost-Verkehr für ganz China gewesen war, hat Macao, die älteste westeuropäische Niederlassung im Fernen Osten, nur noch in ganz besonderen Situationen, die sich allerdings bis in die jüngste Zeit immer wieder sporadisch dargeboten haben, von sich reden gemacht.

Politisch ist die Lage insofern seit langem prekär, als es nicht gelungen ist, die reinen Chinesen in Macao, die neun Zehntel der Einwohnerschaft bilden, am Schicksal des portugiesischen Reiches in der Welt nachhaltig zu interessieren. Dieser in den Zeitläuften sich stärkenden chinesischen Nationalgefühls vielleicht beunruhigende Umstand konnte bislang noch stets durch geschicktes diplomatisches Spiel, das sich nur zum Teil auf die alte englisch-portugiesische Allianz stützt, kompensiert werden.

In diesem Zusammenhang ist nicht zu übersehen, daß der portugiesisch-indische Streit um Goa indirekt auch eine Auseinandersetzung um Macao darstellt. Beide Niederlassungen wurden im Zuge der portugiesischen Entdeckungsfahrten des 16. Jahrhunderts gegründet, beide waren Generationen hindurch die wirtschaftlichen und geistigen Zentren der Westlichen Welt im Osten, in beiden schuf Camões je einen Teil des bedeutenden Seefahrer-Epos „Die Lusiaden“.

Die Portugiesen hoffen, daß das „Rom des Ostens“ (Goa) wie das in der blumenreichen Sprache jener Länder mitunter als die „Perle der östlichen Erde“ bezeichnete Macao¹⁾ auch in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ein Stück des Weges gemeinsam mit ihnen gehen werden.

¹⁾ Die amtliche portugiesische Schreibweise ist: Macau; der chinesische Name in dem in Macao gesprochenen Kanton-Dialekt lautet: O-mun = „das Tor der kleinen Bucht“.

WELTPOLITISCHE LÄNDERKUNDE

Die landeskundliche Arbeit Karl Krügers

Für die „Weltpolitische Länderkunde“ von Karl Krüger ist nach einer ersten Auflage von 10000 Exemplaren bereits ein Neudruck notwendig geworden. Er soll die in ihr behandelten Fragen auf den allerletzten Stand bringen. Der ungewöhnliche Erfolg eines Buches von 750 Seiten mit zahlreichen Karten und Bildern erklärt sich zweifellos daraus, daß Krüger nicht nur ganz neue Gesichtspunkte für seine Erdkunde entwickelt, son-

dern sich auch dazu höchst moderner Mittel bedient.

Bei jeder wissenschaftlichen Erkenntnis, aber vor allem in der Politik, wenn man sie nicht nur als Kunst, sondern auch als Wissenschaft betrachtet, ist Anschauung wesentlich. Anschauung vom Vergangenen, Anschauung der Gegenwart und daraus sich herleitend eine Vorstellung zukünftiger Entwicklungen und Möglichkeiten. Für das körperliche Auge gibt sie Krüger durch neue kartographisch-

plastische Bilder der Erdkugel. Insofern erhalten wir im wahren Sinne des Wortes eine Kunde von der Gestalt und dem Zusammenhang der geographisch zusammengehörigen, aufeinander einwirkenden Großflächen der Erde.

Im einzelnen wird diese Anschauung dadurch ausgezeichnet, daß die Wiedergabe nicht wie die noch allen erinnerlichen, planen, unmittelbar vor uns gestellten Einzelaufnahmen des „Großen Seydlitz“ erfolgt, sondern beinahe überwiegend durch Luftbilder von einem erhöhten Punkt der Atmosphäre aus. Atmosphäre ist denn auch ein nicht unerheblicher Teil des Buches, obwohl es der Verfasser gerade an praktischen Einzelheiten nicht fehlen läßt.

Es ist hier nicht der Ort, auf den viel erörterten Begriff der Geopolitik einzugehen. Diese Länderkunde aber treibt praktische Politik, und vor allem bereitet sie den vor, der eine solche Politik einmal selbst zu unternehmen in der Lage oder gar gezwungen ist.

Krüger fehlt es nicht an Einfällen. So führt er den bisher zu wenig beachteten Begriff des „Tourismus“ in Geographie, Politik und Wirtschaft gebührend ein, so befaßt er sich mit den äußerst wichtigen Fragen der Erdumgestaltung durch die Technik, so berührt er zweifellos geographisch nicht unwesentliche Punkte wie den einer europäischen Hauptstadt, für die er nach rein wissenschaftlichen, klimatologischen, Verkehrs- und Wirtschaftsgesichtspunkten den richtigen Platz zu finden sucht. „Europolis“ wird von ihm nicht allzu fern vom Ruhrgebiet gefunden, wo „die höchste Arbeitsintensität“, sogar eine höhere als in der „gesunden Arbeitsstadt Berlin“ mit ihrem Kontinentalklima, vorhanden ist.

Die praktischen, kurzen Einzelcharakteristiken der Staaten sind recht zutreffend, in mancher Hinsicht vielleicht etwas zu optimistisch gehalten, wie sie aber bei einem Buch, das die Weltunterschiede auszugleichen und zu überbrücken bestrebt ist, angebracht sind.

Diesem literarischen Versuch einer Verschmelzung der zusammengehörigen Großlandschaften und Wirtschaftsgebiete dürfte, wenn er die gebührende Beachtung erfährt, auch eine unmittelbare politische Bedeutung zukommen.

W. O. von Hentig

Karl Krüger: *Weltpolitische Länderkunde*, Safari-Verlag, Berlin 1953, 753 S. DM 19,80.

Karl Krüger überschreibt eine Broschüre lapidar: „Raum-Volk-Technik“; es gelingt ihm aber nicht, auch nur einen dieser Begriffe zu definieren. Er fordert eine angewandte Geographie, die er Technogeographie (auch Raumplanung) nennt, und auch über deren Inhalt wird keine Klarheit erzielt.

Er nennt sie, während seiner Meinung nach die „Geographie alten Stiles nur die Erscheinungen auf der Erdoberfläche beschreibt“, eine „reformierte Geographie“, die die Abwandlungen der Wirtschaft und der Technik „je nach den Landschaften exakt zu kennzeichnen vermag“ (S. 90).

Eine Blütenlese von schiefen Vorstellungen sind das Fundament, auf dem Krüger aufbaut. Nach seiner Meinung werden „die Naturlandschaften durch Technik zu Kulturräumen“. Hier wird erstens Landschaft gegen Raum gesetzt (Kulturräume können ja doch viele Landschaften umgreifen!), zweitens aber wird die Technik als Erzeuger von Kultur gefeiert.

Wie unklar und sachlich falsch Krügers Begriff der „Technik“ ist, geht aus vielen weiteren Äußerungen hervor: Je nach Landschaft, so meint er (S. 33), sind die technischen Leistungen wie Hausbau, Siedlungsform(!), Kleidung(!) verschieden. Für ihn ist auch die Verbesserung des Bodens durch chemische Düngemittel bereits ein Akt der „Technisierung der Räume“!

Es bedarf nicht erst der Technogeographie, um zu erkennen, daß in einem Steppengebiet die Agrartechnik eine andere sein muß als in feuchtheißen Gebieten. Hierüber ist sich die „alte“ Geographie, deren heutiger Problemstand Krüger fremd ist, schon seit Jahrzehnten im klaren.

Karl Krüger hat schon manch wertvollen Beitrag zur Raumforschung geliefert. Gegenüber den Arbeiten W. Gerlings zur Technogeographie bedeutet die Krügersche Schrift aber einen Rückschritt. In der Forderung, den regionalen Abwandlungen der Technik mehr Aufmerksamkeit als bisher zu schenken, stimmt der Rezensent mit Gerling und Krüger voll überein.

Martin Schwind

ds. Raum - Volk - Technik, Bd. II der Schriftenreihe „Mensch und Welt“, hrsg. v. P. Dr. Hieronymus Fenyvessy O. P., H. Bouvier & Co. Verlag, Bonn 1954, 95 S. DM 6,—.

DIE GRENZE DES ABENDLANDES

Gehört Rußland zu Europa?

Sehr geehrte Herren!

Selbst in Ihrer Zeitschrift fand Dr. Paul Roth wieder einmal Gelegenheit, zum Ausdruck zu bringen, daß er die tragende Idee meines Buches „Rußland in Europa“ (Stuttgart 1949) für „abwegig und auf bestimmten Voreingenommenheiten beruhend“ hält. Dies geschieht zwar nur in einer Fußnote zu seinem Aufsatz „Die Ostgrenze Polens“ (Nr. 12/54), sie bekräftigt aber seine dortselbst eindeutig formulierte Ansicht, daß „die Ostgrenze Polens nun einmal die Ostgrenze Europas und der abendländischen Kultur ist“.

Es heißt vorher: „Polen war durch Annahme des römischen Christentums ein Glied Europas, ein Bestandteil des Abendlands geworden“. Die Meinung, daß Abendland und Europa nur dort sein könne, wo römisches Christentum ist, geht von einem konfessionellen Dogma aus, ist aber keine historische oder politische Feststellung. Bei einer Gleichsetzung von Abendland und Europa verwirren sich die Begriffe. Konfessionelle Erkenntnisse entziehen sich der Erörterung auf politischer Ebene.

Roth sagt dann noch: „Seine (d. i. Polens) Entwicklung bis weit in den russischen Raum hinein gab die Möglichkeit, die Grenzen des Abendlandes bis dahin vorzuschieben“. Höhepunkt dieser polnischen Erfolge gegen den Osten ist die kurze Zeitspanne der „Wirren“ – der falschen Demetriusse – in der russischen Geschichte, als das Geschlecht der Ruriks erloschen und der erste Romanow noch nicht gewählt war.

Der russische Historiker Kljutschewski hat die höchst wichtigen und vielsagenden Zusammenhänge zwischen Reformation und Gegenreformation in Mittel- und Nordeuropa mit der Geschichte Rußlands ausgeleuchtet. Man kann bei den polnischen Abenteurern, die sich von der Wahl des Sohnes von König Sigismund dem III., Wladyslaw, durch einen Bojarenkreis zum Zaren Erfolg versprochen, den Impetus der vielfach siegreichen Gegenreformation im Herzen Europas vermuten. Aber

im Norden siegte die Reformation, im Osten blieb die Orthodoxie unerschüttert, England löste sich von Rom. Sind nun diese nationalen Kulturräume nicht mehr Europa, nicht mehr Abendland?

Dem Abendland steht ja wohl das Morgenland gegenüber. Sind dessen Einflüsse etwa in Spanien aus unserem Europa fortzudenken? In den Jahrhunderten der Kreuzzüge durchdringen sich Morgen- und Abendland. Auf höchst amüsante Weise hat Mostar soeben in seiner „Weltgeschichte“ (Scherz & Goverts, Stuttgart 1954) die zierlichen Früchte aus dem symbolischen dreischläfrigen Bett des legendären Grafen von Gleichen für unsere abendländische Kultur zu schildern gewußt. Bei ernstesten historischen Erörterungen sollte der schwammige Begriff Abendland fortbleiben. Er kann ohne Neid den Kulturphilosophen zur Vermehrung der Wirrnisse in ihren Gefilden überlassen bleiben. Konfessionell gebundene Denker bleiben besser im Bereich der Religionsgeschichte. Mit ihnen ist schlecht rechnen.

Mein zitiertes Buch bringt viele Hinweise auf den gleichen Takt des westlich-europäischen und des osteuropäisch-russischen politischen Herzens, um den lebendigen Körper eines größeren Europa „von Wladiwostok bis Gibraltar“ sichtbar zu machen. Es durchstößt die konfessionellen und von kulturphilosophischen Systematikern errichteten eisernen Vorhänge und sucht der zentralen Thematik unserer Zeit damit zu dienen, das es nicht das Trennende sondern das Verbindende heraushebt.

Europa grenzt außer an das islamische Morgenland an die ostasiatische Welt. Wer einmal von Peking nach Chargin gefahren ist, weiß, daß er China in Mukden verlassen und auf russischem Kolonialboden Europa erreicht hat. Für ihn gibts keinen Streit mehr über die Frage, wo Europa endet.

Polens Ostgrenze – um auf Roths Thema zu kommen – ist nicht unsere Sache. Ein Anrecht auf den Grenzstreifen russischen Gebiets östlich der sogenannten Curzon-Linie hat sich das Polen zwischen den Weltkriegen nicht zu erwerben verstan-

den. Dies weiß auch Roth, der die Intoleranz, Herrschsucht und Unterdrückung durch die Warschauer Herren betont (S. 729).

Wie also könnte, zumal nun von Stalin durch „Bevölkerungsaustausch“ von 1,3 Mill. Menschen vollendete Tatsachen geschaffen wurden, die Idee einer Revision der polnischen Ostgrenze politisch fruchtbar werden?

Theoretisch würde sie „eine Revision der Oder-Neiße-Linie erleichtern“, meint der Autor, — aber doch wohl nur unter der Vorstellung, daß die Rückkehr zum Status der nach dem Ersten Weltkrieg für Osteuropa in Paris geschaffenen Grenzen für uns wünschenswert wäre.

Können wir Deutschen dies wirklich wollen? Es scheint politisch heute besonders falsch, ja verhängnisvoll, wenn Wege einer abendländischen Expansion gewiesen werden, die sich von Hitlers Ritt ins Ostland kaum entfernen und geeignet sind, das entsetzliche Gespenst des Pan-germanismus lebendig zu halten. Nichts erscheint wichtiger, als diesen Popanz auszutilgen. Dies hebt auch Starlinger in seiner eminent wichtigen Schrift („Grenzen der Sowjetmacht“ — Beiheft zum Jahrbuch der Albertus-Universität, Königsberg/Pr.) mit aller ihm zur Verfügung stehenden Eindringlichkeit hervor. Es gibt nur eine europäische Lösung in einem Europa, das Rußland einschließt.

Artur W. Just

Antwort des Verfassers

Sehr geehrte Herren!

Zu den Ausführungen von Herrn Artur W. Just möchte ich folgendes bemerken:

1. In seiner „Geschichte Rußlands“ charakterisiert Pantenius die Bedeutung des Übertritts des Großfürsten Wladimir zum byzantinischen Christentum folgendermaßen (S. 18): „Es war ein Augenblick von weltgeschichtlicher Bedeutung, denn in ihm schied sich Rußland von dem abendländischen Europa“. Gleichlautende Auffassungen von Historikern lassen sich in großer Zahl beibringen. Natürlich kamen noch andere geschichtliche Ereignisse dazu, um Rußland von Europa zu scheiden, so die Mongolenherrschaft, der Einfluß von Klima und Landschaft und vieles andere.

2. Gewiß sind die Begriffe „christliches Abendland“ und „europäische Kultur“ vielgestaltig und schwierig. Aber die Verbundenheit von Religion und Kultur als „konfessionelles Bekenntnis“ abzutun, ist wohl sehr billig und oberflächlich. Daß mein Standpunkt hierzu nicht, wie es Herr Just wohl glauben machen will, konfessionell katholisch ist, geht unter anderem daraus hervor, daß der von mir herangezogene Aufsatz von Dr. Rhode „Die Ostgrenze Polens als Grenze Europas“ aus dem Werk „Europa in evangelischer Sicht“ stammt.

3. Lehrreich sollte auch das Gegenbeispiel der Liiierung von russischem Staat und Orthodoxie sein, die der Sowjetstaat in Wiederaufnahme einer jahrhundertelangen Tradition wiederhergestellt hat.

4. Es ist eine schlechte, leider in unserem politischen Tageskampf aufgekommene Sitte, einen Gegner damit zu diskreditieren, daß man ihm nationalsozialistische Tendenzen unterschiebt. Ich kann es nur bedauern, daß auch Herr Just, dessen Ausführungen auch sonst Sachlichkeit vermissen lassen — siehe die erste Zeile! — sich dieses Mittels bedient.

5. Das „entsetzliche Gespenst“ und leider kein „Popanz“ ist die russische Gefahr für Europa. Vielleicht ist aber für Herrn Just auch die Unterwerfung Osteuropas unter die sowjetische Gewalt keine historische Tatsache, sondern nur ein „konfessionelles Dogma“. Paul Roth

Rumänien, die Sowjetunion und Deutschland

Die Zeitschrift *Eastern Europe's Tribune*, die durch eine Gruppe politischer Flüchtlinge aus Osteuropa in München herausgegeben wird, setzt sich in Nr. 5 ihres Jahrgangs 1954 (November) mit dem Buch von Hillgruber über die deutsch-rumänischen Beziehungen 1938—1944 auseinander, das im Januarheft der Zeitschrift für Geopolitik durch unseren rumänischen Mitarbeiter D. C. Amzar besprochen wurde. Sie meint, daß besonders der erste Teil des Buches ohne die notwendige wissenschaftliche Objektivität geschrieben worden sei. Er diene im wesentlichen einer Rechtfertigung der Politik des deutschen Gesandten Dr. Fabricius. Offenbar habe sich der Verfasser durch diesen Diploma-

ten informieren lassen, er habe selbst niemals Rumänien besucht und zitiere kein Werk in rumänischer Sprache. Es sei sehr bedauerlich, daß er unter den verfügbaren rumänischen Autoren nur Cretzianu und General Gheorghe gelesen habe (diese beiden Autoren werden auch durch Dr. Amzar erwähnt). Die zahlreichen anderen rumänischen Augenzeugen wie Fürst Sturza, Außenminister Gafencu oder auch der Legionärsführer Horia Sima seien nicht zu Rate gezogen worden. Vor allem fehle eine Berufung auf Prof. Gamlischeg, der während des Krieges das Deutsche Kulturinstitut in Bukarest leitete.

Der Rezensent macht dem Gesandten Fabricius den Vorwurf, er habe das deutsche Interesse zu stark auf König Carol gelenkt und nicht die wahren Freunde Deutschlands gefördert. Es sei grundsätzlich falsch, politische Beziehungen auf eine einzelne Person zu stützen. Die wirtschaftlichen Interessen könnten besonders in einem romanischen Lande die Politik nicht maßgebend bestimmen.

Die Deutschen, die durch den Sturz König Carols enttäuscht worden seien, hätten danach ihren Fehler wiederholt, indem sie sich ausschließlich auf die Persönlichkeit des Marschalls Antonescu stützten. Die Politik von Dr. Fabricius habe endgültig am 23. August 1944 beim Ausscheiden Rumäniens aus dem Bündnis mit dem Deutschen Reich Schiffbruch erlitten.

Der rumänische Rezensent bedauert einige eindeutige Fehler in Hillgrubers Darstellung. Der Chef der Eisernen Garde, Codreanu, sei nicht nach Kriegsrecht erschossen, sondern im Gefängnis erdrosselt worden. General Lascar sei nicht im Kampf gefallen, sondern lebe noch heute in Rumänien unter dem Wohlwollen der Sowjets. Es sei bedauerlich, daß Hillgruber den militärischen Wert der rumänischen Truppen herabsetze. In der Ukraine habe sich jedenfalls gezeigt, daß die Rumänen sehr viel besser mit der Zivilbevölkerung ausgekommen seien als die Deutschen.

Es ist nicht unwichtig, daß man zur Kenntnis nimmt, wenn gut gemeinte Bemühungen um das Verständnis zwischen den europäischen Völkern von Angehörigen dieser Völker selbst als verfehlt betrachtet werden.

Sehr geehrte Herren!

Ihre ausführliche Rezension des Buches von Hillgruber durch Herrn Amzar und das negative Urteil des ehemaligen Bukarester Vize-Bürgermeisters und Rechtsanwalts Vasile Mailat, der offenbar als Legionär spricht, veranlaßt mich, der ich in der kritischen Zeit in Rumänien gelebt habe, zu dem Hinweis, daß Herr Mailat offensichtlich den ehemaligen Gesandten Fabricius und seine Politik nicht schätzt. (Ich weiß persönlich, daß Hillgruber zahlreiche rumänische Staatsangehörige ausführlich nach ihren Erinnerungen befragt hat.) Ebenso Urteile von Rumäniendeutschen, die als Flüchtlinge oder Vertriebene in der Bundesrepublik und Österreich leben, standen ihm zur Verfügung.

Ich möchte mich der Meinung Herrn Amzars anschließen, daß eine nachträgliche Empfehlung anderer Maßnahmen verhältnismäßig leicht ist. Sowohl der König als auch der Marschall stürzten nicht aus Gründen der rumänischen Innenpolitik, sondern weil ihr Staat in die weltpolitische Auseinandersetzung verstrickt war. Rumäniens Tragik lag weniger in den Entscheidungen seiner Führer als darin, daß der amerikanische Präsident das Land an die Sowjetunion preisgab. Wer den Zusammenbruch Rumäniens 1944 im Lande miterlebt hat, weiß, daß fast die gesamte Bevölkerung die „Befreiung“ durch die Rote Armee ablehnte, ja mit Furcht und Abscheu auf sie wartete. Breite rumänische Volkskreise haben sich oft rührend bemüht, den früheren Waffengefährten zu helfen.

Gustav Adolf Jörss

Bulgarien

Sehr geehrte Herren!

Der Aufsatz des Herrn Dr. Wolfgang Stubenrauch im Novemberheft Ihrer Zeitschrift zeugt von einer großen Kenntnis der bulgarischen Belange und ist geschrieben in einem Geist der Objektivität, der einen jeden Bulgaren nur erfreuen kann.

In Zusammenhang damit möchte ich hier einige Gedanken zum Ausdruck bringen. Denn es lohnt sich für uns Bulgaren, vor einem Forum wie dem der Leser Ihrer Zeitschrift eine Lanze für das ins Unglück gestürzte Vaterland zu brechen.

Das Unglück Bulgariens ist seine geographische Lage. Als Herz des Balkans und wichtige europäische Nordwest-Südost-Straße mußte es seit dem Ende der Türkenherrschaft auf dem Balkan fortwährend in das Spiel der „Großen“ einbezogen werden. (Wir wollen hier nicht sprechen von den Leiden dieses Raumes als Durchmarschland z.B. noch zur Zeit der Kreuzzüge usw. Denn vielleicht waren jene Zeiten – im Vergleich zu den heutigen mit den Verwüstungen eines modernen Krieges – harmlos!)

In der Spanne von 1876 bis 1944 haben das bulgarische Volk und sein jeweiliges Staatsoberhaupt alles über sich ergehen lassen müssen. Einmal galten wir als „heroisch“, „tapfer“, „wert der Bewunderung“, der Hilfe und der Liebe der „Großen“. Wir wurden ausgezeichnet mit Benennungen „Preußen des Balkans“, „Japaner des Balkans“ – zu einer Zeit, als dies noch als Auszeichnung galt und bevor auch diese Begriffe – denn es waren ja Begriffe – gleichbedeutend mit etwas „Nicht-Gutem“ wurden... Dasselbe geschah mit den Tugenden und Eigenschaften unserer Oberhäupter, der Könige Ferdinand I. und Boris III. (Auch Fürst Alexander von Battenberg hat eine ähnliche Einschätzung erfahren.)

Unsere Rechte auf die bulgarische Bevölkerung und unsere Gebiete (Mazedonien, Thrazien und Dobrudscha) wurden einmal – gerechterweise – auf Grund von ethnisch-kulturellen und geschichtlichen Überlegungen von allen anerkannt. (Schließlich enthielten als „Maß“ solcher Belange sowohl Wilsons 14 Punkte als auch heute die UN-Charta das Selbstbestimmungsrecht der Völker! Nur daß es mit der Anwendung dieses Maßes sehr oft hapert: einem Volke wird es zugebilligt, einem anderen vorenthalten!)

Seit dem Ersten Weltkrieg aber trat in der europäischen Geschichte ein merkwürdiger Geist ein – zusammen mit der Betonung der Begriffe „Recht“ und „Gerechtigkeit“. Plötzlich wurden die Balkanvölker Barbaren oder Nichtbarbaren, gut oder böse, je nachdem, ob sie sich in einem Sieger- oder Besiegten-Gefolge bei einem Kriegsende befanden. Und so geschah es, daß manche – einst als gerecht anerkannten – Ansprüche zu „maßlosen“

– oder gar zu „Habgier“ wurden... Dadurch wurde bei uns Bulgaren z.B. das Gefühl, Wechselmünze in den Händen der Starken zu sein, ziemlich klar. Auf eigener Haut erfahren wir, daß viele große und edle Ausdrücke der „Großen“ nicht selten nur Köder oder Trost oder leere Worte sind.

Ich weiß nicht, ob es unglücklichere und enttäuschtere Völker gibt als die „kleinen“ Völker des Balkans, die sich überzeugten, daß es zwischen den Worten und den Taten der Großen in der Politik so wenig Übereinstimmung gibt! Denn nach 5 Jahrhunderten Türkenjoch dachten wir, daß die christliche Welt, welche edle Worte im Munde führt, es auch wirklich so mit uns meint und danach handelt...

Ich gehöre zu den Bulgaren, die heute nicht in Bulgarien sind. Dies ist bestimmt in vielen Hinsichten ein großes Glück. Und obwohl die Verbindungen mit der Familie, den Freunden, dem Lande – auf Grund der kommunistischen Gewaltherrschaft – sehr beeinträchtigt sind, muß ich sagen, daß es wohl bei allen Bulgaren, die nicht alte russenhörige Kommunisten sind, oder der Jugend, die nichts anderes als Bolschewikenlob in Schule, Fabrik und Kaserne hört, ein tiefes Mißtrauen in bezug auf alles, was in der Welt gesagt und geschrieben wird, gibt.

Unser Volk hat das Schrecklichste, was es im Leben von Völkern (wie von einzelnen) gibt, erlebt: nämlich den Einsturz von Göttern. Denn Götter waren die Kulturvölker des Westens für uns! Eine große Enttäuschung gegen das Pharisäertum in der Politik erfaßte alle. Ein Volk, das fünf Jahrhunderte unter den Moslems gelebt hatte, konnte nicht fassen, daß bei den Staatsmännern der großen christlichen Völker eine solche Diskrepanz zwischen Worten und Taten bestehen könne! Zynismus wollten die Balkanvölker nicht einmal in der Politik wahrhaben. Wir waren und sind vielleicht noch heute jung und unschuldig in der Politik. Deswegen sind wohl auch manche schönen Worte des marxistischen Lexikons sehr gefährlich für viele anständige Leute unten auf dem Balkan. All dies wird die Aufgabe der Bulgaren bei Säuberung und Zurechtordnung der Heimat in der Stunde nach

der „dritten Befreiung“ erschweren. Große Umsicht wird nötig sein.

Gebe Gott, daß diese Stunde noch ein heiles Bulgarien und ein heiles Europa – das unser aller größeres Vaterland ist – vorfindet und nicht ein Trümmerfeld, wo es wenig zu ordnen geben wird.

Maria Teodorowa

Der Opfertod eines Aserbeidshaners

Ein Glied in der Kette östlicher Zersetzungsversuche innerhalb der in der Bundesrepublik lebenden Ost-Emigration ist auch der Tod des am 20. 11. 1954 in München ermordeten Aserbeidshaners Abdurrahman Fatalibeyli.

Fatalibeyli entstammte einer aserbeidshanischen Familie mit soldatischen Traditionen aus Nachitschewan. Nach seinem Geburtsort Dudanga nannte er sich *Dudanginski*. Als Major Dudanginski ist er den aserbeidshanischen Freiwilligen des letzten Krieges wie ihren deutschen Kameraden bekannt. Als Major im sowjetischen Generalstab setzte er sich 1941 mit seiner Familie von den Sowjets ab und wurde Freiwilliger im 1. Aserbeidshanischen Freiwilligen-Bataillon 804 „Aslan“, das sich im Einsatz an der Kaukasusfront und auf der Taman-Halbinsel 1942 besonders bewährte. Auf Grund seiner militärischen Verdienste wie seiner Autorität unter seinen Landsleuten wurde Major Dudanginski 1943 als Sprecher der aserbeidshanischen Freiwilligenverbände in den aserbeidshanischen Verbindungsstab nach Berlin berufen, aus dem im Herbst 1944 das Aserbeidshanische Nationalkomitee hervorging. Dem mutigen

und unbekümmerten Auftreten Fatalibeyli war es zuzuschreiben, daß die Aserbeidshaner als erste von allen Freiwilligengruppen der Völker aus der Sowjetunion auf dem großen Kongreß ihrer nationalen Organisation am 7. 11. 1943 im „Kaiserhof“ in Berlin ihre Forderungen auf Anerkennung ihrer nationalen Selbständigkeit offen proklamieren konnten.

Die Nachkriegszeit verbrachte Fatalibeyli, wie viele ehemalige Sowjetbürger, zuerst in der Illegalität in Italien und Ägypten, später in der Türkei und in Deutschland, stets bedacht, die Ziele seiner Nation zu propagieren und seinen Landsleuten zu helfen. Deutschland, und zwar nicht das nationalsozialistische, sondern Deutschland schlechthin, betrachtete er, der ein begeisterter Anhänger des Türkentums, ein glühender Patriot und ein verdienter, ehrenhafter Soldat war, als seine zweite Heimat. In München gab er seit 1951 die Zeitschrift *Azerbaycan* heraus, deren erste Nummer den Rechenschaftsbericht der aserbeidshanischen Nationalbewegung während des letzten Krieges enthält. Zuletzt war er Leiter der Aserbeidshanischen Abteilung beim Radio Liberation in München. Auf diesem Posten ist er für die Freiheit seines Volkes gefallen.

Auch für ihn gilt heute das Wort, das er selbst oft an den Schluß seiner Aufrufe zu stellen pflegte:

Büyük Tanrim, Büyük Tanrim
Sen bizim kanimizi yerde koyma
(Großer Gott, laß unser Blut nicht
vergessen sein).

Gerhard von Mende

Die in den einzelnen Beiträgen zum Ausdruck kommenden Ansichten decken sich keineswegs immer mit der Meinung der Schriftleitung, zum Teil sind sie ihr entgegengesetzt. Die Schriftleitung fühlt sich verpflichtet, allen Stimmen Gehör zu verschaffen, deren Vorhandensein bei einem Bemühen um Realismus zur Kenntnis genommen werden muß oder die ein wichtiges Gespräch in Gang bringen können. Darüberhinaus enthält der Abschnitt „Freie Aussprache“ genau das, was seine Überschrift sagt.

DER SENTIMENTALE „TRAUM VOM REICH“?

Die besetzten Gebiete Deutschlands erlebten in den ersten fünf Jahren nach der Kapitulation die Umerziehungsversuche der Besatzungsmächte, in den zweiten fünf Jahren, die in diesem Monat enden, das Bestreben der Sieger, die in ihnen neu geschaffenen Teilstaaten als Verbündete zu gewinnen. Am 24. 9. 1950, als die erste Nachkriegsperiode zu Ende ging und die zweite begann, sagte der verstorbene Bundestagspräsident Ehlers: „Wir wissen, daß die Teilung Deutschlands und die damit ständig wachsende Gefahr, daß Deutsche auf Deutsche schießen, die größte Friedensbedrohung der Welt ist.“

Der gleichen Meinung ist Melvin J. Lasky, Herausgeber der in Berlin erscheinenden Zeitschrift „Der Monat“, in einem „Bericht aus Paris“ (Märzheft 1955). Er erzählt von einer Pressekonferenz bei General Gruenther im NATO-Hauptquartier, bei der die „Techniker der westlichen Stärke“ Westdeutschland nur nach seinem militärischen Potential beurteilten, als handele es sich um Island oder die Türkei. Dabei hätten gerade NATO-Generale Sorge, ein deutscher Vertreter könne bei einem echten sowjetischen Angebot zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands „bereits am nächsten Tage weg sein, im Morgengrauen, per Hubschrauber“.

Lasky weist darauf hin, daß andererseits die „Neutralisten“ in England und Frankreich eine deutsche Beteiligung an der NATO deshalb mit Besorgnis sähen, weil sie einen zu großen Eifer der Deutschen erwarteten. Sie rechneten damit, daß die „irredentistische Nörgelei“ die Atlantische Allianz in eine territoriale Ausdehnungspolitik nach Osten reißen und dadurch die Koexistenz gefährden könnte.

Lasky selbst aber ist der Ansicht, daß die NATO nur notwendig geworden sei, weil die Sowjets im Herzen Deutschlands stünden. „Damit wird aus der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands mehr als eine höchst private, sentimentale Sehnsucht der Deutschen nach ihrer bismarckischen Vergangenheit, aber auch mehr als der alte Traum vom ‚Reich‘, der ein ge-

spaltenes Volk, einen Rumpfstaat dazu veranlassen könnte, sich von seinen westlichen Nachbarn und Verbündeten abzuwenden, sondern eine Grundforderung der westlichen Politik, in der ein legitimer nationaler Anspruch der Deutschen sich mit der einzigen realistischen Methode zur Erlangung einer atlantischen Sicherheit auf weite Sicht vereinigt.“

„Der Monat“ sorgte früher dafür, daß in Berlin das Wort „Reich“ auch in der Zusammensetzung „Reichs“bahn nur in Gänsefüßchen erschien. Heute ist ihm die deutsche Mitarbeit in einer „Koresistenz“ gegen die Sowjetunion wichtiger als die Umerziehung, der sich seine Zeitschrift früher mit allem Aufwand einer brillanten Redaktion und glänzenden Ausstattung in erster Linie widmete. Er bedauert wie wir, daß man in der westlichen Welt nicht mit ihm selbst Schritt gehalten hat. Nach seiner Darstellung kompromittiert ein deutsches Ja die NATO bei einem Teil der westlichen Öffentlichkeit. Ein Nein würde uns so ausgelegt, als wollten wir unser Leben ohne Prämienzahlung versichern!

Sowohl ein Ja als auch ein Nein als auch eine Antwortverweigerung verübelt man uns deshalb, weil unsere geographische Verteilung im Raum der Norddeutschen Tiefebene und der deutschen Mittelgebirge, die wir uns nicht frei aussuchen konnten, der Welt lästig ist. Das „Sonntagsblatt“ des Landesbischofs Lilje spricht von Menschen, die „in der Zeit stehengeblieben sind. Diese Zeit ist inzwischen um zehn Jahre weitergegangen, und sie duldet kein Zurück“. Wer vom Umerziehen nur bis zum Übelnehmen gelangt ist, gleicht den Menschen, die „in einem Wartesaal sitzen, während ihr Zug seit langem davongefahren ist“. Sorgen wir, daß wir uns nicht den Traum vom Reich um einer Koresistenz willen aufreden lassen. Wir wollen nicht mogeln, damit wir uns nicht an einer Restauration nach der Art der Lübecker Marienkirche beteiligen. Das Reich war eine Friedensordnung über vielen Völkern, sein Traum kann nicht zur Verstärkung des „Rhein-Elbe-Schildes“ dienen. -ff-

Preußentum und Reichsidee zehn Jahre nach dem Zusammenbruch

Eine der schmerzlichsten und bösesten Folgen der Jahre, die im Mai 1945 zu Ende gingen, ist die Unsicherheit, die damit für uns Deutsche in das Verhältnis zu unserer eigenen Geschichte gekommen ist. Jedes große Volk lebt gewiß sehnend und wollend in der Zukunft, aber zugleich doch auf der vertrauten, festen Grundlage der eigenen Vergangenheit. Dieses Vertrauen ist uns zum großen Teil verlorengegangen. Wir müssen uns darüber klar sein, daß uns damit in dieser ohnehin schon so wirren und verwilderten Zeit womöglich Entscheidendes mangelt. Selbst das Wissen unseres angeblich so gebildeten und geschulten Volkes beginnt zu versagen. Ich traf vor kurzem einen jüngeren Mann, der an der Freien Universität Berlin den Doktorhut erworben hat und sich nichts mehr bei der Nennung des historischen Datums vom 18. Januar vorstellen konnte!

1701 und 1871

Dabei sollten wir wissen, daß sich der damalige Kurfürst Friedrich von Brandenburg am 18. Januar 1701 zu Königsberg in Preußen die Königskrone auf das Haupt setzte, daß also damals die moderne preußische Staatsidee einen historischen Ausgangspunkt erhielt. In gewollter Wiederholung des Datums wurde am 18. Januar 1871 der preußische König Wilhelm I. im Beisein der Bundesfürsten und der siegreichen Generale zum Deutschen Kaiser gekrönt, wobei auch der eigentliche Urheber dieses Tages, Graf Bismarck, anwesend war. Damals wurde die Idee des Römischen Reiches deutscher Nation erneuert. 74 Jahre lang war das damals geschaffene Deutsche Reich eine der Großmächte, – vielfach gefürchtet und gerade auch wegen seines Auftretens im Kreise der anderen Mächte wohl auch gehaßt, aber gewiß doch respektiert und geschätzt als ein Land voll reichen, blühenden geistigen und wirtschaftlichen Lebens und Strebens und als eine der tragenden Säulen der auf dieser Erde geschaffenen menschlichen Ordnung.

Auch wer wie ich nach dem ersten, furchtbaren Zusammenbruch des Reiches im Jahre 1918 entschlossen freiheitliche, moderne demokratische Lebensformen für unser Volk verlangt hat und für diese Formen kämpfend und leidend eingetreten ist, wird gern bekennen, daß sowohl die preußische Idee von 1701 als auch die Reichsidee von 1871 heute mehr bedeuten als nur geschichtliche Klänge aus der Vergangenheit.

Machen wir uns doch einmal klar, wie dürftig, wie unsicher, wie unvollständig einstweilen das staatliche Gerüst ist, auf dem wir unser viel gerühmtes Wirtschaftswunder, unsere neue Geltung in der Welt aufgebaut haben. Vielleicht vermögen wir uns die Unzulänglichkeit gar nicht recht vorzustellen, weil wir noch immer mit unserem Herzen und mit unserem Bewußtsein in dem preußisch-deutschen Reiche leben, in dem wir alle einmal unsere Heimat gehabt haben und dessen Nichtmehrvorhandensein uns womöglich als ein im Grunde bald zu überwindender Zwischenzustand erscheint.

Unser Land ist heute in sieben Teile zerrissen: die Bundesrepublik, die sogenannte Deutsche Demokratische Republik, zwei Stücke Berlin, das Oder-Neiße-Gebiet, das Saargebiet und endlich Nordostpreußen. Diese sieben Teile sind untereinander größtenteils fremder und entfernter, als sich in geordneten Zeitläuften Staaten wie China und Ägypten gegenübergestanden haben. Von den sieben Teilen genießen lediglich die Bundesrepublik und vielleicht Westberlin ein gewisses Maß von Selbstbestimmungsrecht.

Aber selbst die Bundesrepublik und damit auch Westberlin stehen noch unter dem Gesetz der bedingungslosen Kapitulation von 1945. Alle schönen staatlichen Einrichtungen, auf die wir stolz sein möchten, sind nur eine Leihgabe der wohlwollenden Siegermächte und einstweilen keine unwiderruflichen Schöpfungen aus eigenem Willen. Weder rechtmäßig noch machtmäßig vermöchten wir Widerspruch zu erheben, wenn es eines Tages den Siegern gefiele, ihre Vorrechte und Einrichtungen von 1945 wiederherzustellen.

Praktisch wird gewiß von dieser Möglichkeit keine Rede sein können. Grundsätzlich aber sollte es für ein selbstbewußtes Volk unerträglich sein, mit seinem gesamten staatlichen Aufbau lediglich von dem guten Willen und der Einsicht des Auslandes abzuhängen.

Nur die Hälfte!

Die Bundesrepublik, auf die sich die Hoffnungen aller Deutschen als Ausgangspunkt für künftige Entwicklungsmöglichkeiten richten, trägt selbst den Wesenszug des Vorläufigen, Unvollständigen.

Wir haben gewiß dankbar und vielleicht sogar stolz festzustellen, daß trotz der großen Schwierigkeiten das Erbe Preußens vom 18. Januar 1701 und das Erbe des am 18. Januar 1871 gegründeten Reiches nicht völlig zerstört zu sein scheinen. Unter beständiger und kluger Führung hat ein Staatsaufbau begonnen, der uns ein hohes Maß von Rechtssicherheit, materiellem Wohlstand, sozialen Leistungen und außenpolitischer Geltung gewährleistet.

Aber die Hälfte des 1937 zum Reich gehörenden Landes ist daran unbeteiligt. Gerade die Kernlande des preußischen Staates, ohne deren Kraft die deutsche Geschichte der letzten Jahrhunderte nicht denkbar gewesen wäre und die andererseits weniger Anteil an der Hitlerzeit getragen haben als manche anderen deutschen Landesteile, stehen unter einer Fremdherrschaft, die zielbewußt die bisherige gesellschaftliche Struktur zerstört und, soweit es nicht zu ihren eigenen, selbstsüchtigen Zielen paßt, auch alle Erinnerungen an die Vergangenheit auszulöschen versucht.

Können wir uns auf die Dauer einen deutschen Baum denken, an dem so lebensvolle und wichtige Zweige wie Schlesien und Ostpreußen fehlen? Können wir uns ein Deutschland denken, dessen politischer und geistiger Schwerpunkt an der westlichen Peripherie liegt und nicht in Berlin, wo ja nicht allein das geographische Zentrum, sondern auch der Ausgangspunkt gewaltiger geistiger, wirtschaftlicher und politischer Kraftströme gewesen ist und jederzeit wieder sein könnte?

Mögen das alles melancholische Gedanken sein, die in der Zwangslage unseres Lebens wenig fruchtbar und schöpferisch werden können, so sollten wir doch die Erinnerung an Preußen und das Reich in einem vielleicht noch notwendigeren Sinne er-

neuern. Eine Gemeinschaft kann nicht ohne klare Staatsidee leben, ohne eine bewußte Vorstellung von dem Rahmen, in den das Volk seine öffentlichen Einrichtungen hineinstellen will. Diese Staatsidee ist mehr, als was Verfassungsartikel und Geschäftsordnungsparagraphen oder was die Beschlüsse von Parteien, Verbänden und Gewerkschaften auszudrücken vermögen. Sie muß ihrer Natur nach etwas Ewiges und Allgemeingültiges in sich schließen. Sie kann schon begrifflich nichts anderes umfassen als die Gemeinschaft aller Menschen, die unsere Sprache sprechen und die sich zur Zusammengehörigkeit mit uns bekennen.

Das heißt, ein solcher Staat kann nur aus der Erneuerung des Deutschen Reiches entstehen, in dessen Haus sich alle deutschen Stämme gleichen Willens zusammenfinden. Solange Teile unseres Volkes durch äußeren Zwang außerhalb des Staatswesens gehalten werden, haben wir unsere geschichtliche Aufgabe nicht erfüllt, die uns seit der Vorzeit immer wieder gestellt wurde und bei der Reichsgründung vom 18. Januar 1871 eine gültige Lösung gefunden hatte.

Staatsbewußtsein

Innerhalb dieses staatlichen Rahmens brauchen wir bei aller Achtung für die Freiheit des Einzelnen, bei allem Gefühl für die Eigenwilligkeit der Stämme und Landschaften, eine bestimmte Gesamthaltung, ein klares und festes Staatsbewußtsein.

Daher dürfen Preußen und Preußentum nicht durch einen Federstrich der Sieger für uns ausgelöscht sein. Der Gedanke der herben, treuen Pflichterfüllung, die Einfügung des Einzelnen in das Gesetz der Gemeinschaft, die Gebote der Ordnung, der Uneigennützigkeit und der Unbestechlichkeit, der Begriff eines Staates, der fähig und willens ist, unsere Freiheit auch nach außen wehrhaft zu verteidigen, sind in unserer bedrängten Lage heute vielleicht unentbehrlicher als in glücklicheren Zeiten.

Neue Umstände und neue Aufgaben schaffen die Notwendigkeit neuer staatlicher Formen. Niemand wird so töricht sein, die starre Wiederherstellung des preußisch-deutschen Staatswesens zu verlangen.

Um unsere Aussichten auf die Wiederkehr von Recht und Ordnung, Sicherheit und Freiheit zu verwirklichen, bedürfen wir aber eines guten Teils dessen, was Preußen und das Deutsche Reich darstellten. Wir bedürfen eines erneuerten, vertieften und verinnerlichten Bekenntnisses zu den unvergänglichen Werten des Reiches und Preußens.

PAUL FECHTER

Geistiges Berlin heute

Die Geheimräte von 1900

Es ist noch nicht gar so lange her, höchstens 50 Jahre – es war so um 1900 etwa – wenn man da die Frage stellen wollte: was ist das, geistiges Berlin, welche Männer, welche Frauen kommen für so etwas wie Geist in Betracht – so hatte man es mit der Antwort ungeheuer leicht. Man brauchte gar nicht lange zu suchen und zu fragen: man brauchte sich nur an das Schaufenster der jeweils nächsten großen Buchhandlung zu stellen, am besten einer Unter den Linden, auf der Universitätsseite, auf der die Studenten in freien Zwischenstunden mit Vorliebe zu promenieren pflegten. Da fand man sie alle, Erich Schmidt und Richard M. Meyer, Wölfflin und Virchow, den langen Physiker Warburg und neben ihm, klein und bescheiden, den noch völlig unbekannten theoretischen Physiker Max Planck, den dicken Mathematiker Hermann Amandus Schwarz neben dem schmalen Baltenschädel Adolf von Harnacks und den klugen spitzen Kopf des Philosophen Georg Simmel, neben Wilhelm Dilthey, Friedrich Paulsen und Adolf Lasson, dem Hegelianer; damals gab es nämlich noch Studenten, die für 50 Pfennige oder eine Mark solch ein Porträt des einen oder anderen Lehrers erwarben, um es mitzunehmen, wenn sie die Berliner Friderica Guillelma examenshalber mit irgendeiner Heimatuniversität vertauschten.

Es waren aber nicht nur die damals noch mehr oder weniger vollbärtigen Professoren und Geheimräte, deren wohlgetroffene Bildnisse in Kabinettformat, wie man das nannte, da in den Schaufenstern mit der gelehrten und der ungelehrten Literatur hingen. Da waren auch die Dichter, der stolze, schwarzbärtige Ostpreußenkopf Hermann Sudermanns neben dem klugen Gesicht seines Landsmanns Arno Holz und dem neuesten der Modernen, Max Dreyer, den sein „Probekandidat“ gerade weithin berühmt gemacht hatte. Hauptmann und Stefan George waren nicht dabei: die hatten beide bereits die Gefährlichkeit der Gesichtsentwertung erkannt, die die Photographie bedeutet und erlaubten keine Porträts. Dafür konnte man die Künstler ebenfalls erwerben, Reinhold Begas und Gustav Eberlein, die Bildhauer Wilhelms des Zweiten, Anton von Werner und die anderen Professoren der Akademie. Liebermann und die Männer der Berliner Sezession tauchten nur zuweilen schüchtern auf, wenn irgendwo ein aufsässig moderner Buchhändler seinen Laden aufgeschlagen hatte: das Moderne vertrat hier der runde Gnomenschädel Adolf Menzels, den die meisten damals noch von irgendeiner realen Begegnung auf dem Potsdamer Platz oder an der Margaretenstraße beinahe persönlich kannten.

Das war so um 1900. Wenige Jahre später kam die Photographie von neuem – und zerstörte nun alles. An die Stelle des Porträts trat der Film: das war das Ende der unmittelbaren visuellen Beziehung zur persönlichen Wirklichkeit bekannter Menschen. Der Film baute sich sein eigenes Reich, seine eigene Realität, die mit der realen Menschenwelt nichts mehr zu tun hat. In keinem Sauerbruchfilm ist der jeweils wirkliche Sauerbruch Mittelpunkt, sondern irgendein reizender Ewald Balser spielt ihn: die Wirklichkeit wird Spiel und Foto, und die unmittelbare optische Beziehung zu ihr ist dahin. Man erfährt über das Auge nichts mehr von ihr, höchstens noch über

das Lesen. Wer liest aber schon etwas über Professoren oder Geheimräte, von Malern und Bildhauern ganz zu schweigen?

Es ist sehr eigen, das immer von neuem vor den wechselnden Zeitaltern zu erleben, die über einen dahinziehen. Zuweilen erfuhr man es sogar mit leiser Erschütterung – wenn man – vielleicht in den zwanziger Jahren, als er schon höchster Weltruhm des Landes und sein neuer Kopernikus war, etwa an der Gedächtniskirche dem Schöpfer der Quantentheorie Max Planck begegnete. Er sah noch genau so schmal und still aus wie damals um 1900; aber kein Mensch beachtete ihn, sah sich nach ihm um. Geistiges Berlin? Was war das? Wen kannte man noch von den Männern und Frauen der Zeit von Roethe bis Troeltsch, von Spranger bis Planck? Niemand mehr. Es war schon damals genau so wie heute: die geistige Welt Berlins wurde, seit dem Tode des alten Menzel etwa, nie mehr Bild. Den kleinen Mann kannten sogar noch die Droschkenkutscher im Umkreis seiner Wohnung in der Margaretenstraße; aber selbst ihm begegnete es schon in den letzten Lebensjahren, also vor 1905, daß der kindhaft winzigen Gestalt vergnügte Bengels die Potsdamer Straße entlang folgten und jubelnd hinter ihm her sangen: „*Ham Se nich den kleinen Cohn geseh'n?*“ Seinen jüngeren Zeitgenossen Max Liebermann kannte schon überhaupt niemand mehr, außer den Leuten vom Bau, den Malern, Kunstschriftstellern und Kunsthistorikern.

Geht man von solchen Erfahrungen aus heute an den Begriff – oder darf man noch sagen: an die Wirklichkeit Geistiges Berlin heran, so kommt man ein bißchen beschämt zu dem Geständnis, daß wir heute, 1955, selbst der gleichen Sünde nicht sind. Daß wir selbst von dem geistigen Berlin dieses letzten Jahrzehnts nur noch eine höchst mangelhafte, lückenhafte Vorstellung haben, daß die Reste bildhafter Vorstellung, die der Film noch übrig gelassen hat, in diesem Dezennium zum nicht geringen Teil auch noch zerfallen sind. Wer von uns weiß, wie Max von Laue oder Hans Knudsen, wie Max Pechstein oder Renée Sintenis oder selbst Gottfried Benn aussieht? Das geistige Berlin existiert optisch kaum noch.

Es ist kein Wunder, daß skeptische Leute von hier aus zu der Frage gekommen sind: gibt es denn heute überhaupt noch so etwas wie ein geistiges Berlin? Ist von der Stadt zwischen Spree und Havel nach den wüsten Zerstörungen der letzten Kriegszeit und später der SED-Jahre, der Ost-Herrschaft, noch so viel übriggeblieben, daß in dieser Siedelung zwischen Tiergarten und Grunewald etwas wie geistiges Leben wachsen kann? Wie schwer haben es heute die großen Städte des Westens, die doch machtpolitisch wie finanziell tausendmal günstiger gestellt sind als diese einsame Insel im „roten Meer“ – wieviel Arbeit kostet es sie, im großen, halbwegs freien Bereich des Westens sich ein geistiges Leben zu schaffen? Was soll eine Stadt wie Berlin dagegen stellen und aufbauen können?

Noch sind die Berliner da

Die Skepsis dieser Betrachtung ist nicht unberechtigt – vor allem darin nicht, daß die großen Städte des Westens es wesentlich leichter haben als wir. Aber: die Träger dieser Skepsis übersehen eines, einen unermesslichen Vorteil, den Berlin vor allen anderen Siedelungen des Reiches voraus hat: das ist der Berliner. Diese immer noch zur Hälfte zerstörte Stadt ist von Berlinern bewohnt, und der Berliner bringt in den hoffnungslosesten und schwierigsten Situationen des Lebens etwas mit, was ihm keine

andere der großen Städte des Reiches nachzumachen in der Lage ist: sich selber und seine eingeborene, beglückende Überlegenheit, meinetwegen auch Überheblichkeit. Er besitzt diese großartige Entschlossenheit, sich vom Leben nichts vormachen und sich nicht unterkriegen zu lassen – und das Leben selbst hat an dieser Entschlossenheit soviel Spaß, daß es sich ihr sogar heiter fügt und an dieser Überlegenheit teilnimmt.

Geistiges Leben kann aber kein besseres Fundament finden als dieses Berlinertum, das unausrottbar noch auf Trümmern und Ruinen weiterlebt und immer neue sprachliche Herrlichkeiten zu dem Schatz der alten, ererbten hinzuerfindet. Ich will versuchen, Berlinertum an ein paar Beispielen von gestern und heute zu zeigen. Denn dieses Berlinertum ist sehr alt, wahrscheinlich so alt wie Berlin selbst: es ist sich aber über die Jahrhunderte trotz aller wechselnden Einwanderungen gleich und gleich herrlich geblieben. Berlin – das war bereits der alte Gottfried Schadow, dessen Quadriga auf dem Brandenburger Tor mit den hinreißend großartigen Pferdeköpfen, in denen Antike und preußisches Barock unvergeßlich zusammenklangen, der kulturlose Unverstand des östlichen Zukunftsstaates demoliert und verschrottet hat. Wenn Schadow in der Akademieausstellung an den Werken seiner malenden Mitprofessoren vorüberging, blieb er zuweilen vor einem Bilde stehen, nickte und äußerte: *„Ja, ja, der hat sich det Malen ooch so anjewöhnt.“* Sämtliche tiefsinnigen Auslassungen alter und neuer Kritik leben in diesem einen Satz – und das ganze Berlin von damals und heute ebenfalls.

Stellen wir daneben ein Beispiel von heute. Die Hochschule für die Bildenden Künste am Steinplatz baute kürzlich einen Ausstellungsraum, wie er uns heute überall ein bißchen fehlt. Zum Richtfest – alle Professoren sind feierlich geladen – stiftet eine der Baufirmen 100 Flaschen Bier. Sie werden dankbar angenommen: da es an Gläsern fehlt, trinkt man aus der Flasche. Auch Renée Sintenis, die große Meisterin der zierlichen Bronzetierte, setzt eine Flasche an den Mund und versucht zu trinken. Sie ist eine große, schöne Frau und ganz Dame, das Trinken aus der Flasche gehört nicht zu ihren täglichen Gewohnheiten – so hinterläßt es einige Spuren auf Kleid und Mantel. Der Maurerpolier, der neben ihr steht, sieht versonnen zu; dann sagt er mit einer echt berlinischen, fröhlichen Sachlichkeit: *„Wissense, Frau Professor, Ihn' sieht man ooch an, det Se mal'n Brustkind jewesen sind. Wär'n Se'n Flaschenkind, hättense v i e l mehr Übung.“*

Der alte Schadow hätte seine helle Freude an der Bemerkung gehabt, die ebenso großartig berlinisch ist wie der Brauch der Beantwortung einer Frage mit einer neuen Frage, der beinahe schon das Gebiet des Metaphysischen streift. Ort des Geschehens ist ein bis zum letzten Platz besetzter, d. h. bestandener, sommerlicher S-Bahnwagen. Er hält auf dem Bahnhof Papestraße: kurz vor der Abfahrt öffnet ein großer, breiter Mann die Schiebetür und drängt sein nicht eben klein geratenes Volumen rückwärts auch noch in die transpirierende Menschenmasse hinein. Aus dem Gang ertönt, wie immer in solchen Fällen, eine zornig quäkende, ältliche Männerstimme: *„Wer drängelt denn da vorne so?“* – Der große Mann, der zuletzt hereingekommen ist, wendet sich zu dem wesentlich kleineren Fragesteller und fragt nun seinerseits mit der ganzen unbewegten Ruhe, wie sie nur der Berliner in solchen Lebenslagen aufbringt: *„Nu, sajen Se mal, Herr, wat habense schon davon, wenn ick Ihnen saje, wie ick heiße un wo ick wohne?“* Einen Augenblick lautlose Stille, dann schlägt eine Woge be-

glückt diese einzig vernünftige Antwort bejahenden Gelächters empor: die Mitinsassen des überfüllten Wagens beweisen, daß sie ebenfalls richtige, rasche Berliner mit dem angeborenen Sinn für Witz, d. h. für Geist, sind.

Die Kraterrandkultur

In solch einer Stadt aber hat es immer ein geistiges Leben gegeben, wird sich immer eine geistige Existenz entwickeln – und wenn die äußeren Umstände noch so diffizil, ja eigentlich unmöglich geworden sind. Denn in dieser Stadt ist der Geist, die Ge-scheitheit, ist der Witz immer sicher, den Zweiten, den Anderen zu finden, den er braucht, um selber wirklich zu werden: das Echo nämlich, das Publikum, das heute überall fehlt. Als die weißliche Qualmwolke, die in den ersten Maitagen von 1945 reglos lastend über der immer noch brennenden Stadt hing, so daß es von den Höhen des Teltowplateaus im Süden aussah, als sei da ein ungeheurer Vulkan am Werk, zu einer Zeit also, als noch niemand an all die künstlichen Schuttgebirge dachte, die jetzt als *Mont Clamotte* vor allem ebenfalls im Süden der Stadt überall entstanden sind und zuweilen qualmen, als sei da wirklich ein neuer Aetna aufgewachsen – in jenen ersten Wochen bereits gingen allerorts junge und weniger junge Menschen ans Werk, um ohne Geld, aber mit endlich wieder freigewordenem Elan Möglichkeiten des Sichauswirkens in allen nur erdenkbaren Bereichen der geistigen Welt zu schaffen.

In jenen ersten Monaten bereits entstand das, was wir später mit einem berlinisch selbstironischen Kennwort *Kraterrandkultur* genannt haben. In Gegenden, in denen man sich sonst statt um Kunst um Kunstdünger, sonst höchstens um Tomatenpflanzen oder um Schnaps, aber nicht um Kultur abseits der Agrikultur gekümmert hatte, schossen Theater, Konzerte und Vorträge aus dem Boden, bildeten sich Kreise von Männern, die versuchten, wieder so etwas wie geistiges Leben in Gang zu bringen. Was da unten in der zerstörten, verbrannten Stadt vorging, wußte niemand genau; Eisenbahnen oder Elektrische gab es noch nicht, aber es gab schon wieder überall Menschen, die nicht bloß vom heimlichen Öffnen der Kartoffelfeldmieten draußen bei den Dörfern oder vom Besorgen von Kohlrüben oder anderen *eatables* reden und hören, sondern die teilhaben wollten an dieser wunderlichen, verworrenen, unverständlichen Welt, an deren Rätsel sie mehr denn je an allen Ecken und Enden stießen.

Es wäre sehr reizvoll, wenn sich einmal jemand die Mühe machen würde, die Geschichte dieser ersten Zeit nach 1945 zu schreiben. Sie würde in manchen den Zuständen entsprechen, die wir im Ersten Weltkrieg im besetzten Gebiet des alten Rußland erlebten. Hier wie dort gab es gepflegte Konzerte in Räumen, deren Temperatur das Ablegen von Mänteln nicht gerade empfahl; hier wie dort gab es im Bereich der Kraterrandkultur, d. h. an den Wundrändern der großen Stadt, Vorträge von Männern, die sonst nur in Universitäten oder vor gesellschaftlich entsprechendem Publikum zu reden gewohnt waren. Es bildeten sich Zirkel meist um die Geistlichen der beiden Konfessionen, die sich oft sogar Hand in Hand bemühten, in Diskussionen und Unterhaltungen wieder so etwas wie geistiges Leben erstehen zu lassen. Es war, als ob überall die während der Kriegsjahre aufgestauten Kräfte ausbrachen und Betätigung suchten: junge Schauspieler begannen, hier, da, dort Theater zu spielen, manchmal unter den erstaunlichsten Bedingungen, manchmal aber auch mit den erstaunlichsten Wirkungen.

Ich habe selbst das Glück gehabt, diese Zeit unmittelbar an der Südgrenze von Westberlin mitzuerleben, eine S-Bahn-Station von Mahlow entfernt, wo sich damals das Hauptquartier der GPU befand: wir haben in der kalten Aula des Gymnasiums das Streichquartett der Philharmoniker genossen; im katholischen Gemeindesaal spielten Elly Ney und Branka Musolin, spielte der Geiger Siegfried Borries, sprach der Bachforscher Smend über Goethe – nur vor Leuten aus Lichtenrade, die glücklich waren, nach den Jahren der allnächtlichen Alarme wieder einmal so etwas zu erleben. Theater haben wir auch genossen, aber nicht viel; meistens mußten wir dazu in die Stadt, und das ging erst viel später. Auch das war nicht ohne Reiz – etwa „Our Town“, die „Kleine Stadt“ von Thornton Wilder, im ungeheizten Festsaal des Schöneberger Rathauses zu erleben. Es war eine sehr charmante Aufführung, die junge Schauspieler gewagt hatten: das Schwierigste war das Betreten des Saales. Man mußte nämlich im Inneren des Rathauses einen Regenschirm aufspannen, so stark kam das Tauwasser durch die Decke – und wenn man drinnen in dem Gott sei Dank dichtgebliebenen Saal saß, und es herrschte für ein paar Momente Schweigen, so hörte man von draußen das eintönige Klatschen des herabtropfenden Wassers auf den Fliesen des Ganges. Das störte aber niemand: denn es war die Zeit, in der Berlin über das lebendigste Publikum verfügte, das es je besessen hat: über ausgehungerte, seh- und hörbegierige Menschen, die endlich wieder geistiges Leben leben wollten. In winzigen Kinos wurde Theater gespielt, und es gab unvergeßbare Eindrücke, wie etwa Grillparzers *Sappho* mit einer endlich wieder jungen Sappho: das satte Berlin hatte die Rolle wie immer einer komischen Alten gegeben – das Berlin von 1945 gab endlich wieder dem Dichter sein Dichterrecht, als Frau Hilde Körber auf einer wohnstubengroßen Bühne die Dichtung im Sinn ihres Dichters rehabilitierte und eine junge Sappho hinstellte, wie er es gewollt hatte.

Ähnliches erlebte man auch in den vornehmeren westlichen Vororten, die auf irgend einer Saalbühne Vorstellungen höchsten Ranges brachten. Zehlendorf hatte ein eigenes Theater unter Jürgen Fehlings höchst eigener Regie; es gab dort eine herrliche Aufführung von Raynalds *Grabmal des unbekannten Soldaten*. Etwa 20 Zuschauer saßen in dem etwas zugigen Parkett, aber es war herrlich und nur recht und billig, daß Zehlendorf zum Lohn die erste und durchaus solide, d. h. kräftige Theaterpleite der Nachkriegszeit erleben durfte. Im Grunewald am Bahnhof Heerstraße geschah dasselbe nach einer reizenden Aufführung des Wettlaufs mit dem Schatten von Wilhelm von Scholz: Ort der Tat war eine winzige Baracke mit wenig mehr als hundert Plätzen. Die Kraterkultur aber blühte auch hier, und die Zuschauer jubelten.

Ja, sogar in den richtigen Theatern gab es damals zuweilen lebendiges Leben – beinahe wie früher. Im Hebbeltheater inszenierte Fehling nach seiner Pleite Sartres *Fliegen* – es wurde der stärkste Erfolg, nicht weil die Komödie in Berlin besser gewesen wäre als anderswo, sondern weil wir eben zu jener Zeit ein Publikum hatten, das seit der Schließung der Berliner Bühnen im Kriegsjahr 1944 nach Theater gehungert hatte und, aufgefüllt mit jungen Menschen, jetzt nachholen und wieder mitleben wollte. Gestaute Kräfte brachen aus – und das nicht nur im Bereich des Theaters, sondern überall. Alles war neu – und alle waren noch da: Berlin war noch Berlin im Sinne des zweiten Berlin, das 1870 begonnen, 1918 überstanden und trotz der Niederlage das Groß-Berlin geworden war, das Adolf Wermuth sich einmal gedacht hatte.

Wenn man heute zurückblickt: damals, in den ersten Jahren nach 1945, war wirklich bei uns noch alles da. Der erste Rektor der Linden-Universität hieß Eduard Spranger, was kein geringer Name und eine Kraft des Repräsentierens war. Es war freilich ein seltsames Gefühl, wenn man ihn in seinem schönen Haus in Dahlem, in der Fabbeckstraße, besuchte, und er mußte den Gast im Keller empfangen: von oben klangen der Lärm und das fröhliche Lachen der Herren von den Besatzungstruppen, die Seiner Magnifizenz freundlich gestattet hatten, in zwei Kellerräumen mit einem Teil seines Handwerkszeugs, seinen Büchern, als im eignen Hause wohnender Gast zu bleiben. Wer Eduard Spranger kennt, kann sich die freundliche Laune auf seinem zuweilen leicht zum Grimm neigenden Antlitz vorstellen: es war kein Wunder, daß er nur zu bald den Ruf nach Tübingen annahm.

Neben ihm stand damals noch, gleich Spranger Mann der Mittwochsgesellschaft, Wilhelm Pinder, dem wir recht eigentlich das 13. Jahrhundert unserer kaiserlich-staufischen Kunstgeschichte verdanken. Ihn zu besuchen war noch schwieriger; er saß nicht im Keller, aber er lag in Sankt Gertrauden im Krankenhaus – weil man ihn verwechselt hatte. Man wollte Julius Binder verhaften und nahm, obwohl die sächsische Masseneinwanderung erst Jahre danach begann, Wilhelm Pinder dafür. Er protestierte laut und energisch, und das bekam ihm schlecht: infolge der schlechten Behandlung brach eine alte Thrombose bei ihm wieder auf, und er mußte in die Horizontale. Aber er sprühte von neuem Leben und neuen Plänen, plante neue Bücher und neue Vorträge und Vortragsreisen: er hatte sogar neue Kräfte gesammelt, denn sein Zimmergefährte in Sankt Gertrauden war magenkrank, konnte nichts essen, und die Schwester, die Sinn für solche Situationen hatte, verabfolgte seine Rationen dem Geheimrat Pinder. Er strahlte: „*Fünf Pfund hab' ich schon zugenommen!*“ Ein paar Monate später war er lange vor der Zeit dahingegangen – obwohl wir ihn für das neue geistige Leben Berlins nur zu gut hätten gebrauchen können.

Und so ist es mit mehr als einem der vielen anderen gegangen, die damals noch Zentren unserer geistigen Existenz waren und gewesen waren. Ludwig Diels, der Sohn des Vorsokratikers Diels, der als Nachfolger Adolf Englers, des Schöpfers des Steglitzer Botanischen Gartens die in den Kämpfen nicht eben leicht demolierten Anlagen nur zu gern wiederhergestellt hätte, – Diels starb und fand neben Althoff und Adolf Engler vor dem großen Palmenhaus die letzte Ruhestätte. Ferdinand Sauerbruch starb, der einer der wunderbarsten Berliner geworden war – er bewies es, als er auf den Bescheid der Entnazifizierungskommission warten sollte, indem er nach einer halben Stunde Geduld seinen Hut aufsetzte und erklärte: „*Sagen Sie bitte den Herren: ich habe Besseres zu tun – auf Wiedersehen!*“ Damit ging er an seine Arbeit, d. h. zu seinen Kranken. Sein Bild lebt in unzähligen Berlinern fort: der Erfolg des Films bewies es und die Tatsache, daß sogar das seltsame Buch seiner Erinnerungen von vielen Menschen gekauft wurde, obwohl die, die ihm näher standen, beim Lesen oft nicht nur leicht verwundert die Köpfe schüttelten.

Abwanderung der Kunst

Als der Krieg zu Ende war und nach seinem Elend das des Nachkriegs begann, war Berlin noch eine reiche Stadt, weil es sich selbst und seine Menschen besaß. Dieser Besitz, früher beständig durch Nachwachsen und Nachschub von draußen ergänzt, ist

in diesem Dezennium kleiner und kleiner geworden; der Nachschub fiel fort, denn was in den letzten Jahren aus der „Zone“, vor allem aus Sachsen, als Flüchtling kam, ist kein ergänzender Nachschub, sondern in vielen Fällen ein beinahe etwas zweischneidiger Gewinn. Der alte Besitz, sagen wir ruhig: der gute alte Menschenbesitz, schmolz von Jahr zu Jahr mehr zusammen – teils, weil die älteren Jahrgänge und viele der Besten aus den jüngeren ebenfalls dahinstarben, teils, weil viele, die es konnten und die Mittel hatten, nach dem Westen abwanderten. Manche freilich, wie Eduard Pletzsch, einst Bodes Assistent an den Museen, dann der wesentlichste Experte für alte holländische Malerei und einer der großen internationalen Kunsthändler Deutschlands, mußte Berlin aufgeben, weil es vom Kunsthandel her dort keine Möglichkeiten mehr gibt: es gibt hier kaum noch gute, alte Meister im Privatbesitz, und es gibt kaum noch Käufer für alte Meister: die Zeiten müssen erst wieder neu entstehen.

Wir haben aber im Augenblick für Kunst infolge dieser, in vielen Fällen unvermeidbaren, in anderen völlig überflüssigen Abwanderung kaum noch ein Publikum – geschweige denn Käufer. Gewiß, es wird bei uns auch heute Kunst gekauft, aber ein bißchen anders als früher. Ein paar Beispiele: im Haus am Waldsee in Zehlendorf, unseren hübschesten Ausstellungsräumen, findet eine Ausstellung von Zeichnungen von Paul Holz statt, dem großartigen norddeutschen Zeichner, den Oskar Moll an die Breslauer Akademie geholt hatte, bevor die erste Republik in ihrer Kurzsichtigkeit Breslau ebenso wie Königsberg aus Sparsamkeitsgründen schloß. Es wird eine ganze Reihe von Arbeiten verkauft, ein volles Dutzend: zu Preisen von 70–200 Mark. Gert Rosen am Kurfürstendamm bringt ein Jahr später eine kleine, sehr gewählte und schöne Ausstellung von frühen Arbeiten Max Pechsteins. Es waren herrliche Bilder dabei: verkauft wurde nichts. Pechstein hatte versucht, seine früheren Preise aufrecht zu erhalten – und war daran völlig gescheitert. Auf gleichzeitigen Auktionen im Westen gingen Bilder aus der gleichen Zeit und von gleicher Qualität ebenfalls für Preise fort, die kaum ein Viertel der früheren betragen.

Viele Leser, die Berlin kennen und dort vielleicht auch Ausstellungseröffnungen mitgemacht haben, werden sagen: „Ja – aber wenn es eine neue Ausstellung in Charlottenburg im Schloß, in der Hochschule am Steinplatz oder in Zehlendorf am Waldsee gibt – da sieht man doch Hunderte von Gästen und Interessenten – ganz so schlimm kann es doch mit dem mangelnden Interesse für Kunst nicht sein. Die großen internationalen Veranstaltungen, denken Sie an Henry Moore in Charlottenburg, an Sutherland in Zehlendorf – da war doch ein großes Interesse und ein Publikum, das sogar noch mehr als Publikum, das beinahe noch durchaus Gesellschaft war. Sind Sie nicht zu pessimistisch?“

Darauf würde ich erwidern: „Erstens bin ich durchaus nicht pessimistisch, im Gegenteil; Sie werden es bald merken. Und zweitens: was besagen diese Einwände gegen die Feststellung, daß es im Augenblick kein Publikum und keine Gesellschaft für Malerei und Kunst überhaupt mehr gibt? Gewiß, bei jeder Eröffnung jeder Ausstellung sind die Räume voll. Ob das Sutherland oder eine Weihnachtsverkaufsausstellung von Berliner Künstlern ist, Werner Scholz oder die Eröffnung der kleinen neuen Galerie des XX. Jahrhunderts am Zoo – Menschen sind immer da – und zwar immer dieselben. Es sind die Reste des alten Publikums von einst, die der Einladung zur Er-

öffnung, die nichts kostet, gerne folgen; wer aber kommt dann? Sehr, sehr wenige – ein paar Kunstschüler, die der Eintritt wohl auch nichts kostet, ein paar junge Leute, die eine leere Stunde haben, ein paar Freunde der Ausstellenden – Schluß!

Die Zeit der Kunst ist vorüber

Es gibt kein Publikum mehr – und zwar, wenn man genau zusieht: nirgends mehr. Weder bei der Kunst noch beim Theater: es fehlt im Westen genau so wie bei uns in Berlin, weil die Zeit der Kunst genau so wie die Zeit der Dichtung, des großen Theaters wieder einmal vorüber ist. Kunst, Dichtung, Theater haben anderen, heute zeitgemäßerem Dingen den Platz räumen müssen. Was heute Ausstellungen, Museen, Galerien besucht, ist etwas ganz anderes als Publikum, ist vorläufig noch kaum recht zu definieren. Am besten sagt man dazu vielleicht: Anfänger.

Wir haben in Berlin, in den Räumen des Staatsarchivgebäudes an der Arnim-Allee, wo einst schon Wilhelm von Bode die neue Zentrale der Berliner Museen geplant hatte, eine Art Zwerggalerie eingerichtet, aus den Resten dessen, was wir aus dem Kaiser-Friedrich-Museum behielten, was der Westen uns gnädig zurückgegeben hat – das Meiste und Beste behielt er vorsorglich noch für sich. Was dort in erfreulicher Nähe der neuen Westuniversität entstanden ist, wirkt ausgezeichnet. Der Geheimrat Zimmermann, der früher einmal das Germanische Museum in Nürnberg leitete, und sein Helfer, der Professor Friedrich Winkler, der jetzt seine neue große, zweibändige Dürer-Biographie vollendet hat, haben vorzügliche Arbeit geleistet. Wer aber geht dahin? Was ist das für ein Publikum, das da in der Arnim-Allee verkehrt? Leute aus der alten Garde der Galeriebesucher? Kaum, oder ganz selten; sie haben meist das Fahrgeld nicht, und Dahlem liegt ein bißchen ab von Berlins billigeren Wohngegenden. Studenten der Westuniversität? Ja – sie kommen, wie sie immer kamen, wenn es freie Stunden und freien Eintritt gibt. Was aber kommt sonst? – Sagen wir es kurz, mit einem Wort: Berliner! Volk – etwas, das den Volksbühnenbesuchern von heute entspricht.

Den Beweis dafür hat ein trefflicher Mann erbracht, einer der Postkarten- und Billetverkäufer in der Vorhalle. Zu dem kommen die heutigen Museumsbesucher Berlins mit ihren Fragen – und diese Fragen sind mehr als aufschlußreich, so sehr, daß er sie immer wieder notiert – weil sie, obwohl ernst gemeint, in diesem Bereich der großen Meister doch etwas gar zu sehr das Fremdgewordensein aller Kunst in unserer photographischen Welt fühlbar werden lassen. Was früher an Gästen kam, brachte einen gewissen, wenn auch kleinen Schatz von Vorstellungen mit; was heute kommt, steht nach Rankes leicht variiertem, berühmten Wort „unmittelbar vor Kunst“. Ich bitte, das nicht falsch zu verstehen, wenn ich hier als Beispiel der heutigen Beziehung zwischen Publikum und Galerie eine klassische Frage anführe, die auch der wackere Kassierer aufgezeichnet hat: „*Sajense mal, Herr, wo is denn hier der Mann mit'n Stahlhelm von Dürer?*“ Er meinte natürlich Rembrandts Mann mit dem Goldhelm. Der Kassierer verstand ihn auch – die Gäste sind heute so. Ich nehme das in keiner Weise tragisch: ich will nur eine Situation von heute zeigen. Ich finde es vorzüglich, wenn Menschen, die aus einem so gesunden Bildungssalat leben, trotzdem in eine Gemäldegalerie gehen, ohne dahin geführt zu werden, wie etwa die Besucher der sogenannten Volksbühnen. Die Leute, die in Dahlem in das Museum gehen, haben offenbar

Freude an Bildern und am Betrachten von Bildern – und: sie gehen ganz freiwillig in die Galerie. Niemand schickt sie hinein, wie die armen Abonnenten der Volksbühnen. *„Heut' muß ick in de Stadt, ins Theater; heut' kann ick nich kommen.“* Wie oft hört man das – und wie oft hört man die Stimme des Volkes noch vernehmlicher. Etwa, wenn da zu einem Buchhändler, der die Verteilung der Eintrittskarten übernommen hat, zwei wackere Frauen kommen, um ihre Stammsitzmiete, so heißt das doch wohl, zu erneuern. Sie haben beide noch kräftige, ländlich richtige Gesichter; eine ist klein, rundlich, die andere etwas länger, hagerer. Die Kleine zählt ihr Geld auf, dann sagt sie zu dem Herrn des Ladens: *„Wissense, Herr Müller – det muß ick Ihn' aber sajen: wenn ick noch eenmal in sowat muß wie det letzte Mal – denn mach' ick nich weiter mit.“* Mich interessierte der Fall, wie sagt man gleich? – soziologisch; ich trat hinzu und fragte: *„Was hat man Ihnen denn da vorgesetzt, wenn ich fragen darf?“* – Die Gute sah mich nachdenkend an; dann hob sie den Blick zu der Längeren: *„Na, wie hieß det nu? Weest du noch?“* Die Andere sah mich mit noch immer gramerfüllten Zügen an und sagte dumpf: *„Wozzeck, gloob' ick“.* Ich nickte und pflichtete beiden durchaus und ehrlich zu: *„Sie haben vollkommen recht – das ist nicht recht, daß man Ihnen so etwas vorsetzt.“* – Worauf die Kleine triumphierend den Buchhändler anstrahlte: *„Sehnse, Herr Müller, wat ick Ihn' saje? Der Herr sagt ooch so.“*

Berlin, einst die Hauptstadt der großen deutschen Theater- und Schauspielkultur, die Zentrale der großen, lebendigen modernen Kunst und Besitzerin von Museen, die zu den reichsten Deutschlands gehörten – Berlin ist auf diesen Gebieten genau so ein Opfer der Zeit geworden, wie fast alle anderen großen Städte des Reichs, ja vielleicht Europas. Nicht nur, weil das alte Publikum für Kunst und Dichtung und Theater zum großen Teil abgewandert oder verarmt und ausgestorben ist, sondern weil die Zeit selbst eine ungeheure Wendung vollzogen hat und immer noch weiter vollzieht, eine Jahrhundertwendung, wie sie sich ergibt, wenn wieder einmal eine Epoche stirbt, eine neue heraufsteigt. Romano Guardini, der große Münchener Philosoph und Theologe, der von der Chemie herkam, bevor er Staatswissenschaften studierte, hat einer kleinen Schrift den Titel gegeben: *„Das Ende der Neuzeit“*: es ist wohl wirklich so, daß, was um 1500 begann und, was man Neuzeit nannte, um 1900 zu sterben begann, daß ein ganz neues Zeitalter heraufsteigt, das nach den Epochen hemmungslosen Werdeglaubens wieder einmal die Rückkehr zum Sein vollzieht – und gleichzeitig zu sehr neuen Phasen der Gestaltung des Geistigen.

Kopernikanische Wendung: Ende der Romantik

Wilhelm Pinder hat einmal, ich glaube in seinem *„Problem der Generationen“* gezeigt, daß die verschiedenen Jahrhunderte keineswegs sämtliche Künste und geistigen Leistungen mit gleichmäßiger Kräfteverteilung gleichzeitig hervorbringen, sondern daß jeweils ein Gebiet die entscheidenden Energien für sich in Anspruch nimmt und die anderen zurücktreten läßt. Das 16. Jahrhundert ist in Deutschland ein *saeculum* zuerst der großen Malerei von Holbein und Dürer bis Grünewald und Cranach, dann mit Kopernikus eine Zeit der umwälzenden Naturwissenschaft, mit Luther der neuen realen Lebensgestaltung. Das 17. bringt die große Malerei in Holland, in Deutschland mit Gryphius und Grimmelshausen ein Wiederansteigen der Dichtung,

um dann zu Beginn des 18. mit Leibniz, der neben Newton tritt, die erste große Welle der modernen Mathematik und Naturwissenschaft erstehen zu lassen. Diese mathematische Grundhaltung der Zeit ist damals so stark, daß selbst die riesigste musikalische Erscheinung bis 1750, Johann Sebastian Bach, immer wieder an die Welt des Infinitesimalen rührt – und zugleich die Musik und ihre Instrumente ebenso zu temperieren beginnt, wie der Infinitesimalkalkül seine Annäherungen an das unendlich Kleine.

Von Malerei entsteht bei uns um diese Zeit kaum Wesentliches, – und Dichtung bringt erst die zweite Hälfte des Jahrhunderts wieder, zugleich mit dem weiteren Aufstieg der Musik, hinter dem die Welt der exakten Wissenschaften trotz Lavoisier und Galvani noch lange im Hintergrund bleibt. Sie wird vor allem nicht als ein eigener Kulturfaktor gewertet: vergessen wir nicht, daß die Herrin des 19. Jahrhunderts trotz Materialismus und Robert Mayer und vor allem trotz Karl Friedrich Gauß die Romantikerin ist. Sie geht von Goethe und Schiller, bei denen sie schon weithin sichtbar einsetzt, über Schelling und Hegel, die Romantiker der Philosophie zu Wagner und Schopenhauer, den musikalischen Romantikern, hinter denen dann der Romantiker des Darwinismus, Friedrich Nietzsche, mit seinem Übermenschen herläuft, bis schließlich, als längst eine völlig andere Zeit aktuell und zeitgemäß geworden ist, die letzte, diffizilste Phase einsetzt – die der politischen Romantik, die mit dem Kladderadatsch von 1945 dann die ganze Romantikerin, hoffentlich für ein Weilchen wenigstens, zu Ende führt.

Diese scheinbare Abschwefung – sie ist wirklich nur scheinbar – war notwendig, um zu zeigen, daß dieses heutige Absinken von Kunst, Dichtung, Theater in der geistigen Welt Berlins, und nicht nur Berlins, sondern des ganzen Reiches, und nicht nur des Reiches, sondern auch der meisten europäischen Länder – daß das kein lokaler, sondern ein Zeitvorgang ist. Mit dem Ausklingen des 19. Jahrhunderts in der ersten Hälfte des 20. hat das Zeitalter des Werdens, das mit Herder und Hegel begann und bis zu Nietzsche und Haeckel und dem versunkenen Naturwissenschaftsaberglauben der Zeit bis zum Ersten Weltkrieg währte, sein Ende erreicht.

Mit dem Jahr 1900 hat eine Epoche völlig neuer Weltbetrachtung begonnen – und zwar in Berlin. Im Dezember des Jahres 1900 veröffentlichte der Ordentliche Professor der theoretischen Physik, Max Planck, der an der alten Friedrich-Wilhelms-Universität gerade sein großes, viersemestriges Kolleg über seine Spezialwissenschaft las, die ersten Mitteilungen über seine Quantentheorie – und gab damit dem heraklitischen Zeitalter des Werden- und Entwicklungsglaubens den Todesstoß. Mit Plancks Quantenfeststellung fiel die bisherige Stetigkeit und damit das Fundament allen Werdens: wenn die Natur wieder Sprünge machen darf, ist es zu Ende mit der stetigen Entwicklung und damit mit all den Chiliasmen des 19. Jahrhunderts, vom Zukunftsstaat bis zur Zukunftsmusik, vom *Pithecanthropos* bis zum Übermenschen.

Denn die Quanten begnügten sich nicht lange mit ihrer bescheidenen Existenz allein für die Physik: sie brachen, bald nachdem Einstein die bis dahin so beliebte Materie in Energie aufgelöst hatte – als Energie in die Biologie ein. Sie warfen dort leise und unmerklich alles über den Haufen, was das 19. Jahrhundert von der Darwin- bis zur Helmholtz- und Haeckelzeit sich als Weltanschauung zusammengebraut hatte. Die Welt nahm nicht nur die Wendung vom Werden zum Sein – sie kehrte auch die Richtung des Interesses vom Großen zum Kleinen und Kleinsten um: der Begriff Natur-

wissenschaft von der Astrophysik bis zur Chemie, von der Wärmelehre bis zur Biophysik und Quantenbiologie bekam ein völlig anderes Gesicht – und sog nun mit einer unheimlichen Intensität und Geschwindigkeit mehr und mehr alles an sich, was die aufsteigende neue Zeit, das 20. Jahrhundert, an geistigen Energien und geistigem Interesse, an lebendigem Anteil an der sogenannten geistigen Kultur zu vergeben hatte. Atomphysik, Umwandlung der Elemente, moderne Astrophysik der Gestirne, Quantensprünge in den Kern der Gene und damit die plötzliche Schöpfung neuer Arten – das wurde der wirkliche Inhalt der Zeit. Das packte die Köpfe und sogar die Herzen der neuen Jugend, riß sie fort von Kunst, Dichtung, beinahe sogar von der Musik, und gab dem Bilde der ganzen geistigen Zeit ein völlig verändertes Gesicht, neben dem das Bild der Zeit um 1900 wie fernste, verschollenste Vergangenheit wirkt.

Dies aber muß festgestellt, gesehen und erkannt werden, bevor man von dem geistigen Berlin von heute sprechen kann. Denn dieses geistige, oder sagen wir meinetwegen auch: dieses kulturelle Berlin von heute: das hat mit dem geistigen Berlin selbst noch der zwanziger Jahre, als alles im Theater, in der Dichtung, in der Malerei sich mit dem wieder aufgewärmten Expressionismus der Zeit von 1900 bis 1910 noch einmal herumschlug, nichts mehr zu tun. Nach 1945 hat man den Expressionismus der Malerei, der Szene, der Literatur zum drittenmal hervorgeholt; der Versuch mißlang und wäre mißlungen, selbst in einer geistig noch immer so prickelnd lebendigen Stadt wie Berlin, weil die allgemeine Zeit für Kunst, Dichtung, und vielleicht sogar ein bißchen auch für Musik wieder einmal zu Ende ist.

Wir sind wieder bei einer geistigen Welle angelangt von der Art, wie sie das Zeitalter der beginnenden Infinitesimalrechnung, der Jahrzehnte von Leibniz und Newton trug: es hat einen sehr tiefen Sinn, daß der Heilige der heutigen jungen Musik nicht mehr der Romantiker Wagner ist, sondern Johann Sebastian Bach heißt, in dessen Seele die große Wendung seiner Zeit zur Mathematik Musik geworden war. Wer lebendig diese unsere Gegenwart mitlebt, wird hineingerissen in die Welt, die mit dem wüsten Paukenschlag von Hiroshima weithin hörbar anhub: die großen Geister unserer Zeit sind nicht mehr die Menschen der Kunst – sie heißen Otto Hahn und Werner Heisenberg, Max von Laue und de Broglie, Rutherford und Dirac, Fermi und Pascual Jordan – über denen allen der Kopernikus des 20. Jahrhunderts, Max Planck, steht. Als Erwin Planck, der 1889 geborene zweitjüngste Sohn, als er etwa 15 Jahre alt war, den Vater einmal fragte, was denn das eigentlich wäre, was er erfunden hätte, da antwortete dieser Vater: „Das mußt du dir ungefähr so vorstellen wie das, was Kopernikus früher mal festgestellt hat.“ Er hatte nur zu recht – und unsere Generation, von der viele noch selbst zu Füßen des großen Physikers Planck gegessen haben, hat das Glück zu erleben, wie diese kopernikanische Tat heute bereits, noch ein paar Jahre vor dem 100. Geburtstag des Mannes, dem diese Tat gelang, in das Bewußtsein der Welt nicht nur eingegangen ist, sondern das Bild der ganzen Welt von eben dieser Welt vollkommen umgestaltet hat.

Gottfried Benn, TU, Siemens-Mikroskop

Fragt man also heute, zehn Jahre nach der Katastrophe von 1945, nach der geistigen Situation und der geistigen Leistung von Berlin, so darf man sich nicht wundern, wenn die Antwort in bezug auf die Leistungen in Kunst, Dichtung, Musik und auf den An-

teil Berlins an diesen Leistungen ebenso auf So-so gestimmt ausfällt, wie gegenüber der Leistung und dem Anteil der übrigen großen Weltstädte Europas oder Amerikas. Malerei, Dichtung, Musik genießen heute, allgemein gesehen, das Glück der schöpferischen Pause: der lebendige Geist von heute wirkt sich in den Leistungen und dem mitlebenden Anteil der Zeitgenossen an dem aus, was in den Naturwissenschaften, vor allem in den exakten, vorgeht.

Es ist wie ein sehr schönes Sinnbild der heutigen Situation, daß die stärkste Persönlichkeit, die heute die deutsche Dichtung in der Welt vertritt, Gottfried Benn, der mit wenig anderen dieser guten Stadt Berlin, die er zärtlich liebt, treugeblieben ist – daß der große Lyriker G. B. ebenfalls von den Naturwissenschaften, von der Medizin, herkommt. Es ist schon so, daß *wirklich* moderne Dichtung nur ein Mensch zu führen und zu geben vermag, der den ungeheuren geistigen Umschwung, den die Planckzeit gebracht hat, zu sehen und fühlend mitzuerleben vermag. Gottfried Benn vermag das sehr intensiv: bei ihm und mit ihm erlebt man die seltsam besondere Geistigkeit der Welt von heute, und es ist sehr schön, daß der Märker Benn, der sein geistiges Rüstzeug noch der alten Pepinière am Bahnhof Friedrichstraße verdankt, heute als bald Siebzigjähriger uns immer noch hilft, die geistige Welt Berlins als entscheidendes Zentrum des deutschen Bereichs zu vertreten.

Wie sehr aber Berlin mitten im Energiezentrum heutiger Geistigkeit steht und lebt, wenn Theater und Kunst und Literatur sich auch ein bißchen dem allgemeinen provinziellen Niveau der europäischen Gemeinschaftszeit angenähert haben – das erlebt man, wenn man sich in die Zentralregionen der heutigen geistigen Welt, vor allem etwa in den neuen physikalischen Hörsaal der „TU“, der alten, wiederhergestellten und ausgebauten Technischen Hochschule in Charlottenburg, begibt. In der TU ist der herrschende Physiker immer noch der 75jährige Carl Ramsauer, Schüler von Philipp Lenard, der Mann des Ramsauereffekts. Der hielt in diesem Wintersemester in eben diesem physikalischen Hörsaal drei Vorträge über neue Ergebnisse der Atomkernforschung – für Schüler und Lehrer der drei oberen Klassen höherer Lehranstalten. Der Andrang zu diesen Vorträgen war derart, daß der Saal nicht nur bis auf den letzten Platz besetzt und bestanden war, sondern daß draußen auf dem großen Vorplatz vor den oberen Zugängen hunderte junger Menschen standen und warteten, ob nicht vielleicht durch irgendeinen Zufall sich ihnen doch noch ein Zugang eröffnete. Es war sehr heiß dort oben, der Raum sehr eng und mit Menschen angefüllt: es gab beim ersten Vortrag 20 Ohnmachtsanfälle, beim zweiten sogar 28. Der Professor Ramsauer aber in seiner trocken freundlichen Art sagte: „Wissen Sie, ich werde meine Vorträge künftig nur noch nach Ohnmachtsanfällen rubrizieren. Diesen hier, bitte, empfehle ich – 25 Ohnmachtsanfälle; zu dem kann ich Ihnen selbst nicht raten – der brachte nur 10.“

Fast dasselbe Resultat erzielte Pascual Jordan, der in dem gleichen Hörsaal der TU vor der Berliner Medizinischen Gesellschaft einen Vortrag über seine quantenbiologischen Forschungen ebenfalls mit Lichtbildern hielt. Die Medizinische Gesellschaft hat noch nie einen derartigen Besuch gehabt: die Zuspätgekommenen mußten ebenfalls umkehren, wenn es auch, da es sich um Erwachsene und meist sogar um Mediziner handelte, keine Ohnmachtsanfälle gab.

Sie könnten einwenden: Ja, diese Themen wirken heute überall – wo bleibt der Geist, der besondere von Berlin? Darauf wäre zu sagen, daß der sich nicht nur in diesem theoretischen Interesse und Anteil an der großen Physik auswirkt – etwa an der Fülle in den Vorlesungen des großen Meisters Max von Laue, den wir schon vor Werner Heisenberg bei uns hatten. Heisenberg kam von Leipzig zu uns: in der Mittwochsgesellschaft, zu der früher einmal auch Max von Laue sowie ein Teil der Männer des 20. Juli gehörte und die ihrerseits bis zu diesem Datum beste Vertretung des besten geistigen, ja, des geistigsten Berlin war – in der Mittwochsgesellschaft hat Heisenberg uns 1943 einmal (allerdings ohne Ohnmachtsanfälle, da wir nur unsrer zehn waren) den ersten Vortrag über die Möglichkeiten der Energieauslösung bei Atomumwandlungen gehalten, von dem aus wir später Hiroshima durchaus begriffen. Er sprach nicht etwa über die Grundlagen der Atombombe: er sprach aber über die ständigen Atomumwandlungen auf der Sonne, – und der Generaloberst Beck, der unter den Zuhörern saß und Ulrich von Hassell, Sauerbruch und Johannes Popitz, von Jens Jessen ganz zu schweigen, verstanden ihn auch auf diesem Umweg nur zu gut.

Heisenberg haben wir an Göttingen, zu Otto Hahn, abgeben müssen; dafür ist, wie gesagt, als Nobelpreisträgersersatz Max von Laue wieder zu uns gekommen, der gemeinsam mit den beiden anderen nach 1945 in England im Lager saß und herrliche Geschichten aus jener Zeit zu erzählen weiß . . . Pascual Jordan kam von Hamburg als vortragender Gast: was weiter bei uns gearbeitet wird, geht schon ein bißchen in privatere Bereiche. Die sind aber oft ebenfalls sehr reizvoll – etwa wenn die Siemenswerke unten in Siemensstadt an der Spree immer neue Elektronenmikroskope modernster Konstruktion bauen und sie, wenn wieder eines fertig geworden ist, gebrauchsfähig abliefern – einschließlich eines sie bedienenden Mädchens, das in all ihre Geheimnisse eingeweiht, die Käufer des Mikroskops und ihrer Person ebenfalls aufs Beste in alles einzuführen vermag.

Nicht nur Technik und Naturwissenschaft

Um aber nicht einseitig zu werden und die Vorstellung zu erwecken, daß wir in Berlin geistig sozusagen nur noch aus Physik und Technik bestehen, während doch die Grundaufgabe der Zeit darin besteht, nach dem Jahrhundert der Spezialisierung selbst im Künstlerischen endlich wieder eine Synthese, eine Ganzheit aus Kunst, Dichtung Philosophie und Wissenschaft zu schaffen: es gibt noch genug an großen anderen Kräften hier in Berlin, wenn die eigentlich zeitgemäßen Energien auch zunächst einmal von der Welle der exakten Forschung abgesogen werden.

Wir haben unzählige Vorträge über alle möglichen aktuellen und nicht aktuellen Themen, wenn auch oft vor älteren Semestern als Zuhörern, wir haben, wie schon betont, Deutschlands stärkste dichterische Erscheinung in Gottfried Benn bei uns; wir haben ebenso die stärkste dichterische Kraft auf der weiblichen Seite, Ilse Molzahn, die Dichterin des Westfalenromans von den „Töchtern der Erde“ und des großartigen Breslauromans „Nymphen und Hirten tanzen nicht mehr“. Wir haben ein Seitenstück zu ihr in der temperamentvollen Genialität der Haltung zur Welt in August Scholtis, dem Oberschlesier, der den herrlichen Roman von Baba und ihren Kindern schrieb und den heute doppelt hinreißenden „Ostwind“. Wir haben Wolfgang Goetz unter uns, der jetzt das Buch über seinen Freund Werner Krauß brachte

und aus dem Max Reinhardt durchaus einen Schauspieler machen wollte, und er hatte völlig recht damit: der „Gneisenau“ von Goetz ist ein Schauspielerstück und der „Ministerpräsident“ ebenfalls. Wir haben weiter Karla Höcker, die Tochter Paul Oskar Höckers, der wir das schöne kleine Erinnerungsbuch an Wilhelm Furtwängler danken, dessen unvergeßbare Gestalt sie in ihren Gesprächen mit dem großen Musiker ebenso wieder aufsteigen läßt wie die Berliner Jahre nach 1945 in ihrem neuen Roman „Die Mauern standen noch“, in dem sie die sehr berlinische Geschichte von ihrem tapferen Kampf um die Wiederherstellung des väterlichen Hauses erzählt hat.

Bis vor zwei Jahren durften wir auch noch Paul Gurk zu den Unsrigen zählen, den Dichter des tiefsinnigen Romans vom Tresoreinbruch und des kleistpreisgekrönten Dramas vom Magister Tinius, der aus Leidenschaft für Bücher zum Mörder wird: wir könnten sogar noch eine ganze Weile „Novitäten“ von ihm publizieren – denn sein Nachlaß birgt rund 30 ungedruckte Romanmanuskripte, darunter einen sehr starken und hinreißenden Menzelroman „Der Gnom“ – und enthält ebensoviel ungespielte und ungelesene Dramen, unter denen sicher noch mehr als ein Thomas Münzer oder Tinius sich findet. Ganz abgesehen davon, daß dieser seltsame Mann zugleich ein sehr starker, begabter Maler war, der hunderte von Aquarellen, Radierungen, Landschaften und Porträts im Schreibtisch hatte, Blätter von einer Intensität und berlinischen Substanzkraft, daß sie einen immer wieder in Versuchung bringen, einmal etwa hundert der schönsten auszuwählen und unter einem Pseudonym auszustellen – abwartend, auf wen von den großen Malern des frühen 20. Jahrhunderts die Kritik wohl schließen würde.

Neben Paul Gurk hätten wir damals auch noch Rolf Lauckner, den Stiefsohn Hermann Sudermanns, stellen können, den Dichter der „Predigt in Litauen“, des reizenden Lustspiels „Der Hakim weiß es“ und vieler anderer Dramen. Er starb erst im letzten Jahr; bis dahin hauste er in der großen Ruine der alten Sudermannvilla in der Bettinastraße im Grunewald und las die Korrekturen der sechs Bände seiner Gesammelten Werke, die Stichnote in Darmstadt noch gerade vor dem Ende ihm gedruckt hatte. Er starb in Bayreuth, ist aber – wie seine Frau, die eine der begabtesten Malerinnen ihrer Generation war – bei uns in Berlin beigesetzt. Er hat uns sogar ein sehr wesentliches Erbe hinterlassen, die Sudermannstiftung, aus deren Erträgen wir jetzt begabten Autoren Berlins helfen können: das ist etwas, was wir gerade in dieser Zeit geistig nur zu gut gebrauchen können.

Kehren wir aber zu den Lebenden zurück. Da ist Hugo Hartung, der mit seinem bekanntesten Roman ebenfalls nach Breslau ging, wo der Himmel schon unten war; da sind Kurt Ihlenfeld und Florian Kienzl, Peter Roseggers Patenkind, der als erster sich in seinem Bolivar ein Buchthema aus Südamerika holte; da ist Karl Pagel, der ausgezeichnete Historiker der Hansa, den Theodor Heuß in das Ministerium für gesamtdeutsche Fragen gesetzt hat, was der Berliner Dichtung und Literatur höchst vortrefflich bekommen ist.

Wir haben aber nicht bloß Dichter und Schriftsteller: wir haben auch Maler und Bildhauer – und, wie wir ehrlich bekennen müssen: nicht die schlechtesten von heute! Wir hatten Karl Hofer und haben Max Pechstein, Ernst Fritsch und den Maler und Radierer Tucholsky, nicht zu verwechseln mit dem Schriftsteller gleichen Namens, dann vor allem den Memelländer Karl Eulenstein und den reizenden Zeichner und Illustrator

Erhart Klepper, den Bruder Jochen Kleppers, der den großen Roman um Friedrich Wilhelm I. schrieb, bevor er freiwillig aus dem Leben ging. Wir haben Theodor Werner und an Bildhauern Kolbes Lehrer und Freund Richard Scheibe, einen der feinsten Menschen und Künstler Berlins, der das schöne Denkmal für die Männer des 20. Juli schuf; Georg Kolbe ist tot, aber sein letztes Atelier in Westend, etwas abseits der oberen Heerstraße, ist in diesem letzten Jahrzehnt ein Kolbe-Museum geworden, ein bleibendes Heim großer Plastik, wie wir in Deutschland kein zweites besitzen, in dem die Kolbewelt lebendig und nobel und ohne alles Makabre des Musealen fortlebt. Wir haben ferner Hans Schrott-Fiechtl, vielleicht den feinsten und klügsten Porträtgestalter von heute: seine Büsten von Heinrich Wolfgang Seidel, von Ina Seidel, von Wilhelm Schaefer und vielen vielen anderen sind Grundstock für ein Walhalla heutiger geistiger Menschen; und seine Frau, Elsa Eisgruber, gehört wie die Königsbergerin Eva Schwimmer zu den stärksten zeichnerischen Begabungen auf der weiblichen Seite. Bei den Bildhauern aber darf die nobelste Gestalterin aus der Welt der Frauen nicht vergessen werden: Renée Sintenis, deren wunderschönes Selbstbildnis von 1944, das ebenfalls eine ganze, abenteuerliche Geschichte hat, mit Recht populär geworden ist. Man zählt sie gern den Schlesiern zu, aber sie selbst will eine Märkerin aus Fontanes Neuruppin sein – und darum rechnen wir sie doppelt gerne zu uns, weil sie ebenfalls mutig geblieben und nicht in den goldenen Westen abgewandert ist.

Wir haben – ach, wir haben noch eine Menge ausgezeichnete Leute. Werner March, der Schöpfer des Reichssportfeldes, ist zu uns an die TU zurückgekommen und baut jetzt die Gedächtniskirche wieder aus; Bruno Taut wirkt neben ihm, damit der neue Turmhaus- und Wabenbau nicht ganz allein das dritte Berlin beherrsche, das jetzt entsteht; und für den modernen Kirchenbau von heute setzt sich in der Jesuitenkirche von Sankt Canisius am Lietzensee Reinhard Hofbauer ein. Von den Kirchen kommt man zu den geistlichen Herren: da ist Bruno Doebling, der letzte Hofprediger Wilhelms II., der im Westen wohnt, an der Lindenuniversität lehrt und jeden Sonntag in der Krypta des Doms, also in Ostberlin, predigt, – und Sonntag für Sonntag kommen zu ihm aus Osten und Westen ebenso Tausende wie zu Dibelius in die Marienkirche auf dem Neuen Markt. Da ist weiter an der Schöneberger Dorfkirche der Pfarrer Thomas, der die Hegeltradition seines Vorgängers Lasson aufgenommen hat und eine vorzügliche Hegelsammlung besitzt; Gerhart Lehmann, der Philosophiehistoriker, der an der Akademie der Wissenschaften – ebenfalls in Osten – die große Kantausgabe mit dem *Opus posthumum* vollendet und das längst notwendige Kantlexikon schafft. Ihm reihen sich die Geisteswissenschaftler der Westuniversität an, deren neues Haus an der Boltzmannstraße in Dahlem (erbaut nach Plänen von Sobotka und Müller), ebenfalls eine unserer neuen, geistigen Sehenswürdigkeiten ist: unter ihnen befindet sich der Germanist Hans Kunisch, der von Hölderlin herkam, und der Kunsthistoriker Edwin Redslob, neben dem Friedrich Winkler und Paul Ortwin Rave stehen, der eine aus der Bode-, der andere aus der Justizeit herübergekommen.

Ja, sogar wirkliche, große, richtige Schauspieler haben wir noch: es fehlen nur etwas die richtigen Theaterdirektoren und das richtige Publikum. Ein alter Verehrer von Lucie Höflich, die ebenfalls, samt ihrer jungen Tochter, bei uns ausgehalten hat, verlangte von der großen Schauspielerin, die der größten eine bei Max Reinhardt war, sie müsse noch einmal Knut Hamsuns Frau Gihle in „Vom Teufel geholt“ spielen. Das

war einst in den zwanziger Jahren eine ihrer stärksten und persönlichsten Leistungen; dem Mann aber, der die Forderung, sie müßte diese Rolle noch einmal spielen, stellte, antwortete sie lächelnd mit der kurzen Frage: „Wo?“ Sie hatte leider recht: das Theater von damals ist gestorben – nicht nur in Berlin. Wir erleben es immer wieder; wir haben noch ausgezeichnete Schauspieler: Hilde Körber zum Beispiel, aber die leitet jetzt die Max-Reinhardt-Schule der Stadt Berlin im Grunewald, anstatt auftreten und spielen zu können, Joana Maria Gorvin, die letzte und stärkste Schülerin Jürgen Fehlings – es fehlt aber das rechte Publikum und damit das rechte Theater. Es kehrt bestimmt ebenso eines Tages wieder wie die Zeit der Malerei, der Dichtung, der Literatur: heute jedoch ist die Auseinandersetzung mit den Atomen, und was sich von ihr aus ergibt, notwendiger, sinnvoller – wir müssen also warten lernen.

Es ist mit diesen Dingen ähnlich wie mit den Verlegern. Wir haben ausgezeichnete Leute und Firmen hier, von der Gruyter und dem Rembrandtverlag Konrad Lemmers bis zu Karl Henssel und F. A. Herbig und manchen anderen. Verlag ist leicht, Setzen und Drucken auch: machen Sie aber mal einen wirksamen, raschen Vertrieb von Westberlin aus über die „Zone“ hinweg! Es geht, aber geht es immer? Frank Wedekind schrieb den schönen Vers: *„Tanzend auf der Galgenleiter hat sich keiner noch gemopst.“* Für geschäftliche Probleme der geistigen Welt ist die Galgenleiter aber nicht ganz so vergnüglich.

Und dann zum Schluß noch eines: zum Verlag gehört um des Gleichgewichts willen die Zeitung, die Presse. Wir haben aber noch keine neue Berliner Presse. Wir hatten bis zur Währungsreform viele Zeitschriften, sogar gute, wie die Berliner Hefte von Wolfgang Goetz, die Athena des jungen Fritz Hellwag. Die meisten sind gestorben – dafür haben wir allerhand Zeitungen: sie sind aber fast ebenso wie die meisten Blätter des Westens auf den Erscheinungsort beschränkt. Sicher – an Bahnhöfen und gelegentlich auch anderswo können Sie eine Berliner Zeitung im Westen erwerben. Aber sonst? Und wenn sie eine erwerben – was enthält sie? Im Grunde dasselbe wie alle Blätter dort: Provinz! Die Zerschlagung der alten deutschen Presse 1945 und ihr Ersatz durch neue Blättchen war der schlimmste und klügste Schlag gegen den menschlichen und den geistigen Zusammenhang des Landes: er zerstörte das Publikum, von dem die geistige Welt lebt, und zerstörte damit ein gut Teil dieser Welt, da, wo sie in die Breite zu wirken beginnt. Ein kleines Faktum: eine einzelne Sonntagsnummer der Vossischen Zeitung zwischen 1900 und 1910 enthielt viel mehr bedrucktes Papier als von den heutigen Zeitungen die sechs Nummern der ganzen Woche. Die Schlüsse daraus zu ziehen, den Schaden für die Schriftsteller wie für das Publikum festzustellen, überlasse ich den Lesern. Sie sehen aber, wie weit das Problem des geistigen Berlin heute über den Sonderbereich des Geistes, oder was man so nennt, hinausgreift. Die Problematik ist nicht eben gering – das Erstaunliche aber und das Beglückende ist, daß diese am schwersten getroffene Stadt des Reiches trotz allem und allem mit den Aufgaben, die diese Problematik heraufbeschwört, fertig geworden ist und weiter fertig wird.

Lebendigste und interessanteste Stadt

Berlin ist – wer diese zehn Jahre dort verbracht hat, darf das vielleicht sagen – immer noch die lebendigste und interessanteste Stadt – und das nicht nur des Reiches.

Wir hatten einmal eine Zeit der Blockade, in der man uns auszuhungern versuchte. Sie war etwas geräuschvoll, weil Tag und Nacht die Frachterflugzeuge über uns dahinrasten. Das Problem der Ernährung Berlins wurde aber durch die Luftbrücke gelöst, wenn das Essen zu der Zeit auch zuweilen etwas problematisch schmeckte – und als alles vorüber war, baute man, mitten vor unserem heutigen Zentralbahnhof, vor dem Flughafen, ein Denkmal dieser Luftbrücke. Natürlich modern, natürlich abstrakt: ein Fragment eines steil aufsteigenden, von drei Trägern durchzogenen flachen Brückenbogens steht da, in hellem Beton, mitten auf dem weiten Platz vor der Flughafenfront. Wer nicht abstrakt geschult war, wußte nicht recht etwas damit anzufangen; er besah es sich, versuchte sich etwas dabei zu denken und wußte nicht recht was. – Was aber taten die Berliner? Sie besahen sich das Ding, erinnerten sich der Situation, der es sein Dasein verdankte und nannten es schließlich *die Hungerharke!* Diejenigen meiner Leser, die vom Lande stammen, werden das Hungerharke genannte Instrument noch kennen, diesen eisernen, fahrbaren Rechen mit den langen, gekrümmten Zähnen, die nach dem Mähen des Korns die liegengebliebenen Ähren zusammenkratzen mußten. Die Hungerharke war vor diesem Luftbrückendenkmal das erlösende Wort – der Vergleich stimmte absolut und enthielt alles; – das war Berliner Geist. Und darum habe ich mit Stolz und Vergnügen das Dezennium von 1945–1955 in dieser Stadt zugebracht, obwohl es zuweilen nicht ganz leicht war. Denn Berlin (das Wort von der Hungerharke in seiner beglückenden Schlag- und Zielkraft zeigt es deutlicher als alles abstrakte Gerede) hat das, was trotz Kunst und Literatur und Atomen der eigentliche Geist einer Siedelung ist, – und diesen Geist liebe ich, und darum bin und bleibe ich Berliner.

WARUM NACH FREMDEM MUSTER?

Das unentbehrliche Nachschlagewerk *Statesman's Yearbook* ist für das Jahr 1954 zum erstenmal in einer deutschen Bearbeitung durch den Präsidenten des Bayerischen Statistischen Landesamtes erschienen.

Geändert gegenüber der britischen Vorlage ist zunächst die Anordnung: sie erfolgt streng alphabetisch, so daß nicht wie im Urtext das Britische *Commonwealth* in besonderer Ausführlichkeit vorangestellt und dann erst das Alphabet begonnen wird. In vielen Fällen sind Kolonien oder Außenländer in das Alphabet eingeordnet worden (das Buch beginnt mit der britischen Kolonie Aden), in anderen erscheinen sie wie im englischen Original unter dem „Mutterland“ (z. B. Eriträä, „Gebiete des Australischen Bundes“, Grönland, Insel Man, alle spanischen Besitzungen), so daß hier kein einheitlicher Gesichtspunkt waltet. Nicht immer zeigen die übersetzten Überschriften eine ganz glückliche Hand (z. B. „Vertragshäuptlinge“ für die arabischen Fürstentümer der „*Trucial*

Coast“). Eine politische Wertung erfolgt durch die Gleichordnung der Begriffe „Bundesrepublik“ und „Sowjetische Zone Deutschlands“.

Die Umschreibung folgt nicht immer eindeutigen Regeln: es heißt nach dem Muster der englischen Aussprache und entgegen der internationalen Praxis „Birma“, andererseits jedoch wird, – wieder entgegen der üblichen Praxis – vom „Kolombo-Plan“ mit „K“ gesprochen.

Zu begrüßen sind die ins Alphabet eingeordneten Regionalzusammenfassungen, wobei jedoch auch die Begriffsbildung noch nicht ganz einwandfrei ist (z. B. „Britisches Weltreich“ im Gegensatz zur englischen Praxis!). So ist also das Alphabet entgegen der Bemerkung des Vorworts, daß „der gegenwärtige amtliche Name“ gebraucht werde, mit Vorsicht zu benutzen.

Der Inhalt der einzelnen Länderartikel richtet sich im allgemeinen nach der englischen Vorlage. So ist die dort gegebene

Problematik (Unvollständigkeit, Mangel an systematischer Ordnung, Formalismus) in die deutsche Ausgabe übernommen worden.

Die Abschnitte über die Länder deutscher Sprache sind erweitert worden, wobei sie jedoch naturgemäß nicht an die vorhandenen Spezialnachschlagewerke über das Gebiet des früheren Deutschen Reiches, Österreich oder die Schweiz heranreichen.

Wertvoll für den deutschen Benutzer ist die Umrechnung der Maßeinheiten auf die Dezimalmaße.

In den Schrifttumsangaben sind viele Titel englischer oder anderer Sprache weggelassen, dafür deutsche Titel eingesetzt worden.

Als bauwarische Eigentümlichkeiten könnten vielleicht mißdeutet werden: die ungewöhnlich breite Behandlung der westdeutschen Länder, die soviel Platz einnehmen, wie sonst unabhängige Staaten, daneben die dürftige Behandlung Mitteldeutschlands und der völlige Ausfall Ostdeutschlands im Deutschlandteil, die unzulängliche Behandlung der Vertriebenenfürsorge im sozialpolitischen Abschnitt, die mißverständliche Übersetzung von „secondary education“ mit dem nur regional üblichen Ausdruck „Mittelschulen“ u. a. m.

Seit den großen Enzyklopädien des 18. Jahrhunderts ist das nach bestem Vermögen objektiv gehaltene Nachschlagewerk ein wichtiges Vehikel der kulturpolitischen Einflußnahme von einem Land zum anderen. Man nimmt aus ihm eine Prägung der Vorstellungen an, die man einer Propagandaschrift nicht abnehmen würde. Während man bei der Großen Sowjetenzyklopädie oder bei der faschistischen Enzyklopädie Italiens schon mit Vorsicht an den einzelnen Beitrag herangeht, hat man sich angewöhnt, bei britischen Publikationen („Times“, „Economist“, „Observer“, BBC, Reutermeldungen, „Statesman's Yearbook“) die von keinem Menschen zu erwartende Objektivität (die freilich immer dort vorliegen mag, wo keine Interessen im Spiel sind) als selbstverständlich anzunehmen. Die deutsche Übernahme eines britischen Originals erleichtert die Verbreitung dieser Ansicht zusätzlich, wobei freilich die meisten Benutzer des deutschen Werkes ohnehin „Statesman's Yearbook“ benutzt hätten.

—ff—

„Jahrbuch der Welt 1954“. Deutsche Bearbeitung von „The Statesman's Yearbook“, herausg. v. Dr. Karl Wagner. Paul List Verlag, München 1953. 1275 S. Ganzleinen.

DIE ERDGEBUNDENHEIT MENSCHLICHEN WIRKENS

Der englische Geograph Dudley Stamp legt ein nur 120 Seiten zählendes und mit 110 Abbildungen versehenes Buch vor, das schlechthin unentbehrlich ist für jeden, der die Erdgebundenheit menschlichen Wirkens aus tieferer Schicht begreifen lernen will. Mit einer Reihe von farbig wiedergegebenen Modellen führt er zunächst in das Werden der „natürlichen“ Landschaft ein, wobei es ihm darauf ankommt, die stete Veränderung zu zeigen, der sie nach ihrer Erstentstehung unterworfen ist.

Die Auswahl der Beispiele läßt erkennen, daß Stamp nicht theoretisiert, sondern daß er in der Naturlandschaft schon die Schranken wittert, die menschlichem Tun darin gesetzt sein werden. Eindrucksvoll ist das Modell „A Delta“. Die Situation großer Städte wie New Orleans, Alexandrien, Kairo, Kalkutta, Rangoon wird schlagartig klar. Musterleistungen sind auch die Darstellungen von Gletscher und Inlandeis; die land-

schaftlichen Regionen Nordamerikas und Nord-Eurasiens sowie die begrenzten Möglichkeiten ihrer Inwertsetzung legen sich deutlich vor Augen.

Der verstorbene Berliner Geograph Norbert Krebs projiziert die Arbeit Stamps gleichsam ins Großmaßstäbliche. Er diskutiert die Probleme der Natur- und Kulturräume in regional-vergleichender Methode. In 26 Kapiteln auf rd. 500 Seiten bleibt kein größerer Erdraum unberücksichtigt, und so entstand auf der Grundlage langjähriger Vorlesungstätigkeit ein originelles Standardwerk, dem für die Beurteilung des politischen Bildes der Erde grundlegende Bedeutung zufällt. Der länderkundliche Vergleich wird hier so meisterlich gehandhabt, daß Natur und Mensch – bei aller Ähnlichkeit ihres Zusammenwirkens wo auch immer – in jeder Region in besonderer Weise ineinander zugeordnet erscheinen.

Die Beispiele Indien und China seien im

Gang ihrer Darstellung kurz angerissen: „So sehr beide Länder vom Wechselspiel der Monsune erfaßt werden, bleibt doch zu beachten, daß Vorderindien um durchschnittlich 10° dem Äquator näher liegt als China, also wesentlich tropischer ist. In beiden Ländern fällt ein hoher Prozentsatz des Areals auf fruchtbare Schwemmlandebenen. Leicht war hier das Land an den großen Strömen zu bewässern, schwerer allerdings, es vor verheerenden Überschwemmungen zu schützen. . . Es interessiert hier weniger, daß sowohl das politische Indien wie auch China im W und NW über den natürlichen Rahmen hinausgreift. . . Wichtiger ist, daß der chinesische Kulturbezirk in alten Zeiten wie auch in der Gegenwart weit nach Zentralasien, in die Mandschurei, nach Korea und Formosa übergreift. . . , während Indien wohl mehrfach in der Vergangenheit einen starken kulturellen Einfluß auf Arabien und Ostafrika, den Westen Zentralasiens, Birma, Siam und die Insulinde ausgeübt hat, heute aber selbst in den Gebieten, wohin die indische Auswanderung geht, eine viel geringere Rolle spielt. Wo chinesische und indische Kolonisten nebeneinander sitzen wie auf Malakka, wird die größere Stoßkraft der ersteren ohne weiteres erkennbar. . .

Obwohl mit langen Küsten ausgestattet, hat keines der beiden Länder eine maritime Bedeutung erlangt. Sowohl die indische wie die chinesische Kultur sind im Binnenland erwachsen. . . Beide Länder haben mit ihrer Menschenfülle eine starke Assimilationskraft. . . Der Weg der Zivilisation geht in beiden Ländern analog. Nicht nur das Arier-tum, auch schon eine ältere ‚indide‘ Vorbevölkerung kam aus den offenen und trockenen Landschaften des NW. Der Weg führte allmählich in das feuchtere Hindostan. . . In China ging es vom Lößland in die Hoanghoniederung hinab. . . Der Weg über und um das Hwaigebirge und über den Tsinlinschan führte dann in das feuchtere China. . . Der Vorstoß in den tropischen Süden bedingt. . . die Einstellung auf eine andere Wirtschaft. In Indien wie in China kommt man aus den Weizen- in die Mais- und Hirse- und dann in die Reisländer. Der Reis ermöglicht die Bevölkerungsverdichtung. . . Wenn dennoch beide Länder von Hungersnöten heimgesucht werden, ist es dem Umstand zuzuschreiben, daß die Besiedlung vielfach schon auf optimale Verhältnisse eingestellt ist. . .

Bei der Größe und ungleichen Natursausstattung der beiden Länder ist es nicht verwunderlich, daß ihre Bevölkerung rassisch und ethnisch nicht einheitlich ist und die Zivilisation nicht alle Teile gleichmäßig durchdringt. . . Indien hat die größere Verschiedenheit der Konfessionen. . . Größer noch als in der Art und Zahl der Konfessionen ist der Unterschied der beiden Länder in der Einstellung der Bevölkerung zur Religion. In Indien ist das ganze öffentliche und private Leben religiös bestimmt. . . für den Hindu ist der erste Stand der der Brahmanen. . . Der chinesische Volkskörper konnte die demokratischen Grundsätze in reinerer Form in den Dienst der Allgemeinheit stellen, . . die oberste Stufe sind die Beamten, die nächste schon die Bauern. . . Einen Adel hat es in China nur in ganz alten Zeiten gegeben. . . Über der Familie steht in China der Klan, in Indien die Kaste, die die sozialen und karitativen Aufgaben übernimmt, deren sich der Staat nicht annimmt. . .“ (S. 439–450).

In ähnlicher Weise werden Turan und Arabien, Mexiko und Abessinien, Westafrika und das Brasilianische Hochland, das Kongo-becken und die Amazonasniederung, Morgenland und Abendland, Eurasien und Nordamerika gegenübergestellt, und immer öffnet Krebs den Blick für viele Wesenszüge, die neu erscheinen. Die sorgsame Herausgabe des nachgelassenen Werkes ist Hermann Lautensach zu danken.

Das seit 1945 veränderte politische Kartenbild der Erde behandeln, freilich unter Verzicht auf einen tieferen wirtschaftlichen und kulturellen Hintergrund, in einem Symposium mehrere britische und amerikanische Gelehrte unter der Federführung von Hans Weigert, V. Stefansson und R. E. Harrison. Die Beiträge sind nicht von gleicher Gründlichkeit: insbesondere bleiben Irene B. Taeuber mit dem Aufsatz über Japan, R. E. Dickinson mit seiner „Politischen Geographie von Deutschland und Österreich“ und Samuel van Valkenburg mit den Betrachtungen über den „Deutschen Lebensraum“ sehr äußerlich und müssen selbst in ihren Fakten z. T. schon als überholt gelten.

Einen Anschluß an Stamp und Krebs liefern aber R. J. Kerner und C. B. Fawcett. Kerner untersucht „Die Sowietunion als Seemacht“ (S. 104–122). Aus der Analyse des Raumes kommt er zu der Feststellung, daß die Sowietunion genötigt ist, vier voneinander unabhängige Flotten zu bilden: eine

arktische, eine baltische, eine schwarzmeerrische und eine pazifische. Die weitere Betrachtung der physisch-geographischen Bedingungen und der Lageverhältnisse ergibt, daß Murmansk mit der arktischen Flotte den maritimen Schwerpunkt abgeben muß. Hieraus erklärt sich nach Kerner auch das rege Interesse, das die Sowjetunion an Spitzbergen und selbst an Island hat, und es ist nur natürlich, wenn sie auch Finnland immer wieder an sich zu binden sucht.

Von Fawcetts beiden Beiträgen sei die Behandlung der „Lebenslinien des britischen Empire“ hervorgehoben (S. 238–248). Hier verdienen die Sätze über den Suezkanal besondere Beachtung, weil sie dessen Bedeutung – ganz zeitgemäß – um einiges herabsetzen. Der Seeweg über Gibraltar–Suez „has been called a vital artery of the British Empire, with the implication that if it were cut the Empire would cease to exist... But the British Empire was built before the Suez Canal existed. For three years during World War II the inland-sea way was effectually closed to through traffic... Yet the Empire survived, for it could still use the open seas“ (p. 244–245).

M. Schwind

L. Dudley Stamp: *The Earth's Crust. A New Approach to Physical Geography and Geology*. George G. Harrap & Co, London 1951. 120 S., 74 Abb., 32 farbige Tafeln.

Norbert Krebs: *Vergleichende Länderkunde*. Mit 18 Kartentafeln. Herausgegeben von Hermann Lautensach. K. F. Koehler-Verlag, Stuttgart 1951. 484 S.

Hans W. Weigert, Vilhjalmur Stefansson u. Richard Edes Harrison (Editors): *New Compass of the World. A Symposium on Political Geography*. The Macmillan Co, New York 1949. 375 S.

Natürlicher Raum und Wirtschaft

Die Wirtschaftsgeographie gehört zu den Wissenschaften, die sich aus den Grenzgebieten anderer Wissenschaften aufbauen: Wo sich Wirtschaftswissenschaft und Geographie begegnen, berühren sich Natur- und Geisteswissenschaft in der Fülle ihrer Erfahrungen und nicht zuletzt in der Verschiedenheit ihrer Methoden. Geht schon seit hundert Jahren durch die Wirtschaftswissenschaft ein fast ununterbrochener Methodentreit, nämlich ob sie historisch-kulturtheoretisch oder nor-

mativ-modellhaft aufzufassen sei (gerade gegenwärtig steht dieser Streit wieder im Vordergrund), so wirft ihre Verbindung mit dem Gebiete der Geographie um so schwierigere methodische und systematische Fragen auf.

Trotzdem ist es unvermeidlich, auch für die Wirtschaftsgeographie die Systemfrage aufzuwerfen. So entsteht der Begriff einer „Allgemeinen Wirtschaftsgeographie“, der Untertitel des von Lütgens herausgegebenen Handbuches, von dem die ersten beiden grundlegenden Bände, die hier besprochen werden sollen, von ihm selbst stammen.

Im ersten Bande wird diese Systematik in breiter, begrifflicher Grundlegung aufgerollt. Dabei ergibt sich von selbst, daß von der physikalisch-geographischen Grundlage ausgegangen wird, und zwar zunächst vom Klima; darauf folgt eine sehr beachtliche Betrachtung über die Festlandssäume, die Küsten- und Hafentypen.

Dann geht es auf das freie Meer und auf die Flüsse und Seen des Binnenlandes, die Wasserhülle der Erde: hier erweist sich die Verbindung geographischer Betrachtung mit der Darstellung der Bedeutung für die Produktion, die Energiewirtschaft, den Verkehr, die Bevölkerungsbildung und die Politik als besonders fruchtbar. Denn das Wasser ist nun einmal eine physische Gegebenheit, die allemal primär für das menschliche Zusammenleben ist.

Die eigentliche wasserwirtschaftliche Komponente wird jedoch nicht berührt. So entscheidend wichtig sie ist, gehört sie weniger in ein geographisches Buch. Sie ist auf einen kurzen Abschnitt über die „Wasserführung im Boden“ beschränkt im Rahmen der Bodenkunde, in dem sowohl über die Bodenschätze als auch über die Kulturböden referiert wird.

Der Schritt von der Physis zum Bios führt notwendig zu den Zusammenhängen von Tier- und Pflanzensoziologie und -ökologie mit der Verteilung der Wirtschaftskräfte auf der Erde.

Hierbei deutet sich das wirtschaftsgeographische Kernproblem an, wie sich durch den Pflanzenbau die Naturlandschaft zur Wirtschaftslandschaft verändert. Das tritt voll in Erscheinung im nächsten Teile, in der das große Thema Mensch-Raum-Wirtschaft abgehandelt wird. Hier ergibt sich am Schluß die Aufstellung der wirtschaftsgeographischen Raumbegriffe.

Unter „Wirtschaftsraum“ wird die Ökumene verstanden. Er wird in den Weltwirtschaftsraum und die inselartig verteilten Primativwirtschaftsräume geteilt. Diesen Wirtschaftsräumen im weiteren Sinne wird ein „Wirtschaftsraumbegriff im engeren Sinne“ gegenübergestellt: ein gleichartig bewirtschafteter Raum unabhängig von politischer Zugehörigkeit und von der natürlichen landwirtschaftlichen Eigenart soll darunter verstanden werden. Ein Beispiel ist der mitteleuropäische Wirtschaftsraum.

Unter „Wirtschaftsreich“ versteht der Verfasser einen staatlich festumgrenzten Teil der bewirtschafteten Erde. Unter „Wirtschaftszone“ werden Räume mit einer einheitlichen wirtschaftlichen Dominante verstanden z. B. der *cotton-belt* in den USA.

Das eigentliche Anliegen des Verfassers ist die Umschreibung und Begrenzung des Begriffes: „Wirtschaftslandschaft“, den er als den wirtschaftsgeographischen Zentralbegriff sieht. Nach der Unterscheidung zwischen „Naturlandschaft“ als ursprünglicher, vom Menschen unbeeinflusster Landschaft und „Natürlicher Landschaft“ als von der Natur her charakterisierter Landschaft, gelangt er zum Begriffe der „Wirtschaftslandschaft“, die aus dem Spannungsfeld mit der menschlichen Wirtschaft anthropogen wird; also eine anthropogen gewordene natürliche Landschaft ist die Wirtschaftslandschaft.

Es bietet sich dabei sogleich eine Wertunterscheidung an: harmonische und disharmonische, gesunde und kranke Wirtschaftslandschaft.

Eine gute Gliederung der „natürlichen Großlandschaften“ sowie eine Tabelle der Wirtschaftsgroßlandschaften der Erde, die, von den natürlichen Großlandschaften ausgehend, Klima, vorherrschende Böden, Pflanzen- und Tierwelt, Mensch, Wirtschaftsstufen und -formen, Anbauwirtschaft, Handel und Verkehr, Siedlung umfaßt und auf übersichtliche Weise das bisher Gesagte zusammenfaßt, schließt den Gedankengang des ersten Bandes ab und leitet zum zweiten Bande über.

Im zweiten Bande — „Die Produktionsräume der Weltwirtschaft“ — wird der gefundene Begriff der Wirtschaftslandschaft mit Inhalt gefüllt. Für die Landräume ist es die klimatische Komponente, die das Einteilungsschema abgibt: Tropen, Subtropen, Mittelbreiten.

Besonders bemerkenswert erscheint mir bei der Betrachtung der tropischen Trockenregionen die Darstellung der Verwirklichungsgrenzen weitgehender Bewässerungs-ideen zu sein.

Das Kernstück des Bandes ist die Betrachtung über die Wirtschaft der Mittelbreiten. Schon der allgemeine Überblick zeigt die großen Spannungen und Unterschiede, die sich nicht aus der klimatischen Natur dieser Wirtschaftslandschaften, sondern aus ihrer Besiedlungsstruktur, aus den Unterschieden ihrer Geschichte in Politik und Wirtschaft ergeben. Erwähnt werden auch die unterschiedlichen politischen Prinzipien, nach denen sie in der Gegenwart gestaltet werden (liberalisierte und sozialistische Wirtschaft).

Die Fruchtbarkeit des Verfahrens macht sich wieder bei der Behandlung der „Wirtschaftslandschaften“ der Meeresregionen geltend, weil sich hier die Natur der Geschichte gegenüber als die mächtigere erweist. Die Einteilung der bewirtschafteten Erde nach naturbedingten Wirtschaftslandschaften erweist sich besonders dort als ergiebig, wo die Naturkomponente noch vorherrscht: bei den Meeresregionen, bei den Stromlandschaften, Höhengebieten und großen Waldzonen in den Tropen. Auch dort ist sie besonders angebracht, wo wie in den Monsungebieten Ostasiens ein von der weißen Technik und Marktwirtschaft noch relativ unbeeinflusster Raum von uralten Kulturvölkern bewirtschaftet wird, die ihre Wirtschaft der Natur stärker angepaßt haben als die weißen Völker der Mittelbreiten mit ihrer Technik, gesellschaftlichen Arbeitsteilung und Ausbildung politisch bestimmter Volkswirtschaften.

Die beiden Bände sind der Ertrag eines Gelehrtenlebens. Ihren höchsten Wert erhalten sie durch die mannigfaltige und instruktive bildliche Darstellung in einer Fülle von Kärtchen und Diagrammen.

H. B. v. Grünberg

Rudolf Lütgens: *Die geographischen Grundlagen und Probleme des Wirtschaftslebens, Die Produktionsräume der Weltwirtschaft* (Bd. 1 und 2 von „Erde und Weltwirtschaft“ — Franckh'sche Verlagshandlung Stuttgart 1950/51).

Landeskunde — indirekt

In der Japan-Schrift von Kerst erwartet man die Beantwortung von drei Fragen: 1) Wer waren die zeitgenössischen Publi-

zisten, und woher bezogen sie ihre Kenntnis von den Vorgängen? 2) Welche Stellung nahmen sie zu den amerikanischen, russischen und englischen Unternehmungen und zur Haltung der Niederlande? 3) Wie verhielten sich diese Standpunkte zur öffentlichen Meinung, wie weit waren sie von offizieller Seite mitbestimmt, wie weit trugen sie nur ganz privaten Charakter?

Zur Beantwortung der Frage 1) bedient sich Kerst, nachdem er nachgewiesen hat, daß sie damals die führende Rolle in Deutschland spielte, der „Kölnischen Zeitung“. Die Beantwortung der Fragen 2) und 3) bewegt sich daher auch in diesem m. E. bedenklich engen Rahmen; deshalb würde die treffendere Überschrift der sehr fleißigen und an sich wertvollen Arbeit sein: „Die Zuverlässigkeit der Kölnischen Zeitung bezüglich ihrer Berichterstattung über die Landöffnung Japans in den Jahren 1852–1855“. Auf fast jeder Seite erfährt man, daß es dem Verfasser vor allem darum ging.

So weit offene Fragen angeschnitten werden, müßte man amerikanische und japanische Archive zu Rate ziehen; trotz des nachgewiesenen Quellenwertes der Kölnischen Zeitung jener Jahre kann von dieser

her nichts Neues zur Sache selbst gewonnen werden. Wohl aber wäre die Beantwortung der eingangs genannten drei Fragen auf breiter europäischer Basis – und Kerst liefert einen Beitrag hierfür – einer Untersuchung wert. Diese würde allerdings vielmehr ein Beitrag zur europäischen Geschichte sein.

Für den dokumentarischen Anhang wird jeder Benutzer der Schrift dem Verfasser Dank wissen. Ein Vergleich des russisch-japanischen Vertrags von 1855 mit dem Text der Fußnote auf S. 94 ergibt, daß der Verfasser der echten Quelle weniger Glauben schenkte als Krupinski. Sachalin wurde 1855 vertraglich zum Kondominium. Von dem Gefühl, daß es auf dieser Insel Souveränitätsrechte besaß, war Japan nicht geleitet; die nach 1855 nicht abreißenden Verhandlungen über die sich aus dem Kondominium ergebenden Schwierigkeiten wären andernfalls sinnlos gewesen.

Martin Schwind.

Kerst, Georg: *Die Anfänge der Erschließung Japans im Spiegel der zeitgenössischer Publizistik. Übersee-Schriftenreihe, Heft 2. Übersee-Verlag Hamburg 1953. 171 S.*

DER DEUTSCHE CHARAKTER

Hellpachs Buch unter diesem Titel ist kein Buch für Rezensenten, sondern für Leser. Für Leser, die sich anregen lassen wollen und bereit sind, mit dem Verfasser durch die Neuere Geschichte, die Kunde von der modernen Sprachentwicklung, die Bevölkerungswissenschaft und alle Bereiche der Sozialpsychologie zu wandern. „Für die breiteste Öffentlichkeit“ (so der Umschlag) geschrieben, wird das Buch einen nützlichen Dienst tun. Da die Völkerpsychologie in unserem Wissenschaftsbetrieb seit langem zu kurz kommt, ist im übrigen von fachkritischen Rezensionen dieses Buches wenig zu erwarten. Jeder fühlt sich bei uns berechtigt, etwas darüber zu sagen, was ein Volk „ist“ – förderlich wird diese Aussage nur dann sein, wenn der Rezensent fähig ist, ein abgerundetes Bild der Wesenszüge eines Volkes oder der Lebens-

formen bestimmter Völkergruppen zu entwerfen. Wem also das Buch von Hellpach nicht gefällt, sei gesagt: besser machen!

Hans Beyer

Willy Hellpach: *Der deutsche Charakter*, Athenäum Verlag, Bonn, 1954, 245 S., 13,50 DM.

Der deutsche Osten und das Abendland

Der deutsche Osten und das Abendland, hrsg. im Auftrage des Ostdeutschen Akademischen Arbeitskreises, Freiburg i. Br., von Prof. Dr. Hermann Aubin, Kommissionsverlag „Volk und Heimat“, München 1953. Beiträge von Hermann Aubin, Will-Erich Peuckert, Günther Grundmann, Hermann Matzke, Wilhelm Weizsäcker, E. Obst und G. Schwarz, Hans Rothfels, Kurt Ziesché, 228 S.

HERMANN RAUSCHNING

Vom Charakter des Ostdeutschen

Der ehemalige Danziger Senatspräsident Dr. Hermann Rauschning hat 1925 in der Zeitschrift „Deutsche Arbeit“, die vom damaligen „Ver- ein für das Deutschtum im Ausland“ getragen wurde, den nachfolgen- den Aufsatz erscheinen lassen, der zum zweiten Male im Januar 1934 in derselben Zeitschrift erschien, nachdem Rauschning sein Amt in Dan- zig übernommen hatte. Gerade damals war er an den Bemühungen zu einer Entspannung zwischen dem Deutschen Reich und Polen maß- gebend beteiligt.

Das Erbe der Zwiespältigkeit

Am Eingang unserer großen geistigen Schöpferzeit steht eine bedeutende Gestalt, die bei aller Fülle entscheidender eigener geistiger Leistungen und einer kaum zu überschauenden Größe der von ihr ausgehenden Anregungen und Befruchtungen von befremdlicher innerer Zwiespältigkeit, quälendem Ungenügen war. Es ist Herder. In einem frühen Gedicht bekennt er, daß „Nacht auf seiner Stirne“ sei, und ein wunder- volles Jünglingsgedicht „Mein Schicksal“ nimmt ahnend die nie sich klärende Ver- worrenheit seines Lebens vorweg: „Meines Lebens verworrene Schattenfabel! O frühe, frühe begann sie schon dunkel.“ Mit den wachsenden Jahren wuchsen ihm Reizbarkeit und ein selbstzerstörender Widerspruchsgeist, die diesen hellen und klaren Geist immer wieder in selbstgezeugtes Dunkel hinabstießen und ihn zu einer der tragisch- sten und bis heute am wenigsten verstandenen der deutschen Dichtergestalten machten.

Aber was Verbitterung, Verkennung und Vereinsamung seiner reifen Mannesjahre wurde, war zugleich die Quelle seines unerhörten Ahnungsvermögens für alles dem Verstande widerspruchsvoll Erscheinende, für das dem Unbewußtsein dämonisch Er- wachsene, es war die Quelle seines Verständnisses für alles Lebendige, mit dem er den deutschen Geist in einer fast unbegreiflichen Weise weitete, selbstgesetzte Schran- ken des Verstandes einriß und dem ahnenden Gemüt, dem Irrationalen in der Brust des einzelnen sein Recht gab.

Ist es der Deutsche schlechthin, der hier in einer prophetischen Gestalt, in Schwäche und Stärke sich offenbart, geistiger Fremdherrschaft sich entledigend hier fast nackt und hüllenlos sein ewiges Ungenügen, sich Widersprechen zeigt, in seiner problema- tischen Natur, die sich nie zu erfüllen weiß?

Es ist behauptet worden, und mit gewissem Recht. Man vermag die Gegensätzlich- keit, Doppelheit des deutschen Charakters (seine Polarität) weit in die Vergangenheit hinauf zu verfolgen. Sie quälte jeden unserer großen geistigen Heroen, viele der täti- gen Männer, von Karl dem Großen über Luther bis zu Bismarck. Hier lagen Fluch und Segen unseres Schicksals gemischt und verknüpft. Sie war die Ursache der ewigen Selbstfesselung und chaotischen Ungestalt des deutschen Volkes, aber sie war auch der Quell unseres tiefen, unruhigen, schöpferischen Geistes.

Aber in Herders Charakter lag doch noch etwas Besonderes, eine Schärfe und Dumpfheit, die aus einer anderen Welt zu stammen schienen als der des Deutschen. Herder war ein Ostpreuße. Er stammte aus einem rassisch und kulturell vielfältig gemischten Grenzlande. Man kennt dort und in Westpreußen Persönlichkeiten seines

Gepräges, nicht gesegnet durch eine große Schöpferkraft wie er, aber in seiner besonderen Schroffheit unter allen Bevölkerungsschichten.

Es sind Gestalten von oft erschütternder Tragik der aus dem eigenen Blut erwachsenen Verworfenheit. Sie scheinen in zwei auseinanderklaffenden Welten zu leben, die sich wechselweise in erbittertem Streit aufheben und vernichten und den Träger eines solchen Chaos immer tiefer fesseln, anstatt ihn mit den Jahren zu klären und zu gestalten.

Die geistesgeschichtliche Forschung findet hier einen gesetzmäßigen Zusammenhang zwischen Charakter und Landschaft. Es ist das Verdienst Joseph Nadlers in seinem Werk „Die Berliner Romantik“, auf diese Beziehung überzeugend und von einem für literaturgeschichtliche Forschung ungewöhnlich hohen Blickpunkt aus hingewiesen zu haben. Was für Herder gilt, kann auch für die Ostpreußen E. T. A. Hoffmann und Zacharias Werner, für die Märker Kleist, Arnim, Fouqué, die Berliner Tieck und Wackenroder, für die Schlesisch-Lausitzschen Fichte, Schleiermacher, für die Pommern Runge, C. D. Friedrich, um einige der hauptsächlichsten und bekanntesten Namen zu nennen, gelten.

Sie entwuchsen alle deutschem Kolonialland, einem vielfältig slawisch oder altpreußisch durchsetzten Siedlungsgebiet, waren, wenn nicht im eigenen Blut gemischt und durch eigene Abstammung zwei Völkern angehörig, so doch in Lebensgemeinschaft mit einem anderen Volkstum, einem anderen Volkscharakter. Wenn sie nicht fremde Laute mehr hörten, so lebte doch um sie ein Volk, das viel Fremdes, Undeutsches in sich aufgenommen und verarbeitet hatte. Ihr deutsches Volkstum mußte daher, selbst wo es rein und ungefärbt war, ständig durch einen Abwehr- und Reinigungsvorgang das ihm Fremde abwehren. Und wie ihre Sprachdialekte etwa in der Aussprache der Vokale, in der Aufnahme von Lehnworten Reste aufgesaugten fremden Volkstums widerstrahlten, so war auch ihr kulturelles Leben notwendig durchwachsen von fremder Sitte, andersartigem Brauchtum. Diesem umgestaltenden Einfluß wußte sich auch der etwa später Eingewanderte nicht zu entziehen. Er drang tief in den Aufbau des Charakters, indem er dem Volksstamm die sittlichen und geistigen Impulse zweier sich vielfach in ihrem Lebenswillen widersprechenden Völker gab.

Die Lebensinstinkte zweier Völker lagen mehr oder minder deutlich gemischt in der Seele der hier Siedelnden, und in der Brust jedes einzelnen wurde geistig und sittlich der Kampf fortgesetzt, der vor Jahrhunderten wirtschaftlich oder kriegerisch begonnen hatte. Die Zwiespältigkeit des ostdeutschen Charakters findet hier in der geschichtlichen Entstehung dieser deutschen Stämme ihre Erklärung.

Zwei Hälften Deutschlands

Und dieses nicht leichte Erbe der Vergangenheit schloß eine immer neugestellte Aufgabe der Gegenwart ein. Wie es galt, die Gegensätze im eigenen Wesen zu höherer Einheit zu überwinden, so mußte sich jeder geistig für eine Kultur entscheiden. Hier liegen die Ursachen zu dem fast dämonischen Drang, der viele der Ostdeutschen beseelt, sich vielfach in einem leidenschaftlichen Handeln oder Arbeitsleben nur Betäubung schafft, und wenn er sich hohen geistigen Begabungen gesellt, diese zu solch befremdlichen Naturen wie Hoffmann, Werner, Kleist werden läßt. Und hier findet denn auch, nach Nadler, eine geistige Bewegung, wie die der deutschen Romantik,

ihre tiefere Bedeutung. Es ist die mehr oder minder bewußt gestellte Aufgabe des neudeutschen Koloniallandes, in sich die geistige Entwicklung des Mutterlandes zu wiederholen, um sich dessen Kulturbesitz anzueignen. Es ergibt sich die überraschende Erkenntnis, wie auf allen geistigen Gebieten: religiösen Glaubens, der Ethik, des praktischen Handelns in Staat und Gemeinschaft, auf künstlerischem, dichterischem Gebiet ein einziger Drang sich aussprach, das Verlorengegangene oder nie Besessene sich zurückzugewinnen, zu den Quellen der deutschen Volkskultur in der Vergangenheit zurückzufinden, sich aus dem Geiste deutscher Vorzeit wiederzugebären.

Dieser im tiefsten Sinne sittlich religiöse Vorgang, der zugleich auch die ethische Forderung der Klärung des eigenen Charakters in sich schloß (z. B. am eindringlichsten bei dem Ostpreußen Zacharias Werner zu bemerken), wurde denn auch in seiner ganzen Größe nur in ostdeutschen Persönlichkeiten und in solchen durchlebt, die durch verwandte Schicksale in ähnlicher seelischer Lage waren (wie etwa Brentano). Die süddeutsche Romantik, die Romantik der jüngeren Schwaben z. B., war etwas wesentlich anderes. Sie war von Beginn an nur ästhetisches Spiel bei allem Wertvollen und Unvergänglichen, was auf dem Gebiete der Wissenschaft etwa die hessischen Brüder Grimm für die Wiedererweckung deutschen Volkstums leisteten. So stehen denn auch der Rheinfranke Goethe und der Schwabe Schiller diesem Wesen als etwas tödlich Fremdem gegenüber, wissen es nicht zu würdigen, lehnen es ab.

Und es offenbart sich hier ein neuer, großer geistiger Gegensatz innerhalb Deutschlands: neben dem Gegensatz des protestantischen und katholischen Deutschland ein romanisch deutscher Westen mit neu-humanistischen Formidealen und ein slawisch deutscher Osten mit einem neuen, vorläufig noch drängenden, ungeklärten Form- und Gestaltungswillen. In einer großen, gleichzeitigen geistigen Blüte berühren sich diese beiden Hälften Deutschlands, um sich entscheidend abzustoßen.

Schöpferisches und Zerstörendes

Der Kampf wurde nicht durchgefochten. Es geschah, was in Deutschland immer geschah und wieder zu geschehen scheint: alle großen Impulse bleiben auf einem gewissen Punkt stehen. So ist es nun auch in diesem klassisch-romantischen Gegensatz, um einmal mißverständlich gebrauchte Schlagworte zu verwenden, zu einer Klärung, zu einer höheren Einheit nicht gekommen.

Weniges ist quälender in unserer Geistesgeschichte als der Vorgang der Verbreitung und des Verfalles der Romantik, wie Ricarda Huch den Ausgang der Bewegung nennt. Er spricht sich in einer allmählichen Verschiebung des Schwergewichts von dem Ethisch-Religiösen zum Ästhetisch-Literarischen aus. So wurde die Bewegung zu dem, als was sie im gemeineren Bewußtsein noch heute gilt, zu einer gewissen amüsanten Art dichterischen Spiels, nicht eigentlich ernst zu nehmen, Beschäftigung für lebensfremde Träumer, aber nicht eine umfassende Geistesbewegung, die das Volk auf allen Gebieten zu erneuern strebte.

Hier liegt aber ein Geheimnis, das der Erforschung nicht zugänglich ist. Es offenbart sich hier die irrationale Wurzel geistigen Lebens, und, was man als Erklärung beibringt, trifft nur das Äußere des Vorgangs, nicht aber das Wesen. Doch kein einmal aufgebrochener geistiger Quell kann für dauernd in einem Volk versiegen, solange es

noch lebendig ist. Generationen hindurch kann eine abgebrochene Bewegung sich verkapseln, bis ein Hauch sie löst und ihre Kräfte wieder in die Blutbahn treten läßt.

Wir glauben, diesen Hauch verspüren zu können. Tiefer denn je ein deutsches Geschlecht fühlen wir das eigene Ungenügen, die Zwiespältigkeit unseres Wesens. Die gleiche unerfüllt gebliebene Aufgabe der Erneuerung, des Ringens nach eigener Gestalt und Form, der Drang zu völkischer und religiöser Wiedergeburt sind es, die auch unsere Herzen treiben und sie mit Unruhe erfüllen. Hinter der äußeren Not unserer Tage hebt eine tiefere Not ihr Antlitz.

Und ungerufen umstehen uns hilfreich die großen leidenden und ringenden Geister jener Jahrhundertwende nach der Großen Revolution. Aus langem Mißverständnis tauchen sie auf und zeigen uns ihr verwandtes Ziel und Leiden: Kleist, Werner, Hoffmann, Novalis, Fichte, Schleiermacher, eine lange Reihe, eine verwirrende Fülle von Gedanken und Gestalten. Aber unserem ferner gerückten Blick zeigt sich das allen Gemeinsame: aus einer ihnen zum Schicksal gewordenen Zwiespältigkeit ihrer Natur heraus drängte es sie, einen Weg zu schreiten, den Herder vorangegangen war und auf dem er sich ins Dunkel verloren hatte. Er war der Weg zur eigenen religiösen Erneuerung und zur Wiedergeburt als Volksgemeinschaft im tätigen und geistigen Leben.

Schöpferisches und Zerstörendes, beides liegt in seelischer Zwiespältigkeit. Wie es alle genannten Gestalten zu ihrem Schöpfungstum beflügelte, so brannte sie als ein nie zu dämmendes Feuer das eben Geschaffene zu Trümmern. Keinem gelang es, in sich den Bau zu wölben, der ihnen in Gedanken vorschwebte. Sie alle verloren sich, wenn nicht in tiefste Verworrenheit, so an äußere Hilfen und Beruhigungen, die ihnen einen Ersatz ihres Traumes gewährten. Mit diesem Segen entgehen auch wir nicht der Gefahr solchen Unsegens. Ja, die Zerstörung ist das erste, was wir sehen. Wir wenden uns ungeduldig als von Zeichen tiefster Erkrankung von solchen Zerstörungsmerkmalen ab.

Aber hinter dem Qualm und Staub des Zusammenbruchs drängt das Lebendige. Noch tastet auch dies sich erst von weiterem Ringen her zu dem inneren Wesen heran. Aber schon vermögen wir die Richtung zu fühlen, in der unsere Seelen treiben. Und wie jene Bewegung vor hundert Jahren im Schicksal und Seelentum Ostdeutschlands geboren wurde, so schlägt die zurückgestaute Welle nun zu uns Grenz- und Auslandsdeutschen zurück, die wir im tieferen und auch nüchterneren Sinn auf der Grenze zweier Kulturen und Volkstümer stehen und in uns täglich einen Zwiespalt zu überbrücken haben.

Der aber wird diese Aufgabe nicht recht zu fassen wissen, der sie mit den äußeren Dingen beginnt und den anderen zur Erneuerung ruft. Und der wird sie ganz mißverstehen, der sie als eine politische oder ästhetische faßt. Nicht mit Deutschkunde noch Volkskunde, nicht mit der Rückkehr zum Ursprünglichen, zum Volk, nicht mit einer Erneuerung der Kunst, der Bühne oder was es sonst sei, ist das Wesentliche berührt – das sind nur Ausdrucksformen – sondern es gilt die Erneuerung der eigenen sittlichen Persönlichkeit in der Erneuerung des Glaubens. Das war das Wesen der Romantik, das wir über ihrer ästhetisch-literarischen Seite vergessen hatten. Wir ringen nach einer neuen, nach der alten Frömmigkeit. Aus ihr allein vermag uns Schöpferkraft wie Segen zu steigen, damit wir über uns hinaus zeugen und ein Höheres gebären.

JOHANN CHRISTOPH HAMPE

Bericht aus dem heutigen Polen

Wie reist eine „Delegation“ in einer Volksdemokratie?

Ich weiß, daß ein flüchtiger Besucher immer geneigt ist, zu verallgemeinern, und daß namentlich die gelenkten Besuche in totalitären Staaten es dem Gast schwer machen, seine Gedanken von der Richtung zu befreien, in die man sie dort oft ganz unmerklich lenkt. Ich muß die Gefahr, daß ich mit dem, was ich im folgenden berichte, einem solchen Zwang unterlegen bin, nennen und es bei der Versicherung belassen, daß ich mich als ein Mensch, dem wie uns allen die totalitäre Ersetzung des Wahrheitsbegriffes durch den Wertbegriff ein Greuel ist, auf meiner Reise bemüht habe, den Blick frei zu halten, soweit es ging. Knapp drei Wochen unter den geschilderten Beschränkungen sind für ein großes Land nicht viel. Ich kann nur einige Streiflichter geben. Aber da es heute so außerordentlich schwer ist, in den Osten zu reisen, dürften diese Streiflichter doch ihren Seltenheitswert und darum ihre Bedeutung haben.

In diesen Tagen las ich das bekannte, sehr optimistische Buch über die Sowjetunion von Paul Distelbarth. Was er einleitend über die Organisation von „Delegationen“ sagt, die auf Staatskosten im Lande herumgeführt werden, hat in Polen seine genaue Parallele. Man dürfte es für alle Ostblockstaaten verallgemeinern können.

Nicht eigentlich der Staat lädt ein, sondern eine Vereinigung zum Kultur- und Wirtschaftsaustausch mit dem Ausland, polnisch: *Komitet Wspolprasy Kulturalnej z Zagranica*. Dieses Komitee hat seinen Sitz in Warschau, Krakauer Vorstadt Nr. 7. Sein Chef ist Botschafter Wende, ein außerordentlich versierter, kluger und gebildeter Mann von ausgesprochen westlichem Schnitt. Das Komitee gibt sich als eine freie Organisation, ist aber sicherlich eine Abteilung des Außenministeriums.

Wenn man im Warschauer Bristol-Hotel absteigt, dem Quartier aller geladenen Ausländer, so ermißt man die vielseitige Tätigkeit und Wendigkeit dieser Organisation. Waren doch in einem so schlechten Reisemonat wie dem November gleichzeitig Gruppen aus zehn bis fünfzehn Ländern in diesem Hause, kleine Gruppen aus dem Westen, größere aus den Oststaaten. Denn die Oststaaten pflegen untereinander zur gegenseitigen Ermutigung einen ausgedehnten Verkehr von Spezialisten- und Intellektuellengruppen.

Jede dieser Gruppen wird vom Komitee mit Begleitern ausgestattet. Wir hatten für unsere siebzehn Reiseteilnehmer – eine Gruppe, die mehr oder weniger zufällig zusammengekommen war und sich durch eine nicht unerhebliche Divergenz der Interessen und Vorkenntnisse auszeichnete – vier Begleiter, denen man nur nachsagen kann, daß sie Muster an Intelligenz und Bildung waren und ihre Aufgabe nicht taktvoller und umsichtiger hätten meistern können. Keiner von ihnen war ein Fanatiker, wie denn freilich, worauf wir noch zu sprechen kommen, in einem wie Polen hermetisch abgeschlossenen Lande (sehr viel hermetischer als es das Deutsche Reich jemals war oder die sowjetisch besetzte Zone Deutschlands heute ist) wenig Bedarf an Fana-

tismus ist, sofern wir ihn als die Schwäche verstehen, die fehlende Verstandesargumente durch Gefühlsaffekte kompensieren muß.

Einer von diesen jungen, fließend deutsch sprechenden Menschen, die uns mehr als 3000 km kreuz und quer durch das Land und durch neun Städte führten, widmete sich ganz den organisatorischen Aufgaben. Dem Komitee zugehörig ist das Reisebüro *Orbis*, das überall im Lande Hotels besitzt und einen Omnibuspark. So war jeder Schritt unserer „Delegation“ vorbereitet, und es bedurfte, wenn irgendwo in der Provinz etwas Unvorhergesehenes eintrat oder jemand von uns eine Änderung des Planes vorschlug, des telefonischen Anrufes bei der Zentrale.

Diese Abhängigkeit von der Zentrale bemerkten wir schon in Berlin. Wir waren dort zu einem bestimmten Termin in ein Hotel am Bahnhof Friedrichstraße bestellt worden, und manch einer von uns hatte sich aus dringender Arbeit losgerissen. Aber der Abreisetag verstrich, ohne daß etwas geschah. Am nächsten Morgen würden wir fahren. Am nächsten Mittag waren wir jedoch immer noch da, und es wurde nun die Vermutung laut, die Dinge könnten sich noch einen weiteren Tag hinziehen. Doch nachmittags war plötzlich die größte Eile geboten, kaum war Zeit, die Visa auszugeben. Es hätte nicht viel gefehlt, daß wir den Zug verpaßten. Daß er, der Nachtzug nach Moskau, erheblich nach seiner Zeit vom Ostbahnhof abfuhr, war unser Glück. Offenbar hatte man auf den Marschbefehl aus Warschau warten müssen. Später waren diese Befehle an unsere Reiseleitung, die uns an dem provisorischen Hauptbahnhof Warschaus dann in der Frühe des nächsten Tages empfing – nach östlicher Sitte sogleich mit Blumen für die Damen – immer rechtzeitig zur Stelle. Wir haben jedenfalls nicht mehr warten müssen, ja, die meisten der Mitreisenden waren von dem atemberaubenden Tempo der nun folgenden Fahrt und der Fülle des Gezeigten sichtlich überfordert.

Zu den großen Überraschungen gehörte es, daß sich in bezug auf die sprachlichen Verhältnisse kaum etwas geändert hat: Polen ist ein Land, in dem Deutsch verstanden und gesprochen wird. Trotz der Vernichtung des Judentums und der Ausmerzungen der Deutschen, trotz der politischen und wirtschaftlichen Orientierung des Landes nach dem Osten bildet das Deutsche die wichtigste Fremdsprache im Lande. Daß sich seit dem Kriege eine geistige Umstellung vollzogen hat und die Animosität gegen die Deutschen verschwunden ist, war u. a. daran zu erkennen, daß wir ungezwungen in der Öffentlichkeit Deutsch sprechen konnten. In Warschau, wo in vielen Straßen Gedenktafeln und Kränze zur Erinnerung an hier im Untergrundkampf oder beim Aufstand gefallene Opfer angebracht sind, dreht sich heute niemand mehr um, wenn er Deutsch hört, ja, man kramte im Gespräch die letzten Deutschkenntnisse hervor oder beeilte sich, einen der es besser konnte, herbeizuholen. In der Provinz konnte es sein, daß sich auf der Straße Neugierige um uns sammelten, wenn sie Deutsch hörten. Sie konnten dann lange zuhören, offenbar in der Erwartung, etwas Neues aus dem Auslande zu vernehmen.

Außer unseren Führern hatten wir in der Reisegesellschaft eine ganze Reihe von Teilnehmern, die gut Polnisch konnten, so daß es an der Verständigung, auch einer Verständigung nicht-offizieller Art, wie man sie sich im Ausland gern verschafft, nicht mangelte. Es darf hier sogleich hinzugefügt werden, daß wir durchaus die Möglichkeit besaßen, Entdeckungen abseits der geführten Route zu machen, soweit Zeit und

Kraft dafür übrig blieben. Jedenfalls suchte man uns den Eindruck zu geben, daß wir nicht angebunden waren. Man konnte auf eigene Faust durch die Städte bummeln, sich in ein Café setzen und mit Menschen sprechen, die einem interessant dünkten. Keiner von uns hätte sich freilich, wenn er für sich gereist wäre, die Eindrücke verschaffen können, die man uns vermittelte. Den Delegationen öffnen sich in den Ostblockländern alle Türen, die höchsten Persönlichkeiten stehen ihnen zur Verfügung, und man zeigt sich bemüht, alle Wünsche zu erfüllen.

Noch am Tage unserer Ankunft in Warschau holte man uns zusammen und fragte nach unseren Wünschen. Es kam eine lange Liste zusammen, die man getreulich notierte und in der Folge auch mit ganz wenigen Ausnahmen erfüllte. Dabei zeigte es sich, daß man allen Anforderungen gerecht wurde, die sich irgendwie auf der vorher natürlich genau festgelegten Route erfüllen ließen. Einiges ließ sich mit ihr nicht vereinbaren, und es hieß zum Schluß, man habe dafür keine Zeit gehabt. Mein Wunsch etwa, Gespräche mit Deutschen in den deutschen Ostgebieten zu haben, wurde mir nicht erfüllt, obwohl wir durch diese Gebiete reisten. Stattdessen wurde ich in Breslau mit dem Chefredakteur der neugegründeten Zeitung für die Deutschen, der deutsch gedruckten „Arbeiterstimme“, zusammengebracht, einem Manne, der nicht richtig Deutsch sprach. Auf diesem Gebiete scheint noch nicht genügend Sicherheit zu herrschen. Ich erlaube mir jedenfalls die Mutmaßung, daß man einem solchen Wunsche gegenüber irgendwie ratlos ist und auch unter den Deutschen, die für Polen optiert haben, kaum geeignete Leute dafür besitzt, einem, der aus dem Westen kommt, den gewünschten nationalpolnischen Standpunkt vorzuexerzieren.

Einer unserer Reisefreunde wünschte Verwandte in der Nähe von Krotoschin zu besuchen, und dieser Wunsch hatte wohl ebenfalls seine Schwierigkeiten. Immerhin scheute man in diesem Falle die Kosten nicht und brachte diesen Herrn, der sein Ziel auf unserem Reiseweg nicht erreichen konnte, von Warschau aus eigens im Flugzeug dorthin.

An diesem Beispiel sieht man das Maß der uns gegenüber geübten Gastfreundschaft, für die ich auch andere Beispiele nennen könnte, wie es denn auch ein sichtliches Bemühen war, ein offenes und menschliches Verhältnis zu uns herzustellen. Ich darf wohl mit vollem Recht voraussetzen, daß bei zahllosen derer, mit denen wir es zu tun hatten, Antrieb dieser Gastfreundschaft nicht nur politisches Kalkül und Proselytenmacherei für die östliche Lebensform war, sondern das Wissen davon, daß Polen trotz allem irgendwie zum Westen gehört und verloren ist, wenn es sich geistig ganz abschneiden läßt. Ich könnte von Menschen in nicht bescheidenen Stellungen erzählen, die zu diesbezüglichen Liebeserklärungen bereit waren, wenn man sie beiseite nahm und mit ihnen unter vier Augen sprach. Man muß dazu aus der Gegenwartsgeschichte des Ostens wissen, wieviel dort in den Auseinandersetzungen ein Komma und ein Ausrufungszeichen wiegt, geschweige denn ein Seufzer und ein Händedruck.

Alle Anstalten dienten offensichtlich dazu, uns von drei Dingen zu überzeugen. Es dürfte immerhin interessant sein zu erfahren, woran einem drüben soviel liegt, was man dort gern zur allgemeinen Überzeugung des Westens gemacht hätte. Ich will darum anhand von diesen drei Sätzen im folgenden meine Reiseerlebnisse gliedern und hinzufügen, was mir darüber hinaus aufgefallen ist.

„Polen ist kein Agrarstaat mehr“

Die erste These lautet: Polen ist kein Agrarstaat mehr. Mit einer Initialhilfe der Sowjetunion ist Volkspolen heute auf dem Wege, ein Industriestaat nach westlicher Prägung zu werden. Dabei kommen dem Lande die klaren gesellschaftlichen Verhältnisse zustatten, die der Sozialismus geschaffen hat. (Niemand spricht in Polen von Kommunismus. Es gibt auch keine „Kommunistische Partei“, sondern nur eine „Arbeiterpartei“.)

Dazu werden folgende Zahlen genannt: von den 34 Millionen Einwohnern, die Polen vor dem Kriege besaß (in seiner „faschistischen“ Zeit, wie man jetzt immer sagt), wohnten 39% in den Städten. Ein beträchtliches Proletariat lebte auf dem Lande in kümmerlicher Lage trotz der spottbilligen Preise für agrarische Produkte. Sie wanderten als Saisonarbeiter nach Ostpreußen und Pommern. Heute hat Polen nur noch 27 Millionen Einwohner. Davon leben 54% in den Städten. (Der natürliche Zuwachs der Bevölkerung liegt übrigens mit 18 auf Tausend im Jahr über dem europäischen Durchschnitt.)

Die Industrie bietet bessere Arbeitsverhältnisse, die Stadt lockt mit ihrem bequemerem Leben. Schon müßte man den starken Zustrom vom Lande her bremsen, wenn die Versorgung nicht in Gefahr kommen soll, wurde uns gesagt. Bei der Anlage neuer Fabriken, die vielfach mitten im Lande erfolgt, verfährt man oftmals so wie in Nowa Huta und Tschenstochau: man bietet die umwohnenden Bauern auf, mit ihren Fuhrwerken beim Ziegelkarren zu helfen. Die jüngeren Bauern sehen die neuen Wohnblocks zugleich mit den Fabrikgebäuden emporwachsen, sie sehen, daß da ein Kino, ein Theater, eine Kantine und ein Kulturhaus mitentsteht, sie sehen zum erstenmal Bad und Wasserklosett –, und schon melden sie sich zur Arbeit in der Fabrik. Auf diese Weise zieht etwa Nowa Huta vor den Toren Krakaus 60 000 Menschen an, und es sollen 100 000 werden. Das Durchschnittsalter liegt unter dreißig.

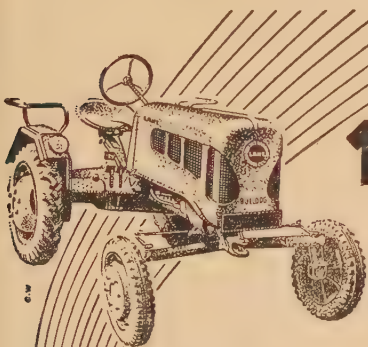
Durch diese nicht unbeträchtliche Umgliederung der Bevölkerung gewinnen die Städte Polens einen ländlichen Charakter. Wir nahmen etwa einen deutlichen Unterschied zwischen der Einwohnerschaft der alten Kulturstadt Krakau wahr, die der Krieg zum Glück ganz verschonte, und der Hauptstadt, die bis auf wenige Mauern von den Granaten und Bomben niedergelegt wurde. Dort sah man ein städtisches Kleinbürgertum vorherrschen, das zuweilen noch in den Lokalen nach alter gemüthlicher Art seinen Kaffee trank, soweit das neue Arbeitstempo Zeit läßt, das am Samstagabend sein Tänzchen machte und am Sonntag flanierte und auch Fiaker fuhr, um vielleicht eine schwache Erinnerung an österreichische Zeiten zu pflegen.

In Warschau aber war das Leben von einem anderen Schnitt. In frühester Stunde schon ratterten stark überfüllte Straßenbahnen, auf den Trittbrettern eine Traube von Arbeitswilligen, von den Außenbezirken und vom Lande her durch die Straßen, Männer in Joppen, Stiefeln und Landarbeitermützen und viele Mädchen und Frauen. Die Stadt, bei Kriegsende ein rauchendes Trümmerfeld, ist heute, wo man an den Abschluß des ersten Sechsjahresplanes schreitet, ohne Übertreibung gesagt, ein einziger Bauplatz. Man kann keine hundert Meter weit sehen, ohne einen Bauzaun, ein Gerüst, einen Bagger oder Kran vor sich zu haben. 10% des Nationaleinkommens werden dieser Stadt zugeführt, die Stein für Stein nach dem alten Muster neu entsteht.

Die Bautätigkeit steht für den Besucher im Vordergrund. Es wird ihm aber gesagt, der Schwerindustrie gelte das erste Interesse. Alles habe zurückzustehen hinter dem Vorhaben, Polen mit den Gruben und Hütten auszustatten, die es von der Einfuhr unabhängig machen. Das große Wohnungsbauprogramm (man baut jährlich 144 000 Wohnungen, in Westdeutschland übrigens 522 000), diene zunächst nur zur Versorgung der Industrie mit Arbeitskräften. Erst wenn das Programm der Schwerindustrie abgeschlossen sei, könne man sich mit ganzer Kraft der Landwirtschaft widmen. Denn deren Verbesserung sei gleichbedeutend mit ihrer Mechanisierung. Massenproduktion landwirtschaftlicher Maschinen aber könne erst Aufgabe einer zweiten Produktionsperiode der Industrie sein.

In diesem Zusammenhang darf ich ein Wort über die polnische Landwirtschaft hinzufügen, aus dem ersichtlich wird, daß die Verfahrensweise in Volkspolen gegenüber der Landwirtschaft nicht nur eine Tugend ist, sondern auch einer Not Rechnung trägt. Selbst wenn man das Land schon genügend mit Maschinen ausstatten könnte, gäbe es noch unübersehbare Schwierigkeiten. „Wir müssen sehr vorsichtig verfahren“, wurde uns gesagt, „der polnische Bauer ist leider noch sehr rückständig und will von unseren Vorschlägen wenig wissen.“

Diese laufen, wie es sich versteht, auf die Überführung des Landbesitzes in den Staatsbesitz hinaus. Man sieht aber ein, daß die entschlossen konservative Haltung der Bauern eine Gewaltanwendung untunlich macht. Die großen Güter ließen sich nach dem Kriege enteignen, da die meisten Besitzer vor der neuen Regierung flüch-



1.

Er ist das Vorbild aller Dieselschlepper, denn der LANZ-Bulldog war der erste Rohschlepper der Welt. Auf mehr als 30 Jahre Erfahrung im Bulldog-Bau kann LANZ zurückblicken. Und Erfahrung ist durch nichts zu ersetzen. Sie bildet die Grundlage für stetige technische Weiterentwicklung des LANZ-Bulldog, der das Altbewährte und den Fortschritt in sich vereint.

2.

Er ist unübertroffen wirtschaftlich. Sein robuster Diesel-Zweitakt-Motor ist praktisch unverwundlich und verleiht dem Bulldog eine hohe Dauerleistung, die kaum zu überbieten ist. Durch entscheidende technische Verbesserungen wurde der Kraftstoffverbrauch so weit herabgesetzt, daß der Bulldog heute als der sparsamste Schlepper schlechthin gilt.

3.

Für jede Wirtschaftsgröße, alle Bodenarten, und seien es die schwierigsten Betriebsverhältnisse, steht der geeignete Bulldog-Typ zur Verfügung. In Form, Ausrüstung und Leistung harmonisch aufeinander abgestimmt, bietet er bei hohem Fahrkomfort alle Vorteile eines modernen Schleppers. Sein geräuscharmer Lauf und die größtmögliche Standruhe schonen Mensch und Maschine.

LANZ
Bulldog
DIESEL-SCHLEPPER

teten. Man setzte das Höchstmaß zulässigen Landbesitzes mit 50 ha in den westlichen, 100 ha in den östlichen Teilen des Landes fest. Gespräche ergaben, daß es heute in der Praxis kaum Landbesitz von mehr als 20 ha gibt.

Darüber hinaus bildet auch die Lebenshaltung des Bauern einen Anhalt dafür, ob er zu den verhaßten Kulaken, den Großbauern, gerechnet werden muß oder nicht. Er ist darum wie schon zur Zarenzeit nicht besonders darauf bedacht, etwa sein Haus zu verschönern. Während die Städte Polens eine neue Lackfarbe bekommen haben und in ihrer Betriebsamkeit regeneriert erscheinen, konnte ich auf dem Lande noch nichts davon wahrnehmen. Die Dörfer und Streuhöfe Kongreßpolens bieten noch ganz den alten Eindruck: die Schmalseite ihrer einstöckigen strohgedeckten Hütten mit den kleinen, oft nicht zu öffnenden Fenstern ist der Straße zugewandt, selten hebt sich ein Haus durch seinen frischen Kalkstrich aus seiner grauen Umgebung hervor. Innen sehen sie oft unvermutet komfortabel aus.

„Wir beschränken uns den Bauern gegenüber auf Empfehlungen“, sagten uns die Vertreter der Regierung immer wieder. „Wir wollen sie gütlich davon überzeugen, welche Vorteile ihnen das neue Wirtschaftssystem bietet.“ Es sieht die Produktionsgemeinschaft und das Staatsgut vor. Bauern eines Dorfes können sich, ohne den Eigenbesitz aufzugeben, zusammenschließen und gemeinsam wirtschaften. Solche Gemeinschaften allein sind befugt, von staatlichen Verleihstellen Maschinen auszuleihen. Die Erträge fallen dem einzelnen nach der Größe seines Besitzes zu. Erwünschter aber ist der Verzicht auf diesen Besitz und der Zusammenschluß einer Dorfgemeinschaft zu einem Betrieb, der den Bauern als Arbeiter mit Rechten der Mitbestimmung beschäftigt. Das Vorteilhafte solcher Betriebe besteht darin, daß sie – im Rahmen eines künftigen Landwirtschaftsprogramms – mit allen städtischen Segnungen leiblicher und seelischer Bequemlichkeit ausgestattet werden sollen. Hier kann das Bauernkind umsonst die Schule besuchen und entsprechend seiner Begabung aufsteigen.

Die Schwierigkeiten auf diesem Gebiete wurden uns nicht verheimlicht. Es kann auch von keinem Reisenden übersehen werden, daß der polnische Bauer sein Leben noch kaum geändert hat. Der Gelegenheitsarbeiter ist vom Lande fortgeschafft, das ist ein unbestreitbares Verdienst der neuen Herren, die großen Unterschiede von reich und arm sind beseitigt, das Land ist parzelliert, aber eine Hebung des Lebensstandes scheint noch nicht erzielt. Freilich ist der westliche Besucher immer in der Gefahr, seine Verhältnisse zum Richtmaß zu nehmen und zu vergessen, daß der polnische Bauer immer viel genügsamer war als der deutsche. Die Bilder der Frauen, die ihre Kuh oder Ziege am Strick im Chausseegraben weiden lassen, das Geflügel in der Stube und die Kinder und Großen in Holzschuhen – dergleichen wurde in Polen nie als Zeichen der Armut empfunden.

Freilich möchten wir auch einige Zweifel hegen, wenn uns so oft versichert wurde, dem Bauern ginge es jetzt ausgezeichnet und die Lebensmittelknappheit in den Städten rühre daher, daß die Normen so niedrig festgesetzt seien und der Bauer heute wegen der hohen Preise, die er erzielt, sehr viel mehr selbst verbrauchen könne. Vielmehr erbrachten die großen Güter früher höhere Erträge. Darum erstrebt man auch die Zusammenfassung des Kleinbesitzes. Die ganze Schwierigkeit ist, daß es damit nicht vorangeht. Den Fremden zeigt man Kolchosen in Schlesien. Er erkennt sie als

die früheren Rittergüter seiner Heimat wieder, deren vorbildliche Organisation nicht von gestern stammt.

Polen war immer ein Land reicher agrarischer Produktion. Die Lebensmittelpreise waren äußerst niedrig. Heute haben sich diese Dinge verändert, weil das Land so stark aufbaut und darum eine schnell angewachsene städtische Bevölkerung ernähren muß, deren Arbeitsertrag noch nicht produktiv sein kann. Außerdem benötigt man sicher viel mehr agrarische Güter als früher zum Austausch gegen jetzt lebenswichtig gewordene Einfuhren.

Der Satz „Polen ist kein Agrarstaat mehr“, an dem unsern Gastgebern so viel gelegen war, hat diese Kehrseite. Sie mag notwendig damit verbunden sein, daß man heute einen solchen Übereifer für die Industrie entwickelt.

Es muß hier nicht erörtert werden, wie weit die Sowjetunion diesen Eifer vorantreibt. Uns wurde immer wieder auseinandergesetzt (und so hört es sicherlich auch das Volk), daß die Abfolge der Regierungsprogramme nur dem polnischen Volke zugute kommen soll. Danach soll nach der Schwerindustrie die Mittel- und Leichtindustrie aufgebaut werden und die vielen fehlenden Verbrauchsgüter schaffen.

Deren Mangel macht dem Fremden jeder Gang durch eine Ladenstraße sichtbar. Polen bietet den Eindruck eines Landes, das in einer starken Anspannung seiner Kräfte Bedürfnisse unterdrücken gelernt hat, die uns längst wieder selbstverständlich geworden sind. Man würde übertreiben, wenn man sagte, das Volk mache einen abgerissenen und verhungerten Eindruck. Ich habe immer wieder die Gesichter der Arbeiter, Ingenieure, Studenten, der Angestellten, der Mädchen und Frauen betrachtet. Man müßte es erkennen können, wenn ein Volk unter dem Mangel seelisch litte. Mir scheint das für Polen heute nicht gesagt werden zu können. Die Ansprüche waren hier niemals von der Höhe wie in Westeuropa. Und den unteren Schichten, namentlich den vielen Landarbeitern von einst, geht es, wie ich glaube urteilen zu dürfen, heute in vielem besser. Ihren Lebensstand vermag die Arbeiterfamilie freilich nur zu halten, wenn die Mutter mitverdient. Auch der Fabrikbesitzer, den man gegen eine monatliche Rente von 500–600 *Zloty* enteignete, ist gezwungen, Arbeit anzunehmen, wenn er nicht verhungern will. In diesen Kreisen des gehobenen Bürgertums dürfte Unzufriedenheit die Regel sein.

Doch ich will erläutern, was Preise in Polen besagen. Der *Zloty* ist auf der Warschauer Börse einem Dollar gleichgesetzt. Sein Wert im Lande ergibt sich aus folgender Liste: Es kosten je ein Kilogramm Brot 3,50–6,50 *Zloty*, Butter 24–30, Käse 20–28 *Zloty*, Rindfleisch 35, Äpfel 8–14, Nüsse 32 *Zloty*. Herrenhemden waren zum Preise von 150–230 *Zloty* ausgestellt, Herrenanzüge ab 1800 *Zloty*, ein Trenchcoat 1300 *Zloty*, Schuhe, die unsere Qualitäten nicht erreichten, wurden für 600 *Zloty* gezeigt, Herrenuhren von 2000–7000, Photoapparate von 1400–5000 *Zloty*. Die Herkunft dieser Geräte konnte nicht ermittelt werden.

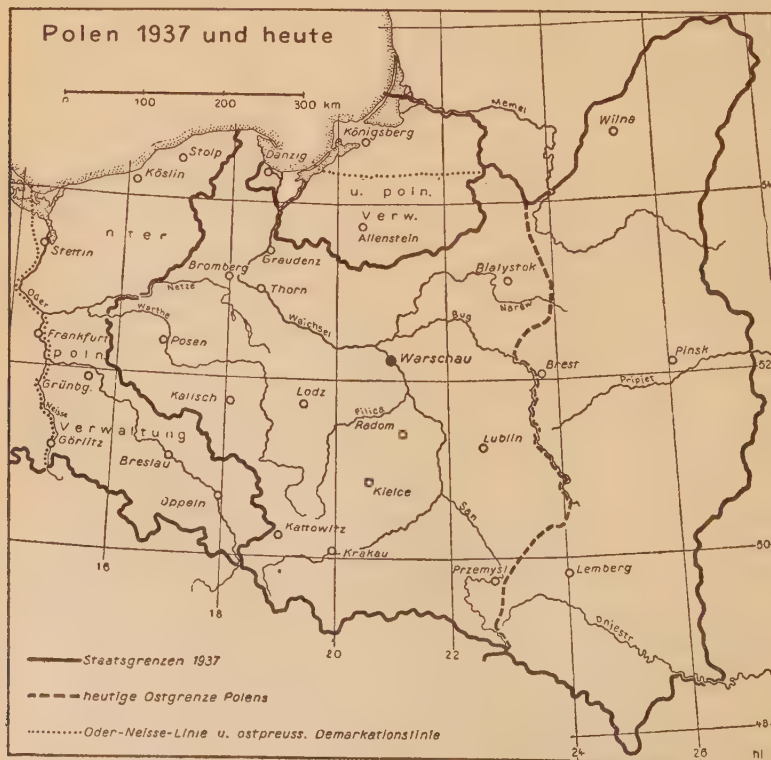
Demgegenüber wurden durch viele Befragungen die folgenden Löhne ermittelt. Der Arbeiter darf bei voller Leistung durchschnittlich mit 1200 *Zloty* im Monat rechnen. Der Facharbeiter steigt auf 1500 und 1600, während der Ingenieur auch nur 1700 hat. Für die Intelligenz gibt es kaum Spitzengehälter. Man ködert sie nicht durch eine Risikoprämie wie im sowjetisch besetzten Mitteldeutschland. Drückte man einem Professor oder Ingenieur gegenüber Verwunderung aus, weil sein Verdienst den eines

geschickten Handarbeiters so wenig übersteigt, so erhielt man eine Antwort, die ich hier nur wiederholen kann: „Bei uns“, hieß es, „sind die Intellektuellen die Träger des Aufstiegs. Sie verzichten daher auf Vorteile.“

Der niedrigste Lohn, von dem ich hörte, waren 600 *Zloty*. Eine Deutsche, die als Putzfrau in einem Kino arbeitete, bezog ihn und behauptete erklärlicherweise, davon nicht leben zu können. Die Steuern und Sozialbeiträge werden für jeden Polen vor der Auszahlung des Lohnes abgezogen. Zu den immer wieder mit Stolz erwähnten Dingen gehörte, daß die Miete in den meisten Fällen nicht mehr als 7% des Einkommens beträgt.

Unter Berücksichtigung dieser Dinge und der Preise wird man den Schluß ziehen können, daß die augenblicklichen Löhne in Polen zur Stillung der Nahrungs-Bedürfnisse genügen. Schon Kleidung aber ist im Verhältnis zu den Löhnen mehr als dreimal so teuer wie bei uns, von Luxusartikeln zu schweigen. Man sieht, daß der einzelne Pole in seinem Leben noch kaum etwas davon merkt, daß sich sein Vaterland zum Industriestaat wandelt.

Es dürfte das nicht nur den uns genannten Grund haben: erst ein späterer Sechsjahresplan könne auch die Gebrauchsgüter so stark erzeugen, daß die Preise sinken. Wir glauben vielmehr, Polen kann die Früchte seiner Arbeit nicht genießen, weil es an die sowjetische Wirtschaft angeschlossen ist. Darüber wird kein Pole je viel erfahren. Der Volksmund aber formuliert den Tatbestand etwa so: „Wir liefern ihnen die Textilien und dafür nehmen sie uns die Kohlen!“ Vor diesem Hintergrunde müs-



sen die wirtschaftlichen Anstrengungen des Landes gesehen werden, und wenn uns so oft gesagt wurde: dieses Kombinat oder jene Fabrik sei ein Geschenk des sowjetischen Volkes, so verstanden wir wohl, daß es sich hierbei um Geschenke handelt, die sich bald reichlich bezahlt machen.

„Nationale Kultur“

Die den Besuchern immer wieder vorgesetzte zweite These in Volkspolen lautet: Wir haben eine nationale Kultur. Dem Reisenden aus dem Westen, der ja nicht ohne gewisse Vorkenntnisse in das Land reist, wird dargetan, daß die Polen jetzt gewissermaßen das erste Mal unter sich seien. Nach 250 Jahren feudaler Unterdrückung, nach dem „faschistischen“ Pilsudski-System und der nazistischen Schreckensherrschaft sei Polen nun endlich Herr im Hause, in gerechten Grenzen zusammengeschlossen und zum Einbringen der Ernte seiner reichen Kultur aufgerufen.

Grundlage des polnischen Nationalismus bildet einerseits der in allen Schulbüchern verbreitete Nachweis, daß die deutschen Ostgebiete immer polnisches Land waren. Man kann sich denken, daß dieser Nachweis vom urteilslosen Volk gern geglaubt wird.

Größere Schwierigkeiten hat man offensichtlich mit der Behauptung, daß Polen und Rußland immer Freunde gewesen seien. Es leben noch zu viel Angehörige jener Elite des Volkes, die die Sowjets 1939 gefangennahmen, gegen alle Einsprüche zwei Jahre gefangen hielten und dann in die Massengräber warfen, von denen man eines im Walde von Katyn entdeckte. Es gibt noch zuviel Augenzeugen der Schlacht um Warschau, in der die Russen ein wenig zu lange mit ihren Entsatzoperationen zögerten. Es wissen noch zu viele, daß die Kommunisten 1945 nur ein winziger Klüngel im Lande waren und sich ohne die russischen Bajonette niemals hätten halten können.

Das Stück Freiheit, das die Sowjetunion heute dem Lande gewährt, heißt: Kultur. Offensichtlich dünkt es dem Kreml vorerst zu schwierig, mit den Polen so zu verfahren wie mit den Esten, Letten und Litauern. Manch kluger Mann in Polen aber mag ahnen, daß der letzte Zweck der gleiche sein muß wie bei diesen Völkern.

Nun darf man sich auf seine Vergangenheit besinnen. Dazu gehört die – freilich auch aus Rußland berichtete, in Polen aber noch viel auffälligere – Restaurierung der größten wie der kleinsten nationalen Bauwerke. Warschau wird in spätestens zwei Jahren, unauffällig modernisiert, aus dem Schutt erstanden sein. Schon heute sind die Altstadt mit Ring und Kathedrale, die Krakauer Vorstadt und manches der Barockschlösser wieder aufgerichtet. Man war dabei bemüht, jedes Steinchen an den gleichen Ort zu bringen, jedes Ornament nachzuziehen. Nicht anders verfährt man – mit viel geringeren Mitteln freilich – in Danzig, Posen und Breslau. Wie es in den übrigen ostdeutschen Städten aussieht, wurde uns nicht gezeigt. Man glaubt aber sicher auch in Stettin und Küstrin, durch den getreuen Aufbau den Anspruch erheben zu können, hier sei immer polnische Kultur gewesen.

Die polnischen Farben Rot-Weiß sind im Stadtbild zahlreicher vertreten als das Rot der Revolution. (Wie es auch in Polen weit weniger Spruch-Transparente zu sehen gibt als im sowjetisch besetzten Mitteldeutschland.) Die von den Arbeitern eifrig benutzten „Klubs“ betonen gern das nationale Element. Die Nationalkunst, das Ballett, spielt eine große Rolle. Große Betriebe richten ihr Ballett und ihr Laienspiel

ein. Man trägt Wettbewerbe aus und macht ihre Sieger zu „National-Ensembles“. Die Oberschlesier besuchen mit ihren Gruppen die Masowier und umgekehrt.

Eine nicht geringere Rolle spielt das Theater (wogegen der Film in Polen zurücktritt). Warschau soll heute zweiundzwanzig Bühnen und Behelfsbühnen haben. Das Theater hat in allen polnischen Städten einen durchaus konservativen Charakter. Was einmal in Polen einen Namen hatte, wird auch aufgeführt, und der Zensor scheint gegenüber den nationalen Helden mit einer gewissen Großmut zu walten. Wir sahen Stücke, die mit ihrer Darstellung gemütvoller feudalistischer Verhältnisse anachronistisch wirkten. Regie und Inszenierung suchten einen uns fremd anmutenden naturalistischen Stil. Folkloristische Stücke sind die große Stärke. Aber die Spielpläne waren auch von englischen, französischen und deutschen Stücken alter wie neuer Zeit besetzt. Russische Namen fanden wir kaum.

Der traditionelle Theaterstil und Baustil hat seine Parallele in der Kunst. Wie überall im Osten wird nach dem Programm des „sozialen Realismus“ gedichtet, gemalt und gebildhauert. Doch sucht etwa die Malerei, sich unmittelbar an polnische Vorbilder des vorigen Jahrhunderts anzuschließen, wie sie die Museen getreulich sammeln. Auch in der größten Sammlung, dem *Muzeum Narodowe* in Warschau, wandert man durch endlose Säle voll Genres und Historienmalereien, die mehr der nationalen als der künstlerischen Erbauung dienen. Die großen Anforderungen, die der Aufbau der Städte stellt, mögen den heutigen polnischen Künstlern ein Stück ihrer inneren Freiheit nehmen und sie dem gefeierten Nationalstil, den sie bei ihren Restaurationsarbeiten so oft vor sich haben, enger anschließen, als ihnen guttut.

Der polnische Kulturbetrieb besitzt außerdem einen ausgesprochen didaktischen Charakter. Jedermann, so scheint es, lernt auf das eifrigste in diesem Lande. Die Klubs, die Buchläden, die Museen, die Theater sind immer überfüllt. Hier mögen sich mehr Interessen treffen als nur die der Parteileute. Denn Pole sein, das bedeutet vor allem, in der Kultur der polnischen Vergangenheit und Gegenwart Bescheid wissen. Die kleinen polnischen Leute wissen etwa sehr viel mehr von Chopin und Mickiewicz als der Durchschnittsdeutsche von Beethoven und Goethe.

Natürlich macht sich auch im Kulturbetrieb das Bestreben geltend, die kommunistische Weltanschauung in das Volk zu tragen. Aber das nationalpolnische Element herrscht vor. Die Denkmäler der einstigen Herren, die große Säule Sigismunds III., jenes Königs, der Polen wieder zum Katholizismus zurückführte, die Adelsschlösser und das Schloß der Sachsenkönige, werden nicht abgerissen wie in Berlin das Hohenzollernschloß und das Denkmal Friedrichs des Großen. Zehn Jahre nach der Einsetzung der kommunistischen Regierung des Landes läßt sich diese Feststellung treffen.

Solange sich der Nationalismus auf die Kultur beschränkt, dürfte Moskau ihn dulden. Wer von den Polen aber tief genug blickt, kann der Geschichte seines Volkes kein anderes Vermächtnis entnehmen als einen Freiheitswillen, vor dem die Gegenwart nicht besteht. Man wird die Vergangenheit daher korrigieren müssen, wenn sie nicht zu einer Gefahr werden soll.

Staat und Kirche

Schließlich sollten wir ein drittes Argument in den Westen tragen. Die Häufigkeit, mit der davon gesprochen wurde, beweist, daß man sich auch hier seiner Sache nicht

völlig sicher ist. Man spricht im Westen von polnischer Kirchenverfolgung, aber erweist der Augenschein nicht, daß alles in bester Ordnung ist? Deutet nicht alles darauf hin, daß Staat und Kirche im besten Einvernehmen stehen?

In der Tat scheint das religiöse Leben, wenn man nach dem Äußeren urteilt, keine Einbuße erlitten zu haben. Viele Priester sagten uns, es sei stärker geworden. Die polnischen Gotteshäuser waren schon immer außerordentlich gut besucht. Man muß bedenken, daß dieses Land eine geschlossen katholische Bevölkerung besitzt wie sonst vielleicht in Europa nur Irland. Es kam nach meinen Eindrücken zu keiner Tageszeit vor, daß in einem Gotteshaus nicht eine kleine Gemeinde von Betern versammelt war. An gewöhnlichen Wochentagen konnte man abends oft keinen Einlaß mehr in den Kirchen finden, so voll waren sie. Dabei waren Frauen und ältere Menschen keineswegs in der Überzahl der Kirchenbesucher wie bei uns. In Krakau mit seinen vierzig Kirchen und ungezählten Kapellen war dieser Eindruck wie schon in der Vorkriegszeit besonders stark. Die Arbeiter waren im Kirchenvolk nicht selten. Sie scheinen treu in die befohlenen Feierabend-Schulungen zu gehen und noch ein wenig treuer in die Kirche.

Polen ist noch heute nach Auskunft der Kirche zu 90, nach der des Staates zu 85 % katholisch. Die Katholische Kirche hat durch die Abtrennung der dreieinhalb Millionen unierter Christen des Orthodoxen Ritus, die Vernichtung des Judentums und die Dezimierung der Protestanten durch die Vertreibung der Deutschen nur noch gewonnen. Sie hat durch den Jahrhunderte alten nationalistischen Kampf des Klerus und seine Widerstandskraft gegen die Deutschen ein großes Ansehen im Volk.

Der kommunistische Staat muß dem irgendwie Rechnung tragen, daß er alle seine Pläne mit einem katholischen Volk durchzuführen hat. Man muß sehr bedachtsam vorgehen. Es scheint mir nach den Zeugnissen vieler Geistlicher beider Konfessionen evident, daß ein nennenswerter Einbruch der kommunistischen Weltanschauung in das Volk noch nicht gelungen ist. Auch die Jugend, namentlich die Jugend auf dem Lande, sei noch fest in der Hand der Kirche, sagten die Priester.

Dennoch hat dieses Bild seine dunklen Stellen. Wie bei uns in der Hitlerzeit weiß sich in Polen allerdings niemand ein vollständiges Bild vom untergründigen Kirchenkampf zu machen. Aber die wesentlichen Streitpunkte sind klar.

Der Staat möchte die Verbindung des Klerus zum Vatikan abschneiden, weil der Vatikan die von den Polen als endgültig hingestellte Grenzregelung im Westen nicht anerkennt. Darum mußte der Primas Wyscinsky sein Amt niederlegen.

Seine Stellvertreter haben das Konkordat mit der Regierung unterschrieben, das der Kirche jegliche Kritik an staatlichen Maßnahmen verbietet. Der Staat hat die Kirche enteignet. Sie hat dadurch wohl nur noch an Ansehen gewonnen. Der Staat ist dabei, der Kirche die letzten Schulen fortzunehmen. Besondere Maßnahmen richten sich gegen die Schulschwestern und Krankenpflegeschwestern. Mehr als hundert ihrer Niederlassungen, unter ihnen Häuser deutscher Schwestern in Schlesien, wurden im letzten Sommer aufgelöst, die Nonnen zum Teil in Gewahrsam gebracht. Die Orden sind durch die Enteignungen ruiniert.

Daneben sucht man, sich einen staatsstreuen Klerus zu schaffen. Dem amtlichen Vernehmen nach sollen 20 % der Geistlichen zu den „Fortschrittlichen“ gehören, die sich

in der Bewegung *Pax* zusammengeschlossen haben. Ihr steht eine Menge von publizistischen Mitteln zur Verfügung, welche die Kirche nicht hat.

Die „Fortschrittlichen“ erkennen die wirtschaftlichen Erfolge des Regimes an und erklären sich mit dem sozialistischen Programm solidarisch. Sie sagen, christlicher Glaube vertrage sich besser mit der kommunistischen Wirtschaftsform als mit der kapitalistischen. (Von dem, was im Westen geschieht, hat man dabei wie überall in Polen nur eine sehr ungenaue Vorstellung.) Sie verlangen die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie durch Rom. Eine kommunistische Weltanschauung lehnen sie ab. Sie verstehen den Kommunismus vielmehr als eine Hohlform, die sie mit dem christlichen Glauben zu füllen vermöchten. Diese Herren behaupteten jedoch sehr wortreich, der Gedanke einer Nationalkirche läge ihnen ganz fern.

Geopolitische Lage und nationale Gewohnheiten

Polen befindet sich, eingekeilt zwischen seine beiden großen Nachbarn, die lange Zeit das Land unter sich aufgeteilt hatten, in einer absonderlichen Lage. Wie die anderen osteuropäischen Kleinvölker hat es seit je einen an den Wahnwitz grenzenden Nationalismus gepflegt. Heute ruht Rußlands schwere Hand auf diesen Völkern und zwingt sie zur Ruhe untereinander.

Polnischer Nationalstolz möchte auch aus dieser Lage Argumente ziehen, die ihn rechtfertigen. Man möchte gern seine eigene Industrie, seine eigene Kultur und seine eigene Nationalkirche haben. Das sind alte, heute besonders rührende Träume der Polen. Bei allen Affekten, die viele von uns heute erklärlicherweise gegen die Polen haben, sollten wir nicht vergessen, daß die größten Schwächen dieses an sich sympathischen und durch seinen „westlichen“ Charakter immer wieder in seinen besten Typen überraschenden Volkes, ein Produkt seiner geopolitischen Situation sind.

Mein Bericht vermag nichts als ein kleines Streiflicht zu geben. Es ist mir zudem bewußt – und ich bitte den Leser, dies nach allem noch zu bedenken – daß es auch früher schon polnische Gewohnheit war, nicht die Durchschnittsleistung und die Durchschnittsverhältnisse, sondern immer nur die Spitzenleistung und die bevorzugten Verhältnisse zu zeigen. So wäre noch in gleicher Ausführlichkeit etwa vom Zustand der deutschen Ostgebiete und dem leider ganz unterschiedlichen Schicksal der dortigen Bevölkerung zu sprechen. In diesem Lande sind krasse Gegensätze auf allen Gebieten zu vermuten. Authentische Bilder sind erst zu erwarten, wenn wir einmal frei dorthin reisen können.

Über den Balkonbögen des Rathauses von Posen, in dem die deutschen Herren der mittelalterlichen Stadt nach magdeburgischem Recht richteten, ist ein lateinischer Spruch angebracht. Man hat ihn, golden auf Blaugrund, zusammen mit dem ganzen Gebäude, das an jenem schrecklichen 27. Januar 1945 ausbrannte, jüngst auf das sorgsamste erneuert. Kaum Schöneres kann der wohlmeinende Reisende bei seinem Abschied wünschen, als daß dieser Spruch in Polen nicht nur steinerne Wahrheit bleibe. Er lautet zu Deutsch: „Ihr sollt Recht und Gerechtigkeit im Lande halten. Ihr sollt den zu unrecht Gefangenen aus der Hand seiner Verleumder befreien, den Unmündigen schützen und die Witwen nicht betrüben. Und niemals soll rechtes Gericht bei Euch durch schimpfliche Gewalt und niemals durch Furcht gebrochen werden.“

WLADYSLAW STUDNICKI

85jährig ist der leidenschaftlich idealistische Politiker und Publizist Wl. Studnicki 1953 in London gestorben. Der seit seiner eng an Deutschland angelehnten Politik im Ersten Weltkrieg bei seinen polnischen Landsleuten wenig beachtete Einzelgänger hat mit dem vorliegenden Buch gleichsam ein politisches Testament hinterlassen, in dem er wie immer rücksichtslos offen und unabhängig seine Auffassung vertritt. Der selbst aus dem historischen Litauen Stammende steht für die Sache seiner Heimat ein und weitet deren Probleme zu einer Gesamtansicht der polnischen Situation nach 1945 aus.

Einen breiten Teil des nicht mehr recht konzentriert gearbeiteten Alterswerks, das an Wiederholungen reich ist, nimmt die Geschichte ein, die zur Begründung des Rechts der Polen auf die im bäuerlichen Untergrund überwiegend weißruthenisch und ukrainisch besiedelten Gebiete östlich der Curzon-Linie dient. Es handelt sich daher nicht um eine historische Darstellung, die der Kritik standhalten kann, wohl aber um eine sehr eindrucksvolle Zusammenfassung der polnischen Geschichtsansicht gegenüber dem Osten mit dem Bewußtsein, kulturtragende Nation und Vorkämpfer Europas gegenüber Moskau gewesen zu sein. Mit dem Beginn unseres Jahrhunderts wird die historische Schilderung breiter und gewinnt vielfach Memoirencharakter voller Farbe und lebendiger Unmittelbarkeit. Darin sind Grenzen und Wert ausgedrückt. Hervorgehoben sei z. B. das Kapitel über Ostgalizien. Während die Geschichte der Ostgebiete Polens zwischen 1919 und 1939 merkwürdig zurücktritt, steigert Studnicki seine Darstellung zu ausführlichen Schilderungen mit vielen Einzelangaben (z. B. über Deportationen und Mordaktionen) für die Zeit der ersten bolschewistischen (1939/41) und deutschen Okkupation (1941/44). Hier liegt zweifellos der eigentliche zeitgeschichtliche Wert des Buches. Es entsteht ein erschütterndes Bild entfesselten Zerstörungswillens und menschlichen Leids, vom polnischen Volk aus gesehen, eine lei-

denschaftliche Anklage gegen Bolschewiken und Nationalsozialisten, gegen Ukrainer und Litauer, gewiß einseitige, aber echt erlebte und aufrichtig niedergeschriebene Erinnerungen.

In einem zweiten Teil beschreibt Studnicki auf Grund der Statistiken aus den 30er Jahren Bevölkerung und Wirtschaft der Gebiete zwischen der Ostgrenze von 1939 und derjenigen des heutigen Polen, um auf dieser Basis zur Nachkriegssituation, vor allem den Massenaustreibungen und Bevölkerungsverschiebungen, Stellung zu nehmen. In seiner Zukunftsprogrammatis stellt er alles unter den leitenden Gesichtspunkt der Zurückdrängung der russischen Militärmacht nach einer möglichen Niederlage des Bolschewismus. Er propagiert die Wiederherstellung Polens in den Grenzen von 1939 mit Einschluß von Danzig, die Rücksiedlung der nach Ostdeutschland verpflanzten Polen sowie der aus der Sowjetunion eingewanderten Weißruthenen, Ukrainer und Russen, darüber hinaus aber auch die Aussiedlung von 2 Millionen bodenständigen galizischen Ukrainern in die Sowjet-Ukraine, die dadurch in ihrem heute bereits ernstlich gefährdeten ukrainischen Charakter gestärkt werden würde. Es ist bezeichnend, daß auch dieser nach Gerechtigkeit suchende, durch fünf Jahrzehnte grausamen Nationalitätenkampfes hindurchgegangene Pole wiederum nur das Rezept neuer Massenumsiedlungen zu geben vermag, um Ostgalizien zu „befrieden“. Eine Stellungnahme zu den im einzelnen gewiß nicht unbegründeten, aber doch grundsätzlich sich in alten Geleisen bewegenden Zukunftsforderungen erübrigt sich.

Die Übersetzung hätte besonders bei der Schreibung von Eigennamen sorgfältiger sein können. Z. B. wird der ukrainische Partisanenführer Bandera stets „Bandura“ geschrieben.

Werner Conze

Wladyslaw Studnicki: *Das östliche Polen.* Dt. Ubs. von W. v. Harpe, Holzner-Verlag, Kitzingen 1953, VIII, 211 S., 8,— DM.

*Moskau und der Islam**Die Roten, die Weißen und die Moslemvölker bis zum Ende der NEP*

Der radikale Gegensatz zwischen der Ideologie der Kommunistischen Partei Rußlands und der des Islam wurde verschärft durch die Haltung der Mehrheit des russischen Volkes — der großrussischen Bauern — sowohl hinsichtlich ihrer eigenen Religion als auch gegenüber dem Unterschied, der Anfang 1917 zwischen der Sozialordnung Großrußlands und den Moslemgebieten bestand, als auch hinsichtlich der Bestrebungen der Moslems nach politischer Unabhängigkeit.

Während das Ansehen der orthodoxen Kirche damals bei den Massen sehr tief stand, war das bei den Mohammedanern gegenüber ihrer Religion nicht der Fall. Obwohl der Zarismus versucht hatte, die mohammedanische Geistlichkeit nach Art des orthodoxen Klerus aufzubauen, war dieser Versuch im Anfangszustand stecken geblieben. Er erfaßte damals nur ungefähr ein Drittel der Moslems und beschränkte sich auf die höhere Geistlichkeit, so daß die Gemeinden das Recht zur Wahl ihrer Imame behalten hatten. Wenn die Moslems sich über ihre führenden Glaubensgenossen zu beklagen gehabt hätten, konnten sich ihre Beschwerden unter diesen Bedingungen nur auf eine sehr kleine, kaum hundert Personen umfassende Gruppe beschränken, die sie der Unterwürfigkeit gegenüber dem Zarismus hätten zeihen können.

Nach der Revolution vom Februar 1917 mußten auf die Initiative der fortschrittlichen Kreise der Moslems hin verschiedene Mitglieder der hohen Geistlichkeit ihre Posten verlassen. Sie wurden durch andere, die das volle Vertrauen der Gläubigen besaßen, ersetzt. Dank dieser Aktion war die mohammedanische Religion bei Beginn der Oktoberrevolution einiger als jemals zuvor.

Dies erklärt, daß die Mohammedaner den Sowjets, als diese begannen, die mohammedanische Religion zu verfolgen — zur gleichen Zeit wie die Russisch-Orthodoxe Kirche —, mit aller Kraft Widerstand leisteten. Es ist bezeichnend, daß selbst diejenigen Moslems, die der Kommunistischen Partei angehörten, die brutalen und grausamen Formen der Verfolgung nicht billigten und die führenden Kreise der Sowjetunion von der Notwendigkeit zu überzeugen suchten, daß sie die Methode der Überredung, Beeinflussung und des guten Beispiels anwenden müßten, um die „religiösen Vorurteile“ zu bekämpfen. Sie wollten die Rückkehr zu den ursprünglichen Grundsätzen des Islam predigen, damit die soziale Gerechtigkeit nach dem Wort des Koran getreu wiederhergestellt werden könne.

Außerdem machte das Fehlen einer islamischen Geistlichkeit christlicher Art den Kampf gegen die mohammedanische Religion viel schwerer als den gegen die orthodoxe Kirche. Es genügte nicht allein, die Moscheen zu schließen oder die Geistlichen zu inhaftieren. Wenn in einer vorhandenen Gemeinde die Moscheen geschlossen werden, versammeln sich ihre Mitglieder an privaten Orten oder auf freiem Felde zum Gebet. Die Absetzung oder Inhaftierung des Imam brachte keine große Veränderung, denn dann wurde ein anderes Mitglied der Ge-

meinde sofort an seine Stelle gewählt, manchmal selbst aus ärmsten Kreisen, wodurch der sowjetischen Behörden eines der besten Argumente ihrer antireligiösen Propaganda genommen wurde – daß die Geistlichkeit die besitzende Klasse schütze und deren Interessen diene.

Das Fehlen eines Privateigentums bei den Bauern Großrußlands war ein anderer wesentlicher Zug, der die unterschiedliche Haltung der Masse des russischen Volkes und der Mohammedaner gegenüber den von den Sowjets während des Bürgerkrieges eingeführten sozialen und wirtschaftlichen Reformen erklärt. Während die Mehrheit des russischen Volkes diese Reform mit Freuden aufnahm, konnten die Moslems ihr nur mit erbittertem Widerstand begegnen, da sie die Grundlagen der Sozialordnung zerstört hätte, zu deren Achtung sie seit undenklichen Zeiten erzogen worden waren.

Es ist nicht zu verwundern, daß die Mohammedaner sich unter diesen Bedingungen mit den verschiedenen Führern der russischen Antibolschewisten zu verständigen versuchten. Diese Bemühungen führten allerdings zu keinem Ziel, da die Verhandlungspartner keine Konzession gegenüber den Zuständen der Zeit von vor 1917 machen wollten.

Die Sowjets dagegen scheuten sich nicht, diesen Umstand auszunutzen. Im Jahre 1919, als sie von allen Seiten durch die Weißen bedrängt wurden, gaben sie für den Augenblick ihre Sozialreformen und ihre religionsfeindliche Politik auf und schlossen mit den mohammedanischen Völkern des südöstlichen Rußland Abkommen gegen die Weißen. Dabei versprachen sie ihnen volle Unabhängigkeit. Aber bald nach der Niederlage der Weißen brachen sie ihr Wort und nahmen ihre Sozialpolitik und die Verfolgung der mohammedanischen Religion wieder auf.

Wenn bei Beginn der Oktober-Revolution von 1917 die politischen Bestrebungen der Moslems in Rußland noch kaum ein klares Ziel hatten und nicht weitergingen als zur Forderung nach einem nur föderativen Verhältnis zur Zentralregierung, so wurde danach die Lage völlig anders. Die Unzulänglichkeit der Weißen auf der einen und die Religionsverfolgung durch die Roten auf der anderen Seite, begleitet von der Zerstörung ihrer weltlichen Ordnung, stärkten die Moslems in ihrem Streben nach völliger Unabhängigkeit. Aus diesen Gründen bedeutete das Ende des Bürgerkrieges zwischen den Roten und den Weißen gleichzeitig die Intensivierung des Kampfes um die Unabhängigkeit der mohammedanischen Völker Rußlands.

Wie man weiß, wurden die Sowjets durch den Mißerfolg ihrer sozialen und wirtschaftlichen Reformen in der Zeit von 1917 bis 1920 gezwungen, im Jahre 1921 einen Rückzieher im Zeichen der NEP zu machen. Deshalb haben diejenigen Moslemvölker, die während der NEP-Zeit aus dem einen oder anderen Grunde den bewaffneten Kampf um die Unabhängigkeit aufgegeben hatten, bis zum Ende dieser Periode auf sozialem Gebiet Frieden gehabt. Die Politik der Sowjets gegenüber der mohammedanischen Religion beschränkte sich in dieser Zeit auf antireligiöse Propaganda.

Aber gegen Ende der NEP-Periode konnten die Sowjets ihre Macht in den hauptsächlich von Slawen bewohnten Gebieten festigen und gleichzeitig den bewaffneten Kampf der mohammedanischen Völker um ihre Unabhängigkeit ersticken. Als des-

halb 1928 die Sowjets ihre Politik der Kollektivierung verkündeten, waren die Moslems nicht in der Lage, ihr einen ebenso scharfen Widerstand zu leisten wie einige Jahre vorher, ganz abgesehen davon, daß wegen des Fortschritts der Waffentechnik (Panzer und Flugzeuge) jeder Widerstand mit primitiven Handwaffen von vornherein zur Niederlage verurteilt gewesen wäre. Deshalb konnten die Moslems der Kollektivierung, die ihre Sozialordnung von Grund auf zerstörte, nur mit vereinzelt Aufständen begegnen (diese Aufstände haben in den für Partisanenkämpfe günstigen Gebieten niemals aufgehört), vor allem aber mit passivem Widerstand, Sabotage, Flucht in die angrenzenden mohammedanischen Länder, völliger Vernichtung von Vieh, Getreide und Geräten usw.

Der geschlossene Widerstand der Moslems gegen die Kollektivierung machte den Sowjets deutlich, daß es sich um etwas anderes als um eine Auseinandersetzung zwischen politischer Reform und den Interessen der besitzenden Klassen handelte, daß die Kraft des Widerstandes in der engen Durchdringung von theologischen und sozialen Aspekten innerhalb der mohammedanischen Gesellschaft begründet war. Aus diesem Grunde und auch aus der Erkenntnis, daß die Mohammedaner künftig nicht in der Lage sein würden, ihren bewaffneten Widerstand in größerem Maßstab zu organisieren, begannen die Sowjets 1928 eine massive Verfolgung der mohammedanischen Religion mit allen Begleiterscheinungen: Schließung der Moscheen, Einweisung der einflußreichsten Glieder der mohammedanischen Gemeinden in Konzentrationslager, schärfere Maßnahmen zur Emanzipierung der mohammedanischen Frau usw.

Antireligiöse Propaganda

Dieser Verfolgung voran oder mit ihr parallel ging die Intensivierung der Propaganda gegen die mohammedanische Religion. Die Technik dieser Propaganda wurde vor allem beeinflußt durch Lenins These: „Den Kampf gegen eine Religion darf man nicht mit der Verkündung abstrakter Ideologien führen... Man muß ihn mit der konkreten Praxis des Klassenkampfes verbinden, um so die sozialen Wurzeln der Religion auszumerzen.“ Alle Anstrengungen der Sowjets auf diesem Wege sind tatsächlich gekennzeichnet von der Neigung, den bürgerlichen, reaktionären Charakter der mohammedanischen Religion zu zeigen. Bis zum vollständigen Sieg des Stalinismus, d. h. solange in der Sowjetunion noch eine gewisse (wenn auch sehr begrenzte) Freiheit der ideologischen Diskussion innerhalb der Kommunistischen Partei möglich war, hatte diese Tendenz manchmal unter der Kritik zumindest hinsichtlich des sozialen Aspektes des ursprünglichen Islam zu leiden.

Wir beginnen mit der Meinung des Professors V. Bartold über den Propheten Mohammed. Bartold war nicht nur ein Orientalist von Weltruf, sondern auch ein großer Islamkenner. In einem Artikel über die Omaiaden sagt er: „Dieser Verkünder der neuen Religion, der die Menschen zur Vereinigung nach den Prinzipien von Gleichheit und Brüderlichkeit aufrief, dieser Ankläger gegen die Ausschreitungen der Machthaber, dieser Streiter für die Armen gegen die Reichen, dieser Mann wurde der Leiter des Staates“¹⁾. Ein Pseudonymus „*Kritikus*“ hat in einer Rezen-

¹⁾ Zeitschrift „Neuer Orient“ (russ.), Nr. 2, S. 52, Moskau 1922.

sion zu M. A. Reysners Buch über die Ideologie des Orients (Moskau 1927)²⁾ die Argumentation über den angeblich bürgerlichen Charakter des ursprünglichen Islam bekämpft. Der Koran wurde in einzelnen Suren geschrieben und nahm die endgültige Form einer Sammlung erst zur Zeit des Kalifen Osman an, der völlig unter dem Einfluß seiner omaijadischen Verwandten stand, die Vertreter der damals wichtigen Kapitalinteressen waren. „Es gibt keinen Zweifel darüber, daß sie alle Verse des Koran, in denen Mohammed die Vertreter der besitzenden Klassen erbittert bekämpfte, strichen, und einer seiner engsten Mitkämpfer, Abdallah Ibn Masud, klagte Osman dieserhalb offen an, so daß wir heute nicht mehr in der Lage sind, die soziale Grundlage des Koran in der alten Form wiederherzustellen.“

Dann widerlegt *Kritikus* die Ansicht Reysners, daß der Koran die Ideologie der Handelskreise vertreten habe: „Reysner erkennt an, daß Mohammed nicht zum Hochadel Mekkas gehörte, aber — man weiß nicht, warum — er behauptet, daß die Bedürfnisse des internationalen Handels die Araber, besonders diejenigen, die sich mit Karawanenhandel abgaben, auf die Notwendigkeit, sich zu einer Organisation zusammenzuschließen, hinwiesen. Die Ausplünderung der Karawanen und die dadurch entstehenden Verluste waren ein gewichtiges Argument zugunsten dieses Zusammenschlusses. Aber da die kleinen Kaufleute unter diesen Plünderungen gleichermaßen litten, entstand dieser Gedanke der Einigung in dem Kopf des kleinen Kaufmanns Mohammed.“

Nach *Kritikus* bestand jedoch die Mehrheit der arabischen Bevölkerung aus Beduinen, die an den Plünderungen mehr interessiert waren als an der Sicherheit der Karawanenstraßen. Schließlich war nur eine kleine Gruppe der Einwohner Mekkas an dieser Sicherung interessiert, und es ist schwer verständlich, warum Reysner annimmt, daß diese Sicherheit des Verkehrs von vornherein die kleinen Kaufleute mehr interessierte als die großen, die erbitterten Feinde Mohammeds.

Darüber hinaus läßt sich diese Ansicht nicht mit dem Zinsverbot des Koran vereinigen. Außerdem ist wohl bekannt, daß sich die ersten Anhänger Mohammeds aus Sklaven und Freigelassenen, aus Priestern, Künstlern und Bauern Medinas zusammensetzten. Zum Schluß betont *Kritikus*: „Der Islam war zu Anfang ein Protest des unterdrückten Volkes gegen seine Bedrücker und wurde erst später die Religion der Ausbeuter, als er in die Hände der Handelsaristokratie, der Omaijaden, geriet.“ „Nach dem Koran werden die Araber keineswegs als ein auserwähltes Volk betrachtet. Der Islam ist die internationalste aller Religionen bis auf unsere Tage.“

Die wesentlichen Thesen dieser Propaganda finden sich in einem 1933 erschienenen Artikel von L. Klimowitsch: „Marx und Engels über den Islam und die Art der Behandlung des Problems seiner Entstehung in der sowjetischen Forschung“³⁾. Dieser Autor scheint der amtliche Sprecher des Stalinismus zu Fragen des Islam, besonders des Islam in der Sowjetunion, zu sein.

Gemäß der ideologischen „Technik“ der Kommunistischen Partei bemüht sich Klimowitsch, seine Argumentation gegen den Islam auf Äußerungen der großen marxistischen Führer zu stützen. Zu seinem Pech haben sich weder Lenin noch Stalin über diese Frage ausgelassen, was ihn zwingt, seine Aufmerksamkeit auf

²⁾ ebenda, Nr. 22—23, S. 356—365.

³⁾ „Der revolutionäre Orient“ (russ.), Moskau 1933, Nr. 3/4, S. 59 ff.

Marx und Engels zu konzentrieren. Über deren Ansichten zu diesem Problem schreibt er: „... Marx und Engels sind die ersten in der Geschichte, die den Islam genau erläutern, aber nicht als Schöpfung eines beliebigen Menschen namens Mohammed, sondern als Religion, die eine irdische Grundlage in den sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen hat.“

Unter Bezugnahme auf die Ansichten von Marx und Engels schließt Klimowitsch: „Der Islam entstand in einem Bereich grundlegender Veränderungen, die sich im 6./7. Jahrhundert innerhalb der verschiedenen, in Arabien bestehenden sozialen und wirtschaftlichen Ordnungen vollzogen und deren innere wie äußere Gegensätze bis zum letzten gingen. Es vollzog sich damals in Arabien eine große Feudalisierung. Vom sozialen, politischen und religiösen Standpunkt aus findet dieser Vorgang seinen Ausdruck erstens in der Vereinigung der Stämme und zweitens in dem phantastischen Abglanz dieses Zentralisationsvorganges auf die Religion.“

„Arabien befand sich inmitten einer radikalen historischen Umwandlung, die durch soziale und wirtschaftliche Tatsachen vorbereitet und verursacht worden war. Die ersten äußeren Zeichen dieser Wandlung waren, wie Engels beobachtet hat, militärische Operationen, durch die das arabische Nationalbewußtsein erwachte. Später ... wurde dieses, indem es eine religiöse Form annahm, phantastisch zurückgestrahlt und wurde zum eigentlichen Kern des Islam.“

„Seinem sozialen Gehalt nach repräsentierte der Islam die Ideologie der Feudal-klasse, indem er die sozialen Unterschiede und die Ausbeutung rechtfertigte.“

Aber Klimowitsch bleibt hier nicht stehen, sondern er geht so weit, daß er die Existenz des Propheten Mohammed leugnet, indem er schreibt: „Für uns ist es völlig klar, daß wir weder die Zeit von Mekka noch die von Medina im Leben Mohammeds anerkennen können, weil er als historische Gestalt überhaupt nicht existiert hat.“

Es versteht sich von selbst, daß nach der Veröffentlichung dieses Aufsatzes von Klimowitsch kein sowjetischer Schriftsteller mehr daran denken konnte, die fortschrittlichen Sozialthesen des Islam zur Zeit Mohammeds zu verteidigen, wenn er nicht in die Reihe der Konterrevolutionäre eingeordnet werden und deren Schicksal in einem Konzentrationslager teilen wollte.

Im Bereich der von Klimowitsch gezogenen Linien werden die Sowjets künftig ihre Politik gegen die mohammedanische Religion auf ihrem Staatsgebiet führen. Wir sagen ausdrücklich „auf ihrem Staatsgebiet“, denn ihre Propaganda bei den mohammedanischen Völkern im Ausland nimmt je nach Zeit und Ort verschiedene Formen an.

Wir wollen nicht versuchen, hier die Argumente von Klimowitsch zu widerlegen. Es ist dagegen interessant zu erwähnen, daß die Große Sowjetische Enzyklopädie dem Islam eine ganze Reihe von Artikeln über 35 Seiten hinweg gewidmet hat (Bd. 29, Ss. 371–406, hrsg. 1935). Der Schlußabsatz dieser Artikelreihe stellt ihre Argumente gegen den fortschrittlichen Charakter des ursprünglichen Islam in Frage, denn die bürgerlichen Islamkenner seien wegen des kleinlichen Charakters ihrer Methode „unfähig“, die Frage auf wissenschaftlicher Grundlage zu behandeln: „... die sowjetische Islamforschung stellt sich die Aufgabe, eine marxistische Geschichte des Islam zu schreiben und darin vor allem nach dem Ursprung und den

sozialen Wurzeln dieser Religion zu fragen. In der Behandlung der Frage nach dem Ursprung des Islam haben die sowjetischen Islamkenner einige Theorien aufgestellt, von denen die ‚handelskapitalistische Theorie‘ vor 1931 am meisten vertreten war; nach dieser Theorie wirkte der ‚Handelskapitalismus‘ als ein von anderen Aspekten des sozialen und wirtschaftlichen Lebens völlig unabhängiger Faktor. Das ist eine methodologisch falsche Deutung. Parallel mit ihr liefen zwei andere Theorien um: die ‚Nomadentheorie‘ und die ‚Bauerntheorie‘; die eine erklärt den Ursprung des Islam aus der Wirtschaftskrise der Beduinen, die durch den Mangel an Vieh verursacht worden sei — durch die Notwendigkeit, sich dieser Krise durch die Auswanderung aus der Arabischen Halbinsel zu entziehen. Die zweite Theorie stellt den ursprünglichen Islam als Ausdruck der Interessen der arabischen Bauern dar. Nach der Diskussion über die sozialen und wirtschaftlichen Faktoren hat die sowjetische Islamforschung den ursprünglichen Islam als die Ideologie des entstehenden Feudalismus gedeutet.“

Daraus ergibt sich also, daß die sowjetischen Islamforscher „den Wagen vor das Pferd gespannt haben“: sie haben die Schlußfolgerung gezogen, bevor sie das Problem von Grund auf erforscht hatten. Wenn man den Artikel über den Ursprung des Islam in der Großen Sowjetischen Enzyklopädie liest, ist man von den Widersprüchen, die einem dort auf Schritt und Tritt begegnen, betroffen. Z. B. sagt dieser Artikel auf der einen Seite, daß der Islam unter den Armen und Sklaven der Stadt Mekka entstand, die dann vor dem Druck der besitzenden Schichten nach Medina fliehen mußten, wo der Einfluß dieser Klassen sich nicht auswirkte. Aber trotzdem ... „entwickelte sich der Islam später in ideologischer und organisatorischer Hinsicht auf eine Weise, die den Interessen der herrschenden Klasse von Mekka entsprach“.

Der Artikel über die Person des Propheten Mohammed leugnet nicht ausdrücklich dessen Existenz, er sagt einfach: ... „wir haben kein sicheres und wissenschaftlich erhärtetes biographisches Material zur Verfügung, auf dessen Grundlage man von Mohammed als historischer Gestalt sprechen könnte.“

Diese Artikel der Großen Sowjetischen Enzyklopädie haben wie die ganze für den Gebrauch der Sowjetbevölkerung bestimmte sowjetische Literatur die Aufgabe, den Islam als reaktionären Faktor darzustellen. Klimowitsch z. B. sagt in seinem Buch über den Islam im zaristischen Rußland (Moskau 1936), es sei sein Ziel, „die reaktionäre Rolle des Islam in der Geschichte Rußlands zu zeigen“. 1937 ist ein weiteres Buch von ihm über den Islam erschienen, in dem er am Anfang sagt: „Zu Beginn der Großen Proletarischen Revolution waren die mohammedanischen Organisationen in der UdSSR unablässig gegen die Macht der Sowjets tätig.“

Die Gefahr des Krieges mit Deutschland seit Anfang 1938 und vor allem der Krieg selbst zwang die Sowjets, die Propaganda gegen die mohammedanische Religion innerhalb ihres Staatsgebietes nicht nur aufzugeben oder zu mäßigen, sondern sie machten ihren mohammedanischen Untertanen sogar einige Konzessionen auf religiösem Gebiet — wie auch der orthodoxen Religion. Diese Konzessionen haben die Form einer gewissen religiösen Toleranz angenommen, z. B.:

Gottesdienstliche Handlungen wurden geduldet, eine gewisse (ziemlich begrenzte) Anzahl von Moscheen wurde wieder eröffnet, und mit der Verbesserung der Kriegs-

lage wurden sogar Pilgerfahrten nach Mekka usw. wieder erlaubt. Unter dem Druck der deutschen Armeen beriefen die Sowjets 1942 einen mohammedanischen Delegiertenkongreß ein, der einen Aufruf an die Mohammedaner der Sowjetunion erließ, sich mit der sowjetischen Regierung im Kampf gegen den faschistischen Imperialismus zu verbünden.

Dieser Wechsel der Taktik entsprach einer großen innen- und außenpolitischen Sorge. Einerseits hatte die deutsche Invasion in der Tat bei den Mohammedanern der Sowjetunion Hoffnungen auf eine Verbesserung ihres Schicksals geweckt. Andererseits war es für die Sowjets sehr wichtig, die deutsche Propaganda bei den Mohammedanern des Auslands, besonders in Arabien und im Iran, zu bekämpfen, — und zwar sowohl wegen der großen deutschen Erfolge in Nordafrika als auch deswegen, weil sich die Belieferung der Sowjetunion durch die Alliierten teilweise über die mohammedanischen Länder vollzog. Die Sowjets hatten vor Beendigung der Feindseligkeiten diplomatische Beziehungen zu einer ganzen Reihe von mohammedanischen Ländern aufgenommen — zunächst mit den arabischen Staaten —, so daß sie jetzt auf einen guten Eindruck dort bedacht waren. Nach dem Kriege haben sie ihr diplomatisches Vertretungsnetz auf die neu entstandenen mohammedanischen Staaten Pakistan, Indonesien u. a. ausgedehnt.

Dem Bedürfnis nach Propaganda im Ausland verdanken wir die einzige in unserem Besitz befindliche Auskunft über die Zahl der Moscheen in der Sowjetunion. Nach Nr. 258 von *Soviet War News* (16. 5. 1942) gab es bei Kriegsausbruch 1312 islamische Gotteshäuser.

Nach dem russischen Statistischen Jahrbuch für 1914 (St. Petersburg 1915) hatte es dagegen vor Beginn des Ersten Weltkriegs im Zarenreich — unter Ausschluß des Khanats Chiwa und des Emirats Buchara — 24 582 selbständige muslimische Gemeinden gegeben (S. 85/6). Nach *Revue du monde musulman*, Paris 1914, Bd. 28, S. 269–74, bestanden im Zarenreich (ebenfalls ohne Chiwa und Buchara) am 1. Januar 1912 insgesamt 26 279 Moscheen oder islamische Gebetshäuser⁴).

In den drei turkestanischen Gebieten Samarkand, Ferghana und Sir Darja hatten vor 1917 bei einer Bevölkerung von 4 368 367 insgesamt 13 005 Moscheen bestanden. Von diesem Zahlenverhältnis aus läßt sich schließen, daß Buchara und Chiwa bei einer Bevölkerung von 3,25 Millionen ungefähr 9000 Moscheen besaßen. Das ist besonders aus dem Grunde nicht zuviel, weil gerade Buchara als Mittelpunkt islamischen Lebens galt. Diese 9000 müssen zu den oben erwähnten 26 000 zugechnet werden, so daß also vor dem Ersten Weltkrieg 35 000 Moscheen bestanden, wo die Sowjets selbst vor dem Zweiten Weltkrieg die Zahl 1312 angeben! Ein Kommentar erübrigt sich.

⁴ Der von R. Majerczak geschriebene Aufsatz: „Une nouvelle statistique de la population musulmane en Russie et de la presse musulmane russe“ stützt sich auf die Arbeit von M. S. Rybakow über den statistischen Bestand der Moslems in Rußland, die in Nr. 11 der Zeitschrift *Мир Ислама* des Jahrgangs 1913 amtliche Konfessionsstatistiken des Petersburger Innenministeriums auswertet.

TURKMENEN AUF DER FLUCHT

Ende der zwanziger und Anfang der dreißiger Jahre war Ost-Turkestan (Sinkiang) in 24 Bezirke aufgeteilt, als deren oberste Beamte in der Regel Chinesen eingesetzt wurden. In dem Verwaltungsbezirk, dem Barkul und Hami angehörten, regierte 1930 Yang Tschang-tschung. Dieser begann 1931, mit den Kommunisten gemeinsame Sache zu machen, und erlaubte ihnen, in sein Gebiet einzudringen. Sein engster Mitarbeiter, Tsching Schin-schai, verfolgte besonders eine antireligiöse Politik und schaltete so viele mohammedanische Große wie nur möglich aus.

1932 begann sich den dortigen Turkvölkern eine heftige Strömung gegen diese Politik zu entwickeln. Sie dehnte sich mit der Zeit auf alle von ihnen bewohnten Gebiete aus. So begann im Altai der Turkmenen Osman Batur, offen gegen die Kommunisten Stellung zu nehmen, er sammelte Gleichgesinnte um sich und griff die Kommunisten an. Die zwar glaubensstarken, aber schlechtbewaffneten Turkmenen konnten sich bis 1936 halten. Als die kommunistischen Kräfte aber immer stärker wurden, brachen am 12. November 1936 18 300 mohammedanische Turkmenen von Barkul aus auf, um sich eine neue Heimat zu suchen. Im Gebiet von Nom wurden sie von etwa 500 Kommunisten angegriffen, konnten diese jedoch vernichten und machten sich dann auf den Weg nach der Provinz Kansu. Die Kommunisten verfolgten die Flüchtenden mit Autos und Flugzeugen. In einem dreitägigen Gefecht am Matsin-Shan wurden etwa 300 Turkmenen getötet. Schließlich erreichten sie die Stadt Kiutschuan (Sutschou). Dort traten sie in Verbindung mit den Würdenträgern der chinesischen Mohammedaner. In Kiutschuan erlagen noch 800 Turkmenen ihren Wunden oder den Strapazen des Zuges.

Die Turkmenen, die 1937 in dieser Stadt blieben, wurden von den Kommunisten zur Rückkehr eingeladen, lehnten jedoch ab. Mittlerweile begannen auch Streitigkeiten und blutige Auseinandersetzungen mit den Nationalchinesen. Ein Teil der Turkmenen flüchtete in den Süden der Provinz Tsinghai, der Rest machte sich auf den Weg nach Indien. In ständigem Kampf mit den Kommunisten zog diese Abteilung nach

dem Gas Nor und in das westliche Hochland von Tsaidam, wo sie etwa 200 Kommunisten im Kampf töteten. Dort blieben sie dann 14 Jahre. Zusammen mit den Truppen Tschiang Kai-scheks begannen sie 1947 wieder, gegen die Kommunisten zu kämpfen. Zu den Turkmenen stießen noch flüchtende Mohammedaner aus anderen umliegenden Gebieten. 1950 vereinigte sich auch Osman Batur mit 500 Anhängern aus dem Gebiet von Urumtschi mit den Barkul-Turkmenen. Jedoch begann 1950 ein starker kommunistischer Angriff auf das Hochland von Tsaidam und führte zu einer einwöchigen Schlacht. 1951 flohen die Turkmenen schließlich nach Indien. Ein Teil wurde vom Hauptzug abgesprengt und wahrscheinlich aufgegeben, der Rest trat nach Kaschmir über und wurde entwaffnet.

Die in Ladakh untergebrachten Turkmenen versuchten, in die Türkei auszuwandern. Nach Erhalt der Einreisegenehmigung kamen sie mit Hilfe Scheich Abdullahs und Pandit Nehrus nach Bombay. Von dort ging die Reise weiter per Schiff nach Basra und per Eisenbahn in die Türkei. 1780 Turkmenen erreichten die türkische Grenze. Von ihnen wurden 103 Familien im Vilâyet Kayseri im östlichen Mittelanatolien, 10 im Vilâyet Adapazari am Golf von Izmit und 85 Familien im Vilâyet Manisa im Ägäisgebiet angesiedelt. Der Rest, 398 Familien, lebt noch in Notunterkünften in Istanbul. Um ihnen das Einleben zu erleichtern und ihre Wartezeit auszunützen, wurden für sie Kurse in handwerklichen und hauswirtschaftlichen Fächern eingerichtet.

Ernst Schmidt

Turkestan und Bandung

Das Nationalturkestanische Einheitskomitee weist von Amman in Jordanien aus die Asiatisch-Afrikanische Konferenz darauf hin, daß der russische und der chinesische Kolonialismus das turkestanische Volk in den fünf turkestanischen Sowjetrepubliken und in Ostturkestan weiter unterdrückt. Es fordert Freiheit für die 25 Millionen Turkestaner in ihrer 5 Millionen qkm großen Heimat.

Saudisch Arabien — Ein Staat tritt in die Geschichte ein

Saudien ist vor eine zur Zeit einzigartige Aufgabe gestellt: es soll aus einem bisher abgeschlossenen, weltfernen, in den einfachsten sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen lebenden Lande ein moderner Staat geschaffen werden.

Saudiens erster König

Dieses Land ist von unvorstellbarer Ausdehnung. Es ist ebenso groß wie Indien mit 450 Millionen Einwohnern. Die Zahl der saudischen Staatsangehörigen wird auf etwa 6 Millionen geschätzt. Die gewaltigen Entfernungen, mehr aber noch die wasserlosen Wüsten machen eine Zählung zumal der nicht sesshaften Bevölkerung unmöglich. Diese lebte kärglich bis vor einigen Jahren lediglich vom Anbau kleiner Oasen und der Viehzucht. Einigen der großen Familien der heiligen Städte brachten die bis zu 300 000 Mekka besuchenden Pilger Einnahmen. Sie und die Söhne einiger Beduinen-Scheichs hatten allein als Kaufleute, türkische Beamte und Offiziere Beziehungen zur Außenwelt.

Da kamen die Weltkriege, da kam das Öl. Mit dem Jahre 1914 wurde Arabien als solches wachsend in die Weltpolitik einbezogen. Mit den bald danach im Irak, dann Ägypten und nicht zuletzt Saudien gefundenen und aufgeschlossenen Ölquellen strömte Geld, viel Geld in diese Wüstenländer. Engländer, Niederländer, Amerikaner und Franzosen bemühten sich um sie, um das Geschäft. Saudiens erster König hatte den Vorteil und die Freiheit, seine Bedingungen auf Grund der Erfahrungen der Nachbarländer festzusetzen. Er wählte die Amerikaner als Partner, weil sie Sieger, reich und, wie ihm schien, nicht so gerissen wie die andern waren.

Abdul Aziz war in jeder Hinsicht eine große Gestalt. Seine überragende und durch alle Angriffe schließlich nur gefestigte Stellung hatte er sich durch überlegene Klugheit, Kenntnis seines Landes und Großmut zu erwerben gewußt.

Nun war er nicht mehr auf die schwankenden Pilgereinnahmen beschränkt. Er bekam bare Dollars, große Summen, wachsende Summen zur Verfügung. Bald hatten sie die Zivilliste des letzten deutschen Kaisers überschritten, dann ihr Zehnfaches erreicht, und noch immer stiegen die vertragsmäßigen *Royalties*, Monopolgebühren und daneben und darüber hinaus die Steuereinnahmen. Das einströmende Geld wurde zwar an den Monarchen persönlich gezahlt, blieb aber keineswegs in seinen und den der von ihm reichlich mitbedachten Familie Händen. Großzügig gab er – darin ein rechter König – den alten Mitkämpfern, Freunden und Helfern. Nehmt, bedient Euch, rief er gewissermaßen den Zögernden, Gewissenhaften zu.

Und sie kamen aus allen Teilen Arabiens, der arabischen Länder, boten ihre Dienste an und fanden irgendein Unter- und Einkommen. Sie fanden es nicht allein, sondern zogen ihre Familie, ihre Verwandten nach. Saudisch Arabien brauchte Leute, die die ihm bisher unbekannte Welt, ihre Sprache kannten. So besetzten bald Syrer aus den großen Familien von Damaskus, kleinere Angestellte und tüchtige Kaufleute und Unternehmer aus dem Libanon, Mitglieder der sozusagen regierenden, aber ausge-

wiesenen Familien aus Palästina erste und zweite Posten. Etwas Politik des alten Königs mag auch bei ihrer Berufung oder Zulassung mitgesprochen haben. Denn mit der ihm zu weitgehenden Selbständigkeit seiner eigensten Stammesgenossen, so sehr sie einer echten Überzeugung entsprungen sein mochte, hatte er gefährliche Erfahrungen gemacht.

Neue Kleider

Mit den immer weiter sich ausdehnenden Anlagen der Amerikaner, dem Hinzuziehen und Anlernen immer neuer Kräfte, der finanziellen Möglichkeit, große Aufgaben zu bewältigen und der immer engeren Verbindung mit dem Westen und seiner Technik bereiten sich gewaltige Umwälzungen gerade auch auf sozialem Gebiet in Saudien vor. Die Anlagen der *Aramco*¹⁾ in Dhahran, Ab Kaik, Daman und Ras Tanura haben nicht weniger als 20 000 Arbeiter allein in die genannten Städte gezogen. Außer Sauditen, Ansässigen oder Nomaden, kamen Arbeiter aus Aden, dem Jemen, Indien und Pakistan, Angestellte aus Syrien, dem Libanon und Palästina. Sie wurden mehr und mehr in den amerikanischen Produktionsprozeß eingebaut, für immer neue und höhere Funktionen angelernt und immer höher bezahlt. Damit aber lernten sie neue Anschauungen, neue Kleider, neue Bedürfnisse, kurz den *American Way of Life* kennen. Die Amerikaner weisen mit Genugtuung darauf hin, daß, wo früher die Arbeiter am Donnerstagabend von Angehörigen mit einem Esel oder Kamel an der Zahlstelle erwartet wurden, um nach Hause zu reiten, eine Reihe blitzender, starker Kraftwagen auf sie wartet.

Überlegenden Sauditen erscheint dies eher bedenklich. Ist die hemdartige *Galabieh* erst einmal den kurzen Hosen und Polohemden gewichen, so machen sich neue Auffassungen und Ansprüche geltend. Diese Auffassungen finden Ausdruck in einer wachsenden Kritik der Arbeiter und Jugend gegenüber Autoritäten, religiösen, amtlichen, familienmäßigen, ja sogar der Person des Königs.

Der versucht die Souveränität mit den Mitteln zu stabilisieren, die zu anderen Zeiten und anderen Umständen sein großer Vater mit Erfolg angewandt hatte, mit Großmut, Freigebigkeit, königlichem Prunk, der Versöhnung durch Heirat und Gastbesuchen. Der Vater aber war noch durch die Schule der Not gegangen, er kannte auch den königlichen Zorn, vor dem alles erzitterte. Heute besänftigt, stillt er nicht mehr das soziale Selbstbewußtsein, die Kritik, die der abgrundtiefe Unterschied zwischen unvorstellbarem Luxus und ebensolchem Elend hervorruft.

Zum ersten Male in Arabiens Geschichte hat es Arbeitseinstellungen gegeben. Sie wurden verboten und unterdrückt. Aber ihre Wirkungen gehen weiter. Zwar sind die Arbeitsbedingungen verbessert, die Löhne erhöht, aber damit die heraufziehenden Probleme nicht beseitigt worden. Mit Industrie und Geldwirtschaft haben proletarisches Denken und Fühlen Einzug gehalten und kommunistischen Gedanken den Weg bereitet – im Land der höchsten individuellen Freiheit und größten monarchischen Autorität. Das fühlen heute nicht nur einige, bis dahin seltene, jüngere echte Sauditen, sondern auch die regierenden Kreise.

In gewissem Maße war dies schon die Sorge des alten Königs, der selbst dazu überging, seine persönlichen Ausgaben einzuschränken und von den Staatsausgaben zu

¹⁾ Arabian American Oil Company

trennen. Zwar widerstrebte es seiner Allherrschernatur, die persönliche Verfügung über die gesamten Staatseinnahmen – gewohnt, die Ausgaben aus der eigenen Tasche zu zahlen – aufzugeben, aber schon vor seinem Tode wurde ein erstes Budget aufgestellt, bewilligt und seine Einhaltung den Ministern zur Pflicht gemacht. Wie weit es wirklich eingehalten wurde, ist schwer zu beurteilen. Jedenfalls hat sich alsbald ein Bedürfnis nach Ausgestaltung bemerkbar gemacht und zu einer weiteren Spezifikation der dem Hof vorbehaltenen Summen geführt. Zum Teil sind auch Bedürfnisse der Ministerien an Stelle der persönlichen Wünsche des Königs und in deren Verfolgung getreten. Eine Oberrechnungskammer ist eingeführt oder sagen wir besser, um die Entwicklung und Verhältnisse zu kennzeichnen, vorgesehen. Das sind wichtige Zeichen eines Bestrebens, den bei den sich komplizierenden moderneren Verhältnissen deutlich fühlbaren Reformeinsichten und Bestrebungen gerecht zu werden.

Von uns wird viel erwartet

Wie sollte sich die Westliche Welt, wie Deutschland zu ihnen stellen? Mit einer sympathischen Beobachtung, so sehr es noch an ihr fehlt, sollten wir uns nicht begnügen. Wir sind anderen Nationen gegenüber auf dem östlichen Feld gewaltig im Hintertreffen. Man vergleiche nur die Literatur Amerikas, Englands, Frankreichs und Italiens mit der unseren. Außer den gelehrten Veröffentlichungen der Morgenländischen Gesellschaft haben wir kein Organ, das nur im Entferntesten an den *Oriente Moderno* heranreicht. Die Veröffentlichungen unserer Orientverbände bringen wenig, was über ihre kaufmännischen Interessen hinausgeht. Unsere Orientalisten sind fast ein halbes Menschenalter von ihren Forschungsstätten abgeschnitten gewesen, die Zahl der Arabisten ist bedenklich gefallen und der Nachwuchs schwach. In der wissenschaftlichen Literatur sind nur noch Hartmann und Bröckelmann in Übersetzungen vertreten. Und alte Freunde darben der unmittelbaren Nachrichten aus Deutschland. Ja, weit schlimmer ist, sie kommen nur in Form von unsere Gedanken, Auffassungen, Bestrebungen nicht gerade glücklich wiedergebenden Illustrierten. Eine einseitige Bilderauswahl allein verdolmetscht unser Verständnis und unsere Gefühle. Da sie von der anderen Seite uns hoffnungs- und erwartungsvoll entgegengetragen werden, sind Enttäuschungen unausbleiblich. Und wieviel wird nicht von uns als Nichtkolonialen, Nichtimperialisten, Mitleidenden an Verständnis für und Hilfe am Aufbau eines jungen Staates erwartet: Uneigennütziger Rat, technische Hilfe, persönliche Mitarbeit am Staat, seiner organischen Entwicklung und der Gesundheit seines Volkes. Das Geschäftliche, an das leider der Kaufmann, über diese Gesichtspunkte hinwegsehend, denkt, ergibt sich dann von selbst.

RELIGION — NATURWISSENSCHAFT — POLITIK

Die Reichweite des menschlichen Geistes

Wenn man sich heute die Frage vergegenwärtigt, was zu der allgemeinen Glaubenslosigkeit geführt hat, so kann man nicht umhin, einen Teil dieser Schuld den modernen Naturwissenschaften zuzusprechen.

Das Kopernikanische Weltsystem war zum Siege durchgedrungen, die Kepler'schen Gesetze hatten die Himmelsbewegungen einer festen Norm unterworfen, durch Stevinus und Galilei waren die Gesetze der Statik und Mechanik, durch Gilbert die Gesetze der magnetischen Kraft, durch Harvey die mechanische Erscheinung des Blutkreislaufes entdeckt worden. Alle Bestrebungen neigten zu einer Mechanisierung ihrer gemachten Beobachtungen. Bei der analytischen Betrachtung konnte auch das Wort „Seele“, das in späteren Jahren eine ständige Verdrängung durch die Physiologie erfuhr, keinen Platz mehr finden. Ganz offensichtlich gingen die Bestrebungen der materialistischen Weltanschauung darauf aus, mit Hilfe der modernen Naturwissenschaften einen entscheidenden Schlag gegen das religiöse Denken zu führen.

Jedoch die Schuld nur allein auf die Naturwissenschaften zurückzuführen, wäre ebenso töricht, wie wenn man sich auf das christliche Dogma versteift. Die große Zeit der Naturwissenschaften mußte notwendigerweise die Lösung vom christlichen Dogma herbeiführen. Der Erfolg war der, daß der Kampf dieser beiden Strömungen eine unheilvolle Verwirrung anrichtete. Bemühungen der Kirchen, eine völlige Trennung zu verhindern, führten nur zu Teilerfolgen.

In diesem Zusammenhang verdienen die Untersuchungen des amerikanischen Prof. J. B. Rhine eine besondere Beachtung. Seine Arbeiten gehen von dem Grundgedanken aus, daß der Ausgangspunkt der Naturwissenschaften wieder mit dem religiösen Grundgedanken vereint werden muß. Das theologische und philosophische Argument hat seine wesentliche Bedeutung im Kampf gegen die materialistische Weltanschauung verloren. Die Überbewertung der Wissenschaft, Zweifel gegen die Glaubenssätze sowie das Haften der Masse an der christlichen Tradition ohne tiefere Bindung haben Rhine veranlaßt, die philosophische

Kernfrage, was das ist, was wir ohne Überlegung „Geist“ nennen, näher zu untersuchen. Auch Rhine läßt diese Frage unbeantwortet. Doch die Verwunderung über die Unwissenheit von diesen Dingen gibt Rhine den Anstoß, zwei wichtige Punkte zu untersuchen:

1. Ist der Mensch nur ein Produkt, das einer mechanisch-physiologischen Prozessordnung unterworfen ist?
2. Oder gibt es außerhalb dieser physiologischen Ordnung noch ein gewisses Etwas, das wir als „Seele“ oder „Geist“ bezeichnen?

Bereits im Jahre 1930 begann man an der Duke-Universität in Nordkarolina mit systematischen Reihenuntersuchungen hellistischer und telepathischer Phänomene. Bald waren die Experimente über Hellsehen in den Vordergrund gerückt. Über 85 000 Einzelversuche bestätigten die Tatsache, daß ASW-Phänomene (Außer-Sinnliche Wahrnehmung) in einem so hohen Maße bei den meisten Versuchspersonen (Studenten und Studentinnen) vorhanden sind, daß bei Aufstellung der Wahrscheinlichkeitsrechnung der „bloße Zufall“ überhaupt nicht mehr erwähnenswert schien. Dieselben Erfolge zeigten sich bei den späteren telepathischen Versuchen. Nur der bewundernswerten Ausdauer und Sauberkeit, mit der Rhine und seine Mitarbeiter jahrelang die Experimente verfolgten, war es zu verdanken, daß man diesen vorerst fragwürdigen parapsychologischen Phänomenen einen wissenschaftlichen Wert beimaß.

Hiermit waren Ansatzpunkte festgelegt, die deutlich auf Erscheinungen hinwiesen, die außerhalb der bloßen Gehirnmechanik liegen.

Die weiteren Bestrebungen führten zu ebenso umfangreichen Untersuchungen, ob Geist unmittelbar die Bewegung materieller Objekte beeinflussen kann. Bei diesen P. K.-Versuchen (P. K. = Psychokinese) wurden Würfel benutzt, die es so zu beeinflussen galt, daß sie mit einer bestimmten Augenzahl nach oben zur Ruhe kommen sollten. Die Arbeit begann im Jahre 1934. Vorerst waren die Ergebnisse keinesfalls zufriedenstellend. Ein Anzeichen jedoch,

das von größter Wichtigkeit für die späteren Beweise psychokinetischer Phänomene wurde, war die auffallende Kurve von Erfolgen und das plötzliche Sinken. Durch Zufall geriet man auf die Idee, kleine Belohnungen für besonders gute Leistungen auszustellen. Der Erfolg war verblüffend. Die Kurve der Erfolge stieg. In den späteren Verfahren mit automatischen Würfel- und Auswurfmaschinen (mit mehreren Würfeln) teilte man die Versuchspersonen in zwei Gruppen. Die einen, die über die P. K.-Phänomene keine Zweifel hegten, wurden als „Schafe“ oder Gläubige bezeichnet, während man den Skeptikern die Bezeichnung „Böcke“ verlieh. Beide Gruppen experimentierten und brachten den schlagenden Beweis, daß die Ergebnisse der Schafe weit über dem Durchschnitt lagen, während die Böcke durch ein tiefes Sinken der Erfolgslinie die schlechtesten Ergebnisse erzielten.

Versuchte man, „Gläubige“ während des Experimentes zu irritieren und von dem Gegenstand ihrer Arbeit abzulenken, trat systematisch ein Sinken der Kurve ein. Die Versuche zeigten, wie ausschlaggebend die Gemütsverfassung den Erfolg oder Mißerfolg bestimmten.

Rhine sagt: „Man bereite sich also in den folgenden Abschnitten, die ich unter der bloßen Annahme schreibe, daß ein paar Versuchspersonen instande sein werden, ihre ASW-Fähigkeit unter bewußte Herrschaft zu bringen, auf einiges Unglaubhafte vor.“

Diese Versuchspersonen würden bald die Welt der menschlichen Beziehungen verwandeln, da ein Scheinwerfer auf alle Geheimnisse des Menschen und der Natur gerichtet würde. Wir wissen bereits, daß Entfernungen und andere Hemmnisse bei ASW keine Rolle spielen

Kann der Geist in seiner jetzigen Enge schon eine bestimmte Karte eines tausend Meilen entfernten Kartenspiels erkennen (was die Experimente bewiesen haben), was sollte dann wohl verhindern, daß irgendwo in der Welt verborgenes Wissen von einer solchen Fähigkeit erreicht wird? Kriegspläne und Absichten jeder Art könnten überwacht und enthüllt werden. Dabei dürfte kaum je wieder ein Krieg möglich sein. Die Vorteile der Überraschung kämen in Wegfall. Jede geheime Waffe und jeder

strategische Plan wären der Entdeckung ausgesetzt. Die Nationen brauchten nicht länger vor den geheimen Machenschaften der anderen in Furcht zu leben.

Schon der dritte Teil der von Rhine prophzeiten Möglichkeiten wäre der Mühe wert, in Deutschland mit Ernst und Vorurteilslosigkeit eine Forschung über diese Dinge zu treiben.

Georg Schäfer

J. B. Rhine: *Die Reichweite des menschlichen Geistes*. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1950, 344 S., 12.— DM.

Freimaurer und Bibel und die USA

France Observateur vom 13. Januar 1955 berichtet, das Gesicht der französischen Freimaurerei habe sich gewandelt. Die maßgebenden liberal-bürgerlichen Politiker der Dritten Republik hätten ihr angehört, jetzt dagegen Sozialisten wie Guy Mollet und Ramadier. Bei Kriegsende habe sich die französische Freimaurerei in Auflösung befunden, viele damals ausgetretene Brüder seien nicht zurückgekehrt, z. B. Mendès-France. Die Mitgliederzahl betrage wieder etwa 30 000 (früher bis zu 50 000), das Schergewicht liege jetzt in der Sozialdemokratie, der Bürokratie der verstaatlichten Unternehmungen wie *Air-France*, *France-Presse*, Rundfunk sowie in der Schulverwaltung.

Die Tendenz gehe mehr als früher dahin, eine für die Freimaurer maßgebende politische Linie zu formulieren, statt nur einander zu fördern und gemeinsam das öffentliche Leben zu durchdringen; diese freimaurerische Linie laufe darauf hinaus, die zersplitterte Linke politisch zusammenzufassen.

Einen Rückschlag dieser Bestrebungen bilde die Aufnahme der Bibel in den Ritus der zweitgrößten französischen Loge, der „Grande Loge“ (zwischen 7000 und 10 000 Mitglieder). Bislang seien die französischen Freimaurer zwar tolerant gewesen und hätten neben Freidenkern auch Katholiken aufgenommen, aber alles Dogmatische und damit auch die Bibel aus ihren Riten ausgeschlossen. Die eindeutig christlichen, d. h. protestantischen, anglo-amerikanischen Freimaurer hätten jedoch von ihren französischen Brüdern die Aufnahme der Bibel in den Ritus gefordert.

Diese Forderung war der Gegenschlag gegen den Bruch der südamerikanischen mit

den nordamerikanischen Freimaurern. Hinter diesem Bruch stehe die anti-imperialistische Anti-Yankee-Bewegung. Im Norden werde den Südamerikanern vorgeworfen, sie nähmen sogar Kommunisten auf. Die Südamerikaner hätten sich mit den Franzosen zusammengeschlossen und mit ihnen im Juli 1953 – „*si mes renseignements sont corrects*“ – eine gemeinsame Charta geschlossen.

Die bedeutendste französische Loge, der *Grand Orient* (zwischen 15 000 und 18 000 Mitglieder), habe die britisch-nordamerikanischen Forderungen abgewiesen und halte an dem bisherigen, bibelfreien Ritus fest.

Ob sie damit für eine Politik der Neutralität außerhalb des amerikanischen Antisowjet-Kreuzzuges habe optieren wollen, lasse sich noch nicht entscheiden.

Die deutsche Freimaurerei sei nach dem Krieg von Frankreich her wiederaufgerichtet worden. Jetzt stehe sie jedoch unter dem Einfluß der finanzkräftigeren angloamerikanischen Freimaurerei, und ihr Großmeister habe in einer von ihm eingeladenen Konferenz mehrerer kontinentaler Großmeister im Interesse der internationalen Einigkeit „Konzessionen“ von den französischen Freimauern gefordert.

ZUR VERWIRKLICHUNG DER DEMOKRATIE AN DER SAAR

Sehr geehrte Herren!

In diesen Wochen, in denen die sogenannte Saarfrage zum Anlaß von innenpolitischen und außenpolitischen Auseinandersetzungen genommen wird, darf ich Sie auf einen Vorschlag aufmerksam machen, den ich am 26. 10. 1954 dem Vorstand der SPD machte: Ich legte dem Parteivorstand der SPD nahe, im Bundestag zu beantragen, daß gleichzeitig mit der Abstimmung der Saarbevölkerung über das in den Pariser Verträgen vorgesehene Statut auch die Einwohner der anderen zur Bundesrepublik gehörenden Länder über das Schicksal des Saargebiets abstimmen sollten. Da ich mir klar war, daß die starre Mehrheit im Bundestag einen Antrag dieser Art niederstimmen werde, auch eine ad-hoc-Saarkoalition aus SPD-FDP-BHE nicht ausreichend sei, schlug ich eine nur von der SPD, vielleicht in Zusammenarbeit mit anderen Parteien, vorzunehmende Unterschriftensammlung von der Art vor, die inzwischen über die Frage der Wiederbewaffnung und Wiedervereinigung örtlich und probeweise durchgeführt worden ist.

Eine Unterschriftensammlung ist in ihrer vom Grundgesetz genehmigten Legalität nicht bestritten.

Anders steht es dagegen mit dem Vorschlag einer Volksabstimmung. Die Weimarer Verfassung sah in ihren Artikeln 73 und 76 Volksbegehren und Volksentscheid vor. Eine nach diesem Muster vor-

zunehmende Regelung wurde durch den Verfassungskonvent des Parlamentarischen Rates im Westdeutschland der Nachkriegszeit absichtlich vermieden, weil man die Beunruhigung des Volkes durch die in der Weimarer Zeit vorgenommenen Volksabstimmungen noch in unangenehmer Erinnerung hatte. Infolgedessen sieht das Grundgesetz nur in seinem Artikel 29 Teilvolksabstimmungen für den Fall vor, daß bestimmte Landschaften eine Neugliederung des Bundesgebietes wünschen. (Sie haben in Ihrem Märzheft ausführlich über die damit geplanten Versuche zu einer verspäteten Reichsreform, wo es doch gar kein Reich gibt, referiert.)

Ich bin entgegen der herrschenden Lehre der Ansicht, daß Westdeutschlands Grundgesetz über den Artikel 29 hinaus eine Volksbefragung und Volksabstimmung vorsieht, obwohl allerdings die Bezeichnungen „Volksbegehren“ oder „Volksentscheid“ nicht gebraucht werden. Der Unterschied zur Weimarer Republik liegt darin, daß die Initiative zu einer derartigen Abstimmung nicht mehr vom „Volk“ in seiner Gesamtheit ergriffen werden kann. Wohl aber kann eine Abstimmung durch Fraktionen des Bundestages oder die Bundesregierung selbst in Gang gebracht werden.

Artikel 20, Satz 2 des Grundgesetzes lautet: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen ausgeübt.“

Ich argumentiere: Wenn das Volk lediglich die Wahl zum Bundestag vornehmen darf, warum spricht dann der Artikel 20 zusätzlich von „und Abstimmungen“? Wozu und worüber soll das Volk abstimmen, wenn als einzige Abstimmung nur die Bundestagswahl vorgesehen wäre, die ja doch durch den Begriff der „Wahlen“ umschrieben wird? Der Gesetzgeber kann nicht daran gedacht haben, daß sich das Volk jeweils durch eine Bundestagswahl für vier lange Jahre entmündigen soll.

Meines Erachtens genügt ein einfaches Gesetz, um eine Volksabstimmung nach Artikel 20, 2 anzuordnen. Das Grundgesetz bedarf dazu keiner Änderung (das wäre nur der Fall, wenn das Volk auch ein Initiativrecht nach Art des alten Volksbegehrens erhalten sollte).

Wenn die gegenwärtig amtierende Bundesregierung nicht allen Anlaß hätte, die wahre Volksmeinung zu fürchten, könnte sie den Artikel 20, 2 als wirkungsvolle innen- und außenpolitische Waffe benutzen. Die Bevölkerung selbst könnte die Welt, die auf das gegenwärtige Parlament

nicht genügend hört, zum Aufhören bringen. Es wäre möglich, am Tag der Saarabstimmung zugleich den Willen zur Einheit mit dem sowjetisch besetzten Gebiet Mitteldeutschlands zum Ausdruck bringen zu lassen.

Es ist nur die Frage, ob sich in der allgemeinen Lethargie der Nation noch genügend Instinkt erhalten hat, um das Zündende, dabei nicht Provokatorische dieses Gedankens zu erfassen. Nachdem man sich in Bundes-, Landes- und Kommunalwahlen die parlamentarische Mehrheit bestätigen ließ, könnte man hier in einer Einzelfrage, die alle angeht, den Rat der Allgemeinheit einholen. In der Stellungnahme zum Saarvertrag laufen die Fragen der Einheit, der Wiederbewaffnung, der charakterlichen Regeneration zusammen. Sie sollten nicht immer erneut in dem durch das deutsche Vakuum hervorgerufenen Wirbel umhergedreht werden. Sie sollten ihre Lösung dadurch finden, daß der Raum, in dem das deutsche Volk lebt, zu einem der Ordnungsfaktoren der Erde wird.

Willy Münch

ÖSTERREICH WARTET SEIT 10 JAHREN

Österreichs Staatsvertrag

Auf der Berliner Konferenz zwischen der Sowjetunion und den Westmächten im Januar 1954 verglich der amerikanische Außenminister die Bemühungen um eine Einigung über den österreichischen Friedensvertrag mit der antiken Sage von Sisyphus. Der Vergleich stimmt, und man kann sich kaum ein schlagenderes Beispiel für das Scheitern diplomatischer Anstrengungen und nationaler Wünsche denken als die Nachkriegsgeschichte Österreichs.

Wer diese sorgfältige Zusammenstellung der Tatsachen und Dokumente zu diesem Vorgang liest, mag sich wohl fragen, ob Mr. Dulles nicht eine noch genauere Analogie in Hans Christian Andersens Märchen von des Kaisers neuen Kleidern hätte finden können. In Österreich enthüllt sich mehr als irgendwo anders in der Nachkriegswelt die nackte Tatsache des sowjetischen Imperialismus, so verschiedenartig und geschickt auch die Anstrengungen sowjetischer Diplomaten zur Beschaffung

einer Reihe von Feigenblättern sein mögen, mit denen sie den wahren Grund für die Aufrechterhaltung der Besetzung Österreichs verdecken wollen.

Vom rein österreichischen Standpunkt aus gesehen, macht die sowjetische Nachkriegspolitik in Österreich den Eindruck zweckloser Halsstarrigkeit. Nur im größeren Zusammenhang der sowjetischen Ziele überall in Europa läßt sich die sowjetische Weigerung zum Vertragsabschluß mit Österreich richtig verstehen. Der Abschluß eines Staatsvertrages müßte zur Räumung Österreichs durch die Besatzungsmächte, auch durch die Sowjetunion, führen. Damit würde jedoch ein Signal für eine allgemeine Schwächung der sowjetischen Stellung in Osteuropa gegeben. Die sowjetischen Truppen in Ungarn und Rumänien, die dort bleiben müssen, um diese Länder sicher unter der Gewalt ihrer kommunistischen Minderheitsregierungen zu halten, haben amtlich nur den Zweck, die Verbindungslinien der Sowjetarmee zu den

Garnisonen in Österreich aufrechtzuerhalten. Wenn die sowjetischen Truppen aus Österreich zurückgezogen werden, fällt der einzige Vorwand für die Anwesenheit sowjetischer Soldaten in Ländern, denen die Sowjetunion theoretisch den Status souveräner Staaten zuerkennt. Die Folgen eines Abmarsches der Sowjetarmee aus diesen Ländern lassen sich nicht voraussagen. Es ist jedoch fraglich, ob die Sowjetunion sie riskieren will.

Die vielleicht wichtigste Überlegung der Sowjetunion im Zusammenhang mit Österreich ist die Tatsache, daß nach dem Abschluß eines österreichischen Staatsvertrages automatisch ein noch größeres und wichtigeres Problem, nämlich die Zukunft Deutschlands, in den Vordergrund rücken würde. Aus Gründen der Geographie, der Strategie und des Volkstums steht die sowjetische Politik in Österreich in unmittelbarem Zusammenhang zu den in Deutschland verfolgten Zielen der Sowjetunion. Es ist höchstwahrscheinlich, daß die führenden Männer der Sowjets ihren Einfluß auf einen Teil Österreichs ohne Rücksicht auf internationales Recht oder Moral behaupten werden, bis sie entweder ganz Deutschland gewonnen oder es endgültig verloren haben.

Die Herausgeber des wertvollen Dokumentenbandes über den österreichischen Staatsvertrag beschränken sich allein auf die österreichische Seite des Problems der sowjetischen Nachkriegspolitik in Österreich. Damit haben sie eine Arbeit geleistet, die in diesem begrenzten Rahmen sehr nützlich ist. Die Herausgeber des Buches entschieden sich dafür, die Tatsachen für sich selbst sprechen zu lassen, da sie wissen, daß die Wahrheit diejenige Waffe darstellt, die von den Sowjets am meisten gefürchtet wird und durch die sie am besten verwundbar sind.

Die beiden Teile des Buches sind ungefähr gleich lang. Auf den ersten 70 Seiten wird eine kurze Zusammenfassung über die hauptsächlichsten Ereignisse in der Nachkriegsgeschichte der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Österreich gegeben. Dann folgt eine Auswahl der wichtigsten Dokumente zu diesen Ereignissen bis 1953 in deutscher Übersetzung. Eine Reihe von Karten erläutert in nützlicher Weise Fragen wie die Sektoreneinteilung Wiens oder

den komplizierten Streit um das Territorium von Triest.

Leider ist der Gegenstand des Buches noch nicht Geschichte geworden. Noch zeigen die Sowjets in keiner Weise, daß sie zu einer Einschränkung ihrer Handlungsfreiheit in Österreich durch den Abschluß eines Friedensvertrages bereit sind. Man kann deshalb sicher damit rechnen, daß eine dritte erweiterte Auflage des Buches nötig wird. Bei dieser Gelegenheit sollte man seine Nützlichkeit durch ein paar kleinere Korrekturen erhöhen. Zum Beispiel sollten die Quellen für die Dokumente, die im Anhang unter I, V, VII, VIII, IX, X, XIII und XIV stehen, angegeben werden. Ein Namensverzeichnis wäre sehr willkommen. Die Bibliographie könnte erweitert werden, besonders sollten noch mehr wichtige Aufsätze aus wissenschaftlichen Zeitschriften, als sich schon bisher in den Fußnoten finden, angegeben werden. Schließlich wäre eine Benutzung leichter, wenn der eigentliche Text und die Anlagen durchgehend und nicht wie jetzt getrennt paginiert würden.

Robert M. Slusser

Die Sowjetregierung und der Österreichische Staatsvertrag, Bericht und Dokumente 1943–1953, hrsg. v. Prof. Dr. Werner Markert, Arbeitsgemeinschaft für Osteuropaforschung (in Kommission Böhlau Verlag, Köln-Riehl), Göttingen 1953, 1. Teil 70, 2. Teil 58 S., 8.— DM.

Austromarxismus – Illusion einer Partei neuen Stils

Die von Buttinger geschriebene autobiographische „Soziologie“ der österreichischen illegalen sozialistischen Bewegung (der „Richter“ des Berichts, Obmann der „Revolutionären Sozialisten“ während der wichtigsten Periode der Gruppe, ist mit dem Autor identisch!) gehört zu den interessantesten und lehrreichsten politischen Rechenschaftsablegungen dieser Tage. Merkwürdigerweise vor allem deshalb, weil Buttinger nirgends ein Hehl daraus macht, daß er subjektiv urteilt, – was gelegentlich in der Kennzeichnung fraktioneller Gegner zu etwas peinlichen Überspitzungen führt, aber dem Ganzen die Frische und Kompromißlosigkeit eines Mannes gibt, der nicht nur Geschehnisse, Organisationen und Ideen,

sondern mit Gegnern und Freunden auch sich selber unter das Gericht der Geschichte stellt.

Zwei Probleme schälen sich – neben manchen ändern – heraus, die, „am Beispiel Österreichs“ exemplifiziert, von allgemeiner Bedeutung sind.

Das erste ist die in jahrelanger Erfahrung gewonnene Erkenntnis, daß die – marxistische – Ideologie des optimistischen Determinismus, konfrontiert mit neuen geschichtlichen Phänomenen wie den faschistischen Massenbewegungen, als Richtlinie zu gegenwartsnahem Handeln immer unbrauchbar wurde und zur tastenden Neformulierung des revolutionär-sozialistischen Standorts führen mußte, als die „Illegale Partei“ der „RS“ die Nachfolgerschaft der austromarxistischen Sozialdemokratie übernahm. Die neue Position erwartete man dabei weniger von einer neuen, zu Ende gedachten Theorie als von „neuen Menschen“. „Der neue Geist“, formuliert Buttinger, „war die Auflehnung gegen alle herrschenden Richtungen. Die menschliche Wendung des politischen Denkens, die sich bei den Revolutionären Sozialisten ohne theoretisches Bewußtsein vollzog, brachte die ‚neuen Menschen‘ nicht um Haaresbreite näher an die Verfechter der alten Weltordnung heran.“

Nicht immer mit ganz „neuen“ Methoden im Fraktionskampf an die Spitze der österreichischen Illegalität gekommen, sah die neue Führung bald das zweite Problem: die im Zwielficht der Konspiration arbeitende Kaderpartei der RS behielt zwar in ihrer Analyse der Weltpolitik oder der Zwangsläufigkeiten der österreichischen Entwicklung mehr als einmal Recht, – aber dadurch wurde weder sie noch die von ihr, wie man hoffte, repräsentierte sozialistische Bewegung im Spiel der Großmächte ein Faktor, der irgend etwas ändern konnte. Der Führer der RS sah zwei Jahre später ein, daß die „Erneuerung ... eine Selbsttäuschung war. Seine Erwartung, auf ihrem Wege die alte sozialistische Gläubigkeit retten zu können, erwies sich als Irrtum ...“

So wurde – nach langen bitteren Erfahrungen – für nichtkommunistische Sozialisten nicht nur die geistige Sicherheit des „Sieges“ fraglich, sondern auch die Nützlichkeit der illegalen Arbeit unter einem faschistischen System, – solange die außen-

politische Konstellation nicht auf seine Liquidierung zielte.

Nur halbherzig hat Buttingers Freundeskreis im Exil später noch „Politik“ gemacht. Er selbst ging nach Kriegsende nicht nach Österreich zurück: das, was heute die SPÖ an Realpolitik tun muß, schien nicht mehr seines Amtes, obwohl Buttinger am Ende des Buches sagt, „daß es trotz des Niederganges der Parteien überall Menschen gab, in denen der sozialistische Geist am Leben blieb“. Wie diese wieder zum Einsatz kommen könnten, kann er leider nicht sagen.

Karl O. Paetel

Joseph Buttinger: „Am Beispiel Österreichs, ein geschichtlicher Beitrag zur Krise der sozialistischen Bewegung“, Verlag für Politik und Wirtschaft, Köln 1953, 672 S., 19.80 DM.

Bildnis eines österreichischen Nationalen

Diese Besprechung kommt drei Jahre zu spät; wäre ich nicht von der Schriftleitung gemahnt worden, ich hätte sie *ad calendas graecas* hinausgeschoben und gehofft, daß sie sich von selbst erledigen werde. Es handelt sich um das Buch von Franz Langoth: Kampf um Österreich, Erinnerungen eines Politikers, Welsermühl Verlag, Wels 1951.

Der Grund ist dieser: Ich habe „Vater Langoth“ im Anhaltelager schätzen und achten gelernt, wie er von allen seinen Kameraden geschätzt und geachtet wurde – nicht allein seines Alters, vor allem aber seiner Haltung wegen.

Ich habe auch sein Buch gelesen und alles Ausweglose, Unabänderliche noch einmal erlebt; es war eine schmerzliche Lektüre, und ich hätte etwas drum gegeben, wenn dem Vater Langoth bei der Abfassung seiner Erinnerungen nicht geholfen worden wäre. Das ist ein übler Brauch, der wenig hilft und viel zerstört. Wir sind in eine Zeit der bearbeiteten und überarbeiteten Memoiren gekommen, und diese Produkte kommen mir so vor, als wenn jemand Hinterglasmalereien nachträglich mit einer richtigen Perspektive und mit naturalistischen Farben versehen würde.

Das, was Langoth über sich selbst berichtet, geht, – und das erleben wir ja bei fast allen österreichischen Büchern – in den Wogen der Politik unter. Hier, in diesem

bedrohten, innen und außen bedrängten Land, war alles zur Politik geworden. Was wir als Knaben in Böhmen und Mähren erlebten, daß wir mit jedem Atemzug politikgeschwängerte Luft einsogen, das ging dem jungen Langoth in Linz nicht anders. Was draußen im Reich die sozialen Kämpfe bedeuteten, das bedeuteten bei uns die nationalen, ja man versuchte bei uns einst, durch Einführung des allgemeinen Wahlrechtes die nationalen Schwierigkeiten durch soziale Schwierigkeiten zu erschlagen.

Langoth, der auf der politischen Leiter vom Volksschullehrer zum Landeshauptmannstellvertreter und dann schließlich zum Oberbürgermeister von Linz aufgestiegen war, war wohl immer ein Mann voll Sauberkeit, Anstand und Mut, der für die nationale Sache in Österreich eintrat, also für das, was dem eigentlichen Wesen Österreichs am tiefsten widersprach, denn alles, was an der alten Monarchie groß gewesen war, hatte gerade dem Nationalismus widersprochen.

Aber dieser österreichische Deutschnationalismus entsprang ja gar keiner wirklichen österreichischen Wurzel, er war nur die Antwort auf die andern Nationalismen, die sich gegen den Bestand der alten Donaumonarchie erhoben hatten. Und wie das oft geht, der Gegner zwang die Wahl der Waffen auf, man trat den tschechischen, ungarischen und italienischen, den polnischen und den slowenischen Ansprüchen mit deren Waffen, mit deren Kampfführung entgegen. Auf einmal galt die eigene große Vergangenheit nichts, versuchte man, der österreichischen Tradition zu entrinnen und sich der preußischen zu unterstellen, als ob man bei Königgrätz nicht verloren, sondern gesiegt hätte. Da die alte österreichische Tradition stumm war und aus Tiefen lebte, die sich dem Worte verschlossen, so konnte jeder, der gegen sie das Wort ergriff, recht behalten.

Im größtösterreichischen Raum stießen alle Nationalismen, die eine alte Sakralform unterhöhlten, selbst in jenes Zwischenreich des nun sich religiös gebärdenden Reiches vor. Im Deutschen Reich hat man diese Art des „fanatischen“ Nationalismus gar nicht gekannt, es ist eine östliche Zwischenform, die auch Adolf Hitler vertrat. Sie nahm im Westen Rassenform

an, um „biologisch“ zu begründen, was sich logisch und rationell nicht begründen läßt.

In Langoths Buch kann man noch einmal die Glaubenskraft spüren, mit der man im Lager der österreichischen Nationalen an der gewandelten Reichsidee hing, eine Glaubenskraft, die das „Altreich“ nicht kannte und die fast zur Verstiegtheit wurde, je weiter man dem Lauf der Donau nach Osten folgte. Dem Reich muß alles möglich sein, der Führer hat das Reich erneuert, also wird er alle Fragen lösen.

Diese Weihe, die sich um den Führer legte, kam aus dem Osten, dem Westen war sie unbegreiflich, lächerlich, lästerlich und frevelhaft. Im Westen spürte Hitler die kalte Ablehnung des Offizierskorps, dem solch ein Fühlen und Denken im tiefsten Grunde fremd war. Deshalb griff er das Offizierskorps an und glaubte, einen Krieg führen und gewinnen zu können, gegen den sich das Offizierskorps sträubte.

Die noch immer im Nebel liegenden Tage um die Ermordung von Dollfuß werden auch in diesem Buche nicht geklärt. Aber dies ist ein altes österreichisches Erbe: heikle Sachen nicht zu klären und abzuwarten, bis sich ein Legendenschorf über der Wunde gebildet hat. Wir sehen ebenso wenig klar über das Ende von Don Carlos wie über die Mayerling-Affäre, über Johann Orth und dessen Ende wie über Benedeks Schuld. Und nach dem Dezember 1914 hat Feldzeugmeister Potiorek ebenso stumm alle Schuld auf sich genommen und hat es abgelehnt, sich zu verteidigen.

Der Wiener Hof war kein Memoirenhof, und auch das heutige Österreich ist kein Memoirenland.

Man wird daher bei Langoth viele Dokumente lesen, aber man wird fast nie erfahren, was sich hinter all den Unterredungen und Briefen wirklich verbirgt. Ein lehrreiches Buch, ein schwieriges Buch für nicht „gelernte“ Österreicher.

Aber dann schlage man die Widmungsseite auf und lese sie; in unbeholfener Sprache ist das Ergreifende gesagt, was das Buch nicht ausdrücken konnte: „Meiner lieben toten Frau Toni Langoth, gestorben am 27. März 1949. Ihr, die an dem unsagbar schmerzlichen Verlust unserer beiden Söhne Franzkarl und Roland, die beide im Krieg geblieben sind, in ihrer edlen Seele

nicht zerbrochen ist und die den Mut und die Kraft gehabt hat, so lange Zeit auf meine Rückkehr aus der Gefangenschaft zu warten. Unseren lieben Enkeln Hannelore, Heike und Roland und deren junger Mut-

ter Liselotte Langoth, die in ihrer Tapferkeit ihr schweres Leiden meistern und ihre Kinder lehren wird, der Gesinnung und Tradition unseres Hauses getreu zu leben.“

Bruno Brehm

ZEHN JAHRE VERTRIEBENENSCHICKSAL

Sehr geehrte Herren!

Im Jahre 1955 sind es zehn Jahre her, seitdem die Massenvertreibungen in Osteuropa einsetzten, durch die über 15 Millionen Menschen deutscher Sprache aus ihrer Heimat vertrieben wurden. Es kommt darauf an, im Jahr des Gedenkens nicht die Gefühle des Hasses und der Rache wach werden zu lassen. In der Erinnerung an das Schicksal so vieler Menschen unserer eigenen Sprache sollen wir die Mahnung spüren, daß ein neuer Weg zur Versöhnung und zum friedlichen Ausgleich zwischen den Völkern gesucht werden muß. In unserer Organisation der „Katholischen deutschen Heimatvertriebenen-Gemeinschaften“ sind die Ackermann-Gemeinde der Sudetendeutschen, die Arbeitsgemeinschaft der Diözesanwerke heimatvertriebener Katholiken, die Arbeitsgemeinschaft heimatvertriebener katholischer Jugend, der Ermlandbund der ost- und westpreußischen Katholiken, die Gemeinschaft der Katholiken der ehemaligen Freien Prälatur Schneidemühl, der Gerhardbund südostdeutscher Katholiken, das Heimatwerk der Katholiken Danzigs und Westpreußens und das Heimatwerk schlesischer Katholiken „Eichendorff-Gilde“ zusammengeschlossen. Als erster Vorsitzender der Eichendorff-Gilde darf ich Ihre Leser an jene Tage vor zehn Jahren erinnern, da wir von Haus und Hof verjagt, in Massenlagern zusammengepfercht und gequält und in unübersehbaren Zügen des Elends aus der Heimat vertrieben oder, wie es Hunderttausenden geschah, in die Weiten des Ostens verschleppt wurden. Vielen von uns blieb nichts erspart an leiblicher Not und seelischer Pein. Millionen fanden den Tod durch Hunger, Erschöpfung, Seuchen und ungerechte Gewalt.

Die Wunden erlittenen Unrechts brechen in diesem Gedenkjahr besonders schmerzhaft auf. Das uns auferlegte Leid hat aber

nur dann geschichtlich und ethisch einen Sinn, wenn sich an ihm nicht Haß- und Rachegefühle entzünden, die eine Kettenreaktion neuen Unrechts und neuen Unheils auslösen müßten. Der Christ kennt kein Recht auf Haß oder Rache, denn er weiß, daß ihm das Leid zur Prüfung, Läuterung und Sühne geschickt wird. Darum sucht er nicht die Schuld des andern, sondern vergibt ihm, damit auch ihm vergeben werde. Denn die Austreibung, deren Opfer wir geworden sind, war die Folge der Abkehr der Völker von Gott, die in Nationalismus und Bolschewismus sich jene Geißeln schufen, mit denen sie geschlagen worden sind. Nur wenn wir einander vergeben, werden wir die alten Wunden heilen und den Weg in einer glücklicheren Zukunft der Völker öffnen können.

Diese Erkenntnis entbindet uns jedoch nicht von der sittlichen Pflicht, die Wiederherstellung der gewaltsam zerstörten, im Naturrecht begründeten Ordnung zu erstreben. Dazu gehört, daß dem Recht auf Heimat als unantastbarem Bestandteil gottgewollter Ordnung wieder Geltung verschafft und für alle Zukunft der Schutz des Völkerrechtes zuteil wird. Die beste politische Grundlage für die Verwirklichung des Heimatrechtes sehen wir in einem geeinten Europa, das den Nationalismus überwindet und sich zu den Grundsätzen des Christentums bekennt.

In diesen Tagen zehnjährigen Gedenkens geht unser Blick zurück in die Vergangenheit und vorwärts in die Zukunft. Wir grüßen in unverbrüchlicher Liebe und Treue unsere ferne Heimat und unsere Landsleute, die heute dort ein Leben in Sorge und Not führen müssen. In Ehrfurcht und Gebet gedenken wir der Opfer, die Krieg und Vertreibung gefordert haben. Wir danken Gott für die Rettung aus Gefahr und Not und sagen Dank dem ganzen deutschen Volk, allen weltlichen

und kirchlichen Stellen des In- und Auslandes für die tatkräftige geistige und materielle Hilfe, die uns den Anschluß an ein neues Leben erleichterte. Weil dieses Ziel noch nicht in allen Fällen erreicht werden konnte – wobei wir besonders unserer Alten und heimatvertriebenen Bauern gedenken – bitten wir, in dieser Hilfe gegenüber noch vorhandener Not nicht nachzulassen und in echt christlicher Solidarität mit uns um die Lösung der gemeinsamen Aufgabe bemüht zu bleiben.

Wir bieten allen Völkern die Hand, die mit uns im Geiste der Vergebung und Verständigung für immer dem nationalen Haß absagen und für eine Ordnung eintreten, die das Recht auf Heimat wiederherstellt und dadurch das Zusammenleben der Völker Europas in Freiheit, Frieden und Freundschaft ermöglicht und gewährleistet.

Rudolf Jokiel

Einer der vielen Toten: der Obmann des Schwäbisch-Deutschen Kulturbundes

Am Schicksal des letzten gewählten Obmannes des Schwäbisch-Deutschen Kulturbundes in Jugoslawien, Johann Keks, wird deutlich, was der kollektive Haß und die kollektive Rache bedeuten können, die bei den Massenausreibungen am Ende des Zweiten Weltkrieges Menschen deutscher Sprache trafen, wie sie vorher andere getroffen hatten. Die verblendeten Mörder vergießen bei ihren wahllosen Racheaktionen immer unschuldiges Blut. Die Opfer dürfen nicht vergessen werden, weil ihr Tod zur Vernunft und zur Erbarmung mahnt.

Johann Keks wurde in Kathreinfeld im Banat am 6. Dezember 1885 als schwäbischer Bauernsohn geboren. Er besuchte die Theresianische Militärakademie in Wiener Neustadt und wurde in der österreichisch-ungarischen Monarchie Generalstabsoffizier; als solcher wurde er im Ersten Weltkrieg auch verwundet und wiederholt für tapferes Verhalten vor dem Feinde ausgezeichnet. Er hätte nach dem Zusammenbruch im Jahre 1918 als ungarischer Staatsbürger die allerbesten Aussichten in seiner Offizierslaufbahn in der neugegründeten ungarischen Armee gehabt, wenn er nach der Abtrennung des Banates von Ungarn dorthin übersiedelt wäre.

Er aber blieb lieber bei seinen Volksgenossen in der Heimat, auch nachdem diese an Jugoslawien angeschlossen worden war. Zunächst übernahm er die Schriftleitung der in Groß-Betschkerek erscheinenden Zeitung „Neue Zeit“ und trat unerschrocken für die Rechte der Volksgruppe in Jugoslawien ein; 1922 wurde er verhaftet und einen Monat im Untersuchungsgefängnis des Kreisgerichtes Patschowa zusammen mit dem späteren deutschen Abgeordneten Dr. Simon Bartmann unter der grundlosen Verdächtigung des Hochverrates und der kommunistischen Betätigung in Haft gehalten. Nach der am 20. Juni 1920 erfolgten Gründung des Kulturbundes organisierte er die Banater Ortsgruppen, und nach dem Rücktritt des ersten Bundesobmannes Josef Menrath berief ihn am 6. Juni 1927 die in Indjija abgehaltene Hauptversammlung des Kulturbundes zum Bundesobmann, was er bis zum Ende der satzungsmäßigen Tätigkeit des Kulturbundes im Jahre 1939 geblieben ist. 1927–35 war er auch Präsident der landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft „Agraria“.

Als im letzten Kriege nach Beendigung der Kampfhandlungen und nach Abschluß des Waffenstillstandes zwischen Deutschland und dem königlichen Jugoslawien im Jahre 1941 auch die Volksdeutschen Jugoslawiens einrücken mußten, hat er sich als früherer k. u. k. Generalstabshauptmann dem deutschen Militär zur Verfügung gestellt. Er wurde der Leiter des Ergänzungsamtes der Division Prinz Eugen in Groß-Betschkerek, was er bis knapp vor dem Einrücken der Sowjettruppen in das Banat Ende September 1944 auch geblieben ist.

Wohl hätten auch er sich und seine aus Frau und zwei Töchtern bestehende Familie in jenen Tagen durch die Flucht nach dem Westen in Sicherheit bringen können. Es sind aber viele Landsleute damals an ihn herangetreten mit der Bitte, sie in den zu erwartenden schweren Tagen nicht im Stiche zu lassen. So beschloß er, bei der Mehrheit unserer Volksgenossen zu bleiben, und da in der kurzen Zeit der Evakuierung nur gegen 10 000 Menschen aus dem Banate über die Theiß in Sicherheit gebracht werden konnten, blieb auch er mit den übrigen 100 000 zurück.

Wohl war ihm in den ersten Tagen nach dem Umsturz, solange noch Anhänger des früheren jugoslawischen Königs in den zentralen Regierungsstellen des Banates die Führung hatten, nichts geschehen. Ebenso wie der frühere nationale Führer der Ungarn Jugoslawiens wurde auch er als Führer der Banater Deutschen in die neue jugoslawische Vertretungskörperschaft berufen. Allein, als am 10. Oktober 1944 die einheimischen Serben von den aus Syrmien in das Banat geschickten kommunistischen Partisanenverbänden gestürzt worden waren und das kommunistische Regime die Oberhand erlangt hatte, wurde Johann Keks verhaftet.

Ein Banater Landsmann Jakob Bohn aus Stefansfeld gab mir über seine Einlieferung ins Lager folgende Schilderung: „Ende Oktober 1944 wurde auch Johann Keks, einstiger Obmann des Kulturbundes und Leiter des Ergänzungsamtes der Division Prinz Eugen im Zweiten Weltkrieg, in das berüchtigte Lager Betschkerek eingeliefert. Ich sehe ihn noch heute, wie er von den Partisanen durch das Tor ins Lager hineingestoßen wurde, so daß er fast aufs Gesicht fiel. Er trug einen schwarzen Anzug und war ohne Kopfbedeckung. Sein Silberhaar leuchtete über dem schwarzen Anzug nur noch heller, als er dann mit ruhigen Schritten daherkam. War er aufs letzte vorbereitet? Es schien uns so; sein Anblick war ehrfurchtgebietend. Keiner von uns gab sich damals irgendwelchen Täuschungen hin, sicherlich auch er nicht. Den Partisanen machte es offensichtlich Freude, den alten Herrn Keks zu schlagen und zu quälen. So mußte er das Klosett der Lagerwache reinigen und wurde dabei mit dem Gewehrkolben

immer wieder geschlagen. Gefaßt und mit Würde trug er sein Los.“

Ein anderer Landsmann, nämlich der Hufschmied Jakob Weinrauch aus Großschar im rumänischen Banat, welcher im Lager neben Johann Keks auf denselben Brettern liegen mußte, erzählte mir später im selben Lager, daß Partisanen eines Abends vor Mitternacht Johann Keks hinausgeführt haben. Man brachte ihn in die Folterkammer, wo schon sehr viele andere Volksgenossen zu Tode geprügelt worden waren. Nach einer halben Stunde ging wieder die Türe auf, und Partisanen warfen dann seinen Körper wieder auf die Pritsche neben Weinrauch, wo Keks eine Viertelstunde später verstarb.

Unser Landsmann Jakob Bohn aber schrieb mir über seine letzte Ruhestätte noch folgendes: „Die Toten des Lagers wurden nach Beraubung ihrer Kleider im Tankiallengraben am Stadtrande oberflächlich verscharrt. Dies geschah immer vor Tagesanbruch. Es war schon 10 Uhr vormittags, als der Befehl kam, die Leiche des Johann Keks zu begraben. Ich meldete mich freiwillig dazu. Wir schaufelten am Rande der Landstraße nach St. Mihaly ein Einzelgrab und betteten dort zur letzten Ruhe, was sterblich war von Johann Keks.“

Der tote Johann Keks, der Allerbeste aus unserer frühen deutschen Volksgruppe in Jugoslawien, ruht also in einem Straßengraben nördlich der Stadt Groß-Betschkerek im Banat, denn wir durften in Jugoslawien auch nach dem Kriege bis zur Auflösung der Konzentrationslager im Jahre 1948 unsere deutschen Toten nur an abgelegenen Orten und nicht in einem Friedhof beerdigen. Wilhelm Neuner

Die in den einzelnen Beiträgen zum Ausdruck kommenden Ansichten decken sich keineswegs immer mit der Meinung der Schriftleitung, zum Teil sind sie ihr entgegengesetzt. Die Schriftleitung fühlt sich verpflichtet, allen Stimmen Gehör zu verschaffen, deren Vorhandensein bei einem Bemühen um Realismus zur Kenntnis genommen werden muß oder die ein wichtiges Gespräch in Gang bringen können. Darüberhinaus enthält der Abschnitt „Freie Aussprache“ genau das, was seine Überschrift sagt.

Verlag: C. W. Leske, Darmstadt / Druck: L. C. Wittich, Darmstadt / Verantwortlich für den Inhalt: Professor Dr. K. H. Pfeffer, Hamburg 36, Gänsemarkt 35 I und Gottfried Griesmayr, Horb a. N., Ihlingerstr. 24 / Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 1.

STAMMBUCHWIDMUNGEN DER ALLIIERTEN

Im Londoner Verlag Weidenfeld & Nicolson ist ein Buch über das nationalsozialistische Deutschland erschienen, bei dessen Veröffentlichung die UNESCO geholfen hat. Das Sammelwerk, das fast 1000 Seiten umfaßt, wurde schon 1948 in Angriff genommen. Es bezieht so entfernte Gegenpole ein wie den Pariser Professor Edmond Vermeil, der im Nationalsozialismus die Vollendung von Tendenzen sieht, die seit langem die deutsche Geschichte bestimmen, und den Freiburger Historiker Gerhard Ritter, der eine Verbindung zwischen Hitlers Denken und der deutschen Geistesgeschichte nicht anerkennt und den Nationalsozialismus als eine von mehreren Formen der im zwanzigsten Jahrhundert üblichen Gewaltherrschaft auffaßt.

Die Londoner Wirtschaftszeitung Economist nimmt in ihrer Ausgabe vom 16. 4. 1955, also nach der Annahme der Pariser Verträge durch den westdeutschen Bundestag, zu dem Werk in einer Glosse Stellung, die besonders den Beitrag des Oxforders Historikers A. J. P. Taylor hervorhebt. Dieser macht die Zentrumsparthei der Weimarer Republik dafür verantwortlich, daß Hitler Reichskanzler wurde. Das Zentrum habe seiner besonderen Interessen wegen das Ermächtigungsgesetz angenommen und damit Hitler die Vollmachten zur legalen Revolution gegeben.

Der Economist fährt von sich aus fort: „Es ist ein erschreckender Gedanke, daß dieselben Interessengruppen so stark in derjenigen Partei vertreten sind, die von der britischen Außenpolitik als Stütze des Westens betrachtet wird. Auf sie haben wir uns in den letzten Jahren ausschließlich gestützt. ... Alle Erklärungen (für die nationalsozialistische Zeit) bleiben hinter der Wirklichkeit zurück. Ein Land, das den Massenmord bewußt als Werkzeug der Politik verwendete und es leicht fand, die dafür nötigen Mörder bei sich zu gewinnen, läßt sich nur schwer mit den üblichen Ausdrücken der sozialen

oder politischen Analyse einordnen. Wenn die Deutschen sich heute darüber beschweren, daß ihre Nachbarn ihnen mißtrauen, müssen sie doch mindestens zugeben, daß die Nachbarn ausgezeichnete Gründe für dieses Mißtrauen haben.“

Der italienische Journalist Luigi Barzini schildert, wie man in Frankreich auch ohne Bezug auf den Nationalsozialismus die durch die Pariser Verträge zu Bundesgenossen gewordenen Deutschen beurteilt (in der Wochenzeitung „Der Standpunkt“, Meran, vom 1. April 1955):

„Nein, sagen sie einem, es ist nicht wahr, wir haben keine Furcht vor den Deutschen. Frankreich, sagen sie einem, ist ein modernes und mutiges Land. Was haben die Deutschen, fragen sie einen, was wir nicht haben? Patriotismus, Technik, Stahlproduktion, Wehrbereitschaft? In Wirklichkeit fürchtet Frankreich keineswegs, die Panzer Hitlers oder die feldgrauen, schlammbespritzten Divisionen Wilhelms II. wiederzusehen. Es fürchtet nicht das demokratische Heer des Bundestages, das noch nicht geboren ist. Frankreichs Furcht ist eine historische und symbolische Furcht.

Frankreich fürchtet noch immer die Ulanen von 1870, die bärtigen Soldaten mit der Tschapka, dem Säbel am Sattel, der Lanze in der Faust, die auf den Papelalleen von Versailles auftauchten und für immer die Geschichte Frankreichs zerbrachen — so wie Karls VIII. rauhe Soldaten für immer die Idee zerstörten, welche die Italiener von Italien und von sich selbst hatten. Frankreich fürchtet die Zivilisation der einfachen, disziplinierten, arbeitsreichen und ideenarmen Völker, die noch immer wunderbare, vielfältige Kulturländer überwältigen können, in denen die Kunst des Ungehorsams und der Anarchie eine geschichtliche Errungenschaft ist und die Energien in tausend glänzende Punkte versprühen.“ —ff—

Demokratie oder Freiheit?

Von der Spielregel zum Dogma

In den Ländern, in welchen die Demokratie Wurzel geschlagen hat, – überall dort also, wo sie nicht nur Staatsform, sondern auch Lebensform geworden ist, wie etwa in der Schweiz, in Großbritannien und in den Vereinigten Staaten, ist die demokratische Lehre zuerst und vor allem eine Lehre von Spielregeln. Sie beantwortet die Frage, wie man sich in bestimmten, sich aus der Führung demokratischer Staaten ergebenden Lagen zu verhalten habe. Auf diese Frage sind vielerlei Antworten möglich. Sie alle setzen jedoch voraus, daß man die Fragestellung selbst anerkennt.

Dies beginnt sich in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts zu ändern. Die Forderung, *to make the world safe for democracy*, erfreute sich zwar unter der Präsidentschaft Woodrow Wilsons einer so allgemeinen Anerkennung, daß sie zum Schlachtruf der Kreuzritter des 20. Jahrhunderts werden konnte. Aber fast um die gleiche Zeit entwickelte Lenin ein neues Verfahren der politischen Technik, das ihm erlaubte, die Ansätze westlicher Demokratie, die nach der Abdankung des Zaren an die Stelle der Autokratie getreten waren, durch eine Verbindung plebiszitärer Maßnahmen mit der direkten Aktion außer Gefecht zu setzen. Er spielte, um ein Wort Ernst Jüngers zu gebrauchen, Schach, indem er den Tisch umstieß. Das Zeitalter der Spielregeln war damit zu Ende.

Diese gegenläufige Entwicklung macht den Tabu-Charakter verständlich, mit dem sich die westliche Demokratie in den letzten Jahrzehnten in steigendem Maße umgeben hat. Zwar stammt diese „Tabukonvention“ bereits aus der Zeit des Rationalismus; man erinnert sich gewisser Episoden der Französischen Revolution, in denen sie blutige Orgien feierte. Aber erst der gewaltige Ausstoß der amerikanischen Rüstungsindustrie hat die demokratische Lehre endgültig aus einer Lehre von Spielregeln in eine weltliche Heils- und Glaubenslehre verwandelt, deren Anhänger dazu neigen, die Verleihung der Menschenwürde von dem Nachweis demokratischer Gesinnung abhängig zu machen.

Die Demokratie wird nicht mehr als eine von verschiedenen möglichen staatlichen Organisationsformen betrachtet, sondern als „nahtlose Staatsidee“, ja geradezu als „heilig“. Da sie eine „Regierung durch Diskussion“ anstrebt, ist es zwar nach wie vor zulässig, die Demokratie durch Diskussion zu interpretieren. Wer jedoch versucht, sie selbst zum Gegenstand der Diskussion zu machen, der gerät in den Verdacht der Ketzerei.

Das Dogma ruft Ketzer hervor

Eben diesem Verdacht setzt sich der Autor einer neuen deutschen Studie über die Demokratie aus: Winfried Martini, „Das Ende aller Sicherheit“ (Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart 1954). Allerdings mißt er die Demokratie mit dem Maßstab der Freiheit, was für einen Kritiker dieser Staatsform im 20. Jahrhundert und in Deutschland keineswegs selbstverständlich ist. Er unternimmt den Versuch, „die Kritik an der

Demokratie endlich jenen zu entreißen, die sie nicht aus Einsicht, sondern aus dumpfem Ressentiment, aus politischer Unbildung oder aus dem diabolischen Drange heraus betreiben, die absolute Macht nur zu dem Zweck zu gewinnen, ihre Umwelt zu verknachten“ (S. 7).

Ein solcher Versuch kommt einem Bedürfnis unseres politischen Denkens entgegen, das bisher offenbar niemand zu befriedigen wagte. „Der Deutsche“, sagt Spengler, „braucht geschichtliche Weitblicke, um sich zu entschließen“ (Vorwort zum Sonderdruck „Der Staat“, München 1924). Man sollte deshalb die Demokratie in Deutschland nicht dadurch heimisch machen wollen, daß man sie predigt. Man muß sie verständlich zu machen suchen in jenem höheren Sinne des Verständnisses, das Erfahrung voraussetzt.

Jacob Burckhardt als Zeuge

Martinis Buch knüpft im Titel an eine der zahlreichen pessimistischen Äußerungen Jacob Burckhardts in seinen Briefen an Friedrich von Preen an: „Seitdem die Politik auf innere Gärung der Völker gegründet ist, hat alle Sicherheit ein Ende.“

Burckhardt führt die weite Verbreitung des Pessimismus in seiner Zeit darauf zurück, daß „in dem Verhältnis zwischen den Lebenswünschen und deren Erfüllung eine wachsende Störung da ist“. Geistesgeschichtlich sieht er die Wurzel dieser Störung in „Rousseau und seiner Lehre von der Güte der menschlichen Natur. Plebs und Gebildete destillierten hieraus die Doktrin eines goldenen Zeitalters, welches ganz unfehlbar kommen müßte, wenn man das edle Menschtum nur gewähren ließe. Die Folge war, wie jedes Kind weiß, die völlige Auflösung des Begriffes der Autorität in den Köpfen der Sterblichen, worauf man freilich periodisch der bloßen Gewalt anheimfiel. In den intelligenten Schichten der abendländischen Nationen war inzwischen die Idee von der Naturgüte umgeschlagen in die des Fortschritts, das heißt, des unbedingten Geldverdienens und Komforts mit Gewissensbeschwichtigung durch Philanthropie.“

Burckhardt sieht eine „Alternative zwischen völliger Demokratie und absolutem, rechtlosem Despotismus“ voraus und betrachtet den letzteren als die Folge der ersteren mit ihrer „Konkurrenz um Teilnahme der Massen an allen Parteifragen“. „Ich habe es in allen Gliedern“, heißt es in einem Brief an Preen von 1881, „daß im Westen etwas losbricht, sobald Rußland etwa durch weitere Gewaltereignisse völlig konfus gemacht sein wird. Dann eröffnen sich jene Zeiten, da alle Stadien des Durcheinanders müssen durchlaufen werden, bis endlich irgendwo sich nach bloßer maßloser Gewalttätigkeit eine wirkliche Gewalt bildet, welche mit Stimmrecht, Volkssouveränität, materiellem Wohlergehen usw. verzweifelt wenig Umstände macht. Denn dies ist das unvermeidliche Ende des Rechtsstaates, wenn er der Kopfszahl und ihren Konsequenzen verfallen ist“ (zitiert nach Jacob Burckhardt, Briefe, Sammlung Dieterich, Band 6).

Das Zitat als Waffe

In der politischen Diskussion unserer Tage besitzt das Zitat die Funktion einer Waffe, mit der man dem Gegner zu Leibe rückt. Es ist unter diesen Umständen begreiflich, daß sich auch die Ketzer der Demokratie dieser Waffe wenigstens zum Zwecke des Schutzes und der Verteidigung bedienen. Der Autor des Zitats wird dann

zum Entlastungszeugen für den unter der Anklage des Antidemokratismus Stehenden. Aus diesem Grunde haben wir Jacob Burckhardt etwas ausführlicher zitiert, als Martini es tut.

Doch macht auch er von der Waffe des Zitats ausgiebigen Gebrauch. Das Verfahren rechtfertigt sich bei ihm jedoch zusätzlich dadurch, daß ein großer Teil der einschlägigen Literatur in Deutschland nur wenig bekannt ist. Dies gilt z. B. für die Schrift „Mensch und Gesellschaft im Zeitalter des Umbaus“ (Leyden 1935) des Soziologen Karl Mannheim, worin dieser in der Emigration unter dem Eindruck des Hitler-Regimes sowohl die besondere Form des Dilemmas zwischen Moral und Politik in der totalitären Demokratie als auch das Dilemma zwischen Vernunft und Politik in jeder Form der Massendemokratie einleuchtend beschreibt:

„Während früher sozusagen eine sozial-moralische Arbeitsteilung (hinsichtlich der doppelten Moral in der Politik) vorhanden war, durch die der kleine Mann seine bürgerliche Anständigkeitsmoral bewahren konnte und nur die herrschenden Schichten in jene Konfliktsituation kamen, wird dieses Problem durch die Demokratisierung auch für den letzten Mann akut.“ Die Demokratisierung funktionierte sozusagen wie „ein Lift, der immer mehr den Zynismus von den oberen Schichten in die unteren“ transportiert. „Während aber ursprünglich Zynismus und Selbstironie sublimiertere Formen einer Verlegenheit sind, Ausweichformen einer komplizierter gewordenen Seele, die Nichtverantwortbares doch verantworten will, wird Zynismus im Falle seiner Vermassung zur puren Brutalität, die zu verbergen man kaum Ursache mehr hat“ (Zitat nach Martini, S. 221/22).

Zum Verhältnis zwischen Vernunft und Politik bemerkt Mannheim: „Solange die Demokratie nur eine Pseudodemokratie war, insofern als sie nur kleine Gruppen des Besitzes und der Bildung und allmählich des Proletariats zur politischen Geltung brachte, wirkte sie in Richtung auf Steigerung der Vernünftigkeit, wenn auch tatsächlich nur auf die vernünftige Vertretung der eigenen Interessen. Seitdem aber die Demokratie effektiv geworden ist, schlägt sie immer mehr in das um, was Max Scheler die ‚Stimmungsdemokratie‘ nennt, das heißt, sie gibt nicht den wohlverstandenen Interessen der die Gesellschaft ausmachenden Gruppen Ausdruck, sondern den plötzlichen Stimmungsaufwallungen der durch Stimmungsmache beherrschten Massen. Sah früher die Welt so aus, als sollte sich ein immer zugespitzter Interessenkampf vorbereiten, wobei man annehmen konnte, daß die rationalisierbaren Interessen stufenweise in Gestalt des Kompromisses oder durch Einsicht in die nötige Umorganisation sich soziale Gestalt geben könnten, so sieht es heute so aus, als ob die zukünftigen Auseinandersetzungen solche der verschiedenen Formen des Unvernünftigen seien“ (Martini, S. 290/91.)

Hitler „vollendet“ die Demokratie

Damit nähern wir uns dem Kern der Fragestellung Martinis: „Ist die Demokratie heute noch unter den organisatorischen Wegen, die zur Auswahl stehen, derjenige, der die größte Wahrscheinlichkeit bietet, den obersten Wert der westlichen Welt, die Freiheit also, unter den Bedingungen, wie sie unsere Zeit nun einmal bietet, auch zu sichern?“ (S. 304).

Martini geht von der Hypothese aus, daß die moderne Demokratie ihren Höhepunkt überschritten habe. Die totalitären Staatsbildungen des Bolschewismus, Faschismus und Nationalsozialismus sind nicht in ihrer Eigenschaft als Gegner, sondern als „Vollender“ der Demokratie zur Macht gelangt. Martini stellt dies am Beispiel der „braunen Demokratie“ dar:

„Man verfehlt die Wirklichkeit, und damit die Lehre für die Zukunft, wenn man den 30. Januar 1933 nur für einen Unglücksfall der Demokratie hält, wie er schließlich jeder Staatsform zustoßen mag. Denn in erster Linie war er die Konsequenz der Demokratie. Über ihn sich zu beklagen, hatten am wenigsten die Demokraten irgendeinen Grund . . .

Die Hinweise auf die Fälschung der Wahl- und Abstimmungsergebnisse, die Hitler später in der Tat vornahm, sagen demjenigen nicht viel, der die Wirklichkeit des Dritten Reiches mit wachen Sinnen erlebt hat. Mindestens bis zum Ausbruch des Krieges stand die überwältigende Mehrheit hinter ihm, nicht hinter jeder einzelnen Maßnahme, doch im Ganzen . . . Namentlich in den ersten Jahren nach 1945 mag es verdienstvoll gewesen sein, wenn man dem Auslande gegenüber sich auf jene Fälschungen berief und ihm einzureden suchte, nur eine Minderheit von uns habe hinter Hitler gestanden. Wir sollten indessen, zumindest wenn wir unter uns sind, auf solche Rechnungen verzichten, die vor der erlebten Wirklichkeit nun einmal keinen Bestand haben“ (S. 94/95).

Die Erbsünde der Französischen Revolution

Die Krise der modernen Demokratie entsteht dadurch, daß ihre jakobinische und ihre liberale Komponente miteinander in Widerstreit geraten. Wie Jacob Burckhardt und andere führt Martini die jakobinische Komponente auf Rousseau zurück, von dem die moderne Fassung der Idee der Volkssouveränität stammt. Sie ist „zwar gegen den Absolutismus gerichtet“, bezieht aber „von dessen Souveränitätsbegriff ihre Qualität“: „nicht mehr der Fürst, sondern das Volk sollte souverän, das heißt omnipotent sein“ (S. 38).

Allerdings hat Rousseau seinen *Contrat social* nicht als politisches Programm, sondern als eine Art Utopie geschrieben. Er hat deshalb die an ihn gerichtete Aufforderung abgelehnt, eine polnische Verfassung zu schreiben, und die Frage, auf welche Länder seine Lehre etwa Anwendung finden könne, mit der Bemerkung beantwortet: „Vielleicht auf Korsika.“ Die Französische Revolution hat jedoch von dieser Einschränkung keinen Gebrauch gemacht, sondern „die Erbsünde begangen, sich zwar als die Vollstreckerin der Ideen Rousseaus zu betrachten, aber seine Warnung vor einer Übertragung der Demokratie auf Großstaaten zu überhören“ (S. 73).

So wurde der Konflikt zwischen dem Jakobinismus und der anderen Triebkraft der Demokratie, dem Liberalismus, unausweichlich. Er deutet sich bereits in der Geschichte der Französischen Revolution an, die sich von der Freiheit auf die Gleichheit hin entwickelt. „Die Konventverhandlungen von 1792 lassen . . . alles anklingen, was uns heute so geläufig ist: die Forderung, *to make the world safe for democracy*, die Idee der ‚Umerziehung‘, die Vorstellung, der Volkssouverän sei der einzige Souverän, der kraft seines Wesens friedlich gesonnen sei, die Kriminalisierung des Krie-

ges“ (S. 53). Durch seine Verbindung mit dem Nationalismus erhebt der Jakobinismus „den Konformismus zum Staatsprinzip“. Die Unterdrückung sprachlicher Minderheiten im Namen der herrschenden Nationalität, ja sogar der Antisemitismus haben, wie Martini an interessanten Beispielen zeigt, hier ihre Wurzel.

Volksdemokratie im Jahre 1868

In der Auseinandersetzung mit dem Liberalismus besitzt der Jakobinismus die größere Stoßkraft. Denn hinter ihm stehen die Massen, „während der Liberalismus . . . auf die Intellektuellen angewiesen ist, die stets und überall die aussichtslose Minderheit bilden“. Der Parlamentarismus, die Diskussion, das Recht des Individuums werden zugunsten der Mehrheit entwertet: die klassische Zeit des Liberalismus ist deshalb das Zeitalter der konstitutionellen Monarchie, sein „königlicher Wurf der Rechtsstaat“.

Die Parteien, die bekanntlich nicht zum Programm, wohl aber zur Wirklichkeit der modernen Demokratie gehören, erweisen sich als besonders wirksame Vehikel des Jakobinismus bei seiner Auseinandersetzung mit dem Liberalismus. Kenner volksdemokratischer Zustände zum Beispiel wird es interessieren, daß Max Weber das Aufkommen eines „ungeheuren Apparats von demokratisch aussehenden Verbänden“ längst vor der Erfindung der Volksfront bereits bei der im Jahre 1868 beginnenden Einführung der „Parteimaschine“ durch Joseph Chamberlain sich abzeichnen sah. „Ein cäsaristisch-plebiszitäres Element in der Politik: der Diktator des Wahlschlachtfeldes trat auf den Plan“ (Max Weber, Politik als Beruf, München und Leipzig 1926).

Weiß der Wähler, was er wählt?

Auch unter kritischen Anhängern der Demokratie begegnet man häufig großem Vertrauen auf eine Reform des Wahlrechtes als einem der Mittel, von der Unvernunft zur Vernunft zurückzukehren. Martini teilt dieses Vertrauen nicht; abgesehen davon, daß Wahlrechtsreformen vor allem Mittel im Kampf der Parteien untereinander sind, also ganz anderen Zwecken dienen als denen, an welche ihre Verfasser ursprünglich dachten, lassen sie auch das Kernproblem außer acht, das in der sachlichen Unzuständigkeit des Wählers liegt. Aufklärung und Erziehung vermögen dieses Problem nicht zu lösen, weil auch sie sich in der Praxis in das Gegenteil dessen verwandeln, was sie beabsichtigen, in Propaganda nämlich, mit allen Folgen, die sich daraus ergeben.

„Zwar besteht . . . bei jedem ein objektives Interesse an der Politik, da ein jeder Objekt der Herrschaftsverhältnisse ist; aber bei jedem besteht auch ein objektives Interesse an der medizinischen Wissenschaft, da ein jeder Krankheiten unterworfen ist: dennoch würde niemand die Forderung in den Sinn kommen, ein jeder solle nun auch – obendrein nebenberuflich – Medizin studieren (S. 131).

... Versuche, der Vorstellungswelt des ‚unbekannten Wählers‘ durch Stichproben habhaft zu werden, sind für jeden, der sie unternimmt, erregend und faszinierend; den überzeugten Demokraten aber müssen sie in tiefe Depression versetzen . . .“ (S. 141). Martini erinnert in diesem Zusammenhang daran, daß auch das sogenannte Befreiungsgesetz „auf der gleichen Theorie beruhte, die dem allgemeinen Wahlrecht zugrunde liegt, der Theorie nämlich, daß jeder Bürger eine hinreichende Einsicht in

das politische Leben habe, um es auch zu bestimmen. In der Tat: wenn man ihm diese Einsicht unterstellt, dann ist auch nicht einzusehen, warum man ihn für seine Entscheidung nicht auch voll verantwortlich machen sollte. Das Gesetz war nicht ungerecht, weil es die Konsequenz aus der Theorie von der politischen Zurechnungsfähigkeit des Wählers zog und ihn daher verantwortlich machte, sondern es war ungerecht, weil jener Theorie . . . keine Wirklichkeit entspricht und die Konsequenz aus dem Unwirklichen stets zum Widersinn führen muß“ (S. 151).

Das schlecht konstruierte Gewehr

Vielleicht auf keinem Gebiet wird die Fragwürdigkeit des Versuches, die Folgen der plebiszitären Demokratie mit dem Bedürfnis der Völker und des Einzelnen nach Sicherheit und Freiheit in Übereinstimmung zu bringen, deutlicher als im Bereich der Außenpolitik. Man braucht nur an die Entscheidungsunfähigkeit Frankreichs zu denken oder an die außenpolitischen Diskussionen im Bundestag; aber auch den Versuchen amerikanischer Staatsmänner, ungeachtet des Einflusses der Parteibosse und ihrer Hintermänner eine Linie zu finden, die eine, katastrophale Entwicklungen vermeidende, Führung der Staatsgeschäfte erlaubt, oder der sowjetischen Technik, außenpolitische Verhandlungen durch Publizität zu bloßen Propaganda-Aktionen zu machen, liegt, wie stark auch immer die Position dieser Mächte sein mag, doch im Grunde eine institutionelle Schwäche zugrunde. Martini widmet diesem Problem ein Kapitel, das er „die Entartung der Außenpolitik“ überschreibt.

„Den Gärungsprozeß unter Kontrolle zu halten, wäre eine der wichtigsten Aufgaben der Innenpolitik. Aber statt dessen wird der Gärungsprozess durch das allgemeine Wahlrecht zur Grundlage der Politik gemacht“, mit dem Ergebnis, daß in kritischen Lagen die Demokratie funktioniert wie „ein schlecht konstruiertes Gewehr, dessen Träger darauf gefaßt sein muß, daß es versagt, wenn er es zur Abwehr eines unmittelbaren Angriffs benötigt, und daß es losgeht, wenn dies am wenigsten zweckmäßig ist“ (S. 186 bzw. 208).

Verhandlungen müssen vertraulich sein

Nichts hat mehr zur Entartung der Außenpolitik beigetragen als die Forderung nach Öffentlichkeit diplomatischer Verhandlungen, die noch Wilson als Heilmittel erschien. Um noch einmal einen unverdächtigen Zeugen ins Spiel zu bringen: Lord Norwich, der unter seinem bürgerlichen Namen Duff Cooper bekannte britische Politiker und Schriftsteller, schreibt dazu in seinen Erinnerungen:

„Von allen Aufregungen unserer Zeit war die über die Geheimdiplomatie die albernste. Alle Verhandlungen – ob es sich um den Verkauf eines Pferdes oder einen Heiratsantrag handelt – müssen vertraulich geführt werden. Geheime Verpflichtungen sind etwas anderes und sollten in Friedenszeiten vermieden werden; doch solange Staatsmänner sich durch die Schlagzeilen der Tagespresse mitteilen (Übersetzung? Richtig vielleicht: sich durch die Schlagzeilen der Tageszeitungen verständigen), was der Sinn der offenen Diplomatie zu sein scheint, werden sie wahrscheinlich über nichts eine Verständigung erzielen“ (Duff Cooper, Das läßt sich nicht vergessen, ohne Ort, 1954, S. 185 ff.).

Eben dies ist die Lage, in welcher wir uns heute befinden. Nimmt man hinzu, daß die Möglichkeiten, sich gegenseitig zu verständigen, im umgekehrten Verhältnis zu den Möglichkeiten stehen, sich gegenseitig zu vernichten, so wird man die Frage Martinis nach der Funktionsfähigkeit der Demokratie nicht überflüssig finden. Es ist im Grunde die gleiche Frage, die Spengler stellte, als er im Jahre 1932 in der Vorrede zu seinen politischen Schriften auf das Mißverhältnis hinwies, das zwischen der Schwierigkeit der zu lösenden Probleme und der Effizienz der Mittel und Menschen besteht, welche diese Probleme bewältigen sollen. Doch ist Martini kein Pessimist. Er weiß, daß „Optimismus und Pessimismus Äußerungen der psychologischen Struktur, des Temperaments,“ sind und „nichts zur Erkenntnis der Wirklichkeit beizutragen vermögen“.

Die Kluft zwischen Praxis und Theorie

Über Politik zu schreiben, ist schwieriger, als viele glauben, die sich damit beschäftigen. In Deutschland insbesondere fehlt es an einer Tradition der *political science*, die mit der wünschenswerten Sorgfalt zwischen den rationalen und irrationalen Elementen der Politik unterscheidet. Es gibt aber auch keine Tradition des Memoiren-schreibens, wie sie etwa in England besteht; wenn unsere Praktiker zur Feder greifen, tun sie es entweder zur Rechtfertigung ihres eigenen Verhaltens, oder sie bemühen sich darum, ihre praktischen Erfahrungen hinter einer möglichst wissenschaftlichen Diktion zurücktreten zu lassen. So wird die Kluft zwischen Theorie und Praxis höchst unzweckmäßig vertieft. Die bloße Tatsache, daß ein Politiker zu schreiben versteht, bedeutet eine Minderung seiner Qualifikation. Andererseits verzichtet die Praxis auf die Ergebnisse der Theorie sehr häufig auch dann, wenn sie von ihnen einen nützlichen Gebrauch machen könnte.

Martini durchbricht diese negative Tradition. Er spart fast alle Erwägungen aus, die außerhalb des rationalen Bereichs politischer Vorgänge ihre Rolle spielen, und räumt gerade dadurch den Imponderabilien den Platz ein, der ihnen zukommt. Auch verzichtet er auf die voreiligen Schlußfolgerungen, die es ebenso leicht und billig erscheinen lassen, politische Lösungen aufs Papier zu zaubern, wie schwierig, sie zu realisieren. Gerade darin liegt die praktische Bedeutung seines Buches; es räumt gewissermaßen das Vorfeld der Entscheidung auf und gibt Aufschluß darüber, was möglich ist.

Die Formel vom „autoritären Staat“

Die oben zitierte Formel Karl Mannheims aufnehmend äußert Martini die Vermutung, daß die Demokratie, wenn sie „überhaupt beibehalten werden soll und wenn sie als solche überleben will, . . . auf welche Weise und in welcher Hinsicht auch immer, wieder zur Pseudodemokratie werden“ muß. Er besitzt die Kühnheit, dem Tabu des demokratischen Dogmas die Formel vom „autoritären Staat“ entgegenzustellen, als dessen wesentliches Kennzeichen er unter Bezugnahme auf eine Arbeit des früheren Prager Soziologen Heinz O. Ziegler die „Aufhebung der Fiktion von der Identität zwischen Regierung und Regierten, Staat und Gesellschaft, . . . damit auch die Aufhebung der Folgen jener Fiktion“ bezeichnet. Nur durch diesen Verzicht sei es möglich, „die Bahn freizumachen für den Abbau staatlicher Omnipotenz . . . Darüber . . .

wie die Herrschaft im einzelnen organisiert ist, ... sagt die Formel vom ‚autoritären Staat‘ nichts aus. Sie zielt daher auch auf keine spezielle Staatsform, sie kann vielmehr in sehr verschiedenen Staatsformen wirksam sein, auch in solchen, die starke Züge der liberalen Demokratie tragen“ (S. 326).

Martini strebt also weder eine Reform noch den Umsturz der Demokratie an. Wie Ziegler (in seiner Schrift „Autoritärer oder totaler Staat“, Tübingen 1932) grenzt auch er die Formel vom autoritären Staat deutlich ab nicht nur gegen die konventionelle Vorstellung, die Anpassung der Demokratie an die aktuellen Bedürfnisse sei nur durch ihre Reform möglich, sondern auch gegen die totalitäre Lösung, „weil sie“, – wie Martini sich ausdrückt – „das eigentliche Übel, das in der Demokratie steckt, nicht löst, sondern steigert“ durch die Bildung eines „politischen Mobilisationsmythos und das Postulat der Staatsausweitung“ (Ziegler).

Was die Reform anlangt, so nimmt Martini zwar auf die „bemerkenswerten und ausgezeichneten Arbeiten von Theodor Eschenburg und Rudolf Zorn“ Bezug, aber eigentlich nur, um daran die Andersartigkeit seiner eigenen Absicht deutlich zu machen. Er will

„die vorherrschenden Tendenzen in der Entwicklung der modernen Großdemokratie, soweit sie einen inneren Zusammenhang mit der demokratischen Idee haben, darstellen und fragen, wie weit die Großdemokratie noch in der Lage ist, mit den speziell ihr zur Verfügung stehenden Mitteln die Freiheit zu sichern. Es geht hier nicht so sehr um das Anerbieten eines Ersatzes für die Demokratie. Es genügt in diesem Zusammenhang vielmehr vollauf, nicht nur die Diskussion in Gang zu bringen, sondern vor allem die lebensgefährliche Vorstellung zu zerstören, die Demokratie verstehe sich von selbst, sie sei, zumindest auf einer bestimmten Kulturhöhe, die ‚absolute Staatsform‘, neben der keine andere mehr denkbar sei, welche ein Leben in ‚Freiheit und Würde‘, wie unsere Zeit es versteht, zu gewähren vermöge. Es genügt, wenn der Alarmruf gehört wird, wenn die Unzähligen, welche deutlich die demokratische Unterfunktion spüren, aber ihre Ursachen nicht kennen, nun vielleicht klarer sehen“ (S. 315).

Als ein geglücktes Experiment einer Lösung, die jenseits der Alternative Demokratie-Totalitarismus liegt, erscheint ihm das Portugal Salazars, aber „die Eigenständigkeit der Herrschaft muß nicht nach dem salazaristischen Muster wiederhergestellt werden, unzählige andere Wege ließen sich denken: die Frage, wie es geschieht, ist der Frage, daß es geschieht, durchaus nachgeordnet“ (S. 334 ff.). Er bestreitet nicht, „daß auch heute noch konkrete Demokratien ihre großen und lichtvollen Seiten haben, daß sie in vieler Hinsicht noch funktionieren, daß es sich in den meisten von ihnen vor allem äußerst angenehm leben läßt“. Aber er glaubt, „die zentralen Tendenzen herausgearbeitet zu haben, welche heute jede Demokratie ... bedrohen ... Die Universalität dieser Tendenzen wird nicht dadurch widerlegt, daß sie in dieser Demokratie stärker in Erscheinung treten als in jener“ (S. 336 ff.).

Musterschüler der Demokratie oder ... ?

In einer Anmerkung berichtet Martini, daß Ziegler nach der Besetzung der Tschechoslowakei emigriert und als britischer Bomberpilot über Deutschland gefallen sei. Diese Anmerkung gehört nicht zur Sache, da die Kompetenz eines Soziologen und

Staatsrechtlers nicht durch einen Hinweis auf seine Tätigkeit als Bomberpilot belegt wird. Um so mehr gehört sie zur Atmosphäre, in der sich heute die Diskussion über die Demokratie abspielt, – als Tribut an das Tabu.

Wir berühren damit den neuralgischen Punkt der Diskussion, soweit sie in Deutschland und von Deutschen geführt wird. Er betrifft unsere Zuständigkeit zur Beteiligung an einer solchen Diskussion. Die Ausarbeitung eines Rituals, das dem Präsidenten des Bundestags den *Cutzwang* auferlegt und die Abgeordneten aus disziplinlosen Zwischenrufern in gesittete Fragesteller verwandelt, ist löblich; wahrscheinlich wird sie auch dazu beitragen, die Fernsehqualitäten der Parlamentsverhandlungen in den Augen eines Publikums zu erhöhen, das durch seine Anteilnahme an Fußballspielen darüber unterrichtet ist, daß es ohne Schiedsrichter und Spielregeln nicht geht. Die tiefe innere Unsicherheit jedoch, welche darauf beruht, daß die Demokratie bei uns Staatsform, aber nicht Lebensform ist, wird sie nicht beseitigen können. Dies wird sich immer deutlicher zeigen, je mehr wir aus der Scheinsouveränität der Vergangenheit in die begrenzte Souveränität der Pariser Verträge eintreten.

Dürfen wir angesichts dieser Lage fortfahren, die nicht ganz glaubwürdige Rolle demokratischer Musterschüler zu spielen, oder tun wir besser daran, unsere Vorbehalte gegen die Demokratie mit der taktvollen Kühnheit anzumelden, die Martini auszeichnet? Man wird die Beantwortung dieser Frage nicht nur davon abhängig machen dürfen, daß die Welt uns mißtrauisch beobachtet und daß sie Mittel besitzt, diesem Mißtrauen Nachdruck zu verleihen.

„Die Demokraten“, schreibt Martini auf der letzten Seite seines Buches, „leiden an dem Erbe der Aufklärung, die optimistisch genug war, eine ‚absolute Staatsform‘ für möglich zu halten . . . Dieser Glaube ist vielleicht das Gefährlichste an der Demokratie . . . Es lohnt sich, darüber nachzudenken, ob Hitler gekommen wäre, wenn seine demokratischen Gegner nicht durch eben diese Vorstellung von der ‚absoluten Staatsform‘ in so verhängnisvoller Weise gelähmt gewesen wären . . . darin kann das Verhängnis des Westens liegen, so wie es das deutsche Verhängnis schon einmal bedeutet hat.“ Wobei freilich anzumerken wäre, daß auch unsere Neigung, die deutschen Probleme als Weltprobleme zu sehen – so berechtigt sie in diesem Falle sein mag – dem Mißtrauen und der Skepsis der Welt ausgesetzt bleibt.

Bedingungsloser Haß

Der verstorbene Kapitän zur See Russell Grenfell hat ein Buch geschrieben, dessen deutsche Übersetzung unter dem Titel „Bedingungsloser Haß“ großen Eindruck wegen der Ritterlichkeit und Gerechtigkeit seiner Darstellung deutscher Soldatenschicksale gefunden hat. Ein junger Deutscher in England, der durch die Übersetzung beeindruckt war, wollte in der größten Londoner Buchhandlung das englische Original kaufen. Er schildert in einem Privatbrief, wie er dort in der Ab-

teilung für zeitgenössische Geschichte danach fragte. Seine Rückübersetzung des Titels war nicht richtig, aber die Verkäuferin verbesserte sofort: „You mean, Unconditional Hatred. You will not get that book in this country! Sorry!“ Der Briefschreiber fährt fort: „Das war alles. Fünf daneben stehende Kunden schauten auf mich ungefähr so, als ob ich nach einem pornographischen Werk gefragt hätte. Aber sorry dürfte nicht fehlen. Also hat da die Toleranz eine Lücke.“

BÜNDNIS ODER KRIEG?

Das Buch von Robert Ingram „Bündnis oder Krieg“ zu besprechen, ist nicht ganz leicht. Zunächst einmal, weil der Leser von einem bewundernswerten Feuerwerk glänzender Bilder und schlagender Formulierungen noch eine ganze Weile geblendet dasteht. Nicht alles an diesem Feuerwerk allerdings würde vor des Autors großem Landsmann Karl Kraus standhalten. Der Rezensent überläßt dem Leser das Vergnügen, derartiges herauszufinden, beispielsweise auf den Seiten 17, 27 und 46. Es ist schließlich nebensächlich.

Kern der guten Ratschläge, die der Verfasser uns im vollen Bewußtsein seiner Ausländereigenschaft (S. 130) gibt, ist die Aufforderung zu einer Ostpolitik. „Was vor allem nottut, ist eine Denkarbeit. In dem Augenblick, da Deutschland wieder eine Großmacht wird, ist es auch im Hinblick auf den europäischen Osten wieder vorhanden. Es muß eine eigene Ostpolitik haben. Sie kann nur an die Geschichte anknüpfen“ (S. 112). Daraus folgt, daß „Deutschland von allen freien Völkern dasjenige ist, das sich am stärksten für die Befreiung Polens, Böhmens und der anderen Satelliten erwärmen muß“ (S. 114).

In der Zeitschrift für Geopolitik wird diese Linie bereits verfolgt. Zum Unterschied von Ingram aber in einer sehr zurückhaltenden Weise. Wir haben Sorge, von der Geschichte überholte Nationalismen wieder aufzurufen (in deren Bekämpfung Ingram mit uns übereinstimmt).

Und vor allem: Wir wünschen nicht, Dogmatiker oder gar Fanatiker zu sein. Davon haben wir genug! Mögen unsere näheren und entfernteren Nachbarn sich regieren lassen, wie sie's verdienen. Auf keinen Fall werden wir das als „Satansherrschaft“ (S. 18) bezeichnen, noch etwa ein so verschlissenes Schlagwort wie „Sozialismus“ in einer Gegenüberstellung der westlichen und der östlichen Militärmacht verwenden, wie Ingram es S. 23 tut. Man braucht nicht Sowjetfreund zu sein und darf doch den Aufstieg Rußlands seit Beginn der „Satansherrschaft“ im Jahre 1918 mit Nachdenken ins Auge fassen.

Müßten wir uns nur auf Ingram verlassen, so hätten wir nichts als die von ihm aufgeworfene Frage: Bündnis oder Krieg?

Nützen wir aber die Eigenschaften, die er an unserem Bundeskanzler lobt, Bedachtsamkeit und Geduld, so sollte vielleicht sich später eine bessere Kennzeichnung unserer Epoche finden lassen als die ingrimmige Frage. Es sollte dann heißen: Durch Bündnis zur Koexistenz.

Eugen Langen

Robert Ingram: „Bündnis oder Krieg?“, Verlag Neues Abendland, München 1955, 163 S., 4,90 DM.

Die Nemesis der Macht

Zeitgeschichte kann nie abstrakt objektiv sein, insbesondere dann, wenn dargestellte Ereignisse und Personen von dem betreffenden Historiker — wie das bei Wheeler-Bennett der Fall ist — gewissermaßen als Teil der eigenen Biographie empfunden werden. Seine umfangreiche Geschichte der politischen Rolle des deutschen Militärs in den letzten zweieinhalb Jahrzehnten ist, soweit es sich um die Präsentation und Auswertung von Dokumenten aus dieser Periode handelt, von mustergültiger Exaktheit und Vollständigkeit. Zusammen mit Alan Bullocks Darstellung des Nationalsozialismus¹⁾, deren Übersetzung im gleichen Verlag erschien, bietet das Buch die wohl bis heute umfassendsten Unterlagen zum Verständnis der komplexen Beziehungen von Staat, Wehrmacht und „nationaler Bewegung“ in Deutschland.

Aber der Verfasser berichtet ja nicht nur. Er kommentiert und gibt Urteile ab. Obwohl offensichtlich ehrlich bestrebt, von propagandistisch-polemischen Verallgemeinerungen abzuweichen, was andere außerdeutsche Bücher zum gleichen Problem nicht immer taten²⁾, steht deutlich für ihn fest, (noch bevor seine mühevollen Forschungstätigkeit ihm Material an die Hand gab), daß die Reichswehr der Weimarzeit und

¹⁾ Alan Bullock, „Hitler. Eine Studie über Tyrannei“. Droste Verlag, Düsseldorf, 1954, 838 p.

²⁾ Um nur einige Titel zu nennen: Curt Riess, „The Selfbetrayed. Glory and Doom of the Generals“, Putnam & Sons, New York, 1942, 402 p.; Hans Ernest Friedl, „The Guilt of the German Army“, MacMillan Co., New York, 1942, 426 p.; Herbert Rosinski, „The German Army“, The Infantry Journal, Washington, 1944, 220 p.

die Wehrmacht des Dritten Reiches, überhaupt „die Militärs“, stets eine verhängnisvolle Rolle in der Nach-Versailler Politik Deutschlands gespielt haben. (Für die Tatsache, daß gerade der Versailler Vertrag in vieler Hinsicht deutschen militaristischen „Konspirationen“ der verschiedensten Art so etwas wie eine moralische Blanko-Vollmacht gegeben hat, hat er überhaupt kein Verständnis.) Er kommt dabei zu Kurzschlüssen: Ebert, Noske, Schleicher und andere werden mehr „entlarvt“ als aus ihren Beweggründen erklärt.

Seeckts Rolle wird in grotesker Weise überschätzt. (Wie in den anderen Fällen, um die vorweggenommene These von der Gefährlichkeit der Reichswehr zu stützen.) In Wirklichkeit ist heute klar, daß Ebert und Noske, so vielfältig auch die Motive der sich zur Verfügung stellenden Freikorps gewesen sein mögen, in der Niederschlagung der Spartakusrevolte und bis zu einem gewissen Grade auch im von ihnen geduldeten Grenzkampf im Osten (das Baltikum steht auf einem andern Blatt!) die Einheit Deutschlands gerettet und eine relativ normale Entwicklung des Reiches gesichert haben; daß nur Seeckts Weigerung, die Reichswehr mit abenteuerlichen Plänen der Rechtsradikalen zu koordinieren, sowohl beim Kapp-Putsch wie beim Hitler-Putsch Bürgerkriegssituationen auf den Charakter einer Episode reduziert hat; daß Schleichers — wahrscheinlich utopische — Vorstellung, mit den Gewerkschaften und rebellierenden Nationalsozialisten um Gregor Strasser als Hintergrund, eines die NSDAP als ungesetzlich erklärenden „Generalsozialismus“ zwar keine auf die Dauer tragbare Lösung gebracht, aber vielleicht, wenn exemplifiziert, die Hitlerpartei zerschlagen hätte!

Und der überragende Einfluß Seeckts? — In dem Moment, wo er der Regierung unbehagen zu werden begann, konnte er, ohne den geringsten Widerstand der Reichswehr, wegen einer an sich völlig belanglosen Sache, der Teilnahme eines Hohenzollernprinzen in Uniform an einem Reichswehrmanöver, sang- und klanglos „abserviert“ werden! In der Weimarer Republik herrschte nicht die Reichswehr — auch wenn man sie in kritischen Situationen einsetzte —, sondern die parlamentarische Demokratie.

Überall da, wo Wheeler-Bennett keine Dokumente vorliegen hat, wird sein Bericht unexakt und sein Urteil subjektiv. Eindrücke, positiver oder negativer Art, die er erhielt, als er den einen oder anderen Mitspieler der damaligen Politik persönlich kennenlernte, Gerüchte, die er hörte, selbst Bonmots ersetzen hier Unterlagen. Er deutet sie stets im Sinn seiner Grundthese.

Um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen, muß hier die Bemerkung eingeschaltet werden, daß unleugbar bestimmte Kreise innerhalb der Reichswehr und später auch in der Hitlerschen Wehrmacht bereit waren, um der „Remilitarisierung“ willen mit jedem, der dazu nützlich sein konnte, zusammenzugehen, sei das die alldeutsch-reaktionäre Hugenberggruppe, die NSDAP oder — die Industrie³⁾. Aber es hat zur gleichen Zeit immer Militärs gegeben, die vor Abenteuern warnten, zur Vernunft rieten und sich für eine organische und Schritt für Schritt die deutsche Militärhoheit zurückerlangende Politik einsetzten: schließlich ist als „Erfüllungspolitiker“ weder Stresemann noch Brüning von der Reichswehr gestürzt worden! (Die „Junker“-Gruppe um den Januschauer, die Hindenburg gegen den „Agrar bolschewisten“ Brüning benützte, hatte mit der Reichswehr nicht das geringste zu tun.) —

Wheeler-Bennett simplifiziert, wo er differenzieren sollte. Das gilt vor allem für seine Darstellung der deutschen Widerstandsbewegung, insbesondere der am 20. Juli 1944 beteiligten Personen und Zirkel. Nicht etwa, daß er die persönliche Integrität der Verschwörer in Frage stellt: er findet bewundernde Worte für mehr als einen ihrer Repräsentanten, — aber er „erklärt“ sie im Sinne seiner These. Es waren „Patrioten“ (seit wann ist in England die Bezeichnung *Patriot* übrigens etwas Negatives?), die, als sie nicht umhin konnten, einzusehen, daß der Krieg verloren war, durch den Sturz Hitlers eine neue deutsche

³⁾ Wheeler-Bennett hätte bei George F. W. Hallgarten „Hitler, Reichswehr und Industrie“, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/M., 1955, das nach seinem Buch herauskam, interessantes Material dazu gefunden. Für diese Schrift gilt das gleiche wie für ihn: soweit dokumentiert wird, ist sie eine faszinierende Lektüre; wo der Verfasser zu kommentieren beginnt, führt alles zu der Mathematikformel der Abiturientenage: w. z. b. w., „Was zu beweisen war“.

Chance suchten, nämlich, indem man das „Dritte Reich“ als Nation überlebte, um sowohl als Kaste als auch als Deutsche noch einmal fähig zu sein, im Spiel der großen Politik Herrschaft und Macht zu suchen. Nun hat es sicherlich auch in der deutschen *Résistance* einzelne gegeben, für die dies oder ein ähnliches Motiv gelten mag.

Der führende Kreis des deutschen Widerstandes — auch soweit es sich um seinen militärischen Sektor handelte (lassen wir hier für einen Moment die stets erfolglos angesprochenen opportunistischen Generale und Marschälle beiseite) — hat im Grunde den ethischen Protest des „Anderen Deutschland“ gegen Hitler repräsentiert (was im übrigen dazu beigetragen haben mag, daß seine *efficiency* zu wünschen übrigließ?). Wenn Wheeler-Bennett der Meinung ist, es sei nur gut, daß der 20. Juli erfolglos war, so beweist er damit eindeutig, daß er „von außen“ spricht, als Brite, der die Politik seines Landes, *Right or Wrong*, vertritt und sein tief eingewurzelteltes Mißtrauen gegen alle Deutschen (rechts oder links) nie vergißt.

Er sieht Deutsche ganz allgemein in Soldatenstiefeln. (Ein zeitlich günstiger Buchvertrag hat ihn davor bewahrt, plötzlich deutsche Stahlhelme, am Rhein Paris gegen asiatische Horden verteidigend, als Garanten des Ärmelkanals zu akzeptieren und im Rahmen der Pariser Verträge „deutsche Soldatentugenden“ ein wenig günstiger einschätzen zu müssen, als es rund um die Nürnberger Prozesse in den Siegerländern Mode war!) —

Dennoch sind weder Bullock noch Wheeler-Bennett — das muß ausdrücklich gesagt werden — etwa „antideutsch“. Vor allem der erste hat nur etwas gegen „Deutsche in Uniform“. — Unter keinen Umständen soll man sie auf der Ebene des Beleidigtseins, der Bitterkeit, des Ressentiments „ablehnen“. Ihre Forschungsarbeit wird für jede weitere Arbeit zum gleichen oder einem ähnlichen Thema unerlässlich sein. Und die Fehlrurteile sind auch da verständlich, wo man ihnen widersprechen muß. Sie kommen aus der Distanz des ausländischen Beobachters — was viele Vorteile hat — aber sie ersetzen nicht, was immer noch fehlt: die deutsche Rechenschaftslegung über die Hitlerperiode, in der

Person dessen, der sie schreibt, wirklich legitimiert, sachlich, unmasochistisch, aber auch ohne Redthaberei, auf Dokumentation beruhend und doch auch Deutschland als atmosphärische Realität als „mit dabei gewesen“ einbegreifend.

Karl O. Paetel

John W. Wheeler-Bennett: „Die Nemesis der Macht, Die deutsche Armee in der Politik 1918–45“, Droste Verlag, Düsseldorf 1954, 831 S., 25,50 DM.

Mahnung an das deutsche Gewissen

Derselbe Kreis, der sich im Dezember 1954 mit einem Brief an die einzelnen Abgeordneten des Bonner Bundestages wandte, um sie vor einer Annahme der Pariser Verträge zu warnen, sandte Anfang Februar 1955 von Köln aus einen zweiten Brief an die Bundestagsabgeordneten, dem ebenso wie dem ersten der äußere Erfolg versagt blieb, in dem jedoch Gesichtspunkte stehen, die unabhängig vom äußeren Anlaß bemerkenswert sind. Sie lauten:

„Die beiden deutschen Teilstaaten, Geschöpfe nicht des Volkswillens, sondern künstliche Erzeugnisse besatzungsrechtlicher Weisung, sehen sich zu der ebenso riskanten wie unwürdigen Rolle von Werkzeugen des Kalten Krieges erniedrigt. Immer stärker staatsmäßig entwickelt, drohen die beiden Behelfsheimen zu massiven Bauwerken zu werden, und die deutsche Nation ist in akuter Gefahr, durch eine unerhörte Kernspaltung in einander fremd und feindselig gegenüberstehende deutsche Teilnationen zu zerfallen. Dieser Prozeß muß aufgehalten und der Irrweg der Jahre 1948 und 1949 rückgängig gemacht werden.“

Die Angelsachsen betreiben die Einbeziehung des ganzen Deutschland in das atlantische Militärsystem. In der Londoner Fassung des Deutschlandvertrages war es dokumentarisch niedergelegt, der britische Außenminister hat es 1954 auf dem konservativen Parteitag in Blackpool offen erklärt und der Bundeskanzler hat es 1953 in San Franzisko zu erkennen gegeben. Da dieses Fernziel in absehbarer Zeit

nicht zu erreichen ist, will man sich vorerst mit der Eingliederung der Bundesrepublik und ihres Potentials begnügen. Diese Integration und die Aufrechterhaltung des status quo, also auch der deutschen Teilung, erscheinen dem Westen als die zunächst mögliche beste Form des Gleichgewichts. Die unterrichtete Welt, presse, Parlamentarier, Wissenschaftler und Wirtschaftler haben das ausgeplaudert, zugegeben oder festgestellt, was die Regierungen verschweigen oder vielsagend dementieren.

Die in der Londoner Assoziationserklärung enthaltene und in eine Anlage der Pariser Abkommen übernommene Bezeugung der drei Westmächte, daß die Schaffung eines völlig freien und vereinigten Deutschland ein grundlegendes Ziel ihrer Politik bleibe, ist juristisch unverbindlich und nicht einmal politisch faßbar. Überdies ist sie – der Bundeskanzler gab es in seinem Brief vom 29. Januar an den SPD-Vorsitzenden zu – an die Bedingung einer erneuten westdeutschen Voreinstellung, eben der Ratifikation, geknüpft.

Maß, Klugheit und Fairneß sind Hauptforderungen der Diplomatie und wesentliche Elemente einer auch im politischen Felde unverzichtbaren Ethik. Es ist fair und klug, die Absichten der Gegenseite und die Ernsthaftigkeit ihres Vorbringens in Verhandlungen zu erkunden und zu klären. Der Westen beachtet diese Gebote nicht. Er sieht, oft wegwerfend in der Form, in allen Initiativen und Verlautbarungen des Ostens nur Unehrlichkeit, Bluff, Propaganda, Fallstricke und Wolfsgruben oder, noch bedenklicher, Zeichen einer vermeintlichen Verlegenheit, Unsicherheit oder gar Schwäche. Andererseits haben prominente Staatsmänner und Politiker des Westens, auch der Bundeskanzler, der Sowjetunion wiederholt bestätigt, daß sie keinen Krieg wolle. England hat im Einvernehmen mit Amerika Moskaus gute Dienste zur Vermittlung im Formosa-Konflikt erbeten. Darin liegt die offenkundige Voraussetzung, Anerkennung und Bestätigung des derzeitigen russischen Friedenswillens.

Die Erwartung, die russische Weltmacht werde sich von der mit der Losung „Ratifizierung zuerst“ beabsichtigten Drohung

einschüchtern lassen, ist ohne jedes Fundament.

Die strategische Lage Deutschlands zwingt gebieterisch zur Unterlassung des militärischen Anschlusses an den Westen oder Osten. Eine solidarische Gemeinschaft in der Form eines europäischen Sicherheitspaktes unter Beteiligung Amerikas bietet einen geeigneten Rahmen, innerhalb dessen ein demokratisches, gleichberechtigtes Deutschland mit eigenständiger innerer Entwicklung, durch eine Garantie der Weltmächte in seinem Bestand und seiner Unabhängigkeit gesichert, sein Genügen und seine große Entwicklung haben kann.

Es verbreiten sich die Überzeugung und Befürchtung, daß die Verwirklichung der westlichen Konzeption das Schicksal der Nation besiegen würde. Die Empörung gegen die Wiederaufnahme der unheilvollen Bündnispolitik wächst. Die uns eindeutig zugedachte Rolle, Legionär, vorderster, schmutziger Graben und Vernichtungszone fremder Machtinteressen zu sein, erweckt wachsendes Entsetzen und Widerstand.

Die Behauptung, die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung habe am 6. September 1953 für die deutsche und außenpolitische Linie des Bundeskanzlers gestimmt, ist ein Mythos. Die Wahl war nicht der Ausdruck außenpolitischer, sondern wirtschaftspolitischer Überlegungen, sie war ein Votum des Lebensstandards, aber keine nationale Entscheidung. Sie war die Frucht der Unterlassung einer nüchternen, unverkürzten und objektiven Darstellung der wirklichen Weltlage, sie war das Ergebnis einer in den Massen hervorgerufenen bequemen Illusion.

Es gibt keinen sachlichen Grund dafür, daß Bonn hochmütig oder aus einem heimlichen Minderwertigkeitskomplex immer noch ein Benehmen mit den anderen Deutschen ablehnt. Wo es um alles geht, sind bissiges Ressentiment und ideologisches Gezänk nicht mehr am Platze.“

Unterschrieben ist diese Mahnung von denselben Personen wie der Dezemberaufruf, dazu von einer großen Gruppe protestantischer Geistlicher, Hochschullehrer, Künstler, ehemaliger Offiziere und Persönlichkeiten aus der Wirtschaft.

Die Außenpolitik der USA

Es ist leicht, sich nachträglich über fremde Fehler auszulassen. Trotzdem kann kein Zweifel darüber bestehen, daß nur eine Analyse der eigenen und fremden Fehler uns die Hoffnung gibt, sie in Zukunft zu vermeiden.

Während der letzten 50 Jahre kann die Außenpolitik der Vereinigten Staaten, die bis zu Anfang unseres Jahrhunderts scharfsinnig und realistisch war, nicht anders als untauglich bezeichnet werden.

Der Beginn des 20. Jahrhunderts ist ein historischer Wendepunkt. In diesem Zeitabschnitt werden die USA zu einer Kolonialmacht im Fernen Osten und in Westindien und verwandeln sich durch das Gewicht ihrer Bevölkerung und Wirtschaftskraft zu einem entscheidenden Faktor der Weltpolitik, während gleichzeitig Deutschland und Japan in den Rang großer Seemächte aufsteigen, die entschlossen sind, England die Herrschaft über die Meere streitig zu machen. Washington war sich nicht klar darüber, daß seine Möglichkeiten im richtigen Verhältnis zu seinen Verpflichtungen stehen müssen und daß diese jene nicht übersteigen dürfen.

Zu spät erkannte Washington . . .

Zu spät erkannte es die Notwendigkeit, die Unversehrtheit der europäischen Atlantikstaaten zu bewahren, die direkt oder indirekt sämtliche Zugänge zur westlichen Hemisphäre bewachen. Als man schließlich die von Deutschland drohende Gefahr erkannte, übersah man die russische, während man sich in der napoleonischen Epoche der Bedrohung durch Frankreich voll bewußt gewesen war.

Insbesondere wurde man sich zu spät über die Notwendigkeit klar, die britische Seeherrschaft aufrecht zu erhalten, in deren Schutz die USA dreiviertel Jahrhunderte lang gelebt und geblüht hatten. Man hatte diesen glücklichen Zustand für ein Ergebnis der sogenannten Monroe-Doktrin und der moralischen und geistigen Überlegenheit des Puritanertums gehalten, die eine Einmischung in die „schmutzigen“ und „bedeutungslosen“ Streitereien des alten Europa verboten. Mit ihrem Eintritt in den Ersten Weltkrieg brachten die USA in die internationale Politik jenen verhängnisvollen Irrtum einer idealistischen Zielsetzung, der von damals bis heute der Menschheit so ungeheures Elend eingetragen hat, indem er den Zweiten Weltkrieg ermöglichte oder doch jedenfalls verlängerte und den Konflikten den Charakter religiöser Kreuzzüge verlieh.

Tatsache ist, daß der höchste und letzte Beweggrund der nordamerikanischen Außenpolitik die nationale Sicherheit der USA ist. Es wäre Aufgabe der Vereinigten Staaten gewesen, sich nicht allein mit denjenigen Mächten zu verständigen, die ihnen im Verein mit der eigenen Stärke die höchstmögliche Überlegenheit über den potentiellen Gegner gewährleistet hätten, und ihre Streitkräfte auf einem Stand zu halten, der keinen Zweifel über ihre Entschlossenheit hätte aufkommen lassen, sondern auch die Voraussetzungen klar zu zeigen, unter denen sie entschlossen waren, in den Krieg zu ziehen. Sicherlich wäre in diesem Falle der Lauf der Weltgeschichte ein anderer gewesen.

Auf der anderen Seite begriff man erst nachträglich, daß das inzwischen endgültig gestörte Gleichgewicht der europäischen Mächte, das Großbritannien so sorgfältig gehütet und mit dessen Hilfe es während eines ganzen Jahrhunderts größere Konflikte vermieden hatte, für die nordamerikanische Sicherheit so wichtig war wie die britische Flotte. Der beste Beweis dafür ist, daß sich Nordamerika heute – nachdem es in zwei Weltkriegen und, als Folge von ihnen, in Korea gekämpft und Millionen seiner Söhne geopfert hat – (von utopischen Völkerbunds-ideen abgesehen) nichts Besseres wünschen könnte als die Wiederherstellung der Verhältnisse von 1914 mit einem starken Reich und einer ebenso starken österreichisch-ungarischen Monarchie oder deren moderner Abart, einer Donau-Föderation.

Fehleinschätzung Japans

In Ostasien war die nordamerikanische Politik nicht weniger blind. Die hartnäckige Verteidigung Chinas gegen Japan, das, um zu leben, Märkte und Kolonisationsraum brauchte (und braucht!), führte zwangsläufig dazu, daß das ausgehöhlte himmlische Reich dem russischen und später dem kommunistischen Einfluß ausgeliefert wurde. Außerdem provozierte man auf diese Weise die Explosion von Pearl Harbour.

Sinnvoll wäre es gewesen, mittels einer von Tokio im Jahre 1903 vorgeschlagenen Allianz den Vorwärtsdrang Japans auf Zentralasien abzulenken (Tanaka-Plan), wo es die Expansionsbestrebungen Rußlands oder Deutschlands – des dritten Bewerbers um die Weltherrschaft vom Herzen Eurasiens aus – neutralisiert hätte.

Wir wissen heute, daß das Reich 1941 drauf und dran war, die Nachfolge der Sowjetunion in Zentralasien anzutreten, da es Hitler beinahe gelungen war, das Machtverhältnis zu seinen Gunsten zu entscheiden, hätte seine blinde Ungeduld ihn nicht verkennen lassen, daß das deutsche Potential im Vergleich zu den modernen Weltmächten USA und Rußland unzureichend geworden war, ähnlich wie seinerzeit Spanien und Frankreich überholt worden waren. Diese Unterlegenheit konnte auch durch die einzig dastehende Tapferkeit und Tüchtigkeit der deutschen Wehrmacht nicht wettgemacht werden, weshalb der Krieg verloren war, als der Führer die Begeisterung der vom Kreml-Joch befreiten Völker in Haß verwandelte und so aus fanatischen Verbündeten erbitterte Partisanen machte.

Während so der japanische Drang nach Westen den russischen oder deutschen Weltherrschaftsplänen hätte entgegenwirken können, hätte inzwischen China wahrscheinlich seine tausendjährige Rolle als Assimilator seiner Eroberer gespielt, wenn es sich nicht gar seiner chronischen Anarchie entledigt hätte, um die Rolle als große Weltmacht zu übernehmen, die ihm seiner Bevölkerung, seinem Raum, Klima und Industriepotential nach zukommt.

Während man auf der einen Seite Japan geradezu zwang, die Waffen zu ergreifen – indem man ihm die Früchte seiner Siege von 1895, 1905 und 1918 vorenthielt, sein ernstes Bevölkerungsproblem verkannte, es durch die Verweigerung einer Allianz mit England in die Arme Deutschlands trieb, ihm in China in den Arm fiel und schließlich ein Eisen- und Öl-Embargo verhängte, das Japan zu ersticken drohte – tat man auf der andern Seite alles, um ihm zum Siege zu verhelfen: dadurch, daß man ihm die ehemaligen deutschen Besitzungen überließ, die als Schutzwall zwischen seiner Kern-

position und den Philippinen lagen, auf der Flottenkonferenz von Washington auf die rein defensive Befestigung von Guam, Corregidor und Cavite verzichtete und sich selber und seine mutmaßlichen Verbündeten in einer Weise abrüstete, die absurd war, da ja Japan nicht wie die USA und besonders England seine Flotte über die sieben Meere verteilen mußte und ihm folglich eine proportionelle Tonnagereduktion eine große relative, das heißt lokale, Überlegenheit verlieh; indem man weiter nicht einmal die Einhaltung dieser Seeabrüstungs- sowie ähnlicher Nichtbefestigungsversprechen von Seiten Japans durchsetzte, die Philippinen nicht in Kriegszustand versetzte, als sich die kriegserische Auseinandersetzung abzeichnete, und endlich das Waffenembargo für Frankreich und England auf Grund des Neutralitätsgesetzes verhängte.

Bezüglich dieser letztgenannten Maßnahme wundert man sich wirklich, was die Amerikaner gemacht hätten, wenn diese beiden Länder ihre Neutralität gewahrt hätten, da ja bekanntlich der Amphibienfeldzug gegen Japan ausschließlich von französischen, britischen und niederländischen Besitzungen aus geführt werden konnte!

Alles in allem unterschätzte Washington zunächst die japanische Kraft, um sie schließlich zu überschätzen, als ihre wirtschaftliche Kapazität nicht mehr ausreichte, diesen Krieg allein zu bestehen, der in Europa entschieden worden war.

Panamerika funktioniert nicht

Die „panamerikanische“ Politik Washingtons hat sich erwiesenermaßen als das Gegenteil dessen ausgewirkt, was sie hätte sein sollen, wenn wir von dem flüchtigen Zwischenspiel absehen, das die „Politik der guten Nachbarschaft“ zu Beginn der Roosevelt-Ära darstellte. Wenn man von der Guatemalaepisode absieht, läßt sich zwar in jüngster Zeit eine Rückkehr zu dieser für damalige Verhältnisse sehr geschickten Politik erkennen, aber das kann kaum als Fortschritt gewertet werden, denn Lateinamerika begnügt sich heutzutage schon längst nicht mehr mit der bloßen Anerkennung seiner Ebenbürtigkeit, sondern braucht dringend massive Wirtschaftshilfe.

Wenn Washington sich auf seine Gefolgschaft für den Fall eines Krieges verlassen will, muß es diesem Wunsche Rechnung tragen, bevor es zu spät ist, und es dürfte heute kein Zweifel mehr daran bestehen, daß die USA ohne die Hilfe ihrer südlichen Nachbarn ihre sowieso sehr relativen Möglichkeiten, dem Ansturm Eurasiens standzuhalten, absolut annullieren.

Roosevelts Irrtümer

Die große politische Schau, die Roosevelt in den Jahren unmittelbar vor dem letzten Krieg zu besitzen schien, war nur von kurzer Dauer. Seine grundlegenden Irrtümer in bezug auf Europa und Asien sind bekannt. Die unbedachte Formel der „bedingungslosen Übergabe“ hat nicht nur den Krieg und die Zerstörung unnötig verlängert, sondern auch durch das Verschwinden des deutschen Staates in Zentraleuropa ein geopolitisches Vakuum geschaffen, das die Kommunisten auf wenige Stunden an den Ärmelkanal herangebracht hat.

Er ist verantwortlich dafür, daß der Roten Armee nicht wenigstens vom Balkan durch Zentraleuropa hindurch bis nach Warschau und zur Ostsee eine Schranke ge-

setzt wurde. Stalin – einziger Sieger des Zweiten Weltkrieges – verdankt seinen Erfolg zu einem großen Teil der Unfähigkeit seiner Gegner und Verbündeten. Den schwersten Fehler beging Roosevelt zweifellos in Jalta, wo er der Sowjetunion die strategische Kontrolle Nordostasiens überließ, um sie für den Kriegseintritt gegen Japan zu gewinnen, das nichts anderes mehr wollte, als seine Übergabe anbieten.

Roosevelts antideutsche Voreingenommenheit, seine Naivität gegenüber den Russen (die ihm von all seinen militärischen Mitarbeitern einschließlich Eisenhowers bestätigt worden ist und die Truman wegen seiner anfänglichen politischen Unerfahrenheit übernahm, was zu Potsdam und dem endgültigen Verlust Chinas führte), sowie seine Unfähigkeit, zu begreifen, daß der Krieg nur eine Augenblicksphase war und daß es allein auf die Endregelung ankam (worüber sich Churchill und Stalin im Gegensatz zu „FDR“ durchaus klar waren), sind typisch für das unerklärliche Versagen der nordamerikanischen Staatsmänner, die innenpolitisch so oft Realismus und ungewöhnliches Geschick bewiesen haben, in der Außenpolitik. Dieses Unvermögen ist allen nordamerikanischen Staatsmännern des 20. Jahrhunderts mit Ausnahme Theodore Roosevelts eigen.

Die Gefahr zwingt zur Einsicht

Es ist möglich, daß die Gefahr bei den Regierenden in den USA den Sinn für internationale Zusammenhänge schärft und daß sie aus den Irrtümern der Vergangenheit Vorteile für die Zukunft ziehen. Der Weg, auf den die ununterbrochene kommunistische Offensive die USA immer eindeutiger zwingt, läßt die Einsicht vermuten, daß es das nächste Mal verhängnisvoll werden könnte, Vorsichts- und Vorbeugungsmaßnahmen erst eine Minute vor Zwölf zu ergreifen.

In der Tat, wenn die westliche Hemisphäre isoliert würde, wäre sie gegenüber dem überlegenen Potential Eurasiens an Menschen, Raum und Produktionskraft kaum zu halten. Das höchst konzentriert gelegene nordamerikanische Industriegebiet ist im Gegensatz zu dem Produktionsapparat der Sowjetunion durch Luftangriffe äußerst verwundbar. Auf der andern Seite schützt die Weite des russischen Raumes auch vor einer Eroberung durch Landtruppen. Ja, in einem solchen Falle erst würde sich die Überlegenheit der eurasiatischen Menschenmassen erweisen. In einer statischen Verteidigung müßten die USA ihre begrenzten Kräfte über die ganze Peripherie ihres Machtbereiches verteilen, wobei es dem Gegner überlassen bliebe, den Ort zu wählen, wo er mit größter örtlicher Überlegenheit angreifen könnte, wenn er es nicht vorzöge, die USA, wie es mit Japan geschah, durch eine Belagerung zur Übergabe zu zwingen.

Einige Regierungsmaßnahmen der letzten Jahre erwecken den Eindruck, daß in Washington Neigung besteht, den Lauf der Dinge zu ändern. Es bleibt abzuwarten, wie weit sie sich praktisch auswirken, und vor allem, in welchem Umfang das in Nordamerika herrschende System sie zuläßt.

Die Regierungsform und die Eigenart des nordamerikanischen Volkes haben sich als einer wirksamen Führung der Außenpolitik unangemessen erwiesen. Der nordamerikanische Bürger ist nur zu geneigt, an internationale Fragen moralische Maßstäbe seiner persönlichen Ethik und die vertraglichen und juristischen Regeln des individuellen Rechtes anzulegen, statt die Realitäten der Politik und des allgemeinen

Gleichgewichtes als gegebene und unveränderliche menschliche Kräfte zu nehmen, die jenseits von Gut und Böse stehen.

Das Fehlen eines eigenen Apparates zur Bildung der öffentlichen Meinung, der offenbar unvermeidliche Einfluß entgegengesetzter wirtschaftlicher und politischer Interessen auf die nationalen Belange und die Verpflichtung der regierenden Parteien, sich vor den Wahlen nicht die Volksgunst zu verscherzen, haben sich als ernste Hindernisse für die Staatsführung erwiesen.

Die seit vielen Jahren immer wieder durch künstliche Maßnahmen, „kalte“ und „heiße“ Kriege aufgeschobene Krise der Überproduktion wird durch die Erholung der kriegsverwüsteten Länder und durch die Industrialisierung der unterentwickelten Welt von Tag zu Tag schwieriger zu vermeiden sein. Eine plötzliche Einschränkung der wirtschaftlichen Tätigkeit in den USA kann tiefe soziale Unruhen und Strukturwandlungen von schwer absehbaren Folgen hervorrufen, weshalb die USA ein Bundesgenosse sind, auf den man sich nicht blind verlassen kann.

BRASILIANISCHE WIRTSCHAFTSKRISE

In einem Vortrag vor der Universität Rio Grande do Sul entwickelte der bekannte Volkswirtschaftler Roberto Pinto de Souza interessante und neue Gesichtspunkte zur gegenwärtigen brasilianischen Wirtschaftskrise. Er ging von dem Grundgedanken aus, daß die Krise nicht konjunktureller und damit vorübergehender Art ist, sondern strukturelle Gründe hat, d. h. durch den falschen, in Unordnung geratenen Aufbau der brasilianischen Wirtschaft bedingt ist; sie sei zweifelsohne durch ein Mißverständnis zwischen den neuen Wirtschaftsbereichen, d. h. der Industrie, und den überlieferten Wirtschaftssektoren, vor allem der Landwirtschaft, verursacht.

Die brasilianische (koloniale) Wirtschaft entstand mit dem Blick auf die internationalen Märkte, d. h. es wurde ursprünglich fast ausschließlich für die Ausfuhr produziert. Jede andere wirtschaftliche Beschäftigung war von zweitrangiger Bedeutung. Einen inländischen brasilianischen Markt gab es bis in die neueste Zeit hinein nicht, sondern nur einzelne voneinander unabhängige, für den Export arbeitende Landschaften, die autark waren, d. h. sich selbst versorgten, und ihre notwendigen wirtschaftlichen Ergänzungen durch ausländische Märkte erhielten.

Erst seit den letzten drei Jahrzehnten des 19. und endgültig seit Beginn des 20. Jahrhunderts macht die brasilianische Wirt-

schaft Veränderungen durch, die zur Bildung einer einheitlichen Volkswirtschaft drängen. Die Gründe für diese Veränderungen sind nach Roberto Pinto de Souza in der Einwanderung und im Krieg 1914/18 zu suchen. Die Einwanderer brachten neue Bedürfnisse mit, entwickelten das Handwerk und führten neue Produktionsweisen ein. Der Erste Weltkrieg und auch die Weltwirtschaftskrise von 1929 beschleunigten die durch die Einwanderung sowie durch die Aufhebung der Sklaverei (1888) eingeleitete wirtschaftliche Entwicklung, d. h. die Ausrichtung der Produktion auf den Binnenmarkt. Und seit 1934 setzte eine weitere Industrialisierung ein, die durch den Zweiten Weltkrieg außerordentlich beschleunigt wurde, da die Aufnahmefähigkeit des Binnenmarktes geradezu ins Ungesehnte wuchs. So veränderte sich in etwa 30 Jahren rasch und schroff das volkswirtschaftliche Gesicht des Landes vollkommen.

Diese Änderung verursachte ernste Gleichgewichtsstörungen im Gefüge der brasilianischen Volkswirtschaft. Sie entstanden dadurch, daß sich die neuen, d. h. die industriellen, Produktionsformen über die alten, d. h. die der kolonialen Landwirtschaft, legten, ohne daß beide einander befruchteten oder sich ergänzten. Die Landwirtschaft behielt ihre Stellung als Lieferant für die ausländischen Märkte ebenso bei wie ihre überholte technische Betriebs-

weise. Das gilt für den Kaffee, den Kakao und die Ölfrüchte genau so wie für den Reis, die Bohnen und die Kartoffeln. Nur in São Paulo macht die Baumwolle eine Ausnahme; und in Rio Grande do Sul (sowie in Santa Catarina) weist die Landwirtschaft — insbesondere der Reis — eine höhere technisch-landwirtschaftliche Betriebsform auf. „Rio Grande do Sul [mit seiner starken deutschen Einwanderung] stellt“, so sagt Pinto de Souza, „tatsächlich mit seinem System des kleinen Bodenbesitzes und mit seinen fortschrittlichen Produktionsmethoden für den Binnenmarkt die große Hoffnung dar, denn hier befindet sich zweifelsohne das landwirtschaftliche Brasilien von morgen.“ Aber diese Zukunft ist heute noch nicht die brasilianische Wirklichkeit; denn im großen und ganzen ist die brasilianische Landwirtschaft mit ihren veralteten Methoden immer noch auf die ausländischen Märkte ausgerichtet.

Während die landwirtschaftliche Erzeugung in bezug auf ihre Betriebs- und Wirtschaftsweise stillsteht und auch mengenmäßig keine großen Fortschritte aufweisen kann, besitzt die industrielle Produktion gleichzeitig eine ungeheure, allerdings auch ziellose Wachstumskraft. Infolge des großen Devisenmangels werden immer neue Nachfragen nach Verbrauchsgütern an sie gerichtet. Darum wächst ganz einseitig die Verbrauchsgüterindustrie, während die Industrie, der die Beschaffung der Betriebsausstattungen, d. h. der Maschinen und Ersatzteile sowie der Rohstoffe und Halbfabrikate, obliegt, vernachlässigt wird. Je mehr darum die inländische Industrie sich entwickelt, um so größer wird ihre Abhängigkeit vom Ausland, weil dadurch die Nachfrage nach den genannten Gütern ständig zunimmt. Somit müssen, je mehr sich die inländische Industrie ausweitet, um so höhere Devisenbeträge bereitgestellt werden; diese aber sind begrenzt, weil sie allein aus dem Export von Gütern herühren, die die betriebstechnisch nachhinkende und veraltete Landwirtschaft erzeugt.

Die sich ausdehnende Verbrauchsgüterindustrie verlangt gleichzeitig aber auch wachsende Energiequellen (Elektrizität, Erdöl usw.) sowie ein leistungsfähiges Transportwesen (Kraftwagen, Lokomotiven, Schienen, Flugzeuge usw.), so daß alle Be-

mühungen, den nationalen Lebensstandard durch Ausbau der Verbrauchsgüterindustrie zu heben, an den von der rückständigen Landwirtschaft gesetzten Schranken scheitern müssen. Je mehr die Industrie gefördert wird, um so mehr wächst auch die Notwendigkeit, Rohstoffe, Halbfabrikate, Maschinen, Ersatzteile, Petroleum, Generatoren und Transportmittel einzuführen. Mit anderen Worten: die brasilianische Industrie stellt gewissermaßen den zweiten Stock eines Hauses dar, dessen erster Stock noch nicht ausgebaut wurde. Im ersten Stockwerk aber befindet sich neben der Landwirtschaft, den Elektrizitätswerken, dem Erdöl, dem Bergwesen (Erze, Kohlen), dem Transportwesen auch die Eisen, Stahl und Metall verarbeitende Industrie. Je nachdem, inwieweit dieser volkswirtschaftliche Unterbau in einem Lande ausgebaut ist, spricht man von einer fortgeschrittenen oder zurückgebliebenen Volkswirtschaft. Brasilien gehört zu den wirtschaftlich noch unterentwickelten Ländern, deren Grundlage im Vergleich zum Oberbau zu schwach ist.

Es besteht hierzulande vor allem eine Kluft zwischen den extraktiven und ackerbaulichen Tätigkeiten sowie der Schwerindustrie und der sekundären Industrie einerseits und der Verbrauchsgüterindustrie andererseits. Zur Überbrückung dieser Kluft müssen ausländische Märkte übermäßig um ihre Hilfe angegangen werden, so daß die brasilianische Zahlungsbilanz ständig überbelastet wird. Praktisch hat der gegenwärtige Zustand dazu geführt, daß es auf normale Weise unmöglich ist, die inländische Industrie aus eigenen Kräften weiter zu entwickeln, weil sie sich in sich selbst festgefahren hat. Nur mit Hilfe einer großzügigen ausländischen Wirtschaftshilfe kann der erwähnte wirtschaftliche Unterbau ausgebaut werden, so daß die Verbrauchsgüterindustrie aus dem Inland selbst versorgt wird und vielleicht sogar noch in die Lage versetzt wird zu exportieren. Die brasilianische Wirtschaft ist vor die schwere Aufgabe gestellt, sich von dem Zwang frei zu machen, lebensnotwendige Güter für die Aufrechterhaltung der Verbrauchsgüterindustrie einzuführen; nur wenn ihr dies gelingt, vermag sie sich künftig großzügig weiterzuentwickeln.

K. H. Oberacker

DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE PERUS

In Peru hat man die Empfehlung der Konferenz von Quitandinha beherzigt, in der die Botschaft Präsident Eisenhowers an die Lateinamerikaner sich in abstracto auf den Rat reduzieren ließ: „Helft euch selbst, damit wir euch helfen können!“ Sie war die Antwort einerseits auf die in den letzten Jahren vielfach in lateinamerikanischen Ländern aufgetretenen Bestrebungen der Knebelung oder gar „Nationalisierung“ von Ausländern aufgebafter Unternehmungen, andererseits auf die Ansuchen um Kapital und neue Investitionen des Auslandes in diesen Ländern. Peru war von jeher dem englischen Kapitalmarkt stark verschuldet, und sein Bergbau befand sich vorwiegend in den Händen nordamerikanischer Gesellschaften. Die Basis, auf der die eigentlich nationale Wirtschaft der Peruaner sich aufbaute, war daneben verhältnismäßig schmal. Um so bemerkenswerter ist, daß nach den jetzt von 1954 vorliegenden Zahlen doch eine Festigung dieser Wirtschaft zu erkennen ist.

Dank der aktiven Förderung der Bewässerung bereits bebauter und zu erschließender Gebiete durch die nationale Landwirtschaftsbank (*Banco de Fomento Agropecuario*) haben Landwirtschaft und Viehzucht größere Ausdehnung bekommen und gerade an Erzeugnissen für die Ausfuhr größere Ernten eingebracht. So sind in der Gegend von Piura die Wasser des Quiroz-Flusses zur Bewässerung benutzt und im Süden im Gebiet von Ica die Ableitung der bisher dem Amazonas zufließenden Ausflüsse der Seen von Choclococha und Orcocochoa in Angriff genommen worden.

Der Industrieverband meldete in den ersten sieben Monaten von 1954 die Anlage von 56 Millionen *Soles* in 132 neuen Fabriken. Der Nationalwirtschaft und ihrer Ausfuhr kommt auch der Aufschwung einer bemerkenswerten neuen Industrie zugute, nämlich die Herstellung von Papier aus dem Abfall der Rohrzuckergewinnung, der Faser des ausgepreßten Zuckerrohrs, eine Gründung der Firma W. R. Grace & Co aus San Franzisko/Kalifornien, die für 1955 eine Erhöhung dieser Produktion um 50% ankündigt. Bedeutende Fortschritte sind in der Verarbeitung der einheimischen Baumwolle zu Textilien gemacht worden. Hier-

mit sowie durch eine Reihe kleinerer Industrien wird die Einfuhr allmählich entlastet.

Obleich der Bergbau der Nationalwirtschaft fast nur durch die Löhne, Abgaben, Nebearbeiten und die Verwendung von Nebenprodukten zugute kommt, bedeutet seine Expansion, eben aus diesen Gründen, ebenfalls eine wirtschaftliche Stärkung. Die Feststellung weiterer großer Lager von Kupfererzen im Gebiet von Toquepala, Quellaveco und Cuajone zieht allein eine weitere Investition von 200 Millionen Dollar nach Peru. Die Lager werden auf 400 Mill. t Rohmaterial mit einem Kupfergehalt von 1%, also 4 Mill. t Reinkupfer, geschätzt. Der Abbau soll im Tagebau mit 30 000 t täglich erfolgen. Zum Abtransport wird eine 110 Meilen lange Bahn und eine Verladeanlage in dem kleinen Pazifikhafen Ilo gebaut. Die amerikanische Export- und Importbank hat dafür bereits 100 Mill. Dollar Kredit eröffnet. Die Ausbeutung wird durch die neu gegründete *Southern Peru Copper Corporation* erfolgen, an welcher die *American Smelting & Refining Co* mit 57 $\frac{3}{4}$ %, die *Cerro de Pasco Corp.* und die *Phelps Dodge Corp.* mit je 16 und die *Newmont Mining Corporation* mit 10 $\frac{1}{4}$ % beteiligt sind. Von der USA-Atomkommission geförderte Untersuchungen erbrachten das Vorhandensein radioaktiver Minerale bei Quillabamba, die 1,8% Uran enthalten sollen.

Am deutlichsten ist die zielbewußte Wirtschaftspolitik im Strukturwandel des Außenhandels und der Vermeidung der befürchteten Inflation zu erkennen. Die Einfuhr von Luxuswaren wurde gedrosselt, die von Investitionsgütern gefördert, die Ausfuhr wesentlich erhöht. Die Überstockung der Importeure verminderte sich, ihre Solvenz erhöhte sich dadurch. Zum ersten Male reichten 1954 die Devisenerlöse der Ausfuhr zur Bezahlung der Einfuhr, so daß der Kurs des *Sol* nicht nur stabilisiert, sondern gegenüber 1953 (19,9 *Soles* = 1 Dollar) noch etwas verbessert werden konnte (Ende 1954 19 *Soles* = 1 Dollar). Der Index des Lebensstandards stieg von 1953 auf 1954 um 4 $\frac{1}{2}$ %.

Gegenüber 1953 erhöhte sich die Ausfuhr mengenmäßig um 1,285 Mill. t, wäh-

rend die Einfuhr gleichzeitig um 127 000 t zurückging. Allerdings verminderte sich an den Weltmärkten der Ausfuhrerlös je Tonne um rund 30%. Dennoch schließt das Jahr 1954 in der Außenhandelsbilanz mit einem Passivsaldo von nur rund 1½ Mill. Dollar, gegenüber 68 Mill. Ende 1953. Im gesamten Zahlungsverkehr hat das Ausland Ende 1954 noch rund 90 Mill. Dollar Guthaben, wovon rund 50% produktiven Investitionsimporten von Maschinen für den Bergbau und die Petroleumförderung, zum Teil auf längere Sicht, entsprechen.

In der Zeit vom Januar bis September 1954 wurden 24,94% des Einfuhrwertes durch Maschinen und Ausrüstungen, 16,81% durch Nahrungs- und Genußmittel dargestellt, 33,29% des Ausfuhrwertes durch Mineralien, Erze und Metalle, 26,38% durch Baumwolle und 12,26% durch Rohrzucker.

Die Verteilung nach Handelspartnern läßt den weiten Vorsprung der USA und die starke Beteiligung der amerikanischen Ausbeutungsunternehmen erkennen:

Einfuhr	von/nach	Ausfuhr
51,20%	U. S. A.	36,56%
9,47%	England	16,20%
7,74%	Argentinien	2,88%
7,66%	Deutschland	4,07%
2,69%	Holland	3,60%
2,18%	Belgien	6,00%
2,05%	Frankreich	2,19%
1,39%	Japan	7,57%
1,07%	Chile	9,05%
2,99%	Kanada	11,88%
2,66%	Schweiz	
1,87%	Schweden	
1,31%	Italien	
5,72%	Sonstige	

Deutschland ist mit einer für es aktiven Bilanz wieder an die vierte Stelle der Einfuhr gerückt. An dritter stehen die Nachbarländer Argentinien in der Einfuhr und Chile in der Ausfuhr, woraus zu sehen ist, daß die Kampagne um nachbarlichen Austausch Erfolg gehabt hat.

Der Steigerung der Wirtschaftstätigkeit und des Lebensstandards entsprach die Zu-

Elektra

im Haushalt

Herdanschlußgeräte
Hausanschlußsicherungen

Elektra

im Betrieb

Walzen-Nockenschalter
Steckvorrichtungen
Maschinensicherungen

Elektra

überall

Druckknopfschalter
Schubradschalter
Schiebewiderstände
Abzweigkästen
Schalterkombinationen



ELEKTRA Fabrik elektrischer Schaltapparate
Tailfingen (Württemberg)

nahme der Umlaufmittel um 90 Mill. Soles vom Dezember 1953 zum November 1954 auf 2170 Mill. Sol. und die der gesamten Zahlungsmittel von 3541 auf 3702 Mill. Sol. Ebenso hielt die Expansion des Bankkredits an, der für Ende November 1954 mit insgesamt 3810 Mill. Sol. angegeben wird.

Die Gesamtwirtschaftslage Perus kann also, besonders im Vergleich zu früheren Jahren, als konsolidiert und stetig in der Aufwärtsentwicklung bezeichnet werden.

Helmuth Schmolck

Iberoamerikas Wälder sterben

Die brasilianische Zeitung *A Marcha* vom 18. Februar 1955 bringt einen alarmierenden Artikel des Naturwissenschaftlers Aldo Cipoloto: „Tierwelt und Pflanzenwelt werden bei uns systematisch zugrunde gerichtet“. Es heißt darin: „Die Waldverwüstung bei uns in Brasilien ist derartig grauenhaft, daß der bekannte Naturwissenschaftler Franz Bayerlein in São Paulo einen Vortrag auf Grund der Untersuchungen der Wirtschaftskommission der UNO für Lateinamerika, CEPAL, gehalten hat, den er sehr richtig ‚Das Waldsterben am Paraná‘ nannte.

Unser Wald liegt im Todeskampf... Das heißt, daß wir die natürlichen Wälder dieser herrlichen Araukarien zum Verbrauch und Export niederschlagen und ebenso andere wertvolle Waldbestände, ohne uns um ihre Wiederanpflanzung zu kümmern. Schöpfer von Wüsten, kümmern wir uns nur um den gegenwärtigen Nutzen. Die Losung heißt bei uns ‚Geld machen‘ aus allem, was die Natur uns gibt, besonders aus der Pflanzen- und Tierwelt. Welch Verbrechen! Welch Wahnsinn! Wo bleibt da die Liebe zum Vaterlande? Wirklich entsetzlich ist der Mangel an Verständnis bei uns für die Erhaltung der Güter unserer verschwenderischen Natur, des großen Schatzes unseres weiten Vaterlandes.“ Bayerlein führt zu Beginn seines Vortrages aus:

„... daß die Eukalyptuskultur in ihrer Ausdehnung sich auf Kosten der Nadelwälder, die nicht wieder angepflanzt werden, vollzieht... Jedes Jahr werden in Brasilien 350 Millionen Bäume niedergeschlagen oder schon jung mit dem Buschmesser entfernt, und nur im Staate São Paulo bemüht man sich um Wiederanpflan-

zung von Bäumen, wobei auch dort die Wiederaufforstung im Verhältnis zu der furchtbaren Devastierung sehr klein ist. Nach Angabe des Instituts für Technologische Untersuchungen in São Paulo ergibt sich für die Zeit von 1911 bis 1953 das folgende Bild: Waldverwüstung jährlich in Hektar: 3 474 114, in Kubikmetern jährlich 521 117 100, dagegen wurden knapp 500 Millionen Bäume im ganzen Land Brasilien angepflanzt, davon 400 Millionen in São Paulo, und das auch zum größten Teil Eukalyptus.“

Bayerlein formuliert: „Die Wüstengebiete wachsen in einer Weise, daß die teilweise Verwüstung zur allgemeinen Zerstörung zu werden droht. Die Eukalyptus-Anpflanzungen, wie sie in São Paulo durchgeführt werden, stellen im Grunde keine Wiederaufforstung dar, sondern vielmehr eine Art von periodischem Anbau mit Umtrieb von 5 bis 7 Jahren.“ Es müßte die Regel eingeführt werden, daß „der dritte ein einheimischer Waldbaum sein muß“, d. h. daß in Eukalyptus-Anpflanzungen mindestens ein Drittel der Bäume einheimische Waldbäume sein müssen, um in den Pflanzungen eine stabile Innenstruktur mit gewisser Widerstandsfähigkeit zu schaffen, ferner, um die Vermehrung der Tierwelt zu fördern, vor allem jener Vögel, die waldschädigende Insekten vernichten. Niemals wird Brasilien mehr eine ausreichende oder ausgeglichene Wiederaufforstung haben ohne eine entschlossene Beteiligung oder noch besser Führung durch die Privatinitiative.“

Nur mit Bäumen können wir die Austrocknung des Bodens, das Wegbleiben der Regenfälle, das Austrocknen der Wasserläufe und die Ungesundheit der Luft vermeiden. Bäume sollten nur gefällt werden dürfen, wenn es wirtschaftlich nützlich ist und entsprechend wieder angepflanzt wird.

Aus dem Niederschlagen der Bäume ergibt sich zugleich die Verwüstung unserer Tierwelt, die an den Waldschatten gewöhnt ist. Dazu kommt, daß unsere Waldtiere Opfer unserer Fellexporteure werden. Nach Mitteilungen aus Santos betrug die Ausfuhr von Fellen und Häuten von Wildtieren dort im ersten Halbjahr 1954: 143 228 Stück, darunter 48 000 Chamäleons, 8 262 gefleckte Wildkatzen, 1 124 Jaguare, 200 Lontras (Art Luchse), 11 932 Hirsche. Das ist ein leichter Gewinn — erreicht durch die Ausrottung unserer Tierwelt...“

SÜDAMERIKAS TRANSKONTINENTALBAHN

Am 5. Januar 1955 traf sich der brasilianische Bundespräsident João Café Filho mit dem Präsidenten von Bolivien, Victor Paz Estenssoro, in Santa Cruz de la Sierra, um mit ihm zusammen die Eisenbahnstrecke Corumbá-Santa Cruz einzuweihen. Hierbei handelte es sich um die vorletzte große Teilstrecke der ersten südamerikanischen Transkontinentalbahn durch brasilianisches Gebiet. Ein alter brasilianischer Traum ist damit seiner Erfüllung einen großen Schritt nähergekommen, denn in Kürze wird man mit der Bahn von Santos am Atlantischen Ozean bis nach Arica am Stillen Ozean fahren können. Hierzu fehlt jetzt nur noch die Fertigstellung der letzten bolivianischen Teilstrecke Santa Cruz-Cochabamba, welche die Reisenden bis auf weiteres auf der erstklassigen und bequemen Fahrstraße Santa Cruz-La Paz überwinden müssen.

Bei der jetzt erfolgten Einweihung drehte es sich um die Verbindung von Corumbá, an der Grenze von Mato Grosso, nach der bolivianischen Stadt auf den Ostanden, Santa Cruz de la Sierra. Diese Strecke wurde von der brasilianischen Regierung nach den Entwürfen und unter Leitung der gemischten brasilianisch-bolivianischen Kommission erbaut. Es war auch bei dem Fortschritt, den die Technik heute genommen hat, keine Leichtigkeit, diesen Hunderte von Kilometern langen Schienenweg durch die heiße Tiefebene zu legen und dann die Anden empor zu leiten. Besondere Schwierigkeiten bereitete der Bau der über 2 km langen Präsident-Dutra-Brücke über den Rio Paraguay, eines der größten und bedeutendsten Eisenbahnbetonbauten Südamerikas. Als eine besondere technische Leistung gilt ferner die Kanalisierung und Überbrückung des Rio Grande kurz vor Santa Cruz, der bei Hochwasser uferlos dahinströmt und ohne Eindämmung jedesmal den Bahnbau gefährdet hätte.

Der Bau der jetzt eingeweihten Bahnstrecke geht auf die brasilianisch-bolivianischen Abmachungen von Petrópolis im Jahre 1903 zurück, durch die Brasilien das Território do Acre erwarb und sich zu verschiedenen Bahnbauten verpflichtete. Durch den Vertrag von Natal (1928) erfuhren diese Abmachungen dann Abänderungen, und

durch einen neuen Vertrag zu Petrópolis verpflichtete sich Brasilien am 25. Februar 1938 zum Bau der Bahn von Porto Esperança über Corumbá nach Santa Cruz de la Sierra.

Die sogenannte *Ferrovía Brasil-Bolivia* kostete Brasilien 5 Millionen Dollar und hat seine Haushaltspläne von 1938 bis 1954 stark belastet. Bolivien hat sich jedoch verpflichtet, den größten Teil des ausgelegten Betrages durch Erdöllieferungen in 20 Jahresraten zurückzuzahlen, sobald die schwierige Gebirgsstrecke von Camiri-Cochabamba nach Santa Cruz fertiggestellt ist, was – wie es heißt – bald der Fall sein soll. Im Süden von Santa Cruz bis an die argentinische Grenze hin erstreckt sich ein reiches Erölgebiet, das in den dreißiger Jahren entdeckt wurde und an dessen Ausbeutung sich auch Argentinien durch den Bau einer Bahn Yacuibá-Santa Cruz und die Anlage einer Erdölleitung beteiligt. Die Vollendung der Transkontinental-Bahn ist für Brasilien in Anbetracht seiner Devisenknappheit von großer wirtschaftlicher Bedeutung, denn in Zukunft wird zum mindesten ganz Mato Grosso mit Petroleum und Benzin aus Bolivien versorgt werden können, und im Kriegsfall ist die Möglichkeit, Erdöl aus Bolivien zu bekommen, von einer militärisch kaum zu überschätzenden Bedeutung.

Die in Anwesenheit des Präsidenten Café Filho eingeweihte Strecke von Santa Cruz bis Corumbá ist 650 km lang. Von dort nach Santos sind es 1 876 km, so daß der Schienenstrang vom Atlantischen Ozean bis nach der Stadt auf den östlichen bolivianischen Anden insgesamt 2 526 km mißt. Da es von Cochabamba bis nach Arica bereits eine bolivianische Bahn gibt, dürfte die große Idee einer Verbindung von Küste zu Küste durch das zentrale Südamerika in absehbarer Zeit Tatsache sein. Merkwürdigerweise ist bei den Feierlichkeiten vergessen worden, jenes Mannes zu gedenken, der zum erstenmal die Idee einer Transkontinental-Bahn durch Brasilien verkündete und in die Wirklichkeit umzusetzen trachtete, indem er weite Teilstrecken von ihr entwarf und entscheidende Vorarbeiten leistete. Dieser Mann hieß Emil Schnoor.

Schnoor, den man als „einen der ideenreichsten Männer der Technik bezeichnet hat, die jemals südamerikanischen Boden betraten“, stammt von deutschen Eltern ab und wurde 1855 zufällig in Frankreich geboren. Er kam als junger Mann nach Brasilien, studierte hier und machte auf der Polytechnischen Hochschule in Rio 1874 sein Ingenieurexamen. Schnoor hat am Bau zahlreicher brasilianischer Bahnen führend mitgewirkt. So baute er z. B. nach Beendigung seines Studiums die schwierigen Tunnelstrecken der Zentralbahn, später die *Sao Paulo Railway*, die 1500 km lange *Goias-Bahn* und viele andere mehr. Als er 1907/08 die Vorarbeiten für den ersten 962 km langen Abschnitt der *Estrada de Ferro Noroeste do Brasil* als Chefingenieur leitete, dachte er als erster an eine Bahn, welche die Küste des Atlantischen Ozeans mit der des Stillen Ozeans verbinden sollte. Der Gedanke wurde u. a. von Euclides da Cunha mit Begeisterung aufgegriffen und auch von dem großen Außenminister Baron von Rio Branco gutgeheißen. Auf Schnoors Betreiben wurde auf jeden Fall die Hauptstrecke der *Mato-Grosso-Bahn* nicht, wie ursprünglich vorgesehen, nach Cuiabá, sondern nach Corumbá am Rio Paraguay gelegt und so dieser Eisenbahnplan, durch den aus rein strategischen Gründen der äußerste Westen des Landes mit São Paulo verbunden werden sollte, mit der panamerikanischen Gutschiffahrtsidee in Einklang gebracht. Der großartige Gedanke Schnoors wurde von ihm selbst durch die Planung der 962 km langen *E. F. Noroeste* und mit ihrer Fortsetzung durch Süd-Mato Grosso bis nach Porto Esperança seiner Verwirklichung ein gutes Stück näher gebracht.

In Porto Esperança, wo das Überschwem-

mungsgebiet die Weiterführung bis nach dem gar nicht so sehr entfernten Corumbá aufhielt, blieb ein Vierteljahrhundert der Endpunkt der Bahn, ehe durch den erwähnten Vertrag von 1938 der Plan Schnoors wieder aufgegriffen wurde. Aber es hat nochmals 16 Jahre gedauert, ehe die vorletzte Teilstrecke, durch welche die beiden Nachbarländer verbunden worden sind, eingeweiht werden konnte. Es gibt Männer, die mit ihren Ideen der Entwicklung oft um viele Jahrzehnte vorausseilen. Sie sind die wahren Träger und Vorkämpfer des so gepriesenen technischen Fortschritts. Zu diesen großen Männern gehört ohne Zweifel auch Emil Schnoor, der es wert ist, daß er der Vergessenheit entrissen wird und daß man ihm an der Stelle, wo die Transkontinental-Bahn die brasilianisch-bolivianische Grenze überschneidet, ein Denkmal setzt.

Selbst wenn die neue Bahn, wie man behauptet hat, sich in absehbarer Zeit wirtschaftlich nicht bezahlt machen sollte, so besitzt sie eine kaum überschätzbare geistig-politische Bedeutung. Sie bezeugt ein großes Vertrauen Brasiliens in die wirtschaftliche Entwicklung eines Nachbarstaates und verbindet über heute noch fast menschenleere Räume hinweg Brasilien mit den südamerikanischen Ländern am Pazifik, d. h. abgesehen von Bolivien vor allem mit Chile und Peru. Außerdem wird über Santa Cruz eine ganz neue Verbindungsmöglichkeit mit Argentinien entstehen, die auch für Paraguay von Bedeutung werden wird. So gesehen, stellt die Verwirklichung der großen Idee Schnoors einen Weg der gegenseitigen Annäherung und Verständigung einer ganzen Reihe südamerikanischer Länder dar, den Weg zu einer praktischen Vertiefung der panamerikanischen Idee.

K. H. Oberacker



Unternehmen „Dschinghiskhan“

Admiral Castex zeichnet in seinem Werk: „Von Dschinghiskhan bis Stalin“ hervorragend die permanente strategische Linie, die den Operationen desjenigen Staates zugrunde liegt, der offenbar seinem Wesen nach als Friedensstörer auf dem Kontinent erscheint: des Herren Asiens oder vielmehr des Bewerbers um die Herrschaft über den Kontinent Eurasien. Diese permanente Linie, diese strategische Idee, die er in der Formel: „Hauptangriff nach Westen, dagegen Deckung gegen Osten“ zusammenfaßt, hat von jeher bewußt oder unartikuliert den Geist der Eroberer oder Autokraten aus dem europäischen Osten beherrscht. Sie ist zuerst nachdrücklich durch Dschinghiskhan in die Geschichte eingezeichnet worden, den nur der Tod an ihrer Vollendung hinderte. Seine mongolischen Nachfolger haben diese strategische Konzeption aus den Augen verloren, weil sie zuerst durch einen rascheren Erfolg versprechende Aktion angezogen wurden, um dann in ihr ihren Untergang zu finden. Sie wurde später mit wechselndem Glück durch die Zaren wieder aufgenommen. Bis ans Ende des 19. Jahrhunderts machte es kaum Schwierigkeiten, dem Osten gegenüber eine Deckung aufzubauen, während andererseits der Hauptstoß der Offensive auf den hartnäckigen Widerstand der westeuropäischen Nationen traf.

Zu Anfang des 20. Jahrhunderts aber wurde die Deckungsmöglichkeit durch Japan zunächst ernsthaft in Frage gestellt, dann unwirksam gemacht.

Nach den ersten Jahren der Revolution, in denen nach beiden Aktionsrichtungen nichts erreicht werden konnte, verkündeten die Herren der Sowjetunion klar und amtlich, daß sie sich ganz der strategischen Idee Dschinghiskhans angeschlossen hatten. Sie bemühten sich, angetrieben vom mächtigen Motor der marxistischen Religion, die in dieser Rolle an die Stelle des mongolischen „Jassak“ ¹⁾ getreten war, um ihre Verwirklichung.

Zuerst besorgte sich die Sowjetunion eine „Sicherung zweiten Grades“ durch Verträge mit den im Westen benachbarten Staaten und widmete sich auf dieser Grundlage dem Streben nach Sicherheit im Osten. Nach einem kurzen Erfolg erlitt dieses Streben Schiffbruch, als Japan seine Hand auf die Mandschurei legte und seine Angriffe auf China begann, als der Kommunismus in Südostasien scheiterte und die angelsächsischen Mächte ihre Vorherrschaft im Nahen Osten festigen konnten. Zugleich baute sich ein erneuertes und mächtiges Deutschland als unübersteigbare Mauer vor dem Drang nach Westen auf und bedrohte damit das bloße Dasein der Sowjetunion.

Als Admiral Castex 1935 sein Buch abschloß, konnte man die Lage folgendermaßen beschreiben: Der Selbstherrscher Eurasiens fand seine Hauptrichtung versperrt. An die Stelle der „Sicherung zweiten Grades“, die er von 1920 bis 1930 besessen hatte, stand nur noch eine schmale Isolierzzone zwischen ihm und der Macht Deutschlands, die offen als Ziel angab, ihn nach Asien zurückwerfen zu wollen.

Die „Sicherheit im Osten“ hatte nicht voll verwirklicht werden können, weil Japan, das mit Chinas Eroberung beschäftigt war, *de facto* eine Koalition mit den West-

¹⁾ Befehl des Mongolenkhans.

mächten eingegangen war, die alle Versuche der Sowjetunion zur Festsetzung auf den ostwärtigen Halbinseln Asiens verhindert oder neutralisiert hatten.

Der Admiral sah den unvermeidlichen Zusammenstoß zwischen Deutschland und der Sowjetunion voraus. Er konnte sich die Herstellung einer „Sicherheit im Osten“ nur dadurch vorstellen, daß die Angelsachsen die *de facto*-Koalition aufsagten und einen Kampf mit Japan angingen.

Vom Jahre 1935 bis zum Frühjahr 1942: Die „Sicherungen“ brechen zusammen, werden aber mühselig wieder aufgebaut

Während der Jahre 1935–42 hatten es die beiden unmittelbaren und hauptsächlichen Gegner des eurasiatischen Autokraten auf sich genommen, auf Grund ihrer geographischen Lage, ihrer besonderen Eroberungsziele und ihrer Ideologien beide Stoßrichtungen zu versperren. Sie erzielten durchschlagende Erfolge, die zu Anfang der Periode auch leicht errungen werden konnten. Die Erfolge schienen auf lange Zeit Versuche zur Neuaufnahme des Unternehmens „Dschinghiskhan“ unmöglich zu machen.

Die hartnäckige und unwahrscheinlich vom Glück begünstigte Politik Hitlers öffnete mit größter Leichtigkeit Breschen in der dünnen Decke von „Sicherungen zweiten Grades“, die während der vor dieser Zeit liegenden Periode die Verträge für die Sowjetunion aufgebaut hatten. Dann konnte sie diese Breschen sogar noch ausweiten. Ihre einzelnen Schritte waren der Anschluß 1938, die Beseitigung des unabhängigen tschechoslowakischen Staates 1938/39, die Stärkung der antisowjetischen Kräfte in Bulgarien, Ungarn und Rumänien, schließlich die Festsetzung Italiens in Albanien 1939.

Angesichts der direkten Offensivdrohung aus dem Westen bemühte sich die Sowjetunion darum, Zeit zu gewinnen, um sich auf den deutschen Angriff, den sie voraussah, vorbereiten zu können. Wegen ihrer unmittelbaren Drohung beschäftigte diese Angriffsgefahr die sowjetischen Gedanken fast vollständig. Alle Ausdehnungsideen traten vor ihr zurück. Weil es um Leben und Tod ging, entschloß sich die Sowjetunion zu einem vorläufigen Kompromiß, um sich Schutz zu verschaffen, wenn sie auch wußte, daß dieser Schutz nur einen kurzen Augenblick lang dauern könne. Aber gerade diesen Augenblick brauchte sie. Sie war bereit, mühselig eroberte Positionen aufzugeben, um sich nur das Überleben am Ende zu sichern.

Den vorläufigen Schutz erhielt sie durch die Abmachungen zwischen Ribbentrop und Molotow vom August 1939. Der Brand flammte in Polen auf. Die Sowjetunion erkannte dort die deutschen „Interessen“ an und bereitete sich fieberhaft darauf vor, selbst einen Stoß auszuhalten. Dabei versuchte sie wenigstens eine der möglichen Angriffsrichtungen, nämlich die von Finnland her, zu sperren. Im Frühjahr 1941 zerriß mit der totalen Besetzung der Balkanhalbinsel durch die Deutschen der dünne Schutzmantel. Die Wehrmacht und ihre Verbündeten standen an den Grenzen des eigentlichen Rußland.

Während sich aber der Angriff entfaltete, war ein wesentlicher Teil der sowjetischen Rüstungsindustrie nach Zentralasien in Sicherheit gebracht worden. Er befand sich dort in einem für Landtruppen und für die damaligen Luftstreitkräfte unerreichbaren „Reduit“, im Herzen der eurasiatischen Landmasse, in der Radnabe für die Speichen

der sowjetischen Anstrengungen. Der Schutzmantel hatte seine Aufgabe erfüllt und der Sowjetunion den zeitlichen Spielraum zu dieser Verlagerung verschafft.

Nach dem 22. Juni 1941 konnte die Sowjetunion dank diesem Zeitgewinn den Stoß, hinter den Deutschland nunmehr gar nicht sein gesamtes Gewicht setzen konnte, abkapseln, abbremser und dann blockieren, wenn sie auch Verluste an Gelände, Menschen und materiellen Hilfskräften hinnehmen mußte, die schmerzlich, doch nicht tödlich waren. Im Zuge einer zwangsläufigen Entwicklung hat schließlich die Sowjetunion *de facto* und *de jure* die angelsächsischen Mächte zu Bundesgenossen gewonnen, weil nichts Staaten so eng zusammenführt wie ein gemeinsamer Feind und weil es nötig schien, in der Auseinandersetzung mit den Friedensstörern die einzelnen Fragen nacheinander, eine nach der anderen, aufzugreifen.

Während der Jahre vor dem Zweiten Weltkrieg entwickelte und erweiterte Japan seine Operationen in Ostasien parallel zu denen Hitlers. Von 1937 an befand es sich praktisch im Kriege mit China, das es ganz zu erobern versuchte. Obwohl dieser Kampf unentschieden blieb und zunächst nicht zu Japans Gunsten beendet werden konnte, neutralisierte Japan durch ihn doch völlig jeden Versuch, den die Sowjetunion hätte machen können, um sich in jenem Teil der Erde wieder eine vollkommene Sicherheitsgarantie zu schaffen. Die Sowjets mußten sogar wichtige Kräfte an der mandschurischen Grenze festlegen, weil die Japaner in der Mandschurei und in Nordchina standen. Die wirksame Tätigkeit der kommunistischen Truppen in China konnte der Sowjetunion diese Belastung nicht abnehmen.

Als die deutsche Drohung handgreiflich näherückte, sah sich die Sowjetregierung auch im Osten gezwungen, eine „Sicherung zweiten Grades“ mit Hilfe einer diplomatischen Abmachung zu suchen, um ihre gesamten Streitkräfte im Westen einzusetzen und gleichzeitig die in Zentralasien neu eingerichteten Rüstungsindustrien schützen zu können. Diese Garantie erhielt sie freilich in erster Linie dadurch, daß Japan bei seiner Kriegführung in China Schwierigkeiten hatte und weil außerdem vor dem Kriege Japan schon ein Ziel verfolgte, das freilich damals noch nicht sichtbar war. Japan nämlich brauchte auch eine Sicherung dem Russen gegenüber, um eine Deckung für seine Eroberungsabsichten in Südostasien zu haben.

Die ostwärtige Sicherung der Sowjetunion war nicht zuverlässig, aber Japan hatte im damaligen Augenblick nicht die Absicht, die Sowjetunion wirklich zu bedrohen. Die Ereignisse vollzogen sich, als wolle Deutschland indirekt den Schutz Japans sichern und als ob China und die japanischen Südostpläne indirekt die Sicherheit der Sowjetunion garantierten. So entstand ein wenig stabiles Gleichgewicht, das fast durch ein Nichts umgeworfen werden konnte, – aber immerhin, es war ein Gleichgewicht.

Der 22. Juni 1941 erhöhte beträchtlich die Sicherheit Japans. Von diesem Datum an konnten die Japaner fest damit rechnen, daß die Sowjetunion in Ostasien neutralisiert sei. Deshalb warfen sie sich in ihre Anstrengungen zum Aufbau Großasiens. Gerade durch diese Tatsache verstärkten sie die Sicherheit der Sowjetunion. Vom Dezember 1941 an war das Gleichgewicht in Ostasien stabiler als vor dem 22. Juni. Die Dauer der damit eingeleiteten Periode läßt sich heute noch nicht klar feststellen.

Indem Japan versuchte, die Eroberung Ostasiens mit einer Ausschaltung der USA-Pazifikflotte zu beginnen, überschritt es die Grenze, die stillschweigend von den angelsächsischen Mächten gezogen worden war. Diesen Augenblick hatte Admiral

Castex 1935 vorausgesehen, wenn die westlichen Nationen unter dem Druck der Tatsachen die sie unbewußt mit Japan verbindende Koalition auflösen und Japan bis zum totalen Endsieg angreifen würden. Dieser Sieg würde allerdings das Gleichgewicht in Asien auf das Größte stören.

1942 – 51: Die Sicherungen für die Sowjetunion verstärken sich

In den Jahren 1942–51, die für die Entwicklung der sowjetischen Strategie entscheidend waren, lassen sich deutlich zwei Zeitabschnitte unterscheiden. Der erste Abschnitt umfaßt die Zeit bis zu den letzten Jahren des Zweiten Weltkrieges. Damals genoß die Sowjetunion ohne Einschränkung die Hilfe der angelsächsischen Staaten. Sie war wie diese im Kriege gegen zwei gemeinsame Gegner. Dank dieser Hilfe konnte sie im Westen wieder eine „Sicherung zweiten Grades“ und im Osten eine echte Sicherung erreichen. Da die USA und Großbritannien gezwungen waren, sich den einzelnen Problemen nur nacheinander zuzuwenden, und da sie sich unzweifelhaft teilweise über die eigentlichen Ziele des eurasiatischen Selbstheischers täuschten, trugen sie mit aller Kraft zur Niederlage Deutschlands und Japans bei.

In der zweiten Periode nutzte die Sowjetunion die günstigen Vorbedingungen des Kriegsendes aus. Damit wollte sie vor der Möglichkeit einer Reaktion seitens der Westmächte die soliden Sicherheitsgarantien schaffen, die für ihre geplante Operation in der Hauptstoßrichtung nötig waren. Sie war gut vorbereitet und hatte niemals das gesteckte Ziel aus dem Auge gelassen. So überraschte sie die Staaten, die nunmehr *de facto* zu ihren Gegnern geworden waren. Diese Gegner merkten erst zu spät die gefährliche Drohung.

Nachdem die russischen Truppen im Sommer und Herbst 1941 der Vernichtung entgangen waren, nachdem die Kriegsindustrie in Zentralasien eine nicht angreifbare Sicherheit gefunden hatte, nachdem ein mächtiger Lebensstrom an Lieferungen von den Westmächten Murmansk oder den Iran erreichte, konnte die Sowjetunion im Frühjahr 1942 die Zukunft mit einem gewissen Optimismus betrachten. Die Angriffe der Wehrmacht konnten ihre Macht nicht brechen, denn ein Vergleich des Kriegspotentials zeigte schon damals, daß sie scheitern mußten. Jetzt kam es nur darauf an, daß die Niederlage Deutschlands total würde und sich nicht rückgängig machen lasse, ehe die Sowjets die Mittel zum Übergang zu ihrem Hauptstoß bereitstellen konnten. Zu diesem Zweck mußten die Westmächte Bindungen ohne jede Reserve eingehen und sich zum Kampf bis zum Ende verpflichten. Sie durften nicht merken, daß der Krieg gegen Deutschland im unmittelbaren Interesse der Sowjetunion liege, weil ihr nämlich vor allem die deutsche Drohung gegolten hatte. (Die führenden Männer unter den Sowjets hatten „Mein Kampf“ gelesen und das Buch ernst genommen). Es durfte nicht geschehen, daß die Westmächte ihr Ohr Hitlers Vorschlägen zu einem Sonderfrieden liehen. Dann hätte der Krieg mit einem Kompromiß geendet, durch das noch immer ein starkes Deutschland als einzig kräftiges Hindernis für den sowjetischen Stoß gegen den Westen übrig geblieben wäre.

Alles wurde für dieses Ziel eingesetzt, Propaganda, vorläufige und vordergründige Absage an einen Teil der marxistischen Religion, Beschwörungen, versteckte Drohungen, Appelle an die demokratischen Gefühle, – diese Bemühungen mußten die morali-

sche Wirkung verstärken, die das Heldentum der russischen Armee ohnehin erzielte. Der Autokrat selbst gab sich versöhnlich, lächelnd, schmeichelnd. Er erreichte auf den einander folgenden Konferenzen ungefähr alles, was zum Kern seiner westlichen „Sicherung zweiten Grades“ gehörte.

Er wünschte eine zweite Front und erhielt sie. Churchill wollte den Hauptstoß der Alliierten über den Balkan führen. Stalin aber, dessen Pläne diese Absicht gestört hätte, erreichte, daß der Hauptstoß nach Nordwesteuropa verlegt wurde. Dorthin ist der Weg weiter, dort liegt die äußerste Grenze der Sicherungszone, an die er dachte. Die westlichen Alliierten erzwangen von Deutschland eine bedingungslose Kapitulation, die Hitler dem Autokraten, wie dieser wohl wußte, nie gegeben hätte. So schloß der Krieg, als die Rote Armee die Hälfte Europas besetzt hatte.

Nunmehr blieb nur die Aufgabe übrig, die Anerkennung der vollendeten Tatsachen zu erreichen. Es kam nicht mehr in Frage, sich zurückzuziehen, sondern eine „Sicherung zweiten Grades“ zu schaffen. An die Stelle der militärischen Aktionen einer russischen Armee waren nunmehr politische Aktionen einer Roten Armee getreten. Die Rote Armee vergaß nicht, daß eines ihrer ersten Reglements als ihre Aufgabe die kommunistische Durchdringung der Länder vorgesehen hatte, die kapitalistisch waren oder kapitalistisch genannt wurden. Um die Westmächte möglichst lange im Unklaren zu halten, überließ man im Vordergrund die erste Rolle den Kommunistischen Parteien der besetzten Länder und ihren wohl bekannten, der eigenen Nation entfremdeten Führern: einem Dimitrow, einer Anna Pauker, einem Tito, einem Gottwald usw. Man erhoffte eine spontane Sowjetisierung. Um die Sicherheit solider zu gestalten, besonders in bezug auf die Luftwaffe und Marine, besetzte die Sowjetunion *de facto* Spitzbergen und versuchte gleichzeitig, Griechenland kommunistisch zu machen.

Als Schwierigkeiten auftraten, hielten sich die Kriegskameradschaft und der persönliche Charme des Autokraten nicht. Zuerst wurden besondere Interessen in Griechenland zum Streitobjekt. Dann gab das Schicksal zum zweiten Male der Tschechoslowakei das traurige Privileg, mit ihrem nationalen Geschick eine letzte Warnung darzustellen, die man dann schließlich verstand. Die Westmächte reagierten endlich.

Trotzdem blieb die „Sicherung zweiten Grades“ im Westen, soweit man es beurteilen kann, erhalten. Gewiß, Griechenland bewahrte seine Unabhängigkeit. In einem Konfliktfall aber könnte es sicher nicht auf eine unbegrenzte Frist hin Widerstand leisten, und das gleiche gilt für Jugoslawien.

So hat es Stalin durch die bestmögliche Ausnutzung der Lage, durch Elastizität, wenn das möglich war – ohne jemals die ihm von seinen Vorgängern anvertraute Mission aus den Augen zu verlieren, – durch ein geschmeidiges und meisterhaftes Manöver erreicht, sich im Westen zu decken. Im Schutz dieser Deckung durch Macht und Schweigen konnte der eurasiatische Störenfried seine Wunden ausheilen und zugleich mit Intensität sein Manöver im Osten einleiten.

Da die Sowjetunion wußte, daß sie von Ostasien her nicht direkt bedroht wurde, ließ sie dort die USA und China für sich an der Niederlage Japans arbeiten, dessen Absichten zu groß geworden waren und das sich ungeschickt verhalten hatte. Die Sowjetunion begnügte sich damit, weiter die Armee Mao Tse-tungs unter der kommunistischen Fahne zu halten und sich so für die Zukunft Chinas ein Mitspracherecht zu sichern.

Schließlich aber erklärte die Sowjetregierung Japan den Krieg, um auf diese Weise ihre Machtausdehnung bis zum Stillen Ozean als notwendig zu beweisen. Da die amerikanischen Truppen noch ein Stück des Pazifik zu überqueren hatten, konnte die Rote Armee die Mandschurei und einen Teil Koreas besetzen und damit die Fühlung mit der chinesischen kommunistischen Armee wieder aufnehmen, auf die sie große Hoffnungen setzte.

1945 gab es eine japanische Macht nicht mehr. Aber in der Nachfolge der japanischen Herrschaft war die Lage überall wirr. Tschiang Kai-schek war einer der Großen Fünf, aber seine Größe war nur ein Schatten. Wohl gab es einige westliche Truppenteile in Asien, aber sie wollten nach Haus und glaubten deshalb gern daran, daß die asiatischen Nationen auf dem Weg zur Demokratie seien. Die Westmächte sahen noch nicht klar. Wie in Osteuropa zog auch hier das Vakuum die Macht an. Ostasien war bereit. Es bot dem Autokraten die Sicherheit, die er lange angestrebt, aber noch nie vollkommen gewonnen hatte.

Auch hier kam es freilich darauf an, den Widersacher zu täuschen und ihn zur Anerkennung der Tatsachen zu zwingen. Auch hier war es möglich, kommunistische Parteien ins Spiel zu bringen. Sie konnten die Fremdenfeindlichkeit und den Nationalismus ausnutzen, bevor sie ihre Maske fallen ließen.

Die Rote Armee räumte die Mandschurei. An ihre Stelle trat dort Mao Tse-tung, der auf diese Weise Erbe der japanischen Industrialisierungsmaßnahmen wurde. Vietnam entging nur gerade einer nationalistisch verbrämten Sowjetisierung. Zuerst langsam und geduldig, dann immer rascher dehnte sich die kommunistische Herrschaft Mao Tse-tungs über ganz China aus.

Im Jahre 1951 waren nur die Halbinseln Asiens aus dem sowjetischen Sicherheitssystem herausgeblieben, obwohl mit friedlichen oder militärischen Methoden in den Jahren 1946–47 Versuche im Iran und an den Grenzen der Türkei gemacht worden waren und obwohl ähnliche Versuche in Indochina, Korea und Burma noch fortgesetzt wurden. An allen Grenzen waren die Halbinselstaaten unter Aufsicht oder in Bedrängnis durch die Sowjetunion oder das kommunistische China. Vom Kaukasus über Pamir und Himalaja bis zum Jalu fanden sie sich an ihren Grenzen einem Gegner gegenüber, der über Kraft und Übermacht verfügte, von einer neuen Religion besessen war, seine Mission erkannt hatte und niemals aus dem Auge ließ. Jeder Fehler, jede Schwäche konnte sofort ausgenutzt werden, während Hilfe nur in weiter Ferne zu haben war. Die industrielle Grundlage eines möglichen Widerstandes und der Ausgangspunkt für den Nachschub lagen am anderen Ende einer unendlich weit ausgedehnten Verbindungslinie.

Was tut not? Kräftekonzentration oder Verzögerungsmanöver?

Es scheint müßig, zu dieser Lage Orakelsprüche auszugeben. Der menschliche Wille kann Reaktionen entfesseln, die alle Voraussetzungen für eine Problemstellung, auch die anscheinend sichersten, umwerfen. Trotzdem darf man die Voraussetzungen prüfen und eine Lage nach ihrem Augenblicksstand durchdenken. In der brutalen Wirklichkeit der materiellen Tatsachen sah die Lage am Anfang des Jahres 1951 bedrohlich aus. Im Licht der von Admiral Castex vorgebrachten Argumente machte sie geradezu einen beängstigenden Eindruck.

Nachdem Dschinghiskhan die im Westen seines Machtbereichs wohnenden Türken unterworfen und sich in Nordchina Sicherheit verschafft hatte, war er bereit, in der Hauptstoßrichtung zur Aktion zu schreiten. Ähnlich schien Stalin 1951 die nötigen Voraussetzungen für seinen Angriff nach Westen geschaffen zu haben. Die Stunde seines Beginns hing in erster Linie davon ab, wie er selbst das Ausmaß seiner Sicherheit beurteilte, – erst in zweiter Linie von den Absichten seiner möglichen Gegner und von der Schnelligkeit ihres Handelns.

Im Westen besteht eine „Sicherung zweiten Grades“, bei einer Umrechnung der technischen Möglichkeiten, insbesondere der Verkehrsgeschwindigkeit, die in dem geschichtlichen Augenblick gegeben ist, von gleicher Festigkeit wie für Dschinghiskhan. Weder die jugoslawische Bresche noch die Freiheit der griechischen Halbinsel ändert etwas an dieser Tatsache.

Vielleicht allerdings kann eine Entspannung von der Seite der Sicherheit im Osten her eintreten. Ist der Tyrann wirklich überzeugt, daß seine Sicherheit gewährleistet ist, besonders seine Sicherheit in der Luft und zur See, solange sich die Halbinseln Asiens noch in dem ihm feindlichen oder im neutralen Lager befinden? Hält er es für nötig, vor einem Angriff auf den Westen Korea, Indochina, Indien, Iran und den Vorderen Orient zu „liquidieren“? Oder ist er vielleicht umgekehrt der Ansicht, daß die in diesen Ländern gegebene Lage in einer für ihn nützlichen Weise die Kräfte seiner Gegner in Anspruch nimmt und ihre Wirtschaft stört?

Es hat nicht den Anschein, als könne jemand diese Frage eindeutig beantworten. Doch von dieser Antwort hängen Leben und Tod von Millionen und hängt vor allem das Schicksal der Freiheit ab.

Wenn der eurasiatische Autokrat vom Standpunkt seiner Sicherheit aus die Feindschaft oder die Neutralität (die Neutralität glaubt er zu jedem gewünschten Zeitpunkt überwinden zu können) der asiatischen Halbinseln für belanglos hält, dann scheint es ein Verbrechen zu sein, Kräfte, deren geballte Konzentration kaum zum Widerstand gegen einen Stoß im Westen ausreichen dürfte, in fernen Kriegstheatern zu belassen.

Wenn er umgekehrt die Meinung hat, daß seine Sicherheit solange nicht vollkommen ist, bis er jeden feindlichen Einfluß aus seinem Kontinent verdrängt und die Flugfelder, von denen aus Zentralasien angegriffen werden kann, „weggepickt“ hat, dann muß der Westen in Korea, Indochina und Burma bleiben, damit nicht später Indien, Iran und Arabien fallen. Wenn man unter einer solchen Voraussetzung ihren Fall verhindert oder verzögert, verzögert man damit den Stoß gegen den Westen und kann die so gewonnene Zeit in Stärke umsetzen.

Die Männer, die für das Leben der westlichen Staaten verantwortlich sind, müssen mit Vernunft und Ruhe die beiden Hypothesen überlegen. Sie müssen alle Kraft zur Enträtselung des Geheimnisses aufwenden. Sie müssen alle Mittel für die Parade oder die Ausschaltung der Hauptbedrohung einsetzen und dürfen nur das Nötigste für Aktionen verwenden, die höchstens von zweitrangiger und verzögernder Bedeutung sind.

SOWJET-FERNOST

Der Wirtschaftsgeograph an der Universität München, Erich Thiel, legt in der Schriftenreihe des Osteuropa-Instituts München eine landes- und wirtschaftskundliche Übersicht über Sowjet-Fernost vor. Unter Sowjet-Fernost versteht Thiel das eigentliche sowjetische Fernostgebiet, also die im wesentlichen nach dem pazifischen Ozean entwässernden Gebiete, und Transbaikalien, das Thiel als die Basis der sowjetischen Position im Fernen Osten betrachtet.

Die Arbeit gliedert sich in einen allgemeinen Teil mit der Beschreibung der geographischen Grundlagen, der Bevölkerung und Wirtschaft des behandelten Gebietes und einen spezifischen Teil mit der Darstellung der einzelnen Landschaften.

Die außerrussische wissenschaftliche Literatur zum sowjetischen Fernen Osten ist außerordentlich arm — das Literaturverzeichnis bei Thiel weist unter 231 Titeln kaum ein neues Werk aus nichtrussischer Feder auf, und das Buch von Walter Kolarz *„The Peoples of the Soviet Far East“*, London 1954, lag Thiel noch nicht vor — so daß sein Bemühen um eine wirtschaftsgeographische Gesamtdarstellung von Sowjet-Fernost schon darum sehr verdienstvoll ist und zweifellos eine Lücke füllt.

Die allgemeinen Bedingungen der sowjetischen Position und ihre Schwierigkeiten im Fernen Osten (Verkehrsferne, geringe Bevölkerungsdichte, klimatische Härten, ewige Gefrorenis des Bodens) werden vom Verfasser gut belegt herausgearbeitet. In seinen Schlüssen zur politischen Machtposition ist er jedoch außerordentlich vorsichtig. Die politisch-militärische Situation der Sowjetunion gegenüber den USA oder Japan wird auch nicht andeutungsweise untersucht. Die Zwangsarbeitslager werden zwar auf Seite 123/24 erwähnt, die Zwangssiedlungen von Verschiedenen jedoch und der Einsatz von ehemaligen Rotarmisten und Komsomolzen, also von Menschengruppen, die für die Erschließung des Fernost-Gebietes von entscheidender Bedeutung sind, werden übergangen.

Einleitend (S. 13/14) wird auf die Umfassung der Mandschurei durch die Sowjetunion als ostasiatische Landmacht hinge-

wiesen. Doch wird vom Verfasser übersehen, daß die so umfaßte Mandschurei mit ihren chinesischen Menschenmassen die Umfassung illusorisch macht. Nur ca. 6,3 Mill. Menschen im sowjetischen Fernen Osten stehen — geschätzt nach den Wahlkreisen von 1950 — einer 45-Mill.-Bevölkerung in der Mandschurei gegenüber, die vorwiegend aus Chinesen besteht.

Es ist für die zaristische und sowjetische Verwaltung im Fernen Osten immer ein Problem gewesen, wie sie die Einwanderung in das Ussuri-Gebiet von tüchtigen, genügsamen koreanischen Reisbauern und gewiegten chinesischen Händlern und Handwerkern eindämmen sollte. Die sowjetische Regierung hat beide Probleme Ende 1937 durch Umsiedlung der Koreaner nach Turkestan und Aussiedlung der meisten Chinesen gelöst, doch dürfte damit das Problem der konkurrierenden gelben Siedler nur vorübergehend behoben sein.

Die Sowjetmacht tritt hier der gelben Rasse als europäische Kolonialmacht gegenüber und ist daher in einer schwierigen Position. Selbst wenn sie im Sinne des internationalen Kommunismus eine Zusammenarbeit anstreben sollte, so wird sie vermutlich im Fernen Osten dem chinesischen Drang nachgeben müssen.

Im Verhältnis von China zur Sowjetunion erhält auch die Frage der Burjat-Mongolen eine Bedeutung. Der Verfasser behandelt zwar die Burjat-Mongolen, sieht sie aber nur in ihrer Isolierung in der Sowjetunion als kleinen tüchtigen Viehzüchterstamm und übersieht die zeitweise recht engen völkischen Kontakte zwischen den Burjat-Mongolen und den ihnen nahestehenden Mongolen der Mongolei, Kontakte, die in den 30er Jahren von der Sowjetunion gefördert wurden und zum Pan-Mongolismus führten. Dieser wurde, weil er den Sowjets eine Gefahr zu werden drohte, 1937 nachdrücklich unterbunden. Bei dem merklichen Interesse, das die Chinesische Volksrepublik jetzt auch der mongolischen Frage zeigt, dürften sich auch hier neue Wandlungen anbahnen.

In der Darstellung der Burjat-Mongolen sind dem Verfasser einige kleine Verzeichnungen unterlaufen. So heißt es auf Seite

111, die Burjat-Mongolen hätten sich unter Anwendung des russischen Alphabetes ein eigenes Schrifttum geschaffen. Das russische Alphabet wurde bei ihnen 1939 eingeführt; ein eigenes Schrifttum hatten sie jedoch bereits früher. Auf Seite 104 heißt es „und genießen hier im nationalen Bezirk von Ust-Orda kulturelle Autonomie“. Das ist mißverständlich, denn angesichts der Russifizierung, die in alle Lebensbereiche des burjat-mongolischen Volkes eindringt, kann von einer kulturellen Autonomie nicht die Rede sein. Es handelt sich um eine Verwaltungseinheit mit formalen nationalen Vorzeichen.

In dem Abschnitt „Bevölkerung“ werden außer den eingeborenen asiatischen Stämmen die Zuwanderer unter der Rubrik „Russen“ als Ganzes behandelt. Es wäre zweckmäßig gewesen, die Ukrainer, die immerhin nach der Volkszählung von 1926 für das Fernostgebiet 315 000 Menschen oder 17% der Bevölkerung stellten, gesondert auszuweisen. Sie leben zum größten Teil um Blagoweschtschensk und im sogenannten grünen Keil im Ussuri-Land. Ihr

Erscheinen in dieser Gegend auf die Don-Kosaken zurückzuführen, wie der Verfasser es tut, ist verfehlt, weil die Don-Kosaken bekanntlich russischer Herkunft waren. Die Ukrainer in Fernost entstammen bauerlichen Übersiedlern aus den zentral-ukrainischen Gebieten. Bei der russischen Bevölkerungsgruppe wäre es zweckmäßig gewesen, auf ihren Regionalismus hinzuweisen, der eine gewisse Tradition besitzt.

Bei der Behandlung der Bevölkerung ist der im Fernostgebiet typische Frauenmangel übergangen worden.

Diese Bemerkungen sollen die verdienstvolle und gründliche Arbeit Erich Thiels nicht schmälern, sie sollen nur zeigen, daß es auch für eine Landeskunde wünschenswert wäre, wenn sie nicht im politisch luftleeren Raum geschrieben würde.

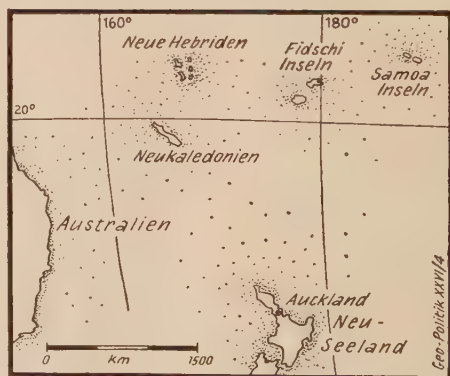
Gerhard von Mende

Erich Thiel: „Sowjet-Fernost – eine landes- und wirtschaftskundliche Übersicht“, Isar-Verlag, München 1953, 332 Seiten, 19,80 DM.

NEUSEELAND UND SAMOA

Ende des Jahres 1954 fand in Apia, das bis zum Ersten Weltkrieg Sitz des deutschen Gouverneurs der damaligen Kolonie Samoa war und danach die neuseeländische Verwaltung beherbergte, die zunächst das Mandat des Völkerbundes, seit dem Zweiten Weltkrieg die Treuhandschaft der Vereinten Nationen über das westliche Samoa ausübte, eine Versammlung statt, bei der 146 Vertreter der einheimischen Samoaner und 16 Neuseeländer europäischer Herkunft über die Grundzüge der weiteren Verfassungsentwicklung in Samoa berieten. Es ist beabsichtigt, innerhalb der nächsten 25 Jahre der polynesischen Bevölkerung Samoas unter Einbezug der nicht sehr zahlreichen Weißen, die sich dort niedergelassen haben, volle Selbstverwaltung in

politischer Zusammenarbeit mit Neuseeland zu geben. Der erste Schritt soll im Laufe des Jahres 1955 getan werden.



Die vergessene See

35 Stunden dauerte im Februar 1955 die Bonner Debatte um die Pariser Verträge; im Mittelpunkt stand die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik. Wenn die kommenden Streitkräfte überhaupt erwähnt wurden, was nicht allzuoft der Fall war, dann geschah es mit dem Schlagwort „12 Divisionen“. Mit den Begriffen „See“, „Seemacht“ und „Marine“ setzte sich niemand auseinander, man hörte diese Worte nicht ein einziges Mal.

Das gibt Veranlassung, nachdenklich zu werden, besonders wenn man berücksichtigt, daß auch sonst die zukünftige Marine in Presse und Diskussion kaum erscheint. Rein äußerlich liegt es in den Personalstärken begründet, daß die Marine mit etwa 20 000 Mann gegenüber dem Heer mit 400 000 und der taktischen Luftwaffe mit 80 000 als recht unbedeutend angesehen wird. Es liegt aber auch an mangelndem Vertrautsein mit den Möglichkeiten, die die See uns gibt, daß man sich über die Stellung und die Aufgaben einer solchen Marine durchaus nicht klar ist. Sonst könnte es nicht sein, daß man auch amtlich im allgemeinen nur von „Küstenschutz“ oder „Minensuchmarine“ spricht. Sicher könnte man sich auf diese Aufgaben beschränken, aber damit wäre ein leistungsfähiges Instrument nur zum geringen Teile ausgenutzt.

Unser Volk befindet sich in einer so gefährlichen Lage, daß wir wirklich allen Grund haben, jede Möglichkeit mitzunehmen, die sie verbessern könnte. Dazu gehört insbesondere jeder Vorteil, der sich schon im Kalten Krieg günstig auswirken und dazu beitragen kann, einen Heißen Krieg zu verhindern.

Westdeutschland an der Seite der Seemächte

Die Bundesrepublik hat sich in ihrer Politik auf die Seite der Seemächte gestellt, die im Gegensatz zum sowjetischen Landblock stehen, und hat ihren Entschluß durch die Ratifizierung der Verträge bekräftigt. Es ist dies wohl ebensosehr aus der Ablehnung sowjetischer Ideologie und Methoden geschehen wie aus nüchterner Einschätzung der Stärke besonders der Amerikaner. Keine wesentliche Rolle hat hierbei offenbar die Tatsache gespielt, daß die Anglo-Amerikaner die Weltmeere beherrschen.

An sich müßten wir aber gerade für diesen Gedanken empfänglich sein, denn die beiden Weltkriege haben uns zu unserem Nachteil den nachdrücklichen Beweis geliefert, was Seemacht bedeutet. Im ersten Krieg waren es die grauen Geschwader der *Grand Fleet*, die, gestützt auf Scapa Flow, unserer Flotte den Zutritt zu den Ozeanen verwehrten und uns von den Zufuhren über See abschnitten. Die Folge war Mangel an Nahrungsmitteln und Rohstoffen, Hunger und Unterlegenheit an Material, Revolution und Niederlage, da es nicht gelang, den Würgegriff der Blockade zu lockern.

Im zweiten Krieg waren wir fast autark, die Staatsführung glaubte, auf die See als die große Rollbahn für die Zufuhr verzichten zu können. Unsere Kräfte auf See und in der Luft genügten nicht, um sie für den Gegner zu sperren. Er benutzte sie zuerst, um die Sowjetunion mit Waffen und Gerät zu versorgen, womit 60 entscheidende

Divisionen für bewegliche Kriegführung ausgestattet wurden. Dann diente der Seeweg den Anglo-Amerikanern dazu, überraschend starke Kräfte an strategisch wichtigen Stellen unserer Verteidigungslinien zu konzentrieren. Die großen Landungen in Nordafrika, Sizilien, Süditalien und in der Normandie konnten wir in keinem Falle abwehren. Die gelandeten Heere zerschlugen den örtlichen Widerstand, brachen in die Festung Europa ein und gaben uns schließlich den Rest.

Es ist ein schwacher Trost, daß Deutschland nicht die erste Macht auf dem Festland ist, die die Seemacht unterschätzt hat und trotz aller Erfolge an Land, trotz hervorragender militärischer Leistungen von ihr erdrückt worden ist. Die Spanier waren zwar „tonnagemäßig“ weit überlegen, als sie mit der Armada im Englischen Kanal erschienen. Sie erlitten aber eine vernichtende Niederlage, weil sie glaubten, wie an Land fechten zu können. Die Engländer hatten sich dagegen auf die besonderen Erfordernisse des Seekrieges eingestellt und den Landsoldaten mit dem Schiffsartilleristen und dem Seemann zu einer Einheit verschmolzen.

Unter Ludwig XIV. war die französische Flotte der englischen schiffbaulich und taktisch überlegen, an Zahl wenig unterlegen. Der König versuchte, dieses vorzügliche Instrument vom grünen Tisch aus einzusetzen. Als das mißlang, verlor er das Interesse an der See und dem Seekrieg, der Frankreich eine ganz andere Stellung in der Welt hätte geben können als blutige Kriege um Provinzen. Zu Ende seiner Regierungszeit war die französische Handelsflotte, die einmal mehrere tausend Schiffe beßeren hatte, fast vernichtet.

Napoleon I. brauchte zwar die Flotte, um nach Ägypten und nach England zu gehen. Er stellte aber die Kunst des Generals weit über die des Admirals. Kein Wunder, daß es ihm nicht gelang, die Seeherrschaft im Englischen Kanal auch nur für die 24 Stunden zu erringen, die erforderlich waren, damit seine Transporte die Insel erreichten.

Vom Kampf um die Vorherrschaft in Europa und der Niederlage der jeweils stärksten Landmacht gegen eine von der Seemacht geschaffene Koalition führt eine deutliche Entwicklungslinie zur heutigen Lage, in der ein scheinbar sehr starker Landblock dem losen Gefüge der Seemächte gegenübersteht. Es geht nicht mehr um unseren klein gewordenen Kontinent, es geht um die Vorherrschaft auf der ganzen Erde. Es sind keine Anzeichen vorhanden, daß die Sowjetunion sich vom landgebundenen Denken frei gemacht hat, das bisher immer russische Politik und Kriegführung bestimmt hat. Beispiele sind der Krimkrieg, Port Arthur, beide Weltkriege, und es ist unwahrscheinlich, daß es in Zukunft wesentlich anders wird.

Das sowjetische System erzieht nicht zur Selbständigkeit, wie sie im Seekrieg unerläßlich ist. Es macht seine Menschen einseitig und überheblich; mit solchen Eigenschaften kann man vor der See nicht bestehen, denn sie ist ein unbestechlicher Richter. Der Sowjetblock mag Anfangserfolge erringen. Seine Aussichten, sich gegen die Seemächte endgültig durchzusetzen, sind um so geringer, je besser der Westen die Möglichkeit ausnutzt, die ihm das Meer bietet.

Es ist in diesem Zusammenhang beachtenswert, daß deutsche Staaten nicht zum erstenmal auf Seite der Seemächte stehen und aus der Zusammenarbeit mit ihnen Stärke und Vorteile schöpfen. Im Spanischen Erbfolgekrieg half das Heer Marlboroughs ebenso wie die englische Flotte, die die französischen Küsten bedrohte und

die Handelsflotte vernichtete. Friedrich der Große hielt sich durch das Bündnis mit England den Rücken frei und verschaffte sich das Geld und das zusätzliche Heer, die ihm ermöglichten, den Krieg durchzustehen. In den napoleonischen Kriegen standen Österreich und Preußen ebenfalls auf seiten der Seemacht. Es ist schwer vorzustellen, wie es hätte gelingen können, den großen Korsen niederzuzwingen ohne den Druck der Flotten, die ihm die Zufuhren abschnitten, den Küstenverkehr lahmlegten, den Aufstand in Spanien unterstützten und damit die iberische Halbinsel zur schwärenden, kräfteverzehrenden Wunde machten, die Heere der Verbündeten mit Waffen und Munition versorgten und schließlich den Vormarsch vom Brückenkopf bei Lissabon bis tief nach Südwestfrankreich hinein ermöglichten.

Die letzte Schlacht ändert für uns nichts mehr!

Die Tatsache, daß sich die Bundesrepublik der stärkeren Seite angeschlossen hat, ändert nichts daran, daß sich das deutsche Volk als Ganzes in äußerst gefährdeter Lage in der Zerrzone zwischen den beiden Machtgebilden befindet, dem straff zentralisierten, brutal geführten Sowjetblock und dem darumgelegten elastischen Ring der Bündnisse. Die oberste Aufgabe deutscher Politik ist daher, das deutsche Volk am Leben zu erhalten.

Krieg mit den Waffen ist hierzu der ungeeignetste Weg, wie er überhaupt ein immer unsichereres Mittel der Politik geworden ist, weil er auch den „Sieger“ zu schwer trifft. Daß es sich die Seemächte im Gegensatz zu früheren Zeiten nicht mehr leisten können, angesichts der immer wachsenden Reichweiten und Wirkungen moderner Waffen im Schutze ihrer Flotten mit dem Gegenstoß zu warten, ist günstig, aber nicht genug für uns.

So sicher es ist, daß die Sowjetunion die letzte Schlacht nicht gewinnen kann, so sicher ist es auch, daß sich unser Geschick schon in der ersten Schlacht entscheidet. Ein Atomkrieg oder auch nur ein normaler Krieg mit anschließender Wiederbefreiung würde zu solchen Verlusten führen, daß ein deutsches Volk, wie wir es uns vorstellen, nicht mehr vorhanden wäre. Schon die Überrollung durch die Sowjets, ohne große Kämpfe, würde das Ende bedeuten, nicht durch Waffen, sondern durch Hunger, denn wo sollten die Nahrungsmittel für unsere Bevölkerung herkommen? Die Sowjets haben sicher keine Reserven, denn sie haben offensichtlich schon im Frieden Mühe, das Existenzminimum zu erzeugen. Sie besitzen auch nicht die Transportmittel, um aus dem fernen Hinterland zusätzlich größere Mengen an Getreide, Fleisch und Fett heranzufahren, selbst wenn sie den guten Willen hätten, das zu tun. Denken wir doch an die mageren Zeiten nach dem letzten Krieg! Ohne den Transport von Massen an Nahrungsmitteln über See wäre es zur Hungerkatastrophe gekommen. Und CARE-Pakete schicken die Sowjets sicher nicht.

Wir haben in unserer Lage also keinerlei Interesse daran, daß ein Heißer Krieg ausbricht. Das Beste für uns ist, wenn es gelingt, den Kalten Krieg, in dem wir gezwungenermaßen leben, in einen echten Frieden umzuwandeln. Es ist höchst unwahrscheinlich, daß dies aus einer Position der Schwäche heraus gelingen wird, denn der Kalte Krieg ist eine wohl überlegte moderne Form der Politik „mit anderen Mitteln“. Ihre Taktik ist, Schwächen jeder Art beim Gegner mit allen Mitteln auszunutzen, von der Propagandalüge über die Sabotage bis zum lokalisierten militärischen Krieg.

Es ist ein Manövrieren, wie es das schon in früheren Zeiten auf rein militärischem Gebiet wiederholt gegeben hat, wenn Menschen knapp und Soldaten langwierig auszubilden waren. Damals versuchte man, den Gegner ohne Schlacht in eine solche Lage hineinzumanövrieren, daß er ohne großen Verlust an eigener, schwer zu ersetzender Kampfkraft überwältigt werden konnte oder, im günstigsten Falle, kampfflos nachgab. Soldaten sind heutzutage nicht mehr rar; jetzt manövriert man um Industrie- und Verkehrsanlagen mit den Spezialisten, die sie bedienen. Daher zielt die neue Taktik darauf, sie ohne Kampf und damit unzerstört in die Hände zu bekommen. Bisher ist sie von den Sowjets so geschickt angewandt worden, daß schon ganze Länder ohne Zerstörungen den Besitzer gewechselt haben.

Auch bei diesem Verfahren ist Macht der zuletzt entscheidende Faktor, aber nicht nur militärische, sondern auch wirtschaftliche und geistige. Sie ist das besonders deshalb, weil die Sowjets aus ihrer Ideologie heraus keine anderen Werte verstehen. Das hat sie feinfühlig, ja fast überempfindlich gemacht für alle Veränderungen – auch eingebilddete – des gegenseitigen Kräftepotentials. Sie sind im Kalten Krieg immer zurückgewichen, wenn ihnen die andere Seite mit Festigkeit entgegentrat, die auf Macht gegründet ist, und wenn sie auf die Entschlossenheit stießen, diese Macht notfalls auch anzuwenden. Ein gutes Beispiel ist die Blockade Berlins und ihre Zurücknahme gegenüber dem deutlich gezeigten Willen des Westens zum Durchstehen und dem Einsatz immer noch recht beschränkter Machtmittel in Form der Luftbrücke.

Als das Verhalten der Sowjets im allgemeinen und Berlin und Korea im besonderen keinerlei Zweifel mehr ließen, daß der östliche Imperialismus sehr lebendig war, da begann der Westen, wieder aufzurüsten und ein Netz von Stützpunkten zum Schutz der bedrohten Gebiete zu schaffen. Noch ist es nicht fertig, und unsere vielzitierten 12 Divisionen haben eine wichtige und wohlerrungene Aufgabe, indem sie eine der noch vorhandenen Lücken schließen. Das ist für uns besonders wertvoll, da weiche Stellen erfahrungsgemäß die Bolschewisten reizen, darin herumzubohren. Nun sind 12 Divisionen nicht gerade eine eindrucksvolle Macht; sie erhalten ihre volle Stärke erst in Verbindung mit den amerikanischen und britischen Streitkräften, die in Nordwesteuropa stehen, und durch die Seemacht, die ihnen den Rücken freihält, sie versorgt und die darüber hinaus ihre Flanke sichern und starken Druck auf die sowjetischen Flanken ausüben kann.

Funktionen der westdeutschen Marine

Erst in diesem Zusammenhang zeigt sich, welche Bedeutung und welches Gewicht eine künftige deutsche Marine besitzen wird, auch wenn sie nur 20 000 Mann stark ist und über Fahrzeuge bis zu 3000 t (U-Boote bis 350 t) verfügt. Selbstverständlich wird sie eine Reihe von Defensivaufgaben haben; diese allein sind schon so wesentlich, daß es von erheblicher Ahnungslosigkeit zeugt, wenn man von der „Bedeutungslosigkeit dieser Waffengattung“ spricht, wie es kürzlich eine Bonner Zeitung tat.

In der Nordsee ist es Aufgabe der Marine, dafür zu sorgen, daß der lebenswichtige Nachschub an Kriegsgerät für die Streitkräfte und an Nahrungsmitteln für die Bevölkerung durchkommt. Im Küstenvorfeld, der Zone flachen Wassers vor der Küste, in der überall mit Minen, kleinen U-Booten, Flugzeugen und möglicherweise auch mit Kleinkampfmitteln gerechnet werden muß, kann man gar nicht genug von den

Minensuch-, U-Jagd- und Geleitzfahrzeugen haben, wie sie für die kommende Marine geplant sind.

Zu ähnlichen Aufgaben in der westlichen Ostsee kämen im Ernstfall noch hinzu die Abdeckung der dänischen Inseln gegen amphibische Operationen und die Sicherung der eigenen Heeresflanke gegen überflügelnde Landungen, die eine Spezialität der Sowjets sind. Im letzten Krieg haben sie allein im Schwarzen Meer über 20 davon unternommen, zum Teil mit beträchtlichem Erfolg.

Mit diesen an sich sehr wichtigen Defensivaufgaben wird sich die Tätigkeit einer deutschen Marine aber durchaus nicht erschöpfen. Sie wird sich besonders darauf einstellen müssen, in engem taktischem Zusammenhang mit den längs der Küste operierenden Verbänden des Heeres zu handeln. Das wird sich in Form von Landungen und auch Einschiffungen abspielen und wird wesentlich dazu beitragen, die eigenen Operationen beweglicher und wirkungsvoller zu machen.

Weiterhin – und das drückt sich in dem Plan zur Einstellung von Schnellbooten und kleinen U-Booten aus – wird sie nicht nur dazu da sein, die Seestreitkräfte des Gegners anzugreifen, sondern vor allen Dingen seinen Nachschub über See zu schädigen. Bei der Länge ihrer Landverbindungen, der Dünne ihres Eisenbahnnetzes und seiner Gefährdung durch Luftangriffe sind die Sowjets darauf angewiesen, einen großen Teil ihres Nachschubs über die Ostsee zu fahren.

Aufgaben gibt es also genug, und es sind alles solche, wie sie die Marine in den beiden Weltkriegen gelöst hat, meist unter sehr schwierigen Verhältnissen, sei es, weil für die Ostsee nur alte, schwache Fahrzeuge zur Verfügung standen, sei es, weil sie schließlich überhaupt keine eigene Luftunterstützung mehr hatte. Gerade der Umstand, daß die Reste der kleinen Kriegsmarine am Ende des Zweiten Weltkrieges ohne ein einziges Flugzeug die Seeherrschaft bis zum letzten Tag gegen einen in der Luft zahlenmäßig starken Gegner behaupteten, verdient in der augenblicklichen Lage besondere Beachtung.

Potential des Drucks auf die Küsten sichert den Frieden

Doch wir sprechen von Krieg und wollen den Frieden gewahrt wissen. In dieser Sicht wird der besondere Wert der kleinen deutschen Marine deutlich. Sie kennt den Kampf im Küstenvorfeld, wie es Nordsee und besonders Ostsee darstellen, in allen Einzelheiten der Taktik und Technik, sie kennt die örtlichen Gegebenheiten und den Gegner aus eigener Erfahrung. Darin ist sie allen Marinen überlegen, die ganz großen nicht ausgenommen. Sie allein bietet daher die Gewähr, daß die Ostsee-Eingänge und die westliche Ostsee jederzeit für die Durchfahrt verbündeter Flotten benutzbar sind. Das im einzelnen zu beweisen, würde vieler technischer Einzelheiten bedürfen, die über den Rahmen dieser Betrachtung hinausgehen. Wer aber den letzten Weltkrieg und den Koreakrieg mit der mißglückten Landung bei Wonsan studiert hat, wird wissen, daß dem so ist.

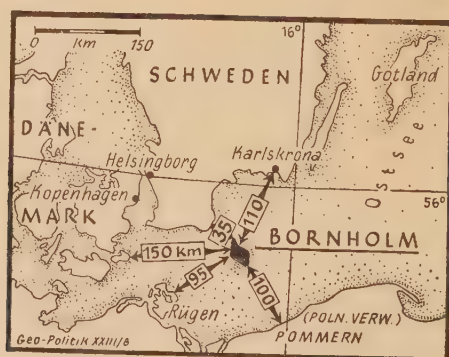
Hieraus ergibt sich, daß die deutsche Marine, so unbedeutend sie erscheinen mag, eine tragende Rolle im Gebäude der politischen und militärischen Macht des Westens spielt. Sie allein ermöglicht es, daß schon im Frieden der ungeheure Druck atlantischer Seemacht bis in die Ostsee hineinwirkt, wo 1000 km sowjetisch besetzter Küste und damit offener Flanke Ziele für einen überwältigenden Stoß bieten.

Es ist nicht gesagt, daß ein solcher Stoß jemals kommen wird oder kommen muß. Allein die Möglichkeit einer solchen Operation sollte aber auf der anderen Seite nachdenklich machen und damit zur Erhaltung des Friedens beitragen. Dies um so mehr, als die Mitgliedschaft der Türkei in der NATO dafür sorgt, daß der Druck der Seemacht jederzeit gegen eine beliebige Stelle von 1300 km offener Küste im Schwarzen Meer angesetzt werden kann. Insgesamt 2300 km bedrohter Flanke binden viele Divisionen und Waffen. Bei entschlossenem Ansatz der Seemacht ergibt sich also eine politische und notfalls militärische Zangenwirkung, die von den Sowjets stark in Rechnung gestellt werden muß und den Entschluß zu einem Vorstoß nach Westen nicht gerade erleichtern wird. Es läßt sich daher sagen, daß die geplante Marine wesentliche Voraussetzungen für die Wahrung des Friedens und für die Politik der Bundesregierung schafft.

Daran ändern auch die Atomwaffen nichts. Offenbar stehen wir an der Schwelle eines neuen Zeitalters, das dem Menschen Kräfte in die Hand geben wird, im Vergleich mit denen die in den 150 Jahren des technischen Zeitalters entwickelten ein Kinderspiel sind. Es gibt zur Zeit wohl niemanden, der sich über die Möglichkeiten der Atomforschung völlig klar ist. Bereits jetzt zeichnen sich Waffen ab, deren Wirkung nicht mehr auf Kontinente beschränkt werden kann, geschweige denn auf Länder oder gar Schlachtfelder. Der Heiße Krieg wird in zunehmendem Maße sinnlos.

Leider ist die Gefahr nicht von der Hand zu weisen, daß ein totalitärer Machthaber versucht, gewissermaßen im letzten Augenblick die Westliche Welt durch einen Blitzkrieg mit den bisher entwickelten Waffen zu überwältigen oder ins Chaos zu stürzen. Je geringer die Aussichten für den Erfolg dieses Verfahrens werden, desto mehr wachsen die berechtigten Hoffnungen auf den Frieden. Die vorzüglich ausgebildete strategische Luftwaffe der Amerikaner ist ebenso ein Faktor für den Frieden wie die Seerüstung des Westens, wobei zu berücksichtigen ist, daß Flotten in See verhältnismäßig unempfindlich gegen die bestehenden Atomwaffen sind.

Auch von diesem Gesichtspunkt scheint es richtig, beim Aufbau unserer Streitkräfte die See nicht zu vergessen. Sie ist die eigentliche Stärke des Westens; dem, der sie versteht, gibt sie die besten Trümpfe für das politische Spiel in die Hand.



STRATEGISCHER RAUM OSTSEE

In der Ostsee schneiden sich heute die Interessen der Sowjets und der Atlantischen Allianz. Am Ende des Zweiten Weltkrieges haben die sowjetischen Soldaten zwischen Porkkala und Wismar das Ostseeufer erreicht, der schmale Sperrriegel, den früher Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen und Nordostdeutschland bildeten, ist durchbrochen worden. Die Sowjetunion hat in einzelne Randgebiete der Ostsee nach der Verdrängung der eingesessenen Bevölkerung Neusiedler aus dem Inneren ihres eigenen Staatsgebietes gebracht. So hat sich die stets vorhandene Bedeutung des Baltischen Meeres als eines Begegnungsraumes zwischen Ost und West erhöht.

Außerhalb der beiden Staatensysteme, die sich zwischen Bornholm und der Festlandküste gegenüberstehen, ist Schweden geblieben. Schwedische Ansichten über die Lage in der Ostsee sind daher von besonderem Interesse.

Kapten T. Wulff schreibt (*Den strategiska utvecklingen i Östersjön efter 1945*, in: *Svensk Tidskrift*, 1954/5, S. 122): Die Sowjetunion habe sich in dem von ihr beherrschten Ostseegebiet „gleichzeitig brauchbare und verborgene Übungsgebiete für ihre Seestreitkräfte geschaffen.“ Ihre Ostseeflotte sei weit stärker, als es die Aufgaben innerhalb dieses Binnenmeeres nötig machen könnten. Sie bestehe vor allem aus U-Booten, Zerstörern und Kreuzern. *Svenska Dagbladet* schrieb am 2. 4. 1954, von den 370 U-Booten der Sowjetunion seien über die Hälfte in der Ostsee und im Nördlichen Eismeer stationiert. Zahlreiche dieser Boote besitzen Schnorchel deutschen Musters und können unter Wasser hohe Geschwindigkeiten entwickeln. Die Zeitung rechnet 2 Schwere, 8 Leichte Kreuzer, sowie über 20 große Zerstörer zur Ostseeflotte der Sowjetunion. Eine große Fischereiflotte bildet den seemännischen Nachwuchs aus, so daß für die fünfjährige Dienstzeit der Matrosen nunmehr genügend Rekruten zur Verfügung stehen.

Kapten Wulff rechnet damit, daß die Sowjetunion im Kriegsfall auf die strategischen Rohstoffe Schwedens Wert legt, weil die Eisenhöfen Polens und der Tschechoslowakei auf die Schwedenerze angewiesen sind. Ob Schweden nun durch die

Sowjets erobert wird oder ob es neutral bleibt, — auf alle Fälle muß die Sowjetunion im Kriegsfall die Verkehrswege über die Ostsee offenhalten. Das kann sie nur, wenn sie die Einfahrten durch den Öresund und die Belte, die ja auch Ausfahrten für die sowjetischen Schiffe darstellen, für sich sichert. (Merkwürdigerweise nehmen die schwedischen Beurteiler an, daß der Kaiser-Wilhelm-Kanal nicht von Mecklenburg her über Land angegriffen, sondern aus der Luft zerstört wird).

Die Westmächte andererseits müssen nach schwedischer Ansicht die Ausfahrt durch die dänischen Gewässer sperren, damit die sowjetischen U-Boote nicht das offene Weltmeer gewinnen können.

Wie die schwedischen Kommentare im allgemeinen davon ausgehen, daß Schwedens Neutralität gewahrt bleiben kann, aber verteidigt werden muß, so hat der Chef der Marine, Vizeadmiral Ericsson, nach *Svenska Dagbladet* vom 17. 6. 1954, festgestellt, daß die „Hauptaufgabe der schwedischen Flotte die Verteidigung gegen eine Invasion und der Schutz des Importes“ sei. In einer äußeren Widerstandszone müßten bewegliche See- und Luftstreitkräfte die periphere Tiefenverteidigung einleiten, dann folge ein durch U-Boote und Minen zu sichernder Raum, während die Küstenartillerie und das Heer den Rückenschild zu bieten hätten.

Von diesem Gesichtspunkt aus nennt der Marinechef nach *Svenska Dagbladet* vom 18. 8. 1954 die Insel Gotland „Schwedens Malta“ und „Eckpfeiler der Reichsverteidigung“. Ein feindlicher Eroberer könne von Gotland aus durch Radar alle Bewegungen der schwedischen Streitkräfte überwachen und die Insel als Stützpunkt leichter Seestreitkräfte und Flugzeuge benutzen. Ein Angreifer könne die Überquerung der nördlichen und mittleren Ostsee nur wagen, wenn er vorher Gotland besetze. „Die Verteidigung Gotlands ist deswegen von lebenswichtiger Bedeutung für die Verteidigung des schwedischen Festlandes“.

Tatsächlich übten im Oktober 1954 schwedische See- und Luftstreitkräfte gemeinsam mit einem kleineren Heeresverband und der Küstenartillerie an der Küste Gotlands (*Svenska Dagbladet* 2. 10. 1954). Im Spät-

sommer hatte die gesamte Flotte nächtliche Schießübungen der Artillerie und der Torpedowaffe durchgeführt.

Der Marinechef vertritt in einer Denkschrift (*Fria Ord* vom 20. 11. 1954) die Ansicht, die Panzerschiffe sollten allmählich verschwinden, die Kreuzer nach und nach mit Zerstörern ersetzt werden. Der Bestand an Zerstörern und Minensuchern sei laufend zu erneuern. Die U-Bootwaffe müsse ihre Stärke behalten. Die Marine brauche mehr Schnellboote und Fregatten, ältere Zerstörer sollten zu Fregatten umgebaut werden. Die Verbände seien neu zusammenzustellen, so daß die Fregatten Flottillen von U-Bootjägern bilden könnten, während Schnellboote, Artillerie-Zerstörer und Robot-Zerstörer zu Zerstörer-Flottillen zusammengefaßt werden sollten. Jede U-Boot-Flottille soll aus rund 6 Einheiten bestehen. Die Küstenartillerie sei mit Minen und modernen Robotwaffen auszurüsten. Dieses Projekt, dessen Durchführung etwa zehn Jahre in Anspruch nehmen würde, ist zunächst durch den Oberbefehlshaber der gesamten Streitkräfte noch nicht gebilligt worden.

Schon im Sommer 1947 erklärte General Galaktionow in der *Prawda* die Besorgnis der Sowjetunion über die hohen Militärausgaben Schwedens. Das dann folgende Bemühen der Sowjetunion, Schweden aus der westlichen Allianz herauszuhalten, ließ sich deshalb leicht verwirklichen, weil die Schweden selbst nach dem Scheitern ihrer Versuche zum Aufbau einer Allianz mit Norwegen grundsätzlich zu einer allianzfreien Politik übergingen. Trotzdem bleibt die Sowjetunion voller Argwohn. 1953 wurde dort eine Schrift von M. N. Sokolow veröffentlicht, in der man Schweden vorwarf, seine „reaktionären Monopolisten“ wollten die schwedische Wirtschaft dem aggressiven Imperialismus dienstbar machen und am Atlantikpakt und der westdeutschen Remilitarisierung verdienen. Seit den Gemeindewahlen von 1954 glaubt die Sowjetunion endlich, Schweden wolle sich wirklich der westlichen Zusammenarbeit versagen und seine Militärausgaben vermindern (Arthur Montgomery: „*Rysk syn på vårt försvar*“ in: *Svenska Dagbladet*, 31. 10. 1954). Im Geiste dieser Beruhigung fanden 1954 gegenseitige Flottenbesuche zwischen der Sowjetunion und Schweden statt. Der schwedische Außenminister ver-

brachte seinen Urlaub in Moskau, und der Reichstag nahm die sowjetische Einladung zu einem Besuch in der Sowjetunion an.

Die Schweden sehen sich der Tatsache gegenüber, daß die Sowjetunion praktisch die von Prof. Molodtsov geforderte „Verkehrskontrolle in der Ostsee“ schon ausübt. Sie benutzt Reval, Riga, Libau, Memel und Königsberg (Pillau) als Flottenstützpunkte und läuft ebenso das polnisch verwaltete Swinemünde wie die sowjetisch besetzten Häfen Stralsund, Rostock und Wismar an. Sowjetische Streitkräfte haben Peenemünde auf Usedom übernommen und bauen Rügen aus (Binz darf z. B. im Sommer 1955 nicht von Badegästen besucht werden). Die Sowjetunion baut jährlich 50 neue U-Boote. Sie will aus der Ostsee ein *mare clausum* machen, das nur von den Anrainerstaaten frei befahren werden darf, während die Kriegsschiffe anderer Nationen keine Einfahrt erhalten sollen. Damit wäre die im Sundzoll-Vertrag von 1857 bestimmte Einbeziehung der Ostsee in die Freiheit der Meere aufgehoben. Die einseitige Ausdehnung der sowjetischen Hoheitsgewässer auf 12 Seemeilen, die Aufbringung schwedischer und dänischer Fischereifahrzeuge, der Abschluß eines USA-Flugzeugs 1950 und zweier schwedischer Flugzeuge 1952 zeigt die Absichten klar. „Die Möglichkeiten Schwedens, die freien Gewässer der Ostsee zu benutzen, beruhen in dieser Lage ganz und gar darauf, daß die schwedische Flotte und die schwedische Luftwaffe genügend Hilfsmittel besitzen, um unser Recht fordern zu können.“ (Wulff a. a. O. S. 126.)

Möglicherweise halten die Amerikaner die Ostsee für nicht so wichtig, wie sie von den schwedischen Fachleuten beurteilt wird. Sie haben sich mit der dänischen Weigerung, Luftstreitkräfte der USA in Jütland zu stationieren, abgefunden. Kapitän Wulff meint allerdings, daß die Marine Westdeutschlands nach der Aufrüstung die Lage dadurch verändern werde, daß ihre leichten Überwasserstreitkräfte an der Ostseeküste das Gegengewicht gegen die Übermacht der Sowjetunion verringern würden (S. 127). *Kommandörkapten A. Lindemalm*, der Chef der Operationsabteilung des Admiralstabs, hat sich nach *Svenska Dagbladet* vom 8. 12. 1954 dahin geäußert, daß deutsche Seestreitkräfte die Möglichkeit zu einer Forcierung des Sundes und der

Belte durch die Sowjetunion erheblich erschweren würden. Schweden genieße den Vorteil, daß seine Westküste in Lee hinter dem Eckpfeiler der NATO-Verteidigung liege, den dänische und künftig deutsche Seestreitkräfte mit amerikanischer und britischer Unterstützung an der Einfahrt der Ostsee darstellten. So könnte Schweden sowohl im Falle seiner Neutralität als auch seiner Kriegsteilnahme mit der Fortdauer freier Einfuhrmöglichkeiten vom Westen rechnen. Als Nichtmitgliedstaat der NATO sei es jedoch stärker als bisher gefährdet, wenn Westdeutschland ein weniger lockendes Ziel für sowjetische Angriffe dank seiner Aufrüstung darstellen werde.

In *Fria Ord* vom 1. 1. 1955 schreibt Oberst Alf Meyerhöffer, 1500 deutsche Düsenjäger könnten einen willkommenen Beitrag für die Verteidigung der dänischen Inseln darstellen.

Die strategische Bedeutung der Ostsee unterstreicht Kapitän T. Wulff (S. 126):

„Das mit Aufmerksamkeit verfolgte *Main Brace*-Manöver in den skandinavischen Gewässern im Herbst 1952 zeigte in gewisser Weise, welche Bedeutung die Westmächte nunmehr dem Ostseegebiet beimessen; gleichzeitig war das Manöver eine Demonstration gegen die russische Hegemonie in der Ostsee. Durch die Anlage des Manövers konnten auch bestimmte strategische Richtlinien unterschieden werden. Bornholm kann in der Westverteidigung eine wichtige Rolle spielen, wenn die Insel als Stützpunkt für leichte Seestreitkräfte benutzt wird. Außerdem können die Westmächte Basen für Robotwaffen auf der Insel zur Beschießung von Basen und Häfen an der norddeutschen Küste anlegen. Das Auftreten des britischen Minenkreuzers *Apollo* in der Ostsee während der Übung deutet an, daß die Westmächte umfassende Verminungen planen, um die russischen Seestreitkräfte in die Ostsee einzuschließen.“

Heinz Krüger

SCHWEDEN UND DIE VERTEIDIGUNG WESTEUROPAS

Schweden besitzt für die Verteidigung der nordöstlichen Flanke Westeuropas eine unbestreitbare Schlüsselstellung, die durch die verhältnismäßig große Schlagkraft der schwedischen Armee auch militärisch stark untermauert ist. Schon aus diesem Grunde ist das Interesse sowohl der Atlantikpaktmächte als auch der Sowjetunion an Schweden verständlich. Die Anfang März 1955 vom schwedischen Abwehrdienst aufgedeckte weitverzweigte Spionageorganisation der Oststaaten unter sowjetischer Regie beweist neben anderen Tatsachen, wie aufmerksam der Osten die Entwicklung in Schweden verfolgt. In diesem Zusammenhang mögen auch die immer wieder hartnäckig auftretenden Gerüchte erwähnt werden, nach denen die Sowjets gegen Rückgabe Wiburgs und Finnisch-Kareliens Nordlappland von Finnland eintauschen möchten, um eine direkte Landverbindung mit Schweden zu erhalten. Anlässlich des mehrtägigen Besuches des Sowjethandelsministers Mikojan im November 1954 in der finnischen Hauptstadt fanden diese Gerüchte neue Nahrung.

Im November 1954 veröffentlichte der bekannte schwedische Militärschriftsteller Oberst Alf Meyerhöffer unter dem Titel: „*Sverige och Västeuropas Försvar*“ (Schweden und die Verteidigung Westeuropas) ein Buch, in dem mit außerordentlicher Sachkenntnis Schwedens Stellung und Bedeutung in der Verteidigung Westeuropas umrissen wird. Ausgehend von der geographischen Lage Skandinaviens und einem Vergleich mit der geographischen Ausgangsposition Deutschlands während der beiden letzten Weltkriege werden die Möglichkeiten Schwedens zu Beginn einer Auseinandersetzung zwischen Ost und West erörtert.

Finnland fällt auf Grund der gegenwärtigen Lage als militärisches Vorfeld aus. Es ist durch den Freundschafts- und Beistandspakt von 1948 eng an die Sowjetunion gebunden. Seine veraltete und zahlenmäßig begrenzte Wehrmacht könnte nie gegen die Sowjets eingesetzt werden. Hinzu kommt, daß durch die Grenzziehungen des Friedensvertrages von Paris 1947 die Sowjets gegenüber 1939 weitaus die bes-

seren Ausgangspositionen besitzen. Die Karelische Landenge, wie geschaffen zu einer hinhaltenden Verteidigung, sowie das Petsamogebiet sind völlig in sowjetischem Besitz, und die südöstliche Grenze Finnlands verläuft nunmehr westlich des Ladogasees, so daß Vorbereitungen für einen sowjetrussischen Durchmarsch durch Finnland sowohl im Norden von Murmansk und Kandalakscha als auch im Süden von dem früheren Finnisch-Kareliden her ungestört getroffen werden können. Wenn die Sowjets Finnland als Durchmarschland benutzen, erhalten sie den für ihre überlegenen Landstreitkräfte benötigten Operationsraum.

Ein solcher Durchmarsch zu den Torne- und Muniofjüssen bringt für Schweden automatisch die Gefahr eines sowjetischen Angriffs. Gelingt es den Sowjets, gleichzeitig Nordnorwegen, mit dem seit Wegfall des finnischen Petsamozipfels eine gemeinsame Grenze besteht, zu erobern, so ist Nordschweden militärisch völlig umklammert. Während die Geländeverhältnisse an der finnisch-schwedischen Grenze einem Vormarsch kaum Schwierigkeiten bereiten, verbieten die Gebirgszüge, die Schweden von Norwegen trennen, größere Operationen, dafür aber kann der Import und Export (Erze) Nordschwedens, der zum größten Teil über norwegische Häfen (Narvik) geht, völlig unterbunden werden, und Schweden ist mit seinen Verbindungen zur westlichen Welt nur noch auf die gefährdeten Ostseeverbindungen angewiesen.

Dadurch, daß die Sowjetunion praktisch die gesamte Südküste der Ostsee von dem Porkkala-Gebiet westlich Helsinkis bis vor die Tore Lübecks beherrscht und durch eigenmächtiges und striktes Aufrechterhalten der völkerrechtswidrigen Zwölf-Meilen-grenze in hohem Grade ihre Offensivmöglichkeiten verbessert hat, kann Schweden fast völlig isoliert werden. Die stark ausgebauten Flotten- und V-Waffen-Basen von Porkkala über Reval bis nach Rügen und Warnemünde sprechen eine deutliche und drohende Sprache.

Nachdem Meyerhöffer somit die Lage Schwedens umrissen hat, wägt er die Möglichkeiten der Sowjetunion ab und kommt dabei zu der Schlußfolgerung, daß bei einer kommenden Auseinandersetzung die Sowjetunion sowohl im Westen und Süden als

auch im Osten mit Kriegshandlungen rechnen müsse, wobei die innersowjetischen Verkehrsmöglichkeiten ausschlaggebend seien, und gerade hier zeigen sich die Schwächen der sowjetischen Position. Der mangelhafte Ausbau des Eisenbahnnetzes erschwert in hohem Grade schnelle Schwerpunktbildungen und Truppenverschiebungen. Die Streitkräfte werden im wesentlichen im ersten Stadium des Krieges an ihre Rekrutierungsgebiete und Ausgangsstellungen gebunden sein. In dieser Hinsicht ist Westeuropa mit seinem höchentwickelten Verkehrsnetz besser ausgerüstet. Diese Ausgangslage wird aber bei einem Großkrieg Schweden unmittelbar berühren, da vielleicht von beiden Seiten ein Durchmarschrecht auf Grund der geographischen Lage gefordert werden wird.

Nach eingehender Behandlung der modernen Waffen und ihrer möglichen Anwendung hebt der Verfasser hervor, daß Skandinavien eine untrennbare strategische Einheit bildet und daß die Unterschiede zwischen den außenpolitischen Einstellungen Finnlands, Schwedens, Norwegens und Dänemarks keineswegs die militärgeographische Zusammengehörigkeit aufheben können. Größtes Gewicht legt er der Tatsache bei, daß Nordnorwegen der am schwersten zu verteidigende Kriegsschauplatz der Atlantikpaktmächte sei, was neben anderem darauf beruhe, daß Nordnorwegen das einzige Gebiet in der Welt sei, gegen das die Sowjets gleichzeitig einen Angriff mit Luft-, See- und Landstreitkräften richten können. Im Hinblick darauf haben sie bereits ihr Wegnetz an der Grenze der norwegischen Finnmark stark ausgebaut, und über Finnisch-Lappland sind Hammerfest und Tromsø leicht innerhalb eines ersten Angriffsstoßes zu erreichen.

Um auch nur einigermaßen der drohenden Invasionsgefahr begegnen zu können, benötigen Schweden, Norwegen und Dänemark eine einsatzbereite Armee von ungefähr zwei Millionen Mann.

Meyerhöffer überschätzt jedoch keineswegs die Bedeutung des skandinavischen Kriegsschauplatzes, der immer nur ein Nebenkriegsschauplatz, wenn auch ein wichtiger, sein wird. Er zeigt in seinen weiteren Ausführungen, wie sich der Hauptstoß der Sowjets auf Westdeutsch-

land konzentrieren wird, wobei nach seiner Meinung als erstes Ziel das Ruhrgebiet und das Saarland in Frage kommen. In Kombination hierzu sind Angriffe gegen die Nordseehäfen Hamburg, Bremen und die Niederlande zu erwarten.

Er sagt dabei, daß die Eingliederung der Bundesrepublik in die Verteidigung Mitteleuropas eine Frage von höchstem Gewicht sei. Gleichzeitig fügt er hinzu, „ohne auf irgendwelche Weise die militärische Bedeutung des Kleinstaates Schweden zu überschätzen, ist es unbestreitbar, daß unser Land auf Grund seiner militärischen Lage und seiner relativ starken Kriegsmacht auch einen wertvollen Beitrag zu dem Verteidigungssystem des Atlantikpaktes liefern könnte“. Denn „bei gleicher Qualität der Truppen geht man, damit ein Angriff gelingen soll, von der Berechnung aus, daß der Angreifer mindestens zahlenmäßig doppelt so stark wie der Verteidiger sein muß.“

In den folgenden Kapiteln werden die verschiedenen Möglichkeiten der Kriegführung von Meyerhöffer behandelt, so Partisanenkrieg, Sabotage, Seekriegführung, wobei er darauf hinweist, daß bei einem Luftkrieg Schwedens Luftraum automatisch von beiden Seiten benützt werde und die Aufrechterhaltung der Neutralität zur Luft völlig unmöglich sei. Die Machtkonstellationen und die militärische Entwicklung haben so durchgreifende Veränderungen hervorgerufen, daß Schweden damit rechnen muß, durch neue Formen ultimativer Forderungen und gesteigerter Gefahren in einen Großkrieg einbezogen zu werden. Der Verfasser sagt: „Dies kann nur auf einer Seite geschehen, nämlich zusammen mit den Westmächten“.

Im letzten Kapitel setzt sich Meyerhöffer eingehend mit der gegenwärtigen politischen und militärischen Lage Schwedens auseinander. Ebenso wie die Schweiz bekannt sich Schweden zu einer Politik der Neutralität und Allianzfreiheit, aber dennoch ergeben sich wesentliche Unterschiede. Ohne die Formulierungen zu überspitzen, kann man sagen, daß die Schweiz eine konsequente Neutralitätspolitik verfolgt, während in Schweden nur reine Opportunitätsgesichtspunkte vorgebracht werden. „Dies brachte für unser Land mit sich, daß

man eifrig in ideologischer Hinsicht die Übereinstimmung mit dem Westblock betonte, aber gleichzeitig verschiedene politische Gründe anführt, die motivieren, warum wir uns zum mindesten gegenwärtig nicht dem Verteidigungssystem des Atlantikpaktes anschließen. Die zum Teil unwillig geführte Diskussion in dieser Frage war doch von großem Wert und konnte einen Teil bestehender Unklarheiten beseitigen, aber innerhalb gewisser Abschnitte unserer verteidigungspolitischen Debatte herrscht immer noch große Unklarheit. Es ist wichtig, daß die Diskussion innerhalb dieser Abschnitte nicht abreißt, bevor von Seiten der Staatsmacht und der Militärführung unzweifelhafter Bescheid erteilt wurde... Ein anderes bedeutungsvolles Ergebnis der Verteidigungsdebatte des letzten Jahres war, daß Schweden zwar auf Grund seiner halbinsulären Lage bei einer Invasionsverteidigung gewisse Vorteile hat, aber sonst im Hinblick auf andere Kleinstaaten in der Verteidigung gegenüber einer gutausgerüsteten und rücksichtslosen Großmacht keineswegs eine begünstigte Sonderstellung einnimmt. Die Mehrzahl des Volkes hat darüber kaum eine andere Auffassung, hauptsächlich dürften es nur einige Berufsmilitärs sein, die in falschem Ehrgeiz etwas Gegenteiliges propagiert haben. Noch vor einigen Jahren bezeichnete ein hochstehender Offizier das Vorbringen dieser einleuchtenden Tatsache als Defaitismus, doch dürfte es nunmehr nur noch wenige mit einer so primitiven Schau der Dinge geben. Es ist durchaus verständlich, wenn man trotz dieser Tatsachen aus politischen Gründen an dem allianzfreien Kurs festhalten will, aber in militärischer Hinsicht bringt das sehr gefährliche Nachteile mit sich... Wir leben nicht mehr länger in der Zeit der Nationalitätskriege.“

Diese Ausführungen von Meyerhöffer deuten auf einen fühlbaren Umschwung Schwedens in der Einstellung zur Neutralität und sind vielleicht als ein weiteres Anzeichen der Annäherung Schwedens an die Atlantikpaktmächte zu bewerten.

Karl-Heinz Bolay

Meyerhöffer, Alf Överste: *Sverige och västeuropas försvar. Folkförsvaret förlags AB, Stockholm 1954.*

Weltluftfahrt — heute und morgen

Als der einzelne Bürger Deutschlands im Mai 1945 jeweils eine neue Reiseerlaubnis von einer 6-km-Strecke zur anderen nötig hatte, konnte man sich die Entwicklung der Weltluftfahrt und die Einbeziehung Deutschlands in das Weltflugnetz, wie wir sie heute kennen, noch nicht vorstellen. Dabei hat gerade der Krieg, dessen Endkatastrophe das deutsche Verkehrssystem und die deutsche Verkehrsfreiheit zunächst völlig zerschlug, die Voraussetzung für den heutigen Weltluftverkehr geschaffen. Im Zweiten Weltkrieg wurden die viermotorigen Maschinen entwickelt, mit deren Hilfe die zivile Luftfahrt nach dem Kriege mühelos die großen Ozeane überwinden konnte.

1948–52 haben die ausländischen Luftverkehrsgesellschaften ihre weltweiten Fernstrecken über Deutschland gelegt. So ist es heute selbstverständlich, daß man von hier aus täglich nach Nordamerika, Südamerika, Südafrika oder Ostasien fliegen kann.

Am 8. August 1953 befanden sich zum Beispiel um 15 Uhr 54 Maschinen mit 3000 Fluggästen allein über dem Nordatlantik. Seitdem hat die Luftverkehrsdichte noch zugenommen.

ICAO und IATA¹⁾

Eine Voraussetzung für die heutige Verkehrsdichte in der Luft ist die internationale Zusammenarbeit. Die *International Civil Aviation Organisation (ICAO)* soll in ihrer Eigenschaft als Zusammenschluß der zur *UNO* gehörenden Staaten gemeinsame Regeln für die Flugsicherheit festlegen, einheitliche Landesysteme entwickeln und die Grundsätze einer internationalen Luftfahrtspolitik formulieren.

Die Luftfahrtgesellschaften mit internationalen Liniendiensten haben sich als Dachverband die *International Air Traffic Association (IATA)* geschaffen, die einheitliche Beförderungsbedingungen festgelegt hat. Sie hat z. B. auch das Ausmaß der Freiflüge oder die Möglichkeiten zur Gewährung von Sondertarifen für Fracht genau begrenzt. Es ist aber nicht richtig, wenn sie von diesen Aufgaben her bei der Wirtschaft und der Presse in erster Linie den Ruf eines „Verhinderungsrates“ erhalten hat. Sie hat immerhin das System der internationalen Flugscheine und Luftfrachtbriefe und das Reisekreditwesen für den Luftverkehr geregelt.

Auch außerhalb dieser Organisationen haben die Luftfahrtsgesellschaften Formen der Zusammenarbeit geschaffen. Die *KLM* (Niederlande), die *SABENA* (Belgien) und die *SAS* (Skandinavien) bilden einen Pool für die gemeinsame Abwicklung des Verkehrs zwischen Skandinavien und den Benelux-Staaten. Ein ähnlicher Pool besteht zwischen *KLM*, *SAS* und der spanischen *Iberia* im Verkehr zwischen Deutschland und Spanien. Zwischen der *SAS* und der finnischen Luftfahrtgesellschaft ist eine enge Koordination zustande gekommen. Die Skandinavier einerseits, die *American Airlines* und *United Airlines*, zwei der größten Luftfahrtsgesellschaften in den USA, andererseits haben ein sogenanntes *Interline Agreement*, auf Grund dessen direkte Anschlüsse im internationalen Flughafen New York bestehen, bei denen der Weiter-

¹⁾ Vgl. Wolf Loah: Der heutige Weltluftverkehr; in dieser Zeitschrift XXV, 6; Juni 1954, S. 342–51.

flug ins Landesinnere der USA nur den gewöhnlichen Zeitverlust einer Zwischenlandung kostet. Abmachungen dieser Art bestehen auch zwischen Luftfahrt und Schifffahrt. Geschäftsleute wollen manchmal zur Tätigung eines Abschlusses schnell vor der Konkurrenz auf dem Luftweg an einen Platz gelangen. Wenn sie dann abgeschlossen haben, senden sie die Unterlagen per Luftpost nach Hause, nehmen sich selbst aber gern die Zeit zu einer Schiffsreise.

Die internationale Zusammenarbeit in der Luftfahrt hat nicht einmal vor dem Eisernen Vorhang haltgemacht. Die *Air France* und die *Aeroflot* haben Abmachungen über den gemeinsamen Verkehr Paris-Prag-Moskau; seit drei Jahren betreiben die *SAS* und die *Aeroflot* einen gemeinsamen Dienst von Kopenhagen über Stockholm-Helsinki-Leningrad nach Moskau, wo Anschlüsse nach Ulan Bator in der Äusseren Mongolei und Peking sowie nach Kabul bestehen. Flugscheine der *SAS* können auf den Routen der *Aeroflot* benutzt werden, umgekehrt kann man das Weltnetz der *SAS* mit Flugscheinen in Anspruch nehmen, die in Rubel gelöst worden sind.

Die fünf Freiheiten

Auf einer internationalen Luftfahrtkonferenz, die 1944 in Chicago stattfand, proklamierte man, daß nach dem Kriege fünf sogenannte „Freiheiten“ in der zivilen Luftfahrt Geltung erlangen sollten: 1. Das Recht zur Überfliegung eines fremden Staates, 2. das Recht zu technisch notwendigen Landungen auf fremdem Staatsgebiet, 3. das Recht zur Beförderung von Passagieren, Fracht und Luftpost vom Heimatland der Maschine in ein anderes Land, 4. das Recht, auf dem Rückflug aus diesem anderen Land Passagiere, Fracht und Luftpost mit in das Ursprungsland zu nehmen. Diese vier Freiheiten bilden auch heute noch im wesentlichen die Grundlage der zweiseitigen Verträge, die zwischen den Staaten für den Luftverkehr geschlossen werden.

Über die damals vorgeschlagene fünfte Freiheit konnte man sich jedoch nicht immer einigen. Sie betrifft das Recht, auf den zwischen dem Ausgangspunkt und dem Endpunkt eines Fluges liegenden Zwischenlandungsplätzen in dritten Staaten Passagiere, Fracht und Luftpost aufzunehmen oder abzusetzen. Unmittelbar nach dem Kriege zeigte man sich bereit, auch diese Freiheit zu gewähren. In den letzten zwei Jahren haben dagegen Einschränkungen und Ablehnungen von Anträgen in dieser Richtung zugenommen. Das liegt daran, daß manche Staaten ihre nationalen Luftfahrtgesellschaften subventionieren und sie deshalb vor der Konkurrenz anderer, ausländischer Unternehmungen schützen wollen.

Die Verweigerung der fünften Freiheit bedeutet eine Belastung der internationalen Luftfahrt, selbst wenn es sich um eine vorübergehende Erscheinung handelt, wie die Fachleute des Flugwesens optimistisch glauben. Erfreulicherweise hat soeben die brasilianische Regierung Beschränkungen im Verkehr zwischen der Bundesrepublik und Brasilien aufgehoben, die sie vor einiger Zeit der *SAS* auferlegte. Auf lange Sicht ist eine Weltluftfahrt nur mit allen fünf Freiheiten möglich. Verkehrsbeschränkungen auf Kosten anderer verschaffen auch den scheinbar Begünstigten nur selten Erleichterung auf Dauer.

Der Fluggast merkt von diesen Problemen höchstens dann etwas, wenn er die Maschine, in der ein Platz für ihn belegt worden ist, verpaßt hat. Maschinen anderer Gesellschaften, die am gleichen Tag auf der gleichen Route fliegen, können ihn nicht

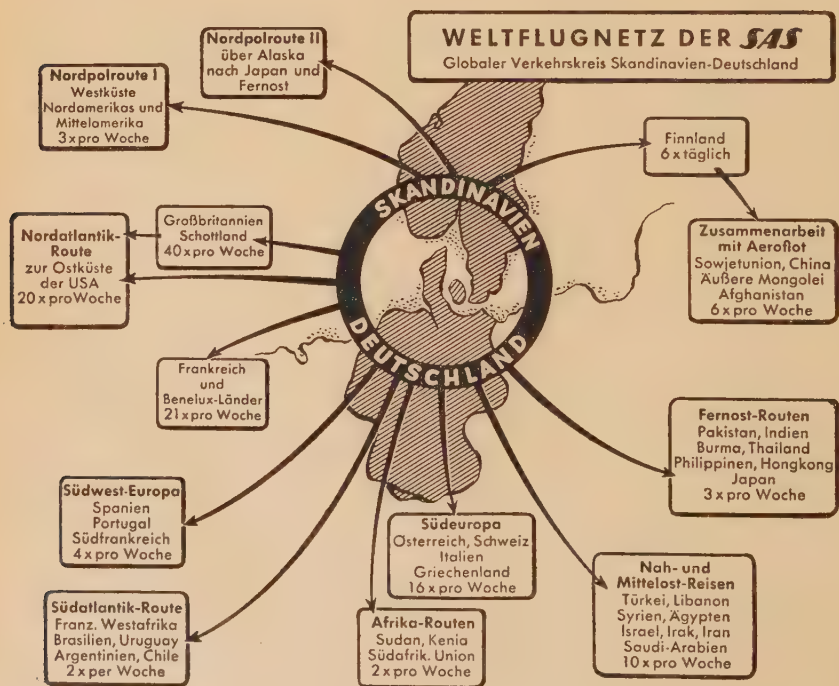
mitnehmen, weil sie kein Verkehrsrecht auf der in Frage kommenden Strecke besitzen. So sind gerade die Fluggäste selbst besonders wichtige Verbündete der Gesellschaften im Kampf um alle fünf Freiheiten.

Weltflug in viereinhalb Tagen

Mein viereinhalbtägiger Flug erstreckte sich über rund 50 000 km. Er ging von Frankfurt über Hamburg nach Prestwick in Schottland, von dort über den Nordatlantik nach New York. Dann ging es von New York über Washington und Chicago nach Los Angeles. Der Flug von Los Angeles führte über San Franzisko Seattle entlang der kanadischen Westküste nach Anchorage in Alaska, von dort über die sogenannte Nordwestpassage, über die Aleuten-Insel Shemya und Japan nach Thailand, Burma, Indien und Pakistan, dann über den Persischen Golf nach Ägypten, in die Türkei und schließlich von Istanbul aus zurück nach Deutschland.

Während in der Luft Probleme zwischen den Völkern, Religionen, Rassen und politischen Systemen nicht zu bestehen scheinen, befindet man sich im Augenblick der Landung wieder im Bereich der Fußangeln und Selbstschüsse internationaler Bürokratie. In diesem Falle nimmt sich die Lufthafenbürokratie mit Paßkontrolle, Fragen nach dem Visum, Devisen- und Zollkontrollen und der Durchleuchtung des Gepäcks der Passagiere an. Man kann in viereinhalb Tagen rund um die Welt reisen, aber keineswegs in viereinhalb Tagen die für diese Reise nötigen Visen bekommen.

Es kann passieren, daß man von einem freundlich gesinnten Konsul oder Missionschef in der Heimat ein Besuchsvisum für drei Monate bekommen hat. Am Flughafen



fragt dann der Paßbeamte korrekt, jedoch hintergründig: „Wie lange möchten Sie denn bleiben?“ Weil man es auf der Weltreise eilig hat, antwortet man harmlos: „... nun, sagen wir: drei Tage!“ Der Stempelgewaltige antwortet gnädig: „Ich werde Ihnen vier Tage geben!“, während im Paß schon ein Visum für drei Monate eingetragen ist!

Manches ist zwar besser geworden. Zwischen West-, Nord- und Südeuropa sind die Visen abgeschafft. Aber auf einer Weltreise begegnet man noch genügend Schwierigkeiten. Da hilft die Internationale Organisation der Luftfahrtgesellschaften viel. Sie nimmt den Passagier am Arm und versucht, ihn hinter die unsichtbaren Schlagbäume zu führen. Auch neue Gesellschaften wie die *Japan Air Lines* haben sich deshalb rasch an der internationalen Zusammenarbeit beteiligt.

Das japanische Beispiel ist wahrscheinlich für die Bundesrepublik besonders interessant. Die Japaner haben aus der Not eine Tugend gemacht. Da sie auf Befehl der Besatzungsmacht zunächst nicht mit eigenen Piloten fliegen konnten, vielleicht auch nicht genügend ausgebildete Piloten besaßen, trugen ihre Reklameplakate überall an der Westküste der USA die zügige Schlagzeile: „Wir fliegen mit amerikanischem Personal“. Das war auf dem amerikanischen Kontinent wahrlich kein schlechtes Verkaufsargument!

Als ich mit den Japanern von Osaka nach Tokio flog, erkannte ich an den Gardinen, daß ich in einer SAS-Maschine saß. Der Kapitän bestätigte mir, daß die Japaner diese DC 4 von der SAS gekauft haben. Die japanischen Stewardessen, deren Uniformen ebenso schmuck sitzen wie die anderer Fluggesellschaften, servieren doch den Tee im Kimono. Soweit es an Bord möglich ist, halten sie das klassische Tee-Zeremoniell ein.

Alaska im Weltluftverkehr

Die Amerikaner haben als erste die Schulweisheit genutzt, daß der kürzeste Weg auf dem Globus immer die Entfernung zwischen zwei Punkten an einem Kreis ist. Seitdem spricht man in der internationalen Luftfahrt von den Großkreisen der Luft, die es erlauben, die Kontinente schneller und direkter miteinander zu verbinden. Deshalb haben die Amerikaner die Nordwestpassage nach dem Kriege für die zivile Luftfahrt erschlossen. Die Route führt von Los Angeles über Seattle und Anchorage nach den Alëuten und von dort nach Tokio. Dieser Weg über die Ausläufer des Dachs der Welt nimmt weniger Zeit in Anspruch als der sogenannte gerade Weg über Hawaii. So haben die *Northwest Airlines* ihren Liniendienst nach Ostasien auf diesem Großkreis eingerichtet.

Anchorage mit seinen 55 000 Einwohnern wird heute von ebensoviel Menschen bewohnt wie ganz Alaska vor 20 Jahren. In dieser Stadt gibt es 22 000 Kraftwagen, drei Flugplätze, drei Rundfunkstationen, zwei Fernsehsender. Meine Nachbarin auf dem Flug nach Anchorage wollte ihren Mann besuchen, der mit der Armee der USA im nordkanadischen Yukon-Gebiet stationiert ist. Sie hatte sich die Taschen voll Nahrungsmittel und Gerätschaften gepackt, als gehe sie auf eine Nordpol-Expedition. Alaska liegt aber nicht mehr am Ende der Welt. Meine Gastgeber in Anchorage lachten über meine Reisegefährtin und waren froh, daß sie wenigstens kein Petroleum für Leuchtzwecke mitgebracht hatte, denn Erdölquellen gibt es reichlich in Alaska.

Besonders der amerikanische Fremdenverkehr wird in immer stärkerem Maße von dem naturschönen und wildreichen Alaska angezogen, wo es Bären, Elche, Hirsche, große Vögel gibt und wo jeder Angler seine Freude haben wird. Von Anchorage aus kann man mit dem Flugzeug auch die Pribyloff-Inseln im Beringmeer erreichen, auf denen sich im Juli und im August 4 Millionen Seehunde und Seelöwen beobachten lassen. Die Robben werfen dort ihre Jungen und geben ihnen Unterricht, wie sich ein Seehund oder Seelöwe zu benehmen hat.

Die Einwohner von Anchorage sind stolz darauf, daß sie mehr als 50% des Steueraufkommens von Alaska allein zahlen. Das erinnert mich an die Eskimos, die kurz vor der Aufnahme der Nordpolflüge der SAS beim dänischen Parlament beantragten, auch Steuern zahlen zu dürfen. Für die Menschen in den sich gerade öffnenden Polarlandschaften bedeutet die Steuerzahlung das Bewußtsein, daß sie vollwertige Bürger sind.

Auf den Aläuten

Von Anchorage dauert es nur ein paar Stunden bis nach Shemya auf den Aläuten. Diese Inselkette verband in vorgeschichtlichen Zeiten Asien mit Amerika, so daß schon damals die amerikanischen Ureinwohner über sie gelangen konnten. Dann spielten sie jahrhundertlang gar keine Rolle. Wir hörten früher von ihnen nur im Geographie-Unterricht oder in Kreuzworträtseln. Als aber die Japaner 1944 die drei am weitesten westlich liegenden Inseln dieser alten Landbrücke besetzten, geriet Nordamerika in Alarmstimmung über diese Bedrohung seiner westlichen Flanke. Es drängte die Japaner hinaus und errichtete seinerseits einen Flotten- und Luftstützpunkt auf den Aläuten.

Als ich aber im Frühjahr 1954 dort landete, standen die Unterkünfte des Personals der USA-Luftwaffe leer. Türen und Fensterrahmen wehten im starken Inselwind. Der Stützpunkt hatte seine militärische Bedeutung wieder verloren und wurde nur noch für zivile Zwischenlandungen zwischen Amerika und Asien benutzt. Die *Northwest Airlines* schrieben mir vor kurzem, ich solle beim Abschluß meines Buches über meinen Weltflug darauf achten, daß sie Shemya nicht mehr anflögen. Es sei nicht mehr nötig, dort zu tanken, weil die neuen Maschinen mit ihrem Brennstoff von der äußersten Westspitze Alaskas ohne Zwischenlandung bis Tokio gelangen könnten. Die SAS wird vielleicht zunächst Shemya noch benutzen, wenn sie ab Frühjahr 1956 planmäßig von Europa über den Nordpol nach Tokio fliegt.

Die neue Epoche der Transpolarflüge

Seit dem 15. November 1954 fliegt die SAS zweimal in der Woche planmäßig in beiden Richtungen zwischen Europa und Los Angeles über den Nordpol; seit 17. April 1955 dreimal. Von den deutschen Flughäfen aus bestehen Zubringerdienste mit direktem Anschluß zum Ausgangspunkt Kopenhagen. Von dort geht es nach Söndre Ström-fjord, einem nach dem Kriege erbauten dänisch-amerikanischen Polarflugplatz auf Grönland, der auch unter der Bezeichnung „Blue West 8“ bekannt ist. Von Grönland verläuft die Route über Winnipeg in der kanadischen Prärie nach Los Angeles. Es wird eine Entfernung von 2000 km gespart. Das Einzugsgebiet für diesen Flugdienst reicht am europäischen Ausgangspunkt bis Istanbul, Kairo und Lissabon, am amerikanischen bis Mexiko City, Lima und Caracas. Die Aufnahme der Polarflüge wird

möglicherweise den fünf Freiheiten zum Durchbruch verhelfen, wie einst andere große Ereignisse die Freiheit der Meere herstellten. Die Engländer mußten sich vor achtzig Jahren für die Freiheit der Meere einsetzen, weil 80% der Handelsschiffstonnage ihnen gehörten. Was damals das britische Übergewicht erreichte, wird hoffentlich in der Luft durch die Polarflüge geschaffen werden. Der Flug über die Großkreise wird dazu helfen, daß die Einengungen, Beschränkungen und Verweigerungen von Verkehrsrechten ein Ende finden.

Kaum sind die Flüge über den Nordpol aufgenommen, da untersucht die Wissenschaft schon, wie man den kürzesten Weg über den Südpol von Südafrika nach Australien oder von Argentinien nach Neuseeland finden kann. Man muß dort geeignete Landeplätze auffindig machen und Flugzeuge mit weiterem Aktionsradius entwickeln. Vielleicht kann man mit neuen Maschinen, die eine größere Distanz mit entsprechender Nutzlast überbrücken, auf Landeplätze im Südpolargebiet sogar ganz verzichten.

Noch vor einem Jahrzehnt schien es kaum denkbar, daß wie heute vorzügliche Flugplätze mit Landebahnen, Rollbahnen und Unterkünften am Nordpol bestehen könnten. Das SAS-Hotel, in dem die Fluggäste während ihrer kurzen Zwischenlandung in Søndre Strømfjord Aufenthalt nehmen, bietet Polarbier, Rentiersteak und andere arktische Genüsse. Dort wohnt das Bodenpersonal und die Ablösungsmannschaft der Besatzung. Da die Polarluft für Menschen, die an der Managerkrankheit leiden, große Heilkraft haben soll, werden derartige Personen vielleicht in nicht allzu ferner Zukunft auf ein paar Tage zum Polarhotel nach Grönland fliegen. In zehn bis zwölf Flugstunden kann man von Deutschland aus dorthin gelangen, aber um von Søndre Strømfjord zu der Gemeinde zu gelangen, zu der das Gelände des Flugplatzes gehört, benötigt man 3–4 Tage mit Hundeschlitten. Die Gemeinde heißt Holsteinborg und ist 180–190 km vom Flugplatz entfernt.

Die Navigationsprobleme sind gelöst

Außer der Anlage von Landeplätzen war ein neues Navigationssystem eine Vorbedingung für die Polarflüge. Wenn zum Beispiel sonst ein Pilot sein Flugzeug von Oslo nach Fairbanks in Alaska steuern will, zieht er eine gerade Linie auf seiner Karte vom Start- zum Landepunkt. Diese Linie bildet einen bestimmten Winkel mit dem Meridian, der von Oslo zum Pol verläuft.

Dieser Winkel wird in eine Kompaßzahl umgewandelt, die der Pilot auf seinem gesamten Wege benutzen kann, da der Kompaß immer nach Norden zeigt. Infolgedessen braucht der Pilot nur so zu fliegen, daß sein Kurs immer den gleichen „Winkel mit dem Norden des Kompasses“ bildet wie der Kurs auf seiner Karte mit dem wirklichen Norden. Die Sache ist ein wenig komplizierter, aber mit diesem Grundprinzip läßt es sich am besten erklären. Dieses System ist im Gebiet des Nordpols nicht verwendbar, da die Kompaßgeräte in einer Entfernung von 925 km rund um den magnetischen Nordpol versagen.

Aber dies ist nicht die einzige Schwierigkeit in der polaren Navigation. Die Längengrade konvergieren oder laufen an den Polen zusammen, und wenn der wirkliche Kurs des Flugzeuges an Hand dieser Linien ermittelt wird, besteht die Navigation nur aus einer Reihe von „Kontrollen und Änderungen“ (Zeichnung 1). Es gab also zwei Probleme. Das letztere wurde relativ leicht gelöst durch ein neues Navigations-



1



2

System und eine entsprechende Karte. Man nennt es das „Gitternetz-Navigations-System“. Der Navigator bestimmt mit ihm alle Kurse von einem einzigen Längengrad, dem Meridian, der durch Greenwich, England, nördlich verläuft (Zeichnung 2).

Aber um das Problem des tanzenden Kompasses zu lösen, mußten die Wissenschaftler noch weiter gehen. Sie kamen dann zum „Gyroskop“. Schon 1911 wurde ein Gerät erfunden, aus dem allmählich der besondere „Polarkompaß“ entwickelt werden konnte. Denn entsprechend dem gyroskopischen Prinzip bleibt jede Masse (etwa ein Rad), welche in eine genügend schnelle Rotation versetzt werden kann, immer „fest im Raum“ oder senkrecht, ganz gleich, welchen Kräften sie ausgesetzt ist. So wird also das Rad, oder Gyroskop, wenn es in einem speziellen, nach Norden eingestellten Rahmen in Rotation versetzt worden ist, während des gesamten Fluges nach Norden zeigen. Hiervon erhält der Pilot seine Nordweisung, mit welcher er seinen Kurswinkel oder seine Kompaßzahl vergleicht.

Natürlicherweise gab es einige Probleme in der Anwendung des Gyro-Kompasses zu lösen. Es gab sie seit seiner Erfindung im Jahre 1911. Der Gyro-Kompaß neigt zur „Präzession“ bzw. dazu, im Verhältnis zur Rotation der Erde abzudriften. An den Polen ist diese Drift am größten.

Außerdem gibt es noch eine Fehler-Drift. Sie kommt von der Reibung der Gyro-Lager, Winkelmomenten und gewissen Ungleichheiten.

Aber die *Eclipse-Pioneer-Division* der *Bendix Aviation Corporation*, die den *Polar Path* herstellen, haben einen Gyro geschaffen, dessen Fehler-Abweichung weniger als 1 Grad pro Stunde beträgt. Und die Drift infolge der Rotation der Erde wird automatisch durch ein Gerät im Instrument ausgeglichen. Selbstverständlich wird dieses Gerät heutzutage elektronisch gesteuert.

Auf den sechs Probeflügen der SAS, die 1952/54 durchgeführt wurden, nahmen amerikanische und skandinavische Meteorologen diejenigen Erscheinungen des Polar-klimas und Polarwetters auf, die noch nicht bekannt waren, oder verglichen sie mit vorhandenen wissenschaftlichen Unterlagen.

Als Kontrolle für die Gitternetznavigation und den Kreiselkompaß wendet man die Astronavigation an, die den Seefahrern seit über 600 Jahren dient. Mit Hilfe des Sextanten werden die Gestirne angeschossen. Die Werte, die ein zweiter Navigationsoffizier abliest, werden mit den Werten der Gitternetznavigation und des Kreiselkompasses verglichen. Wenn sie übereinstimmen, ist der Kurs klar.

Es ist ein Irrtum, daß es im Polargebiet besonders stürmisch sei. In einer Höhe von über 1500 m ist es dort viel weniger böig als über dem Nordatlantik. Das Wetter ist ausgesprochen fluggünstig.

Skandinavien hat durch die Pioniertat des zivilen Luftverkehrs über den Nordpol seine verkehrsgeographische Position wesentlich verbessern können. Bisher Endstation des Luftverkehrs, ist es nun zum Transitgebiet zwischen den Kontinenten Europa, Amerika und Asien geworden. Diese Tatsache unterstreicht die Bedeutung der Großkreise der Luft für die übernationale Luftverkehrspolitik.

Die Zusammenarbeit der Flugzeugindustrie

Neben der Entwicklung der Großkreise werden die Fortschritte der Flugzeugproduktion dahin wirken, daß die fünf Freiheiten verwirklicht werden. Die Produktion der großen Düsentransportmaschinen oder Düsenbomber oder die letzten Kolbenmotor-Entwicklungen vom Typ DC 6, DC 6B, DC 7, die man bei der *Douglas Aircraft Company* in Santa Monica in Kalifornien oder bei der *Boeing Aircraft Company* in Seattle beobachten kann, hat nur dann einen Sinn, wenn die neuen großen Maschinen auch tatsächlich fliegen. Nur ein Flugzeug, das fliegt, bringt Geld. Wenn es am Boden steht, kostet es Geld. Die Luftfahrtindustrie hat Interesse daran, daß die fünf Freiheiten Tatsache werden.

Man soll die britische Flugzeugproduktion in ihrer Leistung auf dem Gebiet der Düsenflugzeuge niemals unterschätzen. Ohne ihre Pioniertaten, in denen sich die Briten auch nicht durch die bekannten Rückschläge entmutigen ließen, wäre die Schaffung der endgültigen Düsenverkehrsmaschinen für den zivilen Bedarf nicht denkbar. Daneben ist aber ein Douglas erstaunlich, der vor 30 Jahren einen Friseurladen in Los Angeles kaufte und dann mit einem Stammkapital von 600 Dollar den Flugzeugbau aufnahm. Heute ist er der größte Flugzeugproduzent der Welt, der 65 000 Menschen beschäftigt. Er hat das Kernproblem erkannt: größere Distanz kann bis jetzt nur überbrückt werden, wenn weniger Passagiere fliegen, denn es muß mehr Kraftstoff mitgenommen werden. Das Produktionsziel ist also ein Flugzeug, das weite Distanzen nicht nur bewältigen kann, sondern genügend Passagiere, Fracht und Post über sie transportiert. Douglas hat nunmehr eine Maschine entwickelt, die diese Forderung erfüllt: die DC 7 oder „*Seven Seas*“. Es handelt sich zwar noch um ein Flugzeug mit Kolbenmotor, aber mit ihm wird es möglich sein, den Anschluß zu finden, bis die Düsenflugzeuge für die Zivilluftfahrt allgemein einsatzbereit sind.

Die SAS hat acht Maschinen dieses Typs gekauft. Ihr Aktionsradius von 9200 km wird nicht einmal im Direktflug Kopenhagen–Los Angeles voll erschöpft, denn diese Entfernung beträgt nur 8600 km. Zwischenlandungen können wegfallen, weil weder in Grönland noch in Winnipeg ein Geschäft zu erwarten ist. Trotzdem wird man aus betriebstechnischen Gründen wenigstens eine Zwischenlandung noch beibehalten, voraussichtlich in Winnipeg. Diese Maschinen werden alle Meere ohne Zwischenlandung

überfliegen können. Sie kosten je Stück 12 Mill. DM. Der Ankauf war also für die SAS eine erhebliche Aufwendung, nachdem sie kurz zuvor 14 DC 6B für zusammen 128 Millionen DM gekauft hatten.

Die Luftfahrtindustrie kann ihre neuen Fernflugzeuge und insbesondere die bereits in Angriff genommenen Entwicklungen der Düsenverkehrsmaschine nur absetzen, wenn durch die Verwirklichung der fünf Freiheiten überall in der Welt freie Bahn geschaffen wird.

Der transkontinentale Touristenverkehr

Ein Flug über Asien, ob es Indien, Pakistan, Thailand oder Japan ist, zeigt heute, daß viele Menschen, die früher auf Grund ihrer religiösen oder anderen Bindungen ihr ganzes Leben lang an demselben Ort blieben, reisefreudig geworden sind. Die Unabhängigkeit der neuen Staaten fordert Beweglichkeit. Der Fremdenverkehr umfaßt die ganze Welt. Ein großes Reservoir für neue Fluggäste liegt in den asiatischen Kulturländern. Die Luftfahrtgesellschaften der Welt beförderten 1937 zusammen rund 2,5 Mill. Fluggäste, 1952 42 Mill., 1953 52 Mill., 1954 58 Mill.

Die Einführung der Touristenklasse hat zum Beispiel auf dem Nordatlantik die Anzahl der Passagiere bereits im ersten Halbjahr nach Eröffnung dieses verbilligten Flugdienstes um 180 000 Personen vermehrt. 1953 besuchten 560 000 Amerikaner mit dem Flugzeug Europa. Noch fehlt in Europa für die Touristenklasse die breite Mittelschicht, aber die kombinierten Flugdienste 1. Klasse/Touristenklasse haben sich bereits voll bewährt.

Als die japanische Reisernte 1954 zu verderben drohte, konnten auf einen Hilferuf hin Flugzeuge innerhalb von 48 Stunden 25 t Schädlingsbekämpfungsmittel aus Deutschland nach Japan fliegen, wodurch das Unglück abgewendet wurde. Die Luftfahrt hat eine große Zukunft im Waren- und Passagierverkehr mit Asien.

Die Lufthansa

Als die Bundesrepublik Deutschland nach dem Kriege allmählich ihre Handelsbeziehungen wieder aufnahm, haben die ausländischen Luftfahrtgesellschaften ihre Möglichkeiten dem deutschen Export zur Verfügung gestellt. Der Abschluß neuer Handelsverträge hat oft neue Luftverkehrslinien ins Leben gerufen. Umgekehrt lohnte sich die Mühe um den Ausbau und die Verbesserungen mancher Handelsverträge nur dort, wo Luftverkehrslinien bestanden. Der erste Direktflug der SAS von Deutschland nach Santiago hat zum Beispiel seinerzeit dazu dienen können, daß ein großzügiger Handelsvertrag zwischen Westdeutschland und Chile durch den Austausch der Urkunden sofort in Kraft trat.

Die ausländischen Gesellschaften haben ihre Frequenzen auf den Strecken in den Orient verstärkt, als die deutschen Wirtschaftsinteressen verlangten, daß 10, 20 oder 30 Monteure auf einmal durch die Luft in den Nahen Osten gelangten.

Das Erscheinen der Lufthansa ändert an der Bereitschaft der ausländischen Gesellschaften zur Zusammenarbeit mit der deutschen Wirtschaft nichts. Es mag nicht viel bedeuten, daß sie der neuen Schwester Blumen und Glückwunschtelegramme beim Wiedereintritt ins Leben geschickt haben. Aber man sollte sich die Worte merken, die der Generaldirektor der SAS für Deutschland, Konsul Kim Urbye, sagte: „Wir begrüßen die neue Luftverkehrsgesellschaft nicht nur, weil man einer Nation wie

der deutschen die Teilnahme am Weltluftverkehr nicht verweigern kann und weil sich die Deutschen in der Entwicklung des zivilen Luftverkehrs geschichtliche Verdienste erworben haben, sondern vor allem deshalb, weil wir in diesem Lande endlich normale Verhältnisse wünschen. Normale Verhältnisse auf dem Gebiet des Luftverkehrs heißt, daß es eine nationale Gesellschaft gibt, um die sich die ausländischen Gesellschaften, die Deutschland anfliegen, gruppieren und mit der sie zusammenarbeiten! Wir sehen keinen Vorteil darin, daß wir in dieser Frage Jahr für Jahr mit einer großen Unbekannten rechnen müssen.“

Zusammenarbeit und Konkurrenz werden das Bemühen um den deutschen Flugpass bestimmen. Konkurrenz ist für die Luftfahrt nur fördernd. Die Einbeziehung Deutschlands in das globale Weltflugnetz aller international Liniendienst betreibenden Gesellschaften soll durch das Wiedererstehen der Deutschen Lufthansa nicht beschränkt, sondern noch weiter ausgebaut und verbessert werden. Jede andere Version ist rückständig. Im Zeitalter der Großkreise der Luft ist eine nationalistische Luftverkehrspolitik ein Unding. Wer sie vertritt, wird früher oder später selbst Schaden nehmen.

Der Mensch, der heute in viereinhalb Tagen, in fünf Jahren vielleicht in zweieinhalb Tagen und in zehn Jahren vielleicht in 24 Stunden, dann mit einem Düsenflugzeug, die gute alte Mutter Erde umkreisen kann, wird entweder der Gefangene seiner selbst sein, oder er wird auf allen Gebieten zu einer engen internationalen Zusammenarbeit finden müssen. Diese Zusammenarbeit ist für die Weltluftfahrt heute schon Regel und Richtschnur.




*Erleben Sie
skandinavische
Gastlichkeit*
an Bord

Von 7 deutschen Flughäfen führen die SAS-Direktlinien nach den bedeutendsten Städten in
**NORD-SÜDAMERIKA, NAHOST, FERNOST,
AFRIKA** sowie innerhalb **EUROPAS**.
Wie Sie auch wählen: ROYAL VIKING-1. Klasse
oder GLOBETROTTER-Touristenverkehr
Sie fliegen stets in modernsten
viermotorigen Maschinen




Auskunft und Buchung durch IHR REISEBÜRO

Afrikas Verkehrsprobleme

Die Häfen

Afrika wird häufig die Rohstoffkammer der Westlichen Welt genannt. Die Amerikaner, die Milliarden in Afrika investieren, nennen den Kontinent mit Vorliebe „*a vast storehouse of strategic minerals*“. Der wirtschaftlichen Umwälzung, die durch das verstärkte Interesse der Welt an den Rohstoffreserven des Kontinents eigentlich erfolgen sollte, stellt sich jedoch der Mangel an Verkehrsverbindungen hindernd in den Weg.

Der südlich der Sahara liegende Teil des Kontinents ist mit seinen über 24 Millionen Quadratkilometern mehr als zweieinhalbmals so groß wie Europa. Allein die riesigen Entfernungen schaffen große Schwierigkeiten für alle Verkehrsmittel.

Diese Schwierigkeiten erhöhen sich durch das Relief. Den Hochplateaus steht nur ein schmaler Küstensaum und eine ungewöhnlich gerade Küstenlinie gegenüber. Das an Flächenumfang nur ein Viertel so große Europa hat doch eine längere Seeküste. Dieser Vergleich allein zeigt, wie arm an guten Häfen Afrika ist.

Die beiden größten Flüsse Afrikas südlich der Sahara, Kongo und Niger, sind an ihrer Mündung wegen der Stromschnellen und Wasserfälle nicht schiffbar, sondern nur ihr Mittellauf kann befahren werden. Damit ist ein Verkehr seegängiger Schiffe ins Landesinnere ebenso ausgeschlossen wie die Möglichkeit zum Umladen auf Boote oder Leichter. Die übrigen Flüsse sind wegen ihrer zahllosen Sandbänke nicht oder nur sehr schwer für den Schiffsfrachtverkehr brauchbar. In Westafrika verläuft, vor allem an der französischen Elfenbeinküste, ein Lagunensystem, das wenigstens einen Wasserweg entlang der Küste bietet. Doch handelt es sich dabei nur um einen Notbehelf.

In den Häfen stehen moderne neben ganz primitiven Einrichtungen. In Südwestafrika ist der Hafen von Walfischbai zu einem technisch ausgezeichneten Umschlagplatz ausgebaut worden. In Angola sind Lobito und Luanda, in Mosambik Beira, Lourenço Marques und als Ersatz für das alte Mosambik Nacalla modern eingerichtet. Das gleiche gilt für die Häfen der Südafrikanischen Union. In Ostafrika ist Mombassa umgebaut worden, die Modernisierung von Daressalam ist im Gange. Westafrika besitzt moderne Häfen in Dakar, Freetown, Monrovia, Lagos, Pointe Noire und Matadi.

Das Gegenteil läßt sich über die Hauptstadt der Goldküste, Accra, sagen, aber auch den wichtigen Kakaohafen Winneba. Hier wird die ein- und ausgehende Fracht wie vor vierhundert Jahren umgeschlagen. Die Verbindung zwischen den Frachtern und dem Strand stellen Brandungsboote und die Köpfe unzähliger Neger dar.

Der wirtschaftliche Aufschwung zeigt sich in einer Verstopfung aller Häfen. Man muß jedoch feststellen, daß es sich weniger um ein Fehlen an Hafenkapazität handelt als vielmehr um die Schwierigkeiten beim An- und Abtransport der Güter über ein veraltetes Eisenbahnnetz, das den Mengen des modernen Umschlages nicht mehr gewachsen ist.

Die Eisenbahnen

Die Streckenlänge des Eisenbahnnetzes südlich der Sahara ist ungefähr halb so groß wie die der Deutschen Bundesbahn, insgesamt nur 63 000 km. Südlich des Äquators, wo seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges die bergbauliche Erschließung, die Industrialisierung und der Städtebau vor allem eingesetzt haben, liegen nur 36 000 km, wobei in dieser Summe das verhältnismäßig dichte Bahnnetz der Südafrikanischen Union eingerechnet ist.

Die verschiedenen Territorien (Südwestafrika, die beiden portugiesischen Überseeprovinzen, die Länder der Zentralafrikanischen Föderation, der Belgische Kongo und das Treuhandgebiet Tanganjika) haben verschiedene Spurweiten. Die Linien dringen wie Radspeichen von den Hafenplätzen aus ins Landesinnere, wo sie jedoch nicht miteinander verbunden worden sind. An der Peripherie wird die Güterbeförderung der Schifffahrt und neuerdings der Luftfahrt überlassen.

Wenn jemand von dem südafrikanischen Hafen East London in die nur 450 km entfernte Provinzhauptstadt von Natal, Durban, gelangen will, braucht er dafür mit dem Flugzeug anderthalb Stunden, mit dem Schiff eine Nacht. Die Bahnreise dagegen nimmt zwei Tage und eine Nacht in Anspruch, weil er zunächst landeinwärts bis Bloemfontein fahren muß und von dort aus wieder zurück zur Küste nach Durban.

Die Kolonialmächte haben die afrikanischen Bahnen nach strategischen Gesichtspunkten angelegt. Damals, um die Wende zum zwanzigsten Jahrhundert, konnte man sich noch nicht vorstellen, daß eine Zusammenfassung der Strecken zu einem Gesamtnetz durch den Wirtschaftsaufschwung gefordert werden könnte. Im Zweiten Weltkrieg aber stand sozusagen über Nacht diese Aufgabe vor den Behörden. Das Mittelmeer schied wegen Kriegshandlungen als Handelsweg aus. Die Alliierten bauten überall in Afrika Häfen, Stützpunkte und Flugplätze. Die Nachfrage nach strategischen Rohstoffen (Chrom, Manganerz, Eisenerz, Kupfer, Kobalt, Uran, Asbest, Sisal, Kautschuk, Palmöl, Kakao usw.) wuchs sprunghaft.

Als der Krieg zu Ende ging, erwies sich das afrikanische Eisenbahnnetz als veraltet, die überhöhten Anforderungen hatten außerdem einen starken Verschleiß gebracht. Nahezu zehn Jahre lang waren keine Reparaturen oder Verbesserungen vorgenommen, keine neuen Strecken gebaut, keine Kapitalien investiert worden. Gleiskörper und rollendes Material waren alt.

Gerade in diesem Augenblick aber setzte eine neue Belastung ein, weil ein Teil der Rohstoffländer Asiens dem Westen nicht mehr zur Verfügung standen, so daß im Kalten Krieg Afrika zusätzlich Rohstoffe liefern mußte. Außerdem bestand ein starker Bedarf für Gebrauchsgüter, nachdem Afrika während des Krieges fast völlig von der Außenwelt abgeschnitten war. Der Wirtschafts- und Sozialausschuß der UNO hat festgestellt, daß die relative Zunahme des Eisenbahnverkehrs in Afrika höher ist als in allen anderen Erdteilen.

Abgesehen von wenigen Ausnahmen sind die Eisenbahnen Afrikas staatliche Monopolbetriebe. Die südafrikanische Regierung verbietet im Interesse der Staatsbahnen den Transport von Gütern durch die Lastwagen des privaten Verkehrsgewerbes über einen Radius von 60 km hinaus. Wer also sowohl in Kapstadt als auch in Johannesburg eine Fabrik besitzt, darf in seinen eigenen Lastkraftwagen seine

eigenen Güter von der einen zur anderen Stadt nur dann befördern, wenn er der Staatsbahn die volle Fracht bezahlt. In Kenia ist jede private Güterbeförderung vom Hafen Mombassa zur Hauptstadt Nairobi streng verboten, obwohl die eingleisige Staatsbahn das Verkehrsvolumen schon seit Jahren nicht mehr bewältigen kann. Die Strecke ist nicht einmal in der Lage, den militärischen Nachschub für die im Mau-Mau-Aufstand eingesetzten Truppen zu bewältigen.

In verschiedenen Häfen hat man Verladequoten (*Phasing Schemes*) eingeführt, bei denen häufig die landeseigenen Schiffahrtsgesellschaften ungerecht gegenüber den fremden Flaggen bevorzugt werden. Immerhin hat dieses Quotensystem zum Beispiel in Mombassa und in Beira die schlimmste Verstopfung beseitigt.

Gerade für die Eisenbahnen ist in den letzten Jahren besonders viel getan worden. In Südafrika und Nigerien waren deutsche Firmen durch die Lieferung von Lokomotiven und Waggons teilweise erheblich beteiligt, für die Strecke von Mossamedes nach Sa. Bandeira in Angola lieferten sie Gleismaterial. Teilweise schon im Bau befindlich, teilweise noch in der Planung sind eine Verbindungsstrecke von Bukama im Kongo in das Treuhandgebiet Tanganjika, nach deren Fertigstellung 1956 eine durchgehende Eisenbahnverbindung von Kapstadt bis Daressalam bestehen wird, die mit über 8000 km die längste durchgehende Strecke des Kontinents ist, oder die Entlastungsbahn von der zentralafrikanischen Stadt Bulawayo nach Lourenço Marques oder die Verbindung von Nordrhodesien durch den Caprivizipfel nach Windhuk, von wo aus Anschluß zur Walfischbai besteht.

Da der Straßenbau unter den tropischen Witterungsverhältnissen, insbesondere angesichts der Wolkenbrüche in der Regenzeit, sehr kostspielig ist, wird die Eisenbahn noch lange das Rückgrat des afrikanischen Verkehrswesens bilden müssen.

Der Luftverkehr

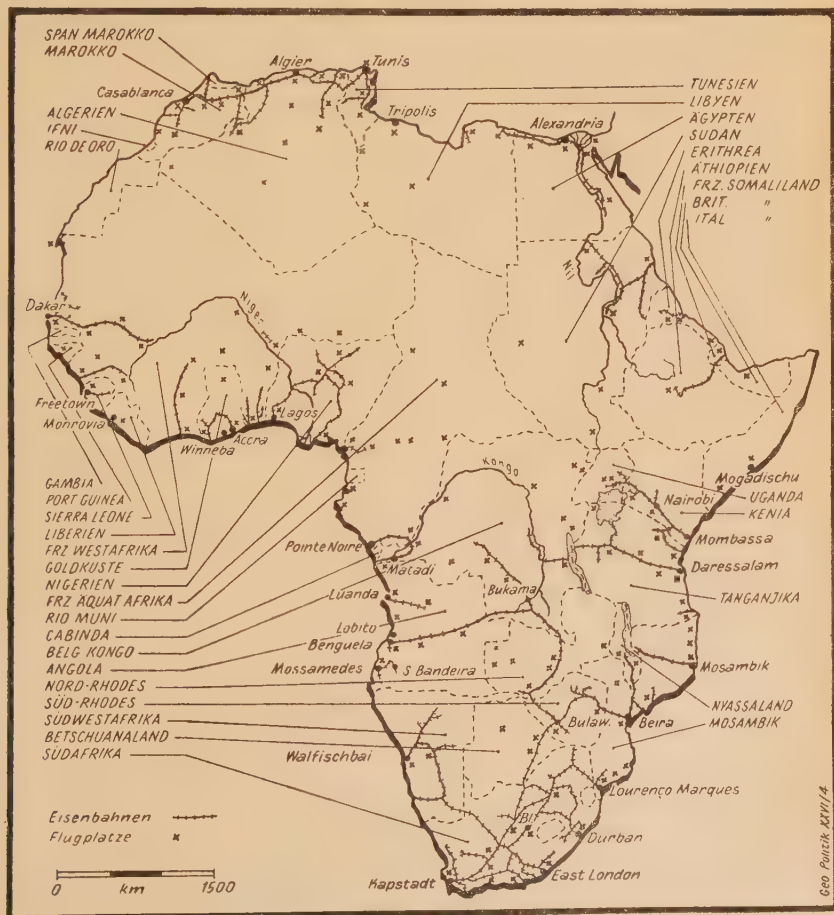
Afrikanische Eingeborene, deren technische und kulturelle Entwicklung Jahrtausende hinter Europa oder Amerika zurückgeblieben ist, kennen heute das Heulen der Flugzeugmotoren als alltägliches Geräusch. Sie vertrauen sich den großen Vögeln mit einer Selbstverständlichkeit an, die in Europa noch keineswegs üblich ist. Der Kontinent besitzt nahezu 400 Flughäfen und Landeplätze, dabei ist auch der bloße Kahlschlag im Busch oder eine Grasstrecke, auf der Rinder weiden, eingerechnet. 78 Luftverkehrsgesellschaften sind in Afrika tätig, davon 33 im fahrplanmäßigen Liniendienst und 45 ausschließlich in Charterdienst, im Tramp- und Bedarfsverkehr.

Der Erdteil besitzt nur zwei durchgehende Auto-Pisten, die mehr dem sportlichen Ehrgeiz als dem täglichen Verkehr dienen. Er besitzt kein durchlaufendes Eisenbahnnetz, doch verfügt er über eine Fülle ausgezeichnete Fluglinien, die allen Anforderungen gerecht werden. Auch die abgelegensten Gebiete des Inneren werden mindestens einmal wöchentlich, immer häufiger jedoch täglich durch einen Flugdienst mit den Industrie- und Hafenstädten sowie mit den Stützpunkten der transkontinentalen Luftlinien verbunden. In den meisten Ländern Afrikas wird sämtliche Inlandspost ohne Luftpostzuschlag nur mit dem Flugzeug befördert. Seit zwei Jahren steigen die Verkehrsleistungen der Gesellschaften im innerafrikanischen Dienst sowohl bei der Passagier- wie bei der Frachtbeförderung zunehmend an. Die *South African Airways* (SAA), die *Central African Airways* (CAA) und die *West*

African Airways Corporation (WAAC) werfen seit Jahresfrist zum Teil beträchtliche Überschüsse ab. In der technischen Modernisierung der Flugplätze sind Millionen investiert worden. Auch die größten Düsenmaschinen können starten und landen. In der Nähe der Flughäfen sind gute Übernachtungsmöglichkeiten für die Passagiere geschaffen worden.

Der Flugverkehr kann sich in Afrika über viele Schwierigkeiten hinwegsetzen, die ihm auf Kontinenten mit dichterem Bodenverkehr im Wege stehen. Neben den großen Gesellschaften betreiben auch kleinere Firmen das Geschäft der Luftbeförderung, und in wachsender Zahl halten sich Privatpersonen ein eigenes Flugzeug. Von Deutschland kann man in einem Tag bis in das Herz der Kongokolonie gelangen. In Westafrika sind Luftreisen ein volkstümlicher Sport. Die dortige Luftfahrtgesellschaft verkauft kleine Abzeichen, auf denen vermerkt wird, daß ihr Träger schon einmal geflogen hat.

In wirtschaftlicher Hinsicht ist der dunkle Kontinent nicht mehr dunkel. Die Überwindung seiner Verkehrsferne und Verkehrsfeindlichkeit wird darüber entscheiden, wie rasch er wirtschaftlich erschlossen werden kann.



SÜDLICH DER SAHARA

Als Schuljungen lasen wir begeistert „Die Tat“. Worte wie Umbruch, Schicksalswende, Raumerschließung ließen sich immer verwenden, wenn man keine eigenen Gedanken hatte: Die Sprache Ferdinand Frieds und Giselher Wirsings war wie ein dunkler Hain voller Ahnungen und Rauschen. Die Tatsachen verschwanden geheimnisvoll im Gebüsch der Begriffe „Autarkie“, „Ende des Kapitalismus“, „Zwischeneuropalösung“. Als man die Verlagsanzeige zu einem neuen Buch von Wirsing las „...Mit dem ganzen Wissen des Soziologen und Historikers, der sich zugleich anthropologischer und psychologischer Erkenntnisse bedient, räumt...“, schien die Zeit stillgestanden zu haben: man war Primaner wie vor 25 Jahren: Anscheinend trägt man die große „Schau“ noch immer. So blätterte ich Wirsings Afrikabuch etwas ungeduldig an.

Zu Unrecht. Das Buch zeigt den Verfasser – nunmehr – mit weißem Haar und einem sachlichen Blick – voller Aufgeschlossenheit für sein neues Gebiet. Es ist ein kurzes Buch, und es befaßt sich im wesentlichen nur mit zwei Ländern: dem Sudan und Kenia, die es gut kombiniert und einander gegenüberstellt. Die bekannten Ideen von Nagib, El Mahdi, Blundell, Kenyatta und vielleicht noch einem Dutzend anderer werden einwandfrei referiert, und die vernünftigen Folgerungen werden gezogen: „Dienen – den heraufkommenden Völkern helfen, nicht sie beherrschen. Dies ist kein eitler Idealismus.“

Wirsing schildert den mehr oder weniger freiwilligen Rückzug Europas aus Afrika und setzt sich für weitere Konzessionen ein. England soll die Kanalzone räumen – ein Standpunkt, dem sich die britische Regierung mittlerweile angeschlossen hat. Gleichzeitig verwirft Wirsing die vereinfachenden Kategorien, die den Stammesdünkel dem europäischen Nationalismus gleichsetzen und die Unterschiede zwischen den russischen Kommunismus und dem asiatischen Kommunismus oder gar dem afrikanischen „Kommunismus“ nicht sehen. Er verweist auf die merkwürdigen Verquickungen von europäischen Ideologien und von wissenschaftlichen Einsichten mit dem Hokuspokus der eingeborenen Zauberer, der Mondo-Mogos.

Der Buchtitel wird der gebotenen Analyse nicht gerecht: es handelt sich in Afrika um mehr als eine Rückkehr der Zauberer, – sie tanzen neue Tänze, vollbringen neue Zaubereien und müssen sich christlicher und wissenschaftlicher Formeln bedienen.

Wirsing, wenn unsere Erinnerung nicht täuscht, war nie einer, der sich mit Irrationalismus etwas zugute tat. Angesichts des heißen Ungeistes, der jetzt von Afrika heraufweht, des Fanatismus der *Ichwan-al-Muslimin*, der Extremisten in Nigerien – nicht zu reden von Mau Mau, verblaßt der europäische Dunkelmann, und Wirsing ist es recht unheimlich. Afrika zeigt erst wirklich, was alles in der Pandorabüchse des Irrationalismus verborgen lag.

Wirsing lehnt jedoch Übertreibungen ab und zeigt, daß es auch andere Strömungen gibt. Er mahnt, mehr an Toynbee als an Spengler geschult, daß „die Minorität verloren ist, sobald sie die innere Überlegenheit verliert“, und meint nicht nur die europäische Minorität auf dem Kontinent, sondern auch die klardenkenden Afrikaner.

Wirsings Buch ist ein Auftakt. Es wäre nun an der Zeit, daß ein ernster Verlag oder eine Stiftung es einem disziplinierten Beobachter erlaubte, zwei Jahre und nicht zwei Monate lang Afrika zu durchreisen. Die Form, die die von Europa entdeckte Technik gefunden hat, wird in Afrika umgebogen, wobei sich neue soziale Möglichkeiten offenbaren. Der nationale und demokratische Drang, der sich jetzt so ungestüm entwickelt, wird seine eigenen Symbole finden. Wir können lernen – nicht um unsere Exporte oder Experten zu sichern, sondern um uns über uns selber zu unterrichten.

Die europäische Entwicklung war ein Spezialfall und kann nur richtig verstanden werden, wenn andere Entwicklungstendenzen zutage treten. Europa ist eine kleine Insel, es ist zusammengeschmolzen und kann nicht mehr über sich selber entscheiden und gewiß nicht über andere Kontinente. Wahrscheinlich tut dies den europäischen Völkern gut, sie werden sich vielleicht besser vertragen als zur Zeit ihrer vermeintlichen Größe.

Aber Europa kann noch immer eine Quelle für alle einsichtigen Geister sein,

wenn dort ehrlich und objektiv die fremden wirtschaftlichen, politischen, religiösen und künstlerischen Errungenschaften diskutiert werden. Europa ist ein Hellas im hellenistischen, von wütenden Diadochen umkämpften Raum.

Es ließe sich viel mehr zu diesem Thema sagen, aber wir dürfen uns nicht zu weit von Wirsings Versuch entfernen. Er bleibt bescheiden bei seinem Referat. Auf Grund seiner kurzen Reise versagt er es sich, die Ereignisse deuten zu wollen. Selbst die Beschreibung der schöpferischen Kräfte Afrikas ist ganz knapp gefaßt. Wirsing schließt, indem er die Tore der alten Siedlungen aufschließt. Aus ihnen sieht er Leute mit viel Gepäck strömen, neuen Horizonten zu: „Der Himmel färbt sich in flammendes Rot und Gold, und die Ibisze flattern unruhig vor der hereinbrechenden afrikanischen Nacht. Schon stehn auch die ersten Sterne am blassen Firmament. Seit Jahrtausenden sind sie der Richtpunkt der Karawanen gewesen, die des Abends aufbrechen, um die Wüste zu durchqueren.“

Das Afrikabuch Werner C. Krugs ist scheinbar viel „dichter“; denn es bespricht Dutzende von Persönlichkeiten, es gibt Zahlen und die Namen von Stadtvierteln.

Wie schade, daß so viele Tatsachen falsch sind! Man fragt sich, wann Journalisten ein Gewissen bekommen werden und sich ihre Manuskripte von Fachleuten redigieren lassen. Bescheidenheit allein genügt nicht, man muß ihr auch Folge leisten.

Krug hat Sinn für Farbe und Baulichkeiten, aber wie ist es möglich, daß ihm auf seiner Reise nirgendwo etwas Drolliges über den Weg läuft? Jede Wand scheint ihm ein Menetekel vorzuhalten, keine zeigt Kreide- oder Taschenmesserspuren eines phantasievollen Lausbuben. Krug fährt im Bett hoch und glaubt, die Mau-Mau-Leute kommen, wenn der boy mit dem Tee anklopft.

Seine Sprache übersteigert sich. Pumwani ist ein trübes Viertel, aber ist es „wirklich das schlimmste Slum“, das er je gesehen hat? Bürgermeister Schauder ist ein redlicher Mann, ist er aber auch „ein Zauberer“, der nur die Lampe zu reiben braucht, um neue Arbeitersiedlungen aufstellen zu können?

Wir möchten trotzdem das Buch nicht missen. Es nimmt oft Partei und bemüht sich um einen Standpunkt.

Es läßt alte Erinnerungen, aus einer viel älteren als unserer Schulbubenzeit, anklängen: Das Vorwort und den Ton gibt Lettow-Vorbeck. Nicht nur er, sondern auch seine Art, die Dinge zu sehen, lebt noch. Er verwirft natürlich Englands Westafrikapolitik (nach der Freigabe Indiens unserer Meinung nach die interessanteste außenpolitische Leistung). Lettow ist dabei ganz im Einklang mit zahlreichen Siedlern und vielen anderen Briten in Ost- und Zentralafrika. Er und Smuts waren im Ersten Weltkrieg Feinde. Was aber die Eingeborenfrage betrifft, so sind sie siamesische Zwillinge.

Die Belgier und die Portugiesen sagen Krug am meisten zu, zwischen London und Pretoria stellen sie das *juste milieu* dar. Auch darin werden ihm viele recht geben. Nur wenn er Eingeborene findet, die sich unbedingt das Kolonialregime von vor 1914 zurückwünschen, fragt man sich, ob er nicht Dinge sieht, die er sehen möchte. Aber wenn der Reisende emsig ist, kann er alles finden, was er sucht, erst recht heute in Afrika.

Darum ist es so wichtig, was einer mitbringt an Kenntnissen, Schulung, Persönlichkeit und Sensibilität für das Neue und das Alte, Lokales und Weltgeschichtliches.

Leo Silberman

Giselher Wirsing: Die Rückkehr des Mondo-Mogo. Eugen Diederichs Verlag, Düsseldorf 1954, 286 S., 12.80 DM.

Werner G. Krug: Südlich der Sahara. Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 1954, 333 S., 13.80 DM.

Ein Landschaftsbegriff: Allgäu

Crämers neues Allgäubuch ist eine sehr gründliche, auf außerordentlich reichhaltigem kultur-, rechts-, welt- und kirchenhistorischem Material aufgebaute Arbeit über den Wandel des Landschaftsbegriffes „Allgäu“ seit seiner ersten Besiedlung in der ersten Hälfte des 8. Jahrhunderts. Vom Leser wird viel geographisches Wissen und Gedächtnis vorausgesetzt: Abgesehen von zahllosen Namen, von Flüssen, Bergen und Herrschaften wird mit über 700, z. T. nur auf Spezialkarten auffindbaren Ortsnamen operiert.

Crämer betont, das Wort Allgäu habe — abgesehen von einem stets vorhandenen sicheren Kernbestand — zu allen Zeiten einen verschiedenen Inhalt gehabt! Mit Recht

werden die Versuche des Historismus, die Landschaft Allgäu analog einem politischen Raum nach Orten und Grenzen genau abzustechen, als unmöglich abgelehnt. Auch das Volksbewußtsein gibt, wie Crämer ausführt, keine genügenden Anhaltspunkte für die räumliche Begriffsbestimmung. Sehr viel wichtiger ist die historische Erforschung des Begriffswandels auf Grund der Besiedlungsgeschichte, der altamtlichen kirchlichen und territorialen Rechtsverhältnisse, der Volkswirtschaft und des Alpinismus.

Der historische Kernbestand ist das „Urallgäu“ und das Allgäu des frühen Mittelalters, besonders die . . . hofenorte der ersten alamannischen Siedler, die vom Westen kommend, vom Bodensee und St. Gallen her, durchs Leibach- und Rothach-Gebiet, also den heutigen bayrischen Korridor (Kreis Lindau) in das obere Argon—Leibach—Rothacher Quellgebiet kamen und weiterhin über die Iller-Wasserscheide ins obere, urwaldbewachsene Illergebiet südlich seines Wasserscheidenengpasses zwischen Hauchen- und Rottachberg. Diese beiden Urgebiete des Oberallgäu sind, abgesehen von dem Stückchen zwischen Martins-Klausen und Immenstadt, noch heute wie vor 1200 Jahren „altschwäbisch“, d. h. einlautig oder „alamannisch“, gehören also zur gesamtschwäbischen Stammeslandschaft. Nach der fränkischen Eroberung erhoben sich über den alamannischen Gauen zahlreiche fränkische Grafschaften unabhängig von der Ausdehnung der Gaue. In den ersten 500 Jahren (bis 1268) gehörte das Allgäu natürlich ganz zum Herzogtum „Alamannen“, ab 912 „Schwaben“, doch nie als rein politischer Bezirk. Dann kam die Reichzersplitterung. Selbstverständlich waren die dauernd wechselnden politischen Herrschaftsbereiche des Allgäu, auch die der zahllosen Kleingebiete des späteren Schwäbischen Kreises, und Österreichs und Württembergs mit ihren alt- und neu-schwäbischen Dialekten immer nur Überlagerungen des Volkstums und Brauchtums, der Wirtschaftsform und Überlieferung.

In 16 „allgäuischen“ Territorien des Mittelalters bestanden gemeinsame Rechtsbräuche. „Über die Territorien hinweg konnte sich der Rechtsbrauch im lückenlos geschlossenen landschaftlichen Bezirk einen gemeinsamen Landschaftsnamen beilegen.“

Die Ausdehnung des Urallgäu blieb lange Zeit ziemlich konstant. Die Siedlungen

wurden allmählich dichter, das Gebiet verbreiterte sich. Etwa um 1300 stieß der Begriff Allgäu in gewisser Korrespondenz mit dem Archidiaconat „Allgäu“ in dessen Dekanate Wangen, Isny, Ravensburg, Lindgau und Lindau vor. Das ursprüngliche Gäu wurde nun größere Landschaft.

Im Beginn der Neuzeit kam es zu einem expansiven Begriffswandel, zunächst durch den Bauernkrieg durch den Namen des „Allgäuer Haufens“, nach dem die Bauern „haufen“ des Großteils von Oberschwaben ihren Sammelnamen erhielten. Es folgten die Jahrhunderte des „Schwäbischen Kreises“ 1512—1806: das Allgäu des „Augsburger Viertels“ lag westlich, das des „Konstanzer Viertels“ östlich der Iller, entsprechend den seit dem Frühmittelalter bestehenden Bistumsgrenzen. Bald nach dem Bauernkrieg gab 1550 der humanistische Verfasser der „Kosmographie“, Seb. Münster, in einem frühwissenschaftlichen Versuch dem Allgäu die in die Zukunft weisende weite Begriffsbestimmung *Oberschwaben*, womit er die große Dreieckslandschaft, die im Nordwesten durch die Donau, im Osten durch das Lechflußgebiet, im Süden durch die Alpen und Bodensee begrenzt ist.

Vom 16. Jahrhundert ab, besonders aber im 18. und 19., hatte vor allem die wachsende Bedeutung der langsam sich ausbreitenden Edelvehzucht, Milch- und Käsewirtschaft in der alpinen und präalpinen ober-schwäbischen Landschaft wesentlichen Einfluß auf sachliche und räumliche Begriffserweiterung des Wortes „Allgäu“. Als Ausstrahlung der Landschaft gipfelte diese Entwicklung im 20. Jahrhundert in dem großen Milchwirtschaftsverband Allgäu und in der Allgäuer Butter- und Käsebörse „gegründet 1921 in Kempten.“ Die Organisation umfaßte das ganze bayrische und württembergische Donauland samt Hohenzollern und das anschließende altschwäbische Bodenseegebiet Badens und Württembergs, also ganz Oberschwaben. Sie endete 1945, wird aber wieder aufgebaut.

Heute wirbt selbst auf dem Bodensee mit seinen badischen, württembergischen, bayrischen, österreichischen und schweizerischen Ufern der Dampfer „Allgäu“ für diesen Namen.

Die Ursachen des Begriffswandels sind deutlich: Schon 1815 wies der bayrische

Staatsrat Stichaner auf die assoziationspsychologische Bedeutung der Milchwirtschaft für die Ausdehnung des Begriffes hin.

Die hauptsächlich seit 1830 herangewachsene Allgäuer Milchwirtschaft ist nur auf dem Boden der Einzelhof- oder Einödwirtschaft groß geworden! Auf ihr ist der Allgäubauer Alleinherrscher. Die „Vereinödungsbewegung“ breitete sich aus schwachen Anfängen im 16. Jahrhundert ganz allmählich etwa im Bereich des alten Archidiakonats Allgäu von Osten nach Westen aus — wie ein Naturvorgang über alle politischen Grenzen hinweg! Ihre Blütezeit war das letzte Drittel des 18. Jahrhunderts, also die noch vor bayrische letzte schwäbisch-individualistische Zeit des politisch zersplitterten Oberschwaben, das 1803, 1805 und 1806 bis zur Iller und Lindau zu Bayern kam. Diese Einödwirtschaft war nach Crämer „die Allgäuer Erfindung und Großtat!“

Wenn heute Bayern auf sein Allgäu stolz ist, so wird dabei seit Montgelas' Zeiten natürlich nicht oder kaum erwähnt, daß es sich um das von Napoleon empfangene Stück der Stammeslandschaft Schwaben handelt. Crämer selbst bemerkt (mit gewissem Bedauern?), daß während der napoleonischen Herrschaft 1806 die Baierngrenze bis zur klassischen Sebastian Münsterschen Westgrenze des Allgäu, d. h. bis zur Schussen, Kr. Ravensburg, und zum Donauflußchen Rieß, Krs. Biberach, vordrang. „Wäre das geblieben, so wäre heute . . . das ganze Allgäu bayrisch!“ Die Umkehrung lautet: Wäre das Augsburger Viertel des „Schwä-

bischen Kreises“ (samt Habsburger Enklaven) zum württembergischen Schwaben gekommen, dann wäre heute das ganze Allgäu unter einem schwäbischen Hut. Die Stammesregion Baiern (mit i) wird ja mit dem durch Napoleon großgewordenen Staat Bayern (mit y) dauernd verwechselt. Das weit über tausend Jahre alte Stammesherkunftum Baiern hatte mit Oberschwaben und Allgäu nichts zu tun. Der Allgäuer ist Schwabe. Die Landschaft Allgäu ist also trotz Bayern und Vorder-Österreich einfach der alpine und voralpine, in Oberschwaben unbestimmt begrenzte Südosten der gesamtschwäbischen Stammeslandschaft mit Ausnahme der Schweiz.

Auch das Allgäu des Alpinismus, das seit Mitte des 19. Jahrhunderts seine Bedeutung erhielt, gehört zur gesamtschwäbischen Stammeslandschaft. Es erstreckt sich bis zum Rätikon, Arlberg, den Lechtaler Alpen, im Osten bis zu der Linie Ehrenberger Klause—Fernpaß, im Westen über den Westabfluß der Illertaler Alpen bis zum Alpenrhein, im Norden bis zum Alpenrand Linie Isny—Kempten der Illertaler Alpen. Auch das ganze Allgäuer Hochalpengebiet bis zum Arlberg und Alpenrhein und den Lechtaler Alpen hat nur altschwäbisches Volkstum, gehört also zur alamanno-svebischen Stammeslandschaft.

Adolf Scharpf

Ulrich Crämer: „Das Allgäu, Werden und Wesen eines Landschaftsbegriffs“, (Band 84 der Forschungen zur deutschen Landeskunde), Verlag der Bundesanstalt für Landeskunde, Remagen 1954, 154 S.

MICHAEL KEDIA

Am 16. August 1954 starb nach schwerem Leiden der georgische Exilpolitiker Michael Kedia. Sein Tod traf die georgische Emigration nach dem Verlust von Noe Jordania (s. Geopolitik 1953, Heft 11) und Eugen Gegetschkori besonders schwer.

Kedia gehörte der jüngeren georgischen Emigration an. Er stammte aus Mingrelien (geboren in Sugdidi) und besaß die für diesen georgischen Stamm typische geistige Lebendigkeit und Schlagfertigkeit. Neunzehnjährig mußte er seine Heimat verlassen, studierte in Deutschland Jura und war vor dem Kriege in Paris gewerblich tätig. Aus Familientradition tendierte

er politisch zur georgischen Nationaldemokratie, doch hat er sich im Exil nie einer politischen Gruppe verschrieben. Ihm ging es schlechthin um die Interessen seiner engeren Heimat und um den ganzen Kaukasus. Im weiteren Sinn aber galt sein politischer Kampf der Verteidigung der europäischen Kulturgemeinschaft, die auf den Traditionen der Antike und des Christentums fußt. Daher pflegte er stets den Kontakt zur sozialdemokratischen georgischen Exilregierung in Paris, in deren Bestehen er ein nationales Symbol sah, und sicherte sich auch deren grundsätzliche Zustimmung für seine eigene po-

litische Tätigkeit während und nach dem letzten Krieg. Kedia's politische Tätigkeit fällt in die Zeit des deutsch-sowjetischen Krieges. Er sah in diesem Krieg eine – allerdings schnell hinschwindende – Chance für sein Land und Volk, die 1921 verlorene Selbständigkeit wieder herzustellen. Dabei vertrat er den Gedanken der kaukasischen Föderation (den Zusammenschluß Aserbeidshans, Armeniens, Nordkaukasiens und Georgiens), da nur von allen gemeinsam ein Staat geschaffen werden könne, der genügendes Eigengewicht im größeren politischen Spiel und damit auch die Voraussetzung für die Erhaltung seiner Sicherheit haben würde.

Kedia besaß bei viel persönlichem Charme ein außerordentliches politisches Fingerspitzengefühl. Er war ein Meister des treffenden Bonmots und ein glänzender Debatter. Rhetorisches Auftreten lag ihm nicht, zum Teil allerdings aus der Zurückhaltung, die er sich beständig mit Rücksicht auf seine kaukasischen Kollegen auferlegen mußte, und aus Verachtung für große Worte, denen keine Wirklichkeit entsprach. Kedia pflegte seine Freunde und Gegner durch eine sehr offene Sprache zu treffen und zu verblüffen. Das hat ihm viel Feindschaft eingetragen und nach 1945 dazu geführt, daß alle Kontakte zwischen georgischen und deutschen Dienststellen während des Krieges auf ihn zurückgeführt und ihm zur Last gelegt wurden. So wurde er auch nach dem Kriege in Frankreich wegen Kollaboration mit den Deutschen zum Tode verurteilt, obgleich er von sich, wie auch von seinen Landsleuten, stets größte Loyalität gegenüber dem jeweiligen Gastland verlangte und Spitzeldienste im Stil eines Audicharia verachtete.

Seit dem Herbst 1941 war Kedia ständig in Berlin: Als Mitglied des georgischen Verbindungsstabes und Vertreter der Georgier im Kaukasischen Rat. Zugleich

war er die treibende Kraft bei der Organisation der Vertretungen der nicht-russischen Völker aus der Sowjetunion. Auf sein ständiges Drängen ist es zurückzuführen, daß den verschiedenen nationalen Komitees – wenn auch zu spät – doch schließlich zur Rechtfertigung ihrer gemeinsamen Front gegen den Bolschewismus die Anerkennung ihrer nationalen Bestrebungen durch die Reichsregierung ausgesprochen wurde.

Kedia ging am 17. 4. 1945 in die Schweiz, um sich beim Internationalen Roten Kreuz wie bei alliierten Stellen dafür einzusetzen, daß die Zwangsrepatriierung sowjetischer Staatsbürger nach der Sowjetunion verhindert würde. Er wollte damit die vielen Ostfreiwilligen retten. Im Zuge dieser Bemühungen übergab er am 28. April 1945 den alliierten Dienststellen in der Schweiz ein Aide-Mémoire, aus dem nur einige Sätze, die nicht der Aktualität entbehren, zitiert sein mögen:

Devant ce grave danger (Vordringen der Sowjets als Befreier in Europa und Asien) qui menace le monde il faut que les démocraties, sans perdre un jour, opposent une politique active et suivie.

Le premier problème à résoudre, de ce côté, pour les démocraties, c'est le problème allemand.

Toute la politique de Staline tend actuellement à se gagner l'Allemagne. Il sait bien quel atout précieux est pour lui la carte allemande devant les Alliés.

C'est pour cette raison que les Alliés sont obligés de disputer le terrain à Staline, en Allemagne même.

Diese Worte sind 1945, d. h., in einer Zeit von einem Emigranten geschrieben worden, als es inopportun war, deutscher Kollaborateur gewesen zu sein und geradezu gefährlich, Deutschland in ein politisches Kalkül mit einzubeziehen.

Gerhard von Mende

Die in den einzelnen Beiträgen zum Ausdruck kommenden Ansichten decken sich keineswegs immer mit der Meinung der Schriftleitung, zum Teil sind sie ihr entgegengesetzt. Die Schriftleitung fühlt sich verpflichtet, allen Stimmen Gehör zu verschaffen, deren Vorhandensein bei einem Bemühen um Realismus zur Kenntnis genommen werden muß oder die ein wichtiges Gespräch in Gang bringen können. Darüberhinaus enthält der Abschnitt „Freie Aussprache“ genau das, was seine Überschrift sagt.

Verlag: C. W. Leske, Darmstadt / Druck: L. C. Wittich, Darmstadt / Verantwortlich für den Inhalt: Professor Dr. K. H. Pfeffer, Hamburg 36, Gänsemarkt 35 I und Gottfried Griesmayr, Horb a. N., Ihlingerstr. 24 / Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 1.

Politische Grenzen

Das Zeitalter des Nationalismus liegt hinter uns. Wenn heute noch ein nationaler Anspruch erhoben wird, so pflegt er nur in höflicher Verkleidung zu erscheinen: Man erhebt ihn um des größeren Ganzen willen, nur, weil man die größere, schönere, über-nationale Einheit mit dem vielfältigen Reichtum der nationalen Eigenarten ausstatten, weil man sie nicht arm und gleichförmig lassen will.

Der Traum vom Paradies

Da das Zeitalter der Nationalstaaten vorüber ist, leben wir also in herrlichen Zeiten. Man kann von einem Ende Europas zum anderen ohne Paß und Visum reisen. Man kann sich in jedem Lande, in dem es besonders erfreulich und behaglich ist, nieder-lassen. Man kann auch über die Meere in die Weite neuer Räume auswandern, wo noch weniger als in Europa nach der nationalen Begrenzung gefragt wird. Im Wett-bewerb des Welthandels ist das nationale Ressentiment ausgeschaltet, und der Zu-schlag geht zur besten Leistung und der günstigsten Kalkulation. Die Staaten helfen sich untereinander und gleichen den Mangel des einen mit dem Überschuß des ande-ren aus. Es findet ein freier geistiger Austausch statt. Die aus Minderwertigkeitskom-plexen geborenen Prestigesorgen sind verschwunden. Es gibt keine Grenzen mehr. Der Deutsche lebt friedlich neben dem Franzosen, der Pole neben dem Ukrainer, der Madjar neben dem Rumänen, der Italiener neben dem Slowenen, der Griechen neben dem Bulgaren, der Löwe neben dem Lamm. Verwaltungsgrenzen werden nach der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit gezogen, sie trennen nicht, sie teilen nur ein. Seit die Flugzeuge nicht nur die politischen Grenzen, sondern die wirklich trennenden, siedlungsfeindlichen Erdräume: die Arktis, die Ozeane, die Sahara, überfliegen, ist die Eifersucht der Nationalstaaten um ihre Grenzen sinnlos geworden. Wer gerne träumt, mag sich dieses Wunschbild weiter ausmalen.

Waren die Nationalisten nicht doch bessere Menschen?

Wer aber die Wirklichkeit sehen will, der gehe auf ein Konsulat, wo Hunderte von Menschen lammsgeduldig oder mit mühsam verhaltenem Grimm die Gleichgültigkeit oder Ungezogenheit, manchmal sogar das höfliche Bedauern zahlreicher Beamten über sich ergehen lassen, weil sie eine Reise von ein paar Stunden „in ein anderes Land“ tun wollen. Dort werden eifrig Fragebogen ausgefüllt. Es wird die persönliche Vergangenheit preisgegeben. Beteuerungen werden unterschrieben. Die Möglichkeit des Grenzübertritts hängt vom Ermessen eines Unbekannten in einer fernen Behörde ab, und anders als in den früheren, barbarischen Zeiten des Nationalismus werden bei einem abschlägigen Bescheid dem Antragsteller keine Gründe mitgeteilt. Es ist sehr schwierig, die richtige Gesinnung zu haben, denn bald gilt dies, bald jenes als richtig. Wer einmal in diesem Lande war, kann nicht damit rechnen, jenes je betreten zu dürfen, so daß man zweckmäßigerweise den Paß mit dem alten Visum verliert, ehe man ein Visum für ein anderes Land beantragt. In manche Länder kann man aber auch nicht reisen, wenn man früher in ihnen selbst war. Nach dem Ende des Natio-nalismus ist die Grenzpolizei verstärkt worden.

„Grenzlehre“

In der vergangenen Zeit des Nationalismus suchte man die „richtige“, das heißt die „historische“, die „gerechte“, die „vernünftige“ Grenze. Man untersuchte mühselig, wer zuerst dagewesen sei. Man wies nach, daß die Menschen, die lieber zum Nachbarstaat gehören wollten, nur betört waren und ihr eigenes Wesen oder ihr eigenes Interesse nicht kannten. Man mühte sich und warb um sie. Man lehrte sie Sprachen, damit ihnen der Grenzwechsel leichter werden sollte. Man erweckte das Volkstum und appellierte an Instinkte, die man zunächst den Angesprochenen erst einmal einreden mußte. Man wies nach, daß Flußläufe gute Grenzen seien. Man wies aber auch nach, daß Flußläufe niemals echte Grenzen sein könnten, sondern daß die Einzugsgebiete beider Ufer zusammengehörten. Man zeigte, daß Gebirgskämme Naturgrenzen seien. Dann aber fand man Paßstaaten und neigte der Ansicht zu, Talausgänge, Klausen und Engen seien bessere Grenzen als die Höhen. Jeder leitete von seinem besonderen Wunsch her eine angeblich allgemeingültige Grenzlehre ab. Er steckte Fähnchen, änderte Ortsnamen, zog Linien auf der Karte oder im Gelände, erklärte Landschaften als bedroht oder unerlöst, berauschte oder erzürnte sich. Von der Grenze aus wuchsen Staaten zu harten, militanten Gebilden heran.

Daß all diese pseudowissenschaftlichen und pseudosittlichen Theorien nur im Dienste von Zwecken stehen, hat sie bis heute nicht zum Sterben gebracht. Noch im bitteren Exil streiten Ungarn und Rumänen um Siebenbürgen. Heimatlose Polen fassen Beschlüsse über die Unantastbarkeit der Grenzen der Volksrepublik, in der man ihre Sprache spricht. Die vernünftigen, nüchternen, fortschrittlichen, demokratischen und maßvollen Dänen lassen sich von einem Seminarlehrer eine „Grenzlehre“ schreiben, in der aus „Blut und Boden“ bewiesen wird, daß „eigentlich“ ihre Staatsgrenze viel weiter im Süden liegen müsse. Der dänische Staat gibt Millionen dafür aus, daß vielleicht in der nächsten oder übernächsten Generation einmal Landschaften weit im Süden seiner heutigen Grenze „heim“ zu ihm wollen. Die Vorgeschichte wird um den Nachweis bemüht, daß die Eider eine „Naturgrenze“ sei. Das sozialistische Jugoslawien, das den Nationalismus als bürgerliches Ressentiment ablehnte, erhob Ansprüche auf Kärnten, obwohl es sich von der Republik Österreich kaum bedrängt fühlen kann. Wer glaubt, die Zeit der „Schiedssprüche“ sei vorbei, irrt sich. Es streiten Ekuador und Peru um Gebiete am oberen Amazonas, und Afghanistan erhebt Ansprüche auf Landschaften, die heute zu Westpakistan gehören. An der Guineaküste wollen die Eweleute noch heute die 1919 gezogene Trennungsgrenze durch Togo nicht anerkennen, und die Somalis sind mit der Rückkehr der von ihren Stammesbrüdern bewohnten Landschaften zum Kaiserreich Äthiopien nicht zufrieden. Die Niederländer argumentieren mit alten Pergamenten, um die Annexion kleiner Gebietsstreifen, die wirtschaftliche Werte bergen, zu begründen, während Luxemburg Territorialforderungen an die Bundesrepublik Deutschland stellt. Die Polnische Volksrepublik möchte gern das nördliche Ostpreußen aus der Verwaltung ihres mächtigen sowjetischen Verbündeten gelöst und ihrer eigenen Verwaltung unterstellt sehen. Laos und Kambodscha sind sich bewußt, daß Thailand ihnen in der Zeit der japanischen Herrschaft über Indochina Grenzbezirke wegnahm. Japan wird territorial beschnitten.

Das gesamte Arsenal des bürgerlichen Nationalismus, seine Romantik, seine Naturrechtsthesen, seine historische Quelleninterpretation, seine plebiszitären Neigungen, sein Kulturoptimismus werden bemüht, um die Forderung nach Grenzverschiebungen in allen Erdteilen zu belegen. Kommunisten, Liberale, Demokraten, Gefolgsleute persönlicher Diktatoren wollen Grenzen ändern, weil „uns das Land geraubt wurde“, „die Menschen zu uns gehören“, „die natürliche Scheidelinie an einer anderen Stelle liegt“, „es sich um alten Wirkungsboden unserer Kultur handelt“, weil „eine sichere Linie zur Verteidigung geschaffen werden muß“, weil „Ansprüche auf Entschädigung durch Wirtschaftswerte im Rahmen irgendeiner Wiedergutmachung“ erhoben werden. Es sollte ein trauriger Trost sein, daß die moderne Staatenwelt die angeblichen Sünden von gestern unbeirrt fortsetzt. Auch Grenzgarantien sind von gestern und sind außerdem so vergänglich wie alles.

Austreibungen

Im Zeitalter des Nationalismus schob man die staatliche Hoheitsgrenze vor, die Menschen aber umwarb oder unterdrückte man in ihrer Gesinnung. Heute entvölkert man ein neugewonnenes Land. Man holt Menschen der eigenen Staatssprache herbei und setzt sie gegen ihren Willen in das einbehaltene Eigentum der Vertriebenen. Man schafft künstlich neue Verwurzelungen und Hoffnungen, um alte Ansprüche auf Recht leichter ablehnen zu können. Man läßt aber gelegentlich auch die frühere Bevölkerung im annektierten Gebiet, wenn man ihre Arbeitskräfte braucht. Dann stellt man die Erwachsenen unter Polizeiterror, die Kinder unter den Druck der Umgebung und einer unablässigen Seelenfängerei. Man nimmt mindestens soviel, wie man verdauen zu können meint, meist mit dem Gedanken an ein mögliches Faustpfand in schlechten Zeiten. Die Staatsführungen mögen nicht mehr „national“ sein und den Nationalismus ablehnen. Ihre Grenzpolitik schafft noch mehr Unglück als die der früheren Nationalstaaten.

Die Teilung Polens ist einst als Verstoß gegen die natürliche und sittliche Weltordnung oder als mühselig zu entschuldigende und unheimlich nachwirkende Maßnahme der Staatsräson empfunden worden. Heute erleben wir so viel Teilungen, daß sie unserem politischen Weltbild kaum eingefügt werden. Deutschland ist durch mehrere „Linien“ und „Grenzen“ geteilt, die Teile drängen im Auftrag ihrer Schutzmächte auf „Grenzkorrekturen“ und verstärken die Grenzwatchen. Man findet gar nichts dabei, wenn man im Herzen Deutschlands von „Grenzland“ spricht, die „Grenzlandhandelskammern“ zusammenruft und den „Grenzschutz“ einsetzt. Man wehrt sich gegen Annexionen, die durch Verschieben der Saar-„Grenze“ erfolgen. Im Osmanischen Reich standen die Länder des „Fruchtbaren Halbmonds“, der sich um die zentralarabischen Wüsten legt, unter einer einzigen politischen Hoheit. Bei der „Befreiung“ wurden sie geteilt. Heute finden weitere Teilungen innerhalb der einzelnen Landschaften statt, so daß aus Syrien die vier Staaten Jordanien, Israel, Libanon und Syrien, — jeder mit Grenzen und Grenzschutz —, herausgeschnitten wurden. Der Indische Subkontinent war jahrhundertlang durch eine Herrschaft geeinigt; im Jahr der Befreiung brach er auseinander in streng begrenzte Staaten. In Syrien, Indien, Deutschland wandern Vertriebene und Flüchtlinge als Opfer der neuen Grenzziehung umher. „Grenze“ war früher eine Sache der Politik im engeren Sinne, war eine Sache

der Zeitung, der Agitation, der vaterländischen Begeisterung. „Grenze“ ist heute Schicksal für die vertriebenen Deutschen und Polen, Araber und Inder, Karelrier und Italiener, aber auch für alle, die nicht vertrieben wurden, sondern bleiben mußten, hinter irgendeinem „Vorhang“.

Der Vorhang fällt

Aus Grenzen sind „Vorhänge“ geworden, Vorhänge aus Eisen, Bambus oder Seide, Scheidelinien zwischen Gesinnungen, Erdteilen, Lebensweisen. Kein Mensch ist als Mensch gefragt worden, auf welcher Seite eines Vorhangs er leben möchte. Falls er aber doch gefragt worden ist, dann hat er sich beeilt, vor dem Niederfallen des ersten Schlages die dringend anempfohlene, den Machthabern genehme Wahl zu treffen. Dann verliert man ihn bald aus dem Auge. Für diesen oder jenen großen Firmendirektor wird vielleicht noch einmal ein hohes Lösegeld gezahlt, wenn er auf die falsche Seite des Vorhangs gezerrt wird. Ein Zeitungsmann erregt das Mitleid seiner Kollegen, die wenigstens noch ein paar Jahre über ihn schreiben. Ausgelieferte Divisionen und Armeen aber verschwinden, und den Machthabern erscheint es kaum zumutbar, den Gefangenen zuliebe den Frieden zu gefährden. Ganze Länder und Völker aber verschwinden, und es bleibt dem Vernünftigen nichts anderes übrig, als zu hoffen, daß sie „ausharren“ bis zu einem Tag, da sich vielleicht doch mit friedlichen Mitteln ihre Lage zum Besseren kehren läßt. Der Schritt über die Grenze hat schon für viele den Schritt in den Tod bedeutet. Wie jahrhundertlang die Türkengrenze Abendland und Morgenland, zwei Welten des Lebens und Glaubens, voneinander schied, so zieht sich heute wieder mitten durch Europa vom Eismeer bis zum altchristlichen Armenien eine Grenze des Glaubens, die Grenze einer Ordensherrschaft, der auch Andersgläubige erbarmungslos unterworfen werden. Die Heimat vieler Völker liegt ganz im Machtbereich des Ordens, und nur wenige Menschen haben sich vereinzelt und verarmt aus ihr retten können. Andere Völker: Finnen, Deutsche, Italiener, Armenier, Aserbeidshaner, Annamiten, Chinesen und Koreaner mußten zusehen, wie ihr Land durch eine Grenze zerschnitten wurde.

Die nachnationalen Grenzen zerschneiden sogar die lebendige Einheit von städtischen Gemeinwesen, während früher „grenz“nahe Städte wie Beuthen, Aachen, Konstanz, Flensburg, Fiume, Mentone als Kuriosa galten und Zonenstädte wie Schanghai ihren Alltag recht vernünftig regeln konnten. Aber Berlin und Görlitz, Triest und Jerusalem spüren heute den Grenzschnitt im Alltag ihrer Bürger. Grundsätzlich freilich ist der Schnitt zwischen Triest und seinem istrischen Hinterland nichts anderes als die Schließung der Grenze vor Görz am Isonzo; die Absperrung Wannsees von Potsdam nichts anderes als die Lübecks von Mecklenburg; die Teilung Jerusalems nichts anderes als die Grenzziehung zwischen Lahore und Amritsar im Pandschab. Echte Lebenszusammenhänge werden durch politische Aktionen zerrissen.

Blick auf die Wirklichkeit

Das Bild unserer Wirklichkeit sieht also anders aus, als es die verfrühten Hoffnungen auf das nachnationalistische Zeitalter zu zeichnen versuchten. Die Gegenwart lebt in Grenzen, die nicht mehr nur Verwaltungslinien innerhalb der gleichen Kulturgemeinschaft darstellen oder Scheiden zwischen wirklich verschiedenen Welten, son-

dern die Trennungs-, Teilungs-, Zerreißungsgrenzen sind. Im großen Gefangenenlager, das Machtwille und ideologische Besessenheit für die menschliche Vernunft und den Lebensdrang des Einzelnen errichtet haben, ist wie auf den Gefangeneninseln vor den ostasiatischen Küsten, wie auf den Wiesen am Rhein und den Sammelplätzen an der Oder eine Anzahl kleinerer Lager und Sperrbezirke errichtet worden. Man sitzt nicht nur hinter Stacheldraht, sondern innerhalb des Lagerzauns auch noch im Cage, jeder im Einzelkäfig.

Es wäre sinnvoll, die Grenzverläufe aus dem Zusammenklang von Geographie und Geschichte zu verstehen. Aber davon sind wir heute weit entfernt. Die Grenzen verlaufen wieder so unnatürlich wie die Breitengradgrenzen in Nordamerika und so unvernünftig wie die Territorialgrenzen innerhalb des Heiligen Römischen Reiches. Es gibt keine allgemeingültigen Erklärungen, sondern nur die sorgfältige Feststellung jedes einzelnen Stücks im Gelände. Das ist allerdings die erste Voraussetzung zur Überwindung der Grenzen. Es kommt nicht nur darauf an, daß wir uns ein politisches Weltbild verschaffen, sondern auch ein Bild der politischen Welt. — ff —

Polens Ostgrenze

Sehr geehrte Herren!

Die Diskussion, die Dr. Paul Roth und Herr Artur W. Just in Ihrem Aprilheft 1955 über Polens Ostgrenze führen, ist in einem Augenblick besonders akut, in dem die Sowjetunion über die Ausdehnung ihres Machtbereichs zu Verhandlungen bereit ist. Vom christlichen und menschlichen Standpunkt aus kann ich Herrn Justs Bemerkung, daß die Vertreibung von 1,5 Mill. Polen aus den an die Sowjetunion gefallen Gebieten „definitiv“ sei, nicht billigen. Das Heimatrecht dieser polnischen Menschen muß ebenso geachtet werden, wie die slowakischen und kroatischen Exilpolitiker den aus ihren Staaten vertriebenen Deutschen ausdrücklich das Recht auf die alte Heimat zugestanden haben.

Eine andere Frage ist, zu welchem Staat diese Gebiete gehören sollen. Eine russische Bevölkerung war dort niemals ansässig, und auch die Polen haben früher nicht die Mehrheit gebildet. Unter den Einheimischen überwogen Weißrussen, Ukrainer und Litauer, und Dr. Roth hat darauf hingewiesen, daß diese Volksgruppen durch die polnische Regierung nicht korrekt behandelt wurden.

Die sogenannte Curzon-Linie geht im Grunde nicht auf den britischen Außenminister Lord Curzon allein zurück, sondern schon der Kreis um den Erzherzog

Franz Ferdinand dachte an die Errichtung eines ruthenischen Bundeslandes in der Monarchie, deren Kern Österreich bilden sollte. Man wußte, daß die polnische Oberschicht dort eine ähnliche Katastrophopolitik getrieben hatte wie die madjarische Gentry gegenüber den Rumänen, Slowaken, Deutschen und Karpathen-Ukrainern. Das schlechte Beispiel fand Nachahmung, als die Slowaken und Karpathen-Ukrainer zum Staat der „Humanisten“ Benesch und Masaryk geschlagen wurden. Infolgedessen wollen die Slowaken oder Karpathen-Ukrainer oder andere Volksgruppen aus den Karpathen nicht unter madjarische oder tschechische Herrschaft zurückkehren, und manche tschechische und ungarische Exilpolitiker sehen das auch ein.

Die Deutschen im Burgenland sind nach dem Ersten Weltkrieg gegen den Willen des Führers der deutschen Volksgruppe in Ungarn Dr. Bleyer zu Österreich gekommen. Dabei sind alle Volksgruppen dieses Landesteiles gut gefahren, eine Vertreibung aus der Heimat hat niemand auf sich nehmen müssen.

Man kann den fünf Millionen Ukrainern, die früher unter polnischer Herrschaft standen, eine Rückkehr in einen polnischen Staat, der länger als Ungarn seine Völker unterdrückte, nicht zumuten. Obwohl ich kein Freund nationalstaatlicher Grenzen bin, ist hier ein Grenzverlauf an den Siedlungsgrenzen nationaler Mehrheiten noch immer die beste Lösung. Die

historischen Landschaften des sogenannten Ostpolen müssen also nach den örtlichen Mehrheitsverhältnissen zwischen der Ukraine, Weißrußland, Litauen und Polen aufgeteilt werden. Rußland aber hat hier gar keinen Anspruch.

Die Ukraine hat nach dem Ersten Weltkrieg das gleiche Schicksal erlitten, das anderen osteuropäischen Völkern nach dem Zweiten Weltkrieg widerfahren ist. In beiden Fällen waren die Westmächte nicht ohne Schuld. Da die Weißrussen und Ukrainer Hilfe vom Westen erwarteten, ist es sicher nicht richtig, wenn man die Ostgrenze des Abendlandes an die sogenannte polnisch-russische Grenze legen will. Es handelt sich dabei, wie Gotthold Rhode richtig bemerkt hat, um eine Zufallsgrenze.

Seit der Litauisch-Polnischen Union war der polnische Staat Oberherr über fast das ganze Siedlungsgebiet der Weißrussen und der Ukrainer. Er hat sich im Gegensatz zu den Litauern nicht in der Lage gezeigt, diese Landschaften und Völker vernünftig zu verwalten. Dort jedenfalls hat er sich nicht als Vorkämpfer der abendländischen Kultur erwiesen, sondern er zeigte eine krankhafte Sucht, seinen Gegner Rußland nachzuahmen. Im Gegensatz zum Wunsch des Heiligen Stuhles versuchte der polnische Katholizismus, die Katholiken des griechischen Ritus bei den Ukrainern zu unterdrücken. Nur massive Drohungen Roms mit der Exkommunikation konnten im 16. und 17. Jahrhundert den ärgsten Druck der Polen auf die unierte Kirche der Ukraine mildern. Von hierher kommt die Vorschrift des Kanonischen Rechts, daß Katholiken eines nichtlateinischen Ritus nicht zur Aufgabe ihrer Eigenart gezwungen werden dürfen. Die Polen haben sich hier unkatholisch verhalten, wobei ich mich besonders daran erinnere, daß mir ein katholischer Priester des östlichen Ritus ausdrücklich sagte, wenn ein Orthodoxer katholisch werden wolle, brauche man ihm kaum Konvertitenunterricht zu geben, weil der Unterschied des Dogmas zwischen der katholischen und orthodoxen Kirche sehr gering sei.

Katharina die Große zwang acht von den zwölf Millionen unierter Ukrainer zum Übertritt in die orthodoxe Kirche. Ange-

sichts dieses Zwanges sollte man nicht von den breiten orthodoxen Massen reden und den Eindruck erwecken, als ob Katholisch und Polnisch identische Begriffe wären. Vor der Zeit des russischen Drucks war wohl die Mehrzahl der Ukrainer katholisch. Der polnische Nationalismus verschärfte die Schwierigkeiten für die katholischen Ukrainer, indem er ihnen jedes Gespräch mit orthodoxen Ukrainern erschwerte. So frage ich mich gerade als Katholik, ob ich es verantworten darf, für eine Rückkehr der Ukrainer unter polnische Herrschaft einzutreten. Die Katholische Kirche, die eine Wiedervereinigung mit der Ostkirche anstrebt, hat sicher größere Vorteile, wenn die Siedlungsgebiete der Unierten zur Ukraine gehören, denn dann kann die Orthodoxie die vom polnischen Nationalismus kommenden Unterdrückungsmaßnahmen nicht als Maßnahmen Roms bezeichnen. Man soll nicht vergessen, daß die endgültige Trennung der Kirche des Kiewer Reiches vom Heiligen Stuhl erst im 14. Jahrhundert deutlich wurde. St. Wolodimir unterhielt gute Beziehungen zu Rom, und unter dem großen Papst Gregor VII. betrachteten sich die Kiewer Großfürsten als Lehensleute des Heiligen Stuhls, während der abendländische Kaiser Heinrich IV. gegen den Papst aufstand. An diese Zusammenhänge erinnert die von Papst Pius XII. erlassene Enzyklika an die Völker Rußlands.

Ich bin kein Freund der national intoleranten Orthodoxie der Russen oder Serben. Man muß aber daran festhalten, daß der byzantinische Ritus katholisch ist. Auch in der wolgadeutschen Diözese Tiraspol lebten außer den deutschen Katholiken des lateinischen Ritus einige Katholiken östlicher Riten, die dort vernünftig behandelt wurden und zufrieden waren. Eine ähnliche Stimmung hat Polen in seinen sogenannten Ostgebieten nicht erreicht.

Die Katholische Kirche ist kein Kulturverein, sondern eine Heilsanstalt, die alle Kulturen in ihren Schoß aufnehmen kann. Selbst wenn man die Grenze des Abendlandes an die Scheidelinie zwischen Polen und Ukrainern legen will, darf man als Katholik die Grenze des Glaubens nicht dorthin legen.

L. S.

KURIER DER HEIMAT

Das Buch „Kurier der Heimat“, das sich mit dem deutsch-dänischen Minderheitenproblem befaßt und, wie es im Untertitel heißt, das „Spiel um Schleswig zwischen Kapitulation und Programm Nord“ schildert, entbehrt kurze Zeit nach seinem Erscheinen bereits der spannenden Aktualität, da es das vor wenigen Wochen vollzogene Schlußkapitel in dieser Grenzlandfrage, nämlich die in Bonn erzielte grundsätzliche Einigung zwischen dem dänischen Ministerpräsidenten Hansen und dem westdeutschen Bundeskanzler mit anschließender Unterzeichnung eines Abkommens, nicht in seine Darstellung einbezieht. Und so schnelllebig ist unsere Gegenwart geworden, daß, kaum nachdem die Tinte unter dem Dokument vertrocknete, das ganze „Problem“, von dem unmittelbar ja kaum mehr Menschen betroffen wurden, als die kleinsten unter unseren Großstädten Einwohner zählen, fast wie ein Anachronismus anmutet, nicht zuletzt auch mit einem Seitenblick auf die gesamteuropäischen politischen Fragen, deren Wellenschlag alle Staaten unseres Kontinents in gleicher Weise intensiv berührt und an denen gemessen Minoritätenstreitigkeiten als etwas Gestriges, als abgestandener Provinzialismus, wirken.

Trotzdem ist der „Kurier der Heimat“ von Ernst Siegfried Hansen (der Titel spielt auf die Rolle an, die sein Verfasser, ehemaliger Chefredakteur der Zeitung der deutschen Minderheit im dänischen Nordschleswig, als Verbindungsmann zwischen Verbänden, amtlichen Stellen und Politikern auf sich genommen hatte) ein lesenswertes Buch, mit Schwung und journalistisch gewandter Feder geschrieben. Es ist eine umfassende Arbeit mit bemühter Objektivität, die kein Detail des „Grenzlandkampfes“ ausläßt, das für ein Gesamturteil notwendig ist. Die im Anhang verzeichneten wichtigsten politischen Dokumente, darunter die seinerzeit vielbeachtete „Kieler Erklärung“ vom September 1949, die das Fundament der rechtlichen Stellung der dänischen Minderheit in Schleswig-

Holstein darstellte, bilden für den in diesem Stück Grenzlandgeschichte weniger orientierten Leser ein notwendiges Hilfsmittel, um sich im Für und Wider der oft von nationaler Leidenschaft geprägten Meinungen dies- und jenseits der Grenze ein eigenes, unvoreingenommenes Bild zu machen.

„Notwendig ist eine neue Balance der Kräfte unter Zugrundelegung der 1920 erfolgten schleswigschen Teilung, die eine tragbare Grenze schuf, wenn sie auch von beiden Seiten als ‚Resignationsgrenze‘ zu gelten hat. Und diese neue Balance muß die Voraussetzung schaffen für ein friedliches Zusammenleben der beiden Nationalitäten. Das Ringen um dieses Ziel verläuft nicht nach der althergebrachten Linie, nicht zwischen Dänisch und Deutsch. Die Erfahrungen der Periode, die in diesem Buch geschildert ist, zeigen im Gegenteil, daß die Linie quer durch die nationalen Lager geht, nicht Dänisch und Deutsch trennt, sondern die Menschen guten Willens von denen, die sich von nationaler Hysterie nicht befreien können... Europäisches Denken zwingt dazu, an dieser Erkenntnis festzuhalten, die ein dänisch-deutsches Zusammenwirken ermöglicht — für den inneren Frieden in unserer schleswigschen Heimat.“ Mit diesen Sätzen klingt das Buch Hansens aus. Es scheint, daß viel früher, als der Verfasser es hoffen konnte, diese Forderungen und Wünsche nach dem nunmehr erzielten Akkord auf höchster Ebene verwirklicht wurden und der Stacheldraht vom Wege der deutsch-dänischen Verständigung weggeräumt wurde und daß sich einem ungetrübten kulturellen Wechselspiel zwischen den Deutschen und ihren nordischen Nachbarn keine Grenzlandbarrieren mehr entgegenstellen.

H. W. Engdahl Thygesen

Ernst Siegfried Hansen: *Kurier der Heimat, ein Dokumentarwerk über das Spiel um Schleswig zwischen Kapitulation und Programm Nord, Deutscher Heimat-Verlag, Bielefeld 1954, 480 S., Kart. 16.— DM.*

ADOLF SCHARPFF

Lebensräume und Ländergrenzen

im Sinne Karl Haushofers

Nach K. Haushofer muß ein instinktsicheres Volk jede Staatszelle, also jede administrative Form, so bauen, daß ihre Grenze fähig wäre, Grenze größter Lebensform zu werden. Dies gewährt allein ein Staatsbau, bei dem jede Staatszelle „zellenfest“ in die natürliche Landschaft eingebaut ist, eigentlich muldenförmig, — der Fluß nur als Verbindung, niemals als Grenze; — ein sogenanntes „Schottensystem“ — ein aus dem Schiffsbau entlehntes Bild.

In idealer Form zeigen dies z. B. Japans Einzellandschaften, bei denen man eine Wasserscheidenkarte beinahe als Verwaltungskarte benützen kann. („Hier tritt die immanente Logik der Natureinteilung zu Tage, wenn der Mensch sie nicht durchkreuzt.“) Die Wasserlaufgrenze dagegen wird nach Haushofer immer schlechter, je mehr sich der Wasserlauf im Rahmen der Kulturlandschaft entwickelt, je kultivierter er wird. „Alle derartigen Flußgrenzen der Welt — Rhein, Donau, Weichsel, Pruth, Dnjestr, Indus, Schatt-el-Arab, Amur, Roter Fluß, Rio Grande usw. — wurden in steigendem Maße Ausgangspunkt politischer Unruhe, nicht nur für den Anlieger, sondern für alle, für den Frieden der Welt.“

Beckenlandschaften

Die riegelfest gebaute Staatszelle geht, wenn sie nicht den ganzen Lauf eines Flusses einnimmt, nur quer über das Flußgebiet. Sie ist niemals durch einen Fluß begrenzt. In der Regel ist sie Stammeslandschaft, wie sie in idealer Form etwa durch Kärnten oder Südtirol dargestellt wird — als ringsumschlossenes, beckenförmiges Flußgebiet — oder wie das von Schwarzwald und Alb begrenzte Neckarschwaben bis zum Neckardurchtritt am Stromberg in das fränkische Unterland.

Je höher nach Haushofer Verkehrs- und Kraftwert des Flusses gesteigert wird und je untrennbarer die wirtschaftliche Entwicklung beiderseits die Anlieger verbindet, um so mehr „tritt das lebens- und verkehrsfeindliche Antlitz des Stroms vor seinen kraftspendenden verkehrsfreundlichen Zügen zurück“.

Daß z. B. der Oberrhein längs des Elsaß so spät reguliert und zu einem verkehrsfeindlichen Strom wurde und daß sich daher die Siedlung ursprünglich mehr an die Ill hielt, beruht nur auf unnatürlicher Entwicklungshemmung durch rein politische und strategische Ursachen. Auch durch die jetzige Art der Grenzziehung und den Ausbau des *Canal d'Alsace*, der dem Oberrhein Wasser raubt, wird dessen verkehrsfreundliche Entwicklung weiterhin beeinträchtigt. Wie folgenschwer hat es sich nach Haushofer auch ausgewirkt, daß nach 1870 der zunächst nur als Provisorium gedachte Reichslandcharakter des Elsaß auf die Dauer beibehalten wurde, statt daß man der natürlichen und stammlichen Einheit der Oberrheinebene durch administrative Verbindung mit Baden entsprochen hätte. Straßburg hätte als kulturell-wirtschaftlicher Schwerpunkt fürs ganze alemannische Oberrheintal gedient und wäre mit diesem zur Einheit verschmolzen.

Haushofer sagt: „Wie ganz anders bewährte sich gegenüber den nicht zellenfest gebauten Habsburger Grafschaften und Vogteien im Elsaß die Riegelfestigkeit der alten Kurpfalz auf beiden Ufern des Rheins — trotz ihrer Leiden — gegenüber dem späteren Gebilde der Bayrischen Pfalz und des Konglomerats von Baden.

Wie strafte sich die Verkennung der geopolitischen Tatsache, daß alle natürlichen Grenzen quer über den Strom zogen! Wie rächte es sich, daß man durch Betonung der künstlichen Stromgrenze nur das Spiel eines Gegners spielte, dem an der Zerstörung des natürlichen Zusammenhanges in der Einheit der Oberrheinebene lag! Gerade am Rhein haben sich ja auch sonst seit Beginn der deutschen Besiedlung innerstaatliche, den Strom überspannende Beziehungen überall da ausgebildet, wo rüstiges politisches Leben war. Jede Rivalisierung von Bahnsystemen, jederschlechte Anschluß, jeder unterlassene Brückenbau, jede Verwendung des Stroms als Binnengrenze war also jederzeit ein schwerer geopolitischer Fehler.

Die Wasserscheide als raumpolitisches Ordnungsprinzip

Die einfachste und natürliche Grundlage einer politischen Raumgliederung ist das physikalisch-geographische Relief. Dabei ist natürlich auch der geologische Querschnitt zu beachten. Ohne diesen wäre die Erdoberfläche „Anschauung ohne Begriff“. Im Vordergrund jeder Raumordnung steht die Frage nach den „Grenzen“. Haushofer widmete diesem Problem einen großen Teil seiner Arbeit. In Gebirgsländern sind die Grenzverläufe durch die Wasserscheiden vielfach schon als „Naturschranken“ vorgezeichnet.

In Flachländern spielt immer noch der Fluß an Stelle der Wasserscheide eine unberechtigt große Rolle. Man spricht von der „Rheingrenze“, „Elbgrenze“, „Oder-Neiße-Grenze“ usw., als handle es sich um Grenzlinien, die an sich „natürlich“ und diskutabel wären. Die Strategie gebraucht diese Begriffe, und auf die Vorstellung der Öffentlichkeit übt der Fluß als scheinbar „natürliche“ Grenze eine suggestive Wirkung aus.

„Natürlich“ aber ist nur die Grenze eines natürlichen Raums, vor allem des hydrographischen — also des kleineren oder größeren Flußraums mit seinem beiderseitigen Einflußgebiet. Wie die Verästelung eines Baumes, das Gerippe eines Blattes, die Gefäßversorgung eines tierischen Lebewesens, so ist auch ein Flußgebiet mit seiner beiderseitigen Verzweigung eine zusammengehörige, das Flußland belebende, befruchtende und verbindende untrennbare Ganzheit. Der Fluß selbst ist der Kraftstrom oder die Schlagader eines Landes. Eine Trennung entlang seiner Hauptschlagader ist ebenso sinnwidrig wie die Teilung eines bilateral-symmetrischen Lebewesens entlang seiner Aorta.

Der größte Teil aller Siedlungen liegt an Wasserläufen. Reine Wasserscheidenstädte, wie in Südwestdeutschland Freudenstadt oder Münsingen, sind verhältnismäßig selten. Durch Strom-, Fluß- oder Bachgrenzen werden zusammenhängende Siedlungen auseinandergerissen. Alle großen Flüsse der Erde, der Nil, Euphrat und Tigris, Ganges und Indus, die Flüsse Chinas, Amerikas, Westeuropas, Rußlands sind in ihren Einflußgebieten bilateral von ihren Völkern besiedelt, und das Volk ist durch seinen Fluß verbunden.

Verschiedenartige Staatsbildungen als Anrainer desselben Flußabschnitts führten — wie Haushofer betonte — immer wieder zu Streitigkeiten. Scheinbare Ausnahmen, wie das vom Römischen Reich aus strategischen Gründen gebildete und romanisierte Dazien, das spätere Rumänien, bestätigen nur die Regel.

Langgestreckte Flußgebiete wie das des Rheins sind natürlicherweise — auch ethnologisch — nur quergegliedert: Fast der ganze Rheinoberlauf (Hoch- und Oberrhein) ist alamanno-svebisch, der Mittellauf fränkisch, der Unterlauf niederfränkisch (Nachkommen der Ripuarier und Salier). Paßlandartiges Übergreifen der romanisierten Frankogallier auf das obere und mittlere Mosel- und Maasgebiet ändert nichts an dem Prinzip, daß der Flußlauf selbst keine natürliche Grenzfunktion besitzt.

Die raumgerechte, geopolitisch richtige Grenze ist also immer eine Wasserscheide, auch wenn sie niedrig ist; Grenzträger kann sie immer sein. Alle raumgerechten Grenzen gehen nur quer oder wenigstens schräg über den Fluß. Am Oberrhein ziehen auch die Grenzen der verschiedenen alemannischen Dialektvarianten schräg über den Rhein. Vom Lech wird oft behauptet, er sei Dialektgrenze, aber in seinem Gebiet war ursprünglich die ganze „Lechplatte“ schwäbisch und ist es auch heute noch im Mittel- und Oberlauf; nur der schmale Streifen des rechtsseitigen Mittel- und Unterlaufs ist durch jahrhundertelange Zugehörigkeit zu Bayern etwas „bajuwarisiert“.

Auf der Landkarte entspräche ein kurzer Querstrich durch einen Fluß als „geopolitische Flußmarke“ dem Raumwert einer ganzheitlich ausgedehnten, von ihren Wasserscheiden begrenzten Landschaft, von der das Wasser des Querschnitts kommt. Z. B. markiert eine Rheinmarke unterhalb Mannheims und eine der Donau unterhalb Ulms im wesentlichen die Ausdehnung des Südweststaates mit Ausnahme des linken Rheineinzugsgebiets. Die Donaumarke unterhalb Ulms entspricht dem oberen Donau-schwaben.

Zum organischen Raum des von Wasserscheiden begrenzten Flußgebiets gehört die Besonderheit seines Bodens, seiner Pflanzen- und Tierwelt und vor allem die eng damit zusammenhängende Eigenart der Bewohner mit ihrer Sprache, Sitte, Stammesart, Siedlung und Wirtschaft — also ihr gesamtes Volkstum. Auch dieses breitet sich in der Regel beiderseits der Hauptader seines Flußsystems aus.

In diesem „Volksraum“ bildet die Dynamik seiner Besiedlung und Wirtschaft sein „Kraftfeld“ mit den kulturellen und wirtschaftlichen Zentren oder Brennpunkten. Von dort führen strahlenförmige Kraftlinien zu den Orten, die im Sog des Brennpunktes liegen. So kann man jeden politischen Raum durch Synthese seines oro- und hydrographischen Reliefs mit seinem Volkstum und dem Brennpunkt seines wirtschaftlich-kulturellen Kraftfeldes entwickeln.

Es ist klar, daß als Regierungs- und Verwaltungsorte der einzelnen Länder und Bezirke schon aus verkehrsgeographischen Gründen am besten die Orte des stärksten wirtschaftlichen Sogs gewählt werden. (Wenn in den USA das randständige Washington und in der Schweiz Bern als Regierungsstädte gewählt wurden, so entsprach dies nur einer alten Tradition, die für einen Landesneubau nicht maßgebend sein kann).

Ideale Grundlage des politischen Raums ist also das von seinen Wasserscheiden begrenzte Verzweigungsgebiet eines Flusses bis zu einer bestimmten Flußmarke.

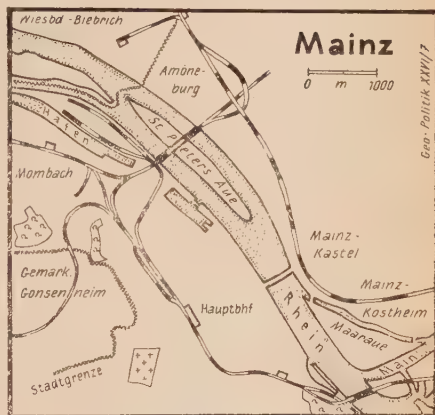
STAATSVERTRAG ODER GRUNDGESETZ — DIE FRAGE DER MAINZER VORORTE

Kaum hatten die Domglocken am 5. Mai 1955, dem Tage der reduzierten Souveränität für die Bundesrepublik, die Mittagsstunde eingeläutet, als auch schon ein Telegramm des SPD-Oberbürgermeisters von Mainz an den Bundeskanzler Adenauer in Bonn ankam, in dem die Rückgliederung der ehemaligen rechtsufrigen Mainzer Vororte Amöneburg, Kostheim, Gustavsburg und Kastel gefordert wurde. Damit hatten die Wünsche der rheinland-pfälzischen Landeshauptstadt die höchste Stufe der seit Jahren vergeblich angerufenen Instanzen erreicht. Umsonst war die Aufforderung des Ministerpräsidenten Altmeier von Rheinland-Pfalz an seinen Kollegen Zinn von Hessen im Oktober 1954 geblieben, durch einen Staatsvertrag die drei Orte aus dem Verband der Stadt Wiesbaden, der Landeshauptstadt von Hessen, zu lösen und sie wieder an Mainz zu geben, dem sie 1945 durch die willkürliche Zonengrenzziehung zwischen amerikanischer und französischer Besatzungszone genommen worden waren. Seitdem hatte Mainz schon wegen der rechtsrheinischen Steuereinnahmen aus den dort befindlichen großen Industriewerken, die ihm verloren gingen, nicht geruht und immer wieder das Problem aufgerührt. Übergangslösungen, wie die Gründung eines Zweckverbandes „Mainmündung“, wie sie von den Industrie- und Handelskammern in den beiden Städten vorgeschlagen worden waren und wie sie auch das Land Hessen begünstigte, kamen nicht zum Zuge.

Interessant war die Begründung der Ablehnung eines Staatsvertrages durch Hessen: ein Staatsvertrag über die Vorortfrage würde unzulässigerweise das vom Grundgesetz in Artikel 29 vorgesehene Verfahren umgehen, die Neugliederung würde für ein Teilgebiet vorweggenommen, es finde keine unmittelbare Befragung der Bevölkerung statt. Nebenbei sei ein solcher Staatsvertrag auch noch ein Eingriff in die Selbstverwaltung der betreffenden Gemeinden. Ein Rechtswirrwarr sei die Folge, wo doch die Neugliederung des Bundesgebietes vor der Tür stehe. Sie müsse nach hessischer Auffassung die Rückkehr von ganz

Rhein Hessen zu Hessen und so auch die Lösung der Mainzer Frage bringen. Bis dahin... siehe Zweckverband...

Rheinland-Pfalz quittierte diese Ablehnung mit der Forderung nach dem ganzen Rheingau samt Wiesbaden, und damit hatte sich der Wunsch nach den Vororten ausgedehnt zu einer kompletten Haupt-



stadtklaueri nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit. General Königs own country Rheinland-Pfalz und das binnenimperialistische Groß-Hessen demonstrieren an vier Vororten die bundesländliche Souveränität zum stillen Gaudium derjenigen, die ihnen überhaupt erst die Möglichkeit zu „Staatsverträgen“ gegeben haben. Geopolitisch ist es einfach das Problem der Stadt am Strom, das seine natürliche Lösung eines Tages von selber findet. So oder so gehören Mainz und die Vororte zusammen.

Willy Münch

Moderne geographische Forschung

Hans Mortensen zu seinem 60. Geburtstag, Walter Dorn-Verlag, Bremen-Horn 1954. Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, hrsg. v. Kurt Brüning. Abhandlungen Bd. 28. 332 S.

GEORG WOLFF

McCarthy oder die Grenzen der USA

„Der Grad der Freiheit innerhalb eines Staates wird immer umgekehrt proportional sein dem Grad des Druckes, der auf seinen Grenzen lastet.“ John Robert Seeley (1834–95).

Man erinnere sich: Vor fast genau einem Jahr tobte im Washingtoner *Capitol* der Kampf zwischen dem Senator aus Wisconsin, Joseph McCarthy, und der Armee. Die Namen Cohn und Schine und der des assistierenden Staatssekretärs für die Armee, Stevens, füllten alltäglich die Schlagzeilen. Fernsehfunk und Radio begleiteten jede Phase dieser „Schlammschlacht“ der Verdächtigungen, auf Band genommenen Telefongespräche, *Dinner*-Protokolle und persönliche Geheimnisse.

Es war der angemessene Abschluß einer sich über sechs Jahre erstreckenden Demagogenlaufbahn, deren Waffe die Enthüllung und deren Wesen die Hysterie gewesen war. Daß das Untersuchungsverfahren der Senatskommission, das schließlich mit einem moralischen Verweis für den Senator endete, ein Abschluß war, ist inzwischen klar geworden. Selbst die enzyklopädisch vollständige *New York Times* verzeichnet jetzt nur noch gelegentlich den Namen McCarthys, und als im Februar dieses Jahres die Republikanische Partei – wie alljährlich – eine Festwoche zum Gedenken an Abraham Lincoln beging, ergingen an McCarthy nur noch wenige Einladungen. Im vorigen Jahr war er bei derselben Gelegenheit noch von einer Staatenhauptstadt in die andere geeilt.

Kein Zweifel: Die Laufbahn des Demagogen McCarthy ist zu Ende, mag die des Senators auch noch Jahre dauern.

Damit aber erhebt sich eine Frage, die erstaunlicherweise trotz einer umfangreichen McCarthy-Literatur bis auf den heutigen Tag unbeantwortet geblieben ist – die simple Frage: Was hatte das alles zu bedeuten?

Gewiß, man hat versucht, das Phänomen „McCarthyismus“ in die verschiedenen zur Hand befindlichen soziologischen, massenpsychologischen und politisch-historischen Schemata einzupassen. Man hat gesagt, es habe sich um einen Anfall von Massen-Hysterie gehandelt und darauf hingewiesen, daß Amerika eine hysterische Tradition habe: die „Spionitis“, die dem Kriegseintritt der USA im Jahre 1917 folgte, die Ku-Klux-Klan-Bewegung und so fort. Aber genau genommen: Was war mit dieser Etikettierung erklärt? Eigentlich doch nicht mehr als die Erscheinungsform, keineswegs aber die Ursachen und der geschichtliche Sinn des McCarthyismus.

Man hat die Bewegung des Senators verglichen mit dem Nationalsozialismus und dabei – oft genug sehr bewußt und aus politischer Absicht – große Unterschiede verschwiegen und auf die Unkenntnis der europäischen Öffentlichkeit in Sachen amerikanischer Politik spekuliert. Wie ließ sich etwa mit dieser These vereinbaren, daß der McCarthyismus sich schließlich gegen die Armee wandte?

Um den Sinn dieser letzten und durchaus folgerichtigen Wendung des McCarthyismus vom europäischen Standort zu durchschauen, hätte man erklären müssen, daß der bodenständige Nationalismus Amerikas – so wie er insbesondere im Mittleren Westen

der USA zu Hause ist — sich keineswegs mit der Armee identifiziert. Die Armee ist in den Augen dieses amerikanischen Nationalismus ein Instrument des internationalen Engagements der Vereinigten Staaten. Dieses Engagement aber ist — von Wisconsin aus gesehen — immer eine Angelegenheit der „eggheads“, der Intellektuellen, der „Linken“ gewesen. Nationalismus war jahrzehntelang gleichbedeutend mit Isolatismus, mit Heraushalten aus den Querelen jenseits der Ozeane — und mithin auch gleichbedeutend mit Verzicht auf die Armee.

Der vielleicht törichtste, gleichwohl aber gebräuchlichste Erklärungsversuch war der, den McCarthyismus als eine Angelegenheit McCarthys zu deuten — gleichsam als eine ins Überdimensionale gewachsene persönliche Marotte eines vom Ehrgeiz gepackten Politikers, dem der Einfall eines Augenblicks den Erfolgs-Trick zuwarf wie einem Strumpffabrikanten die einschlagende Werbe-Idee.

Der läppische Charakter aller dieser Erklärungsversuche drängt sich auf. Sie alle tun so, als ob der McCarthyismus so etwas ähnliches wie ein Heuschreckenschwarm gewesen sei, der über das Land zog, für einen Augenblick lang den Himmel und die Sinne verfinsterte, schließlich aber keine Spur als ein paar zerstörte Beamten- und Offizierslaufbahnen hinterlassen habe.

Es widerspricht jedem Sinn für Geschichte, sich mit solchen Deutungen abzufinden. Ein Phänomen von den Ausmaßen des McCarthyismus muß wesentliche Ursachen gehabt haben und kann nicht einfach spurlos im Schlund der Zeit verschwunden sein. Er muß von etwas bewirkt worden sein und etwas bewirkt haben.

Es mag nun verhältnismäßig leicht sein, zu zeigen, welches die Ursachen des McCarthyismus waren, es ist sicher gewagt zu beschreiben, welche Spuren er zurückgelassen hat. Denn Amerika steht zur Zeit mitten in der Auseinandersetzung mit diesen Spuren, und es ist noch keineswegs absehbar, welchen Weg es nun nehmen wird.

Die Aufgabe der Deutung wird im übrigen dadurch erschwert, daß — nach des Verfassers Meinung — der McCarthyismus Indiz eines Vorganges ist, bei dem neben der bloßen Tagespolitik fast alle bedeutenden Elemente des amerikanischen Gemeinschaftslebens engagiert sind: die Grundsätze der Innen- und Außenpolitik, ihre Gesellschaftsstruktur und ihre Ethik. Es liegt auf der Hand, daß ein solcher Problemkreis hier nur flüchtig beschrieben werden kann und daß die Deutung eines solchen Vorganges an dieser Stelle und zu diesem Zeitpunkt nicht mehr sein kann als ein Versuch.

Ein solcher Versuch hat — wenn er nach den Anweisungen Arnold Toynbees verfährt — zunächst zu fragen, welcher Art die „Herausforderung“ war, auf die Amerika zu antworten hatte, als Joseph McCarthy seine Demagogen-Laufbahn begann.

Amerika ist keine Insel mehr

Im Jahre 1948 beschloß McCarthy, ein Kommunisten-Töter zu werden. Es war dasselbe Jahr, in dem sich drei für die Lage der Vereinigten Staaten hoch bedeutsame Ereignisse abspielten oder abzeichneten. Das waren (1.) die Herstellung der ersten sowjetischen Atom-Bombe, (2.) die Bildung eines kommunistischen Blocks von 900 Millionen kommunistischen Chinesen, Russen und Satelliten unmittelbar vor der alaskischen Haustür Amerikas (im Herbst 1949 verließ Tschiang Kai-shek endgültig das Festland) und (3.) ein Rattenschwanz von Spionageprozessen in den USA, der

die Infiltration der amerikanischen Verwaltung und Wissenschaft durch kommunistische Elemente erkennen ließ. Der Spion Alger Hiss hatte in der Zentrale, in der Amerikas Außenpolitik gemacht wird, dem *State Department*, gesessen. Die Rosenbergs, die Greenglass, Fuchs usw. hatten Amerikas wichtigste Waffen-Industrie — die Atombomben-Produktion — angezapft. Die Morgenthau und Harry Dexter White hatten Amerikas Finanzpolitik auf Grundsätze einzusteuern versucht, die sich jedenfalls nicht eindeutig mit den Interessen der Vereinigten Staaten identifizieren ließen.

Alle drei Ereignis-Komplexe besagten mit der brutalen Wucht einer plötzlich hereinbrechenden Erkenntnis ein und dasselbe, nämlich daß Amerika keine Insel mehr ist.

Wenn es als unbestritten gelten darf, daß insbesondere die sowjetische Atomrüstung eine grundlegende Veränderung der strategischen Situation der Vereinigten Staaten herbeigeführt hat, so kann man doch mit Recht fragen, wie weit und wie tief die Rückwirkungen sein mögen, die von dieser Veränderung ausgehen.

Politik und Charakter eines Volkes werden nicht nur von der Geographie bestimmt. Daneben gibt es die Kraft überlieferter Vorstellungen, die Grenzen, die durch das Blutserbe gesetzt sind, und den geistigen Impuls, der am Anfang der Geschichte einer Nation zu stehen pflegt. Tatsächlich ließe sich die Geschichte der Vereinigten Staaten niemals ohne die Anerkennung der elementaren Tatsache deuten, daß das amerikanische Volk im Zuge einer Protestaktion gegen Europa und dessen Gesellschaftsordnung entstanden ist. Die Auflehnung gegen die Autoritäten des Abendlandes — Staatskirche, Königsgewalt, Beamtentum, Adel — war geradezu der konstituierende Impuls der USA. „Wer kam, waren die Bigotten, die Außenseiter, die Fanatiker, Sektierer, Individualisten, Verbrechernaturen. Die anderen zögerten und blieben in der Heimat. Die, die kamen, hatten keine Bindung an die Familie, an die Landschaft, die Wolken, die Berge.“ (Thornton Wilder.)

Wenn also die Frage nach der Bedeutung gestellt ist, die die Aufhebung des Insel-Charakters für die USA haben mag, ist dabei in der Tat in Betracht zu ziehen, wie weit sich das amerikanische Volk im Laufe seiner Geschichte bei der Entwicklung seiner politischen, sozialen und ethischen Lebensäußerungen von diesem Insel-Charakter hat bestimmen lassen. Erst wenn klar ist, daß der Insel-Charakter für das Werden der amerikanischen Nation erheblich war, ist einzusehen, daß dessen Aufhebung revolutionäre Bedeutung haben kann.

Das Ende der Behaglichkeit

Dazu ein paar grundsätzliche Bemerkungen: Unterstellt man das Nicht-Vorhandensein anderer als geopolitischer Einwirkungen auf die Charakterbildung eines Volkes, so wird man folgende Feststellungen als evident billigen:

Ein Volk, das auf einer unangreifbaren Insel wohnt, hat andere Wertbegriffe als eines, an dessen Grenzen hochgerüstete Feinde stehen. Insel-Völker sind mit sich selbst beschäftigt. Sie schätzen höher als alles andere die Bürgertugend des Freimuts, denn nirgendwo könnte eine Gewaltherrschaft fürchterlicher werden als auf einer Insel, auf der es kein Ausweichen gibt und keine Möglichkeit, fremde Hilfe gegen die Tyrannei herbeizurufen.

Grenzvölker, die inmitten anderer, gleichstarker Nachbarn um ihre Existenz ringen, loben die Tapferkeit, die Manneszucht und die Treue.

Inselvölker betrachten den Parlamentarier als den Sachwalter ihrer wichtigsten Anliegen, Grenzvölker dagegen respektieren zuvörderst den Beamten, den Diplomaten und den Soldaten. Ethik und Gesellschaftsordnung einer Nation sind so mitbestimmt von den Gefahren, die dem Leben und der Freiheit jedes einzelnen der Nation drohen.

Auf die amerikanische Situation des Jahres 1948 angewandt, würden diese Überlegungen etwa folgendes besagen. Bis zu dem Tage, an dem die Sowjets in den Besitz der A-Bombe gelangten, brauchte Amerika keine Soldaten, um seine Grenzen zu verteidigen, keine Diplomaten und Beamten, um das Land durch die Wirrnisse der Weltpolitik zu steuern, und keine Priester, um den Segen des Himmels auf die Waffen der Vaterlandsverteidiger herabzurufen. Anstelle Gottes und der Soldaten fungierten zwei riesige Ozeane als Schützer des Landes.

Nun wird man ohne weiteres erkennen, daß diese Formulierung keineswegs ganz zutreffend ist: Amerika hat seit langem eine rührige Diplomatie, es hat mindestens seit des älteren Roosevelts Zeiten eine ständig an Zahl wachsende Bürokratie, es hat immer einflußreiche Priester gehabt. Und es hat — was vielleicht das wichtigste ist — niemals ganz auf seine Zugehörigkeit zur Welt verzichtet, mit anderen Worten niemals ganz auf die Tatsache des Inselcharakters des Landes insistiert.

In der Tat dürfte ein Blick auf die Art und Weise, wie Amerika sein Verhältnis zur Welt begreift, fruchtbar sein. Offensichtlich wurde Amerika bis zu dem Tage, da Flugwaffe und Atom-Forschung seinen Inselcharakter aufhoben, von einem merkwürdigen Gemisch der Gefühle und Erkenntnisse beherrscht. Mit Vergnügen genoß man den Vorzug, außerhalb der Querelen der Weltgeschichte zu stehen. „Wir leben hier so behaglich. Was sie (die Europäer) auch tun mögen, uns kann es nichts anhaben“, sagte noch Präsident Coolidge.

In diese gemütliche Stimmung des Außerhalbstehens mischte sich aber schon in den frühesten Zeiten der amerikanischen Geschichte das missionarische Ärgernis des Besserwissenden, des überhaupt moralisch Besseren. „Die europäischen Staaten“, schrieb Thomas Jefferson an James Monroe, „sind Nationen mit ewigem Krieg . . . Auf unserer Seite hatte nie ein Volk eine so günstige Gelegenheit, das entgegengesetzte System zu versuchen — das System des Friedens und der Brüderlichkeit mit der Menschheit und der Ausrichtung all unserer Mittel und Fähigkeiten auf die Zwecke der Verbesserung.“

In diesem missionarischen Eifer gewitterte auch eine politische Erkenntnis, die später in zwei Weltkriegen zum Tragen kommen sollte. Am 1. Januar 1814 schrieb Jefferson: „Sicherlich wünscht niemand von uns, daß Bonaparte Rußland erobert und so den ganzen Kontinent zu seinen Füßen legt. Geschähe dies, so wäre England nur ein Frühstück . . . Gebt Europa in Bonapartes Hand, dann könnte er eine solche Macht in britischen Schiffen schicken, der ich nicht begegnen möchte, wenn ich bedenke, wieviel Schwierigkeiten uns eine Handvoll britischer Soldaten in Kanada bereiten. Es ist nicht unser Interesse, daß ganz Europa auf eine einzige Monarchie reduziert wird.“

Aber solch prophetischer Realismus blieb doch bis in unsere Tage hinein vereinzelt und hatte vor allen Dingen keinerlei Rückhalt im Volk. Noch im Jahre 1889 schrieb Henry Cabot Lodge, daß „unsere Beziehungen zu fremden Nationen heute nur einen geringen Platz in der amerikanischen Politik einnehmen und im allgemeinen nur mäßiges Interesse erwecken“.

Man vergegenwärtige sich an dieser Stelle (um im Gedankengang zu bleiben) noch einmal kurz, was diese praktische Isolation in innerpolitischer, sozialer und ethischer Beziehung bedeutete. Die Historiker Morison und Commager beschreiben dies in ihrem Werk „*The Growth of the American Republic*“ (in Übersetzung erschienen bei Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart) so: „Keine stehende Armee bedrohte die persönliche, keine ständige Bürokratie gefährdete (um die Jahrhundertwende) die politische Freiheit.“ Um das Gewicht dieser Feststellung zu erkennen, bedenke man: Heute hat Amerika de facto eine stehende Armee, und heute hat Amerika eine riesige ständige Bürokratie. So ist man in der Tat versucht, in Umkehrung des Satzes von Morrison und Commager zu sagen: Heute ist die persönliche und politische Freiheit bedroht und gefährdet.

Nun, es ist auch in der Geschichte der Völker so, daß die Dinge niemals so heiß gegessen werden, wie sie nach dem Rezept der theoretisierenden Köche zubereitet werden. Aber so viel scheint doch gewiß zu sein: Es hat eine ethische Akzentverschiebung stattgefunden: Der Anspruch auf persönliche Freiheit hat relativ an Wertschätzung verloren gegenüber der vitalen Notwendigkeit, das nackte Leben zu verteidigen — zweifellos ein Reflex auf die weltanschauliche und militärische (atomare) Bedrohung durch die Sowjets. Und es ist nur natürlich, daß eine parallele soziologische Umschichtung stattgefunden hat. Gegenüber dem Sachwalter der persönlichen Freiheit — dem Parlamentarier — sind der Diplomat und der Soldat als die Vollstrecker des äußeren Schutzes der Nation an Ansehen aufgerückt.

Metaphysik statt pragmatischer Religiosität

Man kann vielleicht noch weiter gehen: Auch in der Art der Religiosität des Volkes müssen sich Wandlungen abgespielt haben. Ein Inselvolk (in einem gemäßigten Klima) betrachtet als den größten Feind des Menschen immer den Menschen selbst. Die Religion eines solchen Volkes wird daher bestimmt von moralischen und von sozialen Gesichtspunkten. Das erstere war in den Vereinigten Staaten bis zur Jahrhundertwende der Fall, und das zweite Moment — der soziale Gesichtspunkt — trat in Erscheinung, als die Industrialisierung Amerikas begann. Das „*social gospel*“ beherrschte die Religiosität Amerikas in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts.

Aus dieser Art der Religiosität mag sich auch die eigentümliche gesellschaftliche Stellung des amerikanischen Geistlichen ergeben haben. Die Überwachung der Moral ist immer nur in einem überschaubaren Kreis von Menschen möglich. Die persönliche Bekanntschaft mit den Lebensumständen jedes einzelnen der Glaubensmitglieder ist konstituierendes Element einer moralischen Kirche. Die amerikanische Geistlichkeit hat darum die Basis ihrer Macht und Stärke in der kleinen Gemeinde. Daneben spielt die Spitze der Kirche eine verhältnismäßig geringe Rolle.

Wenn nun richtig ist, daß die historische Stellung des Geistlichen in der amerikanischen Gesellschaft ein Reflex der pragmatischen Religiosität Amerikas ist, dann muß in der gesellschaftlichen Stellung des Geistlichen eine grundlegende Wandlung eintreten, wenn die Nöte des einzelnen hinter der Bedrängnis der Gesamtheit, hinter der Erkenntnis, daß die Nation als solche gefährdet ist, zurücktreten. Innerhalb der einzelnen Kirchen muß sich das Schwergewicht von dem Gemeindepfarrer auf die Spitze verlagern. Die Staatsführung selbst beginnt, nach einem — und nur einem — Hüter

der Heilsgewalten der Religion zu verlangen. Nicht der Gemeindepfarrer mit seiner Kenntnis von der Trunksucht des Gemeindemitgliedes X ist der richtige Berater der Regierung. Dazu bedarf es eines Kirchenfürsten mit Weltkenntnis.

Aber noch etwas anderes mag hier in Erscheinung treten. Der Gemeindepfarrer wird immer zu pragmatischer Religiosität neigen. Er sieht, daß das Gemeindemitglied X in Not geraten ist, und er wird versuchen, durch Geldsammlungen Abhilfe zu schaffen.

Der Kirchenfürst aber steht vor ganz anderen Problemen. Als geistlicher Beistand des Selbstbehauptungswillens der Nation ist er aus der pragmatischen Position auf die metaphysische zurückgeworfen. Gott ist keine Tablette mehr, die man gegen schlechte Moral oder gar gegen Magengeschwüre verordnet, sondern er ist der Rätselhafte, dessen Wege nicht unsere Wege sind – mit dem nur der Berufene in Kommunion zu treten vermag, eben der oberste Kirchenfürst. (Daß de facto zur Zeit in den USA christliche Religiosität sozusagen als Tablette gegen den kommunistischen Schnupfen empfohlen und verordnet wird, könnte man gut als ein Zwischenstadium der Entwicklung deuten.)

Autorität als Voraussetzung zu weltpolitischer Aktion

Mit diesen Überlegungen aber ist nicht nur dem Gedankengang dieses Versuches, sondern auch der tatsächlichen Entwicklung der Dinge in den USA vorweggegriffen.

Der Prozeß der Implizierung Amerikas in die Weltpolitik hat seit der Jahrhundertwende mehrere Stationen durchgemacht.

Der stärkste Anstoß kam zunächst vom Handel. Im Jahre 1865 betrug der Gesamtwert des amerikanischen Außenhandels rund 404 Millionen Dollar, 25 Jahre später etwas mehr als das Vierfache. Im Jahre 1876 hatten die USA das letztemal in ihrer Geschichte eine passive Handelsbilanz.

Ein zweiter Anstoß kam als Reflexbewegung auf den europäischen Spät-Imperialismus. Das wichtigste Ereignis in diesem Zusammenhang war die Eroberung der Philippinen durch die USA.

Darein mischte sich immer wieder der Missions-Gedanke. „Die Pflicht des amerikanischen Volkes nach Gottes Ratschluß“ sei, schrieb vor dem ersten Weltkrieg eine religiöse Zeitschrift, „der Welt sowohl im Diesseits als im Jenseits ein vollkommeneres Leben zu ermöglichen.“

Eine Mischung von all diesen Motiven hat zweifellos den Grund für den Eintritt Amerikas in den ersten und den zweiten Weltkrieg abgegeben. Von welcher tiefgreifender ethischer und sozialer Bedeutung dieser Entschluß war, haben Amerikas führende Staatsmänner sehr wohl gesehen.

Am Vorabend des ersten Weltkrieges hatte Präsident Wilson ein Gespräch mit dem Reporter der *New York World*, Frank Cobb. Nach der Niederschrift dieses Journalisten sagte Wilson: „Das (der Kriegseintritt Amerikas) würde bedeuten, daß wir, genau so wie die anderen, den Kopf verlieren und uns nicht mehr um Recht und Unrecht kümmern würden. Es würde bedeuten, daß eine Mehrheit unseres Volkes in dieser Hemisphäre, vom Kriegstaumel gepackt, das Denken aufgeben und ihre ganze Energie nur noch auf Zerstörung richten würde . . . Wir können nicht gegen Deutschland kämpfen und gleichzeitig die Ideale eines Regierungssystems aufrechterhalten,

an die alle denkenden Menschen glauben . . . Wenn wir erst einmal unser Volk in den Krieg geführt haben, dann wird es vergessen, daß es jemals so etwas wie Toleranz gegeben hat. Im Kampf muß man rücksichtslos und brutal sein, und so wird der Geist rücksichtsloser Brutalität jede Faser unseres nationalen Lebens durchdringen, er wird den Kongreß anstecken, sich in den Gerichten verbreiten, den Polizisten auf seinem Rundgang und den Mann auf der Straße mitreißen.“

Die Richtigkeit dieser Prophezeiung sollte sich in zwei Weltkriegen zeigen. Es wurde erkennbar, daß es in der Natur eines so abgeschlossenen Machtraumes, wie es ein riesiger Kontinent mit Inselcharakter ist, liegt, daß er im Augenblick der Gefahr keine Nuancen der Meinung duldet, daß eine absolute Uniformität entsteht, daß die Gefahr einer Diktatur heraufzieht. „Die Intelligenz des Landes wurde vollkommen niedergewalzt“, beschreiben Morison und Commager die Wirkung der amerikanischen Kriegspropaganda im Ersten Weltkrieg. Und weiter: „Es war ein Triumph geistiger Waffen (der Propaganda), wie ihn die Welt bisher noch nicht erlebt hatte, und er hatte eine geistige Einförmigkeit und eine soziale Gleichschaltung zur Folge, von deren Wirkungen sich diese Generation nie wieder vollständig erholt hat.“ (An diesem historischen Punkt wird deutlich, wie tief berechtigt die amerikanische Demokratie ist.)

Es erübrigt sich, denselben Vorgang an Hand der Ereignisse des Zweiten Weltkrieges darzustellen. Bemerkenswert ist nur, daß diesmal eine weitere Seite amerikanischen politischen Denkens stärker als zuvor in Erscheinung trat: das Gefühl der „einen“ Welt.

Dieses Gefühl ist in der amerikanischen Nation vorgebildet durch die verschiedenartige Herkunft ihrer Volkselemente. In der Tat liegt hier wohl eines der zukunftsträchtigsten Elemente der amerikanischen Geschichte.

Aber dieses Element blieb selbst im zweiten Weltkrieg ein Gefühl — wenn man spöttisch sein will: ein Sonntagsgedanke. Amerika verwirklichte ihn in der gehobenen Stimmung eines generösen Retters für die bedrängte Freiheit jenseits der Ozeane, um sich dann mehr oder weniger guten Gewissens wieder auf seine Insel zurückzuziehen.

Der wirklich entscheidende Wandel vom Gefühl zum klaren Bewußtsein der Implikation in die Querelen der Welt vollzog sich in der Tat erst in den Tagen, in denen die russische A-Bombe bekannt wurde, Tschiang Kai-schek sich nach Formosa zurückzog und der Verrat von Alger Hiss bekannt wurde.

Es ist nun durchaus begreiflich, daß Amerika gegen die Herausforderung dieser drei Tatsachen mit dem ihm geläufigen Heilmittel gegen die Nöte der Nation antwortete — mit dem Parlament. Es mußte irgend etwas von der Führung falsch gemacht worden sein, und es galt, diesen Fehler aufzudecken. Hierin liegt der Sinn der Mission McCarthys und dessen Angriff auf die Regierung, auf die Beamten, auf die Offiziere, kurz auf diejenigen Autoritäten, die man einst in Europa zurückgelassen hatte und ohne die man bis zur Jahrhundertwende ausgekommen war.

In der Tat war der McCarthyismus eine beinahe animalische Reflexbewegung auf einen, alle gewohnten Vorstellungen umstürzenden Vorgang, nämlich auf die Aufhebung des Insel-Charakters des Landes. Es gibt in der Geschichte dieser Bewegung nichts Bemerkenswerteres als die Art und Weise ihres schließlichen Zusammenbruches.

Absolut folgerichtig — im Sinne der amerikanischen Tradition — wandte der McCarthyismus sich gegen die Armee, und absolut folgerichtig — im Sinne der neuen strate-

gischen Lage der USA — unterlag sie dabei. Scharf — vielleicht sogar überpointiert ausgedrückt: Zum erstenmal in der amerikanischen Geschichte schenkte das amerikanische Volk einer Autorität mehr Glauben als sich selbst.

Die amerikanische Nation ist aus ihrem Selbstgespräch herausgelöst und mitten in die Auseinandersetzung um Weltfragen geschoben worden. Das dürfte zwangsläufig die Rolle des Parlamentariers vermindern.

Im Gespräch mit den anderen Mächten der Weltpolitik muß die Nation enger zusammenrücken, ihren nach außen agierenden Sachwaltern stärkeren Rückhalt geben. Das dürfte allen Funktionären, die mit dem Ausland zu tun haben, neue Würde eintragen — dem Staatsmann, dem Diplomaten, dem Soldaten.

Das wichtigste Anliegen eines so geschlossenen Machtraumes, wie ihn eine Insel bildet, ist das Bestreben, keine übermächtigen Autoritäten im Inlande aufkommen zu lassen. Dieses Anliegen bestimmte die bisherige Geschichte Amerikas.

Das wichtigste Anliegen eines mitten im Gedränge der Weltpolitik stehenden Volkes ist, Autoritäten zu haben, die den richtigen Kurs bestimmen, ihn nach innen vertreten und nach außen wahrnehmen. Dieses Anliegen hat begonnen, der amerikanischen Politik, der amerikanischen Ethik und der amerikanischen Gesellschaftsordnung eine neue Richtung zu geben. Es zeichnet sich ab, was Professor Brogan in *„The American Political System“* (1933) das „bonapartistische Aroma“ der amerikanischen Präsidentschaft nannte.

Die Vielvölker-Herkunft der amerikanischen Nation korrespondiert auf eine frappante Weise mit der Aufgabe einer Weltmacht unserer Tage. Die globale Schicksalsgemeinschaft und die Möglichkeit ihrer äußersten Konsequenz, die globale atomare Katastrophe, ist heute eine Tatsache. Darin liegt die amerikanische Aufgabe. Sie ist sichtbar geworden an demselben Tag, an dem der Inselcharakter Amerikas aufgehoben wurde. Amerika ist in die Weltgeschichte in demselben Augenblick eingetreten, in dem der Welt die Gefahr der Selbstzerstörung droht.

Wenn Amerika die Aufgabe, die ihm durch Herkunft und nunmehr auch durch die Herausforderung der atomaren Bedrohung zugeworfen ist, wahrnehmen will, muß es sich verändern. Zutiefst wird diese Veränderung seine Religiosität betreffen.

Man mag es als bemerkenswert bezeichnen, daß eben jetzt durch die Vereinigten Staaten eine Welle der Frömmigkeit geht. Man mag verzeichnen, daß der gegenwärtige Präsident der Vereinigten Staaten den Ausdruck religiöser Haltung liebt. Es ist aber schwer zu sagen, ob diesen Erscheinungen die Bedeutung einer Wendung zukommt. Es hat immer fromme Präsidenten gegeben, und Wellen der Religiosität sind oft über Amerika hinweggegangen. Die Frage ist, welcher Art die Religiosität unserer Tage ist — ob sie ihrem Wesen nach etwas Neues darstellt.

Vielleicht ist es in diesem Zusammenhang bedeutungsvoller, daß Amerikas führenden protestantischer Theologe Reinhold Niebuhr sich immer mehr Fragen der Außenpolitik — also Fragen der Weltzugehörigkeit Amerikas — zuwendet. Das ist in der amerikanischen Theologie durchaus neu.

Vielleicht ist es gewichtiger, daß in der amerikanischen Philosophie und Literatur nach mehr als einem halben Jahrhundert des Pragmatismus sich die Erkenntnis eines von Zweckmäßigkeitsüberlegungen unerreichbaren Waltens „höherer Mächte“ durchsetzt.

In diesen Zusammenhang gehört die Wendung, die das Denken des Harvard-Philosophen Alfred North Whitehead schließlich nahm. Von den positivistischen „*Principia Mathematica*“, die er zusammen mit Russell herausgab, geht ein eindeutiger Weg zu seiner heraklitischen Altersphilosophie. Ähnliches könnte man wohl an dem Entwicklungsgang des platonischen Katholiken George Santayana und andeutungsweise auch an Ralph Barton Perry ablesen.

Für eines der bemerkenswertesten literarischen Zeichen dieses Wandlungsprozesses mag man Herman Wouks „Die Meuterei auf der Caine“ halten.

Das Buch stellt einen Vorgang dar, dessen Modell am Anfang der amerikanischen Geschichte stand — eben eine Meuterei gegen die Autorität. Aber welches ist das Motiv dieser Meuterei? Letztlich die Erkenntnis der Geführten, daß der Führer nicht hart und rücksichtslos genug war, daß — mit anderen Worten — die Autorität nicht genug Autorität war.

Wouks Buch ist gewiß keine Apotheose der Autorität, immerhin aber eine gequälte Anerkennung, daß es ohne Autorität und ohne Disziplin nicht geht.

Diese widerwillig eingestandene Erkenntnis dürfte ziemlich treffend die Station beschreiben, bis zu der Amerika zur Zeit in der Entwicklung aus dem Zustand eines Inselvolkes zu dem eines Weltvolkes angekommen ist.

G. L. SCHANZLIN

Die Kultur des Westens ist nicht die Weltkultur

Es gibt noch keine Welteinheit

Der Verlauf politischer Geschehnisse der letzten Jahrzehnte hat auch auf dem Gebiet der Sitte und Moral große Fragen unbeantwortet gelassen. Die Kriege dieser Zeit, mehr oder weniger moralischen Zwecken dienend, erinnerten darin an die großen Befreiungskämpfe der Weltgeschichte, aber in den meisten Fällen spielten doch Handelsinteressen, wirtschaftliche und politische Probleme sowie rassische Gegensätze eine wichtige Rolle. Im Rückblick auf gewisse Folgen mancher dieser Kämpfe möchte man öfters fragen: Wer hat wen freigemacht, und warum?

Es lag in der Denkweise der Neuzeit, Mittel und Wege zu suchen zur Schaffung einer neuen Weltordnung, und die alte Völkerliga, in neuer Fassung als „Vereinte Nationen“, wurde das Monument des Neuen Bundes.

Es war die Schwäche dieser neuen Liga, daß ihre Gründung zu früh nach dem letzten großen Krieg stattfand und daß die besiegten Nationen weder Sitz noch Stimme hatten in den ursprünglichen und späteren Beratungen. Der Grund der Eile war hauptsächlich die Furcht, denselben Fehler zu begehen, der 1919 gemacht wurde, als man das Eisen schmieden wollte, nachdem die Esse ausgebrannt und das Metall erkaltet war. Aus Gründen übertriebener Vorsicht ist das Unternehmen in beiden Fällen verunglückt.

Es hätte wenig Zweck, das „Für und Wider“ politischer Weltfragen zu besprechen. In der politischen und in der moralischen Welt ist das Bild dasselbe, ein Panorama der Uneinigkeit, der Zerrissenheit und Zersplitterung. Das Kommen des Kommunismus in der östlichen Welthälfte hat nur schon vorher vorhandene Gegensätze verschärft.

Nicht der Erste, sondern der Zweite Weltkrieg war es, der offenbar machte, wie weit und in wie vielen Dingen der Osten vom Westen verschieden ist. Vorher dachte man mit Toynbee, daß die Weltkultur mit der Kultur des Westens identisch sei und daß die Zeit gekommen sei, in der die ganze übrige Welt die Ideale des Westens anerkennen solle.

Ein halbes Dutzend andere Kulturen hielt man für so überaltert und zurückgeblieben und in ihrem innersten Wesen für so unfähig, zu der vollkommenen Größe und Schönheit unseres eigenen Systems auszureifen, daß keine andere Hoffnung für die sie tragenden Völker da zu sein schien, als ihre Denkweisen und Eigentümlichkeiten gegen die unseren einzutauschen.

Die gegenwärtige Weltlage hat diesen Gedankengang gestört. Nun fängt man an, einzusehen, daß unsere eigene Weltanschauung nicht die einzig mögliche war. Gerade wie vor Jahrhunderten die christliche Welt sich messen und verständigen mußte mit der islamischen Welt von damals, so ist es auch heute wieder.

Es ist viel fremdes Gut in unsere eigene Zivilisation aufgenommen worden im Lauf der Jahrhunderte und Jahrtausende. Die Einflüsse anderer Kulturen von der Zeit der Perserkriege an durch die Jahrhunderte der Völkerwanderung mit all den späteren Zwistigkeiten zwischen Osten und Westen, all diese Zusammenstöße haben ihre Spuren deutlich hinterlassen auf der Netzhaut der Seele Europas und der Westlichen Welt. Die Griechen waren keineswegs die einzigen, von denen wir lernten, den Einfluß der Renaissance hat man vielleicht überschätzt.

Man macht sich die Sache zu leicht, wenn man annimmt, daß sich Völkerkulturen in fortwährendem und gleichmäßigem Schritt entwickeln ohne störende Einflüsse von außen oder Rückschritte und Hinderungen von innen. Wer je das europäische Mittelalter mit offenen Augen betrachtet hat, wird von der Ansicht abkommen, daß sich die Neuzeit harmonisch aus den Zuständen früherer Jahrhunderte entwickelt habe. Zu viele Beweise sprechen für das gerade Gegenteil. Dutzende von Faktoren spielten in jedem Zeitalter mit bei der Schaffung von Veränderungen und Neuerungen, die Geschichte wurden, und die übergroße Wertschätzung einzelner Perioden und Strömungen, wie etwa die der Kreuzzüge oder der Renaissance, sind vielleicht verfehlt. Von den Kreuzzügen älterer und neuerer Zeit sollte man sowieso am liebsten schweigen.

Die Massenpsychologie, die der Westlichen Welt im letzten großen Kriege aufgezungen wurde, von Hitler sowohl wie von denen auf der anderen Seite, hatte bestimmt einen halbreligiösen Charakter, und die kommunistische Weltmissionslehre ist kaum verschieden. Der Gott dieser Welt ist der Mensch selber, das ist ungefähr die Philosophie, die solchen Weltprogrammen zugrunde liegt. Aber, der im Himmel sitzt, lachtet ihrer, und der Herr spottet ihrer. Welteinheit wird nicht erreicht werden, bis die großen Prinzipien der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit weiter anerkannt sind, als sie in diesen Jahren des Wirrwarrs, des geistigen, geistlichen und moralischen Irrtums anerkannt wurden.

Zeitweilige Vereinigungen von Staaten und Nationen zwecks Erreichung von Zielen gemeinsamer oder verschiedener Art, wie etwa im Siebenjährigen Krieg und wieder in unserer Zeit, sind immer von kurzer Dauer gewesen. Auf niedrigeren Stufen der Zivilisation, ehe kleinere Verbindungen von ursprünglichen Stämmen wie etwa der italischen Völkerschaften in der Römerzeit das Stadium geschlossen nationaler Ent-

wicklung erreicht hatten, sind eine andere Sache. Hier war eine Verschmelzung der gesellschaftlichen Eigenarten und ein Aufgehen im größeren Verband, dem Staat, möglich und tunlich.

In diesem Sinne ist weder das spanische Weltreich Karls des Fünften noch das der Königin Victoria von bleibender Bedeutung geworden für die Teile dieser beiden Reiche, die entweder selbständige nationale Traditionen hatten oder sich solche aneigneten wie etwa die gegenwärtigen Staaten Zentral- und Südamerikas. Man könnte vermuten, daß in all den Plänen für eine neue Weltordnung die historischen Beispiele der Vergangenheit unverstanden geblieben sind. In jedem Falle, bis zu den Verbündeten, die für den Sturz Napoleons aufgeboten waren, waren solche Bündnisse zeitweilige Verbindungen und führten nie zu bleibenden Vereinigungen, — weder auf politischem und gesellschaftlichem noch auf kulturellem Gebiet. Mit Ausnahme der Schweiz, wo Deutsch, Französisch und Italienisch sprechende Kantone in einem gemeinsamen Staatswesen aufgingen, ist kein anderer Fall seit dem Mittelalter bekannt, daß sich Nationen als sprachlich und traditionell geschlossene Verbände zu neuen, größeren Staatswesen zusammengeschlossen haben.

Ostasien ist eine Zweite Welt

Die Westliche Welt findet sich heutzutage im Gegensatz zu der großen ostasiatischen Welt, das ist das Kennzeichen der gegenwärtigen Lage. Das Bild in diesen letzten zehn oder fünfzehn Jahren hat sich so unerwartet verändert, daß man unsere Gegenwart als das Zeitalter großer Kontraste bezeichnen könnte. Nicht länger handelt es sich um Fragen geringeren Maßstabes, um Gruppen oder Völker, die teilweise durchdrungen, teilweise wenigstens beleckt sind von westlicher Kultur, wie etwa die Türkei oder Pakistan, sondern um machtvolle Kulturkreise eigener Art.

Daß China nach dem Zusammenbruch der Mandschu-Herrschaft nicht ganz die chaotische Welt war, wie wir es uns vorstellten, scheint glaublich. Auch die Mandschu-Periode war vielleicht keineswegs das Zeitalter eines bezopften Barbarismus. Die dritthalb Jahrhunderte dieser letzten Dynastie sind jedenfalls nicht bloß Zeiten des Verfalles gewesen, sondern unter den großen (ursprünglich) Mandschu-Kaisern auch Perioden großer geistiger Regsamkeit. So wenig der moderne Durchschnittschinese etwa die Zeit europäischer Geschichte von 1618 bis 1918 verstehen wird, so wenig sollten wir uns anmaßen, über chinesische Ereignisse desselben Zeitraumes zu Gericht zu sitzen. Wir haben zu wenig gemeinsamen Hintergrund, um unparteiisch unterscheiden und verstehen zu können.

Man betrachte ein Verzeichnis biographischer großer Namen in der Weltgeschichte, publiziert ums Jahr 1850 oder so, und man wird eine große Anzahl von Namen großer Wichtigkeit und Bedeutung vermissen, die uns heute bekannt sind. Und umgekehrt, in den großen Nachschlagewerken der chinesischen Literaturgeschichte und in historischen Werken anderer asiatischen Völker werden Hunderte von Namen aus der Westlichen Welt fehlen und gänzlich unbekannt sein. Wir sind noch weit und lange davon entfernt, von Weltliteratur, Weltgeschichte und Weltkultur reden oder prahlen zu dürfen.

Abu Abdallih Mohammed ibn Musa al Khowarazmi (9. Jahrhundert n. Chr.) z. B. war der große Mathematiker, dem wir die arabischen Zahlen (eigentlich indischen Ursprungs) und das Dezimalsystem verdanken. Die großen arabischen Meister der Heilkunde und der Naturwissenschaften verdienen in unserem Verständnis der geschichtlichen Zivilisation einen größeren und weiteren Platz, als ihnen gewöhnlich vergönnt ist. Was die Chinesen und die Japaner geleistet haben in allen diesen Stücken, harret ebenfalls noch auf bessere und allgemeinere Anerkennung.

Und dann die Sprachverschiedenheit! Die großen Kulturkreise der Geschichte waren in jedem Fall die Schauplätze besondersartiger Sprachentwicklung. Sprache und Schrifttum innerhalb der Grenzen jedes Landes sind das hauptsächlichste Kennzeichen jeder kulturellen Entwicklung. Die Sprachgrenzen decken sich meistens mit den politischen Grenzen, nach innen ist die Landessprache ein Hauptbindemittel des nationalen Lebens, nach außen aber sondert sie ab von auswärtigen völkischen Gruppen.

Der Kontrast zwischen den Sprachen des Westens und denen der ostasiatischen Welt ist groß, größer als die Unterschiede zwischen modernen europäischen Sprachen einerseits und den Sprachen der islamischen Welt zum Beispiel. Es ist leichter zu ahnen oder zu wissen, was der persische Name Reza Pahlevi bedeutet oder irgendein indischer Name wie Mohandas Karamchand Gandhi als Namen wie etwa Wang Tsching-wei oder Tsching Tschung-ming oder irgendein japanischer Personennamen.

Nicht bloß sind die Länder Ostasiens am entferntesten von den Sprachgebieten des Westens, außer der geographischen Entfernung besteht eine große Kluft zwischen den zwei Welthälften auf den Gebieten der Rasse, traditionellen Denkart, Redeweise und moralischen Begriffe.

Japan hatte sich eine Stelle erworben unter den Großmächten der Welt, und auch China war neuerdings wieder ein Ehrenplatz zugeordnet am Tisch der Weltpolitik. Die Zeit ist noch nicht lange her, als Japan in Angelegenheiten der Westlichen Welt wie der Aufteilung Kleinasiens 1920 oder der Verteilung deutscher Gebiete 1919 als Berater mitwirkte. Es fiel niemand auf zu der Zeit, wie ungereimt weltumspannende Abmachungen wirklich waren. Sie erinnern an das Jahr 1493, als der Schiedsspruch Alexanders des Sechsten die Ozeane des Erdballs mit allem Zubehör zwischen Spanien und Portugal verteilte. Schon damals hat bald darauf die Konkurrenz anderer Staaten solche Anmaßungen korrigiert.

Die Religiosität scheidet die Kulturen

In Weltangelegenheiten ist das religiöse Problem scheinbar auf die zweite Stufe versetzt, wenn man von religiösen Prinzipien reden will. Schon lange hat der Sozialismus erklärt, daß die Religion Privatsache sei. Sozialistisches Denken nimmt heute einen viel größeren Platz ein, als das vor etwa 50 Jahren noch der Fall war. Das heißt, hier im Westen hat man die scharfe Unterscheidungsgabe verloren zwischen den diesseitigen und den jenseitigen Dingen in der Gedankenwelt und im täglichen praktischen Leben. Das soll nicht sagen, daß der „*Westerner*“ weniger tief fühlt als seine unmittelbaren Vorfahren, aber die Betonung liegt heute auf ganz anderen Seiten der menschlichen Erfahrung. Es handelt sich in vielen Fällen kaum mehr um das Seelen-

heil der Einzelnen, sondern um das zeitliche Wohl aller. Das ewige Wohl wird nicht eigentlich abgeleugnet oder verneint, es spielt aber eine geringe Rolle in der Reihe der Angelegenheiten, die dem modernen Menschen wichtig erscheinen. Man denkt, redet und fühlt im Maßstabe der größeren Zahl eher als mit Anwendung religiöser und moralischer Werte auf das Leben von Individuen.

Wie weit die Religionsbegriffe der mohammedanischen Welt den auflockernden Einflüssen modernen Denkens der Westlichen Welt widerstanden haben, ist schwer zu sagen. Der Jenseitsglaube dieser Religion sollte wenigstens der Verflachung religiösen Denkens und Fühlens einen starken Widerstand entgegensetzen. Wenn man die islamischen Völker des westlichen Asien und Nordafrikas als Angehörige des westlichen Kulturkreises zählen will, so darf man doch die fundamentalen Unterschiede des religiösen Gemütslebens nicht übersehen. Das religiöse und weltanschauliche Denken des Morgenländers wird sich in diesen letzten Jahrzehnten dem Standpunkt der leitenden Gedankenwelt des Westens wenig angenähert haben. Die Annahme äußerer Formen westlichen Fortschrittes in Erziehung, Gesundheitspflege und dem sozialen Leben sind möglich, ohne daß die Struktur des inneren Geisteslebens sich viel verändert. Die Begriffe Bildung und Kultur sind wohl im Osten weniger in Gefahr, miteinander verwechselt zu werden als bei uns.

Eines der bedeutendsten Geschichtswerke des 18. Jahrhunderts ist wohl Gibbons große Geschichte über den Verfall und Untergang des Römischen Reiches vom 2. Jahrhundert n. Chr. bis zur Einnahme Konstantinopels durch die Türken im Jahre 1453. Es behandelt die Geschichte Europas in dieser langen Periode. Und doch ist es eine Art Universalgeschichte, da es wenig oder nichts enthält oder überhaupt enthalten könnte, was außerhalb der geographischen Grenzen der früheren antiken Welt liegt. Es ist aber jedenfalls die Geschichte Roms und Ostroms so, wie das vom europäischen Standpunkt im 18. Jahrhundert möglich war. Unsere großen historischen Daten wie etwa 1688, 1763, 1776–83, 1789, 1815, 1870–71 kann man kaum als Daten der Weltgeschichte bezeichnen, falls man in dieselbe Reihe Daten einschließt, die in anderen Teilen der Erde für Nationen und Länder von gleich großer Bedeutung sind und waren wie unsere eigenen Daten. Das historische Panorama der Weltgeschichte hat heute viel weitere Grenzen als zur Zeit Gibbons, und wir sind heute näher der Zeit, wenn die Menschheitsgeschichte umfassender dargestellt werden kann. Eine solche Universalgeschichte wird größere Reihen von Bänden füllen als die bis jetzt größten Geschichtswerke. In vielen Fällen ist das vorhandene Material zu gering, um feste Daten zu erreichen oder Ereignisse streng chronologisch feststellen zu können. Jedenfalls ist man heute in solchen Dingen jeder früheren Periode weit voraus. Größere Welteinheit wird möglich werden, wenn man erst besser im klaren darüber sein wird, was in jedem Gebiet und in jeder Gegend, wo Zivilisation herrscht oder geherrscht hat, die Gründe historischer Vorkommnisse waren. Es muß einem auffallen, wie wenig Europa von Asien wußte und auch umgekehrt, trotz Jahrtausenden kultureller Entwicklung und Geschichte in beiden Räumen. Aus geographischen Gründen der Entfernung, und mehr wegen der trennenden Grenzwälle der Verschiedenheiten des Volkstums und der Tradition, Sitte, Religion und Art sind wir heute so verschiedenartig, wie wir sind, ob wir uns damit zufrieden geben wollen oder nicht.

Weltmacht China

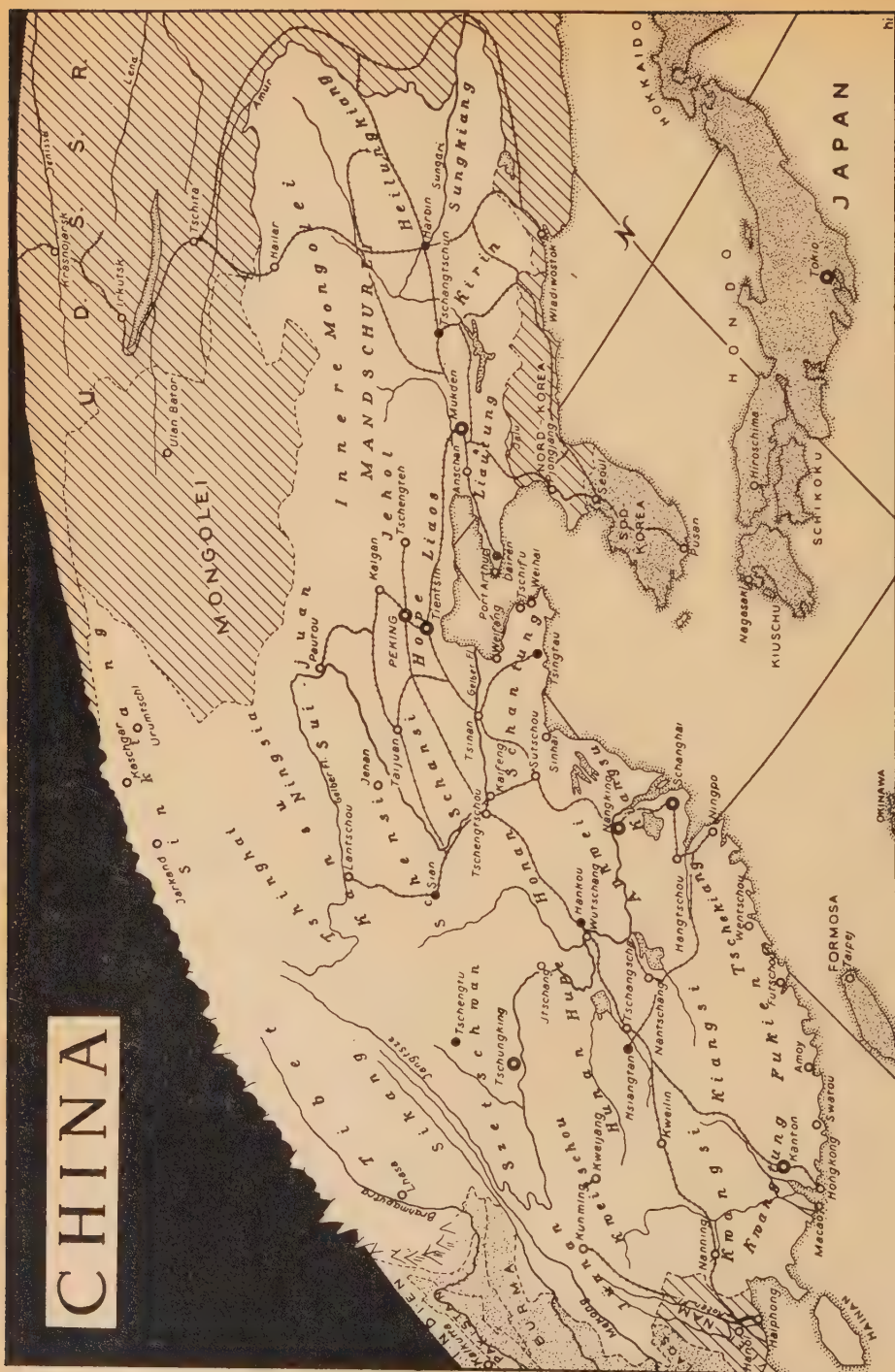
Während das chinesische Volk mit einer in seiner bisherigen Geschichte unbekannten Dynamik in neue Lebensformen gedrängt wird, soll es nach dem Willen seiner Machthaber auch jene weltpolitische Bedeutung erlangen, die ihm nach seiner Größe, seinem Alter und seinen Fähigkeiten zukommt. Gewaltig steht der Koloß vor der freien Welt, der ihr um so drohender erscheint, als sich von der beunruhigenden Betriebsamkeit, die heute innerhalb Chinas vor sich geht, so vieles ihrer Kenntnis entzieht. Der „Bambusvorhang“, den das gegenwärtige Regime um die Grenzen des Landes gezogen hat, bildet eine wirksamere Schranke gegen neugierige Fremdlinge, als es die himmelragenden Gebirge, die Wüsten, die Große Mauer und das Meer jemals gewesen sind.

Dennoch, was wir von Chinas natürlicher Beschaffenheit, was wir von seinen Menschen und den Problemen wissen, denen sich jede chinesische Regierung gegenübergestellt sieht, was schließlich die Erfahrungen der aus China kommenden Menschen und nicht zuletzt die amtlichen Veröffentlichungen an Anhaltspunkten bieten, das sollte die Bildung einiger wesentlicher Grundbegriffe über das neue China ermöglichen.

Von der Vorzeit bis 1954

Die Chinesen, die ihr Land *Dschung-Guo* (Land der Mitte) nennen, sind die Träger einer außerordentlich dauerhaften Kultur, deren schriftliche Urkunden bis in das dreizehnte vorchristliche Jahrhundert zurückreichen. Seine kulturelle und machtpolitische Höhe erreichte China im 7. und 8. Jahrhundert unserer Zeitrechnung. Der Zusammenprall mit dem Westen vor mehr als hundert Jahren hat den langen kulturellen Niedergang zur Krise geführt und das Land in politische Bedrängnis gebracht. Nach dem Sturz der letzten Kaiserdynastie im Jahre 1912 wurde schließlich die von Sun Yat-sen 1919 gegründete *Kuomintang*, die Nationale Partei, stärkster Anwärter auf die Staatsmacht. 1921 wurde die Kommunistische Partei gegründet, und mit sowjetischer Hilfe bildeten die beiden 1924 eine Koalition. Tschiang Kai-shek, der die Nachfolge Sun Yat-sens in der *Kuomintang* antrat, brach 1927 mit den Kommunisten. Nationalisten und Kommunisten standen seit jener Zeit im Krieg miteinander, und dieser Krieg war nur während der japanischen Besetzung und während des von General Marshall 1946 unternommenen Vermittlungsversuchs unterbrochen. Im Sommer 1950 waren die Nationalisten endgültig vom Festland nach Formosa abgedrängt worden.

Die Festigung der Macht war die Grundnote aller kommunistischen Tätigkeit zwischen 1949 und 1954. Der alte Landadel und die städtische Plutokratie (von den Kommunisten „bürokratische Kapitalisten“ genannt) wurden vernichtet. Eine großangelegte Bodenreform wurde 1952 beendet. Eine mit ungeheurem Kraftaufwand betriebene Umerziehung sollte das Volk nach marxistischen Grundsätzen gleichschalten und ihm nationale Gesinnung beibringen. Im September 1954 verkündete die Regierung eine Staatsverfassung, damit anzeigend, daß die innerpolitische Konsolidierung beendet sei und daß jetzt China in die Periode des Sozialismus übergehe.



Zwischen dem Stillen Ozean und der Sowjetgrenze

Mit einer Bodenfläche von 9 597 500 qkm (einschließlich Tibet) ist China beinahe genau so groß wie Europa. Sein nördlichster Punkt liegt auf der Breite Berlins, sein südlichster auf der von Dakar in Westafrika. Die großen Entfernungen hemmen, weil die modernen Verkehrsmittel nicht ausreichen, die Verbindungen. Das Land hatte Ende 1954 nur 24 900 km Eisenbahnen (davon beinahe die Hälfte in der Mandschurei), 138 500 km Autostraßen und 93 500 km schiffbarer Wasserwege. Doch treiben die Kommunisten den Bau von Bahnen und Straßen wuchtig vorwärts.

China grenzt an Korea, Sibirien, die Äußere Mongolei, die zentralasiatischen Republiken der Sowjetunion, Afghanistan, Indien, Burma und Indochina. Es hat eine lange gemeinsame Grenze mit der Sowjetunion und eine ebenso lange Küste am Pazifik (7800 km). Die Nationalisten benützten die Küste zum Handel mit der Südsee und mit dem Westen, konnten aber dabei den sowjetischen Einfluß in der Mongolei und im Grenzland Sinkiang nicht unbeachtet lassen. Die Kommunisten legten von Anfang keinen Wert auf den Überseeverkehr (sowenig wie auch das vorrepublikanische China), sondern richteten ihre Expansion ins westliche Inland, hauptsächlich in der Richtung auf die Sowjetunion (was auch einer der Gründe für die Wahl Pekings als Hauptstadt war). Sie begnügen sich mit der Verteidigung der Küste. Dafür begünstigt die gemeinsame Grenze mit der Sowjetunion eine militärische Hilfe zur Förderung des Kommunismus in Ostasien.

China zeigt große Unterschiede in der Bodengestaltung und Vegetation. Den erhabenen Bergriesen Tibets steht die dürre Turfan-Depression von 300 Meter u. d. M., der großen Gobiwüste die üppige Vegetation des Kantondeltas gegenüber. Zwischen dem Jangtse und dem Huangho, zweien der größten Flüsse der Welt, die vom Westen nach Osten fließen, liegt ungefähr die Linie, die das grüne Mosaik des reisanbauenden Südens vom lößbraunen Land des weizen- und hirseanbauenden Nordens trennt. Drei Viertel von Chinas Fläche bestehen aus Bergen und unfruchtbaren Hochflächen mit über 1000 m Höhe, und nur ein Sechstel sind Ebenen von weniger als 500 Meter ü. d. M. Somit besteht ein scharfer Mangel an anbaufähigem Land.

Die Nähe der eurasischen Landmasse und die des Stillen Ozeans bestimmen das Klima. In den Wintermonaten strömt trockene, arktische Luft aus dem Norden und Nordwesten ein, im Sommer feuchte, warme Luft aus dem Süden. Im Sommer ist es sowohl im Norden wie auch Süden heiß. Die Julidurchschnittstemperatur von Mukden in der Mandschurei liegt nur 6° C unter der von Kanton, während sie im Januar 25 – 30 Grad darunter liegt. Die Niederschläge sind im Süden viel größer als im Norden, der immer entweder von Dürren oder von den durch starke Verschlammung des Huangho verursachten Überschwemmungen bedroht ist. Der Süden kann deshalb wegen seiner höheren Produktivität eine größere Bevölkerung ernähren als der Norden.

Das Land erzeugt außer verschiedenen Getreidearten Baumwolle, Sojabohnen (und andere Ölsaaten), Tee, Seide, Wolle und Felle. China hat bedeutende Reserven an Kohle (vom chinesischen Geologischen Institut 1932 auf 246 Mrd. t geschätzt), Antimon und Wolfram. Eisenerzlager von erheblichem Ausmaß sind vorhanden, doch müssen die bekannten Reserven für ein Land mit so großer Bevölkerung als klein

angesehen werden (nach Tegengren 1 Mrd. t). Die meisten Geologen stimmen überein, daß China keine größeren Erdölvorkommen hat. Die Rohstoffbasis Chinas dürfte nur den Aufbau einer kaum mehr als mittelgroßen Industrie gestatten.

Über 500 Millionen

Die größten Reserven, die China besitzt, liegen in seiner Bevölkerung. Auf dem Festland wohnen, nach einer von den Kommunisten mit dem 30. Juni 1954 als Stich-tag durchgeführten (in ihrer Richtigkeit von ausländischen Fachleuten stark bezweifelt) Zählung, 574,2 Millionen dieser nüchternen, arbeitsamen und fähigen Menschen. Am dichtesten sind die nordchinesische Ebene, das westchinesische Szetschuan-Strombecken, das untere Jangtsetal und das Kantondelta bewohnt. Seit Jahrtausenden drängt sich das Volk an einen verhältnismäßig kleinen Teil des verfügbaren Ackerlandes. Möglichkeiten, die anbaufähige Fläche zu erweitern, sind beschränkt. Einem ungeheuer großen Menschenreservoir, aus dem die gegenwärtigen Machthaber für ihre Massenheere und Fabriken nach Belieben schöpfen können, steht eine sehr niedrige Lebenshaltung gegenüber. Nach amtlicher Angabe vermehrt sich die Bevölkerung um jährlich 12 Millionen.

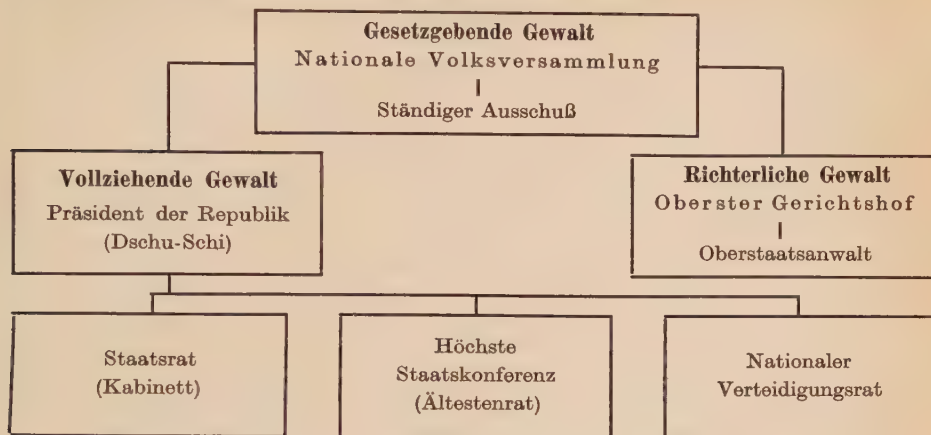
Obzwar die chinesische Kultur seit langem im Verfall war, bestimmte das alte konfuzianische Lehrsystem, bei Erhaltung der meisten überlieferten Lebensformen, bis in die jüngste Zeit weitgehend das Verhalten des einzelnen Chinesen. Dagegen läuft nun der Kommunismus Sturm. Die wirtschaftliche Revolution, die neuen Freiheiten für die Frau, die Jugendverbände, die Gewerkschaften, die „Studiengruppen“ und die „revolutionären Universitäten“ sollen alles Überlieferte zerstören und dem Volk die neuen Lebensformen und die neue Sittlichkeit aufdrängen. Gleichzeitig wird alles getan, um das ausgebreitete Analphabetentum einzuengen. Das mächtige Vortreiben der Industrialisierung und der aufgeblähte Regierungsapparat zwingen zu einer überhasteten Gründung von Universitäten und Technischen Hochschulen (1953 gab es 182 Hochschulen mit 220 000 Studenten).

Freiheit der Religion ist durch die Verfassung verbürgt. Doch bemüht sich die amtliche Propaganda, Religion mit Aberglauben gleichzusetzen. Mohammedaner, von denen es in China ungefähr zehn Millionen gibt, werden von dieser Propaganda verschont, — auch die Christen, die heute vier Millionen zählen. Ihnen freilich wird die Gründung von „einheimischen“ Kirchen nahegelegt, wodurch der Einfluß der fremden Missionen, soweit es einen solchen heute noch gibt, zerstört wird.

Die Volksrepublik

Die Chinesische Volksrepublik wurde am 1. Oktober 1949 in Peking ausgerufen. Nach dem Wortlaut der Verfassung ist „China ein volksdemokratischer Staat, geführt von der Arbeiterklasse, (aber) ruhend auf dem Bündnis von Arbeiter und Bauer“. Die Rechte der „kleinbürgerlichen“ und „nationalbürgerlichen“ Klassen werden von der Verfassung geschützt. Auch dürfen die sogenannten Koalitionsparteien (Revolutionsausschuß der Kuomintang und Demokratische Liga) weiterbestehen, doch ist ihnen die Werbung von neuen Mitgliedern bei Arbeitern, Bauern und bei der Jugend untersagt. In Wahrheit ist China, genau so wie die Sowjetunion und die Ostblockländer, eine absolute Diktatur der Kommunistischen Partei, die ihre Befehle von der Partei-

Hierarchie, mit Mao Tse-tung an der Spitze, erhält. Eine sorgfältig ausgearbeitete staatliche Organisation sorgt für die demokratische Fassade. Nach der Verfassung gliedert sich die Regierungsmacht nach folgendem Schema:



Eine durch allgemeine Wahlen hervorgegangene Nationale Volksversammlung mit 1200 Abgeordneten ist (wie auch der Oberste Sowjet) nominell das höchste Organ der Staatsmacht. Ein kleiner Ständiger Ausschuß (wie das Präsidium in der Sowjetunion), geführt von Liu Schao-tshi, führt die Geschäfte der Volksversammlung. An der Spitze der vollziehenden Gewalt steht Mao Tse-tung als Präsident (*Dschu-Schi*) der Chinesischen Volksrepublik, mit Tschu-Tö, dem Oberkommandierenden der Streitkräfte, als Vizepräsidenten. Der Präsident verkörpert die Nation in auswärtigen Angelegenheiten, und „in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Volksversammlung und ihres Ständigen Ausschusses“ erklärt er den Kriegszustand und ernennt er den Ministerpräsidenten. Die Höchste Staatskonferenz, eine Art Ältestenrat, wird nur im Bedarfsfall einberufen. An ihr nehmen der Präsident, der Vizepräsident, der Vorsitzende des Ständigen Ausschusses der Volksversammlung und der Vorsitzende des Staatsrats (Ministerpräsident) teil. Mao ist auch Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates. In diesem ist das Amt für Öffentliche Sicherheit (Polizei) eingebaut.

Die Schlüsselmänner der chinesischen Politik sind die Mitglieder der Höchsten Staatskonferenz, also Mao Tse-tung, Tschu Tö, Liu Schao-tshi und Tschou En-lai. Keine sichtliche Rivalität besteht zwischen diesen vier Männern. Mao hat unbedingte Autorität. Die Staatsführung steht zweifellos gut fundiert da.

Es ist das Bestreben der staatlichen Planung, die bestehende gemischte Wirtschaft von staatlichen, staatlich-privaten (50prozentiger Interessenteil des Staates), genossenschaftlichen und privaten Unternehmensformen so schnell wie möglich in eine vollsozialisierte überzuführen. Der Außenhandel ist praktisch staatliches Monopol. Der Staat verwaltet die Geldinstitute, die ganze Schwerindustrie, einen großen Teil der Leichtindustrie, das Verkehrswesen und ein kompliziertes Netz von Handelsmonopolen. Die Privatwirtschaft umfaßt noch einen Teil der Industrie (wobei freilich die Aufträge fast nur vom Staate kommen) und den Kleinhandel, der vollständig von den staatlichen Warenverteilungsstellen abhängt, Preise für Lebensmittel und Gegenstände des täglichen Gebrauchs sind staatlich festgesetzt.

Das Ziel des Regimes ist eine schnelle Industrialisierung mit dem Hauptgewicht (wie in anderen kommunistischen Ländern) auf der Schwerindustrie. Sie kann gegenwärtig nur mit Hilfe der Sowjetunion, durch Lieferung von Fabrikeinrichtungen und Entsendung von technischen Beratern, erreicht werden. Aber selbst bei großzügiger sowjetischer Hilfeleistung erwartet die Regierung erst für 1959 eine Industrieproduktion, die der Produktion der Sowjetunion von 1932 gleichkommt. Das Anwachsen der Energie- und Stahlerzeugung und das angestrebte Ziel wird an folgenden Zahlen gezeigt:

Energie:	1949	1954	1959 (Ziel)
(in Mill. Kwh)	4,3	10,8	13,5
Stahl			
(in Mill. Tonnen)	0,2	2,2	5,9

Die zentral geplante industrielle Entwicklung soll, nach sowjetischem Muster, mit der Kollektivierung der Landwirtschaft Hand in Hand gehen. Die Bodenreform, 1952 abgeschlossen, hatte den Zweck, die Bauern als Vorspann für die Machtergreifung durch die Kommunisten zu gewinnen. Es wurde den Großgrundbesitzern alles und den „reichen“ Bauern Land, das mehr als 4 Hektar betrug oder das sie nicht selbst bebauten, weggenommen (Unterschiede der Lage und der Ertragsfähigkeit des Bodens wurden in Betracht gezogen). Das so frei gewordene Land wurde an Bauern, die nur 0,2 Hektar Land und weniger oder keines besaßen, zugeteilt.

Gegenwärtig jedoch hat die Kampagne zur Kollektivierung der 50 Millionen Bauernwirtschaften allen Ernstes begonnen, wobei die Kommunisten mit einer Durchführung in zehn Jahren rechnen. Der Ausgang des stillen, aber zähen Kampfes zwischen Regierung und Bauer, der jetzt seine Besitzrechte nicht aufgeben will, wird entscheidend für das Fortbestehen des Regimes sein.

Schon kurze Zeit nach der Machtübernahme konnten die Kommunisten die von der *Kuomintang* zurückgelassene, vollkommen zerrüttete Währung stabilisieren und sie bis heute stabil halten. Die Steuern sind durchwegs höher als unter der *Kuomintang* und werden mit einer früher in China unbekannten Unnachsichtigkeit eingetrieben. Der chinesische *Yuan* wurde am 1. März 1955 umgewertet; aus Y 10,000 wurde Y 1,—. Die amtliche Umrechnungsrate ist gegenwärtig Y 1,— = DM 1,80. Der Staatshaushalt für 1954 betrug 232 Billionen *Yuan* (41,1 Milliarden DM).

Ob auf dem Lande oder in der Stadt, — der Durchschnittschinese lebt auf engstem Wohnraum zusammengepfercht. Seine Lebenshaltung ist, selbst verglichen mit der der ärmsten Westländer, unvorstellbar niedrig. Tuberkulose und Trachom sind auch heute, unter den sehr verbesserten Krankheitsbekämpfungsmaßnahmen der Kommunisten, noch sehr verbreitet.

Die Lebenshaltungskosten werden vom Staat mittels fester Kleinhandelspreise niedrig gehalten, doch ist der Verkauf von Reis (DM 0,52 das Kilo bei einer monatlichen Durchschnittszuteilung von $6\frac{3}{4}$ Kilo) und anderen Getreidearten, Speiseöl, Kohle und Baumwollstoffen rationiert. Löhne und Gehälter sind entsprechend niedrig. Ein leitender Ingenieur erhält zwar den Gegenwert von DM 270 und ein Hochschulpfessor 180 bis 240 DM im Monat, aber schon der gewöhnliche staatliche Angestellte nur 55 bis 100 DM. Ein gelernter Arbeiter verdient 60 bis 80 DM (Aktivisten freilich

das mehrfache davon) und ungelernete 40 DM. Höhere Berufsstände verdienen heute mehr als unter der *Kuomintang*, so daß die Kommunisten keinen Widerstand von Seiten dieser Gruppen zu befürchten brauchen.

Das „Volksbefreiungsheer“

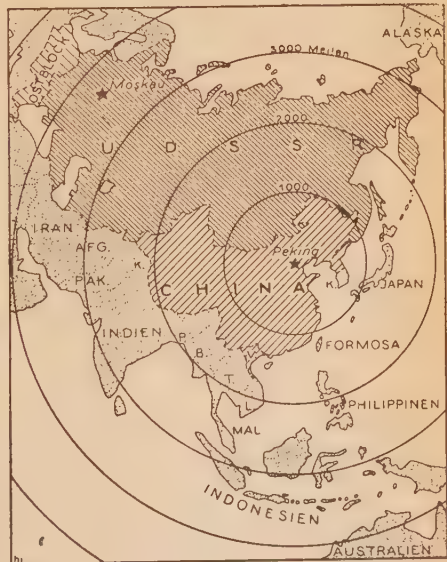
Die oberste Heeresleitung ist der Nationale Verteidigungsrat, dessen Vorsitzender Mao Tse-tung ist. Oberkommandierender der Streitkräfte (die amtlich „Volksbefreiungsheer“ heißen) ist Tschu Tö-h. Die chinesische Wehrmacht steht also unter der vollen Kontrolle des Präsidenten und des Vizepräsidenten der Volksrepublik.

Das stehende Heer wird auf 250 Divisionen von je 10 000 Mann geschätzt, wozu noch eine sogenannte Sicherheitstruppe (Miliz) von einer Million Mann gerechnet werden muß. Die Flugwaffe dürfte aus 2500 bis 3000 Einheiten, davon ein Drittel Düsenjäger bestehen. Die Marine steht in den Anfängen der Entwicklung, doch sind die 5000 bis 10 000 seefesten Dschunken (davon vielleicht die Hälfte dieselangetrieben) mit je 50 bis 70 Mann Besatzung und mit Grabenmörsern und 40 mm-Geschützen bewaffnet, eine nicht zu unterschätzende Angriffsarmada. Im ganzen muß von der chinesischen Wehrmacht gesagt werden, daß ihre Schlagkraft, trotz der großen Menschenreserven und der guten Disziplin bei den Feldtruppen, wegen des unentwickelten industriellen Potentials Chinas viel geringer ist, als es die Kommunisten glauben machen wollen. Die Mechanisierung der Streitkräfte hängt weiter fast ganz von sowjetischer Hilfe ab.

Freunde, Neutrale, Feinde

Mit der Sowjetunion und den Ostblockstaaten sind die Beziehungen, wenigstens an der Oberfläche, äußerst herzlich. Von dort erwartet und erhält China die Hilfe für seine im Aufbau begriffene Industrie und für die Mechanisierung seiner Wehrmacht. Bei den „Neutralen“, wie bei Indien, Burma und Indonesien, versucht die Peking-Regierung mit allen Mitteln, Freunde zu werben. Gegenüber den Westmächten hat sich ihre politische Einstellung dauernd geändert (wenn auch nicht im Grundsatz, da die chinesischen Kommunisten, als fanatische Marxisten, jedes nichtkommunistische Land als potentiellen Feind ansehen). Die wichtigste Konstante ihrer Außenpolitik ist die Feindseligkeit gegenüber den Vereinigten Staaten. Genau wie im Falle der Sowjetunion, versucht China durch dauerndes Herausstreichen der Handelsmöglichkeiten zwischen ihm und dem Westen, Rivalität unter den westeuropäischen Industrieländern hervorzurufen.

Wir wissen, daß die chinesischen Kom-



munisten ungeheuer große revolutionäre Energien ausgelöst, daß sie sich eine gut disziplinierte Armee geschaffen, mit ihrer Hilfe und mit Hilfe einer wirksamen Parteiorganisation, mit Anwendung von Gewaltandrohung, Überredung und Propaganda ihre Macht verhältnismäßig schnell gefestigt und sich die Unterstützung eines großen Teils der Bevölkerung, besonders der Jugend, gesichert haben.

Aber es bleiben viele Fragen offen, deren Beantwortung der Zukunft überlassen werden muß. Eine innenpolitische Frage ist: wird es den Kommunisten gelingen, ihre Formen der politischen Organisation dem chinesischen Volk als ganzem aufzuzwingen, oder werden die angeborene Abneigung und der traditionelle Widerstand der Chinesen gegen strenge Disziplin, straffe Organisation und harte Kontrolle sich am Ende behaupten? Außenpolitische Fragen sind: wie weit wird China in Zukunft mit der Sowjetunion in der Förderung des Weltkommunismus gehen? Wird es schließlich mit Moskau brechen und seinen Aufbau durch eine Annäherung an den Westen zu betreiben suchen? Wird es mit der Losung „Asien für die Asiaten“ mit Indien um die Vorherrschaft im südostasiatischen Raum wetteifern?

Von der Beantwortung dieser Fragen mag der Gang der Weltgeschichte in den nächsten Jahrhunderten abhängen.

Die katholische Mission in China

Die am 23. Dezember 1954 im *Osservatore Romano* veröffentlichte Enzyklika „*Ad Sinarum gentem*“ ist in der westlichen Welt kaum bemerkt worden. Es ist ebenso fraglich, ob sie das Ohr derer, an die sie gerichtet war, überhaupt erreicht hat oder ob sie ebenso echolos bleiben wird wie der Apostolische Brief „*Cupimus imprimis*“, den Papst Pius XII. im Januar 1952 an die chinesischen Katholiken gerichtet hat. Beides ist symptomatisch für die gegenwärtige Situation der katholischen Kirche in China, über deren Widerstand gegen das herrschende Regime man sich nur aus einem Mosaik kleinster und oft genug einander widersprechender Meldungen annähernd unterrichten kann, sofern diese spärlichen Nachrichten unter dem übermächtigen Schatten der weltpolitischen Spannungen überhaupt bemerkt werden.

Dabei besteht ein enger, allzuenger Zusammenhang zwischen dem Zusammenbruch der Chinamission und der neueren Geschichte europäisch-amerikanischer Ostasienpolitik. Genau 400 Jahre nach Beginn des großangelegten Missionswerkes scheint sein vorläufiges Ende bevorzustehen, und die Zukunft muß erweisen, ob und wie weit der chinesische Klerus und die Gläubigen ohne Verbindung mit Rom und ohne Unterstützung durch die westlichen Mis-

sionswerke ihren Glauben und ihr Recht wahren und verteidigen können.

Bereits im 7. Jahrhundert war das Christentum in Form des Nestorianismus nach China gelangt, ist bis zum 14. Jahrhundert jedoch wieder völlig verschwunden. Nach dem Vordringen von zwei Franziskanerpatern bis in die Mongolei im 13. Jahrhundert kam als erster katholischer Missionar Johann von Montecorvino 1294 nach China, von anderen Mönchen wird aus Tjüantschaou, Hangtschou und Jangtschou berichtet.

Diese ersten Positionen konnten unter der fremdenfeindlichen Mongolendynastie (1280—1368) offenbar nicht gehalten werden, denn weder der mit dem Gründer des Jesuitenordens, Ignatius v. Loyola eng befreundete, später heiliggesprochene Franz Xaver, der 1552 unmittelbar vor Betreten des chinesischen Festlandes starb, noch der Jesuitenpater Matteo Ricci, der 1601 als erster Europäer am chinesischen Kaiserhof zugelassen wurde, berichten genaueres davon.

Was P. Ricci in China vorfand, wird man wohl kaum als religiöses Vakuum bezeichnen können, aber die Kämpfe innerhalb und zwischen den Religionsgemeinschaften des Konfuzianismus, Taoismus und Buddhismus hatten einen Zustand religiöser Unsicherheit geschaffen, in dem

1438 der Konfuzianismus sogar offiziell verboten worden war.

So war das Fehlen einer verbindlichen Staatsreligion für die Mission ein großer Vorteil, den sie sich unter dem, abendländischen Einflüssen ja ohnehin geneigten Regime der Ming-Dynastie auch weitgehend zunutze machen konnte, wobei sie in der Gestaltung des Kultes auch ihrerseits den Chinesen sehr entgegenkam. Allerdings kam es den chinesischen Machthabern zunächst gar nicht auf eine neue Religion an, es waren vielmehr die astronomischen Kenntnisse Riccis und seiner Mitbrüder, die ihnen ein Bleiben am Hofe ermöglichten. Die 1613 durchgeführte Kalenderreform geht noch unmittelbar auf Riccis Einfluß zurück. Aber nicht nur Astronomie, auch technische Künste, besonders Optik und Buchdruckerkunst, bahnten den Vätern der Gesellschaft Jesu den Weg zu den einflußreichsten Positionen, auf die sie schon deshalb besonderen Wert legten, weil die Mission „von oben“ her bis dahin immer noch als die erfolgreichste und schnellste aller Bekehrungsmethoden galt. Der niederfränkische P. Verbiest (1623 bis 1688) blieb jahrelang als Berater am Hofe des zweiten Mandschukaisers Kang Hsi (1661—1722). Der hatte zwar mit Hilfe der ihm von den Jesuiten verfertigten Artillerie erfolgreich seinen Thron verteidigen können und war auch sonst den Ratschlägen und Lehren der Patres durchaus offen, dem Christentum gegenüber jedoch blieb er ablehnend, ja er wandte sich 1671 in der Dogmatisierung des Konfuzianismus im „Heiligen Edikt“ ausdrücklich gegen alle Irrlehren, unter die er auch das Christentum zählte.

Die Arbeit der Jesuiten wurde nunmehr auch von einer ganz anderen Seite scharf angegriffen — von den Mitgliedern der anderen Missionsorden, vor allem von den Dominikanern, denen die Anpassung der Jesuiten an die chinesische Mentalität in Sprache, Kleidung, Gebäuden und Gottesdienst erheblich zu weit ging. Darüber kam es zum „Ritenstreit“, der nach 100 Jahren durch Benedikt XIV. im Jahre 1742 gegen die Jesuiten entschieden wurde. Dabei hatte der weitblickende Papst Paul V. (1605—21) schon den Gebrauch des Chinesischen als Kirchensprache empfohlen, und zwar mit der Begründung, daß man

den Chinesen nicht verweigern dürfe, was man den „kleinen Nationen“ der Griechen und Slawen zugestanden habe.

Die Entscheidung von 1742 zeugt von der damals zunehmenden Erstarrung des kirchlichen Lebens in der Folge der Gegenreformation und in der Abwehr gegen neuzeitlich-humanistische Strömungen. Im Gegensatz dazu ist die Ausbreitung der Kirche in den ersten nachchristlichen Jahrhunderten und damit die Entstehung des „Abendlandes“ nur möglich gewesen in der sehr großzügigen Aufnahme und „Taufe“ antiken und germanischen Kulturgutes. Das kirchliche Verbot des Jesuitenordens (1773 bis 1814) zeigte deutlich die Unsicherheit und den Widerstreit der Meinungen über die grundsätzliche Linie in der Kirche selbst.

Weitere Ursachen für die nun einsetzende Stagnation der Missionsarbeit lagen im Auftreten der europäischen Nationen als Kolonialmächte, die sich die Vorarbeit der Missionare nur zu gern zunutze machten, sowie in der als Folge der Glaubensspaltung einsetzenden Entsendung von Missionaren verschiedener, einander sogar bekämpfender „christlicher“ Religionsgemeinschaften.

1736 waren die ersten europäischen Kaufleute in Kanton erschienen, wo sie nur in geringem Umfang Handelsbeziehungen anknüpfen konnten, da das Opiumverbot von 1729 das lohnendste Handelsobjekt blockiert hatte. Der Opiumkrieg (1839 bis 1842) führte im Vertrag von Nanking zur Öffnung der Häfen und zur Freigabe des Handels. Hongkong ist seitdem in britischen Händen.

Während des von einem exaltierten Christen (Hung Hsiu-t'jün) angezettelten Taipingaufstandes, der 15 Jahre dauerte (1850—65) und 20 Millionen Todesopfer forderte, führte die Ermordung eines französischen Missionars und die Beschlagnahme eines britischen Schiffes durch die Chinesen erneut zu Auseinandersetzungen mit den europäischen Staaten. Der die Feindseligkeiten beendende Vertrag von Tientsin (1860) garantierte den Europäern neben weiteren wirtschaftlichen Vorteilen u. a. auch die Freiheit der christlichen Lehre. Rußland hatte sich im Norden — allerdings ohne Krieg — allmählich ähn-

liche territoriale und wirtschaftliche Vorteile erkämpft.

Die Niederlage Chinas im Krieg gegen Japan 1894/5 brachte China infolge der Höhe der zu leistenden Entschädigungen in weitere Abhängigkeiten von den damaligen Großmächten, die sich vor allem Eisenbahn- und Bergwerkskonzessionen im ganzen Land sicherten. Die zunehmende Fremdenfeindlichkeit fand besonders im Geheimbund der „Boxer“ ihren Träger. 1899 ermordeten Mitglieder des Bundes mehrere Missionare und chinesische Christen, ein Jahr später den deutschen Gesandten v. Ketteler, was schließlich zur Bildung der internationalen Sanktionsarmee unter Graf Waldersee führte, die aber kaum mehr zum Einsatz kam. Das Schlußprotokoll von Peking (1901) gewährte dem Land bis zum Russisch-Japanischen Krieg 1904/05, der sich fast nur auf chinesischen Boden abspielte, einen kurzen Frieden.

Todesfälle und innere Familienstreitigkeiten schwächten die Mandschu-Dynastie, die in ihrer Konzessionsfreudigkeit gegenüber den ausländischen Mächten von den Chinesen selbst zunehmend als Fremdherrschaft empfunden wurde, so sehr, daß es 1911 unter Sun Jat-sen, dem Führer der „Revolutionären Partei“ (Kuomintang)¹⁾ zum Aufstand und zur Gründung der Republik China kam. Intrigenspiel und die Verteilung der finanziellen und militärischen Kräfte ließen 1912 Jüan Shi-kai als ersten Präsidenten Chinas zur Macht kommen, der sich nach Auflösung des unfähigen Parlaments im ganzen Land durchsetzen konnte. Nach seinem Tod 1916 kam es noch während des Ersten Weltkrieges, aus dem sich auch China 1917 nicht mehr heraushalten konnte, wieder zu Bürgerkriegen. Sun Jat-sen hatte in Kanton eine Gegenregierung gebildet, konnte aber bis zu seinem Tod 1925 das Ziel einer nationalen Einigung nicht mehr erreichen, — nicht zuletzt auf Grund einer Weigerung der Westmächte, ihn beim technischen und finanziellen Aufbau des Landes zu unterstützen. So hatte er das Angebot sowjetischer Kräfte angenommen.

Bereits 1921 war die Kommunistische Partei, die ihre geistigen Kräfte vorwiegend an der Universität Peking gesammelt hatte, von dem jungen Tschen Tu-siu

offiziell gegründet worden. Nach der Errichtung der nationalen Regierung in Nanking durch Marschall Tschiang Kai-schek kam es 1927 zum Bruch mit den Kommunisten, die unter Führung ihres Generalsekretärs Mao Tse-tung in der Provinz Kiangsi inzwischen eine Art Sowjetstaat gegründet hatten. Erst 1934 gelang es Tschiang Kai-schek, sie nach sechs vergeblichen Angriffen zu schlagen und zu dem „langen Marsch“ von 235 Tagen und 18 Nächten zu zwingen, der 100 000 Kommunisten in das 1300 km nördlich davon gelegene Gebiet von Jenan in der Provinz Schensi führen sollte. Nur 20 000 erreichten ihr Ziel.

Die bereits 1931 begonnene, aber erst 1937 zu größeren Kämpfen führende Invasion der Japaner stürzte das Land in neues Elend und zwang Tschiang Kai-schek, seinen Regierungssitz nach Kanton, später nach Tschungking zu verlegen, von wo er nach der Niederlage der Japaner im Zweiten Weltkrieg durch die inzwischen mit Hilfe der Sowjetunion wieder erstarkten Kommunisten nach Formosa vertrieben wurde.

Die Neubelebung der Missionsbewegung im Europa des ausgehenden 19. Jahrhunderts — gekennzeichnet etwa durch Gründung des Steyler Missionswerkes „Vom Göttlichen Wort“ (*Sancti Verbi Divini*) im Jahre 1873 — führte zu manchen neuen Erfolgen. Richtungweisend wurde die Arbeit des Maristenpaters Vincent Lebbe, der sehr deutlich die große Gefährdung der Mission durch ihre Abhängigkeit von ihren meist als Kolonialmacht auftretenden Heimatländern erkannt hatte. Er gewann mit seinem Organ „*I Che Pao*“ (Das soziale Wohl) seit 1915 großen Einfluß, so daß die Zeitung nach seinem Tod in den dreißiger Jahren von dem jungen Nankinger Erzbischof Jü-pin übernommen und fortgeführt werden konnte.

Die Zahl der Katholiken stieg von 1 Million 1907 auf 2 Millionen im Jahre 1920. Der größte Teil der Gläubigen gehörte zur Landbevölkerung, die über 80% der gesamten Einwohnerschaft Chinas stellt. Um auch der städtischen Intellektuellenschicht nahezukommen, war schon 1903 von französischen Jesuiten die Aurora-Universität in Shanghai gegründet worden, später folgten die Benediktinergründung der Fugen-Universität in Peking (1933 von Stey-

¹⁾ Später in „Nationale Partei“ (Kuomintang) geändert.

ler Patres übernommen) und die Einrichtung der Tsinku-Universität in Tientsin. Damit verfügten die Katholiken über drei sehr gut renommierte Hochschulen, während die verschiedenen protestantischen Kirchen insgesamt 13 Universitäten, darunter die *Nanking University*, das *Gingling College Nanking* und die *West China University* in Schanghai eingerichtet hatten. Außerdem gab es 97 staatliche Hochschulen und Colleges.

Nach dieser Aufbauarbeit konnte 1924 das erste chinesische Nationalkonzil nach Schanghai einberufen werden. Es befaßte sich vor allem mit der Frage, ob und in welcher Weise die Landessprache im Gottesdienst eine größere Verwendung finden könnte, vor allem aber, wie man die bis dahin in sehr engen Grenzen dabei geübte Literatur- und Mandarinsprache, die nur im Zusammenhang mit dem Schriftbild verständlich und dem einfachen Volk auch dann kaum zugänglich war, durch eine Art gehobener Umgangssprache ersetzen könne. Mit der Vorbereitung dieser Aufgabe wurde der Bischof Vinzenz Huarte S. J. von Wuhu beauftragt, der das Amt bald an einen der ersten 1926 vom Papst geweihten chinesischen Missionsbischöfe abgab.

Allerdings setzten chinesische Intellektuelle wie auch manche ältere Missionare dem als minderwertig und ungeziemt empfundenen Umgangschinesisch einen starken Widerstand entgegen. 1938 erfuhr diese Frage auch von seiten der römischen Kurie eine Aufmunterung, doch war es damals bereits zu spät. Krieg und Verfolgung haben die Arbeit ganz unterbrochen, die Ausgabe eines Gebetbuches in der Landessprache durch Bischof Kung Pin-mei von Schanghai im Jahre 1953 wird unter den gegenwärtigen Verhältnissen kaum eine weitere Verbreitung gefunden haben. Außerdem darf man nicht vergessen, daß derart grundlegende Änderungen doch immer erst durch eine neue Generation von Geistlichen ihre eigentliche Wirksamkeit entfalten können.

Ausdrücklich betont Pius XII. in der obengenannten Enzyklika von 1954 noch einmal: „Ganz gewiß leugnen wir nicht, daß die Art des Predigens und des Lehrens je nach dem Orte verschieden und daher auch, soweit möglich, der Natur und dem besonderen Charakter des chinesi-

schen Volkes wie auch seinen alten, überlieferten Sitten konform sein muß.“

Die Verfolgung, die die Kirche heute in China erleidet, ist nicht die erste. Schon buddhistische Kaiser auf dem Thron der Mandschus hatten es im 18. und 19. Jahrhundert zu Verfolgungen und Ausweisungen kommen lassen, die übrigens in der Heiligsprechung einer ganzen Reihe von chinesischen Märtyrern jener Zeit unter dem Pontifikat der letzten Päpste ihre ausdrückliche Würdigung fanden. Aber auch die an sich tolerante Regierung Tschiang Kai-scheks, der selber Christ ist, verbot 1929 den Religionsunterricht in der Schule, wodurch die Missionare gezwungen waren, ihn als „Moral“ oder „Philosophie“ zu erteilen.

Nach 1945 erlebten auch die katholischen Missionen neuen Auftrieb, zumal die meisten Stationen der westlichen Ordensgemeinschaften erneut das wohl etwas zwiespältig empfundene Prestige und die allerdings notwendige Hilfe von Siegemächten hinter sich hatten. Präsident Truman ernannte sogar einen Missionar zum Botschafter bei der Nationalregierung. Da die Missionen von seiten der Japaner keinen Verfolgungen ausgesetzt gewesen waren, hatten die einzelnen Stationen den Krieg durchweg heil überstanden. Infolge der Unterbrechung internationaler Verbindungen waren einheimische Kräfte immer stärker in Verantwortung und Führung miteinbezogen worden, so daß 1946 zum erstenmal ein Chineser, Msgr. Tien Ken-sin, S. V. D., bis dahin Apostolischer Vikar von Tsingtau, zum Kardinal und Erzbischof von Peking erhoben wurde. Noch im gleichen Jahr wurde eine eigene Hierarchie errichtet, die 20 Erzdiozesen mit 79 Suffraganbistümern umfaßte, während 38 Apostolische Präfekturen noch weiterhin unmittelbar der *Propaganda Fide* in Rom²⁾ unterstellt blieben. Gleichzeitig wurde die Stellung des Apostolischen Delegaten in die eines Internuntius umgewandelt, eines Postens, auf dem der italienische Erzbischof Riberi seinen seit 1934 dort tätigen Vorgänger, Erzbischof Zanin, ablöste.

Die Einteilung der 20 Kirchenprovinzen deckt sich mit den Grenzen der 18 chinesischen Provinzen, hinzu kommen die Kir-

²⁾ Das ist die Kardinalskongregation „für die Glaubensverbreitung“.

chenprovinzen der Mandschurei und der Mongolei. Im einzelnen handelt es sich um die Provinzen Hopeh (Erzbischofssitz Peking), Schantung (Tsinan), Schansi (Taiyüan), Schensi (Sian), Kansu (Lantschou), Kiangsu (Nanking), Anhwei (Anking), Honan (Kaifeng), Szetschwan (Tschungking), Hupeh (Hankou), Kiangsi (Nantschang), Tschekiang (Hangtschou), Fukien (Futschou), Kwangtung (Kanton), Kwangsi (Nanning), Kweitschow (Kweijang), Jünnan (Jünnan), Innere Mongolei (Suijüan) und Mandschurei (Mukden). Geringfügige Veränderungen erhöhten die Zahl der kirchlichen Territorien bis 1954 auf 143. Schon 1946 wurden 27 von ihnen durch chinesische Bischöfe oder Apostolische Präfekten verwaltet. Wegen der ungeklärten Grenzverhältnisse im Norden residierte in Harbin seit 1931 ein Apostolischer Administrator, in der gleichen Stadt sorgt ein Apostolischer Exarch für die ehemaligen Untertanen des Zaren, die dem byzantinischen Ritus anhängen. Eine Missionsstation „*Sui juris*“ war in Urga (Ulan Bator) errichtet, sie ist aber nicht mehr besetzt. Das Bistum Macao untersteht dem Patriarchen von Goa. Insgesamt 6000 Priester und 5000 Nonnen waren 1946 in China tätig, die Zahl der Nichtchinesen unter ihnen betrug ca. 6500 (3500 Priester, 2500 Nonnen, 475 Brüder). Unter den einzelnen Orden stellten die Jesuiten, die Pariser Auswärtige Mission, die Lazaristen, die Steyler und die (amerikanischen) Maryknoller Missionare neben Dominikanern und Missionsbenediktinern den stärksten Anteil. Die Gesamtzahl der Katholiken war auf etwas über 3 Millionen (= 0,75% der Gesamtbevölkerung) gestiegen.

Die neue Aktivität, die nun noch mehr als bisher auf die Gewinnung der städtischen Intellektuellen abzielte, ist gekennzeichnet durch Gründung von Informations- und Kulturzentren in Schanghai, Nanking und Peking, deren wichtigstes in Schanghai der Leitung des amerikanischen Bischofs Walsh unterstand. Trotz dieser mehr ins Auge fallenden Unternehmungen blieb die Bilanz des Jahres 1947 bereits negativ. Das Vordringen der kommunistischen Truppen Mao Tse-tungs brachte die missionarische Arbeit in den von ihnen besetzten Gebieten bald zum Erliegen. Dabei waren es gar nicht einmal die unerwar-

tet diszipliniert auftretenden chinesischen Soldaten als vielmehr die ablösenden zivilen Verwaltungsbehörden, die im Zuge ihrer Reformprogramme nicht nur gegen die Kirche sehr radikal vorgehen.

Die Maßnahmen zur Bodenreform nahmen den Stationen im allgemeinen jeden Grundbesitz, ja die Missionare erschienen dadurch in der Reihe der Kapitalisten und Ausbeuter, wobei einzuräumen ist, daß die Abtretung manches kircheneigenen Grundbesitzes einst unter dem Schutz bewaffneter Macht erfolgt war, daß sich darüber hinaus ein in keinen Verträgen festgelegter Anspruch auf Exterritorialität dieser Gebiete eingebürgert hatte, was sich gelegentlich unlautere Elemente zunutze gemacht hatten, die sich durch die Taufe dem Zugriff der chinesischen Gerichte entzogen. So war die Erbitterung der in ihrem Nationalgefühl geweckten Chinesen nicht ganz unverständlich, und auch die Katholiken unter ihnen gerieten oft in Verwirrung. Die wurde von den Kommunisten dann allerdings vermehrt mit künstlich lancierten Gerüchten und Falschmeldungen über die Bildung einer chinesischen Nationalkirche durch bekannte Priester und Bischöfe, die sich ihrerseits kaum gegen solche Unterstellungen wehren konnten und bei den Gläubigen in ein zwiespältiges Licht gerieten.

Am glimpflichsten erging es den 196 katholischen Krankenhäusern (mit rund 85 000 Kranken), sowie den 285 Waisenhäusern, von denen allerdings 60 im Laufe des Jahres wegen finanzieller Schwierigkeiten aufgegeben werden mußten. Eine im Sinne der neuen Machthaber ebenfalls „nützliche“ und darum geduldete Tätigkeit war die Versorgung der Bevölkerung mit Medikamenten, weshalb die Ausstattung der Stationen mit Notapotheken und die Behandlung leichter Krankheiten und Verletzungen durch Missionare unter dem neuen Regime zunächst noch bedeutend verstärkt werden konnte.

Ein besonderer Widerstandsherd der Katholiken war die erst 1945 gegründete „Legion Mariens“, sozusagen die Kerntruppe der Katholischen Aktion, die auf Grund ihrer militanten Bezeichnungen und ihrer absoluten Schweigepflicht gegenüber Außenstehenden als ein Zweig der „internationalen katholischen Spionageorgani-

sation“ der Kirche angesehen wurde, eine Annahme, zu der die Internationalität der Kirche Unwissende nur zu leicht verführt.

Aus diesem Denken resultieren auch die Forderungen nach den drei Autonomien (der Finanz, der Verwaltung, der Verkündigung), die die Kommunisten überall dort erheben, wo ihnen die vollständige Zerstörung des kirchlichen Lebens nicht gelungen ist. Unter diesem Schlagwort ist seit 1950 der Aufbau einer chinesischen Nationalkirche versucht worden. Im März 1951 sollen 793 Katholiken in der „Deklaration von Nanking“ ihre Bereitschaft erklärt haben, „alle politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zum Vatikan abzubrechen, während zugleich alle strikt religiösen Beziehungen aufrecht erhalten bleiben sollten“. Zwei gefangenen chinesischen Bischöfen ist das erfolglose Ansinnen gestellt worden, sich zum autonomen „Papst“ von China ausrufen zu lassen.

Das Prestige Mao Tse-tungs war bei den Katholiken zunächst nicht gering, weil er — im Gegensatz zum Regime Tschiang Kai-scheks — eine harte, aber stabile Ordnung im ganzen Land durchzusetzen wußte und besonders in der Frage des Grundbesitzes offensichtliche Ungerechtigkeiten beseitigte. Nach der Vertreibung des Marschalls vom Festland setzten dann allerdings radikale „Säuberungen“ ein, die neben der „Bourgeoisie“, deren Mitglieder zu Tausenden den Tod fanden, vor allem die ausländischen Missionare betrafen und jegliche Seelsorgearbeit vor allem in den östlichen Provinzen völlig unmöglich machten.

Das Mindeste, wodurch die Arbeit der Missionare behindert wurde, war der Zwang, eine „nützliche“ Arbeit zu leisten, d. h. wenigstens eine Tätigkeit auszuüben, die den Missionar am Leben erhielt (meist Landarbeit), da nicht nur alle Unterstützungen aus dem Ausland fortfielen, sondern auch die Gläubigen selber nur noch unter großen Schwierigkeiten und Gefahren zum Unterhalt ihres Paters beitragen konnten. Unter dem Druck der Not wuchs hier eine andere Art von Arbeiterpriestertum heran, deren Chancen für die Missionsarbeit selbst auch deutlich erkannt wurden, wenn natürlich auch nicht immer der Elan dahinterstehen konnte, mit dem sich in Frankreich einzelne Priester freiwillig und bewußt dieser Aufgabe unterzogen hatten.

Damit die Diözesen durch die zunehmenden Verhaftungen und Ausweisungen von Bischöfen nicht führerlos würden, erließ der Vatikan gemäß can. 429 des kanonischen Rechts die Bestimmung, daß jeder Diözesanobere zwei Nachfolger zu bestimmen habe, die im Falle seiner Behinderung nacheinander seine Stelle einnehmen und ebenfalls dafür sorgen sollten, daß ständig eine doppelte Amtsnachfolge gesichert sei. Außerdem wurde die generelle Erlaubnis erteilt, zu jeder Zeit (und nicht nur morgens) das Meßopfer zu feiern, wo immer eine Anzahl von Gläubigen zusammenkomme. Ihren Höhepunkt erreichten die Verfolgungen im Jahre 1951. Damals ließ auch Tschu En-lai, der selbst als protestantischer Christ erzogen worden war, zumindest alle amerikanischen Niederlassungen schließen und verbot allen anderen Stationen, irgendwelche Kontakte mit amerikanischen Instituten oder Hilfsorganisationen aufrechtzuerhalten.

Dieses Jahr besiegelte auch das Schicksal der meisten katholischen Schulen und Hochschulen, die man meist nicht einfach schließen wollte, sondern wenn möglich unter Beibehaltung des Lehrpersonals zu „übernehmen“ gedachte, was nur in den seltensten Fällen gelang, meist jedoch zu Verhaftungen oder endgültigen Ausweisungen führte. Schon am 14. 8. 1950 hatte ein Dekret des Erziehungsministeriums über die „Vorläufige Regelung der Verwaltung der privaten Erziehungsanstalten“ festgelegt, daß alle derartigen Einrichtungen überhaupt nur fortbestehen dürften, „wenn sie nützliche Arbeit leisteten“, wenn Religion kein Pflichtfach und die Teilnahme an Gottesdiensten nicht vorgeschrieben sei und alle Verwaltungsaufgaben ausschließlich in den Händen von Chinesen lägen. Vor allem wurde die Verwendung der offiziellen staatlichen Lehrbücher angeordnet, die mit ihrer atheistisch-marxistischen Tendenz den Unterricht in den wenigen noch bestehenden Missionsschulen vor unlösbare Aufgaben stellten. Da vor allem die ländlichen Gemeinden über keine Geldmittel verfügten, waren die zahlreichen kleinen Pfarrschulen sehr schnell eingegangen.

In den Städten konnte dank der Aktivität von Laienkräften noch 1950 wirkliche Missionsarbeit geleistet werden, einzelne Theologenseminare wurden neu eingerich-

tet, und allein in Peking zählte man in diesem Jahr noch über 1000 Konversionen. Dagegen versuchten die Kommunisten, durch Hausbesuche oder auch durch wirtschaftliche und physische Druckmittel einflußreiche Christen zum Übertritt in die Nationalkirche zu bewegen. Alle in Studentenheimen, Seminaren und Internaten greifbaren Katholiken wurden zur Teilnahme am *Hio-Si*, d. h. an „Umerziehungskursen“, verpflichtet.

Am 3. 6. 1952 inszenierte man in Tschungking eine Demonstration gegen den Internuntius Riberi, der acht Wochen danach ausgewiesen wurde. Überhaupt begann man von jetzt an, alle ausländischen Missionare und Bischöfe kurzerhand auszuweisen. Weder wollte man sie zu Märtyrern machen noch durch Verhaftungen und Folterungen die internationalen Spannungen noch mehr belasten.

Damit fiel die Fortführung der Arbeit in den 143 kirchlichen Sprengeln an die 2500 chinesischen Priester, die von 750 Schwestern und 420 Brüdern unterstützt wurden. Bereits damals waren 100 Geistliche getötet worden, mehr als die doppelte Anzahl saß im Gefängnis, und auch die übrigen wurden in ihrer Tätigkeit stark behindert, in zahlreichen, meist ländlichen Diözesen, gab es keinen Priester mehr.

Protestantische Kirchen verschiedener Herkunft hatten sich demgegenüber bereits 1936 zum „Allchinesischen christlichen Gemeinschaftskomitee“ zusammengeschlossen, das unter Änderung seines Namens in „Konferenz der chinesischen christlichen Führer“ von Anhängern des neuen Regimes gleichgeschaltet werden konnte.

Das Jahr 1953 schien zunächst eine Milderung anzuzeigen, eine neue Verfolgungswelle setzte am Ende des Jahres ein mit der Verhaftung und späteren Ausweisung der letzten nicht-chinesischen Jesuiten in Schanghai.

Wurden 1948 noch über 6000 nichtchinesische Missionskräfte gezählt, so sank die Zahl am 1. 1. 1951 auf 3222, 1952 auf 1848, 1953 auf 753, 1954 auf 265, um am 1. 1. 1955 schließlich auf 96 zusammenzuschrumpfen. Darunter befanden sich 4 Bischöfe (2 davon im Gefängnis), 1 Apo-

stolischer Präfekt (im Gefängnis), 62 Priester (20 im Gefängnis), sowie 3 Brüder und 20 Schwestern. Insgesamt 39 nichtchinesische Priester, Schwestern und Brüder waren seit 1950 getötet worden.

Das große Sammelbecken für die Ausgewiesenen ist Hongkong, von wo aus ein Teil — vorwiegend die älteren Kräfte — in die Heimat zurückkehrt, während die Mehrzahl der jüngeren Missionare und Schwestern zu neuen Aufgaben eingesetzt werden. Ein Teil des chinesischen Episkopats, der von den Ausweisungen ja keineswegs verschont blieb, hat in den Vereinigten Staaten Asyl gefunden, darunter Kardinal Tien Ken-sin von Peking, und Erzbischof Jü-pin von Nanking. Ein anderer Teil des chinesischen Klerus geht nach Formosa, wo seit 1949 vier Apostolische Präfekturen eingerichtet wurden: Hwalien, Kaoschung, Kiayi und Taipeh, das 1952 zum Metropolitansitz erhoben wurde. Die Bischofsstühle wurden (bis auf Kaoschung) mit vertriebenen Diözesanoberen des Festlands besetzt, Taipeh und Kiayi mit einem Chinesen, Hwalien wie auch Kaoschung mit einem Europäer. Der frühere Bischof von Ningsia, Msgr. v. Melkebeke, wurde am 5. 3. 1953 als Apostolischer Visitator mit dem Aufbau eines Missionswerkes unter den 11 Millionen Auslandschinesen in Südostasien beauftragt.

Mag die Kirche in China auch kommende Verfolgungen noch überstehen, die Zeit einer Missionierung durch europäische oder amerikanische Orden scheint zumindest für längere Zeit vorbei zu sein. Für die Missionare selbst ist es sehr bitter, daß die durch einen jahrhundertelangen Methodenstreit bedingten inneren Hemmnisse und der — in den Augen der Chinesen — nur selten ganz gelungene Versuch zur Lösung der Mission von allen Verbindungen mit kolonialen Interessen des jeweiligen Heimatlandes einer 400jährigen Arbeit den eigentlichen Erfolg versagt haben, und daß die vielversprechenden Ansätze der letzten Jahre nun unausgereift, unvollendet und ungesichert einer Bewährungsprobe ausgesetzt werden, die nach menschlichem Ermessen keine Chance des Überlebens mehr bietet.

G. S.

Die Bankenpolitik im kommunistischen China

Währungskontrolle als Mittel der Wirtschaftslenkung

In einem kommunistischen Land stellen Währungssystem und Bankwesen wichtige Mittel zur staatlichen Kontrolle über die Wirtschaft dar. Man kann eine kommunistische Wirtschaft nur verstehen, wenn man weiß, wie diese Führungsmittel zusammen mit anderen Lenkungswerkzeugen planmäßig für die allmähliche Ausweitung der „Sozialisierung“, das heißt die Ausdehnung der Staatskontrolle auf jede Tätigkeit, benutzt werden.

Das kommunistische China ist in dieser Hinsicht keine Ausnahme, sondern ein gerade sehr eindrucksvolles Beispiel. Es läßt sich nachweisen, daß man dort besonderen Wert auf die Bank- und Währungspolitik gelegt hat. Die Entwicklung und Anwendung der in den Banken, dem Geldwesen und dem Steuersystem gegebenen Mittel zur Kontrolle oder „Leitung“ der Wirtschaft sind in der Volksrepublik China sehr viel schneller erfolgt als in der Sowjetunion selbst. China trat auf diesem Gebiet unmittelbar nach seiner Revolution in eine Entwicklungsphase ein, die für Rußland erst ungefähr zehn Jahre nach der Machtergreifung durch die Bolschewiken begann. China ist heute vielleicht schon in einem Stadium der Währungskontrolle, das Rußland erst nach 25 Jahren erreichte.

Doch gibt es einen wichtigen Unterschied: in Rußland fand die Neuordnung des Bankwesens zugleich mit der Sozialisierung der Produktion statt oder sogar erst danach. Das chinesische System dagegen wurde schon vor der Sozialisierung erneuert, und zwar als ein Mittel zur Sozialisierung der Produktion. China schränkt die Möglichkeiten zur Anlage von Barvermögen ein und lenkt das Geld in die Hände des Staates. Indem es andererseits jede Kredithilfe für Privatunternehmungen erschwert, schwächt es das weiterbestehende Unternehmertum und beschleunigt es die Sozialisierung der Industrie.

Ohnehin standen Geld und Kreditprobleme ganz im Zentrum der Aufmerksamkeit während der „revolutionären Lage“ nach dem Zweiten Weltkrieg in China, deren Endergebnis schließlich der Sieg der Kommunisten war. Es dürfte kaum nötig sein, die lange Geschichte der Inflationen, Währungskrisen, des Währungs-Chaos in China in Erinnerung zu rufen. Mit den Wurzeln der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Schäden des früheren Regimes hing die Herrschaft bestimmter Personengruppen und Interessen aus dem Inland und Ausland über das Kreditsystem und viele andere Seiten der Geldwirtschaft, sogar über die Steuern selbst, zusammen. Die Propaganda der chinesischen Kommunisten betonte diese Seite der „feudalen“ oder „halbkolonialen“ Lage des Landes. Demgemäß verpflichtete sich der Kommunismus bei der Befreiung, daß er vordringlich diese Zustände beheben und an ihrer Stelle die Preise, die Warenwerte und alle anderen Geldverhältnisse sicher stabilisieren wolle, um damit einen leichten und zweckmäßigen Übergang zum Sozialismus zu erzielen. Im Ausland hat man neuerdings größere Aufmerksamkeit den ebenso lebenswichtigen und gründlichen Bemühungen um die Bodenreform geschenkt. Tatsächlich aber wurden die Maßnahmen in beiden Richtungen mit gleichmäßigem Nachdruck

behandelt. Das geschah sowohl in den „altbefreiten Gebieten“, die schon während und unmittelbar nach dem Krieg von den Kommunisten besetzt waren, als auch in den „neubefreiten Gebieten“, in die sich die kommunistische Macht erst bei der Besitzergreifung über das gesamte Festlandschina ausgedehnt hatte.

Das sowjetische Vorbild der Mandschurei

Die erste Zone, in der die Durchführung der Maßnahmen wichtig wurde, bestand aus den Nordostprovinzen, das heißt der Mandschurei. Sie war am Ende des Krieges durch Truppen der Sowjetunion besetzt, die bald durch chinesische Kommunisten abgelöst wurden. Offensichtlich handelte es sich hier noch immer um diejenige Zone Chinas, in der die Russen am stärksten ihr direktes Interesse und ihren Einfluß fühlen machen. Hier sind alle Fragen der Organisation und des Neuaufbaus nach russischem Vorbild gelöst worden. Das Bank- und Kreditsystem, das sofort eingeführt wurde, entsprach demjenigen, das die Sowjetunion ein Jahrzehnt nach der Russischen Revolution, als sie mit den Mehrjahresplänen begann, in Kraft gesetzt hatte.

Bei der Vorbereitung und Durchführung des ersten Fünfjahresplanes (1927–32) bot das Banksystem der Sowjetunion folgendes Bild: Die völlige Zusammenfassung aller Funktionen bei der sowjetischen Staatsbank erfolgte erst ungefähr 15 Jahre nach der Revolution. Erst am Ende der NEP-Periode, als der erste Fünfjahresplan schon vorbereitet wurde, setzten ernsthafte Maßnahmen in dieser Richtung ein. Zum erstenmal wurde 1927 den Staatsbetrieben der Sowjetunion die Kreditgewährung auf ihre eigene Verantwortung untersagt, alle ihre Gelder mußten bei der Staatsbank deponiert werden. 1930 wurde bestimmt, daß kein Staatsbetrieb kurzfristig außerhalb der Planung Kredit aufnehmen oder gewähren dürfe. Nur die kurzfristigen Kredite, die im voraus (meist im Rahmen des Fünfjahresplanes) geplant waren, wurden erlaubt. Die Staatsbank mußte sie genehmigen und selbst die nötigen Aktionen durchführen. Auch langfristige Kredite sollten nach dem gleichen Gesetz nur durch die Staatsbank in die Wege geleitet und bearbeitet werden können. Inzwischen machte man das Buchprüfungssystem zu einem wichtigen Zweig der Staatskontrolle in der Staatswirtschaft und bei der Wirtschaftsplanung.

Diese Gesetze bezogen sich natürlich auf den staatlichen Wirtschaftsbereich in einer Gesamtwirtschaft, die noch immer „gemischt“ war. Dann aber verschwand der „private Sektor“ rasch, und praktisch jede Wirtschaftstätigkeit wurde verstaatlicht. 1931 wurde angeordnet, daß jede Transaktion über mehr als 1000 Rubel (was einen verhältnismäßig kleinen Betrag darstellte) durch Vermittlung der Staatsbank vorgenommen werden müsse. Im Jahr darauf wurde das Bankmonopol der Staatsbank noch vollständiger durchgeführt.

Wenn man die Dinge in ihrer richtigen Proportion erkennen will, sollte man auch zur Kenntnis nehmen, wie die Rolle der Staatsbank in der „Phase des siegreichen Sozialismus“ von der Theorie dargestellt wird. Die Große Sowjet-Enzyklopädie schildert das zentralisierte Banksystem in dieser Phase folgendermaßen:

1. Die Bank soll den verschiedenen Bestandteilen der Nationalwirtschaft kurzfristige Kredite zuführen und damit gemäß dem finanzwirtschaftlichen Plan der Regierung als Organ der Kreditkontrolle wirken.

2. Sie soll die Depositen der Staatsbetriebe, der öffentlichen Organisationen und die für den Staatshaushalt zusammenkommenden Geldmittel als Instrument der Währungskontrolle halten.

3. Sie soll die laufenden Bücher der Staatsbetriebe und öffentlichen Gesellschaften führen.

4. Sie soll die Einnahmen des Staates fördern,

5. die Ausgaben im Rahmen des vorgesehenen Staatshaushalts finanzieren und

6. alle Transaktionen mit dem Ausland erledigen.

Die Mandschurei als Versuchsfeld für China

Die Finanz- und Wirtschaftskommission der Chinesischen Volksregierung in der Mandschurei ordnete im April 1949 an, daß ihre Buchhaltung in Mukden alle Transaktionen der Behörden und Staatsbetriebe überwachen solle. Die zuständige Filiale der chinesischen Volksbank sollte die Konten aller Behörden und Organisationen führen und derartige Transaktionen erledigen. Innerhalb von ein paar Monaten war das Volumen von Bargeschäften um rund 80% zurückgeschraubt worden, und die Depositen in der örtlichen Filiale der Volksbank hatten sich verdreifacht.

Im Januar 1950 übernahm die Provinzniederlassung der Volksbank (so heißt die staatliche Zentralbank) sowohl jede Aufsicht als auch die Bankgeschäfte selbst. Es wurde bekanntgegeben, daß die Buchprüfung zu nachgiebig für eine ordnungsgemäße Aufsicht gewesen sei. Der Hintergrund dieser Angelegenheit ist interessant: in ihm werden Zeichen von wirtschaftlichen und finanziellen Reibungen sichtbar, die in kommunistischen Wirtschaften endemisch sind. Es wird deutlich, welche drastische Maßnahmen man gegen sie anwendet.

Während dieser ersten Periode der kommunistischen Herrschaft, so wird berichtet, verfügten die Staatsbetriebe in der Mandschurei über große Beträge in bar oder auf Abruf. Das große Übergewicht an flüssigen Beträgen wird ganz offen auf folgende Gründe zurückgeführt (freilich werden sie oft durch die besondere Ausdrucksweise der kommunistischen Wirtschaftswissenschaft unklar beschrieben):

a) die Erzeugnisse der Staatsbetriebe waren teuer und minderwertig. Man konnte sie zum großen Teil schlecht verkaufen, so daß Banken ihre Vorschüsse an Produzenten und Verteiler nicht wieder hereinbekamen.

b) Zwischen den „Produktionsplänen und Einkaufsplänen der Staatsbetriebe“ einerseits und dem „Wechselspiel von Angebot und Nachfrage auf dem Markt“ andererseits zeigte sich ein „Mangel an Koordination“, das bedeutet, deutlich gesagt, daß die Produktionspläne willkürlich und unwirtschaftlich aufgestellt wurden.

c) einige Staatsbetriebe „hielten zu große Vorräte an Rohstoffen zu lange Zeit fest. Sie wurden illiquide wegen ihrer zu großen Warenhaltung“.

Im einzelnen lassen sich die Angaben hier nicht prüfen. Doch Presseberichte über „Selbstkritikversammlungen“, amtliche Bekanntmachungen zur Erklärung von neuen Verordnungen usw. machen deutlich, daß ein Kennzeichen der Lage aus einer der Schwierigkeiten bestand, die typisch für alle Planwirtschaften sind. Jeder Geschäftsführer oder Betriebsleiter, der dauernd unter der Drohung seiner persönlichen „Liquidierung“ steht, wenn seine Arbeitsgruppe nicht ihre „Norm“ plangemäß erfüllt, betrachtet es als gute Lebensversicherung, einen großen Vorrat an Rohstoffen und ande-

ren schnell verwertbaren Waren „in der Rohrleitung“ zu halten. Wenn dann die Behörden auf Fehlschläge aufmerksam werden und das Damoklesschwert auf das Haupt des leitenden Beamten zu fallen droht, dann kann er schnell diese Reserven angreifen und einen plötzlichen Spurt bei seiner Produktion erzielen. Die Rettung für ihn ist ein Bericht über höheren Ausstoß oder eine Bilanzverbesserung*).

Erfahrene kommunistische Führer kennen diese Geschichten sehr genau, nachdem sie die Erlebnisse einer ganzen Generation in der Sowjetunion und dazu die neueren Erlebnisse in den Staaten Osteuropas hinter sich haben. Die chinesischen Kommunisten zeigten sehr schnell, daß sie in diesen Fragen keineswegs „von gestern“ waren. Vom Jahresanfang 1950 an übernahm die Volksbank in der Mandschurei faktisch die Kalkulation und die Bilanzbuchhaltung in allen Staatsunternehmungen und Behörden. Im ersten Vierteljahr 1950 „verpflichteten“ 42 fiskalische Betriebe der Provinzialregierung Nordostchinas, die als Staatsunternehmen „erster Klasse“ kategorisiert waren, die Provinzialfiliale der Volksbank zur Übernahme ihrer Kalkulation. Dazu gehörten die Wirtschafts- und Handelsministerien, die Hauptbüros der von diesen Ministerien betriebenen Unternehmungen, die Eisenbahn-Direktion Nordost, die Forstverwaltung und die Postverwaltung. In der gleichen Zeit „verpflichteten“ 87 fiskalische Betriebe „erster Klasse“ örtlicher Natur in den Provinzhauptstädten und Stadtgemeinden der gleichen Region die Volksbankfilialen zu ähnlichen Leistungen.

Ein halbes Jahr später, im September 1950, wurde amtlich mitgeteilt, daß alle Dienststellen und Betriebe dieser Art in der Mandschurei ihr Kreditgeschäft eingestellt hätten. Nur noch die chinesische Volksbank werde nunmehr Transaktionen auf dem Gebiet des Kreditwesens vornehmen.

Das Vorspiel der direkten Kontrolle

Während des Jahres 1950 hatte sich die kommunistische Herrschaft in den übrigen Teilen des festländischen China gefestigt. So setzte überall eine parallele Politik ein. Freilich wurde sie langsamer und vielleicht auch weniger gründlich durchgeführt als vorher in der Mandschurei. Die einzige gültige Währungseinheit war jetzt überall der *Jen Min Piao* (JMP) geworden, der auf englisch gelegentlich *People's Bank Note* (PBN) genannt wird. Diese Währung wurde nur durch staatliche Maßnahmen gedeckt, Reserven standen nicht hinter ihr. Das Preisgebäude wurde in dieser ersten Periode durch direkte Kontrollen stabilisiert. Löhne und Gehälter wurden auf ihrem Stand gehalten, ebenso die Marktpreise für die Einheiten der wichtigen Stapelwaren. Man stellte eine Liste der alltäglichen Bedürfnisse für den Normalhaushalt auf, wie man sie sonst bei der Feststellung für einen Lebenshaltungsindex verwendet. Amtlich wurde ein täglicher Wechselkurs des JMP zur Wareneinheit verkündet. Dieses System war schon in der vorkommunistischen Periode entwickelt worden. Immerhin war seine Verwendung und Ausdehnung in der Volksrepublik China eine Eigentümlichkeit, die sich nicht auf das Vorbild der Sowjetunion stützte.

*) Man sollte auch bedenken, daß Reserven dieser Art tatsächlich zu den Münzen gehören, in denen man in kommunistischen Ländern Bestechungsgelder auszahlt. Bei der byzantinischen Struktur des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Systems kann man persönliche Begünstigung, Beförderung und Nachsicht dadurch erreichen, daß man einer einflußreichen Person, die ähnlich in der Klemme sitzt, rechtzeitig und geschickt Hilfe dieser Art anbietet.

Bei den Staatsunternehmungen und den meisten gemischten Unternehmungen (die gemeinsam von der Regierung und privaten Unternehmern betrieben wurden) gaben die leitenden Beamten und Betriebsdirektoren einfach Anweisung auf die Chinesische Volksbank über die Summe von *JMP*, die man für den Einkauf von Waren und Dienstleistungen aus staatlichen oder privaten Quellen verwenden sollte. Noch immer bestand ein beträchtlicher Anteil an Privatbetrieben im Sinne der kapitalistischen Selbständigkeit, wenn auch alle Mittel eingesetzt wurden, um sie zu unterwerfen und aus dem Geschäft zu drängen. Damit bestand auch noch ein allgemeiner Markt, der von den Staatsbetrieben und den Gemischtbetrieben aus Geldzufuhr erhielt. Dabei stand diese Zufuhr in einem gewissen Verhältnis zu dem Gesamtbedarf des kommunistischen Regimes an Waren. Das Verhältnis wurde enger, je größer der Anteil der Staatsunternehmen wurde, je schärfer die Staatskontrolle in den gemischten Betrieben einsetzte und je mehr die privaten Betriebe verschwanden. Der Zufluß von *JMP* auf dem Markt, also der direkte inflationäre Druck auf dieser Ebene, ließ sich in hohem Ausmaß regulieren, wenn die Staatsbetriebe und anderen amtlichen Stellen nicht mehr auf dem allgemeinen Markt einkauften.

Mit dieser Absicht teilte man die zu treffenden Maßnahmen auf zwei Zeitabschnitte auf. Die erste Phase nannte man „Kontrolle des Bargeldes“, die zweite „allgemeine Währungskontrolle“. In der ersten Phase, vom 26. 2. bis 30. 11. 1950, ging es um die „Koordination“ der Barzahlungen im Gesamtbereich der Staatswirtschaft, wozu neben den allgemeinen Wirtschaftsbetrieben auch die kulturellen und sozialen Organisationen gehörten. In der zweiten Phase, die am 1. 12. 1950 einsetzte, wurde diese Politik in die allgemeine Kreditwirtschaft hinein fortgesetzt, es wurde ein Buchführungssystem nach den in der Mandschurei eingeführten Grundsätzen eingerichtet.

Bargeldkontrolle

Ende Februar und Anfang März 1950 fand eine allgemeine Konferenz aller Dienststellen statt, die mit Währungs- und Finanzierungsfragen zu tun hatten. Das Ergebnis waren Verordnungen über die „Vereinheitlichung der fiskalischen und wirtschaftlichen Tätigkeit“, die „Bargeldkontrolle bei den Staatsbetrieben“, die von der Volksbank durchzuführen sei, indem sie alle Depositen übernehmen solle, örtliche Filialen zu eröffnen habe und damit beauftragt werde, „die Kontrolle über die Geldreserven zu aktivieren“. Es wurde erwähnt, daß Staatsunternehmen Geldreserven und verkäufliche Aktiva als Polster für den Fall von Änderungen der Preisverhältnisse und von unvorhergesehenen Schwierigkeiten bei der Planerfüllung gehortet hätten. Diese Unternehmen müßten die Verfügung über Bargeld und ihren Einfluß auf die Preisstruktur verlieren.

In dieser ersten Phase sollte die Volksbank das Organ der Bargeldkontrolle werden. In der folgenden zweiten Phase sollte sie die Kalkulation und die Verrechnung für die vom Staat kontrollierte und vom Staat beeinflusste Wirtschaft übernehmen und damit die eigentliche „Kreditkontrolle“.

Während der ersten Phase waren die Fortschritte im Jahre 1950 jedoch nur langsam und unbefriedigend. Einige Staatsunternehmungen tätigten keine Abschlüsse mit der Volksbank. Andere hielten sich nicht an die aufgestellten Pläne für Eingänge und Auszahlungen, oder sie umgingen die Vorschriften. „Mangel an der benötigten engen

Zusammenarbeit“ zwischen den verschiedenen Unternehmungen und den verschiedenen Instanzen wurde festgestellt. Man sprach von „einem Mangel an überlegten Maßnahmen und Anforderungen“. Insgesamt lautete das Urteil: „nur geringer Fortschritt“.

Es wurde die Ansicht vertreten, daß diese negative Entwicklung einen Gegensatz zu den früher in der Mandschurei erzielten Erfolgen darstelle. Dazu ist freilich Skepsis durchaus angebracht. Denn gesondert wurde festgestellt, „daß von 52 112 Betrieben in der Mandschurei, deren Bargeld unter Kontrolle stehen sollte“, nur „4648 entsprechende Verabredungen in der Volksbank getroffen hatten“. Allerdings sind diese Zahlenangaben in verschiedenen Lesarten aufgetaucht und offensichtlich nicht sorgfältig zusammengestellt. Man kann also der Sache nicht sicher sein.

Kreditkontrolle

Dann kam der Koreanische Krieg. Er brachte sofort eine allgemeine Preiserhöhung für die Waren, deren Vertrieb ein Monopol der staatlichen Handelsorgane darstellt, besonders für Kohle, Nahrungsmittel und Textilien. Im November 1950 wurden alle öffentlichen Konten bei der Volksbank eingefroren. Am Ende dieses Monats wurden schärfere Bestimmungen bekanntgegeben, in denen man den Beginn der zweiten Phase ankündigte. Die Aktionsfreiheit der Betriebsleiter und Treuhänder wurde stark eingeschränkt. Die Volksbank wurde „autorisiert“, alle Transaktionen der unter ihrer Aufsicht stehenden Betriebe in bezug auf die Bargeldverwendung, den Transfer von Kapitalien, Verrechnung, kurzfristige Kredite und Rückstellungen für Investitionszwecke zu überprüfen. Außerdem sollte sie in ihre regelmäßigen Pflichten „die Überwachung der laufenden Bilanzen derartiger Betriebe aufnehmen sowie die Aufstellung von Plänen für Einnahmen und Auszahlungen“.

1951 verloren alle Staatsunternehmungen und Behörden die Vollmacht zur Gewährung oder zur Aufnahme von Kredit. Freilich war diese Verordnung kein Erfolg. Eine Währungsinfation war eindeutig im Gange. Zusätzlich zu den Vorwürfen, die oben erwähnt worden sind, begann man, einen neuen Punkt besonders zu betonen, nämlich die Betrügereien und die Bestechlichkeit bei Staatsangestellten und Parteimitgliedern. Die großen Säuberungsmaßnahmen, die unter dem Namen „Bewegung der drei Antis“ 1952 in Gang kamen, richteten sich besonders gegen diese Übelstände. Zugleich eröffnete man einen Feldzug, der endgültig in das Stadium des „kontrollierten Geldes“ überleiten sollte.

Es wurde festgesetzt, daß alle Unternehmungen unter Aufsicht zuerst ihr Bargeld völlig unter Kontrolle stellen sollten. Behörden, staatliche Unternehmungen, Erziehungsanstalten, Krankenhäuser, militärische Einheiten, soziale Körperschaften, Genossenschaften usw. wurden verpflichtet, jede Geldsumme, jede Anweisung und jede Einnahme aus allen Transaktionen an demselben Tag, an dem das Geschäft vor sich ging, bei der Volksbank zu deponieren. Die Bank ward höchstens ermächtigt, einen Tag Fristverlängerung zu gewähren. Feiertage und Sonntage wurden nicht gerechnet. Wo die Volksbank eine Filiale oder eine Agentur hatte, wurde erlaubt, eine kleine Summe von Wechselgeld für das tägliche Geschäft von drei Tagen zu behalten. Wo das nicht der Fall war, durfte eine kleine Bargeldkasse für die Bedürfnisse von höch-

stens einem Monat geführt werden. Alle Sondergenehmigungen standen im freien Entschluß der Bank oder der örtlichen Finanz- und Wirtschaftsausschüsse.

Dann legte man ein System fest, nach dem die Volksbank alle Verrechnungen zwischen den Konten übernehmen sollte. Die Bank von China behielt sich internationale Transaktionen vor. Geschäfte innerhalb chinesischer Städte oder zwischen chinesischen Städten dagegen wurden durch die Volksbank arrangiert. Alle Organisationen mußten Geschäftskonten und laufende Konten bei der Volksbank einrichten. Zur Verrechnung zwischen zwei Geschäftskonten mußten „Einnahme- und Ausgabezertifikate“ mit ordnungsgemäßer Genehmigung durch die zuständige Behörde ausgewechselt werden. Überweisungen zwischen laufenden Konten und Geschäftskonten konnten nur durch „Überweisungsschecks“ vorgenommen werden, die ebenfalls einen behördlichen Stempel tragen mußten und nur für die beiden genau bezeichneten Konten verwendet werden durften. Gewöhnliche Überbringerschecks durften nur verwendet werden, wenn Zahlungen an Privatpersonen oder Privatunternehmungen zu leisten waren, oder man durfte mit ihrer Hilfe die zugelassene Summe an Bargeld für den Eigenverbrauch abheben. Die beiden ersten Typen von Papieren mußten innerhalb von vierundzwanzig Stunden bei der Volksbank eingereicht werden. Der Inhaberscheck galt zuerst sieben Tage lang. Im November 1952 wurde jedoch seine Geltungsdauer auf drei Tage eingeschränkt. Außerdem wurde bestimmt, daß er auf den Namen ausgestellt werden mußte.

Man durfte Schecks auf Bargeld nur dann für Geschäfte mit Privatunternehmungen oder Einzelpersonen verwenden, wenn es um Lohn- und Gehaltszahlungen, um die Erstattung von Reisekosten und um andere genau festgelegte kleine Ausgaben ging. Allen amtlichen Organen wurde zur Pflicht gemacht, die Ausgabe von Bargeld so weit wie möglich zu vermeiden.

Die Kreditkontrolle wurde folgendermaßen organisiert: keine staatliche Stelle durfte Geschäfte auf Kredit tätigen oder Kredit geben. Alle Finanzbedürfnisse mußten mit Hilfe der Volksbank gedeckt werden. Die Volksbank konnte nur Kredit geben, wenn die Buchprüfung ein zufriedenstellendes Ergebnis aufwies. Die Kredite mußten in einen im voraus aufgestellten Einnahme- und Ausgabeplan eingepaßt werden. Diese Pläne wurden auf eine höchst komplizierte Methode aufgestellt. Der Antragsteller mußte einen Vorschlag machen, die Bank konnte dann nach einer Beratung mit den Dienststellen der Wirtschaftsplanung Änderungen anbringen und den Vorschlag mit diesen Änderungen genehmigen.

Das erinnert an die Prozedur, die bei Produktions- und anderen Plänen in einer nach sowjetischem Muster geführten totalitären Wirtschaft üblich ist, wo der Produktionsbetrieb Planvorschläge macht, danach die höhere Dienststelle einen „Gegenplan“ zurückreicht und festlegt, was tatsächlich geschehen soll.

Investitionslenkung

Chinas erster Fünfjahresplan setzte im Jahre 1953 ein. Diese Bestimmungen gehören zu seinem Grundschema. Als einmal dieses Stadium erreicht war, trat ein weiteres Element in Aktion. Jetzt wurde die Investierung im Rahmen einer planmäßigen Industrialisierung zu einem vordringlichen Anliegen. Rückstellungen für „Kapitalinvestition“ oder „Grundinvestition“ erhielten erste Priorität und bildeten besondere

Posten in den Haushaltsplänen der Zentralbehörden, der örtlichen Behörden und der Betriebe. Das Finanzministerium hatte die Obergewalt, alle Zuteilungen sollten jedoch durch die Volksbank erfolgen. Auf diese Weise hat die Volksbank eine zentrale Machtstellung auch innerhalb der Planungsapparatur.

Im Oktober 1954 wurde eine besondere Bank für die Finanzierung von Neuanlagen errichtet. Wahrscheinlich ist sie auf diesem Gebiet ebenso der Volksbank untergeordnet, wie es die Bank von China auf dem Gebiet des Außenhandels ist.

Viele Hunderte von Filialen und Agenturen der Volksbank sind in allen Landesteilen eröffnet worden. Tausende von Unternehmungen und Organisationen wurden ihrer Kontrolle unterstellt. An sich sollte man daher eine beachtliche Stärkung des Bankwesens in China erwarten.

Druck auf die Privatwirtschaft

Es läßt sich aber nicht sagen, wieweit es sich bei dieser Ausdehnung nur um eine Ablösung von Privatbanken handelt, wieweit sie also nur eine Verstärkung der ohnehin übergewichtigen Bürokratie bedeutet.

Die Depositen in der Staatsbank stiegen im Jahre 1950 um 100% in den fortgeschrittensten Landesteilen, das heißt im Osten und im Norden Chinas, und um 800% in den am wenigsten entwickelten Nordwest- und Südwest-Gebieten, während die zentralen und südlichen Landschaften eine Ausdehnung von 400–500% zeigten. Die Depositen in den Bankfilialen erhöhten sich vom Januar bis zum Ende April 1950 von fast 460 Milliarden JMP auf annähernd 1700 Milliarden oder um 370%, während die Depositen bei Privatbanken von annähernd 280 Milliarden auf weniger als 241 Milliarden sanken (rund 17%). In einer Periode mit ähnlicher Befristung ist nach amtlicher Mitteilung der Anteil des Bargeschäfts in bezug auf alle Zahlungen von 8% auf etwas über 2,5% in Schanghai gefallen, von 8% auf 3% in Tientsin, von 45 auf 14% in Tschungking, von 35 auf 10% in Lantschou usw.

All das zeigt das Ausmaß des „Fortschritts in Richtung auf den Sozialismus“ an, die Vorherrschaft der Staatswirtschaft und die Eliminierung der privaten Unternehmungen sowie die Rolle, die während der Periode der „Bargeldkontrolle“ die Bankpolitik spielte.

In der Periode der „Währungskontrolle“ hatten sich, wie berichtet wird, bis zum Februar 1952 annähernd 90% der unter Aufsicht stehenden Kassen dem System der „Einnahmen- und Ausgabenpläne“ unterworfen. Die qualitativen Ergebnisse allerdings waren höchst dürftig. Die Pläne enthielten entweder nur Annäherungswerte, oder sie waren schlecht aufgestellt. Wenn sie eine Dienststelle oder ein Unternehmen tatsächlich erfüllte, war das durchaus eine Ausnahme. Am häufigsten kam es vor, daß auch nicht annähernd die im Voranschlag eingesetzte Summe ausgegeben wurde. Daraus läßt sich schließen, daß die Leiter der Staatsbetriebe noch immer instinktiv nach einer Lebensversicherung mit Hilfe überhöhter Voranschläge suchten, so daß sie immer eine Reserve für den Notfall parat hatten. Sogar in einer der fortschrittlichsten Regionen, in Schanghai, blieben die tatsächlichen Auszahlungen 7% unter dem veranschlagten Satz. In einer weiter abgelegenen und rückständigen Landschaft, in Lantschou, machten sie nur 20% des Voranschlags aus, und eine große „Kampagne“ zur Erhöhung des Prozentsatzes auf 80% scheint ohne Erfolg geblieben zu sein. Im Fall

von Tientsin erhöhten die „führenden Dienststellen“ ihren Anteil von 60 auf 80%. Diese Mitteilung wird jedoch durch den interessanten Kommentar ergänzt, daß die Leistung kleinerer öffentlicher Betriebe sehr viel weniger zufriedenstellend als die der Spitzengruppe war, und zwar wird das so ausgedrückt, daß man es als allgemeine Erfahrungstatsache annehmen kann.

Seit 1952 ist über Themen dieser Art sehr viel weniger in China veröffentlicht worden. Doch ist es klar, daß die beschriebenen Vorgänge sowohl in der Staatswirtschaft als auch bei den gemischten Unternehmungen ihre Fortsetzung fanden. In der zweiten Jahreshälfte 1951 trat man in die nächste Hauptperiode ein. Damals wurde das System der Geld- und Kreditkontrolle als Waffe des Klassenkampfes und als Werkzeug für den Übergang zum Sozialismus tief in die Privatwirtschaft hineingetragen. Die übrigbleibenden Privatunternehmer wurden „dazu veranlaßt“, alle Gewinne aus Geschäften mit Staatsbetrieben und gemischten Unternehmungen bei der Volksbank zu deponieren und durch die Volksbank auch ihre übrigen Bankgeschäfte abwickeln zu lassen. So kam es zu einer großen Erhöhung der Kontenanzahl in der Volksbank, während gleichzeitig der durchschnittliche Betrag auf dem Einzelkonto sehr viel niedriger wurde. Am Jahresende standen in den größeren Städten 60–70% der privaten Depositen unter der Kontrolle, in kleineren und abgelegeneren Orten 40–50%.

Die Volksbank ist nicht eine Zentralbank im gewöhnlichen Sinn. Sie ist ein Instrument der Staatspolitik, das heißt, des Klassenkampfes oder der Sozialisierung. Ihre Aufgabe als „Bank der Banken“ für die Wechseldiskontierung oder ähnliche Funktionen fällt kaum ins Gewicht. Es kann gar nicht die Rede von einem Geldmarkt im normalen Sinne sein. Die Volksbank ist keineswegs die einzige Bank, sondern es gibt verschiedene andere Bankunternehmungen. Aber die Volksbank führt die gesamte Politik der Volksregierung auf dem Gebiete des Geldwesens durch. Sie tut das größtenteils durch direkte Methoden, da sie allein entscheiden kann, ob ein Kredit bewilligt werden soll, wann, wie und an wen. Die Unterlagen für ihr Urteil sind nicht diejenigen der normalen Kreditwürdigkeit, sondern die von der Staatspolitik geforderten Bedingungen.

Man hat nach außen viel von den Grundsätzen der „Neuen Demokratie“ geredet, die einen langsamen, leichten und genossenschaftlichen Übergang zum Sozialismus fordern. Der Staat und seine Bank sollten das Kapital der Nation bewahren und pflegen (darunter versteht man jede rein chinesische Unternehmung unter Ausschluß derjenigen Personen, die als Mitglieder oder Anhänger der *Kuomintang* außerhalb des Gesetzes gestellt worden sind, und unter Ausschluß der ausländischen Interessen).

Der größere Teil der von der Volksbank vergebenen Darlehen und Kredite aber wurde an die staatlichen Handelsgesellschaften und Industrieunternehmen vergeben, ein gewisser Anteil an andere öffentliche Stellen und weniger als 10% an Privatunternehmungen, die natürlich auch sämtlich schon mit den Staatsstellen zusammenarbeiteten.

Die indirekten Methoden

Die Volksbank benutzt auch indirekte Kontrollmethoden. Sie ähneln den in kapitalistischen Ländern üblichen, unterscheiden sich aber dem Wesen nach. Sie sind von erheblich geringerer Bedeutung als die beschriebenen Direktmaßnahmen. Eine davon

ist die Änderung des Anteils der Reserven. Im ersten Jahr des neuen Regimes waren Privatbanken verpflichtet, 10% der Depositensumme in der Form von Depositen und weitere 10% in Gestalt von flüssigen Konten oder Bargeld als Reserve zu halten. Im August 1950 wurde verkündet, daß die Depositenreserve auf einen Betrag zwischen 15 und 30% je nach der Kategorie erhöht werden müsse, während die Barreserve auf 5% gesenkt wurde. Die übrigen 65–80% der Depositen mußten durch Papiere gedeckt werden, vorzugsweise durch Schatzanweisungen und Anteilscheine an Staatsunternehmungen.

Ein weiteres indirektes Mittel bestand aus der Diskontierung, dem Hypothekengeschäft usw. Im ersten Jahr des neuen Regimes waren alle Geschäfte dieser Art verboten. Aber vom August 1950 an durfte die Volksbank derartige Dinge tun, wenn ein kurzfristiger Kredit für ein staatlich genehmigtes Unternehmen benötigt wurde, wenn dadurch die Kontrolle der Staatsbank stärker wurde und wenn die Investition in planwirtschaftlichen Unternehmungen auf diese Weise erhöht oder beschleunigt wurde.

Auch die Zinspolitik unterliegt besonderen Gesetzen. Sie arbeitet mit verschiedenen Zinssätzen und diskriminierenden Bestimmungen, durch die Investitionen in Staatsbetrieben Vorteile erhalten, während private Konzerne und die Akkumulation von Privatkapital nicht ermutigt wird. Wenn Fabriken oder Handelsfirmen in einer so unsicheren Lage sind, daß private Banken ihre Wechsel nicht unterbringen können, übernimmt die Volksbank gern diese Wechsel. Dadurch kommt sie in die Lage, die Bücher dieser Unternehmungen zu prüfen und die Aufsicht über alle Geschäfte an sich zu reißen. Das ist die Vorstufe für die volle Verstaatlichung.

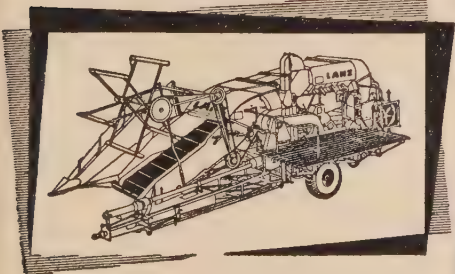
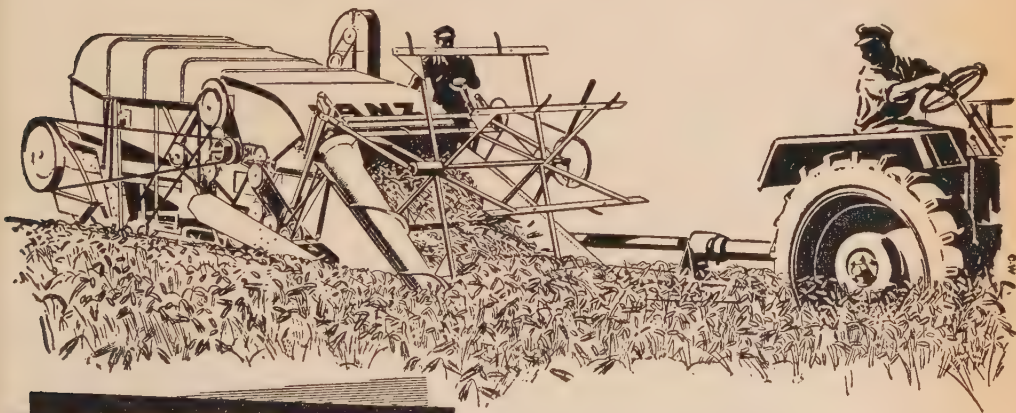
Das Heer der Inspekture und Kontrolleure

Man muß diese Dinge vor dem weiteren Hintergrund sehen, in dem man den Druck des ganzen Systems in der Richtung auf eine beschleunigte „Liquidierung“ der überlebenden Privatwirtschaft und auf ihre Verstaatlichung erkennt. Alle privaten und persönlichen Interessen und Handlungen unterliegen einer sehr weiten amtlichen Prüfungs- und Genehmigungspflicht. Sie wird durchgeführt mit Hilfe der Steuergesetze und der zugehörigen Verordnungen, aber auch mit Hilfe der Wohlfahrts-gesetze für die Arbeitnehmer oder der baupolizeilichen Verordnungen usw. In der Praxis sind alle Firmen und Dienststellen ständigen und langwierigen Besichtigungen durch Inspektoren, Steuerbeamte, Assessoren, Kontrolleure, Buchprüfer und Aufsichtspersonen ausgesetzt, die im Namen immer anderer Behörden kommen. Sie empfangen außerdem den Besuch von Parteiaktivisten, Abgesandten der Gewerkschaften, Sammlern für Spendenlisten an den Staat oder an patriotische Anleihe- und Stiftungsaktionen. Unternehmer und Betriebsleiter stehen ständig im Kreuzverhör. Sie werden dazu ermahnt, bedrängt oder gezwungen, die offizielle Politik zu übernehmen. Inspektoren und Buchprüfer verhindern willkürlich Abschreibungen in der Bilanz, während sie die steuerpflichtigen Beträge heraufsetzen, große Verbesserungen zugunsten der Arbeitnehmer auf Kosten der Arbeitgeber anordnen und insgesamt auf diese und andere Weise den Privatunternehmungen das Leben unmöglich machen. Durch das umgekehrte Vorgehen fördern sie Staatsbetriebe und Unternehmungen, die eine staatliche

Genehmigung besitzen. Ich kann hier nicht kommunistische Veröffentlichungen mit direkten Zitaten anführen, aber chinesische und nichtchinesische Geschäftsleute jeder Art, die eine wirtschaftliche Betätigung unter dem kommunistischen Regime versucht haben, geben reichliche Beweise dafür, daß damit die wirkliche Atmosphäre beschrieben wird. Eine „Gehirnwäsche“, das muß man dazu noch sagen, findet nicht nur in bezug auf politische und soziale Fragen statt, sondern dieses Mittel wird auch in der Wirtschaft und in geschäftlichen Dingen eingesetzt.

So ist die Kontrolle des Bankwesens und der Währung im Rahmen der umfassenden und zielbewußten Politik, die China verwandeln will, als wichtiger Teil des Lenkungsmechanismus verwendet worden. Im Westen ist man sich wahrscheinlich über die Methode im einzelnen gar nicht klar. Bank- und Währungswesen ist in China von verhältnismäßig größerer Bedeutung gewesen und stärker eingesetzt worden als in anderen kommunistischen Staaten. Man mag Zweifel über den positiven Erfolg dieser Politik haben, wenn man sie nach dem bekannten Stand der chinesischen Verwaltungs- und Geschäftstechnik beurteilt. Aber die Bemühung ist zielbewußt und intensiv gewesen.

Im übrigen stellen die hier gewonnenen Eindrücke eine Warnung gegen die Vorstellung dar, als werde das chinesische Leben nicht nach den Methoden der Sowjetunion umgestaltet. Andererseits warnt das Bild ebenso vor der Idee, als ob die kommunistische Politik keine Rücksicht auf praktische Erfahrungen nehme und sich nicht an wechselnde Verhältnisse im nationalen Rahmen anpasse.



In Ruhe ernten

Die Ernte mit diesem MD 195 gibt Sicherheit und Ruhe!
Denn er arbeitet pünktlich und reibungslos unter allen Verhältnissen,
weil er wendig ist wie kein zweiter, weil er auch mit schwerstem
Lagergetreide fertig wird und weil das Korn durch die doppelte Reinigung
so sauber ist – wie von Hand verlesen!

LANZ *Mähdrescher*

W. O. VON HENTIG

Bericht über Saudien

Die Wüste

In Saudien treten wir in eine von der unseren grundlegend unterschiedene Welt der Begriffe: der geographischen Größenordnung, der Wirtschaft, der Sitten und Auffassungen.

Den Charakter von Land und Leuten bestimmt die Wüste. Ihre Bezirke sind feuchtheiß längs der Küste, trocken, kühl und sehr warm im Innern. Die dreiseitig vom Meer umschlossene Halbinsel ist so groß wie ganz Vorderindien, das mit Vorliebe und Recht als ein Subkontinent bezeichnet wird, hat aber kaum mehr als insgesamt 10 Millionen Einwohner. Weniger als deren Hälfte fällt auf das mehr als dreiviertel des Landes umfassende Saudische Arabien, vielleicht 4 Millionen auf den Jemen, der Rest auf die kleinen Ostküstenstaaten. Die Städte und festangesiedelten Bauern machen mehr als $\frac{2}{3}$ der Bevölkerung aus, das übrige Drittel nomadisiert, alle sind Mohammedaner, alle sprechen sie eine Sprache – das Arabische.

Aus den in ihrer Geschichte sich immer wiederholenden Kämpfen der Sippen, Stämme und Staaten hat – dank der Persönlichkeit eines großen Herrschers – Saudisch Arabien eine an Ausdehnung und Bedeutung überragende Stellung gewonnen.

Abdul Aziz ibn Saud und seine Söhne

Der kürzlich verstorbene König Abdul Aziz ibn Saud, Sohn des Saud, hatte nach einer im 18. Jahrhundert beginnenden führenden Stellung seiner Familie 1891 das heimische Riad mit seinem Vater fliehen müssen. 22jährig eroberte er in einem kühnen Handstreich die väterliche Residenz zurück und begann damit einen kämpferischen Siegeszug. Zunächst besetzte er während des Balkankrieges das ehemalige Wahabitenland, die damalige türkische Provinz al Hara. Seine Stellung im In- und Ausland festigte er zwei Jahre später 1915 durch einen Vertrag mit England. Es erkannte ihn als unabhängigen Herrscher des Nedschd an und zahlte ihm monatlich 5000 Pfund Sterling Subsidien.

1918 mußte die Rivalität zu König Hussein vom Hedschas zu dem unausbleiblichen Zusammenstoß führen. Er endete mit Husseins Niederlage bei Turaba. Aber zunächst war noch eine alte Rechnung mit den Reschidis von Hail zu begleichen, dann wandte er sich gegen das damalige Transjordanien, einigte sich aber mit Großbritannien auf die Ordnung des gesamten arabischen Raumes, um 1924 doch die fällige Entscheidung über den Hedschas und damit den Besitz der heiligen Stätten herbeizuführen. Als erste Macht erkannte ihn die UdSSR am 11. 2. 1926, als zweite Großbritannien als König auch des Hedschas an. Der unbestrittene Siegeszug Abdul Aziz ibn Sauds schloß mit der Niederlage des Jemen 1934, der aber lediglich eine unwesentliche Grenzkorrektur zugestehen mußte. Seitdem und schon zuvor herrschte Ibn Saud uneingeschränkt auch als religiöses Oberhaupt, als Imam, durch seine genaue Kenntnis der tatsächlichen und rechtlichen Verhältnisse, allgemein anerkannt als Friedensrichter im weitesten Sinn des Worts in der saudischen Wahlmonarchie, die er aber schon 1953 nach dem Tod seines Lieblingssohns Turki durch Wahl seinem zweiten Sohn

Saud sicherte. Der dritte Sohn Faisal, zur Zeit Premier- und Außenminister, wurde zum Thronfolger bestimmt. Während der Ältere das Stammland Nedschd verwaltete, fiel Faisal die Regentschaft im Hedschas zu. Er residiert denn auch mit Vorliebe in dem 1300 m hoch gelegenen Taif.

Die Söhne setzen heute die Politik des großen Vaters in jedem Betracht fort. Schon im Ersten Weltkrieg hielt sich Ibn Saud zurück, im Zweiten blieb er neutral, obwohl ihn Roosevelt und Churchill in einer Zusammenkunft in ägyptischen Gewässern für ein Eintreten auf ihrer Seite zu gewinnen suchten. In der Frage einer israelischen Staatsgründung blieb er ein Feind des Zionismus. Er ging aber nicht so weit, der *Arabian American Oil Company* (Aramco) die Konzession zu kündigen, wie es die 1924 von Nahas gegründete Arabische Liga von ihm verlangte. Die von den Haschimiten, seinen alten Gegnern im Hedschas, verfolgte Politik der Anlehnung an England bekämpfte er und damit auch die Werbung der Engländer um den Irak.

Seine Söhne stehen aus den gleichen Gründen wie der Vater dem 1955 erfolgten weiteren Schritt des Irak, sich durch die Allianz mit der Türkei weiter westlich zu binden, ablehnend gegenüber. Das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten war im allgemeinen gut, aber kleineren Spannungen, wie sie bei so enger Zusammenarbeit manchmal unausbleiblich sind, ausgesetzt.

Sprunghafter Wirtschaftsaufschwung

1951 noch gab die Im- und Export-Bank Saudien eine Anleihe von 10 Millionen Dollar. Wie schnell sich die Verhältnisse dort gewandelt haben, zeigt am besten ein Blick auf das ein Jahr später aufgestellte Budget, das nach den Erhebungen des *Chatham House* 730,1 Millionen Rial, nach dem detaillierten amtlichen Haushaltsplan 757 960 158 Rial umfaßte. Das saudische Budget schloß dabei nicht einmal die sogenannten *Royalties* ein, die wohl ihrem Namen entsprechend der unmittelbaren Verfügung des Königs überlassen bleiben sollten, während die erstgenannte Aufstellung neben der Einkommensteuer von 356 Millionen Rial Abgaben aus der Ölgewinnung in Höhe von 220 Millionen Rial umfaßte.

Ein Vergleich mit dem schon viel weiter ausgearbeiteten Haushaltsentwurf von 1954/55 zeigt die sprunghafte, für uns kaum begreifliche Entwicklung der saudischen Staats- und damit auch Privatwirtschaft. Es werden darin genannt:

Einnahmen

274 374 500 Rial	Ölabgaben (zum erstenmal im Budget aufgeführt)
692 250 000	Einkommensteuer (auch von den Ölgesellschaften)
5 150 000	Umsatzsteuer
80 000 000	Zölle
1 000 000	Grundstücksverkäufe (die Kgl. Regierung ist Eigentümerin der ungenutzten herrenlosen Grundstücke)
25 000 000	Fluglinien (allein 35 000 Pilgerpassagen i. J.)
27 600 000	Eisenbahn
4 000 000	Briefmarken

und eine Reihe kleinerer Posten mit dem Reservefonds von 211 989 500 Rial, eine Gesamtsumme von 1 355 900 000 Rial. (Ein Rial = DM 1,19.)

Die neue Entwicklung ist auch aus der veränderten Aufgliederung der Ausgaben ersichtlich. Während früher die des königlichen Hauses unter dem Titel „Riader Angelegenheiten“ liefen und königliche mit Staatsausgaben verquickten, besonders bei den Untertiteln „Königliche Paläste und Prinzen“ 36 Millionen, „Regierungsabteilungen in Riad“ 66 Millionen und „Stämme“ 50 Millionen, zusammen 152 Millionen Rial, sind jetzt die Ausgaben gegliedert in:

A u s g a b e n

1. für das kgl. Haus	49 533 312 Rial
2. Ministerrat	5 488 000 „
3. Außenministerium	21 000 000 „
4. Kriegsministerium	472 914 792 „
5. Innenministerium (davon Polizei 46 519 000 Rial)	81 960 899 „
6. Erziehungsministerium	45 671 592 „
7. Verkehrsministerium	97 227 869 „
8. Landwirtschaftsministerium	15 930 795 „
9. Finanz- und Wirtschaftsministerium	33 820 517 „
10. Gesundheitsministerium	39 549 458 „
11. Handelsministerium	2 824 000 „
12. Justizministerium	6 807 900 „
13. Religionsministerium	9 929 629 „

und eine Menge anderer, kleinerer, aber kennzeichnender Posten, unter denen nur der für Wohlfahrtsvereine in Höhe von beinahe 10 Millionen genannt sei.

Das Gesamtbudget balanciert bei einem Debetsaldo des vorangegangenen Jahres von 128 Millionen mit 1355 Millionen.

Selbstverständlich will eine solche Etatsaufstellung richtig gelesen sein. Ihre Durchführung im einzelnen wird auch im wesentlichen von der Stärke und Stellung des neugeschaffenen Oberrechnungshofes abhängen. Bisher haben sich einzelne Ministerien darüber beklagen müssen, daß sie die ihnen ausgeworfenen Etatsposten nicht im vollen Umfang erhalten haben. In jedem Falle aber geht aus der Neugliederung des Etats eine höchst interessante Entwicklung von der absoluten Monarchie, die heute noch immer vorherrscht, zu einer Kabinettsregierung, d. h. Übernahme monarchischer Machtvollkommenheiten durch die einzelnen Ressortminister, hervor. Mit ihr gleich läuft der Ersatz der Mitglieder des königlichen Hauses an hohen Regierungsstellen durch Fachminister. Ein lehrreicher Vergleich des saudischen Budgets mit denen anderer arabischer Staaten würde aber zeigen, in wie hohem Maße man sich dort schon der Notwendigkeit organisatorischer und produktionsfördernder Aufgaben bewußt geworden ist.

Bahnen, Straßen, Fluglinien

Unter den Investitionen nehmen die Verkehrsanlagen die erste Stelle ein. Gebaut wurde und weiter ausgebaut wird die Bahn vom Ölhafen Damam nach der Hauptstadt Riad. Ein moderner Triebwagenschnellzug sichert die Verbindung über die 566 km lange Strecke in 7½ Stunden. Es bestand der Plan, die Bahn durch das ganze Land

nach dem Roten-Meer-Hafen des Landes, Dschiddah, fortzusetzen. Auch der Wiederausbau der alten Hedschasbahn wird erwogen. Im Januar 1955 fanden Verhandlungen mit Syrien, vertreten durch seinen Verkehrsminister, über die nach dem Ersten Weltkrieg größtenteils abgebaute Hedschasbahn in Riad statt. Die Anliegerstaaten, vor allem Syrien und Saudisch Arabien, waren sich über die Notwendigkeit und Wichtigkeit dieses Wiederausbaues einig. Als es dann allerdings später galt, die finanziellen Leistungen zu verteilen, stellte sich heraus, daß man diese fast ausschließlich Saudien überlassen wollte. Auch Jordanien war bereit, zuzustimmen, wenn es von dem neuen Plan nicht belastet würde. Kürzlich ist eine vertragliche Einigung über diese alle arabischen Staaten angehende Frage erfolgt.

Das Zögern bei der Durchführung der schon gefaßten Beschlüsse hat dann die Straßenbauprojekte wieder in den Vordergrund treten lassen. Zu ihnen gehört in erster Linie der Fertigbau der Straße von Dschiddah nach Medina, die jetzt zwar trassiert, aber nur bis etwa auf 100 km von einer englischen Gesellschaft ausgebaut worden ist. Die Gesellschaft mußte, weil sie wegen der Steigerung der Asphaltpreise den Vertrag nicht durchhalten konnte, mit erheblichen Verlusten, u. a. eines Hauptteils ihres Straßenbauparks, den Weiterbau einer örtlichen Firma überlassen. Auch der Bau der Straße von Dhahran nach Riad und von dort weiter nach Dschiddah ist neuerdings wieder in den Vordergrund getreten. Er wird in der arabischen Presse als zur Zeit größtes Straßenbauprojekt der Welt bezeichnet.

Vielleicht wichtiger noch als Bahnen und Wege sind heute schon die Fluglinien Saudiens. Ihre Begründung und ihr Unterhalt sind vornehmlich ein amerikanisches Verdienst; ebenso der Ausbau des den Forderungen des größten Verkehrs gewachsenen Flughafens von Dhahran.

Eine neue Generation

Mit der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung des Landes sucht die kulturelle Schritt zu halten. Ihre Wichtigkeit, vor allem die des Ausbaus des Schulwesens, wird immer allgemeiner erkannt. Die Zahl der Schüler hat sich in den letzten Jahren mehr als verdoppelt, die der Lehrer beinahe verdreifacht. Heute werden 46 425 Schüler von insgesamt 1961 Lehrern unter 80 ägyptischen Schulinspektoren in 359 Schulen unterrichtet. 269 Grundschulen für 16 000 Schüler sollen demnächst hinzutreten. Der öffentliche Unterricht für Mädchen ist allerdings gegen die Stimme des fortschrittlichen Premierministers noch nicht zugelassen worden. Ihr privater Unterricht wird



Die Grenzen zwischen Saudien und dem britischen Protektorat Aden werden allgemein unkorrekt dargestellt (versehentlich auch in einem Beitrag des Herausgebers dieser Zeitschrift zum Sammelwerk „Die Volkshochschule“, Stuttgart 1955). Sie sind nicht genau markiert.

aber auch im Palais, wo nicht weniger als 6 Lehrerinnen tätig sind, gepflegt, und die Mütter sollen hinter ihren Kindern an Lerneifer nicht zurückstehen.

Für das Universitätsstudium ist das Land allerdings noch auf das Ausland angewiesen. Eine Reihe der jüngeren Beamten haben bereits früher an den amerikanischen *Colleges* von Beirut und Aleppo, noch mehr an den modernen ägyptischen Universitäten und eine kleinere Anzahl an der Azar-Universität in Kairo studiert. Mehrere hundert sind noch im Begriff, es zu tun. Für die Übergangszeit allerdings hat der König Angehörige fast aller arabischen Länder in seinen Dienst zu ziehen gewußt. So finden wir in der Verwaltung in Palästina ausgebildete Männer, in den Ministerien Libanesen, Syrer und nicht zuletzt auch Ägypter. Doch spielen schon heute die großen Familien Saudisch Arabiens vor allem im Auswärtigen Dienst und in der inneren Verwaltung eine dauernd wachsende Rolle.

Eine neue Generation wächst damit der nicht leichten Aufgabe entgegen, die gottgegebenen Reichtümer des Landes in dauernde werbende Werte zu wandeln. Was ein gütiges Geschick ihr in den Schoß gelegt, nein unerwartet geworfen hat, soll sie überlegt, pflegsam und bescheiden für eine glückliche Zukunft zum Nutzen ganz Arabiens und seiner Stellung zwischen den Staaten der Erde einsetzen. Das war das Vermächtnis seines ersten weisen Königs und ist Aufgabe und Ziel seiner zur Erfüllung dieses Vermächtnisses berufenen Söhne.

DIE ARMEE ISRAELS

Die jüdische Verteidigungsarmee (*Zvah Haganah Le-Israel*) entstand unmittelbar nach der Gründung des Staates Israel am 14. Mai 1948. Den personellen Grundstock bildeten Angehörige der jüdischen Brigade, die während des Zweiten Weltkrieges auf britischer Seite gekämpft hatte, sowie Mitglieder der *Haganah* und des *Palmach*. Die *Haganah*, aus der illegalen Selbsthilfeorganisation hervorgegangen, war ursprünglich ein Lokal- und Regional-Selbstschutz. Der *Palmach*, ein taktischer Stoßverband, entwickelte sich aus der jüdischen *Settlement Police*, die während der Araberaufstände von den Engländern gegründet worden war und sich später selbständig machte. Freiwillige — eine Allgemeine Wehrpflicht besteht erst seit dem 15. 8. 1949 — und die Dissidentengruppen der extremen *Stern*-Organisation und der *Irgun-zwai-Leumi* verstärkten die Armee-Einheiten.

Ihre Feuerprobe hat die junge Armee im Palästinakrieg bestanden. Der Verlauf der Kämpfe mit jordanischen, ägyptischen, syrischen und irakischen Einheiten zeigte, daß die Israeli den besseren Kampfgeist und mehr Kampferfahrungen besaßen. Auch Waffen und Ausrüstung waren — insge-

samt gesehen — moderner als die der arabischen Truppen, selbst wenn die jüdischen Verbände zu Beginn der militärischen Auseinandersetzungen provisorische Mittel anwenden mußten. So dienten z. B. vielfach gepanzerte Autos als Panzerfahrzeuge, kleine Einwandererdampfer mit Eisenplatten an den Reelings als Kriegsschiffe. Die Luftwaffe besaß in den ersten Wochen lediglich einige alte Sportmaschinen.

Es dauerte aber nicht lange, dann kamen moderne Typen hinzu, die Freiwillige — trotz dem Waffenembargo der Vereinten Nationen — aus aller Herren Länder brachten. Die Masse der Maschinen waren tschechische Messerschmitt-Jäger (Me 109) mit Skodabewaffnung. Sie trafen entweder direkt — nach Zwischenlandung in Griechenland — oder zerlegt an Bord von Transportflugzeugen ein. Ein Teil, vorwiegend Bomber, wurde aus den Vereinigten Staaten eingeschmuggelt. Die Einsätze dieser großen Maschinen wurden von der Tschechoslowakei aus geflogen, da die Feldflughäfen in Israel für Start und Landung zu klein waren.

Indessen haben aber die arabischen Truppen keine vernichtende Niederlage erlitten, wie manchmal angenommen wird. Sie ver-

mochten nicht nur ziemlich große Teile Palästinas, sondern auch die Altstadt von Jerusalem zu besetzen und zu halten. Auch war es nicht allein die Schuld der Araber, vor allem der kämpfenden Truppe, daß sie nicht genügend moderne Waffen und nur einen spärlichen Vorrat an Munition besaßen.

Heute hat Israel, von der Türkei abgesehen, die schlagkräftigste Armee zwischen dem Mittelmeer und dem Indischen Ozean. Höchstkommandierender aller drei Waffen-gattungen — Landstreitkräfte, Luftwaffe und Marine — ist der Generalstabschef. Die Verbände setzen sich, wie die der Schweiz, aus einer regulären Armee als Kern und aus Reserve-Einheiten zusammen. Außerdem existieren besondere Alarmgruppen. Sie stehen wenige Stunden nach Bekanntgabe eines Kennwortes über den Rundfunk zum Einsatz bereit.

Die regulären Landstreitkräfte machen 5 bis 6 Brigaden — etwa 2 bis 3 Divisionen — aus. Ihre Stärke wird streng geheimgehalten, dürfte aber 50 000 Mann betragen. Die Zahl der Reservisten beträgt etwa 120 000. Zusammen mit den ausgebildeten Frauen ergibt sich eine Gesamtstärke von rund 250 000. Sämtliche Verbände sind außerordentlich beweglich und verfügen über moderne Geschütze und Werfer aller Kaliber. Bei den Panzereinheiten herrschen britische *Centurion*- und amerikanische *Sherman*-Typen vor.

Die Marine besteht aus

- 3 Fregatten,
- 1 Flak-Fregatte,
- 2 Geleit-Zerstörer,
- 5 Korvetten,
- 3 Küstenwachtschiffen,
- 3 Minensuchern,
- 6 Minenräumern,
- 10 Torpedobooten,
- 30 Landungsschiffen,
- 2 Wachbooten,
- 7 Sonstigen.

Über die Luftwaffe liegen keine genauen Angaben vor. Am Ende des Palästina-Krieges verfügte Israel über

- 40 Jagdflugzeuge (davon 30 Me 109),
- 22 Transportflugzeuge,
- 12 leichte Bomber,
- 10 schwere Bomber,
- 30 sonstige Typen.

Jetzt gehören zahlreiche Düsenjäger zum festen Bestand. Ausbildungszentrum ist der Flugplatz Natanya nördlich von Tel Aviv. Die Einrichtungen gelten als die modernsten im Vorderen Orient.

Die Dienstpflicht gilt für Männer von 18 bis 49 und für Frauen von 18 bis 29 Jahren. Auch die Drusen und die Negev-Beduinen, die bereits während des Palästina-Krieges auf jüdischer Seite gekämpft haben, müssen einrücken. Für die übrigen arabischen und christlichen Minderheiten im wehrpflichtigen Alter besteht vorerst nur eine Registrierungspflicht.

Die aktive Dienstzeit beträgt für die Männer von 18 bis 26 Jahren dreißig Monate, für die zwischen 27 und 29 Jahren vierundzwanzig Monate. Einwanderer, die bereits in einem fremden Heer gedient haben, brauchen nur an einer Kurzausbildung teilzunehmen. Reservisten werden in der Regel jeden Monat einen Tag eingezogen. Außerdem finden Jahresübungen statt, die 2 bis 4 Wochen dauern. Bei Offizieren und Unteroffizieren erhöht sich der Zeitraum um eine weitere Woche. Vom 45. Lebensjahr an gehören die Reservisten zur sogenannten Bürgerwehr, der die Luftschutzaufgaben obliegen.

Frauen dienen in Israel — als dem einzigen Land der Erde, das die militärische Dienstpflicht für Mädchen in Friedenszeiten kennt — zwei Jahre. Die Ehe entbindet von der Wehrpflicht oder beendet sie sofort. Frauen ohne Kinder allerdings gehören zur Reserve und müssen bis zum 36. Lebensjahr alle 12 Monate 4 Wochen einrücken. Der Reservedienst besteht aus militärischen Übungen und Fürsorgedienst in Einwandererlagern und Gemeinschaftssiedlungen. Einer Sonderregelung unterliegen die weiblichen Mitglieder der orthodoxen Familien, die aus religiösen Gründen jeglichen Militär- und Hilfsdienst für Frauen ablehnen. Für sie gibt es die „Nationale Dienstzeit“, die in Krankenhäusern, Fürsorgeeinrichtungen und in den Gemeinschaftssiedlungen abgeleistet wird. Im Augenblick beschränkt sich jedoch die Regierung in Jerusalem darauf, nur diejenigen Mädchen und Frauen einzuberufen, die sich freiwillig gemeldet haben. Sie will damit den Protesten der strenggläubigen Juden gegen die weibliche Wehrpflicht begegnen. Jüdische Staatsbürger werden nur selten vom Wehrdienst befreit. Über die An-

träge entscheidet nicht die Armee, sondern eine Kommission, die sich aus Vertretern des Arbeits-, Erziehungs- und des Gesundheitsministeriums zusammensetzt. Für Studenten bestimmter Fakultäten — vor allem der technischen Berufe — beginnt die normale Dienstzeit nach Abschluß des Staatsexamens. Sie treten sofort als Offizier ein.

Die Armee beeinflusst den Assimilationsprozeß, der sich im jüdischen Staat vollzieht, in einem Maße, wie es eine andere Institution nicht leisten könnte. Sie ist der Ort, wo mehr als die Hälfte der Einwanderer nicht nur eine militärische und körperliche, sondern auch eine geistige und handwerkliche Ausbildung erhält. Hier bekommt die Jugend ferner eine staatsbürgerliche Erziehung und lernt die Staatssprache, das *Ivrit*.

Auf militärischem Gebiet werden neben den üblichen Lehrfächern der Waffenkunde vor allem unorthodoxe Kampfmethoden gepflegt, wie die Entwicklung persönlicher Initiative, Phantasie und Einfallsreichtum im Verblüffen des Gegners. Zur Grundausbildung gehört auch eine genaue Kenntnis des Terrains in allen Teilen des Landes. Im Aussehen und Stil, in der Technik und Ausrüstung ähneln die israelischen Verbände den britischen Truppen. Die reguläre Armee besteht zum größten Teil aus Berufsoffizieren und -Unteroffizieren, die vielfach sehr jung sind. Generalmajor Yigal Yadin, der 1952 nach dreijähriger Amtszeit als Stabschef den Abschied nahm, um zu studieren (er kam aus der Archäologie), war bei der Übernahme des Postens 32 Jahre alt, sein Nachfolger, Generalleutnant Mordechai Makleff, 33. Brigadegeneral Moshe Dayan, der seit Ende 1953 als Generalstabschef fungiert, zählt jetzt 40 Jahre. Der Kommandant der Marine-Einheiten ist gerade 31 geworden.

Die Frauen erhalten in den ersten drei Monaten ihrer Dienstzeit eine umfassende Waffenausbildung, obwohl ein Frontdienst für sie gesetzlich verboten ist. Nach Ablauf der Grundausbildung werden die Mädchen innerhalb der Einheiten für einen Beruf ausgebildet: Bürodienst, Postwesen, Krankenpflege, Kantinendienst und Polizeiwesen. Ein Teil pflegt und wartet die Waffen und die Ausrüstung (vor allem die Fallschirme). Wer die unentgeltlichen Kurse für Krankenpflegerinnen besucht, muß ein wei-

teres Jahr dienen. Selbst die Ehe befreit in diesem Falle von dieser Verpflichtung nicht.

Das Aufbauwerk der Armee umfaßt eine Reihe von Aufgaben, die in jedem anderen Land ausschließlich Angelegenheiten der Zivilbehörden sind: Wohlfahrtsarbeit in den Einwandererlagern, Arbeitsdienst in der Landwirtschaft, Notstandsarbeiten, Errichtung von landwirtschaftlichen Siedlungen in den Grenzgebieten, Anlage von Grenzbefestigungen und Erwachsenen-Erziehung. Die größte Bedeutung für die Entwicklung des Landes hat Nachal (Abkürzung von „*Noar Chaluzi Lochem*“, d. h. „Kämpfende Pionierjugend“), der kombinierte Waffen- und Landdienst. Er beginnt nach Abschluß der Rekrutenausbildung. Etwa $\frac{2}{3}$ des 9 Monate dauernden Dienstes, der mit wenigen Ausnahmen für alle Jungen und Mädchen obligatorisch ist, machen landwirtschaftliche Arbeiten, $\frac{1}{3}$ militärischen Unterricht aus. Im Anschluß daran müssen die Militärpflichtigen darüber entscheiden, ob sie den restlichen Teil ihrer Armeejahre bei der Truppe oder in einem landwirtschaftlichen Grenzdorf dienen wollen.

Die sogenannten Grenzsiedlungen — die sich auch an strategisch wichtigen Orten inmitten des Landes befinden — bilden in den weiträumigen Beduinengebieten vorgeschobene Stützpunkte. Sie liegen entweder in „Geschlossenen Regionen“ („*closed areas*“) — zu denen das gesamte Negev-Gebiet, Teile des Korridors von Jerusalem, der ganze nördliche Zipfel des Landes einschließlich des westlichen, mittleren und nördlichen Galiläa und das Jordangebiet gehören — oder in der eigentlichen Militärzone entlang der libanesisch-syrischen Grenze, in der der freie Aufenthalt Beschränkungen unterliegt. Den Bewohnern der einzelnen Stützpunkte, die zu einem Drittel aus weiblichen Angehörigen bestehen, obliegt zusammen mit der Grenzpolizei die Überwachung des gesamten Bereiches. Zum ständigen Wachdienst werden auch die Mädchen uneingeschränkt herangezogen.

Das Erwachsenenbildungsprogramm der Armee vermittelt in erster Linie Sprachunterricht für die neuzugewanderten Soldaten. Dazu kommen Kurse in Geschichte, Geographie sowie Fächer politischen und sozialen Charakters. Für die Bewohner der abgelegenen Siedlungen werden die Lek-

tionen von einer eigenen Sendestation — „*Galei Zahal*“ = Wellen der Verteidigungsarmee Israels — ausgestrahlt. Die Sendezeit macht täglich dreieinhalb Stunden aus.

Der Wehrdienst wird durch eine gewisse vormilitärische Ausbildung in den Jugend-Bataillonen der Armee (*Gadna*) erleichtert. Die *Gadna*-Verbände sind 1938 gegründet worden und gehörten ursprünglich zur illegalen *Haganah*. Seit einiger Zeit bilden sie eine offizielle militärische Einrichtung. Die Teilnahme erfolgt vorerst noch freiwillig. In den höheren Schulen gehört jedoch eine — wenn auch begrenzte — *Gadna*-Ausbildung zum Stundenplan. Bisher erfaßten die Jugend-Bataillone ein Viertel aller Jungen und Mädchen zwischen 14 und 18 Jahren. Eine weitere Heranziehung scheiterte am Mangel der Ausbilder. Dazu kam, daß *Gadna* aus militärischen Gründen längere

Übungen (2 Tage im Monat) den kürzeren, mehrere Stunden dauernden vorzieht. Mit den Schulen läßt sich ein Kompromiß fast immer herstellen. Die Lehrer lassen den obligatorischen Wochenunterricht ausfallen und rechnen ihn auf den 2-Tage-Dienst an. Industrie und Handwerk verzichten dagegen nur höchst ungern auf die Arbeitszeit ihrer Lehrlinge und Gesellen.

Israels Waffenindustrie produziert nach offiziellen Angaben jährlich Kriegsmaterial im Werte von 9,5 Millionen Mark. Es handelt sich vorwiegend um Infanterie-Waffen und Munition. Ein Teil davon wird exportiert. Das Entwicklungs- und Planungsinstitut der Armee ist jedoch bestrebt, im Laufe der Zeit die wichtigsten der sogenannten herkömmlichen Waffen im eigenen Lande herzustellen.

Heinz Kretzschmar

ZUR GEOPOLITIK SÜDOSTEUROPAS

In seinem Festvortrag über den Schwabendichter Adam Müller-Guttenbrunn befaßt sich Harold Steinacker, wohl zum erstenmal in dieser Eindringlichkeit, mit der europäischen Rolle des Südostdeutstums. Er geht dabei von dem „west-östlichen Kulturgefälle“ aus und faßt die deutsche Kolonisierung im Südosten als ein „Eindringen des Abendlandes nach Osteuropa“ auf. Unter „Abendland“ versteht er ausschließlich das von der römisch-katholischen Kirche geprägte West- und Mitteleuropa.

Dazu wäre zunächst zu bemerken, daß die Siebenbürger Sachsen durch ihren Übertritt zum Protestantismus demnach ihrer „abendländischen“ Mission untreu geworden wären, während ihr Einfluß für uns erst dadurch segensreich wurde. Die Einführung der nationalen Sprache als Kirchensprache machte z. B. bei den Rumänen den Weg für die nationale Literatur frei.

Im übrigen melden die Protestanten ihren berechtigten Einspruch gegen diese Abendlandsauffassung bereits an: Weder „der Europagedanke“ noch „die Idee des Abendlandes“ sei „eine katholische Erfindung“. „Schließlich gehört das Mittelalter genau so zum Erbe des Protestantismus wie des Katholizismus“, so Hans Hermann Walz: Der politische Auftrag des Protestantismus in Europa, Tübingen 1955, S. 80.

Die verschiedenen „Schwabenzüge“ waren nicht die einzigen „abendländischen“ Vorstöße nach dem Südosten Europas. Dazu kamen verschiedene ausgesprochen katholische Initiativen wie der Deutsche Ritterorden, der Johanniterorden sowie die sogenannte Kumanendiozese im 13. Jahrhundert, das Bistum von Seret und dasjenige von Milcov im 14. Jahrhundert, die Unionen mit Rom — um 1596 in der Ukraine, um 1700 in Siebenbürgen. Sie alle sind mehr oder weniger gescheitert, d. h. sie reichten nicht aus, um den Kulturausgleich zwischen West- oder Mitteleuropa und Südosteuropa herbeizuführen. Warum?

Die Ursache lag nicht nur in der östlichen „Gegenoffensive“ und deren ungünstigen Auswirkungen auf die nationale und soziale Struktur dieser Völker. Die deutsche Einwanderung nach dem Südosten brachte selbst manches negative Moment mit sich. Ich denke z. B. an den Zusammenschluß der Siebenbürger Sachsen mit den Ungarn und den Szeklern in der *Unio trium nationum* (1437), eine Politik, die den westlichen Teil des Rumänentums jahrhundertlang von der höheren Kultur des „Abendlandes“ fernhielt und es dadurch an der Erfüllung seiner geopolitischen Aufgabe, der rechtzeitigen Übernahme dieser Kultur und deren Vermittlung an die orthodoxen Völker des Südostens, hinderte. Das

geschah sogar nach der gerade aus dieser Zwangslage heraus erfolgten Annahme des Katholizismus durch die Siebenbürger Rumänen um die Wende vom 17. zum 18. Jahrhundert. Das Verfehlte an dieser Politik hat ein Stephan Ludwig Roth 1842 in seinem „Sprachkampf“ ganz offen zugestanden.

Steinacker meint ferner, bei der Angleichung Mitteleuropas an das Abendland habe die Übernahme von Ideen genügt, denn abgesehen von der kleinen Gruppe der Hugenotten seien keine Menschen aus dem Westen nach Deutschland gekommen. Im Falle Osteuropas „mußten dagegen außer den Ideen auch zahlreiche Menschen einwandern, als Träger der Ideen und Lebensformen, als Vorbilder und Lehrmeister, an die sich die Einheimischen angleichen konnten. Das haben sie auch getan, aber nur zum Teil; zum Teil hielten sie an primitiveren Lebensformen fest.“ Wie erklärt sich dieser kulturmorphologische Unterschied? Doch nicht durch die Geschichte allein!

Arnold Toynbee formuliert ein kulturpsychologisches Gesetz, wenn er sagt, eine fremde Technik werde leichter als eine fremde Religion angenommen. Man könnte eine ähnliche Beobachtung in bezug auf das Verhältnis von Menschen zu Ideen machen, indem man behauptet, fremde Ideen werden überall für weit weniger gefährlich als ihre Träger gehalten. Dazu kommt für die Südostdeutschen der erschwere Umstand hinzu, daß sie bei dem damaligen Überwiegen der religiösen Einstellung, wenigstens für das Gefühl der Südosteuropäer, im Grunde keine Technik, sondern eine Religion nach Osteuropa brachten.

Eine neue Religion brauchten die Südostvölker jedoch nicht, denn ihre Seele war schon längst im anderen Teil des Abendlandes endgültig bestimmt und geformt, und sie haben niemals das Gefühl gehabt — es sei denn unter „abendländischem“ Einfluß beim ersten Kontakt mit dem modernen West- und Mitteleuropa —, daß sie im orthodoxen Osten einer minderwertigeren Welt als die Völker im katholischen Westen angehörten. Solange das Byzantinische Reich bestehen konnte, war das Gegenteil der Fall, und diese subjektive Überlegenheit legten nicht nur die Byzantiner selbst an den Tag, sondern gelegentlich auch die Rumänen, bei denen eine

dumpe Erinnerung an ihre römische, imperiale Herkunft niemals erloschen ist. Objektiv gesehen fiel das ost-westliche Kulturgefälle vor der Renaissance entschieden zugunsten des Ostens ab. Erst durch das Zeitalter der westlichen Erfindungen und Entdeckungen änderte sich das Verhältnis grundlegend.

Mit der abendländischen Technik kamen die Südostvölker erst im 19. Jahrhundert in Berührung, und sie nahmen sie um so leichter an, als diese nicht durch fremde Menschen, sondern durch eigene, im Westen gereiste und studierte Söhne gebracht wurde. Ihre eigene Religion wollen sie heute noch nicht aufgeben, selbst nicht unter dem keineswegs nur moralischen Druck einer plump materialistischen Weltanschauung. Darum ist es keine kluge Politik des katholischen Westens, wenn man hie und da versucht, irgendwelche Berührungspunkte und gemeinsame Interessen zwischen dem Kommunismus und der Ostkirche zu konstruieren, um dadurch das orthodoxe Christentum dieser Völker in ihren eigenen Augen in Mißkredit zu bringen. Man ahnt im Westen kaum, wie wenig die orthodoxen Völker ihren Staaten trauen, wie wenig sie an dem Staat überhaupt innerlich hängen, den sie als die äußere und vergängliche Hülle einer die Zeiten überdauernden Substanz, nämlich des Volkes im Sinne einer ununterbrochenen Kette von Generationen gleichen Schicksals, betrachten. Dagegen bedeutet jeder einfache Pfarrer, der dort, wie Stephan Ludwig Roth es einmal in einem ähnlichen Zusammenhang bemerkt, mit „Seiner Heiligkeit“ angeredet wird, eine vertrauenswürdigere und richtunggebende, ja fast unfehlbare Instanz.

Die föderative Lebensform ist im Südosten bei den Völkern selbst bestimmt viel mehr zu Hause als im Westen, wo das Minderheitenproblem auch nicht ganz fehlt. Bekanntlich stellt der moderne Staat, der ja ein Nationalstaat ist, im Osten und Südosten eine von Westeuropa übernommene Verfassung dar, und es geht nicht an, daß man stets das Gute einer Idee auf das Konto der „abendländischen“ Kultur, das Schlechte dagegen auf das des „primitiveren“ Balkans bucht. Eine ähnliche Problematik liegt *mutatis mutandis* auch bei der Übernahme des Marxismus aus dem Westen durch die Russen vor, wie der

Wiener Historiker Günther Stöckl es vor kurzem nicht mit Unrecht bemerkte (Das geistige Antlitz Osteuropas, in: Denker und Deuter im heutigen Europa, Band 2, Oldenburg/Hamburg 1954, S. 282).

Schließlich muß noch eines berücksichtigt werden, wenn man die Stellung der süd-osteuropäischen Völker zwischen Ost und West geopolitisch betrachten will, nämlich die eigene Einstellung dieser Völker — negativ zum Osten, positiv zum Westen. Die gelegentlichen Kapitulationen vor der Übermacht des Ostens ändern an dieser Sachlage nichts: sie erfolgten nie ohne Zusammenhang mit vorangehenden Pakten des Westens mit der betreffenden Ostmacht, den Türken im 16. Jahrhundert, den Sowjets im 20. Dieser Gesichtspunkt fehlt leider auch bei Josef Matl: Der deutsche Anteil am Kulturaufbau Ost- und Südosteuropas, in: Ostdeutsche Wissenschaft, Band I, München 1954, S. 124—146; um so mehr macht es Freude, ihn in dem schon zitierten Beitrag von Stöckl wenigstens angedeutet zu finden (S. 283).

Zusammenfassend halte ich die geopolitische Fragestellung Steinackers in der Beurteilung der europäischen Rolle des Südostdeutstums für richtig und fruchtbar — unter der Bedingung, daß man den geistigen Standort und die geschichtlichen Kraftlinien des betreffenden Raumes nicht außer acht läßt, erschöpft sich die Geopolitik doch nicht in der Behandlung des politischen Abhängigkeitsverhältnisses eines geographischen Raumes zu den Nachbarräumen, selbst dann nicht, wenn es sich um einen ausgesprochenen Zwischenraum wie Südosteuropa handelt.

D. C. Amzar

Harold Steinacker: Das Südostdeutsch-tum und der Rhythmus der europäischen Geschichte. Festvortrag zur Jahrhundertfeier des Dichters Adam Müller-Guttenbrunn, München am 28. November 1952. Verlag des Südostdeutschen Kulturwerkes, München 1954; 32 S.

Ende der Balkanisierung?

Die Frage, wie die „Balkanisierung“ Südosteuropas überwunden werden kann und die beteiligten Länder sowohl wirtschaftlich wie innenpolitisch den Anschluß an die Moderne gewinnen, hat schon viele Politiker und andere Interessenten beschäftigt.

Wie man es von außen her machen kann, zeigen die machtpolitischen Experimente der letzten fünfzehn Jahre. Wie man es machen sollte, zeigt uns der südslawische Emigrant Albert Hudak, der auf dem Reißbrett politischer Konstruktion die Gewichte neu verteilt und einem friedlichen *Commonwealth* der südosteuropäischen Völker das Wort redet. Der Gedanke ist bekanntlich nicht abwegig, und man kann ihn in die Reihe der Spekulationen einreihen, die an die Habsburger Lösung, die Kleine Entente oder die Balkanföderation Titos anknüpfen, um zu der fälligen Integration dieses Raumes zu gelangen. Dabei geht Hudak davon aus, daß man auch den jugoslawischen Staat bei dieser Gelegenheit über die Klinge springen lassen sollte, wenn die Völker Jugoslawiens sich in freien Wahlen für seine Auflösung entscheiden und sich zu Grenzregelungen bereithalten, die die völkischen Verzahnungsgebiete mit Hilfe eines Bevölkerungsaustausches, der Einführung einer Kulturautonomie usw. entwirren und entschärfen.

Auch wer nicht viel von sogenannter Realpolitik hält und die Wirkung von Gedanken und Konzeptionen in der Politik hoch einschätzt, fragt sich freilich, wie dieses ideale Programm verwirklicht werden soll. Der Autor spricht von einer langewährenden internationalen Kontrolle; zugleich aber wirft er den Großmächten, die diese Kontrolle garantieren könnten, ihre immer einseitige und egoistische Interessenpolitik auf dem Balkan vor.

Und wie steht es im Innern? Hudak wettet mit Recht gegen die Advokaten, die Politiker aus Beruf auf dem Balkan, die oft mehr Spieler als Berufene sind, und er spricht von den *Clans*, seien sie nun feudaler, bourgeoiser oder revolutionärer Art, die seit je die Parteien und die Wahlmaschinen ebenso beeinflußt haben wie die Wirtschaft und die Armee. Kein Wunder, daß sich trotz aller Zukunftsplanung in seinen Worten eine tiefe Resignation verbirgt, denn auch er kann nicht die Kräfte und Autoritäten andeuten, die zum Kampf gegen rechts und links bereit sind und aus der Mitte heraus antreten, um seine weitgespannten und vernünftigen Ideen in die Wirklichkeit umzusetzen. Mit der Vernunft, dem „*Common Sense*“, allein ist in der Politik leider nicht viel anzufangen. Am allerwenigsten auf dem Balkan,

wie die Geschichte sich bemüht hat, uns zu viele Probleme ungelöst zu hinterlassen.

Walter Hildebrandt

Albert Hudak: *A l'échelle de l'homme. Recueil d'articles en français et en serbe sur la Yougoslavie. Imprimerie Salingardes, Villefranche-de-Rouergue 1954. 204 S.*

Verkehrsbrücke Hamburg—Triest

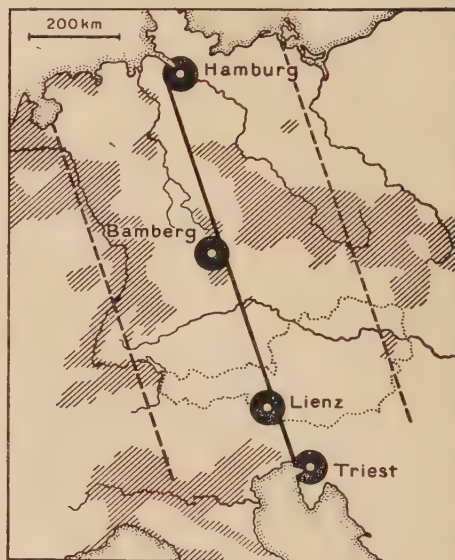
Eine Verkehrsbrücke muß sich, um dem Leben zu dienen, zwischen Hochdruckgebiete spannen, dann wird von dort das Leben in die dazwischenliegenden Niederdruckgebiete fließen. In unserer Zeit sind Hochdruckgebiete an der industriellen Verdichtung zu erkennen. Ein Vorgang, der sich zur Zeit in den Alpen abspielt, ist für ganz Mitteleuropa von größter Bedeutung.

Seit etlichen Jahren geht von der Bezirksstadt Lienz in Osttirol das Bestreben aus, durch Untertunnelung des Felbertauern eine wintersichere Alpendurchfahrt zu öffnen (Vgl. Zschr. f. Geopolitik 11. Jg. 1952). Dieses Bestreben ist längst aus dem lokalen Interessenkreis herausgetreten. Sämtliche Gemeinden Osttirols haben sich zu einer Resolution zusammengefunden und bei der Tiroler Landesregierung den Bau der Straße gefordert. In Kärnten beginnt man zu erfassen, was diese Straße für dieses Bundesland bedeutet. Auch in Salzburg sind zustimmende Äußerungen laut geworden. So ist der Plan auf dem Wege, ein gesamtösterreichisches Unternehmen zu werden.

Doch noch immer ist der Kreis zu eng gezogen. In Wahrheit handelt es sich um das wichtige Bindeglied der heute wichtigsten Verkehrsbrücke Mitteleuropas. Die Achse der Brücke spannt sich zwischen Hamburg und Triest. Den Mittelpfeiler bildet Bamberg. Die beiden parallelen Grenzlinien geben den Mindestwirkbereich der ausgebauten Brücke an, die so die Großstädte Berlin, Prag und Wien tangiert. Von besonderer Bedeutung ist ihre Lage zu den großen mitteleuropäischen Industriebezirken.

Abgesehen davon, daß fast ganz Österreich von der Brücke überspannt wird, er-

weist sich Italien in gleicher Weise beteiligt, während der Hauptbereich in Süd-, Mittel- und Norddeutschland zu suchen ist. Mit anderen Worten, Deutschland ist Hauptinteressent an dem Unternehmen,



denn ihm kommt auch der Großteil der belebenden Wirkung zugute.

Der von der UNO-Wirtschaftskommission für Europa aufgestellte Plan der Hauptverkehrsstraßen Europas kennt diese wichtigste Verkehrsbrücke nicht. Es ist zu hoffen, daß der dortige Plan in dieser Hinsicht revidiert wird.

Ist die Brücke voll entwickelt, so wird sie ein lebendiges System von Lebenskreisen darstellen. Die Pfeiler der Brücke, Orte, in denen sich die Kreise treffen, werden durch Aufblühen ihrer Kultur und Wirtschaft gekennzeichnet sein.

Werner Knapp

Redaktionelle Bemerkung

Wir machen unsere Leser darauf aufmerksam, daß der von den Anzeigen eingenommene Raum in einem späteren Heft durch den Zusatz eines halben Bogens Text ausgeglichen wird.

GERHARD MACKENROTH †

Bei Durchsicht nachgelassener Manuskripte und Aufzeichnungen meines verstorbenen Lehrers Mackenroth finde ich auch die nicht beendete Besprechung zu Günthers „Gattenwahl“. Ich habe lange in meinem Urteil geschwankt, ob die Besprechung so überhaupt brauchbar ist und ob ich nicht gegen den Willen des Toten verstoße, wenn ich sie in dieser Form einembreiten Leserkreis zugänglich mache. Über das Buch habe ich mich mit Mackenroth zweimal unterhalten können. Das erste Mal geschah es, als es gerade erschienen war und Mackenroth verschiedene Besprechungen in Zeitungen gelesen hatte. Sehr deutlich erinnere ich mich des großen Ernstes, mit dem er solche Rezensionen ablehnte und vor den Folgen warnte, wenn verurteilt wird, ohne auch nur ein Wort zum Inhalt zu sagen. Einige Wochen später, nachdem er das Buch selbst gelesen hatte und sich von dessen ohne Zweifel sehr geringem Wert hatte überzeugen können, hatte er Bedenken, gerade diese Arbeit zum Anlaß zu nehmen, um für eine saubere Berichterstattung einzutreten. Diese Bedenken äußerte er sehr freimütig. Er bezweifelte, ob Günther überhaupt qualifiziert sei, über die in seinem Buche behandelten Themen fachlich schreiben zu können. Diese Kritik ist im letzten noch fertiggestellten Abschnitt wohl ausgesprochen, aber nicht mehr im einzelnen belegt worden.

Ferner bin ich sicher, daß Mackenroth auch an der äußeren Form noch viel geändert hätte, bevor er das Manuskript in den Druck gegeben hätte. Stets strebte er in allen seinen Arbeiten ein Höchstmaß der Perfektion an und nahm auch Besprechungen immer sehr ernst. Er schrieb Rezensionen nur, wenn er selbst zu einem Buche ein eigenes Anliegen und Verhältnis hatte. Uns — seine Schüler — ermahnte er immer wieder aufs neue, niemals Besprechungen zur linken Hand anzufertigen, etwa nur, um in den Besitz eines Buches zu gelangen. Er verurteilte eine solche Unsitte auf das schärfste — stünde sie doch dem wissenschaftlichen Bemühen um Klarheit und Wahrheit direkt entgegen. Wenn man weiß, wie sehr es Mackenroth darum ging, daß eine vorurteilslose und sachliche Aussprache um der

Wissenschaft willen sich einbürgerte, hat man Bedenken, ein unfertiges und unvollkommenes Manuskript gerade von ihm aus den Händen zu geben. Andererseits finde ich soviel von diesem seinem Anliegen gerade in den Zeilen seiner letzten Besprechung, daß ich nicht umhin kann, meine Hemmungen zurückzustellen. Möge Mackenroth also — so wie er den Text geschrieben hat — noch einmal zu Worte kommen, hat er doch auch das, was er von Günthers Buch hielt — wenn auch nicht eingehend — so doch unmißverständlich ausgesprochen.

Gerhard Mackenroths nachgelassene Rezension

Günther, Hans F. K.: „Gattenwahl zu ehelichem Glück und erblicher Ertüchtigung“, 3. umgearb. Aufl., J. F. Lehmann Verlag, München 1951, 176 S.

Mit Absicht wähle ich mir dieses Buch zu einer ausführlichen Besprechung. An ihm scheinen sich wieder einmal die Gemüter zu entzünden und die Geister zu scheiden: „Die Auferstehung des berüchtigten Rasse-Günther“, „Schon wieder Geschäfte mit Rasseschwindel“, „Der Ermordete ist schuldig“ — so lauten nur einige Überschriften von Besprechungen des Buches in der „Neuen Zeitung“ aus dem Jahre 1952.

Ich bezweifle, ob die Art der Behandlung der Sache dienlich ist. Daß sich die Entnazifizierung im Administrativen als eine Katastrophe und im Geistigen als eine Komödie erwiesen hat, dürfte sich doch inzwischen als allgemeine Überzeugung durchgesetzt haben. Irgendwelche Argumente aus dieser Zeit verfangen doch heute nicht mehr und bewirken beim unbefangenen Laien eher das Gegenteil. Wenn wir mit Demokratie ernst machen wollen, dann müssen wir es wohl auch in der geistigen Ebene, d. h. wir müssen auf jede persönliche Diffamierung honoriger Leute verzichten. Für alle anderen haben wir das Strafgesetzbuch. Daß aber Günther ganz offenbar zu diesen honorigen Deutschen gehört, das ist mir schon in der Zeit des Nationalsozialismus immer wahrscheinlich gewesen. Wenn er ein bißchen ehrgeiziger und ein bißchen unehrlicher

gewesen wäre, hätte er sicher eine ganz andere Rolle spielen können als die sehr bescheidene Rolle eines Professors in der Provinz, die er damals gespielt hat. Ich meine sogar, daß er keine sehr beneidenswerte Position gehabt hat: sehen zu müssen, was aus seinen in ehrlicher Absicht und Überzeugung vorgetragenen Ideen in den Händen skrupelloser Politiker von minimalstem geistigen Horizont gemacht wurde. Wer kann mit Ernst Geistesgeschichte studieren, ohne immer wieder erschüttert zu sein von dem, was in der Zeit aus Gedanken geworden ist, und insbesondere, wenn man sich das Drama vorstellt, das auch große Männer mit großen Ideen erlebt haben, wenn sie noch zu Lebzeiten jene Zerrbilder sehen mußten, die aus ihnen in der politischen und sozialen Wirklichkeit gemacht worden waren. Wenn unsere Ideen einmal in Wort oder Schrift aus uns entlassen sind, so sind wir alle nicht mehr Herr über sie. Schon auf der Ebene des akademischen Unterrichts bin ich gelegentlich tief erschrocken, wenn Meinungen und Äußerungen von mir in entstellter Form selbst aus dem Munde meiner Studenten zu mir zurückkehren.

Wenn nun ein Mann wie Günther, der m. W. nie Rassenhaß gepredigt hat, ein Buch schreibt, wie es täglich ebenso in USA oder sonstwo im westlichen Ausland erscheinen könnte, so ist es verfehlt, sich der geistigen Auseinandersetzung zu entziehen. Die Vertreter der Wissenschaft würden sich selbst verleugnen, wenn auch sie sich zu Methoden ausschließlich persönlicher Diffamierung bereithalten würden.

Damit komme ich zur sachlichen Auseinandersetzung mit Günther und seinem Buch. Es ist kein eigentlich wissenschaftliches Buch, da es nicht der Analyse von Zuständen der Erfahrungswelt dient, sondern es ist ein politisches Buch insofern, daß es junge Menschen zu bestimmtem Verhalten veranlassen will. Doch beruhen die Forderungen, die es erhebt, auf ganz bestimmten Wirklichkeitsauffassungen. Es muß also unsere Aufgabe sein, diese Wirklichkeitsauffassungen, die ihm zugrunde liegen, klarzulegen. Wenn wir sie kritisieren, und wir tun es mit aller Entschiedenheit — so entfallen damit auch die auf ihnen beruhenden Forderungen.

Sehen wir uns zunächst die Forderungen

selbst an; sie sind im Untertitel genannt, und es sind ihrer zwei: „Zu ehelichem Glück und erblicher Ertüchtigung“. In welchem Verhältnis stehen die beiden Forderungen zueinander? Das wird bei Günther nicht ganz deutlich. Da er ihnen aber je einen besonderen Teil seines Buches widmet, die beide gar nicht oder nur sehr lose miteinander verbunden sind, kann man wohl annehmen, daß sie beide voneinander unabhängig erhoben wurden.

Zunächst zur zweiten Forderung, der erblichen Ertüchtigung. Es war einer der raffiniertesten Tricks der nationalsozialistischen „Rassenpolitik“, daß sie zwei Dinge völlig vermengte, die dann auch in der Auffassung der Laienwelt ineinander übergingen: einerseits die ganze Rassenirrelehre mit ihren Folgen und Maßnahmen: Davidstern, Nürnberger Gesetze und Judenvernichtungen, und andererseits die Maßnahmen zur Eugenik mit Bevölkerungspolitik, Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses, Eheuntauglichkeitszeugnisse. Über die erste Gruppe von Maßnahmen und die ihnen zugrunde liegenden Theorien ist kein Wort zu verlieren. Auch die zweite Gruppe von Maßnahmen enthielt im Nationalsozialismus einige Überspanntheiten, war aber im Kern etwas sehr Notwendiges und Gesundes, das in allen Kulturstaaten ohne Anstoß mehr oder weniger betrieben wird. Und es ist bedauerlich, daß bei uns die Gesamtheit der eugenischen Maßnahmen als nationalsozialistische Rassenpolitik verfehmt ist.

Wenn nun Günther heute diese eugenischen Forderungen wieder erhebt, so ist er in einer starken Position, und ich sehe nicht, was man ihm ernstlich entgegen will. Man kann in den Forderungen etwas weiter gehen oder etwas vorsichtiger sein — ich neige grundsätzlich zu größter Vorsicht. Man kann sie auch so oder anders begründen — ich bin sehr kritisch gegen jede rein biologistische Begründung, worauf ich noch zu sprechen komme. Aber man braucht wahrhaftig kein Biologist zu sein, um der Forderung zuzustimmen, daß die überdurchschnittliche Fortpflanzung der Schwachsinnfamilien eingedämmt werden sollte. Das scheint mir sogar ein notwendiges Korrelat aller Sozialpolitik, die doch aus anderen Gründen erwünscht ist. Sie darf jedenfalls nicht in Bevölke-

rungsvermehrung der in geschlechtlichen Dingen hemmungslosen Schwachsinnigen umgesetzt werden.

Nun komme ich aber zu den viel problematischeren ersten Gruppen von Forderungen, die Günther aufstellt, um den Menschen zum ehelichen Glück zu verhelfen. Hier muß ich allerdings sagen, daß sie, wie auch alle Bücher Günthers, bar jeder sozialwissenschaftlichen Fundierung sind. Ich glaube, daß auch die biologische Fundierung falsch ist. Günther bemüht sich krampfhaft, die Tatsache zu erklären, daß es — etwas überspitzt ausgedrückt — auch blonde und blauäugige Schurken gibt, und erklärt sie mit Rassekreuzungen, während „eigentlich“ zu reinen Rassen auch ein bestimmter geistig-seelischer Habitus gehöre.

Gerhard Mackenroth verstarb unerwartet am 17. März 1955 an einem Herzschlag. Der Tod ereilte ihn in Fallingb. in der Lüneburger Heide, wo er sich in den Semesterferien erholen wollte.

Mackenroth wurde am 14. Oktober 1903 in Halle/Saale geboren, wo er auch seine Reifeprüfung ablegte. 1922—1924 war er in verschiedenen kaufmännischen und industriellen Betrieben eines größeren Industriewerkes tätig. Im Dezember 1926 vollendete er sein Studium der Volkswirtschaft in Halle mit der Promotion zum Dr. rer. pol., am 20. 4. 1932 folgte die Habilitierung. Danach hatte er bis 1934 einen Lehrauftrag in Marburg, von wo aus ihn die Universität Kiel zum außerordentlichen Professor ernannte. Dazwischen lagen zahlreiche Reisen ins Ausland — in Europa und Übersee —, unter anderem von 1928 bis 1931 als Fellow der Rockefeller Foundation an den Universitäten Stockholm, London und Cambridge. Im Jahre 1940 erfolgte die Berufung zum ordentlichen Professor der wirtschaftlichen Staatswissenschaften. Im darauf folgenden Jahr übernahm Mackenroth eine Professur in Straßburg, tat aber auch einige Zeit Dienste in der Wehrmacht. Beim Bombenangriff auf Dresden verlor er seine Frau und seine drei Kinder. Nach 1945 kehrte Mackenroth nach Kiel zurück und las hier nach Wiedereröffnung der Universität zunächst als Gastprofessor. 1948 erfolgte die Berufung auf den neuerrichteten ordentlichen Lehr-

stuhl für Soziologie, Sozialwissenschaften und Statistik.

Mackenroth hat in der ganzen Breite der Sozialwissenschaften größere und kleinere Arbeiten publiziert. Die folgende Liste stellt eine kleine Auswahl dar:

Zur theoretischen Nationalökonomie:

- a) Theoretische Grundlagen der Preisbildungsforschung und Preispolitik (Sozialwissenschaftliche Studien), Berlin 1933;
- b) Ökonomische Theorie und Liberalismus, „Schmollers Jahrbuch“, Jg. 57 (1933), S. 325—336 u. a.;
- c) Der Zins in der kapitalistischen und sozialistischen Wirtschaft. „Weltwirtschaftsarchiv“, Bd. 62 (1949 I), Seite 89—122;

Zur Diskussion um Wirtschaftsordnungsfragen:

- d) Sozialistische Wirtschaftsverfassung. Möglichkeiten, Formen und Grenzen. Ebenda, Bd. 63 (1949 II), S. 178—231;

Zur Außenhandelspolitik:

- e) Die Wirtschaftsverflechtung des Britischen Weltreiches. Unter Mitwirkung von Franziska Krebs. (Zwischenstaatliche Wirtschaft, H. 12) Berlin 1935;

Zur Agrarpolitik:

- f) Der Marktordnungsgedanke in der Weltlandwirtschaft. „Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft“, Band 97 (1936—1937) S. 611 bis 628. (X 379);

Zur Bevölkerungswissenschaft:

- g) Bevölkerungsprobleme im In- und Ausland. „Weltwirtschaftliches Archiv“, Bd. 46 (1937 II), S. 19—26. (X 389 und IV B 1);
- h) Einige soziologische Probleme der Bevölkerungsprognose (Abhandlung 14. Intern. Soziologenkongreß II) 1950;
- i) Bevölkerungswissenschaft ohne Bevölkerungstheorie? „Weltwirtschaftliches Archiv“, Bd. 66 (1951 I), S. 49—55;
- k) Bevölkerungslehre. Theorie, Soziologie und Statistik der Bevölkerung. Berlin, Göttingen und Heidelberg 1953;

Zur Betriebsverfassung:

- l) Mitbestimmungsrecht und Sozialismus (Wirtschaftsdienst 30) 1950;

Zur Familienpolitik:

- m) Familienpolitik in der kleinen Steuerreform (Sozialer Fortschritt 2) 1953;

Zur Sozialpolitik:

- n) Die Reform der Sozialpolitik durch einen deutschen Sozialplan (Schr. Ver. Sozialpolitik NF. 4) 1952;
o) Die Verflechtung der Sozialleistungen. Ergebnisse einer Stichprobe. (Schriften des Vereins für Sozialpolitik, N. F., Bd. 8.) Berlin 1954;

Zur Statistik:

- p) Methodenlehre der Statistik, Göttingen 1949;

Zur systematischen Soziologie:

- q) Sinn und Ausdruck in der sozialen Formenwelt, Meisenheim am Glan 1952.

Außerdem hat Mackenroth eine Reihe bedeutender ausländischer Veröffentlichungen durch Übersetzungen dem deutschen Leser zugänglich gemacht; so insbesondere die Übersetzung der Arbeit „Das politische Element in der nationalökonomischen Doktrinbildung“, Berlin 1932, von Gunnar Myrdal aus dem Schwedischen, mit dem ihn bis zu seinem Tode eine enge Freundschaft verband. Ferner, gleichfalls aus dem Schwedischen: Elie F. Hecksher. „Der Merkantilismus“, Jena 1932.

Mit seiner zweiten Frau hat Mackenroth in Kiel eine neue Häuslichkeit aufbauen können. Aus dieser Ehe hinterläßt er zwei Kinder im Alter von 4 und 5 Jahren.

Das Anliegen Mackenroths als Universitätslehrer ging über die Vermittlung reinen Wissensstoffes weit hinaus. Er wollte seinen Studenten und seinen Mitarbeitern in erster Linie ein warmherziger Förderer und Freund sein. In der Wissenschaftspolitik vertrat er energisch die Auffassung, daß die Sozialwissenschaften die Grenzen enger Spezialisierung zu durchbrechen hätten. Mit seinen Untersuchungen wollte er richtungsweisend für eine Forschung sein, die unmittelbar auch ins Politische hineingreift. In letzterem sah er die Verantwortung des Sozialwissenschaftlers gegenüber dem sozialen Geschehen.

Am Beginn seiner wissenschaftlichen Laufbahn in den 20er Jahren hatte er sich den damaligen Strömungen unter den jungen Nachwuchskräften angeschlossen, die über den Kontakt mit den angelsächsischen Ländern unter dem Einfluß Alfred Marshalls und seiner Schüler standen. In den Jahren vor seinem Tode fühlte er sich eins mit den Zielen der deutschen historischen Schule, deren mancherlei Irrwege er gleichwohl sehr genau kannte. Im Wissenschaftlichen sah er in der historischen Schule den Anknüpfungspunkt der deutschen Soziologie und strebte die alte Einheit wieder an: Die Verankerung der Soziologie in der Nationalökonomie. Im Politischen wünschte er, daß der Mensch wieder ins Blickfeld des Interesses gerückt würde und die Wissenschaft als Gewissen der Nation diese immer wieder zu fragen habe: „Wo ist dein Bruder Abel?“ (Siehe dazu insbesondere: Mackenroth, Ökonomie und Soziologie. Zur Wissenschaftspolitik in den Sozialwissenschaften. In Festgabe für Georg Jahn, Berlin 1955).

Erik Boettcher

Die in den einzelnen Beiträgen zum Ausdruck kommenden Ansichten decken sich keineswegs immer mit der Meinung der Schriftleitung, zum Teil sind sie ihr entgegengesetzt. Die Schriftleitung fühlt sich verpflichtet, allen Stimmen Gehör zu verschaffen, deren Vorhandensein bei einem Bemühen um Realismus zur Kenntnis genommen werden muß oder die ein wichtiges Gespräch in Gang bringen können. Darüberhinaus enthält der Abschnitt „Freie Aussprache“ genau das, was seine Überschrift sagt.

Verlag: C. W. Leske, Darmstadt / Druck: L. C. Wittich, Darmstadt / Verantwortlich für den Inhalt: Professor Dr. K. H. Pfeffer, Hamburg 36, Gänsemarkt 35 I und Gottfried Griesmayr, Horb a. N., Ihlingerstr. 24 / Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 1.

Mittelmeer, Atomzeitalter und Geopolitik

Das Meer ist ewig – die Technik wandelt sich

Das geschichtliche Schicksal von Land und Meer zeigt einen grundlegenden Unterschied: Große Länder, sogar Kontinente sinken ohne Aussicht auf einen Wiederaufstieg in das Nichts der Geschichtslosigkeit zurück, – Meere aber sind von dieser Gefahr nicht bedroht. Vielleicht liegt die Erklärung darin, daß Meere stets Verbindungsstraßen für kriegerische und friedliche Menschenbewegungen bleiben, während Überlandstraßen gemeinsam mit den Völkern, die einmal auf ihnen gegangen sind, sterben.

Die Gültigkeit dieses Gesetzes zeigt sich in dem Wandel, den das Mittelmeer in der jahrhundertelangen Geschichte der Beziehungen zwischen Abend- und Morgenland erlebt hat. Mehr als einmal ist dieses Meer aus geschichtlicher Statik in eine durch Wanderung und Ideenaustausch zu hoher Spannung getriebene Dynamik versetzt worden.

Seit dem Ersten Weltkrieg wirkt auf das Mittelmeer die ständig fortschreitende moderne Technik ein. Aber selbst ihr gegenüber hat sich das Lebensgesetz dieses Meeres wenig geändert. Der Mittelmeermensch mag ein neues Verhältnis zum Raum gewonnen haben, der Zeit gegenüber verhält er sich so wie je.

H. G. Wells hat mit dem visionären Auge des Dichters die Verkürzung der Etappen des Raumes geschildert. Er weist in einem seiner soziologischen Essays auf die Verschiebungen hin, die vom Schreiten des Fußgängers über das Reiten oder Fahren mit Pferden bis zu den von Elektrizität angetriebenen Fahrzeugen vollzogen worden sind. Noch läßt sich nicht überschauen, wie die Atomkraft auf den Verkehr (oder auf andere menschliche Lebensgebiete) praktisch wirken wird.

Man weiß heute, was es bedeutet, wenn Kalkutta von Berlin in Stunden auf dem Weg über Jerusalem zu erreichen ist oder wenn man nach einigen Minuten den Telefonanschluß von San Franzisko nach Peking herstellen kann.

Gebende und Nehmende

Schon in dieser Vorphase taucht ein scheinbar abwegiger Gedanke auf, der aber von höchster Bedeutung ist. Die Frage erhebt sich, was zu tun sein wird, damit an der Pforte des Atomzeitalters nicht wieder die Erbsünde des Maschinenzeitalters steht, dessen Technik die Völker der Erde geistig und menschlich voneinander geschieden hat, anstatt sie durch universale Ideen zu einen. In dieser Epoche sind die übernationalen Weltreiche zugrunde gegangen, und sie haben den Nationalstaaten Platz machen müssen.

An der Wiege des neuen Zeitalters wird gleichzeitig mit dem Bemühen um die Vervollkommnung des höheren maschinellen Apparats darüber nachgedacht werden müssen, der Herrschaft der Technik die der seelischen Kräfte als gleichberechtigt an die Seite zu stellen.

Aus diesem Grunde wird eine kritische Betrachtung der verschiedenen Kultur- und Zivilisationsströme notwendig, die sich über das Mittelmeer von Osten nach Westen und umgekehrt bewegt haben. Sie haben in ihrer Tendenz des öfteren gewechselt. Wahrscheinlich haben die Menschen der Steinzeit und des Kupferzeitalters ihre Erzungenschaften nicht als Eroberer, sondern als Zivilisatoren in die Weite getragen. Die Lanzen der griechischen Hopliten, die Speere der mazedonischen Phalanx und die Schwerter der Legionäre Roms rissen dagegen als Pflugschare den Boden der barbarischen Welt auf, um auf ihm die Blüte der hellenisch-römischen Zivilisation entstehen zu lassen. Ihre byzantinischen Nachfolger waren wiederum Mittler zwischen der arabischen Welt und der des europäischen Mittelalters. In diesem Hinüber und Herüber hat es genau so wie in dem letzten Vorstoß, den der Westen mit Auto, Radio, Flugzeug und Maschinengewehr gegen den Osten geführt hat, niemals völlig Besiegte und Sieger, sondern bestenfalls Stärkere und Schwächere gegeben. Entscheidend war nur, wer die Gebenden und wer die Nehmenden waren, wessen große Zeit im Aufsteigen oder im Abklingen gewesen ist.

Es handelt sich dabei nicht um einen einheitlichen Vorgang, denn mit der Aufgabe der politischen Herrschaft der Weißen über die farbige Welt ist noch gar nicht gesagt, daß die schwindende politische Herrscherrolle des Westens nicht durch die viel einflußreichere des geistigen und sozialen Beraters auf Generationen hinaus ersetzt werden wird.

Im Zeitalter des kolonialen Imperialismus und des westlichen Industrialismus waren die Beziehungen zwischen den beiden Welten in der Hauptsache von händlerischen Gesichtspunkten bestimmt. Die zur Zeit als unentwickelt bezeichneten Länder waren zu der Stellung des Fronarbeiters für die überlegenen Weißen verdammt. Sie schienen vom Schicksal auf ewig dazu bestimmt zu sein, auf dem Wege über Monokulturen das Rohmaterial für die Fertigfabrikate der westlichen Industrie zu liefern, die ihnen dann zu hohen Preisen aufgezwungen wurden.

Wasser ist dem Öl überlegen

Noch herrscht Dunkel darüber, ob das anbrechende atomtechnische Zeitalter sich nach ähnlichen Gesetzen vollziehen wird wie das des Öls oder sich in der Richtung auf eine Symbiose mit Kooperation der Rassen bewegen wird, weil die Produktion der atomerzeugenden Kraft in erster Linie vom Wasser abhängt, so daß gleichzeitig Industrie und Landwirtschaft von ihr Nutzen ziehen können. Wird das der Fall sein, dann kann das Mittelmeer eine neue Blüte erleben und zur Schule einer neuen Zivilisation und Kultur werden, weil es im Wasser die dem Öl überlegene Naturkraft besitzt.

Die Fähigkeit zur sachgemäßen Ausnutzung des Wassers hat die Länder auf dem östlichen Ufer des Mittelmeers in die Lage versetzt, schöpferische Werte zu gestalten, sie weiter zu leiten und sie zu einem aktiven Element im Rahmen einer Blütezeit der Menschheit weit über ihren unmittelbaren Bereich zu machen.

Dieses Geschenk der Gottheit ging dem Mittleren Osten verloren, als der aus den Wüsten Innerasiens hervorbrechende Mongolensturm den kunstvollen Apparat, der im Laufe der Zeit zur Verteilung des Wassers entstanden war, zerstörte und die Menschen, die ihn zu bedienen wußten, vernichtete.

Euphrat und Tigris

Erst seit wenigen Jahren ist die Regierung des Irak dazu übergegangen, das ihr aus dem Öl zufließende Gold für die Wiedereinsetzung des Wassers in seine uralten Aufgaben nutzbar zu machen. Bei allem Respekt vor dem, was im Irak, zum nicht geringen Teil unter der Mitwirkung der *UNESCO* geschieht, muß doch gesagt werden, daß alles nur ein bescheidenes Stück lokaler Wohlfahrtspflege bleiben wird, wenn die durch die Technik eröffneten Perspektiven nicht durch ein weitschauendes politisches und ökonomisches Handeln erweitert werden.

Hier liegen die Ansätze zur Weltpolitik der neuen, vom Druck der Atomfurcht erlösten Generation. Der Wasserreichtum des Euphrat und des Tigris ist nicht das Monopol einer einzigen mittelöstlichen Macht. Er ist nicht einmal dazu da, als Energiequelle für einen politisch und ökonomisch geeinten Subkontinent zu dienen, auch wenn dieser vom Bosphorus bis ans Rote Meer und von der Ostküste des Mittelmeers bis an den Arabischen Meerbusen reicht.

Die durch eine überstaatliche Verwendung der Gewässer des Euphrat und des Tigris im Bereich des östlichen Mittelmeers zu neuer Blüte heranreifenden Räume werden zu einem der Einsätze im Spiel um ein neues Universalreich des Atomzeitalters zu machen sein. Sie werden dazu dienen, daß auf Menschenzustrom wartende, heute unterentwickelte und unterbevölkerte Länder frisches Blut durch Menschen erhalten, die das Bestehende durch die Kraftzufuhr der wissenschaftlichen Arbeit des Westens befruchten und weiterentwickeln werden. Wahrscheinlich wird aus diesem Zusammenschluß der Elemente wieder ein goldenes Zeitalter entstehen. Das heute schattenlose Zweistromland wird wieder so dicht mit Bäumen bewachsen sein, daß, wie nach der Erzählung eines arabischen Chronisten, ein Eichhörnchen von Mossul nach Bagdad von Baum zu Baum hüpfen könnte, ohne den Boden zu berühren.

Auch aus anderen Beispielen der Literatur jener Zeit, namentlich aus den Berichten westlicher Besucher, ist zu ersehen, daß der östliche Rand des Mittelmeers etwas war wie ein Zaubergarten Armidens. Hier fanden sich klimatische Voraussetzungen, Wasser und Technik zu einer Dreiheit, um in der Geschichte der Menschheit nur selten dagewesene Lebensbedingungen in Kultur umzuwandeln.

Die Hoffnung, daß dieser Glanz wieder am Ostrande des Mittelmeers erstehen wird, erhöht sich durch die Wahrscheinlichkeit, daß die Technik von morgen imstande sein kann, die zur Vorbereitung der Seßhaftmachung einer großen Anzahl von Menschen dienenden Mittel in kurzer Zeit bereit zu stellen.

Weltwirtschaft, Weltpolitik und neue Theorie der Räume

Das auf der ganzen Erde bemerkbare Tasten nach einer Regelung der staatlichen Beziehungen mit Hilfe einer Diplomatie, die den Krieg zu vermeiden und den Frieden zu erhalten sucht, gibt Anlaß zu der Hoffnung, daß ein Fundament im Werden ist, auf dem das Gebäude einer neuen Weltpolitik mit einiger Sicherheit zu ruhen vermag. Deshalb nähert sich auch die Zeit, um mit der Arbeit für den Bau und die Ausstattung eines oder mehrerer Gebäude zu beginnen, in denen Menschen friedlich miteinander leben können.

Ungeachtet der Gefühle, die den Ausgangspunkt für solche Wünsche bilden, muß eine Bewegung, die nach besseren Formen des politischen und ethischen Denkens

sucht, in ihrem Wesen realistisch sein. Zum Beispiel muß sie wissen, was zu tun ist, um der Weltwirtschaft einen Rückhalt zu geben, wenn das Nachlassen der Rüstungskonjunktur ökonomische Krisen heraufzubeschwören droht. Sie muß sich auch darüber im klaren sein, daß ein zu langsames Handeln beim Einsatz der neuen technischen und diplomatischen Methoden revolutionäre Krisen nach sich ziehen kann. Als Sinn dessen, was eine den neuen Umständen gemäße Realpolitik zu tun haben wird, läßt sich das Bemühen bezeichnen, Massen von Menschen aus Gebieten mit Bevölkerungsüberschuß wie denen Ostasiens in Räume zu überführen, in denen sie Gelegenheit haben, ihren Lebensstandard zu erhöhen. Das Verfahren ist nicht neu und hat sich als Naturkraft in unzähligen Völkerwanderungen bewährt. Seine Kunst ist verlorengegangen, seit die überseeischen Kolonialländer nur noch zusätzliche Arbeitskräfte und keine Pioniere mehr brauchen. Die Wanderung muß den neuen Bedürfnissen entsprechend eine neue Technik und Planung erhalten.

Am Vorabend großer gesellschaftlicher Umwälzungen steht die Suche nach den Gesetzen, von denen diese Wandlungen bestimmt werden. Für eine neue, auf der Wanderung basierte Weltwirtschaft und Weltpolitik wird eine neue Theorie der Räume gefunden werden müssen, die deren zweckmäßige Verteilung mit dem politischen und sozialen Gleichgewicht als höchstes Ziel sucht. Das kann dadurch geschehen, daß die Ideen der Geopolitik auf ihre Lebensfähigkeit zu untersuchen sind, ob sie sich den Bedürfnissen des kommenden Zeitalters anzupassen vermögen. Zu diesem Zweck wird sie als erstes eine Revision ihrer Vorstellungen vom Raum vornehmen müssen. Bis zum Zweiten Weltkrieg befand sie sich auf der Suche nach gefahren drohenden geopolitischen Druckpunkten, aber sie wird diese Theorie aufgeben müssen, um sich nach gemeinsam von allen Völkern der Erde benutzbaren Kraftquellen umzusehen.

Eine neuorientierte Geopolitik wird sich um die Feststellung und die Erforschung derjenigen Stellen der Erde zu bemühen haben, die zum Auslauf und zur Ansiedlung für Menschenmassen geeignet sind, die sonst der Infektion durch körperliche und revolutionäre Übel zum Opfer fallen würden.

Für Versuche solcher Art besitzen die Länder am Ostufer des Mittelmeers eine besondere Eignung. Sie sind europänahe, sie unterscheiden sich vom Klima Europas nur durch Nuancen, die sich wahrscheinlich mit ihrer fortschreitenden Besiedlung noch verringern werden. Außerdem sind sie untermölkert und besitzen alle Voraussetzungen, um durch eine Kombination von Wasser und Atom wieder zum Aufstieg zu gelangen. Weiter haben sie den Vorzug, daß sie bereits der Ort von Experimenten kleineren Umfangs wie denen der Juden in Israel geworden sind, während die Araber des Irak und Syriens schon diesem Beispiel zu folgen beginnen.

Die Geopolitik hat sich während des Zweiten Weltkrieges durch ihre Verbindung mit dem nationalistischen Imperialismus totgelaufen. Das Bemühen, zunächst die Länder um das Mittelmeer zum Gegenstand ihrer Forschungen, ihrer Anregungen und einer planenden Tätigkeit zu machen, wird sie dazu befähigen, sich und der Menschheit einen in seinen Ausmaßen noch kaum zu ahnenden Dienst zu erweisen.

FINNLANDS WASSERKRAFTWERK

Trafalgar darf nicht vergessen werden

Sehr geehrte Herren!

Als kleinen Nachtrag zu meinem Aufsatz über „Die vergessene See“ in Ihrem Juniheft darf ich Ihnen Verse senden, die Lord Byron 1818 in seinem Don Juan (Erster Gesang, 4. Strophe) schrieb, als er einen Helden für sein Heldengedicht suchte:

Nelson was once Britannia's god of war,
And still should be so, but the tide is turn'd,
There's no more to be said of Trafalgar,
T'is with our hero quietly inurn'd;
Because the Army's grown more popular,
At which the naval people are concern'd;
Besides, the prince is all for the land-

service,

Forgetting Duncan, Nelson, Howe,
and Jervis.

Friedrich Ruge.

Finnland baut das größte Wasserkraftwerk Skandinaviens

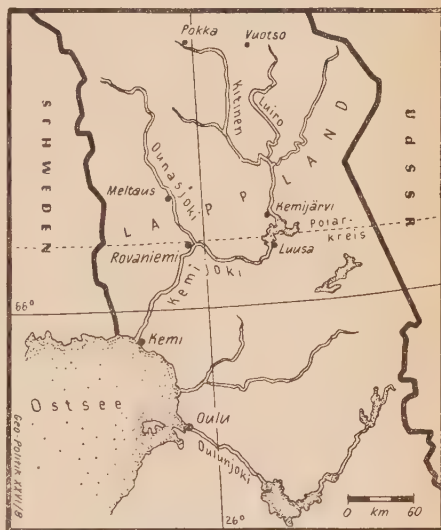
Um die Verpflichtungen der Reparationslieferungen an die Sowjetunion erfüllen zu können, war Finnland nach dem letzten Kriege gezwungen, seine Industrie in verstärktem Maße auszubauen. Als Folge dieser Entwicklung erreichte die Industrieproduktion im Jahre 1954 Rekordziffern und lag 64% über dem Durchschnittsniveau des Jahres 1948. Gegenüber dem letzten Vorkriegsjahre 1938 hatte sich die Produktion verdoppelt.

Eine Folgeerscheinung dieses industriellen Ausbaus ist ein stetig mit 10% jährlich anwachsender Elektrizitätsverbrauch, der Finnland vor erhebliche Schwierigkeiten stellt. Das Land ist gezwungen, in raschem Takt seine zum größten Teil noch ungenutzten Wasserkräfte heranzuziehen.

Da die südfinnischen Wasserkraftreserven fast völlig ausgenutzt sind, muß auf die noch brachliegenden Wasserkräfte Lapplands zurückgegriffen werden. In Lappland ist der Kemijoki das wichtigste Wasserkraftreservoir Finnlands und steht gut für ein Drittel der gesamten finnischen Wasserkraft.

Die Wassermenge des Kemijoki schwankt zwischen 4500 cbm/sec bei Hochwasser und 125 cbm/sec in trockenen Sommern. Diese

Unterschiede beruhen darauf, daß sich im Winter gewaltige Schneemassen ansammeln, die im Frühjahr wegen des Fehlens eines größeren Seengebietes, das als Aufspeicherungsbecken dienen könnte, zur Zeit der Schmelzperiode in wenigen Tagen ungenutzt abfließen. Voll ausgenutzt ergäbe der Kemijoki 5 1/2 Milliarden kWh jährlich, was ungefähr der gesamten jetzigen Stromerzeugung Finnlands entspricht. Nur zwei Kraftwerke sind bis jetzt am Kemijoki fertiggestellt, – Isohaara an der Mündung und Jumisko am Auslauf des Suolijärvi-Systems. Im Bau befindet sich Petäjäkoski zwischen Rovaniemi und Kemi.



Der Generalplan sieht 30 Kraftwerke vor, davon sind am Kemijoki die wichtigsten Taivalkoski, Valojaskoski, Sierilä und Luusa, das letztgenannte soll durch einen 16 km langen Tunnel sein Wasser direkt vom Kemijärvi erhalten und würde mit einer Fallhöhe von 70 m über 50% mehr Strom erzeugen, nämlich 250 000 kW, als das bisher größte finnische Kraftwerk Imatra mit 150 000 kW. Das bis jetzt zweitgrößte Kraftwerk ist Pyhäkoski am Oulunjoki mit 120 000 kW. Weiter sind am Ounasjoki 13 Kraftwerke vorgesehen, am Meltausjoki 2, am Raudanjoki ebenfalls, am Kitinen 4 und am Luio 2 Kraftwerke.

Die Energiemengen werden sich nach der Regulierung wie folgt aufteilen: Kemijoki 3696 MkWh, Ounasjoki 893, Raudanjoki 70, Jumisko 82, Kitinen 253 und Luiro 165 MkWh.

Um einen gleichmäßigen Wasserzufluß während des ganzen Jahres zu erhalten, ist der Bau von ausgedehnten Stauseen notwendig, die durch Dammbauten an bereits vorhandenen Seen und Sumpfgebieten angelegt werden sollen. Der größte Stausee soll der Porttipahta an der Quelle des Kitinen nordwestlich von Vuotso werden mit einer Wasseroberfläche von 500 qkm und einer Wassermenge von 2 Milliarden cbm. Fast ebenso groß wird der Lokka-Stausee an der Quelle des Luio werden. Ein See von 200 qkm Oberfläche entsteht bei Saija und einer von 170 qkm bei Raudankoski. Darüber hinaus noch eine beachtliche Anzahl kleinerer Seen. Schließlich soll auch noch der Wasserstand des Kemijoki um 7 Meter erhöht werden, was die Wassermenge mit 700–800 Millionen cbm vermehren würde.

Gegenwärtig baut die vom finnischen Staat ins Leben gerufene *Kemijoki OY*-Aktiengesellschaft das Kraftwerk Petäjäkoski, das spätestens im nächsten Jahre fertig sein soll. Dann sollen Ossauskoski und Luusa folgen. Der Lokkastausee soll 1961 und der Porttipahta-See 1963 fertig sein. Der Ausbau der Kraftwerke, Staudämme und Überlandleitungen werden nach dem Kostenvoranschlag ungefähr 100 Milliarden Finnmark kosten, und die gesamte Bauzeit dauert 15 Jahre. Doch dann wird der Strombedarf Finnlands für Jahrzehnte hinaus auch bei weiterem Ansteigen der industriellen Produktion gesichert sein, außerdem werden aber die künstlich geschaffenen Inlandseen in Lappland die immer zahlreicher werdenden Touristen anlocken, denn die Seen werden die lappische Ödmark um eine Sehenswürdigkeit bereichern.

K. H. Bolay.

Porkkala

Auf Grund der finnisch-sowjetischen Verhandlungen, die am 20. Juni in Helsinki abgeschlossen wurden, treten ab 1. Dezember 1955 für die finnischen Züge, die auf der Strecke Helsinki–Turku die sowjetische

Militärbasis Porkkala durchfahren müssen, neue Bestimmungen in Kraft.

Durch diese Bestimmungen erhalten die finnischen Staatseisenbahnen gewisse Erleichterungen, die darin bestehen, daß die Durchfahrt nunmehr mit einer finnischen Lokomotive und auch mit finnischem Eisenbahnpersonal vorgenommen werden darf. Bisher mußte stets Lokomotiv- und Eisenbahnpersonalwechsel stattfinden.

Der sowjetische Militärkommandant von Porkkala war gegen diese Erleichterung des



Durchgangsverkehrs, während der sowjetische Vizetransportminister I. W. Klokow, der die Strecke inspizierte, keinerlei Bedenken dagegen hatte. Wie früher, müssen jedoch die Abteilstenfenster verdunkelt sein, ebenso wird jedem Zug bei der Durchfahrt ein russischer Kontrolleur mitgegeben, auch Fotografieren ist nach wie vor verboten.

Diese Erleichterung wird den Zugverkehr zwischen Helsinki und Turku um fast eine Stunde verkürzen. b—.

Nordvietnam folgt der geschmeidigen Taktik

Anfang Mai errichtete die von Ho Tschinh in Hanoi geführte Regierung des kommunistischen Nordvietnam in den nordwestlichen Provinzen Laitschou und Sonla autonome Minderheitenbezirke der Art, wie sie in der Sowjetunion und der Chinesischen Volksrepublik bestehen. In diesem Gebiet, das den historisch gewordenen Ort Dien Bien Phu umfaßt, wohnen vor allen Dingen Angehörige von Tai- und Miau-Stämmen, die mit einzelnen Völkern Südwestchinas und Burmas verwandt sind. Die Taistämme haben wenig mit den Einwohnern von Laos oder mit ihren Stammesverwandten in der Chinesischen Provinz

Jünnan gemein. Sie werden unterschieden in „Schwarze“, „Weiße“ und „Rote“ Tai, diese Farbunterschiede zeigen sich besonders in der Tracht der Frauen. Sie betonen die Eigenart der verschiedenen Gruppen, die sich nach der Höhe ihres Siedlungsraumes an den Berghängen richtet.

Die Miao sind während der letzten beiden Jahrhunderte aus den chinesischen

Provinzen Kweitschou und Jünnan eingewandert, haben jedoch kaum Kontakt mit ihren Vettern, denen die Chinesische Volksrepublik ebenfalls Selbstverwaltung gewährt hat. Es handelt sich bei diesen Stämmen um Berghirten, und ihre Eingliederung in die von den Kommunisten gewünschte Wirtschaftsform dürfte erhebliche Schwierigkeiten bereiten.

FRIEDRICH WAGNER

Die Bodenreform in Italien

Die Gracchen und die Kaiser

„Die Tiere Italiens haben Höhlen, Lagerstatt, Unterschlupf. Die aber, die für Italien kämpfen und sterben, haben Luft und Licht, sonst nichts. Ohne Haus, ohne Grund irren sie mit Weib und Kind umher . . . Männer, die ‚Herren der Welt‘ heißen, aber nicht eine Scholle zu eigen haben“. Wie ein Blitz erleuchtet dies Wort des Volkstribunen Tiberius Gracchus aus dem Jahr 133 vor Christus über die Landnot der bäuerlichen Soldaten des alten Rom den weltgeschichtlichen Ursprung und zugleich die zeitgeschichtliche Lage des dunkelsten der Sozialprobleme Italiens: der Proletarisierung seines Bauernstandes und der stets gescheiterten Lösungsversuche durch eine Bodenreform.

Seit der ersten großen sozialen Krisenzeit Roms, seit dem Zweiten Punischen Krieg, steht die fortschreitende Verelendung des italischen Bauernstandes in unheilvollem Zusammenhang mit der Zusammenballung des Landbesitzes, vielleicht dem unheilbarsten Sozial- und Wirtschaftsschaden Italiens. Wie ein Verhängnis schreitet dies ungelöste Doppelproblem durch die Geschichte des Landes: es sprengte schon die Sozialstruktur des antiken Rom und bedroht heute noch den Bestand der italienischen Gesellschaft.

Schon im Altertum hat man den fatalen Zirkel, zumindest den Zusammenhang dieses Doppelproblems bemerkt, seitdem Tiberius Gracchus von ihm aus den Ansatz zu seinem großen Bodenreformplan gewann. „Als Tiberius Gracchus“ – berichtet Plutarch – „auf seiner Reise nach Numantia durch Etrurien kam und die Öde des Landes sah, als er beobachtete, daß alle Feldarbeiter und Hirten fremde kriegsgefangene Sklaven waren, da tauchte zuerst der Plan in ihm auf, der ihm und seinem Bruder tausend Lasten bringen sollte“¹⁾. Der römische Adel, der durch die Eroberung der Mittelmeerländer zu ungewohntem Reichtum gekommen war, den er durch seine Staats- und Heerführerstellen aus den Provinzen zog, hatte diesen Reichtum dazu benutzt, die Bauern, die das römische Bürgerheer stellten, zu „legen“ oder durch Pächterhöhungen aus ihren Pachtstellen zu treiben und aus den Staatsländereien und den gelegten Bauerngütern riesige Latifundien zu bilden, die er durch Sklaven bewirtschaften ließ. Da er das Staatsgesetz, das die Erweiterung des Besitzes über mehr als 125 ha Boden hinaus verbot und die Verteilung der Staatsländereien an die ver-

armten Bauern befahl, übertrat, „bezeigten die Armen“ – wie Plutarch scharfsinnig vermerkt – „die überall verdrängt und ausgestoßen wurden, nicht die geringste Lust mehr zu Kriegsdiensten und bekümmerten sich nicht weiter darum, dem Staate Kinder zu erziehen, so daß in kurzer Zeit ganz Italien einen Mangel an freien Einwohnern verspürte und mit rohen Sklaven angefüllt wurde, durch die die Reichen nach Verdrängung der Bürger das Land bebauen ließen“ ¹⁾.

Der Plan einer großangelegten Bodenreform (durch Anlegung neuer Siedlungen, Verteilung des Grundbesitzes über 250 ha und auch schon durch neuen Wegebau), mit dem Tiberius und sein Bruder Cajus Gracchus dies soziale Übel zu heilen versuchten, scheiterte aber – und zwar nicht nur am Widerstand des besitzgierigen Grundbesitzeradels, sondern auch an der *vis inertiae* des Siedlungsstoffs und der Siedler. Denn die schollenentfremdeten Proletarier-Siedler hatten meist bei der Unsicherheit ihres (durch eine Revolution durchgesetzten) Rechtsanspruchs weder die Geldmittel, noch die Tatkraft, ihr Landlos zu einem rentablen Bauerngut aufzubauen, und strömten, aufs neue gelegt von dem wirtschaftskräftigeren Adel, aufs neue entwurzelt, zum Söldnerdienst oder zum Proletariat der Städte zurück.

Auch die Sozial- und Bodenreformen Caesars und Octavians, die hunderttausende von Soldaten und Bürgern im Mutterland und in den Reichsprovinzen ansiedelten, um den Bauernstand zu erhalten, auf dem die Kraft Roms beruhte, blieben weitgehend erfolglos, ja sie beschleunigten meist nur den Kreislauf von Anbaulockerung und Entvölkerung, der zur Latifundienbildung führte.

Dieser verhängnisvolle Kreislauf von Bauernverelendung, Bodenreformversuchen und Latifundienbildung blieb wirksam bis in die Gegenwart. Bis in die Gegenwart wirksam blieb auch die Rolle der Kolonisierung und der Auswanderung als Ventil oder Palliativ des Bauern- und Proletarierelends – erst das Abbrechen der „echten“ römischen Kolonisation (seit 169 v. Chr.) hatte ja die Sozialkrise möglich gemacht, der die gracchische Bodenreform entwuchs.

Latifundia Perdidere Italiam

Daß die Latifundien Italien zugrunde gerichtet hätten – dies Wort des Plinius, so meint die neuste Darstellung des Problems²⁾, verwechsle Ursache und Wirkung: erst die Vernichtung der Bauernstandes durch die hannibalischen Kriege habe Italien reif für das Latifundium gemacht.

Zieht man indessen die alten Quellen zu Rat, Appian und Plutarch, so erhält man ein anderes Bild des verhängnisvollen Verlaufs. Denn Appian wie Plutarch stellt die Latifundienbildung, d. h. die Vertreibung der Bauern von der Allmende und schließlich von ihren Hufen, als Ursache jener sozialen Krise dar, die zur Bodenreform geführt habe. Die Erforschung der Ursache und des Verlaufs dieser römischen Latifundienbildung ist nicht nur von historischer Relevanz, sondern auch von sehr aktueller Bedeutung, denn sie präfiguriert das moderne Problem der italienischen Bodenreform in fast allen seinen Aspekten.

¹⁾ Plutarch: Tiberius Gracchus, Kap. 8 u. 9.

²⁾ F. Vöchting: Die italienische Südfraße, 1951, S. 277.

Als erste Ursache des Prozesses erscheint die tiefe Wandlung der römischen Herrschaftsschicht, die seit den Imperialkriegen durch den Kapitaleinstrom aus dem Orient und die Steuererpressungen der Provinzialverwaltung ihren alten, ständisch und religiös gebundenen Staatsgeist in nackte Macht- und Geldgier umgesetzt hatte. Nachdem dieser Adel schon bei der Eroberung Italiens den größten Teil der Allmenden, des *ager Publicus*, an sich gerissen hatte, schlug er nunmehr, als Besitzer des Kapitals, auch noch den Rest zu seinem Gutsbezirk und rundete diesen durch Vertreibung der Pächter, Legung der Kleinbauern und unerfahrenen Neusiedler ab.

Während in Norditalien ein wirtschaftlich und sozial gesunder Bauernstand fort-existierte, verödete der Hauptschauplatz der Bodenreform, der italienische Süden, dessen verarmte Bauern und Pächter den großen Städten zuströmten, wo sie als Proletariat die Mietskasernen bevölkerten und durch Getreidespenden des Staates ernährt werden mußten. Schon damals erhielt Süditalien seine agrarstrukturelle Prägung durch den Großgrundbesitz, die *massae fundorum* einer durch Sklaven bewirtschafteten Extensivkultur, deren Weidewirtschaft den Ackerbau verdrängte, indessen Getreidemassen aus den Provinzen des Reiches ins Mutterland strömten und die Konkurrenzfähigkeit der Bauern vollends vernichteten.

Dieser Vorgang, der bis ins dritte Jahrhundert n. Chr. andauerte, überzog schließlich ganz Italien mit jenen riesigen Latifundien, deren Sklaven gemeinsam mit den gelegten Bauern in eine Art Hintersassenverhältnis zum Gutszentrum eintraten, während das Land der Versteppung verfiel: schon Seneca beklagt die Einöden Apuliens – *deserta Apuliae*.

Die Feudalisierung fast des gesamten Grundbesitzes, die sich schon im Altertum abzeichnet, hat die Latifundien zum Prototyp der ländlichen Siedlungsform zumal in Süditalien gemacht. Das Latifundium überdauerte den Wechsel der Herrschaft von Byzantinern, Deutschen und Spaniern und die Ablösung der Eliten vom römischen Adel über die fränkischen Grafen, die mittelalterlichen Barone, die Renaissancepatrizier und die Noblessen der Kleinstaaten bis in die Zeit der Französischen Revolution. Zumal die Normannenbarone bauten die Gutsbezirke zu ungeheueren Latifundien aus, nachdem sie im Bund mit der Kirche die Garten- und Landkultur der Sarazenen mit ihrer Bewässerungskunst, ihren Zitrusheiden und ihren Baumwoll- und Zuckerrohrfeldern vernichtet hatten. Während in Nord- und Mittelitalien die Renaissancekultur aufblühte, blieben im spanisch beherrschten Süden die mittelalterlichen Gesellschafts- und Siedlungsformen in kraft, um bis in die Neuzeit hinein zu versteinern. Die Barone blieben auch unter den spanischen Vizekönigen die absoluten „Herren des Landes“, der Ebenen, der Gebirgstreifen und der Küsten, soweit es nicht im Besitz der „toten Hand“, der Kirche, war. Ihre Pächter und Hintersassen waren mit ihrem Besitz durch hundert Nutzungsrechte und -pflichten verbunden und fuhren mit ihnen, bei der Selbstverständlichkeit patriarchalischer Fürsorge, im ganzen nicht schlechter als die in Pommern und Schweden mit ihren Herren.

Erst als im 18. Jahrhundert auch in Italien der Absentismus einsetzte, d. h. als die Grundherren aufhörten, Gutsherren sein zu wollen und vor den Eingriffen der Staatsgewalt, vor der Malaria oder der Langeweile aus ihren Landsitzen in die Stadt, an den Hof übersiedelten, um Staats- oder Hofämter zu bekleiden, trat jener Umschlag in der „feudalen“ Agrarverfassung Italiens ein, der wenigstens in der sozialen Auswir-

kung dem Umschlag gleichkommt, der einst in Rom den Stand der Bauern vernichtete. Wie damals der römische, so verfiel nun der italienische Adel dem Geist des Kommerzialisismus, nachdem er seine patriarchalische Bindung abgestreift hatte. Erst jetzt begann er in großem Umfang seine Kornfelder und Fruchtbaumschläge, seine Nutzungs-, Zwangs- und Lehensrechte in Pacht zu geben und alle jene Befugnisse, deren Mißbrauch bisher die Konvention und die menschliche Bindung verhindert oder gemildert hatten, der kalten Hand von Geschäftsleuten oder Ausbeutern auszuliefern. Die rücksichtslose Eintreibung von Abgaben durch die Pachtunternehmer, der Wucher bei der Unterverpachtung und die Vorschußerteilung trieb wieder wie im Altertum die Massen entwurzelter Kleinpächter oder Tagelöhner zum Proletariat oder zur Landstreicherexistenz auf die Straße, während der Viehbestand zurückging und die Extensivierung von Anbau- und Nutzungsdichte mit dem Bevölkerungsschwund gleichen Schritt hielt.

Auch diesmal kamen die Lösungsversuche durch Bodenreformen fast stets mehr den Latifundien zugute als dem agrarischen Kleinbesitz. Nach der „Bauernbefreiung“ mit ihrer Aufhebung lehensherrlicher Rechte in Süditalien (1808) und Sizilien (1812) brachte bereits die erste Reformbewegung, die der sozialen Unruhe der vierziger Jahre entstieg, die agrare Revolution gleichsam an sich selbst zum Scheitern. Der Adel, wie einst der römische im Besitz der Macht und des Kapitals, eignete sich den größten Teil der zur Verteilung kommenden Landlose der Allmende an, da er die korrupten und schlechtbezahlten Verteilungsbehörden beherrschte. Die Neusiedler selber, unerfahren und arm, wurden von ihm meist in kurzer Frist durch Vorschüsse eingekreist und ohne Erbarmen gelegt.

Die „Bauernbefreiung“ schaffte ja nicht nur die Lehensrechte sondern auch die Lehenspflichten des Adels ab und setzte an Stelle der lehensrechtlichen Abhängigkeit nur die viel härtere des Pacht- und Geschäftsvertrags, die keine patriarchalische Sorge und Stundung mehr kannte. Der Zwang zu bäuerlichen Leistungen blieb bestehen, nur daß er jetzt den Charakter eines Vertrages annahm, dessen Kehrseite die jederzeitige Kündbarkeit der Gegenleistungen war.

Auch diese Allmendeteilung fiel, wie die der Gracchen, nicht dem verarmten Bauern- und Pächterstand, sondern dem Adel zu, der jetzt zum Frei- und Alleineigentümer wurde. In Sizilien gelangten schon damals neun Zehntel der Landlose in die Hand der Latifundienbesitzer³⁾. In noch höherem Maße kam die Verweltlichung des Grundbesitzes der Toten Hand seit den 70er Jahren der Arrondierung, ja der Neubildung von Latifundien zugute, die in Sizilien 1885 52% des anbaufähigen Bodens besaßen. Die Sprengung des Zirkels von Bodenreform und Latifundienbildung blieb als zentrales Problem der sozialen Rekonstruktion eine Aufgabe für die Zukunft.

Säkularisierung der Besitz- und Vertragsformen

Der volle Einbruch des modernen Erwerbsgeistes in eine strukturell noch feudale Agrarwelt, der seit der italienischen Einigung vom Norden her um sich griff, wirkte sich als soziales Verhängnis auf die Landbevölkerung aus, vor allem auf dem Gebiet der Besitz- und Vertragsformen. Die vielfach verschachtelten und geschichteten Nut-

³⁾ F. Vöchting: a. a. O., S. 422 ff.

zungsrechte, die auf einem Latifundium oder einer Allmende den vielfachen Diensten und Pflichten entsprachen, die Knechte und Hintersassen zu leisten hatten, erschienen nach der Aufhebung des Lehenssystems als bürgerliche Besitzrechte, die seit der Jahrhundertmitte mehr und mehr rücksichtslos ausgenutzt wurden.

Die altüberlieferten Nutzungsrechte von Grundherren, Bürgerlichen und Hintersassen an einem Grundstück, die *usi civici*, versteinerten zum exklusiven Besitz, zum Mischbesitz auf derselben Liegenschaft. Dieser Mischbesitz spaltete nunmehr das Grundstück in einen horizontalen Ausbeutungsbereich, den Boden und Baumbestand, und in einen vertikalen, in dem verschiedene Nutzungsarten (wie Acker- und Weidebefugnisse) desselben Bodens verschiedenen Besitzern gehörten, so daß am selben Grundstück drei oder mehr „Besitzer“ teilhaben konnten. Der Geist der Ausbeutung, der diese emanzipierten Rechte durchdrang, denen keine Pflichten mehr Grenzen setzten, verhinderte jede Bodenpflege und intensivere Nutzung und führte zu einem Beute- und Vergeltungskrieg gegen den Mitbesitzer, der oft einer Bodenvernichtung gleichkam. Wo einst das „Übliche“ galt, die feste Bindung und der gerechte Preis zwischen Grundherren und Kolonen (wie oft auch immer vom Mißbrauch der Machtpositionen verkümmert), da trat jetzt die schrankenlose Nutzung der Konkurrenz, die nur noch Raubbau kannte, keine Verantwortung mehr. (Nach einer Enquête von 1933 gehörten allein in der Provinz Palermo auf 1400 Besitzungen 40 000 Bäume anderen Besitzern als die Scholle.)

Die soziale Aufspaltung und Anarchie, die dieser Nutzungskrieg zur Folge hatte, der nicht nur auf dem Rücken des Bodens ausgekämpft wurde, verstärkte sich noch maßlos durch den Wucher der nunmehr privatrechtlich abgeschlossenen Pachtverträge, durch die die öffentlich-rechtlichen Lehensverhältnisse abgelöst wurden. Hier wurde das Doppelkreuz der Armut und der Übervölkerung des italienischen Landes zur Ursache eines der schlimmsten Sozialprobleme noch der italienischen Gegenwart: des Pächter- und Kleinpächterelends.

Zunächst wuchs das Pächterelend aus der Besitzgier der Grundherren, die ihr Land einem *Gabelloto*, einem Zwischenpächter, verpachteten, der es an Unterpächter weitergab, die es oft ihrerseits weiterverpachteten, während die Herren sich nur mehr um ihr Pachteinkommen bekümmerten. Da der Großpächter den Boden meist nur für wenige Jahre pachtete und ihn oft noch kurzfristiger an Klein- und Kleinstpächter weiterverpachtete, steigerte sich die Erpressung vom Grundbesitzer über den Großpächter bis zum Kleinpächter, der neben dem Boden das eigentliche Opfer dieses Systems war, dessen Ausnutzung der Ärmste am rücksichtslosesten betreiben mußte, da er den höchsten Pachtzins zu zahlen hatte.

Das Massenwettrennen gerade der Ärmsten nach Zwergpachtstellen, durch die sie hofften, ihr Tagelöhner- oder Bettlerdasein aufzubessern, führte auf dem überbevölkerten Lande naturgemäß nicht nur zur immer höheren Steigerung des Pachtzinses und zum immer schnelleren Wechsel der ausgebeuteten „Stellen“, sondern zur immer schlimmeren Extensivierung der Wirtschaftsweise, die im Feldbetrieb den Pflug mit der Hacke oder dem Spaten vertauschte. Die Sucht nach „frischem“, d. h. noch nicht ausgebeutetem, Wald- oder Weideboden machte den Kleinpächter zum Nomaden, dessen Raubbau ohne wirtschaftliche Erfolge die alte Weidewirtschaft geradezu als intensiv erscheinen ließ.

Die soziale Auswirkung dieses Bodenabbaues, dem im System der Splitterwirtschaft ein drastischer Abbau des Viehbestands folgte (d. h. eine weitere Ausmergelung des Bodens) war neben der Verewigung der *miseria*, des elenden Pariadaseins der „Pächter“, ein wilder Krieg der Nutzer untereinander, da Saat-, Holz- und Weidenutzung desselben Grundstücks nur allzu oft in verschiedenen Händen lag und immer rücksichtslos ausgeübt wurde, wozu noch weitere *usi* kamen, wie Jagd, Fischfang, Steinbruch u. a. Da der Geist der Ausbeutung durch alle sozialen Schichten ging, wurde die altererbte Agrarverfassung, der (einst lehensrechtliche) Zwitter- und Mischbesitz, nach dem Verschwinden des auch den Mißbräuchen Grenzen setzenden Lehensgeistes zumal in Süditalien zu einem sozialen Verhängnis, wo über ein Viertel des anbaufähigen Bodens, 2 Millionen ha, Latifundium und zum großen Teil Mischbesitz war. Das dumpfe Wissen der Bauern, Pächter und Tagelöhner, „unverjähbare“ und „unveräußerliche“ Nutzungsrechte an Latifundien und Allmenden besessen zu haben, die über die Lehenszeit oft bis zum *ager compascuus* der römischen Agrarverfassung zurückgingen, vom zähen Gedächtnis der mündlichen Volksüberlieferung bewahrt und von fanatischen Winkeladvokaten geschärft, nährte in den „befreiten“ Bauern und Hintersassen ein soziales Ressentiment und einen Geist der Auflehnung, der seit dem Einbruch des neuzeitlichen Erwerbsgeistes in die feudale Agrarverfassung in vulkanischen Stößen immer wieder zum Ausbruch kam.

Revolutionäre Lösungsversuche

Nicht zufällig gingen die Volkserhebungen gegen das Elend der Landnot meist von Sizilien und Unteritalien aus, wo die feudale Sozial- und Agrarverfassung noch am lebendigsten und tiefsten verwurzelt war und nach der italienischen Einigung fast unvermittelt mit dem modernen Erwerbssinn zusammenstieß. Die verelendeten agrarischen Unterschichten, seit dem Altertum von immer neuen Fremdherrschaften überlagert und ausgesogen, kehrten ihr Schicksals- und Knechtschaftsbewußtsein um, und griffen zur Selbsthilfe, noch erregt von der grenzenlosen Enttäuschung der „Bauernbefreiung“ und der sozialen Revolutionsbewegung des Jahres 1848.

Die abgemusterten „neapolitanischen“ Kriegsgefangenen, die diesen Schichten entstammten, zogen nach ihrer Entlassung das Bandenleben der *Mafia* und *Camorra* den „italienischen“ Militärdiensten vor und nahmen im Busch und bei den Bauern Zuflucht, die sich seit den Allmendeteilungen um ihr Landerbe betrogen fühlten – noch nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg wirkten die Abmusterungen in ähnlichem Sinn. *Camorra* und *Mafia*, Relikte der südlichen Familien- und Gruppenherrschaft, die in Sizilien und Unteritalien die schwache Staatsgewalt durch ein auf persönliche Bindung gegründetes, halb feudales, halb urzeitlich clanhaftes Regiment ersetzten, gerieten nun ihrerseits in den Sog der agrarsozialen Umwälzung und stellten sich als Akteure und Agitatoren an die Spitze der Bauernunruhen. Bezeichnenderweise entstammten die mafiusischen Führer fast stets der Schicht der Kleineigentümer und Erbzinsbauern, der Gärten- und Kleinpächter, in welcher Stellung sie, in Ermangelung einer schlichtenden Staatsgewalt, die Pachtpreise festsetzten und Klagen gegen die Grundherren sühnten (oft genug freilich auch mit den Grundbesitzern verbündet waren.)

Nach den Aufständen der 60er Jahre mit ihren Blutbädern unter den Landbesitzern und ihrer siebentägigen Plünderung Palermos führte die sozialistische Strömung der 80er Jahre zur Bildung der *fasci* – bäuerlicher Kampfbünde zur Selbst- und Gemeinschaftshilfe – zu Aufständen (zuerst 1893 im Mafianest Partinico) und zu Landbesetzungen und Bodenverteilungen (Caltavuturo): schon 1893 gab es in Sizilien 163 *fasci* mit 300 000 Mitgliedern.

Francesco Crispi schlug diese Unruhen nieder, doch erregten sie ihn zu dem (unausgeführten) Plan einer Zwangsverpachtung alles Landbesitzes der Insel über 100 ha an die landhungrigen Kleinbauern. Die Aufstände setzten sich auf dem Festlande in Apulien fort, wo sie vor allem von Landarbeitergewerkschaften getragen wurden und zu den ersten großen Landarbeiterstreiks führten, die schon damals unmittelbar vor der Ernte durchgeführt wurden (1889 Minervino Murge).

Sie zwangen die Regierung zu den Reformgesetzen von 1906, 1908 und 1927, die eine Entflechtung des Mischbesitzes, eine Neuordnung der Wasser-, Wege- und Wohnverhältnisse und eine Verbesserung der Anbaumethoden herbeiführen sollten (mit zweifelhaftem Erfolg: noch 1935 wurden 91% der sizilischen Kornerte nach altrömischer Art von Pferden ausgetreten statt rationell gedroschen, und noch 1947 waren 40% des sizilischen Mischbesitzes von 450 109 ha nicht entflochten). 1947/48 hatten 267 (sozialistische) Genossenschaften in Sizilien 69 118 ha Boden von Latifundien besetzt, der sich 1950 auf 77 371 ha vermehrte.

Diese Wellen gewaltsamer oder willkürlicher Landnahmen, wie sie seit dem Zweiten Weltkrieg auch in Kalabrien stattfanden, brandeten seit dem Zwischenfall von Melissa (1949), wo die Polizei 13 Bauern erschoss, von Kalabrien aus über ganz Süditalien, Sizilien und Sardinien und sprangen dann auf Mittel- und Oberitalien über. Ein fast dämonischer Landhunger trieb die Massen verelendeter *braccianti*, für die vor allem im industriearmen Süden ein Stück Land und ein Sack Getreide häufig der einzige Ausweg vorm schlimmsten Hunger bedeutete, zu Hunderttausenden zur Besetzung vernachlässigter Güter oder brachliegender Felder von Latifundien – wobei auch Vendettagefühle gegen die „Herren“ und die „Regierung“ im Spiele waren.

Da sich im „Süden“ seit der italienischen Einigung und dem Einbruch moderner Wirtschaftsgesinnung die Bevölkerung von 9,7 auf 15,3 Millionen (1936) vermehrt hatte, die Zahl der Erwerbstätigen aber im gleichen Zeitraum fast gleich geblieben war (5,6; 5,8 Millionen), trieb der Bevölkerungsdruck das Elend noch über das Maß der Härte hinaus, das die Bauernlegung und die Abschaffung des Feudalsystems ohnehin über Kleinbauern, Pächter und Landarbeiter verhängte.

In Unteritalien leben noch heute Millionen von Landarbeitern in Großdörfern meist ohne eigenes Land, die in der Ernte- oder Bestellungszeit zu Fuß oder Rad bis zu den oft weit entfernten Anbauflächen der Großgüter pendeln müssen, in Sizilien im Sommer und Herbst in elenden Strohhütten auf der *Campagna*, d. h. im freien Feld, im Winter in fensterlosen Steinhütten ihrer Dörfer – von Höhlendörfern (wie Matera) zu schweigen.

Die äußeren, fast biblischen Formen dieser Landnahme, der Auszug mit Weib und Kind, zu Fuß oder Maultier oft auf endlosen Wegen, hinter alten Bauernfahnen, die Öffnung der Erde mit Holzpfug, Spaten und Hacke und die Nachtwache auf dem

„besetzten“ Feld folgen den Überlieferungen der Landbesetzungen der *fasci* im letzten Jahrhundert. Doch hat sich ihre politische Form und ihr politischer Ort geändert.

Die Bewegung hat häufig noch stärker sozialistische Färbung angenommen und läuft immer wieder Gefahr, in das Fahrwasser der kommunistischen Agitation zu geraten, während die Mafiusen sich seit Beginn des Jahrhunderts mehr und mehr aus ihr zurückgezogen und heute, häufig als Zwischenpächter der Grundbesitzer, mit diesen die alte Agrarverfassung verteidigen, wo sie nicht, wie der berühmte Giuliano, als Rächer der Armen auftreten.

Die Regierung, deren Partei von den Grundbesitzern gestützt wird, befindet sich in einer schwierigen Lage: sie muß die Landnahmen duldend, ja legitimieren, wo sie sie nicht hindern kann – sie muß sie vom Standpunkt der Staatsgewalt aus verurteilen, obgleich sie sie, als sozialer Sachwalter, begreift.

Doch bringen die Landnahmen, auch abgesehen von den Fragen der Staatsgewalt und des Rechtes, keine echte Lösung des Bodenproblems. Den teuflischen Zirkel von Raubbau, Minderertrag und verschärftem Raubbau beschleunigen sie nur durch den Verbrauch der letzten Bodenkraft, durch die primitive Betriebsform und die Zersplitterung. Der Bevölkerungsdruck, die Kapitalarmut und die Sozialarmut bieten in diesem Lande nur drei echte Lösungsformen für das Problem des ländlichen Elends: die Auswanderung und Kolonisation, die Urbarmachung und Melioration und dann erst die Neuverteilung des Bodens.

Auswanderung und Kolonisation als Ventil

Die Übervölkerung und die Arbeitslosigkeit, die ihre Folge war, hatte in einem industriearmen Land wie Italien, in dem schon die Kapitalarmut den Ausbau der Industrien zur Aufsaugung der „Reservearmee“ behinderte, seit der Einigungszeit ein Ventil in der Auswanderung gefunden.

Im „Friedhof“ des *mezzogiorno*, in Süditalien und auf den Inseln, wirkte darüber hinaus, auf der Grundlage des agrarischen Elends, die Entindustrialisierung als Motor: während die Bevölkerung dort um 50% zunahm, wanderten die Industrien weitgehend zum Standort des günstigeren und kapitalkräftigeren Nordens ab, so daß 1936 im Süden nur 2,5% der Bewohner in Industrien tätig waren, gegen einen Landesdurchschnitt von 7,3%. Die Folge war eine Steigerung des süditalienischen Anteils an der gesamtitalienischen Auswanderung von 7% im Jahre 1876 auf 56% im Jahre 1920.

Die Übervölkerung, die eine Ursache des Pachtwuchers war, wurde mit diesem zusammen, neben dem Steuerdruck und der Wehrpflicht, zur Hauptursache der Auswanderung. Diese wirkte sich zwar oft zunächst durch ein Sinken der Pachtpreise und durch die Erhöhung der Löhne aus, die jedoch ihrerseits wieder sogleich den Pachtwettbewerb steigerte, der alsdann durch die Ersparnisse der Rückwanderer und durch die *rimessi*, die Überweisungen der Auswanderer ins Mutterland, die sogleich für Landpachten und -käufe angelegt wurden, zum Pachtwucher gesteigert wurde.

Die Auswanderung ins Ausland und in die Kolonien (wo Italien in Nord- und Ostafrika blühende Siedlungen schuf), die 1910 die Zahl von 1 Million Personen erreichte, ebte jedoch nach dem Ersten Weltkrieg stark ab und kam dann durch die

Weltwirtschaftskrise fast völlig zum Stillstand. Da diese auch den Strom der *rimessi* versiegen ließ, verschärfte sie aufs neue die Not des agrarischen Proletariats vor allem im italienischen Süden und zwang es zum Abbau immer geringer Böden.

Seit dem Zweiten Weltkrieg hat der Verlust der Kolonien, der Rückstrom der Flüchtlinge und die Bevölkerungszunahme um jährlich eine halbe Million das ganze Problem noch weiter verschärft, zumal die überseeischen Gastländer die Einwanderung aufs neue kontingentierten und häufig die Rücksendung von Devisen beschränkten. Die Regierung sucht durch Auswanderungsabkommen und durch wirtschaftliche Zusammenarbeit mit entwicklungsfähigen Ländern den Bevölkerungsdruck zu lindern, doch hat sie die Massenauswanderung der Vorweltkriegszeit, die allein wirksam sein könnte, nicht wieder erreicht (Höchststand der Nachweltkriegszeit: 189 000 Auswanderer im Jahr). Die Auswanderung, ohnehin ein problematischer Faktor für das Agrarproblem, ist daher als Lösungsgrundlage ausgeschieden.

Urbarmachung und Meliorationen

Daß auch die Bodenverteilung allein das Problem der Agrarnot Italiens nicht lösen kann, hatten bereits die früheren Landverteilungen aus Allmende und Latifundienbesitz gezeigt: der Agrarproletarier, dem ein Landfetzen zufiel, beutete diesen mit extensiven Methoden aus und gab ihn oft aus Geldnot alsbald wieder auf, während die neuen Hufenbesitzer trotz aller Rückkaufsverbote durch ihre Kapitalarmut ihr Land meist wieder an die Großgrundbesitzer verloren.

Doch brachte nicht nur die Zersplitterung der Allmende-Latifundien zu Zwergwirtschaften von $\frac{1}{2}$ bis $1\frac{1}{2}$ ha (1938, nach 15 Jahren faschistischer Bodenpolitik, war in Süditalien die Allmendelosgröße durchschnittlich 1,35 ha, in der Provinz Rom sogar nur 0,758 ha), sondern auch die Geringwertigkeit der verteilten Böden, die mangelnde Ausrüstung und die miserablen Standortverhältnisse diese Reformen zum Scheitern. Fast überall standen nur noch die geringsten Böden für die Reform zur Verfügung – noch 1938 hatte Italien, bei einem Areal von 28,65 Millionen ha Wald- und Ackerboden, 9,03 Millionen ha meliorationsbedürftiger Böden (in Apulien allein im Tavoliere 432 552 ha, in Sizilien 728 588 ha, in Sardinien 887 165 ha).

Selbst die Faschisten, denen es doch gewiß auf schnelle Erfolge ankam, sahen daher in der Erkenntnis, daß in Italien eine echte Bodenreform ohne Melioration und Urbarmachung unmöglich sei, allein in Sizilien $1\frac{1}{2}$ Millionen ha für die Urbarmachung vor. Doch können Einzelmaßnahmen auch bei einem Großeinsatz von Mitteln nicht helfen: Hofbauten und Wasserversorgungsanlagen bleiben unwirtschaftlich ohne Schaffung von Absatzmärkten, Landberichtigungen und Landverteilungen sinnlos ohne Neuordnung der Siedlungsverfassung, die auch die Initiative der durch ihr ewiges Elend planlos und mutlos gewordenen Siedler einbezieht. Das Prinzip der Vollurbarmachung begrenzter, gleichsam isolierter Räume, in denen den Kolonen mit ungeheurem Aufwand Musterfarmen erstellt wurden, die dann meist auf gewohnte Art ausgebeutet wurden, um oft schon nach einem Jahrzehnt verödet liegen zu bleiben, ließ auch die faschistische Urbarmachung als Ganzes scheitern. (Dies gilt selbst für die pontinische Siedlung, die zwei Milliarden Lire für viertausend Siedler verbrauchte, und für die sizilischen Siedlungen, deren Häuser oft, ausgeraubt, leer-

blieben und deren Straßen und Wasseranlagen verfielen – paradoxerweise vor allem durch Landbesetzungen der Nachkriegszeit.)

Urbarmachung und Meliorationen bleiben daher in ganz Italien, vor allem aber im Süden, die Voraussetzung jeder Bodenreform, soll diese nicht alsbald in sozialem Elend und wirtschaftlichem Bankrott versanden. Neben der sehr komplexen Auswirkung der Agrarverfassung haben vor allem das Klima, das Wasserproblem und die Bodenbeschaffenheit diesen Meliorationszwang verursacht – Krisenelemente des italienischen Raumes, die ihre Ursache meist in jener ungeheuerlichen Entwaldung haben, die Italien seit dem Altertum weithin verkarsten ließ. Nicht nur die jeweiligen Eroberer und Machthaber trieben seitdem immer wieder den Wald ab, um Holz zum Flotten- und Häuserbau zu gewinnen, auch der Landhunger selbst hat seit hundert Jahren sein Übriges dazu getan, indem er durch Abholzung von Allmendewäldern und oft durch heimliche Brandstiftung Land für Bodenverteilungen freimachte. (In Sizilien betrug der Waldbestand im Jahre 1870 noch 125 513 ha, im Jahre 1929 nur noch 86 965 ha.)

Diese plan- und sinnlose Abholzung hat durch Wind- und Wassererosion dort, wo einst Zedern, Pinien- und Eichenwälder standen, Steinwüsten geschaffen, aus denen der Regen im Sturzbach den letzten Humus wäscht und Ströme undurchlässigen, schwer bestellbaren Tons herabspült, der das fruchtbare Land überschwemmt und häufig zu Steppe macht (in Sizilien 43,8% der Inselfläche). Durch die Entwaldung, die in Unteritalien und Sizilien bis auf 3,5% der Gesamtfläche geht, hat der Mensch selbst die Niederschläge verringert, die Quellen versiegen lassen, die Bodenfestigkeit zerstört und sich so das Bodenschicksal bereitet, dessen Opfer er heute ist.

Denn die nun Jahrtausende wirkende Erosion hat im ganzen Süden Italiens, abgesehen von den fruchtbaren Küstenstreifen und Flußtälern mit ihren Getreideflächen, Ölgärten und Zitrusainen, jene Karstlandschaften und Steppen geschaffen, die ausgedehnter Bewässerungsanlagen bedürfen, um überhaupt wieder anbaufähig zu werden. Neben der Urbarmachung der Sumpfniederungen des unteren Po und den fieberversuchten Maremmen der Westküste ist daher die Urbarmachung und die Melioration der öden Hochebenen und Felsentäler Kalabriens, Siziliens und Sardinien die zeit- und mittelraubende Vorstufe jeder Bodenreform, die dauernde Erfolge zeitigen will.

Auch diese mehr technischen Maßnahmen – Aufforstung, Straßen- und Brückenbauten, Entwässerungs- und Bewässerungsanlagen (in Sizilien würde ein durchgeführter Bewässerungsbau die Erträge verzwanzigfachen, den Beschäftigungsgrad verfünffachen) bedürfen jedoch, um sinnvoll zu sein, der Ergänzung durch eine Auflockerung der gegenwärtigen Siedlungsstruktur, die zugleich Folge und Ursache des agrarischen Elends ist.

Denn auch die Massensiedlung der Landbevölkerung auf Bergkuppen (in Sizilien 90%) in Haufendörfern bis zu 20 000 Menschen, ist ein Erbe der Latifundienbildung, die das bebaute Land von Hofsiedlungen entblößte, und hindert nun die im *borgo* wohnenden Pächter und Tagelöhner, die Frucht zu pflanzen und den Boden zu „bauen“, wie es ihr Auftrag ist. Diese Zusammenrottungen von Wohnhöhlen und Steinhütten in Bergnestern, die, oft nur durch Maultierpfade erreichbar, in den Regenmonaten fast unzugänglich sind – Brutstätten des ressentimentgeladenen

„Schweigens“, der *omertà* — bieten weder einem geregelten Hofbetrieb noch dem Handel und dem Gewerbe Raum und sind kein Standort für eine organische Bodenreform. Abstruse Gegenbilder der Latifundien, setzen sie geradezu deren Großbetriebe voraus und bedürfen der Auflösung oder der Auflockerung, wenn der Siedler sein Land nicht nur ausbeuten, sondern bebauen soll.

Die neue Bodenreform

Eine wirksame Bodenreform ist in Italien erst möglich geworden, seitdem der Marshallplan Mittel für die Urbarmachung und Melioration zur Verfügung stellte (1948/49 70 Milliarden Lire, davon 70% für den Süden) und seitdem die Bodenreformgesetze von 1950 (das Silagesetz, das „Rumpfgesetz“ und das sizilische Bodengesetz) die Enteignung, die Urbarmachung und Melioration und die Verteilung des Bodens auf eine planerische und rechtliche Grundlage stellten. Das Ziel dieser Bodenreform ist die Aufteilung eines Gebietes von etwa 1,4 Millionen ha, von denen 1,26 aus Privatbesitz kommen sollen durch die Enteignung von etwa 8000 Grundbesitzern, um eine Beschäftigungssteigerung im Wert von 90–100 Millionen jährlichen Arbeitstagen auf 250–300 000 Neusiedlerstellen zu erhalten⁴⁾. In der Hauptzone B des Reformplans, die Süd- und Inselitalien, die Maremmengebiete und das Podelta umfaßt, sollen 800 000 ha enteignet werden, um Siedlerstellen für 100 000 Familien zu gewinnen.

Über die vielbeschriebenen und -umstrittenen Enteignungs-, Entschädigungs- und Verteilungsprobleme hinaus stellt diese Reform das säkulare Problem der Umwandlung einer geschichtlichen, aber versteinerten Agrar- und Sozialstruktur ohne Revolution, durch Lenkung, Förderung, Hilfe, wenn auch nicht ohne Eingriff des Staates. Diese Bodenreform soll ein verelendetes, aufsässiges und indolentes Landproletariat in eine selbständig handelnde Bauern- und Kleinbauernschicht verwandeln und zu einer Lebens- und Werksicherheit erheben, die es der kommunistischen Agitation entzieht und zu einem Faktor sozialen Gleichgewichts in Italien macht.

Sie soll eine extensiv bewirtschaftete Landwirtschaft, deren Produktivität gering ist, kurzfristig zu einer intensiven Wirtschaft entwickeln, die allen Landesbewohnern die Vollbeschäftigung gibt, die eine der wirtschaftlichen Voraussetzungen für das Gelingen der Bodenreform ist. Sie soll verkarstete, verödete oder doch ungepflegte Böden, die oft seit Jahrhunderten vernachlässigt sind, *terre incolte* oder *terre malcoltivate*, ebenfalls kurzfristig urbarmachen oder zu einem solchen Grade meliorieren, daß sie zur physischen Grundlage einer Siedlung werden, die eine intensive Wirtschaft erlaubt.

Abgesehen von den unbebauten Sumpfgebieten des Podeltas und der Maremmenküste Toskanas erfaßt die neue Bodenreform vor allem die rückständigen Regionen des Südens und Inselitaliens, in denen der extensive Großbetrieb vorherrscht und der Landarbeiter *de facto* noch Wirtschaftssklave ist⁵⁾.

⁴⁾ E. Buffa: L'attuazione delle riforme agraria in Italia, in: *Realtà d'oggi* H. 12, 1950, S. 727–46, S. 744.

⁵⁾ Mario Bandini: Landreform in Italy, in: *Banca nazionale del Lavoro, Quarterly Review* H. 20, 1952, S. 10–27, S. 10 u. 19.

Während das fruchtbarere Nord- und Mittelitalien seit den lombardischen und venetischen Landreformen Maria Theresias und den toskanischen Reformen der Lothringer verhältnismäßig saniert ist, sind die Bodenreformen in diesen Regionen gescheitert, da dort die Natur, der Rohstoffmangel und die Übervölkerung nur den Ausweg besserer Bodennutzung und höherer Beschäftigungszahlen läßt.

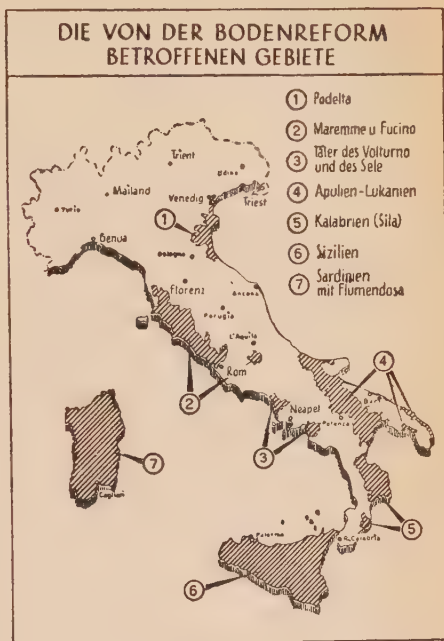
Nicht zufällig galt das erste Reformgesetz und das drängendste Vorhaben dem Silagebiet in Kalabrien, das – ein Musterbeispiel für das Reformbedürfnis des „Südens“ – durch den Zwischenfall von Melissa zum Kampfruf für die landhungrigen Massen geworden war. Die Landschaft bildet dort ein riesiges Latifundium, dessen Tonboden durch Abholzung und Raubbau der Erosion verfiel und dessen Sozialstruktur durch Übervölkerung, Unterbeschäftigung, Lohnunterbietung, Landhunger und Pachtwucher gekennzeichnet ist. Da alle Urbarmachungen bisher gescheitert waren, suchte das Silagesetz den fatalen Zirkel von Bodenbedürfnis und Latifundienbildung zunächst durch eine Enteignungs- und Bodenverteilungspolitik zu durchbrechen (alle Güter über 300 ha, 14,2% der Gesamtfläche, d. h. 76 763 ha, verfielen der Enteignung), was auch eine Aufhebung der bisherigen Pacht- und Landarbeiterverträge bedeutete.

Doch suchte die Vorausschau der Reformpolitiker und die gereifte Erfahrung der Bodenreformer diesmal die Fehler zu meiden, die die früheren „Bodenreformen“, die nur den Boden verteilten oder nur Ausschnitte vollurbar machten, fast stets in Kleinbauernlatifundien mit extensiver Bewirtschaftung abgleiten ließen. Erkennend, daß jede Hebung der Lebenshaltung dieser Landproletarier, die oft nur ein Maultier ihr eigen nennen und glücklich sind, wenn sie 130 Tage im Jahr Beschäftigung haben, nur durch Vollbeschäftigung und Intensivwirtschaft möglich ist, was die soziale, betriebliche und sanitäre Sanierung der Siedlungen voraussetzt, hat man neben, ja grundsätzlich vor die Bodenverteilung die Auflockerung der Siedlung durch Neubau von „Wohn“- und von „Dienst“-Dörfern (mit sozialen Diensten, wie Post, Kirche, Apotheke, Geschäften), die Melioration und die Selbsthilfe der Siedler gestellt.

Die Siedler werden in Siedlungszentren von 50–100 Familien zusammengefaßt, um die Vorteile großer Betriebe mit angemessener technischer Leistung und günstigen Kreditverhältnissen zu nutzen, sie sind verpflichtet, das Land sogleich nach der Auslosung zu bearbeiten und (mit technischer Beihilfe) selber zu meliorieren.

Um den vollen Einsatz aller planerischen und technischen Mittel zu garantieren, hat man in den sieben Zonen der Bodenreform Bodenreformgesellschaften gegründet, die die Pläne ausarbeiten, die Böden meliorieren, die Siedler installieren und bei seinen weiteren Meliorationen beraten und unterstützen. (Die Gesellschaft in Bologna bearbeitet das Podelta, die Gesellschaft in Rom die Maremmen in Toskana und Latium und den Fuciner See, die in Neapel die Küstenebenen des Sele und des Vulturno, die in Bari Apulien und Lukanien, die in Cosenza Kalabrien (Sila), die in Palermo Sizilien und die in Cagliari Sardinien, vgl. Karte.) Der Reformplan bestimmt, daß der Siedler nach drei Jahren Probezeit der Eigentümer der Stelle wird auf Grund eines Staatsdarlehens, das er in 30 Jahresraten zurückzahlen muß, so daß die Initiative der mißtrauischen und indolenten Tagelöhner, die nur Getreideernten kennen, zum Einsatz aller technischen Mittel der intensiven Bearbeitung und schnellen Ertragssteigerung geweckt wird.

Die Gruppenarbeit bei der Bewirtschaftung und bei der Melioration und die genossenschaftliche Zusammenarbeit bei Saat- und Düngerkauf und bei der Ertragsverwertung soll die Gefahren bannen, die in der Schaffung neuen, für sich nicht lebensfähigen Kleinbesitzes liegen, der oft nicht größer ist als die früheren Kleinpächterstellen. Ob es gelingt, die Gefahren dieser Bodenreform: die erneute Aufsplitterung des Bodens durch Schaffung von Hunderttausenden neuer Kleinbesitzer, die erneute Kollektivisierung der eben erst aus ihrem Clan-Kollektiv herausgetretenen Siedler durch ihre Kollektivarbeit, die Radikalisierung der nicht bedachten *braccianti* und die weitere Extensivierung der Wirtschaftsweise, zu überwinden, kann erst die Zukunft zeigen. Auch das Agrarproblem des italienischen Südens kann erst dann voll gelöst werden, wenn die Gesamtwirtschaft dieses Landes mit seinem Bevölkerungsdruck durch Vollbeschäftigung und Rentabilität ins Gleichgewicht kommt, d.h. wenn die Bodenreform organisch durch eine Industrialisierung ergänzt werden kann.



DEUTSCHE UND SLAWEN

Sehr geehrte Herren!

Das Februarheft 1955 Ihrer Zeitschrift bringt einen Bericht von Helmut Klocke über die Auffassung der Geschichte des ostdeutschen Raumes in der neuen Auflage der großen Sowjet-Enzyklopädie. Sie ist eine Erneuerung der schon alten „Kreuzrittertheorie“. Die deutschen Ritter, angestachelt durch die „katholische Kirche als wichtiges Werkzeug der deutschen feudalen Aggression“, fielen über die friedliche slawische Bauernschaft östlich der Elbe und Saale her, mordeten sie aus und teilten sich in das geraubte Land, um darauf ihre Rittergüter als junkerlich-kapitalistische Großbetriebe zu etablieren. Die Vertreibung der Deutschen aus dem Raum östlich der Oder und Neiße ist daher nicht nur gerecht, sondern ein sehr mildes und großzügiges Korrektiv eines furchtbaren geschichtlichen Verbrechens.

Nach Ranke ist es die Aufgabe des Hi-

storikers, zu erforschen, „wie es eigentlich gewesen ist“. Er darf sich nicht im Kampf der Meinungen durch die Frage nach der sozialen Gerechtigkeit oder gar der höchst umstrittenen ernährungspolitischen Zweckmäßigkeit der modernen Bodenreformen leiten lassen, sondern hat festzustellen, wie es zu der modernen Gutswirtschaft im ostelbischen Raum gekommen ist.

Dabei sind zunächst einmal die Begriffe „Großgrundbesitz“ und „landwirtschaftlicher Großbetrieb“ sauber zu trennen. Es gibt in vielen Ländern — auch in der Bundesrepublik — ausgedehnten Großgrundbesitz ohne Großbetrieb, also nur aus Bauernhöfen bestehend, von denen manchmal der Großgrundbesitzer keinen einzigen Morgen in eigener Regie bewirtschaftet. Dann ist er ein „Grundherr“, aber kein „Gutsherr“ und bedarf keines Inspektors, wohl aber eines Rentmeisters. Solcher Art

ist z. B. in Ostfriesland der umfangreiche Großgrundbesitz der Grafen v. Wedel auf Gödens und der Fürsten v. In- und Knypshausen auf Lütetsburg. Erst in jüngster Zeit ist in beiden Fällen überhaupt erst ein Eigenbetrieb im bescheidenen Umfang einer großen Bauernstelle aufgebaut worden. Im Falle Ostelbiens handelt es sich um den Großbetrieb, den unsere Statistik einigermaßen grobschlächtig ab 100 ha ohne Rücksicht auf die Bodengüte anzusetzen pflegt.

Versucht man nun die Verbreitung des landwirtschaftlichen Großbetriebes, oder sagen wir kurz: der „Gutswirtschaft“, als führender Betriebsform nach dem Stande vor den Bodenreformen des 20. Jahrhunderts kartographisch zu umgrenzen, so ergibt sich folgendes Bild:



Die Westgrenze der „Gutswirtschaftslandschaft“ deckt sich weitgehend mit der ehemaligen deutsch-slawischen Siedlungsgrenze um das Jahr 1000: Von Kiel die Schwentine aufwärts zum Plöner See, dann über die obere Trave und den Sachsenwald zur Elbe bei Lauenburg, die Elbe aufwärts zur Saalemündung, die Saale aufwärts zum Fichtelgebirge, dann längs des Böhmerwaldes zur Donau bei Linz. Von hier aus ging die Grenze nach Südosten. Sie schloß die österreichischen Alpenländer, Jugoslawien und Rumänien aus, dagegen Ungarn und Galizien ein.

Nordwärts streichend schwang die Ostgrenze der Gutswirtschaftslandschaft in weitem Bogen nach Westen bis etwa auf die preußische Ostgrenze von 1918 zurück, schloß den größeren Teil der Provinzen Posen und Ostpreußen ein, dagegen die polnischen Kernlandschaften samt einigen Teilen von Oberschlesien und Posen sowie das Memelland aus. Andererseits gehörte das „Baltikum“, die ehemaligen Deutschordenslande Estland, Livland und Kurland, zum Bereich der Vorherrschaft des gutsherrlichen Großbetriebes. Mit der alten, auf dem Peipus-See verlaufenden Grenze gegen Rußland bricht diese Agrarverfassung unvermittelt ab.

Rußland und Kongreß-Polen waren bäuerliche, und zwar überwiegend kleinbäuerliche, Gebiete. Nach einer für das Jahr 1905 angestellten Erhebung, das europäische Rußland (ohne Polen und Finnland) betreffend, befanden sich von je 100 Deßjatinen Saatland 90,5 in den Händen der Bauern (einschl. Pachtland), 9,5 in den Händen der Gutsbesitzer. Professor Carl Ballod berechnete für die Zeit kurz vor dem Ersten Weltkriege, daß die russischen Bauern 189 Millionen Deßjatinen eigenes oder zugepachtetes Ackerland, die Gutsbesitzer dagegen nur 7 Millionen Deßjatinen Ackerland bewirtschafteten. Zwischen beiden Berechnungen liegen die Auswirkungen der Stolypinschen Agrarreform.

Rumänien war kein Gebiet vorherrschender Gutswirtschaft, sondern einer sehr verrotteten Abart der Grundherrschaft. Der Großgrundbesitz der rumänischen Bojaren umfaßte die Hälfte des Grundes und Bodens, jedoch gehörte dazu nur $\frac{1}{10}$ des gesamten landwirtschaftlichen Inventars des Landes. $\frac{4}{5}$ des Adelslandes war in kleinen Losen an Bauern verpachtet, größtenteils durch Zwischenpächter, die weite Landflächen pachteten — so umfaßte der Pachttrust der Gebrüder Fischer 1905 fast $\frac{1}{4}$ Million Hektar — und zu drückenden Bedingungen an Kleinbauern weiterverpachteten, während der Adel vorzugsweise in Bukarest oder Paris und an der Riviera lebte. Daher die Bauernaufstände in Rumänien.

Dagegen gehörte z. B. Böhmen nicht bloß zu den ausgeprägtesten Gebieten des Großgrundbesitzes, sondern auch des

Großbetriebes. Es war das klassische Land der Latifundienwirtschaft, deren unerfreuliche Seiten gerade in Böhmen „in ihrer Sünden Maienblüte“ standen: Landflucht, Massenauswanderung nach Amerika, Aufsaugung bäuerlichen Besitzes zur „Arrondierung“ der Großbetriebe, Überhandnehmen der Parzellen- und Afterpacht, Zerrüttung der Arbeiterverhältnisse durch Einfuhr galizischer Wanderarbeiter usw. . . In Südböhmen bot das „Königreich Schwarzenberg“ das Muster einer Latifundienwirtschaft. Von den mehr als 200 000 ha Grundbesitz der fürstlichen Familie Schwarzenberg lagen 177 888 ha in Böhmen, von dem sie ein Dreißigstel bildeten. Davon waren nur 18 v. H. verpachtet, die übrige Fläche wurde durch dreizehn Güterdirektionen in eigener Regie bewirtschaftet und umfaßte drei eigene Zuckerfabriken und dreizehn eigene Brauereien. Im ganzen verfügten 150 Familien über fast ein Drittel des Landes Böhmen.

Da hiernach das Herrschaftsgebiet der Gutswirtschaft zwar nicht mit dem Siedlungsgebiet des deutschen Volkes, wohl aber mit dem Einflußbereich der deutschen Ostlandkolonisation annähernd zusammenfällt, so liegt natürlich die Vermutung nahe, daß zwischen Gutswirtschaft und Ostlandkolonisation ein ursächlicher Zusammenhang bestehe. Allerdings liegt dazwischen ein Zeitraum von 350 bis 400 Jahren, in denen sich die Agrarverfassung östlich der Elbe von der westbischen Agrarverfassung nicht wesentlich unterschied. Hier wie dort wurde der Boden von Bauern unter ritterlicher, geistlicher oder landesherrlicher Grundherrschaft bewirtschaftet, wobei die bäuerlichen Besitzrechte der ostelbischen Bauern besser und stärker gesichert waren als die der westbischen. Die ritterliche Eigenwirtschaft war noch unbedeutend. Für die Mark Brandenburg beweisen die Bedeverträge von 1280 bis 1283, daß damals der Ritter 4 bis 6 Hufen Landes zu bewirtschaften pflegte, also nicht mehr als das Doppelte einer normalen Bauernwirtschaft, da den deutschen Siedlern ursprünglich je drei Hufen Landes zugewiesen wurden und selbst noch nach den Registern des 16. Jahrhunderts unter den Bauern viele Vierhufner — nicht selten

als relative oder sogar absolute Mehrheit im Dorfe — und sogar Sechshufner erscheinen. Und für Mecklenburg gelangt Professor Maybaum zu dem Ergebnis: „Der ritterschaftliche Eigenbetrieb hielt sich, wenigstens was den Getreidebau anbetraf, während des ganzen Mittelalters in der Regel innerhalb der Grenzen einer bäuerlichen Wirtschaft.“

Erst im 16. Jahrhundert, als es längst keine Ritter mehr gab, beginnt das Rittergut zu wachsen, nimmt besonders im 18. Jahrhundert da, wo sein Wachstum nicht — wie in Preußen — von der Staatsgewalt des absoluten Monarchen künstlich abgedrosselt wurde, beträchtlich zu und erhält seinen letzten starken Zuwachs — in den ostelbischen Provinzen Preußens mehr als eine Million Hektar Bauernland — in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts als Entschädigung und Auswirkung der Bauernbefreiung. Bis dahin arbeitete der Gutsherr ohne Landarbeiter und ohne eigene Ackergespanne mit den Hand- und Spanndiensten seiner Gutsuntertanen, der grundhörigen Bauern, die in einigen Territorien in der Südwestecke der Ostsee — in Schwedisch-Pommern, Mecklenburg und Ostholstein — sogar leibeigen geworden waren.

Wie hatte diese Wirtschafts- und Arbeitsverfassung sich gerade im ostelbischen Raume im Gegensatz zu den weiterhin bäuerlich bleibenden westelbischen Gebieten herausbilden können?

Schon Georg Friedrich Knapp, der Geschichtsschreiber der Bauernbefreiung, bezieht sich auf „die schmiegsame Natur der slawischen Stämme“ und stellte die These auf: „Nicht weil bei uns der Gutsherr ein Deutscher war, sondern weil der slawische Bauer überhaupt gefügiger ist, wird die Hörigkeit in slawischen Gegenden besonders hart.“ Ihm sekundierte Professor Theodor Freiherr v. d. Goltz, der in seiner „Geschichte der deutschen Landwirtschaft“ die Ansicht vertritt, daß „die größere persönliche Unfreiheit und stärkere Belastung, wie sie seit dem 16. Jahrhundert bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts bei den ostelbischen im Vergleich zu den westelbischen Bauern sich deutlich zeigt, in der engen Vermischung slawischer und deutscher Elemente ihre Hauptursache hat“.

Aber hatte überhaupt das deutsche

Bauerntum östlich der Elbe einen so starken slawischen Einschlag, daß dieser sein Gesamtschicksal bestimmen konnte? Es ist dies nicht bloß von den slawischen Verfechtern der „Kreuzritter“- und „Ausmordungs“-Theorie, sondern auch von deutscher Seite nachdrücklich bestritten worden.

1875 vertrat Heinrich Ernst in seinem Buche „Die Colonisation Mecklenburgs im 12. und 13. Jahrhundert“ die Ansicht, daß um 1170 Mecklenburg „fast ganz verödet und verlassen“ gewesen sei, da die Slawen alle erschlagen oder vertrieben waren. Inzwischen hat Hans Witte aus den urkundlich überlieferten Personennamen der Zeit nach der angeblichen Ausmordung in mühsamer Kleinarbeit nachgewiesen, daß genug Slawen die Kolonisationszeit überlebt hatten, um zahlenmäßig — wenn auch nicht kulturell — dem eingewanderten deutschen Element die Waage halten zu können. Im übrigen vollzog sich die Kolonisation Mecklenburgs unter einem slawischen Fürstenhause, dem Geschlecht der Wendenfürsten Niklot und Pribislaw, das bis 1918 das Land Mecklenburg regierte.

In Pommern starb das slawische Herzogshaus erst 1637 mit Bogislaw XIV. aus. In Schlesien regierten die polnischen Piasten — seit 1328 unter böhmischer, zuerst luxemburgischer, später habsburgischer Lehnshoheit — bis 1675. Und die deutschen Askanier, unter deren Regierung die Mark Brandenburg besiedelt wurde, waren nicht durch Eroberung, sondern durch Erbschaft kraft Testamentes des letzten slawischen Fürsten Pribislaw von Brandenburg, dessen Witwe Petrusa 1150 als Christin den reibungslosen Übergang der Nachfolge im Havellande auf den Markgrafen Albrecht den Bären durchzusetzen verstand, zur Herrschaft gelangt. Sollten alle diese Landesherren bereit gewesen sein, eine Ausmordung ihrer eigenen Landsleute zuzulassen und sich dadurch selbst ihrer Steuerzahler zu berauben?

Die Kolonisation des ostelbischen Landes war in erster Linie ein wirtschaftliches Unternehmen mit dem Ziel einer groß angelegten Melioration von Sumpf und Urwald und dadurch einer Erhöhung des Steueraufkommens. Wie we-

nig zugkräftig in diesen Gegenden der Kreuzzugsgedanke war, lehrt der vollkommene Bankerott des sogenannten Wendenkreuzzuges von 1147, der an nichts anderem scheiterte als an der Unlust seiner Teilnehmer, ihrem Mangel an Kreuzzugsgeist. Die Herren vom niedersächsischen Adel seien, so wird berichtet, bald zu der rein weltlichen Überlegung gelangt, daß es doch eigentlich gar nicht in ihrem Interesse liege, ein Land zu verheeren, das sie schon als ihr Steuergut betrachten durften, und ein Volk auszurotten, über das sich ihre Herrschaft sowieso auszudehnen begann. Der Fanatismus eines christlichen Kreuzrittertums erschien diesen nüchternen Realpolitikern als unfruchtbare Schwärmerei, mit der baldigst Schluß zu machen war. Und sie machten Schluß und gingen nach Hause.

Die beiden Grundtatsachen der deutschen Wanderungsbewegung ins Ostland waren auf der einen Seite der steigende Bevölkerungsüberdruck im westelbischen Mutterlande, auf der anderen Seite die Erkenntnis der wendischen Fürsten, daß ihre Herrschaft nur dann eine Zukunft habe, wenn es gelinge, sie mit den beiden wichtigsten Erfordernissen eines — damals — modernen Staats zu unterbauen: einem schlagfertigen Reiterheer und einer gutgefüllten Staatskasse. Das aber war nur zu erreichen, wenn man deutsche Ritter und deutsche Bauern ins Land kommen ließ. Mochte der Slawe als Landsmann seinem Fürsten sympathischer sein, — seine Landwirtschaft war so rückständig, daß keine nennenswerten Steuern von ihm zu holen waren. Der slawische Fürst Wizlaw von Rügen (und Neuvorpommern) wußte schon, was er meinte, als er in einer Urkunde von 1221 den merkwürdigen Satz unterschrieb: „Wenn aber der unglückselige Fall eintreten sollte, was Gott in Gnaden verhüte, daß etwa das vorgeschätzte Land in seinen früheren Zustand zurückfiel, so daß die Deutschen vertrieben und die Slawen wiederum allein das Land bebauen würden — dann sollen diese die Abgabe, die Biskopowniza heißt, ganz an den Bischof zahlen wie vorher.“ Wizlaw wußte, was er an seinen deutschen Steuerzahlern hatte. Sie zahlten den vollen Zehnten, von dem auch die weltlichen Fürsten und Herren durch Be-

lehnung seitens der Kirche ein gut Teil bekamen, während die Slawen als dürftigen Ersatz jene weit weniger einträgliche Biskopowniza zahlten, auf die sich die nüchterne Feststellung Heinrichs des Löwen in seiner Beweidungsurkunde für das Bistum Schwerin von 1171 bezieht, daß „die Zehnten der Slawen mager sind“. Wo nichts ist, haben auch Fürsten und Herzöge ihr Recht verloren.

Da somit die Slawen die Kolonisationszeit überlebt haben, wo sind sie geblieben? Sie sind sehr bald in erheblicher Zahl „zu Deutschen ernannt“ worden, haben das Christentum und die deutsche Sprache angenommen, und ihre Kinder gingen in dem neuen ostelbischen Volkstum auf. Wo in der Sprache unserer Urkunden von „Slawen“ die Rede ist, da handelt es sich nicht um ein nationales Bekenntnis oder um die Muttersprache, sondern um das persönliche Rechtsverhältnis. Der moderne Nationalismus war diesem Zeitalter fremd. „Slawe“ war, wer nach slawischem Recht (Jus slavicum oder Jus slaviale) lebte. Einen solchen „Slawen“ auf deutsches Recht (Jus teutonicum) umzustellen, brachte dem Landes- oder Grundherrn ebenso wie dem neu „ernannten“ Deutschen Vorteile. Der Mann bekam ein besser gesichertes Recht an seiner Hufe, mußte aber fortan die höheren Abgaben nach deutschem Recht, insbesondere den vollen Zehnten zahlen. Das deutsche Recht war daher nur den wirtschaftlich fortschrittlichen und leistungsfähigen Elementen der slawischen Bevölkerung erreichbar. Dies ist der Grund dafür, daß in späterer Zeit die slawische Restbevölkerung als Grundsuppe der Rückständigen und Untüchtigen einer Mißachtung verfiel, von der in der Kolonisationszeit noch keine Spur zu finden ist. Inzwischen war der tüchtige Slawe längst „zum Deutschen ernannt“ worden.

Der Aufbau der modernen Gutswirtschaft beginnt erst drei oder vier Jahrhunderte später. Daß damals noch das slawische Bluterbe die Enteignung der einen Hälfte der ostelbischen Bauernschaft und die Herabdrückung der anderen Hälfte in dienstbelastete Hörigkeit oder gar Leibeigenschaft ermöglicht haben sollte, ist an und für sich schon unwahrscheinlich.

Ausgeschlossen wird dieser Zusammenhang durch eine Nachprüfung der topographischen Verhältnisse. Es ist Landeskennern schon längst aufgefallen, daß die Gutswirtschaften überwiegend auf fruchtbaren Lehm Böden, die Bauernwirtschaften auf den leichten Sandböden zu finden waren. Letztere sind siedlungsgeschichtlich Böden erster Wahl, weil sie zwar weniger fruchtbar, aber auch weniger naß, leichter zu bearbeiten und namentlich leichter zu roden sind als Lehm Böden, deren urwaldmäßiger Laubholzbestand mit seinem verfilzten Wurzelwerk und seinen starken Stubben der Umwandlung in Acker einen weit stärkeren Widerstand entgegenstellt.

Daher war beim Beginn der Kolonisationszeit der Sandboden der Nadelwaldzone mit slawischen Siedlungen besetzt, der Lehm Boden der Laubwaldzone dagegen kaum erst angekratzt. Es lag nahe, daß der slawische Landesherr sich selber die schon besiedelten Sandgegenden, die immerhin bescheidene Steuereinkünfte abwarfen, als Domanium vorbehielt und die noch ungenutzten Lehm Böden als Lehen an Ritter, Bischöfe, Klöster vergab, die sich ihre Siedler selber zusammensuchen mochten, wenn sie Nutzen aus dem ihnen verliehenen Lande ziehen wollten. So wurden die Lehm Böden von westelbischen Einwanderern gerodet — hier entstanden insbesondere die Hagendörfer der Küstenzone mit ihrer typischen Namenbildung: Diedrichshagen, Lichtenhagen, Lüdershagen, Henkenhagen. Die Lehmzone bedeckte sich daher mit geistlichen und adligen Grundherrschaften. Die geistlichen Besitztümer wurden in der Reformationszeit größtenteils säkularisiert und zum landesherrlichen Domanium geschlagen. Hier blieben infolgedessen die Bauerndörfer auch auf Lehm Boden erhalten, während sie im Bereich der adligen Grundherrschaften größtenteils der Bauernlegung zum Opfer fielen und den Großbetrieben Platz machen mußten.

Die Bauernlegung traf also in erster Linie die deutschgegründeten, nicht die slawischen Dörfer. Es ist typisch, daß z. B. in Mecklenburg Hagendörfer massenhaft in Gutshöfe umgewandelt wurden, daß von den durchweg weizen- und zuckerrübenfähigen Böden des Kreises Malchin noch 1925 nicht weniger als 76,95 v. H.

den Großbetrieben gehörten, von den scharfsandigen Roggen- und Kartoffelböden des Kreises Ludwigslust, den der Mecklenburger abschätzig als „de griese Gegend“ zu belächeln pflegte, nur 19,51 v. H. . . Gerade von hier, aus dem Kirchspiel Jabel unweit Dömitz, kommt 1521 die letzte Nachricht aus Mecklenburg, daß slawische Sprache und Art noch lebendig sei.

In Schleswig-Holstein ist natürlich der Raum östlich des Limes Saxonicus: Kiel — Plöner See — Sachsenwald, also altslawisches Siedlungsgebiet, die Hauptdomäne des landwirtschaftlichen Großbetriebes. Sehr bemerkenswert ist aber, daß der höchste Flächenanteil der großen Gutswirtschaft auf einen Kreis entfällt, in dem niemals Slawen gesiedelt haben: Eckernförde mit 45 v. H. der landwirtschaftlichen Nutzfläche (1925). Die beiden Halbinseln Dänischwohld und Schwansen, die den Hauptteil des Kreises bilden, sind spät gerodetes Waldgebiet. Sie gehörten noch im hohen Mittelalter dem riesigen Walde Isarnho an, der — in dänischer Sprache im 13. Jahrhundert „Jarnwith“, in deutscher Sprache um 1300 „Dänischer Wohld“ genannt — sich nach Adam von Bremen (zweite Hälfte des 11. Jahrhunderts) von der Schlei bis Lübeck, nach Helmolds „Slawenchronik“ (um 1170) von Schleswig bis Lütjenburg in Wagrien erstreckte. Westlich und nördlich der Kieler Förde haben jedoch niemals Slawen gegessen oder gerodet.

Ursprünglich reichte dieser ostschleswigsche Güterdistrikt noch weiter nördlich nach Angeln in die Kreise Schleswig und Flensburg hinein. Nach den Erdbüchern des 18. Jahrhunderts hatte z. B. das Gut Rundhof bei Gelting 3193,8 ha Fläche, davon 1989,8 ha Acker, das Gut Satrupholm südöstlich Flensburg 1415,6 ha Fläche, davon 762,4 ha Acker. Auch in Angeln entstanden die großen Güter durch Zusammenschlagung von Bauernhufen auf spät gerodetem Waldland der „Silva Gelting“, mit deren Urbarmachung im 13. Jahrhundert begonnen wurde. Gegen Ende des 18. Jahrhunderts wurde die Bewegung rückläufig. Im Dänischen Wohld gelangte ein Drittel der Gutsflächen in bäuerliche Hände, in Schwansen die Hälfte, in Angeln gar drei Viertel.

Kommt demnach slawische Vorbevölke-

rung als Voraussetzung der Entstehung der Gutswirtschaft nicht in Frage, so sind auch die meisten andern bisher hervorge-suchten Ursachen nicht stichhaltig. Daß der Unterschied von Boden und Klima diesseits und jenseits der Elbe als Begründung nicht ausreicht, hat schon 1902 Professor Theodor Freiherr v. d. Goltz, ostpreußischer Landwirt und Direktor der Landwirtschaftlichen Hochschule Bonn-Poppelsdorf, in seiner „Geschichte der deutschen Landwirtschaft“ klargestellt.

Die von Max Weber vorgetragene Begründung des Dualismus der deutschen Agrarverfassung mit der geringeren Städtedichte und daher größeren Marktentfernung östlich der Elbe scheitert daran, daß sich zwar gegen Ende des 13. Jahrhunderts wohl fast die Hälfte der deutschen Städte in dem verhältnismäßig engen Raum des Realteilungsgebietes der süd- und westdeutschen Kleinbauern zusammendrängt, aber in Niedersachsen die Städtedichte nicht höher ist als östlich der Elbe, ohne daß sich der Großbetrieb in Niedersachsen durchgesetzt hätte. Außerdem gewannen die Gutsbetriebe den größten Flächenanteil nicht etwa in den marktfernen Gegenden der Mark und Schlesiens, sondern unmittelbar vor den Toren der großen Hafenstädte Lübeck, Wismar, Rostock, Stralsund, Stettin und Königsberg, wo der Bauer es keineswegs weit zum Markte hatte.

Die Begründung mit angeblichen politischen, juristischen oder soziologischen Unterschieden zwischen Ost- und Westdeutschland habe ich 1942 im „Deutschen Archiv für Landes- und Volksforschung“ (5. Jahrgang) widerlegt.

Wir haben die Begründung vielmehr in einem Gebiet zu suchen, das von der Volkswirtschaftslehre wie von der Landwirtschaftswissenschaft bisher sehr stiefmütterlich behandelt wurde: in der Typologie des wirtschaftenden Menschen. Zwei so sachkundige Forscher wie Werner Wittich und Georg v. Below haben schon 1896 und 1900 nachgewiesen, daß dem westelbischen Edelmann Neigung und Absicht, eine Gutswirtschaft einzurichten, gänzlich fern lagen. Er blieb bei der Tradition, daß ein Edelmann kein Krautjuncker sein solle. Als es mit dem Rittertum zu Ende ging und für den Ritter das Ge-

spenst der Erwerbslosigkeit aufstieg, entschloß sich der westelbische Edelmann, Jura zu studieren und sein Brot im Staatsdienst zu suchen.

Der ostelbische Junker dagegen entschied sich für den Aufbau einer Landwirtschaft im Großen, weil ihm die Unternehmungslust und das wirtschaftliche Denken seiner Vorfahren im Blute lag, die als Lokatoren, d. h. als Siedlungsunter-

nehmer, in das ostelbische Land gezogen waren, weil sie die Aussicht auf wirtschaftliches Vorankommen im Neuland lockte. Gemüts- und Kulturwerte der Heimat hielten sie nicht. Es war ein stark amerikanisch anmutender Pioniertyp, der durch die Ostlandbesiedlung ausgelesen wurde und dessen Nachkommen die Gutswirtschaft begründeten und den Typ des Junkers ausbildeten. Ulrich Folkers

POLEN, DEUTSCHLANDS VERBÜNDETER?

Die Ereignisse nach dem Ersten Weltkrieg in Mittel- und Osteuropa haben einer staunenden deutschen Ehrbarkeit gezeigt, welche Bedeutung die Gruppenbildungen und Richtungskämpfe unter verarmten und abwegigen Emigranten für die Gestaltung der politischen Verhältnisse haben können. Diese Kämpfe gingen meist unbemerkt von der Öffentlichkeit und den Ämtern vor sich. Über Nacht jedoch erwiesen sich Kaffeehaus-Diskussionen und Aufsätze in „obskuren“ Blättchen als Quellen politischer Gestaltung.

Wie zu erwarten, haben weder die deutsche Öffentlichkeit noch die offizielle Politik nennenswerte Lehren aus diesen Überraschungen gezogen, obschon es wiederum eine zahlreiche, vielgestaltige und aktive politische Emigration der Völker Mittel- und Osteuropas gibt, die unsere Nachbarn sind oder unsere politischen Partner werden können. Nur die Neue Zürcher Zeitung und die deutsche Vertriebenen-Presse machen sich die Mühe, über Vorgänge in diesen Kreisen zu berichten.

Die in Paris erscheinende polnische Monatsschrift *Kultura* verdient in diesen Zusammenhängen nicht nur deshalb besondere Aufmerksamkeit, weil sie eine Stimme der Emigration unseres größten Nachbarvolkes im Osten ist, sondern auch deshalb, weil sie angesichts der nun schon mehrjährigen chaotischen Zustände in der politischen Führung der polnischen Emigration eine meinungsbildende und integrierende Funktion ausübt, die über die einer Zeitschrift hinausgeht.

Außerdem haben die Herausgeber dieser Zeitschrift Zivilcourage.

Dies beweist nicht zuletzt ein Aufsatz, den der bekannte Publizist Mieroszewski im Dezember-Heft 1954 unter der Überschrift: „Die deutschen Rüstungen und die polnischen Belange“ veröffentlicht hat (Seite 72—79).

Mieroszewski versucht eine Antwort auf die jeden Polen in der Heimat und in der Emigration äußerst bewegende Frage zu geben, ob die Wiedereinrichtung deutscher Streitkräfte und die Wiedervereinigung Deutschlands auf der Linie der polnischen Interessen liegen.

Die traditionelle Antwort der im „traditionellen Historismus erstarrten“ überwiegenden Mehrheit der polnischen Emigration sei, wie zu erwarten, ein entrüstetes Nein. Mieroszewski erinnert jedoch seine Landsleute daran, daß das Hauptziel der polnischen Politik die Befreiung des Landes und nicht die Verteidigung der Oder-Neiße-Grenze ist oder sein sollte.

Das Primat der Sicherung der „Wiedergewonnenen Gebiete“ in den politischen Zielen der Polen spiele das Spiel der sowjetischen Propaganda und verlange die Bereitschaft, als Preis den Verzicht auf Befreiung zu zahlen. Daher bejaht Mieroszewski ohne Einschränkung die beiden von ihm formulierten Fragen.

Die Vereinigung Deutschlands bis zur Oder-Neiße-Grenze sei, räumlich gesehen, eine Voraussetzung für die Befreiung Polens. Schon allein die Tatsache einer unmittelbar gemeinsamen Grenze mit dem Westen liege im polnischen Interesse.

Die polnische Lieblingsidee, die die Konstellation von 1919 mit einem geschlagenen Deutschland im Westen und einem chaoti-

schen Rußland im Osten zu verewigen trachtet, wird als einmalige Szene der Weltgeschichte gekennzeichnet, für deren Wiederholung oder Verewigung keine ernsthaften Aussichten bestehen.

Aber auch deutsche Streitkräfte bejaht Mieroszewski. Sie seien die Voraussetzung dafür, daß Deutschland wieder zu einer eigenen Politik finde, die es jetzt noch suche. Mit dem nüchternen, Illusionen durchdringenden Blick, den die Emigration verleihen kann, sieht er die Deutschen in Westdeutschland als Emigranten, denen man erlaubt hat, im eigenen Lande zu leben. Die Lage der Bonner Regierung sei nicht wesentlich verschieden von der Lage der polnischen Emigrationsregierung in London, wenn man „Emigration als die politische Entmündigung infolge der totalen Niederlage“ versteht. „Wenn die Pariser Dokumente ratifiziert werden, kehren die Deutschen heim. Aus der Verbannung der Emigration kehren sie zurück in einen souveränen Staat mit einer eigenen Armee und mit einer eigenen — Politik.“

In der deutschen geographischen und politischen Lage ist es begründet, daß Deutschland in einigen Jahren vielleicht das einzige Land der Welt sein werde, das die Forderung erhebt, den „Eisernen Vorhang“ weiter nach Osten zu schieben. „Jede politische Initiative, die die Verschiebung des ‚Eisernen Vorhanges‘ erstrebt ... liegt in unserem Interesse ... Keine der Westmächte ist unmittelbar an einer solchen Politik der Liberation interessiert.“ Mieroszewski empfiehlt jedoch den Deutschen, die Wiedervereinigung nicht mit der Forderung der Revision der Oder-Neiße-Grenze zu verbinden. Eine Lösung der Oder-Neiße-Frage dürfte jedoch unabhängig von der Wiedervereinigung und im Anschluß daran durch die beiderseitige Einsicht erleichtert werden, daß „realistisch gesehen die Gebiete an der Oder und Neiße politisch weder von den Polen noch von den Deutschen beherrscht werden, sondern von den Sowjets ... Ein nicht-kommunistisches Deutschland bietet uns, wenn nicht die Gewißheit, so doch die Möglichkeit einer Verständigung und der Ausarbeitung des *modus vivendi*.“ Voraussetzung ist für die polnische Seite, daß „Grund zur Gewißheit besteht, daß die Deutschen im polnisch-deutschen Territorialstreit keine Gewalt anwenden“. Nach

der Erfahrung des letzten Krieges, der sich am deutsch-polnischen Territorialstreit entzündete, dürfte es keinen Deutschen mehr geben, der nicht bereit wäre, Herrn Mieroszewski und seinen Landsleuten diese Versicherung abzugeben.

Diese Worte eines der führenden polnischen Publizisten in einer Zeitschrift, die sich ihrer Rolle, die sie für die politische Orientierung ihres Volkes spielt, bewußt ist, dürfen als höchst bemerkenswert bezeichnet werden. Sie sind nach Jahren stereotyper Wiederholung politischer Forderungen aus der Vorstellungswelt militanter Nationalstaaten das erste Anzeichen in die Einsicht, daß „es sein mag, daß die Deutschen sich nicht geändert haben ... , aber die Situation ist eine völlig andere geworden ... Unsere Feinde sind nur diejenigen Deutschen, die eine Verständigung mit den Sowjets erstreben.“ Es ist „eine Angelegenheit von fast kardinaler Bedeutung, daß ... die Polen ... die Deutschen als mächtige Verbündete und nicht als — Russen des Westens erkennen.“

Hinter diesen Worten steht wohl die jedem Polen gegenwärtige Erinnerung an die fünf Teilungen Polens, die alle eine deutsch-russische Verständigung zur Grundlage hatten und von denen die letzte mit einem extrem anti-westlichen Aspekt versehen war. Die Möglichkeit einer deutsch-russischen Verständigung dieser Art, die nicht nur eine Gefahr für Polen, sondern auch für Deutschland wäre, besteht zwar heute nicht mehr und sollte auch nicht mehr von mißtrauischen Beobachtern der wiedergewonnenen deutschen Bewegungsfreiheit an die Wand gemalt werden. Es scheint aber von Mieroszewski erkannt worden zu sein, daß auch im Rahmen der Koexistenz und eines globalen west-östlichen Ausgleichs eine deutsch-sowjetische Verständigung denkbar ist, die auf Kosten Polens geht. Sein Appell darf nicht zuletzt auch als Versuch gedeutet werden, Polen vor allem gegen diese Gefahr zu schützen. Durch die bisherige intransigente, sterile Haltung der polnischen Emigration in der Oder-Neiße-Frage könnte Deutschland geradezu gezwungen werden, nach Möglichkeiten einer Revision dieser Grenze mit sowjetischer Hilfe zu suchen. Diese Revision könnte im Rahmen eines west-östlichen Ausgleichs durchaus die Duldung des Westens genießen. Die Erfah-

rung der letzten Jahrzehnte sollte allen Völkern Mittel- und Osteuropas einschließlich der Deutschen gezeigt haben, daß mit einer latenten politischen Bereitschaft des Westens, massiven Grenzverschiebungen in Mittel- und Osteuropa zuzustimmen, wenn sie den außenpolitischen Zielen der jeweiligen Epoche entsprechen, oder ihnen wenigstens nicht widersprechen, gerechnet werden kann oder muß. Da die polnische Haltung bisher keinen Ansatzpunkt für eine unmittelbare

Lösung zwischen den beiden betroffenen Völkern gezeigt hat, dürfen solche Perspektiven nachdenklichen Leuten mit Recht Sorge bereiten.

Es wäre klug von den Polen, dies zu sehen. Es wäre auch klug von den Deutschen, eine sich vielleicht mit dieser Stimme anbahnende Wendung im polnischen politischen Denken nicht zu übersehen.

Ehrenfried Schütte.

KORFANTY

Vor dreieinhalb Jahrzehnten, während der deutsch-polnischen Auseinandersetzung um Oberschlesien, mag es nur wenige politisch interessierte Deutsche gegeben haben, denen der Name Korfanty nicht ein Begriff war. Durch sein hervorragendes demagogisches Geschick, seine gelegentlichen Extravaganzen und seine staunenswerte Aktivität war der polnische Abstimmungskommissar für Oberschlesien für einige Jahre zweifellos der in Deutschland bekannteste polnische Politiker und wurde für manche zum Symbol des polnischen Nationalismus.

Als er zwei Wochen vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges starb, war es nicht nur der allgemeinen Spannung der Augustwochen des Jahres 1939 zuzuschreiben, daß sein Tod in Deutschland so gut wie unbeachtet blieb. Obwohl Korfanty mit 66 Jahren starb, in einem Alter also, in dem viele Politiker die Höhe ihrer Laufbahn noch vor sich haben, hat er seinen Ruhm um mehrere Jahre überlebt, und heute wird sein Name bei den meisten Deutschen, auch bei zahlreichen Heimatvertriebenen, nur ein verständnisloses Achselzucken auslösen.

Zu Unrecht, denn die Biographie und die Wandlungen dieses Mannes geben manchen Aufschluß über die verwinkelten Fragen des deutsch-polnischen Verhältnisses im allgemeinen und des Problems „Oberschlesien“ im besonderen, bei dem über den geographischen und wirtschaftlichen Tatsachen die menschliche Seite oft zu kurz kommt. Es ist deshalb sehr zu begrüßen, daß der Göttinger Arbeitskreis mit dem Buch von Ernst Sontag die erste Biographie Korfantys in deutscher Sprache vorlegt; (in polnischer Sprache ist 1935 eine kleinere Arbeit von Korfantys Parteifreund

St. Sopicki erschienen, nach dem Kriege ein Buch von Mieczyslaw Tobiasz; Sontag kennt beide offenbar nicht).

Wie der Verfasser im Vorwort mitteilt, ist sein Buch in wesentlichen bereits vor dem Kriege, Ende der dreißiger Jahre, entstanden. Das ist ein Vorteil, denn damals stand dem Verfasser noch Material des auswärtigen Amtes zur Verfügung, und er konnte vor allem auch zahlreiche Nummern ober-schlesischer Zeitungen heranziehen. Es ist aber natürlicherweise auch ein Nachteil, der u. a. in der sehr knappen Behandlung der letzten Lebensjahre Korfantys hervortritt.

Der Verfasser, Reichsgerichtsrat a. D., war Anfang unseres Jahrhunderts acht Jahre lang Richter in Oberschlesien, gründete eine Reihe von Genossenschaftsbanken und gehörte dem Hauptvorstand des Deutschen Ostmarkenvereins an. Das bedingt seine genaue Kenntnis von Land und Leuten — auch mit Korfanty selbst ist er mehrfach in Berührung gekommen — zugleich aber auch eine Einstellung, die stark vom staatlichen Denken her geprägt ist.

Nach einer kurzen Schilderung der Schul- und Universitätszeit in Kattowitz und Breslau — wobei einige Urteile ehemaliger Lehrer mitgeteilt werden — werden Korfantys Jahre als Redakteur und Reichstagsabgeordneter des Polen-Klubs (1901—1914) sehr ausführlich behandelt. Sontag zeichnet das Bild eines geschickten Demagogen und überaus aktiven Publizisten und Politikers, der es verstand, sich von der Welle des nach Oberschlesien hinübergetragenen polnischen Nationalismus hochtragen zu lassen, mit 30 Jahren als einer der jüngsten Abgeordneten in den Reichstag einzog

(1903), in Politik und Geldgeschäften skrupellos und egoistisch war und kurz vor dem Kriegeausbruch nach kometenhaftem Aufstieg am Ende seiner Laufbahn zu stehen schien.

Während des Ersten Weltkrieges stand der polnische Nationalist Korfanty zeitweilig im Dienst der deutschen Auslandspropaganda, für die er Zeitungsaufsätze schrieb, kehrte aber bald wieder zu seiner Tätigkeit für die nationalen Belange des Polentums zurück. Leider sind die Kriegsjahre nur sehr knapp behandelt, erst gegen Kriegsende wird die Darstellung ausführlicher und zeigt dann Korfanty in den ersten Nachkriegsmonaten als maßgebenden Kommissar des Polnischen Obersten Volksrates in Posen, wo er entscheidend zur Abtrennung der Provinz von Preußen beitrug.

Mit dem umfangreichen Kapitel: „In Oberschlesien als Plebiszitkommissar“ erreicht die Darstellung dann ihren Höhepunkt. Sontag belegt hier seine Schilderung mit zahlreichen Zitaten und untersucht sorgfältig die Frage, wieweit Korfanty hinter den beiden ersten Aufstandsversuchen von 1919 und 1920 stand oder wieweit er gegen sie war und in welcher Weise der Dritte Aufstand nach der Abstimmungsniederlage mit großem Geschick von ihm ausgelöst wurde. Durch seine lebendige Schilderung der ganzen Atmosphäre der Abstimmung, der Vorgänge im Hotel Lomnitz in Beuthen, damals Korfantys „Hauptquartier“, ist dieses Kapitel zweifellos das beste und historisch wichtigste des ganzen Buches.

Demgegenüber fällt das letzte, ebenfalls sehr umfangreiche Kapitel: „Im neuen polnischen Staate“ leider deutlich ab. Es macht sich bemerkbar, daß Sontag die innerpolnischen Verhältnisse bei weitem nicht so gut kennt wie die innerdeutschen und oberschlesischen, daß ihm auch die Lebensfragen einer Volksgruppe im fremdvölkischen Staat nicht so geläufig sind. Die ganze Tätigkeit Korfantys für die von ihm gegründete Christlich-Demokratische Partei, die spätere „Partei der Arbeit“, seine Auseinandersetzungen mit Pilsudski, sein Eintreten für die oberschlesische Autonomie — all das wird nicht so recht deutlich. Nur die Monate, die Korfanty als Gefangener in Brest-Litowsk unter entwürdigenden Umständen zubringen mußte, werden noch ausführlicher behandelt.

Im allgemeinen beschäftigt sich dieses Kapitel sehr eingehend mit der bewußten Verkleinerung der Rolle Korfantys während der Abstimmung und der Aufstände, die schon Ende der zwanziger Jahre von seinen politischen Gegnern, vor allem dem Wojewoden Grazynski, in den Darstellungen der Abstimmungs- und Aufstandszeit vorgenommen wurde. Sontag wird hier zum beredten Anwalt Korfantys gegenüber zahlreichen polnischen Publizisten und politischen Gegnern. Hier wechselt die Biographie schon stark in das Gebiet der Historiographie hinüber, was wohl nicht zuletzt durch die Quellenlage bedingt ist.

Korfantys Jahre im tschechoslowakischen Exil und seine Rückkehr nach Polen sind nur noch mit wenigen Sätzen geschildert, so daß aus dieser Zeit nichts mehr über seine politischen Anschauungen und seine Pläne berichtet wird. Das ist ein fühlbarer Mangel, wie überhaupt zu bedauern ist, daß Sontag gar keine inneren Wandlungen, keine Entwicklung Korfantys sieht. Er bleibt für ihn stets der skrupellose Demagoge, der geschickte Publizist ohne feste politische Ausrichtung, nur von dem Gedanken beseelt, der polnischen Nation zum Siege zu verhelfen und dabei selbst reich und mächtig zu werden.

Dieses starre Bild, dessen Einzelzüge durchaus zutreffen mögen, trifft aber doch nicht die ganze Persönlichkeit, es paßt auch nicht recht zu dem Korfanty der letzten Lebensjahre, dem christlich-demokratischen Politiker, der für Mäßigung eintrat, Verbindung mit dem deutschen Zentrum aufnahm und zweifellos sehr viel von dem hemmungslosen Nationalismus seiner jüngeren Jahre aufgegeben hatte. Das ist nicht allein mit der Enttäuschung über den „Undank des Vaterlandes“ zu erklären, und gerade hier müßte eine weitere Beschäftigung mit dieser im Bösen wie im Guten bemerkenswerten Persönlichkeit einsetzen, die versucht, sie aus der besonderen Situation des Oberschlesiers zu verstehen. Man wird der Hinwendung der Jahrhunderte hindurch national indifferenten Oberschlesier zum Nationalismus nicht gerecht, wenn man sie nur als ein Ergebnis von äußerer Einwirkung, Demagogie und materiellen Versprechungen ansieht, so sehr all das auch mitgewirkt hat. Der preußische Vizefeldwebel (über seine Militärzeit geht Sontag leider hinweg), polnische Reichstagsabgeordnete, Abstimmungskommissar, Ministerpräsident, Häftling und Emigrant

Korfanty ist gewiß eine einmalige Erscheinung. Aber diese eigenartige Lebenslaufbahn hat doch auch manches, was die Entwicklung des oberschlesischen Menschen in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg bestimmt hat und wohl auch heute noch bestimmt. Von hier aus gesehen kann die eingehende Beschäftigung mit der Biographie Korfantys nicht nur für unsere Kenntnis der jüngsten Vergangenheit, sondern auch für das Verständnis der Erscheinungen des Nationalismus wichtig sein.

Sowenig der Verfasser auch auf diesen Fragenkomplex selbst eingeht, so liefert seine Darstellung, die viel Unbekanntes oder

Vergessenes vermittelt, doch umfangreichen Stoff und wird, so ist zu hoffen, zu einer weiteren Behandlung der Volkstumsfragen in Oberschlesien und der aus der Besonderheit der oberschlesischen Verhältnisse erwachsenen politischen Richtungen anregen.

Gotthold Rhode.

Ernst Sonntag: Adalbert (Wojciech) Korfanty. Ein Beitrag zur Geschichte der polnischen Ansprüche auf Oberschlesien. Heft VII der Beihefte zum Jahrbuch der Albertus-Universität Königsberg/Pr., Holzner-Verlag, Kitzingen 1954, 213 S., 12.-DM.

PREUSSEN

Sehr geehrte Herren!

Ihre Leser werden sich für eine politische Gruppe interessieren, die sich gegen die Schädigungen Deutschlands und Europas wehrt, die aus der unbilligen Diskriminierung gegen das historische Preußen entstanden sind.

Durch Gesetz Nr. 46 des Alliierten Kontrollrates vom 25. Februar 1947 wurde der Staat Preußen aufgelöst. Durch das Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 war diese Maßnahme nicht vorgesehen. Als Begründung für die Auflösung führt die Präambel des Kontrollratsgesetzes Nr. 46 an, daß der Staat Preußen „seit jeher Träger des Militarismus und der Reaktion in Deutschland gewesen“ sei. Diese Behauptung stellt sich als Auswirkung langjähriger Propaganda abwechselnd gegen den deutschen und gegen den preußischen Militarismus dar. Diese Propaganda beruht auf Verknennung der deutschen geopolitischen Lage. Im Grunde enthält aber diese von Neid und Haß erfüllte Propaganda eine Anerkennung der großen Leistungen Preußens, die durch eine objektive Geschichtsschreibung auch nicht bestritten werden können.

Wegen seiner außerordentlichen Leistungen sollte daher Preußen vernichtet werden, da vermeintlich nur so das deutsche Rückgrat zu brechen war.

Erst als die drohende Haltung des sowjetischen Expansionismus die freie Welt in Angst und Schrecken setzte, wich die Verknennung der deutschen Lage der Er-

kenntnis, daß Europa ohne deutsche Hilfe nicht wirksam verteidigt werden könne. Deutschland wurde dringend gebeten, wieder aufzurüsten. Berlin, die preußisch-deutsche Hauptstadt, gewann wieder Sympathien, und Preußen hörte auf, ein propagandistisches Schimpfwort zu sein.

Soll der preußischen Bevölkerung auch weiterhin das Selbstbestimmungsrecht vorenthalten werden? Hat nicht die preußische Bevölkerung ebensogut wie jede andere das Recht, ihre eigene Landesverwaltung zu bilden?

Artikel II des Kontrollratsgesetzes Nr. 46 bestimmt, daß die Gebiete, die ein Teil des Staates Preußen waren, die Rechtsstellung von Ländern erhalten oder Ländern einverleibt werden sollen, daß aber die Bestimmungen dieses Artikels jeder Abänderung und anderen Anordnungen unterliegen, welche die Alliierte Kontrollbehörde verfügen oder die zukünftige Verfassung Deutschlands festsetzen sollte.

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland enthält in Artikel 29 folgende Bestimmung:

„Das Bundesgebiet ist unter Berücksichtigung der landsmannschaftlichen Verbundenheit, der geschichtlichen und kulturellen Zusammenhänge, der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit und des sozialen Gefüges durch Bundesgesetz neu zu gliedern. Die Neugliederung soll Länder schaffen, die nach Größe und Leistungsfähigkeit die ihnen obliegenden Aufgaben wirksam erfüllen können.“

Ziffer 2 und 3 des Artikels 29 sehen Volksabstimmungen in Gebietsteilen vor, die bei der Neubildung der Länder nach dem 8. Mai 1945 ohne Volksabstimmung ihre Landeszugehörigkeit geändert haben. Die dabei vorgesehene Jahresfrist nach Inkrafttreten des Grundgesetzes war bisher laut Vorbehalt der alliierten Militärgouverneure im Genehmigungsschreiben zum Grundgesetz aufgehalten, läuft aber nun seit dem Inkrafttreten des Deutschlandvertrages am 5. Mai 1955.

Umstritten ist die Frage, in welchen Gebieten Volksbegehren stattfinden sollen. Die überwiegende Ansicht nimmt jedoch die Zulässigkeit für die preußischen Gebiete an (Mangoldt, Anmerkungen zu Art. 29 GG).

Beachtlich ist im übrigen die in Artikel 29 GG ausdrücklich verlangte Berücksichtigung „geschichtlicher und kultureller Zusammenhänge“ zur Verhinderung, daß geschichtlich und kulturell zusammengehörende Gebiete auseinandergerissen werden.

Die preußischen Gebiete stehen nach Größe und Leistungsfähigkeit keineswegs hinter den übrigen deutschen Ländern zurück. Preußen gebührt daher auch eine seiner Größe und Leistungsfähigkeit entsprechende Stellung im Gefüge eines künftigen wiedervereinigten deutschen Reiches auf demokratischer Grundlage.

Ein berechtigtes und berechtigtes Verständnis für die geschichtliche und kulturelle Bedeutung Preußens zu wecken, die Rechte der Bevölkerung ehemals preußischer Gebiete zu wahren und den Geist zu bilden, der eine den Zeitumständen Rechnung tragendes neues Preußen beseeelen soll, hat sich der „Bund der Preußen“ daher zur Aufgabe gestellt.

Edmund Marhefka

Asyl Berlin

Sehr geehrte Herren!

Im Februarheft Ihrer Zeitschrift findet sich eine Rezension meiner Arbeit über die Heimatvertriebenen und die Flüchtlinge aus der Sowjetzone in Westberlin. Mir lag daran, die besonderen Flüchtlingsprobleme Westberlins darzustellen, die sich stark von denen im Bundesgebiet unterscheiden. Ich erinnere an die Worte

Prof. Thalheims im Schlußwort zu meiner Arbeit: „daß dieser Zustrom aus den deutschen Ostgebieten, wenn auch unter anderen Vorzeichen und zeitlich massiert, eigentlich nur eine Fortsetzung jener Binnenwanderungsvorgänge darstellt, die das Bevölkerungswachstum der Reichshauptstadt Jahrzehnte hindurch bestimmten“. Eine ähnliche Feststellung konnte ich für einen großen Teil der Westberliner „Zonenflüchtlinge“ machen. Es ist erstaunlich, daß diese Stadt trotz ihrer eigenen Notlage den größeren Teil der in sie einströmenden Flüchtlinge wirtschaftlich eingliedern konnte.

Ihre Rezensentin dagegen meint, die „stoßartige Überflutung“ Westberlins mit Flüchtlingen könne nicht mit dem langfristigen Einsickern früherer Jahrzehnte verglichen werden. Doch sind die meisten Heimatvertriebenen aus eigenem Antrieb nach Westberlin „ingesickert“. Die regelrechte Aufnahme einzelner Zonenflüchtlinge ist ein anderer Vorgang als der massenhafte Durchstrom. Diese beiden Bewegungen sind durchaus mit der normalen Zuwanderung vergleichbar und unterscheiden sich vom Zustrom jener Flüchtlinge, die für die Stadt eine Belastung oder Gefahr darstellen. Ich möchte diese Gefahr nicht verharmlosen, aber sie besteht bei denjenigen Fällen nicht, auf die sich mein Vergleich mit der früheren Zuwanderung bezog.

In der Einleitung meiner Arbeit gebe ich meine Quellen an und schildere meine Verbindung mit den zuständigen Behörden und Organisationen sowie die vorgenommenen Befragungen. Im Gegensatz zur Ansicht Ihrer Rezensentin habe ich die „illegal Zugewanderten“ (wie man amtlich die nichtanerkannten Flüchtlinge aus der sowjetischen Besatzungszone und aus Ostberlin nennt) in meine Flüchtlingszahlen einbezogen, ausgeschlossen habe ich nur die nicht als Flüchtlinge und nicht polizeilich Gemeldeten „ganz Illegalen“.

Im übrigen stellt jener vierte Teil der Berliner von 1946, der in den ostdeutschen Gebieten gebürtig war, nicht „das Ergebnis eines Wanderungsprozesses von über einem Jahrhundert“ dar, sondern er ist größtenteils erst nach 1900, vor allem nach dem Ersten Weltkrieg zugewandert.

Hans Joachim von Koerber

Atesh fashan — Persisch-Aserbeidshan

Felsenriegel zwischen Ararat und Kaspisee

Aserbeidshan! Dunkel drohender, wildzerklüfteter Felsenriegel zwischen der Eiskrone des biblischen Ararat und der horizontlosen Fläche der Kaspisee. Felsenfestung gegen die Sowjetunion, kaukasische Landbrücke, Einfallstor zum Orient, Asien und Europa. Tataren, Mongolen, Türken, Araber, Armenier, Russen und Perser gaben sich hier im Laufe der Jahrhunderte ein Stelldichein. Mit ihnen kamen und gingen Kulturen, als deren Erbe eine stark vermischte Bevölkerung mit vielerlei Sonderinteressen blieb. Hier verlief die alte Seidenstraße nach China, und die Reisenden nannten das zernarbte Angesicht der vulkanischen Landschaft *Atesh fashan*, „Reich der feuer-speienden Berge“.

Auf der fünfzehnstündigen Autobusfahrt von Teheran nach Aserbeidshan merkt man an vielen Beispielen, daß die bewährte und treue Nordprovinz des Landes von der Hauptstadt etwas stiefmütterlich behandelt wird. Die einzige Straße, zugleich Durchgangsweg nach der Türkei, ist teilweise in katastrophalem Zustand. Und die Arbeiten an der großen transiranischen Eisenbahn, die den Golf über Teheran mit dem Norden verbinden sollte, wurden mit der Verbannung Reza Schahs des Großen sofort eingestellt. Sie hört bei Miane, 150 km südlich von Täbris, auf; es gibt Pläne; man spricht von vielen Schwierigkeiten: „Wenn das der alte Schah wüßte“!

Aserbeidshans Hauptstadt begrüßt den Reisenden weit vor den Toren mit drohend erhobenem Finger. Nahezu an jedem Dorfeingang und -ausgang werden Ausweis und Gepäck oft sehr ungemütlich geprüft. Wehe dem Ausländer, der nicht im Besitz der berühmten roten Karte der Teheraner Fremdenpolizei ist! Man wird sehr schnell zum „Spion“; etwa, wenn eine an der einzig möglichen Reisestrecke liegende Ortschaft nicht namentlich auf dem Ausweis vermerkt ist. Da viele Polizisten nicht lesen können, andere nur Mundarten sprechen, muß man im Reisegepäck auch stoische Geduld wie ein Esel, Zeit wie ein Teehaus-Besucher und etwas orientalischen Fatalismus mit sich führen.

Doch der Grund übertriebener Vorsicht und lauernenden Argwohns wird einem sofort klar, wenn man die weltberühmte Teppichstadt betritt. Die Nähe des russischen Bären ist unverkennbar, man spürt sie fast physisch. Es riecht nach Papirossy und Machorka, kyrillische Aufschriften, russischer Droschkenkorso auf der Hauptstraße, wie in Kiew, Baku, ängstlich hingekauerte Häuschen der Zarenzeit, russische Sprachfetzen, Schiebermützen, Schaftstiefel, *Choroscho*, — *njet*.

Irgendein Mongolenfürst hatte die Stadt *Tä-Bris*, d. h. „Fieber weg“ genannt, weil in ihrer reinen, frischen Luft das Fieber seiner Lieblingsfrau schwand. Das Klima ist heute in Täbris unverändert, aber die Atmosphäre hat sich gründlich gewandelt.

Täbris ist zum Mazedonien *en miniature* geworden. Hier lebt ein Bevölkerungsgemisch aus Assyrem, Russen, Armeniern, Türken und Persern, zusammengefaßt unter dem Begriff „Aserbeidshaner“. „Heißblütige, rebellische und wetterwendische Minderheiten“, wie ein Eingeborener unter Hinweis auf ihre geschichtlichen Kämpfe und Leiden bemerkte. „Nur Juden gibt es keine in Täbris – sie kommen gegen die Geschäftsmethoden der Aserbeidshaner nicht auf!“

Persiens treueste Provinz

Zum babylonischen Sprachengewirr, Gegeneinander von Religionen und nationalen Leidenschaften kommen in Täbris und der Provinz noch weitere Negative, die Aserbeidshan zu einem idealen Boden für umstürzlerische Ideen zugunsten des sowjetischen Nachbarn machen sollten. Aserbeidshan ist das Land der wenigen Reichen und der vielen Armen. Der schlecht bezahlten Beamten, der beispiellosen Korruption weniger Schlüsselfiguren, der Studenten, Professoren und Lehrer, die atheistisch-progressiven Ideen nachhängen.

„Wir haben“ – sagte der amerikanische Leiter der kleinen „Point IV“-Nebenstelle in Täbris – „über dreihundert Angestellte: an die müssen wir uns ein Jahr ‚anpassen‘, sie ein Jahr ausbilden und dann brauchen wir noch ein Jahr, um zu beginnen . . .“ Mit amerikanischem Geld bezahlte aserbeidshanische DDT-Gruppen gingen hinaus auf die Dörfer – und ließen sich von den armen Landarbeitern für ihre eigene Tasche Arbeit und Infektionsmittel bezahlen. Ein Beispiel für eine Unzahl von Skandalchen, die man gleichgültig zur Kenntnis nimmt.

Doch so heiß auch der Boden des persischen Aserbeidshan sein mag, die Sirenenklänge vom Sender „Groß-Aserbeidshan“ in Baku finden diesseits der Grenzen wenige Ohren. Warum, erläutert Marschall Schah-Bakhti, Militärgouverneur von Aserbeidshan, Typ des alten Wrangel, der im Jahre 1941 als einziger persischer Offizier den einrückenden Briten eine Schlacht lieferte. „Unsere Provinz ist die treueste Persiens! Von hier zog der alte Schah gegen das verkommene Teheran!“

Der 81jährige Kämpfe hält „Armut und Treue für unzertrennliche Schwestern“. Einleuchtender und warnend genug für unbelehrbare „Freiheitskämpfer“ ist sein Hinweis auf das Schicksal der Minderheiten in den Nachbarländern Rußland und Türkei. In der Türkei wurden die Armenier ausradiert, die Kurden längs des Wansees zu Türken „gemacht“, und die Aserbeidshaner jenseits des Flusses Araxes leben in einem Fegefeuer. Ein Freund in Täbris führte noch andere Gründe an: „Die Perser mögen nicht arbeiten, unter den Russen müssen sie es.“

Im Einfallstor zum Orient

Nördlich von Täbris beginnt die verbotene Zone. Die letzten – höchst unwillkommenen – Ausländer auf der gepflegten Landstraße und Breitspurbahn waren sowjetische Kolonnen, die Ende 1946 Aserbeidshan räumten. Sie zogen den gleichen Weg durch den Djulfa-Paß wie vor ihnen enttäuschte Bataillone des Zaren: 1829, 1878, 1909, 1915, 1921! Jetzt sind die Perser wieder am Zuge. „Für immer“ – sagt mit entsprechender Handbewegung mein Begleiter, der junge Leutnant Shalchi von der III. Division.

Das Gebirge wächst himmelwärts. Zu seinen Füßen hocken hier und dort armselige Leimdörfer. In rostbraunen Felsentälern schwimmen Platanen-Oasen, umgeben von Feldern im farbenfreudigen Gewande des Herbstes. Wir begegnen kaum Zivilisten, nur Soldaten in khakifarbenen Uniformen. Die Kontrolle ist streng. Ich werde von Posten zu Posten telefonisch weitergereicht. Dann öffnet sich plötzlich vor uns die Felsenwand zu einem Spalt, gerade breit genug, um einen kleinen Fluß, die Landstraße und eine eingleisige Bahn durchzulassen: der Djulfa-Paß. Einfallstor in Rich-

tung Asien-Orient, der Legende nach von einem tatarischen Riesen mit dem Krummsäbel geschlagen.

Wachttürme, Stacheldraht, Steinbarrikaden, Spanische Reiter. Man atmet Frontgeist. Ein Blick auf Karte und Gelände lehrt, daß dieser fünf Kilometer lange Paß strategischer Schlüsselpunkt in Persiens Hauptkampflinie gegen die Sowjetunion ist. Von seinen verzackten Graten sieht man jenseits der Araxes-Ebene die schneebedeckten Berge des Kaukasus; wer hier im Djulfa-Paß sitzt, hat im Süden das Reich des geflügelten

Löwen zu seinen Füßen. Mehr noch: am Horizont liegt griffbereit der Orient mit seinen Ölfeldern, und die offene Ostflanke der Türkei fordert einen Angreifer geradezu heraus.

Wer den Djulfa-Paß entsprechend seiner Bedeutung als waffenstarrende Festung zu finden glaubt, wird enttäuscht. Man denkt noch in alten Geleisen – als hätte es nicht inzwischen die Erfahrungen der Metaxaslinie und des Maginot-Systems gegeben. Die moralische Ausrüstung ist offensichtlich besser als die materielle. Man weiß nicht, was man mehr bewundern soll: die Ahnungslosigkeit der amerikanischen Militärmision in Teheran oder das Selbstbewußtsein der persischen Verteidiger.

Es ist nur natürlich, daß in diesen Thermopylen Nordpersiens (hier verloren einmal 20 000 Russen ihr Leben) auch die klare, harte Sprache der Front gesprochen wird. Ihr Verteidiger, Major Chahali, fährt mit der Hand über Felsnasen, Bergkämme, aufgestaute Steinlawinen, hinter denen sommers und winters wettergegerbte Soldaten tobenden Eisstürmen und Sintfluten trotzen: „Bei uns sind Armut und Treue wirkliche Geschwister“! Er denkt an die Lehmbehausungen seiner Soldaten, an ihre über und über befleckten Ausrüstungen, an die Waffen und an die e i n e Mark, die ein Soldat als Monatssold erhält. Allenthalben fallen bittere Worte gegen die ferne Hauptstadt, deren Vertreter kaum nach Norden kommen, wo es „rauh und kalt ist“!

Eiserner Vorhang am Djulfa

Dann stehe ich auf der Holzbrücke, die den wildschäumenden persisch-russischen Grenzfluß in einer Länge von 400 Meter überspannt. In ihrer Mitte rasselte Ende 1946 der Eiserner Vorhang herunter. Er wird durch zwei Tore versinnbildlicht, zwischen denen fünfzig Meter Niemandsland liegen. Das der persischen Seite zugekehrte zeigt das Zeichen des geflügelten Löwen vor der aufgehenden Sonne, das sowjetische Hammer und Sichel, knallrote Fahnen und die Bildnisse der gegenwärtigen Machthaber.

Hier trennt der Eiserner Vorhang die geographische und völkische Einheit Aserbeidshans. Jenseits liegt Djulfa – und diesseits liegt Djulfa. Es sind zwei verschiedene Djulfa, der halbe Kilometer bedeutet hier Weltenferne. Als die Sowjets das persische Djulfa räumten, taten sie es mit der ihnen eigenen Gründlichkeit: es blieben nur die



nackten Häuserskelette zurück. Darin hausen jetzt von den ehemaligen viertausend Einwohnern kaum vierhundert. Sie haben die Fenster mit Pappe vernagelt und hangeln sich an Stricken in die ersten Stockwerke. Die Sowjets haben auch die Holztreppe mitgenommen.

Bis 1946 war das ganze Djulfa eine der wichtigsten Durchgangsstationen des Mittleren Ostens. Über die kleine Eisenbahnbrücke stromab gingen pausenlos Waren, Maschinen und Getreide von Rußland nach Persien und den europäischen Staaten. Die internationale Speditionsfirma Schenker & Co. hatte hier eine Niederlassung. Es gab Gasthäuser, Hotels, Bars, gepflasterte Straßen und auf den beiden Bahnhöfen lärmenden Betrieb. Heute ist das persische Djulfa totenstill. Man hört manchmal das Pfeifen einer Lokomotive, die von sowjetischer Seite einen Waggon mit russischem Zucker heranschleppt und mit einem Waggon voll persischer Baumwolle, Tabak und getrockneten Weintrauben abzieht.

Nur vor einem Jahr gab es im persischen Djulfa eine Aufregung. Da erschienen plötzlich aus Teheran einhundert Jungkommunisten, die zu den Festspielen nach Bukarest wollten. Obgleich ihr Gepäck vom Teheraner Zoll versiegelt war, ließ es der Kommandant von Djulfa, Oberst Baba Amdjadi, mit Bajonetten öffnen. Und siehe, es enthielt bestes persisch-kommunistisches Propagandamaterial, das man den Genossen stolz zeigen wollte. Es blieb in Persien, und der Oberst ließ die tatenfreudigen persischen Stalinjünger bis zur Abfahrt des Zuges noch schnell die Straßen kehren. Um jene Zeit war noch Mossadegh im Amt. Als man aus Bukarest zurückkehrte, schon Marschall Zahedi. Und zur Begrüßung wurden den Bukarest-Reisenden auf der Dorfstraße öffentlich die Köpfe kahlgeschoren.

Zweimal in der Woche besuchen sich der persische und der sowjetische Kommandant gegenseitig. Das ist jedesmal eine feierliche Sache. Man geht auf die Brücke, zückt einen Schlüssel und öffnet die kleinen Holztürchen im „Eisernen“. Der Russe, immer in Parade-Uniform mit blitzenden Orden, bringt Wodka. Oberst Amdjadi bewirtet mit Tee und Zigaretten. Die formelle Freundlichkeit an der Grenze – sehr im Gegensatz zu den zahllosen sowjetischen Protestnoten in Teheran – darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich die beiden Seiten wenig lieben und argwöhnisch belauern.

Mobilmachung der Mullahs

Auf 150 km Grenze stehen auf sowjetischer Seite: eine Division, ein Regiment, eine Brigade, ein Regiment. Den gleichen persischen Abschnitt bewachen nur zwei Kompanien und ein Zug. Während es auf persischer Seite eine „Militärzone“ gibt, in der sich jeder mit entsprechenden Ausweisen frei bewegen kann, haben die Sowjets vom Flußufer angefangen hintereinander *s i e b e n* Sicherungen errichtet: die unmittelbare Grenze mit Streifposten, zwei Stacheldrahtlinien, zwischen denen jeden Tag geharkt wird, Posten mit Bluthunden, die befestigte Eisenbahnlinie, wiederum ein Kordon von Posten, die befestigte Chaussee und dahinter bis in eine Tiefe von 10 km evakuierte Dörfer.

Am Abend liegt das russische Djulfa im strahlenden Lichterglanz, auf der persischen Seite blaken Petroleumfunzeln. „Doch darauf kommt es nicht an“ – erklärt der gastfreundliche persische Oberst. „Drüben gibt es prächtige Kasernenwände, Kultur-

häuser, Stachanow-Kolchosen. Außerdem tönernen Slogans und hetzenden Atheismus!“ Damit zeigt er auf die kleine, armselige Moschee von Persisch-Djulfä. „Wir wissen, daß unsere Brüder jenseits des Araxes immer wieder auf diesen Leuchtturm blicken, um nicht an den roten Klippen zu zerschellen!“

Ein Mullah wandert die Dorfstraße entlang. „Meine Atombombe“, stellt der Kommandeur lachend vor. „Ich habe fünfzig an der Grenze eingesetzt. Sie mobilisieren Herzen und Hirne – ein besserer Wall gegen die Roten als Waffen!“

BRITISCHER BLICK AUF MITTELOST

Die neue Auflage des in seiner Art und Gliederung besonders für eilige Auskunftsucher begrüßenswerten Handbuchs der Kurzinformation entspricht zweifellos einem echten Bedürfnis. Geographie, Religion, Geschichte, Verfassung, Regierungsbesetzung, Justiz, Wirtschaft mit Tabellen über Banken, Versicherungsgesellschaften, Wirtschaftsorganisationen, Transportwesen, Presse, kulturelle Einrichtungen und Bildungswesen werden nach einem Gesamtüberblick ländermäßig berücksichtigt. Den Abschluß bildet wieder *„Who is Who in the Middle East“* – wobei die Frage auftaucht, welches wohl die Gesichtspunkte für die Aufstellung dieser Liste gewesen sind. Ähnliches gilt auch für die bibliographischen Angaben, die zumindest wichtigste wirtschaftliche Publikationen ungenannt lassen.

Bedenklicher aber ist die große Zahl völlig veralteter oder auch einfach falscher Angaben und irreführender Kartenzeichnungen, die das Buch enthält. Es will scheinen, als ob die im einzelnen ungenannten Verfasser sich weitgehend auf Pressemeldungen verlassen haben, wie das besonders im Hinblick auf die angebliche Export-Import-Bankleihe von 25 Mill. Dollar an Iran 1950 (Seite 254) zum Ausdruck kommt. Daß die zukunfts-trächtigen inter-arabischen Verträge vom 7. 9. 53 trotz Ratifizierung durch Libanon, Syrien, Jordanien, Ägypten, Saudisch-Arabien und Irak der Aufmerksamkeit entgangen sind, in Durchführung befindliche Entwicklungsprogramme der einzelnen Länder höchstens mit einem Satz erwähnt werden, die wirklichen innerpolitischen Strömungen und Gegensätze den Verfassern offensichtlich unbekannt sind, das entscheidende Problem beginnender wirtschaftlicher Verflechtung (im Gegensatz zur politischen Gesamtentwicklung) mit Transitfragen usw. nicht ein-

mal angeschnitten wird – all das zeigt die Unzulänglichkeiten gegenüber einer unbestrittenen guten Absicht, die sich in ihrer Publikation aber doch wohl nicht auf Schreibtisch-Arbeit beschränken sollte. Die kommentarlos wiedergabe von Außenhandelsziffern (wobei diese wie im Fall Jordaniens und Libanons unter Auslassung der Freihafentransitangaben auch noch falsch ist), die unvollständigen, überholten oder fehlerhaften Listen der Banken, Versicherungsgesellschaften, Presse-Organen, die Darstellung der iranischen Straßen als *„first class roads“* usw. schränken die Zuverlässigkeit des Buches gerade für die Praxis allzu sehr ein. Verzeihlich mögen noch Behauptungen sein, daß sich die Existenz von Parsen fast völlig auf Bombay beschränkt, die Ismailis sich auf Iran und Syrien beschränken sollen, *„food crops“* in den Ländern der Region nur für Eigenkonsum angebaut werden (S. 7), die Eisenbahnlinie Quetta–Zahedan die *„Indian Railway“* (S. 265) sein soll, die wirtschaftliche Trennung Syriens und Libanons vom März 1950 sich ungünstig für Syrien ausgewirkt haben soll (S. 312), die verfassungsmäßige Lage in Syrien *„uncertain“* (S. 307) sei, die Tudeh-Partei in Iran 1952 verboten sei (S. 257) usw. usw.

Unverzeihlich sind jedoch vor allem die falschen Angaben auf den Länder-Karten. Auf der Arabienkarte (S. 17) fehlt die Eisenbahnstrecke Riyadh–Persischer Golf (auch auf der Ausschnittskarte S. 33). Die *„pipeline“* der ARAMCO bis Saida, wo auch eine Erdölraffinerie arbeitet, fehlt auf allen Karten. Die während des Zweiten Weltkrieges demontierte Pilgerbahn ist auf S. 149 eingezeichnet, auf S. 191 fortgelassen; das jordanische Teilstück Maan–Ras en Naqb ist dafür auf Seite 149 eingezeichnet und auf Seite 191 fortgelassen. In der Jordanien-

karte S. 191 wird Jerusalem mitten in israelisches Gebiet verlegt! Die Irankarte (S. 247) läßt die Transiranische Bahn vom Golf bei Ghom aufhören, kennt dagegen eine Eisenbahnstrecke Ghom—Kaschan—Yazd als in Betrieb befindlich — ebenso eine fertiggestellte Strecke Teheran—Tábris; das Erdölfeld Ghom fehlt, während Teppiche angeblich lediglich in Esfahan geknüpft werden; die große Sandwüste wird unterschlagen — ebenso wie die Arbeiten des Arztes Dr. Gabriel in der Bibliographie. Die Angaben zur iranischen Wirtschaft (S. 258/59) wimmeln von Fehlern. Die Syrienkarte (S. 299) kennt den libanesischen Erdölhafen Tripoli (in Wirklichkeit endet die „pipeline“ einige Kilometer nördlich), übersieht aber völlig den syrischen Endpunkt der „pipeline“ Banias; die Eisenbahn Damaskus—Amman—Maan endet auf der Karte am Yarmuk. Unverzeihlich ist gleichfalls, daß industrielle Produktionsangaben und besonders auch entsprechende Fabrikangaben

fast für kein Land zutreffen; nicht einmal die seit Februar 1954 bei Amman (der Hauptstadt des weitgehend unter britischem Einfluß stehenden Jordanien) arbeitende Zementfabrik ist erwähnt. Unverzeihlich ist auch, wenn wichtigste Außenhandelsbestimmungen bei Syrien z. B. erwähnt und sonst meist fortgelassen werden und damit der Anschein einer Nicht-Existenz erweckt wird.

Verlag und Verfasser des im Grunde so wichtigen Nachschlagewerks wäre ein besseres „team-work“ zu wünschen, eine größere Zuverlässigkeit und eine bessere Kenntnis der außerhalb Großbritanniens erscheinenden Arbeiten!

Ernst A. Messerschmidt.

The Middle East 1955, Fourth Edition. A survey and directory of Arabia, Cyprus, Egypt, Iraq, Israel, Jordan, the Lebanon, Libya, Persia, the Sudan, Syria and Turkey . . . , Europa Publications Limited, London (1955). 425 S., gr. 8°, Preis 60/-.

WERNER-OTTO VON HENTIG

Afghanistan — 22. August 1915

Ein neuer Abschnitt der afghanischen Geschichte

Es sind am 22. August dieses Jahres vierzig Jahre her, daß eine kleine Gruppe Deutscher und Inder, von Persien kommend, die afghanische Grenze überschritt.

Sechs Stunden danach trafen in Jezdun eine Abteilung des beludschischen Kamelreiterkorps und persischer *Sowars* unter *Captain* Harry Field, acht Stunden später eine *Sotnija* Kosaken ein. Völlig erschöpft sahen sich beide gezwungen, sofort umzukehren, weil eine Verfolgung aussichtslos war und der verfallende Grenzzort ihnen nur salpeterhaltiges Brackwasser bot. Den beiden an der Isolierung Afghanistans interessierten Weltmächten war es nicht gelungen, diese weiter aufrechtzuerhalten.

Die durch einen Türken und mehrere Inder sowie einige Österreicher verstärkte deutsche Mission fand bei den Bewohnern des Dorfes Perek eine unerwartet freundschaftliche, bald darauf durch eine Abordnung des Herater Generalgouverneurs die vom Emir befohlene gastliche Aufnahme.

Dieser politische Entschluß des sich immer wieder auf seine Neutralität berufenden Monarchen Habibullah leitete einen neuen Abschnitt der afghanischen Geschichte ein. Durch Vertrag mit England war die afghanische Regierung gebunden, ihre auswärtigen Beziehungen durch das *India Office* in Delhi zu pflegen. Die Aufnahme einer fremden Mission war in der Tat, wenn auch nicht offen zugegeben, ein Bruch dieses Abkommens. Zwar stellte der Emir diese Mission unter eine gewisse ehrenvolle Bewachung, auch ließ er seine Gäste unter dem Vorwand, sie gegen Attentate der Alliierten sichern zu müssen, sich zunächst nicht frei bewegen, zeigte aber bereits



durch einen Empfang beim Generalgouverneur wie dessen Gegenbesuch, daß man sich der politischen Möglichkeiten dieser deutsch-türkischen Mission bewußt war und sie nicht zu versäumen gedachte.

Mit einem umfangreichen militärischen und Küchentrain wurden die *Mehmane aziz*, die Lieblingsgäste des Durchlauchtigsten Herrn Emirs, durch das Hesorejat auf kürzestem Wege nach Kabul geleitet. Unterwegs versuchte man, sie allerdings (wie schon in Herat) von der Bevölkerung fernzuhalten. Vor Kabul aber wurden sie durch ein kombiniertes Ehrenbataillon unter dem Befehl eines türkischen Stabshauptmannes eingeholt und auch in der Hauptstadt selbst im königlichen Schloß Baber Schah durch den Hofzeremonienmeister feierlich begrüßt. Dann blieben die Gäste wohlbewacht zunächst sich selbst überlassen. In Kabul herrschte damals, wie so manchesmal im Hochsommer, die Cholera.

An dem Tage, an dem sich der Emir auf das Drängen der Mission entschloß, sie, wie er vorsichtig immer wieder versicherte, ganz persönlich zur Entgegennahme eines Schreibens des deutschen Kaisers wie des Sultan Chalifa in seinem Sommersitz Paghman zu empfangen, hörte – vom ganzen Volk als gutes Vorzeichen beachtet – die Seuche unmittelbar auf.

Brückenkopf des Unabhängigkeitsgedankens

In der Tat nahmen Seine Majestät der Emir nicht nur Beglaubigungsschreiben und Grußbotschaften in Empfang, sondern leiteten auch Verhandlungen mit der offen

bekannten Absicht ein, festzustellen, was ihm als Realpolitiker die kriegführenden Mittelmächte zu bieten hätten. Ihre Absicht war natürlich gewesen, das war für niemand ein Geheimnis, die Unabhängigkeitsbewegung in Indien zu fördern und damit dem Gegner einen wesentlichen Teil seines soldatischen und wirtschaftlichen Kriegspotentials zu entziehen, also einen Weg einzuschlagen, den England selbst, nur unmittelbar und wirkungsvoller, durch die Unterstützung von Rüstungsstreiks und schließlich eine Revolution in Deutschland beschritten hat. Afghanistan war dabei die Rolle eines Brückenkopfes von Berlin aus wohl auch militärischer Art zugeordnet.

Aber noch bevor die Mission Kabul erreicht hatte, hatte sie sich überzeugen müssen, daß man sich bei der damaligen Schwäche des innerpolitisch noch ganz unbewußten Landes, der Rückständigkeit seines Heeres und seiner starken wirtschaftlichen Abhängigkeit von England-Indien sowie dem Fehlen einer erst in Bildung begriffenen politischen Führerschicht nur das Beispiel eines politisch immer unabhängiger werdenden Afghanistan für Indien in Betracht kam.

Diesem Unabhängigkeitsgedanken sollte eine Besserung der Beziehungen der einzelnen Rassen des Landes zueinander, der ganz auf die Person des Emirs abgestellten Verwaltung, des Schul- und Bildungswesens und nicht zuletzt der Armee dienen. Solche Notwendigkeiten und Möglichkeiten wurden zögernd von dem autokratischen Monarchen, tiefer und früher von den Einzelpersonen seiner Umgebung erkannt.

Allen voran waren die türkischen Berater des Emir von der zwingenden Richtigkeit der deutscherseits vorgeschlagenen Maßnahmen überzeugt. Anschlossen sich sein Bruder, der Kanzler des Reiches Nasrullah, der Thronfolger Ainatullah, der Außenminister Mahmud Terzi und des Emirs zweiter Sohn, der durch einen türkischen Erzieher stark in gleicher Richtung beeinflusste Amanullah. Zu ihnen traten nicht zuletzt der damalige Kriegsminister Sepoy Salar Nadir, der spätere König, sowie die schon damals in die höchsten Staatsämter berufenen Mitglieder seines Clans, denen es beschieden sein sollte, die nationale Unabhängigkeit des Landes weiter zu entwickeln.

Vorstellungswandel

Es war für die deutsche Mission höchst erregend und schließlich befriedigend, zu beobachten, welch politischer Vorstellungswandel sich bei den Besten Afghanistans, den Großen des Landes, den geistlichen wie den zivilen und den militärischen Persönlichkeiten vollzog. Man war zunächst noch in alten, rein autokratischen Gedankenkategorien befangen gewesen. Nichts galt als die Person und der Wunsch des Herrschers. Ein Abweichen hiervon wurde noch ganz allgemein als das Verbrechen der Verletzung Seiner Majestät betrachtet. Jetzt begann allmählich und immer wachsend die Vorstellung an Boden zu gewinnen, daß auch die Dynastie als solche, die meist mit ihr personengleiche Regierung, dann aber auch die gesamte afghanische Nation und über sie hinausgehend das in ihren Grenzen lebende Volk für die Politik des Landes maßgebend sein mußte. Um es auf eine kurze Formel zu bringen: Auch wer die Gedanken des Emirs nicht teilte, wurde als Träger eines ebenfalls nationalen Interesses anerkannt. Der Hochverräter wurde zum Patrioten. Damit entschärften sich zugleich starke innere Gegensätze, kamen neue freiheitliche Ideen zum Durchbruch und wurden ungeheure latente Kräfte eines ebenso politisch wie militärisch begabten Volkes frei.

Nicht unwesentlich hatten zu dieser Entwicklung die von dem Emir gastfreundlich aufgenommenen, aber in ihrer Tätigkeit scharf überwachten Asylsuchenden aus Indien beigetragen. Zu ihnen trat bei Ausbruch des Krieges 1914 eine Reihe indischer Nationalisten, und nach dem Eintreffen der deutschen Gesandtschaft eine Abordnung unter dem weißbärtigen, würdigen Molwi Obeidullah. Da die denkwürdigen Besprechungen vor dem Emir geheimgehalten werden mußten, fanden sie, von dem freundlichen türkischen Chefarzt vermittelt, in der Gegenwart von Kälbern statt, die für Impfpurposes gehalten wurden. Ein hierauf bezügliches Flachrelief des ungarischen Bildhauers Farkas im Regierungshospital erinnerte später an diese geschichtliche Begegnung.

Ein Fenster ist aufgestoßen

Der englischen Regierung, die über zahlreiche Verbindungen in afghanischen Kreisen verfügte, konnte diese Entwicklungen nicht verborgen bleiben. Als ihnen nach der Gründung einer Generalstabsschule, einer Reihe von Reformmaßnahmen in der Armee, einem großen *Durbar* zur Einigung der noch vielfach einander fremden Landesteile wie zur Verbesserung der Verwaltung schließlich praktische Übungen der Artillerie und Pioniere heraufziehende Gefahren zeigten, sprach man mit dem Bundesgenossen ein ernstes Wort.

Einwirkungen erlaubte die erprobte Einrichtung der *Allowances*, der Verwaltungszuschüsse oder auch Tribute, als was man sie von afghanischer Seite betrachtete. Mit einer wesentlichen Erhöhung war zunächst einmal das Schicksal der deutschen Mission entschieden.

Sie stand vor der Frage, ihre eines Tages unvermittelt wieder einsetzende äußere Isolierung hinzunehmen, und, wie es der Emir und vor allem sein Bruder wünschten, sich für weitere Eventualitäten zurückgezogen im Lande bereitzuhalten oder ihre Mission als erfüllt anzusehen, und, wenn auch unter höchst erschwerenden Umständen, die Rückkehr in die Heimat zu versuchen.

Der Leiter der Mission glaubte, daß trotz der Kürze der Zeit der Anstoß zu einer Entwicklung gegeben war, die nunmehr weiterlaufen würde. Viele Zeichen der Erkenntlichkeit, die ihr auf dem Wege zum Pamir zuteil wurden, sollten diese Auffassung bestätigen. In bewegten Worten, die in einzelnen Fällen geradezu dichterische Formen annahmen, bewiesen vor allem hochdenkende und weitsichtige Geistliche, daß sie klar den Wandel der Zeiten spürten.

Es sei ihnen, wie wenn in einer dunklen Kammer ein Fenster aufgestoßen worden wäre und nun Licht und Luft in das dunkle Gemach einströmten, meinten einzelne ganz unabhängig voneinander. Hoch oben auf dem Pamir machte sich der Chef eines über drei Grenzen verteilten Kirgisenstammes von vielen tausend Jurten, Mohammed Zia Chan, klar, welch völkerverbindende Rolle nunmehr das außenpolitisch unabhängig werdende Afghanistan zu spielen hätte. Neue fruchtbare Aufgaben fühlte er dem Lande zwischen zwei rivalisierenden Großmächten gestellt.

Am tiefsten hatte wohl bei dem Wandel der Auffassungen die bisher unerhörte Tatsache mitgewirkt, daß es ein Mensch gewagt hatte, in den häufigen, vor einem größeren Kreis geführten Unterredungen dem Emir Sahib gegenüber die eigene, der seinen manchmal sogar entgegengesetzte Meinung zu vertreten und zu behaupten.

Kaum erklärlich war die Kunde davon über Wüsten und Berge auch in die unzugänglichsten Teile des großen Landes gedrungen.

Die Entwicklung Afghanistans ist seitdem stetig mit nur kurzen Rückschlägen fortgeschritten. Es hat seine Beziehungen zur Welt in jeder Richtung ausgebaut und aufrechterhalten. Während es im Jahre 1915 nur einige englischsprechende und keinen einzigen Afghanen gab, der Europa kannte, sind heute die auswärtigen Beziehungen Afghanistans und die Kenntnis der Afghanen von der Welt stark gewachsen.

Nicht ganz so gut ist es um unsere Kenntnis von Afghanistan bestellt. Einiges ist in dieser Richtung getan, aber längst nicht genug.

Die Erinnerung an die Gemeinschaftsleistung deutscher, österreichischer, indischer und türkischer Männer, von denen viele ihr Leben gelassen haben, sollte uns Anlaß und Ansporn sein, den Friedens- und Freiheitsbestrebungen unserer asiatischen Freunde erhöhten Anteil zuzuwenden.

KARL EPTING

Zehn Jahre schweizerischer Außenpolitik

Aktive Neutralität

Die Außenpolitik der Schweizerischen Eidgenossenschaft ist der unmittelbare Ausdruck der schweizerischen Staatsidee, die mit ihrem Bekenntnis zu den Ideen der persönlichen Freiheit, der Demokratie, des Föderalismus, der sozialen Gerechtigkeit und der Idee des Rechtsstaates die Art und Weise, wie die Schweiz im Rahmen der universalen Völkerfamilie aufzutreten hat, vorbestimmt. Aus dem langsamen inneren Werden der Eidgenossenschaft haben sich jene Impulse gelöst, die heute die Schweizer in der Gründung einer auf der Grundlage des Rechts aufbauenden Weltordnung, im Universalismus der Beziehungen der Staaten untereinander, in der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit, in der Unabhängigkeit von politischen und militärischen Allianzen, im Schutz der rassischen, sprachlichen und religiösen Minderheiten und in der aktiven, helfenden Solidarität zwischen den Staaten das Ziel der Außenpolitik ihres Staates erkennen lassen.

Der Grundsatz einer aktiven, lebendigen Neutralität, verbunden mit einer weltweiten Solidarität, hat die Schweizer zu einer überaus vorsichtigen Haltung in allen Fragen der nationalen Souveränität geführt. „Unser Widerstand richtet sich gegen jede Macht, die versuchen sollte, unsere Ordnung zu zersetzen und unsere Unabhängigkeit und Selbstbestimmung anzutasten“, sagt der Historiker Werner Kägi 1948 im Jahrbuch der Neuen Helvetischen Gesellschaft. Die Verteidigung der nationalen Souveränität ist die unabdingbare Voraussetzung der Neutralität, vor allem in einer Welt, in der der Appell, zu einem der beiden Heerlager zu stoßen, den Beitretenden automatisch zu einem weitgehenden Verzicht auf alte, angestammte Souveränitätsrechte verpflichtet.

Der Gedanke der Neutralität ist in der heutigen Weltsituation nicht populär. Die Schweiz hat in den letzten zehn Jahren große Mühe aufwenden müssen, den Ge-

danken lebendig zu erhalten und im Hinblick auf ihre eigene Stellung zur Anerkennung zu bringen.

Aber gerade diese Mühe ist der wesentliche Bestandteil der schweizerischen Außenpolitik überhaupt. Die Neutralität der Schweiz ist ja nicht ein isolationistisches Abseitsstehen, ein passives Nicht-Mitwirken-Wollen, sondern im Gegenteil ein ständiges Abwägen der nationalen Interessen mit den Forderungen der internationalen Solidarität, ein höchstes Zur-Geltung-Bringen einer winzigen politischen Gemeinschaft in der Richtung einer übergreifenden internationalen Ordnung, die dem rechtsstaatlichen Ideal dieser Gemeinschaft entspricht.

Lange Selbstverteidigung – kurzfristige Garantie

Der Eidgenossenschaft ist dieser Weg nicht leicht gefallen. Schon als im Jahre 1546 die im Schmalkaldener Bund zusammengetretenen protestantischen Stände die reformierten Kantone der Schweiz für einen gemeinsamen Kampf gegen Karl V. gewinnen wollten, mußten die Schweizer ihre Glaubensinteressen und die Interessen der Eidgenossenschaft sorgfältig gegeneinander abwägen. *„Wenn wir mit Euch gehen“, – machten sie geltend –, „so werden unsere katholischen Eidgenossen gegen Euch ziehen . . . Es empfiehlt sich also, daß ein Schwert das andere in der Scheide zurückhalte.“*

Diesen Grundsatz haben sich die Eidgenossen auch in den folgenden Religionskriegen und im Dreißigjährigen Krieg zu eigen gemacht. Als im Spanischen Erbfolgekrieg ein Gesandter des Kaisers am 5. Juli 1701 die eidgenössische Tagsatzung für den Beitritt zur großen Koalition gegen die Bourbonen gewinnen wollte, – im Hinblick auf die „Solidarität aller Elemente der deutschen Nation“ und mit dem Ziel, dem „französischen Streben nach einer Universalmonarchie Einhalt zu gebieten“ –, blieben die Vertreter der Kantone gegenüber diesem Aufruf zum Kreuzzug gegen die Hegemonie des absoluten Monarchen in Frankreich ebenso taub wie gegenüber dem religiösen Appell 150 Jahre vorher. Sie erklärten, daß sie „nicht verfehlen werden, in diesen schwierigen Zeiten die für das Wohl des Vaterlandes so günstige Neutralität zu bewahren“.

Die jahrhundertlang geübte faktische Neutralität wurde dann in der Akte von Paris vom 20. November 1815 von Österreich, Frankreich, Großbritannien, Portugal, Preußen und Rußland auch *de jure* anerkannt, da die „Neutralität und Unverletzlichkeit der Schweiz und ihre Unabhängigkeit von jedem ausländischen Einfluß den wahren Interessen der Politik ganz Europas entsprechen“. In dem Europa des Wiener Kongresses, das im großen und ganzen bis 1914 bestanden hat, war die Neutralität der Eidgenossenschaft ein von allen Mächten begrüßtes Element des europäischen Gleichgewichts.

Nach 1918 fiel diese internationale Begründung weg. Ihr Ersatz hätte nur in einem weltpolitischen Gleichgewicht liegen können. Aber ein solches hat sich weder nach dem Ersten noch nach dem Zweiten Weltkrieg wiederherstellen lassen, so daß heute die schweizerische Neutralität allein auf dem freien Willen der Schweiz und der Schweizer zur Neutralität beruht. Hier liegen die besonderen Schwierigkeiten der eidgenössischen Außenpolitik.

Internationale Hilfe

Wie einwandfrei die Schweiz zwischen den beiden Weltkriegen ihre Neutralität gewahrt hat, mag aus der Tatsache erkennbar sein, daß sie im Zweiten Weltkrieg von 37 Staaten für insgesamt 166 Vertretungen als Schutzmacht angerufen worden ist. So hat sie Deutschland in 12, die USA in 12, Großbritannien in 11, Vichy-Frankreich in 15 und Italien in 9 Ländern vertreten. 1952 übernahm sie die Vertretung britischer, australischer und südafrikanischer Interessen in Persien. Im Juli 1953 wurde sie bei der Waffenstillstandskommission in Korea als Schutzmacht für den Austausch der Kriegsgefangenen tätig.

In den gleichen Rahmen gehört die ausgedehnte, auf allen möglichen Wegen durchgeführte Hilfstätigkeit. Man hat der Schweiz vorgeworfen, daß sie das Asylrecht vor 1939 und nach 1945 zum Teil sehr einseitig ausgeübt habe. Das war gegenüber einigen namhaften Persönlichkeiten und gegenüber bestimmten, übrigens wechselnden Personengruppen sicher der Fall. Aber immerhin hat die Schweiz zwischen 1939 und 1945 283 000 Flüchtlinge aller Kategorien aufgenommen. Im Februar 1945 hielten sich 104 583 Emigranten, Flüchtlinge und Internierte im Lande auf.

Die Tätigkeit der Schweiz im Rahmen des Internationalen Roten Kreuzes war 1939–1945 fast ebenso weit gespannt wie ihre Interessenvertretungen. Ihre finanziellen Hilfeleistungen betrugen in den 2½ Jahren nach dem Kriege 1300 Millionen Schweizerfranken in Krediten, vor allem an Nachbarstaaten, und 1100 Millionen Unterstützungen à *fonds perdu* an eine größere Zahl europäischer Länder. Dieser Teil ihres Solidaritätsprogrammes ist auch nach der Behebung der ärgsten Nachkriegsschäden fortgesetzt worden. 1951 wurden größere Hilfsaktionen für Griechenland, im gleichen Jahr für die Hochwassergeschädigten in Oberitalien und 1954 für den Wiederaufbau in Korea durchgeführt. 1953 hat die „Schweizer Europahilfe“ neue Aktionen für Griechenland, Triest, Italien, Berlin, Westdeutschland und Österreich anlaufen lassen.

Grenze der Mitwirkung in internationalen Organisationen

Einen integralen Bestandteil der schweizerischen Außenpolitik bildet ferner die Mitarbeit bei den internationalen Organisationen, von denen Bern, Genf und andere Schweizerstädte weit über 100 beherbergen. Der Mitarbeit bei den Organisationen, die einem sozialen, kulturellen oder humanitären Zweck dienen, stehen im allgemeinen keine Schwierigkeiten entgegen. So ist die Schweiz Mitglied des Internationalen Arbeitsamtes, der Welthygieneorganisation, der UNESCO, der Landwirtschaftsorganisation (FAO) und der Kinderhilfeorganisation der UNO und vieler anderer amtlicher und offiziöser Organisationen und Institute.

Dagegen wird die Mitarbeit an den Organisationen, die die Schweiz jetzt oder in der Zukunft, wenn auch nur in nebensächlichen Punkten, zur Aufgabe ihrer Neutralität veranlassen könnten, genauestens geprüft. Die Schweiz will ihre zukünftige Handlungsfreiheit als souveräner Staat durch internationale Hypotheken weder vorbelasten noch binden. So hat sie die Mitgliedschaft bei den Vereinten Nationen abgelehnt, obwohl sie seinerzeit – allerdings unter Vorbehalten – Mitglied beim Völkerbund war. Sie lehnt die Mitwirkung an der Straßburger Europaorganisation ab. Von Anfang

an hat sie die Mitarbeit versagt an der Währungskonvention von Bretton Woods, an der inzwischen auch von den Amerikanern fallengelassenen Welthandelscharta von Havanna, an dem Allgemeinen Abkommen über Zölle und Handel (GATT), an der Internationalen Bank für den Wiederaufbau, obwohl diese schon mehrere Male seit ihrem Bestehen ermächtigt worden ist, in der Schweiz Anleihen aufzunehmen, um ihre Tätigkeit zu finanzieren.

Die Schweiz wirkt mit an der Wirtschaftskommission für Europa (ECE) in Genf, da in dieser auch die Oststaaten vertreten sind, an der Organisation für Europäische Wirtschaftszusammenarbeit (OECE) und an der Europäischen Zahlungsunion (EZU), da sie an der Liberalisierung des innereuropäischen Handels- und Zahlungsverkehrs in hohem Maße interessiert ist. Die möglichen Entwicklungen der GATT und der OECE in der nächsten Zukunft können die schweizerische Neutralitätspolitik vor neue, schwerwiegende Probleme stellen.

Ihrem Ideal, möglichst mit allen Staaten der Welt freundschaftliche diplomatische Beziehungen zu pflegen, ist die Schweiz nach 1945 wesentlich näher gekommen. Die fast dreißig Jahre lang unterbrochen gewesenen diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetunion sind nach dem Zweiten Weltkrieg wiederaufgenommen worden. Mit fast allen Staaten des Ostblocks hat die Schweiz in den letzten zehn Jahren für beide Teile wertvolle Handelsverträge abgeschlossen. Sie hat sich in dieser Politik auch durch vorübergehende Stimmungsschwankungen, so in Rumänien 1949 und in Polen 1953, nicht stören lassen. Am 28. Mai 1954 haben Molotow und am 12. Juli 1954 Tschu En-lai Bundespräsident Rubattel einen Höflichkeitsbesuch abgestattet.

Die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten waren jahrelang durch das Washingtoner Abkommen vom 25. Mai 1946 belastet, aber in zähen Verhandlungen, die sich über mehrere Jahre erstreckten, ist in der Frage der deutschen Guthaben in der Schweiz dann doch eine Lösung erreicht worden, die der Neutralität des Landes, seiner Situation als internationaler Bankplatz und den deutschen Interessen einigermaßen gerecht wurde. In neuerer Zeit hat die von Präsident Truman am 14. August 1952 verworfene, von Präsident Eisenhower am 27. Juli 1954 verfügte Erhöhung der Schutzzölle für Uhren große Besorgnis hervorgerufen, die inzwischen allerdings durch einen Kompromiß wieder beseitigt werden konnte.

Die Beziehungen zu Westdeutschland sind durch die Verträge vom 19. März 1953 über die deutschen Vermögenswerte in der Schweiz und über die Forderungen der Eidgenossenschaft gegenüber dem ehemaligen Reich normalisiert worden. In den letzten Jahren waren bereits auf den verschiedensten Lebensgebieten freundschaftliche Beziehungen hergestellt worden. Mit der Deutschen Demokratischen Republik unterhält die Schweiz keine diplomatischen Beziehungen. Die entsprechenden Verhandlungen sind am 9. Juli 1952 von Pankow abgebrochen worden.

Geschichte Diplomatie, Wehrbereitschaft, Selbstbeschränkung

Die Schweiz kann mit den Ergebnissen ihrer Außenpolitik in den ersten zehn Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg zufrieden sein. Ihre aktive und wachsame Neutralität ist aus den Prüfungen der Nachkriegszeit verstärkt hervorgegangen. Gewiß verdankt sie dieses Ergebnis zu einem Teil ihrem geographischen und historischen Sonderdasein.

Aber man darf den aktiven Beitrag des Parlaments, der überaus empfindlich reagierenden öffentlichen Meinung, der verschiedenen Institutionen zur politischen Information und zur demokratischen Willensbildung und schließlich des hervorragenden diplomatischen Korps unter Führung von Bundesrat Petitpierre und des ehemaligen Gesandten Dr. Stucki nicht gering einschätzen.

Entscheidend für den Erfolg mag ferner gewesen sein, daß Volk wie Regierung stets erkennen ließen, daß sie bereit seien, die Freiheit und Unverletzlichkeit des Landes, wenn notwendig, mit der Waffe zu verteidigen. Der Wehrwille ist im schweizerischen Volk trotz der begreiflichen Sorgen wegen der modernen technischen Waffen, die die Schweiz nicht besitzt, unzerstört geblieben. Die Wehrmacht der Schweiz ist heute wohl die am besten ausgerüstete und ausgebildete Wehrmacht des westlichen Europa.

Aber weil Volk und Regierung genau wissen, daß selbst mit einer solchen Truppe das Schicksal des Landes im Ernstfall sehr ungewiß sein würde, bemühen sie sich – auf dem Hintergrund einer nie unterbrochenen Tradition – die Freiheit des Denkens und die Freiheit des Handelns im Geiste der Väter mit jenen politischen Mitteln, die einer kleinen Nation gegeben sind, für die Zukunft zu sichern.

DIE NORMANNEN VOR SALONIKI

Auch der dritte Band der byzantinischen Reihe, der die Eroberung Thessalonikes (Salonikis) am 24. August 1185 durch die sizilischen Normannen schildert, vermag zu fesseln. Der klassisch gebildete Metropolit dieser Stadt, der greise Bischof Eustathios, schildert die Belagerung und deren Vorgeschichte in den Wirren um den Thron von Byzanz. Die Vorgeschichte nicht sehr durchsichtig, in prunkender Rhetorik, überreich geschmückt mit Zitaten aus Homer, Pindar, Herodot und Aischylos; die selbst-erlebte und durchlittene Belagerung aber mit jenem Realismus, wie ihn jeder Krieg gebiert, der die Dämme der selbstgegebenen Gesetze überschreitet und die letzten Grausamkeiten entfesselt.

Der Kommandant der Festung ist ein verwöhnter Schwächling, der sich vor dem Kaiser in Byzanz mehr fürchtet als vor den Feinden. Er entläßt die kräftigen Männer, und was zurückbleibt, entsetzt den gebildeten Theologen: „Diejenigen, die es auf sich genommen hatten, in der Stadt zu bleiben, hätte man nicht als zivilisierte Vertreter unserer Lebensform und familiären Ordnung bezeichnen können, sondern als Räuber, wilde Tiere und Rowdys. Denn tatsächlich kannten sie keine Grenzen in

ihrer Begeisterung für das Vaterland. Männer des Erfolges, strotzend von Tapferkeit, überschäumend von Tatkraft, zu Athleten geschaffen, kampfeslustern, auf Barbarenfleisch erpicht, kurz: Kriegsfanatiker. In so hohem Grade vergaßen sie alles andere, daß sie sich nur dem Krieg widmeten und an Stelle der häuslichen Aufregungen das gefährvolle Leben auf der Mauer wählten“.

Nun, mit diesen Männern hätte man die Festung wohl halten können. Solche Raubauken und Haudegen gehen gepflegten Humanisten auf die Nerven, aber dem schwachen Kommandanten, der David hieß und weit weg von einem David war, hätten sie Mut einflößen können.

Die Normannen, vom Thronwechsel in Byzanz und von Versprechungen der vertriebenen Partei nach dem byzantinischen Reich gelockt, hatten in Sizilien kaum etwas von ihrer gefürchteten Wildheit als Wassernomaden eingeübt, denen Stadt um Stadt in die Hände gefallen war, ob sie nun den Küsten der Meere entlang gezogen waren oder die Ströme Rußlands befahren hatten. Sie erstürmen die Stadt, deren Mauer sie unterwühlt hatten, weil ihnen der Kommandant keinen Widerstand

entgegensetzte. Mit der Eroberung beginnt eigentlich erst das Erlebnis des Bischofs, der alle Demütigungen doppelt erdulden muß: als Gefangener und als Priester, dessen Heiligtümer geschändet werden.

Zur Übersetzung wäre zu bemerken, daß es mir nicht angebracht scheint, abgegriffene Modewörter wie prominent, Rowdy, Aktivität u. a. in einem gepflegten Text zu verwenden. Aber darüber läßt sich vielleicht streiten. Nicht streiten aber kann man darüber, daß man Aischylos, Prometheus 585, nicht mit: „Zur Genüge haben mich verworrene Pfade trainiert“ übersetzen darf;

„geschult, geformt, erzogen, gebildet, gestaltet“ haben einen andern Klang und auch einen andern Wert. Ein so kaltes Wort wie *trainiert* zerreißt den ganzen Inhalt, durch eine offen stehende Tür dringt fremde und eisige Luft in den Herbst von Saloniki.

Bruno Brehm

Byzantinische Geschichtsschreiber, herausgegeben von Prof. Dr. E. v. Ivánka, Bd. III. „Die Normannen in Thessalonike“. Übersetzt u. bearbeitet von Herbert Hunger, Verlag Styria, Graz-Wien-Köln 1954. 163 Seiten. S. 36,60. DM 6.—.

FLUG NACH MOSKAU

Während die sowjetisch-jugoslawische Konferenz noch im Zwielficht der Deutungen liegt, sind die Einzelheiten des österreichischen Staatsvertrags bekannt. Kürzlich erschien hierüber ein authentischer Bericht unter dem Titel „Flug nach Moskau“.

Sein Verfasser, Walter Kindermann, ist kein Journalist, kein Beamter und kein offizieller Dolmetscher. Von Beruf Bankier, verdankt er seine Mitgliedschaft bei der österreichischen Delegation dem Umstand, daß er persönlicher Freund und Vertrauter des Bundeskanzlers Raab ist und die Sprache, den Menschen und die Geschichte Rußlands ausgezeichnet kennt. Kindermann hatte in Moskau das gleiche Gymnasium besucht, in dem auch der derzeitige Ministerpräsident Bulganin erzogen wurde.

Als persönlicher Dolmetscher Raabs nahm Kindermann an allen Verhandlungen und Gesprächen, an den offiziellen wie an den privaten, des österreichischen Regierungschefs teil. Seine Schrift darf geradezu eine Fibel für Verhandlungen mit Sowjetvertretern genannt werden. Im allgemeinen tappt man über die Ziele der Politik des Kremls ebenso im Dunkeln, wie man die Methoden und Praktiken sowjetrussischer Konferenzen als geheimnisvolle Meisterschaft der Diplomatie zu feiern pflegt. Kindermanns Bericht zeigt die Taktik der russischen Unterhändler und bringt die tröstliche Gewißheit, daß die Diplomatie des Ballhausplatzes der russischen durchaus gewachsen ist.

Hierfür ein Beispiel: Der Stellvertretende Ministerpräsident Mikojan verlangte von

Österreich für die Ablösung der Donaudampfschiffahrtsgesellschaft 2,8 Millionen Dollar. Die Summe erschien der österreichischen Delegation viel zu hoch. Raab beriet sich kurz mit den Herren seiner Begleitung, dann streckte er dem Minister Mikojan die rechte Hand über den Tisch, wie es die Roßhändler auf den Märkten zu tun pflegen, und sagte: „Ich gebe Ihnen zwei Millionen und um keinen Cent mehr“ (S. 64). Mikojan war überrascht, er zögerte, schlug aber im nächsten Augenblick in die dargebotene Rechte des Österreichers ein. So wurden 800 000 Dollar für Österreich gewonnen.

Besonders schwierig waren die Verhandlungen über die Ablösung der Zistersdorfer Ölquellen. Beide Partner rangen drei Tage hartnäckig um jeden Posten. Niemals, so berichtet Kindermann, wurde die österreichische Delegation unter Druck gesetzt. Bei den Verhandlungen gab es keinen Vorsitzenden. Es präsiidierte weder ein Russe noch ein Österreicher. Die Parität wurde strikt gewahrt, obgleich sich eine Weltmacht und ein Kleinstaat gegenüberstanden.

Die Frage der künftigen Außenpolitik Österreichs wurde in drei Sitzungen behandelt, wobei in den ersten beiden das Wort „Neutralität“ niemals verwendet wurde. Erst bei der dritten Zusammenkunft sagte Molotow, daß die Sowjetregierung auf präzise Begriffe Wert lege und den Status der Neutralität für Österreich vorschlage. Julius Raab ging unverzüglich darauf ein und erklärte, die österreichische Delegation habe bislang den Gebrauch des Wortes „Neutralität“ ver-

mieden, weil es in der internationalen Politik vieldeutig geworden sei. Molotow beruhigte den Bundeskanzler mit dem Hinweis, daß selbst John Foster Dulles auf der Berliner Konferenz die Neutralität Österreichs im Grundsatz gebilligt habe.

Schließlich ist Kindermanns Schrift wegen der Einblicke in die Hierarchie der Sowjets, ihre Denkweise und in die politischen Ziele und Absichten des Kremls überaus instruktiv. Der Verfasser hält einen Machtkampf unter den Nachfolgern Stalins für unwahrscheinlich. Bulganin, Molotow und Chruschtschow stünden gleichrangig nebeneinander. Gleich Molotow und Mikojan sei auch Bulganin eine starke Persönlichkeit von hoher Intelligenz. Die meisten Sowjetvertreter, die die österreichische Delegation bei den Verhandlungen und auf den Empfängen kennenlernte, seien überdurchschnittliche Individuen, ausgezeichnete Sachkenner und versierte Verhandler.

Als die Vereinbarungen weitgehend abgeschlossen waren, zogen Bulganin und Molotow den Bundeskanzler in ein Gespräch besonderer Art, abseits von den übrigen österreichischen und russischen Herren. Lediglich Kindermann als Dolmetscher wurde Zeuge dieser Unterredung. Er berichtete hierüber folgendes:

„Die beiden Russen schienen plötzlich alles Konventionelle abzulegen. Sie wurden beide tiefernt, beide – auch Molotow – ohne jegliche Zurückhaltung. Man hatte nicht das Empfinden, Menschen gegenüberzusitzen, die in der Hierarchie dieser Welt auf höchster Höhe stehen, sondern einfach zwei alten Männern, die die Bürde größter Sorge und Verantwortung für das Los der Ihrigen tragen und unter dieser Bürde gebeugt sind.

Sie sprachen von Krieg und Frieden, sie sprachen davon, daß die Sowjetunion niemals einen Krieg gewollt habe, – daß alle Maßnahmen der sowjetischen Außenpolitik nur unter einem Gesichtswinkel zu deuten seien, und zwar unter dem der Erhaltung des Friedens und des Schutzes der Sowjetunion vor jedem Angriff, – daß diese sowjetische Außenpolitik, die angeblich dem

Auslande oft unverständlich sei, vollständig durchsichtig wäre, wenn man sie unter dem vorerwähnten Aspekt betrachte, – daß die Aufgaben, die die Sowjetunion sich im Innern des Landes zum Wohl ihrer Völker gestellt habe, außerordentlichen Ausmaßes seien und nicht zu vereinen wären mit der Führung von Kriegen, daß die Sowjetunion innerhalb der Grenzen ihres Landes alles besitze, was sie benötige, und deshalb nicht nach dem Gute anderer zu trachten brauche. Sie sagten, daß die Sowjetunion nur einen Wunsch habe, in Ruhe gelassen zu werden, daß aber fatalerweise ein von außen ausgeübter Druck immer Gegendruck erzeugen müsse.

Zur Österreich-Frage sagten beide, die Bereitschaft, Österreich den Staatsvertrag zu geben, bestehe seitens der Sowjetunion nicht seit gestern und auch nicht seit vorgestern, – sie sei immer vorhanden, jedoch in den Umständen der internationalen Politik bisher nicht zu verwirklichen gewesen. Die Möglichkeit, den Staatsvertrag jetzt unter Dach zu bringen, erfülle sie mit Befriedigung.

Man kann Dinge auf verschiedene Weise sagen. Lese ich das Vorhergehende, so finde ich, daß es Sätze sind, die nicht neu sind. Was hier den Eindruck machte, war die zwingende Art, es vorzubringen, der Geist vollkommener Unzweideutigkeit und Offenheit.

Der Bundeskanzler hört mit großer Aufmerksamkeit zu und sagt nur hin und wieder einen kurzen Satz. Er kennt die Sprache nicht und kann daher den Sinn des Gesagten nur aus meiner Übersetzung erfassen. Jedoch scheint er die mitschwingenden Untertöne klar zu hören und er ist sehr tief beeindruckt.

Als die beiden sowjetischen Minister sich verabschiedet haben, sagt er zu mir: „Ich glaube, wir haben da einen tiefen Einblick in die Geschichte gehabt.“ (S. 45 ff.)

GG

Walter Kindermann: „Flug nach Moskau“, Ullstein Verlag Wien 1955. 93 S., 25 Sch.

Auf der Suche nach Österreich

Wir Österreicher bedauern, daß bisher nur wenige westdeutsche Freunde den Mut gefunden haben, außerhalb des Fremdenverkehrsstromes zu uns zu kommen, ich möchte fast sagen, sich Wien zu stellen. Wir waren froh, als wir in der Zeitung „Die Gegenwart“ zwei Berichte von Friedrich Sieburg fanden, denen er die Überschrift: „Bejahung Österreichs“ gegeben hatte. Das Wesen Österreichs erkennen wir noch immer am besten wie in einem Spiegel im Auge eines Gastes. Vielleicht liegt das daran, daß das Österreichische nicht angeboren und nicht erworben werden kann, sondern geleistet werden muß. Vielleicht liegt es auch an der zeitbedingten, aber schmerzlichen Isolation.

Fragwürdige Staatsbürgerkunde

Im Februar 1934 standen auf den weißlackierten Fensterbrettern unseres Kinderzimmers die Maschinengewehre, auf das Parteiheim der aufständischen Sozialdemokraten gerichtet, während im Keller neben uns ein Soldat verblutete, der über die Gartenmauer seinen Verfolgern entkommen war. Oben aber stand meine Mutter am Telefon, denn der Streikführer der Fabrik wollte „der Gnädigen“ mitteilen, daß man den Vater zwar festnehmen mußte im Werk, daß sie jedoch unbesorgt sein dürfe.

Damals hatten wir „Staatsbürgerkunde“ im Gymnasium, aber von Demokratie lernten wir nichts. Die vielen Buchseiten über die Verträge von Versailles und Trianon oder unsere neue Verfassung waren mit unseren eigenen Illustrationen versehen: dem brennenden Justizpalast am Tag unseres ersten Kinderballs, den marschierenden Kolonnen des austro-marxistischen Schutzbundes. Dem Gärtner halfen in jenen Jahren ältere Leute, die mit „Herr Hauptmann“ oder „Herr Doktor“ angeredet werden mußten, und unsere Schulkameraden sagten: „Seit heute ist auch mein Vater arbeitslos.“

Wenn man das heutige Österreich verstehen will, muß man in die Jahre vor 1934 zurückgehen. Man muß sich daran erinnern, welche Not damals zu dem Bürgerkrieg führte, in dem die Kanonen des Bundeskanzlers Dollfuß die Mustersiedlung des sozialdemokratischen Bürgermeisters Karl Seitz zusammenschossen, die zu einem Festungsblock aufständischer Massen geworden war. Unsere Generation ist unter diesem Eindruck aufgewachsen.

Man darf sich nicht verwundern, daß wir den Einmarsch der Soldaten Hitlers zunächst nicht als „den großen Anschlag auf die nationale Unabhängigkeit“ empfanden.

Wir waren „anders“

Dann aber lernten wir, ohne daß unsere neuen Herren uns diesen Unterricht erteilen wollten, was es hieß, Österreicher zu sein. Die Deutschen aus dem Reich ließen uns fühlen, daß wir doch nicht „dazugehörten“, sondern „anders waren“. In den Universitäten, im Arbeitsdienst, in der Wehrmacht merkten wir zu unserem Staunen, daß wir nicht selbstverständlich neben Bayern, Pfälzer oder Pommern gestellt, sondern als Menschen anderer Art betrachtet wurden.

Im Frühjahr 1940 wollte irgendwo am Ring die kleine Schwester neben mir in der überfüllten Tramway einem älteren Herrn Platz machen. Der Schaffner klopfte ihr auf die Schulter und warnte: „Bleib sitzen, der Mann hat ein P.“ Der Mann drehte sich freundlich um und dankte vermittelnd: „Wenn es so voll ist, weißt Du, bleiben wir stehen wie die Leute mit dem Stern.“ Jetzt verstand das Kind, richtete aber dann sein blaßes Gesicht fragend auf den Mann, wieso er denn Deutsch spreche wie sie selbst. Der Mann sagte: „Ich bin hier in die Schule gegangen, genau wie Du, ich bin Krakauer.“ Da standen in dem überfüllten Wagen erst zwei Leute auf, dann mehr, schließlich standen alle, und sie blieben stehen, ohne daß auch nur ein Wort mehr fiel.

Meine kleine Schwester sah ihrer Großmutter ähnlich, die nur fünf Jahre später wegen der neuen österreichischen Ausweispapiere zur Polizei geladen wurde und dort, achtzigjährig, halb hochmütig, halb starrsinnig in ihrem unverändert böhmischen Deutsch wiederholte: „Wissen Sie, ich habe 1919 für Österreich optiert und 1938 für Deutschland. Und das ist genug . . .“

Heimkehr aus dem Leid in die Sackgasse

Bei uns ist aus den Jahren 1938–45 kein Ressentiment gegen diejenigen zurückgeblieben, die sich im Unterschied zu uns „Deutsche“ nennen. Alliierte Verbote konnten und können diese Jahre nicht ausradieren, denn sie waren schwer und verlangten von jedem, daß er sich ihnen stellte. Leiden können nicht vergessen und nicht einfach weggewischt werden, sowenig wie ihre Gefährten jemals zu Fremden würden.

Wer jene Jahre überlebte, kehrte in die Zweite Österreichische Republik zurück. Nun aber änderte sich eines: Diese Überlebenden waren alle einander ähnlich geworden. Sprachen die Älteren einst vom Alten Reich, so war es uns nichts anderes als der fremdartige Akzent der schönen Großmutter, waren es uns noch fremdartigere Namen von Gräbern oder Regimentern der Onkel, war es eine Welt, in der wir ja gar nicht gestanden hatten.

Denn wie konnte sich der Bruder vorstellen, etwa in Slawonien in Garnison gewesen, oder die Schwester, gleich der Mutter, in drei Ländern in die Schule gegangen zu sein?

Nun aber kehrten wir zurück: Aus dem Lazarett in Brest-Litowsk, wo am Markt die alte Bäuerin gesagt hatte: „Ach ja, mein Mann, der hat einmal bei Ihnen daheim bei den Rainern gedient.“ Von dem zerstörten Judenfriedhof in Lemberg, wo in verwitertem Gold auf einem umgestürzten Grabstein stand: „Adolf Hirsch, Finanzberater des Kaisers in Wien.“ Aus dem Lager, wo der Transport in Großwardein tagelang stand, aber bayerische Kriegsgefangene vor dem zerschossenen Bahnhof sagten: „Jetzt ist es schon fast wie zu Haus, hier schaut's doch nicht anders aus als in Österreich.“

Und dabei fiel uns jener heiße Sommertag im Wiener Belvedere ein, jene Pressekonferenz anlässlich der ungarischen Abtretung Siebenbürgens an Rumänien, jener festliche, kleine Saal des Prinz-Eugen-Palais, in dem sich Ungarns und Rumäniens Außenminister entgegenschritten, beide erbitterte politische Gegner, und mit dem vertrauten Du der Jahrgangskollegen der Theresianischen Akademie begrüßten.

So kehrten wir nach Wien zurück, in die Sackgasse Wien, in die Stadt der sinnlos gewordenen Wegweiser: 38 km bis Bruck an der Leitha. Wieviel weniger Kilometer

nach Preßburg – nicht viel mehr Kilometer nach Budapest, nach Prag – viel weniger als bis München, bis Berlin.

Zurück in „die Stadt der Zeichen und Zeugnisse des Reiches“. Vorbei an der schlichten Tür zur Kapuzinergruft, vorbei an der roten Fahne über dem Dach der Hofburg, vorbei auch an der Wachablösung der „Vier in einem Jeep“, denn daran gewöhnt man sich rasch.

Wien ist Botschafterin der anderen Welt

Es galt, sich im Provisorium einzurichten, aber diesmal hieß das mehr als ein halbes Menschenalter vorher. Es gab die Alternative „Anschluß“ nicht mehr. Es gab auch nicht die Möglichkeit einer „Zweiten Schweiz“ – wenigstens damals nicht.

Es war störend wirkliche Vergangenheit in den Banater Bauern, den Flüchtlingen aus Böhmen oder Siebenbürgen, noch störender vielleicht in dem Ungarisch, Kroatisch, Ukrainisch der Cafés, der Barackenlager, der Straßenecken, der Ämter, der Gottesdienste. Das war die Realität. Alles andere war weit weg.

Ein Besucher könnte kaum einen Punkt so dicht an der Grenze der freien Welt finden, in dem er weniger als in Wien den Eindruck des Verfalls hat. Wiens Stadtväter und vor allem die Wiener selbst meinen freilich ironisch dazu, daß es mit all der Pracht außerhalb des Ersten Bezirks so ziemlich ein Ende hat.

Nun, uns ist Staub und Alter der Fassaden fast ebenso Sinnbild geworden wie die so oft bedrückende Pracht der Geschichte. Hier in der Stadt ist Tüchtigkeit ebenso festzustellen wie am wirtschaftlichen Aufschwung überall in den Ländern.

Aber das Wien von heute ist eben nicht nur die östlichste Residenz der freien Welt. Ist es für diese freie Welt nicht, viel mehr und viel wichtiger, Botschafterin jener anderen Menschen, die von uns getrennt sind? Jenen muß in ihrer stellvertretenden Sühne für unsere freie Welt Wien wie eine „hochgebaute Stadt“ im Sinne des Psalmisten erhalten bleiben.

Vor diesem Hintergrund muß man den Streit sehen, der bei der Eröffnung des Burgtheaters im Herbst darüber ausbrach, ob Goethe oder Grillparzer aufgeführt werden sollte. Dieses tragikomische Kulturduell sollte kein Anlaß für Mißverständnisse zwischen Österreich und Westdeutschland sein. Die Wiener Burg spielte auch für das Publikum hinter dem Eisernen Vorhang. Ihr Festakt hat den Vorhang nicht heben können. Während aber die Freiheit Egmonts nur ein Traum für die Menschen hinter dem Vorhang gewesen wäre, bedeutete Rudolfs Wort in Grillparzers Drama vom Reich Gruß und stumme Ehrenbezeugung über die Grenzen hinweg.

Die Grenzen der freien Welt

Aus Wien kommen heute kaum neue Stimmen, die einem Hofmannsthal, einem Musil oder einem Broch gleichzusetzen wären. Ich glaube, es gibt sie nicht. Dafür ist es noch zu früh. Die Zeit hat viele der Unsern zerstreut oder im Alltag müde werden lassen.

Aber ich frage auch, an wen eine solche Botschaft gerichtet sein sollte. Ist der Empfänger nicht unbekannten Aufenthalts im Deutschland von heute? Uns stellt sich die Frage eher umgekehrt: was kommt von „draußen“? Mit „draußen“ meinen wir noch immer das ungeteilte Land. Denn, sagen wir „Königsberg“ oder „Dresden“, so klin-

gen uns diese Namen nicht weniger schmerzlich als Krakau oder Prag. Geht es dem Schwaben, dem Hessen, dem Rheinländer heute in gleicher Weise? Vielleicht ist bei uns die Fähigkeit zu Urteil, Überblick und Wachheit besonders erhalten geblieben, auch ein Unterscheidungsvermögen gegenüber den Problemen, die Westdeutschland beschäftigt.

Die Grenzen der freien Welt sind dort, wo wir sie stecken. Wie weit stecken wir sie uns? Wir haben Dichter, die ohne die Geschichte nicht fertig werden könnten. Sie leben unter den Toten, „und sollten sie unter die Hufe der Schattenrosse geraten“. Alexander Lernet-Holenia spricht von dem Tag des Todes, an dem die Regimenter des Reiches ihre Fahnen preisgaben und dem Kaiser den Gehorsam verweigerten: „Eine halbe Stunde vorher war dies noch eines jener Kaiserlichen Regimenter gewesen, die bei Zenta und Malplaquet, bei Turin und Belgrad, bei Kolin und bei Kulm und Leipzig gesiegt und im Geleucht und Geblitz und Gewirr von Klingen und Mähnen, Schabracken und lorbeerumwundenen Standarten einhergezogen waren, von Infanten und Erzherzögen geführt, und nun . . .“

Nun, diese Welt ist untergegangen. Sie ist es auch jener armseligen Schar, die kaum die Statistik irgendeines Amtes mehr zählt, jenen Trüppchen von abgerissenen Männern und Frauen, die heute wie vor zehn Jahren bei Nacht und in schwerster Gefahr die Grenzen überqueren, unbekannte und doch so wichtige Boten für unsere Welt, hätten wir nur einen Blick für sie.

Diese Welt ist auch untergegangen für jene unbekannten Männer in grauer Uniform, deren Brüder in Lappland fielen oder in Norwegen oder am Fuß des Kaukasus oder die auch selbst dort standen, ohne daß den groben Stoff ihrer Röcke heute ein Zeichen schmückte, diese Landgendarmen Niederösterreichs oder des Burgenlandes, Bauernsöhne aus der Gegend selbst, die kein Befehl und keine Strafandrohung der Russen auch nur ein einziges Mal dazu bewegen konnte, auch nur einem der Flüchtlinge aus Ungarn, der Slowakei oder Mähren den Weg in die Freiheit zu verstellen.

Uns ist „Die Bejahung Österreichs“ Alltag und Mühe bar jeder Illusion. Uns gilt es, angesichts der Lehre, daß der Staat aus seinen Irrtümern „die immer verschärfte, immer vergeistigte eigene Miene, Siegel und Inbegriff eines nicht verächtlichen, nicht würdelosen Daseins unter den Lebenden“ zu gewinnen hat, still zu halten. Dieses schöne Wort von Hofmannsthal ist die Erklärung unseres Schweigens.

Da wir überlebten, haben wir uns zu bewähren. Österreichische Bewährung aber ist nicht nur Aufbau und eigene Ermutigung zum staatlichen Bewußtsein, sondern als Aufgabe des zweiten deutschen Staates Berufung zum Siegelbewahrer jener an unserer Statt Leidenden.

Bei ihnen hat sich das alte Bauernsprichwort erhalten: „Den Halm, der sich beugt, verschont der Säbel des Türken . . .“ Wien und Österreich können ihre Botschaft nur erkennen und verkünden, wenn der europäische Osten überlebt. Wien und Österreich behalten ihre Würde dann, wenn sie Deutschland bejahen.

I. L.

DIE TRAGIK RUMÄNIENS

Sehr geehrte Herren!

Die in Ihrem Aprilheft angebahnte Diskussion um den Zusammenbruch Rumäniens am Ende des Zweiten Weltkrieges fand anlässlich der rumänischen Nationalfeier am 10. Mai in Bonn eine Fortsetzung. Die von dem Legionärsführer Vasile Mai-lat vertretene These, daß der rumänische Staat an seiner Innenpolitik scheiterte, wurde in Bonn von dem ehemaligen rumänischen Gesandten in Berlin, General Ion Gheorghe, aufgenommen und weiter ausgebaut. General Gheorghe entwickelte eine Soziologie des modernen rumänischen Staates, die die historische Bedeutung unseres Nationaltages im Grunde völlig zu-nichte machte.

In der Tat bildeten die am 10. Mai ge-feierten Ereignisse — 1866 die Einsetzung der Hohenzollerndynastie, 1878 die nation-ale Unabhängigkeit und 1881 die Aus-rufung des Königreiches — das staatspoli-tische Rückgrat Rumäniens — eines Rumä-nien jedoch, das nach Ansicht des Bonner Festredners innerlich morsch und gebro-chen und dem Untergang geweiht war. Verhängnisvoll für das Schicksal Rumä-niens sei die „Diskrepanz“ zwischen einer überzüchteten Oberschicht und der ver-nachlässigten Bauernmasse gewesen, die in der Bauernrevolte von 1907 und der (legionären) Jugenderhebung der 30er Jahre ihre Höhepunkte erreicht habe.

Damit lieferte General Gheorghe das innenpolitische Gegenstück zu seiner 1952 aufgestellten außenpolitischen These, wo-nach Rumänien 1944—45 Europa hätte ret-ten können, wenn es den Kampf an der Seite Deutschlands fortgesetzt hätte (vgl. „Rumäniens Weg zum Satellitenstaat“, S. 423 ff. und „Nation Europa“, Februar 1952). Eine ähnliche Theorie vertreten seit Jahren die Legionäre — ob sie mit oder gegen Horia Sima sind, spielt dabei keine Rolle. Auch nach ihrer Ansicht wäre Ru-mänien, ja ganz Europa aus dem Zweiten Weltkrieg heil herausgekommen, wenn sie, die Legionäre der Eisernen Garde, die Geschicke ihres Landes gelenkt hätten. Verbündet mit einem innerlich konsoli-dierten Rumänien, sagen sie, hätte Deutschland ohne weiteres den Krieg im Osten gewonnen, und so wäre Europa ge-

rettet worden. Daß ein legionäres Rumä-nien für diese einmalige Geschichtstat not-wendig gewesen wäre, glaubt General Gheorghe allerdings nicht — das hat ja auch das Dritte Reich nicht für erforderlich gehalten.

Bevor wir die außenpolitischen Konse- quenzen dieser Theorie prüfen, befassen wir uns kurz mit dem inneren Gefüge Ru-mäniens am Vorabend des Zweiten Welt- krieges. Wie stand es damals mit der von General Gheorghe beobachteten „Diskre- panz“? In den 30er Jahren war das soziale Gefälle Rumäniens nicht mehr so steil wie 1907, und die nationalpolitische Legio- närsbewegung kann nicht auf der gleichen soziologischen Ebene mit dem sozialwirt- schaftlichen Bauernaufstand von 1907 be- handelt werden. Codreanu hat die beiden Motive scharf voneinander getrennt. Von 1907 bis 1940 wuchs aus den Reihen des Bauerntums eine rumänische Mittelschicht empor, die immer eindringlicher ihre Füh- rungsansprüche auf allen Gebieten anmel- dete. Da aber die betreffenden gesell- schaftlichen Funktionen nicht unbesetzt waren, entstand die innenpolitische Krise, die keine Struktur-, sondern eine normale Wachstumskrise war. Diese Entwicklung wäre nicht möglich gewesen, wenn der Staat oder die Oberschicht sich nicht des Bauerntums angenommen hätte. Ohne die großen Bodenreformen von 1864 und 1920 hätte die soziale Struktur Rumäniens zwi- schen den beiden Weltkriegen ganz an- ders ausgesehen, und einfache Bauern- söhne hätten es nie bis zu Ministern, Uni- versitätsprofessoren, Schriftstellern, Ge- neralen, Diplomaten usw. gebracht. Wäre der Zweite Weltkrieg ausgeblieben — was durchaus im Bereich der weltpoliti- schen Möglichkeiten lag —, so hätte Ru- mänien seine innenpolitische Krise noch im Laufe der gegenwärtigen Generation überwinden können. Selbst die ungelösten Volkstums- und Volksgruppenfragen hät- ten ohne die internationale Verwicklung nicht vermocht, die Grenzen des rumä- nischen Staates zu sprengen.

Außenpolitisch lohnt es sich eigentlich nicht, sich mit dieser Theorie auseinan- derzusetzen, denn sie ist sowohl in ihrer legionären Form als auch in der „Gene-

ral"-Fassung nichts anderes als Geschichte „abzüglich der Gegenkräfte“ (K. v. Raumer) oder nach dem schönen Wort Reinhard Wittrams „Spiel mit dem Ungeschehenen“. Ich würde auch gern darauf verzichten, wenn aus diesem „Spiel“ nicht zwei politische Konsequenzen zu ziehen wären, die sich ungünstig auf die gegenwärtige Lage Rumäniens auswirken könnten:

1. Wenn Rumänien ein innerlich krankes Staatsgebilde war, dann ist sein Zusammenbruch am Ende des Zweiten Weltkrieges eben die natürliche Folge dieses abnormen Zustandes.

2. Wenn es Rumänien 1944—45 möglich war, Europa — und vor allem sich selbst — zu retten, und es das dennoch nicht tat, dann trägt es vor der Geschichte mindestens für sein eigenes Schicksal, wenn nicht für das ganz Europas, die Verantwortung.

Daß der Zusammenbruch des rumänischen Staates am Ende des Zweiten Weltkrieges das Werk einer fremden, uns aufgezwungenen Revolution war, gab General Gheorghe in Bonn selbst zu. Selbstverständlich hatte Rumänien seine sozialwirtschaftlichen und nationalpolitischen Probleme — zum Teil sehr schwerwiegender Art — zu lösen, wo haben schließlich solche Probleme gefehlt? —, aber ihre Lösung wäre im Rahmen einer normalen Entwicklung erfolgt, wenn keine Außenkräfte in die inneren Angelegenheiten unseres Landes eingegriffen hätten.

Wie steht es mit der Rettung Europas? Lag sie tatsächlich in den Kräften Rumäniens? Unter welchen Bedingungen hätte Rumänien „zum Retter Europas werden können“? General Gheorghe meint: „Sofort die Auffassung Marschall Antonescus von den Führern der rumänischen oppositionellen Parteien und von den Anglo-Amerikanern begriffen worden wären“ („Nation Europa“, Februar 1952). Die Forderungen Antonescus an die Westmächte zwecks Rettung Europas waren aber zu dem Zeitpunkt, als sie gestellt wurden, entweder kriegstechnisch unausführbar oder kriegspsychologisch unzumutbar. Der Eintritt der Türkei in den Krieg an der Seite der Westmächte wäre

überflüssig gewesen; Sinn hätte eine solche Maßnahme nur gegen die Sowjetunion gehabt. Eine Besetzung Rumäniens konnte man den Westmächten unter normalen Bündnisverhältnissen mit Rücksicht auf die Sowjetunion kaum zumuten. Hätte man rechtzeitig die Gegenkräfte in Rechnung gestellt, so hätte Rumänien von vornherein einen ganz anderen Weg einschlagen müssen. Dazu ist wiederum die zersetzende Personalpolitik König Carols zu verhängnisvoll und die Schlagkraft der rumänischen Opposition zu schwach gewesen.

Die Anglo-Amerikaner, jawohl, sie hätten Europa retten können, jedoch nicht nach den Plänen Marschall Antonescus. Dazu hätte es ihrerseits einer ganz anderen Haltung der Sowjetunion gegenüber bedurft, was weder zur Zeit des rumänischen Frontwechsels noch früher der Fall war. Hätten sie die osteuropäische Problematik und die kommunistische Gefahr rechtzeitig begriffen, dann hätten sie vielleicht von Anfang an auf ... deutscher Seite gestanden. Daß sie es nicht taten, dafür trägt allerdings auch das damalige Deutschland seine Schuld.

Es ist aber an der Zeit, mit diesem „Spiel“ aufzuhören. Bei aller Liebe zur eigenen Heimat vermag ich mir diese einzigartige historische Rolle Rumäniens eigentlich nur in Märchen vorzustellen. Daher erscheint es mir unglaublich, diesem Volk und diesem Staat eine solche Verantwortung vor der Geschichte aufzubürden. Darum erlaube ich mir, dieser phantastischen Auffassung die nüchterne Formulierung des Herrn G. A. Jörss entgegenzustellen und sie auf das nachdrücklichste zu unterstreichen, da sie mit Maß und Wirklichkeitssinn für das geschichtlich Mögliche die Lage Rumäniens im Zweiten Weltkrieg am treffendsten kennzeichnet: „Sowohl der König als auch der Marschall stürzten nicht aus Gründen der rumänischen Innenpolitik, sondern weil ihr Staat in die weltpolitische Auseinandersetzung verstrickt war. Rumäniens Tragik lag weniger in den Entscheidungen seiner Führer als darin, daß der amerikanische Präsident das Land an die Sowjetunion preisgab“.

D. C. Amzar

Madjaren, Deutsche und Slawen in Ungarn

Ein englischer Freund der Madjaren, A. J. Patterson, wirft in seinem Werke über Ungarn (1869) die Frage nach der madjarischen Zukunft auf. Es sei ungewiß, ob Ungarn madjarisch, deutsch oder slawisch werde. Im Jahre 1874 beschäftigt sich auch der Münchener Professor Franz von Löher mit derselben Frage. Er gibt der Möglichkeit, daß Ungarn slawisch werden könnte, die geringsten Chancen und schreibt: „Das könnte nur geschehen, wenn es unter russische Herrschaft käme. Diese aber würde nicht nur das völlige Zerfallen Österreichs voraussetzen, sondern auch die Niederlage der deutschen Kriegsheere. Denn natürlich müßten wir das Äußerste aufbieten, ehe wir zugäben, daß Ungarn in die Hand der Russen komme.“

Was sich Löher vor 80 Jahren noch kaum vorstellen konnte, ist nun eingetreten: Österreich ist zerfallen, die deutschen Heere sind zerschlagen, und Ungarn befindet sich im russischen Machtbereich. Es ist jedoch eine andere Frage, ob sich das Madjarentum als Volksinsel im slawischen Meer halten und somit eine Barriere zwischen den Nord- und Südslawen auch weiterhin wird darstellen können oder nicht. Nur ein Rückblick in die Vergangenheit kann eine Antwort auf diese Zukunftsfrage geben.

Ein mächtiger fremder Stoff

Die welthistorische Bedeutung der madjarischen Landnahme liegt darin, daß sich die Madjaren in Keilform zwischen die slawischen Stämme gedrängt und dadurch die Nord- und Südslawen voneinander getrennt haben. Nicht nur die Madjaren, sondern auch die Slawen messen der Landnahme diese Bedeutung bei. Der bekannte tschechische Historiker Palacky schreibt 1860 in seiner Geschichte Böhmens:

„Die Invasion der Madjaren und ihre Festsetzung in Ungarn ist das größte Unglück, das die slawische Welt im Ablaufe der Jahrtausende betroffen hat . . . Wie im Westen unter römischem Einfluß die fränkische Monarchie großgezogen wurde, so hätte im Osten unter vorherrschendem Einfluß Konstantinopels ein ähnliches slawisches Reich sich herangebildet, und Osteuropa hätte seit einem Jahrtausend überhaupt eine andere Bedeutung gewonnen, als es ihm geworden ist. Dadurch aber, daß die Madjaren gerade in das Herz des sich bildenden Organismus eindrängten und dieses zerstörten, wurden solche Aussichten für immer vernichtet. Die noch kaum verbundenen Glieder des großen Stammes vereinzelter sich wieder und wurden einander entfremdet, da ein mächtiger fremder Stoff sie auch räumlich voneinander schied.“

Dieser „mächtige fremde Stoff“, der die Millionen Slawen seit tausend Jahren voneinander getrennt und ihre Vereinigung verhindert haben soll, sind die 200 000 landnehmenden Madjaren gewesen, – nach optimistischer Berechnung seien es 500 000 gewesen, – denn sie haben im Bündnis mit dem ostfränkischen König Arnulf das Großmährische Reich Swatopluku zerschlagen und sich im Herzen dieses Reiches, im Karpatenraum, festgesetzt. Warum sind eigentlich die Slawen mit diesem Häuflein fremden Volks, das zu Beginn des 18. Jahrhunderts 1,1 Millionen, in den 1780er Jahren 2,32 Millionen ausmachte, nicht fertig geworden, obwohl sie selbst, – nämlich

die Slawen, – auch innerhalb des madjarischen Siedlungsraumes in Transdanubien und in der Ungarischen Tiefebene, stets starke Positionen besaßen? Ist es eine genügende Erklärung, wenn man feststellt, daß das Madjarentum bis ins 13. Jahrhundert hinein starken turanischen Nachschub (Petschenegen, Kumanen, Tataren) erhielt, durch den das nichtslawische Element im Karpatenraum gestärkt wurde? Wir wissen doch, daß diese Völker selbst fast durchwegs slawisiert worden sind, wo sie unter Slawen gelebt haben. (Auch die türkischen Bulgaren sind slawisiert worden, obzwar sie sich einen eigenen Staat aufgebaut haben.)

1. Zur Zeit der Landnahme setzten sich madjarische Adlige auch auf älterem slawischem Siedlungsgebiet, namentlich in Nordungarn, fest. Diese Herren treten in den späteren Jahrhunderten schon als Slawisierte auf. Seit der Zeit der Anjous (1307 bis 1382) spielen die südslawischen Familien eine entscheidende politische Rolle in Ungarn. Seit 1356 bekleideten fast ausschließlich Slawen das höchste Staatsamt des Palatins in Ungarn, und nach dem Tode Ludwigs kämpften bereits zwei südslawische Parteien um die Macht in Ungarn, während die Madjaren als „Partei der furchtsamen Gerechten“ unbeholfen zuschauten. Nach dem Tode Sigismunds und Albrechts II. (1439) wählten balkanische Elemente einen eigenen slawischen König, den Polenkönig Wladislaus (1440–1444), und nach Matthias Corvinus (1490) waren es wieder Slawen, namentlich die Südslawen Zapolya, Kinizsi und der Tscheche Filipec, die ebenfalls einen Slawen, Wladislaus II. (1490–1516), auf Ungarns Thron brachten. Nach der Schlacht bei Mohatsch (1526) spielten die Madjaren im weitaus größeren, „nationalen“ Teil des Landes, in Ost- und Innerungarn, kaum noch eine Rolle.

Die Ungarische Geschichte von Homan-Szekfü schreibt über die Slawenherrschaft im „nationalen“ Königreich des Raizen Zapolya (Bd. III S. 27): „Die Herrschaft des Königs Johann Zapolya und den türkenfreundlichen Kurs halten diese Südslawen aufrecht. Daher kommt, daß Zapolya von seinen Zeitgenossen auch Slowenenkönig, Südslawenkönig, genannt wurde. Während seiner Regierungszeit waren Ungarns Bischofssitze von Kroaten und Dalmatinern besetzt . . . Ein Südslawe zog den anderen heran, und sie teilten die einträglichen Stellen des Königtums untereinander auf. Auch die slawischen Großgrundbesitzer und Soldaten spielten eine große Rolle. Der königliche Rat Zapolyas bestand mit Ausnahme Verböczis aus lauter Südslawen . . . Sie wanderten seit dem 15. Jahrhundert in Südungarn ein und brachten auch ihre serbischen Diener, oft ganze Hörigendörfer, mit sich.“

Bis zu den Befreiungskriegen nach 1683 bestimmten slawische Elemente die große Politik Ungarns: die Rákóczy waren ein polnisch-ruthenisches Adelsgeschlecht, die Zrinyi oder Zrnisky waren Kroaten, Thökölyi war ein Raize. Erst die Vertreibung der Türken machte dieser Slawenherrschaft in Ungarn ein Ende und ermöglichte wieder eine westliche (deutsche) Beeinflussung des ungarländischen Magnatentums.

2. Wie die Geschichte lehrt, war die madjarische Führungsschicht nicht imstande, der ungeheuren Vitalität besonders der Südslawen standzuhalten, sondern sie befand sich Jahrhunderte hindurch in deren Schlepptau. Dem madjarischen Bürgertum ist es nicht viel besser ergangen. Die erwähnte Ungarische Geschichte berichtet darüber (Bd. III S. 433) wie folgt:

„Die Südslawen waren mit den Madjaren gleichgestellte Stadtbewohner; sie konnten ihre kaufmännischen Fähigkeiten frei entwickeln, wurden wohlhabend und über-

trafen an politischem Einfluß und in der Stadtverwaltung die madjarische Bevölkerung.“

3. Und wie verhielten sich die madjarischen Bauern den Südslawen gegenüber? Ich habe diesbezüglich 134 Dörfer der unteren Baranya, in der Donau-Drauecke untersucht und habe gefunden, daß das Madjarentum aus allen 33 Dörfern verschwunden ist, die im Jahre 1720 Mischdörfer mit slawischer Mehrheit waren. Von 9 gemischten Dörfern mit madjarischer Mehrheit ist das Madjarentum aus weiteren 5 Siedlungen verschwunden. Das heißt also, daß auch das madjarische Bauerntum dem südslawischen Ansturm nicht gewachsen war¹⁾.

Die bloße Anwesenheit der Deutschen . . .

Aus diesen Ausführungen wird also ersichtlich, daß es nicht eben „der mächtige fremde Stoff“ der Madjaren war, der die nord- und südslawischen Völker auseinanderhielt, und auch nicht allein das mit deutscher Hilfe verbreitete westliche Christentum hat den Untergang der Madjaren im slawischen Meer verhindert. Es muß wohl noch eine andere Kraft gegeben haben, welche dem Madjarentum in seinem Selbstbehauptungskampf zur Hilfe gekommen ist. Die volklichen Verhältnisse der unteren Baranya können uns bei der Suche nach dieser Hilfe als Wegweiser dienen.

Im Jahre 1720 gab es auf dem von uns untersuchten Gebiet 46 südslawische Dörfer und solche mit serbokroatischer Mehrheit. Das Madjarentum hat diese Südslawen aus keiner einzigen ihrer Siedlungen verdrängt. Dagegen wurden 37 Südslawendörfer von Deutschen erobert. (Das geschah zum Teil durch einmalige Ansiedlung, zum Teil durch allmähliche Zusiedlung²⁾.) Zwischen 1711 und 1720 entstanden hier 18 neue serbokroatische Dörfer; seit 1720, also seit Beginn der deutschen Neubesiedlung, nur noch 2. Der südslawische Vorstoß auf madjarisches Gebiet wurde also vom Deutschtum aufgefangen, wie überhaupt die Slawenherrschaft in Ungarn durch die Befreiungskriege (1683–1718), die im wesentlichen eine deutsche Tat waren, gebrochen worden ist.

Nur auf geistigem Gebiet konnte der slawische Einfluß auf das Madjarentum nicht beseitigt werden. A. Dugonics übte mit seinem Roman *Etelka* einen nachhaltigen Einfluß auf das Nationalgefühl der Madjaren; Martinovics (1795), Tancsics (1848), dann der Dichter Petöfi-Petrovics slowakischer Herkunft, sowie Kossuth, dessen Vater ein Slowake und dessen Mutter eine Deutsche war, der aber im äußersten Nordosten Ungarns groß geworden ist: sie alle sind führende Männer – Petöfi und Kossuth sogar die größten Gestalten – des madjarischen Nationalismus und des ungarischen Kommunismus, wie ja auch die angeführten anderen Slawen als große Gestalten der ungarischen Vergangenheit galten und auch heute gelten. Alle waren sie auch leidenschaftliche Bekämpfer des deutsch-europäischen Kultureinflusses in Ungarn, dessen bedeutendster Vorkämpfer Graf Stefan Széchenyi war. Sein Name wurde als erster aus den Schulen der ungarischen Volksdemokratie verbannt.

¹⁾ (Nähere Daten vgl. in meinem Aufsatz im Geogr. Jahresbericht aus Österreich, Jg. 1935. Auch von mir in: Magyar Nyelv, Jg. 1936.)

²⁾ Mit Hilfe der Flurnamen läßt sich der gesamte Vorgang genau beobachten. Vgl. dazu auch meine Untersuchungen über „Flurnamen und Siedlungsgeschichte“ in „Magyar Nyelv“ Jg. 1936. Hg. von der Ung. Akademie der Wissenschaften.

Der Druck der Russen

Das Deutschtum ist es also, das die totale Slawisierung der Madjaren bisher verhindert hat. Die bloße Anwesenheit der Deutschen hatte schon diese Folgen, besonders aber ihre kulturvermittelnde Rolle, die sie schon seit tausend Jahren im Karpatenraum spielen. Denn der Empfangende der westlichen Kultur im Karpatenraume war immer zuerst das Deutschtum, und auch ihre Verbreiter waren Deutsche. Gerade dieser deutsch-europäische Kultureinfluß war es, der das Versinken der Madjaren im Slawentum verhindert hat. Die lebenskräftigste Gruppe der Slawen, die Südslawen, gehören nämlich dem griechisch-balkanischen Kulturkreis an.

Nach diesem historischen Rückblick können wir uns wieder der Frage nach der madjarischen Zukunft zuwenden: wird das Madjarentum nun slawisch werden, nachdem es 1945 aus der abendländischen Kulturgemeinschaft ausgeschaltet worden ist? Im Jahre 1930 gab es in Ungarn bloß 160 000 Slawen, etwa 1,8% der Gesamtbevölkerung, sowie 16 000, d. h. 0,2% Rumänen. (Die Zahl der im letzten Jahrhundert madjarisierten Slawen ist nicht bekannt, sie dürfte jedoch beträchtlich sein.) Es ist kaum wahrscheinlich, daß diese Minderheit dem Madjarentum gefährlich werden könnte, obzwar das neue Regime den verschiedenen slawischen Völkern und auch den Rumänen weitgehende Rechte gewährt hat.

Von heute auf morgen verschwand aus dem ungarischen Schulunterricht die deutsche Sprache; an ihre Stelle trat das Russische. Laut amtlicher Statistik lernten in den Volksschulen, in denen Deutsch niemals unterrichtet worden war, schon 1950 nicht weniger als 305 000, in den Mittel- und höheren Schulen 52 000, in den Hochschulen rund 11 000 ungarische Jungen und Mädchen Russisch.

Auf die Notwendigkeit des Russischlernens weisen die neuen Machthaber immer wieder hin. Verkehrsminister Lajos Bebrits sagte: „Dem reichen Arsenal der sowjetischen Hilfe könnten wir noch viel größere Schätze entnehmen, wenn wir die russische Sprache gründlicher beherrschten. Wir müssen uns daher die Aufgabe stellen, noch fleißiger Russisch zu lernen und bessere Ergebnisse erzielen, um uns mit den unschätzbaren sowjetischen Erfahrungen unmittelbar bekannt zu machen.“ (*Szabad Nép* vom 2. 4. 1952).

Die Ungarisch-Sowjetische Gesellschaft arbeitet zielbewußt daran, das madjarische Volk aus der abendländischen Kulturgemeinschaft herauszulösen. Da sind die nach russischem Muster organisierten Kulturbrigaden (Winterabende der Freien Welt), das Institut der Volkskünste, die Schauspiel-, Tanzgruppen und Volkschöre usw. Sie stehen alle unter Leitung dieser Russifizierungsgesellschaft. Russische Schauspiele, russische Volkslieder und Kunstgesang und russische Tanzvorführungen sind an die Stelle der westlichen Darbietungen getreten.

Auch die allmählich hermetisch gewordene Abschließung des Landes vom Westen dient außer den politischen und militärischen Gesichtspunkten vor allem kulturpolitischen Zwecken und ist eines der wichtigsten Mittel des Russifizierungsprozesses. Schon den kleinen Kindern drückt man russische Märchenbücher in die Hand. Die Märchen Andersens und der Brüder Grimm sind vom ungarischen Büchermarkt ebenso verschwunden wie die anderen Jugendschriften, die seit jeher Gemeingut der Kinder-millionen der westlichen Welt sind.

Auch auf historischer Grundlage versucht man die Verbindungen des Madjarentums zu den Slawen zu festigen. Erik Molnár, Leiter des Ungarischen Historischen Instituts und wiederholt auch Kultusminister, führte die Abstammung des Madjarentums und die Ausbildung seiner nationalen Grundzüge auf „die gesegnete russische Mutterbrust“ zurück, indem er u. a. schrieb, die Madjaren gehörten gar nicht zu den finnisch-ugrischen Völkern, sondern seien „aus einer etwaigen Verwandtschaft mit den Türken zu einem slawischen Bauernvolk geworden“ (*Ebresztő*, Februar 1952). Das madjarische Volk sei der direkte Nachkomme der großen slawischen Völker, nur sei es im Laufe der Jahrhunderte von Rußland, der gemeinsamen Mutter aller Slawen, abgeglitten (*Elet*, 10. März 1952).

Auch die slawischen Brüder aus den Nachbarstaaten werden aktiv. So sagte der tschechische Minister Soucek in einer Rede in Tótkomlós (Kom. Békés): „Keine Sorge, unsere russischen Brüder halten treue Wacht im Donauraum, und mit ihrer Hilfe werden die Slawen in Ungarn wieder die Vormachtstellung übernehmen können.“ (Tótkomlós ist eine slowakische Siedlung aus dem 18. Jahrhundert.) Prof. Jan Sanyok verkündete bei derselben Gelegenheit, daß es nach Vertreibung der Tito-Gruppe möglich sein wird, mit Heranziehung der slawischen Volksinseln in Ungarn die Süd- und Nordslawen endlich zu vereinigen (vgl. *Fáklya*, vom 5. März 1952. Auch in *Angliai Uj Magyarország*, vom 1. April 1952).

Mit solchen ermutigenden Reden erstrebt man sicherlich auch die Erweckung des völkischen Selbstbewußtseins der zum Teil madjarisierten Slawen, die den Entnationalisierungsbestrebungen vor 1944 noch schutzloser ausgesetzt waren als die Ungarn-deutschen. Das Madjarentum aber, das keinerlei Verbindungen mehr zum Westen besitzt, dürfte in seiner Kultur und in seinem völkischen Bestand unter diesem allseitigen Druck auf das ärgste gefährdet sein. Der Hinweis auf die „Germanisierungsbestrebungen“ unter Joseph II. (1780–1790), die auch unwirksam geblieben sind, ist fehl am Platze, zumal Joseph II. bloß an Stelle des Lateinischen die deutsche Verwaltungssprache einführen wollte, an eine Entnationalisierung seiner Untertanen aber gar nicht gedacht hat (Ung. Gesch. Bd. V. S. 48). Auch die Türken haben keine Entnationalisierung der Madjaren erstrebt. Die heutige Lage des Madjarentums findet also keine Parallele in der Geschichte.

Emigranten mit balkanischen Plänen

Die Zukunftspläne starker madjarischer Emigrantengruppen könnten das gequälte Madjarentum im Falle ihrer Verwirklichung nur aus dem Regen in die Traufe bringen. Die Aktion „Zentraleuropa-Union“, deren führendes Mitglied der ehemalige Ministerpräsident Ferenc Nagy ist, will Ungarn nach dem Abzug der Sowjets in eine Föderation osteuropäischer Staaten mit slawisch-balkanischer Kultur einbeziehen. Die Verwaltungssprache dieses geplanten Staatsgebildes soll nach einer bereits bestehenden Abmachung das Tschechische sein. (Vgl. *Hidverök*, April und Mai 1951.) Auch der Donauföderationsplan, der in verschiedenen Abstufungen von anderen Gruppen propagiert wird, will Ungarn ebenfalls von der abendländischen Gemeinschaft losreißen und mit Völkern balkanisch-slawischer Kultur verbinden. Das Schicksal des Madjarentums dürfte also auch dann besiegelt sein, wenn nach dem Rückzug der Russen irgendeiner von diesen Föderationsplänen verwirklicht werden sollte.

INDOCHINAS CHRISTEN

Sehr geehrte Herren!

Als Franzose und Staatswissenschaftler, der 1953 in Indochina für Forschungszwecke verbracht hat, möchte ich gerne zu dem Artikel „Indochinas Christen“ in Ihrer Aprilnummer Stellung nehmen.

Ich will hier gar nicht die Tendenz des ganzen Artikels diskutieren, obwohl hierüber auch viel gesagt werden kann, sondern werde mich einfach an die zahlreichen faktischen Irrtümer halten, die ich hoffentlich eher der Unkenntnis als den Tendenzen Ihres Mitarbeiters zuschreiben kann.

1. Die Statistik, nach der die Bevölkerung Vietnams etwa 15 Mill. beträgt (S. 242) ist ungefähr 25 Jahre alt. Nach dem UNO-Jahrbuch 1954 betrug die Bevölkerung 1950 rund 23,5 Mill. Bei einem jährlichen Zuwachs von 2% beträgt sie heute ungefähr 25,5 Mill.

2. G. S. spricht von der Ausbreitung des Katholizismus in Vietnam, ohne jedoch die größte Errungenschaft des Katholizismus in Vietnam zu nennen: die Einführung eines lateinbuchstabigen Alphabets für die vietnamesische Sprache durch Pater Alexandre de Rhodes im 17. Jahrhundert! Anstatt der 6000 Zeichen der chinesischen Schrift (die früher in Vietnam gebraucht wurde) oder der Sanskrit-Runen der Thai- und Hindisprachen kann jedermann Vietnamesisch lesen, wenn er nur ein Minimum der Sprache selbst kennt. Andererseits kann auch ein Vietnameser leicht eine europäische Sprache erlernen.

3. Kaiser „Tu-Buc“ ist ein phonetischer Irrtum. Es gibt einen Kaiser Tu-Duc. Das vietnamesische D wird wie „Dz“ ausgesprochen.

4. G. S. Hinweis auf den Namen Vietnam als „Land des Südens“ ist falsch. Es heißt „südliches Land der Viets“. Wie der vorhergehende ausgezeichnete Artikel Herrn v. Eickstedts zeigt, waren die Viets zuerst um Kanton konzentriert und wanderten unter chinesischem Druck südwärts. Der Name, der auf chinesische Abhängigkeit hinweist, ist An-nam (Annam), d. h., „Befriedeter Süden“. Die „Befrie-

dung“ geschah natürlich durch die chinesischen Besetzer.

5. Daß D'Argenlieu (der — weiß Gott — genug andere Dummheiten beging!) nach G. S. (S. 245) „den Regierungssitz seines Gegners, Hanoi, angreifen“ ließ, ist einfach unwahr! Dies wird nicht einmal von der kommunistischen Seite aus behauptet! Erstens gab es ja ab 18. 3. 1946 eine französische Garnison in Hanoi. Zweitens brach der ganze Indochina-Krieg offen aus durch den warnungslosen Angriff der Viet-Minhtruppen gegen die Franzosen um 20 Uhr am 19. 12. 1946, und drittens, das „dort angerichtete Blutbad“, das G. S. im Dunklen läßt, war das der Viet Minh gegen die ahnungslose französische Zivilbevölkerung! Ho Tsch-minh erklärte später den heimtückischen Angriff als eine „Präventivmaßnahme“ gegen einen bevorstehenden französischen Putsch — was ja immerhin möglich gewesen sein könnte —, aber historisch begann der Angriff auf Seite der Viet Minh.

6. Auf derselben Seite spricht G. S. von der Nichtratifizierung des Unabhängigkeitsvertrages durch ein vietnamesisches Parlament. So eine Ratifizierung durch ein Parlament war leider unmöglich, da es ja noch heute (Juni 1955) eben kein solches Parlament gibt, obwohl nun schon seit Juni 1954 Herr Ngo Dinh Diem von jeglichen französischen Eingriffen frei ist (siehe letzten Punkt).

7. Was die Steuerquellen Indochinas anbelangt, scheint Herr G. S. zu vergessen, daß seit 1945 die Einnahmen des Landes stets defizitär waren und daß noch heute der französische Steuerzahler Geld in die vietnamesische Staatskasse hineinpumpt. Ich rede hier nicht von den Kriegsausgaben, sondern vom zivilen Staatshaushalt. Was aber die Zolleinnahmen anbelangt, die wurden gleich nach dem Unabhängigkeitsvertrag, im Pau-Vertrag von 1950, an die Etats Associés abgeführt.

8. Wenn (S. 246) G. S. die geringen anfänglichen Flüchtlingszahlen von „nur“ 85 000 in zwei Wochen (sic!) auf den geringen Zwiespalt zwischen Heimat und Glauben schließen läßt, dann müssen ihn ja die noch geringeren Flüchtlingszahlen von

der DDR nach Westdeutschland (und von Nord- nach Süd-Vietnam sind es noch dazu 1000 km hohe Seel) darauf schließen lassen, daß man in der DDR in Harmonie und Eintracht lebt. Etwas kleinlaut gibt G. S. auf S. 247 zu, daß immerhin 700 000 Menschen ihr letztes Hab und Gut verlassen haben, um sich dem Kommunismus zu entziehen. Es sind wahrscheinlich jetzt mehr als 850 000. Was die 100 000 Rückwanderer anbelangt — und dies ist eine kommunistische Zahl —, so sind es meistens die Familien und Truppenangehörigen des Viet-Minhregimes, die in den südlichen Guerillakeseln kämpften, und die, dem Genfer Vertrag gemäß, sich nach Norden absetzten.

9. Die Behauptung, daß die Franzosen am 11. 10. 1954 „Nordvietnam geräumt haben“, muß ja jedem intelligenten Zeitungsleser als falsch bekannt sein: am 11. 10. 1954 wurde Hanoi dem Viet-Minhregime übergeben; der Brückenkopf Hai-phong—Hongay wurde noch bis zum 12. 5. 1955 vertragsmäßig von französischen Truppen gehalten und diente mit seinen Großflugplätzen Cat-Bi und Do-Son und mit seinen Seehäfen Vat-Chay und Hai-phong zum Evakuieren der Mehrzahl der 850 000 Abwanderer.

10. Was die Möglichkeit einer Abberufung Diems durch Bao-Dai auf Drängen der Franzosen anbelangt (siehe G. S. Schlußabsatz), scheint Herr G. S. seine Rechnung ohne den amerikanischen Wirt zu machen. Frankreichs Drahtzieherstärke in Indochina ist jetzt schon seit Monaten auf den Nullpunkt gesunken. Es ist nur zu schade, daß G. S. entweder aus Unkenntnis oder aus anderen Gründen es vorgezogen hat, sich mit dem Problem des Eingriffes verschiedener US-Kreise in Indochina nicht auseinanderzusetzen.

Meinerseits, als Leser der „Geopolitik“ seit ihrem Wiedererscheinen, kann ich nur bedauern, daß hiermit Ihren Lesern das so brennende Indochinaproblem so tendenziös und lückenhaft vorgesetzt worden ist.

Mich für mein lückenhaftes Deutsch im Voraus entschuldigend, verbleibe ich

Hochachtungsvoll

Bernard B. Fall

(Dr. phil et rer. pol.)

Antwort des Verfassers

Sehr geehrte Herren!

Angesichts der Schwierigkeiten, die einer Beschaffung glaubwürdiger Nachrichten über die einzelnen Ereignisse der jüngsten Geschichte Indochinas entgegenstehen, werden die Leser nicht weniger als der Verfasser jede Ergänzung und Korrektur des Berichts über „Indochinas Christen“ begrüßen.

Andererseits zwingt der Brief von Herrn Dr. Bernard B. Fall doch zu einer kurzen Entgegnung — der Einfachheit halber an Hand seiner 10 Punkte:

Zu 1: Über die Zahl der Gesamtbevölkerung Vietnams ist in dem Bericht direkt nichts gesagt. Wesentlicher als alle absoluten Zahlen, die in diesem Fall doch nur Schätzwerte sind und gerade für UNO-Statistiken meist zu hoch angegeben werden, war hier die Feststellung, daß die Katholiken, über deren Zahl ebenfalls unterschiedliche Angaben (zwischen 1,4 und 1,9 Mill.) vorliegen, „etwa ein Zehntel“ der Gesamtbevölkerung bilden.

Zu 4: Es kam hier nur darauf an zu zeigen, von welchem Land aus Vietnam als „Süden“ bezeichnet wurde.

Zu 6: Daß die Nichtratifizierung des Unabhängigkeitsvertrages durch ein vietnamesisches Parlament in dem gar nicht bestrittenen Fehlen eines solchen Parlaments ihre Ursache hat, macht den Vertrag darum allein noch um keinen Deut besser. (Vgl. dazu die Bemerkung des Bischofs von Vinh Long, S. 245). Was soll man im übrigen von einer „Unabhängigkeit“ halten, in dem sich der Partner „verpflichtet, die nationalen französischen Rechte und Interessen anzuerkennen... und vorzugsweise französische Berater und Techniker bei seiner inneren und wirtschaftlichen Organisation zu verwenden“ (Art. 2 des vom französischen Hochkommissar Bollaert, Bao Dai und dem damaligen vietnamesischen Ministerpräsidenten Xuan am 5. Juni 1946 an Bord des französischen Kreuzers Duguay-Trouin unterzeichneten Vertrages)?

Zu 7: Daß das Land — und vor allem sein Staatspräsident — finanziell völlig von Frankreich abhängig war, steht ausdrücklich im Text. Die im Vertrag von Pau am 28. 10. 1950 endlich erzielte Eini-

gung über die Zollfrage ließ Frankreich ein sehr weitgehendes Einflußrecht auf Festsetzung und Änderung der Zolltarife — auch ohne und gegen die Zustimmung der *Etats Associés*. Will man sich im übrigen den Ton und die Atmosphäre dieser Konferenz vergegenwärtigen, so darf man trotz der französischen Dementis das Interview nicht übersehen, das der vietnamesische Delegationsführer Ministerpräsident Tran Van Huu dem *Journal d'Extrême Orient* in Saigon gab, wobei er sich bitter über die anmaßende Verhandlungsweise seiner französischen Partner beklagte.

Zu 8: Es war hier die Rede von Anträgen auf Umsiedlung, das ist etwas anderes als Flucht. Der Hinweis auf die DDR ist — bei unbefangener Lektüre des Textes — gegenstandslos. Es wird ja gerade gesagt, daß die Erwartung, man müßte im Konflikt zwischen Heimat und Glauben ohne weiteres die Heimat opfern, eine recht theoretische und vorschnelle Vermutung des im „sicheren“ Westen lebenden Gläubigen ist.

Zu 9: Da der den Kommunisten zugesprochene Teil Vietnams bis auf die Enklaven Hanoi, Haiphong und einem kurzen Küstenstreifen an der Demarkationslinie nördlich von Hué bereits vor Abschluß des Waffenstillstandes in der Hand der Vietminh war, bedeutete die Übergabe Hanois am 11. Oktober 1954 praktisch den Abschluß der Räumung. Daß der Brückenkopf Haiphong vertragsgemäß noch länger besetzt und unter der Kontrolle einer Internationalen — aus indischen, kanadischen und polnischen Offizieren zusammengesetzten — Kommission blieb, geht aus dem weiteren Text deutlich hervor.

Zu 10: Der Einwand gegen den Schlußabsatz ist unverständlich. Ein genaueres Lesen hätte auch dem kritischen Auge den Hinweis auf den großen Einfluß des „amerikanischen Wirts“ deutlich machen müssen.

Vielleicht darf in diesem Zusammenhang aber doch auf eine Empfehlung hingewiesen werden, die der damalige amerikanische Außenminister Dean Acheson dem französischen Innenminister Jules Moch bei seinem Besuch in Washington am 17. 10. 1950 zukommen ließ: Frankreich möge doch den Assoziierten Staaten einen

etwas selbständigeren Status geben, damit der kommunistischen Propaganda, Frankreich richte unter dem Deckmantel einer großzügig gewährten Unabhängigkeit seine alte Kolonialherrschaft wieder auf, der Boden entzogen würde.

Im übrigen stand dieses Thema gar nicht zur Debatte, wie ja überhaupt ein Aufsatz über „Indochinas Christen“ nicht den Anspruch macht, „das so brennende Problem Indochina“ in der notwendigen Ausführlichkeit zu behandeln.

Da es heute ja üblich geworden ist, bei einer Kritik dem Verfasser zunächst einmal mysteriöse „Tendenzen“ zu unterstellen, kann sich dieser eine Entgegnung darauf ersparen.

Wer es nicht vertragen kann, daß schon der — schließlich immer unvollkommen bleibende — Versuch zur Darstellung der historischen Fakten zu der Einsicht zwingt, daß es nicht immer nur und allein die „anderen“ sind, die an allem die Schuld haben, dessen Korrekturen darf man auch dann mit Zurückhaltung begegnen, wenn sie im Einzelfall den Tatsachen entsprechen.

G. S.

Robert Ernst

Ein Aufatmen ging durch weite Kreise der Bundesrepublik, als Dr. Robert Ernst, der frühere Oberbürgermeister von Straßburg, nach fast 10jähriger Haft von einem französischen Militärgericht in Metz zwar verurteilt, aber unter Anrechnung der Untersuchungshaft auf freien Fuß gesetzt und in die Bundesrepublik entlassen wurde.

Was war vorher geschehen? Unter dem Druck eines haßerfüllten Teils der französischen öffentlichen Meinung sollte Ernst, der gebürtige Elsässer, unter allen Umständen zum Franzosen gestempelt werden. Dadurch wollte man erst die Möglichkeit schaffen, ihn als Hoch- und Landesverräter zu verurteilen, weil er „sehr aktiv und sehr wirksam an der Loslösung des Elsaß von Frankreich gearbeitet“ habe. Die Richter mußten den Angeklagten freisprechen, weil eindeutig festgestellt wurde, daß Ernst kein Franzose war, er also auch keinen Landes- und Hochverrat begangen haben konnte.

Er wurde aber wenige Tage nach diesem Freispruch, kurz vor dem Überschrei-

ten der deutschen Grenze, erneut und widerrechtlich verhaftet und diesmal als „Kriegsverbrecher“ unter Anklage gestellt. Hatte die erste der Anklagen nicht zum gewünschten Ziel geführt, so sollte dies durch den zweiten Prozeß gegen den „Kriegsverbrecher“ erreicht werden. Die alten Vorwürfe: Zwangsrekrutierung von Elsässern, Aufrufe zu deren freiwilligem Eintritt in das deutsche Heer, schlechte Behandlung seiner Landsleute und anderes mehr, alles zusammengefaßt unter dem Schlagwort des „deutschen Militarismus“, wurden in immer neuen Variationen und mit immer zunehmender Lautstärke vorgebracht. Daß es trotz dieser von interessierter Seitē geführten Kampagne zur Freilassung kam, erfüllt viele von uns mit Genugtuung und darf wohl als sichtbares Zeichen einer deutsch-französischen Entspannung angesehen und gewertet werden.

Wer ist Dr. Robert Ernst, und was war sein eigentliches politisches Wollen in den Jahren von 1919 bis 1945?

In Aufzeichnungen, die er vom Juni 1951 an im Kerker im geheimen, vorerst nur für seine Eltern und seinen engsten Freundeskreis niedergeschrieben hat, damit diese sich ein Urteil über ihn und die Vorgänge im Elsaß, besonders zu Hitlers Zeiten, bilden könnten, kritisiert er mit schonungsloser Offenheit nicht nur die französische und deutsche Politik gegenüber den Elsässern, sondern legt er auch Rechenschaft über sein eigenes Tun und Wollen ab¹⁾. Dieser Rechenschaftsbericht läßt uns so ganz in das Innere dieses schwergeprüften Mannes, der Frau und Tochter nach dem Einmarsch der Russen in Berlin durch Freitod, den einzigen siebenjährigen Sohn durch den Soldatentod bei den schweren Kämpfen um Breslau verloren hat, blicken. Aller Ehrgeiz und jegliches Geltungsbedürfnis, die vielleicht einmal eine Rolle gespielt haben mögen, sind verschwunden, von Haß gegen frühere Gegner fehlt jede Spur; diese „Mémoires“, ein ausgezeichnete Beitrag zur neueren und jüngsten Geschichte des Elsaß, sind nicht wie die meisten Erinnerungsbücher unserer Tage ein mehr oder

weniger geglückter Rechtfertigungsversuch, der begangene eigene Fehler verdunkeln oder beschönigen soll; sie sind vielmehr echtes Bekenntnis, Lebensbeichte, das schriftliche Dokument eines Mannes, der ein Höchstmaß von Wahrhaftigkeit und objektiver Betrachtungsweise erstrebt — und auch erreicht hat.

Bestimmend für Robert Ernsts politische und geistige Entwicklung wurde seine Herkunft aus dem vielumstrittenen Grenzland im Westen und sein Heranwachsen im evangelischen Pfarrhaus zu Hürtigheim, wo er am 4. 2. 1897 geboren wurde. Er stammt aus einer altelsässischen Familie, die im Unterelsaß seit Generationen beheimatet war und sich, wie der Autor berichtet, bis ins 17. Jahrhundert nachweisen läßt. Lehrer und Pfarrer waren seine Vorfahren. Als das Elsaß nach dem deutsch-französischen Krieg von 1870/71 dem Bismarckschen Reiche angegliedert wurde, war es der Großvater Ernst, der die politische Linie der Familie bestimmte. „Auf ihn habe ich die deutsche Linie meines Lebens zurückzuführen, die bereits — nach 1871 — die seine geworden war“.

Aber der breite Graben, der sich in vielen anderen alteingesessenen elsässischen Familien aufgetan hatte, zeigte sich auch in der Sippe Ernsts, denn die Familie seiner Mutter, die um das Jahr 1830 aus der Pfalz eingewandert war, hatte sich, wie die meisten Angehörigen der besitzenden elsässischen Bürgerschicht schon früh für französische Lebensformen und das französische Volkstum entschieden. Die deutsch-französische Front, die durch die Familien ging, hatte fast das ganze Land in Mitleidenschaft gezogen und wurde ihm zum Schicksal. So hat sich wesentlich später auch Ernsts jüngerer Bruder von der deutschen Einstellung seiner Familie gelöst und sein Leben mit dem Frankreichs verknüpft.

Robert Ernst jedoch hat in allen Schicksalsfragen und Entscheidungen seines Lebens immer wieder unmißverständlich zum Ausdruck gebracht, daß er seinen Platz im deutschen Volk und Staat gewählt habe.

Von der Schulbank weg meldete er sich 1914 als Kriegsfreiwilliger, wurde Kriegsflieger, preußischer Berufsoffizier und verließ nach dem Zusammenbruch 1918 die alte Heimat, um mit den Eltern einer noch ungewissen Zukunft im zusammengebro-

¹⁾ Robert Ernst, Rechenschaftsbericht eines Elsässers. Verlag Bernard & Graefe, Berlin 1954. 420 S., brosch. 13,80.

chenen Deutschland entgegenzugehen. Dies entsprach der konsequenten, allen Kompromissen abgeneigten Art des Pfarrers Ernst und seines Sohnes Robert! Beide wollten eindeutig als Deutsche gelten. „Ich füge hinzu“, so schreibt Ernst in seinem Bericht, „daß wir Elsässer, die wir uns im Jahre 1918/19 zur Auswanderung in das zusammengebrochene Deutschland entschlossen, nicht von dem falschen Hochmut beherrscht waren, als wäre unser Handeln das richtige und das Verbleiben in der Heimat falsch. Wir haben stets der Auffassung Ausdruck gegeben, daß es das gute Recht eines jeden Elsässers und Lothringers war, sich mit den neuen Verhältnissen abzufinden und sein Leben darauf einzustellen.“

Im „Reich“ wuchs Ernst erst in seine eigentliche Lebensaufgabe, jetzt erst wurde die Richtung seines politischen Wirkens klar. Schon während seiner Studenzeit in Heidelberg und Tübingen, die er mit dem Dr.-Examen abschloß, trat er in Verbindung mit zahlreichen ausgewiesenen Elsässern, beteiligte er sich bald führend in Organisationen, die die Not seiner Landsleute lindern sollten. Auch in seiner Dissertation hatte er ein Thema gewählt, das die Linie seiner Bemühungen zeigt. Er befaßte sich mit dem zeitgemäßen Problem der „Eingliederung der vertriebenen Elsaß-Lothringer in die deutsche Volkswirtschaft“, widmete sich dem Zusammenschluß der „elsaß-lothringischen Studentenbünde“ und übernahm 1921 in dem von C. V. Loesch 1919 gegründeten „Deutschen Schutzbund für die Grenz- und Auslandsdeutschen“ das Referat „Elsaß-Lothringen“, das bis dahin der Altelsässer Rudolf Diffort geleitet hatte. In einer kleineren Tageszeitung veröffentlichte er in dieser Zeit seinen ersten Artikel über das Problem „Elsaß-Lothringen“.

Und hier umriß er mit aller Deutlichkeit sein politisches Programm, dem er in der Folgezeit wesentlich treu geblieben ist. Keine Revanche-Töne wurden angestimmt, sondern Robert Ernst rief dazu auf, den Elsässern und Deutschlothringern als Teilen der deutschen Kulturnation ein „interesseloses“ Interesse zu bewahren, d. h. Interesse an ihrem Schicksal zu nehmen, ohne etwas von ihnen zu erwarten. „Es gehe für ein großes Volk wie das Deutsche“, so stellte er fest, „nicht an, eine

Bevölkerung wie die elsaß-lothringische im kulturellen Sinne abzuschreiben, nachdem sie ihre politische Weiterentwicklung im Rahmen des französischen Staates gefunden“ habe.

Diese Äußerungen waren nichts Besonderes, nichts Aufsehererregendes, vor allem nichts, was als Nationalismus oder sogar Chauvinismus ausgelegt werden konnte. Denn aus dem Elsaß und Lothringen kamen bereits damals Pressenachrichten über Bestrebungen der im Lande verbliebenen Elsässer und Lothringer gegen eine kulturelle Assimilation durch Frankreich und für die Erhaltung des angestammten Volkstums, wie auch für Beibehaltung deutscher Ordnungen auf wirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiet. Hatten die Elsässer und Lothringer nach dem Wechsel aus dem französischen Staat in das Deutsche Reich im Jahre 1871 den Kampf um politische Rechte im Sinne ihrer Gesinnung und Tradition aufgenommen, so entspann sich nun nach 1918 das Ringen um die Erhaltung der bodenständigen Kultur gegen das nivellierende Einheitsstreben der *république une et indivisible*.

Und nur in dieser Richtung hat Ernst in den Jahren von 1919 bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges geschrieben und gearbeitet. Man mache sich einmal die Mühe und blättere die verschiedenen Veröffentlichungen der Elsaß-Lothringer im Reich 1919—1939 durch! Man wird über die politisch loyale Art Frankreich gegenüber erstaunt sein. Persönliche Wünsche einzelner kamen höchst selten zur Sprache, die erhobenen Forderungen deckten sich weitgehend mit denen der verschiedenen politischen Gruppen im Elsaß und in Deutsch-Lothringen selbst. Es ging bei dieser Arbeit Ernsts nicht darum, Elsaß-Lothringen auf irgendwelche Weise staatlich von Frankreich zu separieren, sondern einzig und allein darum, ihm im Rahmen des französischen Staatsverbandes seine kulturelle Eigenständigkeit zu erhalten, worum heute dort ebenso gekämpft wird wie zwischen 1919 und 1939, nur unter noch schwierigeren Umständen als damals.

Nach 1933 wurde Robert Ernst immer mehr zum Exponenten der Elsaß-Lothringer im Reich. So war es unvermeidlich, daß er auch mit Vertretern der nationalsozialistischen Partei und den einzelnen Regierungsstellen in Verbindung kam.

Ernst ging es dabei vor allem darum, daß die volksdeutsche Arbeit weitergetrieben werden konnte. Zuerst fanden die einzelnen Verbände, die sich der volksdeutschen Arbeit widmeten, Unterstützung durch Rudolf Heß. Dieser schuf im Jahre 1933 einen „Volksdeutschen Rat“, der für alle volksdeutschen Aufgaben verantwortlich sein sollte und unter dem Vorsitz von Prof. Karl Haushofer stand. Geschäftsführer wurde Dr. Steinacher vom VDA, und eines der Vorstandsmitglieder wurde Robert Ernst. Der „Volksdeutsche Rat“, dem die Zusammenfassung der volksdeutschen Arbeit zuerkannt worden war, verschwand 1937 sang- und klanglos in der Versenkung.

An seine Stelle trat die „Volksdeutsche Mittelstelle“ unter der Leitung des SS-Obergruppenführers Lorenz. Es hieß, den politischen Einfluß Dr. Ernsts weit überschätzen und verkennen, wenn man die Ansicht verträte, daß er gegen den Einfluß der maßgebenden SS-Kreise auch nur das Geringste hätte erreichen können. Die „Volksdeutsche Mittelstelle“ unter Lorenz und seinem Stabsleiter Behrends war fest in der Hand der SS und duldete keine selbständige Tätigkeit ihr angeschlossener oder außenstehender Verbände. So wurde die Arbeit des „Volksdeutschen Klubs“, dessen Vorsitzender Robert Ernst war, immer mehr eingengt. Man löste ihn nicht auf, beschnitt aber jede Arbeit über die Grenzen des Reiches hinaus.

So konzentrierte Dr. Ernst seinen Arbeitseifer hauptsächlich auf seine engeren Landsleute. Er faßte sie in einer einzigen Organisation, dem „Bund der Elsaß-Lothringer im Reich“ zusammen. Er übernahm den Vorsitz dieser Vereinigung und suchte mit viel Geschick und Tatkraft, den Bund durch die Fährnisse der Zeit hindurchzubringen. In keiner Weise hat er beim personellen Umbau der einzelnen Vereine Nichtnationalsozialisten abgebaut und durch seine Personalpolitik oder sachliche Arbeit Schrittmacherdienste für die Partei oder ihre Gliederungen geleistet. Hierfür ist ebenso der Beweis zu erbringen wie für Ernsts Tätigkeit im „Bund Deutscher Westen“, der Vereinigung westdeutscher Landsmannschaften, deren stellvertretender Vorsitzender er wurde. Auch während dieser Zeit hat er das Wesentliche seiner Arbeit in der Aufklärung

über Volkstumsfragen an und jenseits der Westgrenze des Reiches gesehen und diese Linie strikt eingehalten. Abirrungen in chauvinistische Einstellung hat er ebenso gebremst, wie er allzu resignierender Interesselosigkeit entgegengetreten ist. Auch bei ihm fehlte es nicht an Eingriffen staatlicher und vor allem staatspolizeilicher Stellen. Ernst konnte aber schon damals wie auch später als Oberstadtkommissar von Straßburg manchen seiner Landsleute, die allzu offensichtlich die Partei des Dritten Reiches und deren Methoden ablehnten, vor ernststen Gefahren und Bestrafungen bewahren. Es sei hier nur an die Verhaftung des katholischen Pfarrers Dr. Scheerer erinnert, der verhaftet, aber auf Ernsts dringende Intervention freigelassen wurde und nach Südamerika übersiedeln konnte.

Von Grund auf wurde die Einstellung der deutschen Regierung dem elsässischen Problem gegenüber anders, als der Zweite Weltkrieg ausbrach und Frankreich in kürzester Zeit niedergeworfen wurde. Vorerst stellte das Auswärtige Amt Ernst als Sachverständigen für Elsaß-Lothringen an, nachdem ihn die Luftwaffe, zu der er bei Beginn des Krieges eingezogen wurde, freigestellt hatte. Der Plan des Auswärtigen Amtes ging im Hinblick auf eine mögliche Besetzung Elsaß-Lothringens dahin, die Stellung Dr. Ernsts zu festigen und durch diesen amtlichen Auftrag seine künftige Verwendung in verantwortlich entscheidender Stellung sicherzustellen. Man war überzeugt, daß Ernst auf Grund seiner Kenntnis der Lage in seiner Heimat Fehlentwicklungen verhindern könnte. Eine derartig wichtige und entscheidende Stelle, um diese Fehlentwicklungen zu vermeiden, hat er aber bis zum Zusammenbruch nie bekleidet.

Nach der Besetzung des Elsaß und der Ernennung des badischen Gauleiters und Reichsstatthalters Robert Wagner zum Chef der Zivilverwaltung für das Elsaß begann für Dr. Ernst der vorerst letzte Abschnitt seiner politischen Tätigkeit. Er wurde — nach Rücksprache mit Wagner — von diesem in die ehrenamtliche Stellung eines Generalreferenten für das Elsaß berufen. Ein hochtrabender Titel ohne die geringste Machtbefugnis. Schon in der ersten Aussprache mit Wagner unterstrich dieser nachdrücklich, daß diese ehrenamt-

liche Funktion ausschließlich beratenden Charakter habe. „Um jedes Mißverständnis von vornherein auszuschalten, so bemerke ich (Wagner zu Ernst), daß Ihre jeweilige Stellungnahme Berücksichtigung finden kann, jedoch keineswegs finden muß. Die Interessen des Reiches und des deutschen Volkes sind den besonderen Interessen des Elsaß übergeordnet. Ihre Kritik an getroffenen Entscheidungen und Maßnahmen wird daher ebenfalls nur insofern zu Abänderungen führen können, als die deutschen Gesamtinteressen dies zulassen. Vermeiden Sie jede Bildung einer ‚Nebenregierung‘, da eine solche Entwicklung mich zwingen würde, auf Ihre Mitarbeit, die mir sehr erwünscht ist, zu verzichten. Ein echtes Vertrauensverhältnis zwischen Ihnen und mir ist die Voraussetzung für eine Zusammenarbeit.“

Der Einfluß Ernsts auf Robert Wagner war in der Folgezeit gering, wenn es ihm auch einige Male gelang, ihn vor übereilten Entschlüssen zu bewahren und zur Revision von Urteilen zu veranlassen. Wagner gehörte zu den Menschen, die sich an vorgefaßte Urteile und Methoden binden, vor allem war er absolut abhängig von Hitlers Willen und Meinung. So fiel es ihm schwer, sich überhaupt von seinen Mitarbeitern beraten zu lassen und sich eigene Urteile zu bilden. Das bekam Ernst immer mehr zu spüren. Die Auffassung verschiedener Kreise, Ernst hätte gegen Wagners Entscheidungen und Pläne aufbegehren oder sogar, in Verbindung mit anderen Staats- und Parteistellen, ankämpfen müssen, verkennt vollkommen die Stellung Ernsts — aber auch die Wagners. Wagner hatte das uneingeschränkte Vertrauen Hitlers — und dagegen waren selbst die Kreise um Himmler machtlos. Das, was Ernst in der Stellung eines Generalreferenten für seine Landsleute er-

reicht hat, ist nicht hoch genug anzuschlagen. Nie hat er sich versagt, wenn vertretbare menschliche Belange auf dem Spiel standen.

Auch in seiner hauptamtlichen Stelle als Oberstadtkommissar von Straßburg konnte Ernst nicht schalten und entscheiden, wie er wollte. De facto war er in die Verwaltung eingebaut und hatte Entscheidungen ihm übergeordneter Stellen auszuführen wie jeder andere Oberbürgermeister im Reich auch. Als einziges legales Mittel, ihm nicht genehme oder nicht vertretbare Entscheidungen zu umgehen, wäre ihm der Rücktritt möglich gewesen.

Ernst berichtet selbst, warum er nicht zu diesem Mittel gegriffen hat: „Ich werde mir nie vorheucheln, daß ich von diesem Mittel ausschließlich aus sachlichen Erwägungen keinen Gebrauch gemacht hätte. Es gibt gewiß Menschen, die von persönlichem Ehrgeiz völlig frei sind. Ich war es nicht. Aber wenn ich dies offen zugebe, so halte ich mich doch auch für berechtigt, festzustellen, daß mich sachliche Erwägungen mehr beeinflußt haben als persönlicher Ehrgeiz, wenn ich in den Jahren 1940—45 in meiner Stellung blieb. Ich mußte, im begrenzten Rahmen meiner Möglichkeiten, Einfluß in dem jeweils von mir als richtig erkannten Sinne zu nehmen suchen.“

Und für diesen tapferen Entschluß mußten ihm an erster Stelle seine Landsleute dankbar sein. Über das Aufbauwerk in der Stadt Straßburg selbst, das unter seiner Leitung durchgeführt wurde, wird eine spätere Geschichtsschreibung zu urteilen haben.

Dieser Ausgabe der „Zeitschrift für Geopolitik“ liegt
ein Bücherprospekt des Holsten-Verlages
Hamburg bei.

Die in den einzelnen Beiträgen zum Ausdruck kommenden Ansichten decken sich keineswegs immer mit der Meinung der Schriftleitung, zum Teil sind sie ihr entgegengesetzt. Die Schriftleitung fühlt sich verpflichtet, allen Stimmen Gehör zu verschaffen, deren Vorhandensein bei einem Bemühen um Realismus zur Kenntnis genommen werden muß oder die ein wichtiges Gespräch in Gang bringen können. Darüberhinaus enthält der Abschnitt „Freie Aussprache“ genau das, was seine Überschrift sagt.

Verlag: C. W. Leske, Darmstadt / Druck: L. C. Wittich, Darmstadt / Verantwortlich für den Inhalt: Professor Dr. K. H. Pfeffer, Hamburg 36, Gänsemarkt 35 I und Gottfried Griesmayr, Horb a. N., Ihlingerstr. 24 Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 1.

DAS RINGEN UM STÜTZPUNKTE

Um das Weltgleichgewicht von Land- und Seemacht

In der Sowjetunion wird die Beseitigung aller Militärstützpunkte, die ein Staat auf dem Boden eines anderen Landes unterhält, als vordringliche Aufgabe der Weltpolitik bezeichnet. Damit verkünden die Sowjets eine gegen die USA gewandte „Monroe-Doktrin“, indem sie gegen eine „raumfremde Intervention“ polemisieren, ohne die Ausdehnung ihrer eigenen Macht über ihre Grenzen zu Aktionen, die unter diesen Begriff fallen könnten, zu rechnen.

Die von der Zeitschrift für Geopolitik öfter zitierte britische Monatsschrift *The Twentieth Century* begreift in ihrem Juliheft 1955 die sowjetische Forderung geopolitisch. Sie erinnert an die Darlegungen des britischen Geographen Mackinder zu Anfang des 20. Jahrhunderts, der Asien, Afrika und Europa als zusammengehörige Landmasse, als eurasiatische „Weltinsel“, (mit zwei Dritteln der Landoberfläche der Erde) begriff, auf der einst der Beherrscher des zentralasiatisch-osteuropäischen „Herzlandes“ eine Weltmacht errichten werde, die wie die Mongolen des Mittelalters die küstennahen Gebiete im Westen, Osten und Süden unterwerfen werde. Mackinder glaubte, die Deutschen würden sich zu dieser Stellung aufschwingen, und erkannte erst 1943, kurz vor seinem Tode, daß die Sowjetunion auf dem Schlachtfeld von Stalingrad der Verwirklichung seines Traumes viel näher gekommen war.

Er sah im Machtanstieg des „Herzlandes“ eine tödliche Gefahr für die britische Seemacht und fand als einzige Lösung die Übernahme des Schutzes der kleineren „Inseln“ (Amerikas, Großbritanniens, Japans, Südostasiens) durch eine nordatlantische Allianz. Der Referent der britischen Zeitschrift sieht die Verwirklichung des

Lösungsvorschlags von Mackinder im System NATO-SEATO — Pakt zwischen der Türkei und dem Irak — Pakte zwischen den USA einerseits, Japan, Südkorea und Formosa andererseits. Während die sowjetische Landmacht auf ihrem unmittelbaren Übergewicht und der Tätigkeit des Weltkommunismus beruht, kann die Seemacht der äußeren Inseln nur durch das weltweite Stützpunkt- und Bündnissystem der USA erhalten werden.

Nach der Meinung des Referenten (G. F. Hudson) können die kleineren maritimen Staaten ohne amerikanische Hilfe der Landmacht der Weltinsel nicht widerstehen, auf der fünf Sechstel der Erdbevölkerung wohnen. Die amerikanischen Stützpunkte aber sind eine Rückversicherung gegen einen amerikanischen Isolationismus. Dank ihrer Existenz bringt ein sowjetischer Angriff auf einen der „Randstaaten“ die USA automatisch ins Spiel.

So sehr Großbritannien an einer Entspannung in der Welt interessiert ist, so stark ist doch sein Wunsch nach Fortdauer dieser automatischen amerikanischen Garantie, während theoretische Hilfsversprechen gegen einen Aggressor britischerseits nicht besonders zuversichtlich beurteilt werden. Hudson betrachtet die Entspannungsbemühungen der Sowjets im Jahre 1955 als Versuch zur Störung des Weltgleichgewichts. Die USA sollen die Randstaaten opfern, während das Herzland über genügend Geländetiefe verfügt, um sich Rückzüge von der Donau leisten zu können. Es ist damit zu rechnen, daß starke britische Kräfte ihre Anstrengungen darauf richten, Amerika von einer Teilung der Erde, einer Rückkehr zum Isolationismus, einer Aufgabe seiner Stützpunkte abzuhalten.

—ff—

Die österreichische Wirtschaft nach dem Staatsvertrag

So sehr über die Zweckmäßigkeit mancher Staatsvertragsbestimmungen oder ihre Auslegung, über die Bedeutung der Neutralität und über viele andere Fragen in der öffentlichen Meinung des In- und Auslandes diskutiert wird, über zwei Dinge ist man sich zumindest in Österreich im klaren: Einerseits, daß der Staatsvertrag selbst unter Opfern geschlossen werden mußte, um das Land endlich von einer zehnjährigen alliierten Besetzung zu befreien, andererseits, daß auf allen Gebieten des politischen Lebens, vor allem auf dem der Wirtschaftspolitik, weitgehende Rückwirkungen unvermeidlich werden.

Lasten des Staatsvertrages

Österreich übernimmt 34 Erdölfirmer und eine Erdölproduktion im nordöstlichen Niederösterreich, die zu den stärksten in Europa gehört. Der österreichischen Wirtschaft wachsen ferner gegen 400 Unternehmungen des sogenannten USIA-Konzernes zu, unter welchem Titel die Sowjetunion das früher reichsdeutsche oder angeblich reichsdeutsche Eigentum in ihrer Zone zusammengefaßt hat. Etwa 70 000 Angestellte und Arbeiter werden aus einem Bereich in die österreichische Wirtschaft übergeführt, aus dem sie bisher weitgehend herausgelöst, in politischer Hinsicht anders beeinflußt und sogar sozialrechtlich anders gestellt gewesen sind. Österreich übernimmt ferner die Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft (DDSG). Für diese sowjetisch verwalteten Betriebe bezahlt es eine Ablösesumme von weit über 600 Millionen Schilling in Waren an die Sowjetunion.

Die Sowjets fordern „harte“ Waren, also Maschinen und metallische Fertigprodukte; sie wünschen keine Textilien, die Wien angeboten hatte, ein Umstand, der die Finanzen der Donau-Republik strapazieren wird.

Österreich erwartet nach Inkrafttreten des Staatsvertrages noch weitere finanzielle Belastungen; es baut eine Wehrmacht auf, und es übernimmt Fabriken und landwirtschaftliche Betriebe, für die zweifelsohne starke Investitionen notwendig sind. Es wird versuchen, die zurückgebliebenen Ostgebiete des Landes schon im Hinblick auf den Fremdenverkehr zu entwickeln.

Es hat den Verlust von etwa 50 Millionen Dollar jährlich zu tragen, die bisher die Amerikaner für ihre Besatzungstruppen bezahlten; es wird eine nicht unerhebliche, wenn auch wohl vorübergehende regionale Arbeitslosigkeit z. B. in Salzburg zu tragen haben.

In der Stadt Salzburg allein arbeiten über 5000, im Lande gegen 10 000 Personen für die Besatzungsmacht.

Mit Recht sprach daher Per Jacobsson von der Bank für internationalen Zahlungsausgleich von wesentlichen Veränderungen der österreichischen Wirtschaftslage durch den Staatsvertrag und von großen finanziellen Anforderungen. Er unterstrich die Notwendigkeit der Heranziehung von Auslandskapital, wofür freilich kaum andere Länder als die Schweiz und die Niederlande in Frage kommen könnten, und wies ferner – wohl gerade deswegen – auf die Notwendigkeit einer soliden Währungs- und Finanzpolitik sowie der Anerkennung des Grundsatzes des Privateigentums hin.

Finanzierungssorgen

Die maßgeblichen österreichischen Staatsmänner sind der Meinung, daß die Staatsvertragslasten ohne Steuerhöhung aus dem ordentlichen Budget, Staatsanleihen und Auslandskrediten getragen werden können. Hinsichtlich des letzteren Punktes, der wohl wesentlich werden wird, treffen sie sich mit dem schwedischen Bankmann. Mit den Budgetüberschüssen der beiden letzten Jahre, mit der aktiven Zahlungs-, ja sogar aktiven Handelsbilanz dürfte es ein Ende haben. Dennoch glauben die Regierungspolitiker an die Fortdauer der Konjunktur und der Stabilität. Staatssekretär Dr. Bock, Aspirant auf den Handelsministerposten, nannte sogar alle Warner „Konjunkturmiesmacher“.

Mit einer Verwaltungsreform ist nicht zu rechnen. Denn die Eigenart der „Proportzführung“ des österreichischen Staates bringt es mit sich, daß die beiden Regierungsparteien, ÖVP und SPÖ¹⁾, die Einflußsphäre des Partners garantieren, um die eigene halten zu können. Die unausbleibliche Folge ist die Überbesetzung im Beamten- und Behördenapparat.

Seit der Unterzeichnung des Staatsvertrages ist bereits eine Kreditverknappung eingetreten, die erfahrungsgemäß die kleinen Wirtschaftskörper zuerst betrifft. Mitte Mai hat der Generalrat der Österreichischen Nationalbank beschlossen, den Diskontsatz von 3,5⁰/₀ auf 4,5⁰/₀ zu erhöhen.

Österreich wies 1954 eine aktive Zahlungs- und Handelsbilanz auf. Diese Tatsache war unter anderem auf eine starke Erhöhung der Produktion (etwas über 200⁰/₀ des Jahres 1937) und auf eine nur zögernde Durchführung der Liberalisierungsmaßnahmen zurückzuführen. Österreich befreite die Einfuhren langsamer von Beschränkungen, als dies viele seiner Handelspartner taten, so daß unsere Wirtschaft mindestens ein Jahr lang wesentlich mehr jenseits der Grenzen absetzen konnte, als von dort ins Land kam.

Im Herbst 1954 endete die Aktivität der Zahlungs- und Handelsbilanz. Die letzten fünf Monate des vergangenen Jahres ergaben ein Defizit von 1100 Millionen Schilling, das erste Vierteljahr 1955 sogar ein solches von fast 1500 Millionen Schilling. Hinsichtlich der Zahlungsbilanz sei für den Bereich der Europäischen Zahlungsunion auf die Monatsabrechnungen der BIZ hingewiesen, wo in den letzten Monaten ein Gesamt-Defizit von über 2 Milliarden Schilling verzeichnet wurde. Der an sich starke, im Oktober 1954 auf einen noch nie erreichten Höchststand angewachsene Devisenbestand der Österreichischen Nationalbank ist inzwischen um 15⁰/₀, also etwa 1½ Milliarden Schilling, gesunken.

Bilanz des Staatsvertrages

In diese rückläufige Entwicklung stoßen die Auswirkungen des Staatsvertrages hinein. Positives steht Negativem gegenüber. Durch den Zuwachs der USIA-Unternehmungen erhöht sich Österreichs Produktionskraft. Bisher haben diese Firmen hauptsächlich durch das Loch an der Ostgrenze ohne Kontrolle exportiert.

Die USIA ist jedoch maschinell vielfach zurückgeblieben, und die in den letzten Jahren in einige Betriebe eingebrachten neuen Maschinen werden vermutlich von den Russen demontiert oder wenigstens zurückverlangt werden²⁾.

¹⁾ Österreichische Volkspartei und Sozialistische Partei Österreichs.

²⁾ Das ist bereits weitgehend geschehen oder noch im Gange

Die Produktionskraft dieser Unternehmungen unterschreitet fraglos die Reparationsverpflichtungen. Diese betragen 150 Millionen Dollar während sechs Jahren. Gemäß § 6 des Artikels 22 wird die erste Vierteljahresrate bereits am 1. September 1955 zu leisten sein, und zwar 160 Millionen Schilling in Waren; es ist kaum anzunehmen, daß für diese ersten Lieferungen bereits die USIA-Unternehmungen wesentlich herangezogen werden können.

Die österreichische Wirtschaft war durch Jahre nach 1947 daran gewöhnt, auf der Importseite durch ERP-Hilfe gestärkt zu werden. Nun wird sie stattdessen auf der anderen, der Exportseite, durch laufende Lieferungen nach der UdSSR ohne Gegenseitigkeit geschwächt. Dabei haben diese Reparationen auch eine belastende Bedeutung auf der Importseite – die Einfuhr der Rohstoffe und Halbfabrikate, die gebraucht werden, erscheint in der österreichischen Handelsbilanz, nicht aber die Reparationslieferungen auf den Exportlisten. Mit Schwierigkeiten bei der Materialbeschaffung, mit Engpässen auf dem Arbeitsmarkt – der mit über zwei Millionen Lohnempfängern eine Rekordhöhe seit Bestehen der Republik erreicht hat –, mit der daraus resultierenden Tendenz zu Preis- und Lohnerhöhungen wird ebenfalls zu rechnen sein.

Die Warenlieferungen an die Sowjetunion werden aus dem Budget oder aus dem Erlös von Anleihen bezahlt werden müssen. Überdies dürften keine zusätzlichen Produktionskapazitäten im Lande mehr geschaffen werden, da es hierfür an Menschen, an Kapital und an Material mangelt. Optimisten meinen allerdings, daß diese Lieferungsverpflichtungen – betrachtet man etwa den Export des ersten halben Jahres 1955 – nicht mehr als $\frac{1}{20}$ der Gesamtausfuhr Österreichs betragen und damit erträglich sind; das Beispiel Finnlands – allerdings unter anderen Verhältnissen und in der härteren Zeit nach 1945 – beweist freilich, daß die Sowjetunion als Empfänger von Reparationen unnachgiebig ist. Sie hat der Wiener Regierung bereits eine vorläufige Liste vorgelegt, die neben Metallen, feinmechanischen Instrumenten, Maschinen für die Holz- und Papiererzeugung, Starkstromkabel auch Textilien und Zuchtvieh umfaßt.

Neuer Osthandel

Es bleibt noch völlig offen, ob die Entwicklung des normalen Osthandels, der auf einen Bruchteil des seinerzeitigen – vor allem mit den Donauländern – gesunken ist, nunmehr eine Ausweitung erfahren wird. Ist dies der Fall und kann Österreich wirklich zur Drehscheibe des Transithandels werden, dann hat der Staatsvertrag positive Wirkungen, deren Ausmaß noch nicht abgeschätzt werden kann. Zweifellos wird man, um die Möglichkeiten des Osthandels zu verstärken, mit amerikanischen Stellen verhandeln müssen. Denn hierfür ist die Lockerung der Embargobestimmungen notwendig, um einen größeren Spielraum für die Aufstellung der Warenlisten für die Sowjetunion und ihre Verbündeten zu haben.

Dazu kommen schließlich Werte, die Auslandösterreichern in den Staaten des Südostens gehören und die rückgestellt oder entschädigt werden müssen. Man beziffert sie mit 8 Milliarden Schilling, also einem Drittel des gesamten österreichischen Jahresbudgets. Bisher hatten diese Staaten eine harte Hand in der Einziehung des österreichischen Auslandsvermögens und Nichtanerkennung der Rechte der Eigentümer, obwohl keinerlei Rechtsgrund für diese Enteignungen vorlag, außer

hinsichtlich Jugoslawiens, wo Österreich nunmehr im Staatsvertrag auf die Werte seiner Staatsangehörigen ausdrücklich verzichtet hat.

Haben wir also auf der Aktivseite des Staatsvertrages die Hoffnung auf eine Verstärkung der Ostgeschäfte, die Rückgabe des österreichischen Auslandsvermögens und die Übernahme der USIA-Betriebe zu buchen, so stehen doch auf der Passivseite die großen Warenlieferungen nach Osten und der ungewisse, wohl stark investitionsbedürftige Zustand der übernommenen, bisher sowjetisch geführten Unternehmungen. Nicht anders verhält es sich bei den Fragen der Schifffahrt, wo einerseits eine Abschlagssumme zu leisten ist, andererseits die Vermögenswerte der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft – nämlich Hafenanlagen, Liegenschaften und auch einige Schiffe sowie die moderne Werft in Korneuburg – zurückgestellt werden.

Auch beim Erdöl kann man von Licht und Schatten sprechen. Die Konzessionen gegenüber dem ursprünglichen Staatsvertragsentwurf (Anrecht auf 60% der Förderung durch 30 Jahre, Schürfrechte und Ausbeutungsrecht auf den neun fündigen Feldern durch 25 Jahre) waren hier sehr groß. Freilich bedeutet die übrig gebliebene Lieferungspflicht von 12 Millionen Tonnen noch immer eine starke Belastung; die sehr unterschiedlichen Berechnungen der Produktionskapazität sprechen von einem Drittel bis zur Hälfte der gesamten Erdölförderung in Österreich. Da diese dem Land bisher überhaupt nicht zur Verfügung stand, kann man hier zweifellos von einem Aktivposten sprechen. Die Befürchtung, die Ausbeute würde unter die lieferungspflichtige Menge sinken, so daß Österreich Öl anderwärts kaufen müßte, um sein Soll an die UdSSR zu erfüllen, wird von Fachleuten nicht geteilt.

Fast wäre der Staatsvertrag nicht unterzeichnet worden, weil sich die Sowjets weigerten, die amerikanischen und westeuropäischen Konzessionsberechtigten an der österreichischen Erdölgewinnung zu entschädigen. Eine Einigung kam erst zustande, als Österreich sich bereit erklärte, die westlichen Ansprüche zu befriedigen. Es steht zu hoffen, daß mit Hilfe einer Anleihe und im Einvernehmen mit dem Westen die Erdölindustrie Österreichs reorganisiert werden kann.

Die Unkosten der Wehrmacht

Es würde zu weit führen, das Kapitel Wehrmacht mehr als nur zu streifen. Wenn man bedenkt, daß die Tschechoslowakei im Jahre 1955 einen Wehretat erstellt hat, der allein größer ist als das gesamte österreichische Budget, und daß Ungarn etwa eine der Hälfte des österreichischen Budgets entsprechende Summe für seine Armee ausgibt, so begreift man, welchen Belastungen Österreich ausgesetzt wäre, wenn es seiner verteidigungsfähigen Neutralitätspflicht getreu eine entsprechende Wehrmacht aufstellen würde.

Nach einer „Milchmädchenrechnung“ – sie haben meist die Eigenschaft, ziemlich richtig zu sein – kosten 10 000 Soldaten rund 1 Milliarde Schilling. Vermutlich wird man nur eine kleine Armee aufstellen und in das Budget nicht mehr als 2 Milliarden für diesen Zweck einbauen können – $\frac{1}{15}$ des CSR-Militärbudgets also.

Immerhin wird auch dieser Betrag wirtschaftliche Rückwirkungen nach sich ziehen. Waffenkäufe im Ausland werden die Bilanz belasten, Lizenzerzeugungen für leichte Waffen im Inland die Produktionsmöglichkeiten, die freilich schon stark ausgeschöpft sind, befruchten.

Westeuropa und die österreichische Wirtschaft

Da Österreich – bereits seit Gründung – Mitglied der Europäischen Zahlungsunion und des OEEC ist, werden die wirtschaftspolitischen Veränderungen durch die Gewinnung der vollen Handlungsfreiheit den anderen westeuropäischen Staaten gegenüber nicht sehr ausschlaggebend sein.

Der „Plan von Messina“, dem Markt für Stahl und Kohle einen solchen für die Energiewirtschaft, das Transportwesen und die Entwicklung von Atomkraftwerken beizugesellen, berührt die österreichische Wirtschaft nur am Rande. Angesichts der Neutralität wird Österreich an der militärischen Ausbeutung der Atomenergie nicht teilnehmen können.

Im intereuropäischen Transport- und Energiewesen arbeitet Österreich dagegen, durch die Alliierten nicht gehemmt, seit langem in führender Position mit. Auch einer Aufnahme in die Montanunion stünde das Neutralitätsstatut in der Auslegung, die man ihm in Wien gibt, nicht entgegen. Hieraus könnte sich natürlich eine recht positive Rückwirkung für seine Stahl- und Eisenindustrie ergeben.

Österreich und die Bundesrepublik Deutschland

Über das westdeutsche Eigentum in Österreich ist eine besondere Betrachtung notwendig. Außerdem ist die Lösung dieses äußerst vielschichtigen und heiklen Komplexes erst nach Abzug der Besatzungstruppen aus Österreich denkbar. Soviel jedoch sei hier bemerkt, daß ein Abbruch der westdeutsch-österreichischen Handelsbeziehungen und die Wiedereinführung der 1000-Mark-Sperre nur von unverantwortlichen Elementen in beiden Ländern diskutiert werden kann.

Es liegt im Interesse Österreichs und der Bundesrepublik, eine faire Lösung der Frage zu finden; eine solche ist möglich, wenn beide Seiten guten Willen zeigen. Dann ist es auch sicher, daß die Wirtschaftsbeziehungen der beiden Länder, die durch so viele enge Bande verknüpft sind, nach Inkrafttreten des Staatsvertrages verstärkt werden können.

DIE UNRUHE DER FLÜCHTLINGE

Der Entwurf des österreichischen Staatsvertrages, den der Wiener Bundeskanzler aus Moskau mitbrachte, enthielt in seinem Artikel 16 eine Bestimmung, die eine Rückführung der Flüchtlinge aus osteuropäischen Staaten, soweit sie in Österreich Zuflucht gesucht haben, in ihre Heimat vorsah. Obwohl im endgültigen Staatsvertrag, der in Wien unterzeichnet wurde, dieser Artikel gefallen ist, hat sich die Unruhe bei den Flüchtlingen aus Osteuropa nicht gelegt, wenigstens soweit sie nicht deutscher Sprach- und Volkszugehörigkeit sind. Die Sprecher der verschiedenen nationalen Gruppen streben danach, ihren Landsleuten, einschließlich der sonst von der Auswan-

derung ausgeschlossenen Alten, Kranken und Körperbehinderten, die Einreise in die USA zu ermöglichen. Sie fühlen sich nicht mehr sicher, wenn einmal die westlichen Besatzungstruppen aus Österreich abgerückt sind. In zweiter Linie denken die Kroaten, Madjaren und Russen an eine Übersiedlung in die westdeutsche Bundesrepublik, die Polen und Serben nach Frankreich. Außerdem sind die Niederlande ein beliebtes Auswanderungsziel. Für die in Österreich Zurückbleibenden werden Arbeitsplätze gesucht, da die von den Besatzungsmächten geschaffenen Arbeitsmöglichkeiten verschwinden. Die Flüchtlinge weisen darauf hin, daß während des Besuches führen-

der Sowjetpolitiker in Wien einzelne ihrer politisch exponierten Landsleute in Schutzhaft genommen wurden, ohne daß der UNO-Flüchtlingskommissar eingreifen konnte. Man sieht mit Sorge, daß die osteuropäischen Staaten an ihre Flüchtlinge in Österreich Flugzettel verteilen lassen, auf denen zum Beispiel steht: „Die Fremde ist eine Stiefmutter, die Heimat ist die Mutter, die ihre Kinder versteht und ihnen verzeiht.“ Umgekehrt empfindet man die Tätigkeit des amerikanischen Senders *Free Europe* in München als eine Aktion, die

möglicherweise der Gesamtheit der Flüchtlinge zur Last gelegt werden könnte.

Die Oberste Kosakische Repräsentation im Exil, München, erinnerte Pfingsten 1955 daran, daß die britische Besatzungsmacht in Kärnten 1945 160 000 Kosaken, 5000 Offiziere (darunter 35 Generale) und rund 35 000 kosakische Flüchtlinge unter Anwendung von List und Gewalt an die Sowjetunion ausgeliefert hat, von deren Händen ein großer Teil den Tod fand, während ein anderer Teil in sibirische Lager kam.

DIE DONAUSCHWABEN

Sehr geehrte Herren!

In den kritischen Bemerkungen, die Sie zu den „Dokumenten zur Geschichte der Donauschwaben 1944–45“ auf Seite 93 des Februarheftes 1955 veröffentlichten, wird auf die falsche Übersetzung des Zeitwortes *istupiti*, Iterativ-Form *istupati*, hingewiesen, die nach Meinung des Rezensenten „absichtlich oder aus unschuldiger Fahrlässigkeit“ erfolgt ist.

Jeder, der Serbokroatisch spricht, wird bestätigen, daß man *istupiti* nur mit „auftreten, hervortreten, in Erscheinung treten, sich hervortun“ übersetzen kann. Hätte der Gesetzgeber im Zeitwort auch etwas davon ausdrücken wollen, was der Rezensent an „Bekennnishaftem“ aus dem Originaltext herauslesen will, wären ihm dafür Zeitwörter wie *izjasniti se*, *priznati se* zur Verfügung gestanden. Die vom Rezensenten beargwöhlte „Umsetzung durch Übersetzung“ wäre genau dann gegeben, wenn man *istupiti* mit „bekennen“ übersetzen würde. „Wenn übersetzt wird, sollte diese Übersetzung zutreffend sein“, fordert er, und wir müssen dieser Forderung entgegenhalten: „Wenn kritisiert wird, muß die Kritik sachkundig sein!“

A. K. Gauß

Antwort des Rezensenten

Die Übersetzung von *istupati* lautet: her-austreten, in Erscheinung treten als..., jedoch nicht: sich hervortun. Hätten die serbischen Gesetzgeber auf „sich hervortun“ abstellen wollen, wie Gauß in seiner Übersetzung meint, so hätten sie sicher

istakputi se gewählt. Es besteht nach der Ansicht eines hervorragenden ehemaligen jugoslawischen Juristen kein Zweifel darüber, daß die Gesetze alle Deutschen treffen sollten, die 1944/45 deutsch waren, und nicht bloß diejenigen, die sich „exponiert“ (hervorgetan) hatten.

Die von Gauß in Zeile 11 genannten Verben sind übrigens auch nicht ganz korrekt gebraucht, außerdem kommen sie im Gesetzestext nicht vor.

Gegenantwort des Einsenders

Auf die Stellungnahme des Rezensenten kann ich sachlich nicht recht eingehen, weil er an meiner Stellungnahme vorbeiredet. Das Zeitwort *istakputi* gibt es im Serbokroatischen überhaupt nicht. Meine Hinweise sind an Hand des Wörterbuches von Vuk-Karadzic gegeben worden, ich wüßte nicht, wieso sie nicht „korrekt“ gebraucht worden sein sollen. Der Rezensent hat in das Zeitwort *istupati* etwas von „Bekennnishaftem“ hineinlesen wollen. Das war doch der Ausgangspunkt seiner kritischen Bemerkungen.

Übrigens darf ich noch darauf verweisen, daß die in den „Dokumenten“ gebrachte Übersetzung des *Avnoj*-Textes von Oberlandesgerichtspräsidenten Dr. Neuner stammt, der ebenfalls als hervorragende juristische Autorität bezeichnet werden muß.

Die neueren Einwände des Rezensenten überzeugen sachlich in keiner Weise und sie entkräften das, was ich bereits durchgegeben habe, nicht.

Alliierte Baumaßnahmen in Rheinland-Pfalz

Mit der Beendigung des Besatzungsregimes am 5. 5. 1955 hörte die Requisition von Land für Zwecke der alliierten Streitkräfte nach dem Besatzungsstatut auf, sie ist mit der Gewinnung der Souveränität eine deutsche Angelegenheit. Diese Tatsache gibt Veranlassung, einen Überblick über die bisherigen Auswirkungen der alliierten Baumaßnahmen auf die Struktur des Raumes im Lande Rheinland-Pfalz zu geben, das besonders zahlreiche Anlagen zur Verteidigung von Westeuropa aufzunehmen hatte. Die Ermittlungen beziehen sich auf die Auswirkungen alliierter Maßnahmen, welche die wirtschaftliche, die verkehrsmäßige und die soziale Struktur des Landes betreffen.

In der nebenstehenden Skizze von Rheinland-Pfalz sind diejenigen Räume durch entsprechende Ortsbezeichnungen gekennzeichnet, die sich als Schwerpunkte alliierter Baumaßnahmen besonders hervorheben.

In den ersten Nachkriegsjahren beschränkten sich die Requisitionen der französischen Besatzungstruppen im wesentlichen auf die Inanspruchnahme ehemaliger deutscher Wehrmachtsflächen und auf die Beschlagnahme von Wohnungen, Wohnhäusern, Hotels, Gaststätten, Garagen und einigen gewerblich genutzten Räumen. In einzelnen Fällen wurde die Mitbenutzung nicht voll in Anspruch genommener Objekte durch deutsche Eigentümer zugestanden.

Mit der Unterbringung amerikanischer Streitkräfte in Rheinland-Pfalz trat jedoch ein starker Wandel ein. Rheinland-Pfalz ist (z. Z.) im wesentlichen von amerikanischen und französischen Streitkräften belegt.

Im Rahmen der westeuropäischen Verteidigung entstanden zunächst im Bereich vorhandener Truppen- und Standortübungsplätze neue Kasernen, Lazarette und zahlreiche Wohnungen in geschlossenen Siedlungen mit Schulen, Kirchen, Einkaufszentralen, Sport- und Spielplätzen, Casinos u. a., die von den meist aus Übersee kommenden Familien der Besatzungstruppen belegt sind.

Munitionslager, Flugplätze mit Nebenanlagen u. a. nehmen erhebliche land- und forstwirtschaftlich genutzte Flächen in Anspruch, wie die nachstehende Zusammenstellung zeigt.



¹⁾ Vgl. Joh. Wiegand: „Die Rote Zone“ im Lande Rheinland-Pfalz, Geopolitik, H. 4, April 1952.

**Das von den Besatzungsmächten
in Rheinland-Pfalz in Anspruch genommene Gelände**
(Stand: 1. 1. 1955)

Gesamtfläche der in Anspruch genommenen Grundstücke ha	Hiervon von der früheren Wehrmacht in Anspruch genommen ha	Mithin von der Besatzungsmacht m e h r in Anspruch genommen ha	
40 849,46	16 481,83	24 367,63	
100%	40,3%	59,7%	
von der m e h r in Anspruch genommenen Fläche entfallen auf			
landwirtschaftl. genutzte Fläche ha	Wald ha	Ödland ha	Bauland usw. ha
5 677,39	17 739,84	264,44	685,96
23,3%	72,8%	1,1%	2,8%

Wenn auch die rund 41 000 ha großen Grundstücke nur 2,06% des gesamten Grund und Bodens von Rheinland-Pfalz umfassen, so darf doch nicht übersehen werden, daß häufig aus militärischen Erwägungen vielerorts wertvolles, ebenes Ackergelände beschlagnahmt wurde und zum Teil noch nicht hieb reife Waldbestände requiriert und abgetrieben werden mußten. Zwar wurde versucht, diese Lasten möglichst so zu verteilen, daß die Land- und Forstwirtschaft keine allzu großen Einbußen erlitt; doch blieben zahlreiche Härtefälle übrig, die nur im Laufe von Jahren durch Betriebsumstellung gemildert und zum geringen Teil durch Umsiedlung in einen benachbarten Raum bereinigt werden können. Das Ausmaß der Landinanspruchnahme wird durch folgende Zahlen besonders verdeutlicht:

- 2 998 Betriebe hatten durch Requisition Einbuße an land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundstücken
- 2 485 Betriebe verloren bis zu 25% ihrer Betriebsflächen
- 417 Betriebe bis 50%.

Auf Betreiben der Landesregierung meldeten sich 32 Betriebe für die Umsiedlung. Von den 12 angekauften Ersatzhöfen wurden bisher 2 von durch Requisition ruinerten bäuerlichen Betrieben belegt. 2 weitere Ersatzhöfe werden in Kürze bezogen.

Auswirkung auf die Landwirtschaft

Die vorgenannten Zahlen zeigen, daß die Landwirtschaft durch Requisitionen für alliierte Zwecke stark beeinträchtigt wird, dabei ist sie in ausgedehnten Gebieten des Landes ohnehin sanierungsbedürftig. Durch die fortgesetzte Realteilung wurde die

ungesunde Zersplitterung des Bodens gefördert, so daß ein großer Teil der bäuerlichen Betriebe dicht an der Grenze einer selbständigen Ackernahrung liegt. Die Folge ist ein gedrückter Lebensstandard, vor allen Dingen in den höher gelegenen, klimatisch ungünstigen Gebieten der Eifel, des Hunsrücks und des Westerwaldes. In manchen Gebieten überwiegt die nebenbetriebliche Landwirtschaft; den zusätzlichen Erwerb bietet hier die Arbeit im Forst und die Tätigkeit in öffentlichen Diensten oder die Arbeit in Industrie und Gewerbe.

Das Ausmaß der Requisitionen landwirtschaftlich genutzter Böden ist ernster zu werten, weil mittlere und kleine landwirtschaftliche Betriebe überwiegen und schon eine flächenmäßig kleinere Landinanspruchnahme die Existenz unmittelbar gefährdet. Zahlreiche Betriebe wurden in ihrer wirtschaftlichen Struktur dadurch geschädigt, daß ihnen die Futtergrundlage auf nahe gelegenen Grundstücken verloren ging.

Zu erwähnen sind noch Folgen, die sich bei alliierten Maßnahmen im Gestattungsrecht zeigen, indem die zeitweilige Benutzung von Gelände für Übungs- und Manöverzwecke eingeräumt wurde. Leider entstehen hierbei vielfach erhebliche Schäden an Kulturen, vor allen Dingen durch schwere Fahrzeuge, z. B. Panzer und Artillerie. Außerdem wird der Ablauf der landwirtschaftlichen Arbeit dadurch gestört, daß Sicherungsbereiche von Schießständen zeitweilig nicht betreten werden dürfen. Landwirtschaftliche Grundstücke wurden durch Requisitionen unwirtschaftlich zerschnitten, so daß ihre Nutzung erst nach Umlegung möglich ist.

Bei der Anlage von Flugplätzen wurde zunächst angenommen, daß die hart betroffenen Betriebe sich recht bald zu einer völligen Umsiedlung entschließen würden, die durch den Ankauf der 12 Ersatzhöfe durch die Landesregierung vorbereitet worden ist. Ein großer Teil der umsiedlungswilligen Bauern nimmt jedoch zunächst noch eine abwartende Haltung ein. Dies liegt wohl zum Teil an den guten Verdienstmöglichkeiten, welche die Baumaßnahmen für den Bauern und seine Söhne und Töchter im Gefolge haben, zum Teil an dem Wunsch, den Ablauf der militärischen Folgemaßnahmen (z. B. Wohnungsbau) und ihre Auswirkungen abzuwarten. Nur so ist die Zurückhaltung der von der Requisition stark betroffenen bäuerlichen Familien zu verstehen.

Zunächst wurde der Verlust an landwirtschaftlichem Gelände durch laufende Pachtzahlungen gemildert, wobei nicht gesagt werden kann, ob diese Einnahmen für die Umstellung des restlichen Betriebes auf eine produktivere Bearbeitung verwendet werden. Auch werden von den im bäuerlichen Familienbetrieb nicht voll ausgelasteten Söhnen und Töchtern die günstigsten Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten an den Großbaustellen oder in den alliierten Haushaltungen genutzt. Hier werden höhere Löhne gezahlt, als sie der bäuerliche Betrieb selbst abwerfen konnte.

Diese Feststellungen bestätigen leider, daß das innere Gefüge des Bauerntums in den Schwerpunkten der Besatzungsbauten gelockert und gefährdet ist.

Auswirkungen auf die Forstwirtschaft, die Landeskultur, Wasserwirtschaft und auf volkswirtschaftlichem Gebiet

Rund 18 000 ha Wald wurden in Anspruch genommen, das sind 72,8% der gesamten in Anspruch genommenen land- und forstwirtschaftlich genutzten Flächen (ausgenommen die früheren Wehrmachtsflächen). Davon entfallen auf Staatswald

rund 6,6%, Gemeindewald 1,3% und Privatwald 0,5%. Die Landesregierung nahm bei Überprüfung der alliierten Landforderungen, bei der die Landesplanung die raumplanerischen Begutachtungen abzugeben hatte, weitgehend Rücksicht auf den Gemeinde- und Privatwald, der im Haushalt dieser Körperschaften eine stetige, kaum entbehrliche Einnahme darstellt.

Wenn auch die Auswirkungen nicht sofort in Erscheinung treten, so sind doch bei großflächigen Rodungen erheblich nachteilige Auswirkungen auf die Landeskultur zu erwarten. Die Fruchtbarkeit landwirtschaftlicher Böden wird durch die Senkung des Grundwasserspiegels gemindert, die Frost- und Windgefahr durch Abtrieb von Waldbeständen beträchtlich verstärkt. Schon geringe klimatische Verschlechterungen können sich in den weinbautreibenden Zonen des Mosel- und Rheintales nachteilig auswirken.

Die zivile Wasserversorgung wurde durch den sehr großen Bedarf der Alliierten nach dem Bau eigener Gewinnungsanlagen in einigen Standorten gefährdet, indem die Ergiebigkeit der alten Brunnen so stark nachließ, daß neue Wassergewinnungsanlagen zur Sicherung des Bedarfs der eigenen Bevölkerung erstellt werden mußten. Nicht nur die Wasserversorgung, sondern auch die Abwasserbeseitigung verursachte dort beträchtliche Schwierigkeiten und gab Anlaß zu Beschwerden der betroffenen Gemeinden, in denen die Entwässerung von großflächigen alliierten Anlagen, z. B. Flugplätzen, nicht von vorneherein umfassend geprüft und entsprechende Erweiterungen der vorhandenen Vorfluter usw. geplant und durchgeführt wurden.

Der Bedarf an elektrischer Energie stieg mit der Durchführung der alliierten Maßnahmen sprunghaft an, der vielfach durch den Bau eigener Anlagen sichergestellt wurde. Z. B. wurden im Jahre 1951 eigene Überlandleitungen gebaut oder bestehende Anlagen so verstärkt, daß dem erheblichen Mehrbedarf Rechnung getragen werden konnte. Die Ausgaben allein für dieses Programm beliefen sich auf 20 Millionen DM. Auch auf dem Gebiet der Gasversorgung wurden bei den alliierten Baumaßnahmen, insbesondere bei den Wohnsiedlungen, ebenfalls zur Deckung des gesteigerten Bedarfs durch die Besatzungshaushaltungen, Erweiterungen der bestehenden Ortsnetze und die Neuanlegung von Druckleitungen erforderlich.

Auf die nachteiligen volkswirtschaftlichen Auswirkungen wurde bereits hingewiesen. Erfahrungsgemäß werden Entschädigungsbeträge für entgangene Nutzung oder für Requisitionen von den Betroffenen schnell verwirtschaftet, und in späteren Jahren fehlen entsprechende Einnahmen.

Die Beschäftigung des Kleinbauern wintertags im Wald wird unterbunden, und so geht die – wenn auch kleine – Erwerbsquelle für die ländliche Bevölkerung verloren. Auch konnte beobachtet werden, daß der Fremdenverkehr die Zonen mit allzu starker Belegung durch alliierte Truppen meidet.

Die Planungen in Städten und Gemeinden wurden durch militärische Maßnahmen, die sich innerhalb der Stadtgebiete abspielten, vielfach dadurch gestört, daß Bauflächen für zivile Wohnungsbauvorhaben den Alliierten abgetreten werden mußten oder daß geplante Industrieflächen für alliierte gewerbliche Einrichtungen requiriert wurden. Jedoch konnte, vor allen Dingen in letzter Zeit, auf dem Verhandlungswege weitgehend ein Ausgleich der militärischen und zivilen Belange erreicht werden.

Auswirkungen auf den Verkehr²⁾

Mit dem Einrücken der amerikanischen Streitkräfte und dem Ausbau der Garnisonen und sonstigen militärischen Anlagen entwickelte sich ein sehr großer zusätzlicher militärischer Verkehr, der sich vielfach auf zu schmalen, unzureichend ausgebauten Straßen mit vielen unübersichtlichen Ortsdurchfahrten abspielen mußte. Der Verschleiß der Straßendecken war ungewöhnlich hoch, so daß sich die Alliierten entschlossen, beträchtliche Mittel für den Ausbau des Wegenetzes auszuwerfen, das überwiegend ihre Verkehrsbelange berücksichtigte.

So wurden umfangreiche Verkehrsverbesserungen, auch abschnittsweise Straßenneubauten, vornehmlich an Bundesstraßen und Landstraßen erster Ordnung durchgeführt, die auch die zivilen Interessen weitgehend berücksichtigten. In vielen Fällen wurde durch den Bau von Umgehungsstraßen der Verkehr flüssiger gestaltet, und so wurden Städte und Dörfer von zahlreichen Gefahrenpunkten befreit.

Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt

Mit Befriedigung darf festgestellt werden, daß mit dem Beginn der umfangreichen Bauarbeiten für alliierte Zwecke die Arbeitslosigkeit stetig zurückging und alle nur irgendwie einsatzfähigen Arbeitslosen Beschäftigung fanden. Zeitweilig war der Bedarf an Baufacharbeitern so groß, daß manche Firmen gezwungen waren, Arbeiter aus weit entlegenen Gebieten heranzuziehen.

Wenn auch zunächst überwiegend auswärtige Firmen im Rahmen des von den Amerikanern geförderten Generalunternehmersystems Träger der größeren Bauvorhaben waren, so konnten auf Betreiben der heimischen Wirtschaft nach und nach hiesige Firmen mit alliierten Aufträgen bedacht werden. Die Wirtschaft einschließlich des Transportgewerbes hat sich in Rheinland-Pfalz auch infolge der Besatzungsmaßnahmen gut entwickelt; die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist nicht nur stabil, sondern sie zeigt eine stetig sich aufwärts entwickelnde Tendenz.

Bevölkerungszuwachs und Wohnungsfrage

Genaue Zahlen über den zugewanderten alliierten Bevölkerungsanteil sind im Augenblick nicht zu erhalten. Immerhin geben die 9349 neu errichteten Wohnungen für Besatzungsfamilien einen ungefähren Anhalt über die z. Z. in diesen Wohnungen sich aufhaltenden alliierten Familien aus Übersee und aus Frankreich.

Neben den in den militärischen Anlagen stationierten Truppeneinheiten sind die deutschen Arbeitseinheiten und zivilen Arbeiter in den militärischen Anlagen zu nennen, die in großen neu errichteten Wohnsiedlungen untergebracht sind. Die Zahl der Wohnungen für diesen Personenkreis (deutsches Gefolge) und die Altbesatzungsverdrängten (Familien, deren Wohnungen für Zwecke der Besatzung beschlagnahmt wurden) als Neubauten beträgt 5351, so daß die Gesamtzahl der Wohnungsbauten 14 700 ausmacht.

Die in den ersten Jahren der Besatzung beschlagnahmten Wohnungen wurden nach und nach in dem Umfange freigegeben, wie Neubauwohnungen für die Be-

²⁾ Vgl. Joh. Wiegand: Hauptverkehrswege in Rheinland-Pfalz, Entwicklungsplan für das Hauptfernstraßennetz in: Informationen, Institut für Raumforschung, Bonn, Heft Nr. 20—21/55 v. 14. Mai 1955.

satzung fertiggestellt wurden. Die Landesregierung förderte solche Maßnahmen besonders gern durch Bereitstellung von Baugelände, das teils im Anschluß an Ortslagen, teils in Verbindung mit alliierten Anlagen, z. B. Flugplätzen, ausgewiesen wurde. Leider ließ sich eine stärkere Dezentralisierung dieser Bauvorhaben aus militärischen Erwägungen nicht immer erreichen, die mit dem Ziele vorgeschlagen wurde, diese Wohnungseinheiten später mit deutschen Familien zu belegen, ohne daß letzteren ein zu weiter Weg zwischen Wohn- und Arbeitsort entsteht. Außerdem bereitete, wie die Erfahrung gezeigt hat, die Anlage großer geschlossener Wohnsiedlungen in jungfräulichem Gelände, weit abseits jeglicher zentraler Orte und Einrichtungen über die Maßen hohe Unkosten für Be- und Entwässerung, Stromversorgung, Verkehrsanschluß u. a.

* * *

Zusammenfassend darf festgestellt werden, daß in den letzten Jahren in stetig besser werdender Zusammenarbeit zwischen den Alliierten und den deutschen Dienststellen versucht wurde, einerseits die negativen Auswirkungen der alliierten Baumaßnahmen auf die wirtschaftliche und verkehrsmäßige Struktur auf ein erträgliches Maß herabzudrücken, andererseits den Wohnungsbau nach Kräften zu fördern, um die Freigabe der noch beschlagnahmten deutschen Wohnungen zur Minderung der Wohnungsnot zu beschleunigen. Der zusätzliche alliierte militärische Straßenverkehr konnte zum Teil durch entsprechenden Ausbau des Straßennetzes in Städten, Dörfern und der freien Landschaft bewältigt und diese Verkehrsverbesserungen auch mit den zivilen Interessen weitgehend in Einklang gebracht werden.

Hinsichtlich der großflächigen Landbeschlagnahme kann heute noch kein abschließendes Urteil über die Strukturveränderungen des Raumes gefällt werden. Jedoch ist schon jetzt zu übersehen, daß in der näheren Umgebung der großräumigen, massierten alliierten Baumaßnahmen mit einer weitgehenden Umschichtung der Verhältnisse zu rechnen ist.

Die Kaiserstraße Mainz—Paris

Die Eroberungen der französischen Revolutionsgenerale hatten Mainz zur französischen Stadt gemacht, und als nach dem Tag von Tilsit (1807) der Kaiser Napoleon den Bau einer Straße von Paris nach Mainz anordnete, gehörte ihre Linienführung zu einem innerfranzösischen Straßenbauplan in Richtung Ostgrenze.

Am Westufer des Rheins, an der Stelle, an der sich in Deutschland und vielleicht in ganz Europa die Lehren der Geopolitik in der Natur und auf der Karte am augenfälligsten darbieten, in Mainz mit der Mainmündung gegenüber, der Pforte nach Osten, sah der Plan St. Fars, des kaiserlichen *Ingénieur-en-chef des ponts et chaussées* eine Schloßanlage vor, deren Bauzeichnung von Napoleon eigenhändig signiert wurde. Kurfürstliches Schloß und

Deutschordenshaus, ergänzt durch einen Neubau und so zu einem grandiosen Kaiserpalast verbunden, sollten die Residenz am Rhein bilden. In ihren Gartenanlagen sollte die kaiserliche Straße „entspringen“, innerhalb der Stadt Mainz heute „Große Bleiche“, in den Dörfern vor Mainz, in Rheinhessen und der Pfalz, an der Saar, vorwiegend „Kaiserstraße“, aber auch Pariser Straße oder Napoleonstraße genannt. Ihre „Mündung“ sollte in den Gartenanlagen von Versailles sein.

Napoleon brauchte die *Grande Route* als Marschstraße für seine Armeen und nicht als Sommerweg zwischen zwei Palästen. Aus frühgeschichtlichen und römischen Straßenteilen, aus Dorfverbindungsweegen und mittelalterlichen Straßenecken stückten seine Baumeister die Kaiserstraße zusammen. Römische und fränkische Heerwege, territoriale Straßen der vielen Herr-



schaften, im Sommer Feldwege, im Frühjahr und Winter verschlammt, konnten oft nur auf kurze Strecke benutzt werden, denn der Befehl des Kaisers lautete: schnurgerade Linienführung und rascheste Herstellung. Da sollte es dann unbekümmert in Kirchheimbolanden mitten durch den Schloßpark der Nassauer gehen, und erst als Napoleon selbst dort geschlafen und es ihm gut gefallen hatte, durfte seine Straße um den Park herumgeführt werden. Hier und da scheint aber auch auf krummen Wegen eine Baulinie geändert worden zu sein, so wenn ein rheinhessischer Kantonsort den Straßenbaumeister bestochen haben soll, für „11 Karlinen“ die Kaiserstraße durch ihn hindurch zu bauen. . .

Eine so gut grundierte und breite Straße mußte eines Tages auch den Handel und Wandel fördern — das wußten die Klugen, wenn sie sahen, daß die 24—30 Fuß Breite in der Mitte für die Artillerie mit Schotter bestückt und an den beiden Rändern zwar nur als Sommerweg für je 4 Mann Infanterie, doch mit festem Untergrund gebaut wurden. Legte sich der *Mont Tonnerre*, der Donnersberg, der dem wehrgeopolitisch wichtigsten französischen *Département* auf deutschem Boden den Namen gegeben hatte, in den Weg, so wurde er dicht am Rande in einer Senke umgangen — zwischen Marnheim und Langmeil.

Für die ganze Strecke brauchten die Eilwagen der französischen Staatspost (*Diligence*) jetzt nur noch drei Tage. Befuhr der Kaiser die Straße mit großem Gefolge, dann mußte der Posthalter — *Maitre de Poste aux Cheveaux* — bis zu 240 Pferde parat halten, so erzählt uns der Kaiserlich-Französische, später Thurn- und Taxissche Posthalter Erckmann von Alzey, und sein Sohn berichtet in seinen Lebenserinnerungen, daß er einst als junger Mann auf dem

Bock der achtspännigen Extrapostchaise saß, in der der große Straßenbauer Napoleon fuhr, der ihm dann in Mainz einen Orden verlieh. Er trug dabei die Posthalteruniform: weiße Hosen, blauen Rock mit Messingknöpfen, orangegelben Kragen und Dreimaster —, so ließ sich der Kaiserverehrer von seinen Erben ins Grab legen, in der Uniform des Korsen am Rande der Kaiserstraße im Herzen Rheinhessens.

Wer sie heute ab Mainz befährt, über Kleinwintersheim und Wörrstadt die Ensheimer Höhe mit nur zwei Ortsdurchfahrten erreicht und nach Alzey wieder nur weit weg von der Straße die sonst hindernden Dörfer sieht, der vergleicht unwillkürlich diese nahezu 150 Jahre alte Straße des französischen Kaisers mit den Autobahnen der Gegenwart. Einsam auf den Höhenrücken, mit Rasthäusern im Abstand einer Pferdetagelistung versehen, durchläuft die Kaiserstraße, mehr auf den Befehl des Einen als auf die der Natur hin gebaut, fast „soverän“ im geographischen Sinne zu nennen, die Landschaften.

Vergleichsberechnungen darüber, wie oft auf ihr die „Erbfeinde“ nach Osten oder Westen zogen, fallen zugunsten Deutschlands aus. Noch liegt auf ihr der Staub der hinter uns liegenden 150 Jahre, während denen sich auf ihr Deutsche und Franzosen bewegten.

Aber mit der fortschreitenden Technik wird sie immer staubfreier. Entstauben wir Schicht unter Schicht — allerdings nach dem Grundsatz der Gegenseitigkeit —, dann blinkt auf den Nordpfälzer Höhen und auf den ostfranzösischen Hügeln das silberne Band der Kaiserstraße als die Zementgewordene Achse Frankreich-Deutschland im Rahmen des werdenden europäischen Straßennetzes, zu dessen Erbauern auch jener erste Napoleon zählt, der auf St. Helena stolz fragen und antworten konnte: „Ihr wollt Napoleons Schätze kennenlernen? Die Chausseen von Antwerpen nach Amsterdam, von Mainz nach Metz, von Bordeaux nach Bayonne, von den Pyrenäen zu den Alpen, von Parma nach Spezia, von Görlitz nach Dresden.“

Portoriko

Ich kam nach Portoriko über Jamaika und Haiti. Ich machte mich darauf gefaßt, daß hier wie auf den anderen Inseln der Zuckerrohranbau alles beherrsche. Ich erwartete liebenswerte *Peons*, die Zuckerrohrstücke kauten, Verkaufsstände für Rum, baufällige Hütten und lebenswürdige, vornehme Plantagenbesitzer, für die der jüngst erfolgte Konjunkturaufschwung die langen Jahre mit niedrigen Preisen und die Hypothekenschulden auf ihren nach dem Gesetz unverkäuflichen Besitzungen nicht wettgemacht hätte.

Statt dessen kam ich in einem modernen Flughafen an, der gut mit einem Flugplatz in Florida zu vergleichen war, und fand Unterkunft in einem Luxushotel nach einer Fahrt durch moderne Straßen.

Gewiß, es gab Armut auf Portoriko. Aber neben den Baracken fanden sich Kühlschränke. Neben der Armut gab es eine echte Dynamik. Meine Gastgeber aus den Behörden der Insel fuhren mich zu einem abgelegenen Dorf, in dem ein neues Gemeindehaus eröffnet wurde. Sie wurden als Vertreter der Regierung durch die Begeisterung der wild wogenden Menge fast erdrückt. Der alte britische Konsul sagte bei meiner Rückkehr nach San Juan an diesem Abend: „Das hätte man nie für möglich gehalten. Ich habe die Übergabe der Insel durch Spanien erlebt und den Einmarsch der Amerikaner. Ich war in den Jahren der Gleichgültigkeit hier, als man Portoriko in seinem eigenen Zuckersaft kochen ließ. Die Neubelebung ist ebenso wunderbar wie unerwartet. Sie kommt nicht nur von wirtschaftlichen Maßnahmen her, sondern auch von der Persönlichkeit des Gouverneurs Muñoz.“

Geist der Initiative

Tatsächlich läßt sich die nationale Wiedergeburt der Insel in starkem Ausmaß auf den tatkräftigen Gouverneur und seine Volkspartei, die ihren Namen durchaus verdient, zurückführen. Hier überlebt noch ein Stück des Idealismus, der in den USA den *New Deal* beflügelte. Er hat um so größere Wirkung, als er sich hier in konzentrierter Isolierung betätigen kann. Die amerikanischen Intellektuellen betrachten Portoriko als großes Modell der geplanten Landeserschließung, als die Unternehmung einer Nationalgesinnung, deren Nationalismus durch Vernunft gemäßigt und in die richtigen Kanäle gelenkt wird. Kluge Maßnahmen, die durch pflichttreue Beamte in Gang gesetzt wurden, haben Portoriko verjüngt. Wohl war es einmal eine Kolonie. Es besitzt aber eine besondere Eigenart.

Worin besteht die Eigenart? Als ersten Eindruck gewinnt man die Vorstellung, daß nicht nur die Hauptstadt San Juan, sondern die ganze Insel eine bewußte Modernisierung erlebt. Hier scheint eine Gesellschaft dabei zu sein, die überlieferten ständischen Schranken zu durchbrechen. Sie wendet zu diesem Zweck alle bekannten Methoden an. Eine große Zahl von Professoren aus Chicago geben über alle möglichen Sachgebiete Ratschläge von der Industrialisierung bis zur modernen Psychologie, Gemeinschaftshäuser werden eingerichtet, die amerikanische Punkt-Vier-Verwaltung macht Angebote.

Als Präsident Truman das Punkt-Vier-Programm verkündete, schickte ihm der Gouverneur sofort ein Telegramm. Er forderte nicht etwa Gelder, sondern stellte Portoriko als Ausbildungsgelände für Regierungsbeauftragte zur Verfügung, die auf irgendeinem für ein unterentwickeltes Land nützlichen Sachgebiet tätig werden wollten. Das Finanzministerium der Insel leistet einen erheblichen Beitrag zu dieser Ausbildungsaufgabe.

Hier ist ein Geist der Initiative am Werk, der die Grenzen der Insel überschreitet. Er bemüht sich um eine Überbrückung der Kluft, die Amerikas reiche Staaten von seinen armen Ländern trennt und die das Leben in den USA, einer auf einer modernen Landwirtschaft aufgebauten Industriegesellschaft, von den armseligen Menschen sowie den nicht ausgewerteten Hilfsquellen Iberoamerikas scheidet.

Vor allem findet man in Portoriko eine Regierung, die vor der Freiheit des Einzelmenschen Achtung zeigt. Hier herrscht eine Freiheit der Meinungsäußerung, die in den anderen amerikanischen Ländern der Gegenwart selten zu finden ist.

Auf dem Weg zur Industriegesellschaft

Man hat Portoriko das Recht der Selbstregierung gewährt. Es hat seine Wirtschaft vielfältig gestalten und eine Industrie aufbauen können. Seine moderne Universität bildet lieber Ingenieure und Soziologen aus als Rechtsanwälte und Doktoren der Philosophie, deren Daseinsberechtigung nicht recht einzusehen ist. Portoriko hat den Familiensinn seiner Bevölkerung so stark umgewandelt, daß in seiner Mittelklasse Geburtenplanung üblich geworden ist und daß die volkstümlichen Zeitungen offen von Geburtenbeschränkung sprechen.

Ein paar Zahlen erläutern den Wandel besser als lange Ausführungen:

	Zunahme bis 1950 im Verhältnis zu 1940
Produktion nach gegenwärtigen Preisen	301,8%
Produktion nach den Preisen von 1940	111,5 „
Nettoeinkommen pro Kopf nach den Preisen von 1940	73,0 „
Löhne und Gehälter nach den Preisen von 1940	141,1 „
Arbeitslosigkeit in Prozent der verfügbaren Arbeitskräfte	— 35,7 „
Beschäftigung in der Industrie	90,0 „
Zusätzlicher Wert der landwirtschaftlichen Produktion	172,0 „
Export pro Kopf der Bevölkerung	319,0 „
Investitionen	2 409,8 „

Derartige Verbesserungen sind wirklich eindrucksvoll. Der wirtschaftliche Aufschwung ist in keinem anderen Lande erreicht worden. Die Maßnahmen in Portoriko, die unter dem Namen „Unternehmen Schnürsenkel“ liefen, sind ein voller Erfolg gewesen. Sie haben Kapital aus den USA ins Land gebracht, die einheimische Handfertigkeit entwickelt, die sozialen Verhältnisse verbessert.

Zu den Verbesserungen gehört auch die Hebung des Gesundheitszustandes. Die Überlebensrate hat sich erhöht. Die Lebenserwartung bei der Geburt betrug 1940 im Durchschnitt nur 46 Jahre, 1950 dagegen 61 Jahre.

Noch ist nicht ganz klar, ob die neuen Industriezweige, die durch die eifrigen Bemühungen der Entwicklungsbehörde in Gang gesetzt worden sind, so viel zusätzliche Arbeitsstellen schaffen, wie man gehofft hatte, oder ob sie trotz des Anreizes, den die Insel durch ihre niedrigeren Lohnsätze bietet, kapitalintensiv sind und Arbeitskräfte sparen werden.

Zweitens ist die Frage offen, ob nicht die Arbeitskräfte nach der durch die Industrialisierung gewonnenen Fachausbildung auf das amerikanische Festland auswandern werden, wo sie höhere Löhne fordern können. Es ist möglich, daß Portorikos großartige Ausbildungspläne (allein die öffentlichen Aufwendungen für das Schulwesen sind um 458% gestiegen) die Industrie der USA indirekt subventionieren. Die Regierung gibt offen zu, daß sie für all diese Fragen noch keine endgültige Antwort zur Verfügung hat. Doch hat sie Vertrauen, daß sie auf dem richtigen Wege ist.

Obwohl sie einen starken Anklang in der Bevölkerung besitzt und im Parlament über die unbedingte Mehrheit der Sitze verfügt, weiß man doch auch von den terroristischen Unternehmungen der Portorikaner in Washington und der Massenauswanderung nach New York, wo die Portorikaner im Gegensatz zu den Zuständen in ihrer Heimat ein keineswegs erfreuliches Bild bieten. Die New Yorker sind in Rassefragen toleranter als alle anderen Amerikaner, aber gegen die Portorikaner empfinden sie tatsächlich eine offene Abneigung.

Wie läßt sich dieser Unterschied erklären? Die westindischen Einwanderer nach Großbritannien leisten oft hervorragende Arbeit und fügen sich verhältnismäßig glatt in das Straßenbild von Liverpool ein, oft werden sie begeisterte Staatsbürger Großbritanniens, so sehr sie sich auch gegen den Geist des Kolonialismus und gegen die Unterlassung von Erschließungsarbeiten in Westindien wehren.

Professor Arthur Lewis, der an der Universität Manchester den Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre innehat und der selbst von Geburt Westindier ist, rühmt die Vorzüge des portorikanischen Experiments als die eines Musters für den ganzen Bereich des Karibischen Meeres. Dabei führt er besonders die Tätigkeit der Universität Portoriko an, obwohl in keiner amerikanischen Universität ein Portorikaner als Hochschullehrer tätig ist oder ein ähnliches internationales Ansehen wie Lewis selbst genießt.

Um die Sache noch mehr zu komplizieren: Portoriko verliert mehr Auswanderer an New York als alle britischen Kolonien zusammen (obwohl man feststellen muß, daß in den letzten Jahren der Zustrom von Portorikanern zurückzugehen scheint, während die Auswanderung aus Britisch-Westindien zunimmt). All diese Fragen lassen sich in Kürze durch die Feststellung beantworten, daß wirtschaftlicher, sozialer und politischer Fortschritt zunächst eine Bevölkerung in Unruhe versetzt. Wenn man aber die Erfahrungen unserer britischen Geschichte ansieht, dann zeigt sich, daß auf lange Sicht ein Wandel und eine Verbesserung der Lebensverhältnisse zu einer stabilen und in sich gefestigten Gesellschaft führen.

Unabhängigkeit ohne Trennung von den USA

Die nationale Freiheit ist seit der ersten Amtsperiode des Präsidenten Franklin D. Roosevelt eine beschlossene Sache. Der Entschluß der USA wurde sinnbildlich

sichtbar, als sie den Gouverneur Tugwell nach Portoriko sandten. Die nationale Freiheit ist geschaffen worden, ohne daß durch sie die Verbindung zu Washington abriß. Die *Independistas* in Portoriko und in den USA selbst sind seitdem zu einer unbedeutenden Minderheit geworden. Der frei mit den USA verbundene Staat, der den Namen *Commonwealth Portoriko* führt, beläßt seinen Einwohnern die Staatsangehörigkeit der USA. Er verpflichtet sie zum Dienst in der amerikanischen Wehrmacht. Portoriko gehört, was für seine Zuckerproduktion und seine Industrie absolut lebenswichtig ist, weiter zum Zollgebiet der USA. Die amerikanische Bundesregierung leistet Finanzhilfe für die portorikanische Sozialpolitik.

Andererseits aber besitzt Portoriko sein eigenes Steuersystem und seine eigene Regierung, die im Kongreß zu Washington nur durch Beobachter vertreten ist, wo sie wohl sprechen, aber nicht ihre Stimme abgeben dürfen. Ein amerikanischer Präsidentschaftskandidat dehnt seinen Wahlfeldzug nicht auf die Insel aus, deren Einwohner nehmen an den Präsidentenwahlen nicht teil.

Die Zwischenstellung garantiert den USA die Benutzung der Häfen und Flottenstützpunkte in Portoriko, andererseits sichert sie den Portorikanern die Vorteile der amerikanischen Hilfgelder, ermöglicht ihnen aber die eigene Gesetzgebung in jeder gewünschten neuen Richtung.

Die wichtigste Einzelentscheidung war bis jetzt eine Maßnahme, durch die das Steuersystem so umgestaltet wurde, daß ausländisches Kapital einen Anreiz zu Investitionen in Portoriko erhielt. Daher kam die Elektroindustrie auf die Insel, wo sie gleichzeitig Vorteile von der geschickten Hand des einzelnen Portorikaners, dem geringeren Lohnniveau und dem sonnigen Klima gewinnt. Auch Unternehmer sind Menschen, so hat die Möglichkeit, ein schönes Fleckchen Erde Westindiens auf Kosten der Firma oder des Staates zu besuchen, einige Anziehungskraft für den amerikanischen Geschäftsmann. Hulton hat mit portorikanischem Geld ein Hotel gebaut, dann wurde eine Schule für Kinder aus den USA geschaffen, und schließlich setzte man alles daran, hier eine Art Wohlfahrtsstaat für Unternehmer ins Leben zu rufen. In den USA steht heute auf jeder Messe ein portorikanischer Stand, bei dem hübsche junge Damen gratis Rum ausschenken und dem Besucher nach dem zweiten Glas eine Broschüre der Aufbaubehörde „*Fomento*“ in die Hand drücken.

Sie soll entsprechend ihrem Namen Interesse und Investitionen anlocken, durch billige Schiffsfrachten oder staatliche Beteiligung an neuen Industrieanlagen, auch durch die Bereitstellung eines aufgeschlossenen Geländes. Das staatliche Planungsamt ist für die richtige Standortwahl neuer Unternehmungen verantwortlich, während der umfangreiche statistische Apparat der Regierung, ergänzt durch zahlreiche Einzeluntersuchungen, die verschiedenen Seiten des wirtschaftlichen und sozialen Lebens koordinieren soll.

Portoriko als Musterland

Einem britischen Besucher drängt sich die Frage auf, weshalb nicht ähnliche Maßnahmen in den Inselkolonien des *Commonwealth* ergriffen werden. Die USA verfügen über positive (und auch ernsthaft negative) Eigenschaften, die im britischen Bereich fehlen. Möglicherweise erzeugt hier die Expansionskraft einer außerordentlich aktiven Gesellschaft eine Dynamik, die auf lange Sicht auch Gefahren hat. Noch

ist es zu früh für eine Bilanz, die auf alle Fälle von der Gesamtentwicklung der Welt abhängen wird. Das große, reiche und mächtige Amerika besitzt unzweifelhaft mehr Dynamik als das *Commonwealth*, aber dabei weniger Selbstsicherheit, mehr Großzügigkeit, aber auch mehr Primitivität, eine stärkere Tendenz zu materiellen Verbesserungen, kultureller Hebung, Erlösung von Unwissenheit, aber auch weniger Duldsamkeit und Gedankenfreiheit. Segen und Fluch liegen dicht beieinander, aber die Länder des *Commonwealth* sollten ihr Zögern überwinden und mit kritischer Sympathie die Lehren der USA prüfen. Man sollte fragen:

Wie kommt Portoriko im Gegensatz zu mancher anderen früheren Kolonie in der Westlichen Hemisphäre zur Sauberkeit seiner Regierung und Verwaltung?

Wie hat man eine fortschrittsfeindliche Opposition der Kirche in Erziehungs- und Haltungsfragen (z. B. der Propaganda zugunsten der Geburtenbeschränkung) auf freundschaftlichem Wege verhüten können?

Welche Auswirkung haben die staatlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen? Wie weit lassen sie sich unabhängig von der Nachbarschaft der festländischen USA in British-Westindien nachahmen?

Wie söhnt sich das starke Kulturbewußtsein der Portorikaner mit der zunehmenden Amerikanisierung aus? Ist hier ein Weg gefunden worden, wie man den vielfältigen Einfluß der dynamischen Kultur Amerikas schöpferisch für sich nutzbar machen kann?

Der alte britische Konsul auf der Veranda seines im spanischen Stil gebauten Hauses verkörperte vor mir die vornehme, langsame Art British-Westindiens und Großbritanniens. Aber in seinem eigenen Hause wirkte auch der Geist des Gouverneurs Muñoz. Seine Kinder und Enkel arbeiteten an der portorikanischen Entwicklung mit. „*Fomento*“ verkündet ein Evangelium für die „notgeplagten“ Länder, zu denen Gouverneur Tugwell noch 1947 auch Portoriko rechnete. Es predigt ihnen den Fortschritt.



ENTDECKUNG AMERIKAS VOR KOLUMBUS?

Die Portugiesen können es nicht verwinden, daß ihnen ein Italiener in spanischen Diensten, nämlich Christoph Kolumbus, zuvorkam und sie um den Ruhm brachte, als erste — nach den Normannen und nach Didrich Pining — die neue Welt betreten zu haben. Unbestreitbar haben sie Großes in bezug auf die Entschleierung der Erdkugel geleistet, und es war ein Verhängnis, daß sie nicht, wie sie es ohne Zweifel verdient gehabt hätten, vor den Spaniern Amerika auffanden. Das geschah bekanntlich aus folgendem Grund: Der portugiesische König wies Kolumbus mit seinem Plan, Indien durch eine Westfahrt zu erreichen, ab, so daß sich dieser mit seiner genialen Idee an die spanische Regierung wandte, die bis dahin weit weniger als die Portugiesen auf seewissenschaftlichem Gebiet geleistet hatte.

Immer wieder wird nun von portugiesischen Historikern die Behauptung aufgestellt, daß das amerikanische Festland ihren Landsleuten schon lange vor Kolumbus bekannt gewesen sei und daß sie diese ihre Entdeckungen nur geheim gehalten hätten. Ein Geschichtsschreiber, der sich in diese Vorstellung geradezu verblissen hat, ist der bekannte portugiesische, in Rio de Janeiro lebende Historiker Jaime Cortesão, der auch die viel bewunderte historische Ausstellung zur Paulistaner Vierjahrhundertfeier veranstaltete. Weder er noch ein anderer haben jedoch ein Dokument beizubringen vermocht, auf Grund dessen sich diese Behauptung einwandfrei belegen ließe. Es ist auch gar nicht so leicht einzusehen, warum die Portugiesen, die große Seemacht der damaligen Zeit, an deren gewaltigen Anstrengungen die ganze abendländische Welt Anteil nahm und auch Anteil hat, ihre Entdeckungen im Westen geheim gehalten haben sollten, wo sie mit ihren Bemühungen um den Seeweg nach Indien keineswegs so geheimnisvoll taten.

Jetzt soll nun ein Bruder Jaime Cortesãos, Armando Cortesão, in England eine Karte aufgefunden haben, die aus dem Jahre 1424 stammt und auf der bereits „die Umrisse Amerikas“ erkennbar sein sollen. Natürlich triumphiert Jaime Cortesão über den neuen „Beweis“ für die vorkolumbische Entdeckung. Es besteht aber aller Anlaß, an diese Behauptung die größten Zweifel zu

knüpfen; denn um 1424 hatten die Portugiesen nicht einmal die Azoren entdeckt. Im Jahre 1431 gründete Heinrich der Seefahrer die seewissenschaftliche Schule zu Sagres, und erst seit dieser Zeit begannen sich die Portugiesen ernstlich mit der Seefahrt und den überseeischen Entdeckungen zu befassen. Gegen Ende des 15. Jahrhunderts brachte ihnen dann Martin Behaim aus Nürnberg die astronomischen Jahrbücher oder Ephemeriden und den Jakobstab des großen Mathematikers Regiomontanus, der eigentlich Johannes Müller hieß und aus Königsberg in Franken stammte. Dadurch wurden sie in die Lage versetzt, sich auf hoher See zu orientieren und die großen Entdeckungsfahrten zu unternehmen.

Jaime Cortesão hat sich für seine Behauptungen immer wieder auf alte Karten berufen. Die Karten der damaligen Zeit aber sind nun alles andere als verlässlich, da die damaligen Kartographen über keine zuverlässigen Instrumente verfügten und noch allzusehr in den phantastischen Vorstellungen des Altertums und Mittelalters befangen waren. Diese Kartenzeichner waren also alles andere als einwandfrei arbeitende Wissenschaftler; sie schmückten den „leeren“ und unerforschten Atlantischen Ozean besonders gern mit irgendwelchen sagenhaften Inseln und Ländern aus; zu diesen Phantasieländern gehörten z. B. die Siebenstädte-Insel, die Antillen, die Sankt-Brandan-Insel und die Insel Brasil, die sie, je mehr man den Ozean kennenlernte, in immer größere Fernen rückten, wenn nicht irgendein Entdecker seinen Fund mit einem solchen Sagenland gleichsetzte, wie es vermutlich Kolumbus selbst mit den Antillen tat. Der König von Portugal hat auch wiederholt „noch zu entdeckende Länder“ an solche verschenkt, die bereit waren, eine Flotte auszurüsten, um eine dieser Fabelinseln, an deren Vorhandensein man fest glaubte, aufzusuchen. So verlieh z. B. Johann II. 1484 Fernão Domingues de Arco die Statthalterschaft über eine „noch zu entdeckende Insel“; und als zwei Jahre später Fernando Dulmo die Absicht bekundete, „eine große Insel zu entdecken oder mehrere Inseln oder ein Festland, das er für die Siebenstädte-Insel hielt“, machte der König ihm sowie seinen Erben und Nach-

kommen diese großzügig zum Geschenk. Dieses Verfahren war billig und eiferte zu Fahrten an, die den König nichts kosteten.

Auf die Karten des 14. und 15. Jahrhunderts ist also kein Verlaß, und sie können keineswegs als Beweismittel für eine Entdeckung Amerikas herangezogen werden, es sei denn recht vorsichtig im Zusammenhang mit anderen urkundlichen Belegen. Schon Alexander von Humboldt schrieb: „Die geographischen Karten (jener Zeit) drücken die mehr oder minder beschränkten Ansichten und Kenntnisse desjenigen aus, welcher sie angefertigt hat... Was man auf der Karte dargestellt findet, ist gemeinlich ein Gemenge bewährter Tatsachen und als tatsächlich hingestellter willkürlicher Annahmen.“ Und eine auf diesem Gebiet anerkannte Autorität wie Richard Hennig (*„Terrae Incognitae“*, Leiden, 1939) stellt fest, daß es völlig verfehlt ist, unklare literarische Überlieferungen aus jener Zeit an Hand von damaligen Karten aufzuklären, zumal bekanntlich „... auf die Breiten- und Längenangaben dieser Karten gar kein Verlaß ist...“. Die von Jaime Cortesão z. B. in Zusammenhang mit der geplanten, vielleicht auch versuchten, aber erfolglosen Fahrt des Ferdinand von Ulm aufgestellten Behauptungen bezeichnet Hennig einfach als „Phantasien“, die in nichts zerflattern (S. 271), und an anderer Stelle meint dieser nüchterne Geschichtskritiker über Cortesão: „... so mag man nur staunen über wissenschaftliche Anspruchslosigkeit, die bereit ist, ohne jeden greifbaren Beweis Konzessionen an eine ausschweifende Geschichtsausdeutung zu machen, wenn nur die nationale Eitelkeit daraus Honig zu saugen vermag“ (S. 127).

Hennig führt verschiedene einleuchtende Gründe dafür an, daß die Behauptungen über vorkolumbische portugiesische Geheimentdeckungen wohl ganz allgemein in den Bereich der Fabel verwiesen werden müssen, so z. B., daß die Portugiesen in den Wüsten Afrikas als Zeichen der Besitzergreifung überall Wappenpfeiler aufstellten und dies bestimmt auch in Amerika getan haben würden, und ferner, daß sie nach der Fahrt des Kolumbus mit ihren

Geheimentdeckungen bestimmt herausgerückt wären, um sich bei Abschluß des Vertrages von Tordesillas (1494) ihr Ersterlingsrecht über etwaige im Westen aufgefundene Länder zu sichern. Selbst Martin Behaim, der zu dem ganz vertrauten Kreis der Wissenschaftler um den portugiesischen König gehörte, wußte nichts von einem Land oder gar Kontinent zwischen Europa-Afrika einerseits und Asien andererseits; denn auf seinem berühmten Globus, der im Jahre der Entdeckungsfahrt des Genuesen fertig wurde und alle Entdeckungen an der afrikanischen Küste verzeichnet, finden wir zwischen diesen beiden Kontinenten nichts als ein paar Phantasie-Inseln wie z. B. die Insel Sankt Brandan.

Auf Grund all dieser Erwägungen scheint es völlig abwegig, an die aus nationaler Eitelkeit immer wieder aufgestellten Behauptungen über eine portugiesische Entdeckung Amerikas vor Kolumbus zu glauben. Selbst wenn sich herausstellen sollte, daß die Pressemeldungen von der Auffindung einer „uralten Karte mit portugiesischen Inschriften aus dem Jahre 1424“ stimmen, kann und muß man mit Recht bezweifeln, daß es sich bei den „ungefähren Umrissen des amerikanischen Kontinents“, die alle bekannten jüngeren Karten bis gegen Ende des 15. Jahrhunderts nicht enthalten, um den amerikanischen Kontinent handelt. Geschichtlich einwandfrei bewiesen ist nur die vorkolumbische Entdeckung Nordamerikas, des Winlandes, im Jahre 1000 durch die Normannen, und als sicher anzunehmen ist die Wiederauffindung Nordamerikas, des Stockfischlandes, durch eine dänische Expedition unter Leitung zweier Hildesheimer, Pining und Potthorst, etwa im Jahre 1472, also 20 Jahre vor Kolumbus. An ihr nahmen mit größter Wahrscheinlichkeit auch die beiden Portugiesen Corte Real und Martins Homem teil, und es ist gut möglich, daß gerade diese Fahrt, auf der das Vorhandensein eines im Vergleich zu den Schätzen Indiens wertlosen Landes im Nordwesten festgestellt wurde, den portugiesischen König veranlaßte, nicht auf den Plan des Kolumbus einzugehen. Karl-Heinz Oberacker

DIE BEVÖLKERUNG DER WESTLICHEN HEMISPHERE

Die rasche Zunahme der indianischen und halbindianischen Bevölkerung in Amerika, ihr steigendes Gewicht in Mittel- und Südamerika, das langsame biologische Zurückbleiben der Neger in Nordamerika, das faktische Verschwinden der Neger in Argentinien, wo noch 1852 in der Schlacht bei Caseros ganze Negerregimenter für den großen Diktator Juan Manuel de Rosas fielen — alles das lenkt den Blick wieder einmal auf die Rolle, welche Auslese durch Krankheiten in der Siedlungsgeschichte der westlichen Halbkugel gespielt hat. Seit dem eigenartig klugen Buch des amerikanischen Oberst P. M. Ashburn *„The Ranks of Death“* (New York 1945), das in Europa kaum bekannt wurde, ist über dies Thema offenbar nichts mehr gesagt worden, obwohl es eine Behandlung verdient.

Ogleich ihre medizinischen Kenntnisse und Heilmethoden in keiner Weise überragend waren — auch die Heilkunst der alten Peruaner war trotz ihrer gelegentlich gut gelungenen Schädeltrepanationen wenig mehr als Kräuterwissen und Zauber — müssen die Indianervölker auffällig gesund gewesen sein, ehe die weißen Eroberer kamen. Außer dem umstrittenen Fall der Syphilis scheint nicht eine Krankheit oder Seuche von den Indianern auf die Spanier bzw. die Franzosen, Niederländer, Engländer und anderen Weißen in Nordamerika übergegangen zu sein. Und auch im Falle der Syphilis kann man eigentlich nur sagen, daß ihr massenhaftes und beunruhigendes Auftreten in Europa kurz nach der Entdeckung von Amerika erfolgte, und daß die älteren spanischen Berichte wie die von Las Casas, Oviedo, Sahagún, Herrera, auch die der Mediziner unter ihnen wie Ruy Díaz de Isla, López de Villalobos, Juan Cárdenas und andere übereinstimmend behaupten, daß diese Krankheit aus Amerika stammen müsse.

Sieht man von dieser einen Streitfrage ab, so fällt auf, daß alle spanischen Berichterstatter darin übereinstimmen, auch Gebiete, die heute an Tropenkrankheiten schwer leiden, als „gesund“, „die glücklichsten Länder der Welt“ zu bezeichnen — so Las Casas über Haiti, Oviedo über das

heute zum großen Teil von Gelbfieber ver-seuchte Honduras und das mit Malaria geplagte Nikaragua. 1550 preist P. Manoel da Nobrega, ein portugiesischer Jesuit und grundkluger Mann, Brasilien als „das beste Land, niemand ist hier an Fieber gestorben, nur einige an Altersschwäche.“ Das Amazonasbecken, heute als „grüne Hölle“ wegen seines Reichtums an tropischen Krankheiten berüchtigt, wird 1587 von Gabriel Soares da Souza als „dicht bevölkert von seßhaften, gesunden Stämmen“ bezeichnet — wo heute nur scheue Waldindianer hausen. Erst recht haben die französischen Jesuiten in Kanada — liebevolle Beobachter der Indianervölker — immer wieder die große Gesundheit der kanadischen Indianer, ihr hohes Alter, ihre ungebrochene Kraft gerühmt. Diese wohl besten Beobachter ihrer Zeit sahen auch als erste, daß die Berührung mit den Europäern den Indianern den Tod brachte. Ashburn (a.a.O. S. 19) zitiert einen solchen alten Jesuitenbericht: „Krankheit, Krieg und Hungersnot sind die drei Geißeln, mit denen es Gott gefallen hat, unsere Täuflinge zu schlagen, seit sie begonnen haben, ihn anzubeten und sich seinen Gesetzen zu unterwerfen. Kaum hatten sie die Lehre gehört, die wir ihnen predigten, als eine ansteckende Krankheit sich unter ihnen verbreitete (Pocken) und die Gesundesten von ihnen weggraffte.“ —

Die Pocken waren es, die den europäischen Eroberern vorangingen und überall die Kraft der gegen diese Krankheit hilflosen Indianer brachen. In Peru betrug die Bevölkerung zu den Zeiten der Inka 10 Millionen, eine Volkszählung 1548—53 erbrachte noch 8 285 000 Menschen, eine von 1791 nur noch 1 Million. Die spanische Verwaltung gab sich alle Mühe, diese stille Vernichtung aufzuhalten — es scheint, daß erst die stärkere Mischung mit Europäern, die Bildung des Cholo- oder Mestizen-elementes der Bevölkerung eine größere Immunität gegen die Pocken und Blattern, die oft parallel auftraten, gegeben hat.

Die englischen Siedler in Nordamerika, durch ihren alttestamentarischen Biblizismus oft sittlich völlig verroht, jubelten über

die Verheerungen, welche die Pocken unter den Indianern anrichteten, „auf diese Weise machte Christus Raum für sein Volk, sich fortzupflanzen“ (aus einem Puritaner-Bericht, zit. bei James Truslow Adams *„The Epic of America“*). Mather (*Early History of New England, Albany 1864*) schreibt: „Damals (1631) wurden die Indianer streitsüchtig und störten die Grenzen des Landes, das sie den Engländern verkauft hatten, aber Gott (!) endete den Streit, indem er die Pocken unter die Indianer sandte, die bis dahin sehr zahlreich waren. Viele ihrer Dörfer wurden weggefezt, in einigen überlebte kaum eine Seele die Verwüstung.“

Auch hier scheint es, daß die Indianer meist erst durch Mischung mit Europäern eine gewisse Immunität erwarben. Hrdlicka, einer der besten Kenner, bemerkt, daß er unter den heutigen Shawnees nur drei Reinblütige, unter den Kickapoos keinen einzigen mehr gefunden habe. Wenn die heutigen nordamerikanischen Indianerstämme langsam wieder zunehmen, so liegt dies wesentlich daran, daß sie blutsmäßig bereits stark gemischt sind. — Der Alkohol, den die Weißen einführten, die Zerstörung von Vätersitte und Väterglauben, die Landverdrängung, die Feuerwaffen haben gewiß alle bei der Vernichtung des alten, reinen Indianertums ihre verheerende Rolle gespielt — aber die Kraft brachen ihnen die Krankheiten der Weißen. Von diesen sind nachweislich auch in Europa recht harmlose Krankheiten, so die Masern, den Indianern verhängnisvoll geworden. Dazu kommt, daß die wochenlang auf den Schiffen unter sehr unhygienischen Verhältnissen eingepferchten Europäer, die infolge ihrer religiösen Verschrobenheit vielfach Nachtbäder in Flüssen, wie sie die Indianer pflegten, aus Angst vor dem Zorn ihres Jehova ablehnten, in großem Umfang Schmutzkrankheiten, vor allem Krätze, auch Dysenterie, Skorbut, Typhus mitgebracht und auf die Indianer übertragen haben.

Am verhängnisvollsten aber wurde die „Einwanderung“ von Negersklaven, die alle über die mit Malaria und Gelbfieber verseuchte Westküste Afrikas kamen. Elizabeth Donnan (*„History Illustrative of the Slave Trade to America“, 2 Bde., Washington, 1930/31*) schildert die furchtbaren Zustände auf den Sklavenschiffen, wo die Neger dicht nebeneinander, oft im eigenen

Schmutz, lagen, gefüttert mit „dabberdab“, einem Maisbrei, wo die Kranken die Gesunden ansteckten, Dysenterie allgemein war . . . Alle Krankheiten Afrikas, Trachom, Hakenwurm, Blattern, vor allem aber Gelbfieber und Malaria, brachen mit diesen Transporten namenlosen Elends in Amerika ein. Auf der Fahrt starben etwa 40—50% der Sklaven, noch 10—20% in den ersten vier Jahren nach der Landung in Amerika. Das war eine furchtbare Selektion, hatte aber zur Folge, daß nur die stärksten, gesündesten Neger übrig blieben.

Gegen diese Welle der Krankheiten waren die kriegerischen Karaien, die mit ihren Giftpfeilen den größten Teil der westindischen Inseln den Spaniern streitig gemacht hatten, hilflos. Daß heute die Inselwelt der Antillen keine Indianer mehr hat, daß in Nordbrasilien, in Britisch-Honduras, überall, wo die Malaria stärker auftritt, die Indianer dem Negerement gegenüber sich nicht halten konnten, liegt einfach daran, daß die an Malaria unangepaßten Indianer den Negern gegenüber standen, die eine starke Immunität erworben hatten. Außerhalb der Malaria-Gebiete in Mittelamerika hielt sich dann der Indianer. Gelegentlich ist auch berichtet, daß die Sklaven schon an Bord an „*lethargy*“ starben — das ist die afrikanische Schlafkrankheit, die sie allerdings nach Amerika nicht übertragen konnten, weil dort der Träger, die Anopheles, fehlt.

Auffällig sind die Hungersnöte, dazu in sehr reichen Gebieten, von denen die frühen Berichte zeugen: Den zumeist kranken ersten weißen Siedlern hatten die Kräfte gefehlt, eine ordnungsgemäße Feldbestellung auch nur zu versuchen. Vor allem der von den Schiffen mitgebrachte Skorbut hatte viele noch wochen- und monatelang arbeitsunfähig gemacht. Weil sie das wußten, stellten manche Ackerbau treibende Indianerstämme die Feldbestellung zeitweilig ein, um durch Hunger die Eindringlinge los zu werden, die sie mit ihrer Gier nach Gold und ihren unverständlichen Bekehrungsversuchen für Geistesranke oder Dämonen hielten, und deshalb trotz ihrer Schwäche nicht angegriffen hatten.

So geschah es etwa 1539 in Popayan, wo die ganze Bevölkerung in Anbaustreiks trat, um die „Irren“, nämlich die nach

Gold stöbernden und die Menschen mit der Taufe verfolgenden Spanier, hinauszugraulen. Der Hunger wurde aber so schlimm, daß infolge des Essens von allerlei unsauberen Dingen eine schwere „*pestilencia*“, offenbar Hungertypus, ausbrach, die auch die Indianer massenhaft weggraffte.

Manchmal können wir das Erscheinen einer dieser vernichtenden Krankheiten genau datieren. So berichtet Diaz de Castillo, daß Don Porfirio de Narváez, der im Mai 1519 in Mexiko landete, „einen Neger mit sich brachte, der an den Blättern litt, eine böse Einfuhr in dieses Land, denn die Krankheit verbreitete sich mit unglaublicher Schnelligkeit, und die Indianer starben zu Abertausenden daran. So schwarz war die Ankunft von Narváez und noch schwärzer der Tod von solchen Massen von Menschen, die in die andere Welt gehen mußten, ohne auch nur die Möglichkeit zu haben, in den Busen der allerheiligsten Kirche aufgenommen zu werden.“ —

Bösartige Fieber, die merkwürdige „*modorra*“, vielleicht eine spinale Kinderlähmung, Wurmkrankheiten, wirkten mit. Dazu übertrugen die Weißen sowohl in Nordamerika wie in Mexiko und Südamerika teils selbst, teils durch ihre indianischen Träger und Krieger oder ihre Negersklaven lokale Krankheiten von einer Gegend in die andere.

Das Ergebnis liegt heute vor. Der weiße Mann, der sich von pruden Übertreibungen eines kirchlichen Puritanismus weitgehend befreit hat, seinen Körper pflegt und sauber hält und eine hochstehende Medizin entwickelt hat, ist heute am meisten gegen

Epidemien gesichert. Aber er ist auch am anspruchsvollsten in seiner Lebenshaltung, am meisten verstädtert und daher meist kinderarm. Der Indianer ist mit Blut der Weißen „aufgekreuzt“, hat Immunität gegen die Krankheiten erworben, die einst sein Verderben waren, ist weitgehend ländlich oder vorstädtisch geblieben, genießt die immer besser gewordene soziale Fürsorge als Arbeiter und ist mindestens in drei Staaten, Mexiko, Guatemala und Bolivien, heute dominierend. Es ist zu erwarten, daß er dies auch in Honduras, Peru und — in geringerem Maß — in El Salvador werden wird. Der Neger ist in Argentinien faktisch verschwunden, weil ihm das Klima mit seinen raschen Temperaturwechseln unbekömmlich ist und vor allem Lungenleiden bei ihm hervorruft. Der Neger hat sich den von Malaria gefährdeten Antillengürtel fast völlig zu eigen gemacht und dürfte, außer vielleicht in der Dominikanischen Republik, die weißen Oberschichten überall hinausdrängen oder absorbieren. Hier hat Afrika durch Anpassung an Klima und Klimakrankheiten gesiegt. In Nordamerika wirkt sich Verstädterung und Nordwanderung der Neger aus dem „*Black Belt*“ der alten Südstaaten als Kinderarmut bei aufgestiegenen Negerfamilien aus.

Nicht nur die Geschichte selektiert durch Kriege, Revolutionen und Wanderungen, auch die Natur selektiert durch Krankheiten, so daß die Schnelligkeit, mit der eine Rasse Immunität gegen bestimmte Krankheiten erwirbt, über das Schicksal einer Menschengruppe entscheiden kann.

F. Podewils

DAS WEIZENPROBLEM BRASILIENS

Eines der brasilianischen Probleme, dessen Lösung mit großer Eile betrieben werden muß, ist die eigene Weizenversorgung. Die Dringlichkeit dieses Problems ergibt sich nicht nur aus der knappen und ersten Devisenlage, in der sich das Land befindet; es handelt sich ebenso wie bei der Erdöl- oder Eisen- und Stahlfrage um ein Problem der wirtschaftlichen Unabhängigkeit. Nicht als ob bei der gegenwärtigen weltwirtschaftlichen Verflechtung noch eine abso-

lute wirtschaftliche Unabhängigkeit möglich wäre; aber diese Abhängigkeit braucht ohne schwerwiegende Gründe doch auch nicht so weit zu gehen, daß das Ausland einfach jeden Preis diktieren kann. Und das war hinsichtlich des Weizens z. B. der Fall. Forderte unser Hauptlieferant, Argentinien, das seine Ausfuhr staatlich bewirtschaftet, in Anbetracht unserer eigenen schwachen Lage auf dem Gebiet der Weizenversorgung doch weidlich hohe Preise. Nicht zu-

letzt war es diese argentinische Politik, die unsere Regierung zwang, dem Weizenbau im Lande ihre besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden und die Eigenversorgung wesentlich zu verbessern.

Viele Schwierigkeiten waren zu überwinden, um das zu erreichen. Zuerst galt es, geeignete Sorten für unser Klima zu züchten, wozu verschiedene Fachleute das Ihre beigetragen haben. Vor allem verdient in diesem Zusammenhang der Schwede Ivar Berkmann genannt zu werden, der durch seine geduldrigen Versuche als Direktor der 1929 bei Bagé in Rio Grande do Sul gegründeten *Estação Experimental Fitotécnica da Fronteira* die Grundlage zur Entwicklung des brasilianischen Weizenbaues überhaupt legte. Er züchtete neue klimafeste Sorten — die *Rio Negro*-, die *Frontana*- und die *Bagé*-Sorte —, die auch gegenüber den hiesigen Krankheiten und Insekten weniger anfällig sind und die früher im Lande angepflanzten Arten an Ergiebigkeit weit übertrafen. Ein Deutscher, Franz Krenzinger, der Gründer der ersten Kampkolonie, Friedenau oder Hulha Negra, hat als erster festgestellt und durch seine Kolonisationsarbeit auch praktisch bewiesen, daß die Kampböden an den Flüssen Jaguarão und Negro in Rio Grande do Sul besten Weizenboden darstellen. Die Kolonie Krenzingers, die übrigens vorwiegend von Deutschstämmigen besiedelt wurde, ist ein Vorkämpfer in der Weizenschlacht gewesen, deren Erfolge wir heute ernten können.

Was ist nun praktisch in den letzten Jahren auf dem Gebiet der Eigenversorgung erreicht worden? Aus den statistischen Angaben des Landwirtschaftsministeriums geht hervor, daß die Weizenkultur ständig an Boden gewinnt und sich seit einigen Jahren in aufsteigender Linie bewegt. Während im Jahre 1940 die Gesamternte wenig mehr als 73 700 t betrug, stieg sie 1944 auf 123 900 t, 1949 auf 437 500 t und 1950 auf 532 000, 1951 fiel sie vorübergehend auf 432 600 t, um dann 1952 auf 689 500 t und 1953 auf fast 771 700 t anzusteigen. Nach den Angaben des Landwirtschaftsministeriums und der drei hauptsächlichsten Weizen anbauenden Staaten Rio Grande do Sul, Santa Catarina und Paraná wurde für das letzte Jahr allein in diesen drei Staaten eine Ernte von nicht weniger als 800 000 t er-

rechnet. Der Anbaufläche und der Ernte nach stand unter den Weizen erzeugenden Staaten Rio Grande do Sul bei weitem an der Spitze; es allein lieferte 1954 schätzungsweise 601 600 t auf einer Anbaufläche von 695 500 ha. Dann folgten Santa Catarina mit einer Ernte von 143 430 t bei einer Anbaufläche von 146 800 ha und Paraná mit 52 665 t und 72 300 ha. Weiter bauen noch folgende Staaten, die wir in der Reihenfolge ihrer abnehmenden Bedeutung für die Weizenkultur angeben, Weizen an: São Paulo, Minas Gerais, Bahia, Mato Grosso, Goiás und Rio. Ebenso wie die Gesamternte ist übrigens auch die Anbaufläche von Jahr zu Jahr gestiegen. Sie betrug 1950 652 453 ha, 1951 724 875 ha, 1952 809 579 ha, 1953 910 414 ha und 1954 917 337 ha.

Es sind also auf dem Gebiet der Getreideerzeugung von privater und von öffentlicher Seite gewaltige und erfolgreiche Anstrengungen gemacht worden. Der Staat hat vor allem durch die Lieferung von Saatgut, von billigen landwirtschaftlichen Maschinen und durch die Festsetzung von Mindestpreisen eingegriffen. Außerdem haben der Bund und die Einzelstaaten auch eine ganze Reihe von Maßnahmen zur Erleichterung des Abtransportes und der Einlagerung der Ernten getroffen, wenngleich gerade auf diesem Gebiet immer wieder entmutigende Klagen von seiten der Landwirte laut werden. Immerhin aber genießen Erntetransporte auf sämtlichen staatlichen und privaten Bahnlinien Dringlichkeitsbehandlung. Dasselbe gilt von den Schifffahrtslinien, besonders vom brasilianischen Lloyd, dem die Beförderung des Weizens vom Süden nach den mittel- und nordbrasilianischen Staaten obliegt. Ebenso wird manches auf dem Gebiet der Erntefinanzierung getan, wenngleich sich der Direktor des Amtes für die Förderung des Weizenanbaues (*Serviço de Expansão do Trigo: SET*), Kurt Repsold, über eine mangelhafte Unterstützung durch die Banken beklagt. So sind z. B. die Devisenagios, die vorzugsweise für die Erweiterung der Weizenkultur verwandt werden sollten, von der verflochtenen Regierung anderen Zwecken zugeführt worden.

Obwohl in den letzten Jahren so viel erreicht worden ist, müssen für den Kauf von Weizen im Ausland noch große Devisenbeträge aufgewandt werden, denn die

im Inland gewonnene Weizenmenge deckt nur gut ein Drittel des Bedarfs. Immerhin aber gilt es zu bedenken, daß vor 30 Jahren Brasilien kaum 10 Prozent seines damals noch viel niedrigeren Bedarfs erzeugte und vor fünf Jahren erst ein Viertel. Trotz allem mußten 1953 noch 1 573 738 t zusätzlich eingeführt werden. Dafür wurden 44 Millionen Dollar an Devisen, abgesehen von 1,5 Milliarden Cruzeiros für argentinischen Weizen, insgesamt 3,37 Milliarden Cruzeiros an Devisen verausgabt. Neben dem Erdöl stellt so der Weizen einen der größten Devisenverzehrer der brasilianischen Wirtschaft dar.

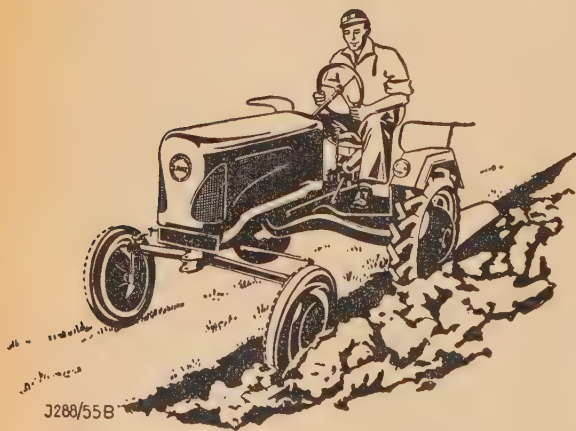
Von welcher Bedeutung der Ausbau der Weizenkultur tatsächlich für das ganze Land ist, zeigt sich erst, wenn man weiß, daß sich in Brasilien die wenigsten Bewohner Weizenbrot leisten können. Der Weizen ist eigentlich nur im Süden Volksnahrungsmittel, und auch hier nur in gewissen Zonen und Landstrichen, während er in Mittel- und Nordbrasilien nur in den

größeren Städten bekannt ist und verbraucht wird. Außerhalb dieser Städte kennt man Weizen und Brot so gut wie überhaupt nicht. Der jährliche Durchschnittsverbrauch je Kopf der Bevölkerung beträgt deshalb auch nicht mehr als 29 kg. Er liegt damit, abgesehen von Bolivien und Peru, unter dem aller anderen amerikanischen Länder. In Argentinien macht der Durchschnittsverbrauch z. B. über 153 kg aus, und selbst in Paraguay beträgt er 45,6 kg. In den USA hingegen werden 144 kg, in Frankreich 215 kg und in Kanada 258 kg Weizen je Kopf der Bevölkerung im Jahre verbraucht.

Solche Zahlen zeigen, wie sehr der Eigenverbrauch noch gesteigert werden könnte, ja aus Volksgesundheitsgründen gesteigert werden müßte, wenn die Eigenerzeugung ausreichen soll. Fachleute sind dabei der Ansicht, daß es durchaus möglich wäre, die Weizenherzeugung in Brasilien so zu entwickeln, daß das Land vom Weizenimporteur in einen Weizenexporteur verwandelt wird.

K.-H. Oberacker.

Zweitakt - zäh und zuverlässig



LANZ hat als Erster den
Zweitaktmotor im Schlepperbau verwendet.
Dieser LANZ Bulldog Zweitakter
ist robust und zuverlässig,
denn er ist einfach in der Konstruktion
und elastisch in der Arbeitsweise.
Außerdem ist er im Kraftstoff-
verbrauch sparsam wie sonst keiner.

LANZ
Bulldog
DIESELSCHLEPPER

DIE TRANSKONTINENTSTRASSE AMERIKAS

Es ist ein alter „panamerikanischer“ Traum, daß eine große „inter-amerikanische“ Fernverkehrsstraße von Kanada durch die amerikanischen Kontinente bis nach Patagonien und Feuerland führen soll. Ein Teil des auf fast 25 000 km Länge berechneten *Pan-American Highway* soll in Mittelamerika dem alten *Camino Real* der Spanier folgen. Als Vizepräsident Nixon im Frühjahr 1955 von seinem Besuch in Mittelamerika in die USA zurückkehrte, sagte er die Hilfe seines Landes zum beschleunigten Bau dieses Verbindungsstückes zu, das den kostspieligen Luftverkehr zwischen den mittelamerikanischen Staaten entlasten soll. Im Mai 1955 wurde eine der drei bis dahin offenen Lücken geschlossen: 15 km Straße zwischen Peñas Blancas in Nikaragua und La Cruz in Kostarika konnten dem Verkehr übergeben werden, obwohl gerade an der damit überwundenen Staatsgrenze nach wie vor eine scharfe Spannung herrscht.

Noch offen bleiben die Lücken zwischen Huehuetenango in Guatemala und dem

mexikanischen Grenzort Ocotral (über 50 km) sowie zwischen dem kostarikanischen San Isidro und dem Ort David in Panama (220 km). Die nördliche Lücke soll nunmehr geschlossen werden. Die USA wollen 75 Millionen Dollar in den nächsten drei Jahren aufwenden, um einen sicheren Landweg zum Panamakanal zu gewinnen, denn sie erinnern sich noch der Ubootgefahr im Karibischen Meer während des Zweiten Weltkrieges.



GOLFSTROM UND KANADA: IRREALES UND REALES NEULAND

„Ein vollständiges und gleichzeitig erschauendes Bild des gesamten Golfstromes, wie es gewissermaßen das Auge Gottes sieht, wurde schon lange benötigt. Aus diesem Grunde wurde endlich im Jahre 1950 ein gemeinsames Unternehmen ins Leben gerufen, gleichzeitige Beobachtungen, die sich über ein weites Gebiet erstrecken, zu sammeln. Die Woods Hole Oceanographic Institution arbeitete zusammen mit dem Hydrographic Office einen kooperativen Plan aus, der als *Operation Caboto* bekannt wurde.“

Diese Worte geben einen Hinweis auf die Quellen, aus denen die Amerikaner Henry Chapin und F. G. Walton Smith schöpften, als sie ihr nunmehr in Übersetzung vorliegendes Werk *The Ocean River* schrieben. Zugleich aber kennzeichnen sie damit den Anspruch, den sie erheben, auch wenn im Nachwort, gleichsam entschuldigend, darauf hingewiesen wird, daß manche

Gesichtspunkte nicht so ausführlich behandelt werden konnten, wie man es gewünscht hätte. Die Betrachtung weitet sich zu einer politischen Geographie des Golfstromes aus, deren Gedanken alle Beachtung verdienen. In diesem Sinne müssen vor allem die ersten hundert Seiten verstanden werden, in denen die lebenspendende und geschichtsbildende Kraft des Golfstromes betrachtet wird, aber auch die späteren Kapitel, wie „Der Dorsch rückt an“ oder „Segel und Golfstrom“. In Rechnung gesetzt werden muß dabei, daß das Buch die gebildete Öffentlichkeit ansprechen will.

Der große Kreislauf im Nordatlantik, der den Äquatorialstrom wie den Golfstrom und letztlich den Labradorstrom in Einheit umfaßt, wird zum Anlaß genommen; weltweite Geschichte in geographischer Bedingtheit zu sehen. Mit der Ablösung der spanischen Macht im Karibischen Meer durch England

weitete sich der von Hawkins begonnene, von den Spaniern geduldete Handel mit Negersklaven derart aus, daß der Äquatorialstrom zum Negerstrom wurde, der unablässig in den Golf von Mexiko floß. Die Neger, die als Sklaven für die Zuckerplantagen nach Westindien gekommen waren, haben schließlich die Inseln und darüber hinaus weite Teile der USA in Besitz genommen.

Die Meeresströmungen werden gleichzeitig verantwortlich gemacht für die erste geschichtsbildende Entwicklung auch im nördlichen Bereich. Während die Spanier das Karibische Meer befuhren, legten Franzosen und Engländer Beschlag auf die Kabeljau-Bänke vor Neufundland. Frankreichs und Englands Auseinandersetzungen um den St.-Lorenz-Strom, die bis tief in die Mississippi-Region hineingriffen, sind von den Fischgründen um Neufundland ausgegangen.

Heute steht die Frage der Ausnutzung der Meeresströmungen nicht mehr unter vorwiegend machtpolitischem Aspekt. Das Anliegen der *Operation Caboto* ist wissenschaftlich, allerdings verbunden mit einem Zweck: der Menschheit *in summa* zu dienen. Es sind nicht nur die Wissenschaft interessierende Tatsachen, wenn sich bei einer systematischen Untersuchung herausstellt, daß der Golfstrom entgegen alter Auffassung eher schmal als breit ist und, nachdem er Kap Hatteras passiert hat, in pendelnden Kurven zieht, die völlig regellos sind und ihre Lage an einem Tage um 20 km verändern können. Es sind Dinge der Grundlagenforschung, auf deren Boden die Verfasser ihre Arbeit mit den Sätzen schließen dürfen: „Man hat die Fischgründe des Ozeans ausgebeutet, aber man wird sie vielleicht noch eines Tages in Pflege nehmen; das Studium seiner Strömungen, die unser See- und Landklima bestimmen, kann leicht zu einer genauen Kenntnis der Kräfte führen, die die Gewalten der Luft und des Meeres lenken; ozeanische Chemie kann unsere Industrie grundlegend erweitern.“ Die Verfasser sehen im Golfstrom ein Neuland für den westlichen Menschen.

Von den Küsten Neufundlands aus, die seit Caboto immer wieder von Europäern aufgesucht wurden, führen die Schweizer Ernst und Bernhard Winkler in den kanadischen Raum, dem die Meeresströmungen und seine nördliche Lage derart zum Schick-

sal wurden, daß er unterbevölkert blieb und heute für mehr als 80 Millionen Menschen reales Neuland anzubieten vermag. Auch die beiden Schweizer wenden sich an die breitere Öffentlichkeit, und auch sie wollen nur eine Darstellung wichtiger Wesenszüge, nicht eine umfassende Gesamtuntersuchung geben.

Mit 9,9 Mill. qkm ist Kanada nach der Sowjetunion das größte Land der Welt; es wird aber von nur 15 Millionen Menschen bewohnt (= Größenordnung Land Nordrhein-Westfalen). Dabei sind 98% der heutigen Bevölkerung unmittelbar oder mittelbar Europäer, und nicht alle betrachten das Land als wirklich neue Heimat. In den letzten 40 Jahren wanderten 3,5 Millionen Menschen aus Kanada aus, davon 90% nach den USA. „Das Bevölkerungsproblem ist für die Zukunft Kanadas eine Lebensfrage. Von der Zahl der verfügbaren Arbeitskräfte hängt die agrarische Produktion, die Beschaffung der notwendigen Rohstoffe und deren industrielle Verarbeitung, mit anderen Worten, die volle Ausschöpfung der wirtschaftlichen Möglichkeiten in allererster Linie ab“ (S. 27).

In kurzen Kapiteln wird eindringlich von diesen Möglichkeiten geredet. Das heutige Waldareal beträgt 3,3 Millionen qkm; der dritte Teil davon wird genutzt. Kanadas Weizen ernährt 100 Millionen Menschen mit fremdem Brot; er könnte noch eine viel größere Zahl ernähren. Denn ein Übelstand kennzeichnet fast alle Farmen: der z. T. katastrophale Mangel an Arbeitskräften. Noch 1901 waren 40% aller Werktätigen in der Landwirtschaft beschäftigt, heute nur rund 15%; das sind (1951) 830 400 Personen oder 1,35 pro Farm. „Die sprichwörtlich gewordene Zweimannfarm ist also gar keine Überreibung“ (S. 69). Deshalb hat sich im kanadischen Farmbetrieb „eine geradezu revolutionäre Mechanisierung ermöglicht“. Der Mähdrescher (*Combine*) kann in neunstündigem Arbeitstag 16 ha mähen und dreschen. „Es ist sogar möglich, daß der Farmer seine Frucht sät und erntet, ohne seine Maschine zu verlassen, d. h. seinen Ackerboden betreten zu haben.“

Bei allem Vorteil solcher Mechanisierung und Rationalisierung (Kanadas Ernteorganisation ist die beste der Welt!) liegen die Nachteile offen zutage: der Boden wird ausgebeutet, und die Hektar-Erträge bleiben wesentlich kleiner als die der meisten euro-

päischen Länder. „Je größer die Farm, desto stärker der Raubbau. So sind in den westlichen, ariden Gebieten die ihrer Feuchtigkeit beraubten Böden ins Wandern gekommen und bedrohen große Landstriche mit Versandung und Dünen“ (S. 73).

Sehr eindrucksvoll geschrieben sind die Kapitel über den Fischreichtum der Küstengewässer Kanadas und über die „Bodenschätze — Reichtum ohne Ende“. Heute entfallen auf Kanada 98,6% der Nickelproduktion der Welt, 74,7% der Asbestgewinnung, 18,3% der Goldgewinnung und je 10–15% der Erzeugung von Kupfer, Zink und Blei. Die Reserven an Kohle werden auf etwa 15% der Weltreserven geschätzt. Die Voraussetzungen für die Entwicklung einer großzügigen Schwerindustrie und chemischen Industrie sind gegeben und noch längst nicht voll genutzt. Auch hier fehlt es an Arbeitern, insbesondere an erfahrenen Qualitätsarbeitern.

In der bisherigen Entwicklung liegt aber auch zugleich ein hoher Segen. Kanada erlebte einen wirtschaftlichen Aufschwung, der weit größer war, als sich für die geringe

Bevölkerungszahl vermuten ließ. Der Lebensstandard des Kanadiers ist daher außerordentlich hoch. „Der kanadische Nationalcharakter ist demgemäß, was immer er auch sein mag, der unaufdringlichste von allen, die wir kennen“ (S. 214).

Man muß den beiden Schweizern danken für das wertvolle Buch und sie zugleich beglückwünschen, daß sie einen Verlag als Auftraggeber hatten, der das Werk mit einer Fülle anregender und zugleich schöner Fotos (z. T. Farbaufnahmen) sowie mit zahlreichen Abbildungen ausstattete.

Martin Schwind

Chapin, H. und Smith, F. G. W.: *Der Golfstrom. Seine Geschichte und seine Bedeutung für die westliche Welt. Mit 17 Kartenskizzen u. 29 Abb. im Text. Berechtigte Übertragung aus dem Amerikanischen von Georg Ring. Ullstein A. G., Berlin 1954. 301 S. DM 10,80.*

Winkler, Ernst und Bernhard: *Kanada zwischen Gestern und Morgen. Kümmerly & Frey, Bern 1953. 268 S.*

KOSMOPOLITIK STATT GEOPOLITIK?

„Der Weltraum rückt uns näher“, so betitelt Major Donald E. Keyhoe ein Buch, das in deutscher Übersetzung im Blankalet-Verlag in Berlin erschienen ist. Darin schildert er seine Bemühungen, dem Problem der „fliegenden Untertassen“, der „*flying saucers*“, auf die Spur zu kommen, der „*UFOs*“, der „*unidentified flying objects*“. Dieses Thema wird von vielen noch nicht oder nicht mehr ernst genommen, obgleich es offensichtlich reale Hintergründe zu haben scheint.

Ein Schwanken zwischen offenem Klarlegen der Befunde und absolutem Geheimhalten oder bagatellisierendem Lächerlichmachen zieht sich durch den ganzen Bericht Keyhoes hin, der sich weitgehend auf amtliches Material stützt. Danach trafen während des Zweiten Weltkrieges Hunderte amerikanischer Flieger über Europa und Ostasien auf geheimnisvolle, runde, glühende Flugkörper. Häufig wurden die amerikanischen Bomber und Jäger von ihnen angefliegen und mit großer Geschwindigkeit umkreist. Die Vermutung, daß es sich um eine neue deutsche Waffe gehandelt habe, be-

stätigte sich anhand der späteren Vernehmungen deutscher und japanischer Sachverständiger nicht.

Im Jahre 1947 wurde die Öffentlichkeit zum ersten Male durch Berichte über das Auftauchen solcher merkwürdigen Flugkörper beunruhigt. Ken Arnold, ein Privatflieger in Idaho, beobachtete am 24. Juni neun riesige, glühende Scheiben, die in Kolonnenformation dahinstrichen. Danach häuften sich ernst zu nehmende Berichte, doch erklärte ein Sprecher des amerikanischen Kriegsministeriums alle für reine Erfindungen. Diese Taktik wurde immer wieder eingeschlagen, um eine Beunruhigung der Öffentlichkeit zu vermeiden.

Keyhoe stellt sich dagegen auf den Standpunkt, daß eine Aufklärung wesentlich besser wäre. Seinen Bemühungen scheint jedoch immer noch kein endgültiger Erfolg beschieden zu sein. Die bloße Erklärung, alles sei Täuschung, genügt nicht. Eine ins einzelne gehende Erklärung zum mindesten der veröffentlichten handgreiflichen Fälle wäre erforderlich. Die Tatsache aber, daß die amerikanische Luftwaffe nach dem

Absturz von Hauptmann Thomas Mantell einen Untersuchungsausschuß einrichtete, beweist, daß man die Dinge in irgendeiner Form ernst nahm, selbst wenn es nur darum ging, das Vorhandensein einer Geheimwaffe zu verschleiern. Denn das wiederholte Bestreben, die Beobachtungen wegzudisputieren, macht stutzig.

Im Falle Mantell war am 7. Januar 1948 in der Nähe von Fort Knox ein riesiges, rundes, glühendes Objekt in der Luft aufgetaucht. Mantell, der sich gerade auf einem Übungsflug in der Nähe befand, wurde angewiesen, Natur und Art des Flugkörpers zu erkunden. Nachdem er durch Sprechfunk mitgeteilt hatte, daß er ihn gesichtet habe und auf 6500 m steigen wolle, riß die Verbindung ab. Später wurden der abgestürzte Pilot und die merkwürdig zerrissenen Teile seiner Maschine in einiger Entfernung gefunden. Dies ist einer der wenigen Fälle, in denen ein Verfolger vernichtet wurde. Meist wurden sie einfach dadurch abgeschüttelt, daß die unheimlichen Besucher solche Geschwindigkeit annahmen, daß ihnen kein Flugzeug zu folgen vermochte.

Am 20. Juli 1952 wurden auf dem Radarschirm der Zentrale der Luftverkehrskontrolle auf dem *National Airport* bei Washington Flugzeuge beobachtet, die aus dem Nichts herangeschossen zu sein schienen. Auch in anderen Kontrollstationen wurden sie gesichtet. Gleichzeitig konnte der Kapitän eines Passagierflugzeuges die Objekte direkt beobachten. Als er sich einem der über Washington manövrierenden Flugkörper näherte, schoß dieser davon. Aus Messungen auf dem Radarschirm ergab sich innerhalb von vier Sekunden eine Zunahme der Geschwindigkeit von 200 auf 750 km/st. Dann folgten unwahrscheinliche Flugmanöver, eine Richtungsänderung von neunzig Grad und ein plötzliches Stoppen. Bei einem anderen Flugkörper wurde eine Geschwindigkeit von 10 800 km/st einwandfrei festgestellt. Zwei Stunden lang beobachteten die Kontrolleure an den Radarschirmen das erregende Spiel. Kurz bevor Düsenjäger eintrafen, die zur Anwehr oder Aufklärung angefordert worden waren, verschwanden die Phänomene. Fünf Minuten nach dem Abflug der Düsenjäger waren sie wieder da. Daher kamen die Kontrolleure auf die Vorstellung, daß der gesamte Funkverkehr abgehört werde. Saßen Menschen von dieser Erde oder Invasoren aus dem Kosmos in

den unheimlichen Luftfahrzeugen? Der Bericht Keyhoses über die ausweichenden Antworten des Luftwaffengeheimdienstleiters auf einer damit im Zusammenhang stehenden Pressekonferenz kann nur noch mehr verwirren.

Dem Verfasser des Buches soll erklärt worden sein, daß man bei einer Veröffentlichung der Wahrheit eine Panik befürchte. Es ist aber fraglich, ob diese Gefahr wirklich besteht. Keyhoe meint, daß sich der größte Teil der Bevölkerung nach einer ersten Aufregung rasch beruhigen und dem Problem gefaßt gegenüberstehen würde. Diese Ansicht ist sicherlich richtig. Durch die vielen öffentlichen Erörterungen des Problems ist die Menschheit doch bereits auf alle Möglichkeiten vorbereitet.

Keyhoe schildert unter Einflechten der merkwürdigsten Berichte, wie er bei seinen Bemühungen, Licht in das um die UFOs herrschende Dunkel zu bringen, immer wieder auf Widerstand beim Luftwaffengeheimdienst stieß. Im Sommer 1952 jedoch wurde ihm überraschenderweise eine Anzahl Geheimberichte ausgehändigt, in denen die Realität der Erscheinungen unumwunden zugegeben wird. Darunter befand sich die Schilderung eines Fluges, der mit 6000 km/st auf einem Radarschirm über Südkarolina verfolgt werden konnte. An die Verwendung dieser Berichte wurde nur die Bedingung geknüpft, darauf hinzuweisen, daß auf die UFOs nicht geschossen werden soll. Aus der Bevölkerung war nämlich die dringende Bitte darum ausgesprochen worden. Denn man befürchtete drastische Gegenmaßnahmen.

Die Berichte wurden zusehends erregender; ihre Zuverlässigkeit stieg, da derartige Erscheinungen nicht mehr unerwartet kamen. Auch in Kanada wurde 1952 ein Untersuchungsausschuß gebildet. Sein Schöpfer war Ingenieur Wilbur C. Smith, der sich viel mit der magnetischen Antriebstheorie der Untertassen beschäftigt. In diesem Zusammenhang mag auf die Theorie der Massenanziehung, der Schwerkraft hingewiesen werden, die schon lange vor dem Krieg von dem Ingenieur Walter Levetzow aufgestellt und dann in der Sowjetunion weiter verwertet worden sein soll. Danach wäre die Anziehungskraft ein Druck von außen, nicht ein Zug nach unten. Durch geeignete Metalle soll sich die Wirkung der den Weltenraum durchsetzenden Druckstrahlen aufheben lassen.

Dies wie alles andere über die *UFOs* wirkt fast unglaublich. Aber man muß sich mit dem Bericht Keyhoses auseinandersetzen. Man darf sich nicht davon abbringen lassen, auch wenn es manchen Schwindel in dieser Angelegenheit gibt. Keyhoe selber weist darauf hin, daß die USA sonst nicht so viele Mittel und Kräfte für die Untersuchung der Erscheinungen aufwenden würden.

Am phantastischsten wirken die Berichte von den Mutterschiffen. Das Unglaublichste erlebte die Besatzung eines B-29-Bombers, der am 6. Dezember 1952 über dem Golf von Mexiko flog. Auf ihren Radarschirmen konnten die Männer Formationsflüge von *UFOs* mit 7500 km/st verfolgen. Zum Schluß vereinten sich die kleinen *UFOs* mit einem inzwischen aufgetauchten großen „Mutterschiff“, das mit 13 500 km/st aus dem Bereich des Schirmes entwand.

Und dann gibt es noch die grünen und die roten „Meteore“. Offensichtlich sind es aber keine echten Meteore. Denn sie treten zu häufig auf und haben eine gerade statt einer gekrümmten Bahn. Die grünen fliegen mit 60 000 km/st, was dem zehnten Teil der niedrigsten Meteorogeschwindigkeit entspricht. Auch hat man nichts von Trümmerstücken gefunden.

Die roten Meteore traten im Jahre 1949 über Albuquerque auf. Eine Untertasse kam auf 170 m herunter, ließ sich plötzlich auf 70 m fallen und explodierte in einem roten Sprühregen. Dasselbe wiederholte sich in drei Nächten am selben Ort und zur selben Stunde. Aber niemand wurde verletzt. Sollte es eine Mahnung gewesen sein, die Atombombenversuche einzustellen?

Auf Grund des gesamten ihm zur Verfügung stehenden Materials kommt Keyhoe zu dem Schluß, daß die *UFOs* von Wesen gesteuert werden, die für Atomenergie-Anlagen, Luftwaffen- und Marinestützpunkte, die Prüfstation für Stratosphärenraketen in White Sands, Flugzeugfabriken, Hauptstädte besonderes Interesse haben. Alles scheint ihm auf außerirdische Herkunft der Beobachter zu deuten. Denn sie tauchen über allen Punkten der Erde auf, selbst über sowjetischem Gebiet. Doch gibt es darüber nur wenige Andeutungen.

Die Theorien über den Herkunftsort der lebenden Wesen, welche die *UFOs* offensichtlich steuern, sind nicht phantastischer als die auf der Erde gehegten Pläne einer Weltraumfahrt. Die Planeten unseres Son-

nensystems möchte man allerdings ausschließen, wenn auch mit der Möglichkeit gespielt wird, daß eine auf Mars beobachtete Explosionserscheinung als Atomexplosion zu deuten sei. Wenn unsere engere Nachbarschaft aber nicht in Frage kommt, muß auf die Planeten ferner Sonnen zurückgegriffen werden. Sie sind nicht mehr ausschließlich Spekulation. Vielmehr haben die Astronomen herausgefunden, daß es Sterne gibt, die von verhältnismäßig kleinen, dunklen, also unsichtbaren Körpern umkreist werden, die als Planeten angesprochen werden können. Zwar sind diese dunklen Begleiter durchweg noch erheblich größer als Jupiter, der massereichste Planet unseres Sonnensystems (317faches der Erde), doch hat der kleinste beim Stern 61 im Schwan nur dessen 16fache Masse. Im übrigen hängt es von den Möglichkeiten ab, die Beobachtungsmethoden noch weiter zu verfeinern, um auch noch kleinere Planeten zu entdecken. Hier sind aber leider gewisse Grenzen gesetzt.

Wenn man aber auch davon überzeugt sein kann, daß es auch noch anderwärts Lebensbedingungen gibt, die den auf der Erde herrschenden ähnlich sind, so kommt doch noch die Überwindung der riesigen Entfernungen hinzu. Vom 61 im Schwan braucht das Licht 11,2 Jahre, um zu uns zu kommen. In einem Jahr legt es 9,463 Billionen Kilometer zurück. 61 im Schwan ist also fast dreimal so weit entfernt wie der uns nächste Stern Alpha im Zentaur. Die in Einsteins Relativitätstheorie enthaltene Schrumpfung der Zeit mit zunehmender Geschwindigkeit wird als Möglichkeit zur Überwindung dieser Schwierigkeit diskutiert, aber auch die Möglichkeit einer wesentlich längeren Lebensdauer jener fernen Wesen, bei der eine jahrelange Weltraumreise nicht mehr bedeutet als die Entdeckungsfahrt des Kolumbus nach Amerika.

Für eine außerirdische Herkunft der *UFOs* mögen auch ältere Berichte über gleiche Erscheinungen sprechen, die schon lange vor Erfindung des Luftschiffs und des Flugzeugs erschienen. Seit 200 Jahren kennt man derartiges. Allerdings gibt es auch darunter Berichte, die einwandfrei Naturerscheinungen wiedergeben, so ein Bericht in der Vossischen Zeitung vom 5. September 1836. Dabei handelte es sich aber, für jeden Fachmann sofort erkenntlich, um eine Feuerkugel, ein besonders

helles Meteor. Immerhin gibt es Berichte, die in allen Einzelheiten mit den heutigen über „Mutterschiffe“ übereinstimmen.

Die sich widersprechenden Äußerungen sachverständiger und eingeweihter Männer verwirren das Bild nur immer mehr. So soll sich der deutsche V-Waffen-Konstrukteur Riedel anlässlich einer im Sommer 1952 durch die Presse gegangenen Meldung des Fundes einer fliegenden Scheibe auf Spitzbergen folgendermaßen geäußert haben: „Das ist eine typische V 7, an deren serienmäßiger Herstellung ich selbst arbeitete.“ Keyhoe sagt von diesem Fall (S. 83): „Wie zu erwarten war, verneinte die norwegische Regierung jede Kenntnis von der Scheibe.“ Aber können nicht irdische Versuche und außerirdische Anflüge durcheinander laufen?

Und nun kam neuerdings der sozusagen abschließende Bagatellisierungsversuch der U. S. Air Force. Soll man da nicht auf den Gedanken kommen, daß es sich doch um eine Geheimwaffe handelt? Ein endgültiges Urteil läßt sich keinesfalls abgeben. Die UFOs als nicht vorhanden zu erklären, geht nicht gut. Die von Keyhoe gebrachten Berichte sprechen zu sehr dagegen. Andererseits wäre es aber auch zu verstehen, daß das Vorhandensein einer Geheimwaffe auch einmal mit solchen Mitteln verschleiert wird, wozu unter Umständen selbst das vorliegende Buch einen Beitrag liefern soll. Jedenfalls ist jetzt wohl erreicht, daß die Verwirrung vollständig ist. Haben wir aber eine Geheimwaffe vor uns, könnte die Überraschung der Menschheit beim Aufgehen des Vorhangs noch unangenehmer sein als bei der erwarteten Landung der Marsmenschen oder Uraniden, wie Professor Oberth die vom Himmel herunterkommenen Besucher kürzlich nannte.

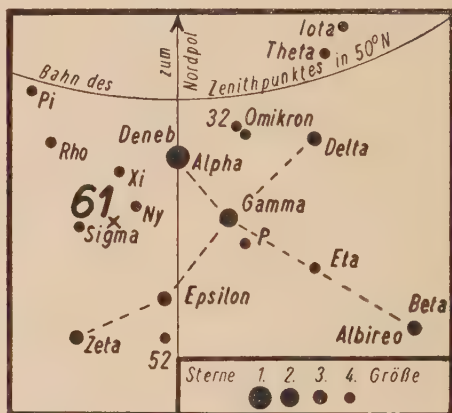
Eine Umstellung auf wirkliche Kosmopolitik dürfte trotzdem nach allem nicht von der Hand zu weisen sein. Wunderlich ist nur, daß die Uraniden offensichtlich unseren Funkverkehr abhören und verstehen können und trotzdem noch nicht mit uns in Verbindung getreten sind. Sollte eine Rasse mit einer so hoch entwickelten Technik 200 Jahre brauchen, um sich über

die irdischen Verhältnisse klar zu werden? Doch diejenigen, die alle Fragezeichen beiseitigen könnten, schweigen beharrlich.

H. R. Scultetus

Zur untenstehenden Karte:

Sternbild des Schwans mit dem Stern fünfter Größe 61, bei dem ein dunkler Begleiter durch winzige Ortsveränderungen seiner Sonne entdeckt wurde, hervorgerufen durch die Bewegungen um den gemeinsamen Schwerpunkt. Der dunkle Begleiter hat



zwar die 16fache Masse Jupiters, des größten Planeten unseres Sonnensystems, damit die 4000fache Masse der Erde, doch kann er schon als Planet bezeichnet werden. Damit beweist er die bisher nur als wahrscheinlich bezeichnete Möglichkeit, daß es noch andere Planetensysteme gibt, in denen eine andere Erde mit ähnlichen Lebensbedingungen und ähnlichen Lebewesen existiert. Wenn man Karte und Himmelsanblick zum Aufsuchen dieses bemerkenswerten Sternes miteinander vergleichen will, braucht man die Karte nur über sich zu halten, indem die Richtung „zum Nordpol“ auf den Polarstern weist. Die Sterne sind mit griechischen Buchstaben bezeichnet. Nur die hellsten haben Eigennamen, die meist aus dem Arabischen stammen. Einige Sterne sind mit Zahlen oder lateinischen Buchstaben bezeichnet.

POLITISCHE GEOGRAPHIE IN DER VOLKSSCHULE

In den Richtlinien für die Volksschulen des Landes Nordrhein-Westfalen wird an keiner Stelle von Politischer Geographie oder Geopolitik gesprochen. Vielleicht darf man annehmen, daß die Verfasser der Ansicht sind, das Herausarbeiten der Beziehungen zwischen Geographie und Politik (Geschichte) sei eine „deutsche oder sogar eine nationalsozialistische Erfindung“. Das Werden der neuen wissenschaftlichen Disziplin zeigt aber mit aller Deutlichkeit, daß neben dem Deutschen Ratzel der Franzose Vidal de la Blache, der Schwede Kjellén und der Engländer James Fairgrieve das politisch-geographische Denken stark beeinflusst haben.

Fairgrievs Werk „Geographie und Weltmacht — eine Einführung in die Geopolitik“, dem ich die ersten Anregungen zu verdanken habe, erschien in deutscher Übersetzung bereits 1925 (Vowinkel Verlag, früher Berlin, jetzt Heidelberg). Der Inhalt des Buches zeigt, „wie die Bühne für den Akt des Dramas aufgerichtet ist, der eben jetzt gespielt wird“. Er hat für jede Epoche seine Berechtigung, ganz besonders für die gegenwärtige.

Norman Pounds, bis 1949 an der Universität in Cambridge und dann an der Universität in Wisconsin (USA) tätig, veröffentlichte 1947 „Die historische und politische Geographie von Europa“, die 1950 im Westermann Verlag in Braunschweig in deutscher Übersetzung herauskam. Dieses Buch „will den Einfluß nachweisen, den wesentliche geographische Faktoren ausgeübt haben, erstens auf den Verlauf der europäischen Geschichte und zweitens auf die Verwicklungen der Weltpolitik“. Die Ausführungen beschränken sich also nicht nur auf das Werden, Vergehen und Wiedererstehen der europäischen Staaten, sondern sie behandeln auch die Fragen des Imperialismus und Kolonialismus. Kurz gesagt: Pounds' Werk ist Politische Geographie, in Kontinenten und maritimen Großräumen gesehen.

Gewiß kann nicht bestritten werden, daß manche Wortprägungen der neuen Wissenschaft infolge des Mißbrauchs durch den Nationalsozialismus einen üblen Ruf bekommen haben und deshalb nicht gern gebraucht werden, man kann aber unmöglich

ohne Beachtung der Ergebnisse einer internationalen Wissenschaft einen zeitgemäßen Lehrplan realisieren. Bestimmte Termini der Politischen Geographie oder Geopolitik — vgl. A. Haushofers Werk, Kurt Vowinkel Verlag, Heidelberg, 1951 — haben sich mit der Zeit so stark in der Wissenschaft verankert, daß sie notwendigerweise auch in jedem Geographie-Lehrplan ganz deutlich sichtbar werden müssen. Das gilt auch für die Richtlinien für die Volksschulen des Landes NRW.

Die Aufgabe der Erdkunde wird in den Richtlinien (S. 22, Verlag Ferd. Kamp, Bochum) u. a. wie folgt präzisiert: „Sie... zeigt, daß die Menschen in ihren Lebensverhältnissen, ihrer Wirtschaftsweise und ihrem Volks- und Staatsleben von der Natur und den Gegebenheiten der Landschaft abhängig sind.“ Und im zweiten Abschnitt heißt es: „Im besonderen will sie als Vaterlandskunde im Zusammenhang mit anderen Fächern zu der Erkenntnis führen, daß Lage, Gestalt, Klima und Bodenbeschaffenheit des deutschen Landes die Voraussetzung für unser wirtschaftliches, kulturelles und staatliches Leben bilden.“ Damit haben die Richtlinien etwas festgehalten, was zum geopolitischen Stoffgebiet gehört, das sich aus den englischen, französischen, schwedischen, deutschen und amerikanischen Forschungen ergeben hat: die konstanten Kräfte der Räume und Staaten. Nachdrücklich weise ich in diesem Zusammenhang auf den Artikel des kanadischen Wissenschaftlers Th. Greenwood „Der Geist der Geopolitik“ hin (Heft 10/1952 der Zeitschrift für Geopolitik, Vowinkel Verlag, Heidelberg). Neben Lage, Klima, Gestalt und Bodenbeschaffenheit erwähnt er weiterhin Bodenschätze, die Eignung des Bodens für Ackerbau und Viehzucht, Wirtschaft und Verkehr. Diese rein geographischen Verhältnisse reichen aber nicht aus, das staatliche Wirken und Streben der einzelnen Räume und Völker zu verstehen. Hinzu kommen die ethischen Konstanten der Politik, die Greenwood besonders hervorhebt: Lebensrecht eines Volkes, Völkerrecht, das Ringen um den Frieden. Die Richtlinien drücken diese Forderungen so aus (3. Abschnitt, letzter Satz):

„Bei der Behandlung der außerdeutschen Länder Europas und der Erdteile müssen die Schüler die Lebensnotwendigkeiten anderer Völker kennenlernen und mit dem Verständnis für fremdes Volkstum und der Achtung vor fremder Art die Einsicht gewinnen, daß die Völker aufeinander angewiesen sind.“

Wenn schon in diesen Formulierungen die Forderung nach politischer Bildung und Erziehung durchklingt, dann gilt das besonders für den ersten Satz des Abschnittes. „Liebe zu Heimat und Vaterland“ ist zu wecken, die Fähigkeit „zu tätiger und verantwortungsvoller Mitarbeit in der Gemeinschaft unseres Volkes“ wird erstrebt. Ein Vergleich mit den ministeriellen Richtlinien Preußens 1922 und Bayerns 1926 zeigt, daß Vaterlandskunde damals wie heute verlangt wurde, jedoch sollte für die europäischen und außereuropäischen Länder ein Überblick genügen. Die neuen Richtlinien von NRW lassen in aller Deutlichkeit erkennen, daß heute auch die Volksschule die globale Sicht im weltpolitischen Geschehen zu beachten hat. Geographische Überblicke, geographische Nomenklatur genügen nicht mehr, es müssen politisch-geographische Zusammenhänge der kontinentalen und maritimen Räume erkannt werden! Die Jungen und Mädchen, die wir zu betreuen haben, sind nicht nur Staatsbürger, sondern auch die Weltbürger der Zukunft. Ihre „verantwortungsvolle Mitarbeit“ wird sich einmal auf das deutsche Volk und auf die gesamte Menschheit erstrecken!

In diesem Zusammenhang können einige Hinweise, die in den Bestimmungen über Gemeinschaftskunde und Geschichte gemacht werden, nicht übergangen werden. Die Aufgabe der Gemeinschaftskunde in lebendiger Wechselwirkung von Erziehung und Lehre (S. 18) kann nur gelöst werden, wenn geopolitische Erkenntnisse beachtet werden. Das gilt besonders für die Forderung auf S. 19: „Bei geeigneter Gelegenheit werden auch staatliche und politische Verhältnisse anderer Länder betrachtet. Mit den Bemühungen, überstaatliche Einrichtungen zu schaffen, soll der Schüler bekannt gemacht werden (Europarat, *UNO*, *UNESCO*).“ Zweifellos wird ein aufgeschlossener Unterricht in der Abgangsklasse auch die militärischen Machtblöcke im West-Ost-Konflikt und die Zusammenarbeit der Staatenwelt der

neutralen Zone von Ägypten über Vorderasien, Vorder- und Hinterindien beachten.

Die Geschichte soll die „Abhängigkeit des Menschen (und zweifellos auch eines Volkes und Staates) von Raum und Zeit“ zeigen, und „bedeutsame Tatsachen sollen aufeinander bezogen werden“. (S. 21.) Gerade die Erkenntnisse der Geopolitik beziehen sich auf bedeutsame Tatsachen des Raumes, die geographischen Faktoren, und die wichtigsten Ereignisse der Zeit.

Nach dieser notwendigen Abschweifung kehren wir wieder zurück zur Erdkunde! Die Ausführungen bezüglich des Bildungsgutes fordern „eine klare erdkundliche Gesamtschau“. (S. 22.) Da aber die Erdkunde andere Fächer sehr stark assoziiert, erheischt diese Gesamtschau die Beachtung anderer Fächer, die Konzentration der verwandten Stoffgebiete. Die Richtlinien stellen also heraus, daß trotz der Vielgestalt der Fächer das Leben innerhalb eines Raumes oder einer Landschaft eine Ganzheit ist und daß sich auch die Schularbeit nach Möglichkeit dieser Erkenntnis anpassen muß. Und darum heißt es auf S. 23 (Mitte) sehr prägnant: „Die Erdkunde ist durch ihre Verflechtung mit andern Sachgebieten besonders zur Zusammenschau der einzelnen Fächer geeignet. Es ist deshalb bisweilen möglich, sich von der räumlich fortschreitenden Stoffplanung zu lösen und einen erdkundlich betonten Gesamtunterricht durchzuführen.“ Folgerichtig haben die Richtlinien für Schulen, die „weitgehend Gesamtunterricht erteilen“, besondere Stunden tafeln aufgestellt. (S. 42.)

Das Klassenlehrersystem der Volksschule gibt immer die Möglichkeit, die Konzentration innerhalb der Bildungsarbeit durchzuführen. Jederzeit lassen sich die Beziehungen der Erdkunde zur Geschichte, zum Deutschen und zu anderen Fächern (Naturkunde, Rechnen, Zeichnen) herstellen. Wenn eine geographische Bildungseinheit aber die erdgebundenen politischen Vorgänge vernachlässigen wollte, dann fehlte in der Zeit der wirtschaftlichen und politischen Umgestaltung der Welt ein wesentlicher Zug, und die Volksschule müßte den Vorwurf der Rückständigkeit hinnehmen. Eine geographisch-politische Sicht führt hin zur Gemeinschaftskunde, zur staatsbürgerlichen Erziehung, zu dem Sachwissen, „das für eine sinnvolle und verantwortungsbewußte

Teilnahme am öffentlichen Leben eines demokratischen Staatswesens notwendig ist.“ (S. 19.) J. Wütschke drückte dieselbe Forderung bereits 1922 (Die Politische Geographie im Unterricht, Geogr. Anzeiger) mit folgenden Worten aus: „Wir müssen Verständnis für die Kräfte wecken, die die andern Staaten und Mächte an jene Plätze führten, die sie heute in Wirtschaft und Politik einnehmen. Wir müssen Verständnis wecken für die Forderungen und Hemmungen, die von jenen andern Mächten und Staaten auf unser Vaterland ausströmen...“

Die Ausführungen haben, hoffe ich, gezeigt, daß die neuen Richtlinien — offen oder etwas versteckt — die Politische Geographie in der Volksschularbeit verlangen, auch sie hilft mit, ein „wirklichkeitsnahes, gegenwartsbezogenes Wissen“ und ein „auf

praktische Anwendung gerichtetes Können“ zu vermitteln. (S. 3.) Und ein politisch-geographisch fundierter Unterricht wird „das Bildungsgut in seinen natürlichen und sinnvollen Zusammenhängen belassen“ (S. 6) und die „übergreifenden, religiösen und geistigen, sittlichen und sozialen, wirtschaftlichen und politischen Ordnungen (S. 4) nicht in europäischer Enge, sondern global erfassen.

F. Knieper.

„Die Richtlinien für die Volksschulen des Landes Nordrhein-Westfalen und Politische Geographie“ — entnommen „Neue Wege“ Juni-Aug. 1955, Bochum. Von demselben Verfasser in Vorbereitung „Globale Geographie“ (Grundlegung und Unterrichtsbeispiele politisch-geographischer Bildung), Verlag Ferd. Kamp, Bochum).

DIE ERNEUERUNG DER STÄDTE

Der Verfasser des Berichtes über die amerikanische Wohnungssituation von 1944 (*American Housing: Problems and Prospects*) legt eine Arbeit vor, in dem die Stadt als Ganzes gesehen wird, wieder im Auftrag des *Twentieth Century Fund*. Seine Absicht geht dahin, „eine umfassende Übersicht über die Probleme zu gewinnen, denen die Städte begegnen, wenn sie ihre Lebensfähigkeit mitten im Bevölkerungswachstum und der technischen Entwicklung bewahren wollen“. Dankenswerterweise hat der Verfasser sich der Mühe unterzogen, die Operationsziele und den heutigen Grad der Verwirklichung der Stadtpläne in einer großen Reihe von Städten der USA zu untersuchen.

Wir sehen, daß es die gleichen Probleme sind, die uns in Europa beschäftigen, und daß ihrer Bewältigung die gleichen Hemmnisse entgegenstehen, so etwa die Behinderung durch ein veraltetes Bodenrecht, das Unbefriedigende von Teilplanungen, die die Zusammenhänge des Ganzen unbe-

rücksichtigt lassen, die isolierte Planung für eine Stadt anstelle von Regionalplanung und nicht zuletzt die psychologischen Schwierigkeiten, die im Unverständnis der breiten Öffentlichkeit liegen.

„Wie können wir Ungeduld und Suchen in falscher Richtung vermeiden, unser Teilprogramm zu Gesamtplänen aufrunden und verzettelte Anstrengungen zusammenführen, so daß der Prozeß der Erneuerung auf eine solidere Grundlage gestellt wird?“ fragt der Verfasser und vermag aus der konkreten Anschauung, die er sich bei der Beschäftigung mit den Bemühungen der einzelnen Städte verschafft hat, Ansatzpunkte zu zeigen und manche Winke zu geben, z. B. auch hinsichtlich der Erziehung des Publikums. So geht von dem Buch Orientierung und Ermutigung aus.

Elisabeth Pfeil.

Miles L. Colean: *Renewing Our Cities*, *Twentieth Century Fund*, New York 1953, 181 S., \$ 2,50.

THOMAS GREENWOOD

Schildwache Formosa

„Die schöne Insel“

Die große Tropeninsel Taiwan schwimmt träge in den ruhigen Wassern des Pazifik hundert Meilen vor den Küsten Südchinas. Die ersten portugiesischen Seefahrer, die sie im 16. Jahrhundert erblickten, gaben ihr den Namen *Formosa*, „die Schöne“. Uns ist die Insel noch heute unter diesem sehnuchtsvollen Namen bekannt trotz der beunruhigenden Ereignisse, deren Mittelpunkt sie heute darstellt. Schließlich können die Wechselfälle der Weltpolitik den Charme Formosas oder den gastfreien und fleißigen Charakter seiner Bewohner nicht ändern.

Wir kamen auf die Insel nicht mit dem alterproben Schiff, sondern durch die Luft in einem riesigen Sprung, der uns in sieben Stunden von Tokio mit einer Zwischenlandung in Okinawa hierher führte (Okinawa erlebte im Zweiten Weltkrieg zahlreiche blutige Gefechte). Unsere riesige Maschine gab uns den Eindruck, als stürzten wir plötzlich auf die Insel herab, ihre grünen Berge enthüllten sich unvermittelt vor unseren Augen. Von oben bot die Nordküste einen stark eingebuchteten Anblick. Besonders da, wo sich der Hafen Keelung versteckt, liegt ein tiefer Golf. Von dort aus führen Straße und Bahn nach Taipeh, der Hauptstadt. Die hohen Berge neben der Straße geben der Landschaft auf der ganzen Insel eine immergrüne Farbe. Später konnten wir feststellen, daß sie sich bis zum anderen Ende Formosas fortsetzen. Sie durchziehen die Insel transversal. An einigen Stellen erheben sie sich zu Gipfeln von fast 4000 Meter.

Auf der pazifischen Seite treten die Berge dicht an die Meeresküste heran. Von Ilan bis Hualien ist die Straße in den Felsen gesprengt, sie liegt hoch über dem Meeresspiegel. Man bildet Geleitzüge, um ohne Unfall durchzukommen. Die Straße wird bald in der einen, bald in der anderen Richtung als Einbahnstrecke verwendet. Auf dieser Seite der Insel besteht keine Besorgnis vor einer Invasion. Der Strand, soweit er überhaupt existiert, ist schmal. Die wenigen Häfen sind dicht vom Gebirge eingefaßt.

Aber auf der Westseite steigt das Zentralgebirge in Terrassen zum Meer hinab. Es läßt vor dem Ufer eine lange und fruchtbare Ebene frei, von der aus die Ernährung der Einwohnerschaft möglich ist. Reisfelder (es gibt sie in geringerem Ausmaß auch an anderen Stellen der Insel), Bananenpflanzungen, die während des ganzen Jahres Frucht tragen, Tabakfelder, Weingärten und Felder mit anderen Produkten geben der Mehrheit der Einwohnerschaft Arbeit. Die übrige Bevölkerung lebt vom Handwerk und der gerade im Entstehen befindlichen Kleinindustrie.



Formosa zählt heute über 10 Millionen Einwohner, die sich auf den 36 000 qkm seiner Oberfläche drängen. Rund 200 000 davon sind echte Inselbewohner malaiischer Herkunft, während über 7 Millionen Chinesen in verschiedenen Zeitabschnitten vom Festland herübergekommen sind. Der Rest besteht aus chinesischen Flüchtlingen, die ihre Heimat unter dem Druck des Kommunismus verlassen haben.

Dank einer durch die gegenwärtige Regierung durchgeführten Agrarreform und dank einem guten Gesundheitsdienst in den Städten und auf dem Lande lebt die Bevölkerung glücklicher als früher. Einer Zahl von rund jährlich 80 000 Todesfällen stehen neuerdings rund 380 000 jährliche Geburten gegenüber. In den kleinen Dörfern, die wir im Süden der Hauptstadt besuchten, konnten wir die Lebensfreude der Formosaner feststellen, die sich gegen die überall vorhandenen Schwierigkeiten des ostasiatischen Lebens durchsetzt. Die Kinder spielten lachend auf den staubigen Plätzen und Straßen. Die Läden waren pausenlos geöffnet, bis die Verkäufer nicht mehr konnten. Die Frauen waren in traditioneller Weise beschäftigt, während die Männer auf dem Felde, in ihrer Werkstatt oder in ihrem Geschäft arbeiteten.

Als wir eine Handvoll Bonbons unter die Kinder warfen, ergaben sich in Hsin-Tschu dieselben lustigen Szenen wie in einer kleinen Stadt zu Hause. Die Mamas nahmen einen interessierten Gesichtsausdruck an, die Männer versuchten, sich durch Zeichensprache mit uns zu verständigen, und alte Herren wackelten amüsiert mit dem Kopf, wobei sie ihren zahnlosen Mund zeigten. Wenn wir den Wortschwall der Einwohner hätten verstehen können und wenn ihr körperlicher Typ uns nicht so fremd vorgekommen wäre, hätten wir uns vorstellen können, daß wir in einem Dorf oder einer Kleinstadt eines beliebigen anderen Landes gewesen wären. Ohne Sorge gingen wir in den volkreichen Straßen der Hauptstadt spazieren, ebenso in den abgelegenen Gebirgsdörfern. Trotz ihrer Armut sind die Formosaner gastfreundlich und lebensfroh. Die vielfältige Hilfe ihrer großen amerikanischen Verbündeten stärkt ihr Wohlbefinden und ihre gute Laune beträchtlich.

Letzte Bastion in Chinas Bürgerkrieg

Die Amerikaner machen große Anstrengungen, um Formosa im Kreis der für den Westen auf der Wacht stehenden Staaten zu halten. Das gilt politisch, militärisch und sozial. Eine amerikanische Mission von über 100 Personen befindet sich in Taipeh. Sie soll der „gegenseitigen Sicherheit“ dadurch dienen, daß sie lebenswichtige Einfuhren nach Formosa finanziert, die wirtschaftliche Entwicklung des Landes fördert, Ratschläge für den Ausgleich des Staatshaushalts und für das Steuersystem erteilt, der Regierung Fachleute für die Entwicklung der natürlichen Reichtümer und der Industrie zur Verfügung stellt, einen Austausch von Intellektuellen und Experten vermittelt und schließlich bestimmte Wünsche der Militärmission befriedigt, zu der fast 1000 Personen gehören. Die Militärmission wohnt in einem zentral gelegenen Stadtteil von Taipeh, der besonders für sie und ihre Familienangehörigen gebaut worden ist. Leicht werden die Amerikaner nicht aus Formosa herausgehen, besonders nicht bei der gegenwärtigen politischen Lage.

Während des Zweiten Weltkrieges war China auf zwei Fronten in einen blutigen Kampf verwickelt. Seit der Revolution von 1911 stand es in einem Bürgerkrieg zwischen den Militärgouverneuren der einzelnen Provinzen, die sich um die zentralen

Machtpositionen stritten. Indem sie sich gegenseitig ausschalteten, hatten sie am Ende nur noch den christlichen und amerikafreundlichen Tschiang Kai-schek und Mao Tse-tung, den durch Moskau unterstützten Kommunistenchef, übrig gelassen.

Über diesen Bürgerkrieg schob sich die japanische Invasion hinweg. Tschiang und Mao kämpften gegen die Japaner und unterstützten damit den Kampf Amerikas nach Pearl Harbor, führten aber gleichzeitig weiter gegeneinander Krieg, wobei jeder die Unterstützung seiner besonderen amerikanischen Freunde genoß.

Nach der Kapitulation Japans mußten die Fehlberechnungen der Amerikaner, die das Kriegsende in China gekommen glaubten, dazu führen, daß sie aus dem Lande abrückten und Tschiang seinem Schicksal überließen. Mao dagegen genoß weiter die Unterstützung Moskaus, so daß man den Ausgang ohne weiteres voraus-sagen konnte.

Der Bürgerkrieg, der länger dauerte als der Weltkrieg, endete zum Nachteil des nationalistischen Chefs. Tschiang erlitt 1945–1949 eine Niederlage nach der anderen und mußte schließlich mit seinen Truppen das Festland verlassen. Er nahm Zuflucht auf Formosa. Dorthin konnten ihm die Kommunisten, die keine Flotte besaßen, nicht folgen.

In der letzten Phase des Bürgerkrieges gelang es den Nationalisten auch, die Pescadores (Penghu-Inseln) zwischen Formosa und dem Festland zu halten, dazu vier kleine Inselgruppen dicht unter der chinesischen Küste, – von Norden nach Süden: die Tacheninseln, die Nantschi-Inseln, Matsu und Quemoy. Die beiden zuletzt genannten Gruppen bilden einen vorgeschobenen Schutzschirm vor der national-istischen Festung.

Ohne die Neutralisierung Formosas durch den Präsidenten Truman und durch die Proklamation des Präsidenten Eisenhower, der ihre Neutralität aufhob und sie unter den Schutz der amerikanischen Flotte stellte, wären diese vier Inselgruppen ebenso wie die Pescadores und Formosa selbst heute schon ein Opfer der kommunistischen Angriffe geworden. Freilich war Peking auch anderweitig stark beschäftigt, zuerst durch den Koreakrieg, dann durch den Indochinakrieg, so daß es sich auf gefährliche Nebenunternehmungen vor seiner riesigen Küste nicht einlassen konnte.

Heute aber hat Peking seine Gegner am 38. oder am 17. Breitengrad festgenagelt. Es besitzt im Kreml einen mächtigen Freund. Es weiß sich der wenigstens passiven Unterstützung Nehrus sicher, der für Indien eine Rolle erstrebt, die dessen bevölkerungsmäßigem, geographischem und geschichtlichem Gewicht entspricht.

Da das kommunistische China nichts zu verlieren hat, ließ es sich auf ein Abenteuer mit Formosa ein. Es benutzt alle klassischen Mittel der Propaganda, die bei den Kommunisten in hoher Geltung stehen. Mit dem Listenreichtum, der einer alten Rasse eigen ist, haben die chinesischen Kommunisten ein loses Kettenglied im Panzerhemd der Nationalisten und ihrer Verbündeten aus dem Westen gefunden. Wie üblich fordern sie das Maximum, um zweifellos mit einigen Erfolgen aus dem Streit hervorzugehen, die echte Erfolge sind, selbst wenn sie das Maximum nicht erreichen.

Die schwache Stelle im Panzer war der Mangel eines konkreten zweiseitigen Abkommens zwischen Formosa und Washington. Das ist im Februar 1955 nachgeholt worden, als die USA und die chinesischen Nationalisten einen Bündnisvertrag schlossen, in dem sich die Amerikaner zur Verteidigung Formosas und der Pesca-

dores verpflichteten. Zwar wird darin nichts über die vier dem Festland unmittelbar vorgelagerten Inselgruppen gesagt. Aber die Amerikaner behalten sich das Recht vor, einen Angriff gegen diese Inseln nach ihrer eigenen Auffassung zu deuten. Außerdem haben sie ihre Siebente Flotte, die in der Straße von Formosa kreuzt, verstärkt.

Das Interesse der USA

Man kann die Tatsache des Schweigens über einige Punkte, die Entscheidungen und die sich aus ihnen ergebenden Folgen nur verstehen, wenn man aufmerksam die Karte betrachtet, um von ihr aus die Lage zu begreifen. Die Geographie kann uns in dieser Hinsicht einen Schlüssel zum Verständnis der politischen Absichten und Entschlüsse liefern. Die vier erwähnten Inselgruppen liegen näher an der chinesischen Festlandsküste als Formosa. In der Hand der Nationalisten können sie ebenso gut der Verteidigung Formosas dienen wie als vorgeschobene Stützpunkte benutzt werden, von denen aus die Blockade gegen das kommunistische China verdichtet werden kann, die sogar als Ausgangspunkt für einen Landungsversuch auf dem Festland gebraucht werden können.

Die USA haben sich zur Verteidigung Formosas und der Pescadores vertraglich verpflichtet. So wie man sie kennt, werden sie von ihrem Versprechen nicht abweichen. Wenn aber die anderen Inselgruppen in der Vorstellung der Nationalisten als Absprungpunkte betrachtet werden, halten sich umgekehrt die Kommunisten für berechtigt, diese Drohung zu beseitigen, sobald sie dazu in der Lage sind.

Da die Amerikaner nicht zugunsten eines Angriffs auf das Festland eintreten, sind sie der Ansicht, daß die vier Inselgruppen keineswegs sämtlich gleich wertvoll für Formosas Verteidigung sind. Deshalb haben sie die Nationalisten bei der Räumung der beiden am weitesten entfernten Inselgruppen unterstützt. Zuerst ließ die amerikanische Flotte die Tachen-Inseln räumen. Dann haben die Nationalisten auch die Nantschi-Gruppe ohne Aufheben verlassen. Da aber die Matsu- und die Quemoy-Inseln Formosa näher liegen, betrachtet die nationalistische Regierung sie als vorgeschobenen Schutzgürtel für die Verteidigung der großen Insel und betont ihren Entschluß, sie unter allen Umständen zu verteidigen. Auch die Regierung in Peking sieht diese Lage durchaus ein. Deshalb hält sie Quemoy fast täglich unter dem Feuer ihrer Ferngeschütze, um einen endgültigen Angriff vorzubereiten.

Die damit gegebene Gefahr ostasiatischer Kampfhandlungen, selbst nur im Rahmen eines örtlich begrenzten Konfliktes, hat die Vereinten Nationen auf den Plan gebracht. Sie haben eine Einstellung aller kriegesischen Aktionen veranlaßt, bis eine zufriedenstellende Lösung für ein Problem gefunden worden ist, das seiner Natur nach in diesem Augenblick nicht gelöst werden kann. Trotz geheimnisvoller Geschäftsreisen, bei denen sich die neutralistischen Inder besonders hervortun, läßt sich nichts gegen die unvermeidlich starre Haltung der beiden Kampfgegner tun. Es ist schließlich nicht möglich, von Tschiang Kai-schek, der sich in Formosa auf Grund eines unbestrittenen Rechtes befindet, zu verlangen, daß er den Kommunisten ganz nachgibt und ins Exil geht.

Außerdem muß man daran denken, daß nach amerikanischer Ansicht Formosa aus zwei Gründen für die weltweiten Interessen der freien Völker wichtig ist.

Der erste Grund ist strategischer Art. Die Karte und die Geschichte der älteren ebenso wie der neueren Zeit zeigen uns Formosa als wichtige Schachfigur in der kommunistischen Politik, die sich zunächst in Ostasien festzusetzen versucht. Wenn man Japan, Korea, die Philippinen und Indochina als vier Eckpunkte eines Rechteckes betrachtet, läßt sich leicht erkennen, daß sich die durch dieses Rechteck gelegten Diagonalen in Formosa durchkreuzen. Wenn man Formosa fallen läßt, gibt man das Schloß eines wertvollen Gürtels aus der Hand, der diese ganze Weltgegend überhaupt in Form hält. Solange Washington dazu in der Lage ist, tut es gut daran, sich an die große Insel festzuklammern und den Verteidigungsvertrag mit den dortigen Behörden einzuhalten. Es handelt sich dabei nicht um eine Beurteilung Tschiang Kai-scheks und seiner Regierung, sondern um eine Frage der Verteidigung Amerikas.

Der zweite Gesichtspunkt ist psychologisch und wirtschaftlich. Im Schutz des Bogens, der von Japan nach Indochina führt und eine Sperre gegen den Kommunismus bildet, wohnen über 350 Millionen Asiaten und Polynesier, wenn man die Australier und Neuseeländer außer acht läßt. Diese Menschen wissen, daß die Amerikaner fast eine Million Mann zwischen Korea und Indochina in Stellung gebracht haben. Wenn man davon rund ein Drittel für jeden der drei Wehrmachts-teile rechnet, zählen Luftwaffe und Marine zusammen über 700 000 Mann. Außerdem wissen die Bewohner dieser Gegenden, daß die Amerikaner die Kosten für den Unterhalt von je 20 koreanischen, nationalchinesischen und südvietnamesischen Divisionen tragen, d. h. daß sie rund 600 Millionen Dollar jährlich für jede einzelne dieser Heeresgruppen ausgeben. Schließlich weiß die betroffene Bevölkerung, daß die Amerikaner zur Fortsetzung der Eindämmungspolitik gegen den Kommunismus entschlossen sind, weshalb sie die Unterstützung von rund 350 Millionen ostasiatischer Menschen genießen.

Wenn sie also Formosa aufgeben, verlieren die Amerikaner ihr Gesicht, büßen sie das Vertrauen der einheimischen Bevölkerung ein. Danach kann sich der Kommunismus leicht überall festsetzen, nach einem Verlust Formosas kann er andere Länder zum Abfall vom amerikanischen Bündnis veranlassen.

Andererseits weiß man, daß die Amerikaner durch ihre Bündnisse von Siam bis Korea (auch Kambodscha gehört dazu, wohin neuerdings eine Militärmission der USA gekommen ist) so stark engagiert sind, daß sie ihre Flagge in den Gewässern Formosas eigentlich nicht streichen können.

Zu den politischen und strategischen Überlegungen muß man religiöse Gründe hinzufügen. Formosa ist das eigentliche Evangelisationszentrum für die Gesamtbevölkerung Chinas geworden, eine Art Pflanzschule für Missionare, die sich darauf vorbereiten, zu einem gegebenen Zeitpunkt zur Christianisierung der 600 Millionen des festländischen China aufzubrechen. Die Ausweisung der katholischen Missionare aus dem kommunistisch beherrschten China hat dazu geführt, daß sie sich auf Formosa festgesetzt haben, wo man sie ebenso wie ihre Mitchristen behördlicherseits willkommen hieß. 1945 bei der japanischen Kapitulation gab es auf Formosa 15 katholische Priester und etwa 8000 Katholiken. Heute aber zählt man dort über 300 Priester verschiedener Orden und über 35 000 Katholiken.

Wenn man Formosa den Kommunisten überläßt, setzt man den katholischen und den protestantischen Klerus ebenso wie die Gemeindeglieder neuen Verfolgungen aus. Das ist auch einer der Gründe, weshalb die Festigkeit der amerikanischen Politik in der Formosafrage die Zustimmung aller Freunde von Frieden und Ordnung verdient.

Zur Frage der Mission in China

Der italienische Journalist Alvisè Scarfoglio berichtet in der Juninummer der in London erscheinenden Zeitschrift *Eastern World* über die Seligsprechung von 16 Märtyrern aus dem Boxeraufstand am 17. April 1955. Da der Ton des Berichts im Zusammenhang mit dem von unserem Mitarbeiter G. S. im Juliheft der Zeitschrift für Geopolitik erstatteten Bericht über die katholische Mission in China und mit dem obenstehenden Bericht von Prof. Greenwood von Bedeutung ist, seien einige Sätze im Rahmen der Freien Aussprache wiedergegeben:

„Die Zeremonie in der Peterskirche war feierlich, aber nicht so stark besucht, wie es sonst bei derartigen Anlässen üblich ist... Die Seligsprechung sollte offensichtlich den Ruhm der Jesuiten erhöhen, die den größeren Teil der Missionen in China in der Hand hatten. Man erzählt, daß sie die Seligsprechung aller 4000 in Frage kommenden Märtyrer anstrebten. Aber während des Verfahrens stellte sich heraus, daß nur 52 chinesische Laien aus den Nordprovinzen und 4 französische Jesuitenväter das Ausmaß an Tugenden in

ihrem Leben bewährt hatten, das für eine Seligsprechung nötig ist. Die katholische Kirche in China braucht Märtyrer, wie das bei jeder in Schwierigkeiten befindlichen Kirche oder Religionsgemeinschaft der Fall ist. Und der Konflikt zwischen der katholischen Kirche und der Republik China zeigt nun einmal kein frisches Märtyrerblut. Der römische Klerus gibt das zu und beschwert sich fast darüber. Er bezeichnet die Politik als teuflisch. Chinesische Priester und Bischöfe kommen oft ins Gefängnis, werden aber nie zum Tod verurteilt und oft nach verhältnismäßig kurzer Zeit freigelassen. Die wenigen wirklich zum Anspruch des Märtyrertums Berechtigten sind im Gefängnis gestorben —, dabei ist nicht klar, ob ihr Tod auf die üblen Verhältnisse in der Haft oder auf natürliche Ursachen zurückzuführen ist... Einzelne Kreise im Vatikan meinen, daß der Bann gegen den Generalvikar von Nanking, der sich dort ohne Ernennung durch Rom zum Bischof gemacht habe, vor allem ausgesprochen worden sei, um festzustellen, ob die amtliche Nachricht darüber aus Peking wahr sei. Die genaue Zahl der Geistlichen in der „Bewegung für die drei Autonomien“ ist kaum bekannt.“

•

DIE SCHELDE

Der Antwerpener *Transportkroniek*-Verlag hat kürzlich zwei Vorträge unter dem Titel „De Schelde en Antwerpen“ veröffentlicht. Der Stadtsekretär Antwerpens, Dr. K. C. Peeters berichtet in dem einen Referat, in dem er als Privatperson spricht, über die politische Bedeutung des Stromes, besonders für die belgisch-niederländischen Beziehungen.

Vom Westfälischen Frieden des Jahres 1648 an, in dem die Trennung zwischen den Vereinigten Provinzen und den Südlischen Niederlanden amtliche Anerkennung fand und die Scheldemündung geschlossen

wurde, bis zur Annexion Belgiens durch Frankreich 1795, mit der für Antwerpen der Zugang zum Meer wieder geöffnet wurde, belastete der „Geist von Münster“ das nachbarliche Verhältnis der beiden Länder. Nicht nur Antwerpen, das im 16. Jahrhundert eine große westeuropäische Metropole gewesen war, sondern der Wohlstand ganz Belgiens wurde durch ihn ruiniert, und die österreichischen Habsburger konnten als Landesherren nur einen unvollkommenen Ausgleich schaffen.

Bonaparte als Erster Konsul ließ zuerst Arbeiten am Schiffahrtsweg der Schelde

durchführen. Bei der nicht haltbaren Vereinigung zwischen Belgien und den nördlichen Niederlanden 1815—30 setzte dann die Entwicklung Antwerpens zum modernen Hafen mit einer freien Scheldemündung ein. Sie wurde durch die Belgische Revolution von 1830 in Frage gestellt, und die Niederlande legten auf ihre Anerkennung der belgischen Unabhängigkeit 1839 eine schwere Hypothek, indem sie die Mündung des Stromes für sich behielten und eine Abgabe von den nach Antwerpen fahrenden Schiffen forderten. Erst nach 1863, als Bel-



gien für 17 Millionen Gulden das niederländische Zollrecht freikaufte, konnte Antwerpen Weltgeltung erlangen.

Nach dem Ersten Weltkrieg wurde ein niederländisch-belgischer Plan zum gemeinsamen Ausbau der Wasserwege, insbesondere zum Bau eines Kanals Antwerpen—Moerdijk auf gemeinsame Kosten, aufgestellt. Aber 1927 lehnte die niederländische Erste Kammer im Gegensatz zu den seit 1839 gemachten Versprechungen diesen Plan mit 33 gegen 17 Stimmen ab. Kurz darauf entschlossen sich die Niederlande zum Bau des Juliana-Kanals zwischen Rotterdam und der Maas, — Belgien antwortete mit dem Durchstich des Albert-Kanals, der ausschließlich auf seinem Staatsgebiet durch die belgische Provinz Limburg von der Schelde zur Maas führt. Von einer Nord-Süd-Verbindung zwischen Schelde und Rhein war nicht mehr die Rede.

Erst der Geist der Benelux-Abreden verpflichtete nach dem Zweiten Weltkrieg dazu, auf den Plan eines gemeinsamen Wasserstraßennetzes zurückzukommen. Es handelt sich dabei um zwei gesonderte Probleme: 1) um die Schelde selbst, deren Schiffbarkeit durch den nach den Über-

schwemmungen des Februar 1953 aufgestellten „Deltaplan“ und die darin vorgesehene Eindeichung der Oosterschelde gefährdet wird, 2) um die Erschließung des Hinterlandes der Schelde, vor allem den Kanal zum Rhein bei Moerdijk, die Vergrößerung der Schleuse von Terneuzen und des von dort nach Gent führenden Seekanals sowie eine Verbindung von der Schelde zum östlichen Rhein.

Peeters verheimlicht nicht, daß die öffentliche Meinung Belgiens durch den Delta-Plan beunruhigt worden ist, vertritt jedoch die Ansicht, daß humanitäre Gesichtspunkte dessen einfache Ablehnung verbieten. Belgien solle seine Haltung erst formulieren, wenn es eine gründliche wissenschaftliche Unterlage über die möglichen Auswirkungen des Planes auf die Schiffbarkeit der Schelde besitze.

Über den Moerdijk-Kanal bestehen noch immer Meinungsverschiedenheiten zwischen Belgien und den Niederlanden. Belgien will die Verstärkung der Benelux-Union von dessen Bau abhängig machen, während auf niederländischer Seite ein geringeres Interesse am Kanal als an der Wirtschaftsunion selbst besteht (das ist nur in der Provinz Nordbrabant anders). Der Steenberghe- Van Cauwelaert-Bericht vom 13. Mai 1954 sieht einen Gesamtausbau der Wasserstraßen vor: 1) die Nord-Süd-Verbindung von der Schelde zum Rhein, 2) den Bau einer zweiten Schleuse bei Terneuzen und die Vergrößerung des Genter Seekanals, 3) die Beseitigung des Bouchon de Lanaye zwischen der Maas und dem Juliana-Kanal (für das erste Projekt soll Belgien alle auf seinem Staatsgebiet entstehenden Kosten und 80% der in den Niederlanden notwendigen Ausgaben decken, die Niederlande den Rest, beim zweiten Projekt sollen die Niederlande nur 15% der auf ihrem Territorium anfallenden Kosten tragen, alles andere Belgien, beim dritten Projekt sollen die Niederlande 20%, Belgien 80% der Ausgaben aufbringen). Obwohl dieser niederländisch-belgische Plan von amtlichen Persönlichkeiten aufgestellt worden ist, handelt es sich eben nur um ein Gutachten. Die öffentliche Meinung in den Niederlanden bleibt dem Moerdijk-Projekt gegenüber noch immer ablehnend. Die beiden Parlamente haben noch nicht endgültig Stellung genommen. Nur haben sich Antwerpen und Lüttich in einer

kürzlichen Abmachung gegenseitige Unterstützung zugesagt.

Daher ist es nicht verwunderlich, daß Antwerpener Hafenkreise und Lütticher Industrielle seit einiger Zeit ihr Interesse einer Verbindung zwischen der Schelde und dem ostwärts fließenden Rheinlauf zuwenden. Gedacht wird an den Bau des *Vent-Debout*-Kanals, der ohne Berührung niederländischen Bodens den Albert-Kanal durch das Aachener Becken bis zum Rhein südlich von Düsseldorf verlängern würde. In diesem Falle würde sich nicht der belgisch-niederländische, sondern der belgisch-westdeutsche Handel intensivieren. Peeters meint jedoch, daß man im Benelux-Rahmen eine zufriedenstellende Lösung finden solle.

Man sollte in Wirklichkeit das Scheldeproblem auf europäischer Ebene ohne Bindung an partikularistische Gesichtspunkte betrachten, besonders an die Bedürfnisse der Montanunion denken. Antwerpen sollte nach Meinung von Dr. Peeters deren erster Ausfuhren sein.

Der Antwerpener Hafendirektor O. Leemans analysiert in dem zweiten Referat besonders die wirtschaftliche Bedeutung der Schelde für den belgischen Großhafen. Der Strom ist in erster Linie ein wichtiger Seeschiffahrtsweg. Noch 1870 liefen ihn nur 4122 Fahrzeuge mit insgesamt 1,387 NRT an (von der belgischen Nettotonnage BNT werden 1953 18,55% zur Errechnung der international üblichen NRT abgezogen), 1914 waren es 7056 Schiffe mit 14,147 Mill. t, 1937 12 386 mit 25,1 Mill. t und 1953 über 13 000 mit 30,5 Mill. t. Diese Entwicklung beweist, daß Antwerpen trotz mancher Nachteile (besonders der Höhe einzelner Gebühren) nach wie vor eine anziehende Wirkung auf Reeder und Verschiefer besitzt.

Die Zusammensetzung des Handels hat sich übrigens im Lauf der Jahre zugunsten des Hafens verändert. 1871 machten die ausgehenden Güter nur ein Fünftel der Einfuhrtonnage aus, während die Bilanz heute ungefähr ausgeglichen ist (1953: 14,4 Mill. t Einfuhr und 13,7 Mill. t Ausfuhr). Das liegt an der industriellen Entwicklung des belgischen und ausländischen Hinterlandes von Antwerpen.

Leemans gliedert den landseitigen Handel Antwerpens (1953) nach vier Richtungen auf: 1) 1,3 Mill. t Güter zwischen Antwerpen und belgischen Scheldehäfen (der Rückgang gegenüber dem 1951 erreichten Höhepunkt von 1,8 Mill. ist mit den unzureichenden Schiffsbedingungen an der Oberschelde und der Wirtschaftslaute in Ostflandern zu erklären), 2) 3,7 Mill. t zwischen Antwerpen und belgischen Binnenwasserstraßen, die in die Schelde münden, 3) annähernd 550 000 t zwischen Antwerpen und Frankreich (für diesen Verkehr ist die Schelde wichtiger als die Maas, auf der 1953 nur 400 000 t mit Frankreich umgeschlagen wurden), 4) 2,3 Mill. t zwischen Antwerpen und den Niederlanden.

Daraus ergibt sich, wenn man von der künstlichen Verkehrsbelegung durch den Koreakrieg 1951 und dem darauf folgenden Rückgang absieht, daß auch der Binnenwasserverkehr auf der Schelde merklich über den Vorkriegsstand ansteigt. Darin zeigt sich die allgemeine Bevorzugung des Wasserwegs wegen seiner Billigkeit im Vergleich zur Eisenbahn, wobei ihn die Motorisierung der Binnenwasserfahrzeuge auf gewissen Strecken sogar schneller als den Bahnverkehr macht. Der Binnenschiffsverkehr von der Schelde und ihren Nebenflüssen ist für Antwerpen mit 7,9 Mill. t (1953) wichtiger als der Verkehr des Albert-Kanals (5,4 Mill. t) oder des Rheins (5,3 Mill. t).

Dieser Binnenschiffsverkehr wird noch zusätzliche Bedeutung gewinnen, wenn verschiedene Wasserstraßen gebaut oder verbessert worden sind, die Zugang nach Antwerpen über die Schelde geben können, — nämlich der erwähnte Moerdijk-Kanal, die Oberschelde und das Kanalnetz zu den Industriegebieten des Hennegau (vor allem der Kanal Nimy—Blaton, der Kanal Charleroi—Brüssel und die Sambre). Die Eisenindustrie des Hennegau könnte damit ihre Exportmöglichkeiten wahrscheinlich ebenso verbessern, wie es Lüttich mit dem Bau des Albert-Kanals getan hat. Der Verfasser meint, daß dieses große Programm gleichzeitig Antwerpen, seinem belgischen und seinem ausländischen Hinterland dienen kann.

Léon van Huffel.

SANIERUNG DES EISENBAHNVERKEHRS?

Während sich die Verwaltung der meisten Eisenbahngesellschaften Europas regelmäßig als defizitär erweist, stellen die niederländischen Eisenbahnen eine glückliche Ausnahme dar. Hieraus ergibt sich das besondere Interesse, das eine über die niederländischen Bahnen als kommerzielles¹⁾ Unternehmen vom Institut für Verkehrswissenschaft an der Universität Münster veröffentlichte Abhandlung verdient.

Wie der Verfasser berichtet, haben die jährlich wiederkehrenden und steigenden Eisenbahndefizite der beiden früher in den Niederlanden bestehenden Eisenbahnunternehmungen zur Errichtung der „Niederländische Eisenbahnen A.G.“ am 1. Januar 1938 geführt. Ab 1941 konnten²⁾ deren Jahresbilanzen jeweils mit positiven Resultaten abgeschlossen werden.

Die Erfolge dieser neuen Verwaltungsmethode der niederländischen Eisenbahnen erklären sich durch die Tatsache, daß diese auf der festen Grundlage einer einheitlichen Verkehrspolitik aufgebaut wird, zu deren konsequenten Durchführung die Niederländischen Eisenbahnen über die nötigen Mittel verfügten. Die Grundsätze dieser allgemeinen Verkehrspolitik sind vor allem:

1. die Verkehrsunternehmungen sind nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten und nicht für wesensfremde Zwecke (wie z. B. die Sozialpolitik des Staates) zu führen;
2. die Qualität der Transportleistung ist maßgebend für die Wahl des Verkehrsmittels und führt zur Inanspruchnahme anderer Verkehrsmittel überall, wo diese die Funktion der Schiene zweckmäßig ergänzen können;
3. die allgemeine Rationalisierung im Sinne einer Einstellung des Betriebes, wo er nur mit erheblichen Verlusten weitergeführt werden kann.

Der praktischen Anwendung dieser Grundsätze erscheint die juristische Struktur der

niederländischen Eisenbahnen besonders angepaßt. Obgleich alle Aktien dieser Eisenbahnen sich in den Händen des niederländischen Staates befinden, so hat doch die A.G. der Niederländischen Eisenbahnen die Rechtsform einer privaten Aktiengesellschaft.

Zwar hat auch in den Niederlanden der Staat bestimmte Aufsichtsrechte über die Ausführung des Eisenbahnbetriebes an sich gezogen wie z. B. die Ausführung der Fahrpläne und Tarife; aber im Grunde genommen verfügt die Betriebsleitung über eine ziemlich groß bemessene Handlungsfreiheit, während die Einwirkung der niederländischen Staatsbehörde auf die Führung des Unternehmens nur über ihre Position als Besitzer der Aktien erfolgt, dies im Gegensatz zu den meisten europäischen Eisenbahnen, die fast alle echte Staatsbetriebe und als solche den wechselnden politischen Einflüssen in viel stärkerem Maße ausgesetzt sind.

Diese Konstellation trägt in ausschlaggebendem Maße zur Erleichterung der kaufmännischen Wirtschaftsführung der niederländischen Eisenbahnen bei. Durch Anwendung einer weitgehenden Freiheit auf dem Gebiet der Frachtpreisvereinbarungen sind sie imstande, eine sehr verfeinerte Anpassung an die verschiedenartigen Marktsituationen zu leisten, wobei sie sich für die Festsetzung ihrer Frachtsätze ausschließlich leiten lassen von den Selbstkosten ihrer Leistung und den Verhältnissen auf dem Markt.

Die niederländischen Eisenbahnen haben andererseits auf dem Gebiet des Personenverkehrs von ihrer Rechtsform als Aktiengesellschaft Gebrauch gemacht, um fast bei der Hälfte der Kraftomnibusunternehmen die Majoritätsrechte zu erwerben. Es ist ihnen auf diese Weise gelungen, soviel wie möglich Schienen- und Omnibusverkehr in eine Hand zu bekommen und somit die Koordinierung der Verkehrsmittel zu fördern, die Anschlüsse weiter zu verbessern und die Verkehrsbedienung von kleinen Bahnhöfen und Haltestellen dem Omnibusverkehr in noch größerem Umfang zu überlassen.

Zur Verbesserung ihrer schwierigen finanziellen Lage bemühen sich die Eisenbahn-

¹⁾ Dr. P. Boender: Die Niederländischen Eisenbahnen als kommerzielles Unternehmen. (Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1954.)

²⁾ Der Gewinn der Niederländischen Eisenbahnen nimmt jedoch jährlich ab: Im Jahre 1954 betrug er 2,6 Millionen Gulden gegen 4,8 Millionen im vorigen Jahre. Dies ist größtenteils auf die Erhöhung der Löhne zurückzuführen.

gesellschaften anderer Länder, Maßnahmen zu treffen, die zu einer gewissen Auflockerung des bestehenden, auf dem gemeinwirtschaftlichen Prinzip beruhenden Tarifsystems sowie zu einer Rationalisierung und Koordinierung des Verkehrsbetriebs geführt haben. In dieser Hinsicht darf auf das Beispiel Belgiens hingewiesen werden, das u. a. im Laufe der nächsten 20 Jahre auf einer Strecke von 2000 km nach und nach den Bahnverkehr einstellen will, oder auf das Frankreich, das tatsächlich schon über 8000 km seines Bahnnetzes, die nicht ausreichend benutzt wurden, stillgelegt hat. In diesem Zusammenhang ist der kürzliche Plan der französischen Eisenbahnen zur Kommerzialisierung ihrer Betriebsmethoden ganz besonders kennzeichnend für die heutige Tendenz.

Dieser neue Plan stellt sich hauptsächlich zur Aufgabe, die Beförderung der Güter in den Gegenden, wo der Verkehr von zweitrangiger Bedeutung ist, zu erleichtern und zu verbessern durch die Herstellung von Straßenverbindungen um einige „Eisenbahnzentren“ und durch die zentralisierte Organisation des Verkehrs einer bestimmten Gegend in einer sogenannten „Agentur“, welche die technische Verwaltung mit der kaufmännischen Leitung vereinigt und deren Befugnisse sich auf das gesamte Straßen- und Eisenbahnnetz erstreckt. Diese neue Organisation, die mehr als eine Ähnlichkeit mit gewissen Betriebsmethoden der niederländischen Eisenbahnen zeigt, zielt hauptsächlich darauf hin, direkte Kontakte mit der Kundschaft anzuknüpfen, um deren Wünsche schnellstmöglich befriedigen zu können.

Darüber hinaus ist nunmehr die französische S.N.C.F. mit einer Revision ihres Tarifsystems für die Güterbeförderung beschäftigt, die eine bessere Anpassung der Tarife an den wirklichen Kostenpreis des Transportes bezweckt durch Verschärfung der seit dem 1. August 1951 bestehenden tarifarischen Abstufungen. Die sogenannte „Nuancierung“ der Tarife bringt die Anwendung verschiedener Sätze für denselben Transport je nach dessen Schwierigkeit mit sich und führt praktisch zur Begünstigung des Verkehrs zwischen den großen Städten.

Ferner wird eine zusätzliche Taxe erhoben, falls die Abfahrt- oder Ankunft-Bahnhöfe auf einer Linie geringer Bedeutung liegen.

Da jedoch diese Revision der Tarife es vermeiden will, die von den Hauptlinien entfernten Gegenden zu benachteiligen und somit den Dekonzentrationsprozeß der Industrie zu verhindern, wird diese „Nuancierung“ der Sätze auf schwere Güter wie Getreide, Mehl, Düngemittel, Kohle, Erze nicht angewendet.

Diese Reform soll es der französischen Schiene ermöglichen, sich in dem Konkurrenzkampf mit dem Lastkraftwagen, der vor allem auf den wichtigsten Strecken (wie Paris—Lyon) hartnäckig ist, besser zu behaupten.

Es darf jedoch nicht aus dem Auge verloren werden, daß die Verhältnisse, in denen sich dieser Kampf abspielt, in Frankreich nicht dieselben sind wie in den Niederlanden, wo die Eisenbahnen mittels ihres Tochterunternehmens, der *Algemene Transport- en Expeditie-Onderneming Van Gend & Loos A. G.*, einen sehr großen Teil des Straßenverkehrs kontrollieren.

Die französische Reform dagegen wird normalerweise eine tatkräftige Reaktion der Straßenverkehrswirtschaft hervorrufen, die zur Verschärfung des Konkurrenzkampfes zwischen Schiene und Straße führen wird, ohne jedoch die finanzielle Lage der Eisenbahnen völlig sanieren zu können.

In Anbetracht der zahlreichen Schwierigkeiten, die einer harmonischen Koordinierung der verschiedenen Verkehrsmittel auf nationaler Ebene im Wege stehen, fehlt es nicht an Wirtschaftlern und Politikern, die die Meinung vertreten, daß eine endgültige Sanierung der Eisenbahnen vor allem durch eine internationale Koordinierung der Verkehrsmittel zu erreichen ist.

Diese setzt aber voraus — und in dieser Hinsicht ist das niederländische Beispiel zweifelsohne lehrreich —, daß für den Schienenverkehr ebenso wie für den Straßenverkehr in möglichst weitem Maße die echten Kosten als Grundlage der Tarifgestaltung genommen werden.

Fernand Gyssens.

KARL O. PAETEL

André Malraux

Literatur der Gewißheit und Literatur der Unruhe

Es gibt Schriftsteller, die man deswegen liebt, weil sie einem über Stunden der inneren Verlorenheit dadurch hinweghelfen, daß sie den Leser in eine andere Welt entführen, eine Welt der Schönheit, der innerlichen Sicherheit, der Harmonie, – kurz, eine Welt des Nicht-Alltäglichen und der begründeten Hoffnung. Ich bin der Meinung, die avantgardistisch argumentierenden Neutöner, die das einfach als „Plüschsofa-Literatur“ abtun, haben Unrecht: schließlich haben nicht nur die Courths-Mahler, sondern auch Carossa und Reinhold Schneider, nicht nur Ganghofer, sondern auch die Langgässer und Bergengruen, nicht nur die Marlitt, sondern auch Ernst Wiechert (wenngleich auf höherem Niveau und auf dem Umweg über persönliche oder zeitgemäß-gesellschaftliche Probleme, nicht zuletzt religiöser Art), im Kern genau das Gleiche angestrebt, nämlich, ihren Zeitgenossen davon zu sprechen, daß hinter allen Konflikten, allen Katastrophen, allen Enttäuschungen so etwas wie die Gewißheit hervorlugt, daß die Götter oder der Gott des Neuen Testaments auch heute noch jeden, „der immer strebend sich bemüht“ – „erlösen“ werden.

Was in einer Zeit, in der das tägliche Leben für jeden von uns unter dem Damoklesschwert des Nichtwissens um die Folgen des Atom-Wasserstoff-Zeitalters steht, – nicht nur nützlich, sondern auch notwendig zu sein scheint. Nur wenige können aus der Skepsis leben und arbeiten, noch weniger unter der Wolke der Furcht, die wenigsten im Zustand der Glaubenslosigkeit, d. h. der vollständigen individuellen Isolierung.

Neben dieser Literatur der Gewißheit, der geistig-seelischen Geborgenheit im überpersönlichen, in Gott verwurzelten Heilsversprechen – sie reicht vom Dienstmähdentraum der Marlitt bis zur Gnade, die bei Reinhold Schneider dem „Strebenden“ garantiert ist – gibt es indes während der letzten 20 Jahre eine Literatur der Unruhe, die, statt im Zeichen der Verkündung vom gottgewollten Sieg des Guten im Zeichen der Frage steht, ob dem denn wirklich so ist?

Den Schriftstellern und Dichtern, die in den letzten zwei Jahrzehnten unter dem – unsichtbaren – Symbol des Fragezeichens geschrieben haben, ist eins gemeinsam: sie haben das, was sie zu sagen haben, aus der Erfahrung und der Tat abgeleitet. Sie waren zuerst Täter, dann Deuter. Ob es sich hier um den Engländer T. E. Lawrence handelt oder den Deutschen Ernst Jünger, den Italiener Ignazio Silone oder den aus Ungarn stammenden Arthur Koestler, um den Franzosen Antoine de Saint Exupéry oder andere: sie alle verbindet das eine: im Abenteuer des Lebens erschloß sich ihnen das große Abenteuer des Geistes. Aus der Konfrontierung mit der erlebten, erlittenen und verarbeiteten Realität ergab sich mit der Vielfalt der Konfliktsituationen die Einsicht in die Vorläufigkeit ideologischer Antworten, die Zweitrangigkeit von dogmatischen Voraussetzungen und die Notwendigkeit neuer, schärferer Fragestellungen.

André Malraux, nach dem Tode André Gides fast einstimmig von der französischen Literaturkritik als der bedeutendste, aber auch am schwersten in die gewohnten Kate-

gorien des zumeist nach deutlich aufteilbaren „Kreisen“ und Cliques urteilenden „geistigen Frankreich“ einzuteilende Schriftsteller gekennzeichnet, gehört in die erste Reihe dieser Autoren, die am übernationalen Brevier der Unruhe schrieben.

Das Bild des Abenteurers

Ich benutze hier bewußt die Vergangenheitsform. Es ist bisher noch nicht ganz klar geworden, ob der Abenteurer Malraux, der den Großteil seines Lebens damit verbrachte, sich selber in der Begegnung mit dem „Ganz Anderen“, das heißt: fremden Ländern, fremden Ideologien, fremden Menschen, zu suchen, nicht am Ende in der Rückwendung auf die Wirklichkeit des französischen Vaterlandes als Grundlage und durch die Hinwendung auf die Kunst als gemeinsames Gut aller „Ichs“ zu einer neuen, verpflichtenden Wir-Vorstellung zurückgefunden hat, die der Flucht in die ewige Frage ein Ende gesetzt hat.

Will man der Persönlichkeit André Malrauxs gerecht werden – und die französische Kritik hat mehr als einmal über ihn das Gleiche gesagt, was die britische über den Befreier Arabiens, T. E. Lawrence, sagte, nämlich daß sein Leben wahrscheinlich, unbeschadet der schriftstellerischen Leistung, die es später widerspiegelte, das wirklich Einmalige ist –, so muß man sich wohl oder übel von der Vorstellung trennen, daß die Kennzeichnung „Abenteurer“ in jedem Fall negativen Charakter haben muß.

Die schöpferische Unruhe, die immer wieder Menschen dazu veranlaßt, das Unbekannte erleben zu wollen, das Unerforschte erforschen zu wollen, sich selbst in der Bewährung an Grenzsituationen zu erproben, ist, wenn man nicht irgendwo an Fieber oder einer Gewehrkegel unbekannt zugrunde geht, einige Zeit später stets als „Pioniergeist“ gefeiert worden. Alle großen Entdecker und Erforscher neuer Bezirke des menschlichen Lebens waren „Abenteurer“ in den Augen der daheimgebliebenen Tanten und Onkels. Wer die „Abenteurer“ überlebt, sie in Erkenntnis, Mitteilung und Fruchtbarmachung umzusetzen versteht, bekommt ein Denkmal. Wer verscharrt wird, bleibt ein Schandfleck der Familie.

Malraux und Lawrence haben ihre „Abenteurer“ fruchtbar gemacht für sich selbst, in der Selbstverständigung über das Wesen der einzelmenschlichen Beziehungen zu Ideen, Ideologien und Umwelt. Sie haben sie überdies fruchtbar gemacht für ihr Land. Was Malraux über Indochina und China damals schrieb – aus eigenem Erleben schrieb – ist von einer gespenstischen Aktualität heute, nicht nur für die französische Kolonialpolitik.

Wenn Jean Paul Sartre in der Einleitung zu einem sehr interessanten Buch¹⁾ über „Das Bild des Abenteurers“ der Meinung Ausdruck gibt, daß der Typ Malraux-Lawrence im Grunde nichts verkörpere als den des „heroischen Parasiten“ (er fügt an, daß jeder Heroismus natürlich einen Vorwand brauche, um nicht einfach Selbstmord zu sein!), bleibt nur die Feststellung: hier irrt Herr Sartre!

Bewährung in der Aktion

Gerade das nämlich hat Malraux nie getan: sich für seinen Tatendrang die jeweils dazugehörige Ideologie als Vorwand angeeignet. Er hat in Indochina oder China mit

¹⁾ Roger Stéphane: „Portrait de l'aventurier: T. E. Lawrence, Malraux, von Salomon. Précédé d'une étude de Jean Paul Sartre.“ Sagittaire, Paris 1950.

den revolutionären Bewegungen gearbeitet, – nicht weil ihn die jeweiligen Programme beeindruckten, sondern weil es ihm darum ging, den Elendszustand – „*la condition humaine*“ – der Menschen zu ändern. Weder hier noch später in Frankreich oder Spanien oder in seinem Kampf gegen Antisemitismus, Nationalsozialismus oder Faschismus hatte er marxistische oder andere Heilslehren an der Hand, für die einzutreten er vorgab. Er nimmt Partei im konkreten sozialen und politischen Geschehen nicht nur, weil er sich mit denen identifiziert, die sie ändern wollen, sondern auch deswegen, weil nur in der Aktion die Selbstfindung des europäischen Menschen Gestalt gewinnen kann, wie er meint: „Die europäische Jugend wird mehr davon angerührt, was die Welt sein kann, als davon, was sie ist; sie reagiert weniger auf das Maß, in dem die Welt ihre Wirklichkeit bekräftigt, als auf das, in dem sie sie verliert. Sie will in jedem Menschen den Vertreter einer provisorischen Wirklichkeit sehen“²⁾.

Hier wird ein wesentliches Element des Malrauxschen Lebensgefühls angerührt: im Innersten von tiefer Skepsis gegen die „Bedingungen des Menschseins“ erfüllt (irgendwann nimmt eine seiner Romanfiguren mit der Feststellung, daß das Leben weder schlecht noch gut, sondern „absurd“ ist, spätere Formulierungen Sartres vorweg!), gibt es einen Unterton in seinem Werk, der wider alle Einsicht das aus dem „Trotzdem“ kommende* Tun mit einem möglichen Sinn erfüllt.

Das Problem, das dabei immer wieder auftaucht, ist die Erfahrung, daß der, der aus der Erkenntnis in das jeweilig Notwendig-Zu-Tuende die Selbstbewährung in der Aktion sucht, ständig in Widerstreit zu den Ideologien gerät, um derentwillen die Umgebung die gleichen Dinge tut. Malraux Helden suchen eigentlich immer das Gleiche: einem sinnentleerten Leben ein sinnvolles Ende abzutrotzen.

Am 3. November 1901 in Paris geboren, hat André Malraux sein ganzes Leben in zwei Welten gelebt, die in ihm eine merkwürdige Synthese eingingen: der Welt der Tat, des realen Abenteurers – und der der Kunst und des geistigen Abenteurers, d. h. der Sinngebung und Sinnfindung des Lebens durch eben diese Aktion.

Ursprünglich hat er wie fast alle jungen Intellektuellen des ersten Halbjahrhunderts in Frankreich dem Surrealismus seinen Tribut gezollt. Zwei Erzählungen zeugen davon³⁾.

Als Niederschlag seiner ersten Chinareise, die er nach kurzem Studium orientalischer Sprachen 1925 antrat, erschien, in China geschrieben, 1926 eine Auseinandersetzung zwischen westlichem und östlichem Geist in Form eines fiktiven Briefwechsels eines in Europa reisenden modernen Chinesen und eines China besuchenden Westeuropäers⁴⁾, dem im nächsten Jahr die leidenschaftliche Bekenntnisschrift des an den Werten der westlichen Welt irregewordenen „jungen Europäers“ folgt. Nach einer 1928 publizierten Erzählung⁵⁾ kommen die drei Bücher, die den Ruhm des nur manchmal vorübergehend in Frankreich zwischen seinen abenteuerlichen Fahrten auftauchenden, bald, ähnlich wie T. E. Lawrence, von geheimnisvollen Gerüchten und einer sich verdichtenden Legende umwitterten Autors ausmachen: „*Les conquérants*“, „*La voie royale*“ und „*La condition humaine*“.

²⁾ André Malraux: „D'une jeunesse européenne“, Les Cahiers Verts, Editions Grasset, Paris 1927.

³⁾ André Malraux: „Lunes en papier“, Galerie Simon, 1921; „Écrit pour une idole à tromp“, Paris 1921.

⁴⁾ André Malraux: „La tentation de l'occident“, Grasset, Paris 1926.

⁵⁾ André Malraux: „Royaume Farfelu“, Histoire, N. R. F., Paris 1928.

Als der Spanische Bürgerkrieg ausbricht, meldet sich Malraux freiwillig auf der Seite der Republikaner, organisiert die republikanische Luftwaffe, kehrt aber später, obwohl er wie in China, ohne jemals Parteimitglied gewesen zu sein, mit den Kommunisten eng zusammengearbeitet hatte, entsetzt über die zwiespältige russische Politik in Spanien nach Frankreich zurück. Nach Abschluß des Hitler-Stalinpaktes erklärt er sich öffentlich gegen die KP.

Im Jahre 1935 folgte der „*Condition humaine*“⁶⁾ die Erzählung „*Le temps du Mépris*“, die in einem deutschen Konzentrationslager spielt⁷⁾, und schließlich, 1937, eins der wichtigsten Bücher des Autors, „*L'espoir*“.

Revolution und Einzelmensch

Die beiden Chinabücher („Die Eroberer“ und „So lebt der Mensch“) sowie die Darstellung des Spanischen Bürgerkriegs in „Die Hoffnung“ geben die gültigsten Antworten auf die Frage nach der Haltung, in der Malraux auf die für ihn entscheidenden Erlebnisse von Revolution, Bürgerkrieg und Zukunftstraum in Beziehung auf ihre Auswirkung auf das menschliche Verhalten des Einzelnen, sein Erlebnis rationalisierende, reagierte.

Seine Enttäuschung über das Europa, aus dem er seinerzeit auszog, die Ferne zu erleben, hat ihn nie dazu veranlaßt, etwa in eine kritiklose Asien-Verehrung zu verfallen. Was ihn anzog, war vielmehr im Gegenteil so etwas wie die Erfahrung, daß sich dort die „eiserne Unlogik“ der *condition humaine* deutlicher, unverhüllter und ehrlicher zeigte als im Westen. Er hat einmal notiert: „China galt seit langem als Land der höchsten Verfeinerung, die vielleicht die Welt je gekannt hat. Aber nicht nur Sinologen wußten auch, daß die grauenvollsten Gesetze, die je die Welt gekannt, Gesetze, die eine mit peinlichster Genauigkeit angewandte Folter einbegriffen, von persönlich sanften und umgänglichen Männern, den größten Weisen ihrer Zeit, gemacht worden waren.“

Die seltsame Faszination, die gerade auf den nicht die Erfüllung suchenden, sondern der Unerreichbarkeit Trotz bietenden Typus fast überall in gleicher Weise der Schmerz ausübt (siehe Jüngers Essay „Über den Schmerz“ und einige, fast masochistische Stellen in Lawrences „Sieben Säulen der Weisheit“) hat Malraux dabei immer – nicht nur physisch – in der Nähe des Todes angesiedelt.

In der Einleitung zu dem Konzentrationslagerroman sagt er: „Die Welt eines Werks wie dieses, die t r a g i s c h e W e l t, ist immer noch die ewigalte Welt – der Mensch, die Masse, die Elemente, Frauen, Schicksal. Es läßt sich auf die zwei Inhalte zurückführen: den Helden und seinen Lebenssinn!“

Alle Romane Malrauxs sind im Grunde Autobiographien. (Bis auf den in Deutschland spielenden „*Temps du mépris*“, wo er sich auf die Erlebnisse der ihm befreundeten deutschen Antifaschisten beziehen muß.) Sie spiegeln im kollektiven Geschehen stets auch (durchaus nicht nur!) das wider, was der Autor und die im Mittelpunkt seiner Bücher mit verteilten Rollen die Komplexität der Situation darstellenden „Helden“ als Einsicht daraus ableiten.

⁶⁾ André Malraux: „La condition humaine“, N. R. F., Paris 1933.

⁷⁾ André Malraux: „Le temps du mépris“, N. R. F., Paris 1935. Auf Deutsch 1936 im Exilverlag Carrefour, als „Die Zeit der Verachtung“ erschienen.

Nicht, daß nur geredet wird in diesen Büchern. Obwohl der Dialog, ähnlich wie bei Hemingway, fast jeder Tatsachenschilderung die besondere Lebendigkeit gibt, die Malraux als einen echten Romancier ausweist, sind seine Romane voll gedrängter Handlung.

Aber, wenn man die Szenen, in denen etwas geschieht, etwas näher ansieht, so laufen auch sie fast stets auf die merkwürdig ichbezogene Selbstbeobachtung hinaus, mit der selbst im Moment der Aktion der oder die Handelnden gleichermaßen aus sich heraustreten, ihr Tun betrachten und – erklären.

In der „*Condition humaine*“ steht einmal der merkwürdige Satz: „Er ging niemals mit jemand anders als sich selbst zu Bett, aber er konnte das nur tun, wenn er nicht allein war“. In diesem Wort und etwa der Formulierung in „Die Eroberer“⁸⁾: „Etwas im Leben behält seinen Wert: unbesiegt zu sein!“ liegt das Geheimnis des Malrauxschen Lebens zwischen Tat und Erkenntnis.

Obgleich erst nach dem Band „Die Eroberer“ publiziert, ist die – unpolitische – *Story* vom „Königsweg“ am stärksten mit wirklichen Erlebnissen des Autors verbunden, die noch vor seinem Aufenthalt in China lagen. Ein französischer Abenteurer, ebenso archäologisch wie finanziell an der Suche nach Reliefs interessiert, die an der längst verlorengegangenen Urwaldstraße in Kambodscha, zwischen Angkor und dem Menambecken zu finden sein sollen, macht sich auf die Suche nach ihnen, gemeinsam mit einem geheimnisvollen Halbdänen, der irgendwo in Siam eine Art unabhängige Herrschaft über wilde Stämme ausübt und am Erlös solcher Reliefs deswegen interessiert ist, weil er damit Waffen kaufen kann, die ihm seine Herrschaft sichern. Zwischen grandiosen Schilderungen der Gefahren des Dschungels stehen lange Gespräche philosophischer Art der beiden, die damit enden, daß der Gefährte, an einer zuerst vernachlässigten, durch wilde Eingeborene herbeigeführten Verletzung in den letzten Zügen liegend, das Ergebnis des „abenteuerlichen Lebens“ in den Aufschrei zusammenfaßt: „Es gibt keinen . . . Tod! Es gibt . . . nur MICH! Mich, der sterben wird . . .!“

Die Realität war zwar weniger tragisch, aber hatte doch die französische Presse in ziemliche Aufregung versetzt. Durch irgendeinen Glückszufall hatte der 22jährige Malraux im Jahre 1923 von der zuständigen Stelle der französischen Kolonialverwaltung die Erlaubnis erhalten, in Kambodscha nach den Khmer-Statuen zu suchen, in der stillschweigenden Voraussetzung, daß er sie archäologisch untersuchen und darüber berichten würde. Er fand den „Königsweg“ und die Tempel mit den Reliefstatuen. Als er sie aber mit viel Mühe und Zähigkeit bis zur nächsten offiziellen Regierungsstation gebracht hatte, sie als Eigentum reklamierend, wurde er verhaftet und wegen Diebstahls zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Kurz darauf wurde seinem Einspruch stattgegeben, der Fall abgesetzt und er freigelassen, da verschiedene Behörden verschiedener Ansicht über die Affäre waren; nicht ohne daß zur gleichen Zeit in Paris die namhaftesten Schriftsteller eine glühende Protestpetition gegen das inzwischen annullierte Urteil publizierten.

Im Jahre 1925, nach einem kurzen Aufenthalt in Saigon, wo er die revolutionäre Zeitung *L'Indochine* ins Leben rief, ging André Malraux nach China. Es hat inzwi-

⁸⁾ André Malraux: „Les Conquistadores“, Les Cahiers Verts, Editions Grasset, 1930 Deutsch: „Die Eroberer“, zusammen mit „Der Königsweg“ (La voie royale), Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart, 1953.

schen Kontroversen unter Malraux-Biographen darüber gegeben, ob er zur Zeit der 1925 in Kanton und 1927 in Schanghai spielenden Ereignisse, die er in „*Les conquérants*“ und „*La condition humaine*“ schildert, persönlich an Ort und Stelle war. Mit der Bedeutung und der Wirkung der Bücher hat das wenig zu tun. Daß er in diesen Jahren sowohl in Indochina wie in China als eine Art Propaganda-Fachmann mit dem linken – russisch dirigierten – Flügel der Kuomintang aktiv gearbeitet hat und als solcher Einblick in Details hatte, auch wenn er sich an entscheidenden Tagen nur „in der Nachbarschaft“ aufhielt, ist nachgewiesen. Malraux, der so ausführlich wie möglich, wenn sich ihm die Gelegenheit dazu bietet, über alle möglichen Probleme spricht, spricht nur selten über sein Leben.

Die Schilderung des großen Generalstreiks in Kanton 1925, mit dem die chinesische Nationalbewegung den britischen Hafen Hongkong tödlich treffen wollte, der zu blutigen Kämpfen mit probritischen Söldnertruppen und schließlich zum Einsatz der roten Truppen Borodins, dem noch von Sun Yat-sen, dem Begründer der Kuomintang, eingesetzten russischen Vertrauensmann, führte: dieser Teil zeitgenössischer Geschichte ist von niemand geringerem als Leon Trotzki 1931 in der *Nouvelle Revue Française* als richtige Darstellung anerkannt worden. Dem in Prinkipo, seinem türkischen Exil, die permanente Weltrevolution mit Argusaugen verfolgenden Revolutionär gefiel nur nicht, daß Malraux den Massenkräften zu wenig Gewicht beigemessen habe, worauf der Autor das Thema seiner Darstellung kennzeichnenderweise als das Herausstellen der „Beziehungen zwischen persönlicher und kollektiver Aktion“ erklärte. Daß „Die Eroberer“ sowohl in Italien wie in der Sowjetunion verboten wurden, sei nur am Rande erwähnt.

Die Sehnsucht, an etwas glauben zu können

Nicht nur dem Milieu nach die Fortsetzung von „*Les conquérants*“, stellt „*La condition humaine*“ – 1933 erschienen – die logische Frage nach dem weiteren Schicksal einer von Technikern der Macht geführten Revolution⁹⁾.

Das Buch, mit dem *Prix Goncourt* ausgezeichnet, in 16 Sprachen übersetzt, schildert, wie der inzwischen in der rechten Kuomintang mächtig gewordene ehemalige Führer der revolutionären Militärschüler, Tschiang Kai-schek, sich 1927 in Schanghai plötzlich gegen die „Linken“, d. h. vor allem die vorher von ihm stets unterstützten Kommunisten, wendet.

Eingebettet in eine farbige Schilderung der entscheidenden Tage der Liquidierung der „Rebellen“ enthält das Buch eine Fülle von Dialogen, in denen immer wieder das ewige Thema des sieglosen Kampfes als Weg der Selbstbewährung durchklingt und die für den frühen Malraux typische Formulierung variiert wird von der „Sehnsucht, an etwas glauben zu können, und der Unfähigkeit zum Glauben an irgendetwas“.

In Indochina und China war Malraux an Plätzen gewesen, wo zukünftige Geschichte vorbereitet wurde. Bevor er jetzt sich mit Reden und Artikeln, Komiteegründungen und Aufrufen an der europäischen Front gegen den Nationalsozialismus wieder einsetzte, um dann in Spanien und später in der französischen Armee und der Widerstandsbewegung aktiv zu kämpfen, trieb ihn die Unrast noch einmal in die Vor-

⁹⁾ Auf Deutsch erschien das Buch zuerst im Europa-Verlag, Zürich 1934, unter dem Titel „So lebt der Mensch“. Die Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart, hat kürzlich unter dem gleichen Titel eine Neuauflage (1955) herausgebracht.

geschichte: das Geld, das ihm der *Prix Goncourt* eingebracht hatte, benutzte er zu einem abenteuerlichen Flug über die Wüste des Jemen, wo er die verlorengegläubte Stadt der Königin von Saba vermutete. Am 10. März 1934 meldete er aus Dschibuti, daß er die sagenhafte Stadt gefunden habe. Die Weltpresse geriet in Aufregung. Wissenschaftler nahmen für und gegen ihn Stellung. Dann verlief die Sache im Sande. Malraux kehrte zu seinen unterbrochenen literarischen Arbeiten und propagandistischen Aktivitäten und zum Verlag Gallimard, dessen Lektor und Editor er noch heute ist, zurück.

Nicht für lange. Bald ging er erst einmal in den Spanischen Bürgerkrieg.

Die unbekannten Kämpfer im Bürgerkrieg

Der Niederschlag der Jahre in Spanien, die er mit einem aufsehenerregenden, inmitten der Kämpfe aufgenommenen Film abschloß, (der Streifen konnte erst nach dem Zweiten Weltkrieg gezeigt werden!) findet sich in dem Buch „*L'Espoir*“¹⁰⁾.

Hier wird aus dem Miterleben ebenso wie aus dem objektiven Verständnis ein lebendiges Bild einer zeitgeschichtlichen Periode gegeben, die in ihrer Auswirkung auf das persönliche Geschick vieler Europäer nicht ernst genug genommen werden kann, will man z. B. das Ausmaß der Kluft ermessen, das seitdem Sozialisten und Kommunisten nicht nur in ihrer Politik, sondern auch in ihrer ethischen Einstellung zur „sozialistischen Demokratie“ voneinander trennt.

„Die Hoffnung“¹¹⁾ ist eins der Bücher Malrauxs, in dem nicht eine Einzelperson im Mittelpunkt der Darstellung steht. Es sind die unbekannten Teilnehmer der Bürgerkriegstragödie, die, mit all ihren Tugenden und all ihren Unzulänglichkeiten, in den verschiedensten menschlichen und Gruppen-Reaktionen hier zum Sprachrohr der sich an der mitgetragenen Aktion entzündenden Selbstverständigung des Autors werden. Was Anarchisten und Kommunisten, Landsknechte und Opportunisten ebenso wie Gegner der Republik über Sinn und Ziel des auf spanischem Boden ausgefochtenen Manövers für den später logisch sich ergebenden Welt-Bürgerkrieg zwischen „Faschismus“ und „Antifaschismus“ mitten im Kampf oder in den Ruhepausen vor und nach den Aktionen dogmatisch nachplappern, zweifelnd fragen oder zögernd neu zu formulieren versuchen, übersetzt so manches, was auf der Ebene der politischen Theorie in den Lehrbüchern abgehandelt wird, in die Sprache und Vorstellungswelt dessen, der daraus praktische Folgerungen für sein Verhalten in bestimmten Situationen ziehen muß – oder nicht ziehen kann¹²⁾.

Auf Gedeih und Verderb mit der Nation verbunden

Als der Zweite Weltkrieg ausbricht, meldet sich Malraux freiwillig zur französischen Panzerwaffe: zum erstenmal kämpft der internationale Abenteurer für sein Land. Im Juni 1940 wird er gefangengenommen, flieht aber schon im November und schließt sich dem *Maquis* an. Als „Colonel Berger“ ist er an wichtigen, zur Legende gewordenen Sabotageaktionen, so der sogenannten „*Action Steel*“, die die alliierte Invasion begleitet, beteiligt.

¹⁰⁾ André Malraux: „*L'Espoir*“, N. R. F., Paris 1937.

¹¹⁾ André Malraux: „*Die Hoffnung*“, Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1954.

¹²⁾ Der englische Titel des Buches: „*Man's Hope*“ stellt mit Recht die Verbindung zur „*Condition humaine*“ her, die hier mit „*Man's Fate*“ übersetzt wird.

Von der SS-Division „Das Reich“ mit schweren Verwundungen erwischt, entkommt er noch einmal dem Standgericht. Mit den höchsten Auszeichnungen bedacht, – zwischen seinen kühnen Handstreichern an vielen Manuskripten arbeitend¹³⁾ – lernt er, der inzwischen, wie er es einmal formulierte, sich in der *Résistance* mit Frankreich auf Gedeih und Verderb verheiratet hat, General de Gaulle kennen. Die beiden bejahen einander vom ersten Augenblick ihrer Begegnung.

Der Revolutionär um der Aktion willen wird zum Revolutionär um der Nation willen. Der ehemalige Propagandachef des kommunistischen Flügels der Kuomintang in Kanton 1925 und 1927, vorher Schriftleiter einer revolutionären Zeitung der annamitischen Freiheitsbewegung „Jung-Annam“, der Mitbegründer zahlloser französischer und internationaler antifaschistischer Organisationen – er hat seinerzeit Hitler (ohne persönlich empfangen zu werden) eine Protestresolution der französischen Intellektuellen gegen die Verhaftung Dimitroffs überbracht –, der Verteidiger des republikanischen Spanien, bekennt sich, wenn man es so ausdrücken will, zu einer „Revolution von rechts“.

Irgendwie hat Malraux dabei recht, wenn er sich gegen den Vorwurf des „Renegeantums“ zur Wehr setzt: „Wer hat sich geändert?“ fragt er, „ich oder die Linke“?

„Der liberale Held“

Natürlich hat sich auch Malraux gewandelt. Der in der Mitte der Fünfziger Stehende, der selbst einige seiner bekannteren Bücher heute „unreif“ nennt, würde 1955 kaum die überspitzten Formulierungen seiner Sturm- und Drangzeit wiederholen. Und wenn er in seinen Bemühungen um die „Maisons de Culture“, in seinen Kunsttheorien, in seinem Bemühen, im Gaullismus etwas von der Selbstreinigungstendenz zu erhalten, die die französische *Résistance* ursprünglich dem alten Parteibetrieb gegenüberstellte, keine persönliche „Selbsterlösung“ meint, so liegt daran zwar etwas von der Resignation, die menschliche Anstrengungen relativiert, d. h. Revolutionen, Kriege, „Politik als Beruf“ auf ihren partiellen Standort im Geschehen verweist und keine „totalen Lösungen“ anerkennt, aber doch auch die den „heroischen Realismus“ von jeher auszeichnende Haltung (um eine Formulierung Ernst Jüngers zu gebrauchen), die der Wirklichkeit illusionslos gegenüberzutreten will. Man kann die *condition humaine* nicht ändern, auch wenn immer wieder Einzelne sich ihr entgegenwerfen. Man kann sie nur mildern, indem man immer wieder dem Ich die Möglichkeit gibt, mit ihr konfrontiert zu werden und es damit zum Dagegen-Handeln provoziert.

Aber man kann zeigen, daß das möglich ist. Malraux hat einmal, ganz nebenher, über T. E. Lawrence gesagt¹⁴⁾: „In diesem Mann der Tat – einem der leidenschaftlichsten, die der Krieg von 1914 hervorbrachte – finden wir, wenn wir dem Zeugnis seiner Briefe glauben, den echten Typ des Liberalismus in der intellektuellen Sphäre. Ich glaube, und das mag Ihnen merkwürdig vorkommen, daß sich in der Welt ein neuer menschlicher Typ herausbildet: der liberale Held. Wie alle Prototypen ist er ein Mythos, aber ich glaube, daß in zwanzig Jahren ein Großteil der menschlichen Ideale sich auf ihn ausrichten werden.“ –

¹³⁾ 1943 kommt in Lausanne in den „Editions du Haut Pays“ Malrauxs Buch „La lutte avec l'ange“ heraus.

¹⁴⁾ „The Case for De Gaulle. A Dialogue between André Malraux and James Burnham“, Random House, New York 1948.

Für Frankreich ist weitgehend Malraux der hier gemeinte Typus. Und darin vor allem liegt seine Wirkung.

Tat – Denken – Kunst

Obwohl er in den letzten Jahren mehr als einmal betonte, daß „die Kunst ihn fünfhundertmal mehr erregt als die Politik“, hat André Malraux sich entschlossen, sich an der französischen Parteipolitik nach dem Zweiten Weltkrieg schließlich aktiv zu beteiligen. Er trat, nachdem er während der deutschen Besetzung mit den Anhängern des Generals in der französischen *Résistance* in Kontakt gekommen war und dann zeitweise als parteiloser Informationsminister dem ersten Kabinett de Gaulle angehörte, in das von diesem formierte *R. P. F.* („*Rassemblement du Peuple Français*“) ein. Er gehört seitdem als zentraler Leiter der Parteipropaganda dem 24köpfigen Zentralkomitee der Gaullistenpartei an.

Der Gaullismus, der zeitweise, kurz nach dem Kriege, 40% der französischen Wählerstimmen auf sich vereinigte, ist heute nur noch eine Randerscheinung der französischen Politik, aber Malraux – der von vornherein seinen Kritikern erklärte: „Wir garantieren nicht, daß wir Erfolg haben werden, aber wir sind sicher, daß unsere Gegner keinen haben werden!“ –, hält ihm die Treue, auch wenn er in steigendem Maße seine Hauptarbeitskraft wieder seinen künstlerischen Interessen zuwendet.

Dabei ist bemerkenswert, daß er zur gleichen Zeit, in der er etwa in einer aufsehenerregenden großen Betrachtung den Gedanken der allumfassenden Kunst herausarbeitet, für die es keine nationalen Unterschiede gibt, in der Politik das Recht des nationalen Egoismus anerkennt. Er formuliert¹⁵⁾: „Es ist eine Tatsache, daß kulturelle und politische Probleme verschieden sind. Wenn ich die Gegenwart definieren sollte, würde ich sagen: es ist einerseits die Ära der Beendigung des Internationalen in der Politik ... und andererseits die der Geburt einer Internationalisierung der Kultur!“

Irgendwie hatte bereits der Roman „*Les Noyers de L'Altenburg*“¹⁶⁾ der, im komplexen Milieu des Elsaß spielend, von den Schwierigkeiten berichtet, die einem Sich-verstehen von Mensch zu Mensch gegenüberstehen, gezeigt, daß Malraux – neben seiner Bereitschaft, wie er selbst betont, als „Techniker, nicht als Politiker“ sich im Raum der sozusagen ordentlichen Politik anzusiedeln, auch sonst neue, ruhigere Wege der Selbstdarstellung sucht als die des internationalen Landstörzers.

Die gleichen Kreise der Intellektuellen, die noch immer nicht ganz verstehen können, daß der „*écrivain engagé*“ Malraux in seinem Bemühen, in Frankreich neu Fuß zu fassen, ausgerechnet auf de Gaulle verfiel, haben fast einstimmig den im letzten Jahrzehnt erschienen Kunstbetrachtungen des Autors hohes Lob gezollt. Ein Roman ist seit 1943 nicht mehr erschienen¹⁷⁾.

Dafür hat André Malraux über die Psychologie des Films¹⁸⁾, über Goya¹⁹⁾ und vor allem über die Psychologie der Kunst Veröffentlichungen vorgelegt²⁰⁾, die, indem sie

¹⁵⁾ ebenda.

¹⁶⁾ Im Jahre 1948 unter diesem Titel neu herausgekommene Ausgabe von „*La lutte avec l'ange*“.

¹⁷⁾ Seit 1945 kommen bei Albert Skira in Genf die „*Oeuvres complètes*“ heraus. Eine deutsche Gesamtausgabe plant die Deutsche Verlagsanstalt.

¹⁸⁾ André Malraux: „*Esquisse d'une psychologie du cinéma*“, N. R. F., Paris 1956.

¹⁹⁾ André Malraux: „*Goya*“, Albert Skira, Genf 1947.

²⁰⁾ André Malraux: „*Psychologie de l'art*“, I. „*Le musée imaginaire*“, 1947; II. „*La création artistique*“, 1948; beides Skira, Genf.

die Kunst als Grundlage eines modernen Humanismus erklären, reich an tausenden von originellen Einfällen, wie seine Gegner behaupten, so etwas wie einen Religionsersatz für den der nihilistischen Fragestellungen müden Autor darstellen.

Den, der die Bände durchblättert, können die „Stimmen des Schweigens“ („*The Voices of Silence*“) wie er eins der Bücher genannt hat – wenn er empfänglich ist für die Selbstaussagen der Kunst – veranlassen, sich im Grunde noch einmal die gleiche Frage zu stellen, die Malraux sein Leben lang gestellt hat: was kann die *condition humaine* ändern: die T a t, das D e n k e n, die K u n s t?

Tragischer Humanismus

André Malraux, Abenteurer und Soldat, Philosoph und Forscher, Revolutionär von links und von rechts, rastloser Sucher nach neuen Antworten auf ewig gleichbleibende Fragen und geduldiger Wiederentdecker vergessener übernationaler Kunstzusammenhänge; in Leben und Werk dieses aktivistischen Träumers handelt es sich immer wieder um das Gleiche: dem Schicksal neue Möglichkeiten abzutrotzen.

In einem Interview²¹⁾ hat er 1946 die Folgerung aus seinen Erlebnissen und Einsichten gezogen: „... diese zwiefache menschliche Bemühung, einerseits den Menschen an einem privilegierten Teil seiner selbst – oder an dem, was in ihm über ihn selbst hinausgeht, teilhaben zu lassen und andererseits den Anteil der Menschlichen Komödie am menschlichen Dasein auf ein Minimum zu beschränken, diese zwiefache Bemühung ist vielleicht auf ethischem Gebiete das eigentliche Charakteristikum eines neuen Menschentyps. Man spürt, wie er von einer Erschütterung Europas zur anderen sich zu schaffen versucht...!“

Er hat im gleichen Jahr, in einem Pariser Vortrag vor der UNESCO²²⁾ noch einmal in der ihm eigentümlichen Mischung von Skeptizismus und Erwartung die Umrisse einer künftigen, auf dieser Selbsterkenntnis beruhenden, europäischen Kultur gezeichnet:

„Die Kraft des Westens besteht im willigen Anerkennen des Unbekannten. Es gibt einen Humanismus, der möglich wäre, aber wir müssen uns klar sagen, daß es ein t r a g i s c h e r Humanismus ist. Wir befinden uns einer unbekannten Welt gegenüber, und wir stellen uns ihr mit klarem Bewußtsein. Wir allein haben diesen Willen; denn es besteht kein Zweifel, daß dieser doppelte Wille zur Bewußtheit und zum Entdecken ein grundlegend europäischer und nur ein europäischer Wert ist...“

Die geistigen Unternehmungen der Gegenwart sind bezeichnet durch ihren Ausgangspunkt und durch ihren Gegenstand. Kolumbus kannte den Ausgangspunkt besser als sein Ziel. Wir aber können unser Menschsein einestails nur auf die Tragik gründen, die darin liegt, daß wir – als Menschen – nicht wissen, wohin wir gehen; und andernteils auf einen Humanismus, der seinen Ausgangspunkt kennt und weiß, was er will.

... Und so wird Europa selbst keine Erbschaft sein, sondern ein Wollen – oder ein Sterben!“

²¹⁾ André Malraux: „Über die kommende Kultur“, in: „Die Umschau. Internationale Revue“, Mainz, I, 1. September 1946.

²²⁾ André Malraux: „Der Mensch und die künstlerische Kultur“, in: „Europäische Avantgarde“, herausgegeben von Alfred Andersch, Verlag der Frankfurter Hefte, 1948.

AMERIKANISCHE ZWEIFEL AM JAKOBINISMUS

Sehr geehrte Herren!

Winfried Martini, den wir in der Zeitschrift für Geopolitik, Juni 1955: „Demokratie oder Freiheit?“, als Ketzer gegen das demokratische Dogma vorgestellt haben, hat einen vielleicht nicht unerwarteten, aber mächtigen Bundesgenossen gefunden. Der amerikanische Publizist Walter Lippmann hat soeben ein neues Buch „The Public Philosophy“ veröffentlicht, das eine wesentliche These Martinis zu bestätigen scheint. Wir sagen: scheint, da Lippmanns Buch in Deutschland noch nicht vorliegt. Doch lassen zwei Aufsätze aus der britischen Presse (veröffentlicht in der „Englischen Rundschau“ Nr. 23 vom 10. 6. 1955) einige Schlüsse auf seinen Inhalt zu.

„Lippmann führt“, schreibt der Historiker Arnold Toynbee im Observer vom 5. 6. 55, „den Niedergang des Westens kühn darauf zurück, daß sich in den westlichen Ländern in steigendem Maße eine falsche Form der Demokratie durchgesetzt hat, die er Jakobinismus nennt. Nach Lippmanns Auffassung war dies nicht die Form der konstitutionellen Selbstregierung, die von den Gründervätern der Vereinigten Staaten von Amerika beabsichtigt war. Sie kam zuerst im Westen in der Französischen Revolution auf, und zwar durch den verhängnisvollen Sieg der jakobinischen politischen Theorie und Praxis. Aber der Jakobinismus im weiteren Sinne des Wortes, wie Lippmann ihn versteht, hat sich erst seit 1917 des politischen Lebens des Abendlandes bemächtigt, als der Erste Weltkrieg in den meisten westlichen Ländern die traditionellen Grundlagen der Regierungsgewalt geschwächt hatte.“

Peregrine Worsthorne spricht im Daily Telegraph vom 3. 6. 1955 im Zusammenhang mit Lippmanns Buch geradezu von „Ketzerie der modernen Demokratie“. „Lippmann konzentriert sich“, fährt Worsthorne fort, „auf das wichtigste Hindernis in unserem politischen Denken, nämlich auf die fast überall festzustellende Verwechslung des Begriffs Demokratie — einer Form des Regierens — mit dem des

Liberalismus — einer Eigenschaft des Regierens. Demokratie besagt, w e r regieren will, Liberalismus aber, w i e regiert werden soll... Die Grundsätze einer liberalen Staatsführung können die Form der Demokratie nur dann überleben, wenn die Regierung mit Unterstützung einer aufgeklärten öffentlichen Meinung stark genug ist, dem Druck der Massenemotionen standzuhalten.“

Der Leser unseres Berichtes über Martinis Buch „Das Ende aller Sicherheit“ wird sich erinnern, daß Martini ganz ähnlich den Widerstreit zwischen der jakobinischen und der liberalen Komponente als den Ausgangspunkt der Krise der modernen Demokratie beschreibt. Allerdings geht die Zielsetzung des Amerikaners, soweit die beiden Aufsätze eine Schlußfolgerung hierüber zulassen, über diejenige Martinis weit hinaus. Kam es diesem aus gutem Grunde zunächst nur darauf an, die Diskussion über die Demokratie in einem Land in Gang zu bringen, in welchem das demokratische Dogma eine ebenso augenzwinkernde wie fetischhafte Verehrung genießt, so will Lippmann offenbar auf eine Staatsphilosophie hinaus, die im Naturrecht als einer nicht nur für das sogenannte Abendland, sondern „für alle Menschen“ gültigen Idee wurzeln. Diese Seite der Veröffentlichung Lippmanns wird nach Vorliegen des englischen Textes noch näher zu behandeln sein.

Wir äußerten am Ende unseres Berichtes über Martinis Arbeit Zweifel darüber, ob die Welt geneigt sein würde, einen deutschen Diskussionsbeitrag zu diesem Thema gebührend ernst zu nehmen. Unter diesem Gesichtspunkt kommt der Behandlung des gleichen Gegenstandes durch einen so namhaften Amerikaner erhöhte Bedeutung zu. Sie erweckt auch Hoffnungen für die Zukunft der „Demokratie“; denn im Atomzeitalter wird aller Voraussicht nach diejenige Staatsform sich am leistungsfähigsten erweisen, die genug Elastizität besitzt, um sich neuen Aufgaben wirksam anzupassen.

Ludwig Alwens

SEELE DES WESTENS—SEELE DES OSTENS

Vielleicht muß man, um die sich vielfältig überschneidenden Linien des gegenwärtigen Geschehens noch als einheitliches Bild sehen zu können, zu einer so gewaltigen, aber auch gewaltsamen Vereinfachung greifen, wie dies Walter Schubart in seinem bedeutenden und vielzitierten Werk über „Europa und die Seele des Ostens“ getan hat. Aber zugleich wird das Bedenkliche dieses Verfahrens deutlich, wenn man seine Schlußfolgerungen liest: „Der Engländer will die Welt als Fabrik, der Franzose als Salon, der Deutsche als Kaserne, der Russe als Kirche. Der Engländer will am Mitmenschen profitieren, der Franzose will ihm imponieren, der Deutsche will ihn kommandieren, der Russe allein will nichts. Er will den Nächsten nicht zum Mittel machen. Das ist der Kern des russischen Brüdergedankens, und dieser ist das Evangelium der Zukunft.“

Das sind genau jene generalisierenden Urteile, deren Fragwürdigkeit wir in den vergangenen Jahren, zum Teil am eigenen Leibe, erlebt haben, und deren Aussagekraft wir um so mehr mißtrauen, je geistvoller sie geformt sind. Damit ist eine Grenze für den Wert dieses Buches gezeigt.

Dem steht gegenüber die in Europa seltene Fähigkeit, in die Innenwelt jenes Ostens, der heute mitten in Europa beginnt und bis zum Pazifischen Ozean reicht, einzudringen, nicht wie ein Forscher, der fremdes Terrain vermißt, sondern wie ein Liebender, der ein wunderbares, aber verhülltes Antlitz hinter allen Schleiern zu entdecken vermag. Für Schubart ist — wie schon für Spengler — der Bolschewismus eine Pseudomorphose, eine Überwältigung des „messianischen“ Ostens durch die für ihn giftige Tendenz des „prometheischen“ Westens. Ohne Frage ist der rationale Gehalt des Marxismus westlichen Ursprungs, so sehr auch bei Marx im Unterton noch das jüdisch-prophetische Erbe mitklingen mag. Aber die Umformung dieser Gedankenwelt zum Leninismus und Stalinismus ist das Werk östlicher Kräfte, und sie ist nicht zu verstehen, ohne daß auch die Zubereitung des russischen Humus durch die orthodoxe Kirche mit in Betracht gezogen wird.

Folgt man der Prognose dieses Buches, so müßte man eine von innen kommende Umwandlung des bolschewistischen Staates, nicht aus dem säkularen Bereich der Verbürgerlichung jeder Revolution, sondern aus dem Impuls johanneischer Brüderlichkeit erwarten. Dann erst würde diese groß angelegte Aeonenlehre sich rechtfertigen. Der Gewinn des Buches besteht, bei spürbarer Verzeichnung westlicher Möglichkeiten, in der von einem Liebenden, manchmal von einem Verliebten vorgenommenen Durchzeichnung der noch ungeformten, aber lebensvollen Welt zwischen Europa und dem fernsten Asien.

Ausschließlich mit der Welt des Westens, vor allem aber mit dem Zerfall dieses Bereichs, beschäftigt sich Helmut Thielicke in seinem Buch „Der Nihilismus“. Der Theologe, der inzwischen von Tübingen an die neugegründete und noch traditionsarme Theologische Fakultät in Hamburg übersiedelt ist, zeichnet sich durch die Fähigkeit aus, sein Problem aus unmittelbarer Anschauung, direkt von den Phänomenen des Lebens oder aus deren Widerspiegelung in der zeitgenössischen Literatur anzugehen, weshalb denn auch Ernst Jünger, Albert Camus und J. P. Sartre als Zeugen für die nihilistische Situation der Gegenwart angerufen werden.

Dabei treten die aktuellen Sachverhalte zuweilen beängstigend in das Licht der Analyse; die schizophrene Situation erscheint als die beinahe unausweichliche Abfolge der Entmenslichung, die der Mensch dieses Zeitalters an sich selbst erleidet oder vollzieht.

Aber eben in diesem Scheitern der letzten Werte, die der Existentialismus als unglaubwürdig enthüllt, zeigt dieses Buch die Chance der radikalen geistlichen Armut, die sich an nichts mehr festzuhalten sucht und sich darum in einer letzten Kühnheit wie in einem Sprung ins Ungewisse der Gnade des unbegreiflichen Gottes in die Arme wirft.

Es gibt manche scharfsinnigen Analysen des nihilistischen Zeitalters, und diese Diagnose bietet sich auch dem Feuilletonisten billig genug an. Wo es aber um Therapie, vielmehr noch um Überwindung geht, kann die Antwort nur im theologischen Bereich

gesucht werden, der sehr schlichte und realistische Anweisungen zu geben vermag, wie etwa die, daß wir uns nicht ideologisch einen Sinngrund unseres Handelns zu ergrübeln haben, sondern daß uns vielmehr der Sinn im verantwortlichen Handeln, im Tun der Liebe, im Einsatz zufällt. Darum erschöpft sich dieses Buch nicht in den oft geistreichen, immer aber anschaulichen Formulierungen einer Gegenwartsanalyse; es lebt vielmehr aus der Verheißung, daß uns auch diese „Chance des Nichts“ nicht umsonst gegeben ist. *Gerhard Günther*

Walter Schubart, Europa und die Seele des Osten, 350 S., DM 15,80.

Helmut Thielicke, Der Nihilismus, 214 S., DM 9,—.

Beide Verlag Günther Neske, Pfullingen.

Der Barbarei entgegen.

Der englische Jurist und Geschichtsforscher F. J. P. Veale hat sich — nach seinen eigenen Erklärungen — sein Leben lang mit Fragen der Erhaltung des Friedens und der internationalen Gerechtigkeit beschäftigt. In seinem in England schon 1948 erschienenen Buche hat er unter dem Eindrucke der Nürnberger und Tokioer Kriegsverbrecherprozesse umfassende Erwägungen über den Weg, den das Völkerrecht gehen könnte, angestellt. In einer Zeit also, als ein großer Teil der Völkerrechtler dazu neigte, in den Kriegsverbrecherprozessen einen wesentlichen Fortschritt des Völkerrechts zumindest insoweit zu sehen, als erstmals die strafrechtliche Verantwortlichkeit des einzelnen im internationalen Recht herausgestellt wurde, hat Veale diese Prozesse den Hexenverfolgungen des Mittelalters gleichgestellt, die lediglich den Grundsatz offenbarten, daß der Verlierer an den Galgen komme. Wenn auch die öffentliche Meinung wohl der meisten Staaten von dem anfänglichen Werturteil über die Kriegsverbrecherprozesse abgewichen ist und bei den maßgebenden Juristen eine geläuterte Auffassung Platz gegriffen zu haben scheint, so verlohnt es gerade deshalb — und weil wir einigen Abstand von den Dingen gewonnen haben — den Gedankengängen von Veale nachzugehen. Denn er rührt eine der entscheidenden Fragen des Völkerrechts an: Kann der Frieden durch Regeln des internationalen Rechts bewahrt werden, und

werden — falls dies nicht möglich sein sollte — wenigstens die Regeln des Kriegrechts gehalten werden?

In unserer zwiegespaltenen Welt stehen wir an einem Kreuzwege des Völkerrechts: wird es trotz aller internationalen Organisationen und Verträge einer ersten Krise besser standhalten als bisher? Als in den Jahren nach 1945 viele am Völkerrecht zweifelten, weil ihm die Fähigkeit mangelte, sich in Zeiten der Krisen durchzusetzen, sprach der englische Völkerrechtler Brierly (Die Grundlagen des Völkerrechts) von einer unglücklichen Konzentrierung auf das Kriegrecht. Um wieder Vertrauen in diese Disziplin zu gewinnen, meinte er, dürfe man nicht vergessen, daß der größere Teil des Völkerrechts — nämlich das Friedensrecht — allgemein gehalten werde. Heute sollte man den Mut haben, mit Veale auch den Fragen der Entwicklung des Kriegrechts nachzugehen.

Veale geht von der Voraussetzung aus, daß bis zum Jahre 1914 eine stete Entwicklung in der Milderung der Sitten insbesondere in der Kriegführung zu beobachten sei, während danach eine vollkommene Gegenbewegung eingetreten sei. Während im bürgerlichen Leben die moralische Berechtigung der Todesstrafe jedesmal diskutiert werde, wenn es sich darum handle, einen skrupellosen Verbrecher hinzurichten, sei man in der Kriegführung zu den primitivsten und barbarischsten Sitten zurückgekehrt. Die Ursachen für diese merkwürdige Entwicklung versucht er aus der Geschichte abzuleiten.

Er unterscheidet zwischen primären Kriegen, deren Charakteristikum es ist, daß die Kämpfenden auf verschiedenen Stadien der Zivilisation stehen, und sekundären Kriegen, bei denen die streitenden Parteien annähernd der gleichen Zivilisationsstufe angehören. Kriege der ersten Art sind vor allem Eroberungskriege und deren Gegenteil, die Präventivkriege, bei denen keine Mäßigung der Sitten festzustellen sei. Die Kriege der zweiten Art bezeichnet er als Bürgerkriege und zählt zu diesen in Europa die Kriege von Ludwig XIV. bis zum Ersten Weltkrieg. Europa ist nur von drei großen Primärkriegen erschüttert worden, dem Sarazenensturm, der bei Tours und Poitiers abgeschlagen wurde, den Angriffen der Mongolen, die der Enkel Dschingis-

Khans 1237 bis Schlesien vorgetrieben hatte, und dem Ansturm der Osmanen, die Johann Sobieski 1683 vor Wien schlug. Nicht die Tatsache, daß es dabei zu umfangreichen Massenmorden kam, sondern das methodische, überlegte und geschäftsmäßige Vorgehen besonders der Mongolen erfüllte die europäischen Christen mit sprachlosem Entsetzen.

Ob man mit Veale eine erste Mäßigung in der Kriegführung der frühen Sekundärkriege schon darin sehen kann, daß die Gefangenen, statt hingeschlachtet zu werden, als Sklaven verkauft wurden, erscheint zweifelhaft. Denn diese Maßnahme beruht lediglich darauf, daß man den wirtschaftlichen Wert der Sklaven erkannt hatte. Den Rückfall in die Barbarei durch die Wiedereinführung der Sklaverei empfinden wir als besonders hart. Dennoch müssen wir sie als Tatsache hinnehmen und dem französischen Soziologen Jules Monnerot folgen, der sie als einen der charakteristischen Züge der totalitären Welt des 20. Jahrhunderts bezeichnet (Soziologie des Kommunismus).

Das Christentum hat trotz seiner gewaltigen Macht nicht die Grausamkeiten in der Kriegführung zu mildern vermocht. Es nahm allerdings mittelbar über das Rittertum Einfluß auf die Kriegführung, indem es zu der Herausbildung eines Kodex für allgemeine Formen und Höflichkeiten beitrug. Wenn man das berühmte Bild von Velazquez im Prado von Madrid heranzieht, hat dieser Kodex der Ritterlichkeit sogar die primitivsten Grausamkeiten überdauert, zu denen man in den Glaubenskriegen zurückgekehrt war.

Die europäische Leistung, daß es danach zu einer wesentlichen Milderung in den Gesetzen der Kriegführung kam, beruht nach Veale auf der Entwicklung souveräner Nationalstaaten, der führenden Stellung Frankreichs in der europäischen Kultur, der Reaktion auf den Dreißigjährigen Krieg und der Mäßigung im Zeitalter der Vernunft. Wenn auch Veale Carl Schmitt nicht erwähnt, so klingen doch bei seiner Beweisführung Gedanken an, daß die Herausbildung des zwischenstaatlichen europäischen Völkerrechts gleiche Staaten zur Voraussetzung hatte und daß diese die Fähigkeit besaßen, den *justus hostis* anzuerkennen, wie es im „*Nomos der Erde*“ von Schmitt zum Ausdruck kommt. Das Ergebnis in

der Beschränkung der Grausamkeiten des Krieges bestand im wesentlichen darin, daß der Krieg Sache der bewaffneten Streitkräfte war, die Zivilbevölkerung und deren Eigentum geschont wurden, Kriegsgefangene den eigenen Soldaten gleichstanden, die Neutralität möglich war und ein Krieg durch einen Friedensschluß beendet wurde. Lange nachdem solche zivilisierten Gebräuche in der Kriegführung der Landmächte üblich waren, bestanden allerdings die Briten darauf, im Seekrieg von ihrer Flottenüberlegenheit Gebrauch zu machen und den Feind durch Beschießung seiner Küstenstädte und damit die Zivilbevölkerung unter Druck zu setzen. Veale erklärt dies mit einer politischen Überlegung, daß England die militärischen Hilfsmittel fehlten, große Kontinentalstaaten wie Frankreich oder Rußland zu Lande zu bekämpfen. Carl Schmitt führt es auf den Grundsatz zurück, daß ursprünglich Recht und Frieden nur auf dem Lande galten.

Ein erstes Anzeichen einer rückläufigen Bewegung zur primitiven Kriegführung zeigte sich in dem Krieg der Nordstaaten gegen die Südstaaten der USA. Moltke konnte ihn noch als „einen ungeheuren Konflikt zwischen zwei bewaffneten Pöbelhaufen, die sich gegenseitig in der Wildnis umherjagten“, bezeichnen. Wir fanden das Buch „Vom Winde verweht“ in den Jahren nach 1945 deswegen so aktuell, weil es eine so getreue Parallele zu unserem eigenen Erleben brachte. Nach Veale wurden die Gesetze der zivilisierten Kriegführung im Ersten Weltkrieg bis auf die britische Blockade Deutschlands, die bis zu etwa einem Jahr nach dem Waffenstillstand fortgesetzt wurde, gehalten. Der Schlußstrich unter die mehr als zweieinhalb Jahrhunderte andauernde Periode der Fortentwicklung zu einer zivilisierten Kriegführung wurde seiner Meinung nach durch einen Entschluß des britischen Luftfahrtministeriums im Jahre 1936 gesetzt, in einem zukünftigen Kriege nichtmilitärische Ziele zu bombardieren. Dieser Entschluß ist in der Nacht vom 11. Mai 1940 erstmals durch 18 britische Bomber über westdeutschem Gebiet ausgeführt worden. Dadurch ist der schreckliche Bombenkrieg des Zweiten Weltkrieges ausgelöst worden, der in der Zerstörung Dresdens kulminiert hat. Der Verfall des bisherigen Kriegsrechtes ist

offenkundig geworden durch das Londoner Abkommen vom 8. 8. 1945, das nichts anderes ist als ein privates Abkommen von vier souveränen Staaten, ein Internationales Militärgericht einzurichten zur Aburteilung von Kriegsverbrechern, deren Verbrechen nicht geographisch gebunden waren. Es wurden zwei neue Verbrechen: „gegen den Frieden“ und „gegen die Menschlichkeit“ definiert. Die Begriffe des Kriegsverbrechens, den es nur auf seiten der Achsenmächte gab, und des Angriffskrieges, über den die Völkerrechtler Bände gefüllt haben, wurden nicht geklärt. Dem Gericht fehlte die Zuständigkeit, wenn man nicht den Vorwurf hinnehmen wollte, daß die Sieger über den Besiegten urteilten. Dem Gericht fehlte das anzuwendende Gesetz, wollte man nicht gegen den uralten und von allen zivilisierten Völkern anerkannten Strafrechtsgrundsatz verstoßen: *nulla poena sine lege*. Das Gericht verstieß gerade gegen die im angelsächsischen Rechtskreis anerkannten Beweisgrundsätze, den Beweis durch Hörsagen nicht zuzulassen. Das Gericht stellte einen revolutionären Beweisgrundsatz auf, die Schuld durch Zugehörigkeit zu einer Gruppe festzustellen.

Die auf die Nürnberger Prozesse folgenden Prozesse sind eingehend erörtert worden, insbesondere die Verfahren gegen die Feldmarschälle Kesselring und von Manstein.

Man muß dem Verfasser recht geben, daß diese Kriegsverbrecherprozesse keine

neuen Rechtsgrundsätze zu schaffen vermochten, wohl aber alte Rechtsgrundsätze zerstörten. Ihre Gefahr liegt für die Zukunft darin, daß sie Präzedenzfälle darstellen. Jeder, der sich mit dem angelsächsischen Recht befaßt hat, weiß um die Macht der gerichtlichen Präzedenzfälle. Aber auch im internationalen Recht ist ihre Bedeutung nicht zu verkennen. Der Verfasser zeigt uns die düstere Perspektive für die Zukunft, ohne einen Weg aus dem Engpaß aufzuzeichnen. Vielleicht ist er zu sehr in den Lehren der Geschichte befangen.

An den Leser erhebt sich die Forderung, selber über die Entwicklung des Völkerrechts nachzudenken. Schon darin liegt ein beachtliches Verdienst des Buches.

Sollte es nicht möglich sein, daß die Völker sich auf einige feste Grundsätze des internationalen Rechts einigen, wie es in seinem Vortrag auf dem 7. Kongreß der *Association des anciens auditeurs de l'Académie de droit international de La Haye* in Bremen der Professor d'Olivier Farran aus Liverpool kürzlich forderte?

Heinrich Nagel.

F. J. P. Veale: *Der Barbarei entgegen. Wie der Rückfall in die Barbarei durch Kriegführung und Kriegsverbrecherprozesse unsere Zukunft bedroht*. H. H. Nölke Verlag, Hamburg 1954. (*Advance to Barbarism, how the reversion to barbarism in warfare and war-trials menaces our future.*)

FRANZÖSISCHE MEMOIREN

Der Zusammenbruch der Dritten Republik im Jahre 1940 und ihre Wiederaufstehung 1944 in der Vierten haben uns in der jüngsten Vergangenheit eine größere Zahl meist sehr umfangreicher Memoirenwerke geschenkt. Die Führer der Dritten Republik versuchen, den Nachweis zu führen, daß sie am militärischen und politischen Zusammenbruch des Staates unschuldig gewesen sind. Sie „erklären“ ihren Fall in ähnlicher Weise, wie nach 1945 die Angeklagten versucht haben, bei den Gerichtshöfen der *Résistance* um Verständnis zu werben für ihre Haltung während der Besatzungszeit.

Die Memoiren sind Plaidoyers, die für den „Fall“ des Schreibers Interesse wecken sollen, wie sich denn die persönliche Geschichte der handelnden Personen in „Dossiers“ und „Akten“ auflöst, auch wenn der Betreffende zufällig einmal nicht vor eines der wechselnden politischen Tribunale geschleppt worden ist. Die Memoiren werden in den Hintergrund gesprochen, in dem sich irgendeine imaginäre Anklagebehörde installiert hat.

Jérôme Carcopino veröffentlicht über die sieben Jahre seines Lebens von 1937 bis 1944 ebensoviel Seiten wie Bismarck über sein ganzes politische Wirken, von Rey-

naud haben wir bereits das Doppelte des deutschen Staatsmannes, ohne daß ein Ende seiner Gedanken und Erinnerungen abzusehen wären. Vor wem rechtfertigt man sich?

Wie setzt sich jenes Richterkollegium zusammen, vor dem man in eigener Sache plädiert? Es sind nicht die eigenen Nachkommen, denen man die Erfahrungen des eigenen Lebens weitergeben möchte. Es sind auch nicht die *Pairs*, denen man in konkreten Einzelheiten Rede und Antwort steht. Die Richter, die man vor Augen hat, sind der Mob, die Straße, die Presse, die „öffentliche Meinung“, vielleicht andere Gerontokraten, die Salons der Duchessen, im besten Falle jenes „*pays réel*“, auf das sich nun schon ganze Generationen französischer Politiker berufen haben, wenn sie mit dem „*pays légal*“ im Widerspruch lebten. Richter ist vielleicht die „Person Frankreich“, „la France“ schlechthin, „la nation“, als deren Repräsentanten sich Herriot, Reynaud, de Gaulle und Pétain gleicherweise gefühlt haben.

Der Rechtfertigungscharakter der Memoiren bestimmt auch ihren Stil. Man übergeht keine Kleinigkeit. Es wird schlechthin alles berichtet, was für die Erklärung des eigenen „Falles“ für nützlich gehalten wird. Man fügt Dokumente — Memoranden, Protokolle, Noten, Reden, Zeitungsartikel — bei, wie es Churchill, das große Vorbild aller modernen Schreiber von Denkwürdigkeiten, getan hat. Der neue französische Memoirenstil ist unverkennbar von der Absicht bestimmt, das insgeheim gefürchtete Urteil der Geschichte vorwegzunehmen. Man polemisiert gegen die alten Gegner, wie man es Jahrzehnte hindurch von der Rednertribüne des Parlaments getan hat. Die eigenen Leiden werden wortreich beklagt, denn erlittene Unbill gilt heute überall als Anrechtsschein auf erhöhte politische Geltung. Das Anekdotische tritt fast ganz zurück, was sehr zu bedauern ist, denn gerade aus den letzten Jahrzehnten wäre ein großer Schatz pittoresker Einzelheiten zu heben gewesen.

Die mächtigsten Memoiren, auch nach dem Rang der politischen Persönlichkeit, stellen die beiden Bände von Edouard Herriot dar, dem über achtzigjährigen bisherigen Führer der Radikalsozialistischen Partei und während fast fünfzig Jahren Bür-

germeister von Lyon. Herriot kommt in den zwei Bänden bis zum Jahre 1936. Der erste Band, der mit 1914 abschließt, enthält sehr viel Atmosphärisches zum Pariser Leben der Jahrhundertwende, vom Blickpunkt eines strebsamen *Normalien* und späteren *Agrégé* aus gesehen. Im Mittelpunkt des zweiten Bandes steht das Jahr 1924, in dem mit dem Sieg des *Cartel des Gauches* in Frankreich ein neuer Kurs in der Deutschlandfrage versucht wurde, und 1932, das Jahr der Lausanner Konferenz. „Ich habe nie an die Aufrichtigkeit Gustav Stresemanns geglaubt“, sagt Herriot und versucht damit Ballast abzuwerfen. Denn in die Geschichte ist er einmal als Initiator eines versöhnlichen Kurses eingegangen, „gegen seinen Willen“, wie er heute nachweisen möchte.

Paul Reynaud behandelt in seinem Erinnerungswerk nur die Jahre 1930—1945. Wichtig ist vor allem die Zeit seiner Ministerpräsidentschaft vom 21. März 1940 bis zum Zusammenbruch Frankreichs. Allerdings berichtet er nichts, was nicht schon durch die Akten des französischen Außenministeriums oder durch den Prozeß von Riom und andere Quellen bekannt geworden wäre. Seine Darstellung in der Angelegenheit seines Befehles an die französische Gendarmerie vom Mai 1940, die in Luftnot abgesprungenen deutschen Flieger kurzerhand zu erschießen — im Westfeldzug der erste Fall eines von oben befohlenen Kriegsverbrechens im Sinne der Nürnberger Rechtsprechung — ist durch die bereits veröffentlichten Unterlagen widerlegt (S. 982 f.).

Georges Bonnet, in den kritischen Jahren 1937/39 Außenminister Frankreichs, hat seine Erinnerungen schon vor mehreren Jahren in der Schweiz veröffentlicht, wo er bis 1950 ein politisches Asyl gefunden hatte. Sie sind 1950 gekürzt auch in Deutschland erschienen. Eben ist in Paris eine Neuauflage herausgekommen. Die Bücher sind in der Tat zum psychologischen Verständnis der französischen Vorkriegspolitik unentbehrlich, besonders im Hinblick auf die Geschehnisse rund um die Münchener Konferenz. Unter allen zeitgenössischen französischen Memoiren atmet das Buch des ehemaligen Außenministers am wenigsten den Geist des Explizierens und der Selbstrechtfertigung, vielleicht weil Bonnet bei der

Niederschrift in der freieren Luft der Schweiz von jenem imaginären Gerichtshof weniger bedrängt worden ist.

Sorgfältig dargestellte Geschichte geben auch die beiden bisher aus der Feder des Generals Weygand vorliegenden Bände, die die Zeit bis 1918 und die Jahre 1939 bis 1942 behandeln. Ein dritter Band über die Zeit 1918—1939 ist in Kürze zu erwarten. Im ersten Band dominiert die Persönlichkeit des Marshalls Foch, der zweite bringt wertvolle Einzelheiten über die französischen Absichten 1939/40, eine Nahostarmee für den Einsatz auf dem Balkan bereitzustellen, und über die Politik Vichys in Nordafrika zwischen 1940 und 1942, die 1942 zur Abberufung Weygands vom Oberbefehl über die in Nordafrika stationierten Truppen und zur Ernennung Juins geführt haben.

Die Politik des Marshalls Pétain wird „erklärt“ in den Erinnerungsbüchern des Unterrichtsministers Jérôme Carcopino, des Finanzministers Yves Bouthillier, des Außenministers (April—Dezember 1940) Paul Baudouin, des früheren Abgeordneten, Ministers und französischen Botschafters in Spanien François Piétri und des Admirals Georges Robert, der Pétain bis 1943 auf den Antillen vertreten hat. Auch der Botschafter Pétains in Washington (bis 1942), der frühere Bürgermeister von Versailles Henri Haye, veröffentlicht im Aprilheft 1954 der Zeitschrift *Ecrits de Paris* Erinnerungen über seine amerikanische Mission. Haye und Robert bekennen sich uneingeschränkt zur Politik Pétains, während sich Carcopino zwar nach wie vor zur Persönlichkeit des Marshalls bekennt, dessen Politik aber mit endlosen Argumentationen zurechtzubiegen sucht. So braucht er zwei Druckseiten, um zu begründen, warum er an einem Frühstück im Deutschen Wissenschaftlichen Institut teilgenommen hat. Seine Erinnerungen zeigen den tragischen Fall eines Gelehrten von Weltruf — Carcopino ist einer der führenden europäischen Latinisten —, der gegen seinen Willen in die Politik hineingezogen wurde, sich im nationalen Sinne zwar durchaus richtig verhielt, aber der unangreifbaren Anklage jenes anonymen Ge-

richtes nach 1945 einfach nicht gewachsen war. Tragisch ist auch der Fall von Piétri, der heute nicht mehr begreift, warum er sich bis 1939 aktiv im Rahmen des *Comité France-Allemagne* für die Verständigung mit Deutschland eingesetzt hat.

Auf den sechstausend Seiten der Memoiren, die hier erwähnt wurden, vollzieht sich ein wichtiger Teil der inneren Reintegration der französischen Nation, die durch den Zusammenbruch 1940 und den Umbruch 1944 über die älteren historischen Spannungen hinaus in zwei feindliche Lager gespalten worden ist. Diese Reintegration wird drüben von allen Gruppen im gegenwärtigen Augenblick für besonders wichtig gehalten, da sich durch die Forderung nach „europäischer Integration“ — wie viele Franzosen meinen — ein neuer Anschlag auf den inneren nationalen Zusammenhalt der Nation vorbereitet. Die Verfasser der Erinnerungen wollen ja alle ohne Ausnahme die Einheit und die Größe Frankreichs. Ihr ganzes Bestreben gipfelt in dem Nachweis, daß gerade sie durch ihre Politik und ihre Haltung Frankreich am besten gedient haben. Man wird deshalb gut daran tun, in diesen Dokumenten der Staatsmänner der Dritten Republik und des *Etat français* vor allem das Gemeinsame und weniger das Trennende zu suchen.

Karl Epting

Edouard Herriot, *Jadis*, 2 Bde. Flammarion, Paris 1948 und 1952; Paul Reynaud, *Au coeur de la mêlée* 1930—1945, Flammarion, Paris 1951; Weygand, *Idéal vécu*, Flammarion, Paris 1953; Weygand, *Rappelé au service*, Flammarion, Paris 1950; Georges Bonnet, *De Washington au Quai d'Orsay*. *Cheval ailé*, Gené 1946; Bonnet, *Fin d'une Europe*. *De Munich à la guerre*, *Cheval ailé*, Gené 1948; Bonnet, *Vor der Katastrophe*. Greven, Köln 1950; Jérôme Carcopino, *Souvenirs de sept ans* 1937—1944, Flammarion, Paris 1953; Paul Baudouin, *Neuf mois au gouvernement*, *La Table ronde*, Paris 1948; Yves Bouthillier, *Face à l'ennemi, face à l'allié*, Plon, Paris 1950; François Piétri, *Mes années d'Espagne*, 1940—1948, Plon, Paris 1954; Admiral Georges Robert, *La France aux Antilles de 1939 à 1943*, Plon, Paris 1950.

MARCEL DÉAT ZUM GEDÄCHTNIS

Als Marcel Déat 1955 in Turin starb, wurden plötzlich bei den Menschen, die ihn vor und während des Zweiten Weltkrieges gekannt hatten, alle Erinnerungen wieder wach. Selten ist ein Mensch diskreter aus dem Leben gegangen. Marcel Déat war 1945 mit einem Schlag in ein Dunkel verschwunden, das weder durch die Polizeinachforschungen noch durch zahllose Gerüchte, die sich mit ihm beschäftigten, durchdrungen werden konnte. Damit ist bewiesen, daß auch in unserer Zeit ein Mensch genau wie in den romantischsten Geschichtsperioden am Rande der Gesellschaft leben und wie ein ins Wasser geworfener Stein verschwinden kann.

Immerhin, Marcel Déat war unter den politischen Persönlichkeiten der Dritten Republik einer der originellsten Köpfe. Um 1930 schien er einer ganz sicheren Zukunft entgegenzugehen. Es ist nicht leicht, ein gerechtes Bild von einem Mann zu entwerfen, der in so starkem Maße Haßgefühle gegen sich aufgebracht hat. Noch ist seine Persönlichkeit von einer Staubwolke umgeben, die durch den Streit aufgerührt worden ist. Offenbar wagen es viele seiner alten Freunde nicht, diese Staubwolke zu durchdringen. Es macht den Eindruck, als handele es sich um eine von giftigen Gasen verpestete Sperrzone.

Aber wer ihn gekannt hat, kann die guten und schlechten Eigenschaften des so sehr verschrienen Mannes richtig bemessen. Um es mit einem Wort zu sagen, er war vor allem ein Intellektueller. Er besaß die schnelle Intelligenz, die leichte Auffassungsgabe, den brillanten Verstand, aber auch die Wirklichkeitsferne, das fast nur aus Büchern gewonnene Wissen und die wilde Dickköpfigkeit, wenn er sich im Recht glaubte, die für die Zöglinge der Pariser Ecole normale bezeichnend ist.

Er war wie Édouard Herriot, wie Jean Giraudoux oder wie zwanzig andere ein „Ideologe“, das heißt einer jener Franzosen, die von ihren Träumen erfüllt sind, die Revolutionen anzetteln und die sich den Abscheu Napoleon Bonapartes zugezogen hatten.

Um Déat zu verstehen, muß man sich zuerst sagen, daß er im tiefen Sinne ein

aufrichtiger Sozialist war. Er war es nach der Art von Jaurès, ebenfalls einem Schüler der Normale, der für seine Ideen den Tod fand. Ich habe oft Gelegenheit gehabt, mit ihm die Segnungen des Sozialismus zu diskutieren. Ich kann daher keine Minute Zweifel an der Aufrichtigkeit seiner Überzeugungen hegen.

Marcel Déat glaubte felsenfest, daß Europa und die Welt auf dem Wege zum Sozialismus seien. Er hielt den Kapitalismus für überlebt und zum Untergang bestimmt. Er betrachtete das England Chamberlains und Winston Churchills als ein rückschrittliches und zum Tode verurteiltes Land. Zu seinem Unglück hielt er andererseits das nationalsozialistische Deutschland für ein in erster Linie sozialistisches Land, das seiner Ansicht nach die richtige Formel für die Zukunft gefunden hatte. In dieser geistigen Schlinge wurde er 1939/40 gefangen. Hier muß man den Schlüssel zu seinem Handeln suchen, nicht aber in einem schmutzigen Verrat, dessen seine reine Intellektuellenseele gar nicht fähig war.

Man muß hinzufügen, daß Déat, ein hervorragender Soldat des Ersten Weltkrieges, Pazifist war. Wie Romain Rolland oder Jean Giono fand er den Krieg verurteilt, und gemäß der reinsten sozialistischen Überlieferung vertrat er die Ansicht, daß der Krieg nur den Kapitalisten, den Kanonenkönigen und den Bankiers der Londoner City diene. Ich habe zugehört, als er 1939 am Tage nach dem Erscheinen seines berühmten Artikels: „Sterben für Danzig?“ einen scharfen Angriff gegen die britische Großfinanz führte, der er vorwarf, sie wolle den Krieg, weil sie sowohl das sozialistische Deutschland vernichten wolle als auch Frankreich, das in Zukunft sozialistisch werde. Man versteht daher, weshalb Déat, nachdem die Londoner Regierung Daladier und Bonnet zur Kriegserklärung an Deutschland veranlaßt hatte, fast rasend wurde und das pazifistische Manifest unterschrieb, womit er seinen Anschluß an eine Gruppe moralischer Dissidenten erklärte. Offenbar kann man das alles kindlich finden und 1955 über den Sozialismus Déats ebenso wie über seinen Englandhaß die Achseln zuk-

ken. Man versteht aber das tragische Schicksal dieses Staatsmannes nicht, wenn man es nicht im Zusammenhang seines geistigen Klimas sieht.

Später hat sich Déat gewiß in einer Art finsternen Waldes vergraben, wo er selbst nicht mehr klar sah. Denn selbst wenn Adolf Hitler Sozialist war, so war er doch auch vieles andere, was offensichtlich Marcel Déat nicht gefallen konnte.

Auf alle Fälle glaubte Déat noch 1943 und sogar 1944, daß die Vernichtung Deutschlands einen kapitalistischen Triumph darstellen werde. Das Bündnis von London, Washington und Moskau, die Zusammenarbeit des angelsächsischen Kapitalismus mit dem stalinistischen Kommunismus, schien ihm ungeheuerlich. Er zögerte nicht zu erklären, daß die deutschen Soldaten mindestens dem Sozialismus näher seien als Churchill, Roosevelt und Stalin.

Darüber hinaus glaubte dieser Intellektuelle, der auf seine Gedanken stolz war, nicht an die Gewalt der Materie. Die riesige Wirtschafts- und Militärkraft der USA schüchterte ihn nicht ein, sondern rief seine Verachtung hervor. Als echter Doktor der Philosophie wiederholte er, das Denken sei sehr viel wichtiger als die Zahl der Flugzeuge, — man könne Ideen nicht durch Bomben vernichten. Das war wohl eine vereinfachende Vorstellung. Déats Mut aber verlieh ihr Noblesse.

Wenn Marcel Déat im Oeuvre einen brillanten Artikel über das sozialistische Europa geschrieben hatte, glaubte er mehr getan zu haben, als wenn er zwanzig motorisierte Divisionen aufgestellt hätte. Diese seltsame Verirrung hat ihn gewiß nicht verlassen bis zu dem Augenblick, an dem er ins Dunkel untertauchte. So war dieser Mann, — darüber hinaus war er völlig selbstlos und zeigte dem Gelde gegenüber Verachtung.

Man möchte gern wissen, was er in den letzten zehn Jahren gedacht hat. Wir werden das nur erfahren, wenn seine Erinnerungen, von denen man überall spricht, die aber offenbar nur dem Innenminister bekannt sind, veröffentlicht werden. Was auch einige Leute darüber denken mögen, dieses Buch von Marcel Déat wird wesentlich zur Kenntnis des Denkens eines aufrichtigen französischen Sozialisten in der Mitte des 20. Jahrhunderts beitragen.

In einem wichtigen Punkt hat sich das Denken Déats weiterentwickelt. Wir wissen heute, daß er als Christ, sozusagen in den Armen seines Beichtvaters, gestorben ist. Der Déat, den wir kannten, war Agnostiker. Aber Gottes Gnade kam und traf diesen mutigen und ehrlichen Menschen, der viele Irrtümer begangen hat, der aber immer an den Vorrang des Geistes glaubte.

François Belou

Bemerkung der Schriftleitung

Die Unterschrift des Verfassers: Hermann Löffler, ist versehentlich unter der Würdigung Robert Ernsts auf S. 512 (Augustheft) weggelassen worden.

Die in den einzelnen Beiträgen zum Ausdruck kommenden Ansichten decken sich keineswegs immer mit der Meinung der Schriftleitung, zum Teil sind sie ihr entgegengesetzt. Die Schriftleitung fühlt sich verpflichtet, allen Stimmen Gehör zu verschaffen, deren Vorhandensein bei einem Bemühen um Realismus zur Kenntnis genommen werden muß oder die ein wichtiges Gespräch in Gang bringen können. Darüberhinaus enthält der Abschnitt „Freie Aussprache“ genau das, was seine Überschrift sagt.

Verlag: C. W. Leske, Darmstadt / Druck: L. C. Wittich, Darmstadt / Verantwortlich für den Inhalt: Professor Dr. K. H. Pfeffer, Hamburg 36, Gänsemarkt 35 I und Gottfried Griesmayr, Horb a. N., Ihlingerstr. 24 Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 1.

GETEILTES VATERLAND

Im August 1955 bestätigten die Wähler des nordirischen Wahlkreises Mid-Ulster ihre schon bei der allgemeinen Wahl im Frühjahr getroffene Entscheidung zugunsten eines Mannes, der wegen seiner Beteiligung an einem Waffenraub im Gefängnis sitzt. Das britische Unterhaus mußte ihm daher das Mandat ausdrücklich aberkennen. Seine Freunde von der „Irishen Republikanischen Armee“ haben die britische und irische Öffentlichkeit in den letzten Monaten erneut durch demonstrative Aktionen darauf hingewiesen, daß sie sich mit der Teilung ihres Vaterlandes in die Irische Republik und das mit dem britischen Königreich zusammengeschlossene „Nordirland“ (die sechs nordöstlichen Grafschaften der irischen Insel, darunter zwei mit katholischer, irisch-nationaler Mehrheit) nicht abfinden wollen.

Diesen Demonstranten der illegalen Gewalt gegenüber erklärte im Dubliner Parlament der Ministerpräsident Costello: „Wenn die sechs Grafschaften durch Gewalt mit Irland zusammengeschlossen würden, bestünde die faktische Zweiteilung des Vaterlandes weiter... Auch wenn wir die Macht hätten, die Wiedervereinigung durch Waffengewalt zu erzwingen, wäre eine Friedens- und Versöhnungspolitik weiser.“ Devalera, der

früher selbst einen Bruderkrieg geführt hat, um die Teilung zu verhindern, stimmte ihm zu. Es komme auf die „Einheit der Gesinnung“ an.

Das amtliche Westdeutschland sieht heute als entscheidendes Hindernis eines Zusammenschlusses mit dem sowjetisch besetzten Mitteldeutschland die Gefahr, daß man dann dem zukünftig vereinigten Rumpfdeutschland nicht die weitere Zugehörigkeit zur westlichen Allianz erlauben könne. Zu dieser These schreibt die Stuttgarter Zeitschrift „Außenpolitik“, unter deren Herausgebern sich immerhin Prof. Grewe aus dem Auswärtigen Amt findet, im Juni 1955: „Keine Seite ist bereit, mit dem Ziel der Wiedervereinigung auch die Mittel zu bejahen, die allein zu ihm führen könnten... Wir (Westdeutschen) sind zwar bereit, im Enthusiasmus der westeuropäischen Integration ohne Gewissenspein Souveränitätsverzicht zu bringen. Handelt es sich aber um die Wiedervereinigung, stellt sich ein juristisch überspitzter Begriff von Souveränität ein, als ob diese ein unumstößliches sakrosanktes Gut sei, das einer höheren Rangordnung angehört als das Ziel der Wiederherstellung des natürlichen Staatsverbandes“. Wie könne man völlige „Entscheidungsfreiheit“ für sich in Anspruch nehmen, wo man doch wisse, daß nur eine Einigung der wirklichen Großmächte über die deutsche Wiedervereinigung befinden könne? Als der amerikanische Präsident konstruktive Möglichkeiten angedeutet habe, sei in Bonn „keine Sympathie“ zu spüren gewesen.

Wir bemühen uns, mit dem folgenden Aufsatz die Frage eines amerikanischen Lesers zu beantworten, der wissen wollte, weshalb eigentlich die Welt ein Interesse am Ende der deutschen Teilung habe. Auf diese Frage gibt es neben der folgenden weitere Antworten. Sie sind sämtlich leichter zu finden als eine Lösung für das Bonner „Rätsel“, — wie „Außenpolitik“ den westdeutschen Widerstand gegen ein dynamisches Verhandlungsprogramm der Amerikaner nennt. —ff—



LILY VAN DER SCHALK

Die Deutsche Frage und die Welt

Will man die heutige Einstellung der Welt zur Frage der Wiedervereinigung Deutschlands verstehen und einigermaßen richtig beurteilen, so muß man sich Rechenschaft darüber geben, welche schon allein wirtschaftlichen Erwägungen die Alliierten bewogen haben, die Teilung durchzuführen.

Ruhr und Oberschlesien

Die wirtschaftliche Macht des ehemaligen Deutschen Reiches — sowohl des Bismarckschen wie auch des Hitlerschen — beruhte auf dem Umstand, daß sich an seiner westlichen und östlichen Peripherie reiche Rohstoffvorkommen befanden, die Voraussetzung zur modernen industriellen Entwicklung. Im Westen waren es Ruhr, Saar und nach 1870 Lothringen, die zu einer Symbiose von Kohle und Eisen, Technik und Wirtschaft führten — im Osten das oberschlesische Kohlenrevier, das in einem weiten Aktionsradius das umliegende Gebiet belebte.

So lange diese beiden Kraftfelder politisch zum Deutschen Reich gehörten, war es selbstverständlich, daß sich im Herzen unseres Kontinents eine Konzentration von Industrien entwickelte, deren Produkte bald ihren Weg in die ganze Welt fanden. So war England nicht mehr im Stande, seinen Anspruch als *Workshop of the World* aufrecht zu erhalten.

Die wirtschaftlichen Folgen der Oktoberrevolution

„Deutsches Volk, exportiere oder krepieri!“ war nur deshalb erst durch Hitler zum Schlagwort erhoben worden, weil bis zum Ausbruch der Russischen Revolution das Absatzgebiet der Welt im allgemeinen und der Deutschen im besonderen noch den weiten, russisch beherrschten Raum umfaßte, der seit 1922 für den Westen beinahe hermetisch verschlossen blieb.

Diese Selbstisolierung der Sowjetunion empfand die kapitalistisch-liberale Ideologie, die „mein Feld ist die Welt“ lautete, als kommunistische Herausforderung. Nicht nur die Sowjetunion wehrte sich gegen den Tatendrang des Westens, sondern auch das Britische Reich beschützte seine Teilstaaten und Kolonien durch das Ottawa-Abkommen gegen ein zu großes wirtschaftliches Vordringen Außenstehender. Dies zwang wiederum Amerika zur Erhöhung seiner Zollsätze, so daß die früher wirtschaftlich unbegrenzte und freie Welt zwischen dem Ersten und Zweiten Weltkrieg in immer kleinere ökonomische Reservate zerfiel.

Es wäre daher verkehrt, wollte man den Ausruf Hitlers über die Notwendigkeit des Exportes nur einem wilden und unverantwortlichen Expansionsdrang der deutschen Wirtschaft zuschreiben. Tatsache war und bleibt, daß man einer vollkommenen Strukturveränderung der Welt gegenüber stand, die sich mit dem revolutionären Lösungswort ankündigte: „Das wirtschaftliche Potential eines Landes ist ausschließlich dessen nationales Eigentum“, und die Sowjetunion fügte in der ersten Periode ihrer Emanzipation hinzu: „und darf nur durch das betreffende Land selbst aktiviert und zur Entwicklung gebracht werden“.

Das Ende des Kolonialismus

Daß eine derartige Entwicklung allenthalben den Wunsch nach Autarkie förderte, ist begreiflich, und sie dürfte sicherlich auch den Drang Hitlers nach größerem Lebensraum verstärkt haben.

Aber schon während seine Armeen siegreich durch die Kontinente zogen zur Verwirklichung der Lebensraum-Illusion, brach sich eine neue Idee Bahn: Die der totalen Liquidation des kolonialen und semi-kolonialen Verhältnisses. Während bei Kriegsende das alte Europa einem einzigen, trostlosen Trümmerhaufen glich, hatte der Unabhängigkeitsgedanke bereits ganz Asien ergriffen; er kann auch in der arabischen und afrikanischen Welt höchstens verzögert, nicht mehr jedoch aufgehalten werden.

Die Welt war aus ihren Fugen gehoben, und Sieger und Besiegte hatten mit ihrem eigenen Schicksal so viel zu tun, daß sie in den ersten Jahren die Initiative den Großmächten überlassen mußten, die relativ am wenigsten durch die Nachkriegsumwälzung betroffen waren: Amerika und der Sowjetunion.

Teheran, Jalta und Potsdam

Über das Los Deutschlands hatten sich die Alliierten schon lange vor dem Zusammenbruch geeinigt.

Während die Westmächte jedoch keine territoriale Forderungen an Deutschland stellten (Elsaß-Lothringen fiel automatisch wieder an Frankreich zurück), mußten im Osten große Gebiete abgetreten werden, darunter das Kraftfeld Oberschlesien, das heute mit Polen und der Tschechoslowakei zu einer funktionellen Einheit verschmolzen worden ist. Das sowjetisch besetzte Mitteldeutschland, das von jeher der Ausgangspunkt und das Durchgangsland einer nach Osteuropa orientierten Wirtschafts- und Handelspolitik war, ist durch einen „Eisernen Vorhang“ von der westlichen Hälfte Deutschlands geschieden.

Es ist die Frage zu untersuchen, ob dieser „Eiserne Vorhang“ nur als eine zeitliche Maßnahme und als späteres Unterhandlungsobjekt der Sieger gedacht war oder ob damit eine definitive politische Aufteilung des Deutschen Reiches gemeint ist ähnlich wie die Zerstörung der Donaumonarchie nach dem Ersten Weltkrieg, womit damals ein Kulturbollwerk von der Weltbühne verschwand.

„Die Zeit ist unser Bundesgenosse“, ist ein berühmt gewordener Ausspruch des verstorbenen britischen Ministerpräsidenten Asquith aus dem Jahre 1915. Ob diese Geisteshaltung auch noch im Zeitalter der Atomenergie die gleiche Gültigkeit hat, muß bezweifelt werden. Wir leben heute so schnell, daß Pläne, die wir ausgeklügelt, oder Einsichten, die wir gewonnen haben, schon überlebt sind, bevor sie durchgeführt werden können.

Seitdem sich die Alliierten in Teheran, Jalta und Potsdam den Kopf über das Los Deutschlands zerbrochen — auch damals galt schon die Weisheit Salomos, daß die Worte nur dazu dienen, um die Gedanken zu verbergen — hat sich der Zustand der Welt dermaßen geändert, daß sie nicht im entferntesten mehr beurteilen können, ob ihre damaligen Beweggründe in der Deutschen Frage auch heute noch zutreffen oder ob und inwieweit sie das Problem jetzt in einem ganz anderen Lichte sehen.

Ein direktes Interesse an der Teilung Deutschlands zeigten von Anfang an nur die Russen und die Engländer; jene, weil sie durch das Zerschlagen der Kombination Ruhrindustrie—preußisches Junkertum die Wiedererstehung des „deutschen Militarismus“ unmöglich machen wollten; diese, weil das wirtschaftliche Potential eines zerstückelten Deutschland keine lebensgefährliche Konkurrenz mehr sein würde. Die Amerikaner hingegen versprachen sich von Anfang an wenig von einem geteilten Deutschland; sie witterten schon in den ersten Nachkriegsjahren den zukünftigen deutschen Partner: einmal wegen des aufbrechenden West-Ost-Gegensatzes und zum anderen, weil ihnen ein blühendes und geordnetes Europa, in dem ein starkes und geeintes Deutschland eine führende Rolle spielt, einen Ersatz für das Fiasko ihrer Chinapolitik und für den Verlust ihrer asiatischen Märkte zu werden versprach.

Während sich die westeuropäischen Länder — Deutschland an der Spitze — durch die Marshall-Hilfe und durch den verbissenen Willen, sich nicht unterkriegen zu lassen, überraschend schnell erholt hatten, entstand in den außereuropäischen jungen Staaten, die meinten, sich nicht rasch genug vom Westen politisch distanzieren zu können, ein wahrer Heißhunger nach Kapital. Bei ihnen brach sich langsam die Erkenntnis Bahn, daß trotz aller politischen Unabhängigkeit ein Kreditbedürfnis besteht und daß damit eine gewisse ökonomische Abhängigkeit von einem Kapitallieferanten unvermeidlich war, sofern man nicht auf Jahrzehnte hinaus zu den rückständigen Gebieten zählen wollte.

Der kommunistische Streitruß, daß der nationale Reichtum eines Landes ausschließlich durch das betreffende Land selbst aktiviert und zur Entwicklung gebracht werden solle, war zunichte geworden. Ost und West kalkultierten ihre wirtschaftlichen Möglichkeiten unter einem anderen Gesichtspunkt und ordneten ihre Kräfte zu einer neuen Phalanx.

Wirtschaftsimperialismus

So paradox es erscheinen mag: Es kündigte sich ein neuer Imperialismus an; ein Imperialismus, der nicht mehr an erster Stelle von dem Prinzip des eigenen Vorteils und der direkten Macht ausging, sondern durch die Art, das Maß und den Grad des „Gebenkönnens“ bestimmt wurde. Jedes Land versuchte, die Rolle des edlen Spenders zu übernehmen.

Natürlich machte das reichste Land — Amerika — den Anfang; es kam mit seinem sensationellen „Punkt Vier“, der den finanziellen und technischen Beistand an weniger entwickelte Gebiete bezweckte. England folgte mit dem Colombo-Plan und die Sowjetunion mit dem Stalin-Plan, die beide auf die Erschließung Asiens gerichtet waren.

Leider wollte der größte Teil der Welt die Verbrauchsgüter, die der Westen im Überfluß hätte liefern können, nicht mehr an- und aufnehmen. Die früher abhängigen Gebiete waren von dem Verlangen erfüllt, ihre eigenen Hilfsquellen so schnell wie möglich produktiv zu gestalten, weshalb sie in erster Linie Kapitalgüter forderten.

Dieser Wandel in der Weltwirtschaft war zweifelsohne das tiefere Motiv, das den französischen Staatsmann Robert Schuman bewog, seinen Plan einer Montanunion zu entwerfen; denn die Schwerindustrie marschierte auch bei dieser Friedensoffensive an der Spitze. Die Kohlen- und Stahlgemeinschaft, die es den Franzosen ermöglichte,

durch den verbilligten Zugang zur Ruhrkohle ihre Stahlindustrie auszuweiten, sollte der deutschen Industrie, die naturgemäß diesem Plan mit gemischten Gefühlen gegenüberstand, durch eine in Aussicht gestellte Beteiligung an der Erschließung Afrikas schmackhaft gemacht werden.

Im Osten entstand eine ähnliche Organisation: das Hüttenkombinat, das die tschechische, polnische und mitteldeutsche Wirtschaft integrieren und auf die der Sowjetunion abstimmen sollte. Hierbei kam die sowjetische Besatzungszone Deutschlands am schlechtesten weg, weil ihre Industrie demontiert wurde und weil sie hauptsächlich ein Agrargebiet darstellt. Außerdem fehlten viele Facharbeiter. Große Landgüter wurden aufgeteilt und die bedeutendsten Betriebe verstaatlicht sowie ein gewisser Teil ganz abgebaut. Verschiedene Werke waren rechtzeitig nach dem Westen verlegt worden, so daß Mitteldeutschland, verglichen mit Polen und der Tschechoslowakei, zu einem ausgesprochenen Notstandsgebiet herabsank.

Da sich im Westen inzwischen des „Deutsche Wunder“ vollzog, treten die augenblicklichen Gegensätze der beiden Hälften besonders scharf ans Tageslicht, und diese Gegensätze werden sich erst dann ausgleichen, wenn die Frage der deutschen Wiedervereinigung entweder in positiver oder negativer Form entschieden ist.

Die Wiedervereinigung in wirtschaftspolitischer Sicht

In dieser Behauptung scheint ein Widerspruch zu liegen. Von der Voraussetzung ausgehend, daß eine Revision der Oder-Neiße-Linie vorläufig nicht zur Debatte steht, müssen wir als Tatsache hinnehmen, daß Oberschlesien, das früher als Kraftfeld auch das gegenwärtige Ostdeutschland aktivierte ein wertvoller Bestandteil Polens und der Tschechoslowakei, also des Sowjetblocks, geworden ist und das auch bleiben wird, selbst wenn Deutschland wieder vereinigt werden sollte.

Rein wirtschaftlich betrachtet bedeutet dies, daß Mitteldeutschland auch nach der Wiedervereinigung funktionell mit Osteuropa verbunden bleibt. So dürfte eine ähnliche Situation wie an der Saar entstehen, wenngleich in umgekehrter Richtung: Im Westen ist der aktive Teil, der Motor, deutsch, der die französische Wirtschaft ankurbeln soll. Im Osten dagegen soll der passive Teil wieder deutsch werden, während der Motor in der russischen Einflußsphäre bleiben wird.

Wer sich erlauben kann, die heutige Weltentwicklung vorurteilslos zu analysieren, wird zugeben müssen, daß wir uns im Anfangsstadium einer funktionellen Phase befinden, d. h. Recht und Kultur bleiben auch künftig national, unser Wirtschaftsleben jedoch wird neuen funktionellen Gesetzen unterworfen. Dies wird deutlich, wenn wir die Frage beantworten, ob die Teilung Deutschlands als unwiderruflich gedacht war oder ob sie nur als Verhandlungsobjekt dienen sollte — oder ob sich nicht vielleicht mit oder ohne Zutun der Sieger ein Zustand vollzogen hat, den man die funktionelle Aufteilung Zentraleuropas nennen könnte. Die richtige Beantwortung dieser Frage liefert vielleicht den Schlüssel zur veränderten Haltung der Sowjetunion gegenüber der Wiedervereinigung Deutschlands.

Die zwei großen Kraftzentralen an der Peripherie des früheren Deutschen Reiches wirken heute nicht mehr zentripetal, sondern zentrifugal; ihre Funktion ist grundlegend verändert. Man müßte eigentlich meinen, daß diejenigen Großmächte, denen die frühere Wirtschaftskonstellation Deutschlands ein Dorn im Auge war, sei es, daß

sie sich militärisch oder ökonomisch bedroht fühlten, nun gegen die politische Wiedervereinigung der beiden Teile keine Bedenken mehr haben sollten.

Bei den Russen scheint das tatsächlich zuzutreffen. Mitteldeutschland ist in dem Zustand, in dem es sich augenblicklich befindet, eher ein Ballast als ein Gewinn für die Sowjetunion geworden. Die Russen halten daher den Zeitpunkt einer friedlichen und Ost und West befriedigenden Lösung für gekommen. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, versuchen sie, die Wiedervereinigung dem Westen geradezu aufdrängen zu wollen. Einmal, weil eine Wiedervereinigung für die Deutschen eine jahrelange, intensive Kraftanstrengung bedeutet, wobei sie nicht an die Oder-Neiße-Linie denken können; zum andern, weil die Russen Realisten sind. Sie wissen um die Dynamik der Deutschen, die schon wegen der Millionen Heimatvertriebenen niemals auf die Wiedervereinigung und auf ihren historischen Heimatboden verzichten werden. Die Lösung der deutschen Frage zwingt Deutschland, seine Beziehungen zu Rußland früher oder später *de facto* und *de jure* zu regeln.

Nachdem die Bundesrepublik ihre Souveränität zurückbekommen hat, scheint den Russen jetzt der Zeitpunkt direkter Unterhandlungen mit Bonn gekommen, da sie von dem Standpunkt ausgehen, daß ähnlich wie beim österreichischen Staatsvertrag die letzte Entscheidung eine rein innenpolitische und nationale Angelegenheit ist.

Adenauer und die Sowjetunion

Als den größten Gegner einer selbständigen deutsch-russischen Verständigung sieht die Sowjetunion Dr. Adenauer an. Was die Russen unseres Erachtens unachgiebig macht und auch weiterhin zu einer unversöhnlichen Haltung zwingen könnte, ist weder die Tatsache, daß

1. sich Gesamtdeutschland vorbehaltlos politisch zum Westen bekennt:
2. noch, daß es Mitglied der nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft bleibt:
3. noch, daß die westdeutsche Regierung gegen die Neutralität ist,

sondern, daß es die rein nationale Entscheidung der Wiedervereinigung zu einem Verhandlungsobjekt macht und sich dadurch als Mittel der von den Russen so sehr gefürchteten britischen *Balance of Power*-Politik gebrauchen läßt.

England und Rußland

Seitdem die englischen und russischen Einflußsphären in Iran und Afghanistan der Vergangenheit angehören, seitdem auch der englische Einfluß auf China aufgehört hat, seitdem Pandit Nehru eine von London unabhängige Rußlandpolitik treibt, haben Engländer und Russen praktisch keine direkten Reibungspunkte mehr. Von russischer Seite ist dieses Ausweichen, dieses Manövrieren, ein ganz zielbewußter Teil Außenpolitik geworden, der durch den natürlichen Lauf der Dinge unterstützt wird. Die Sowjetunion wünscht keine Gegensätze mit Großbritannien; der Kreml möchte kein Objekt englischer Berechnungen — weder im Guten noch im Bösen — mehr sein.

Die Engländer sind ein seefahrendes und handeltreibendes Volk, und ihr Imperium ist ein über alle Kontinente sich erstreckendes Küsten- und Inselreich, dessen Teilstaaten zwar immer noch ideologisch und wirtschaftlich mit der Zentrale verbunden

sind, aber trotzdem nicht eine zunehmende funktionelle Integration mit dem Kontinent, den sie jeweils bewohnen, aufhalten können.

Die „Neue Welt“, die neuen Großmächte, Amerika, Rußland, China, sind Festlandreiche, die trotz aller Gegensätze gewisse geopolitische Affinitäten haben, schon deshalb, weil sie in denselben Raumgrößen denken und weil sich ihre natürliche Entwicklung und ihre natürlichen Funktionen in derselben Richtung bewegen.

Mitteldeutschland und Rußland

Zu den Festlandstaaten gehört auch Deutschland, dessen Aktivität von jeher eine Art Kettenreaktion wirtschaftlicher Verknüpfung bei seinen Nachbarn zwangsläufig hervorgerufen hat. Das wissen die Russen, und gerade, weil sie es wissen, haben sie keine Eile, solange Deutschland keine Eile hat. Sollte jedoch das Vakuum Mitteldeutschland, das die Russen selbst verursacht haben und das sie heute als wirtschaftlichen Anachronismus verwerfen, ihre Pläne durchkreuzen oder sollte es von den Westmächten zu einer „Insel“ gemacht werden, um die Wellenbewegung zu unterbrechen, die sich sonst von Rotterdam bis Wladiwostok und über den Nordpol bis zum amerikanischen Kontinent fortsetzen könnte, so wäre es durchaus denkbar, daß die Russen Mitteldeutschland eines schönen Tages bedingungslos räumen, um die einseitige Haltung der Bundesrepublik *ad absurdum* zu führen.

Damit wäre zwar von den Russen der Beweis geliefert, daß es ihnen mit dem Angebot der Wiedervereinigung ernst war; gleichzeitig würde es aber die ganze Ohnmacht des Westens demonstrieren, dem es nicht gelungen ist, die Sowjetunion mit einer neuen, genialen Idee zu übertrumpfen. Und dennoch würde gerade Mitteldeutschland dem Westen vielleicht eine einmalige und nie wiederkehrende Möglichkeit bieten, die Initiative zu ergreifen; denn es ist ein Unterschied, ob sich die Kettenreaktion von West nach Ost oder in umgekehrter Richtung vollziehen wird. Außerdem könnte Mitteldeutschland das praktische Schulbeispiel werden für die von den Russen in die Diskussion gebrachte Möglichkeit der Koexistenz.

Der Westen ist sich bewußt, und die Sowjetunion gibt es unumwunden zu, daß Mitteldeutschland ein ausgesprochenes Notstandsgebiet ist, dessen Einverleibung in die Bundesrepublik nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich und verwaltungstechnisch gewisse Erschütterungen mit sich bringen wird und große Opfer und Anstrengungen erfordert, die voraussichtlich nicht von den Deutschen allein gebracht werden können.

Damit keine revolutionären Infektionsherde entstehen, muß der Lebensstandard des östlichen Teiles beinahe über Nacht an den des westlichen Teiles angepaßt werden, ohne daß dies allzu fühlbar auf Kosten des westdeutschen Arbeiters geschieht. Dazu sind große Übergangskredite notwendig, die Amerika bestimmt in der einen oder anderen Form zu gewähren bereit sein wird. Erst dann kann mit dem schwierigen Problem der Rückwanderung und des Wiederaufbaus begonnen werden, eine Aufgabe, die wiederum enorme Summen verschlingen wird.

Der Wiederaufbau eines Notstandsgebietes ist keine Frage „an sich“. Er muß von Anfang an im Zusammenhang mit der Ursache gesehen werden, die diesen Zustand hervorgerufen hat und an den Möglichkeiten geprüft werden, die diesem Übel ein Ende bereiten können. Das bedeutet, daß der Plan von Haus aus auf die zukünftigen

Partner und Empfänger abgestimmt sein muß, gleichgültig, ob sich diese innerhalb oder außerhalb der eigenen Landesgrenze befinden.

Hierin liegt unseres Erachtens die große Verhandlungschance der Bundesrepublik, die alle anderen in den Schatten stellt. Da einerseits verschiedene atlantische Kräfte durch ihre Hilfe indirekt an dem Produkt beteiligt sind, andererseits aber dieses auch auf den östlichen Nachbarn *bewußt* gerichtet sein wird, ergibt sich automatisch ein ökonomisches Sicherheitssystem, das von beiden Teilen schon aus Selbsterhaltungstrieb respektiert werden wird.

Wenn wir heute in der Welpresse lesen, daß russische Landbausachverständige nach den Vereinigten Staaten gehen, um die Methode des ihnen weit überlegenen amerikanischen Landbaus zu studieren; wenn wir weiter hören, daß die Ernährungsfrage für die Sowjetunion zu einem Schreckgespenst zu werden droht; wenn wir bedenken, daß auf der Schwelle zwischen West- und Osteuropa ein Gebiet liegt, das einmal die Kornkammer der gesamten Region war und dies mit den modernen Mitteln der Technik in erhöhtem Ausmaß wieder werden kann, dann fragen wir uns, warum das Gespräch mit Moskau so viel Kopfzerbrechen verursachen muß. Wir wundern uns, ob die Österreicher mit ihrer angeborenen Lebenssicherheit und Biegsamkeit nicht vielleicht doch den einzig richtigen und auf der Hand liegenden Verhandlungsweg eingeschlagen haben.

Ein englisches Sprichwort sagt: „In jedem Menschen lebt der Bettler und der König; appelliere deshalb beim anderen immer und in erster Linie an den König.“ Wir glauben, daß sich dieser Versuch auch für die Deutschen lohnen würde.

Die Einheit Deutschlands

Sehr geehrte Herren!

Die Bundesregierung hat eine Schrift herausgegeben „Vom künftigen deutschen Soldaten“. Die Frage: „Warum wieder deutsche Soldaten?“ wird zweifach beantwortet: zwischen den beiden Machtblöcken der Welt müsse das Gleichgewicht der Kräfte hergestellt werden, damit die friedlichen Verhandlungen über die Wiedervereinigung Deutschlands zum gewünschten Erfolge führen. Der westdeutsche Soldat sei das Gewicht, das in die Waagschale der Diplomatie geworfen werden solle, um die Beseitigung der unnatürlichen Spaltung Deutschlands zu beschleunigen. Doch darüber hinaus soll der westdeutsche Soldat die Freiheit und Menschenwürde des Westens schützen.

Aber noch eine dritte Bestimmung hat der „künftige deutsche Soldat“ in der Bundesrepublik: er wird das Sinnbild Gesamtdeutschlands sein. Hierzu bedarf es keiner besonderen Erklärung in der oben angeführten Schrift, denn die Erklärung

gibt der Name selbst. Der künftige Soldat wird nicht als westdeutscher Soldat bezeichnet, wodurch seine Daseinsberechtigung und seine Aufgabe allein auf das westliche Teilstück Deutschlands, die Bundesrepublik, beschränkt sein würde, sondern er wird deutscher Soldat genannt. Der Begriff deutsch aber ist unteilbar, er kann niemals beliebig auf nur westdeutsch, nur mitteldeutsch oder nur ostdeutsch eingeengt werden.

Man konnte nicht gestern sagen: unser Vaterland, das ist Deutschland von der Maas bis an die Memel, und man kann nicht heute sagen: unser Vaterland, das ist die westdeutsche Bundesrepublik bis an die Elbe. Vaterland ist immer und in jedem Falle Gesamtdeutschland, niemals nur ein Teil Deutschlands.

Durch den Zerfall der Siegerfront in die beiden gegensätzlichen Mächtigkeitsgruppen erhielten die beiden Teile Deutschlands eine neue Bedeutung: die östliche Hälfte Deutschlands erschien den Sowjets, die westliche Hälfte den Westmächten als günstiges Vorfeld für etwa eintretende militärische Auseinandersetzungen.

In den Völkern des Westens hat sich die Meinung verbreitet, ein wiedervereinigtes Gesamtdeutschland würde den Westmächten gegenüber weniger freundlich sein als das heutige Westdeutschland. Es ist besser und bequemer, den Deutschen einzureden, daß sie es bei dem augenblicklichen Zustande der Spaltung bewenden lassen und auf eine Wiedervereinigung verzichten sollten. Wir erinnern uns an die Stimmen in England, Holland und Amerika, die zu Beginn dieses Jahres als die beste Möglichkeit der Koexistenz für beide Gruppen in der Welt die endgültige Anerkennung der Demarkationslinie als Grenze des Westens gegen den Osten empfahlen. Natürlich — für den Osten und den Westen wäre es jetzt das Einfachste und Bequemste, sich unter Beibehaltung des gegenwärtigen Zustandes möglichst unauffällig aus der Affäre zu ziehen.

Der Generalstab der Sowjets hat den Plan eines Sieben-Tage-Feldzuges gegen Westdeutschland ausgearbeitet. Er ist entschlossen, den ersten Schritt zu tun und den Krieg mit einem „Überraschungsangriff“ zu beginnen, „wenn uns der Feind zum Kriege zwingen sollte“ oder „wenn der Krieg nicht zu vermeiden ist“. Niemand kennt den Zeitpunkt, zu dem „die Sowjetunion bereit sein wird, einem gegnerischen Überraschungsangriff zuvorzukommen und zuzuschlagen, bevor der Gegner in der Lage ist, seine eigenen Vorbereitungen für den ersten Schlag zu treffen“²⁾.

Der Generalstab der Vereinigten Staaten von Amerika geht von folgenden Erwägungen aus: Die Sowjets verlegen ihren militärischen Schwerpunkt in die Arktis, an die sibirische Küste, um von hier aus den vernichtenden Schlag gegen das amerikanische Festland zu führen. Um sich nicht zu zersplittern, möchten sie in Europa und Asien Rückenfreiheit haben und dort einen neutralen Gürtel schaffen. Dies zu verhindern ist Aufgabe und Ziel der amerikanischen Regierung und ihrer Politik. Die im östlichen Mitteleuropa und in Fernost stehenden sowjetischen Truppen müssen dort gebunden bleiben, um nicht in der Arktis zusammengezogen zu werden. Darum

muß der augenblickliche Zustand in Mitteleuropa, mithin auch die Teilung Deutschlands so lange wie möglich aufrechterhalten werden. — Es würde die logische Fortentwicklung dieser Gedanken sein, daß, da nun einmal nach der Meinung des kanadischen Vizefliegermarschalls Plant der Krieg zwischen Ost und West unvermeidbar ist, möglicherweise in Mitteleuropa Zustände geschaffen werden könnten, durch die sich die Sowjets hier zu ihrem „Überraschungsangriff“ gezwungen sehen könnten.

Für die NATO-Generäle ist der Bundesoldat keineswegs der „deutsche“ Soldat, der symbolisch die Freiheit Gesamtdeutschlands gegen Unterdrückung und Vergewaltigung verteidigt, sondern er ist der westdeutsche Söldner, der westdeutsche Landsknecht, der unter Umständen, die außerhalb der Entschlußfreiheit der Bundesrepublik liegen, an der Elbe in einem Bruderkampf und Bürgerkrieg gegen seinen deutschen Bruder zu kämpfen und zu verbluten hat, während die amerikanischen, britischen und anderen Truppen erst hinter dem Rhein den feindlichen Stoß auffangen würden.

Mit schöner Offenherzigkeit entwirft General Gruenther vom Beginn des kommenden Krieges folgendes Bild: „Falls die Sowjetunion heute angreifen sollte, würden wir sie in einem globalen Krieg zweifellos besiegen. Aber das ist für die Staaten, die anfangs von den Sowjets überrannt würden, natürlich nur ein schwacher Trost. Trotz der großen Fortschritte, die wir in den letzten Jahren gemacht haben, sind unsere NATO-Streitkräfte heute noch nicht stark genug, um einen sowjetischen Generalangriff erfolgreich abwehren zu können“³⁾.

Der Generalstabschef der NATO, General Schuyler, schätzt, daß es „mindestens drei Jahre“ dauern würde, bis eine kampffähige Armee in Westdeutschland aufgestellt ist. Aber er meint: „Sollte aber zum Beispiel innerhalb von zwei Jahren ein Ernstfall eintreten, so werden wir selbstverständlich nicht zögern, auch die noch nicht voll ausgebildeten deutschen Verbände miteinzusetzen.“ Wir Soldaten erinnern uns an das Schicksal der „noch nicht voll ausgebildeten“ Frei-

willigenverbände bei Ypern und Lange-marck im Herbst 1914.

Ohne absonderliche Gemütsbewegung hat der Mann für Mitteldeutschland etwas ganz Auserlesenes im Sinne: Am Tage X will er an der Demarkationslinie einen Höllenwirbel von Atomgeschossen entfachen, um jeden sowjetischen Aufmarsch im sowjetischen Besatzungsgebiet bis zu einer Tiefe von mehreren hundert Kilometern zerschlagen zu können! „Der Zivilbevölkerung können wir nur den Rat geben“, so sagt er, „gefährdete Gebiete rechtzeitig zu evakuieren.“ General Schuyler weiß genau, daß sein Rat keinerlei praktische Bedeutung hat, da die Evakuierung im Kriege gar nicht nach dem freien Ermessen der Zivilbevölkerung durchgeführt wird, sondern von der Armeeführung nach verkehrs- und versorgungstechnischen und militärpolitischen Gesichtspunkten befohlen oder verhindert wird. Die Absicht des Generals kann nichts anderes als die Vernichtung von Hunderttausenden oder gar Millionen unschuldiger Deutscher bezwecken. Wir haben Dresden noch nicht vergessen — dieses aber würde unermeßlich viel grausamer sein.

Ein Krieg zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten von Amerika würde, wenn die Spaltung Deutschlands bestehen bleibt, im Herzen Deutschlands geführt werden und mit der Vernichtung ganz Deutschlands enden. Es wäre ein höchst bedenklicher Irrtum, die sowjetische Armee zu unterschätzen!

Der Soldat der Bundesrepublik aber wäre als Partisane eines Bürger- und Bruderkrieges in einem Wirbel von Blut untergegangen.

Wir haben heute nicht die Freiheit, einfach aufzurüsten und uns gleichzeitig mit der Spaltung unseres Vaterlandes abzufinden! Aufrüstung und Wiedervereinigung müssen gleichzeitig stattfinden.

Wir fordern die Einheit Deutschlands, weil wir nicht wollen, daß

1. durch die Fortdauer der Spaltung des deutschen Volkes das deutsche Volk und seine Regierung eines Tages vor aller Welt in Gegenwart und Zukunft

mit dem Fluch des Bruder- und Bürgerkrieges beladen und mit dem Kainszeichen des Brudermordes gezeichnet werden,

2. eines Tages in einem Bruderkrieg der mitteldeutsche Industriearbeiter gezwungen wird, den Pfälzer Weinbauer zu morden, und der Ruhrkumpel den Mecklenburger Landmann erschießen muß,
3. ganz Deutschland in eine trostlose Wüste rauchender Trümmer verwandelt wird und Millionen unschuldiger deutscher Menschen in Blut und Schrecken untergehen und ihre jahrtausendealte Kultur ausgelöscht wird,
4. das ganze deutsche Volk, soweit es die Katastrophe überlebt, ein einziges großes Kollektiv unfreier Arbeitssklaven wird, worin sie gegen ihr Gewissen und ihre Überzeugung zu unaufrichtigen Heuchlern und charakterlosen Milläfern eines undeutschen Regimes der rücksichtslosen Gewalt umgeformt werden.

Wir weisen den Gedanken eines Kreuzzuges gegen den Bolschewismus weit von uns, weil er unser und unserer Zeit nicht würdig ist. Aber die Wiedervereinigung Deutschlands ist uns eine heilige Sache.

Der Weg zu einem einigen, freien und glücklichen Europa führt nur über ein einiges, freies und glückliches Deutschland.

Karl Siegmars Baron von Galéra

1) Vom künftigen deutschen Soldaten. Gedanken und Planungen der Dienststelle Blank. Verlag Westunion / Offene Worte. Bonn (Juni 1955).

2) Die kasernierte Volkspolizei in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. (Bonn 1955.) Herausgegeben von der Publikationsstelle des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen.

3) Was wird, falls die Russen kommen? Interview mit den Generälen Gruenther und Schuyler in: Revue 1955/25 vom 18. Juni, Seite 14.

DIE IDEOLOGIE VON OST UND WEST

Die politische Ökonomie als Element der Willensbildung im Sowjetsystem

Ein Lehrbuch vom Sieg

Das Lehrbuch der politischen Ökonomie, das im August 1954 in der Sowjetunion veröffentlicht wurde, erschien 1955 in der Sowjetzone Deutschlands in einer Auflage von 300 000 Stück. Zeichnet für die ursprüngliche russische Ausgabe ein Verfasserkollektiv und als Herausgeber das Institut für Ökonomie der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, so wurde die deutsche Ausgabe vom Marx-Engels-Lenin-Stalin-Institut beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands herausgegeben. Von 720 Seiten wird auf etwa einem Drittel die „Produktionsweise“ bis zum Kapitalismus der Gegenwart, auf etwa 100 Seiten der gegenwärtige Kapitalismus behandelt, während die zweite Hälfte des Buches die „sozialistische Produktionsweise“ darstellt und beleuchtet.

Das zehnköpfige sowjetische Verfasserkollektiv, mit einer Spitzengruppe von sechs Mitarbeitern als redaktionellem Ausschuss, umfaßt sowjetische Wirtschaftswissenschaftler, die durch größere Veröffentlichungen, durch Aufsätze in den grundsätzlichen wirtschaftswissenschaftlichen Zeitschriften und z. T. auch durch Leitartikel in der Tagespresse bekannt sind. An erster Stelle wird K. W. Ostrowitjanow genannt, 1946–1953 Direktor des Instituts für Ökonomie der Akademie der Wissenschaften der UdSSR und bis Februar 1954 Hauptredakteur der Zeitschrift „Woprossy Ekonomiki“, seit 1953 Vizepräsident der Akademie der Wissenschaften, seit 1952 auch Mitglied des ZK der KP, Inhaber des Leninordens. Der 63jährige ist seit 1914 Mitglied der Partei, wurde 1916 verhaftet, durch die Februarrevolution befreit und arbeitet nach der Ausbildung im Moskauer Handelsinstitut seit 1922 im Rahmen der wissenschaftlichen Institutionen auf dem Gebiet der Systemanalyse der „kapitalistischen“ und „sozialistischen“ Welt¹⁾. An zweiter Stelle erscheint unter den Verfassern D. T. Schepilow, Chefredakteur der „Prawda“.

Das Institut für Ökonomie der Akademie der Wissenschaften der UdSSR ist die höchste Institution für wirtschaftspolitische und wirtschaftswissenschaftliche Fragen. Die Verfasser haben bei der Fülle des offiziell gesammelten und aufgearbeiteten Materials zweifellos große Möglichkeiten, über jede notwendige und gewünschte Angabe zu verfügen. Ferner sind ihnen alle Methoden wirtschafts- und gesellschaftswissenschaftlicher Analyse aus allen Schulen und Richtungen der Welt bekannt.

Es fehlt auch nicht an der Betonung, daß die politische Ökonomie eine Wissenschaft sei. Eindeutig ist jedoch darin das politische Willenselement. Demnach gibt es heute keine einheitlich neutrale, unparteiische Wissenschaft dieser Art. Es gibt vielmehr nebeneinander eine proletarische, eine bürgerliche und eine kleinbürgerliche politische Ökonomie.

Für die proletarische wird jedoch in Anspruch genommen, daß sie bei aller Parteilichkeit objektiv sei. Der Charakter der Objektivität wird darin gesehen, daß sie die Widersprüche der kapitalistischen Ordnung nicht verschleierte, sondern vielmehr die Interessen der Hauptproduktionskraft in der menschlichen Gesellschaft, der werktätigen Massen, und das heißt in diesem Zeitalter: der „Arbeiterklasse“, vertrete.

Die Aufgabe dieser politischen Ökonomie sei es nun, die Arbeiterklasse mit der Kenntnis der Gesetze der ökonomischen Entwicklung der Gesellschaft auszurüsten und ihr eine klare Perspektive und die feste Überzeugung vom endgültigen Sieg des Kommunismus zu vermitteln (S. 15). Es geht demnach nicht um die wissenschaftliche Analyse der Lage. Es geht hier vielmehr darum, das Bild von der Lage, das die sowjetische Führung zu sehen und zu verbreiten sucht, im einzelnen – und dennoch im Grundsätzlichen bleibend – zu zeichnen.

Auch das Lehrbuch der politischen Ökonomie läßt die gleichen Schlußfolgerungen zu, die Erik Böttcher für die sowjetische Gesellschaftswissenschaft zog: daß sie „gar keine analysierenden Funktionen hat, sondern diese ausschließlich der an der Macht befindlichen Avantgarde des Proletariats, also den

¹⁾ Siehe Grosse Sowjetenzyklopädie. Band 31, S. 337.

Spitzen des Sowjetstaates, obliegen“²⁾. Man könnte bei der „Politischen Ökonomie“ sagen, daß es sich hier um eine populärwissenschaftliche Arbeit handele, wie es selbst in einer tschechischen Kritik betont wird³⁾ — aber wo sind dann die eigentlichen wissenschaftlichen Gesellschafts- und Wirtschaftsanalysen?

Jene tschechische Kritik betont allerdings auch die Aufgabe der politischen Bewusstseinsbildung durch die „Politische Ökonomie“ — darum geht es in der Tat, und zwar bei der gegenwärtigen Lage in zweifachem Sinne und auf einer wesentlich weiteren Basis als bisher. Der Sowjetpatriotismus soll auf diese Weise einen Teil seines Inhalts erhalten, hier gilt es zu stabilisieren, den Glauben herbeizuführen, daß die bisherige Entwicklung im Sinne der Geschichte „richtig“ verlaufen sei und daß der Ablauf dieser „objektiven ökonomischen Gesetze“ auch in Zukunft nur noch durch schöpferische Initiative zu beschleunigen, aber keineswegs zu ändern sei.

Dies gilt für die Sowjetunion selbst und für die Länder des gesamten „sozialistischen“ Lagers (in dem die Sowjetzone Deutschlands im übrigen kaum erwähnt wird!). Dieser Glaube an das Bestehende schließt freilich keineswegs den Willen zur Expansion aus, sondern rechtfertigt ihn im Grunde sogar. In den Ländern der kapitalistischen Welt und im kolonialen Bereich sollen jedoch durch den Glauben an die Richtigkeit der ökonomischen Entwicklung im Sowjetbereich die revolutionären Energien geweckt und entfesselt werden.

Einordnung Stalins

Der Glaube an den Determinismus der Entwicklung steht als unerschütterliches Dogma über allem. Auch im Kampf des sozialistischen und des kapitalistischen Wirtschaftssystems ist der Sieg über den Kapitalismus sicher. „Der Sowjetstaat geht in seiner Außenpolitik von der Möglichkeit des friedlichen Nebeneinanderbestehens der beiden Systeme — des Kapitalismus und des Sozialismus — aus und verfolgt konsequent

die Politik des Friedens zwischen den Völkern“ (S. 305) — das ist eine Folgerung, die sich in diesen Determinismus ohne jede Schwierigkeit einfügt.

Die Grundlagen der politischen Ökonomie des „Marxismus-Leninismus“ sind unverändert Marx, Engels und Lenin, ebenso aber wiederum Stalin. Sein Name findet sich hier nicht mehr im Titel der Lehre selbst, es gibt also nicht mehr den „Marxismus-Leninismus-Stalinismus“, aber: „J. W. Stalin, der große Kampfgefährte und Schüler Lenins, stellte eine Reihe neuer Leitsätze der politischen Ökonomie auf und entwickelte sie weiter, wobei er sich auf die grundlegenden Arbeiten von Marx, Engels und Lenin stützte, die die wahrhaft wissenschaftliche politische Ökonomie geschaffen haben“ (S. 15). So ist auf die Periode nach Stalins Tod, als sein Name zeitweilig kaum genannt wurde, eine neue gefolgt.

Wie es in der Presse schon kurz vor dem Sturz Malenkows (2. 3. 1955) deutlich wurde, ist nun auch hier auf allerhöchster ideologischer Ebene das kollektive Urteil ausgesprochen worden: der politische Praktiker, der auch manche theoretischen Leitsätze weiterentwickelte, der nicht mehr — wie zu seinen Lebzeiten in der Nachkriegszeit — der Mann ist, dessen praktisches und theoretisches dogmatisches Urteil schlechthin für jeden Bereich galt.

Die „Politische Ökonomie“ hat aus Stalins „Grundsätzen des Sozialismus“ in der Tat einiges übernommen, so vor allem seine Betonung der objektiven Gültigkeit der ökonomischen Gesetze, d. h. die Einsicht, daß der Determinismus auch für die gegenwärtige Zeitperiode gelte.

Dereineideologische Führer gilt jetzt nicht mehr, es gibt in der Gegenwart eine Reihe von Geltungsberechtigten, die „Schüler und Kampfgefährten Lenins, der Führer der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und der Kommunistischen und Arbeiterparteien der anderen Länder“ (S. 15). Damit hat man die Folgerung auch aus der Tatsache gezogen, daß es nicht mehr nur einen Kommunismus in einem Lande gibt, sondern neben den europäischen Volksdemokratien vor allem China mit seiner Sonderentwicklung und ferner, hier ungenannt und damit auch nicht kritisiert,

²⁾ Erik Boettcher, Erkenntnis und Dogma in der sowjetischen Krisentheorie. Osteuropa 5. Jahrgang (Heft 2), April 1955.

³⁾ Vladislav Pavlatin, „Plánované Hospodárství“ 1955, Heft 4.

Tito. So offenbart die „Politische Ökonomie“ auch deutlich eine Schwäche der heutigen ideologischen Position Moskaus: es gibt mehrere kommunistische Ideologien und auch bereits mehrere außenpolitische kommunistische Realitäten.

Die Wirklichkeit wird verschwiegen

Sind mit diesen grundsätzlichen Lockerungen der Dogmatik des Einzelherrschers und mit der Anerkennung auch anderer zeitgenössischer Beiträge zum Lehrgebäude gewisse Schritte zur Anpassung an die heutige innerpolitische Verteilung der Kräfte in der Sowjetunion selbst und an die außenpolitische Verteilung der Kräfte innerhalb des Kommunismus vollzogen, so bleibt es in der „Politischen Ökonomie“ aber auch bei dieser einen Konzession an die Wirklichkeit.

In den ausgesprochenen Thesen – um solche handelt es sich und nie und nirgends um Beiträge zu einer Diskussion – ist das Verhältnis zur Wirklichkeit so, wie es einem „Gläubigen“ ansteht: er glaubt, sie ignorieren zu können, wo sie seinem Glauben widerspricht. Dies gilt z. B. für viele Züge, die man der „kapitalistischen Produktionsweise“ zuspricht, für das Verhältnis von agrarischer zu industrieller Sphäre – aber dies sind charakteristische Züge, die für das gesamte Zeitalter des „Industrialismus“ gelten⁴⁾. Die Wirklichkeit der „kapitalistischen“ Umwelt wird ebenso verschwiegen wie die Wirklichkeit der vergangenen geschichtlichen Epochen, schon gar nicht zu sprechen von der Wirklichkeit der Fakten und Begriffe der eigenen Staats- und Gesellschaftsordnung von der untersten bis zur obersten Stufe.

Um Einwände gegen die Darstellung der geschichtlichen Entwicklung abzuwehren, wird die Art der eigenen Begriffsbildung gleich eingangs eindeutig festgelegt: „Bei dieser Methode der Erforschung der Kategorien der politischen Ökonomie wird die logische Erforschung mit der historischen Analyse der gesellschaftlichen Entwicklung verknüpft. Die politische Ökonomie macht sich nicht zur Aufgabe, den historischen Entwicklungsprozeß der Gesellschaft in seiner konkreten Mannigfaltigkeit

zu erforschen. Sie vermittelt die grundlegenden Begriffe von den Grundzügen eines jeden Systems der gesellschaftlichen Wirtschaft“ (S. 13).

Der Begriff der „sozialistischen Sozialisierung“ wird z. B. grundsätzlich gefaßt als ein Industrialisierungsvorgang, der im Gegensatz zu der Industrialisierung der kapitalistischen Welt von der Produktionsmittelindustrie aus einsetzt und in außerordentlich scharfem Tempo vor sich geht. Es ist eine Tatsache, daß die Industrialisierung im 18. und 19. Jahrhundert vorwiegend von der Leichtindustrie her erfolgte, es ist eine weitere Tatsache, daß die Industrialisierung in der Sowjetunion von der Produktionsmittelindustrie her einsetzte und daß das Tempo der Industrialisierung in der Sowjetunion schärfer war als das der bisher industrialisierten Länder.

Es unterbleibt aber auch so gut wie jeder Versuch, diese besonderen Züge der „sozialistischen“ Industrialisierung aus den Gegebenheiten und aus der besonderen historischen Lage zu erklären. Wenn darauf hingewiesen wird, daß das scharfe Tempo durch die Rücksicht auf die kapitalistische Einkreisung bedingt war (S. 386), so wird damit immerhin eine historische Tatsache angeführt. Dieses Zugeständnis ist sozusagen ein Argumentations-Relikt aus dem „Neuen Kurs“, als man den Volksdemokratien glaubte bescheinigen zu müssen, daß sie ihre Industrialisierung verlangsamen dürften, da sie weit weniger bedroht seien als die Sowjetunion in ihrer Anfangsperiode.

Die Tatsache, daß die sowjetische Wirtschaftsführung bei ihrer planmäßigen Industrialisierung die vollentwickelte Technik westlicher Industriestaaten einfach übernehmen und auf diese Weise in kürzester Frist weit mehr erreichen konnte als eine auf eine viel weniger entwickelte Technik gestützte Industrialisierung vor 100 oder 150 Jahren, paßt nicht in das Gesamtbild und wird deshalb verschwiegen.

Eine für die Bevölkerungsentwicklung immerhin recht kurze Entwicklungsperiode von dreieinhalb Jahrzehnten, die zudem noch von einschneidenden äußeren Ereignissen mitbestimmt war, wird für ausreichend gehalten, um daraus Schlußfolgerungen für ein „sozialistisches Bevölkerungsgesetz“ (S. 625) zu ziehen:

⁴⁾ Hans Raupach.

„ständiges und rasches Wachstum der Bevölkerung, hohes Niveau des materiellen Wohlstandes des Volkes, niedriger Krankenstand und niedrige Sterblichkeit der Bevölkerung bei voller und rationeller Beschäftigung seines arbeitsfähigen Teils – das ist das Wesen des sozialistischen Bevölkerungsgesetzes“. Erst eine Einordnung all dieser Behauptungen in eine Vergleichswelt der industriellen Gesellschaft und zugleich in einen langfristigen Rahmen der gesamten Bevölkerungsentwicklung der Gebiete der heutigen Sowjetunion kann die Vorbedingungen für eine Urteilsbildung in dieser außerordentlich komplizierten und komplexen Frage schaffen. Daß das Urteil der „Politischen Ökonomie“ falsch und schon von der Begriffsbildung her völlig unzureichend ist, bedarf überhaupt keiner weiteren Erklärung. Auf die Wirklichkeit braucht die „Politische Ökonomie“ schon aus dem Grunde wenig Rücksicht zu nehmen, weil der normale Sowjetbürger die Wirklichkeit des „kapitalistischen Auslandes“ zu wenig kennt.

Besonders befremdend wirkt unter diesem Gesichtspunkt folgender Satz: „Die sozialistische Planwirtschaft gewährleistet die Schaffung eines einheitlichen Verbundsystems, das die zahlreichen Kraftwerke verschiedener Wirtschaftsgebiete miteinander verbindet – ein Vorhaben, das im Kapitalismus infolge der Herrschaft des Privateigentums und der Anarchie der Produktion nicht zu verwirklichen ist.“ Dieser außerordentlich allgemein gehaltene Satz geht an der Tatsache vorbei, daß geschlossene Verbundnetze in westeuropäischen „kapitalistischen“, stark industrialisierten Staaten bestehen, während in der Sowjetunion die Energienetze der wirtschaftlichen Schwerpunkträume noch ohne Verbindung untereinander sind. Jeder „objektive“ Beobachter der sowjetischen Wirtschaft wird dies der Tatsache zuschreiben, daß dies auf die weite Ausdehnung des Staatsgebietes und die gleichfalls erhebliche Ausdehnung rein agrarischer und schwach besiedelter Räume innerhalb dieses Staatsgebietes zurückzuführen ist. Was für die „sozialistische“ Sowjetunion gilt, gilt übrigens gleichermaßen – und zwar aus den gleichen objektiven Gründen – für die Vereinigten Staaten von Amerika.

Es muß notwendigerweise stets wieder die Krise sein, die das „sozialistische“ Wirtschaftssystem zum Maßstab für die kapitalistische Welt nimmt. Über die Krise handeln drei Kapitel in der „Politischen Ökonomie“. Dem krisengefährdeten kapitalistischen System stets die krisenfreie Wirtschaft des Sozialismus gegenüberzustellen, ist eine seit langem geübte Praxis. Der Mut zur Darstellung der Krisen des „sozialistischen“ Systems, die nicht Krisen der Überproduktion, sondern Krisen des Mangels sind, fehlt im anderen Lager noch immer. Was man erwarten darf, ist im Grunde nur das Dogma, aber kein Beitrag zur Erkenntnis.

Daß in der obersten Stufe der für das eigene System gebrauchten Kategorien die weitesten Abweichungen von der Wirklichkeit vorliegen, ist aus dem Gesamtzusammenhang nur zu verständlich. Wenn im Abschnitt über die „Veränderungen in der Klassenstruktur der Gesellschaft“ (S. 420 bis 424) die These von der Zusammensetzung der sozialistischen Gesellschaft aus den „zwei befreundeten werktätigen Klassen – der Arbeiterklasse und der Bauernschaft – sowie der Intelligenz, die mit allen ihren Wurzeln mit diesen Klassen verbunden ist“, vertreten wird (S. 420), so ist damit immerhin auch ein echter sozialer Umbildungsprozeß genannt, nämlich die Tatsache einer neuen Klassenbildung. Wer wirklich herrscht, wird jedoch auch weiterhin durch die folgenden Sätze verschleiert: „Die Arbeiterklasse in der UdSSR gründet ihre Existenz auf das staatliche Eigentum (Volkseigentum) und auf die sozialistische Arbeit. Sie ist die fortgeschrittenste Klasse der Gesellschaft und die führende Kraft bei deren Entwicklung. Darum liegt in der UdSSR die staatliche Führung der Gesellschaft (die Diktatur) in den Händen der Arbeiterklasse.“

Die Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln – allerdings ein kennzeichnender und stetiger Charakterzug des kommunistischen Systems in Theorie und Praxis – hat die Diktatur in der Tat ermöglicht. Die vorausgegangene revolutionäre Theorie forderte die „Diktatur des Proletariats“. Was die Arbeitermassen unter der Führung der Berufsrevolutionäre noch im Augenblick der revolutionären Aktion

mit einer gewissen Berechtigung glauben mochten, kann unter den heutigen Verhältnissen eines neuen Staatsaufbaus nur noch als traditionell-reaktionäres Requisit marxistischer Ideologie gewertet werden.

Das Ethos der Arbeit

Um die objektiven Gesetze der ökonomischen, d. h. der politisch-ökonomischen, Entwicklung beschleunigen oder durchsetzen zu können, hat der Marxismus das Willens-element eingeführt. Welche menschlichen Kräfte glaubt er freisetzen zu müssen, um sein Ziel zu erreichen? Von der Grundthese aus: „Die Grundlage des Lebens der Gesellschaft ist die materielle Produktion“ (S. 7), gewinnt die Arbeit eine zentrale Stellung im Gesamtsystem. Die Anführung des Zitats von Friedrich Engels, der die Arbeit kennzeichnete, als „die erste Grundbedingung alles menschlichen Lebens, und zwar in solchem Grade, daß wir in gewissem Sinne sagen müssen: sie hat den Menschen selbst geschaffen“ (S. 20 nach Friedrich Engels: „Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen“, siehe Karl Marx und Friedrich Engels, *Ausgewählte Schriften* in zwei Bänden, B. II, S. 71), soll die Bedeutung dieser Kraft für die Entstehung der menschlichen Gesellschaft unterstreichen. Im gleichen Sinne wird die Arbeit aber als die Kraft gewertet, die dem Menschen der gegenwärtigen „sozialistischen Gesellschaft den Weg in die Endphase des Kommunismus freimacht“: Von größter Bedeutung für den Übergang zum Kommunismus ist die kommunistische Erziehung der Werktätigen, ihre Hauptaufgabe besteht darin, einen Menschen zu erziehen, dem die Arbeit zum ersten Lebensbedürfnis wird (S. 640).

Das Ethos der Arbeit ist damit das entscheidendste des Systems, wichtig als Kraft der Werktätigen zur Steigerung und Veränderung der Produktion, in der Tat als zäher willensmäßiger Einsatz der führenden Männer des gegenwärtigen Sowjetsystems jederzeit wirksam.

Dieses Ethos der Arbeit hat seine lange Geschichte in der Ideenwelt des Sozialismus. Georges Sorel hat dafür wohl die schönsten und ansprechendsten Formulierungen gefunden. Das Ethos der Arbeit ist aber ein tragendes, bewahrendes, kein Ethos der Tat mit plötzlichen Entscheidungen. So-

weit es diesen tragenden, bewahrenden Wert hat, ist es für jede Form der menschlichen Gesellschaft unerlässlich.

Freilich ist das Ethos der bolschewistischen Führerschaft nicht nur das Ethos der Arbeit. Der Wille, die Welt umzugestalten, hat noch andere Triebkräfte zu seiner Verwirklichung nötig. Das Ethos der Arbeit, das als tragende Kraft der Gesellschaft die breiten Massen der Werktätigen beleben soll, ist nur zu oft mißbraucht worden. Der Mißbrauch erfolgte freilich keineswegs nur im Antrieb durch die Normen des Sowjetsystems, es kommt darin vielmehr eine der Krisen und Krankheiten des Industrialismus zum Ausdruck.

Die Utopie

Wenn die „Politische Ökonomie“ den Menschen durch die Arbeit in die Endphase des Kommunismus führen will, so tritt hier die Utopie mit aller Macht in Erscheinung. Lange Zeit war es weit stiller geworden um das utopische Versprechen: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“. Jetzt verspricht man seine allmähliche Verwirklichung. Die alte Utopie vom Absterben des Staates darf in diesem Zusammenhang nicht fehlen.

Der Begriff der Arbeit ist dabei ausgenutzt mit der Technik verbunden. So wird schon jetzt praktisch ein „obligatorischer allgemeiner polytechnischer Unterricht“ gefordert (S. 639). Die Arbeiter zu Technikern und Ingenieuren und die Bauern zu Agronomen zu machen, ist das Ziel. So soll der Ausgleich zwischen körperlicher und geistiger Arbeit, zwischen Stadt und Land erfolgen. Der Mensch mit der doppelten oder mehrfachen Berufsausbildung, der in der automatisierten, komplex mechanisierten und chemisierten Produktion souverän schaltet, ist das Zukunftsbild der menschlichen Gestalt, das vor uns tritt, völlig diesseitig, praktisch zur Zeit wohl noch weit vom Ziel, aber weit fortgeschritten auf dem Wege, wenn man an seine Anfänge vor drei bis dreieinhalb Jahrzehnten denkt.

Der Wille zu diesem Ziel ist ebenfalls eine Realität, die auch in der nichtbolschewistischen Welt immer mehr an Raum gewinnt. Was in der „politischen Ökonomie“ geboten wird, ist nur eine Spielart der Ideenwelt des „Industrialismus“.

Was andere Elemente der Utopie anbelangt, so der Überfluß an Verbrauchsgütern, so ist das zweifellos keine Realität! Hier droht vielmehr der Mangel, – und Chruschtschow, dessen energischer Einsatz auf die Überwindung dieses Mangels gerichtet ist, wird typischerweise als einziger Nachstalinist mit einem Zitat bedacht (S. 643).

Das – allerdings nur schwach andeutete – Element der Utopie vom Absterben des Staates geht bei seiner Realisierung allerdings zunächst in weiteren Maßnahmen zur Stärkung der zentralen und totalen Staatsgewalt unter: der kolchosbäuerlichen Existenz wird die „bessere“ der Sowchosen als nächste Stufe klar und eindeutig angekündigt. Der Einfluß der Machtstellung Chruschtschows kommt darin deutlich zum Ausdruck.

Enzyklopädie – Kurzer Kurs – Politische Ökonomie

Über das hinaus, was hier nur angedeutet werden konnte, enthält die „Politische Ökonomie“ manches an Fakten und Begriffen über den gesellschaftlich-wirtschaftlichen Aufbau im engeren und erweiterten Sowjetbereich. Die kritische Lektüre dieser Abschnitte könnte manchem von Nutzen sein. Der Vorteil besteht vor allem darin, daß man erfährt, was eigentlich gewollt ist: nicht so sehr viel Neues, sondern das, was die Sowjetmacht immer wollte.

Allerdings wird diese Zielsetzung sehr weitgehend im Sinne der praktischen Durchführung für die gegenwärtigen Aufgaben skizziert. Das Buch ist demnach eine Willensäußerung, zum Teil eine Darstellung des Verfahrens, wie man dieses Wollen durchzusetzen gedenkt, und zugleich ein Mittel zur politischen Bewußtseinsbildung für alle Anhänger des Sowjetsystems in der Sowjetunion, in allen Teilen des Ostblocks und weit darüber hinaus.

Abgesehen von der Tagespropaganda in dieser oder jener Form ist es die Große Sowjetenzyklopädie, die heute im großen Rahmen an dieser Bewußtseinsbildung mitarbeitet. Die deutsche Übersetzung geschlossener Abschnitte (Großartikel) soll diese Aufgabe in der deutschen Sowjetzone erfüllen⁵⁾.

Vorgänger der „Politischen Ökonomie“ gibt es nur auf Teilgebieten, nicht für das

Ganze. Vorgänger auf dem Teilgebiet der Kritik an der „kapitalistischen“ Welt mit der Herausarbeitung der Überlegenheit des Sowjetsystems sind Vargas verschiedene Analysen des Kapitalismus⁶⁾.

Der Vorgänger im eigentlichen Sinne ist die „Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki)“, der vielzitierte „*Kratkij Kurs*“ (Kurzer Lehrgang), der in deutscher Übersetzung im Verlag der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland, Berlin 1946, auf Grund der vom ZK der KPdSU (B) 1938 gebilligten und der russischen Auflage von 1944 erschien. Hier ist die Periode von 1883 bis 1937 dargestellt, das heißt im Grunde die Zeit von den Ursprüngen bis zur Ausbildung des Bolschewismus als System, kaum einige Jahre über diese Periode hinaus. Hier handelt es sich um die revolutionäre Periode des Bolschewismus. Als die dominierende Figur neben Lenin erscheint Stalin, entsprechend dem Ausgabedatum 1944. Der heroische Kampf und die Durchsetzung der Generallinie gegen die Verräter sind die Grundtöne, die angeschlagen werden. Das unmittelbar auf der Hand Liegende, Dringende, unmittelbar Politische steht im Mittelpunkt der Darstellung.

Die „Politische Ökonomie“ erscheint 16 Jahre später, im Augenblick, als die Sowjetunion nach der Festigung des System trotz Krieg und Nachkriegszeit von der Großmacht zur Weltmacht geworden ist, als es ihr gelungen ist, zusätzlich noch andere Räume als vor dem Krieg in ihren Machtbereich einzubeziehen. In diesem Augenblick gilt es, das Eigene im Zusammenhang mit der geschichtlichen Entwicklung und damit als Bestätigung der Thesen des Marxismus-Leninismus darzustellen, auf dem dunklen Hintergrund des verfallenden Kapitalismus mit der sich seinem Griff immer mehr entziehenden kolonialen Welt, und dabei die näheren und ferneren Ziele jedem erneut ins Gedächtnis zu rufen! Während der „*Kratkij Kurs*“ der Sowjetunion die Leistung der Partei für das Land vor Augen führen wollte, will die „Politische Ökonomie“ in ausführlicher, alle

⁵⁾ Siehe auch Helmut Klocke, Die Sowjetunion, Preußen und Westdeutschland – Geopolitik, Februar 1955.

⁶⁾ Über Varga siehe Osteuropa, Aprilheft 1955. Aufsätze von E. Boettcher und H. Klocke.

Lebensbereiche umfassender Darstellung die Leistung des sowjetischen Systems für die Welt verkünden. In Millionen von Exemplaren gelangt dieses Buch in die Hände der Bewohner des Sowjetbereichs, wird es zur Grundlage jeder Art politischer Schulung.

Helmut Klocke

F. D. Roosevelt

Ein Buch von Prof. Robinson gibt eine ausgezeichnete Zusammenfassung und Erörterung dessen, was wir heute über F. D. Roosevelts Persönlichkeit und Politik wissen, zehn Jahre nach seinem plötzlichen, obwohl erwarteten Tod auf der Höhe seines äußeren Erfolges. Gewiß werden manche noch nicht veröffentlichten persönlichen Aufzeichnungen und vor allem Dokumente aus den Archiven des Gegenspielers in Moskau das Bild in Einzelheiten verändern. Der Verfasser hat die kaum übersehbare Menge von verfügbaren Aufzeichnungen, Dokumenten, Memoiren und Büchern über Roosevelt in jahrelanger Arbeit ausgewertet. Oft ergab sich die Schwierigkeit widersprechender Berichte und Auslegungen und die für den zeitgenössischen Historiker fast unmögliche Aufgabe, *sine ira et studio* zu schreiben.

Der Standpunkt des Verfassers ist der eines besonderen Konservativen, wie er etwa in den besten Köpfen der Republikanischen Partei zutage tritt. Hinter dem Bild Roosevelts steht das des konservativen Staatsmannes Hoover, der, wie betont wird, als der gegebene Führer des Widerstands gegen gewisse radikale oder halbdiktatoriale Tendenzen des zwölfjährigen Regimes durch die Blindheit der eigenen Partei von der ihm zukommenden Rolle ausgeschaltet wurde. Daß das Bild Hoovers oft als Folie zu dem seines Nachfolgers erscheint, erklärt sich neben dem Wunsch, einem großen Amerikaner Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, aus der Tatsache, daß die *Stanford University*, an der Prof. Robinson lehrt, eng mit Hoover verbunden ist.

Als das Ergebnis objektiver Forschung wird das Buch weder die blinden Roosevelt-hasser befriedigen, noch die ebenso blinden Verehrer, die in F. D. R. ein Gegenstück zu den großen Präsidenten der ersten Zeit oder zu Lincoln sehen wol-

len. Ohne unangebrachtes Moralisieren und nachträgliches Besserwissen werden die schwachen Seiten seines Charakters und seiner Politik hervorgehoben, vor allem die Betonung des persönlichen Regimes in seiner Auseinandersetzung mit der Legislative und dem *Supreme Court*, in seiner Schwäche für Weltverbesserer, Radikale, *Labor Leaders* und andere Vertreter des sogenannten Volks; in der Außenpolitik in seiner zwar energischen, aber doch oft durch augenblickliche Eingebungen ohne staatsmännisches Planen für die Zukunft bestimmten Staatsführung bei der politischen und militärischen Auseinandersetzung mit Deutschland und Japan, in seinem Haß gegen den alten Kolonialimperialismus der Briten und der anderen Westmächte und der naiven Verkenntung des von ihm in den Sattel gehobenen revolutionären Imperialismus der zweiköpfigen kommunistischen Weltmacht.

Aber auf der anderen Seite gibt der Verfasser auch das Bild eines ungewöhnlichen Mannes von großer Willenskraft, Verantwortungsbereitschaft und, trotz des wachsenden Widerstandes der führenden Schichten, großer Volkstümlichkeit. Größer als ein Durchschnittspolitiker, ohne die echte Größe des über die augenblickliche Situation hinaus planenden Staatsmanns, ein Mann mehr des Handelns als des Denkens, voll von Einfällen und Ideen, selbstsicher in dem Gefühl, daß in jeder Lage etwas getan werden kann und muß (*„something to be done about“*), ein Meister im persönlichen Kontakt mit den Massen eines Volkes, das zugleich die Schlagworte und Formen der Demokratie und willensstarke Führung wünschte: so wurde und blieb Roosevelt für den Durchschnitt die Verkörperung des amerikanischen Ideals.

So zeigt ihn der Verfasser als das, was Jacob Burckhardt mit seiner unheimlich zutreffenden Vorwegnahme des kommenden Führertyps, damals mit Hinblick auf Bismarck, einen „Vorwoller“ nannte, das amerikanische Gegenstück zu den *„Simplificateurs“* (um einen anderen Burckhardtschen Ausdruck zu gebrauchen), wie sie die weltweite Krise des 20. Jahrhunderts in mannigfachen Abarten hervorgebracht hat.

Prof. Robinson versäumt nicht, die eigentümliche Zwiespältigkeit Roosevelts

hervorzuheben, die sich auch in den starken und schwachen Seiten seiner Politik auswirken sollte: Der aus der Verbindung von Idealismus und Geltungsdrang, wie einst Perikles und die Gracchen, zum Volksführer gewordene Aristokrat, der bei aller scheinbar volksnahen Dynamik von Wort und Haltung im innersten reserviert bleibt; selbst denjenigen, die F. D. R. nahe standen, blieben seine wirklichen Gedanken hinter der oft überbetonten extravertierten Außenseite verborgen.

Seine Tragödie, die zugleich die des ohne Vorbereitung zur Weltherrschaft berufenen amerikanischen Volkes ist, war sein Tod im Augenblick des militärischen Endsiegs, als, wie es der Verfasser mit vielen anderen sieht, ihm der Irrweg seiner russischen wie seiner deutschen Politik klar zu werden begann.

Wie bei jedem auf einen Mann gestellten Regime war der Nachfolger nicht zur Genüge, in diese Politik eingeweiht, um sie auf Grund der letzten Erfahrungen umzubiegen. Wäre USA im Jahr der größten militärischen Macht nicht ein führerloses Schiff gewesen, so wäre das politische Versagen von Casablanca, Teheran und Jalta wenigstens teilweise ausgeglichen worden, und der Wahnsinn von Potsdam und Hiroshima wäre unterblieben. Elbe, Donau und Jalu wären auch nicht vorübergehend Außenposten Moskaus geworden.

Von besonderem Interesse dürften die Ausführungen über Roosevelts Haltung gegenüber der wachsenden Stärke der beiden totalitären Großmächte sein, mit dem Fall Frankreichs und dem deutschen Anfangssieg über die Sowjetunion als Wendepunkten, über die immer noch nicht geklärte Vorgeschichte von Pearl Harbour, über die groteske Verkenntung Stalins und des russischen Imperialismus bei gleichzeitigem Mißtrauen gegen das verbündete Britische Empire Churchills und die daraus folgenden Geheimabmachungen von Jalta, die das vor kurzem noch am Abgrund stehende bolschewikische Reich zum Herrn von Asien und Europa zu machen drohten, alles Fragen, die heute auch in Amerika lebhaft diskutiert werden, nachdem sehr gegen Roosevelts Hoffnungen nicht durch die Utopie der *United Nations*, sondern durch ein neues Gleichgewicht der Kräfte (nicht

zum wenigsten durch die vermutlich als eine größere Bedrohung für die Sowjetunion als für die USA wiedererstandene chinesische Großmacht) eine Art Stabilisierung der Weltverhältnisse eingetreten ist.

Wo sich verschiedene Erklärungsmöglichkeiten von Roosevelts Verhalten ergeben (wie gewöhnlich), ist das Buch objektiv genug, sowohl positive wie negative Beurteilungen anzuführen und dem Leser die Entscheidung zu überlassen. Prof. Robinson hebt auch hervor, daß gerade die heute sich als verkehrt herausstellenden Entscheidungen unter Billigung des Volkes, oft auch eines wesentlichen Teiles der republikanischen Oppositionspartei, und vor allem seiner militärischen Berater (zu denen sein jetziger Nachfolger gehörte) gefällt wurden. Prof. Robinsons Buch sollte als Ergänzung zu Chester Wilmots *„Battle for Europe“* gelesen werden und verdiente baldige Übersetzung ins Deutsche.

Felix M. Wassermann.

Edgar Eugene Robinson, *The Roosevelt Leadership 1933–1945*. Lippincott, Philadelphia 1955. 491 S.

Ist das wahr?

„Zwietracht brauchte ich unter ihnen nicht zu stiften denn die Einigkeit war längst aus ihrer Mitte gewichen; nur meine Netze brauchte ich zu stellen, und sie liefen mir wie scheues Wild selbst hinein. Untereinander haben die Deutschen sich erwürgt und glaubten, dabei redlich ihre Pflicht zu tun.

Leichtgläubiger und törichter ist kein Volk der Erde gewesen. Keine Lüge war so grob ersonnen daß sie ihr nicht in unbegreiflicher Dummheit Glauben beigegeben hätten; keine Schmach ist über sie gekommen, der sie nicht auch eine gute Seite abzugewinnen versucht hätten. Die verblendete Mißgunst, mit der die Deutschen sich befledeten, habe ich zu meinem Vorteil genährt. Immer haben sie mehr Erbitterung gegeneinander als gegen den wahren Feind an den Tag gelegt!“

Napoleon über die Deutschen, niedergeschrieben im Jahre 1814 auf der Insel Elba.

AUF DER SUCHE NACH DER WIRKLICHKEIT IN OST UND WEST

Arthur Koestler

Arthur Koestler ist im Grunde in all seinen Büchern damit beschäftigt, sich selber zu erklären: seine Erlebnisse, seine Versäumnisse, seine Erkenntnisse. Die beiden Bände der Autobiographie geben dazu eigentlich nur einen zusätzlichen Rahmen ab. Aber sie zeigen noch einmal in brillant geschriebenen Einzelkapiteln, daß der Autor des „Spanischen Testaments“ ein ausgezeichnete Erzähler geblieben ist. Das gilt besonders für den zweiten Band, wo etwa die Atmosphäre der KP-Emigration in Paris mit sicheren Strichen akkurat nachgezeichnet, besser gesagt, mit einer merkwürdigen haßliebenden Intensität noch einmal durchlebt wird.

Arthur Koestler berichtet von einem bewegten Schicksal. Tatendrang, Neugier der Buntheit des Lebens gegenüber und das Bedürfnis, intellektuellen Einsichten folgend, dazu mitzuhelfen, daß die Welt geändert wird, sind in ihm eine merkwürdige Synthese eingegangen. Typisch für eine ganze Generation, die eine Zeitlang Aktion an sich mit „Einsatz“ verwechselte, hat er, wie mancher andere, der der dabei rezipierten Ideologien müde wurde – Lawrence, Jünger, Malraux gehören in die gleiche Kategorie – im „Nach“-Denken seiner Position begonnen, sich und andern Fragen zu stellen.

Die beiden Bände sind nicht aufeinander abgestimmt. Auch in sich sind sie erstaunlich uneinheitlich, sowohl stilistisch wie in der inhaltlichen Konzentration. Die Überblendung zwischen den aus der Erinnerung rekonstruierten Reaktionen aus der Berichtszeit und heute daraus gezogenen Einsichten – mit all ihren psychologisch-tagespolitischen Folgerungen – gibt manchen Kapiteln einen schattenhaften Charakter.

An diesen Stellen wird man den Eindruck nicht los, daß der Verfasser sich etwas zu krampfhaft Mühe gibt, sein „Gestern“ aus dem „Heute“ zu legitimieren.

In Wirklichkeit wird das Gegenteil deutlich: gerade wer mit so einem naiven Glau-

ben, wie das Koestler tat, sich damals zeitweise mit der KP, dem Zionismus oder auch der Psychoanalyse identifizierte, hat sich damit das Recht erworben, nachdem der Enthusiasmus mit der Realität konfrontiert wurde, Kritik zu üben, sich zu distanzieren, – Aussagen darüber zu machen, die „wahr“ sind. Koestler ist nicht ohne Eitelkeit – das kommt in der Autobiographie durchaus gelegentlich zum Vorschein –; dennoch ist er, auf der andern Seite unbedingt ehrlich. Aber er ist auf eine sehr komplizierte Weise ehrlich¹⁾.

Im Vertrauen auf intuitive Reaktionen durch Erfahrungen verletzt, sucht er ständig nach „wissenschaftlichen“, „psychologisch-logischen“ Erklärungen für Dinge, die er tat oder die ihm zustießen; was dazu führt, daß die Unmittelbarkeit seiner Darstellung gelegentlich darunter leidet, vor allem da, wo er plötzlich Zitate aus seinen später erschienenen Büchern im Wortlaut einführt, um deutlich zu machen, was irgend etwas bedeutet hat.

Die rein erzählerisch bestgelungenen Stücke sind die „journalistischen“ (das Loblied, das er den Pariser Freudenhäusern singt, ist klassisches Feuilleton!). Wenn er von der Nordpolfahrt des Zeppelin, seiner Audienz bei König Feisal, seinem Hungerleben in Palästina erzählt oder auch davon, wie er durch einen pfiffigen Onkel dazu gebracht wurde, Sex-Aufklärungsbücher zu schreiben, spürt man noch nachträglich, wie der Autor all dies nicht nur erlebenswert, sondern vor allen Dingen auch – berichtenswert gefunden hat. Und er hat es – und andere Erlebnisse ähnlicher Art – ausgezeichnet berichtet.

Aber Arthur Koestler ist ja schließlich nicht als Journalist, sondern als Zeitkritiker bekannt geworden, als einer derer, die sich inmitten der Inflation der Ideologien und der damit verbundenen Ideologiedäm-

¹⁾ Zum Unterschied z. B. von George Grosz „Ein kleines Ja und ein großes Nein“ (Rowohlt/Hamburg), wo jemand einfach erzählt, daß er eigentlich nie an das geglaubt hat, was er in der linken Bewegung einst mitverkündete, und froh ist, jetzt endlich sich selber zu gehören.

merung um einen neuen Standort des Intellektuellen in unserer Zeit bemühen.

Und hier erweist Koestler sich auch in den Memoirenbänden als der unbestechliche Deuter aller durch das Medium eigener Erfahrungen in sein Blickfeld gerückten Ausschnitte der politischen Topographie. Seine Erlebnisse am Rande der KP und dann innerhalb ihres schriftstellerischen Sektors, später in der Exils-KP und im Spanischen Bürgerkrieg, schildert mit ebensoviel Temperament wie Sachlichkeit (es fehlt völlig jene denunziatorische Note, die die Bücher vieler Exkommunisten so unerfreulich macht!) geben den Hintergrund für eine wichtige Erkenntnis ab, nämlich die: es gab eine Zeit, zwischen der Oktoberrevolution und dem Stalin-Hitler-Pakt, in der nicht die schlechtesten Söhne des in seinen Werten unsicher gewordenen Bürgertums zum Kommunismus gingen, weil sie als Ablösung einer in allen Fugen krachenden Sozialordnung von dorthier das „ganz Andere“ erhofften. Koestler zeigt das nicht in Form einer Analyse, sondern vor allem am lebendigen Beispiel vieler seiner damaligen Kampfgenossen: Sich deutlich von ihren Hoffnungen und Scheinideologien distanzierend, scheut er sich keineswegs, mehr als einmal ihre menschlichen Qualitäten positiv herauszustellen.

Es gehört zu den Merkwürdigkeiten unserer Tage, wie er und viele andere Linksaktivisten völlig blind dabei auf der andern Seite gegenüber der Tatsache sind, daß für viele Nationalsozialisten, vor allem der Kampfzeit, das gleiche gilt: auch sie verließen die „anständigen“ Parteien, weil sich ihnen nur in einer wirklich etwas „Neues“ verkündenden militanten Bewegung ein Ausweg aus der Krise zu bieten schien.

Überall da, wo Arthur Koestler als Person beteiligt war, gewinnt er, manchmal schneller, manchmal langsamer, ein konkretes Bild von dem, was sich dort abspielt, und durchschaut Illusionen, Lügen und ideologische Überholtheit. Da, wo er von außen urteilt, gestattet er sich gelegentlich unerlaubt naive Verallgemeinerungen: was er aus der Zeit der Weimarer Republik über das Versagen der Sozialdemokraten oder über den Charakter des Nationalsozialismus aussagt, klappert, nur wenig rektifiziert, im

Jargon der alten KP-Propaganda daher... „Das Ganze“ in richtiger Perspektive zu sehen, scheint nur noch wenigen gegeben.

Aber Arthur Koestler ist eins gegeben – und das allein würde ihn als Zeitkritiker legitimieren –: er weiß, in dem ihm zugänglichen Erfahrungsbereich, zu unterscheiden zwischen privaten und symptomatischen Erlebnisreihen.

Tagebücher und Autobiographien gehören heute zu den für das Verständnis der Zeit wichtigsten Büchern. Auch da, wo sie anscheinend nur etwas über den Verfasser als Person aussagen²⁾. Da, wo sie stellvertretend gleichzeitig z. B. artikulieren, was der vom Aktivismus desillusionierten Zwischen-generation an gemeinsamer Erfahrung zuteil wurde, werden sie echte politische Dokumente.

Die autobiographischen Romane Koestlers haben das eigentlich schon erwiesen; die – partielle – Lebensgeschichte des Autors gibt ihnen zusätzliches Gewicht. Wer nicht an „Fakten“ im heutigen politischen Kräftespiel interessiert ist, sondern auch an der Atmosphäre, in der sie jeweils geboren werden, wird sie recht nachdenklich lesen.

Karl O. Paetel

Arthur Koestler: „Arrow in the Blue. An Autobiography“, The MacMillan Company, New York 1952; „The Invisible Writing“. Being the second volume of Arrow in the Blue. An Autobiography. New York, The MacMillan Co. 1954. Auf Deutsch: „Der Pfeil ins Blaue“, Desch Verlag, München 1953; in Vorbereitung: „Die unsichtbare Schrift“, desgl. 1955.

Nadolnys Beitrag

Nadolny wollte die Schilderung seiner Jugend unterlassen, weil er mit ihr keinen nennenswerten Beitrag zu den allgemeinen Entwicklungen geleistet hätte. Für uns liegt aber in ihr ein wertvoller Beitrag für die Kenntnis dieses seltenen Mannes. Wertvoller allerdings ist uns seine weitere Lebensleistung. Er stellt sie ganz anders dar als die meisten Staatsmänner und Diplomaten. Seine Aufzeichnungen sind von einer

²⁾ Das gilt u. a. selbst für Bücher wie Hans Habes „Ich stelle mich“ (Verlag Kurt Desch/München), wo im Spiegelbild eines exhibitionistisch Bekenntnisse ablegenden Einzelnen für den, der zwischen den Zeilen liest, viel Allgemeingültiges an Selbstentlarvung hervorlugt.

beispielhaften, nie gebotenen Einfachheit und Kürze. Dabei gibt es kein Memoirenwerk, sicher keines von 180 Seiten, das so viele Tatsachen enthielte wie dieses. Sie werden von einem Manne aufgeführt, dem der persönliche und amtliche Verkehr mit Menschen höchstes Bedürfnis und naturgegebener Beruf war. Nadolny war der große Praktiker in Dienst und Leben, und deshalb konnte er ein Haus so gut verwalten wie eine Behörde, staatliche höchste Belange wie einen Gutsbetrieb. Dazu war er imstande, weil er von früher Jugend, schon von seiner Studentenzeit her, geneigt und bestebst war, politisch, später außenpolitisch zu denken.

Er, der Bauernsohn, tat dies in einer Weise, wie sie nur in den seit Generationen in der Diplomatie tätigen hochadeligen Geschlechtern gelegentlich vorkam: alle Ereignisse des Tages und der Zeit unmittelbar politisch umzudenken und in eine allgemeine Planung – man würde heute sagen Konzeption – einzusetzen. Das geschah nicht in der Art der *simplificateurs*, sondern aus der natürlichen Begabung, durch schwierige Verhältnisse hindurchzusehen und sie mit der Geradheit seines Sinnes klar zu entwickeln. Man lese hierzu nur Nadolnys Würdigung der sowjetischen Entwicklungen und ihrer Ergebnisse. Gerade für den Augenblick haben sie höchste Geltung. Sie zeigen, daß bei mancher persönlicher Befangenheit sein Blick für das Wesen der Dinge völlig ungetrübt war und er sie deswegen mit einer beinahe seherischen Begabung erfassen konnte. Beruhen konnte sie nur auf äußerster Gewissenhaftigkeit und Wahrhaftigkeit. Beide Eigenschaften haben ihm denn auch großes Vertrauen und viele Freunde in allen Schichten und bei den Berufsgenossen der verschiedensten Nationen eingetragen.

Die Kürze der Lebenserinnerungen war bei der Fülle der berührten Themen und angeführten Tatsachen eines bewegten Lebens nur dadurch möglich, daß er mit den denkbar knappsten Strichen zeichnete und sich für besondere Lagen der unmittelbaren Wiedergabe einzelner Aussprüche bediente. Klassisch ist die Kennzeichnung einzelner Gesellschaften, so einmal der russischer Offiziere: „Erst sprachen wir alle russisch, dann sprachen wir alle deutsch“.

Wenn man wiederum die Instruktionen liest, die Nadolny für seinen Moskauer Posten mitbekam, die Art, wie er sie ausführte, wie er überhaupt seine Stellung verantwortungsbewußt auffaßte, so wird man angesichts dieses und der letzten Beiträge des zu früh Verschiedenen nur immer wieder sagen: Warum wurden diese uns von Gott geschenkten Fähigkeiten eines solchen Mannes für den Wiederaufbau des Auswärtigen Amtes und für die Einleitung einer wirklich starken, aufrechten, eigenen Politik der Sowjetunion gegenüber nicht genutzt?

Noch bieten sich uns wieder Möglichkeiten. Deshalb kommt der Bericht über die lebende Arbeit eines Verstorbenen gerade zurecht.

W. O. v. Hentig

Ernst Jüngers Schleife

Ein für jeden Freund des Jüngerschen Werkes interessantes Buch wurde zum 60. Geburtstag des Dichters von seinem ehemaligen Sekretär herausgegeben. Dr. Armin Mohler ist ein ausgezeichnete „Eckermann“. Die ihm von Ernst Jünger druckfertig übergebenen Privatbriefe, Dokumente, Auszüge aus vergriffenen Schriften usw. hat er mit leider in gehobenem Schweizerdeutsch geschriebenen Überleitungskapiteln geschickt angeordnet, so daß ein zusammenhängendes Bild der bisher weniger bekannten Lebensabschnitte des Dichters entsteht. Aufschlußreich ist auch der dritte Abschnitt, wo der Herausgeber sich mehrfach „in die Rolle Jüngers versetzt“ und als „Cerberus“ des Meisters sich – nicht sonderlich taktvoll – über Leser, Besucher, Briefschreiber und ihm komisch vorkommende Freunde Jüngers lustig macht. Die „*Bibliographie raisonnée*“ ist mehr eine „*Bibliographie militante*“. Sie enthält neben den Veröffentlichungen Jüngers selbst fast nur dem Herausgeber persönlich sympathische Autoren. Obwohl kenntnisreich, sind die Kommentare überhaupt teilweise unerträglich präntiös. Das Buch wird für eine spätere ernsthafte Darstellung dennoch eine wertvolle Fundgrube und sehr nützlich sein.

Karl O. Paetel

„Die Schleife. Dokumente zum Weg von Ernst Jünger“, zusammengestellt von Armin Mohler. Im Verlag der Arche, Zürich 1955, 153 (3) S.

Die währungspolitische Überwindung des Regionalismus

Von der EZU zum Europäischen Währungsabkommen

Mit der am 5. August 1955 vollzogenen Unterzeichnung des neuen „Europäischen Währungsabkommens“ durch die Mitglieder des Europäischen Wirtschaftsrates (OEEC) in Paris können die zwischenstaatlichen Vorbereitungen des Übergangs zur Konvertierbarkeit der Währungen nunmehr im wesentlichen als abgeschlossen gelten.

Das neue Währungsabkommen beendet Unklarheiten

Die vorher bestehende Unklarheit über die Art der künftigen Währungsneuordnung hatte nicht nur lähmend auf die Entschlüsse der Regierungen gewirkt, sondern verschiedentlich auch Spekulationen hinsichtlich der politischen Konsequenzen eines solchen Schritts begünstigt. Besonders war die Befürchtung geäußert worden, daß der erreichte Grad wirtschaftlicher Zusammenarbeit in Europa, sei es im Rahmen der OEEC oder dem der Montanunion, im Zeitpunkt der Konvertierbarkeit dadurch in Frage gestellt würde, daß in Europa eine währungspolitische Blockbildung ähnlich der der dreißiger Jahre (Goldblock, Sterlingblock) oder eine Frontenstellung zwischen Ländern mit konvertierbarer und solcher mit nichtkonvertierbarer Währung Platz greifen könnte, eine Sorge, die nach den Erfahrungen der Vergangenheit durchaus nicht unbegründet war. Eine solche Entwicklung hätte in der Tat zahlreiche Ergebnisse der europäischen Integrationspolitik in Frage gestellt.

Das gilt besonders für die weitgehende Beseitigung der handelspolitischen Diskriminierung der europäischen Länder untereinander im Rahmen der Liberalisierungspolitik der OEEC, die wohl als eines der wichtigsten Merkmale der fortschreitenden europäischen Integration angesehen werden darf. Da dieses Ergebnis nur auf der Grundlage eines multilateralen europäischen Zahlungssystems, und zwar dem der Europäischen Zahlungsunion (EZU), möglich gewesen war, lag es immerhin nahe, dem unilateralen Übergang zur Konvertierbarkeit durch einige europäische Länder und der damit zwangsläufig einhergehenden Auflösung der EZU mit einigem Argwohn entgegenzusehen.

Aus diesem Grund waren in den Diskussionen der letzten Jahre über die Form und die Modalitäten des Übergangs zur Konvertierbarkeit zwei Richtungen festzustellen: eine von Frankreich unterstützte „statische“ Richtung, die eine über den Rahmen der EZU hinausgehende Transferierbarkeit der europäischen Währungen, und zwar sowohl in materieller als auch in regionaler Hinsicht, für die nächste Zeit als entbehrlich betrachtete, und eine dynamischere Richtung – vertreten insbesondere von Großbritannien und einigen kontinentalen Gläubigerländern wie Westdeutschland, Belgien und den Niederlanden –, die, aufbauend auf den Erfolgen der EZU, einen schrittweisen Abbau aller devisenpolitischen Hemmnisse für den Außenhandel befürwortete, und zwar unter Durchbrechung des in der EZU wenn auch nicht konsequent verankerten Prinzips des währungspolitischen Regionalismus. Zwar bestanden auch innerhalb der zweitgenannten Gruppe starke Auffassungsunterschiede hin-

sichtlich der Methode, dennoch ließ sich vereinfachend zwischen einer mehr regional orientierten und einer mehr „weltoffenen“ Richtung hinsichtlich der Konvertierbarkeitsbestrebungen unterscheiden.

Die grundsätzliche Konzeption bleibt, die Modalitäten ändern sich

Um das in dem neuen „Europäischen Währungsabkommen“ vorliegende Ergebnis dieser langdauernden Beratungen beurteilen zu können, ist zunächst eine kurze Darstellung seiner Ziele und seines praktischen Funktionierens notwendig. Seine Ziele sind im wesentlichen eine Bestätigung der bereits in der Konvention des Europäischen Wirtschaftsrates von 1948 und dem späteren Abkommen über die Gründung der EZU verankerten Grundsätze, nämlich einen hohen und stabilen Stand der europäischen Handelsliberalisierung und der Beschäftigung zu gewährleisten und gleichzeitig die Rückkehr zu einem multilateralen Welthandel und der freien Austauschbarkeit der Währungen zu erleichtern.

Es liegt nahe, daß die europäischen Länder sich zur Verwirklichung dieser heute bereits sehr viel näher gerückten Ziele in Zukunft anderer Methoden bedienen werden als etwa im Jahre 1950. Die Konzeption aber ist der bisherigen sehr ähnlich: zwar steht es fest, daß die EZU im Zeitpunkt des Übergangs einiger europäischer Länder zur Konvertierbarkeit beendet wird; ihre wichtigsten Funktionen aber sind in dem neuen „Europäischen Währungsabkommen“ mit gewissen Anpassungen wiederzufinden.

Bekanntlich hat die EZU zwei Aufgaben: die eine ist die eines Clearing-Hauses für die europäischen Währungen, in dem die Mitgliedsländer ihre monatlichen Salden gegenseitig verrechnen, so daß jedes Land nur eine einzige Zahlungsbilanz gegenüber der Gesamtheit seiner übrigen Partner hat, und die andere ist die von ihr bewirkte gegenseitige Kredithilfe, indem die Mitgliedsländer jeweils nur einen Teil ihrer in der monatlichen Abrechnung entstehenden Salden in bar, d. h. in Gold oder Dollar, auszugleichen haben und für den Rest einen automatischen Kredit in Anspruch nehmen können oder der EZU zu gewähren haben. Dieses sogenannte Gold-Kredit-Verhältnis stellte sich ursprünglich auf 40 : 60 und im letzten Geschäftsjahr auf 50 : 50. Auf Grund der jüngsten Beschlüsse des Ministerrates der OEEC sind im Geschäftsjahr 1955/56 nunmehr bereits 75% der monatlichen Nettosalden in Gold auszugleichen, d. h. im Zuge der fortschreitenden Härtung der EZU ist das automatische Kreditelement immer mehr zurückgetreten, und die Zahlungsmodalitäten der EZU haben sich bereits weitgehend den bei Konvertierbarkeit geltenden Bedingungen, nämlich einer hundertprozentigen Barzahlung, angenähert.

Auch das neue „Europäische Währungsabkommen“ verzichtet nicht auf diese beiden Elemente der bisherigen währungspolitischen Zusammenarbeit im Rahmen der EZU: es sieht sowohl eine multilaterale Abrechnung zwischen den Notenbanken wie auch eine Kredithilfe für Länder in akuten Zahlungsschwierigkeiten vor.

Dennoch besteht ein wichtiger Unterschied insofern, als der Spitzenausgleich künftig zu 100% in Dollarzahlungen erfolgen wird und als sein freiwilliger Charakter gewährleistet, daß dieser Zahlungsausgleich mehr eine Garantie als ein Ersatz für das freie Spiel der Devisenmärkte darstellt. Diese Funktion wird es besonders dadurch erfüllen können, daß es den Mitgliedern klar umrissene Verpflichtungen hinsichtlich

ihrer Wechselkurspolitik vorschreibt, was um so notwendiger ist, als mit dem Übergang zur Konvertierbarkeit einige Länder ihre Kurse innerhalb gewisser Grenzen schwanken lassen werden. Eine multilaterale Zwischenkreditgewährung innerhalb der monatlichen Abrechnungsperioden soll überdies die Devisenreserven der Zentralbanken bei Stützungsoperationen zugunsten ihrer Währungen auf den Devisenmärkten entlasten.

Die Kreditgewährung an zahlungsschwache Länder wird im Rahmen des neuen Abkommens einem „Europäischen Fonds“ übertragen, der im Gegensatz zur EZU keine automatischen, sondern nur *ad hoc*-Kredite auf Antrag des kreditnehmenden Landes gewährt. Diese Kredite sollen nur für den Ausgleich kurzfristiger Zahlungsbilanzstörungen bestimmt sein und eine Laufzeit von höchstens zwei Jahren haben. Das hierfür notwendige Kapital des Europäischen Fonds wird sich auf 600 Millionen Dollar belaufen und sich zu einem Teil aus dem Restkapital der EZU, zum anderen aus Beiträgen der Mitgliedsländer zusammensetzen. Beitragszahlungen und Kreditgewährungen werden in Gold erfolgen.

Europa in der multilateralen Weltwirtschaft

Diese Beschreibung gestattet bereits einige Schlußfolgerungen: unbestreitbar ist es ein europäisches Währungsabkommen; es schafft einen europäischen Fonds, und es wurde unterzeichnet von den Mitgliedern des europäischen Wirtschaftsrates.

Gleichwohl werden die tatsächlichen Zahlungen im Rahmen der multilateralen Abrechnung in einer nichteuropäischen Währung, dem Dollar, geleistet, und die Bücher des Agenten, der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel, werden zwar in „Rechnungseinheiten“ geführt, deren Goldgehalt aber mit dem Dollar identisch ist. Man mag einwenden, daß dies in vieler Hinsicht auch für die EZU zutrifft, die heute zwar kein in sich geschlossenes, wohl aber ihrer ursprünglichen Konzeption nach ein regionales europäisches Zahlungssystem ist. Hatte aber bereits die ständige Erhöhung des Goldausgleichs in der EZU die Tür zur nichteuropäischen Außenwelt mehr und mehr geöffnet, so wird die künftige Konvertierbarkeit vollends „unteilbar“ sein: eine Unterscheidung nach Währungsräumen wird von dem Zeitpunkt an gegenstandslos, in dem jede Forderung gegenüber einem europäischen Land in gleichem Maße eine Gold- oder Dollarforderung ist wie ein Guthaben in den USA und in dem die internationale Devisenarbitrage ihre Kursausgleichsoperationen genau so unbehindert über den New Yorker Markt durchführen kann wie bisher über die europäischen Bankplätze.

Die Überwindung des Regionalismus wird noch deutlicher, wenn man sich die handelspolitischen Konsequenzen des oben Gesagten verdeutlicht: wenn jede Exportforderung und jede Importverbindlichkeit, gleichgültig welchen Ursprungs, ein Dollarguthaben oder eine Dollarschuld ist, entfällt damit jeder — währungspolitische — Anreiz zur präferentiellen Behandlung einzelner Auslandsmärkte, kurz: zur Diskriminierung. Auch dies ist kein absolutes Novum — schon seit einiger Zeit ging neben der „Härtung“ der EZU (im Sinne einer Erhöhung des Goldausgleichs der „Nettopositionen“) die Liberalisierung von Bezügen aus dem Dollarraum einher.

Man mag geltend machen, daß dies alles mehr eine Folge der Konvertierbarkeit an sich als ein Verdienst des neuen Währungsabkommens ist. Dies ist nur teilweise richtig: Wie wir zu zeigen versuchten, ist es ein Merkmal des neuen Systems, daß es alle europäischen Länder gleichzeitig zu einer „Mindestkonvertierbarkeit“ und damit zu einem gleichgerichteten Vorgehen verpflichtet, was gerade handelspolitisch von weitreichender Bedeutung ist. Daher macht das neue Abkommen auch seine Kredithilfen nicht mehr von dem Ergebnis einer regionalen Zahlungsentwicklung abhängig, und die im Rahmen dieses Abrechnungssystems getätigten Umsätze sind in keiner Weise mehr Ausdruck der Entwicklung einer regionalen — europäischen — Zahlungsbilanz. Mit anderen Worten: das neue Währungsabkommen toleriert nicht nur die bereits im Fortschreiten begriffene Abkehr vom währungspolitischen Regionalismus, sondern fördert diese Entwicklung mit Hilfeleistungen verschiedener Art.

Diese Feststellung beantwortet auch die naheliegende Frage, wozu es denn überhaupt noch eines europäischen Abkommens und europäischer Einrichtungen bedarf, wenn das Ziel doch die regionale „Unteilbarkeit“ der Konvertierbarkeit ist. Nach einer in der Wiederaufbauperiode unvermeidbaren währungspolitischen Abschießung (Dollarlücke!) soll der Übergang zur freien und weltweiten Eintauschbarkeit der Währungen jetzt den Übergang zu einem freien und multilateralen Welthandel erleichtern.

Abkehr vom Regionalismus bedeutet nicht — und hierin liegt der Kompromiß zwischen der eingangs erwähnten statischen und der dynamischen Richtung — einen Verzicht auf die enge Zusammenarbeit und das Zusammengehen der gleichgesinnten und mehr oder minder gleich entwickelten Industrieländer Europas. Auch auf währungspolischem Gebiet dürfte sich die entschlossene Zusammenarbeit Europas für die Einheitlichkeit der westlichen Welt nicht als nachteilig, sondern als förderlich erweisen.

KARL ERDMANN

Südasiens als Wirtschaftsmacht

Wenn man mit der Bezeichnung „Südasiens“ die Länder Pakistan, Indien, Ceylon, Burma, Malaya mit Singapur, Thailand, Vietnam, Indonesien und die Philippinen (um die kleineren nicht zu erwähnen) umfassen will, so hat man es mit einem Gebiet zu tun, das etwa doppelt so groß wie Europa (ohne die Sowjetunion) und reichlich halb so groß wie Südamerika ist, dabei mit seinen etwa 625 Millionen Menschen noch nicht ganz doppelt so viel Bewohner wie Europa (ohne die Sowjetunion), hingegen bereits fünfmal soviel Bewohner wie Südamerika hat. Es gehört damit, wirtschaftlich gesehen, zum wohl interessantesten und zukunftsreichsten Teil der Erde. Das kann im einzelnen aus folgenden weiteren gemeinsamen Merkmalen bestätigt werden:

1. Das Gebiet verfügt über fast alle notwendigen Rohstoffe und Nahrungsmittel, zum Teil im Überfluß. Wo es zur Zeit noch an Ernährungsgütern und Energien fehlt,

werden ausreichend vorhandene Wassermengen nach Ausbau von Bewässerungs- und Kraftanlagen künftig diese Lücke ausfüllen.

2. Durch Anlehnung an sichere Währungen haben diese Länder bisher die Krisen der Nachkriegszeit ohne Schwankungen und wesentliche Schwierigkeiten überstanden. Staaten und Firmen, die zu ihnen in dieser Zeit feste Wirtschaftsbeziehungen angeknüpft haben, erlebten allgemein keine Rückschläge und können getroster als in irgendeinem anderen Teil der Welt in die Zukunft blicken.
3. Auch brauchen diese Partner im ganzen nicht zu fürchten, daß sie von politisch mächtigeren Nachbarn der genannten Länder eines Tages wirtschaftlich abgedrängt werden, jedenfalls so lange nicht, wie sich die Welt im politischen Gleichgewicht der Nachkriegszeit hält. Denn diese Länder entwickeln, kaum daß sie ihre Unabhängigkeit von den Kolonialmächten erlangt haben, eine Selbständigkeit, die zum mindesten einige von ihnen heute bereits als ausgleichende Macht zwischen den politischen Fronten wirksam sein läßt, ihnen aber verbietet, sich erneut in die wirtschaftliche Abhängigkeit ihrer früheren Mutterländer zu begeben oder diese durch einen entsprechenden Einfluß Amerikas oder Rußlands ablösen zu lassen.
4. Diese Länder bilden weiterhin die stärkste Gruppe unter den sogenannten unterentwickelten Gebieten. Vergleicht man sie mit den „unterentwickelten“ Gebieten des Vorderen oder Mittleren Orients, Afrikas oder Südamerikas, so fällt einem auf, daß sie, erst nach dem Zweiten Weltkrieg selbständig geworden, in den kurzen Jahren Leistungen erbracht haben, mit denen sie die anderen, sehr viel älteren weniger entwickelten Länder rasch überflügelten. Dieser Vorgang zeugt davon, daß jene Völker über geistige und technische Fähigkeiten verfügen, die erst jetzt bei voller Freiheit sich ganz zu entfalten beginnen und für die Zukunft viel erwarten lassen.
5. Werden diese Länder auf dem Gebiet von Technik und Wirtschaft auch noch einiges in Europa und Nordamerika zu lernen haben, so sind sie diesen in einem Punkt zweifellos überlegen: ihrem Charakter und ihren Religionen nach, so sehr diese sich in manchem voneinander unterscheiden, ruhen sie in einer Weise im Seelisch-Geistigen, daß sie weniger Gefahr laufen, dem Materialismus und der Technisierung zu verfallen, was zwar ein starkes Hindernis für die schnelle Industrialisierung, aber auf lange Sicht ein Schutz gegen Auflösung und ein Bollwerk zur Erhaltung der Substanz ist.

Alle genannten Merkmale, Gebietsgröße, Bevölkerungszahl, Rohstoffreichtum, Währungsstabilität, Unabhängigkeit, Entwicklungsvermögen und geistige Kraft, begünstigen die Länder Südasiens in einer Weise, die sie als ideale Partner der Bundesrepublik erscheinen läßt. Denn die Bundesrepublik ihrerseits sucht Absatzmärkte und Bezugsquellen, die ihrer Wirtschaftsgröße und ihrem Wirtschaftspotential entsprechen, Raum bieten, wachsenden Lebensstandard zeigen, der Konkurrenz weitgehend freien Zutritt lassen und mit gewissen Abstufungen wirtschaftlich sicher und politisch unabhängig sind. Die Länder Südasiens wiederum suchen Partner, von denen sie viel lernen können, ohne politische Aspirationen von ihnen fürchten zu müssen. Dieses alles sollten diejenigen, die sich um den Export nach Südasiens bemühen, mehr als bisher überlegen und danach handeln.

Subkontinente

Reich, Großraum, Subkontinent, Erdteil

Für eine bestimmte Kategorie von Staaten gebrauchen wir häufig die Bezeichnung „Reich“: so Frankreich, Deutsches Reich, das frühere Habsburger Reich, das Osmanische Reich, das Persische Reich. Wir haben dabei die Vorstellung einer historisch gewachsenen, geographisch einfach definierbaren Einheit von einer gewissen Machtfülle, die volksmäßig, kulturell und wirtschaftlich verhältnismäßig einheitlich ist und sich von ihren Nachbargebieten deutlich unterscheidet. Es schwebt in dem Begriff eine bestimmte Größenvorstellung mit, von etwa 400 000 bis 1 Million Quadratkilometer Landfläche und etwa 40 bis 80 Millionen Einwohnern.

Für ein einheitliches Gebiet von ähnlicher Größe, an dem jedoch mehrere Staaten teilhaben oder das ein Teilgebiet eines sehr großen Staates ist, hat sich die Bezeichnung „Großraum“ eingebürgert (beispielsweise „der Balkan“ oder Nordostbrasilien).

Auf höherer Stufe haben wir dann die konventionelle Gliederung der Erde in „Erdteile“. Es ist immer wieder von Geographen und von Historikern versucht worden, diese nicht ganz befriedigende Gliederung zu verbessern. Legt man die strenge physisch-geographische Definition als Maßstab zugrunde, so muß man die Selbständigkeit eines Erdteils Europa aufgeben und lediglich einen Erdteil Eurasien anerkennen. Wendet man dagegen mehr eine historisch-kulturgeographische Definition an, so kann man z. B. Nordafrika nicht mit Neger-Afrika, dem „Schwarzen Erdteil“, zusammenfassen.

Offensichtlich fehlt zwischen dem Größenbegriff „Erdteil“ und dem Größenbegriff „Reich“ oder „Großraum“ eine mit Namen gekennzeichnete Größenstufe. Deutlich ist dies am Beispiel von Indien erkennbar: Für ein „Reich“ ist es in seinen Dimensionen und seiner Bevölkerungszahl nach zu gewaltig, für einen „Erdteil“ ist es wiederum zu klein und zu unselbständig als Landkörper. Man nennt Indien daher häufig einen „Subkontinent“. Ja, diese Bezeichnung ist geradezu Mode geworden – ein Zeichen, daß hier bestens dem Bedürfnis nach Benennung, nach Konkretisierung einer noch etwas vagen, jedoch deutlich bewußten Größenvorstellung entsprochen worden ist.

Was ist ein Subkontinent?

Unter „Subkontinent“ soll verstanden werden der Teil eines Erdteils — unter Umständen auch die Verschmelzung von Teilen mehrerer Erdteile zu einer neuen Einheit –, der etwa eine Mindestlandfläche von 4,5 Millionen qkm und eine Mindestbevölkerung von 150 Millionen umfaßt, der geographisch als Individuum anzusehen ist, der gegenüber seinen Nachbargebieten ein stark unterschiedenes Volkstum, eine andersartige Kultur und Wirtschaft hat, im Innern aber verhältnismäßig einheitlich ist und der schließlich, mindestens periodenweise, geschichtlich als Einheit gesehen wurde oder gar als Einheit organisiert war.

Gerade dieser letzte Punkt ist wichtig, da er eine gewisse Veränderlichkeit in der Abgrenzung der Subkontinente betont. Neue politische Zusammenfassungen können eine Neuabgrenzung der Subkontinente zur Folge haben, aber auch das Wachsen der Bevölkerungszahl, die kulturelle oder wirtschaftliche Verselbständigung von bisher im Schlepptau größerer Kraftfelder segelnden Teilgebieten.

Die zehn Subkontinente

Das kleine Europa, dem häufig die Berechtigung, als selbständiger Erdteil betrachtet zu werden, abgesprochen wird, stellt jedoch unzweifelhaft einen eigenen Subkontinent dar.

Ebenso ist der ungeheure Bereich der Sowjetunion, gleich ob er sich über Europa oder über Asien erstreckt, ein solcher Subkontinent eigener Prägung.

Die Ostblockstaaten Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Albanien wird man – heute – dem sowjetischen Subkontinent einordnen, Finnland und Mitteldeutschland (die DDR) wie auch Jugoslawien dem europäischen. Grönland wird man – heute noch – Europa zuordnen, mit der Zeit jedoch neigt es immer mehr zu Nordamerika.

Die europäische Türkei ist zusammen mit der asiatischen Türkei immer noch ein Teil des Orients, wenn sich dieser Staat auch stark nach Europa hin ausrichtet. Zum Subkontinent Orient gehören weiter Iran und Afghanistan, alle arabischen Staaten und Länder in Asien und Nordafrika, dazu Zypern, Israel und endlich der Sudan, Äthiopien, die drei Somaliländer sowie Spanisch-Westafrika. Die Staaten, Protektorate, Provinzen und Kolonien südlich der Sahara stellen dann das eigentliche Afrika, gelegentlich auch Nigritien genannt, dar.

In Asien können wir, abgesehen von den Anteilen an der Sowjetunion und am Orient, deutlich drei Subkontinente unterscheiden: Indien mit Pakistan, Ceylon und den Himalajastaaten, weiter Südostasien – die austroasiatischen und malaiischen Länder, also Burma, Thailand, Indochina, Malaya, Indonesien und auch die Philippinen umfassend –, und schließlich Ostasien mit China, Korea und Japan. Australien mit Ozeanien ist ein weiterer Subkontinent, gleichzeitig im Rang eines Kontinents. West-Neuguinea ist dabei Indonesien und damit Südostasien zuzurechnen.

In Amerika gibt es heute zwei Subkontinente, jedoch nicht einfach mit Nordamerika und Südamerika gleichbedeutend, sondern Angloamerika mit den Vereinigten Staaten (ohne Hawaii und Portoriko) und Kanada einerseits, Iberoamerika mit den übrigen amerikanischen Staaten und Gebieten andererseits. In absehbarer Zeit dürfte jedoch dieses Iberoamerika in drei Subkontinente aufzugliedern sein: 1. Mittelamerika mit Einschluß der Antillen, Kolumbiens, Venezuelas und Guayanas, 2. die übrigen spanisch-amerikanischen Staaten („Andinia“), und 3. Brasilien. Heute aber lassen es die relativ geringen Einwohnerzahlen der einzelnen Teile – 72, 44, 56 Millionen – noch nicht recht zu, von „Subkontinenten“ zu sprechen.

Für die so festgestellten Subkontinente ergeben sich die folgenden Zahlen für Fläche und Bevölkerung (meist für das Jahr 1953 angegeben, nach dem Statistischen Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, 1954, Seite 15^{ff.}, oder dem Jahrbuch der Welt, München 1953):

1. Europa	6,189 Mill. qkm	328 Mill. Einwohner
2. Sowjetbereich	23,183 „ „	274 „ „
3. Orient	16,369 „ „	151 „ „
4. Afrika	20,069 „ „	139 „ „
5. Indien	4,493 „ „	459 „ „
6. Südostasien	4,452 „ „	178 „ „
7. Ostasien	11,950 „ „	613 „ „ *)
8. Ozeanien	8,558 „ „	14 „ „
9. Angloamerika	19,307 „ „	175 „ „
10. Iberoamerika	20,593 „ „	172 „ „

Diese Gliederung der Erde in Großregionen (Subkontinente) entspricht weitgehend der Gliederung in 9 Regionen, wie sie in dem „Entwurf einer Weltverfassung“ von Robert M. Hutchins und G. A. Borgese und anderen vorgeschlagen werden (erschieden in deutscher Übersetzung von Prof. Friedrich Glum unter dem Titel „Ist eine Weltregierung möglich?“ bei S. Fischer, Frankfurt a. M. 1951). Nur Australien mit Ozeanien wird dort nicht als selbständige Einheit aufgefaßt, wohl wegen der im Verhältnis sehr geringen Einwohnerzahl.

Beispiele für die Großraumgliederung der Subkontinente

Interessant ist es nun, daß diese „Subkontinente“ sich regelmäßig in eine bestimmte, jeweils annähernd gleiche Anzahl von Großräumen anthropogeographischer Art gliedern – ja, das gehört offenbar geradezu zum Merkmal eines Subkontinents. Und diese Untergliederungen haben unter sich eine ähnliche Größe nach Fläche und Einwohnerzahl. Greifen wir einige Beispiele heraus:

Orient:	1. Türkei mit Zypern	776 000 qkm	21,4 Mill. Einw.
	2. Syrische Staaten, Irak und Israel	734 000 „	11,7 „ „
	3. Iran	1 630 000 „	20,3 „ „
	4. Afghanistan	650 000 „	12,0 „ „
	5. Arabische Halbinsel	2 360 000 „	13,3 „ „
	6. Ägypten	1 000 000 „	21,9 „ „
	7. Sudan	2 506 000 „	8,8 „ „
	8. Äthiopien mit Somaliländern	1 896 000 „	17,9 „ „
	9. Libyen	1 760 000 „	1,2 „ „
	10. Algerien–Tunesien	2 347 000 „	12,7 „ „
	11. Marokko mit Span.-Westafrika	710 000 „	9,6 „ „

Wenn man die natürliche Ausstattung dieser Großräume und ihre Entwicklungsmöglichkeiten berücksichtigt, sind sich diese Einheiten fast gleichwertig – mit Ausnahme von Libyen.

*) Nach der chinesischen Volkszählung von 1954 kommt Ostasien auf rund 700 Mill. Einwohner.

Ein anderes Beispiel:

Afrika:	1. Französisch-Westafrika	4,798 Mill. qkm	18,4 Mill. Einw.
	2. Britisch-Westafrika mit Liberien	1,398 „ „	39,8 „ „
	3. Französisch-Äquatorialafrika mit Spanisch-Guinea	2,977 „ „	7,7 „ „
	4. Belgischer Kongo mit Ruanda-Urundi	2,398 „ „	15,9 „ „
	5. Portugiesisch-Afrika	2,059 „ „	10,8 „ „
	6. Südafrika	2,807 „ „	14,7 „ „
	7. Britisch-Zentralafrika	1,266 „ „	6,7 „ „
	8. Britisch-Ostafrika	1,768 „ „	19,2 „ „
	9. Madagaskar und Maskarenen	0,598 „ „	5,4 „ „

Diese Einheiten sind nach Fläche und Einwohnerzahl recht gleichartig, zumal, wenn man die unterschiedlichen Entwicklungsstadien und -möglichkeiten in Rechnung stellt. Nur Madagaskar fällt aus dem Rahmen. Allerdings spiegeln diese Einheiten noch den Zustand des Kolonialzeitalters wider, sie hängen auch nicht immer räumlich zusammen. Doch deuten andere, kleinere Einheiten wie Angola, Mosambik, Tanganjika, Südwestafrika, Kamerun oder die einzelnen Provinzen des Kongo eine künftige Hinwendung zu räumlich geschlossenen Einheiten von 500 000 bis 1 Million Quadratkilometer an, wie sie bereits durch Madagaskar vertreten sind. So wird bei weiterer Erstarkung und Verselbständigung der afrikanischen Wirtschaft und Vermehrung der Bevölkerung in absehbarer Zeit die Scheidung in zwei Subkontinente sich durchsetzen, Sudan und Bantu, oder auch in drei, Sudan, Kongo, Süd- mit Ostafrika (letzterer durch Weißen-Ansiedlung charakterisiert).

Ein weiteres Beispiel: Südostasien.

1. Burma	678 000 qkm	19,0 Mill. Einw.
2. Thailand (Siam)	512 000 „	19,8 „ „
3. Indochina	705 000 „	30,5 „ „
4. Malaya mit Singapur und Britisch-Borneo	336 000 „	7,8 „ „
5. Philippinen	299 000 „	21,0 „ „
6. Sumatra	473 000 „	10,8 „ „
7. Java mit Bali und Lombok	142 000 „	56,5 „ „
8. Borneo (ohne britischen Anteil)	540 000 „	2,8 „ „
9. Celebes, Molukken, Timor und West-Neuguinea	767 000 „	9,3 „ „

Das sind auch wieder sehr verwandte Größen, das sehr kleine Gebiet von Java wird ausgeglichen durch eine hohe Einwohnerzahl, die allzu geringe Einwohnerzahl von Borneo durch günstige Entwicklungsmöglichkeiten bei mittlerer Flächen-größe.

Zeigen wir endlich noch Beispiele, wo ein sehr großer Staat sich doch in ähnliche Großeinheiten untergliedert, wie wir sie bei den voll entwickelten europäischen Einheiten gleicher Rangstufe finden (so Frankreich, Iberische Halbinsel, Britische In-

seln, Nordische Staaten, Italien, Deutschland – vgl. meine Abhandlung „Das Grundgerüst der räumlichen Ordnung in Europa, die Systeme der europäischen zentralen Orte, = Frankfurter Geographische Hefte, herausgegeben von W. Hartke, Frankfurt a. M. 1950).

Zunächst Ostasien mit China. Die hier vorgetragene Gliederung schließt sich an die neue Einteilung der Volksregierung in Verwaltungszonen an, die jeweils mehrere der alten Provinzen umfassen, nur zwei lediglich wohl innerpolitisch bedingte Zusammenfassungen wurden hier getrennt (Sinkiang aus der Nordwestzone ausgegliedert, und die Zentralzone von der Südzone getrennt).

1. Nordchina (Hauptstadt Peking)	736 000 qkm	69,0 Mill. Einw.
2. Mandschurei (Hauptstadt Mukden)	886 000 „	43,0 „ „
3. Osten (Hauptstadt Schanghai)	559 000 „	132,0 „ „
4. Formosa (Hauptstadt Taipeh)	36 000 „	8,0 „ „
5. Mittelchina (Hauptstadt Wuhan)	720 000 „	97,0 „ „
6. Südchina (Hauptstadt Kanton) mit Hongkong und Macao	433 000 „	45,0 „ „
7. Südwesten (Hauptstadt Tschungking)	1 451 000 „	71,0 „ „
8. Nordwesten (Hauptstadt Sian)	1 683 000 „	20,0 „ „
9. Sinkiang	1 711 000 „	4,0 „ „
10. Tibet	1 150 000 „	3,0 „ „
11. Innere Mongolei	700 000 „	2,3 „ „
12. Äußere Mongolei	1 621 000 „	0,9 „ „
13. Korea	221 000 „	29,3 „ „
14. Japan	371 000 „	88,2 „ „

Mit Ausnahme der beiden Mongoleien, Tibets und Sinkiangs, die nach ihren geographischen Bedingungen keine hohen Einwohnerzahlen haben können, und Formosas, das politisch derzeit ein Torso ist, bewegen sich alle Zahlen für Fläche und Bevölkerung auf annähernd gleicher Ebene. Die Einwohnerzahlen der Hauptorte sind meist sehr hoch: Peking 2,031 Mill., Mukden 1,551 Mill., Schanghai 5,407 Mill., Taipeh 451 000, Wuhan 1,2 Mill., Kanton 1,496 Mill., Tschungking 1,1 Mill., Sian 629 000, zu 9. bis 12. sind sie gering, dann Seoul 1,142 Mill., Tokio 6,278 Mill.

Als letztes Beispiel möge der Subkontinent Indien herangezogen werden. Die Indische Union hat eine sehr unübersichtliche Gliederung in ehemalige Gouvernementsprovinzen, Fürstenstaaten, Staatenverbände, Staaten unter einem Hauptbeauftragten, Territorien und Agentschaften, die heute als Staaten der Gruppen A, B und C den Bundesstaat aufbauen, dazu kommen noch ein Territorium (Andamanen und Nikobaren) und ein Schutzgebiet (Sikkim). Die früher fast unabsehbare Zahl von Gebieten ist so immerhin auf 29 Einheiten reduziert worden, unter denen nur die 9 früheren Provinzen und 4 Fürstenstaaten mehr als 75 000 qkm und mehr als 9 Millionen Einwohner aufweisen. Pakistan war bis vor kurzem in 6 Einheiten eingeteilt. Dazu kommen dann noch die Himalajastaaten Nepal und Bhutan, Ceylon und die Malediven, sowie die portugiesischen Niederlassungen – die französischen Besitzungen sind in Auflösung begriffen.

Setzt man sich einmal über alle staatlichen und Verwaltungsgrenzen hinweg und unterstellt, daß einer großen Stadt auch ein entsprechend großes Einzugsgebiet zur Verfügung steht – wie dies in der Zeit der britischen Kolonialherrschaft in mancher Hinsicht der Fall war –, so kann man den Versuch einer solchen, heute mehr theoretischen Gliederung wagen. In Indien gibt es 10 Städte von mehr als einer halben Million Einwohner (Zahlen von 1951, mit Ausnahme von Haiderabad): Kalkutta 4,580 Mill., Bombay 2,840 Mill., Madras 1,420 Mill., Delhi 1,740 Mill., Karatschi 1,130 Mill., Lahore 850 000, Ahmedabad 790 000, Haiderabad 740 000, Kanpur 710 000, Lakhnau 500 000, Letztere beiden Städte sind die Zwillingszentren der früheren „Vereinigten Provinzen“ (*Uttar Pradesch*), und sind nur einmal zu zählen als Gebietszentrum. Ebenso soll Delhi als übergeordnete Bundeshauptstadt unberücksichtigt bleiben. Hingegen soll in dem weiten Zentralindien, wo keine Stadt mehr als 500 000 Einwohner erreicht, als Ersatz Nagpur mit 300 000 Einwohnern hinzugenommen werden. Sonach gibt es 9 große Metropolen, denen zumeist auch ein heutiger Teilstaat als Kerngebiet entspricht. Im nachfolgenden werden die Großräume mit Ungefähr-Zahlen zusammengestellt:

1. Kalkutta (West- u. Ostbengalen, Assam, Bhutan u. a.)	520 000 qkm	90 Mill. Einw.
2. Kanpur-Lakhnau (Uttar Pradesch, Bihar, Nepal u. a.)	565 000 „	105 „ „
3. Lahore (Pandschab, Kaschmir, N-W-Grenzprovinz u. a.)	665 000 „	44 „ „
4. Karatschi (Sind, Belutschistan)	470 000 „	7 „ „
5. Ahmedabad (Radschastan, Gudschjarat, u. a.)	525 000 „	34 „ „
6. Nagpur (Madhya Pradesch u. Bharat u. a.)	545 000 „	35 „ „
7. Bombay (Bombay u. a.)	315 000 „	32 „ „
8. Haiderabad (Haiderabad und angrenzende Landschaften)	375 000 „	37 „ „
9. Madras (Madras, Maisur, Ceylon u. a.)	410 000 „	70 „ „
Subkontinent Indien:	4 390 000 „	454 „ „

Es ist in der Tat überraschend, wie sich der Indische Subkontinent in 9 annähernd gleichwertige Großräume gliedern läßt, mit den 9 Halbmillionen- oder Millionenstädten als Zentrum, und zwar über die bestehenden Grenzen hinweg. Das rationalistische China hat verwaltungsmäßig seine „Zonen“ fast ganz solchen vorhandenen Großräumen entsprechend gegliedert. Indien, das mit außergewöhnlich großen Schwierigkeiten bei seiner Gliederung zu kämpfen hatte, konnte dies noch nicht bewirken, obwohl solche Großräume offensichtlich hier ebenfalls vorhanden sind. Denn so wie die Subkontinente als Raumeinheiten Realitäten sind, wenn auch in ihrer Ausdehnung veränderliche, so sind auch ihre Untergliederungen in meist ungefähr 10 Großräume von gleicher Wertigkeit Wirklichkeiten, bei ebenfalls veränderlicher Abgrenzung.

Anmerkung: Die Zahlen in den verschiedenen Quellenwerken differieren voneinander, daher stimmen sie hier nicht ganz überein mit den Zahlen in unserer ersten Tabelle.

LÄNDERKUNDE UND ATLAS

Die Vorstellungen, die der einzelne von der Größenordnung der Länder, von der Lage der Wirtschaftsregionen zueinander und von den Gruppierungen der Mächte in sich trägt, erwachsen zum großen Teil aus den Eindrücken, die er von Kartenblättern verschiedenen Inhalts und verschiedener Maßstäbe und Projektionen empfängt. Das Kartenbild und der materielle Inhalt der Räume schwingen als Vorstellungen selbst dann mit, wenn es um Begegnung politischer Gedankengänge, erst recht, wenn es um größere Konzeptionen geht. Dem Atlas kommt deshalb grundlegende Bedeutung für jede Form der Gegenwartskunde zu, und es können weder sein Inhalt und methodischer Aufbau noch die technische Seite seiner Kartographie gleichgültig sein, insbesondere wenn er zugleich den Anspruch erhebt, reifender Jugend ein richtungsweisendes Bild von der Welt zu vermitteln.

Der Stuttgarter Geograph Hermann Lautensach legt soeben einen „Atlas zur Erdkunde“ vor¹⁾, der „sowohl für die Höheren Schulen Deutschlands als auch für seine Universitäten und sonstigen Hochschulen und nicht zuletzt für alle gebildeten Laien gedacht ist, die ein Interesse an den vielgestaltigen Zügen der Erdoberfläche nehmen“. Seine Zielsetzung fordert zu einem Vergleich mit den seit Jahren vorliegenden Atlanten, insbesondere mit dem „Weltatlas“ von Diercke auf, dessen ältere und neuere Auflagen einen großen Teil unseres Volkes durch das Schulleben begleitet²⁾, dessen Karten also viele Menschen vor sich sehen, wenn sie „von der Welt“ sprechen.

Dabei ist vielleicht manchem Benutzer gar nicht aufgefallen, daß der Diercke auf seinen ersten Seiten nicht zur Erde, sondern zum Himmel führt. Man erfährt zunächst etwas über den Sternenhimmel, über die Erde als Planeten, über Kartennetzentwürfe und Möglichkeiten der Geländedarstellung, ehe die Erde als Ganzes unter Behandlung vieler Teilprobleme erscheint. Erst nach dieser Propädeutik öffnet sich der

Weg zu Kontinenten und Ländern, und am Ende, wenn man des Reisens schon müde ist, betritt man Deutschland, das allerdings neues Interesse deshalb erregt, weil es ausführlicher als alle anderen Länder ausbreitet wird.

Lautensach geht von Deutschland aus. Er führt von den amtlichen deutschen Kartenwerken unmittelbar zu Deutschland, und über die Alpenländer, Europa und Osteuropa wird der Schritt zwanglos nach Asien gelenkt, wobei Südost-Asien über das Australasiatische Mittelmeer den Anschluß nach Australien gibt. Afrika und die Neue Welt beschließen den länderkundlichen Teil. Ihm folgen die Erdkarten für die Allgemeine Geographie. Den Schluß bilden Arktis, Antarktis, die Ozeane und ein Ausblick auf die Himmelsgewölbe.

Der Weg von der Heimat in die Welt ist zweifellos sehr sinnvoll. Er knüpft an Bekanntes an und führt in die für manche Benutzer nie anschauliche Welt; er leitet im „Lautensach“ von der großmaßstäblichen Karte 1:25 000 über zu den kleineren Maßstäben bis zu 1:40 Mill. Im „Diercke“ liegt nach der Geländedarstellung ein methodischer Knick.

Dabei benutzt der „Diercke“ für die Einführung in die Geländedarstellung nicht die amtlichen Kartenwerke, sondern eigens hierfür entworfene Kartenausschnitte, die nur dazu bestimmt sind, die in diesem Atlas verwendete Kartentechnik verständlich zu machen. Völlig außer acht bleibt dort die Einführung in die Darstellung der Nutzflächen, wie sie bei Lautensach an den Beispielen des Stadtplans von Köln (1:10 000), einer Landschaft an der Lahn (1:25 000) und des Stuttgarter Kessels (1:50 000) mit daneben gestellten Luftbildern so trefflich geglückt ist. Dies kündigt zugleich an, daß der Bodennutzung als einem der wesentlichen landschaftsbestimmenden Faktoren bei Lautensach besonders große Aufmerksamkeit durch Sonderkarten geschenkt wird. Es treten auf Karten der Bodenbenutzung die landschaftlichen Regionen Deutschlands, Europas und der übrigen Welt eindrucksvoll hervor, wobei diese Sonderkarten infolge ihrer gleichen oder ihrer in geradem Verhältnis veränderten Maßstäbe sowohl

¹⁾ Atlas zur Erdkunde. Bearbeitet von Hermann Lautensach. 2. Aufl., Keysersche Verlagsbuchhandlung Heidelberg 1955. 147 S., dazu Namenverzeichnis in Tasche.

²⁾ Diercke, Welt-Atlas. 88. Aufl., Georg Westermann Verlag, Braunschweig o. J., 142 S.

untereinander als auch mit den physikalischen Karten vergleichbar sind. Eine auch nur ähnliche Sorgfalt wurde der eminent bedeutsamen geographischen Erscheinung der Bodennutzung im „Diercke“ nicht zuteil. Hier ist die Bodennutzung mit der Industrie nicht nur ineinander gearbeitet (was den Wert der betreffenden Karte beeinträchtigt und sie als „Karte“ sogar fragwürdig macht), sondern hier wechseln auch die Maßstäbe – dazu noch ohne bestimmtes Verhältnis zu den Hauptkarten – von 1 zu 40, 60, 70 und 75 Millionen.

Die Unterschiede zwischen den beiden Atlanten treten besonders hervor bei einer Überprüfung der Frage, in welcher Weise die länderkundliche Behandlung eines Erstraums erfolgt. Da in der länderkundlichen Aufgabe das eigentliche Anliegen eines Atlaswerkes beruht, sofern es Hilfsmittel für eine räumliche Betrachtung der Wirtschaft, der Bevölkerung, der Siedlung und der politischen Gebilde sein will, muß das Maß der Erfüllung dieser Aufgabe zum Wertmesser werden.

Im „Diercke“ beginnt der länderkundliche Teil mit Asien; ihm sind 16 Seiten gewidmet. Im „Lautensach“ entfallen auf Asien 17 Seiten. Bei demnach gleichem Umfang der Behandlung läßt sich an diesem Beispiel ein Vergleich am besten ermöglichen.

Zielstrebig stellt Lautensach nacheinander Relief, Bodenbedeckung, Wirtschaft und Staaten in Karten gleichen Maßstabes dar und rundet die regionale Betrachtung auf randlich eingezeichneten Kärtchen des Klimas, der Bevölkerungsdichte, der Völker und Religionen ab, ehe er dann in Spezialkarten Arbeitsunterlagen für die Vertiefung der heute brennenden Probleme Asiens liefert: eine Karte von Nordasien, ergänzt durch eine Karte des Raumes Nowosibirsk–Stalinsk–Baikalsee; eine Karte von Südwest-Asien, der eine sehr eindrucksvolle Wirtschaftskarte von Vorderindien (1:12,5 Mill.) folgt; eine Karte Südostasiens und schließlich des Mittleren Ostasiens (Nordchina, Korea, Japan). In diesem straffen Aufbau gibt es nur eine Ablenkung: die Karte des Nanga Parbat (1:50 000). Ein jeder wird sie begrüßen, nicht nur, weil der große Maßstab und die plastische Darstellung in Kombination von

Isohypsen und seitlicher Beleuchtung des eisbedeckten Hochgebirges einen ästhetischen Genuß bereiten, sondern weil an diesem Berg so viel deutsches Forscher- und Bergsteigerschicksal hängt.

Im „Diercke“ liegt der ganze Nachdruck auf den physikalischen Karten. Sie werden von Asien insgesamt, von Südwestasien, Mittel- und Ostasien sowie Südostasien in vergleichbaren Maßstäben gebracht, und zwischen ihnen findet sich eingestreut eine Vielfalt von Spezialkarten und Kartenausschnitten, deren Auswahl nicht überzeugt. Das gilt nicht von der Karte der Bevölkerungsdichte und von den vier Klimakarten, die im übrigen in ihrer Farbgebung angenehmer und klarer wirken als bei Lautensach, wohl aber für die Kartenausschnitte des Bab el-Mandeb, des Ararat (mit Eriwan), des Amudarja-Deltas, von Bombay und Umgegend, Peking und Tokio mit Umgegend (in Wirklichkeit ist es ein Kärtchen der Tokiobucht) oder auch der Straße von Malakka. Die genannten Teilkarten sind in Maßstäben bis zu 1:5 Mill. gehalten; sie stellen also gegenüber den Hauptkarten in 1:15 Mill. keine sehr wesentliche Verfeinerung dar und bieten inhaltlich weiter nichts als zusätzlich ein paar topographische Namen. Mit gleichem (und noch größerem) Recht dürfte man eine Karte des Schatt el-Arab, von Ankara, Schanghai oder Wladiwostok erwarten. Wenn aber schon ein Atlas auf derartige Nebenkarten Wert legen soll, dann möchte man empfehlen, viel stärker in die Einzelheiten zu gehen: dann möchte man einen Stadt- und Hafenplan von Wladiwostok, eine Karte der Kanto-Ebene oder einen Stadtplan von Tokio, einen Hafenplan von Hongkong oder Singapur sehen, nicht nur Lageskizzen, die das städtische und wirtschaftliche Gebilde, auch wenn man es mit größeren roten Flecken kennzeichnet, in derselben Anonymität belassen wie dies durch die allgemein üblichen Symbole für Städte auf Übersichtskarten notwendigerweise geschieht.

Begrüßenswert ist im „Diercke“ die physikalische Karte von Palästina; sie ist einfach notwendig, weil sich zwischen dem Roten Meer und dem Libanon Dinge abspielen, die für den Vorderen Orient von entscheidender Bedeutung sind. Man könnte

hier bei einer Neuauflage an eine Karte von Jerusalem denken, das für drei Weltreligionen und damit für drei Welten zum Problem geworden ist.

Bei manchen Vorzügen also im einzelnen, die dem „Diercke“ zugestanden werden müssen (z. B. auch die Karte der Beneluxländer, die bei Lautensach fehlt), läßt sich aber nicht verkennen, daß der „Lautensach“ die ursächliche Verknüpfung länderkundlicher Erscheinungen förmlich herausfordert, der „Diercke“ die Dinge mehr oder weniger zerfallen läßt. Überspitzt ausgedrückt: dem „Diercke“ scheint es vor allem auf die Vermittlung topographischer Fakten anzukommen, der „Lautensach“ leitet auf die gedankliche Durchdringung der Erscheinungen hin. Es ist deshalb auch kein Zufall, daß für den „Diercke“ die Geographie mit der Küste der Länder aufhört. Er verzichtet auf das Relief der Meere. Lautensach behandelt dieses mit der gleichen Sorgfalt wie das des Festlandes. Deutlich wird das an den Karten von Australien, Ostasien, Mittelamerika, vor allem auch der Arktis und Antarktis. Gerade die stärkere kartographische Durchgliederung der Polarkappen – der für die

künftige Luftfahrt recht bedeutend werden den Regionen – ist ein weiterer Beleg für das echt länderkundliche Anliegen Lautensachs.

Zum Schluß sei noch bemerkt, daß dem Lautensach ein Namenverzeichnis mit über 16 000 Namen beigelegt ist, um das Auffinden von Örtlichkeiten zu erleichtern. Auf den in Betracht kommenden Karten sind, wie üblich, am oberen und unteren Rand Buchstaben, am linken Rand die Zahlen eingetragen, mit deren Hilfe man das gesuchte Objekt bestimmt. Wollte der „Diercke“ eine gleiche Einrichtung treffen, müßte an ihm erhebliche Arbeit geleistet werden. Man wird sie eines Tages tun müssen.

Das Ergebnis dieses Vergleichs fällt zugunsten des „Lautensach“ aus. Moderne Kartographie, durchdachte länderkundliche Methode, psychologisches Einfühlungsvermögen in den Benutzer haben vereint mit exakter Wissenschaft ein Atlaswerk für Schule und Haus geschaffen, das nicht nur als ein zuverlässiger, sondern zugleich auch als ein anregender Begleiter beim Studium gegenwärtiger Weltprobleme betrachtet werden darf.

Martin Schwind

GESCHICHTSBILD UND ATLAS

Der Westermann-Verlag hat mit seinem Atlas zur Weltgeschichte, dessen dritter Band – „Neuzeit“ – bisher vorliegt, nicht nur der Schule und dem Studenten, sondern überhaupt jedem allgemein Interessierten einen wertvollen Dienst erwiesen. Daß in weitgehender Weise die großen Schulwandkarten des Verlags auf ihn abgestimmt sind, wird besonders der Geschichtslehrer begrüßen; aber der Atlas hat in sich selbst noch mehr Vorzüge! Es scheint, als ob schon sein großes Format ein großes Plus sei, indem es die Anlage von Großraumkarten ermöglicht.

Gerade für die historisch-politische Karte¹⁾ ist ja ein großer Maßstab wichtig, um die Nachbarschaftsverhältnisse genügend umfassend und klar bieten zu können. Das Iso-

lieren historischer Raumgebilde durch falsche Maßstäbe erweckt leicht falsche Vorstellungen, eine Tatsache, die zuweilen auch praktisch-politische Folgen gehabt hat! Das ist freilich nicht nur eine didaktisch-methodische Frage. Wie immer es sich, vom geschichtlichen Gegenstand her gesehen, verhalten mag mit der Zusammenschau verschiedener „gleichzeitiger“ Ereignisse, von denen jedes aber seine eigene historische Zeit hat, – im realen Raum begegnen sie sich doch, denn er ist ihre gemeinsame Voraussetzung. Das Kartenbild zwingt *eo ipso* zur Synopse, und die Karte muß darüber hinaus, anders als die geschichtliche Erzählung, Lücken (oder Auslassungen) bekennen und als weiße Flecken zeigen; der Kartenrand kann gar nicht anders als unvermittelt abschneiden – er kann nicht die Illusion erwecken, einen in sich abgeschlossenen organischen Gegenstand vorzustellen.

¹⁾ Vgl. allgemein H. Quirin, *Gesch. i. Wissensch. u. Unterricht* V, 1954, S. 653 ff.
P. Kläui, *Ztschr. f. Schweizer Gesch.* 1950, 224 ff.
F. Timme, *Bll. f. dt. Landesgeschichte* 90, 1953, 176 ff.

Nur die maßstäblich große Karte kann schließlich ihre eigentliche Aufgabe erfüllen, ein allgemeines Gesamtbild des historischen Raumes zu entwerfen. Daß in Wirklichkeit die herrschende Tendenz dahin geht, die Hauptkarte in Themenkarten aufzulösen, ist an sich dem Wesen der Geschichtskarte entgegengesetzt; es geschieht mit Rücksicht auf ihre Lesbarkeit. Grundsätzlich ist die Erkenntnis aus der umfassenden Karte heraus zu deduzieren: die Karte hat keine fertigen Denkergebnisse zu vermitteln, sie ist auch keine Gedächtnisstütze (sie ist es, als Skizze, in hervorragendem Maße!), sondern sie ist selbst Material! Sie gibt weder Diagramme noch Textillustrationen, sondern sie hat den historischen Vorgang im Raum zu zeigen, und nur die Karte kann das, weil sie, anders als der in der Zeit verlaufende Wortgedanke, sich in den Kategorien des Raumes ausspricht.

Das bedeutet natürlich auch, daß nicht jeder historische Zusammenhang kartographisch verarbeitet werden kann und daß der Geschichtsatlas seine eigene Themenauswahl trifft, sich also nicht an das Schema der Geschichtsschreibung anlehnen kann. Cluny kann wohl in seinem Index fehlen, aber nicht Leuthen (die Vernachlässigung der Kriegsgeschichte in unseren neuen Atlanten ist ein Schilddürgerstreich); Ferney wohl, aber nicht die Strecke Nürnberg–Fürth.

Aber es ergibt sich nun weiter daraus, daß die Karte darauf verzichten muß, die historische Bewegung darzustellen; diese wird nicht anders als in ihren Objektivationen im Raum sichtbar. Pfeile sind wohl eindrucksvolle Demonstrationsmittel (daß sie immer eine Simplifikation und Suggestion sein müssen, spricht in gleicher Weise für und gegen ihre Verwendung, je nach dem, was man mit ihnen erreichen will), aber sie gehören, wenn man konsequent denkt, nicht in die Geschichtskarte.

Auch wer kein Kartennarr ist, wird stundenlang in diesem Buch lesen können. Hinsichtlich der technischen Darbietung ist nicht der geringste Mangel zu finden, wenn man von der grundsätzlichen Frage absieht, inwieweit es erforderlich (und möglich!) ist,

die physikalische Grundgestaltung stärker im Kartenbild zu Wort kommen zu lassen²⁾. — Man kann den Westermann-Atlas natürlich nur schwer mit seinen größten Konkurrenten — dem neuen Putzger und dem Atlas des Bayrischen Schulbuchverlags — vergleichen, da jeder von ihnen einen verschiedenen Leserkreis anspricht. Hinsichtlich des Kartenbildes braucht sich der Westermannatlas aber gewiß nicht zu verstecken. Bei aller Anerkennung der Herausgeberleistung seien aber einige grundsätzliche Fragen angeschnitten.

„Weltgeschichte“ und „Neuzeit“ sind als Thema angekündigt. Hält aber der Inhalt, was der Titel verspricht? Nun soll hier nicht das Problem erörtert werden, ob Weltgeschichte zu schreiben überhaupt möglich sei, dies um so weniger, als ja der Begriff der Weltgeschichte sehr dehnbar ist und in sehr verschiedener Weise verwendet wird. Es gibt Weltgeschichten Europas, Asiens, des Mittelmeerraums, des Meeres überhaupt. Nur im Negativen scheint allgemeine Übereinstimmung zu bestehen, daß nämlich Weltgeschichte nur eine Summe von Einzelgeschichten sein könne; wenn sie einen höheren Anspruch erhebe, nämlich Einheit zu sein, also ein reales Wesen, das als dieses Geschichte als sein Schicksal gehabt habe, würde sie zur Fiktion, Schicksal ohne einen davon Betroffenen.

Aber diese Kapitulation der neueren, besonders der deutschen Geschichtsschreibung ist ja auch zeitbedingt, eine Folge jener Zersetzung des humanistischen Menschheitsbegriffes durch den Historismus.

Die Tatsache jedoch, daß sich unserer Tage Weltgeschichte ereignet und daß die Aufgabe unserer Zeit, zu der wir bei Strafe des Untergangs verurteilt sind, die Einheit des Menschengeschlechtes ist, wird geistige Horizonte schaffen, denen gegenüber unser herkömmliches Geschichtsbild — ja seine Denkformen überhaupt — zu Anachronismen werden, seine Hüter zu verstaubten Magazinaufseherexistenzen.

Was soll die ganze Abendländerei? Sie bedeutet eine ebensolche Verengung des historischen Blicks wie die nationalstaatliche Geschichtsschreibung. Zurück zu Herder! „Laßt uns, meine Brüder, mit mutigem, fröhlichem Herzen auch mitten unter der Wolke arbeiten, denn wir arbeiten zu einer

²⁾ E. Schwalm, Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 1954, 702.

großen Zukunft! Alle politischen Zwecke zerfallen, ... der Inhalt fürs Ganze der Menschheit, der bleibt!“ Die Menschheit aber als Ganzes zu fassen bedeutet, nicht bei den Hochkulturen stehen bleiben können – Vorgeschichte und Völkerkunde (deren Themen ja von der Methode, nicht vom Gegenstand her, abgegrenzt sind) sind in das Programm unseres geschichtlichen Nachdenkens einzubeziehen.

Das hat natürlich auch ein Geschichtsatlas zu bemerken. Man vermißt also in dem Atlas zur neuen Weltgeschichte reicheres ethnographisches Material. Schon die Nationalitätenkarte Ostmitteleuropas im vorliegenden Atlas ist unzureichend. (Bei der Wichtigkeit des Problems für unsere deutsche Geschichte und angesichts des Standes der Forschung ist das nicht verständlich.)

Natürlich ist eine Synchronologie der Kulturen geschichtlich ein Unsinn, denn die geschichtliche Gleichzeitigkeit spielt sich innerhalb der physikalischen und nicht der geschichtlichen Zeit ab. Aber das besagt ja nur, daß wir das Wesen des geschichtlichen Zusammenhangs und der historischen Bedeutsamkeit neu zu überdenken haben – es gibt überhaupt keine historische Kategorie, die all den Fluß geschichtlichen Lebens in ihr Bett fassen könnte.

Aber man kann nicht leugnen, daß es Ereignisse, Epochen gibt, die in universaler Weise umschaltend wirken, in der Weise, daß von nun an eine neue Rechnung gilt; Ereignisse oder Kräfte, die als scharfe Blöcke aus dem Strom der Geschichte auftauchen und die Wässer teilen, die Fragen stellen, zu denen alle neue Rede nur Antwort ist. Die Verkündigung der christlichen Urgemeinde war eine solche Epoche oder Alexanders Welteroberung. Ganz zweifellos ist auch die große europäische *Conquista* ein Weltereignis gewesen.

Insofern ist der Zeitpunkt, an dem unser Atlas einsetzt – etwa 1500 – wirklich eine neue Seite im Buche der Geschichte. (Daß man sie „Neuzeit“ nennt, auch hier, ist nicht zu streng zu nehmen; „Neuzeit“ ist ja nur ein Phänomen der europäischen Geschichte.) Es ist offensichtlich, daß das Ereignis der europäischen Ausbreitung in der Welt das Antlitz der Erde radikal verwandelt hat.

Aber gerade geschichtliche Vorgänge, die vom Raum her faßbar sind, soll ja eine Geschichtskarte wiedergeben. Das heißt, ihre Aufgabe ist eine geschichtliche Morphologie der Kulturlandschaft. Daß hier der klassische Bereich der Historiographie überschritten wird, ist nicht etwa ein Argument gegen unsere Forderung, sondern gerade das Wesen der Geschichtskarte. Und eben an der Erforschung so komplexer Phänomene wie der europäischen Expansion müssen nicht nur Geographen, sondern auch Theologen und Ethnologen mitarbeiten. Es ist zu erwähnen, daß es besonders deutsche Wissenschaftler (u. a. O. Schmieder) gewesen sind, die eine hier zu verwendende kulturmorphologische Methode entwickelt haben.

Es wären also Themen zu behandeln wie die europäische Stadt in Übersee (im Vergleich zur orientalischen – man denke an den Einfluß des arabischen Typs auf die portugiesische Kolonialstadt oder chinesische oder indische oder afrikanische Stadt), die radikale Umformung der amerikanischen Kulturlandschaften durch die europäische Erschließung oder der kolonialen Räume überhaupt durch die moderne Weltwirtschaft (nicht nur regional untereinander verglichen, sondern auch zeitlich: vorkolonial/nachkolonial); oder Dorfformen, Agrarstrukturen, (Geschichte als Erinnerung menschlicher Existenzmöglichkeiten).

Der Abschluß des Zeitalters der europäischen Vorherrschaft in der Welt wird vielleicht am deutlichsten sichtbar durch den Versuch der Russen und Chinesen, den ostasiatischen Raum strukturell neu zu formen. Das Meer war der große Verkehrsweg der Europäer; über das Meer hinweg hatten die weißen Völker die Welt erforscht und erobert und erschlossen. Die Neuzeit war das maritime Säculum. Seit ihrem Beginn verödeten die alten Karawanenwege nach Indien und China – und von nun an wurden die Häfen die Tore Asiens zur Welt. China blickte nach Osten, auf das Meer, wenn es sich Europa öffnen wollte – dem zentralasiatischen Raum kehrte es gewissermaßen den Rücken zu. Ähnlich hatte es sich etwa mit der Guineaküste verhalten, die Europa im Norden zu suchen hatte; das maritime Zeitalter polte gewissermaßen den Raum um. Umgekehrt wachsen heute In-

nerer Sudan und Küste wieder einander entgegen und ähnlich das vom Westen her erschlossene Sowjetasien und China. Aus zwei Randgebieten wird wieder ein Kernraum. Diese Umstrukturierung läßt uns heute übersehen, daß Rußland durch die Einbeziehung Chinas in seinen großen Kontinentalblock auf einer Breite von mehreren tausend Kilometern an das freie Weltmeer durchgebrochen ist und sein altes Ziel in dem Moment erreicht hat, wo es bedeutungslos geworden ist.

Das sind Beispiele, um zu zeigen, daß der historische Raum keine konstante Größe ist. Diese Erkenntnis muß sich auch in der Anlage eines Atlas auswirken.

Eine Revolution von universaler Bedeutung war auch die große Industrialisierung. Wo, wenn nicht in einem Geschichtsatlas, erwartet man Karten zu dieser Entwicklung?

Es kommt dabei auf den Vergleich an, in zeitlichem und regionalem Sinne. Man braucht also mehrere Beispiele, schon für Deutschland; aber dann auch noch außer-europäische Industrielandschaften. Ähnlich liegen die Dinge für die Darstellung der Agrargeschichte usf.

Weltgeschichte zu beschreiben bedarf es, wie man sieht, eines völlig neuen Entwurfs und rigoroser Pietätlosigkeit. Vor allem gilt des großen Voltaire Ausspruch, daß der Universalhistoriker, der nichts von Indien und China weiß, dem Bauern gleicht, der nur sein eigenes Dorf rühmt. „Wissen wir, was Indien und China . . . in die geschehene Weltgeschichte einbringen, die doch offenbar auf die äußerste Reichweite der Menschlichkeit angewiesen ist?“³⁾

Eberhardt Schwalm

³⁾ H. O. Koehler, *Saeculum* VI, 1935, 9.

DER BRITISCHE STÜTZPUNKT AUF ZYPERN

In einem Augenblick, in dem zum inneren Bedauern aller Beteiligten und zum Schaden der Weltruhe Zypern zum Problem geworden ist, veröffentlicht die britische Wochenzeitung *The New Statesman and Nation* (2. 7. 1955) eine Stellungnahme ihrer Redaktion, die in gewissem Sinne dem linken Flügel der Britischen Arbeiterpartei nahesteht. Sie schildert die Haltung der verschiedenen britischen Regierungen Zypern gegenüber mit dem Satz: „Wir verweigern Ihnen ja nur ein ganz kleines Maß an Freiheit, — auf alle Fälle brauchen wir die Insel zur Verteidigung der Freien Welt“. Offenbar sollen für strategisch wichtige Inseln weder die Bestimmungen der Vereinten Nationen noch das Westminster-Statut gelten.

Die Wochenschrift erinnert daran, daß die griechische Regierung und der Erzbischof von Zypern sofort nach dem Beginn der Verlegung der Suez-Garnison nach Zypern ausdrücklich erklärt hätten, Griechenland sei mit der Errichtung eines britischen Stützpunktes auf Zypern einverstanden. Anthony Eden habe die Unge-schliffenheit besessen, noch als Außenminister während eines Erholungsaufenthaltes in Griechenland eine Diskussion auf dieser Linie abzulehnen. Der frühere Kolonialmi-

nister Lyttelton habe kurz vor seinem Ausscheiden aus der Regierung 1954 erklärt, man könne einen britischen Stützpunkt einer „unstabilen Macht“ nicht ausliefern. Diese Beleidigungen der Griechen seien durch das Benehmen der britischen Kolonialbeamten auf Zypern verschlimmert worden. Diese hätten erklärt, es gäbe keine nationale Frage auf Zypern, da es ja keine Gewalttaten gäbe. Damit hätten sie gerade zu Gewalttaten herausgefordert, die dann auch eingetreten seien, woraufhin die Türken sofort zugunsten ihrer Minderheit auf der Insel aktiv geworden seien. So habe man im Namen der Verteidigung des Britischen Weltreiches einen Kolonialstreit zu einer internationalen Krise anwachsen lassen, die das NATO-System im Ostmittelmeer bedrohe.

Die Zeitung meint, man solle wenigstens stillschweigend das Selbstbestimmungsrecht dadurch anerkennen, daß man die Verantwortung für Zypern vom Kolonialamt an das Außenministerium übertrage. Wenn England unnachgiebig bleibe, werde es Zypern so verlieren, wie es aus dem gleichen Grunde Palästina und Suez verloren habe.

— ff —

Seeverkehrsströme in Europa

„Kein Fluß ist von sich aus göttlich, er kann es höchstens werden auf Grund der anderen, der Weltsicht. Die Kraft des natürlichen Seins reicht hier nicht dazu aus. Es muß noch zweierlei hinzukommen: Die symbolische Kraft seiner Gestalt, seines Laufes, und seine geschichtliche Atmosphäre.“

„Vielen Strömen ist ihr Schicksal beschert gewesen, und manchen ein großes und hartes, und darum lieben wir sie, und es ist keiner unter ihnen, dessen Name nicht einen großen Klang hätte. Aber dies ist es nicht, wovon hier die Rede ist, sondern wir meinen die das ganze Schicksal ausdrückende Symbolgewalt.“

„Der Lauf der Donau ist ein Triumphzug menschlicher Herrlichkeit, bis dorthin, wo die deutsche Sprache aufhört. Und dann? Dann beginnt eben das Schicksal der Donau: Der Schritt in die Fremde, ins Unbegreifliche. Es ist das Schicksal, das aber getragen sein will.“

Diese Sätze stammen aus einem Aufsatz Fritz Usingers über „Das Schicksal der Donau“ und bilden eine geeignete Einleitung zu einem norddeutschen Referat, das vom Donauraum ausgeht.

Mitteleuropa zwischen Land und Meer

Seitdem Österreich durch geschichtliche Vorgänge zu einer gewaltigen Umdrehung gezwungen worden ist, nämlich zu der Umstellung von der Großmacht der Donaumonarchie mit ihren 50 Millionen Menschen zu einem 7-Millionen-Staat, seitdem schließlich an seinen nördlichen und östlichen Grenzen ein neuer, politisch geprägter Wirtschaftsblock entstanden ist, seitdem bedarf seine donaeuropäische Raumpolitik mehr denn je der Ergänzung durch eine bewußte Aktivität in der Nord-Süd-Richtung. Nur eine außenwirtschaftliche Betätigung auch in dieser zweiten Richtung läßt auf dem Wege über echte und gesunde Seeverkehrsströme den Donauraum und seine Wirtschaft am Leben und Wohlstand der Welt teilnehmen. Nur auf diese Weise wird die europäische Funktion Österreichs zum Tragen kommen. So sehe ich den Begriff Donau-Europa in einer anderen Schattierung und vielleicht auch in einer weiteren Sicht.

Es ist sicherlich kein Zufall, daß in Österreich, gleichsam dem Herzland Europas, die europäische Idee geboren worden ist. Diese großartige Idee hat sich inzwischen weiter entwickelt. Aber das, was wir heute Europa nennen, deckt sich nicht mehr mit dem Europa-Begriff der 20er Jahre. Wir sprechen heute von einer europäischen Bewegung, wir haben einen Europarat geschaffen, wir ließen eine Europa-Union tätig werden, ohne durch die Namensgebung zu dokumentieren, daß sich die Tätigkeit und das Ziel dieser Institutionen doch nur auf Westeuropa, kaum noch auf die Mitte dieses alten Kontinents und schon gar nicht mehr auf Länder erstrecken, die im Osten

gelegen sind, aber geographisch zu Europa gehören. Vielleicht ist durch die endlich geglückte Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrages eine europäische Entwicklung eingeleitet worden, die die Erstarrung der polaren Gegensätze Ost zu West zu lösen vermag. Angesichts dieser neuen Konstellation sollte es richtig sein, die Seeverkehrsströme in Europa mit verstärkter Sorgfalt zu beachten und zu fördern. Damit kann man der Wirtschaft und der Politik eine Hilfestellung geben.

Der deutsche Schriftsteller Ernst Jünger hat den gegenwärtigen Weltgegensatz von Ost und West in einer Schrift „Der gordische Knoten“ behandelt. Nach der Sage soll Alexander der Große verknotetes Tauwerk durch einen Schwertstreich gelöst haben. Manche Geschichtsforscher und Schriftsteller haben sich mit diesem Vorgang beschäftigt, und einige von ihnen sind der Meinung, daß ein solcher Schwertstreich — nur symbolisch für die Macht — „geistig“ zu verstehen und daß ein gordischer Knoten friedlich, wenn auch mühsam und geduldig, mit bloßer Hand zu lösen sei. Es scheint mir, daß jedermann von uns allen, gleichgültig, an welcher Stelle er steht und arbeitet, diese geduldige und friedliche Lösung des gordischen Knotens, der die Gegenwart verwirrt, sorgfältig versuchen und fördern sollte, zumal wir heute klar und deutlich den Hintergrund der ost-westlichen Spannung als eine elementare Verschiedenheit erkennen können, nämlich als Gegensatz von Land und Meer.

Der Staatsrechtler Prof. Carl Schmitt sagt hierzu in einer kürzlich erschienenen, sehr beachtlichen Publikation: „Das, was wir heute den Osten nennen, ist eine zusammenhängende Masse festen Landes: Rußland, China, Indien, die gewaltige Erdinsel, das Herzland der Erde, wie es der große englische Geograph Sir Halford Mackinder genannt hat. Und was wir heute den Westen nennen, ist eine von den Weltmeeren, dem Atlantischen und Pazifischen Ozean, bedeckte Hemisphäre. Der Gegensatz einer kontinentalen und einer maritimen Welt ist die gegebene globale Wirklichkeit, von der wir ausgehen müssen, um die Frage nach der geschichtlichen Struktur der Spannungen des heutigen Weltdualismus überhaupt erst richtig zu stellen ... Die Lebensordnung der freien maritimen Gesellschaft steht den festen Bindungen der staatlichen Ordnungswelt des Landes gegenüber. Die Gegensätze von Land und Meer, von Ost und West kristallisieren sich zu der klaren Gegnerschaft der Elemente, die im Atlantik-Pakt von 1949 (NB: Man achte auf die Wahl dieses maritimen Namens!) hervortrat.“

Gerade auf Grund dieser Deutung, die immer mehr Anerkennung findet, sollte unsere eigene Position klar herausgestellt werden: Wir sind in dem Gegensatz von Land und Meer die Mitte. Wir haben deshalb — dies ist meine These — aus dem Raum Mitteleuropas heraus für Ost und West eine besondere Bedeutung und Aufgabe. Das ist nicht nur in politischer Hinsicht zu verstehen, sondern auch in wirtschaftlicher, durch die Verkehrsströme, die von hier ausgehen über Land und See hinweg in die geteilte Welt. In diesem Sinne sind Seeverkehrsströme Mittler zwischen der maritimen und der terranen Welt.

Donau und Atlantik

Die „donaueuropäischen“ Bestrebungen versuchen, einen wirtschaftlichen Ausgleich im Donauraum herbeizuführen. Sie erstreben eine wirtschaftlich und verkehrspolitisch einheitliche Donauunion, der eine Reihe von Anliegerstaaten dieses Flusses

angehören sollen. Zwangsläufig verläuft dabei ihre Zielrichtung von Westen nach Osten. Sie befassen sich mit dem Seeverkehr über das Schwarze Meer und in weiterer Zukunft mit der Verbindung über einen Rhein-Main-Donau-Kanal zum Atlantik. Zwangsläufig befassen sie sich aber auch seit Jahrzehnten — praktisch bewährt im Fluß-Bahn-Verkehr mit der Donau über deren Binnenhäfen — mit Seeverkehrsströmen, die klar nach Norden und Süden ausgerichtet sind. Sie gehen aus von der Mitte, — man beachte manche aktuelle politische Diskussion — von dem Herzstück Europas.

Die europäischen Ein- und Ausgangstore zur Welt haben eine zusammengeballte, auf die Mitte konzentrierte Position inne: Im Süden die Häfen an der Adria und am Mittelmeer, im Norden die Kette der Häfen von Antwerpen über Rotterdam und Amsterdam bis nach Bremen, Hamburg und Lübeck. Über diese Seehäfen wurde im vergangenen Jahr die gewaltige Menge von nicht weniger als rund 150 Mill. t Ein- und Ausfuhr Güter bewegt und damit die überragende Bedeutung der mitteleuropäischen Seeverkehrsströme, deren Saugkraft auch den Außenhandel West- und Osteuropas anzieht, bewiesen.

Wie gliedert sich Donaueuropa nun in diese auf die Mitte konzentrierten Seeverkehrsströme ein? Wie in vergangenen Zeiten die Handels- und Verkehrsrichtung der Hanse, so hat auch die Donau in erster Linie den Charakter nur einer inneren Verbindung zwischen Ost- und Westteilen Europas.

Bei Beschränkung auf diese Aufgabe fehlt ihr aber der gestaltende Anschluß an die überseeische Welt. Falls sie diesen Anschluß nicht findet, läuft gerade sie Gefahr, nach der Erkenntnis des globalen Dualismus von Land und Meer, einseitig in den Sog der terranen und nicht der maritimen Existenz zu geraten. Ich möchte hierzu nochmals Carl Schmitt zitieren, der in unüberbietbarer Klarheit zu unserem Thema sagt:

„Wir bringen das Schiff in den Zusammenhang unserer elementaren Unterscheidung von maritimer und terraner Existenz. Das ergibt den Gegenwert von Schiff und Haus. Das Schiff ist der Kern der maritimen Existenz des Menschen, wie das Haus der Kern seiner terranen Existenz ist. Schiff und Haus sind keine Antithesen im Sinne einer polaren Spannung, sondern verschiedene Antworten auf einen verschiedenen Anruf der Geschichte.“

Mich dünkt, daß damit auch der entscheidende Anruf an Donaueuropa ergangen ist: Es ist der geschichtliche Auftrag, aus dem terranen Feld heraus doch stärker denn je den Anschluß zu suchen an die maritime Entfaltung, wie sie sich aus der Mitte unseres Erdteiles im Süden und Norden mit den in die Welt führenden Seeverkehrsströmen anbietet.

Die Ein- und Ausgangstore des Südens sind hierbei geographische Gegebenheiten, deren Vorzüge der entfernungskilometrischen Zu- und Ablaufwege offenbar sind.

Wir suchen aber für Gesamteuropa, speziell für den Raum der Mitte und der Donau, nach der großen Raumwirkung, wie sie sich vermittelnd an der polaren Scheide von Land und See stellt. Hier ist ausschlaggebend der Anschluß an den Atlantik, auf und an dem die maritime Welt des Westens lebt und gestaltet und nach dem geebnete Wege auch auf der mittel-, der intraeuropäischen Nordroute führen. In dieser Blickrichtung gewinnen die Verkehrsströme über den Norden sogar besondere Bedeutung.

Kaiser Karl IV. erkennt die Nord-Süd-Achse

Es ist reizvoll, dieses Thema historisch zu betrachten: Der erste deutsche Kaiser des Mittelalters, der die Verkehrsbedeutung einer Nord-Süd-Achse für Mitteleuropa erkannte und für seine wirtschaftlichen Pläne auszubauen versuchte, war der Luxemburger Karl IV., der in Prag residierte. Wir kennen seine Bestrebungen, die Verkehrswege in seinen Erbländen, vor allem in Böhmen und in der Oberpfalz, zu verbessern. Bis zur Gegenwart noch erzählt die Volksüberlieferung von Karlswegen, auf denen man das unzugängliche Waldgebirge des Böhmerwalds durchqueren kann. Auch für die Schiffbarmachung der Flüsse und Ströme durch Beseitigung von Stau- und Fischwehren, Stapelrechten und Zöllen hat er im Rahmen seiner Wirtschaftspolitik Sorge getragen. Die Erwerbung der Mark Brandenburg mit der Burg Tangermünde an der Elbe verlegte das Schwergewicht seiner Hausmacht an der Elbe nach Norden. Auf dem Höhepunkt seiner Machtstellung versuchte er, den Elbstrom zu einer Hauptverkehrsachse seines Reiches zu machen. Einerseits begegnete er den Bestrebungen Magdeburgs, alle die Stadt passierenden Verkehrsgüter der Mittelelbe durch Anhalten und Ankauf im Wege des Stapelrechtes aufzuhalten, andererseits förderte er planmäßig die damals mittelgroße Brauer- und Hafenstadt Hamburg an der Niederelbe.

Das Hamburgische Staatsarchiv besitzt noch sein Privileg (1359), worin er dem Rat der Stadt das Recht erteilt, alle Piraten und schädlichen Leute, die auf der Niederelbe und auf der See Kaufmannsgüter rauben, zu verfolgen und zu bestrafen. Mit einer Goldenen Bulle der Reichskanzlei wurde die Urkunde beglaubigt, in der der Kaiser Hamburg das Recht verlieh, zu den schon vorhandenen zwei Jahrmärkten noch eine dreiwöchentliche Pfingstmesse für die Kaufleute des ganzen Elbstromgebietes abzuhalten. Es klingt fast neuzeitlich, wenn wir als Begründung für seine Begünstigung Hamburgs darin die Erwägung lesen, „wie der Elbstrom, der aus unserem Königreich Böhmen abfließt, wohl dazu geeignet ist, daß Güter auf ihm stromauf und stromab verfrachtet werden.“ Wie wichtig ihm hierbei das Einvernehmen mit dem mächtigeren Lübeck, dem damaligen Haupt der Hansestädte, war, beweist sein persönlicher Besuch in der Ostseestadt. Es ist das einzige Mal gewesen, daß ein mittelalterlicher deutscher Kaiser zu einem feierlichen Staatsbesuch in einer Küstenstadt einkehrte.

So ist in seiner Zeit, der Zeit der Städtehanse, der erste ernstliche Versuch zu zeichnen, die Verkehrs-Straße und -Trasse des Elbstroms für den Warenverkehr zwischen Böhmen und der Nordsee zu benutzen, trotz aller lokaler Widerstände. Auch die in dieser Zeit zuerst autauchenden Kanalpläne, etwa zwischen Donau und Elbe und Elbe und Trave, entstammen dem großzügig planenden Geist dieses seltsamerweise historisch wenig populären Kaisers Karl IV.

Die Entwicklung der mitteleuropäischen Nord-Süd-Verkehrs-Richtung während der vergangenen Jahrhunderte kann hier im einzelnen nicht weiter verfolgt werden. Die Wirtschaftsgebiete am Strom der Elbe bis in das Herzstück der Donaunion, Böhmen, richteten ihren Außenhandel immer mehr nach den durch diesen Fluß von der Natur gegebenen Transportmöglichkeiten aus und fanden damit den Anschluß nach der überseeischen Welt. Konsequenterweise förderte vor allem der Donaustaat Österreich die Nord-Süd-Verkehrsstraße, wie es sich aus den historischen Dokumenten des Wiener Kongresses vor allem ergibt.

Vom Wiener Kongreß bis 1954

Nach dem Auslöschen des alten deutschen Kaiserreiches im Sturm der Napoleonischen Ära traten Staatsmänner und Gesandte in Wien auch deshalb zusammen, um dem inzwischen außerordentlich gestiegenen Verkehrsbedürfnis durchgehender Handelswege auf den großen Strömen Europas die Bahn zu öffnen. Der maßgebende Beschluß wurde auf dem Wiener Kongreß gefaßt. Die Schlußakte vom 9. Juni 1815 enthält in Artikel 109 den für die Öffnung der Binnenschifffahrt entscheidenden Satz, der lautete: „Die Schifffahrt auf allen Strömen, die mehrere Länder durchfließen, soll frei sein vom Punkt der Schiffbarkeit an bis zur Mündung.“ Diese Bestimmung gab die völkerrechtliche Grundlage ab für die Überwindung der einzelstaatlichen und lokalen Hindernisse, insbesondere alter Zoll- und Fährprivilegien, die jahrhundertlang die Ströme in viele kleine Strecken aufgeteilt und die Schifffahrt unerträglich belastet hatten.

Sechs Jahre später — 1821 — brachte die in Dresden von den Vertretern der Anrainerstaaten der Elbe unterzeichnete Elbeschifffahrtsakte (vom 23. Juni 1821) diesen Grundsatz zur Ausführung, „beseelt von dem Wunsche, die dadurch dem Handel und der Schifffahrt zugesicherten Vorteile und Erleichterungen baldmöglichst ins Leben zu rufen“. Geleitet wurde die Kommissionsarbeit von dem Vertreter Österreichs. Ein hamburgischer Senator — Pehmöller — hat als Vertreter der Freien und Hansestadt Hamburg mitgewirkt. Der hamburgische Senat hat sich mehrfach für die Beschleunigung der Arbeiten dieser Kommission eingesetzt und im Flusse der Verhandlungen sich mit Erfolg gegen den preußischen Plan gewehrt, in Hamburg eine obligatorisch zollamtliche Untersuchung der Elbeschiffe einzuführen. Statt dessen begnügte man sich mit der Prüfung durch Vorlage der Frachtbriefe und eines Manifestes durch die Schiffer. Der durch Revisionskommissionen öfter ergänzte wichtige Elbeschifffahrtsvertrag hat zur Intensivierung der kommerziellen Verbindungen zwischen Böhmen und Nordeuropa im 19. Jahrhundert unendlich viel beigetragen. Die österreichische Regierung sah sich veranlaßt, sowohl böhmische Dampfschifffahrtsunternehmungen auf der Elbe zu fördern wie auch der für Hamburg wichtigen Aufhebung des Stader Elbzolles zuzustimmen.

Den hierdurch hervorgerufenen engen wirtschaftlichen Verbindungen zwischen Österreich und der Nordsee entsprach es, daß der österreichische Staat sich ebenso wie das alte Kaiserreich in Hamburg durch Gesandte oder Ministerresidenten vertreten ließ. Andererseits war auch die Freie Reichsstadt Hamburg schon seit dem späten 16. Jahrhundert in Wien am Reichshofrat durch einen ständigen Geschäftsträger oder Agenten repräsentiert. Trotz der Zerstörungen durch schwere Luftangriffe des letzten Krieges steht in einer der belebtesten Geschäftsstraßen Hamburgs noch die stattliche Barockfassade jenes Palais des Grafen Görtz, in dem im 18. Jahrhundert die Kaiserliche Gesandtschaft ihren Sitz hatte. Bei dem soeben fertig gewordenen Neubau des sonst völlig zerstörten Gebäudes ist diese Fassade als wertvolles Baudenkmal mit eingebaut, um ihrer historischen Bedeutung wegen der Nachwelt erhalten zu bleiben.

Zur Zeit des Wiener Kongresses und danach waren es einige bedeutende Hamburger Bankiers (die Gebrüder Parish), die dem österreichischen Staate Kredite vermittelten oder sich geschäftlich an den Unternehmen der österreichischen Tabakregie beteiligten. Die wirtschaftlichen Beziehungen wuchsen — zusätzlich zum Land/Fluß-

Wege — durch direkten Schiffsverkehr österreichischer Schiffe von Triest oder Levantehäfen nach dem Hafen an der Niederelbe. Die Beziehungen erreichten ihre höchste Verdichtung zu der Zeit, als Dr. Karl Sieveking — der Vorfahr unseres heutigen Bürgermeisters — als Senatssyndikus die auswärtige Politik des Stadtstaates Hamburg als Mitglied des Deutschen Bundes leitete. Zwischen ihm und dem damaligen österreichischen Gesandten in Hamburg, Freiherrn von Kress, bestanden enge persönliche Verbindungen. Bemerkenswert ist, daß in jenen Jahren Staatskanzler Metternich den aus Hamburg erstatteten Gesandtschaftsberichten seine Aufmerksamkeit schenkte. Hanseatische Schiffer und Kaufleute durften sich zu dieser Zeit in den türkischen Häfen der Levante der Förderung durch die österreichischen Konsulate anvertrauen.

Als einen Ausdruck des großen Vertrauens, das man am Kaiserlichen Hofe und bei der Wiener Regierung in die Wirtschaftskraft hamburgischer Banken und Kaufleute setzte, betrachtete man in Hamburg die großzügige Hilfe einer Anleihe von 10 Millionen Mark Banko, mit der die österreichische Regierung der hamburgischen Kaufmannschaft während der Handelskrise von 1857 ihre Hilfe lieh. Zu eben dieser Zeit bestand wiederum eine enge personelle Verbindung zwischen Österreich und Hamburg, indem einer der einflußreichsten hamburgischen Kaufleute, Ernst Merck, Mitbegründer der Salzburg-Linzer-Eisenbahn, österreichischer Generalkonsul in Hamburg und sein Bruder Carl maßgebender Senatssyndikus für die auswärtigen Angelegenheiten war.

Wir haben die Archive Wiens und Hamburgs etwas durchstöbert, um Dokumente herauszufinden über das Wirken dieses Hamburgers Ernst Merck, Generalkonsul von Österreich. Dazu haben wir einen Schriftwechsel gefunden des Handelsministers Ritter von Toggenburg an den Kaiser Franz Josef — die Dokumente tragen seine Bestätigungsunterschrift — aus dem Jahre 1855 — also vor heute 100 Jahren — in dem vermerkt ist, daß

„Hamburg nicht nur für den Elbeverkehr Böhmens, sondern auch als Transporthafen für den transatlantischen Absatz vieler österreichischer Industriezweige von wachsender Bedeutung ist, so wie auch der Bezug von Kolonialwaren nach Österreich größtenteils und in den letzten Jahren selbst mehr als früher über jenen Hafen geht.“

Niemand wird den Wert solcher historischen Reminiszenzen für die Wirklichkeit unserer Jetztzeit überschätzen. Aber das einhundertjährige Jubiläum, das Österreich und Hamburg seit jenem Notenwechsel mit Kaiser Franz Josef im Jahre 1855 heute begehen könnten, ist doch reizvoll.

Der — wie er einmal genannt wurde — „Philosoph der Einigung Europas“, Leibniz, hat gesagt: „Geschichte ist Prüfstein des Erreichten, ist Richtungspfeil des Zukünftigen. Niemals aber darf Geschichte ein Phantom sein, das sich eine zweckwollende Gegenwart . . . gewissenlos und wahrheitsfremd zurechtstutzt.“

Wir haben gegen diese Grundsätze nicht verstoßen, denn der historisch begründete Verkehrskontakt des Donauraumes mit den Nordhäfen ist nach wie vor eine echte, eine bewährte Realität. Selbst der Zweite Weltkrieg und die politische Neuordnung haben bis heute keine grundlegende Veränderung schaffen können.

Nach politisch und wirtschaftlich sehr schwierigen Anfängen wickelten die Nordhäfen für den Wirtschaftsraum der Donau im Jahre 1954 etwa 2¼ Mill. t, überwiegend hochwertiges Außenhandelsgut, ab.

Dieses Verkehrssubstrat aus und nach dem Donauraum ist größer als in Vorkriegszeiten, so daß die Wirksamkeit der Seeverkehrsströme in der Nord-Süd-Richtung erwiesen ist.

„Die Mitte ist noch nicht zerstört“

Es darf aber nicht verschwiegen werden, daß diese Verkehrspolitik der Mitte nicht unbedroht ist: Die polar erscheinenden Gegensätze von West und Ost lassen im Osten Tendenzen aufkommen, die terrane Existenz aufzulockern durch Erschließung neuer Verkehrswege in die Welt über die Ostsee. Historisch, politisch und wirtschaftlich wäre diese Tendenz verständlich, wenn eben nicht die Mitte ausgleichende, vermittelnde Möglichkeiten zur Verfügung stellen könnte.

Nur wenn diese vermittelnde Aufgabe nicht erkannt wird, werden die letzten Brücken zwischen hüben und drüben abgebrochen sein, wird Europa und damit die Welt endgültig in zwei Lager zerfallen. So wie es Hermann Mostar in seinem amüsant-tiefsinnigen Büchlein „Weltgeschichte höchst privat“ dem Kurfürsten Friedrich August von Sachsen in den Mund legt, der in seiner nicht wiederzugebenden Mundart gesagt haben soll: „Wenn man die Mitte zerstört, zerstört man das Ganze.“

Noch aber ist es nicht so weit. Wohl stehen sich Ost und West in dem Dualismus von Land und Meer gegenüber, aber „die Mitte ist noch nicht zerstört“. Sie ist in der Lage, quasi als „Intraeuropa“ zu vermitteln. Doch die Dinge sind nicht nur in politischer, sondern auch in wirtschaftlich-verkehrsmäßiger Beziehung in Bewegung geraten, und es wird sich jetzt — in der Gegenwart und in der nahen Zukunft — entscheiden, ob sie sich zueinander oder voneinander weg bewegen.

Noch haben wir eine Chance, aber die Zeit drängt und läßt keinen Raum für theoretisch-wissenschaftliche Streitgespräche über das Für und Wider möglicher Aktionen. Wer das Hochspannungsverhältnis zwischen Ost und West, zwischen der terranen und maritimen Hemisphäre, abbauen und damit eine — die Existenz der gesamten Menschheit bedrohende — gewaltsame Entladung verhindern will, muß zu verhindern suchen, daß die Entwicklung davonläuft, d. h. daß auf einer Seite — oder auch auf beiden — Tatbestände geschaffen werden, die schwer oder überhaupt nicht mehr rückgängig zu machen sind.

Politische Blitzlösungen sind nicht zu erwarten. Eine Beseitigung der polaren politischen Gegensätzlichkeiten — so unbedingt notwendig sie auch als Endziel ist — liegt trotz der Auflockerung der Fronten auch heute noch in weiter Ferne. Sie kann aber — das hat kürzlich auch Präsident Eisenhower als Exponent des maritimen Lagers deutlich zum Ausdruck gebracht — in nicht unerheblichem Maße unterstützt und vorbereitet werden durch eine Intensivierung des Ost-West-Handels und des Ost-West-Verkehrs.

Man sollte sich den Satz merken: *Trade is the greatest weapon in the hands of the diplomat* = Der Handel ist die beste Waffe in den Händen des Diplomaten!

Die europäischen Verkehrsströme fließen im ewigen Wechsel von Ebbe und Flut, von Import und Export, über alle politischen Grenzen hinweg in das Sammelbecken der Mitte Europas. Als gemeinsamer Strom erreichen sie über die nordeuropäischen Seehäfen das Meer und verbinden damit die transozeanischen Märkte der maritimen

Welt mit unserem Kontinent. Sie scheinen mir nicht die schlechtesten Bande zu sein, um Europa und die Welt wenigstens in dem jetzigen Zustand der partiellen Trennung solange zusammenzuhalten, bis sie — in hoffentlich nicht allzu ferner Zukunft — durch feste politische Bindungen ergänzt werden.

Der Einsatz des Verkehrs als Erhalter, als Wegbereiter politischer Verständigung, mit einem modernen Wort: als Faktor aktiver Koexistenz, ist keineswegs eine aus aktuellem Zweckoptimismus geborene Erfindung der Neuzeit. Schon vor mehr als einem Jahrhundert sah Goethe die Dinge im gleichen Licht, als er ausrief: „Mir ist nicht bange, daß Deutschland nicht eins werde: Unsere guten Chausseen und künftigen Eisenbahnen werden schon das ihrige tun.“

Auch in unserer Zeit erhöhter Nervosität sollten wir Ideen, ja Ideale, nicht fürchten. Wir dürften deshalb den Gedanken Goethes heute auf den größeren Raum Mitteleuropas ausdehnen. Sein einigender, sein befruchtender Faktor sind auch Seeverkehrsströme, die im Süden und insbesondere im Norden Europa mit dem Atlantik verknüpfen und an deren weltverbindende Kraft wir glauben sollten.

DIE HEERESGRUPPE LÖHR

Der Chef des Stabes des Generalobersten Löhr von der Heeresgruppe E schildert den Rückzug der buntesten Armee dieses großen Krieges von Griechenland an den Alpenrand. Es ist einem, als ob in einem Fiebertraum Jahrhunderte von Geschichte zusammengepreßt und blitzartig an einem vorbeigejagt würden: der Erste Weltkrieg steht wieder auf, der serbische Rückzug durch Montenegro an die Adriaküste, die Schlachten im Cernabogen, der Rückzug durch Nisch, das alte Amselfeld wird genannt, die Türkenkriege sind wieder da, die griechischen Schlachtfelder aus der Zeit der Perser- und der Römerkriege. Janitscharen Erinnerungen tauchen auf, Kosaken und Panduren, Freischärler und Verhandlungen, eine Zvonimirstellung gab es, nach jenem König Zvonimir, der niemals den Thron bestiegen hat. Wir, denen dieses bunte Stück Welt da unten eine größere Heimat war, deren Städte uns, wenn wir sie nach 1918 besucht hatten, mit Wehmut erfüllten, weil es überall auf Plätzen und Straßen, Kirchen und Verwaltungsgebäuden noch Erinnerungen an die Monarchie gab, wir lesen solche Bücher anders, neben den militärischen Tatsachen stehen die menschlichen, stehen die Landschaft des Karstes und die Erinnerungen an unsere Väter, die dort gedient haben, an Regimentskameraden, an

unzählige Geschichten, denn dort unten muß eine Truhe gestanden sein, in der die besten Anekdoten aufbewahrt waren, die jemals in der k. u. k. Armee die Runde gemacht hatten.

Es freut uns, daß hier dem bescheidenen, stillen Generaloberst Löhr, den die Serben erschossen haben, das gebührende Lob zuteil wird, denn Löhr war so still und vornehm, daß er selbst von den Geschichtsschreibern leicht übersehen wird. Schmidt-Richberg schreibt: „In dieser Situation (der Übergabe) bewährte sich der persönlich so wenig hervortretende Oberbefehlshaber in seiner schlichten menschlichen und soldatischen Größe. Es war seinem Chef nicht entgangen, daß man seit Jahresfrist wiederholt von verschiedenen Seiten an ihn herangetreten war, im Interesse der österreichischen Belange sich von der verlorenen deutschen Sache zu trennen. Das wäre durchführbar gewesen, da der Stab der Heeresgruppe und Teile der unterstellten Truppen sich vorwiegend aus Österreichern zusammensetzten. Die Entfernung des deutschen Generalstabschefs war dabei beabsichtigt. Der Oberbefehlshaber war solchen Versuchungen gegenüber unzugänglich geblieben. Generaloberst Löhr war einer der vielen Österreicher, die, anfänglich der nationalsozialistischen Idee zugetan, durch das Auftreten

der Partei in ihrer Heimat nach dem Anschluß aufs tiefste enttäuscht waren. Auf eine Persönlichkeit von der nüchternen Klarheit und dem politischen Weitblick, der persönlichen Einfachheit und Bescheidenheit wie die Löhrs mußten die Erscheinungsformen des Nationalsozialismus geradezu abstoßend wirken. Die Überwindung des hieraus resultierenden Konflikts erfolgte bei Löhr aus einer großdeutschen Einstellung heraus. Es erschien ihm unmöglich, trotz aller enttäuschenden Erkenntnisse, dem Reichsgedanken untreu zu werden. Er fühlte sich nicht als Soldat und Heerführer Österreichs, sondern des geeinten Deutschen Reiches und wollte diese Idee über gemeinsam getragenes Unglück und gemeinsame Gräber gerettet sehen... Als der Stabschef am 7. Mai 1945 abends ... den für die eigene und die fremde Führung bestimmten Funkspruch vorlegte, bestand Löhr hartnäckig darauf, selbst die Verhandlungen mit den Jugoslawen zu führen. Als der Chef ihn fragte, was er für sich persönlich von den Jugoslawen erwartete, erklärte er: „Mit Sicherheit den Tod.“

Löhr, der selbst aus dem Südostraum

stammte und der eine prawoslawische Mutter hatte, kannte die Menschen, in deren Hände er sich freiwillig begab.

Wie dieser Kriegsschauplatz von der Obersten Führung behandelt wurde? Ich habe diese Art Führung einmal genannt: Die Welt als Wille ohne Vorstellung. Jede rechtzeitige Bewegung wurde verhindert, jeder Vorschlag wurde abgelehnt, jede Vorstellung zurückgewiesen. Ein Wunder, wie sich die Truppe bis zum Schluß gehalten hat, als sie auch noch gegen die ehemaligen bulgarischen Bundesgenossen kämpfen mußte. Aber auf diesen Männern und auf dieser Überlieferung der Standhaften beruht die Achtung, die man vor Soldaten hat, sie ist das Gewicht, das die zwölf deutschen Divisionen haben. Wie schwer so eine Division sein kann, möge man umrechnen, wenn man nachzählt, gegen wieviel Divisionen die geschwächten und angeschlagenen Verbände dort standgehalten haben.

Bruno Brehm

Erich Schmidt-Richberg: Der Endkampf auf dem Balkan. 163 S. 5 Karten. DM 10,50, Kurt Vowinkel-Verlag, Heidelberg.

DAS GEOGRAPHISCHE BILD DEUTSCHLANDS

Der Göttinger Arbeitskreis gibt ein historisches Kartenwerk über die Staats- und Verwaltungsgrenzen in Ostmitteleuropa heraus, das im Verlag R. Oldenbourg in München erscheint. Die erste Kartenmappe dazu behandelt die baltischen Lande. Die zweite ist im Auftrag der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung durch Prof. Dr. Erich Keyser 1954, die dritte im Auftrag der Parallelinstanz für Pommern durch Archivrat Dr. Franz Engel 1955 bearbeitet worden. Die Einleitungstexte geben jeweils einen geschichtlichen Überblick über

die Entwicklung der Grenzen sowie der Verwaltungsgliederung. Jede der beiden Mappen legt eine Reihe historischer Blätter vor, die dem Westdeutschen, der nur zu leicht Ostdeutschland aus den Augen verliert, in anschaulicher Form einerseits Ost- und Westpreußen, andererseits Pommern vom Beginn der geschichtlichen Nachrichten bis zur Gegenwart vor Augen führt. Für unsere Leser ist die jeweils letzte Karte der Verwaltungsgebiete seit 1945 mit den polnischen und deutschen Namen wichtig. Jede der Mappen kostet, bei Subskription DM 10,—.

Die Slowakei seit dem Zweiten Weltkrieg

Wie nach dem Ersten Weltkrieg lag auch nach dem Zweiten die Entscheidung über die Slowakei nicht in der Hand des slowakischen Volkes selbst, sondern sie wurde unter machtpolitischen Gesichtspunkten durch andere Völker getroffen. Im Ersten Weltkrieg nutzten der spätere Präsident Masaryk und Benesch, im Zweiten Weltkrieg wiederum Benesch und der Sohn des Präsidenten, Ján Masaryk, die allgemeine Deutschenangst aus, um den anderen Mächten einen Staat der Tschechen als Barriere gegen die deutsche Ausdehnung anzubieten. Dabei betonten sie jedoch, daß die Tschechen diese Funktion nur dann erfüllen könnten, wenn sie auf Kosten anderer Völker Mitteleuropas in ihrer staatlichen Existenz gestärkt würden. Deshalb forderten sie die Siedlungsgebiete der Sudetendeutschen, die Slowakei und die Karpathen-ukraine für den als Kernstück der gegen Deutschland gerichteten Koalition zu schaffenden Tschechenstaat.

Präsident Wilson erlebte 1919 während der Pariser Verhandlungen über den Frieden nicht nur die Erschütterung seiner innenpolitischen Stellung in den USA, sondern auch den Sieg der machtpolitischen Wünsche Frankreichs über das von ihm verkündete Ideal des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Nach diesem Ideal hätte die Slowakei staatliche Unabhängigkeit, mindestens aber Autonomie in einem größeren Staatsverband gewinnen müssen. In Wirklichkeit aber nahm man keine Rücksicht auf ihre Rechte und entschied über sie, ohne ihr Volk zu befragen. Ähnlich wurden nach dem Zweiten Weltkrieg die Grundsätze der Atlantik-Charta auf die Slowakei nicht angewendet.

1938/39 wurde deutlich, daß die Tschechen ihren Auftrag nicht erfüllen konnten, weil der von ihnen geschaffene Staat auf den Widerstand eines großen Teiles seiner Einwohner stieß. Damals, 1939, benutzten die Slowaken ihre Befreiung vom äußeren Druck, um einen eigenen Staat zu schaffen, der schon lange vorher ihr Ziel gewesen war. 1945–48 zeigte sich erneut, daß ein von den Tschechen auf Kosten anderer Völker geschaffener Staat kein Faktor der Stabilität in Mitteleuropa sein kann, sondern daß er zum Mittelpunkt internationaler Intrigen wird.

Die Sowjetunion sorgt für die Wiederherstellung der Tschecho-Slowakei

In der Münchener Krise des Jahres 1938 wußten sowohl die Politiker der Westmächte als auch die führenden Personen der Prager Regierung, daß die Slowaken die Fortdauer des gemeinsamen Staates mit den Tschechen nicht wünschten. Der Staatspräsident Benesch lehnte ein Plebiszit im Sudetenland deshalb ab, weil ihm klar war, daß es unweigerlich eine slowakische Volksabstimmung nach sich ziehen werde, die den Zusammenhalt seines Staates endgültig auflösen müsse. Das slowakische Volk zeigte durch die Begeisterung, mit der es den Beschluß seines Parlaments über die Ausrufung der Slowakischen Republik begrüßte, durch seine spontane Mitarbeit beim Aufbau des eigenen Staates und durch seine entschlossene Verteidigungsbereitschaft nach außen, daß es freiwillig die neu gewonnene Selbständigkeit nicht aufgeben werde.

So zweifelten die verantwortlichen Politiker des Westens während des Zweiten Weltkrieges, ob eine Wiederherstellung der Tschecho-Slowakei auf friedlichem Wege möglich sei, sie hegten selbst für den Fall Zweifel, daß die Vereinten Nationen diesen neuen Staat anerkennen würden. Obwohl die tschechischen Vertreter, an ihrer Spitze Eduard Benesch, „die formelle Anerkennung der Erneuerung der Tschechoslowakei erreicht haben, betrachteten sie die tatsächliche Erneuerung der Republik nach dem Kriege sehr skeptisch . . .“ (Dr. J. Suján, Staatsanwalt vor dem Volksgericht in Preßburg beim Schauprozess gegen den slowakischen Präsidenten Dr. Tiso und gegen Dr. Durcansky). Angesichts dieser Zweifel lag Benesch viel daran, daß ein Widerstand der Slowaken gegen die Wiederherstellung des Staatswesens früherer Art durch die äußere Lage verhindert werde.

Sein Wunsch konnte nur durch den Einbezug der Slowakei in den Interessenbereich der Sowjetunion und durch das Eingreifen der Roten Armee verwirklicht werden. Aus diesem Grunde war er daran interessiert, daß Mitteleuropa zur Machtsphäre der Sowjets geschlagen wurde. Entgegen den Wünschen der britischen Regierung fuhr er nach Moskau, um dort am 12. 12. 1943 den Freundschafts- und Hilfsvertrag mit der Sowjetunion abzuschließen. In seiner Rundfunkansprache aus Moskau vom 21. 12. 1943 gab er offen zu, daß der Vertrag als Hauptzweck unter anderem habe, eine neue Trennung der Slowakei von Prag zu verhindern.

Von seinem Wunsch nach Wiederherstellung des alten Staatsgebietes aus wird seine Bemühung zugunsten einer Zusammenarbeit zwischen den Westmächten und der Sowjetunion verständlich. Er wollte die westlichen Besorgnisse Moskau gegenüber zerstreuen und gab sich deshalb dazu her, die kommunistische Diktatur als eine vollkommeneren Form der Demokratie zu bezeichnen. Er verurteilte die Auflehnung der baltischen Völker gegen den Verlust ihrer Unabhängigkeit, den Widerstand der Polen gegen Moskaus Wünsche, er empfahl den Rumänen, mit Moskau zusammenzuarbeiten usw. Er betätigte sich als Vorkämpfer der Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Sowjetunion.

Dabei nahm er als selbstverständlich hin, daß die Länder der historischen Krone Böhmens zur Einflußsphäre der Sowjetunion geschlagen wurden. Während andere mitteleuropäische Staaten gegen das heftige Sträuben ihrer Bevölkerungsmehrheit unter die sowjetische Vorherrschaft gezwungen wurden, war das im tschechischen Falle anders. Obwohl Benesch und seine Mitarbeiter gewarnt worden waren, nahmen sie im März 1945 alle Moskauer Wünsche freiwillig an, wie von F. Peroutka und H. Ripka geschildert worden ist.

Von der Eingliederung des Prager Staates in die Interessensphäre Moskaus war weder in Jalta noch später zwischen den Großmächten überhaupt die Rede, denn offenbar galt sie nach der Zustimmung von Benesch als selbstverständlich. Die Tschechen sind also nicht, wie sie heute behaupten, Opfer, sondern im Gegenteil Vorläufer und Vorkämpfer der Politik von Teheran und Jalta, denn nur dank dieser Politik konnte die von ihnen gewünschte Staatskonstruktion wiederhergestellt werden. Die Danksagungen und Huldigungen führender Männer aus Prag, die nach 1945 nach Moskau gingen, sind kaum übertrieben, denn Moskaus Eingriff hat die neue Tschecho-Slowakei geschaffen.

Die Kämpfe in der Slowakei bei Kriegsende

Anders als bei den Tschechen fanden sich unter den Slowaken nur wenige Personen, die zur Wiederherstellung des 1939 untergegangenen Staates bereit waren. Deshalb waren Benesch und seine Mitarbeiter für die Unterstützung der slowakischen Kommunisten dankbar. Diese stellten nicht wegen besonderer Freundschaftsgefühle gegenüber Prag, sondern auf Moskauer Weisung ihre Mitarbeit zur Verfügung. Die Weisung erging einerseits, weil Moskau die ihm von Benesch geleisteten Dienste hoch einschätzte, andererseits weil militärische Verbände der Slowakischen Republik gegen die Sowjetunion im Kampf standen.

Man wußte im Kreml, daß die Slowaken nicht erst im Zeichen des Hitlerschen Machtanstiegs antikommunistisch und sowjetfeindlich waren. Die Slowakische Volkspartei, deren Politiker die Führung der Slowakischen Republik übernommen hatten, war seit 1918 für ihre Gesinnung in dieser Hinsicht bekannt. Gegen sie richtete sich die Erklärung der slowakischen Kommunisten, daß sie mit den tschechischen Interessenten in der Slowakei zur Erneuerung eines gemeinsamen Staates zusammenarbeiten wollten. Die Erklärung erging im Dezember 1943, im Zeitpunkt des Moskauer Paktes zwischen der Sowjetunion und den Tschechen.

Dabei konnte das Bündnis der Tschechen und der slowakischen Kommunisten gegen die Mehrheit des slowakischen Volkes keineswegs genügend politische Kraft in der Slowakei selbst aufbringen. (Die slowakischen Kommunisten waren ohnehin nur wegen des Moskauer Befehls und keineswegs mit dem Herzen bei der Sache.)

Deshalb setzte die Rote Armee bald nach der Schlacht von Stalingrad Fallschirmspringer und Partisanen in der Slowakei ein. Andererseits lockte die Freiheitlichkeit des slowakischen Staates flüchtende Kriegsgefangene und Zivilarbeiter verschiedener Nationalität, besonders Russen, aus Deutschland in die Slowakei, wo sie sich den für die Sowjetunion kämpfenden Partisanen anschlossen, wie das auch die in der Slowakei lebenden Tschechen taten. Die einheimischen Kommunisten, die sich vom Vormarsch der Roten Armee in die Karpathen die Erfüllung ihrer langjährigen Wünsche erhofften, boten für diese Verbände einen Rückhalt.

Diejenigen Slowaken, die den tschechischen Interessen ergeben waren, wurden aktiv, als die Streitkräfte der Sowjetunion nahe an die Karpathen herangekommen waren. Auch Opportunisten gab es hier wie überall, sie wollten rechtzeitig in das Lager des Siegers gelangen. Die Tschechen nutzten die allgemeine Angst vor der Roten Armee geschickt für ihre Zwecke aus, so daß schließlich sogar einige katholische Priester glaubten, sie müßten sich in die neue Entwicklung einschalten, um die Einrichtung eines kommunistischen Regimes zu verhindern.

Benesch bezeichnete die auf diese Weise entstandene Unruhe als Aufstand der Slowaken, während es sich in Wirklichkeit um ein militärisches Unternehmen der Sowjetunion handelte, das seinen Zwecken diene. Er wollte den Eindruck erwecken, daß die Bevölkerung der Slowakei für die Wiederherstellung eines mit den Tschechen gemeinsamen Staates kämpfe. Obwohl man in Westeuropa wußte, daß diese Behauptung nicht richtig war, arbeitete man auch dort mit ihr, weil man aus allgemeinen Gründen die Wiedererrichtung des Prager Staates plante. Moskau erhob selbstverständlich keinen Einspruch, denn ihm kam die Entwicklung ja zugute.

Die Sowjetunion wollte, daß die Rote Armee mit Hilfe slowakischer Einheiten Ende August 1944 bei Dukla überraschend die Karpathen durchbrechen sollte. Die Tätigkeit der Partisanen und Fallschirmspringer sollte ihren Verbänden einen raschen Marsch durch die Gebirge der mittleren Slowakei bis nach Preßburg ermöglichen. Auf diese Weise sollte die Rote Armee in den ersten Septembertagen 1944 Wien erreichen.

Dieser Plan scheiterte, weil weder die Offiziere noch die Mannschaften des slowakischen Heeres in ihrer Mehrheit bereit waren, dem Verrat weniger Opportunisten zu folgen. Die beiden Divisionen in der Ostslowakei gestatteten den kampflosen Durchmarsch der Roten Armee durch die Karpathen nicht. Damit war auch das Unternehmen der Partisanen und Fallschirmspringer in der mittleren Slowakei um seinen Sinn gebracht. Das Eingreifen deutscher Verbände in diese Kämpfe war nur natürlich, nachdem die Armee der Sowjetunion militärische Operationen auf slowakischem Boden begonnen hatte.

Moskaus Spiel zwischen Preßburg und Prag

1

Gleichzeitig mit der Ankunft der Partisanen nahm die Kommunistische Partei der Slowakei ihre Tätigkeit auf. Klement Gottwald, der damals noch in Moskau war, und Rudolf Slansky, der sich beim Oberkommando der Partisanen in Kiew betätigte, waren ebenso wie die anderen Führer der alten KP der Tschechoslowakei über die Entstehung einer selbständigen slowakischen KP erstaunt, die nur mit Moskauer Zustimmung vollzogen werden konnte.

Im Herbst 1944 riefen die Kommunisten in einzelnen Ortschaften eine Slowakische Sowjetrepublik aus, um damit die Unterstützung der Bevölkerung für die von der Sowjetunion entsandten Partisanen zu gewinnen. Freilich hatte diese Bemühung keinen Erfolg.

Der Mangel an Widerhall bei der Bevölkerung war sicher verantwortlich für das Scheitern der Partisanenaktion, die man in absichtlicher Irreführung als „Slowakischen Nationalaufstand“ bezeichnete. Die Stellen in Moskau waren sich darüber auch klar. Die bescheidenen deutschen Einheiten in der mittleren Slowakei wären nicht in der Lage gewesen, die Rote Armee aufzuhalten, wenn nicht die slowakische Bevölkerung sowjetfeindlich gewesen wäre (im Schauprozeß Tiso-Durcansky wurde den Angeklagten vorgeworfen, daß sie die Bevölkerung gegen die Rote Armee aufgehetzt hätten, womit festgestellt war, daß die Truppen der Sowjetunion und die Kommunisten auf den Widerstand der Slowaken gestoßen waren).

Beauftragte Moskaus machten viele Versuche, die Vertreter der Slowakischen Republik zur Zusammenarbeit zu gewinnen. Es lag dem Kreml daran, auch für den Fall, daß seine Pläne in Böhmen und Mähren nicht verwirklicht würden, wenigstens die Herrschaft über die Slowakei zu erlangen. Indem Moskau die slowakische Karte in der Hand behielt, konnte es außerdem stets einen Druck auf Benesch ausüben, falls dieser einmal seine Entscheidung bereuen sollte.

Als die Deutschen kapitulierten, standen sie noch fast auf dem ganzen Boden der historischen Länder Böhmens. Die Tschechen waren also mit der Kapitulation frei, ohne schon der Roten Armee gegenüberzustehen. Sie hätten sich für den Westen entscheiden können. Daß sie das nicht taten, beweist, daß sie freiwillig in den Macht-

bereich der Sowjetunion eingingen. Die Kapitulation der Wehrmacht wurde am 5. Mai 1945 unterzeichnet, die Kampfhandlungen wurden am 8. Mai eingestellt. Erst am 9. Mai gelangte die Rote Armee nach Prag, so daß sie also völlig zu unrecht als Befreier bezeichnet wird.

Mindestens die von amerikanischen Truppen besetzten Teile Böhmens hätten wie West-Berlin oder Österreich eine Sonderstellung ohne sowjetische Besetzung erringen können. Die Vertreter der Tschechen aber nutzten auch diese Gelegenheit nicht aus, weil sie ihre Macht über die Slowakei nicht durch eine noch so kleine Spannung mit Moskau gefährden wollten. Sie sahen stets die Gefahr, daß die örtlichen Kommunisten eine Slowakische Sowjetrepublik mit Unterstützung der Sowjetunion tatsächlich errichten könnten. Wirklich wurden 1944, 1945, noch nach der erneuten Schaffung einer Tschecho-Slowakei und selbst noch im Februar 1948 Versuche in dieser Richtung unternommen.

Moskau seinerseits nahm extreme Forderungen der tschechischen Chauvinisten an, weil es die Sympathien der Tschechen gewinnen und behalten wollte. Es gab in der Frage der Slowakei, der sudetendeutschen Aussiedlung sowie des Bevölkerungsaustausches zwischen dem von Prag beherrschten Staat und Ungarn allen tschechischen Wünschen nach. Dafür brachten ihm die tschechischen Chauvinisten das ganze Böhmen ein. Damit besitzt die Sowjetunion in der „böhmischen Festung“ eine geopolitische Bastion, die im Falle einer künftigen Wiedervereinigung Deutschlands von besonderer Bedeutung sein kann.

Große Anstrengungen waren für die Sowjets allerdings nicht nötig. Benesch nahm im März 1945 bei seinen Moskauer Verhandlungen das Programm der tschechischen Kommunisten an und stimmte einer Regierungsbildung nach Gottwalds Wünschen zu. Damit konnte Moskau entscheiden, wann es die nichtkommunistischen Kräfte der Tschechen politisch mattsetzen wollte. Die Kommunistische Partei besaß sehr bald im tschechischen Gebiet mehr Mitglieder als die drei anderen Parteien zusammen, am 28. 11. 1947 ungefähr 15%, am 21. 3. 1948 18,8% der Gesamtbevölkerung.

Auf dieser Grundlage konnten parlamentarisch-demokratische Spielregeln zur Einführung eines kommunistischen Regimes benutzt werden. Schon in der Provisorischen Nationalversammlung besaßen die Kommunisten gemeinsam mit den von ihren Freunden beherrschten Sozialdemokraten die Mehrheit. Bei den Wahlen am 26. 5. 1946 wurden sie die stärkste Partei und erreichten in einigen böhmischen Wahlkreisen wie Aussig, Kladno, Karlsbad allein die absolute Mehrheit, insgesamt 40,3% der Stimmen, gemeinsam mit ihren sozialdemokratischen Freunden 55,9%. Obwohl sie in der Slowakei geschlagen wurden, waren sie stark genug, um für das gesamte Staatsgebiet die Majorität in der Hand zu haben. Sie konnten also jeden Wunsch Moskaus erfüllen und mit parlamentarischen Mitteln einen kommunistischen Staat errichten. Dabei war diese Frage der Mehrheit nicht einmal sehr wichtig, denn die zugelassenen Parteien hätten sich ohnehin kommunistischen Plänen nicht widersetzt.

Moskau kann die Slowaken nicht gewinnen

So wenig wie der Staatspräsident Tiso bereit war, sein Land in Moskaus Machtbereich einzugliedern, ebenso wenig ist das slowakische Volk heute willens, sich als kommunistisches Werkzeug benutzen zu lassen. Die wesentlichen Stützen Moskaus in der Slowakei vertreten tschechische Interessen.

Auch in einer Periode, als man in Böhmen und Mähren noch für die Kommunisten und die Sowjetunion schwärmte, zeigte sich in der Slowakei feindseliger Widerstand. Die slowakischen Kommunisten haben diese Gesinnung nicht ändern können. Wo der slowakische Wähler bei der Wahl vom 26. 5. 1946 seine Ansicht äußern konnte, hat er gegen den Kommunismus gesprochen. Trotz allen Terrors erzielte die kommunistische Partei der Slowakei, nachdem sie sich mit der slowakischen Sozialdemokratie vereinigt hatte, damals nur 30,6% der Stimmen.

Obwohl sich die Kommunisten auf die staatlichen Machtmittel und auf die Rote Armee stützen konnten, waren sie nicht in der Lage, eine größere Mitgliederzahl zu gewinnen. Ihre Partei besaß im Augenblick ihres größten Aufschwungs, im September 1948, nur 48 527 Mitglieder, d. h. 1,4% der Gesamtbevölkerung.

Die Vertreter der tschechischen Interessen bezeichneten sich als Propagandagründen als Demokratische Partei. Sie überließen ohne Anlaß 50% aller behördlichen Stellungen den Kommunisten. Damit zahlten sie dafür, daß die slowakischen Kommunisten der Wiederherstellung der Tschecho-Slowakei zustimmten. Die kommunistische Gefahr machte ihnen dabei wenig aus.

Später verhielten sie sich ähnlich. Nach den Wahlen von 1946 hätten die „Demokraten“ die Kommunisten durchaus aus verschiedenen Machtstellungen drängen können. Das geschah aber nicht. Weiterhin behielt der Kommunist Husák als Vorsitzender des Rates für die Slowakei die Exekutivgewalt in Händen. Er mißbrauchte sie rücksichtslos gegen diejenigen Slowaken, die bei der Wahl vom 26. 5. 1946 zur kommunistischen Niederlage beigetragen hatten. Die Demokraten schützten nicht nur nicht die Opfer des Kommunismus, obwohl sie gerade ihnen ihren Wahlerfolg verdankten, sondern sie hetzten die Kommunisten sogar noch auf. Sie waren froh, wenn auf diese Weise die Vertreter der slowakischen Selbständigkeit beseitigt wurden.

Deshalb war der Terror in der Slowakei schlimmer als in Böhmen. Während die Volksgerichte im tschechischen Gebiet im Mai 1947 ihre Arbeit einstellten, blieben sie in der Slowakei bis zum Ende des Jahres tätig. Während in Böhmen Konzentrationslager erst im November 1948 (Gesetz Nr. 248/1948) eine gesetzliche Grundlage erhielten, geschah das in der Slowakei schon 1945 (durch Verordnung des Slowakischen Nationalrats Nr. 105/1945, gefolgt von Nr. 89/1946, Nr. 7/1948, Nr. 18/1948). Mit der Hinrichtung des Präsidenten Tiso übten die Kommunisten gemeinsam mit Benesch Rache am Widerstandswillen des slowakischen Volkes.

Alle tschechischen Politiker waren einig in der Absicht, die Herrschaft über die Slowakei in der Hand zu behalten. Benesch wollte dort fortfahren, wo ihn das Münchener Abkommen 1938 aufgehalten hatte. 1943 hatte er in London erklärt: „Die Slowaken sollen nicht von einer Autonomie träumen. Man wird in der Slowakei mit der harten Faust regieren.“

Gegen die Tschechen setzten die slowakischen Kommunisten durch, daß in der Kaschauer Regierungserklärung 1945 die These von der Achtung vor nationaler Eigenart erwähnt wurde. Auf genau umschriebenen Sachgebieten sollte danach der Slowakische Nationalrat die gesetzgebende Gewalt ausüben. Die Exekutive in der Slowakei sollte bei einem von ihm eingesetzten Rat der Beauftragten liegen.

In Wirklichkeit allerdings wurden die Befugnisse des Nationalrats immer mehr eingeschränkt. Später wollten die Kommunisten den Prager Zentralismus deshalb stär-

ken, weil sie im Zentralparlament und in der Zentralregierung einflußreicher als in der Slowakei sein konnten. Seit ihrer Niederlage bei den Wahlen vom 26. 5. 1946 setzten sie sich eindeutig für den Zentralismus ein, während ihnen die Slowakei als Hindernis auf dem Wege zur Diktatur erschien.

Moskau hat sich überzeugt, daß die Slowakei nicht kommunistisch werden könne, wenn man sie sich selbst überlasse. Deshalb entzog es dem Selbstständigkeitsstreben seine Unterstützung und setzte sich konsequent für den Zentralismus ein. Am 28. 9. 1948 wurde die Kommunistische Partei der Slowakei aufgelöst. Die slowakischen Kommunistenführer, die ihre Heimat von den Tschechen hatten trennen wollen, wurden liquidiert, verhaftet oder auf ein Nebengleis abgestellt. Der Kommunismus wurde in der Slowakei durch tschechische Kommunisten eingeführt.

Die doppelte Knechtschaft der Slowakei

Da die kommunistischen Hoffnungen in bezug auf die Slowakei nicht in Erfüllung gingen, änderte Moskau seine Politik. Ursprünglich gegen den Willen von Benesch waren besondere Organe mit beträchtlichen Machtbefugnissen für die Slowakei geschaffen worden: Ein Slowakischer Nationalrat als eine Art Regionalparlament und ein Rat der Beauftragten als eine Art Regionalregierung. Die Befugnisse dieser (kommunistischen) Regionalinstanzen wurden Schritt für Schritt beschränkt. In der Verfassung vom 9. 5. 1948 sind sie fast inhaltslos geworden.

Der Nationalrat war als gesetzgebendes Organ gedacht. Doch von seiner Gründung im Jahre 1944 bis zum November 1954 bestand er nur aus ernannten Mitgliedern. Die dann abgehaltenen Wahlen erfolgten nach dem üblichen System der Einheitsliste, brachten also nur Kommunisten oder Kommunistenfreunde in dieses Gremium. Seine Sitzungen werden vom Ministerpräsidenten der Zentralregierung einberufen, vertagt und geschlossen. Paragraph 96 der von den Kommunisten geschaffenen Verfassung der Tschecho-Slowakei beschränkt seine Kompetenz auf die kulturelle Gesetzgebung, — wobei Hochschulen ausgeschlossen bleiben, — das Gesundheitswesen und die Sozialfürsorge, — soweit deren Fragen nicht einheitlich für das gesamte Staatsgebiet geregelt werden, — auf besondere Stiftungen, die in der Slowakei Verwendung finden sollen, auf die Gliederung der Gemeinden und der Bezirke, auf die nicht von einer gesamtstaatlichen Planung erfaßten Straßen, Wasserwege und Wasserwerke, auf die Bodenverbesserungen sowie einzelne Fragen der Land- und Forstwirtschaft, des Handwerks und des Kleinhandels, — schließlich auf Statistik, Forschung, Vormundschaftsrecht und Waisenversorgung, soweit es die Slowakei angeht.

Der Rat der Beauftragten soll nach Paragraph 95 der Verfassung die gesamte Vollzugsgewalt in der Slowakei ausüben, wobei nur Fragen der Landesverteidigung, der Außenpolitik und des Außenhandels ausgenommen bleiben. In Wirklichkeit ist dieses Organ jedoch ein Werkzeug der Prager Regierung, die seinen Vorsitzenden und seine Mitglieder ernennt und abberuft, vereidigt und genau auf ihre Handlungen festlegt.

Regionalparlament und Regionalregierung unterstehen außerdem den Weisungen der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei. Es gibt in der Slowakei nur noch eine regionale Gruppe der einheitlichen Gesamtpartei, die an die Prager Weisungen

gebunden ist. So wirkt auch von der Partei aus nicht das regionale Interesse, sondern der Prager Wille.

Alle Macht liegt in der Hand von ein paar Kommunisten tschechischer Nationalität. Diese Macht bezieht sich seit der Errichtung des staatskapitalistischen Systems auf die Industrie, das Finanzwesen, den Verkehr und den Handel sowie außerdem auf etwas über 44% aller slowakischen Landwirtschaftsbetriebe. Was 1919–38 dem Privatunternehmer vorbehalten war, ist heute ebenfalls der zentralen Gewalt unterstellt.

Frei von Prag und gegen Moskau

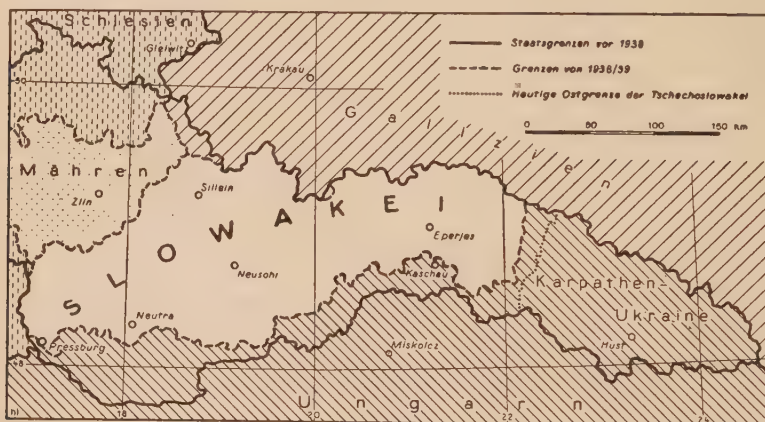
Die Jahre seit 1945 haben gezeigt, daß die Kommunisten sich in der Slowakei nicht einmal auf die wenigen Personen verlassen können, die sich zu ihrer politischen Lehre bekennen. In der Zeit, als man den slowakischen Staatspräsidenten Tiso in einem großen Schauprozess zur Verurteilung brachte, zeigte sich ebenso wie während der Kämpfe gegen antikommunistische Aufständische, daß die Regierung keine Stütze an den slowakischen Soldaten hatte. Die slowakischen Angehörigen der Sicherheitsorgane erwiesen sich als unzuverlässig, als die Klöster und die Geistlichkeit durch die Kommunisten angegriffen wurden und als die Kollektivierungsmaßnahmen gegen die Bauern einsetzten.

So wurden tschechische Truppen, tschechische Sicherheitsorgane und tschechische Grenzwachen in die Slowakei verlegt. Tschechen wurden in die slowakischen Betriebe versetzt, weil die slowakischen Betriebsangehörigen dem Kommunismus Widerstand leisteten. Auch an die Spitze der Kommunistischen Partei in der Slowakei wurde der Tscheche Karel Bacilek gestellt.

Diese Maßnahmen stärkten gleichzeitig die Abneigung gegen die Kommunisten und gegen die Tschechen. Die Menschen der Slowakei sehen handgreiflich, daß die Tschechen bei der Einführung des Kommunismus mitgewirkt haben, aber auch, daß nur dank den tschechischen Kommunisten das Regime in ihrem Lande überhaupt bleiben kann. So überträgt der Slowake seine Abneigung gegen die Tschechen auch auf die Sowjets, wie er umgekehrt seine Abneigung gegen den Kommunismus auf die Tschechen ausdehnt. Das ihn bedrückende Regime ist „tschecho-kommunistisch“. Nach slowakischer Ansicht muß es sowohl in seiner inneren Auswirkung auf die Gesellschaft als auch in seiner volkspolitischen Konsequenz beseitigt werden.

Auf diese slowakische Einstellung lassen Äußerungen führender Kommunisten, eine unaufhörliche Kampagne gegen die frühere Slowakische Republik, gegen das Gedankengut der Slowakischen Volkspartei (nach kommunistischer Ansicht „bourgeois Nationalismus“) und gegen den Separatismus schließen. Nicht nur die Nichtkommunisten, sondern auch die slowakischen Parteimitglieder werden verwarnet, weil sie immer wieder dem „Nationalismus“ erliegen. Bacilek verbietet ausdrücklich seinen Parteifreunden, den Warenverkauf in den Läden Tschechisch sprechenden Kunden zu verweigern oder sich gegen die Erledigung von Akten in tschechischer Sprache zu sträuben. Die Regierung könne nicht dulden, daß die slowakischen Genossen eine von Böhmen unabhängige Wirtschaftseinheit bilden wollten, denn ohne tschechische Hilfe könne sich der slowakische Kommunismus nicht halten.

Zwar können sich die Slowaken nicht offen gegen das Regime wehren, weil sie heute keine Kampfmittel besitzen. Doch sind sie unbestreitbar potentielle Verbündete der freien Völker. Freilich müssen die maßgebenden Politiker des Westens diese Tatsache einsehen. Bis jetzt diente ihre Tendenz in der slowakischen Frage mehr kommunistischen als eigenen Interessen. Das Interesse des Westens verlangt eine Unterstützung des slowakischen Selbständigkeitswillens.



ZUR ITALIENISCHEN BODENREFORM

Während der Drucklegung des im Augustheft der Zeitschrift für Geopolitik erschienenen Aufsatzes von Friedrich Wagner über die italienische Bodenreform wurde in Rom die Regierung Scelba durch das Kabinett Segni abgelöst. Neben anderen Fragen spielte dabei auch die Bodenreform eine Rolle. Segni ist selbst Gutsbesitzer, war aber als Landwirtschaftsminister De Gasperis maßgebend an der gesetzlichen Vorbereitung der Agrarreform beteiligt, deren Durchführung unter Scelba am Widerstand der liberalen Koalitionspartner scheiterte. (Segni hat das Gesetz auf seinen eigenen Besitzungen durchgeführt.)

Segni mußte die Koalition der „Vier“ (Christliche Demokraten, Liberale, Republikaner, Sozialdemokraten) erneuern, um eine Mehrheit zu finden, aber er weiß, daß Italien nur durch soziale Reform einen Weg in die Zukunft findet. Auf dem Parteitag, den die Christlichen Demokraten im August auf der Mendel bei Bozen abhielten, bekannte er sich zu einer Po-

litik der Grundsätze jenseits aller taktischen Gerissenheit. Er hatte am Tage vorher in Trient den toten De Gasperi gewürdigt: „Er war der erste italienische Staatsmann seit der Renaissance, der auch im politischen Leben die moralischen Werte bekräftigte, die man zuvor immer als auf den Bereich des privaten Lebens beschränkt angesehen hatte. . . Rousseau sagte, man müsse die Menschen zwingen, frei zu sein. De Gasperi war anderer Ansicht; er glaubte, man müsse die Menschen nicht zur Freiheit zwingen, sondern für die Freiheit überzeugen. Diese Methode verbannt die Gewalt und räumt der Diskussion den ersten Platz ein. . . Die sozialen Reformen vom Fanfani-Plan bis zur Steuer- und Agrarreform wären nicht durchgeführt worden, wenn De Gasperi sie nicht mit ganzem Herzen gewollt hätte. Es ist eine Legende, daß er immer das Kompromiß gesucht habe. In Wahrheit ließ er sich niemals von seinen Prinzipien abbringen, den Grundsätzen des sozialen Christentums.“

EMDEN

Mit dem Amtsantritt des Regierungspräsidenten Hamann in Ostfriesland beginnt dessen publizistische Erschließung, die seine Wiederaufbaupläne und neue Sonderprojekte weiten Kreisen außerhalb des Landes Niedersachsen in ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung erklären sollen. Die Provinz gehört zu den „unentwickelten“ Gebieten in der Bundesrepublik, relativ gesprochen, und Hamann ist mit Recht der Meinung, daß sie zunächst einmal in der Leute Mund kommen muß, wenn die Stellen, die das Geld für die Pläne bewilligen können, die Hände auftun sollen. Wohl in erster Linie dieser Absicht dient das jüngst vorgelegte Bändchen über den Emder Hafen.

Der früher preußische, heute niedersächsische Staatshafen Emden kommt immer nur für kurze Waffenstillstandszeiten aus seinen naturbedingten Krisen heraus, — so scheint es weitergehen zu sollen, und so war es in der Vergangenheit. Friesische Händler im 10. Jahrhundert und Freibeuter im 15., später die Häuptlinge aus dem Cirksenageschlecht und danach Hamburg, Napoleon, Hannover, und ab 1866 Preußen waren die Herren des Hafens, der seinen ersten großen Aufschwung erlebte, als Preußen den Dortmund-Ems-Kanal baute und so die Wirtschaftssymbiose Ruhr-Meer herstellte, von dem Gedanken beherrscht, daß das Ruhrgebiet nicht auf eine Wasserstraße allein

angewiesen bleiben dürfe. Das war 1901. Emden wurde zum Speditionshafen.

Aber der Kanal muß erweitert werden. Einst plante man ihn für 1500-t-Schiffe, jetzt wird er für nur 1000 gebaut. Erz- und Kohlekais, Lagerhäuser, Werften und Ausrüstungsfirmen, — alles ist in genügender Größe vorhanden oder wird demnächst fertig, so eine neue Kohlenumschlaganlage und riesige Erzlagerflächen. Lösch- und Ladeleistungen sind allen Anforderungen gewachsen, — aber der Kanal muß schnell gebaut und die Bahntarife müssen wie die früheren preußischen auf die Besonderheit Emdens neu abgestimmt und geordnet werden.

Sehr gute Aufnahmen, die den größten Teil des Bandes ausmachen, geben dem Binnenländer Einblicke in Hafendetails und ergänzen den Text aufs beste. Wir denken an die Aufnahme des Zusammenspiels von Seeschiff, Binnenschiff und Bahn, wenn wir dem Büchlein wünschen, daß es besonders denen in die Hände geraten möge, die dabei sind, westdeutsche Verkehrspolitik zu gestalten, — damit sie Emden nicht vergessen.

Willy Münch

Der Emder Hafen, Text: O. H. Thiessen, Aufnahmen: L. Schumacher, Heft 2 der Wirtschafts- und heimatkundlichen Schriftenreihe im Kommissionsverlag J. Röling, Emden 1955.

ROLF GARDINER

Frankfurt an der Oder — Leuchtturm im Osten

Das Musikheim

Das Musikheim in Frankfurt an der Oder gehört zu den bedeutsamen Schöpfungen unseres Jahrhunderts. Es war die Frucht der Zusammenarbeit und des gegenseitigen Verständnisses zwischen ein paar human gesinnten Politikern und hohen Beamten, die in der Zeit der Weimarer Republik kurz Macht und Einfluß besaßen. Es war eine vorgeschobene Stellung für eine junge Generation, die nach Jahren des Abenteuers und der Neuentdeckung verschütteter Werte ihre Aufgabe in der Erneuerung der europäischen Kultur mit ihren Formen und Werten aus den Wurzeln

heraus erkannte, indem sie landschaftlich gebundene Mittelpunkte für die Selbsterziehung und den geistigen Wiederaufbau schaffen wollte.

Unter diesen Mittelpunkten, die bald durch die Springflut der nationalsozialistischen Umwälzung überschwemmt werden sollten, war das Musikheim einzigartig. Es wurde 1927 durch Georg Götsch im Plan entworfen. Finanziert wurde es einerseits durch den weitblickenden preußischen Kultusminister Carl Heinrich Becker, andererseits durch den vernünftigen und realistischen Frankfurter Oberbürgermeister Dr. Kinne, gebaut wurde es 1928–29 durch den genialen Architekten Otto Bartning. Von seiner Eröffnung am 15. Oktober 1929 an war es unter der Leitung von Götsch ohne Unterlaß bis zum Januar 1942 in Betrieb, als es zu einem Kriegslazarett gemacht wurde. Heute liegt es hinter dem Eisernen Vorhang. Es soll als Stadttheater Verwendung gefunden haben.

Diese interessante Anstalt war als Heimstätte für einen Mann und seine Mitarbeiter gedacht, an der er das fortführen sollte, was er schon tat. Dadurch unterschied es sich von einem gewöhnlichen *College*, für das zuerst ein Lehrplan vorliegt und für das man erst nachträglich einen geeigneten Leiter mit den passenden Lehrkräften sucht. Der Kultusminister Becker sah selbstverständlich die Ausbildung von Tausenden von Lehrern in dem größten deutschen Teilstaat als seine Verantwortung vor sich. Er wollte diesen Lehrern Kurse für Musik und Bewegung einrichten, von denen aus insbesondere die Volksschulen mit dem Geist und dem Handwerk der Musikbewegung erfüllt werden sollten, die der Wandervogel in Gang gebracht hatte und die in Fritz Jöde, Walter Hensel und Georg Götsch führende Persönlichkeiten hatte.

Die persönliche Freundschaft Beckers mit Götsch bildete nur eine der fruchtbaren Geistesgemeinschaften, die zwischen diesem bemerkenswerten Staatsmann und jüngeren Männern bestanden. Götsch besaß eine Konzeption, die an Kühnheit und Weite über die praktische Forderung des Kultusministers hinausging. Das Musikheim sollte nicht nur ein Mittelpunkt für die musikalische Auffrischung und Neuerziehung sein, sondern ein Kraftwerk für die geistige Belebung der ostdeutschen Landschaften, für die Gesundung und Neubesiedlung einer europäischen und christlichen Grenzprovinz. Nur ein Mensch, der die ungeformte Wildnis Sibiriens und Rußlands erlebt hatte und der nicht nur die traditionsreichen Landschaften Südwestdeutschlands und Österreichs, sondern auch England, Skandinavien und die Niederlande liebte, sah klar, worauf es ankam. Dabei fand er die Unterstützung der gesündesten Elemente in der deutschen Jugendbewegung, der Bündischen Jungmannschaft, und einer Handvoll englischer Freunde, die wußten, daß Europa und alle ihre geistigen Werte verloren wären, wenn Deutschland durch das totalitäre Fieber Rußlands oder den Maschinenwahnsinn Amerikas erdrückt würde.

Das ostdeutsche „Vakuum“

Die deutschen Ostprovinzen jenseits von Elbe, Oder und Weichsel waren Kolonialboden. Das heißt, daß sie außerhalb der karolingischen Christenheit lagen, wie die kleinasiatischen Provinzen solange außerhalb des hellenischen Mutterlandes lagen, bis einander folgende Wellen von Siedlern Jonien schufen. Der Deutsche Orden, die

Zisterzienser, die Hanse, die Gilden und die Bauern, – sie alle wirkten bei dem kulturellen Aufbau in der Slawenmark mit, die ein amerikanischer Historiker als „die große Leistung des gemeinen Volkes im mittelalterlichen Deutschland“ bezeichnet hat.

Im 19. Jahrhundert lag Preußens Stärke in seinem Verwaltungssystem, für dessen Entwicklung im hohen Grade der große Freiherr vom Stein, selbst ein Rheinländer, verantwortlich war, und in seiner Armee, die durch Friedrich den Großen ihre Prägung erhalten hatte. Der geistliche und missionierende Trieb, der die grobe und rauhe Kolonisation des Mittelalters durchdrungen hatte, war zu einem Ethos von Herrschaft und Dienst verweltlicht worden.

Man sah das am besten an den Grundbesitzerfamilien, deren große Güter mehr oder weniger als landwirtschaftliche Fabriken für die westdeutschen Märkte betrieben wurden, während die früher gutsherrlichen Bauern schlecht bezahlte Landarbeiter geworden waren, da bei der sogenannten Bauernbefreiung Steins gesunde Ideen durch seinen Nachfolger Hardenberg falsch angewandt wurden. Was also hier an Begabungen oder Ehrgeiz erwuchs, strebte in die westdeutsche Kulturzone. Die Bauern strömten zu den großen Bergwerken und Fabriken an der Ruhr, ihre Stellen wurden durch polnische Lohnarbeiter eingenommen. Ostdeutschland entleerte sich, mindestens wurde es gesellschaftlich und kulturell zu einem Vakuum, während die Grundeigentümer, die nicht über ausreichendes Kapital verfügten, die Töchter rheinischer Großindustrieller heirateten und damit die Unheilige Allianz zwischen dem preußischen Adel und dem modernen Unternehmertum zuwege brachten, die Preußen in den Ruf des militanten Materialismus brachte.

Diese geschichtliche Erinnerung ist notwendig zum Verständnis des Geistes der deutschen Jugendbünde in einer Zeit, in der die Abtretung von Provinzen und der Verlust von Märkten durch den Versailler Vertrag Ostdeutschland zur Achillesferse der deutschen Politik machte. Da Überseekolonien fehlten, ging der deutsche Handel sowie die Hoffnung einer Siedlungspolitik traditionsgemäß nach Osten, Nordosten und Südosten. Die Aufweichung und Veränderung der in Versailles gezogenen starren Grenzen in eine Völkergemeinschaft föderativer Art war, wie Rauschnig und andere erklärt haben, eine Notwendigkeit der deutschen Politik. Aber Geduld war knapp unter den Ingredienzien der deutschen politischen Küche, und Hitlers fanatische Ungeduld vertrat Gewaltlösungen, die nur zum Kriege führen konnten.

Das Musikheim als Magnet

Als das Musikheim entstand, war der politische Druck noch nicht scharf, bald darauf aber setzte er mit zunehmender Bedrohlichkeit ein. Kultusminister Becker sah die Lage aus dem Blickwinkel seiner neuhumanistischen Schulpolitik. Oberbürgermeister Kinne, dem die zentrale Stadt an der Oder anvertraut war, wußte, daß er die mittlere Ostmark fördern und Frankfurt zu einer bedeutenden und kultureichen Provinzhauptstadt zu machen hatte. Für Georg Götsch bildete das Musikheim den lebenspendenden Knotenpunkt eines viele Adern durchlaufenden Kraftstroms rhythmischer Lehre, eine Werkstatt des gesunden und ganzheitlichen Lebens. Es sollte wie ein Magnet im Osten liegen. In seiner herben Luft sollten Menschen, zugezogen

aus ganz Deutschland und dem Ausland, innere Erneuerung finden, — und eine ausstrahlende Mitte schaffen.

Otto Bartning kam ihm mit Phantasiebegabung, konstruktivem und elegantem Denken bei der architektonischen Gestaltung zu Hilfe. Hier fand ein genialer Architekt einen klaren Bauauftrag. Er teilte mit Götsch dessen Gedanken über Bewegung, Rhythmus, über das persönliche und das gemeinschaftliche Leben. Man gab ihm ein Grundstück am Rande der vorbildlich angelegten westlichen Vororte Frankfurts, wo in sparsamer Schönheit die Roggenfelder des sandigen Bodens neben sanft geschwungenen Moränendünen zum typisch ernsten Kiefernwald der Mark anstiegen. Auf dem Grundstück fand er einen Obstgarten, und eine große Holzscheune sah nach Süden über einen schilfbedeckten Teich.

Bartning baute seine große Halle an der Stelle, an der die Scheune gestanden hatte. Das zweistöckige Studentenhaus wurde in einem Rechteck um den oberen Rand des Teiches herumgezogen; am Nordende der Halle lag ein Flügel mit den Geschäftszimmern und Vorlesungsräumen. In den Schutz dieser strengen Linien stellte der Architekt einen runden Turm, der unten den Speisesaal und oben ein Sitzungszimmer enthielt. Nach Norden grenzte er den Obstgarten durch eine Feldsteinmauer ab, in die entfernte Ecke der Umzäunung setzte er die drei Dozentenhäuser. So wurde die gegebene Lage meisterhaft genutzt. Es entstand die Atmosphäre einer in sich geschlossenen Örtlichkeit, die es sonst bei keinem modernen Schulgebäude Deutschlands gibt, die eher an ein Kloster oder ein *College* erinnert. Der Stil und die Anmut des Ganzen waren ebenso wie die Einrichtung modern und sachlich.

Das Heim besaß 31 Zellen, Wohnzimmer für Studenten, so daß die ganze Hausgemeinschaft einschließlich der ansässigen und besuchsweise anwesenden Lehrkräfte, des Hauspersonals und des Gärtners kaum mehr als 50 Personen zählte. Die intensive Lern- und Übungsarbeit einer kleinen Gemeinschaft gab dem Musikheim die persönliche Bindung und die Konzentration. Die Zahlen wurden größer, wenn die Studenten Arbeitslager abhielten. Dann summite das Musikheim mit dem Geist einer zielbewußten Kameradschaft und spontaner Fröhlichkeit. Die Planierung der Rasenfläche und Wege im Garten wurde von einer hemdlosen jubelnden Jungmannschaft in fünfstündigen Schichten an frostigen Märzorgen durchgeführt. Am Nachmittag fanden strenge Chorübungen statt, Männertänze und Laienspielproben, wobei das Stück entweder besonders improvisiert oder von Martin Luserke geschrieben worden war. Dazu gab es ernsthafte Aussprachen und Seminare über Themen wie: „Möglichkeiten des beruflichen Einsatzes der jüngeren Generation im Osten.“ Obwohl der Tageslauf ausgefüllt war, blieb Zeit für lustige Einfälle, für tolle Streiche und für Wanderungen. In der frohen Männergemeinschaft der körperlichen Arbeit und des musischen Lebens herrschte ein Geist der Heiterkeit und des Humors. Alles, was geschah, hatte einen ungezwungenen Stil und Schmiß.

Englische Mitwirkung

Ein ähnlicher Geist beflügelte die Zusammenkünfte eines englisch-deutschen Singkreises, in dem sich die von Götsch sorgfältig ausgesuchten Sänger mit Gruppen englischer Tänzer und Spieler zusammenschlossen, aus denen später der Kern des

Springhead Ring wurde. Diese Zusammenkünfte bildeten Auftakt und Ende gemeinsamer Fahrten durch Ostdeutschland und führten die Engländer in Städte und Landschaften, in die sich sonst ihre Landsleute selten verirrt. In die abgelegenen Städte brachten die Gruppen als Gastgeschenk ihr gewöhnliches Programm der Kirchenkonzerte, des Tanzens auf dem Marktplatz oder des Marionettentheaters von Harro Siegel. Noch bevor das Musikheim amtlich eröffnet wurde, hielt eine englisch-deutsche Gruppe in den ganz neuen Gebäuden ihren Sommerlehrgang ab. Sie gab ein Konzert in dem großen, backsteingotischen Mariendom Frankfurts und erstaunte die Bevölkerung mit einer Abendvorstellung englischer Männertänze vor dem hansischen Rathaus.

Nach ein paar kurzen Jahren war das Musikheim zu einem weit ausstrahlenden Leuchtturm in der dämmernden Ostmark geworden. Eine Stätte der geistigen Sammlung und Nahrung für die Kulturträger der schwächer werdenden Mittelpunkte der Landschaft. Es schien kaum glaublich, daß die Kraft, die hinter diesen Ausstrahlungen stand, von einer kleinen Gruppe europäisch gesinnter Männer ausging. In weniger als einem Jahr besaß das Musikheim die Atmosphäre eines „alten“ Hauses. Schon hatte es eine eigene Tradition. Das kam daher, daß es als Heimstätte und Mittelpunkt für einen schon existierenden Kreis geschaffen worden war, nicht aber als Gehäuse, für das man erst einen neuen Inhalt suchte. Es kam auch daher, daß Bartning die Idee hinter der ganzen Sache begriffen und die gegebenen Möglichkeiten großartig ausgenutzt hatte.

Leben gegen Versteinerung

Die alltägliche Grundlage des Musikheims bildeten Achtwochenkurse für ausgewählte Volksschullehrer. Provinzialbehörden sandten die Kursusteilnehmer dreimal im Jahr in das Musikheim wie in ein Verjüngungsbad. Der Vergleich mit einem Bad paßt vielleicht überhaupt, da im Tageslauf abwechselnd Schockbehandlung, Reinigung, Einweichen und Entspannung vorgesehen war.

Der gewöhnliche deutsche Volksschullehrer unterschied sich als Mensch doch sehr stark von dem übermütigen, dabei weltoffen realistischen Angehörigen der Deutschen Freischar. Auch wenn er noch nicht 30 Jahre alt war, hatte er sich doch schon in der Selbstgerechtigkeit und inneren Resignation des selbstherrlichen Pädagogen festgefahren. Für Menschen dieser Art war die vom Musikheim gebotene Kost oft nur schwer zu verdauen. Die Mehrzahl erfuhr eine seelische und geistige Beunruhigung, eine Auflösung aller versteinernenden Vorstellungen, die sie aus ihrer bürgerlichen Welt mitbrachten. Diese Krise war aber schöpferisch, und es war erstaunlich, wie neuer Eifer und neue Elastizität in Männern und Frauen dieser Art ausgelöst werden konnten. Viele kamen zu Wiederholungskursen und waren zu strahlenden Anhängern der Lehren des Musikheims geworden. Ihre Wirkung auf die ihnen anvertrauten Kinder, auf ihre dörfliche und örtliche Umgebung, wo sie eine leitende Stellung einnehmen sollten, muß stark gewesen sein.

Die Musikheimkurse waren nicht nach „Fächern“ zusammengestellt. Sie faßten Musik, Sprache und Bewegung als Einheit auf. Diese Idee der Ganzheit kam nicht aus einer Theorie, sondern empirisch aus der Erfahrung und der Beobachtung organischer Ausdrücke der Kunst und des handwerklichen Schaffens. Die große Über-

lieferung des naturnahen Ackerbaues und des Handwerks, auf der die hohen Türme der europäischen Kultur errichtet worden sind, ist in der Gegenwart immer stärker zersetzt worden. Die Umwälzung in der Wirtschaft und Technik hat zu künstlichen Maßstäben und Methoden geführt und damit die Sitte und Kunstfertigkeit von Jahrhunderten unterhöhlt. Wir leben in einer Gegenwart, die sich durch abstraktes Denken aus dem Zusammenhang der Überlieferung gelöst hat.

Gegen diesen allgemeinen Erdrutsch der organischen Gesellschafts-, Arbeits- und Lebensformen sind viele Einzelpersonen und Gruppen aufgestanden, um eine innere Erneuerung und eine Wiederherstellung alter Werte zu erreichen. Die deutsche Jugendbewegung, die Götsch als „Gewissen des deutschen Volkes“ bezeichnete, war auch nur ein Versuch, zu den Quellen der echten Menschlichkeit in der Natur, der Kunst und der Gemeinschaft zurückzukehren. Ein anderer Versuch wurde in den berühmten Gymnastikschulen Deutschlands unternommen oder in vielen Mittelpunkt der Naturheilkunde. Auch die unter dem Einfluß von Rudolf Steiner einsetzende Bewegung für eine organische Auffassung der Landwirtschaft, die heute in England praktische Bedeutung gewonnen hat, gehört hierher, ebenso die Wiederbelebung des Kunsthandwerks und der Handfertigkeit in der Schule oder die Erneuerung des religiösen Laienspiels. All dies sind Zeichen für einen schöpferischen Widerstand gegen die zerstörenden und zersetzenden Kräfte einer mechanisierten Gesellschaft. Man kann schwer sagen, wie weit sie die Auswirkungen der Technik abwandeln können, aber es läßt sich nicht leugnen, daß sie von Bedeutung sind.

So stand die Auffassung, die Götsch und seine Kollegen von der Musikerziehung hatten, im Gegensatz zu vielen Strömungen, die seit der Renaissance die Oberhand gewonnen hatten. Kunst und Wissenschaft hatten sich von ihrem gemeinsamen Ursprung gelöst, um sich als unabhängige Ausdrucksmöglichkeiten des menschlichen Geistes und der Seele zu spezialisieren. In der Kunst hatte das professionelle Spezialistentum die Oberhand gewonnen, mehr und mehr hatte sie sich von dem Leben der landschaftsverbundenen und fest verwurzelten Gemeinschaft getrennt.

Europas Aufgabe

Angesichts der sich verschärfenden Krise in den selbstherrlich gewordenen Künsten, der Trennung des Künstlers von seinem gesellschaftlichen Ursprung und den seelischen oder ästhetischen Mangelerscheinungen des Alltagslebens hatten Götsch und seine Freunde den Begriff der „Musischen Bildung“ entwickelt. Der Ausdruck stammt von dem Philosophen Hans Freyer. Er kam in den zwanziger Jahren rasch in Gebrauch, wenn man Bemühungen beschreiben wollte, durch die man die Kunst mit ihrem Ursprung, ihrer Wurzel, ihrer Urform wieder in Zusammenhang bringen wollte. Götsch hat noch kürzlich in einem Aufsatz die Methode der „Musikalischen Erziehung“ der „Musischen Bildung“ gegenübergestellt. Er versuchte, die Sackgasse zu zeigen, in die täglich der Musikunterricht führt, sein Versagen vor der menschlichen Forderung in einer aus den Fugen geratenen, rhythmuslosen Welt. Gegen deren Unfruchtbarkeit und Verzweiflung verkündet er die Idee der „Musischen Bildung“, die man vielleicht am besten begreift, wenn man die Kunst als soziale Therapie und Vorhof der Religion auffaßt. Diese Lehre ist nicht im geringsten nur ein neues Beispiel des deutschen Theoretisierens, obwohl manchmal ihre Überhöhung

oder Verzerrung zu einer Ersatzreligion angegriffen wird. In ihr kristallisiert sich der weit verbreitete Zusammenklang rhythmischer Formen des unmittelbaren Lebens mit sozialen Bedürfnissen zu bewußter und vernünftiger Gedanklichkeit.

Das Frankfurter Musikheim war eine Versuchsstation dieses unmittelbaren künstlerischen Könnens und seiner Zusammenführung mit dem Leben einer Landschaft. Noch heute lebt sein Einfluß nicht nur in den Lehrgängen der „Musischen Gesellschaft“, an deren Spitze noch immer Götsch steht, sondern in der Tätigkeit zahlloser Gruppen und Gesellschaften, die selbst musizieren.

Wenn Europa die Krise überleben soll, die durch die übertriebene Betonung der Naturwissenschaften in Amerika und Rußland, durch die Zusammenfassung von Macht und Technik beschleunigt worden ist, dann braucht es viele derartige Mittelpunkte seelischer und künstlerischer Erneuerung. Hohe Kunst und Kultur können nicht gedeihen, wenn sie nicht in einer allgemeinen Überlieferung wurzeln. In diesem Sinne hat Georg Götsch gesagt: „Wenn man Freude an den hohen Türmen eines Gebäudes hat, muß man sich vergewissern, daß seine Fundamente feststehen. Das ist heute unsere Aufgabe.“

GEORG GÖTSCH

Unter den noch lebenden Führern des Wandervogels ist Georg Götsch vielleicht die markanteste Erscheinung. Denn aus dieser Bewegung, die er vor und nach dem Ersten Weltkrieg mitformte, schöpfte er die Grundimpulse eines vielseitigen und reich gestaltenden Lebens.

Als Sohn eines märkischen Formermeisters wurde er am 1. März 1895 geboren und verbrachte seine Kindheit in der proletarischen Armut Nordberlins. Der Wandervogel aber führte ihn auf zahllosen Fahrten durch die weiten Landschaften des deutschen Raumes.

Sehr früh fand sein musikalisches Talent ein Wirkungsfeld im Leben der wandernden Jugend. Es begleitete ihn als jungen Soldaten an der West- und dann an der Ostfront und blieb eine Quelle des Trostes während fünf grimmiger Jahre der Kriegsgefangenschaft 1915 bis 1920. Dort, in primitiven Lagern, entwickelte sich seine Begabung als Gestalter von musischen Formen aus den Elementen heraus, als Künstler des Alltags, der aus dem Nichts das Handwerk zur Liturgie erhebt.

Diese harten Erfahrungen ermöglichten die meisterliche Lösung erzieherischer Praxisfragen, denen er zunächst als Volksschullehrer in Berlin begegnete. Seine

geniale Begabung erweckte das Interesse des preußischen Kultusminister C. H. Becker, zu dem Götsch, der seinen eigenen Vater nie kannte, bald in geistige Sohnschaft trat. Becker veranlaßte sein Musikstudium in Berlin. Götsch war aber schon so weit verwickelt im regen Leben der jungen Musikbewegung Fritz Jödes, daß er immer aktiver in Anspruch genommen wurde, und die geplante Staatsprüfung mußte unterbleiben.

Bald wurde er unter den Köpfen der Jugendmusikbewegung neben Jöde als kulturpolitische Persönlichkeit erkannt. Gleichzeitig wirkte er, zusammen mit Ernst Buske und Hans Dehmel, als Gründer der bündischen Jungmannschaft, als Schöpfer der freiwilligen Arbeitslager der studentischen Jugend und als verantwortlich für wichtige Auslandsfahrten und Projekte dieser Jugend. Männlicher Formensinn, Organisationstalent und eine gewisse politische Begabung glichen hier ein künstlerisches Temperament aus. In diesen Jahren wirkte Götsch als nie ermüdende Kraft.

Ein Berliner Jugendchor, die „Märkische Spielgemeinde“, wurde Träger seiner persönlichen Lebensanschauungen und kulturellen Ziele. Auf Fahrten nach Österreich, Norwegen, England und Hol-

land brachte dieser Chor das Leben des jungen musischen Deutschland zu gutem Ruf. Als a-capella-Dirigent besonders der Bachschen Motetten, zeigte Götsch eine unvergleichliche Begabung für das tänzerisch-Rhythmische im chorischen Singen.

Die Kenntnis des slawischen Ostens, ergänzt durch eine Rußlandreise im Sommer 1926, machte die kurz darauf folgende Begegnung mit England um so entscheidender für seine Entwicklung. Denn Götsch teilte in seinem deutschen Wesen sowohl die Liebe zur kontinentalen Weite wie die Hingabe zur gärtnerischen Inselhaftigkeit der Meeresvölker. Ein früher Aufsatz: „Deutschland zwischen Rußland und England“ gab diesen Einsichten prägnanten Ausdruck.

Mit seinem englischen Freund Rolf Gardiner bemühte er sich nun um eine kulturpolitische Vereinigung der gleichberechtigten Völker an Nord- und Ostsee, eine Zielsetzung, die sich ein Führerkreis nordeuropäischer Jugend 1926 in Rendsburg gestellt hatte. Diese Idee der Sammlung der Kräfte an Nord- und Ostsee kam nur mühselig voran gegenüber der Südosttrichtung des „Tatkreises“ und der Haushoferschen Schule. Jedoch wurde sie zäh vertreten und durch eine große Anzahl deutsch-englischer Unternehmungen verfochten.

Unterdessen formte Götsch den Plan zur Gründung eines Stützpunktes im deutschen Osten. Im Jahre 1929 baute Otto Bartning das Musikheim in Frankfurt an der Oder. Von diesem Jahr bis zum Februar 1942 leitete Götsch dieses einzigartige Institut als Direktor und eigentlicher Kopf. Das Musikheim war eine Synthese seiner sämtlichen Anschauungen und Bestrebungen, eine unvergeßliche Leistung.

Ein schleichendes Siechtum und der aufzehrende Kampf mit seinen finsternen

Gegnern während des „Dritten Reiches“ machten Götsch zum kranken Mann. 1945 glaubte er, sein Ende sei nicht allzuweit. Seit zehn Jahren aber ficht er für die Wirklichkeit und für die Idee der Ganzheit musischer Bildung, — zunächst in einzelnen Lehrgängen in Süddeutschland, dann in Hessen nördlich und südlich der Mainlinie. Eine Neugründung des Musikheims in bescheidener Form auf dem Schloßberg zu Marburg a. d. Lahn ist zur Zeit im Gange.

Als Mensch ist Georg Götsch eine weit beachtete aber auch scharf umstrittene Figur. Er, der Lenker gemeinchaftlichen Lebens, ist ein ausgesprochener Individualist, ein Lyriker nicht nur als Liederdichter sondern auch als Landschaftsmaler. Er schreibt ein sehr klares, aber gleichzeitig gewähltes Deutsch. Seine Rede ist hochpersönlich, überzeugend, bildhaft, gewürzt mit Witz und Humor. Seine mimische Begabung darf auch nicht verkannt werden.

In seinem Kern priesterlich veranlagt, ist Götsch neben Adolf Reichwein einer der lebendigsten Lehrmeister, die aus den Reihen der deutschen Jugendbewegung hervorgegangen sind. In England wird er als Vertreter einer europäischen Kantorentadition verehrt. Zu seinem 60. Geburtstag feierten 1955 seine englischen Freunde den deutschen Meister mit einer Veranstaltung musischer Festlichkeiten auf Springhead und in London. Kein Führer der deutschen Jugendbewegung hat je eine ähnliche Beachtung und Würdigung im Ausland gefunden. Diese feste Tatsache aber beweist, daß der Geist des Wandervogels nicht nur eine romantische Angelegenheit der Deutschen war, sondern auch ein Trieb aus den konservativen Wurzeln des Abendlandes.

Rolf Gardiner

Die in den einzelnen Beiträgen zum Ausdruck kommenden Ansichten decken sich keineswegs immer mit der Meinung der Schriftleitung, zum Teil sind sie ihr entgegengesetzt. Die Schriftleitung fühlt sich verpflichtet, allen Stimmen Gehör zu verschaffen, deren Vorhandensein bei einem Bemühen um Realismus zur Kenntnis genommen werden muß oder die ein wichtiges Gespräch in Gang bringen können. Darüberhinaus enthält der Abschnitt „Freie Aussprache“ genau das, was seine Überschrift sagt.

Verlag: C. W. Leske, Darmstadt / Druck: L. C. Wittich, Darmstadt / Verantwortlich für den Inhalt: Professor Dr. K. H. Pfeffer, Hamburg 36, Gänsemarkt 35 I.
Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 1.

Österreich im Zeichen der Koexistenz

Die Darstellung der außenpolitischen Situation Österreichs setzt die Kenntnis der weltpolitischen Tatsachen voraus, die letzten Endes dafür maßgebend waren, daß Österreich seine Freiheit erlangen konnte, die aber ebenso maßgebend bleiben für die außenpolitische Aktivität, die von uns entfaltet werden kann.

Das Risiko des Atomkrieges verändert die Weltpolitik

Es hat sich gezeigt, daß den Spannungsfaktoren, deren erster der österreichische Staatsvertrag war, eine kumulative Wechselwirkung zukommt, daß eine Kettenreaktion ausgelöst wurde. Es sind viele Betrachtungen über die Motive der Sowjetunion angestellt worden. Ich habe das Gefühl, daß wir uns dabei oft im Bereich des Spekultativen bewegen, weil wir kaum in der Lage sind, für die wirkliche Haltbarkeit mancher Thesen auch einen eindeutigen Beweis zu erbringen. Die praktisch brauchbarste These kann doch nur die sein, die uns Außenstehenden die größte Kontrollmöglichkeit ihrer Richtigkeit bietet.

Und so wage ich die Behauptung, daß wir ganz einfach die Revision einer Politik erlebt haben, die sich als unrichtig erwiesen hat. Das ist zur rechten Zeit in der Weltgeschichte leider nicht oft der Fall gewesen.

Es hat sich gezeigt, daß wir mit den Methoden des Kalten Krieges in die unentrinnbare Nähe des heißen Krieges, den niemand wirklich wollen kann, getragen worden sind. In der ersten Phase des Kalten Krieges sehen wir, daß einer der Antagonisten rasche, scheinbar risikolose Erfolge zu erzielen vermochte. In der zweiten Phase kommt es zur Sammlung der Gegenkräfte, die nun in einer Politik des *Containment* das weitere Vordringen aufhalten. Das *Containment* war kein Heilmittel, an ihm konnte die Welt nicht gesunden; als Palliativ fixierte es zwar die schwärenden Wunden, heilte sie aber nicht.

Die neue Politik hingegen kann beiden Teilen zum Nutzen werden. Diese überraschende Möglichkeit des allgemeinen Vorteils macht alle Welt stutzig. In unserer heutigen Situation erscheint mir die erste Pflicht der Mut zum neuen, voraussetzungslosen Denken zu sein, zu einem Denken, das mit den alten Voraussetzungen bricht, die in unsere Welt nicht mehr passen. Ein großartiges Beispiel hierfür hat uns Präsident Eisenhower mit seinem Vorschlag über die gemeinsame Nutzung der Atomenergie gegeben.

Vielleicht darf ich vorschlagen, daß die Honorierung eines Wechsels, der oft gezogen, bei der Präsentation immer zu kriegerischem Protest ging, unter den neuen Umständen als möglich angesehen wird. Es erscheint mir nicht ausgeschlossen, der Promesse des gesunden Menschenverstandes Vertrauen zu schenken. Unter der Drohung kollektiver Vernichtung bietet ein Ausgleich, ja selbst ein Stillhalteabkommen, wirklich nur Vorteile für alle. Ich lasse die Frage positiver Ziele, z. B. das der echten Friedensliebe, außer Betracht; mir genügt die negative Interpretation: Der einsehende Gedanke, den Krieg im eigenen Interesse zu scheuen.

Die Koexistenz und die Weltrevolution

Für die neue weltpolitische Lage wurde der neue Terminus der Koexistenz geprägt. Meiner Ansicht nach ist das Wort von der „friedlichen Koexistenz“ nicht etwas begrifflich Neues in der Weltpolitik. Es handelt sich nur um einen neuen Ausdruck für das, was es immer wieder in der Geschichte gegeben hat, nämlich um das Streben nach einem Gleichgewichtszustand der Großmächte. Das einzig Neue scheint mir hier zu sein, daß diesmal mit dem Wort „Existenz“ oder „Koexistenz“ tatsächlich an die Wurzel dieses Begriffes gegangen wird. Ein Atomkrieg stellt die Existenz der Staaten und Völker wirklich in Frage.

Ich bin mir vollkommen darüber im klaren, daß gerade jetzt von vielen Seiten die besorgte Frage gestellt wird, ob denn der Kommunismus auf die Ideen zu verzichten bereit ist, die an seiner Wiege Pate gestanden sind. Ich bin der letzte, der die Behauptung wagen würde, daß dies der Fall ist.

So sehr die tragenden Ideen einer revolutionären Umwandlung durch die Realität verdünnt werden und ihr ethischer Inhalt bis auf homöopathische Dosen herabgesetzt wird, so kann doch eine Bewegung nicht auf die Hochhaltung der Ideologie des Ausgangs verzichten, ohne sich selbst ihre Existenzgrundlage zu entziehen.

So wenig ich also leugne, daß die Verbreitung des Kommunismus über die Grenzen des nun gegebenen Machtbereichs hinaus auch weiterhin Maxime bleiben wird, vielleicht stärker in der Form der Mentalreservation, so behaupte ich, daß wir, die demokratische Welt, auch diesen Sachverhalt angenommen, die größeren Chancen haben. Haben wir denn wirklich so wenig Grund zum Vertrauen in unsere eigenen Möglichkeiten? Müssen wir die Rolle des sprichwörtlichen Kaninchens akzeptieren, reg- und widerstandslos angesichts der Kobra unseren eigenen Untergang erwarten? — Ich glaube, daß gerade in einer Welt des Friedens die Wettbewerbschancen im Bereich des Gesellschaftlichen für uns gut sind.

Die Koexistenz und die Möglichkeiten der Freien Welt

Ich glaube, daß wir in der demokratischen Welt große Möglichkeiten einer evolutionären Regeneration besitzen. Vergessen wir nicht, daß die großen Sozialreformen immer auf dem Boden der Demokratie verwirklicht wurden. Selbst der Umstand, daß in den letzten fünfzig Jahren zwei Weltkriege ungeheuerste Verschwendung verursacht haben, konnte diese Entwicklung nicht aufhalten.

Wir alle waren Zeugen und Nutznießer des Marshallplans, einer weltweiten Maßnahme, die nur aus der Demokratie wachsen konnte. Ich wage die Behauptung, daß uns eine solche Maßnahme, wäre sie von uns in den Jahren der großen Weltwirtschaftskrise und ihrer katastrophalen politischen Konsequenzen in Mitteleuropa in ähnlicher Form ergriffen worden, vor den furchtbaren Folgen bewahrt hätte, deren Opfer wir und im weiteren Sinne die ganze Welt geworden sind.

Ich glaube also, daß wir im wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und sozialpsychologischen Bereich durch die sich nun möglicherweise anbahnende neue Form der friedlichen Konkurrenz zwischen den Weltmächten unseren Demokratien neue Impulse geben könnten.

Asien und Afrika — eine dritte Weltmacht

Wir erleben in unseren Tagen wie sich in den weiten Gebieten Asiens und Afrikas alte Völker zu neuen Nationen formieren. Diese Menschengruppen haben mit unvorstellbaren Schwierigkeiten zu ringen. Sie melden ihren Anspruch, vollberechtigt in unsere Welt einzutreten, ohne Rückhalt an. Ministerpräsident Nehru formulierte diesen Anspruch bei der Konferenz von Bandung mit folgenden Worten: „... jetzt herrscht ein anderer Geist in Asien, wie wir alle wissen. Asien ist heute nicht mehr passiv, es ist nicht länger ein unterwürfiges Asien, es hat die Unterwürfigkeit zu lange toleriert. Das Asien von heute ist dynamisch. Asien ist voll des Lebens ...“

Ministerpräsident Nehru spricht groß, schön und bedeutend, aber wir alle wollen seine Sätze nicht als Ästheten, sondern als Politiker wiegen. Legen wir seine Worte auf die Waage, so müssen wir das unendlich große Gewicht der Menschen, in deren Namen er spricht, dazulegen. Aus diesem unendlich großen Gewicht, das wir so erkennen können, erwächst uns eine unendlich große Aufgabe, nämlich den Völkern Asiens und Afrikas zu helfen, das Tor in eine Welt des Wohlstandes aufzustoßen.

Welche Ideen die asiatische Welt für ihre neue Ordnung übernehmen wird, wissen wir nicht. Es unterliegt jedoch keinem Zweifel, daß sich diese Völker, die viele hundert Millionen zählen, nicht in einer Art und Weise fernlenken lassen, wie dies bei kleinen Satelliten bisher möglich war, wahrscheinlich aber in einer Welt der friedlichen Koexistenz auch bei diesen in Zukunft nicht ohne große Schwierigkeiten möglich sein wird.

Alles erlaubt die Annahme, daß in diesen Räumen eine dritte Welt entstehen wird. Ihr Verhältnis zu uns dürfte wesentlich von unserer Bereitschaft abhängen, die historisch-ökonomische Schuld abzutragen, die wir in den Augen der asiatischen und afrikanischen Völker auf uns geladen haben. Es müßte doch möglich sein, durch einen Zusammenschluß unserer wirtschaftlichen Kapazitäten und auch Risiken, die eine solche Aktion unzweifelhaft in sich trägt, nicht nur eine historische Schuld abzutragen, sondern auch in unserem eigenen Interesse den sich ständig modernisierenden Werkstätten unseres Wirtschaftsraumes auf Jahrzehnte hinaus Arbeit und Entwicklungsmöglichkeiten zu sichern.

Integration Europas oder Commonwealth?

Die weltpolitische Konstellation nach dem Zweiten Weltkrieg, die relative Schwäche eines politisch und ökonomisch stark differenzierten Europa haben das Denken gerade der besten Europäer in die Richtung einer europäischen Einigung gedrängt.

Eine relativ weitgehende Zusammenarbeit konnte auf militärischem Gebiet eingeleitet werden, aber es scheint mir höchst problematisch, diese Integration als Unterpfand und konstruktives Element einer Vereinigung des europäischen Kontinents zu überschätzen. Wir dürfen nicht vergessen, daß der Ursprung dieser Allianzen die gemeinsame Furcht war. Ihr Geringerwerden — etwa als Folge einer weltweiten Entspannung — müßte somit folgenschwere Konsequenzen für die Integrationsbestrebungen Europas haben. Ebenso scheint es mir kein erfolversprechender Weg zu sein, die „Vereinigten Staaten von Europa“ nach dem Vorbild der „Vereinigten Staaten von Amerika“ zu planen, denn die USA sind historisch ganz anders gewachsen.

Wie überhaupt jeder Versuch, die Integration Europas nach einer Schablone verwirklichen zu wollen, höchst unrealistisch wäre. Wenn wir zum Beispiel die wirtschaftliche Arbeitseinteilung in Europa in ihrer heutigen Form zur Grundlage eines integrierten Europa machen wollten, so würde das bedeuten, daß ein Agrarland für immer vorzüglich ein Agrarland bleiben müßte, während sich gleichzeitig die Entwicklungstendenzen eines Industrielandes potenzieren würden. Die dynamischen Kräfte der Gliedstaaten in ihrem Streben nach höherem Lebensstandard würden über kurz oder lang die Union aufbrechen.

Da scheint mir eher die Form des *Commonwealth* gegeben. Das britische Imperium hat sich aus der zu starren, der Variation und auch Mutation im Völkerleben ökonomisch, politisch und kulturell nicht mehr gerecht werdenden Form zu einer neuen, lockeren Einheit entwickelt, und es wäre schon sehr viel, wenn die politische Zersplitterung Europas in ähnlicher Weise überwunden werden könnte. Von einer solchen Einheit, die die Freiheit mit Koordination zu verbinden weiß, könnten leicht neue Brücken der Koexistenz geschlagen werden.

Besetzung oder Neutralität

In dieser Welt des Umbaus, noch zögernder Planung, die annimmt und verwirft, experimentiert und konzipiert, soll nun Österreich ein außenpolitisches Prinzip vertreten, von dem viele glauben, daß es, da aus einem vergangenen Jahrhundert stammend, heute keine praktische Anwendbarkeit mehr besitzt. Wir haben uns zum Prinzip der Neutralität bekannt, und es darf nicht übersehen werden, daß es für Österreich keine Alternative zwischen Neutralität und einem Anschluß an ein Bündnissystem gegeben hat. Die Alternative Österreichs war beschränkter: im besten Fall *status quo* oder Neutralität.

Genau besehen, wäre denn dieser *status quo* nicht die passive Neutralisierung gewesen, die Neutralisierung durch Besetzung? Wo lag also die Alternative für ein Volk, das im Rahmen der Gegebenheiten sein Schicksal selbst bestimmen wollte?

Die von uns erklärte Neutralität gibt uns das Recht und die Möglichkeit, das notwendige Korrelat zu verlangen: die garantierte Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit Österreichs.

Die Neutralität Schwedens, der Schweiz und Österreichs

Die Politik der Neutralität scheint mir sehr kompliziert zu sein, denn sie erfordert ein Stellungnehmen, das unabhängiger gestaltet werden muß als bei einem Staat, der Mitglied eines festen Bündnissystems ist.

Es gibt in Europa zwei Staaten, die sich im wesentlichen zum Prinzip der Neutralität bekennen, Schweden und die Schweiz. Die schwedische Neutralität ist nicht wie die der Schweiz ein Bestandteil der Verfassung oder in irgendeiner Form von Großmächten garantiert. Sie stellt auch keine durch ein Abkommen mit einem oder mehreren Ländern übernommene Verpflichtung dar. Es handelt sich vielmehr darum, daß Schweden in friedlichen Zeiten eine Politik zu führen beabsichtigt, die eine völkerrechtliche Neutralität im Falle eines Krieges möglich machen soll. In der schwedischen politischen Terminologie zieht man es daher vor, die eigene Politik eher als eine Politik der Allianzfreiheit als eine der Neutralität zu bezeichnen.

Die schweizerische Neutralität dagegen ist eine durch die Großmächte erfolgte Anerkennung eines seit langem bestehenden völkerrechtlichen Zustandes, wobei diese Mächte die Unversehrtheit und Unverletzlichkeit des schweizerischen Gebiets ausdrücklich gewährleisten. Also umfaßt diese Gewährleistung eine Garantie des Gebietes und auch eine Garantie der Neutralität. Von schweizerischer Seite wurde aber immer wieder betont, daß die Mächte aus der übernommenen Garantie kein Recht zu selbständigen Eingriffen ableiten können. Das geht deutlich aus einer Erklärung des Bundesrates während des Ersten Weltkrieges hervor, in der es heißt: „Die Eidgenossenschaft nimmt für sich allein das Recht in Anspruch, darüber zu entscheiden, ob und unter welchen Bedingungen es ihr angezeigt erscheinen würde, die Hilfe fremder Mächte anzurufen.“

Bei den Besprechungen der österreichischen Regierungsdelegation in Moskau wurde auch österreichischerseits eine ähnliche Haltung eingenommen. Diese Haltung hat offenbar in eindeutiger Weise die Zustimmung der Sowjetunion dadurch gefunden, daß als einzige Richtschnur für die Neutralität Österreichs die außenpolitische Praxis der Schweiz aufgestellt wurde.

Es wurde von österreichischer Seite immer wieder betont, daß die Neutralität eine außenpolitische Maxime darstellt und keinerlei Konsequenzen für die Innenpolitik haben kann. Es mag in diesem Zusammenhang interessant sein, daran zu erinnern, daß Metternich aus der Erklärung der Mächte am Wiener Kongreß auch das Recht ableitete, in der Schweiz zu intervenieren, falls die einzelnen Kantone sich nicht den Grundsätzen der Heiligen Allianz gleichschalten sollten. Der schweizerische Völkerrechtler Prof. Edgar Bonjour schreibt hierüber:

„Der österreichische Staatskanzler machte also seine Anerkennung der schweizerischen Neutralität von einer gewissen Haltung der Eidgenossenschaft abhängig. Damit gab er den Verträgen von 1815 eine höchst eigenwillige, völkerrechtlich ganz unhaltbare Auslegung.“

Es versteht sich von selbst, daß die österreichische Neutralität gerade deshalb, weil sie in der schweizerischen ihr Vorbild sieht, keinen anderen Standpunkt einnehmen kann, als ihn die Schweiz seit 1815 praktizierte und durchsetzen konnte.

Die österreichische Variante der Neutralität

Österreich strebt die Mitgliedschaft bei den Vereinten Nationen an. Darin liegt allerdings ein beachtenswertes Unterscheidungsmerkmal zur schweizerischen Neutralitätspolitik. Aber es ist wesentlich, zu betonen, daß dieses österreichische Bestreben eine Anerkennung der Signatarmächte in der Präambel des Staatsvertrages gefunden hat.

Es wird ohne Zweifel notwendig sein, die Aufnahme Österreichs in die Vereinten Nationen zu betreiben — und dies im Gegensatz zu der emeritierten Neutralität der Schweiz. Aber schon jetzt haben sich Stimmen erhoben, die vor den Schwierigkeiten warnen, die sich aus den dann notwendigen Stellungnahmen Österreichs im Rahmen dieser Organisation ergeben, vor den Schwierigkeiten für ein militärisch neutrales Österreich zwischen Ost und West.

Dies soll gar nicht gelegnet werden, doch Neutralität bedeutet nicht passive Abstinenz. Den zugegebenen Schwierigkeiten, die einem neutralen Österreich durch

eine Mitgliedschaft bei den Vereinten Nationen erwachsen können, steht aber ein Zuwachs an Sicherheit gegenüber, der aus der Mitgliedschaft bei dieser größten und universellsten Organisation entspringt.

Wenn also auf der einen Seite die österreichische Neutralität völkerrechtlich sehr stark der schweizerischen ähnelt, so liegt in dem Umstand, daß Österreich die Mitgliedschaft bei den Vereinten Nationen anstrebt, wieder eine Ähnlichkeit zur Außenpolitik Schwedens, und es liegt die Annahme nahe, daß sich demgemäß eine eigene österreichische Neutralitätsvariante zwangsläufig wird entwickeln müssen.

Den Inhalt unserer Neutralität werden wir selbst zu bestimmen haben, und die Neutralität Österreichs wird von der der Schweiz und Schwedens so verschieden oder ihr so ähnlich sein, wie das geographische und geschichtliche Profil dieser beiden Staaten dem Österreichs ähnlich ist oder von ihm abweicht.

Österreich und die Integration

Die praktische Frage, in welchem Ausmaß sich Österreich an den Integrationsbestrebungen Europas beteiligen kann, wird sehr wesentlich davon abhängen, in welchem Maße diese Bestrebungen durch die eingetretene weltpolitische Entspannung verstärkten Auftrieb erhalten werden. Österreich wird, davon bin ich überzeugt, jeder konstruktiven, aufbauenden Konzeption seine Kraft leihen. Jedwede sinnvolle Verflechtung übernationaler Interessen einer größeren Völkergemeinschaft wird von Österreich aufmerksamst geprüft und mit großer Aufgeschlossenheit akzeptiert werden. Österreich muß aber darüber hinaus – und ein Blick auf die Landkarte macht das deutlich – aus grundsätzlichen Überlegungen einer Wiederbelebung des Kreislaufes zwischen Ost und West freundlich und interessiert gegenüberstehen.

Österreich ist lebensfähig

Es ist klar, daß für die Beurteilung der außenpolitischen Situation Österreichs innerwirtschaftliche Faktoren als Grundlage aller Überlegungen ausschlaggebend sind. Österreich war nach 1918 wirtschaftlich nicht lebensfähig, und so starb auch nach schweren Konvulsionen seine Freiheit, seine Unabhängigkeit und seine Souveränität. Österreich ist nun wieder frei, unabhängig und souverän. Seine wirtschaftlichen Ressourcen bilden eine solide Basis für diese Freiheit. Trug die Erste Republik bis an ihr Ende das fatale Stigma der Lebensunfähigkeit, so bezweifelte niemand nach kurzer Bestandszeit die Lebensfähigkeit der Zweiten.

Wie zeigt sich nun Österreich nach den Katastrophen vor zehn Jahren und nach einem Aufbau von zehn Jahren: Eine stabile Währung, Vollbeschäftigung, ein Außenhandel, der die besten Jahre der Ersten Republik weit in den Schatten stellt. Die wirtschaftlichen Hilfsquellen des Landes sind bedeutend. Österreich besitzt einige der größten Kraftwerke Europas und baut seine Energiereserven in raschem Tempo aus. Seine wichtigsten Eisenbahnlinien werden in naher Frist elektrifiziert sein. Damit wird der Kohlenimport reduziert und die Zahlungsbilanz weiterhin verbessert werden können. Seine hochmodernisierte Eisen- und Stahlindustrie hat sich zusammen mit der chemisch-metallurgischen und der Papier- und Textilindustrie einen angemessenen Platz auf den Weltmärkten gesichert.

Das nun wiedergewonnene Öl bringt der Volkswirtschaft, ungeachtet der Lieferverpflichtungen an die Sowjetunion, die sich aus dem Staatsvertrag ergeben, ein Aktivum, dessen Höhe sich heute noch nicht voll abschätzen läßt. Darüber hinaus besitzt Österreich noch großen Reichtum an Holz, Magnesit, Braunkohle und anderen wertvollen Rohstoffen.

Die Modernisierung der Landwirtschaft hat große Fortschritte gemacht, und sie ist nun in der Lage, das Land gut zu versorgen.

Man mag zur Idee der Verstaatlichung stehen, wie man will, eines scheint mir unbestritten zu sein: Die Verfügungsgewalt des Staates über viele Betriebe wird verhindern, daß Österreichs Schwerindustrie und Österreichs Rohstoffe in den Besitz ausländischer Konzerne fallen, die vor 1938 einen so verhängnisvollen Einfluß auf die österreichische Wirtschaft hatten und eine politische Entwicklung vorbereiten halfen, die zum Untergang unseres Landes führte.

Allerdings soll nicht gelegnet werden, daß noch eine ganze Reihe von wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Problemen der Lösung harren.

Österreich hat aber alle Voraussetzungen, um zu einem prosperierenden Klein-, ja Mittelstaat Europas zu werden. Das Bekenntnis zur Kleinstaatlichkeit, das ich hiermit ausspreche, steht in keinem Gegensatz zu meiner durchaus positiven Einstellung zu einer weitgehenden Integration. Die übersichtlichen, nicht ins Weltweite führenden Probleme eines Kleinstaates lassen sich viel leichter von seinen Bürgern begreifen und ermöglichen so auch eine Demokratisierung der Außenpolitik. Nicht die Integrierung der Kleinstaaten in eine höhere Einheit ist das Problem, sondern gerade umgekehrt: die Großmächte sind die schwer assimilablen.

Es gibt Personen und Kreise, nicht durchaus reaktionär, die an alte, übernationale Einheiten zurückdenken und in ihnen eine Lösung für die Zukunft sehen wollen. Ich glaube und sage es ganz offen, daß es für uns wenig Sinn hat, sich partiell-föderativen Träumereien hinzugeben. Solche Föderationspläne lassen sich doch in diesem Teil Europas nur dann realisieren, wenn die übrige Welt bereit wäre, sie zu akzeptieren. Ließen sich aber solche Föderationen realisieren, dann glaube ich, daß die Welt bereits zu noch großzügigeren Lösungen reif wäre.

Durch leidvolle Erfahrungen wissen wir, daß die letzte Garantie für die Freiheit und Unabhängigkeit Österreichs in der Erhaltung des Friedens in Europa liegt. In einem in seiner Sicherheit gefährdeten Europa würde auch die Neutralität Österreichs nur ein höchst relatives Maß an Sicherheit gewährleisten. Und so zeigt sich, daß die Problemstellung der österreichischen Außenpolitik von der anderer Länder Europas nicht verschieden ist, sie ist überschattet von der uns alle bewegenden Frage nach dem Schicksal unserer Welt.

ZUR SITUATION MITTELEUROPAS

Sehr geehrte Herren!

Senator Plates Aufsatz über die Seeverkehrsströme betont Mitteleuropas Rolle zwischen Land und Meer (Oktober 1955). Dazu darf ich bemerken:

Geopolitisch war bis 1945 die maritim-kontinentale Brücke im nordatlantisch-eurasischen Hochkulturbereich fünffältig gegliedert. Den maritimen Machtpol bildete US-Amerika, dann folgte West-

europa, Deutsches Reich, Osteuropa und schließlich der kontinentale Pol, die UdSSR. Anderweitig bestand auch vielfach eine drei- (z. B. Iran, Türkei) oder viergliedrige (z. B. China-Japan) Brückenbildung.

Seit 1945 ist das mittlere, europäische Glied zerstört und geteilt, jedoch ungleich in einen westlichen (Bundesrepublik mit etwa 75 Prozent) und einen östlichen Teilstaat (DDR mit etwa 25 Prozent geopolitischem Potential des Restreiches). Es liegt somit ein vierfältiges oder sechsfältiges Brückensystem vor, je nachdem, ob man den beiden deutschen Teilstaaten eine Sonderfunktion zuteilen will oder nicht. Die Besatzungsmächte bemühen sich seit 1948 in der Tat, die ihnen zugeordneten Teilstaaten instand zu setzen, in gewissem Umfange wieder selbständige politisch-technische Funktionen und Aufgaben zu erfüllen. Mit den verschiedenen Abmachungen im Frühjahr 1955 sind die formalen Voraussetzungen hierfür in weiterem Rahmen gegeben worden.

Welches auch immer die Ursachen für die gegenwärtigen Entspannungs- und Abgrenzungstendenzen, insbesondere des Ostens, mit offensichtlich längerfristigem Charakter sein mögen, so lassen sich für den europäischen Teilraum einige fundamentale Gegebenheiten feststellen, die in jedem Falle ihr Schwergewicht geltend machen werden:

Die atlantischen Seemächte werden auch bei einer sehr weitgehenden Entspannung nicht auf mehr oder weniger raumtiefte Installationen im westeuropäischen und mediterranen Küstenbereich zugunsten des US-amerikanischen Rüstungspotentials verzichten können (Brückenkopffunktion).

Die beste Befriedung zwischen kontinentalen Staaten dürfte in der Regel durch Schutzzonen (Pufferzonen) möglich sein. Nur sie bieten eine ausreichende Kontrolle gegenüber Grenzverletzungen und anderen Zwischenfällen. Dementsprechend ergibt sich die Notwendigkeit einer Schutzzonenbildung zwischen dem kontinentalen Brückenkopf der Seemächte im Westen Europas und dem eigentlichen Machtkern des eurasischen Herzlandes.

Abgesehen von der unmittelbaren, isolierenden Funktion zwischen den beiden

Weltmächten müßte eine Schutzzone auch in sich soweit homogen sein, daß die Gefahr von Bürgerkriegen wie Satellitenkonflikten ohne unmittelbares Eingreifen der Weltmächte weitgehend ausgeschlossen ist. Es dürfte einleuchten, daß die Schutzzone am rationellsten ihre Aufgaben als Auffang- und Trennsystem (Filterfunktion) durch eine möglichst große und ausgedehnte Kombination europäischer, jeweils nur begrenzt gerüsteter Staaten erfüllen wird. In der Praxis stehen diesen Anforderungen erhebliche Schwierigkeiten gegenüber, die aus dem ungleichen Gewicht und der Dynamik verschiedener Faktoren herrühren.

Naturgemäß kann ein Befriedungssystem nur an der jetzigen Grenzscheide beginnend aufgebaut werden, und beide Teile müssen dazu beitragen. Der hohe Potentialdruck je Raumeinheit im Alt-kultur-Europa erschwert jede elastische und großzügige Handhabung einer Schutzzonen-Regelung. Entsprechende Erfahrungen haben die beiden europäischen Ableger und jetzigen Weltmächte (USA und UdSSR) seit 1945 genügend machen können.

Die Beibehaltung des gegenwärtigen vierfältigen oder sechsfältigen Systems (mit nur kleinen Einsprengungen durch neutrale Staaten), bei dem sich der volle Wehrdruck der beiden Weltmächte in Deutschland unmittelbar berührt, zudem belastet mit den Unsicherheiten der deutschen Frage, bietet keine befriedigende Sicherheit gegen Zwischenfälle und Spannungen. Eine echte Schutzzone liegt nicht vor. Die unmittelbare Grenzzone reicht nur vom westlichen bis zum östlichen Schlagbaum in Mitteleuropa.

Etwas wirksamer, wenn auch noch sehr unvollkommen, wäre eine Befriedung, bei welcher — je nach der Einschätzung grundsätzlicher wehrtechnischer und politischer Notwendigkeiten — das westliche Deutschland und gegebenenfalls weitere östliche Randgebiete der westlichen Welt einerseits, andererseits das östliche Deutschland und gegebenenfalls andere westliche Randstaaten der östlichen Welt mehr oder weniger von der hochgerüsteten Wehrgrenzzone über ein wenig oder gering fremd- und mehr oder weniger

eigengerüstetes Vorfeld zur nur noch eigengerüsteten Schutzzone umgebildet würde. Es läge so ein verbessertes Sechssystem vor. Fließend wäre auch ein Übergang zu einem Vierersystem denkbar. Zumal, wenn im Zuge einer wirklich stärkeren Befriedung und bei weiterem Fortschreiten der Wehr- und Transporttechnik die Schutzzonen weiter nach Westen und Osten ausgedehnt werden können, im Westen z. B. mehr oder weniger ganz Frankreich umfaßten. Zu bedenken ist u. a., daß bei einem solchen Vierersystem die UdSSR in Osteuropa in dem Maße unmittelbar stark vertreten bleiben wird, in dem die osteuropäischen Staaten potentialmäßig nicht in der Lage sind, den zugeordneten, westlichen Staaten ein Gleichgewicht zu bieten, wobei selbstverständlich das Hauptgewicht der beiden Weltmächte sich eine Fernbalance halten müßte.

Wie steht es nun um die Wiederherstellung eines Fünfersystems oder von etwas Ähnlichem? Hier ist zunächst zu bemerken, daß angesichts der heutigen Wehrtechnik Mitteleuropa nicht mehr als vollwertiges, starkes Glied in einem Fünfersystem wie vor dem letzten Kriege denkbar ist. Es wäre hochgerüstet zu labil und anfällig für sich und in bezug auf seine Nachbarn. In einem Fünfersystem müßte die deutsche Frage jedoch eine Lösung finden. Logischerweise wären die schon bisher neutralen Staaten hierbei in das mittlere Glied (Schutzzone) einzubeziehen. Es ist aber kaum empfehlenswert, die Schutzzone so schmal zu bemessen, daß sie z. B. nur auf Schweden, Deutschland, die Schweiz, Österreich, die Tschechoslowakei, Ungarn, Jugoslawien beschränkt würde, so daß diese Staatengruppe die Null-Linie zwischen den beiden Machtpolen bilden müßte. Die Raumtiefe wäre jedenfalls schon bei der heutigen Luftwehrtechnik sehr gering.

Im übrigen wäre offen, wieweit eine Notwendigkeit bestünde, das zweite und vierte Glied als Vorfeld je einer der beiden Weltmächte beizubehalten. Aus einem Fünfersystem könnte sich also unter gewissen Bedingungen ein Dreiersystem entwickeln, was wohl im Sinne dieser

Ausführungen die beste Stabilität gewährleisten könnte. Hierzu wären anliegende und gleichwertige Teile der heutigen westlichen und östlichen Systeme zu einer einzigen Zone zu vereinigen. (Die Verschiedenartigkeit der Regierungssysteme kann hierbei als sekundär ohne Einfluß gelassen werden.)

Zu erwähnen ist noch, daß Westdeutschland als Potential mehr darstellt als der östliche Teilstaat. Es ist schwer denkbar, daß die Westmächte es ohne zusätzliche Gegenleistungen vom Osten zur Wiedervereinigung freigeben. Sofern ein starker Wiedervereinigungswille im westdeutschen Teilstaat entstände, der die Wiedervereinigung quasi um jeden Preis forderte, bestände für die Seemächte die Gefahr, daß sie ihr Pfand ohne vollwertige Gegenleistung des Ostens abgeben müßten, sofern nicht vom Osten zugleich weitere Freigaben oder Zugeständnisse zu erreichen wären. Umgekehrt versucht der Osten, sein Pfand nur zu einem angemessenen Preis zu tauschen.

Es ist anzunehmen, daß wir in den nächsten Monate Versuche der Weltmächte und ihrer Satelliten erleben werden, eine neue Ordnung zu finden. Jedes Territorium, jeder Staat und jedes Volk in Europa werden hierbei sehr sorgfältig abgewogen werden, und es wird sich zeigen, welche Bindekräfte und welche trennenden Schranken verschiedener Art bestehen und sich durchsetzen können. Ob sich der Druck der verklammerten Weltmächte insgesamt auch nur etwas über Europa lockern wird, hängt nicht zuletzt von verschiedenen Entwicklungen ab, die zu einer Neubewertung der gesamten weltstrategischen und -politischen Situation geführt haben und führen werden. Mit der Atomstrategie verlieren kleinere Räume an Bedeutung. Sie können gegebenenfalls einer Ordnung und einem Kräftespiel überlassen werden, das mehr den traditionellen Formen entspricht. Vergessen dürfen die kleineren Ordnungen natürlich nicht, daß über ihnen ein weltweites Gerüst voller Gefahren ruht. Ein Kondottierespielen würde nicht ungestraft bleiben.

Richard Wettlaufer

SELBST UNTER DEN HUNNEN LIESS SICH LEBEN

Der vierte Band der Reihe byzantinischer Geschichtsschreiber bringt die im Exzerptenwerk des byzantinischen Kaisers Konstantinos überlieferten Gesandtschaftsberichte der beiden Historiker Priskos (5. Jahrhundert) und Menander (6. Jahrhundert).

Priskos und Menander sind Gegensätze. Priskos war selbst dabei, Menander arbeitet nach Quellen. Priskos schildert, was er gesehen hat. Menander berichtet, was er gehört hat. Die Darstellungen des Priskos werden durch Rhetorik eingeschränkt; er hört sich gerne reden und gestattet dies auch seinen Gestalten. Seine Schilderung der Residenz des Attila ist bemerkenswert: die Holzhalle, die Tischordnung, der große Fürst und seine Kinder, die Zelte und die Namen der Stämme, die im Heere des Attila vertreten sind.

Uns, die wir in eine Epoche eingetreten sind, in der das Mittelmeer endgültig zu einem Nebenschauplatz der Geschichte geworden ist, steht jene Zeit besonders nahe, in der sich um das, was von der antiken Kultur geblieben ist, die Völker aus dem Norden, Osten und Süden, wie um ein wärmendes Feuer in der Nacht, lagern und einander die Plätze an diesem Feuer streitig zu machen suchen. Hunnen, Awaren, Türken, Germanen und Slawen treten auf, ihre Namen werden aufgerufen, sie warten darauf, in das Licht der Geschichte vorzurücken. Die Germanen selbst sind noch nicht in die Überlieferung des Mittelmeeres vorgerückt, sie gehören noch dem breiten Völkergürtel an, der sich von der Nordsee bis zur chinesischen Mauer erstreckt. Es geht zu wie bei einem Spiel mit gegeneinander prallenden Kugeln. Ein Stamm, etwa die Türken, setzt sich aus der östlichen Weite in Bewegung, und alle anderen Stämme werden ergriffen. Tauchen sie an den Grenzen des Byzantinischen Reiches auf, dann versuchen die gewandten Römer, sie durch Geldspenden, Geschenke und Verhandlungen hinzuhalten, abzudrängen oder in bestimmte Siedlungsräume zu leiten.

Überläufer spielen eine große Rolle, bei Friedensschlüssen wird jeweils lange darüber verhandelt, ob und wieviel von ihnen auszu-

liefern seien, um sie dann als abschreckendes Beispiel für die stets schwankenden Bundesgenossen öffentlich ans Kreuz zu schlagen.

Priskos schildert ein Gespräch, das er mit einem griechischen Kaufmann aus einer Donaustadt hatte, der bei deren Eroberung durch die Hunnen einem Vornehmen dieses Volkes zugesprochen worden war. Der Kaufmann war mit seinen neuen Herrn gegen sein eigenes Volk ins Feld gezogen, hatte Beute gemacht, sich losgekauft und lobte nun das Leben bei den Hunnen, das ihm mehr Freiheit biete als jenes unter den Griechen. Die Hunnen führten, wenn der Krieg zu Ende sei, ein freies sorgloses Leben, sie genössen die Früchte der Tapferkeit, und niemand störe sie dabei. Bei den Römern aber sei es anders, dort käme man leichter um, weil sich die Vornehmen hüteten, selbst in den Krieg zu gehen aus Furcht vor den Tyrannen. „Im Frieden aber liegen die Dinge noch ärger, und zwar wegen der drückenden Steuern und der Ränke gewissenloser Schufte, für die die Gesetze nicht gelten. Verstößt ein Reicher und Mächtiger gegen das Gesetz, so braucht er keine Strafe zu zahlen; ein Armer hingegen, der sich nicht zu helfen weiß, muß mit der gesetzlich festgelegten Strafe rechnen, wenn er nicht schon vor der Urteilsverkündung, durch einen langwierigen Prozeß aufgerieben, aus dem Leben scheidet.“

Man erinnert sich an die Schilderungen der Kirchenväter, wie in den verödeten Städten alles flüchtet, sobald nur der Steuereinnehmer auftaucht, und an die Rede des Gregor von Nazians an den Steuerbeamten Julian, doch daran zu denken, daß der Heiland gerade zur Zeit der Steuerlistenauflegung geboren worden sei.

Ein mißglückter Attentatsversuch auf Attila wird geschildert, bei dem die ganze Unzuverlässigkeit dieser durch Überläufer zersetzten Gesellschaft zutage kommt.

Menander ist trockener, er stellt den Kampf von Byzanz gegen die persische Großmacht dar, bei dem sich Byzanz mit den Steppenvölkern des Ostens gegen Persien verbündet. Immer wieder werden Verhand-

lungen von List und Tücke geführt. Die jungen Völker prahlen mit alten Stammes-sagen, die sie nun über ihre vergrößerten Herrschaftsgebiete ausdehnen wollen.

Auch dieses Bändchen enttäuscht die Erwartung nicht, mit der man seit der Ankündigung der Reihe die aufeinanderfolgenden Erscheinungen verfolgt. Es ist hohe Zeit, daß uns die byzantinische Geschichte näher gebracht wird; denn es war ein Fehler, die byzantinische Überlieferung ganz allein dem Osten zu überlassen. Jetzt, da die Welt

selbst in Gärung geraten ist, begreifen wir dieses Ausharren einer griechischen Besatzung mitten in der Umschichtung ihrer Zeit wie in einem Brückenkopf, hinter dem sich das Abendland formen kann.

Bruno Brehm

Byzantinische Geschichtsschreiber, Bd. IV. Byzantinische Diplomaten und östliche Barbaren. Verlag Styria, Graz-Wien-Köln 1955. 223 Seiten, frz. Brosch. Sch. 38,40.

FLÜCHTLING AUS EIGENER WAHL?

Die 5. Generalversammlung der Europäischen Forschungsgruppe für Flüchtlingsfragen (AER) fand in Finnland vom 10. bis 15. August 1955 statt.

Die wagemutigste These dieser Tagung wurde von Prof. Emile Sicard, *Institut International d'Etudes et de Recherches Diplomatiques*, Paris, ausgesprochen: Der Flüchtling hat stets die Möglichkeit der Wahl. Alle Märtyrer haben die Wahl gehabt. Es geht nur um die Entscheidung zwischen Leben und Tod.

Der griechische Flüchtlingssohn aus Kleinasien, Professor Hadji-Dimou, Athen, sieht das Wesentliche aller Bevölkerungsverschiebungen infolge Flucht in den daraus folgenden Wandlungen der Wirtschaftsstrukturen. Der Raum selbst kann das Ausmaß von Flüchtlingsströmen bestimmen, wofür Professor Manohar Sardesai, Bombay, das indische Flüchtlingsproblem als Beispiel anführte. Raumgründe haben zur Teilung Indiens, damit zur unvorhergesehenen Flucht von 15 Millionen Menschen (in einem Jahr) und zur Ermordung weiterer 200 000 geführt. Keinerlei Statistik konnte über den Umfang der Massenflucht zwischen Pakistan und der Indischen Union in beiden Richtungen Auskunft geben. In dem „metaphysischen Stadium Indiens“ war die Religion als soziales Prinzip Antrieb der Flüchtlingsströme, wirkte aber nicht als ordnendes Prinzip im Sinne einer Beseitigung religiöser Minderheitengruppen im Bereich des indischen Volkes.

Auch die anderen konkreten Beispiele zeigten, daß in reiner Form keine der vor-

getragenen Thesen aus der Wirklichkeit ablesbar ist.

Die heute in Orimattila, Tönnö, Nynäs, Raviokorpi und Sysmä im südlichen Mittelfinnland angesiedelten Karelier hatten kein Recht auf freie Entscheidung. Ihr zweites Verlassen Ostfinnlands 1944 (erste Flucht 1940) wurde durch den Frieden von Moskau gefordert. „Das Zusammenleben mit dem finnischen Volk bedeutete mehr als das Heim und die engere Heimat“, sagte Herr Tournä, *Karjalan Liitto* (Organisation der Karelier), über die 90 Prozent lutherischen und knapp 10 Prozent griechisch-orthodoxen Flüchtlinge.

Nguyen-Thoai, Nord-Vietnam, betonte, daß es „zuviel traditionellen Widerstand in der vietnamesischen Mentalität gegen eine Übersiedlung in andere als die Heimatgebiete gibt.“ Dieser Widerstand beruht auf volkssprachlichen Begriffen für die verschiedenen Phasen und Rechtsansprüche Zugewanderter, Eingebürgerter, Ansässiger, Ortsgeborener, Eingesessener usw., von welchen weiterhin „ansässige Fremde“, „ansässige Siedler“, ja selbst „vorübergehend in Städten Lebende, welche im Besitz eines besonderen Heimatscheines sind“ (*The Ngu Cù* oder *Cù Trú*) unterschieden werden, wobei letztere über mehrere Generationen außerhalb des Heimatdorfes leben können.

Gewiß hat Sicards Frage, ob denn noch die Enkel von Flüchtlingen auf ihre Visitenkarten schreiben sollen: „*Arrière-fils du Réfugié*“, Berechtigung, wenngleich gerade er die der Flucht vorangehende Verwurze-

lung wissenschaftlich behandelt sehen will¹⁾. Diese Verwurzelung beruht ja aber zum großen Teil gerade auf einem Stolz auf Herkunft und erlittenem Schicksal (z. B. Hugenotten, Mayflower-Amerikaner, im kleinräumigen Hamburg „Die Geborenen“), der eine Wurzel allen Gruppen- und Volksbewußtseins ist. Eine andere Wurzel ist die Religion, die ein bestimmender, aber, wie die indischen und finnischen Flüchtlinge zeigen, innerhalb großer Völker nicht notwendigerweise ein trennender Faktor ist. Bildet nun die Zugehörigkeit zu einer volklichen Gemeinschaft den Anlaß zu ihrer Vertreibung, so kann die Religion als Komponente des volklichen Gemeinschaftsbewußtseins für die Entscheidung des Flüchtlings zwischen Leben und Tod maßgebend sein, wenn diese etwa Mord oder Selbstmord *a priori* ablehnt.

Ist nicht deshalb das gegenseitige Anerkennen und Verstehen von volklichen Gemeinschaften und hochorganisierten Völkern so schwierig, weil jedes seine ethnozentrische Welt auf eine unübersetzbare Sprach-

welt und eine volkstümlich geformte Religion stützt? Hier aber liegen Faktoren der Verwurzelung, die Sicard zu untersuchen verlangt. Mittelbar wies auch er, wie es unmittelbar Tournai, Nguyen-Thoi und Sardesai taten, die anwesenden Rechts- und Staatswissenschaftler, Wirtschafts- und Agrarwissenschaftler, Theologen und Psychologen auf das Problem des volkstümlichen Bewußtseins und der volklichen Gemeinschaften hin. Um ihre Erforschung im sichtbaren (Sachvolkskunde) und geistigen Bereich (volkstümliches Sprach- und Geistesgut) bemüht sich die Volkskunde seit über hundert Jahren und ihre Vorläufer seit Jahrhunderten. Um so bedauerlicher ist es, daß nicht analog zur AER auch in die AWR (*Association for the Study of the World Refugee Problem*), deren Satzung in Helsinki angenommen wurde, eine Sektion „Volkskunde“ gewählt wurde.

Barbara Pischel

Dokumentation der Vertreibung

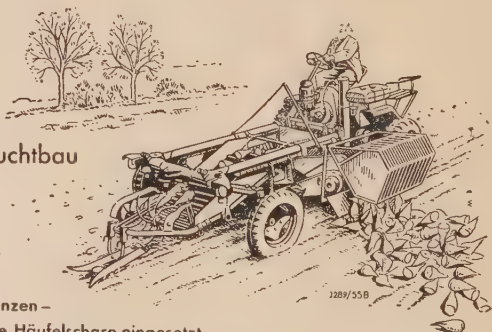
Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mittleuropa, bearb. von Theodor Schieder, hrsg. vom Bundesministerium für Vertriebene, 1. Beiheft: *Ein Tagebuch aus Pommern 1945–46, Aufzeichnungen von Käthe von Normann*, Grenzland-Druckerei, Wolfenbüttel 1955, 126 Seiten, DM 5,50.

¹⁾ „Car le fait scientifique du Réfugié ne commence pas avec le déracinement: il commence antérieurement au déracinement. Il faut le dire: aussi bien postérieurement à la Première Guerre Mondiale que postérieurement à la Seconde Guerre Mondiale, ce qui a gêné, sinon faussé les études ou nombre d'entre elles, sur les réfugiés, c'est essentiellement l'ignorance des conditions de ce premier enracinement“. (Integration, Bulletin International AWR/AER, München, Hofmann-Verlag, 1955, Nr. 2, S. 73 f.)

Überall ist der Alldog dabei...

...natürlich auch im Hackfruchtbau

Mit wenigen Griffen ist das Kartoffel-Pflanzgerät am Rohrrahmen des LANZ-Alldog angebaut. Und dann kann's losgehen mit dem Kartoffelpflanzen – in drei Reihen zugleich! Beim Häufeln werden die Häufelschare eingesetzt, und die Ernte erledigt der Alldog mit dem AKV, einem einreihigen Siebkettens-Vorratsroder, der von LANZ eigens für den Alldog konstruiert wurde. Beim Pflanzen und Pflegen von Rüben hilft der Alldog ebenso gut – mit entsprechenden Spezialgeräten. Für die Rübenernte wurde der Vorratsroder ARV entwickelt und für die Querschwadablage mit Sammelkasten ausgerüstet. Also spart der LANZ-Alldog Leute und Lohn, gerade im Hackfruchtbau!



LANZ
Alldog

Der Weg der südafrikanischen Einheit

Mit der Geburt der Südafrikanischen Union, des südafrikanischen Einheitsstaates, im Jahre 1910 wurde eine sich über sechs Jahrzehnte hinziehende geschichtliche Entwicklung abgeschlossen, ein Zeitabschnitt, der überaus dramatisch und schmerzhaft verlaufen war. Charakteristisch für die Entwicklung in Südafrika war weniger das gegensätzliche Ringen partikularistischer Interessen, wie dies bei anderen großen Zusammenschlüssen, insbesondere in Europa, der Fall war. Was in Südafrika die Ereignisse charakterisierte, war vielmehr das konkurrierende Gegeneinanderwirken von zwei national verschiedenen Volksinteressen, des britischen und des burischen.

Die beiden Volksteile, aus denen sich die weiße Bevölkerung Südafrikas zusammensetzt, strebten seit den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts einen südafrikanischen Gesamtstaat an. Jeder wollte aber, daß der Gesamtstaat seine eigenen nationalen Ideale verkörperte. Die Volksgruppe englischer Sprache verfolgte das Ziel eines britisch ausgerichteten Gesamtstaats als Unterglied des Britischen Weltreichs, der burische Volksteil oder mindestens dessen nationale Kerngruppe strebte ein unabhängiges Staatswesen an mit nationalburischem Grundcharakter.

Die Föderationsbestrebungen des Kapgouverneurs Sir George Grey (1854–1859)

Der erste Staatsmann, der die Frage eines gesamt-südafrikanischen Staatswesens aufwarf, war der britische Kapgouverneur und *High Commissioner* Sir George Grey, der 1854 nach Südafrika entsandt wurde. Sein Denkmal steht heute vor der Öffentlichen Bibliothek in Kapstadt. Für uns Deutsche ist Sir George Grey auch deshalb interessant, weil er die Deutsche Krimlegion und später eine 4000 Köpfe starke Gruppe brandenburg-pommerscher Bauern, die Stammväter des heutigen Kaffraria-Deutschtums, nach Südafrika berief. Als der neue Gouverneur seinen Posten in Kapstadt antrat, lag bereits eine Zeit erfolgreichen Wirkens in Australien und Neuseeland hinter ihm. Dort war es ihm gelungen, eine Anzahl provinzieller Zusammenschlüsse durchzusetzen, die sich als vorteilhaft für die beteiligten Territorien erwiesen hatten.

Ein gleicher Zusammenschluß schwebte Sir George Grey jetzt auch für Südafrika vor. Schon bald nach seiner Ankunft wies er im Kapparlament auf die Vorteile staatlichen Zusammenwirkens bei Gegenständen gemeinschaftlichen Interesses hin. Auch den neu entstandenen Burenrepubliken gegenüber brachte er zum Ausdruck, daß ihre staatliche Potenz stärker sein werde, wenn sie Anlehnung an die Kapprovinz und Natal suchten. In erster Linie schwebte Sir George Grey ein Zusammenwirken in Eingeborenenfragen vor, er hatte aber auch bereits ein gemeinsames Handeln auf wirtschaftlichem Gebiet im Auge.

1857 warf die Londoner Regierung die Frage auf, ob nicht ein engeres Verhältnis zwischen den beiden britischen Gebietsteilen Südafrikas, der Kapprovinz und Natal, herbeigeführt werden sollte. Sir George Grey schlug sogleich vor, zu dieser Koalition auch den Oranje-Freistaat hinzuzuziehen. Sofort unternahm er hierfür prak-

tische Schritte. Er arbeitete den Entwurf einer Bundesverfassung aus, den er der Londoner Regierung vorlegte. Auf seinen neuseeländischen Erfahrungen fußend, schlug er eine über den einzelnen Gebietsteilen Südafrikas stehende Zentralregierung vor, die für allgemeine Belange zuständig sein sollte.

Die weitblickenden Vorschläge Sir George Greys stießen in London auf taube Ohren. Die britische Regierung hatte gerade den Krimkrieg hinter sich. Der indische Aufstand war im Gange, politische Verwicklungen mit Frankreich beschäftigten das Kabinett. Die Zeit schien nicht geeignet, zweifelhafte politische Experimente durchzuführen, sich mit neuen kolonialen Verbindlichkeiten zu belasten. Greys Vorschlag wurde daher abgelehnt. Lytton, der englische Kolonialminister, vermerkte in einer Aktennotiz:

„In einer Föderation mit den holländischen Republiken haben wir viel zu riskieren, aber nichts zu gewinnen. Wir würden wahrscheinlich eine Umkehrung der bekannten Geschichte von dem Riesen und dem Zwerg erleben, in der der Zwerg Wunden bezieht, während der Riese den Gewinn hat. Hier würde wahrscheinlich der holländische Zwerg seine Nase in alle möglichen schwarzen Zänkereien stecken, und der britische Riese müßte ihn dann herauspauken. Dabei würden sicherlich mehr Püffe herauskommen als rote Heller.“

Grey ließ sich indessen von der Haltung Londons wenig beeindrucken. Um seinen Vorschlägen größeren Nachdruck zu geben, legte er der Regierung des Oranje-Freistaats nahe, daß deren Volksrat ein offizielles Ansuchen um Föderation an das Kapparlament richten möchte. Als dies geschah, sprach sich Grey vor dem Kapstädter Parlament – es war im Mai 1859 – offen für einen allgemeinen südafrikanischen Staatenbund aus. Der britische Kolonialminister geriet über das eigenmächtige Vorgehen seines Kapvertreters in Zorn. Grey wurde von seinem Posten abberufen. 1859 verließ er das Kap. Nach einem Regierungswechsel in England kehrte er 1860 nochmals für kurze Zeit dorthin zurück. Es geschah dies aber unter der Auflage, daß der Föderationsplan ein für allemal begraben sein sollte.

In den gleichen Jahren, in denen Sir George Grey die ersten südafrikanischen Föderationspläne schmiedete, fanden sich nördlich des Vaalflusses die vier, aus einzelnen Voortrekkergruppen gebildeten burischen Miniaturstaaten Potchefstroom, Lydenburg, Zoutpansberg und Utrecht zur Südafrikanischen Republik, dem Transvaalstaat, zusammen (1856–1860). 1857 übernahm dessen neuerwählter Präsident M. W. Pretorius, der Sohn des bekannten Voortrekkerführers, die ersten Versuche, einen Zusammenschluß zwischen der Transvaalrepublik und dem Oranje-Freistaat herbeizuführen.

Der Föderationsversuch Lord Carnarvons und das burische Streben nach gesamtstaatlicher Einheit (1874–1881)

Fünfzehn Jahre nach Sir George Greys Föderationsversuch hatte sich die Einstellung der britischen Regierung bezüglich kolonialer Expansion grundlegend geändert. Gegen Ende der sechziger Jahre war in England die Bewegung des Imperialismus entstanden. Sie kam zur vollen Entfaltung, als aus den Neuwahlen des Jahres 1874 die konservative Regierung Disraeli hervorging. Der Kolonialminister des neuen Kabinetts war Lord Carnarvon, der bereits 1867 als Kolonialminister einer

früheren Regierung die kanadische Föderation zustande gebracht hatte. Carnarvons Ehrgeiz war es, jetzt auch Südafrika zu einigen, dies um so mehr, als zu den dortigen britischen Gebietsteilen inzwischen das neue Territorium Griqualand West - der Diamantenbezirk von Kimberley — hinzugekommen war und die Entdeckung der Goldgebiete von Lydenburg auch den Transvaal in ein neues Licht gerückt hatte.

Auch auf burischer Seite war jetzt der Wunsch nach einem vereinigten Südafrika erwacht. Die jungen Burenrepubliken Transvaal und Oranje-Freistaat hatten sich innerlich gefestigt. Beide standen unter der Führung energischer und weitblickender Präsidenten. In Transvaal war es Th. F. Burgers, ein Theologe, der in Holland studiert hatte, an der Spitze des Oranje-Freistaats stand John Henry Brand, ein Advokat, der seinen Präsidentenposten vierzehn Jahre hindurch bekleidete. Beider Ideal war ein burisches Südafrika unter eigener Flagge. Sie gingen dabei von der Tatsache aus, daß auch in der Kapprovinz die Mehrzahl der Einwohner burischen Stammes war, daß also das burische Element das völkische Übergewicht im Lande besaß. Das gesamte Burentum teilte die Sehnsucht beider Staatsmänner. Die Annexion des Basutolandes (1868) und des Diamanten-Gebiets von Kimberley (1871) durch England hatte ein nationales Erwachen herbeigeführt. Auch die Kapburen waren hiervon ergriffen worden. 1873 entstanden in der Kapprovinz die ersten nationalburischen Bauernvereinigungen, 1875 wurde in Paarl die erste Genossenschaft zur Pflege der afrikanischen, d. h. burischen, Sprache begründet, 1876 erschien im gleichen Ort erstmalig *Die Patriot*, die erste Zeitung in der Afrikaans-Sprache.

Lord Carnarvon leitete seine Föderationsbemühungen damit ein, daß er zunächst den ihm befreundeten britischen Historiker James Anthony Froude als Erkunder nach Südafrika entsandte. Froude traf im September 1874 in Kapstadt ein. Er unternahm eine Rundfahrt durch das Land, die ihn nach Port Elizabeth, Durban, Pretoria, Kimberley und Bloemfontein führte. Er stieß auf seiner Reise auf die verschiedensten Anschauungen: In Kapstadt auf vorsichtige Bereitschaft, in Pretoria und Bloemfontein auf Mißtrauen und Zurückhaltung, im englischen Natal und in Kimberley auf begeisterte Zustimmung. Kimberley hatte sich durch den Zustrom vieler junger Engländer aus gehobenen Schichten, die ihr Glück als Diamantgräber suchten, zu einem Hort des Imperialismus entwickelt.

Erfüllt von seinen verschiedenartigen Eindrücken kehrte Froude am Jahresende nach England zurück. Trotz der hervorgetretenen Diskrepanzen entschloß sich Carnarvon, seinen Föderationsplan durchzuführen. Im Mai 1875 ordnete er die Einberufung einer Konferenz der verschiedenen südafrikanischen Staatsgebiete nach Kapstadt an, auf der neben Eingeborenenfragen auch sein Föderationsplan durchgesprochen werden sollte. Froude kehrte nach Südafrika zurück, um als britischer Delegierter an der Konferenz teilzunehmen. Carnarvons Pläne gingen jedoch fehl. Die Kapregierung sabotierte die Konferenz, da die Kapdelegierten von London aus ernannt und damit die Vorrechte der Kolonie verletzt worden waren. Die Konferenz kam nicht zustande.

Carnarvon unternahm jetzt einen neuen Versuch. Im Oktober des gleichen Jahres rief er eine zweite Konferenz nach London ein. Sie begann im August 1876 und wurde zu einem neuen Fehlschlag. Der Ministerpräsident der Kapprovinz wie auch der Präsident des Oranje-Freistaats Brand, die beide in London anwesend waren,

blieben den Beratungen, soweit sie sich auf die Föderationsfrage bezogen, fern. Die Transvaalrepublik hatte von der Entsendung eines Vertreters überhaupt abgesehen.

Carnarvon entschloß sich jetzt zu selbständigem Handeln. Als den entschiedensten und wichtigsten seiner Gegner hatte er Präsident Burgers erkannt. Dieser hatte sich von Mai 1875 bis Anfang 1876 in Europa aufgehalten und hier zahlreiche Verbindungen angeknüpft, um die Unabhängigkeit des Transvaal zu sichern. Burgers hatte versucht, die portugiesische Delagoabai für sein Land zu erwerben, er hatte Vorbereitungen für den Bau einer Verbindungsbahn nach dort getroffen und durch alles dieses zu erkennen gegeben, daß er keinesfalls bereit war, in eine Föderation unter britischer Flagge einzutreten.

Nachrichten trafen jetzt ein, die über Burgers' zunehmende Unpopularität berichteten. Sturm gegen ihn liefen insbesondere die englischen Goldgräber im Lydenburger Gebiet. Die Möglichkeit eines politischen Umschwungs in Transvaal tauchte auf. Würde sich dieser im englischen Sinne vollziehen, so war ein neuer Ausgangspunkt geschaffen, von dem aus die Lösung der südafrikanischen Föderationsfrage möglicherweise erreicht werden konnte. Kurz entschlossen sandte Carnarvon jetzt den Konferenzvertreter Natal's Theophilus Shepstone mit dem geheimen Auftrag nach Südafrika zurück, eine Annexion der Transvaalrepublik durchzuführen, wenn die Mehrzahl der Bevölkerung hiermit einverstanden sei. Zu gleicher Zeit ernannte er einen erfahrenen Kolonialbeamten des indischen Dienstes, Sir Bartle Frere, zum Gouverneur der Kapprovinz und Hohen Kommissar mit der besonderen Aufgabe, die Föderation nunmehr „mit den Talenten eines Staatsmannes“ in die Tat umzusetzen.

Shepstone führte seinen Auftrag mit robuster Energie durch. Die Transvaal-Regierung wurde ohne Blutvergießen überrumpelt. Am 12. April 1877 erklärte er die Annexion der Südafrikanischen Republik für England. Präsident Burgers trat von seinem Posten zurück.

Es stellte sich jedoch schon bald heraus, daß mit der Annexion alles andere als die Vorbedingung für die südafrikanische Einheit – wie sie Carnarvon im Sinne hatte – geschaffen war. Ein heftiger nationaler Widerstand der transvaalburischen Bevölkerung flammte auf. Jahre der Unruhe und Proteste folgten. Die Bevölkerung des Oranje-Freistaates wurde von der Bewegung ergriffen. Auch unter den Kapburen wurde es unruhig. Der Ruf des kapburischen Patrioten S. I. du Toit zur Bildung eines „Afrikanerbundes“, der eine Anglisierung ablehnte und ein vereinigtes Südafrika unter eigener Flagge erstrebte, fand bei der burischen Bevölkerung der Kapprovinz ein tiefgreifendes Echo. Eine vom Transvaal entsandte politische Delegation wurde dort begeistert aufgenommen. 1880 sprach sich selbst das Kapparlament gegen die Weiterverfolgung des Föderationsgedankens aus.

In London hatte schon im April 1880 ein liberales Kabinett Gladstone das konservative Kabinett Disraeli abgelöst. Die neue Regierung trug den gegen den Föderationsplan zutage getretenen Widerständen Rechnung und ließ ihn fallen. Als Ende 1880 Sir Bartle Frere durch Sir Hercules Robinson als Gouverneur und *High Commissioner* ersetzt wurde, erhielt dieser vom neuen Kolonialstaatssekretär Lord Kimberley die Instruktion, die Föderationsidee als erledigt zu betrachten.

Inzwischen hatten aber auch die Transvaalburen ihr Schicksal in die Hand genommen. Mitte Dezember 1880 erklärte eine unter dem Dreimänner-Kollegium

Paul Krüger, M. W. Pretorius und P. J. Joubert neu gebildete Gegenregierung die Unabhängigkeit des Transvaal. Am 27. Februar 1881 brachte die Schlacht von Majuba Hill die militärische Entscheidung. In der Konvention von Pretoria mußte sich England wiederum dazu verstehen, die Selbständigkeit der Transvaalrepublik anzuerkennen. Carnarvons Plan, der sechs Jahre hindurch Südafrika beunruhigt hatte, war damit endgültig gescheitert. Die *South Africa Act*, ein Föderationsgesetz, das Carnarvon bereits 1877 vom britischen Parlament vorsorglich hatte beschließen lassen, blieb toter Buchstabe.

Den Widerstand der Transvaalburen aber hatte über den unmittelbaren Befreiungsdrang hinaus die Idee und das Sehnen nach einem südafrikanisch-burischen Nationalstaat beflügelt. Dies kam in dem Schreiben zum Ausdruck, das die Transvaaler Gegenregierung vor Aufnahme der Waffen an den Präsidenten und Volksrat des Oranje-Freistaates am 7. Februar 1881 richtete. Dort hieß es:

„Mögen wir gewinnen, mögen wir sterben: die Freiheit wird über Südafrika aufgehen wie die Sonne über den Morgenwolken, so wie einst die Freiheit aufstieg über den Vereinigten Staaten von Amerika. Dann wird vom Sambesi bis zur Simonsbai das Wort gelten: Afrika für die Afrikaner.“

*Die gesamtstaatlichen Aufbauversuche von Cecil Rhodes
und Rückschläge der burischen Einheitsbewegung (1883–1895)*

Das Feuer des südafrikanischen Einheitsgedankens schwelte in beiden Lagern fort. Schon wenige Jahre nach dem Scheitern von Lord Carnarvons Plänen flammte es auf der englischen Seite erneut auf. Und zwar war es jetzt nicht mehr London, das die Initiative ergriff, sondern die Kapregierung, getragen von dem schöpferischen Enthusiasmus des jungen Minenmagnaten und Abgeordneten Cecil Rhodes. Dieser war 1880, 27jährig, als Vertreter des Diamantenbezirks Barkley West bei Kimberley in das Kapstadter Parlament gewählt worden. Er war erfüllt von den Idealen der imperialistischen Schule, deren Lehren er als Oxforder Student in sich aufgenommen hatte und die unter den jungen englischen Akademikern, Offizieren und Adligen Kimberleys so viele begeisterte Anhänger besaß. Schon in den ersten Jahren seiner politischen Tätigkeit hatte Rhodes, weit in die Zukunft blickend, erklärt:

„Wir müssen dieses Land zusammenhalten! Wenn wir in einem Luftballon aufsteigen würden, wie lächerlich würde es dann sein, von oben all diese einzelnen Staaten zu sehen, die geteilten Zollgebiete, die geteilten Völker!“

Rhodes' Gedanken entsprachen aber nicht in allem der imperialistischen Lehre, wie sie im britischen Mutterlande gepredigt wurde. Er besaß Verständnis für die Eigenart der Buren und war bereit, ihren Interessen bei seinen Planungen weitgehend Rechnung zu tragen. 1883 erklärte er in einer Versammlung:

„Ich habe über die Zukunft Südafrikas meine eigenen Ansichten, und ich glaube an die Vereinigten Staaten von Südafrika als Teil des Britischen *Empire*. Ich meine aber, daß Föderationsstaaten, die unter einer gemeinsamen verantwortlichen Regierung stehen, praktisch auch unabhängige Republiken sein können. Alle würden dann zusammen die Vorteile haben, die das *Empire* bietet. Bei diesen Auffassungen besteht wahrscheinlich kein großer Unterschied zwischen mir und dem ehrenwerten Mitglied von Stellenbosch.“

Der Abgeordnete, den Rhodes hierbei apostrophierte, war Jan Hofmeyr, der Vorsitzende des burischen „Afrikanerbundes“.

Mit seinen Werbungen um die Sympathie der Kapburen hatte Rhodes vollen Erfolg. Schon bei der Begründung des „Afrikanerbundes“ hatte Hofmeyr denjenigen seiner Stammesbrüder, die ein vereinigt Südafrika unter eigener Flagge forderten, Wasser in den Wein gegossen. Er erklärte, daß die Frage des burischen Südafrika noch kein Problem der praktischen Tagespolitik sei. Noch müßten 50 bis 100 Jahre vergehen, bis das Band zu England gelöst werden könne. Mit dieser Auffassung, die alsbald zur offiziellen Politik des „Afrikanerbundes“ wurde, waren die Türen geöffnet, um sich mit Rhodes über aktuelle Gegenwartsfragen zu verständigen. Entfremdend gegenüber dem Transvaal wirkte auf die Kapburen die ablehnende Haltung, die Präsident Krüger in Zollfragen einnahm, wobei er insbesondere auch der Einfuhr kapländischer Farmprodukte Schwierigkeiten bereitete. Als Rhodes sodann begann, seine Pläne für die Erschließung des innerafrikanischen Nordens zu entwickeln – das „Hinterland“ der Kapprovinz – wurden Hofmeyr und der „Afrikanerbund“ vollends für ihn gewonnen. Ein besonderer Kap-Patriotismus entstand, der auch die burische Bevölkerung ergriff. 1890 konnte Rhodes mit Hilfe des „Afrikanerbundes“ das Amt des Premierministers der Kapprovinz übernehmen.

Die Idee des burischen Südafrika erlitt mit der Schwenkung der Kapburen einen schweren Rückschlag. Vergrößert wurde dieser dadurch, daß Rhodes' Planungen auch im Oranje-Freistaat Gehör fanden. Als Träger der burischen Zusammenschluß-Idee blieb jetzt nur noch die Transvaalrepublik übrig, deren Präsident Paul Krüger Rhodes' Plänen mit Mißtrauen gegenüberstand und befürchtete, daß sein Land von England schließlich doch überrundet werden würde. Mit allen Mitteln war er daher bestrebt, den Transvaalstaat unabhängig zu erhalten und ihn auf eigene Füße zu stellen. Hierzu beschritt er wieder die alten Wege Präsident Burgers': Er nahm den steckengebliebenen Gedanken einer Verkehrsverbindung zur Delagoabai erneut auf, um sich unabhängig von den britischen Kaphäfen zu machen, und er suchte Anlehnung an eine europäische Großmacht, die ihn wirtschaftlich und politisch stützen konnte. Diese Macht fand er in Deutschland.

Die Kappolitik des Zusammenschlusses nahm einen peripetieartigen Verlauf. Unter Rhodes' Einfluß wurde das Problem zunächst von der wirtschaftlichen Seite her mit dem Erstreben einer Zoll- und Verkehrsunion angefaßt. Offenbar nahm man sich hierbei die deutsche Einheitsentwicklung zum Beispiel, die ebenfalls mit der Begründung eines Zollvereins begonnen hatte. Es war in der Zeit des Aufblühens der neuen Goldfelder von Barberton und des Witwatersrand, als die Kapregierung im Frühjahr 1886 mit einem entsprechenden Vorschlag an die südafrikanischen Staaten und Territorien herantrat. Verbunden war der Gedanke des Zollverbandes mit dem Wunsch, auch die kapländischen Eisenbahnen bis zu den neuen Goldfeldern im Transvaal vorschieben zu können. Präsident Krüger lehnte die Aufnahme von Unterhandlungen rundweg ab.

Ende des Jahres erschien Cecil Rhodes persönlich im Transvaal, um sich an dem *Gold Rush* zu beteiligen und goldhaltiges Gelände am Witwatersrand aufzukaufen. Bei dieser Gelegenheit suchte er Präsident Krüger in Pretoria auf und trug ihm nochmals die Vorteile einer Zoll- und Verkehrsunion vor. Auch dieser Besuch blieb ergebnislos. 1887 ersuchte der Kapgouverneur die Transvaalregierung erneut, De-

legierte zu einer in Kapstadt abzuhaltenden Zollkonferenz zu entsenden. In einer ausführlichen Stellungnahme von Ende Dezember 1887 antwortete Präsident Krüger, daß der Transvaal an einer Bindung an die Kapkolonie kein Interesse habe, daß auch eine Eisenbahnverbindung nach dorthin nicht erwünscht sei und daß sich die Transvaalrepublik durch Ausbau der Delagoabahn zunächst auf eigene Füße stellen wolle.

Die Kapstadter Konferenz fand ohne den Transvaal statt. Natal und der Oranje-Freistaat nahmen daran teil. Die Konferenz endete ergebnislos, da sich herausstellte, daß auch die Interessen Natals und der Kapkolonie nicht miteinander in Einklang zu bringen waren. Zwischen der Kapkolonie und dem Oranje-Freistaat kam aber 1889 eine Zoll- und Eisenbahnkonvention zustande. Die Ausdehnung der Kapbahnen bei Bloemfontein, später auch bis zum Vaalfluß, der Grenze des Transvaalgebietes, wurde beschlossen.

Bei ihren Planungen über einen südafrikanischen Zollverband faßte die Kapregierung 1888 auch einen Beitritt Deutsch-Südwestafrikas ins Auge. Im März 1889 erging eine entsprechende Aufforderung an die deutsche Reichsregierung. Im Sommer des Jahres gab diese einen, hinhaltenden, im wesentlichen aber ablehnenden Bescheid. Interessant ist, daß parallel mit den offiziellen Bemühungen der Kapregierung auch Machinationen begannen, die das Ziel verfolgten, Unruhe in Südwestafrika zu stiften, und offenbar bezweckten, diejenigen deutschen Kreise zu stärken, die damals einer Wiederaufgabe der Kolonie das Wort redeten. Noch vor der Aufforderung zum Beitritt zum Zollverband begann ein lebhafter Alkohol- und Waffenschmuggel aus der Kapprovinz nach Südwestafrika. Aus dem Kapland kommende weiße Agitatoren wiegelten die Eingeborenen gegen die deutsche Herrschaft auf. Große Landkäufe englischer Siedlungsgesellschaften fanden statt, so daß sich schließlich mehr als die Hälfte des Südwester Territoriums in deren Händen befand. Über die letzten Urheber dieser Schachzüge haben genaue Feststellungen nicht gemacht werden können. Die Waffensendungen und unterirdischen Gegenströmungen gingen bis zum Jahre 1892 fort und fanden erst dann ein Ende, als die Reichsregierung durch energische Proteste und Abwehrmaßnahmen ihre Entschlossenheit kundgab, an dem Besitz der Kolonie festzuhalten.

Als Cecil Rhodes im Juli 1890 zum Premierminister der Kapprovinz ernannt wurde, hatte er inzwischen bereits als Direktor der de Beers-Gesellschaft in Kimberley die Hand auf die Gebiete nördlich des Limpopo, das spätere Rhodesien, gelegt. Sein weiteres Expansionsprogramm nach Norden war in vollem Lauf. Mit Übernahme der Premierministerschaft stand Rhodes jetzt auf der Höhe seiner Macht.

Sein oberstes Ziel war es nunmehr, das große Werk zustande zu bringen, dem bisher der Erfolg versagt geblieben war und das sein Wirken für Südafrika krönen sollte: Die Herstellung einer südafrikanischen Einheit. In einer großen programmatischen Rede, die er einige Monate nach Übernahme seines neuen Amtes in Kimberley hielt, formulierte er seine Pläne – vorsichtig die politischen Klippen umschiffend – nochmals wie folgt:

„Wir hoffen, mit dem Transvaal zu einer Zollunion zu gelangen. Wenn der Transvaal hinzutritt, wird auch Natal folgen und das wird der große Schritt vorwärts sein in der Richtung zur Union von Südafrika. Als nächstes muß dann ein Zusammenschluß aller unserer Eisenbahnen folgen. Dann sind wir auf gutem Wege zu

einer allgemeinen Union. Man spricht oft von dem Vereinigten Südafrika, als ob es schon in naher Zukunft liege. Wenn wir darunter eine geschlossene Union verstehen mit der gleichen Fahne, so sehe ich ernste Schwierigkeiten. Ich weiß von mir selbst, daß ich keinesfalls bereit wäre, meine Flagge zu wechseln. Wenn ich mir das klar mache, so habe ich alle Achtung vor der Einstellung unserer Nachbarstaaten, wo die Männer unter republikanischer Flagge und republikanischen Anschauungen geboren wurden. Es ist nur selbstverständlich, daß sie ihre Vorbehalte machen, wenn wir darüber sprechen, daß sie unsere Flagge annehmen sollen. Wenn wir daher von der Südafrikanischen Union reden, so meine ich, daß wir freien Handel für unsere Produkte erreichen und zu völliger Verkehrsfreiheit gelangen müssen und daß sich unsere Zollunion von der Delagoabai bis zur Walfischbai erstreckt. Wenn unsere Staatsmänner dies erreicht haben, so haben sie meiner Meinung nach gute Arbeit getan. Alle Staaten werden dann ihre eigenen Flaggen behalten, und sie werden Respekt voreinander haben. Die Flaggenfrage kann dann in späterer Zukunft gelöst werden. Aber auch wenn dies nicht geschieht und wenn wir nur in den Punkten zusammenkommen, die ich erwähnt habe, so können wir zufrieden sein und das Ganze das „Vereinigte Südafrika“ nennen.

Mit der ganzen ihn charakterisierenden Beweglichkeit versuchte Rhodes jetzt, seinem Ziel näher zu kommen. Im Mittelpunkt seiner Bemühungen stand weiter die Transvaalrepublik. Aber auch den Anschluß von Deutsch-Südwestafrika verlor er, wie noch 1895 im Kapparlament getane Äußerungen zeigten, nicht aus dem Auge. Der Transvaalrepublik baute er goldene Brücken. Unter der Voraussetzung, daß sie dem Zollverband beitrete, setzte er sich dafür ein, daß ihr in der Swasilandkonvention von 1890 die Kosibai an der nördlichen Natalküste als Hafen angeboten wurde. Unter der gleichen Voraussetzung erteilte er Präsident Krüger den Rat, die Delagoabai mit der Hafenstadt Lourenço Marques zu erwerben. Er war bereit, dem Transvaal hierfür eine Geldanleihe zu vermitteln. Er baute die Kapbahnen bis zum Vaalfluß, bis vor die Tore von Johannesburg, aus. 1892 versuchte er selbst, die Hand auf Lourenço Marques zu legen, um einen Sperr-Riegel vor den Transvaal zu schieben und Präsident Krüger damit die Hoffnung auf Gewinnung einer unabhängigen Transitverbindung zu nehmen.

Nichts vermochte jedoch diesen in seiner Haltung schwankend zu machen. Krüger sah umgekehrt gerade jetzt die Erfolge seiner eigenen Außenpolitik heranreifen. Seit 1892 bahnte sich ein freundschaftliches Verhältnis zu Deutschland an, sein Eisenbahnbau nach Lourenço Marques war seit 1890 in vollem Gange.

Nur auf dem Gebiet der Zollunion konnte Rhodes einen Erfolg für sich buchen. Bald nach seiner Ernennung zum Premierminister trat die Kronkolonie Britisch-Betschuanaland dem Zoll- und Verkehrsbündnis der Kapprovins und des Oranje-Freistaates bei.

Um die Jahreswende 1894/95 riß Cecil Rhodes die Geduld. Hatte er bisher auf dem Wege des diplomatischen Handelns und Feilschens den Zusammenschluß von Südafrika zu erreichen versucht, so griff er jetzt zu gewagten politischen Mitteln. Auf einer Reise nach Rhodesien hatte er festgestellt, daß das Land keinesfalls das Golddorado war, das er erhofft hatte. Die finanzielle Lage der *Chartered Company*, die das Land regierte, gestaltete sich schwierig. Die Erwartungen der Aktienbesitzer auf eine lukrative Dividende konnten nicht erfüllt werden. Wäre eine süd-

afrikanische Einheit vorhanden und würde sich Rhodesien der Großraumwirtschaft mit dem reichen Witwatersrand als Herzstück anschließen können, so würde die Lage eine andere sein, und das Land würde an der Blüte Gesamt-Südafrikas teilnehmen können.

Erneut wollte Rhodes jetzt Präsident Krüger zum Einlenken bestimmen, als er sich im Oktober 1894 — über Beira und Lourenço Marques kommend — auf der Rückreise von Rhodesien befand. Der Besuch in Pretoria überzeugte ihn aber, daß alle Hoffnungen vergebens waren. Krügers Eisenbahn näherte sich der Vollendung. Das Transport-Monopol der Kapbahnen für den Transvaal kam damit in Fortfall. Auch die Beziehungen zwischen dem Transvaal und Deutschland waren im Begriff, sich zu verengen, und eine undurchsichtige Intimität entstand. Deutsche Kriegsschiffe, um deren Entsendung die Transvaal-Regierung gebeten hatte, um die Neutralität von Lourenço Marques zu sichern, wurden in der Hafenstadt erwartet. Präsident Krüger verhielt sich jetzt gegen Rhodes ablehnender und schroffer denn je.

Dieser erkannte, daß seine Föderationspläne Gefahr liefen, aussichtslos zu werden, daß jetzt gehandelt werden mußte und daß ein Erfolg nur noch mit scharfen Einwirkungen herbeigeführt werden konnte. Der Entschluß, mit gewaltpolitischen Mitteln vorzugehen, wurde geboren. Den Hinweis, wo dabei am besten der Hebel anzusetzen war, erhielt Rhodes in Johannesburg, das er im Anschluß an Pretoria besuchte. Die dortigen englischen Minenmagnaten und die Masse der meist aus Engländern bestehenden Bergarbeiter, die *Uitlander*, befanden sich in gärender Erregung. Ihre wirtschaftlichen und politischen Forderungen blieben in Pretoria ungehört. Man drängte zu Aktionen. Schon seit Monaten wurden konkrete Umsturzpläne geschmiedet. Hier waren gleichsam gottgegebene Vorbedingungen vorhanden, mittels deren ein politischer Wandel im Transvaal herbeigeführt werden konnte.

Das Jahr 1895 diente der Vorbereitung des großen Schlags. Rhodes nahm die Steuerung der umsturzbereiten Kräfte in die Hand. Waffen wurden nach Johannesburg eingeschmuggelt, um den brodelnden Kessel zur Explosion zu bringen. An der Südostecke des Betschuanaland-Protektorats, 265 Kilometer westlich von Johannesburg, wurde eine militärische Kolonne bereitgestellt, die im geeigneten Augenblick von außen her den Aufständischen zu Hilfe eilen sollte. In ihrer technischen Anlage war die Planung eine Art Vorläufer von Hitlers Coups. Rhodes hielt sich dabei als Premierminister der Kapprovinz die Hände frei. Sein Plan wurde ausschließlich vorbereitet und durchgeführt von den drei großen Wirtschaftsgesellschaften, an deren Spitze er stand: Der rhodesischen *Chartered Company*, der *de Beers Company* in Kimberley und den *Consolidated Gold Fields* in Johannesburg.

Der Coup lief in den letzten Dezembertagen des Jahres 1895 an. Kurz vorher war entschieden worden, daß die britische Flagge in Johannesburg gehißt werden sollte. Trotz sorgfältiger Vorbereitungen kam es zu zahlreichen Regiefehlern. Ein völliges Fiasko war die Folge. Dem Aufstand fehlte es an elementarer Kraft. Die amerikanischen und anderen nichtenglischen Minenarbeiter waren gegen das Hissen des *Union Jack*. Die Deutschen stellten sich auf die Seite der Buren. Ein durchschlagender Erfolg der Erhebung blieb aus. Die in den Transvaal einmarschierte Kolonne, die von Dr. Jameson, dem Administrator der *Chartered Company* geführt wurde, mußte vor den Toren von Johannesburg kapitulieren. Der Schatten Deutschlands, das für die Aufrechterhaltung des *status quo* eintrat, stand im Hintergrund. Präsident Krüger

und sein Regime gingen gestärkt aus den Ereignissen hervor. Rhodes war bloßgestellt. Seine Autorität war aufs schwerste belastet. Er mußte als Premierminister der Kapprovinz abtreten. Seine große Rolle in Südafrika südlich des Limpopo war ausgespielt. Sein Streben nach einer südafrikanischen Föderation hatte nach fünfzehn Jahren eifriger Bemühungen Schiffbruch erlitten.

Die Herstellung der südafrikanischen Einheit (1896–1909)

Nach dem Mißlingen des Jameson-Einfalles ging die Initiative zur Herbeiführung eines staatlichen Zusammenschlusses in Südafrika wieder von Kapstadt auf London über. Dort hatte seit Juni 1895 das konservative Kabinett Lord Salisburys die Geschäfte übernommen mit Joseph Chamberlain als Kolonialminister.

In Südafrika hatte Rhodes' Coup zu einer – vom britischen Standpunkt aus – gefährvollen Entwicklung geführt. Eine Umgruppierung der politischen Kräfte war wiederum eingetreten. Im Oranje-Freistaat flammte ein neuer Nationalismus auf. Die politischen Beziehungen zur Kapprovinz lockerten sich. Das Mißtrauen gegen England war neu erwacht, und man suchte wieder Anlehnung an die Schwesterrepublik Transvaal. Im März 1897 kam ein Bündnisvertrag zwischen den beiden Burenstaaten zustande.

Rhodes' Spiel hatte aber auch die Kapburen enttäuscht. Auch ihr Nationalgefühl kam wieder zum Durchbruch. Man fühlte sich plötzlich wieder eins mit den Transvaaler Stammesbrüdern. Hofmeyr und der „Afrikanerbund“ gingen in die Opposition. Schroff standen sich plötzlich in der Kapprovinz die beiden weißen Bevölkerungsteile gegenüber. Noch Ende 1896 meldete der deutsche Generalkonsul in Kapstadt der Reichsregierung, daß die Gefahr eines ernsten Aufstandes in der Kapkolonie für absehbare Zeit weiter vorhanden sei. Überall in Südafrika erwachte die Idee einer national-burischen Gesamtrepublik zu neuem Leben. Ein allgemeiner Bürgerkrieg, ein „Volksgruppenkrieg“ zwischen Buren und Engländern, wurde befürchtet.

Die britische Regierung sah diese Entwicklungen mit großer Sorge. Ihre Gesamtposition in Südafrika geriet in Gefahr. Die nationale Ehre Englands stand auf dem Spiel. Präsident Krüger begann zu rüsten, um gegen neue Anschläge gefeit zu sein. London legte dies als Angriffsvorbereitungen aus. Notwendiger denn je erschien jetzt – von London aus gesehen – eine Neuausrichtung der Lage, eine Sicherung Englands durch Erschaffung eines südafrikanischen Gesamtstaats unter englischer Flagge. Der Weg, den Rhodes zu Recht oder zu Unrecht beschritten hatte, mußte fortgesetzt werden. Auch starke Kräfte in Südafrika selbst drängten in dieser Richtung. In erster Linie waren dies weiter der englisch orientierte Teil der Johannesburger Minenindustrie und die großen englisch ausgerichteten südafrikanischen Tageszeitungen, sodann die 1896 in East London von englischen Südafrikanern gegründete *Anglo-African League*. Deren Vorsitz übernahm 1898 Cecil Rhodes.

Im Mai 1897 entsandte die britische Regierung Sir Alfred Milner als Gouverneur und Hohen Kommissar nach Südafrika. Er hatte die Aufgabe, die neue Politik des britischen Kolonialamts mit Energie durchzuführen und den Transvaal anschlußreif zu machen. Um die gleiche Zeit wurde auch englischerseits mit der Konzentrierung einer größeren Truppenmacht in Südafrika begonnen. Bald nach seinem Eintreffen in Kapstadt schrieb Milner an einen englischen Freund, daß er den Schlüssel zum

Erfolg darin sähe, im Transvaal eine starke englische Gruppe aufzubauen, die das Wahlrecht erhalte und dann ein Gegengewicht gegen das Burentum bilde. Ein Jahr später, nach der Wiederwahl des hartnäckigen, zum burischen Nationalheros gewordenen Präsidenten Krüger, erklärte er Chamberlain, daß er jetzt nur zwei Wege zum Erfolg sehe: den politischen Umschwung im Transvaal oder – Krieg.

Dem Druck, den England jetzt in der *Uitlander*-Frage und bezüglich der von ihm beanspruchten Suzeränität über den Transvaal entwickelte, hielt Präsident Krüger mit alter Zähigkeit stand. In der Frage des Wahlrechts der ausländischen Minenarbeiter war er nur zu beschränktem Entgegenkommen bereit. Er übersah klar, was mit dem englischen Verlangen für die Transvaalrepublik und Gesamt-Südafrika auf dem Spiele stand. 1898 schlug Deutschland eine neue Politik ein und erklärte England gegenüber sein politisches Desinteressement an Südafrika. Im Frühjahr 1899 spitzten sich die Verhältnisse zu. Milner glaubte, daß jetzt der Boden stimmungsmäßig reif sei für seine Intervention. Auf burischer Seite wurde umgekehrt unter dem Motto „Afrika für die Afrikaner“ immer lauter eine südafrikanische Gesamtrepublik burischer Prägung gefordert.

Beide Parteien wurden sich darüber klar, daß bei der Unversöhnlichkeit der Gegensätze eine gewaltsame Auseinandersetzung nicht zu umgehen war. Am 11. Oktober 1899 eröffnete der Transvaal den Krieg. Präsident Krüger hatte sich entschlossen, die Auseinandersetzung herbeizuführen, bevor die feindliche Truppenstärke in Südafrika noch weiter angewachsen war. Der Oranje-Freistaat schloß sich Krügers Vorgehen an.

Die beiden Burenrepubliken unterlagen der englischen Übermacht. Am 31. Mai 1902 wurde in Pretoria der Friedensvertrag unterzeichnet. Beide Burenstaaten wurden von England annektiert und erhielten den Status von Kronkolonien. Die britische Flagge wehte jetzt über ganz Südafrika.

Eine politische Einheit kam damit aber noch nicht zustande. Milner nahm eine solche erst für später in Aussicht, wenn eine stärkere Anglisierung des Transvaal und des Oranje-Freistaates erfolgt und das burische Übergewicht damit beseitigt war. Inzwischen begnügte er sich mit dem Ausbau des Zollverbandes, dem noch vor dem Kriege (1898) Natal beigetreten war. 1903 und 1904 wurden diesem die Kronkolonien Basutoland, Swasiland, das Betschuanaland-Protektorat und Südrhodesien angeschlossen. Die Bildung einer Verkehrseinheit stieß noch auf Schwierigkeiten und wurde hinausgeschoben.

Trotz Milners Zurückhaltung kam jetzt aber auch die Frage des politischen Zusammenschlusses in Fluß. 1903 trat ein Wiedererwachen des burischen Nationalbewußtseins, z. T. hervorgerufen durch die Einfuhr chinesischer Minenarbeiter in den Transvaal, als neues Moment in die südafrikanische Politik ein. Im Transvaal und im Oranje-Freistaat entstanden burische Organisationen, die sich gegen die Bevormundung durch den „Milnerismus“ wandten und eine Mitbeteiligung des burischen Elements an der Regierung forderten. Diese Bewegung brachte jetzt die Einheitsfragen in Fluß.

1905 wurde Milner abberufen und in England die konservative Regierung Salisbury durch das liberale Kabinet Campbell-Bannerman abgelöst. Dieses kam den burischen Wünschen entgegen. Ende 1906 wurde dem Transvaal, im Juni 1907 dem Oranje-Freistaat Selbstregierung gewährt. Altverdiente burische Führer wie die Ge-

nerale Botha, Smuts und Hertzog traten an die Spitze der beiden Staaten. Mit neuem Geist ging man jetzt von den Territorialregierungen aus an die Frage des südafrikanischen Gesamtstaates heran. Auch wirtschaftliche Beweggründe, vor allem die ungelösten Eisenbahnfragen, drängten in dieser Richtung.

Nach Überwindung zahlreicher Hindernisse trat im Oktober 1908, gefördert von Milners Nachfolger Lord Selborne, ein südafrikanischer Nationalkonvent zur Lösung der Frage des Zusammenschlusses in Durban zusammen. Er bestand aus Vertretern der Kapprovinz, Natal, des Transvaal und des Oranje-Freistaats. Der Konvent beschloß den Entwurf einer südafrikanischen Gesamtverfassung. Zahlreiche Gegensätzlichkeiten der Einzelstaaten waren zu überwinden. Ein außenpolitisches Moment, das zur Einigung beitrug, war die von der englischen Presse Südafrikas gepredigte „deutsche Gefahr“. In die Zeit des Konvents fiel zuguterletzt das unglückliche *Daily Telegraph*-Interview Kaiser Wilhelms II., das bei Engländern und Buren gleichmäßig Empörung hervorrief. Der Konvent lehnte eine Föderation ab und entschied sich für die Errichtung eines südafrikanischen Einheitsstaats.

England schenkte den in den Kongreßbeschlüssen zum Ausdruck kommenden südafrikanischen Wünschen in großzügiger Weise Gehör. 1909 verabschiedete das britische Parlament die auf Grund der Beschlüsse des Nationalkonvents verfaßte *South Africa Act*, das Grundgesetz der Südafrikanischen Union. Am 31. Mai des folgenden Jahres trat der neue Gesamtstaat ins Leben. Außerhalb der Union blieben als britische Protektorate Betschuanaland, Swasiland und Basutoland. Deren späterer Beitritt sowie der Hinzutritt der Gebiete der *Chartered Company* (Rhodesien) wurde in der *South Africa Act* vorgesehen. 1919 erhielt die Union das Mandat über das 1915 von südafrikanischen Truppen eroberte und im Vertrag von Versailles von Deutschland abgetretene Südwestafrika. Die ehemalige deutsche Kolonie wurde der Union als „integraler Bestandteil“ hinzugefügt.

Der Weg zur südafrikanischen Nation

Mit der Konstituierung der Union war die langerstrebte Einheit Südafrikas zur Wirklichkeit geworden. Die Lösung, zu der die Entwicklungen geführt hatten, war aber trotz der aktiven Mitwirkung burischer Staatsmänner rein britisch. Die Union blieb verfassungsrechtlich mit England verbunden, der neue Gesamtstaat trug in seinem Aufbau britischen Charakter.

Es zeigte sich jedoch schon bald, daß die Entwicklung noch keineswegs abgeschlossen war. Das Burentum hatte trotz der erlittenen Niederlage seine lebendige nationale Kraft erhalten, auch sein numerisches Übergewicht hatte es bewahren können. War es zunächst unter britischer Orientierung neu erwacht, so kamen in den folgenden Jahrzehnten wieder seine nationalen Kräfte und seine so lange an der Entwicklung gehinderten alten Aspirationen zum Durchbruch. Nationale Kerngruppen entstanden und sammelten sich zum Gegenstoß.

1926 wurde die Union unter der Ministerpräsidentschaft des Generals Hertzog im Zuge der nach dem Ersten Weltkrieg durchgeführten Reform des britischen *Empire* ein selbständiges, vom britischen Parlament unabhängiges *Dominion*. Als staatsrechtliches Band blieb noch die Krone übrig, die bis heute bestehende Personalunion zwischen der Königin von Südafrika und der Königin von England.

Während beider Weltkriege waren Kräfte am Werk, die versuchten, einen inneren Umschwung im Sinne des burischen Nationalismus herbeizuführen. Dieses Ziel wurde erst 1948 erreicht, als aus den allgemeinen Wahlen eine nationalburische Regierung unter Führung von Dr. D. F. Malan hervorging. Diese begann, die Union zu einem Afrikanerstaat umzubauen, in dem – bei aller Gleichberechtigung der beiden weißen Völker – die altburische Tradition den Grundcharakter abgibt. Sie setzte sich ferner zum Ziel, die republikanische Staatsform anzustreben, d. h. die Union auch von der britischen Krone zu lösen.

Beide Zielsetzungen wurden Ende vorigen Jahres von der neuen nationalburischen Regierung Strydom übernommen. Der Übergang zur Republik soll erfolgen, sobald sich hierfür eine größere Stimmenmehrheit, die über die schon jetzt im Parlament vorhandene absolute Mehrheit hinausgeht, ergibt. In nicht zu ferner Zeit wird mit einer Volksabstimmung über diese Frage zu rechnen sein. Kommt es alsdann zu der erhofften Entscheidung, so würde damit der letzte Schritt getan, um den altburischen Forderungen, dem Staatsideal der Präsidenten Burgers und Krüger, nach vielen Jahrzehnten vergeblichen Hoffens doch noch zum Siege zu verhelfen.

England hat dann den Aufbau des südafrikanischen Gesamtstaates durchgeführt, den nun das Burentum mit seinem Geist erfüllt. Eine versöhnliche Synthese britischen und burischen Strebens würde damit am Ende der Entwicklungen stehen, gleichwie auch die heutige Blüte des Landes – trotz aller Spannungen der Vergan-



genheit und Gegenwart – auf dem Zusammenwirken beider Nationalitäten beruht. Erfüllen wird sich, so scheint es heute, in nicht zu ferner Zeit ein prophetisches Wort, das Präsident Burgers 1877 nach der ersten Annexion der Transvaalrepublik schrieb:

„Ich glaube, daß eine Nation erst in der Schule des Kampfes und der Gegnerschaft geformt wird. Durch den Fall der Transvaalrepublik wird eine Union entstehen, die unter den Schwingen Englands erblüht, die dann aber am Ende von eigener Flügelmacht getragen werden wird.“

DER WEISSE MANN IN AFRIKA

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21. 6. 1955 bringt unter der Überschrift „Massenumsiedlung von Negeren“ eine Meldung aus Kapstadt von 42 Zeilen, in der paritätisch die gleiche Zeilenzahl den Standpunkt der Regierung und die andere Hälfte den Standpunkt der Opposition wiedergibt. Der normale Zeitungsleser liest natürlich nur die Überschrift und hat daraus den Eindruck, daß wieder einmal in der Welt eine Umsiedlung mit allen ihren Schrecken vorgenommen wird. Man muß schon die ganze Meldung lesen, um am Schluß folgenden Satz zu finden: „Die Familien, die bisher größtenteils in *Slums* lebten, erhalten in ihrem neuen Stadtteil bezugsfertige Häuser“. Dieses lesend, wundert man sich über die Schlagzeile. Man ist freilich schon gewöhnt an eine auffallend wenig objektive Berichterstattung der Weltpresse über Vorgänge in Südafrika.

Die Gründe hierfür und zugleich einige Zahlen von besonderem Interesse werden neuerdings von seiten der Union wie folgt mitgeteilt:

Bantu Education, Oppression or Opportunity? Issued by The South African Bureau of Racial Affairs (SABRA), Stellenbosch 1955, Seite 27:

„Für ein Volk oder eine Regierung, die eine Rassengruppe innerhalb ihrer Grenzen zu unterdrücken wünscht, ist es eine fundamentale Notwendigkeit, Bildung von dieser betreffenden Gruppe fernzuhalten. Kein gebildetes Volk wird sich jemals für lange Zeit einer Gewaltherrschaft beugen, besonders dann nicht, wenn die „unterdrückte“ Gruppe der Zahl nach die größte innerhalb der Gesamtbevölkerung ist – wie das bei den Bantu in Südafrika der Fall ist.

Es gibt viele Leute auf der gesamten Welt, die davon überzeugt sind, daß das Motiv der Unterdrückung das dominierende Motiv bei uns in Südafrika ist. Diese Leute unterrichten sich aus den Schlagzeilen in der Weltpresse, die von Zwischenfällen unter weißen und schwarzen Hitzköpfen berichten. Selbst wenn sie einigermaßen ausreichend informiert sind, um die geographische Lage der Union zu kennen, sind ihre übrigen Vorstellungen über die Rassenpolitik des Landes oftmals sehr oberflächlich zusammengelesen, und zwar in Ermangelung von vertrauenswürdigeren Quellen aus den Berichten reisender Propagandisten und blaß-rosa Agitatoren oder von „dem Mann auf der Straße“, der es vom Onkel seiner Frau hörte, der einmal Südafrika besuchte.

Die Geschichte von allem, was der Weiße Mann für seine schwarzen Mitmenschen tut, und zwar als offizielle Staatspolitik in einem riesigen und immer wachsenden Ausmaß, die Geschichte von den Tausenden von Schulen und den Hunderttausenden von Bantu-Schulkindern, ist eine Geschichte, die selten, wenn überhaupt jemals, über die Grenzen des Landes hinaus weitergegeben wird. Derartige Tatsachen haben nicht den Neuigkeits-„Wert“ eines einzigen Zwischenfalles oder einer feurigen politischen Ansprache.

Noch niemals hat sich eine UNO-Kommission die Mühe gemacht, den Unterschied herauszustellen zwischen den Aufwendungen Indiens im Vergleich zu denen Südafrikas: Während in Indien pro Kopf der Bevölkerung jährlich 3 Pence für Erziehung und 3 Pence für die Gesundheit ausgegeben werden,

sind es in Südafrika pro Kopf seiner Bantubevölkerung jährlich 15 *Shilling* 9 *Pence* für Erziehung und 26 *Shilling* 11 *Pence* für das Gesundheitswesen. Statt dessen ist die gesamte Weltöffentlichkeit von den UNO-Kommissionen auf die „Bedrohung des Weltfriedens“ hingewiesen worden, die dadurch verursacht sei, daß der schwarze Mann in diesem Lande kein Stimmrecht hat.“

Wenn es sich nicht um eine Tageszeitung handelt, sondern um ein Buch, so muß man verlangen, daß die Berichterstattung absolut objektiv ist. Van der Post erfüllt diese Forderung leider noch nicht so vollständig, wie es angesichts der im übrigen außerordentlichen Qualität seines Buches wünschenswert wäre. Er hat sich offenbar zu viel vorgenommen, denn so leicht wird es nicht sein, einen Reisebericht, ein psychologisches Buch und ein politisches Buch alles in einem und gleichzeitig zu schreiben. Was er unter dem Untertitel „Afrika und die Seele des XX. Jahrhunderts“ geliefert hat, ist wie ein vollgestopfter Sack, in dem wertvolle Gedanken und gute Beschreibungen neben gefährlichen Verallgemeinerungen und Entstellungen stehen.

Das Thema ist richtig aufgefaßt, wenn es etwa auf Seite 89 heißt: „Leute wie ich, dessen erste Erinnerung zurückgeht an eine große, schwarze, lächelnde, singende, warme, vollbusige Figur, welche sich über mein Bettchen neigt, dessen Freunde jahrelang nackte schwarze Schlingel waren, — wir wissen, daß die Berührung zwischen Europäern und Afrikanern, gleichgültig, ob der einzelne das wünscht oder nicht, ein bedeutsamer, fast unmeßbarer zweigleisiger Weg ist. Er kann, wenn Verständnis und Duldung vorhanden sind, auch das Leben des Europäers bereichern. Oder er kann, mit seiner eigenen blinden Intoleranz (Anmerkung des Rezensenten: Der Weg?), dieses Leben in Selbstverbitterung und -verarmung irreleiten und zerrütten, wie bei meinen Landsleuten in Südafrika.“

Schon an dieser Stelle jedoch sollte es nicht erlaubt gewesen sein, ohne sorgfältige Begründung gegenüber Südafrika einen solchen schweren Vorwurf zu erheben. Ich komme darauf noch zurück.

Zuvor will ich noch eine entsprechende Stelle als Beleg für meine Beurteilung des

Buches anführen, nämlich die zweifellos sehr begabte Art, wie der Verfasser von der Beschreibung der nächtlichen Luftreise auf sein psychologisch-afrikanisches Thema kommt: „Doch wenn wir auf die Nacht zurücksehen, die wir gerade erlitten hatten, war es nicht schwer einzusehen, wieviel größer als das Wissen und die Zuversicht, die sich in der Geschwindigkeit unseres Flugzeugs verkörperten, jene große Dunkelheit des Sich-Wunders und des Nicht-Wissens gewesen war. Sprachen vielleicht diese einfachen Leute da unten für uns die Gebete, die wir selbst hätten beten sollen? War es soweit gekommen, daß wir Christen die Gebete der Heiden brauchten?“ Richtig ist hier die Verbindung oder Gegenüberstellung von Wissen einerseits und Glauben andererseits. Verkehrt und gefährlich ist es aber, diese Verbindung durch die bewertenden Worte „wieviel größer“ herzustellen.

Es handelt sich nicht darum, und es steht uns nicht zu, zwischen solchen an sich schon nicht recht faßbaren Begriffen, die man gerne ebenso anschaulich wie unklar mit „hell“ und „dunkel“ bezeichnet, auch noch eine Bewertung vorzunehmen. Man kann höchstens sagen, daß vom einen oder vom anderen ein ungesundes Übergewicht vorhanden sei.

Man hätte diese Dinge vorsichtig und mit konkreten Beispielen weiterbehandeln können. Das geschieht in dem Buch auch. Aber es bleibt nicht dabei. Durch die eingestreuten politischen Bemerkungen gerät der Verfasser in den Verdacht, teils probitisch schreiben zu wollen, teils pro-kommunistisch. Hierhin gehören lobende Bemerkungen über den Sudan, wobei der Verfasser die durchaus unerlaubte Gegenüberstellung eines Teilgebietes mit dem ganzen „übrigen Afrika“ vornimmt (Seite 74), und vor allen Dingen die sämtlichen Stellen, die sich auf Südafrika beziehen.

Nach der auf Seite 63 gegebenen Beschreibung von Johannesburg muß der normale flüchtige Leser glauben, daß dort ständig Mord und Totschlag herrschen. „Fast jeder, den ich in Johannesburg kannte, hielt eine geladene Pistole zur Hand.“ Sollte der Verfasser in Johannesburg nur mit Politikern verkehrt haben? Wenn die Propaganda der Südafrikanischen Union die gleichen Gelder zur Ver-

fügung hätte wie die UNO, so müßte eine vergleichende Kriminalstatistik von Johannesburg, New York und London zur Hand sein. Das wäre wichtiger als eine Pistole. Mit solcherlei Berichten aber wird, vorsätzlich oder fahrlässig, die Weltmeinung irreführt. Je wichtiger und tiefgründiger ein Reisebericht sich gibt, desto sorgfältiger muß er wohl sein. Derartige Voreingenommenheiten darf er nicht enthalten. Auch dürfte es nicht vorkommen, daß Suaheli als ein Volksstamm behandelt (Seite 134/135) und übrigens einmal Suaheli und einmal Suahili geschrieben wird, während es sich doch nur um eine Kunstsprache handelt.

Doch sollen diese kritischen Bemerkungen die Bedeutung des Buches nicht mindern. Sie liegt offenbar nicht im Tagespolitischen, sondern im Psychologischen. Es ist mehr ein Buch über den weißen Mann als über den Schwarzen. Die außerordentliche Leistung des Verfassers liegt in der Antwort, die er auf die Frage gibt, was dem Schwarzen fehle (S. 343): „Wir könnten es ihm sagen, – wir, die wir zuviel von dem Licht besitzen und nicht genug von der Nacht und der Weisheit des Dunkels. Wir könnten, aber wir wollen nicht, weil wir gegen uns selbst gespalten sind, weil wir ein unendliches Vorurteil gegen die Nacht haben. ... Es ist ein Widersinn, der so typisch für unsere grundlegende Nicht-Wirklichkeit

(Anmerkung des Rezensenten: Welch ein fürchterlicher Ausdruck!) ist, daß die Schwierigkeit ihm zugeschoben wird, daß er mit unseren Ängsten und unseren Sünden beladen wird, daß das Problem die schwarze, die eingeborene, die afrikanische Frage genannt wird. Das ist eine eindrucksvolle, eine wirksame, eine einleuchtende Fehldeutung. Aber sie stimmt nicht (Anmerkung des Rezensenten: Wie sollte auch eine Fehldeutung stimmen!). Das Problem gehört uns; es ist in uns, in unseren gespaltenen, geteilten Herzen; es ist weiß; es ist vom Tageslicht hell. Wir hassen den Eingeborenen in uns selbst, wir höhnen und verachten die Nacht, in der wir wurzeln, die niederen Grade, aus denen wir ans Tageslicht steigen... Schon naht sich der Mordgeruch von weither über dem Himmel Afrikas. Und das wäre nicht notwendig, – darin liegt der Jammer. Wenn wir uns nur mit unserem Innern selbst befreunden könnten, wenn wir mit unserer eigenen Dunkelheit zu einem Ausgleich kämen, dann gäbe es keine Schwierigkeiten von außen.“

Eugen Langen

Laurens van der Post: „Vorstoß ins Innere, Afrika und die Seele des XX. Jahrhunderts“, Karl H. Henssel Verlag, Berlin 1952, 367 Seiten, DM 13,80.

DER FLOTTENSTÜTZPUNKT BEI KAPSTADT

Am 4. Juli 1955 gab der britische Ministerpräsident im Unterhaus bekannt, daß Großbritannien mit der Südafrikanischen Union die Auslieferung des Flottenstützpunktes Simonstown bei Kapstadt verabredet habe. Dort hatte sich die britische Marine Verfügungsrechte vorbehalten, auch als das südafrikanische Hinterland zunächst zu einem Dominion, dann zu einem selbständigen Staat im Rahmen des *Commonwealth* geworden war. Ein südafrikanischer Marineoffizier solle nunmehr den Oberbefehl über die verbündeten Flotten übernehmen, die für den Schutz der Seewege um das Kap der Guten Hoffnung eingesetzt werden sollten. Falls Großbritannien und Südafrika gemeinsam Krieg führten, solle

ein britischer Oberbefehlshaber für die Kapzone und zugleich für das britische Südatlantikgeschwader eingesetzt werden. Die Südafrikanische Union werde ihre Seestreitkräfte verstärken und habe schon Bauaufträge im Werte von 18 Millionen £ nach Großbritannien vergeben. Die britische Marine könne Simonstown auch nach der Übergabe an Südafrika benutzen. Die Weiterbeschäftigung der bisher dort arbeitenden farbigen Arbeitskräfte sei von Südafrika zugesagt worden. Die beiden Regierungen stimmen darin überein, daß die Südafrikanische Union nicht nur im Seegebiet um das Kap, sondern gleichzeitig im Nahen Osten verteidigt werden muß.

Das Wachstum der afrikanischen Städte

Gegenwärtig vollzieht sich im tropischen Afrika eine soziale Bewegung, die möglicherweise wichtiger ist als die politischen und wirtschaftlichen Wandlungen, über die häufig in der Tagespresse und in den Zeitschriften berichtet wird. Diese Bewegung ist vor allem deshalb so wichtig, weil sie sich ohne Einflußmöglichkeit der Kolonialmächte abspielt.

Es handelt sich um die Zuwanderung in die Städte, das Städtewachstum. Millionen afrikanischer Menschen sind in die Stadt gegangen, die meisten davon spontan ohne Anwerbung durch einen europäischen Arbeitgeber. Manche sogar, ohne zu wissen, welche Arbeit oder ob überhaupt eine Arbeitsstelle für sie dort zur Verfügung stehe.

Das Städtewachstum in Afrika erregt unter anderem deshalb so wenig Aufmerksamkeit, weil man die Kenntnis darüber nur aus einheimischen Quellen gewinnen kann¹). Auch die besten Nachschlagewerke, wie zum Beispiel das *Nigeria Handbook*, geben unter Umständen alle benötigten Auskünfte über die einzelnen Provinzen und Bezirke, aber kaum für eine Handvoll Städte finden sich darin auch nur die groben Einwohnerzahlen.

Ein weiterer Grund liegt darin, daß diese Bewegung bis jetzt nur einen kleinen Bruchteil der Gesamtbevölkerung Afrikas erfaßt hat, soweit man sie wenigstens nach den Einwohnerzahlen der Städte abschätzen kann. Unter der Annahme, daß es sich bei allen Einwohnern von Siedlungen mit einer Bevölkerung über 2500 Menschen um Städter handelt, erfaßt die städtische Bevölkerung des tropischen Afrika wahrscheinlich höchstens 10 % aller einheimischen Afrikaner.

Es zeigt sich sehr rasch, daß in einigen Gebieten das Städtewachstum größer ist als in anderen. An der westafrikanischen Küste, ob sie unter französischer oder britischer Oberhoheit steht, macht die Stadtbevölkerung über 15 % der einheimischen Gesamtbevölkerung aus, während im Inneren des Kontinents 95 % weiter auf dem Lande wohnen. Höher als 20 % liegt der städtische Anteil in Senegambien und im Westbezirk Nigeriens, in den belgisch oder französisch beherrschten Uferlandschaften des unteren Kongo, im belgischen oder britischen Kupfergebiet des Kongo und Nordrhodesiens, in der Südafrikanischen Union, in den zentralen Provinzen Südwestafrikas, in Madagaskar sowie im italienischen Treuhandgebiet Somalia.

20 % erscheinen nicht hoch. Man muß aber bedenken, daß außerhalb einzelner Länder Europas, des Nahen Ostens und Südasiens das Städtewachstum erst in verhältnismäßig neuerer Zeit vor sich gegangen ist. Auch in den USA stellte erst die Volkszählung von 1860 diesen Prozentsatz fest, in den Südstaaten der USA wurden 20 % sogar erst 1910 erreicht²). Im tropischen Afrika bedeutet ein Anteil von 10 %, wie er heute für den gesamten Raum festliegt, die Verdoppelung des Prozentsatzes von 1939. Daraus geht hervor, daß sich das Städtewachstum außerordentlich schnell vollzieht.

¹) Eine allgemeine Bibliographie zu diesen Fragen findet sich in der Arbeit des Verfassers: *Urban Conditions in Africa*, London 1952.

²) Bogue, D. J., „Urbanism in the United States, 1950“, *American Journal of Sociology*, 1955, 471—486.

Die Europäer, die noch immer in den meisten Teilen des tropischen Afrika politisch herrschen, wohnen fast nur in Städten. Die europäische Bevölkerung von Französisch-Westafrika lebt zu zwei Dritteln in insgesamt 15 Ortschaften. Die Hälfte der Europäer wohnt allein in der Stadt Dakar. Im belgischen Kongo finden sich zwei Drittel der Weißen in insgesamt 35 Orten, während die Hälfte der Europäer in 13 Orten festgestellt werden kann. Die Europäer Südrhodesiens wohnen mit zwei Dritteln ihrer Gesamtzahl in sechs, mit drei Fünfteln in nur zwei Städten. In der Südafrikanischen Union müssen drei Viertel der weißen Bevölkerung als Stadtbewohner angesehen werden, die Hälfte davon wohnt in nur fünf Städten. Die Weißen führen also bei der „Verstädterung“, obwohl sie die entsprechende Wanderungsbewegung der Afrikaner nicht so streng kontrollieren können, wie sie es im Interesse ihrer Sicherheit gern täten.

Die führenden Städte

Kein Nachschlagewerk stellt eine Liste der wichtigsten Städte des tropischen Afrika zusammen. Als Ergebnis meiner afrikanischen Reisen und örtlicher Feststellungen komme ich zu dem Schluß, daß eine Stadt in Afrika oft bis zu einer Einwohnerzahl von ungefähr 30 000 Menschen anwächst, damit aber ihr Wachstum abschließt.

Wenn eine Stadt aber einmal eine Einwohnerzahl von 45 000 erreicht hat, besitzt sie unbedingt Aussichten, daß sie im gleichen Ausmaß wie die Wirtschaft ihres Umlandes weiterwächst. Deshalb habe ich in die folgende Liste alle Orte mit über 45 000 Einwohnern aufgenommen. Es handelt sich nach den letzten verfügbaren Zählungen, wenn man die Einwohnerzahl jeweils in 1000 angibt, um:

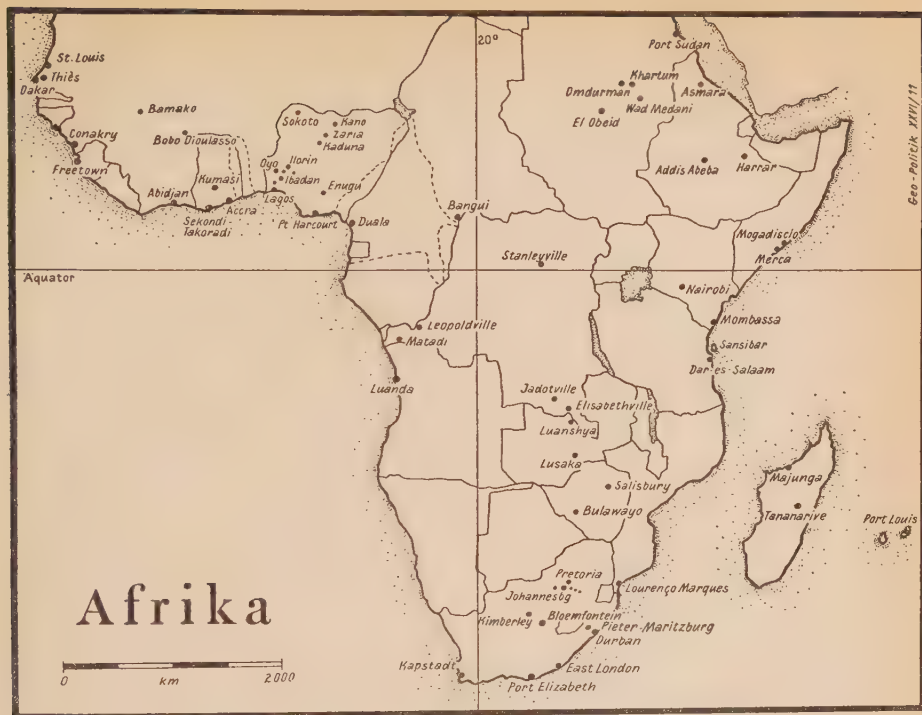
Westafrika und das westliche Zentralafrika:

Französisch-Westafrika ³⁾ :	1) Dakar — 320, 2) Saint Louis — 60, 3) Thiès — 59, 4) Bamako — 110, 5) Bobo Dioulasso — 45, 6) Conakry — 45, 7) Abidjan — 118;
Sierra Leone:	8) Freetown — 65;
Goldküste:	9) Sekondi-Takoradi — 45, 10) Kumasi — 74, 11) Accra — 150;
Westnigerien ⁴⁾ :	12) Lagos — 272, 13) Ibadan — 459, 14) Abeokuta — 84, 15) Obgomosho — 140, 16) Oshogbo — 123, 17) Ife — 111, 18) Iwo — 100, 19) Oyo — 72, 20) Ilesha — 72, 21) Iseyin — 50, 22) Ede — 45;
Nordnigerien:	23) Ilorin — 63, 24) Sokoto — 52, 25) Kano — 131, 26) Zaria — 62, 27) Kaduna — 51;
Ostnigerien:	28) Enugu — 80, 29) Onitsha — 60, 30) Port Harcourt — 76;
Kamerun ⁵⁾ :	31) Duala — 115;
Französisch-Äquatorialafrika:	32) Bangui — 100, 33) Brazzaville — 96;

³⁾ Guid' A. O. F., Dakar, 1954.

⁴⁾ Nigeria Census 1952, Kaduna, Nigeria.

⁵⁾ Rapport aux Nations Unies, Paris, 1954.



Belgischer Kongo⁶⁾: 34) Leopoldville – 284, 35) Matadi – 55, 36) Stanleyville – 53;
(Nordwesten)

Angola⁷⁾: 37) Luanda – 169;

Südafrika und das südliche Zentralafrika:

Südafrikanische Union⁸⁾: 38) Kapstadt – 572, 39) Port Elizabeth – 218, 40) East London – 105, 41) Bloemfontein – 115, 42) Kimberley – 65, 43) Pretoria – 283, 44) Johannesburg – 912, 45) Alexandra – 70, 46) Germiston – 170, 47) Brakpan – 83, 48) Krugersdorp – 74, 49) Springs – 63, 50) Benoni – 110, 51) Roodepoort-Maraisburg – 78, 52) Boksburg – 65, 53) Pieter-Maritzburg – 92, 54) Durban – 475;

Südrhodesien⁹⁾: 55) Bulawayo – 133, 56) Salisbury – 168;

Nordrhodesien: 57) Lusaka – 47, 58) Mufulira – 50, 59) Luanshya – 61, 60) Kitwe – 72;

Belgischer Kongo: 61) Elisabethville – 129, 62) Jadotville – 63;
(Katangagebiet)¹⁰⁾

⁶⁾ Rapport aux Chambres, Bruxelles, 1954.

⁷⁾ Boletim Mensal de Estatística, Luanda, 1955.

⁸⁾ Official Year Book of South Africa, Pretoria, 1954.

Official Municipal Year Book, Cape Town, 1954.

⁹⁾ Federation of Rhodesia and Nyasaland, Salisbury, 1954.

¹⁰⁾ East Africa Year Book and Guide, London, 1954.

Ostafrika:

Mosambik ¹¹⁾ :	63) Lourenço Marques — 100;
Madagaskar ¹²⁾ :	64) Tananarive — 187, 65) Majunga — 48;
Mauritius:	66) Port Louis — 70;
Tanganjika:	67) Dar-es-Salaam — 100;
Sansibar:	68) Sansibar — 50;
Kenia:	69) Mombassa — 110, 70) Nairobi — 148;
Italienisch-Somalia ¹³⁾ :	71) Merca — 50, 72) Mogadiscio — 61;
Äthiopien ¹⁴⁾ :	73) Addis Abeba — 400, 74) Harar — 50, 75) Asmara — 117;
Sudan:	76) El Obeid — 70, 77) Wad Medani — 62, 78) Khartum-Omdurman — 135, 79) Port Sudan — 47.

Typen des Städtewachstums

Diese 79 Städte liegen nicht willkürlich über die Landkarte Afrikas zerstreut. Ihre Verteilung zeigt ein enges Verhältnis zwischen dem Städtewachstum und der politisch-sozialen Allgemeinentwicklung. Es gibt neun über 200 000 Einwohner zählende Großstädte, von denen vier in Südafrika liegen, wo sie ein Zeichen hoher Industrialisierung sind. Diese großen Agglomerationen können sich selbst nicht ernähren.

Zwei dieser großen Städte liegen in Westnigerien, wo sich in ungewöhnlicher Weise ein einheimisch-afrikanisches Stadtleben entwickelt hat. Die drei letzten liegen weit voneinander isoliert, denn in jeder von ihnen konzentrieren sich alle politischen und wirtschaftlichen Aufgaben eines unterentwickelten Landes, das mehrere Millionen Quadratkilometer umfaßt.

Die 70 Städte zweiter Ordnung dagegen liegen im allgemeinen nicht voneinander isoliert, sondern in dichter Streuung an denjenigen Stellen des Erdteils, die weiter als andere entwickelt sind. Diese Entwicklungszonen allerdings sind von ähnlichen anderen Bereichen isoliert. Es handelt sich um drei große Städteansammlungen, die jeweils durch unterentwickelte Gebiete ohne Städte voneinander getrennt sind.

Die erste dieser Städtezonen liegt in Westafrika und im westlichen Zentralafrika. Hier ist die Zahl der Europäer außerhalb Dakars im Norden und Leopoldvilles sowie Luandas im Süden gering. Das liegt vor allem an der Hitze und Luftfeuchtigkeit sowie der Mückenplage. Diese Städte sind deshalb eindeutig durch die Afrikaner geprägt. Sie verfügen über wenig Industrie, wenn man vom Verkehrswesen und dem Nahrungsmittelgewerbe absieht. Der Islam ist in ihnen von größerer Bedeutung als das Christentum. Im westlichen Nigerien fehlen Industrie und Christentum außerhalb der Küstenhauptstadt Lagos fast ganz. Die hier einheimischen Joruba lebten vor der Ankunft der Europäer in riesigen Kriegslagern¹⁵⁾. Die ersten weißen Besucher stellten

¹¹⁾ Recenseamento Geral da População 1950, Lourenço Marques, 1953.

¹²⁾ Bulletin de Statistique générale, Tananarive, 1953.

¹³⁾ Rapport aux Nations Unies, Rome, 1954.

¹⁴⁾ Guide Addis-Abeba, Addis-Abeba, 1952.

¹⁵⁾ Talbot, P. A., The Peoples of Southern Nigeria, London, 1926.

im zweiten Viertel des 19. Jahrhunderts fest, daß zwei Dutzend dieser Lager Städte von beträchtlicher Größe innerhalb eines Sechstagemärsche von Abeokuta ausstrahlenden Radius darstellten. In Abeokuta selbst wohnten damals über 100 000 Menschen. Einige dieser Orte wie besonders Ife, Oyo und Benin bestanden schon seit Jahrhunderten. Sie waren echte Afrikanerstädte. Doch in den meisten von ihnen hielten sich die Einwohner voneinander nach den Herkunftsortschaften ihrer Vorfahren getrennt, so daß es sich mehr um Anhäufungen von Dörfern als um wirkliche Städte handelte. Auch heute noch leben viele dieser Stadtbewohner nicht von einem städtischen Gewerbe, sondern als Ackerbürger.

Unmittelbar am Südrand der Sahara gibt es schon seit Jahrhunderten Städte, in denen sich die Nomaden der Wüste mit den Bauern der südlicher gelegenen Landstriche treffen, so daß die Einwohnerschaft dieser Plätze zur Zeit der großen Jahresmärkte leicht verdoppelt wird. Heinrich Barth zählte in der Provinz Katsena, nördlich von Kano, 50 Städte mit je über 4000 Einwohnern¹⁶⁾. Kano selbst, die Hauptstadt des mittleren Sudan, hatte damals über 30 000 ständige Einwohner und mindestens ebenso viele vorübergehende Besucher.

Heute haben viele dieser Städte ihre Bedeutung verloren, weil das einheimische Gewerbe nicht in Wettbewerb mit der europäischen Industrie treten kann. In die weiterlebenden Städte jedoch kommen jahreszeitlich noch immer Besucher. Hier regieren islamische Emire mit tüchtigen Methoden, und diese Plätze bewahren ihren exotischen Reiz, blühen aber gleichzeitig durch moderne Geschäfte, wie zum Beispiel den Erdnußversand, auf.

Städte im westlichen Zentralafrika sind schwieriger zu kennzeichnen. Hier fallen die Europäer (Franzosen, Belgier oder Portugiesen) stärker als in den westafrikanischen Städten mit Ausnahme von Dakar auf¹⁷⁾. Das kommt vor allem durch das Fehlen an Eingeborenen. Die Trennung der Wohnviertel zwischen Schwarz und Weiß sowie andere Züge erinnern eher an Südafrika als an Westafrika. Trotzdem aber haben die einheimischen Afrikaner in der Wirtschaft und Politik des westlichen Zentralafrika eher eine Zukunft als im südafrikanischen Bergbau.

Luanda ist eine der ältesten Städte Afrikas. Es wurde schon 1575 gegründet und besitzt heute eine Einwohnerschaft von 40 000 europäisierten Menschen, von denen die Hälfte weiß ist, ein Viertel aus Mulatten und ein Viertel aus Schwarzen besteht¹⁸⁾. Sogar in Leopoldville, derjenigen Stadt dieser Zone, in der die Rassentrennung am einschneidendsten ist, wirkt sich die Nachbarschaft der französischen Kolonialhauptstadt Brazzaville auf dem gegenüberliegenden Kongoufer aus, und der schwarze Gouverneur Französisch-Äquatorialafrikas (1940–44) war häufig als Ehrengast in Leopoldville. Wichtiger ist vielleicht noch, daß die gleichen Gesetze wie im belgischen Katangagebiet hier in Leopoldville stärker im Sinn der Rassenduldung angewendet werden¹⁹⁾.

Die südafrikanische *Apartheid*spolitik und die Unterbringung der Bergleute in werkseigenen Siedlungen ist allgemein bekannt. Trotzdem haben die *Apartheid*-gesetze den spontanen Zustrom in die Städte nicht aufhalten können. Die 350 000

¹⁶⁾ Barth, H., *Reisen und Entdeckungen in Nord- und Zentral-Afrika*, Gotha, 1857–1858.

¹⁷⁾ Comhaire, J., „L'aménagement du plus grand Dakar“, *Revue Coloniale Belge*, 1954, 41–42.

¹⁸⁾ Comhaire, J., „Capitales africaines: Luanda“, *Revue Coloniale Belge*, 1955.

¹⁹⁾ Comhaire, J., „Copperbelt in Belgian Congo“, *Year Book of Education* 1954, London 1955.

Arbeitskräfte der Goldbergwerke stellen nur einen kleinen Bruchteil der städtischen Bevölkerung in der Union dar²⁰). Johannesburg allein hat fast eine Million Einwohner, dabei ist die Mehrheit seiner Bevölkerung nichteuropäischer Herkunft. In seiner Umgebung liegt die Eingeborenenstadt Alexandra mit über 70 000 Einwohnern.

Das Dasein so vieler Afrikaner, die ohne Anwerbung durch die Goldbergwerke in die Stadt gekommen sind, spielt eine wichtige Rolle für die industrielle Entwicklung in ganz Südafrika und im Süden Zentralafrikas, obwohl die meisten Europäer, die dort wohnen, diese Tatsache bedauern. General Smuts schrieb: „Ohne die ihren Stämmen entfremdeten Eingeborenen der Städte wäre das Rassenproblem verhältnismäßig leicht zu lösen“²¹).

„Afro-Asien“

In der dritten Zone herrscht nicht allein Afrika vor, sondern Asien macht neben Afrika seinen Einfluß geltend. Schon im südafrikanischen Durban verteilt sich die Bevölkerung zu ungefähr gleichen Teilen auf Europäer, Asiaten und Afrikaner. Sogar in Kapstadt leben mindestens 40 000 Moslems malaiischer Herkunft²²). Ähnlich steht es überall an der Ostküste bis zum Äquator und darüber hinaus. Fast die gesamte Bevölkerung besteht aus einer Mischung von Negern, Arabern und Äthiopiern. Sie fühlt nur wenige Gemeinsamkeiten mit dem übrigen Afrika. Die Zahl der großen Städte ist gering, sie liegen weit auseinander und widmen sich eher dem Handel als der Industrie. Die Europäer haben aber manche ostafrikanischen Landschaften so stark erschlossen, daß es dort trotzdem ganze Gruppen von Städten zweiter Ordnung gibt. Das wird wahrscheinlich bald in Uganda der Fall sein, wo sicher auch die kürzliche Einweihung des großen Nilstaudamms eine Industrialisierung bewirken wird.

Vorläufig stoßen hier die Europäer auf den schärfsten Widerstand, der sich ihrer Vorherrschaft in Afrika überhaupt entgegenstellt. Die Idee „Eurafrika“ ist sehr jung, „Afro-Asien“ dagegen, wie ich diese Zone nennen möchte, gibt es schon seit zweitausend Jahren, denn solange wohnen hier schon Araber, Inder und sogar Chinesen²³).

Städtewachstum und politischer Fortschritt

Die meisten Probleme des Städtewachstums in Afrika²⁴) kommen daher, daß die afrikanischen Städtebewohner aus eigenem Antrieb ihren Wohnsitz in die Stadt verlegten. Sie fanden also bei ihrer Ankunft weder Arbeitsstellen noch Wohnungen. Der Zuzug in die Städte ist schneller vor sich gegangen als die wirtschaftliche Entwicklung. Daher sind Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot zu ständigen Problemen geworden. Das wird auch eine gewisse Zeitlang so bleiben, denn bei jeder neuen wirtschaftlichen Tätigkeit werden mehr Menschen in die Stadt gelockt, als sich neue Arbeitsplätze bieten²⁵). Wenn wie in Südrhodesien eine rasche Industrialisierung vor sich

²⁰) Marquard, L., *The Peoples and Policies of South Africa*, London, 2, 1952.

²¹) Smuts, J. C., *Africa and Some World Problems*, London, 1930.

²²) Du Plessis, I. D., *The Cape Malays*, Cape Town, 1944.

²³) Westermann, D., *Geschichte Afrikas*, Köln, 1952.

²⁴) Zu den Forschungsmethoden vgl. Silberman, L., „The Urban Social Survey in the Colonies“, Zaire, 1954, 279–300, Brussels.

²⁵) Vgl. Silberman, L., in: *Nairobi, Master Plan for a Colonial Capital*, London, 1948. Vom gleichen Verfasser: „Civic Survey of Mombasa Old Town“, Zaire, 1952, 699–718.

geht, dann entsteht das Absatzproblem für die neue Produktion²⁶⁾. Man muß sich daran erinnern, daß die einheimischen Arbeitskräfte mit ihren gegenwärtigen Löhnen nicht viel kaufen können²⁷⁾. Sogar im Belgischen Kongo verdient der Europäer im Durchschnitt fünfzigmal soviel wie der Eingeborene²⁸⁾. Trotzdem leben die eingeborenen Stadtbewohner gewöhnlich in Ruhe und Ordnung. In großen Städten wie Lagos oder Leopoldville kommt kaum mehr als ein einziger Mord in einem Jahr vor²⁹⁾.

Doch sind die Arbeitsbedingungen und die Wohnungsverhältnisse heute schon umstritten, und es entwickeln sich Streiks zweierlei Art³⁰⁾. Die Bergbaustreiks ereignen sich selten, aber sie bringen Gewalttaten mit sich, und ihre Unterdrückung kostet oft Todesopfer. In anderen Städten dagegen kommen Streiks häufiger vor, denn die Arbeitskräfte stehen unter weniger scharfer Kontrolle. Doch hier haben sich die Konflikte bis jetzt ohne große Schwierigkeit beilegen lassen.

Leider schafft das rassische Vorurteil³¹⁾ und das Ende der Ausbreitung des christlichen Glaubens, manchmal sogar sein Rückgang³²⁾, Schwierigkeiten für die soziale Eingliederung der neuen Stadtbewohner. Das Christentum leidet unter seiner konfessionellen Spaltung, besonders wenn es sich gegen den Wettbewerb des Islam wehren muß³³⁾. Selbst afrikanische Sekten erregen heute in den Städten weniger Aufsehen als politische Parteien und Gewerkschaften³⁴⁾.

Bei der Stadtverwaltung arbeiten überall Afrikaner und Europäer zusammen. Selbst in Südafrika, wo die Rassen streng auseinandergehalten werden, gibt es für die einzelnen Siedlungen der Eingeborenen Ausschüsse aus den Bewohnern, die von den weißen Stadtverwaltungen in allen ihre Wohngegend betreffenden Fragen zu Rate gezogen werden. In Westafrika sind die Bürgermeister auch der größten Städte Eingeborene, oft Mohammedaner. Damit vollzieht sich im ganzen Kontinent ein Experiment politischer Erziehung und politischer Verantwortlichkeit, das sicher weite Folgen haben wird³⁵⁾. Im Zusammenhang damit steht heute schon die starke Beteiligung afrikanischer Frauen an der Politik, dem Schulwesen und der Wirtschaft der Städte³⁶⁾.

²⁶⁾ Hance, W. A., „Economic Potentialities of the Central African Federation“, *Political Science Quarterly*, 1954, 29—44, New York.

²⁷⁾ Comhaire-Sylvain, S., *Food and Leisure among the African Youth of Leopoldville (Belgian Congo)*, University of Cape Town, 1950.

²⁸⁾ Université libre de Bruxelles; Institut de Sociologie Solvay, *Compte-rendu des journées inter-universitaires d'études coloniales*, Bruxelles, 1952.

²⁹⁾ Comhaire, J., „La délinquance dans les grandes villes d'Afrique Britannique“, Zaire, 1949, 1101—1108.

³⁰⁾ Comhaire, J., „Some African Problems of Today“, *Human Organization*, 1951, 15—18, New York.

³¹⁾ Comhaire, J., „Urban Segregation and Racial Legislation in Africa“, *American Sociological Review*, 1950, 392—397, New York.

³²⁾ Comhaire, J., „Religious Trends in African and Afro-American Urban Societies“, *Anthropological Quarterly*, 1953, 95—108, Washington.

³³⁾ Comhaire, J., „La vie religieuse à Lagos“, Zaire, 1949, 549—556.

³⁴⁾ Comhaire, J., „Sociétés secrètes et mouvements prophétiques au Congo Belge“, *Africa*, 1955, 54—59, London.

³⁵⁾ Comhaire, J., *Aspects of Urban Native Administration in Tropical and Southern Africa*, University of Cape Town, 1953.

³⁶⁾ Comhaire-Sylvain, S., „Le travail des femmes à Lagos, Nigeria“, Zaire, 1951, 169—187 u. 475—502.

Der Fall Mauritius

Das Bevölkerungsproblem einer Zuckerinsel

Kaum jemand weiß mehr über Mauritius, als daß diese Insel eine inzwischen sehr wertvoll gewordene Briefmarke herausgegeben hat. An der Wand im Empfangszimmer des Bürgermeisters der Inselhauptstadt Port Louis hängt unter Glas der Briefumschlag eines Schreibens, das der britische König Georg V. als Souverän der Insel an die braven Untertanen der treuen Stadt Port Louis gerichtet hat, und selbst dieser Brief ist durch die Expedition des Buckingham-Palastes an den „Bürgermeister von Port Louis, Mauritius, Westindien“ gerichtet. So scheint niemand auch nur zu wissen, wo Mauritius überhaupt liegt. Trotz dieser Abgeschiedenheit oder vielleicht ihretwegen läßt sich Mauritius als Modell auffassen, als ein reiner „Fall“, ein Laboratoriumsexperiment für ein Problem, das im Moment ganz Asien bewegt — die Übervölkerung. Je mehr die östlichen Länder sich entwickeln, um so ernster wird die Gefahr; selbst eine geringe Verbesserung der allgemeinen Lebenslage senkt radikal die Sterbeziffern, besonders der Kinder, ohne die traditionell hohen Geburtenraten zu beeinflussen. Asien gleicht einem großen „Slum“, in dem jeder Versuch einer Milderung nur eine Verschlimmerung des vorigen Zustandes auslöst. Die Bevölkerung Indiens wächst jährlich um die ganz Deutschlands. In Mauritius, ganz isoliert im Indischen Ozean, ist 1947 die Malaria ausgeremert worden — jetzt steht die Insel vor einem weit größeren Übel, gegen das kein humanitäres Verfahren bekannt ist, — dem malthusianischen Teufel, der Unmöglichkeit, seine Menschen zu ernähren.

Mauritius hat nur eine halbe Million Einwohner (1952 153 763 Weiße, Kreolen und kreolisierte Asiaten, 352 405 Inder sowie 18 699 Chinesen, zusammen 524 867). Es ist darum zu klein, auch zu arm, um in der modernen Weltwirtschaft etwas zu bedeuten und eine eigene Industrie aufzubauen. Afrika und Asien liegen je 2000 km entfernt. Nicht ein wirtschaftlicher Aufschwung, sondern nur sozialpolitische Maßnahmen können dieses kleine Land mit seinen 1865 qkm vor der sicheren Katastrophe retten. Seine Bevölkerung wächst jährlich um 3,3 %. Wenn die Wachstumsrate der vergangenen sieben Jahre anhält, wird sie sich in jeweils 25 Jahren verdoppeln. Schon lange, bevor das erreicht sein wird, muß man mit einer allgemeinen Zerrüttung der lokalen Verhältnisse rechnen. Was ist zu tun?

Die Familienväter, die selbst in einer Zeit aufwuchsen, als die Erde nach mehr Menschen rief, ob es sich nun um Katholiken, Anhänger der Hindureligion, Moslems oder Buddhisten handelt, treten schon aus religiösen Gründen für eine hohe Kinderzahl ein.

Mauritius hat in den letzten 100 Jahren für seine aufblühende Wirtschaft immer mehr Arbeitskräfte verlangt. Seine Kaufleute und Pflanzer brachten im 18. und 19. Jahrhundert zuerst schwarze Sklaven, dann indische Kontraktarbeiter herbei. Bis in die Zeit zwischen den beiden Weltkriegen dauerte die Einwanderung.

Zuckerrohr wird auf lange Zeit hinaus eine Monokultur bleiben. 99 % aller Ausfuhr werden durch Zucker dargestellt. Kein anderes Agrarprodukt könnte Ernte-

erträge von 5 t je Hektar erbringen und die gefährlichen Wirbelstürme so gut überstehen. Kein anderes Produkt nimmt dem Boden so wenig weg. Der Zucker wird also immer die erste Rolle spielen.

Eine Industrialisierung ist undenkbar, wenn nicht das Meer späterhin wirtschaftlich genutzt werden kann. Welche Hoffnung besteht nach den Erfahrungen des letzten Jahrzehnts, daß eine allgemeine Geburtenbeschränkung im Sinne der „Familienplanung“ das akute Problem der Insel lösen wird?

Die Entdecker von Mauritius, die Portugiesen, fanden auf der unbewohnten Insel eine Fülle von jagdbaren Tieren, ein wahres Paradies, zeigten aber kein Interesse, weil sie zu weit von ihren Handelsrouten entfernt lag. Die Niederländer stationierten dann Truppen auf Mauritius, das zur Süßwasserversorgung ihrer Schiffe auf dem Weg nach Ostindien und als Erholungsort für ihre Kranken diente. Sie verließen sich auf die Erfolge von Jagd- und Fischfang, doch als die Einwohnerzahl größer wurde, mangelte es plötzlich an Lebensmitteln. Da die Soldaten keinen Ackerbau treiben wollten, gaben sie die Siedlung schließlich auf, nachdem sie vorher die Besatzung auf 150 Mann begrenzt hatten. 1714 kamen die Franzosen: Dynamische Persönlichkeiten, Korsaren, Sklavenhändler, Bretonen und Normannen, die in gefährlicher Entfernung von der Heimat ihr Glück zu machen versuchten. Bis heute trägt die Insel ihre Prägung. Wohl ist sie eine britische Kolonie unter britischer Verwaltung, aber Sprache und Kultur sind noch immer so französisch wie in der Zeit, in der Mahé de Labourdonnais als erster Gouverneur des Königs von Frankreich, ein Mann von „napoleonischer“ Energie, seine Geschäfte in dem neugegründeten Port Louis aufnahm. Erst während der napoleonischen Kriege, 1810, landeten die Engländer. Die strategische Lage der Insel bestimmte die neuen Eroberer, dort zu bleiben, ohne daß die Bevölkerung in ihren Sitten und ihrer Kultur angetastet wurde.

Dann schützte die *Pax Britannica* Mauritius gegen alle politischen Wirrsale. Es konnte sich der Ausdehnung seiner Zuckerplantagen widmen. Die Produktion stieg in jedem Jahrzehnt, und die Schwankungen des Weltmarktes steigerten sie nur. In Krisenzeiten wurde mehr Zucker angebaut, weil die Pflanzer die Preisstürze durch Quantität ausgleichen wollten. In der Hochkonjunktur dagegen nahm man zusätzlich Land in Nutzung, um die Chance auswerten zu können.

Als die Engländer den Sklavenhandel verboten, wehrte sich die Insel verzweifelt, weil sie Arbeitskräfte brauchte. Die Gouverneure ergriffen zum Kummer des Londoner Kolonialministers die Partei der Sklavenhalter. Als Inder nicht mehr angeworben werden konnten, bemühte man sich ohne Erfolg zeitweise um die Einfuhr chinesischer Kulis. Zwischen 1834 und 1910 wurden fast 500 000 Inder „eingeführt“; die Hälfte blieb beständig auf der Insel. Heute sind mehr als zwei Drittel der Bevölkerung indischer Abstammung.

Der Zweite Weltkrieg und die Nachkriegszeit brachten eine neue Blüte. Zugleich erwachte das soziale Gewissen, dem nunmehr neue technische Möglichkeiten zur Verfügung standen. DDT rottete die Malaria aus. Die Sterberate sank, die Geburtenrate stieg. Die einsame Insel, ein lebendiges Beispiel für Thünens „isolierten Staat“, erlebt den steilsten Bevölkerungsanstieg, den es überhaupt gibt. Der Vitalitätsindex (der Quotient der Geburten durch die Todesfälle) betrug 1931 0,77, 1951 aber 3,19. Während die Bevölkerungszahl 1931–44 um 0,5 % pro Jahr wuchs, war das Wachs-

tum in den letzten sieben Jahren fast siebenmal so hoch. Die Sterberate sank von 27,2/1000 1934–38 auf 13,9/1000 1950. Die Säuglingsterblichkeit ging auf die Hälfte zurück. Während die Gesamtbevölkerung 1944–52 um 80 000 anwuchs, erhöhte sich die Zahl der Beschäftigten nur um 13 000. Die Arbeitslosenzahl andererseits stieg unaufhaltsam, überdurchschnittlich unter den Indern.

Verhandlungen über Auswanderungsmöglichkeiten nach Nordborneo sind gescheitert. Zwar wollte man dort die indischen Zuckerrohrarbeiter gern verwenden, aber man scheute die Entstehung eines neuen Rasseproblems. Ein Handelsabkommen mit Madagaskar 1948 sah Auswanderung auf diese Nachbarinsel vor, von dort sollte jedoch eine Geldüberweisung nach Mauritius nicht möglich sein. Daher denkt kaum jemand daran, sein knappes Kapital und Fachwissen auf dieser noch völlig brach liegenden Insel einzusetzen, die so groß wie Frankreich und dabei menschenarm ist.

Umgekehrt erfolgt sogar eine Einwanderung nach Mauritius. Aus der kleinen Nachbarinsel Rodrigues sind bis 1952 über 1100 Personen gekommen, die vor allem im Hafen Arbeit gefunden haben. Als die britische Armee die Suezkanalzone verließ, schickte sie rund 10 000 dort beschäftigte Mauritaner nach Hause, die jetzt in der Heimat nach Arbeit suchen, während früher ihre Überweisungen die Familien erhielten. Solange diese starke Gruppe in Ägypten saß, sah sie die Nöte der Heimatinsel von außen her in der richtigen Proportion. Heute fehlt dieser Blickpunkt.

Die einzigen Gewerbebetriebe, die mehr als 30 Arbeitskräfte beschäftigen, sind 12 Zuckerfabriken, eine Streichholz- und eine Sackfabrik, ein neuer Betrieb der *Anglo-American Tobacco Co.* und die Schuhfabrik von Bata. Rohstoffe für die Industrie haben sich nicht gefunden, mit ihnen ist auch nicht zu rechnen. Die Geschäfte sind klein. Das einzige große Gebäude, zu groß für seine Bedürfnisse, ist *Barclay's Bank*.

Vielleicht wird in der Zukunft der Hafen erweitert werden. Den Flugplatz benutzen *Air France* sowie die Fluggesellschaften, die zwischen Südafrika und Australien fliegen. Wie viele andere Fragen im Zeitalter der Wasserstoffbombe ist auch die strategische Bedeutung von Mauritius noch nicht endgültig geklärt, jedenfalls wird die Insel alljährlich durch die Flotten der westlichen Allianz angelaufen.

Der Fremdenverkehr dagegen kann sich kaum entwickeln, weil Mauritius weit entfernt liegt und die Länder am Indischen Ozean arm sind. Es kommen fast nur Südafrikaner europäischer Abstammung. Es gibt eigentlich nichts, was ausländische Investitionen locken könnte.



So bleibt nur der Zuckerelexport. Das Durchschnittseinkommen pro Kopf der Bevölkerung ist für 1953 auf 1050 Rupien berechnet worden. Die Kassen der örtlichen Händler mögen voll sein, trotzdem aber erinnert man sich an die langen Krisenzeiten vor dem Kriege, als der Zucker wenig einbrachte. 95 % der Nutzfläche stehen unter Zuckerrohr. Die Zuckerfabriken der Insel mögen im Vergleich zu Hawaii oder Porto-riko rückständig sein, aber gerade deshalb bieten sie Arbeitsplätze. Die Vorschläge einer 1948 tätigen Untersuchungskommission sind von geringer praktischer Bedeutung gewesen. Der Zuckerrohranbau bedarf kaum weiterer Verbesserungen, und der Übergang zu anderen Produkten wie Tee oder Tabak kann nur am Rande erfolgen. Kleine Bewässerungsvorhaben haben die Nutzfläche nur unerheblich vergrößern können. Der Exporterlös, der Verkaufswert aus dem einheimischen Verbrauch und der Rumherstellung hat sich gegenüber 1944 versiebenfacht, die Zuckermenge von 300 000 t 1938 auf 520 000 t 1953 erhöht. Wohl ist der Preis gegenüber 1951 gesunken, aber er liegt höher als 1950.

Seit 1939 gibt es einen Käufermarkt für Zucker. Der letzte Wirbelsturm hat die Insel 1945 getroffen. Die Produktionskraft hat sich in dem Maße gesteigert, in dem die Sterblichkeit und der Krankheitsindex zurück gingen.

Die allgemeine Konjunktur am Indischen Ozean hat der Zwischenhandelsmöglichkeit von Mauritius neue Chancen erschlossen. Die Zahl der Kraftwagen hat sich von 3600 im Jahre 1947 auf über 6000 erhöht, die Zahl der Automechaniker verdoppelt. Die Regierung gab vor dem Zweiten Weltkrieg 2 Millionen Rupien für soziale Zwecke aus, 1953 aber 35 Millionen. Die Ausgaben für die Volksgesundheit haben sich vervierfacht, die für das Schulwesen mehr als versechsfacht. Die Zahl der Schulkinder ist um 250 % höher als 1944, die Zahl der Lehrer hat seitdem von 2624 auf 4261 zugenommen. In Mauritius werden mehr Reifezeugnisse ausgegeben als in ganz Ostafrika. 400 Studenten von dieser Insel finden sich in England und Frankreich, während aus dem an Einwohnern sehr viel größeren Trinidad nur 340 und aus dem halb so großen Barbados nur 91 kommen.

Viele unter den 875 ausgebildeten Akademikern verdanken ihr Wissen einem Stipendium. Mauritius hat viel für seine Einwohner getan. Gleich wie man überall auf einen Blick zur See trifft, wo immer man auch auf der Insel spazieren gehen mag, so unausweichlich ist das Haltezeichen, das die Sackgasse des sozialen Fortschritts anzeigt. Was immer der Staat tut, das Bevölkerungsproblem ist allgegenwärtig.

Mauritius besitzt nicht wie andere „unterentwickelte“ Länder Steuerreserven. Handelsgesellschaften müssen schon acht Schillinge je Pfundgewinn versteuern (in Zypern zum Beispiel nur 7/6 Schillinge, in Fidschi 6/3). Die Vorschläger der Arbeiterpartei zur Steuererhöhung müssen bald ihre Grenze finden. Außerdem braucht der Staat mehr Geld, um die beschlossenen Beamtengehälter zu erhöhen. Die einzige Lösung ist eine entscheidende Änderung im sozialen Verhalten.

Eine Sozialerhebung

Wenn ein Fremder nach Mauritius kommt, fragt man ihn unweigerlich: „Ist es nicht wunderschön hier?“ Dann kommt als zweite Frage: „Was denkt man in London von Mauritius?“ Darin zeigt sich eine von den Franzosen überkommene Heimatliebe, aber auch eine gewisse Befangenheit und vor allem der Wunsch nach einer Diskussion.

Ratschläge hat die Insel wahrlich genug erhalten. Schon lange vor dem Zweiten Weltkrieg fand sich hier eine Fülle ausländischer Experten ein, wie sie seitdem überall in Mode gekommen sind. In überfüllten Versammlungen konnte ich feststellen, daß die jungen Intellektuellen nicht ohne weiteres bereit waren, papageienhaft das Schlagwort aufzugreifen, mit dem viele Inselbewohner nur den Zuckerpreis für die britischen Hausfrauen um einen halben *Penny* erhöhen wollen, um damit Mauritius wirtschaftlich zu retten.

Meine eigenen soziologischen Erhebungen sollten feststellen, wie weit es in Mauritius eine Gruppe modern denkender Menschen gibt, die persönlich eine neue Lebensweise für sich eingeführt hat. Wenn meine Ergebnisse zeigen können, daß die aus Asien stammende Mehrheit in bevölkerungspolitischer Hinsicht neue Wege einschläge, dann wäre der Fall Mauritius als Muster für die großen Staaten des asiatischen Festlandes von wirklicher Bedeutung.

Es kommt durchaus vor, daß eine alte Gesellschaft von einem jungen Lande lernt. Die überseeischen Staaten des *Commonwealth* sind zum Beispiel Großbritannien sozialpolitisch lange Zeit voraus gewesen, obwohl heute England als Muster des Wohlfahrtsstaates bezeichnet wird. Die Technik der USA hat die älteren Nationen im Westen letzthin auf den Stand gebracht, den man im Orient „westliche Lebensweise“ nennt. So kann vielleicht das kleine Mauritius in bezug auf seine Familienverfassung ein Muster für das Festland darstellen. Die Verwestlichung ist auf der Insel sprachlich durchaus vollzogen worden, indem sich zuerst die Kreolen, dann allmählich auch die aus Asien stammenden Einwanderer der französischen Sprache im täglichen Umgang bedienten.

Ich konnte durch 64 ausgebildete Mitarbeiter aus Mauritius 2027 Haushalte in Port Louis untersuchen lassen. Das Ergebnis zeigte klar eine Tendenz zur „Verwestlichung“.

Dabei vollzieht sich aber der Fortschritt nur auf mühselige, stoppelnde Weise. Man hat oft den wirtschaftlichen Unternehmer zu einer romantischen Figur gemacht, seinen Reichtum und seine Kühnheit gepriesen. Dieser Glorienschein verhindert häufig eine Einsicht in das wahre Wesen des Fortschritts. Der soziale Wandel nämlich vollzieht sich stets nur in kleinem Maßstab auf unromantische Weise. Es gibt Fälle, daß ein Akademiker durch eigene Leistung berühmt wird oder die tiefsinnige Philosophie eines Schusters strahlendes Wissen im ganzen „*Quartier*“ verbreitet. Im allgemeinen aber ist der Träger des sozialen Fortschritts ein schlichter, vorsichtiger, ehrbarer Familienvater mit einem alltäglichen Leben. Man sollte die selbstverleugnende und kämpferische Leistung dieser Menschen nicht unterschätzen, weil sie mit sauberen kleinen Fenstervorhängen, Blumentöpfen usw. dekoriert ist oder weil sie sich nur im Rahmen einer wissenschaftlichen Erhebung überhaupt feststellen läßt.

Die Träger des Fortschritts

Deutlich sichtbar werden zwei miteinander ringende soziale Gruppierungen. Einerseits sagen die Träger des Fortschritts der sozialen Sicherheit ihrer traditionellen Kultur Lebewohl, andererseits versteifen sich die Traditionalisten in der Opposition. Die „Fortschrittler“ beginnen ein neues Leben und nehmen drastische Wandlungen auf der Ausgabenseite ihres Familienbudgets auf sich. Sie streben nach Bildung. Sie

wollen netter wohnen, damit die Kinder in einer neuen Umgebung höhere Ansprüche an das Leben zu stellen lernen. Der Familienvater gibt sich mit weniger Kindern und vor allem mit weniger Verwandten ab, dafür aber mit mehr Sachwerten und mehr Aufgaben.

Oft gehört der Träger des Fortschritts zur „Stehkragenklasse“, häufig ist er Beamter. Es ist damit zu rechnen, daß es sich um einen verwestlichten Asiaten handelt. Früher waren die Beamtenstellen für die französische oder kreolische Bevölkerung reserviert. Inder und Chinesen konnten nur in sie eindringen, wenn sie die westliche Lebensweise annahmen.

Ein Vorgang dieser Art vollzieht sich auch heute noch mit unverminderter Stärke. Die Verpflichtungen an die Sippe werden verringert, die Zahl der Kinder sinkt. Dagegen steigt der Ankauf von Sachwerten. Traditionalisten widerstreben dieser Tendenz, indem sie den Wert intimer Bindungsverhältnisse betonen, auf die Forderungen der Ahnen und der Götter hinweisen oder die Aufmerksamkeit darauf lenken, daß so viele Assimilanten, Streber und „Fortschrittler“ ein Leben ohne inneren Halt führen. Von den Menschen, die wirklich zum Westen gehören, werden sie verlacht. Sie sind weder Fisch noch Fleisch, immer ängstlich, gehetzt, sie leben weniger, als daß sie Pläne schmieden.

Einwände dieser Art kennt man auch andernorts. Wer die Renten einer alten Kultur verzehrt, wer im Purpur oder wenigstens im bequemen Leben einer gesicherten Existenz geboren ist, der hat leicht feststellen, was alles Menschen fehlt, die noch im Aufstieg sind.

Es ist fast eine Ironie, daß die oft rührendnaiven Anstrengungen der Fortschrittler genau den Bedürfnissen sozialer Art entsprechen, die Mauritius langfristig hat. In der Zeit von Adam Smith galten die wirtschaftlichen Unternehmer von Birmingham und Manchester als Angehörige der „geldgierigen Klasse“. Doch sie erfüllten für die wachsende Zahl der britischen Bevölkerung eine „gottgegebene“ Mission, so sehr sie auch durch die Aristokraten und die Handarbeiter ihrer Zeit beschimpft wurden. Sie hatten den Mut, mit altüberlieferten Traditionen zu brechen. Sie besaßen oder erstrebten technisches Können. Sie nahmen ein Risiko auf sich. Sie zeigten Voraussicht und Führeigenschaften, so daß sie ihre Wohnungen und Fabriken neu einrichteten und zugunsten der Neuanschaffungen sparten. Nur ein Unternehmergeist kann in Mauritius Fortschritte erzielen.

So werden die Träger des sozialen Fortschritts in Mauritius eine Lebensform schaffen, in der später einmal eine Gruppe neuer Wirtschaftsunternehmer zu Hause ist, später, wenn zum Beispiel die Sonnenenergie, die Lebewelt der Meere, der Mineralgehalt der Tiefsee oder die Kraftreserve des Meerwassers genutzt werden können.

Bis sich solche Möglichkeiten bieten, muß die amtliche Politik in der Bevölkerung das nötige Fachkönnen und den Geist des sozialen Fortschritts entwickeln. Solche Bestrebungen decken sich mit den Bestrebungen der neueren Volkswirtschaftslehre. Die Wirtschaftstheorie eines Keynes wollte in ihrer letzten Auswirkung den bloßen Rentenbezieher benachteiligen und das Anlagekapital fördern. So muß der Politiker eine Gruppe bevorzugen, die heute noch eine kaum klar zu erkennende Minderheit darstellt, die aber ein Vorbild für die künftige Gesellschaft von Mauritius sein soll. Konkret gesagt: Der Staat muß das Denken in Mauritius auf den Zeitpunkt vorbe-

reiten, wenn die Physiologie und die Chemie ungeahnte Methoden der Geburtenbeschränkung zur Verfügung stellen.

Schon heute liegt die Geburtenrate der Kreolen erheblich niedriger als die der aus Asien eingewanderten Bevölkerung. Dabei sehen sie die höhere Gebürtigkeit der Asiaten mit Besorgnis. (Ihre Sorgen sind ähnlich intensiv wie die der niederländischen Protestanten gegenüber der katholischen Gebürtigkeit.) Gerade von der Vielfalt der gesellschaftlichen Schichtung aus ergibt sich jedoch ein Schlüssel zur Lage. Ich habe Mauritaner in London gefragt: „Wo es nun in Ihrer Heimat Wettbewerb und Mißtrauen zwischen den Rassen gibt, haben Sie mehr Starrheit oder mehr Elastizität des sozialen Verhaltens feststellen können?“ Aus den Antworten ergab sich, daß gerade die rassische Vielfalt zu Änderungen des sozialen Verhaltens führt. Das Nebeneinander verschiedener Volksgruppen begünstigt ein sozialfortschrittliches, „jungtürkisches“ Element. Ein fermentierendes Element wirkt sich zwar in den verschiedenen sozialen Schichten verschiedenartig aus, aber es zeigt quer durch alle Rassengruppen gewisse Gemeinsamkeiten.

Eine mehrschichtige Dialektik

Die Mauritaner französischer Herkunft sind besonders empfindlich gegen die Bedrohung ihrer sozialen Sicherheit, die sich aus der demokratischen Entwicklung ergibt. Dabei wissen aber auch ihre übrigen Landsleute, in wie großer Schuld die Insel gegenüber den Franzosen steht. Sie waren die Gründer der Kolonie und sind noch heute am erfahrensten. Sie besitzen große Familien und haben es nicht leicht, den von ihnen erwarteten Lebensstandard aufrechtzuerhalten. Ihre Zahl geht seit einiger Zeit dadurch zurück, daß eine gewisse Auswanderung nach Frankreich und nach Südafrika stattfindet. Sie haben sich besonders im ärztlichen Beruf ausgezeichnet.

Die „modernisierende“ Gruppe in dieser Schicht sucht neue freie Berufe wie die eines Architekten, eines Ingenieurs oder eines Buchprüfers. Oft sind diese Intellektuellen in England ausgebildet worden (britische Siedler auf Mauritius wurden bisher in der zweiten Generation mit der einheimischen Gruppe französischer Herkunft verschmolzen). Sie bringen neue Ideen in bezug auf Familienplanung, die Erziehung der Mädchen und das Verhältnis der Rassen zueinander mit.

Ein ähnlicher Vorgang der Selbstprüfung, wie er in dieser ältesten Siedlergruppe auf Mauritius stattfindet, läßt sich auch bei den Chinesen, der jüngsten Bevölkerungsgruppe, feststellen. Immerhin konnten die Chinesen 1940 schon die Jahrhundertfeier ihrer ersten Pagode begehen. Heute arbeitet kein Chinese auf einer Zuckerplantage. Sie sind fast sämtlich geschäftlich tätig. Vor hundert Jahren erregten sie Verwunderung, weil sie immun gegen die Cholera und andere Seuchen waren. Man schrieb damals ihre Widerstandsfähigkeit ihren Lastern zu, der Sättigung ihrer Körper mit Opium oder Tee. Heute sind sie gesünder als die anderen Volksgruppen, sie vermehren sich schneller und steigen rasch auf. Im Sport und in geistigen Leistungen zeichnet sich die chinesische Jugend aus. Man kann sie beim Training auf dem „Marsfeld“, dem Sportplatz von Port Louis, beobachten.

Im Zweiten Weltkrieg schlug der Patriotismus der Chinesen hohe Wellen. Heute schwanken sie zwischen Peking und Formosa. Es gibt endlose Möglichkeiten, sich zu streiten. Welche Flagge soll bei festlichen Gelegenheiten gehißt werden? Sind die

Rundfunksprecher der chinesischen Sendungen in Mauritius zu viel oder zu wenig für Peking eingenommen? Sollen chinesische Militärmärsche gespielt werden? Dabei gibt es Parteigänger der Kommunisten gerade auch unter den wohlhabenden Chinesen. Sie sind in ihrer neuen Heimat reich geworden und suchen jetzt nach einer neuen Verwurzelung. Die christliche Mission sendet Missionare mit chinesischen Sprachkenntnissen nach Mauritius. Oft sind Chinesen Christen geworden, weil gerade sie als die zuletzt Gekommenen die sie umgebende Isolierung überwinden wollen. Als Christen können sie Schulen und katholische Universitäten besuchen, die ihren Haupt-rivalen, den Moslems, verschlossen sind. Als Polytheisten finden sie sich verhältnismäßig leicht bereit, einen neuen Glauben anzunehmen. Manch ein gewitzter chinesischer Vater hat eines seiner Kinder katholisch, ein anderes protestantisch taufen lassen und ein drittes im Glauben seiner Vorfahren erzogen. Ohnedies hat die katholische Kirche ja nichts dagegen, daß man nach chinesischer Sitte Weihrauch vor dem Sarg eines verstorbenen Familienmitglieds verbrennt. So waren 1944 26 %, 1952 aber schon 48,1 % der Chinesen Christen geworden (dagegen nur 1,4 % bzw. 4,8 % der Inder).

Obwohl Chinesisch noch in vielen Familien gesprochen wird, kann kaum jemand mehr als zehn chinesische Schriftzeichen schreiben. Seit dem Krieg gegen Japan, besonders seit der japanischen Besetzung Kantons, sind die Verbindungen mit dem Mutterland unterbrochen. Ersparnisse wurden nicht mehr in chinesischem Grund und Boden, sondern in Mauritius angelegt. Die Jugend fuhr nicht nach China, um das Mutterland kennenzulernen, sondern sie wich der dortigen Wehrpflicht aus, indem sie in Mauritius blieb. Auch die konfuzianischen Sitten ändern sich unter dem Einfluß des modernen Lebens. Ein festes Handelsrecht tritt an die Stelle der ungreifbaren und nur durch die Sitte gebundenen Sippenverpflichtungen. Das Chinesenmädchen gewinnt nicht mehr durch ihre Familienherkunft, sondern durch ihre Bildung besonderen Wert für ihren künftigen Gatten. Wenn auch konservative Chinesen sehr auf Familie achten, haben doch schon die frühen Ankömmlinge aus China kreolische Frauen geheiratet. So vollzieht sich die Verwestlichung Schritt für Schritt. Noch mag die Großmutter an der Spitze der Familie stehen, aber sie nimmt in wachsendem Maß den Rat von Verwandten in Anspruch, die im europäischen Ausland erzogen worden sind. Die Generation der Großeltern achtete auf Familie, die der Eltern auf Geld, während die Kinder nur auf Bildung Wert legen. Ein chinesisches Mädchen erbt heute eher eine Bibliothek als einen Kasten kostbarer Seide.

Trotzdem sind der Verwestlichung Grenzen gesetzt. Chinesische Vereine, die nach europäischer Art geleitet werden, wo jeder seinen Verzehr im Vereinshaus sofort bezahlt, lösen sich auf. Der chinesischen Sitte entspricht es, daß jeder im Vereinshaus freigehalten wird, solange er durch Beteiligung am Glücksspiel den Verein zu finanzieren hilft. Nichtchinesen empfinden, daß ihnen als „Barbaren“ eine solidarische Front der Chinesen im Geschäftsleben gegenübersteht. Ein kreolischer Schuldner zum Beispiel fragte einen chinesischen Geschäftsmann: „Sie sind doch auch ein Mensch, nicht wahr?“ und erhielt die Antwort: „*Comment? Moi Chinois.*“

Gegenüber den Mauritius-Chinesen erachten sich die Kreolen noch immer als die eigentlichen Mauritaner. Sie geben gern Geld aus und bemitleiden die Habsucht der Asiaten, die ihrer Ansicht nach „noch die ganze Insel auffressen wollen“. Der

Kreole kauft sich sofort ein Auto, wenn er es sich leisten kann, — meistens sogar vorher. Dabei gibt es Unterschiede: Der Mittelstand verhält sich wie die gediegenen Engländer in der Zeit der Königin Victoria. Er ist arbeitsam, sauber, zurückhaltend und sehr vorsichtig bei der Auswahl seiner Bekannten. Er verwendet viel Sorgfalt und Geld auf die Möbel, und eine Familie gilt dann als „ordentlich“, wenn sie einen schön eingerichteten „Salon“ besitzt. Diese Mittelklasse lebt anders als die „matriarchalisch“ gesinnte Familie der Unterschichten, in der man auch die außereheliche Befriedigung sexueller Bedürfnisse als „natürlich“ ansieht. Dort wird das Leben als Lotterie betrachtet, in der es nur wenige große Lose gibt. Neuerdings wirkt auch der Einfluß des Kinos, das Phantasiegemälde von schnell erworbenem Reichtum zeigt. Zur bourgeoisen Schicht gehört der erfolgreiche Handwerker und Facharbeiter, dessen Lebensweise sich deutlich von der des ungelernten Arbeiters, des Saisonarbeiters oder des Tagelöhners unterscheidet. In der Mittelklasse will man „wie Europäer“ leben und Französisch sprechen. Seit langem bemüht sich jeder kreolische Mann, eine möglichst hellhäutige Frau zu heiraten, so daß schließlich nur die Fischer und ganz armen Leute unter den Kreolen noch eine wirklich afrikanische Hautfarbe zeigen.

In den Dörfern der Kreolen findet man noch Hexenmeister oder *Langonistes*. Sie benutzen bei ihren Zaubersprüchen die Namen christlicher Heiliger oder Blumen aus der Kirche. Ihrer Ansicht nach steckt Mauritius, wie das auf Zuckerinseln zu sein pflegt, voll Gespenster. Freilich nehmen die Gespenster heutzutage ab, weil die Wohnungsnot manche Familie zwingt, ein Gespensterhaus zu beziehen, woraufhin die Gespenster dann meistens das Weite suchen. Für den Verstorbenen ist ein christliches Begräbnis selbstverständlich; nur in ganz abgelegenen Ortschaften werden tagelange Totentänze (*Ségas*) getanzt. Wenn eine kreolische Frau kinderlos ist, besucht sie sogar Hindutempel. Manche Kreolen engagieren indische *Langonistes*, wenn es gilt, böse Geister aus Indien zu beschwören. Die Zauberer „drehen dann oft ein Ding“. Während des Krieges erzählten sie zum Beispiel der Bevölkerung, daß die gute Gottheit nur dann das gewünschte Wunder tun könne, wenn man sie vorher in Öl bade. Sie ließen sich also Öl abliefern, das sie dann zu Schwarzmarktpreisen verkauften. Gegen diese Tricks werden gelegentliche Enttäuschungen, mehr noch eine Hebung des Gesundheits- und Bildungsstandes helfen. Vor allem übernehmen die Kreolen dann europäische Sitten, wenn sie in die Stadt ziehen und im Zuge des allgemeinen Fortschritts nicht nur gegen die Weißen, sondern gegen die sich ausbreitende indische Bevölkerungsmehrheit in Konkurrenz treten müssen.

Die *Inder* dringen immer mehr in die qualifizierten Berufe ein. Die einstigen „Kulis“ bemühen sich um wirtschaftlichen Aufstieg mit Hilfe der Europäisierung, was nicht heißen will, daß ein gutes Teil dieser Bevölkerungsschicht nicht den entgegengesetzten Weg der „Sanskritisierung“ geht, d. h. man verfeinert seine Lebensweise den religiösen brahminischen Geboten getreu, indem man alten, heidnischen, nicht-sanskritischen Sitten und Überlieferung entsagt. Alle Kasten oder Unterkasten bemühen sich mehr oder weniger eifrig, durch Verzicht auf Fleischgenuß und Alkohol und Absage an den Aberglauben der Zauberei aufzusteigen. Der einzelne steigt auf, indem er die gesamte Kaste, an die er gebunden ist, vorwärts zu bringen versucht.

Indem er sich zum Beispiel durch besondere Waschungen und Fastenzeremonien von Unreinheiten zu befreien versucht, wird er reiner und angesehener und hebt

dadurch auch das Ansehen seiner Familie. Die Inder heiraten auf Mauritius noch immer innerhalb ihrer Kaste, auch wenn die anderen unübersteigbaren Hindernisse zwischen den Kasten verschwinden. Wer sich aber gegen das Kastenwesen ausspricht, erweckt den Verdacht, daß seine eigene Kaste tief steht.

Dabei muß aber festgehalten werden, daß von Indien selbst her moderne Einflüsse nach Mauritius herüberwirken. Gerade der junge nationalistische Hindu, der Verbindung mit dem neuen Indien hält, setzt sich oft für eine Modernisierung ein.

Die indischen Mohammedaner sind wohlhabender und auch konservativer. Sie achten eifersüchtig auf das Ansehen ihrer Glaubengemeinschaft. Sie bleiben der Arbeiterbewegung auf Mauritius fern. Man sieht sie Betel kauen wie in der alten Heimat. Zwar tragen ihre Frauen keine Schleier, aber die wohlhabenden Kaufleute ziehen die Gardinen im Auto bei einer Fahrt durch die Stadt zu. Sie heiraten auch nichtmohammedanische Frauen, weil ja jederzeit eine Bekehrung zum Islam möglich ist.

Freilich nutzt der Muselman die Tatsache, daß der Koran ihm erlaubt, in Gesellschaft eines Ungläubigen so wie dieser zu leben. So läßt die religiöse Bindung nach.

Ein Teil der muslimischen Kaufleute stammt aus dem sunnitischen, ehemals französischen Surat im Staate Bombay. Ihnen, den *Surtees*, stehen die wohlhabenderen *Mehmans* aus Katchi gegenüber, denen neuerdings die Verwaltung der Jumah-Moschee zugefallen ist. Diese sind vor allem Getreide- und Lebensmittelhändler, während die *Surtees* in der Textilbranche tätig sind. Die beiden Gruppen heiraten nicht untereinander und streiten um den Vorrang der Glaubenstreue. Die *Surtees* zeigen eine orthodoxe Verachtung gegen die „Derwischtänze“ der anderen Gruppe, doch die *Mehmans* unterhalten die größere Zahl von Mullahs. Auf beiden Seiten gibt man bei Wahlen seine Stimme lieber einem Hindu als einem Moslem der Gegenpartei.

Partei und Politiker

Manchmal zeigt sich auch ein gemeinsamer Stolz, der die ganze Insel eine Gemeinschaft werden läßt, vor allem bei Fußballsiegen über die Mannschaften von Réunion oder Madagaskar, sogar über Durban. In das Inselparlament haben die *Mehmans* einen Hindu tamilischer Sprache entsandt. Das *Ralliement Mauricien*, die wichtigste Opposition gegen die Arbeiterpartei, sammelt weiße, muslimische und kreolische Stimmen, — sie hat einen Mauritius-Franzosen und einen Moslem als Vertreter im Parlament. Auch die Arbeiterpartei, die bei den beiden letzten Wahlen erfolgreich war, ist nicht eindeutig eine Interessenvertretung der Hindus. Von ihren 13 Abgeordneten im 1953 gewählten Parlament sind fünf Kreolen, und ein Wahlkreis, dessen Mehrheit aus Hindus bestand, wählte einen kreolischen Katholiken. Die sozialen Hilfsvereine, die Jugendvereine und die Veranstaltungen der Erwachsenenbildung ziehen gleichzeitig Angehörige der verschiedenen Gruppen an.

Diese positiven Seiten können die Tatsache nicht verdecken, daß sich die rassistischen Spannungen stetig steigern. Der Spalt zwischen der indischen Mehrheit und der älteren französisch-kreolischen Minderheit erweitert sich zunehmend. Bisher war die Mehrheit machtlos. Sie war zu arm und ausgebeutet, um ihre Rechte zu fordern. Im Jahre 1937 kam es zu den ersten Streiks und Unruhen; seit dem Kriege, der Unab-

hängigkeit Indiens, seit der Verkündung der neuen demokratischen Verfassung durch den Gouverneur Mackenzie Kennedy, hat sich der ehemals erniedrigte und bescheidene, fast kriechende Kuli sehr „breit“ gemacht. Die Franzosen und Kreolen kämpfen einen verzweifelten Rückzugskampf. Sie erwarten, daß ihnen die britische Kolonialregierung die Kastanien aus dem Feuer holt. Man darf sich natürlich die Lage nicht zu melodramatisch ausmalen. Auf einer kleinen, isolierten Insel können sich die Gegensätze niemals zu sehr verschärfen; die Menschen müssen miteinander auskommen.

Die Arbeiterpartei ist maßvoll genug, entgegen ihrem Programm die Zuckerwirtschaft nicht zu verstaatlichen. Der Klassenkampf wird keineswegs scharf geführt. Die Menschen der Insel schwingen zwar gern ihren Säbel wild in der Luft, am Blutvergießen aber liegt ihnen wenig. Ihre Politik gleicht dem englischen Parlamentswesen des 18. Jahrhunderts mit der Liebe zu Wortgefechten und Pamphleten, Pressekämpfen und Wahlschlachten. Wirklich radikal aber sind sie nicht. Trotz all den kleinen Gemeinheiten, die sich die verschiedenen Rassen täglich antun (jede amtliche Stellenbesetzung gibt Anlaß zu Krächen und Kabalen), wären keine ernstlichen Besorgnissen zu hegen, wenn nicht die Bevölkerungsfrage täglich lauter gestellt würde, sie droht, alle Dämme zu durchbrechen und die ganze Insel in einer Flut wegzuschwemmen.

Wie in anderen Kolonien wurde auf Mauritius im Jahre 1947 das Wahlrecht ausgedehnt, so daß seitdem 37,7 % der Erwachsenen ihre Stimme abgeben können. Damals wurde auch das Inselparlament so reorganisiert, daß seine gewählten Mitglieder eindeutig in der Mehrheit sind. Um den rassischen Minderheiten und wohlhabenderen Gruppen die Möglichkeit zu geben, an den Gesetzen mitzuarbeiten, hat der Gouverneur 12 Abgeordnete zu ernennen. Zwei Engländer, fünf Franzosen, ein Chinese neben zwei Indern und zwei Kreolen sind von ihm in dies Parlament berufen worden. Zur Zeit gehören zur Regierung der Gouverneur, drei Beamte und jeweils vier der gewählten Parlamentarier. (Weitere nichtbeamtete Regierungsmitglieder können dazugewählt werden.) Noch sind die Regierungsmitglieder dem Parlament nicht verantwortlich, sie können nicht von der Mehrheit „gestürzt“ werden, aber immerhin sitzen schon in den einzelnen Fachbehörden parlamentarische Verbindungsleute.

Die Arbeiterpartei will ein Ministerialsystem einrichten, wie es in Jamaika und anderswo im britischen *Commonwealth* bereits besteht. Die Opposition fürchtet, daß der maßlose indische Nationalismus diese Posten ausnutzen wird, um sie allen Einflusses zu berauben. Die Arbeiterpartei hat 13 der ausgeschriebenen 19 Mandate gewinnen können, und sie tritt nun für die volle Selbstregierung der Insel ein. Nach Ansicht ihrer Gegner wurden allerdings 52 Prozent aller Stimmen zugunsten von Kandidaten abgegeben, die mit diesem Wunsche nicht übereinstimmen. 77 000 Stimmen gingen an das *Ralliement Mauricien* und 72 000 an unabhängige Oppositionelle. Im Laufe des Jahres 1955 verhandeln Vertreter der verschiedenen Gruppen in Mauritius mit London über Verfassungsänderungen.

Die Sozialpolitik der Familienplanung

Vor 100 Jahren machten Chinesen und Inder zusammen nur ein Drittel der Bevölkerung aus. Doch schon die Großväter der heute lebenden Mauritius-Franzosen

sprachen von „*le danger hindou*“ voller Ahnungen. Die Lage wird so lange als bedrohlich gelten, wie sich hier ein besonderes Gemeinwesen in seiner eigenartigen Lebensweise erhält. Manchmal wird davon gesprochen, daß ein künftiges Indien ohne Nehru imperialistische Ausdehnungsabsichten im „Indischen Ozean“ haben könne.

Alle verantwortlichen Persönlichkeiten in Mauritius bemühen sich um die Eingliederung der Inder durch sozialpolitische Maßnahmen, Gesundheitspflege, öffentlichen Unterricht; Hebung des ländlichen Lebensstandards, Verbreitung der Erwachsenenbildung, Wohnungsbau auf den Plantagen, Stadtplanung und eine verwaltungsmäßige Reorganisation. Noch ist die Sterberate der Inder höher, doch wird hier eine Hebung des allgemeinen Gesundheitszustandes rasch zu einer Änderung führen, denn zu den Indern gehören noch die ärmsten Bevölkerungskreise. Eine moderne Sozialpolitik müßte zuerst danach streben, Geburten- und Sterberate der Inder mit den entsprechenden Raten der Kreolen in Einklang zu bringen. Verschiedene Maßnahmen sollen die nach indischem Muster traditionsgebunden gebauten Dörfer aus ihrer im 19. Jahrhundert entstandenen Isolierung erlösen. Das Ideal ist, daß die besprochenen sozialen Wandlungen der einzelnen rassischen Gruppen progressiv dem gesamten Gesellschaftskörper zugute kommen, statt ihn zu entzweien. Man muß sich dabei durchaus klar sein, daß vorübergehend der Ausgleich in der Bevölkerungsweise durch die Einrichtung von Entbindungsheimen und eine allgemeine Hebung des sozialen Niveaus erschwert werden kann. Ein höherer Lebensstandard erlaubt mehr Kindern, die ersten gefährlichen Jahre zu überleben. Die Zahl der Mauritaner wird stetig steigen, je mehr und erfolgreicher man arbeitet. Später aber wird das größere Wissen um medizinische Fragen in die Familien aller Rassen eindringen und die Grundlage ihres Lebensplanes werden. Die Sozialpolitik muß anstreben, die Verhältnisse recht günstig für die dynamische, fortschrittliche Minderheit zu machen, also denen zu helfen, die bereit sind, die Geburten einzuschränken und das Beispiel einer modernen, wirtschaftenden, erfolgreich strebenden Kleinfamilie zu geben. Als Spielregeln einer solchen Politik lassen sich nennen:

1. Es sollte nicht mehr notwendig sein, daß sich der einzelne Inselbewohner für sein hohes Alter dadurch versichert, daß er möglichst viele Kinder in die Welt setzt. Ein neuer Anfang ist schon durch den Bau von Altersheimen und die Einführung einer Altersversicherung gemacht worden. Durch den Ausbau dieser Einrichtungen sollen die Kinder von der Aufgabe entlastet werden, allein für ihre altgewordenen Familienangehörigen sorgen zu müssen.
2. Aus der Gruppe der Traditionalisten lassen sich leicht Anhänger des Fortschritts gewinnen, wenn man ihr zunächst den Neubau von Wohnungen oder Schulen, eine Elektrizitätsversorgung, die Prämierung besonders schöner Gärten oder „*Salons*“ anbietet. Eine technische Stadtplanung bringt unweigerlich auch den Übergang zur westlichen Haltung mit sich.
3. Jede Volksgruppe besitzt in sich ein „jungtürkisches“ Element, das nach Fortschritt drängt. Diese verschiedenen Gruppen sollten über die Rassengrenzen hinaus miteinander in Verbindung gebracht werden.
4. Frauen lassen sich zu Trägern des Fortschritts machen, wenn sie berufstätig sind. Die Sozialpolitik des Wohlfahrtsstaates kommt ihren Interessen besonders

entgegen. In den wohlhabenden Familien dagegen, die noch immer patriarchalisch geordnet sind, in denen also die Frauen der Politik fernbleiben, läßt sich eine Modernisierung am ehesten durch die Schulen einführen. Die Kinder können moderne Gesichtspunkte mit nach Hause bringen.

5. Die in London gegründete Vereinigung der Studenten aus Mauritius sollte gestärkt werden, denn ihr Zusammenhalt wirkt sich nach der Rückkehr in die Heimat gegen die noch übliche Vetternwirtschaft aus. Wenn einmal die Stellen nach der Leistung vergeben werden, werden die Angehörigen der akademischen Berufe an Einfluß gewinnen.
6. Gewiß mag die Bürokratie des Wohlfahrtsstaates und die Zunahme in den freien Berufen kostspielig sein. Aber sie wirkt sich auf lange Sicht bevölkerungspolitisch ebenso wohlütig aus wie das Streben nach nationaler Autarkie und nach dem Bau eines eigenen Stahlwerks, das sonst die unterentwickelten Länder auszuzeichnen pflegt. Die Beamten haben die vorbildlichsten Kleinfamilien.
7. 1944–1952 ist die Zahl der Handwerker in zehn ausgewählten Berufsgruppen um 36 Prozent gewachsen. Hier entsteht ein neuer sozialer Typ mit modernen Ansichten, selbst wenn von einer Industrialisierung noch nicht die Rede sein kann. Der solide, oft unabhängig denkende Facharbeiter kann einer neuen Ethik das Wort reden.
8. Der Wohnungsbau wirkt sich auf die Familiengröße aus. Mauritius ist durch seinen Platzmangel gezwungen, wie Schweden zum Bau kleiner Mietwohnungen in Etagenhäusern überzugehen. Das wird bevölkerungspolitische Folgen haben.

Mit Hilfe eines solchen Programms, wenn es energisch durchgesetzt wird, werden die „Jungtürken“ die gesellschaftliche Führung übernehmen und den Geist der modernen Kleinfamilie mit seinen wirtschaftlichen und hygienischen Ansichten zum Eigentum der Allgemeinheit in Mauritius machen. Ihre geopolitische Mission liegt in der Entwicklung dieser Insel zu einem Modell für den ganzen Indischen Ozean.

Mauritius als Mythos

Es wird eingewendet, daß diese Gedanken zu spät kommen. Die Idee des Wohlfahrtsstaates habe nicht genug Durchschlagskraft. Sie sei für eine Insel mit französischer Tradition zu langweilig, zu stark an den Geist der britischen Gesellschaft gebunden. Es fehle ihr an Mystik.

Mauritius hat einen eigenen sozialen Mythos, der die nötige Romantik für die sozialen Ideen liefern kann. Die Insel ist stolz, den ersten Botanischen Garten der Erde, das erste Telefonsystem der südlichen Halbkugel und ähnliches geschaffen zu haben. Ihre Freude am Theater, den Parks und Rosenbeeten von Port Louis ist Zeichen einer kulturellen „Melancholie“, die man durchaus nutzen kann.

Während Labourdonnais Mauritius eroberte und die Insel rein materialistisch als einen Flottenstützpunkt ansah, wo er und Frankreich sein Vermögen machen konnten, folgte ihm eine Generation später St. Pierre offiziell als Ingenieur, in Wirklichkeit als Träumer, Philosoph und Naturdichter. Er entdeckte dort eine neue Vision der menschlichen Gesellschaft, wie er auch als erster in der Weltliteratur die Schön-

heit des Meeres feststellte und die Gewalt eines Sturmes bewundern konnte. Er ver-
söhnte die Freude an der Natur mit ihrem Schrecken und entwickelte dazu einen
neuen Wortschatz. Mauritius wurde zum Geburtsort der französischen Romantik. Die
Insel ist schnell durch Saint Pierres Roman „*Paul et Virginie*“ im Jahre 1789 be-
rühmt geworden. Dieses Buch setzte sich sofort in Frankreich durch. Es gilt noch
immer als klassische Schullektüre. St. Pierre lieferte das Vorbild für Rousseaus Vor-
stellung vom Naturzustand des Menschen und der natürlich-harmonisch geordneten
Gesellschaft.

„*Paul et Virginie*“ behandelt zwei Kleinfamilien, je eine Mutter mit einem Ein-
zelkind, am Rande der Gesellschaft des damaligen Mauritius, das seinerseits das ent-
fernteste Glied des europäischen Sozialkörpers darstellte. Der Leitstern dieses ein-
fachen Menschen ist die Vernunft und die einfache Planung, die im Zusammenklang
mit der Sonne, der Natur und dem zutiefst edlen Wesen der Menschen alles in Ord-
nung bringt. Dieses Buch, dessen Verfasser von der französischen Nationalversamm-
lung als Erzieher des Kronprinzen vorgeschlagen wurde, gab Mauritius das Gefühl
einer Weltmission.

Der Wappenspruch der Insel lautet noch immer: „Stern und Schlüssel des Indischen
Ozeans“.

Die Insel hat tatsächlich eine Mission für das überbevölkerte Indien und für Ost-
afrika. Ihre soziale Dynamik kann sich auf alle Staaten des Colombo-Planes auswir-
ken. Sie bietet ihnen ein Experimentierfeld, einen Botanischen Garten, wo der
Mensch einen Ausgleich zwischen den Forderungen der Gesellschaft und der
Natur findet. Das Mauritiusidyll St. Pierres war ein Sinnbild für Frankreich. Heute
ist ein Wohlfahrtsstaat Mauritius ein Sinnbild für Indien.

Baudelaire schrieb ein Gedicht über die Insel:

„*Là tout n'est qu'ordre et beauté,
Luxe, calme et volupté.*“

Der Dichter lädt zur Reise nach Mauritius ein. Die grüne Tropeninsel, deren
Menschen Französisch sprechen, läßt sich leicht als die irdische Verwirklichung des
alten Traumes einer Verbindung von Ordnung und Schönheit auffassen. Die Fran-
zosen haben ihre alte Kolonie nicht vergessen, in den letzten drei Jahren haben sie
allein drei Bücher über Mauritius veröffentlicht. Aber auch die Engländer haben das
Gleichnis aufgegriffen. Noch stellt das Programm des Wohlfahrtsstaates nur das
pays légal dar, während die eifersüchtige Rivalität der Bevölkerungsgruppen das
Gesicht des *pays réel* prägt. Im aufwärts blickenden Familienvater fallen die beiden
Wirklichkeiten zusammen. Heute baut der einzelne Hausvater mühsam seinen
Damm gegen die Sturmflut der Überbevölkerung. Hinter dem Damm errichtet er
seine Wohnung, erzieht er seine Kinder, und arbeitet er. Werden seine Bemühungen
umsonst sein, oder wird sein Beispiel schnell genug um sich greifen, um die Bevöl-
kerungsrevolution zum Stoppen zu bringen? Und selbst wenn Mauritius nicht mehr
zu retten ist, wird seine Pionierarbeit Indien und den andern bedrohten Staaten
nutzen.

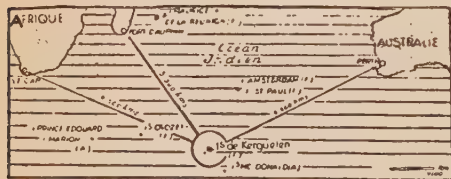
Ein Lichtblick zeigt sich in der soeben erfolgten Veröffentlichung des ersten Be-
richtes der offiziellen Mauritanischen Bevölkerungskomitees. Vom Gouverneur be-

rufen, sich den hier skizzierten Fragen zu widmen und unter dem Vorsitz des Leiters des Statistischen Amtes aus den führenden Persönlichkeiten aller Rassen zusammengesetzt, hat das Komitee allzu viele Jahre verstreichen lassen, ehe es eine Meinung zu äußern wagte. Man fürchtete, daß selbst die Elite die Augen vor den allbestimmenden Tatsachen verschließt. Der Wirklichkeitssinn dieses Berichtes — in allen wesentlichen Zügen mit unserm Aufsatz übereinstimmend — gibt zu besseren Hoffnungen Anlaß. Es fragt sich, ob das Programm in die Tat umgesetzt werden wird.

KERGUELEN — GROSSFLUGSTATION DES SÜDENS

Im Jahre 1924 wurden die weit zum Südpolgebiet vorgeschobenen Inseln Amsterdam, St. Paul, Crozet (475 qkm) und die Inselgruppe der Kerguelen der Verwaltung der französischen Kolonie Madagaskar unterstellt.

Mit einem Gesamtumfang von 6232 qkm (mehr als doppelt so groß wie Luxemburg)



sind die Kerguelen-Inseln, entdeckt 1772 von dem bretonischen Seemann Kerguelen, ein gar nicht einmal kleiner Besitz Frankreichs. Aber die Inseln, ohne Baum, ohne Strauch, durchweht von den eisigen antarktischen Winden, waren unbewohnt, als jene ersten französischen Entdecker dort landeten, und sie sind auch heute schwer bewohnbar. Das einzige, was sie im Überfluß bieten, sind Möglichkeiten zum Fang von Langusten und Fischen. Erst 1950 hat Frankreich hier eine meteorologische Station errichtet, deren Personal alle zwölf Monate ausgewechselt wird.

Aber das *Journal de la Marine Marchande* wirft am 5. Mai 1955 den Gedanken auf, dort eine große Flugstation einzurichten. Die Inseln liegen 4500 km von Kapstadt, 3500 km von Port Dauphin auf Madagaskar und 4400 km von Perth in Australien entfernt, völlig außer jeder Reichweite sowjetischer U-Boote im Falle eines Krieges. Schon heute bilden die Kerguelen eine Zuflucht der Fischerflotten, die im Südlichen Eismeer fischen, vor den dortigen Stürmen. Die flache Hauptinsel ließe sich zu einem riesigen Flughafen umgestalten.

Christian Moreux weist in dem genannten Blatt darauf hin, daß bei einem neuen Weltkonflikt der Suezkanal sehr rasch außer Betrieb gesetzt werden kann, man auch nicht mehr bestimmt weiß, wie weit der Indische Ozean für die Schifffahrt um das Kap der Guten Hoffnung herum gesichert werden kann. Um zu vermeiden, daß Australien, eines der ersten möglichen Ziele eines Angriffes des kommunistischen China, lediglich auf die Verbindung mit den USA durch den Stillen Ozean angewiesen ist, erscheint eine solche Flugstation auf halbem Wege zwischen Südafrika und Australien, wie sie die Kerguelen darstellen, bereits als gebotene Notwendigkeit.

DER FALL VON SINGAPUR

Der Fall von Singapur ist das Sinnbild für den letzten großen Akt der Tragödie in Asien, in der sich die Europäer trotz ihrer in vier Jahrhunderten erworbenen Verdienste schuldig machten. In der Schlacht von Singapur wurde Europa durch England, Asien durch Japan vertreten. Ihre Schilderung durch den Seeoffizier Russell Grenfell ist erregend, weil der Wahrheit und damit Freund wie Feind die volle Ehre gegeben wird.

„Die Krise naht“, heißt das Kapitel, das zur „Katastrophe“ überleitet, und man fühlt sich erinnert an die Ausfahrt der russischen Ostseeflotte nach Tsushima im Krieg von 1904/05: die britische Flotte war eine in Verlegenheit zusammengewürfelte Anzahl von Schiffen, kein Verband, und sie war schon der Zahl ihrer Einheiten nach zu schwach, die Schlüsselposition Singapur zu halten, erst recht gegenüber der geschickten und tapferen Kriegführung der Japaner.

Schwer sind die Vorwürfe, die Churchill treffen. „Wie war der Zusammenbruch der englischen Seemacht im Dezember 1941 eigentlich möglich?“ fragt Grenfell (S. 260), und er antwortet: „Der unmittelbare Grund dafür war, daß in London ein Verteidigungsminister saß, der so fest von seiner persönlichen Eignung zum Meister der Seestrategie überzeugt war, daß er den Rat seiner Marinefachleute in den Wind schlug und ihnen Maßnahmen für die Seeverteidigung Malayas aufzwang, die ihnen offenbar widerstrebten. Man kann ihre Befürchtungen verstehen; denn des Ministers Idee, die er der Admiralität aufnötigte, lieber schwächere als stärkere Kräfte gegen einen Feind einzusetzen, der sowieso stärker war als man selbst, dürfte wohl in der Geschichte einmalig dastehen.“

Wie schmerzlich muß es für einen Briten sein, die folgenden Sätze niederzuschreiben: „Das *Empire* schmolz wie durch einen Zauberspruch über Nacht dahin. Indien, Ceylon und Burma erhielten ihre Selbständigkeit, zwar nicht ohne Murren, aber doch mit Glückwunschtelegrammen und Kriegsschiffsgeschenken. Malaya wurde eine eigene Regierung für später zugesagt. Im Mittelmeer wurde Palästina den Juden überlassen, und englische Flottenstützpunkte öffneten ihre

Tore der amerikanischen Flotte, die schon Zugang zu Britisch-Westindien und Bermuda hatte. Südirland trennte sich ganz von England, und amerikanische Streitkräfte faßten in England Fuß und wurden mit besonderen, exterritorialen Rechten ausgestattet, ähnlich denen, die die Engländer selbst erst wenige Jahre zuvor in China aufgegeben hatten.“

Der Fall von Singapur am 10. 12. 1941 erhält dadurch sein besonderes Gewicht, daß Japan in der Seeschlacht bei Midway ein halbes Jahr später dieselben Fehler beging wie England bei Singapur. Hatte Japan bei Singapur der Welt gezeigt, daß Asien die europäische Kolonialherrschaft zu beseitigen in der Lage ist, so symbolisierte Midway durch den Sieg der USA-Flotte, daß sich dieses Asien in Zukunft noch stärker mit der Neuen Welt zu befassen habe.

Daß der Sieg Amerikas über Japan zugleich der Sieg Amerikas über Europa in Asien war, das hat man noch auf der Bandung-Konferenz deutlich empfunden. Man stellte dort fest, wie Wolf Schenke ausführt, daß noch heute Völker unter der Herrschaft des Kolonialismus ständen, „und dieser besteht in einer anderen, neuen Form: im Gewande der wirtschaftlichen Kontrolle und der tatsächlichen Machtausübung durch fremde Körperschaften innerhalb einer Nation.“ In der Frage Formosas stehe deshalb auch ganz Asien, offen oder geheim, hinter China, und „die Vereinigten Staaten haben durch ihre Asienpolitik nur dazu beigetragen, daß das Verhältnis Moskau–Peking enger wurde.“

Die beiden vorliegenden Bücher öffnen die Augen für den großen Umbruch, den das Gefüge der Welt durch die Entwicklung in Asien erfährt; sie sind Beiträge zu dem Thema, das der Rezensent in seiner Schrift über das „Ende des europäischen Zeitalters in Asien“ 1950 angerissen hat.

Martin Schwind

Russell Grenfell: Das Ende einer Epoche. Nachwort von Friedrich Ruge. Deutsch von Dietrich Niebuhr. Fritz Schlichtenmayer, Tübingen 1955. 281 S.

Wolf Schenke: Die Stunde Asiens. Holsten-Verlag, Hamburg 1955. 93 S.

Ein kaiserliches Wort

Am 1. September 1955, zehn Jahre nach der Unterzeichnung der japanischen Kapitulation auf dem amerikanischen Schlachtschiff *Missouri* trafen General MacArthur und der japanische Außenminister Shigemitsu in New York zusammen. Der damalige Sieger teilte bei dieser Gelegenheit der Öffentlichkeit mit, daß er seinerseits ein Kriegsverbrecherverfahren gegen den japanischen Kaiser verhindert habe. Zu seinem Erstaunen habe der Kaiser ihm persönlich gesagt:

„Ich möchte die volle Verantwortung für jedes mit dem Krieg zusammenhängende Ereignis übernehmen. Ich übernehme die Verantwortung für die Handlungen jedes japanischen Offiziers und jedes japanischen Politikers. Wie immer Sie meine Zukunft beurteilen, nehmen Sie bitte auf meine Person keine Rücksicht. Ich trage die Verantwortung.“

Südostasien

Das deutsche erdkundliche Schrifttum beginnt in letzter Zeit, die Versäumnisse aufzuholen, die die letzten fünfzehn Jahre der Weltabgesondertheit in unsere Vorstellungen und Kenntnisse gerissen haben. Daß dies für uns ein schwerer, kaum durchführbarer Versuch ist, zeigt die Arbeit von Heinz H. Heinisch über Südostasien. In seiner Grundauffassung von den Wirkungen des Kolonialismus und den Wegen, die die verschiedenen von ihm erst kürzlich aus der Haft entlassenen Völker zu gehen haben, trifft der Verfasser durchaus den Kern der Sache. Über Einzelheiten hingegen hätte er sich unbedingt an Ort und Stelle noch näher unterrichten müssen. Es sind deswegen eine Fülle von Einzelheiten falsch, die über die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse Indonesiens verzeichnet werden. Es soll hier nicht von den Daten die Rede sein, die wesentlich die letzten Entwicklungen nicht berücksichtigen, sondern Behauptungen wie „Ölarbeiten“ fänden „auf englischem Boden im Norden der Insel“ statt, und in unmittelbarem Zusammenhang damit, „Balikpapan gewinne im Osten der Insel durch steigende Ausbeutung an Bedeutung, so daß heute bereits eine starke Konkurrenz zu den Ölfeldern Sumatras bestände“. Dazu wäre z. B.

zu sagen, daß Balikpapan einmal nicht, wie aus dem Text entnommen werden könnte, auf englischem Boden liegt und es durchaus nicht bei der Verwobenheit der Ölinteressen eine Konkurrenz zu Palembang darstellt und überdies aus ölpolitischen Gründen seine Ausbeute beschränkt, ja bekanntlich einen Teil seiner Industrieanlagen nach Bombay übertragen hat. Die Eingeborenenvirtschaft befaßt sich auch keineswegs meist mit Kokos und Gewürzen. Wer die Verhältnisse kennt, weiß, daß die Ladungswirtschaft nicht einmal den Reisbedarf des Landes deckt und von Exporten, die den Weltmarkt erreichen, so gut wie nicht die Rede sein kann. Gummi und Rottan sind in kleineren, nicht erfaßbaren Mengen das einzige, was, meist geschmuggelt, nach Singapur geht. Wer übrigens das Land überflogen hat, weiß, daß es außer den Hochgebirgen im Norden ausgedehnte Mittelgebirgsformationen gibt, die die Höhe der deutschen wesentlich übertreffen. Daß der Verfasser eine Korrektur seiner Auffassungen durch einen Besuch nötig gehabt hätte, ist übrigens auch kleinen Bemerkungen wie denen über Bali zu entnehmen. Augenscheinlich Berichtetes gibt er mißverstanden wieder.

Durchaus unzulänglich sind auch die gebrachten Statistiken. Vor ihrer Verwendung hätte er sich über die Gründe unterrichten müssen, warum sich so erhebliche Unterschiede zwischen denen Indonesiens und den Erhebungen seiner Handelspartner ergeben haben. Für ein heute ersienes Buch sind überdies Zahlen aus dem Jahre 1950, wie beispielsweise für die Ein- und Ausfuhr in Indonesien, wertlos.

Zu loben ist immerhin einmal der Gedanke des Verlages, uns die Welt Ostasiens mit einer jedenfalls erfreulichen Unparteilichkeit näherbringen zu wollen, aufschlußreich sind weiterhin die recht gut gewählten Bilder. Das fast ausschließlich aus fremdem Schrifttum bestehende Quellenverzeichnis zeigt endlich, wie schwer der Verfasser es hatte, ohne eigene Erhebung an Ort und Stelle den letzten Entwicklungen dieses sich unerhört verändernden Teiles Asiens nachzukommen.

W. O. v. Hentig

Heinz H. Heinisch; „Südostasien“, Safari-Verlag, Berlin 1954, 478 S.

EDUARD J. SOLICH

China und Südostasien

Maos Fünfte Kolonne

„Es wird der Tag kommen, wo 450 Millionen Chinesen im Osten die Siegesfahne der nationalen Revolution stolz erheben und allen Völkern, einschließlich des japanischen, behilflich sein werden, das imperialistische Joch abzuwerfen, um die ganze Welt im Lichte der neuen Freiheit schön und glücklich zu machen.“

Mao Tse-tung, Nationalkongreß der KPC, 1936.

„Wir tragen eine besondere Verantwortung für das Wohlergehen der kolonialen und halbkolonialen Völker Asiens und Australiens.“

Liu Schao-tschi, Asiatischer Gewerkschaftskongreß, Peking 1949.

„Die Volksrepublik China schützt die erworbenen Rechte und Interessen der im Ausland wohnenden Chinesen.“

Verfassung der VR China vom September 1954.

Südostasien und der Kommunismus

Die offensichtliche Anfälligkeit der Völker Südasiens für den Kommunismus läßt sich auf etwa folgende Ursachen zurückführen:

1. *Der Kommunismus hat sich während der ganzen Zeit bis zur Erreichung der politischen Selbständigkeit als treuer und geduldiger Weggefährte und Bundesgenosse des Nationalismus erwiesen.* Mit Ausnahme von Thailand haben alle Länder Südasiens, zum Teil mehrere Jahrhunderte lang, unter der kolonialen Herrschaft von Westmächten gestanden, die sich heute alle im kommunistenfeindlichen Lager befinden. Seit der Gründung der Komintern haben die Kommunisten immer wieder versucht — und wie man weiß, nicht ohne Erfolg —, die asiatischen jungen revolutionären Organisationen, die sich den Sturz der kolonialen Regime zum Ziel gesetzt hatten, zu unterwandern und zu beherrschen. Es konnte daher nicht ausbleiben, daß die nationalen Bewegungen kommunistisch gelenkt wurden.

2. *Wirtschaftliche Zerrüttung und Proletarisierung.* Zwei gänzlich voneinander verschiedene Wirtschaftssysteme, das eine, Erzeugnis des westlichen Finanzkapitals in Form von großen Pflanzungen, Bergwerken und Handelskorporationen, das andere, das des kleinen, verschuldeten und von landfremden Markteinflüssen abhängigen Bauern, sind auch nach Erreichung der Unabhängigkeit der Länder nebeneinander bestehengeblieben. Obwohl das erste System wegen der staatlichen Eingriffe am Sinken seiner Produktivität leidet, hört es nicht auf, die einst sich selbst versorgende Dorfwirtschaft aufzulockern, und zwingt so, bei zunehmender Bevölkerung und gleichbleibender Ackerfläche, immer mehr Menschen zur Suche nach einer

Beschäftigung außerhalb der Landwirtschaft, die nur in sehr geringem Maße zur Verfügung steht. So kommt es, daß das wachsende, immer mehr verelendende Landproletariat die Verbesserung seines Schicksals bei den radikalen Ideologien sucht, was den kommunistischen Parteien zugute kommt.

3. *Dem Kommunismus ist es gelungen, seine „Fortschrittlichkeit“ ungezählten Menschen glaubhaft zu machen.* Obwohl die meisten Länder Südasiens am Ende des Krieges ihre nationale Selbständigkeit erreichen konnten, wurde es ihnen bald klar, daß die politische Freiheit ihnen noch lange keinen Ordnungsstaat verbürgte. Die überwältigenden Probleme einer zerrütteten Wirtschaft, das Bandenunwesen, das mangelhafte Funktionieren der zentralen Verwaltung, vor allem aber die gefährliche nihilistische Geistesverfassung der Bevölkerung mußten erst einmal überwunden werden. Bei so viel Chaos erschien die kommunistische These einleuchtend, daß nämlich die nationale Revolution nur ein Anfang gewesen sei und daß Stärke und Wohlstand für alle nur durch eine vom Kommunismus geführte soziale und wirtschaftliche Revolution errungen werden könne. Der Mann, der Amt und politische Führerschaft anstrebte, der Bauer, der auf seiner winzigen Parzelle weder leben noch sterben konnte, der Arbeiter, dessen Reallohn seit Ende des Krieges dahinschwand, und die vielen anderen, die, inmitten politischer Unbeständigkeit und wirtschaftlicher Unsicherheit, vor offenbar unüberwindlichen Schwierigkeiten standen, sie alle glaubten im kommunistischen Programm, das ja mit doktrinärem Eifer stetig wiederholt wurde, den wahren Fortschritt sehen zu können.

4. *Der Kommunismus gilt als Wegabkürzung zur politischen und wirtschaftlichen Macht.* Viele politische Führer Südasiens halten das kommunistische Programm zwar nicht für das beste, aber ihnen erscheint es als der kürzeste Weg zur politischen Beständigkeit und zur wirtschaftlichen und militärischen Macht. Sie sagen sich, daß ein Agrarland, wie es die Länder Südasiens alle sind, eine schnelle wirtschaftliche Entwicklung braucht, um seinen wachsenden Millionen Arbeit zu verschaffen und um überhaupt in dieser Welt zu bestehen. Da in ganz Südostasien der soziale Unterbau für eine kapitalistische Unternehmerwirtschaft kaum vorhanden ist und da eine Entwicklung in Richtung auf eine freie Wirtschaft hauptsächlich nur dem chinesischen und indischen Geldverleiher alle Vorteile brächten, glauben sie — und die Zahl derer, die das glauben, wird täglich größer —, daß nur eine geplante, straff kollektivistische Wirtschaft, wie sie der Kommunismus kennt, die Probleme zu lösen imstande ist.

Die politische Taktik

Was nach dem Beschlusse Moskaus und Peking in Asien vorerst kommunistisch werden soll, deckt sich gebietsmäßig (mit einstweiliger Aussparung der Philippinen) mit dem, was Japan vor 14 Jahren als zur Großasiatischen Wohlfahrtssphäre gehörend erklärt hatte. Wenn es den alliierten Westmächten damals gelungen war, die japanischen Pläne zu vereiteln, dann nicht zum geringen Teil durch Ausrüstung der gegen die japanischen Heere kämpfenden Widerstandsgruppen, die, kommunistisch indoktriniert, gleich nach der Niederlage Japans daran gegangen sind, mit den gesparten Kräften und Waffen gegen die „Befreier“ aufzustehen. Mit rücksichtsloser Ausnützung dieses Stoßtrupps, erwarb sich der Kommunismus einen Vorsprung

gegenüber anderen Bewegungen, die darauf ausgingen, einen maßgebenden Einfluß auf die notwendig gewordene soziale, politische und wirtschaftliche Neuordnung Südostasiens zu gewinnen.

Freilich, weder die Sowjetunion, noch die Volksrepublik China führen und unterstützen hier die verschiedenen kommunistischen Bewegungen offen. Es gibt auch heute noch keinen Apparat, der sich Ostasien-Kominform nennt. Doch der sogenannte Asiatisch-Australasiatische Verbindungsausschuß des Weltgewerkschaftsbundes und der Weltfriedensausschuß für die asiatischen und pazifischen Gebiete erweist sich für die Kommunisten als ein brauchbares Mittel zur Leitung und Koordinierung jeder kommunistischen Tätigkeit in Ost- und Südostasien. Eingriff in den Koreakrieg, Unterstützung der Vietminh und die aktive Rolle in der Bewegung „Freies Thailand“ sind sichtbare Zeugnisse für den Willen des kommunistischen China, die volksdemokratischen Revolutionen in Asien zu leiten.

Gleichzeitig aber besitzen die Machthaber Chinas genügend Wirklichkeitssinn, die wichtige Stellung, die die neutralistischen Länder heute in Asien einnehmen (obwohl sie aus dogmatischen Gründen gegen jeden Neutralismus sind) anzuerkennen und die Notwendigkeit einzusehen, sich mit ihnen gut zu stellen. Tschou En-lai hat in Bandung erklärt, daß das kommunistische China den traditionellen chinesischen Imperialismus abschwören wolle.

„Friedliche Koexistenz“, „Verhinderung der japanischen und deutschen Wiederaufrüstung“, „Verbot von Atomwaffen“ und „Abschluß eines Fünfmächteabkommens“ sind deshalb die gangbaren Losungen. Die gemeinsamen chinesisch-indischen und chinesisch-burmesischen Erklärungen vom Juli 1954, wiederholt in Bandung, laut welchen man sich auf die Einhaltung von fünf Grundsätzen verpflichtete in bezug auf 1) gegenseitige Achtung gebietsmäßiger Unantastbarkeit, 2) Nichtangriff, 3) Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen Staates, 4) Gleichheit und gegenseitigen Vorteil und 5) friedliche Koexistenz, wurden gelobt als ein gutes Beispiel zwischenstaatlicher Zusammenarbeit und als ein Schritt vorwärts zur Erreichung des kollektiven Friedens in Asien.

Zwar versteht es sich für Peking von selbst, daß die südostasiatischen Länder kommunistisch werden, aber es weiß auch, daß dies nicht mit einem Schlage geschehen kann. Besonders nach den Erfahrungen des Koreakrieges, in dem China erkennen mußte, daß die Anwendung militärischer Gewalt sich nicht so ohne weiteres auszahle, erachtet Peking es für geboten, sich auf eine weiche Taktik einzustellen. Bei Förderung des Neutralismus will es die einheimischen kommunistischen Parteien durch Unterwanderung unterstützen. Vor allem aber wird es durch Ausnutzung der mehr oder weniger starken chinesischen Minderheiten in den verschiedenen südostasiatischen Ländern, seinem Ziel, der Erringung der chinesischen Vorherrschaft in jenem Raum, näherzukommen suchen. Wenn es Peking gelingt, die Mehrheit der Überseechinesen für seine Bestrebungen zu gewinnen, dann besitzt es in ihnen eine überaus mächtige Fünfte Kolonne.

Wer sind diese Chinesen? Unter welchen örtlichen Bedingungen leben sie? Was sind ihre Beziehungen zu China? Was sind ihre Meinungen über die Kuomintang und die Kommunisten? Was unternimmt die Peking-Regierung, sie als Reserven in der Verwirklichung ihrer Pläne auszunutzen?

Südwanderungen

Seit Generationen waren diese Chinesen aus den zwei südlichen Küstenprovinzen, Fukien und Kwantung, über See hierher nach dem *Nanjang* (Südsee), wie die Chinesen Südostasien nennen, geströmt. Ihre Dschunken waren in jede Bucht und in jede Flußmündung gestoßen. Ihre Händler hatten kleine Kolonien gegründet, die sich lange Zeit mit der eingeborenen Bevölkerung von Hinterindien und Malaiasien vermengten. Die alten Städte Südchinas handelten mit Indien und Arabien zu einer Zeit, als das römische Reich noch an seinem Anfang stand. Durch ihre Hände ging der Handel mit Bernstein, Elfenbein, Ebenholz und anderen Edelhölzern, Arzneien, Gewürzen und seltenen Fellen.

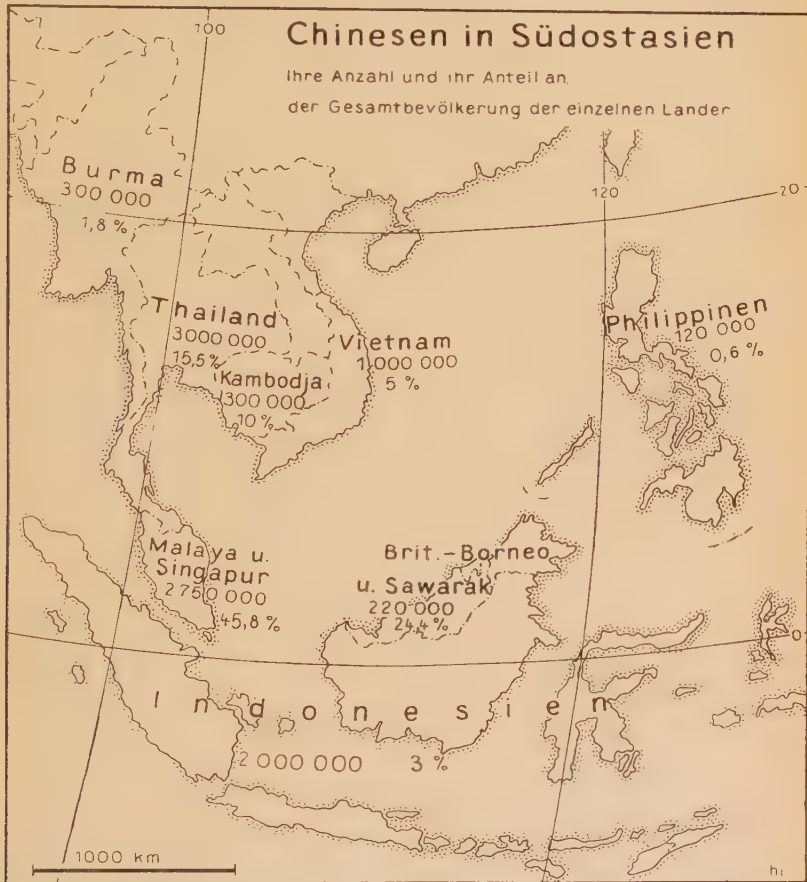
Einen besonders großen Anteil an der chinesischen Handelsausweitung hatte Südostasien unter der Tangdynastie, also im 7. und 8. Jahrhundert unserer Zeitrechnung, und dann wieder unter der Sungdynastie im 12. und 13. Jahrhundert. Politisch hat China oft die Oberherrschaft über die meisten südostasiatischen Länder beansprucht, und unter der Mongolenherrschaft und in der Mingzeit wurde sie auch durchgesetzt. Doch wohnten in allen diesen Gebieten damals nur wenig Chinesen ständig, wie ja überhaupt, trotz der gewaltigen Macht- und Gebietsausdehnungen, die Chinesen noch zu Beginn der Tschingdynastie, also vor 300 Jahren, fast nur im Bereich des eigentlichen China wohnten. Erst im 19. und 20. Jahrhundert verbreiteten sich die Chinesen weit über ihre Landesgrenzen hinaus.

Dies hatte verschiedene Ursachen. Zuerst war es die starke Vermehrung der Bevölkerung unter der wohlthätigen Herrschaft der ersten Mandschukaiser, dann waren es die verbesserten Verkehrsmöglichkeiten, dann die wirtschaftliche Entwicklung im pazifischen Raum, hervorgerufen durch die Herrschaft der westlichen Kolonialmächte, und schließlich, als zeitlich letzte Ursache, das politische Chaos in China.

Wenn auch die Bevölkerungsbewegung größtenteils innerhalb des chinesischen Hoheitsgebietes vor sich ging (hauptsächlich in die Mandschurei und Innere Mongolei), so war die Auswanderung nach den Ländern, die unmittelbar südlich von China lagen, recht ansehnlich. In den früheren Jahrhunderten waren es nur Kaufleute, die hinausgingen und sich hier in den wichtigsten Häfen niederließen. Doch ein neuer Abschnitt der Auswanderung nach dem *Nanjang* begann, als die westlichen europäischen Seemächte daran gegangen waren, sich in Asien Reiche aufzubauen; als nicht allein der gewinnbringende Handel zur Auswanderung lockte, sondern auch der vielleicht weniger lukrative, aber dafür sichere Erwerb durch Handarbeit. Dadurch wandelte sich auch die soziale Zusammensetzung der chinesischen überseeischen Gemeinden. Dem Eingeborenen erschien jetzt der Chinese in einem anderen als in dem ihm seit Jahrhunderten gewohnten Verhältnis. Die Chinesen waren immer noch die Mittelsmänner, durch deren Hilfe der Bauer seine Ernte in Baumwollstoffe und Werkzeuge eintauschen konnte. Sie waren immer noch die Geldverleiher, von denen man immer ein Darlehen bekommen konnte, wenn auch zu wucherischen Zinsen. Sie verfertigten in ihren Läden immer noch Gegenstände, die die Einheimischen zu verfertigen niemals gelernt hatten. Doch jetzt, unter der Weisung der weißen Herren, begannen diese Chinesen in den Häfen, in den Bergwerken und auf den Pflanzungen in der Lohnarbeit mit den eingeborenen Arbeitern in Wettbewerb zu treten.

Zehn Millionen

Es sind wahrscheinlich nicht weniger als 10 Millionen Chinesen (die von der Peking-Regierung mit Stichtag 30. Juni 1954 berechnete Zahl der Überseechinesen, allerdings nicht nur der im *Nanjang* wohnenden, ist 11,7 Millionen), die in diesem von 165 Millionen bewohnten südostasiatischen Raume leben. Doch ihr kleiner Anteil an der Gesamtbevölkerung (6 v. H.) gibt keinen Schlüssel für ihre wirtschaftliche und soziale Bedeutung.



Man findet sie praktisch überall in Südostasien. Sie beherrschen dort den Reis-, Zinn- und Kautschukhandel oder besitzen einen großen Anteil daran. Sie sind an den großen Kapitalinvestitionen hervorragend beteiligt. Sie sind auch meistens die Gläubiger der weniger haushälterisch veranlagten einheimischen Bevölkerung. Viele Chinesen sind sehr arm, gerade eine Stufe über den Kontraktarbeitern, viele sind Rikschakulis, andere sind Handwerker und kleine Ladenbesitzer, und nur wenige sind Multimillionäre.

Alle Chinesen, ob reich oder arm, haben drei Züge gemeinsam: Fleiß, Sparsamkeit und eine große Ehrfurcht vor dem Land ihrer Vorfahren. Sie sind stolz auf ihre Kul-

tur. Obwohl weit weg von China, leben sie, wo immer nur möglich, in Häusern chinesischen Baustils, sie behalten ihre Sprache und ihre Gewohnheiten und schaffen sich ihre eigenen abgeschlossenen Gemeinden. Nur einige der früheren Einwanderer, namentlich in Thailand und in Burma, haben sich mit den Eingeborenen verschwägert. Die meisten aber haben ihre Familien zurückgelassen und senden Geld zu ihrer Unterhaltung.

Sie neigen zur Sippenbildung und suchen ihre intimsten Freunde in ihren eigenen Geheimgesellschaften, Handelsgilden und Wohlfahrtsorganisationen. Jede Aktion, die sie zu ihrer Wohlfahrt oder ihrem Schutze zu unternehmen gezwungen sind, wird in strenger Gemeinschaft mit der Familie, Sippe oder Gemeinde eingeleitet. In Singapur z. B. treffen sich die Mitglieder des „Klubs der Millionäre“ allwöchentlich zum Poker- und Mahjongspiel, doch werden gleichzeitig wichtige Entscheidungen getroffen, die die gesamte chinesische Gemeinde von 900 000 Menschen berühren. In Bangkok beherrscht die *Swato Association* fünf Sechstel der dortigen chinesischen Bevölkerung. Besonders die mächtigen Handelskammern, die jede südostasiatische Stadt hat, lenken mit starker Hand Denken und Treiben der chinesischen Gemeinden. Beinahe jede dieser Städte besteht aus einem riesigen, unverkennbar chinesischen Teil, der sich durch Rührigkeit von dem übrigen Teil der Stadt abhebt. Hier sind tausend kleine Läden, hier sind die chinesischen Handelskammern, die chinesischen Banken mit ihren Verbindungen in der ganzen Welt, hier sind chinesische Tempel, Theater und Vergnügungsstätten, chinesische Restaurants und chinesische Schulen. So bilden hier die Chinesen einen gesonderten, nicht anpassungsfähigen Teil der Bevölkerung.

In Bedrängnis

Aber überall in Südostasien bedrängen die jungen örtlichen Regierungen die chinesischen Gemeinden. Eigentlich wurde der Chinese hier immer schon als Bürger zweiter Klasse angesehen und behandelt. Vor dem letzten Weltkrieg haben viele Länder Südasiens die Einwanderung der Chinesen eingeschränkt, und wirtschaftlich benachteiligende Gesetze gegen sie erlassen. Nach dem Kriege sind weitere Einschränkungen gekommen. Nur in Malaya, wo die Briten seit langem eine politische Verschmelzung von Chinesen und Malaien herbeizuführen bestrebt waren, wurden die chinenfeindlichen Gesetze immer lockerer.

Diese wachsende Bedrängnis zwingt die Chinesen, ihre Interessen von der Wirtschaft auf die Politik zu erweitern. In der Vergangenheit setzten sie die Segel je wie der politische Wind blies. Sie weigerten sich, Entscheidungen zu treffen, die ihre Verdienstmöglichkeiten gefährden könnten. Sie wollten nur, daß man ihnen erlaube, ohne viel Eingriffe von außen, Geld zu verdienen. Jetzt müssen sie die Einstellung der örtlichen Regierungen gegen sich genau beobachten, den Fortschritt des chinesischen Kommunismus einschätzen und aus dem Ansehen, das das kommunistische China in wachsendem Maße in Asien gewinnt, Vorteil zu ziehen suchen, auch wenn sie wissen, daß das Peking-Regime sich ihrer als Werkzeug bedient.

Die Sowjetunion hält sich zurück

In seiner Schrift „Die Rechte der ausgebeuteten Völker“ vom Januar 1918 hat Lenin die Grundziele der asiatischen Revolution festgelegt. Er empfahl damals mehr

Konzentrierung auf den Antimperialismus als auf Klassenkampf und Gewaltanwendung. Es bestand eine lange Verbindung zwischen der Komintern und Indochina, Malaya und Indonesien. Zwischen 1925 und 1935 wurden in der Moskauer Leninakademie über 200 Revolutionäre für jene Länder geschult. Die Komintern organisierte in Schanghai die Pazifische Arbeitergewerkschaft und die Liga gegen den Imperialismus, in denen das „östliche Proletariat“ indoktriniert wurde. Sie eiferte gegen die fremden Kapitalisten und Imperialisten, und sprach sich für Landreformen und Industrialisierung nach sowjetischem Muster aus.

Noch bis in die letzten Jahre aber, genauer bis zum Sieg der Kommunisten in China, war sich die Komintern, beziehungsweise ihre Nachfolgerinnen, über die zu verfolgende Grundlinie der Revolution nicht einig, wie z. B. in der Frage der Aufgabe des nationalen Bürgertums, der Volksfront, der von der Sowjetunion in der Revolution zu spielenden Rolle, der Rolle der Bauern und der Behandlung der Religionsgemeinschaften. Späterer stalinistischer Einfluß bestand auf der Anerkennung der Sowjetunion als Führerin der proletarischen Diktaturen und als Symbol der Emanzipierung der unterdrückten Völker. Stalin riet immer starres Festhalten an weitsichtigen Zielen bei äußerster Biegsamkeit in der taktischen Durchführung. Er sagte auch voraus, daß China der Magnet für den ganzen Fernen Osten werden und daß das revolutionäre China, im Bündnis mit der Sowjetunion, der wichtigste Faktor in der Weltpolitik sein würde.

Die gegenwärtige Politik der UdSSR im Zusammenhang mit der Ausbreitung des Kommunismus in Südostasien verrät eine wirklichkeitsbewußte Abschätzung der Lage. Die Sowjets haben alles zu gewinnen, wenn sie den Chinesen alle Initiative lassen, Mao bei jeder Gelegenheit unterstützen, ihn loben und sich jeder eigenen Kontrolle entziehen. Sie halten sich überall in Südostasien sehr im Hintergrund, um den Schein eines neuen Imperialismus zu vermeiden. Sogar die Handelsvertretungen benehmen sich sehr zurückhaltend. Die Sowjets zeigen sich vollkommen uninteressiert in der kommunistischen Tätigkeit jener Länder. Man kann ruhig annehmen, daß sie nicht zögern würden, örtliche, ja sogar chinesische kommunistische Organisationen zu opfern, wenn sie damit ihrem Hauptziel, der Schwächung Amerikas und Westeuropas, näher kämen.

Auf den Wegen der Tradition

Es sind schließlich nur geschichtliche, seit dem Reich der *Han* vor zweitausend Jahren befahrene Wege, auf denen sich der heutige chinesische Imperialismus nach Süden bewegt. In früheren Zeiten diente der Drang nach Süden freilich nur machtpolitischen Zwecken; heute ist er zusätzlich von einer unerbittlichen Lebensnotwendigkeit bestimmt.

Wenn man sich überlegt, daß der steigende Bevölkerungsdruck in China, bei nahezu vollständig ausgenutzter Ackerfläche, nur wenig Möglichkeit zu einer Ausbreitung nach dem westlichen Inland gibt, als nach Sinkiang, Tsinghai, Sikang und Tibet (obschon sie das neue China machtvoll betreibt), weil jene Gebiete zum größten Teil aus Gebirgen, Steppen und Wüsten bestehen, auch nicht nach den fast leeren Gebieten Ostsibiriens, und zwar aus topographischen und klimatischen Gründen, von den politischen zu schweigen, und daß deshalb die Hauptrichtung der chinesischen Ausbreitung nur nach dem Süden, dem *Nanjang*, weisen kann, wo die

landwirtschaftlichen Überschußgebiete liegen; wer sich weiter überlegt, daß China arm ist an den meisten für seine großen Industrialisierungsvorhaben und für die Technisierung seiner Militärmacht wichtigen Rohstoffen, die aber in Südostasien in überreichem Maße zu finden sind und die heute dem Westen zu seinem wirtschaftlichen Übergewicht verhelfen; wer sich das alles überlegt, der weiß, daß bei so großer Machtfülle und Dynamik des neuen China ein von ihm beherrschtes Südostasien nicht ein Traum der Kommunisten, sondern für jene Völker, und natürlich auch für den Westen, eine wirkliche Drohung ist. China ist, wie es Ceylons Erstminister Kotelawala einmal ausdrückte, bald „ein dunkles Rätsel“, bald „ein brütender, unheilvoller Riese, der sich über die asiatischen Randländer beugt und das Schicksal des Ostens formt“.

Den Chinesen im *Nanjang* ist das alles heute sehr recht, auch wenn sie genau wissen, daß ein schließlicher Sieg des Kommunismus in Südostasien wahrscheinlich auch das Ende ihrer wirtschaftlichen Freiheit und damit für die meisten das ihrer Wohllhabenheit bedeutet. Aber was sie in diesem Augenblick dringend brauchen, ist Schutz gegen die ihnen lästigen wirtschaftlichen Eingriffe der Gastvölker, gegen ihre Feindseligkeit und ihren Neid, welchen Schutz ihnen nur das machtpolitische Ansehen des neuen China geben kann.

Das Peking-Regime nutzt diese Gefühle entsprechend aus. Über den Rundfunk und mit Hilfe von Flugzetteln verspricht es diesen Schutz und warnt die Regierungen vor den Folgen, die sich aus der Benachteiligung der chinesischen Minderheiten für sie ergeben könnten.

Die Stimmung der Chinesen im *Nanjang* gegenüber der Peking-Regierung hat in den sechs Jahren seit der Vertreibung der Kuomintang vom Festland einen mehrfachen Wandel durchgemacht. Zuerst begrüßte die Mehrzahl das neue China, obwohl sie dem Kommunismus und besonders dem Bündnis Chinas mit der Sowjetunion durchaus mißtrauten. Sie hatten ja schon immer von einem starken China geträumt und Mao Tse-tung schien es ihnen nun geschaffen zu haben.

Doch sie wurden bald ernüchert. Millionen von Dollar wurden von ihnen erpreßt durch Androhung von Erschießung ihrer in der Heimat zurückgebliebenen Familien. Die Bodenreform, die Liquidierung der Großgrundbesitzer und die Maßnahmen zur Sozialisierung der Privatwirtschaft empörte nicht nur die Besitzenden unter ihnen. Und es gab und gibt heute noch, und heute mehr denn je, viele Chinesen, die ein wirklichkeitsgetreues Bild von China malen könnten. Sie haben vielleicht China als Gäste der Regierung besucht, und viele von ihnen haben in ihrem Geburtsort einige Zeit verlebt. Vor ihrer Rückkehr nach Übersee wurden sie aber davor gewarnt, etwas Nachteiliges über das Gesehene auszusagen, da andernfalls die zurückbleibenden Verwandten die Folgen zu tragen hätten.

Natürlich gibt es überall noch einflußreiche Überseechinesen, die die Sache Tschiang Kai-scheks vertreten. In Hongkong und Burma, wo man über die wahren Verhältnisse in China besser Bescheid weiß, findet man immer noch eine starke feindliche Unterströmung gegen den Kommunismus. In Hongkong macht man mit den Kommunisten zwar Geschäfte, gleichzeitig aber versucht man, sie lächerlich zu machen, und ignoriert ihre dortigen offiziellen Zeitungen.

Aber seit der unglaublich reiche und mächtige Tan Kah-kee, früherer Ehrenfrie-

densrichter von Singapur, in Peking sitzt, von wo aus er, als Mitglied des Politischen Beratenden Ausschusses, im Rundfunk Aufrufe an seine Landsleute im *Nanjang* sendet, haben die Kommunisten einen gewaltigen Sprung vorwärts in der Einspannung des größeren und maßgebenderen Teils der Überseechinesen für ihre Eroberungspläne machen können. Ein unmittelbarer und wichtiger Erfolg dieses Umschwungs ist das Hinaufschnellen der Geldüberweisungen der *Nanjangchinesen* nach China (sie werden für das erste Halbjahr 1955 auf 350 Millionen US \$ geschätzt, was, in Anbetracht der steigenden Schwierigkeiten, die die Regierungen Südasiens Geldtransfers in den Weg legen, eine ansehnliche Leistung ist).

Selbstredend arbeitet die kommunistische Propaganda ausschließlich mit nationalistischen Schlagworten, wobei immer nur von einem gemeinsamen großen chinesischen Vaterland gesprochen wird. Mao Tse-tung weiß aus Erfahrung, daß Ideologien im praktischen Kampf um die Macht unwichtig sind, ja schädlich sein können, wie gegenwärtig im *Nanjang*. Nationalismus oder Enttäuschung über die Kuomintang oder Bedürfnis nach Schutz sind ihm bessere Helfer.

In Peking befindet sich ein besonderes Amt für die Angelegenheiten der Überseechinesen, dem auch prominente Asiaten anderer Nationen angehören. Örtliche Vereine zurückgekehrter Überseechinesen sorgen für Vorwand und Gelegenheit, gute Kameradschaft und Propaganda zu pflegen. Das Peking-Regime hat auch gleich von Anfang darauf hingearbeitet, die Loyalität der in Übersee geborenen Jugend einzufangen, indem es ihr Stipendien und verantwortliche Stellungen in China versprach. Tausende junger Chinesen folgen monatlich diesem Rufe, und es ist klar, daß durch sie viel zur Verbreitung des Kommunismus bei den Überseechinesen beigetragen wird. Das Verfahren für Geldüberweisungen aus dem Ausland wurde erleichtert und Steuerfreiheit für die aus dem Ausland mitgebrachten Produktionsmittel zugestanden. Die Regierung wendet sich nicht ohne Erfolg an die Überseechinesen um Kapitalzuwendungen und regt Beteiligung an heimatlichen Industrien an.

Das Versprechen, die angestammten Rechte und Interessen der Überseechinesen zu schützen, wurde auch in die neue Verfassung vom September 1954 aufgenommen. Peking richtet sich unverblümt mit Vorwürfen gegen die südostasiatischen Regierungen über ihre angebliche Förderung des westlichen Imperialismus, es eifert gegen westliche Kapitalinvestitionen (übergeht aber sorgsam die der Überseechinesen) und wettet gegen militärische Stützpunkte und militärische Hilfe der Amerikaner. Die Regierungen können sich nur durch Hinweis auf die gemeinsamen Bandungentschlüsse bezüglich Nichteinmischung wehren, ansonsten aber sich noch fester an ihren selbstgewählten Neutralismus klammern.

SOWJETSYSTEM UND STAATSFORM RUSSLANDS

Sehr geehrte Herren!

Der Bericht Dr. Klockes in Ihrem Oktoberheft über die Rolle der Politischen Ökonomie für das Sowjetsystem legt ebenso wie das in diesem Sommer 1955 besonders wache Interesse für die sowjetische Wirklichkeit die Frage nahe, ob das Sowjetsystem nicht die selbstver-

ständliche und notwendige Folge der geschichtlichen Entwicklung Rußlands ist. Landläufig wird behauptet, die offene oder verschleierte Diktatur sei die einzig mögliche Staatsform für Russen. Von Rurik über die Romanows bis zu Stalin habe es immer einen „Selbstherrscher aller Russen“ gegeben. Der Sieg Lenins

über Kerenskij 1917 habe bewiesen, daß in Rußland selbst unter günstigen Bedingungen stets der Diktator über den Demokraten siegte.

Dabei wird vergessen, daß Lenin nur dank seinem Zauberwort: „Schluß mit dem Krieg“ das erschöpfte, hungernde und zerschlagene Volk zum Bolschewismus bringen konnte. Immerhin lohnt sich eine Untersuchung, ob das Sowjetsystem tatsächlich, wie durch die Vertreter einer „Erbfeindschaft“ gegen die Russen behauptet wird, den Russen dank ihrer Geschichte auf den Leib zugeschnitten ist.

Die ersten Jahrhunderte der Geschichte Rußlands hat man seine glücklichsten genannt. Nowgorod im Norden und Kiew im Süden bildeten die Pole, um die sich das Leben der herrschenden Schicht der ins Land gerufenen – und nicht als Eroberer gekommenen – Warjäger und der Landeseinwohner drehte, die sich gut verstanden. Der Einbruch asiatischer Völkerschaften und die nachfolgende 250jährige Periode der Tatarenherrschaft veränderten wohl das Gesicht des Landes und seiner Einwohner, festigten aber noch das Verhältnis zwischen Fürst und Bevölkerung. Grausamkeit und Willkür einerseits, Untertüchtigkeit und blinder Gehorsam andererseits wurden von jenem Zeitpunkt ab zu Eigenschaften, die den Russen in allen Lebenslagen begleiteten; die ersten sah er seinen fremdstämmigen Beherrschern ab, die letzteren lehrte ihn die Not. Und diese war groß. Rettung vom erbarmungslosen Joch der Fremdlinge konnte nur der eigene Fürst bringen. Er war oft ein grausamer Despot, der Tatar war es noch mehr, er war ungerecht, seinen Versprechungen konnte man nicht glauben, aber er war rechtgläubiger Christ und der einzige, durch den die Möglichkeit bestand, die verhaßten Tataren einmal loszuwerden. Als dann die Befreiung kam, war er das bedingungslos anerkannte Oberhaupt des Staates, der Freund des Volkes, den man lieben und dem man gehorchen mußte. Von der Zeit an wird das russische Volk immer von einer Diktatur durch eine andere „befreit“.

Es ist eine alte Erscheinung, daß schrankenlose, durch niemand kontrollierte und gehemmte Macht in der Hand eines Ein-

zelwesens zu immer größeren Machtansprüchen, damit zu weiterer Unterdrückung der Beherrschten führt. In Rußland, dem Reich der gottgläubigen großen Massen, endete das zu guter Letzt mit der Aufstellung des Prinzips, der Zar sei auf Erden das, was Gott im Himmel ist. Damit war eine Stufe der Entwicklung erreicht, die kaum überschritten werden konnte und die den russischen Selbstherrschern deshalb gefährlich wurde, weil sie mit mehr Fehlern und Mängeln behaftete Sterbliche waren, als das Volk schließlich vertragen konnte.

Interessant ist es festzustellen, daß größere Volkserhebungen gegen den Zaren – im Namen des Zaren unternommen wurden, anders kam die große Masse anfänglich nicht mit. Katharina II. nahm bei der Durchführung ihrer Reformen – in einem gewaltigen Agrarlande – dem Bauer die Reste seiner Freiheit und führte die Leibeigenschaft auch dort ein, wo sie nie bestanden hatte, in der Ukraine. Die Folgen waren Gärungen, die ihren Höhepunkt im Aufstande des Kosaken Pugatschow erreichten, der sich für den von Katharina ermordeten, angeblich jedoch geflüchteten Zaren Peter III. ausgab, ausgerechnet für den Zaren, der sich zu Lebzeiten bei der Truppe und dem Volk äußerst unbeliebt gemacht hatte. Es war kein anderer Ausweg zur Hand! Die Bolschewiken wissen schon, weshalb sie in Moskau das Lenin-Mausoleum errichteten; es konnte keiner kommen, um im Namen eines lebendigen Lenin unbequem zu werden.

Es war das Unglück Rußlands, ein Jahrhundert lang unfähige, zum Teil beschränkte und energielose oder, wie Alexander II., oberflächlich begabte Menschen als Zaren zu haben. Es ist kein Zufall, daß die revolutionäre Bewegung unter Alexander II., dem Nachfolger Nikolais I., den Aufschwung nahm, der schließlich im Bolschewismus mündete. Nikolai I., der eigentliche Begründer des russischen Polizeistaates, gab dem Volk, das nach den Napoleonischen Kriegen sich jung und stark fühlte, sich nach einer besseren Zukunft sehnte und seine Hoffnungen wie immer auf den Zaren setzte, – die geheime Polizei und, da er die Verklavung des eigenen Volkes nicht beenden wollte

oder konnte, — den Krieg. Dieser wurde im Namen — der Völkerbefreiung geführt. Der Treppenwitz ist in der russischen Geschichte stets zu Hause gewesen. Damals sollten die slawischen Brüder des Balkans vom Joch der Türken errettet werden. Derselbe Nikolai I., der in den westeuropäischen Revolutionsjahren um 1848 herum in einem Manifest verkündet hatte: „Gott ist mit uns. Versteht es, ihr Völker, und unterwerft euch!“, erklärte zu Beginn des Krimkrieges, daß die teuren Kinder Rußlands mit ihrem Zaren ihr Vaterland verteidigen würden. Das geschah, indem Nikolai I. die Türken angriff.

Die für Rußlands Wohl so notwendige Bauernbefreiung kam sehr spät und unvollkommen; das Land, das der endlich frei gewordene Landarbeiter für sein Leben dringend brauchte, bekam er nicht, er wurde frei und fiel zugleich in die völlige Abhängigkeit vom Landbesitzer zurück. So war das mit allen zaristischen Reformen der letzten 50 Jahre der Romanows. Was not tat, wußte Alexander II., ja selbst Nikolai II., sie konnten sich aber nicht zu den nötigen Konsequenzen entschließen. Das Volk reagierte auf seine Weise. Attentate folgten auf Attentate, die oft mißglückten, aber nicht immer. Es ist falsch anzunehmen, daß hinter diesen Anschlägen bloß eine Kleinzahl extremer Intelligenz stand. Die Ausführenden waren freilich Studenten, Lehrer, kleine Beamte, studierte Leute, die aber nur den Beruf des Revolutionärs anerkannten. Hinter ihnen stand jedoch mit reger Anteilnahme bereits das Volk. Die Zaren —

welch ein Wandel im Laufe der Zeiten — mußten vor ihrem eigenen Volk zittern.

Die Idee der Selbstherrschaft haben die Zaren selbst zu Grabe getragen, und die Bolschewiken waren klug genug, das in Rechnung zu stellen. Sie sind nicht zufällig ans Ruder gekommen und am Ruder geblieben. Das letztere pflegt schwerer als das erstere zu sein. Sie führten Soldaten-, Arbeiter- und Bauernräte ein, mit denen das Volk angeblich selbst sein Schicksal in die Hand nahm, sie führten die „Diktatur des Proletariats“, als Diktatur der Masse, der Arbeiter, verkündet, ein, und auch nur, wenigstens theoretisch, zeitweilig. Wann diese „temporäre“ Einrichtung zu Ende geht, wissen wir nicht, bis jetzt hat aber noch jede Diktatur abtreten müssen.

Es ist zweifellos richtig, daß die Russen dank dem Gang ihrer Geschichte sich mehr als andere europäische Völker an die absolute Herrschergewalt gewöhnt haben. Wer lange Diät halten muß, kommt mit dieser Kost besser zurecht als einer, dem sie ungewohnt ist. Die Diät wird dadurch aber nicht normale Lebensweise. Es ist zumindest übereilt zu glauben, die Alleinherrschaft sei die Staatsform der Russen auch in der Zukunft. Welche Entwicklung der europäischen Osten durchmachen wird, ist schwer vorauszusagen, eins aber wissen wir: in unserem Zeitalter der Luftschiffahrt, des Radios und des Fernsehens gibt es keine teilweise Entwicklung mehr, entweder es gibt eine, oder es gibt überhaupt keine.

Oskar Angelus

OSKAR RITTER VON NIEDERMAYER

Am 8. 11. 1955 jährt sich der Geburtstag Oskar von Niedermayers zum 70. Male. Ob er noch lebt, weiß man nicht. Seit 1946 ist er in der Sowjetunion verschollen. Mehrmals tauchten Gerüchte auf, daß er irgendwo in Asien tätig sei.

Als junger Leutnant des Erlanger Feldartillerieregiments nahm Niedermayer, der Sohn einer bayerischen Beamten- und Kaufmannsfamilie, das Studium der iranischen Sprachen und gleichzeitig der Naturwissenschaften auf. Er führte seine Doktorarbeit fast zu Ende. Mit dem Sprachenstudium wollte er sich auf eine

Forschungsreise nach Persien vorbereiten, der zuliebe er Verbindung mit Sven Hedin, Sir Aurel Stein und anderen bedeutenden Asienforschern aufnahm. Als erster durchquerte er die glühend heiße Sandwüste Lut. Kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges kam er über Indien und Amerika nach Hause.

Seine große Laufbahn begann, als er Anfang September 1914 nach Afghanistan gesandt wurde. Die Abenteuer dieser Reise hat er selbst in seinem Buch: „Unter der Glutsonne Irans“ glänzend geschildert. Trotz anfänglicher Erfolge und

der Fesselung bedeutender britischer Kräfte in Indien, die auf diese Weise dem europäischen Kriegsschauplatz ferngehalten wurden, konnte Niedermayer seine Mission zunächst nicht erfüllen. Er übernahm die Geschäfte des deutschen Militärattachés in Teheran.

Als das Auswärtige Amt den damaligen Legationssekretär Werner-Otto von Hentig nach Afghanistan entsandte, wo er mit einem Beglaubigungsschreiben des Deutschen Kaisers und des osmanischen Sultans eine militärpolitische Mission erfüllen sollte, schloß sich Niedermayer 1915 an der persisch-afghanischen Grenze an und marschierte danach gemeinsam mit Hentig.

Damals begann die afghanische Unabhängigkeitsbewegung, die im Frieden von Rawalpindi 1919 Erfolge für ihr Land buchen konnte. Die einzelnen Gruppen der Expedition hatten 3000 km vor der deutsch-türkischen Front insgesamt Märsche von 30 000 km zurückgelegt. Niedermayer schlug sich, als Turkmene verkleidet, über russisches Staatsgebiet wieder nach Persien durch und fand von dort aus im Gewand eines persischen Bettlers und Pilgers den Weg zu den türkischen Truppen. Niedermayer wurde mit dem bayerischen Militär-Max-Josef-Orden ausgezeichnet, der mit dem persönlichen Adel verbunden war.

Nach dem Kriege studierte Hauptmann von Niedermayer zwei Semester Philosophie und Geographie an der Universität München, danach war er schon in der Lage, summa cum laude den Grad des Dr. phil. zu erwerben. Seine Arbeit behandelte die Binnenbecken des Iranischen Hochlandes.

Wenig später wurde Niedermayer als Adjutant des Reichswehrministers Dr. Geßler nach Berlin berufen. Er blieb als engerer Landsmann mit dem Minister befreundet. Ein Zeichen für seine Welt-

klugheit ist dabei, daß er gleichzeitig ein gutes Verhältnis mit dem Generalstabschef von Seeckt unterhalten konnte. Als ein geheimes Zusatzabkommen zum Rapallo-Vertrag 1922 eine militärische Zusammenarbeit zwischen der Reichswehr und der Roten Armee verabredete, übernahm Niedermayer die Leitung des Moskauer Büros. Von dort aus bereiste er große Teile der Sowjetunion. An den Kursen, in denen deutsche und sowjetische Offiziere ihre Erfahrungen austauschten, nahmen die späteren Marschälle Woroschilow, Shukow und Tu-chatschewskij teil.

Niemals gab Niedermayer seine geographische Arbeit auf. Als die militärische Zusammenarbeit mit der Sowjetunion endete und als der erste Militärattaché, der spätere General Köstring, an die Stelle des inoffiziellen Reichswehrvertreters trat, schied er aus dem aktiven Wehrdienst aus. Er habilitierte sich an der Universität Berlin, wurde Professor der Geographie, Dekan seiner Fakultät und baute ein Institut für Wehrwissenschaft auf, das zuletzt drei Gebäude umfaßte.

Als er von einer Kurierreise nach Japan zurückkehrte, meldete er, daß Japans Rüstung kriegsbereit sei. Bald meldete er sich zur Front, wo er als Generalmajor eine Division aserbeidshanischer, georgischer und turkmenischer Freiwilliger übernahm, mit der er zunächst in Kroatien, dann an der Kanalküste stand.

Längst hatte er erkannt, daß der Krieg verloren war. Als er diese Überzeugung offen aussprach, wurde er durch einen deutschen Offizier aus seinem Stab denunziert und dann auch zum Tode verurteilt. Bevor das Urteil vollstreckt werden konnte, brach die Rote Armee ein, und Niedermayer wurde ihr Gefangener. Seitdem ist seine Spur verloren.

Josef März †

Die in den einzelnen Beiträgen zum Ausdruck kommenden Ansichten decken sich keineswegs immer mit der Meinung der Schriftleitung, zum Teil sind sie ihr entgegengesetzt. Die Schriftleitung fühlt sich verpflichtet, allen Stimmen Gehör zu verschaffen, deren Vorhandensein bei einem Bemühen um Realismus zur Kenntnis genommen werden muß oder die ein wichtiges Gespräch in Gang bringen können. Darüberhinaus enthält der Abschnitt „Freie Aussprache“ genau das, was seine Überschrift sagt.

Verlag: C. W. Leske, Darmstadt / Druck: L. C. Wittich, Darmstadt / Verantwortlich für den Inhalt: Professor Dr. K. H. Pfeffer, Hamburg 36, Gänsemarkt 35 I.

Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 1.

Politischer Mythos und Realismus

Die Benutzung des Wortes *Mythos* (Mythus) hat zu Konfusionen aller Art geführt. Die Mythologieforschung, die Religionswissenschaft, Philosophie, Kulturphilosophie, Philologie und Literaturkritik haben immer neue Definitionen entwickelt. Nichts von all dem ist hier gemeint.

Wir meinen hier, wenn wir das Wort benutzen, nur den Politischen Mythos, d. h. die Ideen, die im Unterschied zu sachlich-rationalen Programmen im politischen Raum Menschen bewegt, angerufen und zur Aktion bereit gemacht haben, und sie, infolge ihrem (gelegentlich in sich sogar widerspruchsvollen) Anschauungs- und Gefühlsgehalte zusammengeführt und vorwärtsgetrieben haben. Das gilt insbesondere für revolutionäre Bewegungen, aber nicht nur für sie. Es gab auch so etwas wie einen — konservativen — Mythos „Preußen“.

Es gibt keine politische Metaphysik mehr

Die Französische Revolution, der Russische Oktober, der deutsche Nationalsozialismus und ihnen verwandte Tendenzen in anderen Ländern entwickelten einen politischen Mythos, d. h. ein Sendungsbewußtsein, das denen, die von ihm ergriffen wurden, zum Lebensinhalt wurde. Wo der politische Mythos wirksam war, bildeten sich die Zirkel der Berufsrevolutionäre, die Avantgarden der Nationalen Revolutionen wie der Klassenrevolution.

Wer heute die Weltpolitik — und vor allem auch die deutsche Politik — betrachtet, muß feststellen, daß das Pathos der Unbedingtheit, das ein Kennzeichen aller aus einer solchen „mythischen“ Siegesgewißheit lebenden politischen Formationen ist (seien es Geheimbünde, Parteien oder aus ihnen erwachsene Staatsgebilde), fast völlig verschwunden ist. Die Politik im Jahre 1955 sucht überall nicht mehr das Unbedingte, sondern das Mögliche.

Die Entscheidung der deutschen Wähler nach dem Zweiten Weltkrieg z. B. zugunsten der Demokratie — die „Neonazis“ ebenso wie die Kommunisten in hoffnungsloser Isolierung lassend — entbehrt jeder „Weltanschauung“. Sie ist die desillusionierte Antwort eines am politischen Mythos kurz vorher gescheiterten Volkes gegenüber allen „ismen“ und die Hinwendung zum realitätsnahen, antiideologischen Zweckmäßigkeitsdenken. Das Votum für die Partei des Bundeskanzlers als Träger des knappen Mehrheitswillens bedeutete nicht, daß man „konservativ“, „christlich“, „abendländisch“ oder sonstwie auf Ideen reagierte, sondern daß man den *status quo* bejahte, d. h. den wirtschaftlichen Aufschwung des „deutschen Wunders“ mit einer Geste der Anerkennung für geleistete Arbeit quittierte. Man wählte die Nachhitlerdemokratie, weil sie dem Volk wieder Boden unter den Füßen geschaffen hatte; man zeigte sich dankbar dafür, daß — Symptom langsam wachsenden Wohlstandes — jeder fünfte Deutsche wieder ein Motorrad besitzt; man scheute zurück vor jedem Anruf, der in die mit soviel Leid, Grauen und Schuld vorbezahlte Sicherheit erneute Elemente der Unruhe und Beunruhigung zu bringen unternahm: nicht nur der Links-

und Rechtsextremismus, auch die Heinemann-Gruppe blieb ohne Resonanz, weil ihr Appell die Versuchung in sich barg, noch einmal in einem überpersönlichen Pathos die selbstgewählte Privatisierung des neuen Realismus zu durchbrechen.

Der Prozeß der „Entpolitisierung“, der in Deutschland seinen Niederschlag in der Weigerung des Großteils der Wahlberechtigten, vor allem der jungen Generationen, gefunden hat, sich organisatorisch, d. h. bekenntnisthaft sichtbar, an eine bestimmte politische Richtung zu binden, hat nicht nur damit zu tun, daß die Frontheimkehrer ebenso wie die aus den Trümmern der Großstädte wieder zu einem normalen Alltag Hinstrebenden bewußt erst einmal all ihre Aufmerksamkeit und Kraft privaten, beruflichen und der Festigung eines sinnvollen Familienlebens dienenden Aufgaben zuzuwenden hatten. Seine Wurzeln liegen in der anscheinend fast abgeschlossenen Entmythisierung der Politik überhaupt.

In Deutschland hat der Nationalsozialismus die Bereitschaft, einem politischen Mythos zu folgen, fast völlig zerstört. Er hat in einem letzten selbstmörderischen Versuch, ihn, über eine „Elite“ hinaus, missionarisch in einem 70 Millionen-Volk noch einmal wirksam zu machen, vorerst jeden Versuch, der Realität die Vision – den Transmissionsriemen, über den der Mythos in die bestehende soziale Welt Eingang findet! – entgegenzustellen, *ad absurdum* geführt. Man könnte auch, im Sinne des Jüngerschen „Sanduhrbuchs“, sagen: er erwies, daß man nicht nach einer falschen Uhrzeit leben und agieren kann.

Daß man vor allem Uhren nicht zurückstellen kann, zeigte sich sogar im Dritten Reich. Die Zettelkasten-Weisheiten des Rosenbergschen „Mythus des 20. Jahrhunderts“, die aus germanischer Vergangenheit deutsche Gegenwart zu gestalten versuchten, blieben selbst im NS-Aktivismus wirkungslos.

Aber auch die *Crusade* des Antinationalsozialismus im Lager der Alliierten entbehrte des echten Pathos in steigendem Maße. Soweit ein liberales, fortschrittliches, demokratisches Bild vom menschlichen Zusammenleben, vom Verhältnis der Nationen zueinander, von der Struktur der industriellen Gesellschaft und den Relationen der darin lebenden Einzelgruppen entwickelt wurde, hat man (obwohl in Festreden gelegentlich noch das – meist unecht tönende – Erbe der Propheten säkularisierter Heilsvoraussagen anklingt) inzwischen immer mehr die eigenen Ursprungsvisionen, d. h. die eigenen politischen Mythen, auch hier preisgegeben.

Sendungsbewußtsein wurde durch Realpolitik, politische Leidenschaft wurde durch Zweckmäßigkeitserwägungen, Pathos wurde durch Werbung ersetzt. Seitdem im bürgerlichen Staat die Militanz der Französischen Revolution verloren ging, nachdem vorher Cromwells Kompromißlosigkeit, im Geist des Puritanismus mit der Idee eines von Gott durch seine Werkzeuge ausgewiesenen Staates Ernst gemacht hatte, haben die „Zehn Tage“, die im Oktober 1917 von Rußland her die Welt erschütterten, und die Jahre, in denen unter den Hakenkreuzfahnen von Deutschland aus noch einmal die weltrevolutionäre Parole ausgegeben wurde, zum letzten Male Kreuzfahrer mit geschichtlichen Anspruch formiert.

Der Zusammenbruch des deutsch-europäischen „tausendjährigen Reiches“ Adolf Hitlers und die Pervertierung des Vaterlands der Werktätigen, die auf den klassenlosen Zukunftsstaat hofften, in einen technokratisch-bürokratisch überwachten Macht-

staat, der nationale Großmachtspläne an die Stelle antistaatlicher Internationalität treten ließ, haben dem politischen Utopismus tödliche Stöße versetzt.

Man darf sich durch die (in keiner Weise zu ignorierenden) wirtschaftlichen, geopolitisch-nationalen und im weiteren Sinne sozialbedingten Zwangsläufigkeiten, die das Heraufkommen des Nationalsozialismus und des Kommunismus mit ermöglichten, nicht so weit beeindruckt lassen, um außer acht zu lassen, daß in der Zeit, als von links und rechts her in ein scheinbar wertelos gewordenes Trümmerfeld der bürgerlichen Ordnung, vor allem bei jungen Menschen, die Mythen der nationalen und der sozialen Revolution eindringen, das entscheidende Element dieses Ansturms religiös-säkularisierter Eschatologismus war. Man mobilisierte soziale Kräfte, aber vor allem rief man Kämpfer für einen Glauben, den Glauben an ein Morgen. In ihrer Kampfzeit, d. h. der Zeit, in der das Bekenntnis zu den rebellierenden Bewegungen keine Vorteile, sondern nur Hingabe, Opfer und Aufgabe der Individualität im Dienst einer höheren Idee verlangte, hat es — außerhalb des christlich-kirchlichen Bezirkes — nur in diesen beiden Lagern noch echte „Prediger und Soldaten“ gegeben, auch wenn sie im Jargon der modernen Nationalökonomie oder des biologischen Rassismus oder auch des im Grunde rationalistischen Nationalismus des 19. Jahrhunderts argumentierten.

Das Ende des Nationalsozialismus zeigte, daß Träume von Morgen stets dann als Bumerang wirken, wenn sie die gegenwärtige Realität im Bann der Vision falsch einschätzen. Hitlers Ausruf „Einem Volk, das die Freiheit will, werden die Gewehre aus den Händen wachsen“, schien so lange wahr, wie die deutsche Aufrüstung funktionierte. Als aber schließlich 16jährige Hitlerjungen im Berliner Endkampf mit nichts als Panzerfäusten gegen sowjetische Tanks vorgehen mußten, erwies er sich nicht nur als falsch, sondern als selbstzerstörerisch. Mit diesen Hitlerjungen starb der deutsche Mythos.

In Wahrheit lebte der „deutsche Mythos“, wie ihn die NSDAP-Führung aufrechtzuerhalten versuchte, seit rund 10 Jahren nur noch gewissermaßen in „Schutzhaft“. Am 30. Juni 1934 starb der „unbekannte SA-Mann“, Träger und Symbol der „Deutschen Revolution“, die Hitler seinen marschierenden Kolonnen versprochen hatte (— die moralische Fragwürdigkeit von mehr als einem der Braunhemdenführer verkleinert die symptomatische Bedeutung dieses Vorgangs in keiner Weise —). Als Hitler den Tschechen gegenüber sein Wort brach, nach dem er keinerlei Interesse an Nichtdeutschen haben wollte, setzte das Pathos des aus den Herderschen Kategorien der Kultur- und Sprachgemeinschaften herübergeretteten völkischen Großdeutschland Rost an. Mit der Ausmordung der nicht parteigebundenen deutschen Führungsschicht in Adel, Offizierkorps, Verwaltung, Diplomatie und Arbeiterbewegung am 20. Juli 1944 trat endgültig an seine Stelle die Selbstidentifizierung eines größenwahnsinnig gewordenen Monomanen mit Schicksal und Weg der Gesamtnation. Im Führerbunker wurde nur noch der Schlußstrich gezogen:

Der Mythos der sozialistischen Revolution brach andererseits im Grunde bereits zusammen, als der Kanonendonner der von Leo Trotzki befahligen Strafexpedition gegen die Matrosen von Kronstadt den letzten echten Freiheitsruf des kämpferischen Kommunismus „Alle Macht den Räten!“ übertönte. Was danach kam, als mit Lenins Tod die Techniker der Macht systematisch die Fanatiker der Utopie ablösten, ließ sich

den Prozeß der Entmythisierung nur noch fast „organisch“ weiter vollziehen. Wenn 1945 in Deutschland die grausige Wirklichkeit die Vision einer neuen, einer deutschen, einer nationalsozialistischen Welt zerschlug, so hat zur gleichen Zeit, als rote Soldateska Berliner Arbeiterfrauen vergewaltigte, das Pathos des völkerbefreienden Kommunismus den militärischen Sieg und die politische Herrschaftsübernahme am Rande Europas nicht überlebt.

Seitdem gibt es weder im Westen noch im Osten letztlich eine politische Metaphysik.

Teilmythen — denn ohne Feuer kann der Mensch nicht leben

Die Selbstentlarvung des nationalsozialistischen Mythos, d. h. die Erfahrung, daß bis zur „letzten Konsequenz“ vorgetriebene Kreuzfahrer-Ideologien am natürlichen Leben ihre Begrenzung finden, hat es z. B. in Frankreich und Deutschland verhindert, daß ein sich aus der Realität *Résistance* oder *Widerstand* im Ansatz abzeichnender Mythos des „Anderen Frankreich“ oder des „Anderen Deutschland“ im konkreten politischen Feld wirksam wurde. Dem — künstlichen — Mythos Horst Wessel folgte kein organisch sich bildender Mythos Stauffenberg. Die Substanz der in einem Volk vorhandenen Gefolgsbereitschaft für vorbildartige Versinnbildlichung eigener Identifizierung mit einem allgemeingültigen nationalen Bild von politischem Handeln war aufgebraucht. Es konnte — wie im Fall de Gaulle — noch zu einem kurzen Aufflackern einer solchen Identifizierung kommen, — nicht wenig durch Furcht vor „sonst eintretenden Folgen“ bei vielen verursacht, die ursprünglich auf der andern Seite gestanden haben.

Beim deutschen Widerstand war nicht einmal das möglich: in erschreckendem Ausmaß steht der Durchschnittsdeutsche, stehen die jüngeren deutschen Schichten, dem Menschenbild, das Stauffenberg und die Seinen repräsentieren, fremd gegenüber. Das Erbe des Widerstands wurde keine Kraftquelle. Selbst in den Reihen seiner Freunde trat oft genug die Selbstrechtfertigung an die Stelle einer politischen Hinterlassenschaft als Impuls für eine Aufgabe.

Politische Wissenschaft, politische Erziehung kann zum Verständnis entscheidender Ereignisse des nationalen Lebens sehr viel beitragen; sie kann die außerpersönliche Zeugungskraft des echten politischen Mythos nicht ersetzen. „Gebranntes Kind scheut das Feuer“ meint man? Aber kann der Mensch ohne Feuer leben? Der Mythos des Prometheus starb auch im Atomzeitalter nicht.

Im Augenblick hat jedenfalls die Mythisierung der Politik mindestens in den Bezirken, die man heute gemeinhin als „Abendland“ zusammenfaßt — scheint es — ihre Rolle ausgespielt. Wo ein politischer Mythos noch scheinbar wirksam ist, handelt es sich um rudimentäre Erscheinungen oder aber, viel öfter, um die Beibehaltung von inzwischen ihres Kerns beraubten Wort-Schalen, die keinerlei Zeugungskraft mehr besitzen.

Dieser Prozeß der inneren Aushöhlung ursprünglich echt formativer und geschichtsträchtiger Mythen geht im Grunde seit Jahrhunderten vor sich. Als die umfassende mittelalterliche Idee vom christ katholischen Kaisertum, das das Reich neben der Kirche als aus Gottes Auftrag handelnde Ordnungsmacht regierte, sich mit Reformation, Renaissance und fürstlicher Libertät — um hier verkürzt ein paar Wegmarken zu nennen — in Teil-Ideen aufspaltete und damit die Ganzheitsbezogenheit der

abendländischen Ökumene Schritt für Schritt gegenüber den sich herausbildenden Sondergruppen aufgab, begann es. Aber damit wurde das Element der überpersönlichen Legitimation des politischen Handelns keineswegs abgebaut, sondern in Teil-Mythen von den Partial-Kollektiven übernommen und, den speziellen Umständen angepaßt, als wesentlicher Bestandteil gruppenbildender Appelle durchaus beibehalten.

Nicht etwa nur als „Propaganda“ im modernen Sinne, wenn auch gelegentlich nicht ungeschickt mit konkreten Interessen und Notwendigkeiten der betreffenden Schicht verkoppelt! Wie, obwohl verfilzt mit Interessen, denen an günstigen Zugangsstraßen für den Gewürzhandel lag, die Kreuzzüge, die die Blüte der europäischen Ritterschaft zur Befreiung des Heiligen Grabes im tausendfach gläubig wiederholten „*Dieu le veut!*“ nach Jerusalem führten, eine echte motorische Initialzündung enthielten, hat auch Luthers Ruf nach der „Freiheit eines Christenmenschen“, obwohl oft genug von zynischer Hausmachtpolitik der Fürsten mißbraucht, im Dreißigjährigen Krieg eine wirkliche Auseinandersetzung zwischen zwei im politischen Raum um Herrschaft über den Einzelmenschen ringenden Lebensmächten eingeleitet. Danach gab es aber nur noch „Teilmythen“.

Jedoch die Menschen, die diesen Teilmythen folgten, haben nie daran gezweifelt, daß eines Tages ihre Ideen das G a n z e beherrschen werden. Der Mythos der Nation, der Mythos der Klasse, der Mythos des Ewigen Friedens — sie alle haben Bewegungen mit Elan, mit Pathos, mit einem Sendungsbewußtsein versehen, dem gegenüber Argumente immer wieder mehr oder minder versagten. Es gibt — und wir sprechen hier in erster Linie von Deutschland oder auch von der Westlichen Welt — Bewegungen, die sich noch heute zu diesen Kennworten bekennen. Aber sie führen das Leben von Sekten, die mühselig ein Feuer hüten, das ständig am Verlöschen ist.

Zahlenmäßig eine Minderheit zu sein, hat noch nie gegen die Idee gesprochen, die die betreffende Gruppe vertritt. Der Unterschied, ob man sie ernst nehmen muß oder nicht, liegt in der manchmal schwer zu definierenden Leuchtkraft, die von dieser Idee ausgeht; historisch gesehen, darin, ob sie einen Neuanfang oder einen unzeitgemäß gewordenen Rest gestriger, abgelaufener Dynamik darstellt. Das hat im übrigen mit Gut oder Böse nichts zu tun.

Bevor sie mit der realen Aufgabe konfrontiert wird, hat noch nie eine Vision ihren Realitätswert beweisen können. Die meisten politischen Mythen des 19. und 20. Jahrhunderts haben diese Bewährungsprobe hinter sich. Und sie wurden alle als zu leicht befunden.

Die Entzauberung der politischen Sphäre

So ist es nicht verwunderlich, daß innerhalb der sozialistischen, der nationalen oder pazifistischen Bewegungen, — man kann die Liste leicht ergänzen — nur noch innerste Zirkel „alter Kämpfer“ mehr aus Treue zu ihrer eigenen Vergangenheit als aus Glauben an eine Chance des „Endsiegs“ die Fahne hochhalten und daß die Organisationen selbst, vor allem da, wo sie als Massenbewegungen bereits propagandistisch den ursprünglich militanten Appell immer mehr zu verwässern sich gezwungen sahen, mit immer deutlicher werdendem Zynismus Glaubensartikel verkünden, ohne von ihrem Inhalt im geringsten ergriffen zu sein.

Ein typisches Beispiel für das Unwirksamwerden sich später entwickelnder mythischer Triebkräfte für soziale und politische Aktionen ist das Verschwinden des in der Verkündigung des Klassenkampfes sich manifestierenden proletarischen Sendungsbewußtseins in der westlichen Arbeiterbewegung. Der „Mythos des Generalstreiks“, den Sorel dem französischen und teilweise dem spanischen und italienischen Syndikalismus als Standarte zu übergeben versucht hatte, ist heute überall in den europäischen Gewerkschaften abgelöst durch das *collective bargaining*, das die *Unions* der Vereinigten Staaten realitätsnah an die Stelle der Letzten-Tage-Visionen gesetzt haben.

Das Pathos, das den Kampfruf der Französischen Revolution „Krieg den Palästen, Friede den Hütten!“ im Kommunistischen Manifest zum Aufruf an den Vierten Stand überleitete: „Ihr habt nichts zu verlieren als Eure Ketten und eine Welt zu gewinnen!“, ist im Zeitalter der Sozialversicherung, des Mindestlohns, der parlamentarischen Arbeiterregierungen leicht komisch geworden.

Die Entzauberung der politischen Sphäre, die hier zutage tritt, hat ihren Niederschlag auch darin gefunden, daß die Symbolkraft der Zeichen, die kämpferische Gemeinschaften vom Gegner und vom Gleichgültigen abzuheben pflegten — Parteiabzeichen, Kampflieder, nonkonformistische Fahnen —, fast völlig verlorengegangen ist. Selbst Nationalhymnen und Landesflaggen sind in diesen Prozeß hineingezogen worden: man bedient sich ihrer nur noch im Rahmen konventionell gewordener Riten, wie man zu bestimmten Gelegenheiten einen dunklen Anzug trägt.

Die Rote Fahne und die „Internationale“, das Hakenkreuzbanner und das Horst-Wessel-Lied hatten noch, neben ihrem funktionellen, propagandistisch benutzbaren Wert so etwas wie einen totemistischen Charakter. Walter Flex hat einmal formuliert: „Wer auf die preußische Fahne schwört, hat nichts mehr, was ihm selber gehört!“ Nicht nur Preußen erhob diesen Anspruch. Jede Bewegung, die einem Mythos folgte, verlangte das gleiche.

Nichts von all dem ist wiederholbar. Weder Lenins Suggestionskraft noch Hitlers „Charme“, weder Bebels einfache Sicherheit noch Bismarcks politische Klugheit, weder F. D. Roosevelts *Smartness* noch Rommels Feldherrnruhm haben nach dem Tode des Betreffenden als motorischer Impuls weitergewirkt. Es ist ein weitverbreiteter Irrtum, daß man vom Sarkophag eines toten Führers aus Nachfolgebewegungen ideologisch legitimieren kann. Das Schicksal des Bonapartismus sollte warnen haben.

Der politische Mythos meint stets das Morgen. Wo man ihn mit Pflege der Tradition verwechselt, ihn anknüpft an Größe von gestern, kann er allerhöchstens ein Homunkulus-Dasein führen, von philologischen Parallelen gespeist und mit Argumenten um Zustimmung werbend, anstatt Sehnsüchte und Glaubenskräfte anzurufen. J. W. Hauer mußte mit dem „Deutschen Glauben“ seinerzeit daran scheitern, als er versuchte die lebendigen Regenerationskräfte der aus der konkreten Gegenwart sich zeitgemäß wandelnden Bekenntniskirche zu konterkarieren mit den Hinweisen auf das — vergangene — im rassistisch-völkischen Sinne den Deutschen näherliegende Ethos von Islandsagas, Edda und Upanishaden, weil rückwärtsgewandte Mythen der Fähigkeit ermangeln, Symbole zu entwickeln, die der Zeit angehören. Kontinuität ist etwas anderes als Konservierung oder mit wissenschaftlichen Mitteln ermöglichte Wiederentdeckung verlorengegangener Werttafeln.

Das gleiche gilt für die Bemühungen, den Gedanken eines deutschen Königtums in Deutschland wieder wirksam zu machen. Die Frage „Kommt die Monarchie?“ kann nur noch, selbst von den Anhängern der monarchischen Restauration, rational, logisch und argumentierend im positiven Sinne beantwortet werden. Auf der Ebene des Zweckmäßigen, Vernünftigen, d. h. der Realpolitik, läßt sich manches Kluge für einen König sagen. Den Purpur des von Gott Eingesetzten trüge kein durch Volksabstimmung auf den Thron gekommener Monarch.

Politische Mythen entstehen und — sterben. Wir erleben ein Massensterben echter und vorgeblicher politischer Mythen. Ihr Erbe tritt allorten der politische Realismus an.

Mythen lassen sich nicht konstruieren

Am Verschleiß der innerlichen Bereitschaft politischen Mythen gegenüber sind nicht zuletzt auch die eilfertigen Verkünder konstruierter, d. h. nicht aus der Notwendigkeit einer bestimmten historischen Situation sich artikulierender, Ideen schuld. Die Behauptung, mitten in der Wirklichkeit technisiertester Planung „neuen Adel aus Blut und Boden“ vom deutschen Bauerntum her geschichtsfähig machen zu können, wie Darré — und, allerdings nur zeitweise, Himmler — glaubte, führte lediglich dazu, daß die Landjugend zur Zeit der im Stil riesiger römischer Saturnalien abgehaltenen Erntedankfeiern bedauernd ihren „modernen“ Kinobesuch absagte, den Rundfunk abdrehte und verzweifelt in vergessenen Schubladen nach alten Landestrachten suchte, um dann am lodernden Holzstoß mit Volkstänzen nordische Renaissance zu markieren.

Nie ist dabei auch nur ein Funke von den am Schreibtisch einen „Mythos“ erfindenden Intellektuellen zu den Hunderttausenden der Angesprochenen übergesprungen. Selbst das Häuflein alter Jugendbewegter, Artamanen und völkischer Idealisten, das irgendwo verloren dazwischen vorhanden war, dürfte kaum diese Appelle als an sich gerichtet empfunden haben.

Politische Mythen sind keine Abstrakta. Sie sind erst dann existent, wenn sie von Herz und Hirn einer Menschengruppe Besitz ergreifen. Man „macht“ sie nicht. Sie „passieren“, wie Hans Blüher sagen würde: ein *Kairos*, ein Tag der Gnade — religiös gesprochen —, eine Stunde der geschichtlichen Zwangsläufigkeit wie der säkularisierte Glaube sie erklären würde, gebietet sie! In wenigen, sehr wenigen Fällen, kann wohl auch ein Mythos dieser Art „gestiftet“ werden: Stefan George stiftete den Mythos vom *Neuen Reich*, personifiziert in der Person Maximins, auf die reale Welt ausstrahlend etwa in dem Gedicht „An einen jungen Führer im Ersten Weltkrieg“.

Es hat seitdem in der deutschen, in der europäischen, Geschichte der Ideologien nichts Ähnliches mehr gegeben. Politische Mythen sind im allgemeinen nicht Einzelbotschaft, sondern Gemeinschafts-Erlebnis. Gemeinschaften aber gibt es kaum noch. Es gibt nur noch Organisationen, Zweckverbände, Parteien. Als solche sind sie nützlich und notwendig. Aber sie lügen, wenn sie von „heiligen Gütern“ sprechen. Sie meinen Interessen.

Es gibt in Deutschland heute zwei gängige Erklärungen für den Substanzverlust der öffentlichen Betätigung: soweit man entrüstet oder den eigenen Opportunismus verbergend reagiert, macht man den „Amerikanismus“ (vor 25 Jahren nannten die gleichen Kreise es „Kulturbolschewismus“) für die geistige Krise und die Außerkraft-

setzung bewährter Werte verantwortlich; soweit man, in meist echtem Erschrecken und ehrlicher Trauer, eine ganze geistige Welt, mit ihren inneren Sicherheiten fragwürdig werden sieht, meint man, im „Nihilismus“ areligiös gewordener Führungsschichten das Zersetzungsferment der abendländischen Kultur namhaft machen zu müssen.

Zum ersten Aspekt läßt sich nur sagen: Werte, die vom „Amerikanismus“ außer Kraft gesetzt werden können, verdienen, daß sie zugrunde gehen.

Zum zweiten (wir können nur, wie überhaupt in der ganzen Darstellung, umrißhaft, aphoristisch, Stichworte der hier auftauchenden Problematik geben): der Nihilismus, der ja, nebenbei bemerkt, Selbstkennzeichnung der russischen Sozialrevolutionäre, als echter politischer Mythos entstand: nämlich der Rechtfertigung des Terrors, der direkten Aktion, die man aus Liebe zu den Unterdrückten, Rechtlosen und sozial Benachteiligten auf sich nahm, ist in keiner Weise glaubensfeindlich oder ideenfremd; zumindest sind es weite Kreise des heute mit ihm mehr oder minder ständig gleichgesetzten „Existentialismus“ nicht.

Heidegger, Jaspers, Marcel – nicht sehr fern der Position, die der protestantische Dogmatiker Karl Barth in seiner „Dialektischen Theologie“ entwickelte – haben nur eins mit den mannigfachen antimetaphysischen „Realismen“, soweit sie sich philosophisch äußern, gemeinsam: sie sagen dem spirituellen Optimismus, das heißt im politischen Feld auch der Eschatologie, den Kampf an. Im Augenblick tragen sie damit zur Entmythisierung geistiger Standortbestimmungen zweifellos bei.

Möglicherweise aber liegt gerade hier die Chance, wenn der „magische Nullpunkt“ überschritten ist, daß sich neue Ansatzpunkte für politische Ideologien bilden. Man muß hier Geduld haben.

Der Realismus regiert die Stunde

Inzwischen beherrscht „Realpolitik“ die Westliche Welt – und Rußland.

Die deutschen Flüchtlingsverbände haben den „Ritt nach dem Osten“ einem „realen“ Bonner Ministersitz, blutenden Herzens, aufgeopfert; selbst der von beiden Deutschlands gleichzeitig erhobene Ruf nach der deutschen Wiedervereinigung entbehrt im Wust der in die Forderung stets eingebauten Sicherheitsklauseln wirklicher Überzeugungskraft. (Zwischen den Zeilen steht meist das Eingeständnis, daß ihre Verwirklichung „im Augenblick unwahrscheinlich“ ist!)

In Belgrad versichern die Vertreter einer ideologischen Mutterkirche denen der Häresie ihre Zuneigung, – sie ihrerseits betonen, wie unzumutbar es für den gegnerischen Block wäre, diese Tatsache ernst zu nehmen. Der amerikanische Außenminister versichert der Welt allwöchentlich, wie unerschütterlich die USA an den Prinzipien ihres *Way of Life* festhalten, und relativiert fast jede grundsätzliche Erklärung kurz danach durch Erläuterungen im Konditionalstil. In den Volksdemokratien und der UdSSR ist seit Stalins Tode mehr als einmal „schwarz“ plötzlich als „weiß“ deklariert worden. Die Beispiele lassen sich beliebig vermehren: – Der Realismus regiert die Stunde:

Dynamik schwelt nur noch unterirdisch. An der Oberfläche scheint überall die Vernunft, die eine Kompromißbereitschaft dem Entweder-Oder vorzieht, alle Explosivstoffe sehr pfleglich zu behandeln. Es kann kaum ein Zweifel daran bestehen, daß das

zu einer — erfreulichen — Entspannung der — vor allem außenpolitischen — Gegensätze geführt hat.

Aber kann Europa, kann das Abendland auf die Dauer wirklich ohne ein neues Bewußtsein einer — gemeinsamen — eigenen Existenz, ohne Aufgabe, ohne missionarisches Pathos, kurz, ohne politischen Mythos, auskommen?

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges schien es für einige Zeit so, als ob sich an der Idee *Europa* neue Kräfte entzündeten. Die Realpolitik, deren Lösungswort überall, mißtrauisch, „Sicherheit“ ist, hat sie denaturiert. Die politische Philosophie, die dahinter stand (in „aufgeklärten“ Kreisen benutzt man diesen Ausdruck lieber als das Wort „politischer Mythos“!) war von vornherein dünn. Nur die katholische Reichsidee, von einem kleinen Kreis meist pro-habsburgischer Intellektueller in die Diskussion geworfen, war zumindestens im Ansatz so etwas ähnliches wie eine abendländische Konzeption, von der aus jenseits der alle Augenblicke wechselnden taktischen Manöver überhaupt eine geistige Standortbestimmung möglich erscheinen konnte. Auch sie erwies sich als nicht tragfähig.

Gegenmythos in Asien

Wofür aber steht „das Abendland“ eigentlich wirklich? Die Frage gewinnt ein ständig größer werdendes Gewicht vor allem auch deshalb (nicht nur deshalb:), weil sich im Osten ganz konkret ein neuer anti-westlicher Gegenmythos herausbildet.

Rußland, das im Grunde ja stets eurasisch war, d. h. zum Teil, in der führenden Schicht, zu Europa gehörte, ist heute mit der den Marxismus an erster Stelle einbeziehenden Ideenkrise in den Sog des europäischen „Realismus“ hineingezogen worden.

Der „Osten“ spricht heute bereits nicht mehr von Moskau aus, sondern aus Peiping und Neu-Delhi. Und von hier aus wirkt in Nehrus Position (bei aller tagespolitischen Geschicklichkeit, die der Führer Indiens entwickelt) ein echter politischer Mythos: man vertritt im *Ghandismus* eine bereits als geschichtsfähig erwiesene Sendung.

Aber auch das China Mao Tse-tungs knüpft in vielen Bereichen an die Jahrtausende alte Verheißung an, daß die Söhne des Himmels die Erde beherrschen werden. Wann und in welcher Form hier die russisch-westlich-marxistische Überfremdung der großen weltrevolutionären Aufbruchsbewegung der farbigen Völker abgeworfen wird und diese ein eigenes, gemeinsames Gesicht annimmt, weiß niemand.

Die Konferenz in Bandung, wohl das wichtigste weltpolitische Ereignis des Jahres, war die Visitenkarte, die Asien (plus Afrika) abgab, auch wenn die offiziellen Ergebnisse im Zwiespalt der Fraktionen, Interessen und „Realismen“ das nur ahnen lassen. Unter welchem Zeichen wird das Abendland ihr entgegentreten? Wird es einen zeitgemäßen eigenen politischen Mythos haben, für den zu kämpfen es sich lohnt?

Kühle oder heiße Köpfe?

Oberst Hermann Teske schildert die Kämpfe der 12. mecklenburgischen Infanteriedivision des II. A. K. im Westfeldzug. Er sucht in vornehmer Weise die Tradition dadurch zu wahren, daß er jedem Kapitel eine Ziffer der 1938 erschienenen Vorschrift „Truppenführung“ voransetzt, zu der sich

die Gefechtshandlungen der Truppe wie Experimentalbeweise für aufgestellte Gesetze verhalten. Das ist gut so, denn Tradition kommt nur so zustande, daß man am Geist und nicht an Uniform und an Äußerlichkeiten festhält.

Der Verfasser stellt kühl dar und läßt hinter den Gefechtshandlungen immer wieder

das durchschimmern, was während der Handlungen selbst kaum Gewicht zu haben scheint und was doch weit über sie hinauswirkt und das Schicksal bestimmt. Zwei Beispiele dafür seien angeführt:

„In diesen Kämpfen war ein Ereignis eingetreten, dessen Tragweite für die innere Haltung vor allem des älteren Offizierskorps gegenüber dem nationalsozialistischen Regime im allgemeinen als auch für diesen Feldzug im besonderen von großer Wirksamkeit war. Im Feldlazarett der Division in Lens starb der bei der 11. Inf.-Div. als Kompanieführer schwer verwundete ehemalige Thronfolger des Deutschen Reiches, Prinz Wilhelm von Preußen. Die Nachricht, die wie ein Lauffeuer die Truppe durcheilte, verstärkte deren Glauben an die politische Führung; der Soldat sagte sich, wenn schon der einstige Thronprätendent für das Reich stirbt, so muß dessen Kampf doch zu Recht erfolgen.“

Und das andere Beispiel, das am Schluß des Buches steht:

„Der unerwartet große Erfolg des Westfeldzuges hatte den deutschen Soldaten – Offizier, Unteroffizier und Mann – einen ungeheuren seelischen Auftrieb gegeben. Verstärkt durch unsachliche Propaganda (welche Propaganda vermag wohl sachlich zu bleiben?) hielt er sich für unüberwindlich – eine gefährliche Mentalität. Auf ihr gründete sich dann auch eine gewisse – führungs-mäßig nicht unwillkommene – Leichtfertigkeit gegenüber den schweren Problemen der Invasion Englands, deren Ernst nur von älteren Offizieren erkannt wurde. Noch schwerwiegender war aber folgendes: Vor dem Westfeldzug war die Truppe dauernd auf dessen große Schwierigkeiten hingewiesen worden. Es war ihr gesagt worden, daß der Blitzfeldzug gegen Polen nur zustande kam, weil dieser Kleinstaat gegenüber der Großmacht Deutschland nichts zu bestellen hatte. Eine Wiederholung sei nicht möglich. Nun aber waren in einem ähnlichen Blitzkrieg die Streitkräfte zweier Weltgroßmächte und zweier polenähnlicher Staaten im ersten Anlauf geschlagen worden. Geschickte Propaganda nutzte dies aus, verkündete, daß Adolf Hitler „der größte Feldherr aller Zeiten“ sei, – und der Landser glaubte es. Hier und nirgendwo anders ist der Umsprung zum bedingungslosen Gehorsam des deutschen Soldaten aller Dienstgrade im

Zweiten Weltkriege gegenüber seiner Führung durch Adolf Hitler zu suchen.“

Über den inneren deutschen Kampf sagt Teske: „Nach diesem geschichtlich einmaligen Vorgang, daß ein Diktator als nicht-militärischer Fachmann ohne vorherige Beratung mit seinen Oberbefehlshabern eine so schicksalhafte strategische Entscheidung allein fällte („Weisung Nr. 6 für die Kriegführung“ vom 9. Oktober 1939) entstand in der deutschen Generalität eine starke Opposition – innerlich zum Teil wegen der Befürchtung des Nichtgelingens des neuen Feldzuges, da alle Generäle als Teilnehmer des Ersten Weltkriegs noch die damalige militärische Kraft Frankreichs und Englands vor Augen hatten, zum Teil wegen der berechtigten Sorge einer Ausweitung des bisher nur europäischen Konfliktes zu einem Weltkrieg, in dem Deutschland nach ihrer Meinung unterliegen müßte. Auf Grund mangelnder Solidarität sowie der Machtlosigkeit gegenüber der politischen Führung ... resignierte die Generalität.“

Sie resignierte nicht ganz; sie glaubte nicht, und sie tat doch ihre Pflicht. Die Tragik liegt hier in dem Zusammenstoß zweier Arten des Denkens, die nicht zu vereinbaren sind. Das kühl wägende Denken der in preußischer Tradition erzogenen Generalität und das dämonische Aufflackern und Wiederzurücksinken Hitlers.

Das preußische militärische Denken wurde von Clausewitz (III. Kap. Der kriegserische Genius) ein für allemal festgelegt: „Wollen wir ... uns dann fragen, welche Art von Verstand dem kriegserischen Genius am nächsten angehört, so wird uns sowohl der Blick auf den Gegenstand als auf die Erfahrung sagen, daß es mehr die prüfenden als die schaffenden, mehr die umfassenden als die einseitig verfolgenden, mehr die kühlen als die heißen Köpfe sind, denen wir im Kriege das Heil unserer Brüder und Kinder, die Ehre und Sicherheit unseres Vaterlandes anvertrauen möchten.“

Die kühlen Köpfe widerstrebten dem heißen Kopf, der nicht sachlich denken konnte und der doch durch seine Art des Denkens die Massen mit sich riß, denn die Massen denken so wie er, nicht männlich logisch, sondern weiblich und irrational.

So paradox es klingen mag – alles, was hier Klarheit bringen will, wirkt paradox: Die vollkommene Gefangennahme der bri-

tischen Truppen auf dem Festland verhin-
derte nicht Göring, der mit seiner Luftwaffe
die Entscheidung bringen wollte, sondern
Hitler selbst. Vor England stellte sich schüt-
zend ein Engländer, von dem England nie
viel wissen wollte und der doch in Deutsch-
land eine gewaltige Rolle gespielt hatte:
Houston Stewart Chamberlain, dessen
Schatten es verhinderte, „daß ein germani-
scher Staat einem anderen den Garaus
mache“.

Es war so, als ob sich in jenen Stunden,
die wir alle nicht vergessen können, da wir
gebeten worden waren, am Rundfunk zu
bleiben und eine wichtige Nachricht zu hö-
ren, die ewig utopische, unsachliche, schwär-
merische Art der Deutschen furchtbar rächen
sollte. Man hatte gehofft, mit diesem Den-
ken, das den Engländern weltweit fern war,
sie zu gewinnen und zum Frieden geneigt
zu machen. Man hatte nicht geahnt, daß

man durch diese Vorschläge in solcher Zeit
die Engländer bis zum äußersten reizte.

Von all dem steht nichts in Teskes Buch,
aber es ist doch auf jeder Seite zu lesen, weil
in diesem Feldzug und in der Nichtauswer-
tung seines Sieges das Schicksal der Deut-
schen entschieden wurde. Es war keine Waf-
fenentscheidung, die uns zu Falle brachte,
es war das Denken, das in seiner Verstieg-
heit den andern fremd und unheimlich war.

Eine Frage drängt sich auf: wie wird sich
die große Kampfpause des Kalten Krieges
auswirken? Wie die sowjetische Propaganda,
die von der deutschen zwischen Polen- und
Westfeldzug so vieles übernommen hat?

Bruno Brehm

*Die Wehrmacht im Kampf, Band 6. Her-
mann Teske, Bewegungskrieg — Führungs-
probleme einer Infanterie-Division im
Westfeldzug 1940. Mit 8 Textskizzen und
7 Kartenskizzen im Anhang, 141 S., Hei-
delberg 1955, Kurt Vowinkel Verlag.*

RESSENTIMENT UND REALITÄT — POLNISCHE, RUSSISCHE, DEUTSCHE GESCHICHTE

Von C. A. Fyfe stammt das *bonmot*,
Polen habe im Grunde keine Geschichte, son-
dern nur — Nachbarn . . . Dieser Aussage
müßte man zweierlei hinzufügen. Einmal
die Feststellung, daß der bekannte tröstliche
Spruch von Chesterton hier bisher nicht
galt: „Wir wählen uns unsere Freunde, wir
machen uns unsere Feinde, Gott aber schuf
uns den Nachbarn.“ Und zweitens wäre ein
Hinweis darauf angebracht, daß das in Ver-
sailles geschaffene Polen seine Grenzen, ja:
seine Existenz, in erster Linie den — Fern-
sten verdankt. Das polnische Schrifttum hat
bisher den amerikanischen Einfluß bei der
Bildung des neuen Polen recht gering ge-
wertet. Ein Buch von Gerson holt hier arge
Versäumnisse nach: die Bedeutung Wilsons,
des Obersten House und des Amerikapolen-
tums wird gründlich und sehr objektiv her-
ausgearbeitet. Über die Strömungen inner-
halb des Amerikapolenentums unterrichten
einige vertrauliche Berichte, die John Dewey
Wilson zuleitete.

Louis L. Gerson: *Woodrow Wilson and
the Rebirth of Poland*. New Haven: Yale
University Press, 166 S.

*

Wir verdanken Znaniecki die beste Unter-
suchung über den polnischen Bauern in

Europa und Übersee, außerdem verschie-
dene soziologische Abhandlungen zum Pro-
blem des Nationalismus. Die hier anzuzei-
gende vergleichende Untersuchung berück-
sichtigt neben dem polnischen Material auch
deutsche, italienische, ukrainische, indische,
rumänische, französische, chinesische und an-
dere Nationalentwicklungen. Die starken
Anregungen, die diese weltumspannende
Studie vermittelt, erleichtern es uns, über
einige Fehler und Übertreibungen (z. B.
S. 122 über die deutsche Expansion) hinweg-
zusehen. Obwohl der Verfasser die deutsche
Sprache beherrscht, blieb die — allerdings
arg zersplitterte — deutsche Literatur zu die-
sem Thema praktisch unberücksichtigt. Ge-
nutzt wurde aber das Buch von Fr. Hertz
über die Nationalität in Geschichte und Poli-
tik — eine sehr wichtige Arbeit, die leider
bei uns fast unbekannt ist, obwohl Hertz
lange in Wien und Halle gewirkt hat und
jetzt mit dem Münchner Südost-Institut und
der Südosteuropa-Gesellschaft eng zusam-
menarbeitet.

Florian Znaniecki: *Modern Nationali-
ties*. University of Illinois Press, Urbana,
Ill., 196 S.

•

Bereits vor dem Ersten Weltkriege hat Friedrich Swart neben einer vorzüglichen Abhandlung zur friesischen Agrargeschichte einige wertvolle Arbeiten über deutsches und polnisches Genossenschaftswesen veröffentlicht. Das Alterswerk greift über den Bereich des Genossenschaftswesens weit hinaus und liefert wichtige Beiträge zur Geschichte der deutschen Volksgruppe Polens und zur Entwicklung des deutsch-polnischen Verhältnisses. Als Anlagen sind einige aus dem Posener Wojewodschaftsamt stammende Geheimverfügungen abgedruckt, die in eindrucksvoller Weise die Politik der Warschauer Regierung gegenüber den Minderheiten charakterisieren. Dies Material ergänzt die Aktenstücke aus anderen Wojewodschaftsämtern, die ich in einem Beitrag für die „Südostforschungen“ VII, S. 369 bis 439, ausgeschöpft habe. Wertvoll sind vor allem auch die Angaben über die Vorgänge im „Warthegau“. Bei einigen Mitteilungen zur Entwicklungsgeschichte der deutschen Volksgruppe in Polen sollte man das Buch von Richard Breyer (1955) vergleichen, weil Swart naturgemäß in erster Linie die Verhältnisse in Posen und Westpreußen-Pommerellen im Auge hat. Seine Beurteilung der Jungdeutschen Partei ist z. B. nicht ganz gerecht: ohne Zweifel genoß diese Gruppe, die ursprünglich eine Bielefelder Lokalpartei darstellte, zunächst keine besondere Förderung durch die NSDAP. Besonders wohltuend an diesem Buche ist die realistische, alte und neue Illusionen meidende Beurteilung der polnischen Politik und des deutsch-polnischen Verhältnisses.

Friedrich Swart: Diesseits und jenseits der Grenze. Das deutsche Genossenschaftswesen im Posener Land und das deutsch-polnische Verhältnis bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges. Leer (Ostfriesland): Rautenberg und Möckel, 231 S.

Es ist schade, daß sich E. Zaleski bei der Durcharbeitung des riesigen Materials von einigen politischen Ressentiments nicht freigemacht hat. Es geht ihm um die Aufhellung der Gründe, die zur krisenhaften Entwicklung des Donauraums geführt haben. Mit Recht geht er bereits im 2. Kapitel auf die bevölkerungspolitische Entwicklung ein, vernachlässigt dann jedoch im Verlauf der Darstellung die menschlichen Faktoren des

Wirtschaftsaufbaus stark. Bis zu einem gewissen Grade hängt die etwas einseitige Behandlung des Stoffs damit zusammen, daß die vorhandene Literatur nicht umfassend und nicht kritisch genug benutzt wurde. Nicht ausgewertet wurden z. B. die einschlägigen Arbeiten von R. Busch-Zantner, Ljubomir Dukanac, R. Ibbeken, R. Kann, St. M. Kukoleca, Henry Cord Meyer, Wilbert E. Moore, Sava D. Obradovic, Jozo Tomasevic, R. Trouton, N. Vucic, G. Wirsing und D. Yovanovitch, um nur einige Autoren, die sich zumeist mit den südslawischen Problemen befaßt haben, zu nennen. Die wirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands zu Südosteuropa sind im Hinblick auf ihre politisch-historische Bedeutung in der „*American Historical Review*“ Bd. 57 analysiert worden; das Ergebnis dieser Analyse (und einer ergänzenden Studie in den „Südostdeutschen Heimatblättern“ III) stimmt in keiner Weise mit Zaleskis Deutung, S. 503 ff. überein. Naumann als Alldeutscher, Reduzierung der deutschen Handelspolitik auf „alldeutsche“ Ideen und das Konzept der Großraumwirtschaft – das ist doch eine arg primitive Vereinfachung!

Eugène Zaleski: Les Courants Commerciaux de l'Europe Danubienne au cours de la première moitié du XXe siècle. Paris: Librairie Générale de Droit et de Jurisprudence, 564 S.

Der frühere Soziologe der Agramer Universität geht in einer vergleichenden Studie den verschiedenen Einflüssen nach, die die Ausformung des heutigen russischen Bolschewismus bewirkt haben. Während die historischen Teile weitgehend auf Anregungen von G. Vernadsky beruhen, ist die Gegenwartsanalyse das Ergebnis eingehender Studien, die vor allem der „Persönlichkeits“-Entwicklung, der Bedeutung der Ideologie und der Machtbildung Aufmerksamkeit widmen. Hier und da geht das Bemühen, turko-mongolische oder zaristische Traditionen festzustellen, zu weit; ohne Zweifel ergibt sich die Technik der Machteroberung 1917 z. B. in erster Linie aus der gegebenen historischen Situation. Unter der fast übergroßen Fülle moderner Rußland-Literatur hat diese anregende Schrift besondere Bedeutung.

Dinko Tomasic: The Impact of Russian Culture on Soviet Communism. Glencoe, Ill.: Free Press, 286 S.

Bei den deutschen Historikern, die (mit Ausnahme etwa von M. Braubach, Gerhard Ritter, Percy Schramm und Franz Valjavec) immer weniger dazu kommen, umfassende Werke zu veröffentlichen, scheint sich die Sitte einzubürgern, noch während der aktiven Hochschullehrerzeit Aufsatzsammlungen herauszubringen. Früher war das ein Vorrecht der Emeritierten – oder der Lieblingsschüler, die aus dem Nachlaß des verehrten Lehrers die besten Aufsätze sammeln. Kürzlich veröffentlichte der Göttinger Kirchenhistoriker Ernst Wolf unter dem Titel „Peregrinatio“ Studien zur reformatischen Theologie und zum Kirchenproblem, während sein Universitätskollege Wittram „Beiträge zur Geschichte des Nationalitätsprinzips, vornehmlich im 19. Jahrhundert“ als Aufsatzsammlung in Druck gab. Natürlich zieht sich bei solchen Sammlungen ein roter Faden durch die verschiedenen Beiträge, das ist jedoch nicht der entscheidende Punkt: allzu häufig sind die Sammlungen Abschlagszahlungen... Wir gestehen freimütig, daß diese Furcht die Lektüre der im einzelnen sehr wertvollen Sammlung Wittrams (und Wolfs) beeinträchtigt. Wittram erklärt im Vorwort ehrlich: „Keines der hier vereinigten Stücke ist mehr als ein Fragment.“ Diese Fragmente beziehen sich u. a. auf den Nationalismus als Forschungsaufgabe, die Wandlungen des Nationalitätsprinzips, Probleme des Zusammenhangs zwischen Kirche und ständischem Gefüge und Nationalismus, die russisch-nationalen Tendenzen der 80er Jahre und Carl Schirrens „Livländische Antwort“. Eingefügt ist auch ein Aufsatz „Das Reich als Vergangenheit“, der u. E. eine vorschnelle Deutung von politischen Strukturveränderungen bringt. Dürfen wir hoffen, daß der Verfasser uns eine abgewogene Darstellung jenes Zeitalters der „Nationalitätskämpfe“ schenken wird, die uns in den zukünftigen nationalen Auseinandersetzungen helfen kann?

Reinhard Wittram: *Das Nationale als europäisches Problem*. Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht, 244 S. H. J. Beyer

Napoleon, Görres und die deutsche Einheit

Sehr geehrte Herren!

Auf Seite 594 Ihres Oktoberheftes brachten Sie ein Zitat, dessen Quellenangabe den Eindruck erweckt, als handele es

sich um einen wirklichen Ausspruch Napoleons. Tatsächlich stammt es aber aus der Flugschrift von Joseph Görres, die den Titel: „Proklamation Napoleons an die Völker Europas vor seinem Abzug auf die Insel Elba“ trug. Da außerdem das Zitat nicht korrekt ist, gebe ich noch einmal den Text in der Ausgabe von Jürgen Schüddekopf, Hamburg 1946 (Verlag Hauswedell):

„Zwiespalt durfte ich nicht stiften unter ihnen, denn die Einigkeit war aus ihrer Mitte längst gewichen. Nur meine Netze durfte ich stellen, und sie liefen mir wie scheues Wild von selbst hinein... Untereinander haben sie sich erwürgt, und glaubten redlich ihre Pflicht zu tun. Leichtgläubiger ist kein Volk gewesen... Keine Lüge ist so grob ersonnen worden, der sie nicht in unbegreiflicher Albernheit Glauben beigemessen hätten. Nichts Schandbares für sie ist vorgegangen, dem sie nicht eine schöne Seite abgewonnen... Die törichte Mißgunst, womit sie sich untereinander angefeindet, hab ich zu meinem Gewinnste wohl gehegt. Immer haben sie mehr Erbitterung gegeneinander als gegen den wahren Feind gezeigt.“

Napoleon selbst schreibt in seinem *Mémoires de Las Cases*: „Die Einigung der Deutschen erfordert mehr Zeit. Ich bin überzeugt, daß, hätte mich der Himmel zu einem Fürsten Deutschlands gemacht, ich sie durch die zahlreichen Stürme unserer Tage sicher geleitet hätte. 30 Millionen geeinte Deutsche umstanden dann meinen Thron, und, wie ich sie kenne, so hätten sie mich, wenn ich einmal von ihnen gewählt und auf den Thron gesetzt worden wäre, niemals verlassen, und ich wäre nicht hier...“, womit er St. Helena meint.

Friedrich Wagner

Außenpolitik ohne Illusionen!

Sehr geehrte Herren!

Die in dieser Zeitschrift erschienenen Hinweise auf die Koexistenzpolitik (z. B. von Staatssekretär Kreisky im Novemberheft) veranlassen mich zu einer Warnung.

Es ist schlechthin tragisch, das außenpolitische Unvermögen der Deutschen zu sehen, das in der Gegenwart wie in der

Vergangenheit alle historischen Taten auf dem Schlachtfeld, alle bewundernswerten Leistungen in den Studierstuben und Fabriken immer wieder zunichte machte! Wer die Geschichte der beiden Weltkriege wirklich studiert, der erkennt als zwingenden Schluß, daß sie durch die Fehler der deutschen Außenpolitik verloren gingen, verloren gehen mußten — und wer die gegenwärtige Lage Deutschlands studiert, der erkennt mit Schrecken, daß die Deutschen (von der Spitze bis zum „Mann auf der Straße“) aus diesen tragischen Vorgängen nichts gelernt und nichts vergessen haben!

Es scheint, als ob der liebe Gott den Deutschen diese politische Unfähigkeit als notwendigen Ausgleich zu ihren kriegerischen Tugenden und ihren wirtschaftlich-technischen Fähigkeiten gegeben hätte, um zu verhindern, daß ihre Bäume in den Himmel wachsen.

Eines ist sicher: daß die gegenwärtige deutsche Außenpolitik alle Schwächen der wilhelminischen, der weimarischen, der hitlerischen Unfähigkeit, Engstirnigkeit, Blindheit und Unbeweglichkeit aufweist, so daß es ihr einfach unmöglich ist, die großen Chancen zu erkennen und auszunützen, die sich aus der weltpolitischen Lage für Deutschland (und Europa!) ergeben.

Der Hauptfehler bei allen außenpolitischen Betrachtungen ist das Aus-dem-Auge-Verlieren der großen Linien, wie sie nun einmal durch die Geschichte, durch die geopolitische Lage, durch die biologischen Faktoren der handelnden Völker (und Personen) gegeben sind. Die Deutschen neigen mehr als andere Völker dazu, in die Außenpolitik ideologische Gesichtspunkte hineinzugeheimnissen — hier einigermaßen verwandt mit dem amerikanischen Volk, das gerne mit moralischen Werten in der Außenpolitik operiert, die darin doch so wenig zu suchen haben!

Während aber die Führer der amerikanischen Politik dieser Eigenheit ihres Volkes zwar dadurch Rechnung tragen, daß sie in Worten ebenfalls die Moral in der Außenpolitik preisen, denken sie keinen Augenblick daran, auf diese Redensarten hereinzufallen, noch erwarten sie, daß andere Staatsmänner darauf

hereinfallen. Demgegenüber aber nehmen die deutschen Politiker ihre moralischen und ideologischen Gesichtspunkte blutig ernst und legen dadurch sich und der deutschen Außenpolitik Scheuklappen an, die sie an der Erkenntnis außenpolitischer Zusammenhänge und Entwicklungen hindern.

Wäre dies nicht der Fall, dann würde die deutsche Politik längst erkannt haben, daß die gegenwärtige Weltsituation, die angeblich die Genfer Morgenröte des ewigen Atomfriedens ist, nur ein durch bestimmte Überlegungen hervorgerufener Waffenstillstand ist, wobei die beiden Streitparteien einfach übereinkommen, die nach wie vor ungelösten Probleme zu übersehen — obwohl sie beide wissen, daß diese Probleme dadurch nicht weniger, sondern im Gegenteil mehr akut werden.

Der Grund für diesen Waffenstillstand ist einfach: Amerika steht im Zeichen der Präsidentschaftswahl — und in der Sowjetunion ist der Machtkampf um die Nachfolge Stalins noch immer nicht entschieden.

Wer die Außenpolitik Amerikas verstehen will, muß von der Grundtatsache ausgehen, daß in den USA die Außenpolitik — noch mehr als die Wirtschaftspolitik — ein Bestandteil der Innenpolitik ist. Diese Innenpolitik aber kennt nur ein Ziel: die Erringung der Staatsmacht in Washington. Man vergißt allzu leicht, daß heute mehr als je die amerikanische Regierung das größte Geschäft der Welt darstellt, dessen „Inhaber“ über die Verteilung von jährlich 60 Milliarden Dollar (also rund 250 Milliarden Mark!) verfügt. Der Kampf um den Schlüssel zu diesem Goldenen Brunnen, der Kampf um den Schlüssel zur Verteilung von einer Billion Mark (die Amtsdauer des amerikanischen Präsidenten beträgt bekanntlich vier Jahre) ist das A und O der gesamten amerikanischen Politik.

Die Außenpolitik spielt dabei nur die Rolle des wirkungsvollen Zutreibers von Wählermassen: wenn es psychologisch zweckmäßig ist, d. h. also in der Gefühlsrichtung der Wähler liegt, ist diese Außenpolitik pazifistisch oder chauvinistisch, pro-russisch oder anti-russisch, pro-englisch

oder anti-englisch usw. — aber immer nur bezogen auf die Stimmung des amerikanischen Wählers, nie bezogen auf die außenpolitischen Probleme als solche.

Die Stimmung des amerikanischen Wählers ist heute — genau wie 1952, als Eisenhower bekanntlich die Wahl gewann mit dem Versprechen der Liquidierung des Koreakrieges — eindeutig auf „peace and prosperity“ (Frieden und Wohlergehen) ausgerichtet — also müssen und werden Eisenhower, seine Partei und seine Hintermänner alles tun, um dieser psychologischen Einstellung des amerikanischen Wählers Rechnung zu tragen.

Mit anderen Worten: wenn und weil die Republikaner die Wahl im November 1956 gewinnen wollen, deshalb wird die Politik Washingtons bis zu diesem Zeitpunkt alles tun, um sich dem amerikanischen Wähler als Bringer und Hüter des Friedens vorzustellen. Man kann mit fast mathematischer Sicherheit sagen, daß die Politik Washingtons für die nächsten 1½ Jahre jede Verschärfung der Weltlage vermeiden wird und darüber hinaus bereit ist, hohe Stillhaltebeträge zu bezahlen, um dem amerikanischen Wähler den Anschein von Frieden zu geben und so die herrschende Regierung an der Macht (über die Verteilung von einer Billion Mark!) zu halten.

Durch eine seltsame Fügung des Schicksals liegt eine ähnliche (wenn auch natürlich in anderen Formen) Situation in der Sowjetunion vor. Dort ist das Machtvakuum, das durch den Tod Stalins entstand, noch immer nicht ausgefüllt. Die Hinrichtung von Beria, die Entmachtung Malenkos haben zwar sichtbar gemacht, daß schwere innere Kämpfe in der Sowjethierarchie bestehen, aber die gegenwärtig vorliegende Lösung einer „Kommissionsregierung“ ist geschichtlich und persönlich gleich unhaltbar, zumal in der Sowjetunion die Spannung zwischen Armee und Partei erschwerend dazukommt.

Der bekannte englische Informationsdienst Intelligence Digest hat in seinem Augustheft außerordentlich interessante Einzelheiten über den inneren Machtkampf in Moskau gegeben, wobei er sowohl in der Partei wie in der Armeeführung von einer „linken“ und einer „rechten“ Gruppe spricht, deren Gegen-

satz eine klare Linie der sowjetischen Außenpolitik verhindert. Intelligence Digest kommt zu dem Schluß, daß die linke oder radikale Gruppe siegen wird (nicht zuletzt, weil sie von China gestützt werde) und daß dann die Politik der Koexistenz zu Ende komme.

So sicher es also ist, daß für die nächsten 1½ Jahre der sogenannte Friede gesichert ist, so sicher ist es, daß selbst in dieser Zeit die offenen Wunden weiterschwären, über die man im Augenblick nicht spricht. Solche offenen Wunden sind vor allem: die von den gegnerischen Machtblöcken hervorgerufene Teilung Deutschlands, Koreas, Indochinas — wobei in jedem Fall jeder Machtblock der Teilung nur deshalb zustimmte, weil er im Augenblick nicht das ganze Land an sich reißen konnte! Kaum weniger gefährliche Wunden sind: Formosa, Palästina, wo die Feindseligkeiten zwar in gewissen Grenzen gehalten werden, aber jederzeit zur offenen Flamme angefacht werden können. — Betrachtet man schließlich die Spannungen zwischen Griechenland und der Türkei (wegen der Zypernfrage, die an sich explosiv genug ist!), die innere Auflösung in Siam und Burma, in Malaya und Singapur, die Schwierigkeiten in Zentral- und Südamerika, in Indonesien und Indien, sowie schließlich in Afrika, dann erkennt man, daß unter der Blumendecke von Genf die Weltlage so labil, so gefährlich, so unheilswanger ist, daß die Gefahr jeden Augenblick wieder in ein akutes Stadium treten kann — und treten wird, sobald die inneren Lähmungerscheinungen in Washington und Moskau überwunden sind. —

Unnötig zu sagen, daß sich aus dieser labilen Situation große und hoffnungsvolle Möglichkeiten für Deutschland (und Europa) ergeben — Möglichkeiten, die nur durch eine bewußte nationale Politik erkannt und ausgenützt werden können. Die Rettung Deutschlands (und Europas), seine Herauslösung aus den Fangarmen sowohl Moskaus wie der Wall Street, seine Erneuerung aus den Tiefen der eigenen Seele, der eigenen Vergangenheit, der eigenen Kraft ist heute Aufgabe und Möglichkeit der deutschen Politik!

Otto Strasser

Volksgruppen in sprachlichen Überschneidungsräumen

Sprachgrenze und Staatsgrenze

Nach der Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus dem östlichen Mitteleuropa konnte es scheinen, daß die Probleme, die man als „Minderheitenschutz“ oder „Rechte der Volksgruppen“ zu bezeichnen pflegte, an Bedeutung verloren hätten. Inzwischen zeigt sich immer deutlicher, daß die Auseinandersiedlung keine dauernde Lösung sein kann. Die Vertriebenen streben zurück, und die in ihrer östlichen Heimat Verbliebenen werden jetzt großenteils dort festgehalten. Umgekehrt leben in Deutschland fremde Volksgruppen, die weder in ihre Heimat zurückkehren noch assimiliert werden wollen. Wachsender Verkehr und wirtschaftliche Verflechtungen bewirken verstärkte Mischung der Völker. Ganze Gruppen siedeln geschlossen um und sind bestrebt, Sprache, Sitten und eigene Kirche im fremden Land zu bewahren¹).

Das Problem des Schutzes sprachlicher Minderheiten ist dadurch entstanden, daß der Nationalstaatsgedanke der Französischen Revolution von Völkern Mittel- und Osteuropas übernommen wurde, wo die verzahnten Sprachgrenzen nicht als Staatsgrenzen geeignet waren. Das ungelöste Problem der „Irredenta“ hat den Anlaß zu beiden Weltkriegen gegeben. Die Versuche des 19. Jahrhunderts, durch Plebiszit und Option eine gerechte Lösung zu finden, beruhten auf den Vorstellungen der Aufklärung, daß einerseits das Volk, d. h. die Mehrheit, seine Staatsordnung bestimmen, andererseits der Einzelmensch in seiner Freiheit geschützt werden solle. Hierbei werden die Minderheiten gezwungen, entweder ihre Heimat oder ihr Volkstum preiszugeben²).

Während von Frankreich her das Begriffspaar Nation und Individuum das politische Denken eroberte, kam in Deutschland durch Herder und die Romantik die Lehre vom Volkstum und Volksgeist auf. Die Völker sind verschiedenartige, von Gott in ihrer Besonderheit geschaffene Glieder der Menschheit. Während die Aufklärung die Völker im Wettstreit um eine einheitliche Menschheitskultur sah, lehrte Herder, die Völker in ihrer Verschiedenheit zu erkennen und das fremde Volkstum in seiner Eigenart zu achten³). Beide Weltbilder haben sich im 19. Jahrhundert verquickt. Bei den slawischen Völkern, in denen Herder das Bewußtsein ihres Eigenwertes geweckt hatte, verband sich damit das Bild des Nationalstaates und führte zu Emanzipationsbestrebungen⁴). Die Gebiete der Völkersymbiose, die bisher vielfach Kulturbrücken

¹) Vgl. „Soziale und wirtschaftliche Eingliederung von Ausländern“ in „Ausländische Sozialprobleme“ 4. Jahrg. 1955. S. 19 f. und die dort angezeigten, z. T. durch UNESCO veranlaßten Arbeiten (G. Wülker über fremde ethnische Gruppen in Deutschland, Girard-Stoetzel über Italiener und Polen in Frankreich, R. Clémens über Belgien; weitere Untersuchungen über Jugoslawien, USA, Mexiko, Brasilien, Indochina).

²) H. Wintgens, Der völkerrechtliche Schutz der nationalen, sprachlichen und religiösen Minderheiten, Stuttgart 1930, die damals beste Gesamtdarstellung mit umfassenden Literaturnachweisen, erwähnt S. 83 ff. als Vorläufer des späteren Optionsrechts die seit 1640 üblich werdende Zusicherung des Auswanderungsrechts bei Gebietsabtretungen.

³) In Frankreich wird der deutsche „Nationalismus“ gern auf Herder und die Romantik zurückgeführt; so R. Schmittlein, Romantische und politische Erziehung, Vortrag auf Konferenz in Waldleiningen 1949, veröffentlicht durch Hess. Minister für Erziehung und Volksbildung. — Über „Nationalismus“ vgl. R. Witt-röm, Der Nationalismus als Forschungsaufgabe, Hist. Ztschr. Bd. 174, 1952, S. 1–16 und die dort genannten Schriften von H. Kohn, G. Ritter und E. Lemberg.

⁴) Die Paulskirchenverfassung von 1849 hatte in Art. 188 „den nicht deutsch redenden Stämmen Deutschlands“ „ihre volkstümliche Entwicklung gewährleistet“. W. Schücking, Das Nationalitätenproblem, Dres-

gewesen waren, wurden zu Konfliktsherden. Der Mord von Sarajewo machte die Welt auf die friedengefährdende Wirkung von Volkstumsüberschneidungen aufmerksam. Die „Befreiung unterdrückter Völker“ wurde zum Kriegsziel der Alliierten. Der Gedanke des Plebiszits wurde zur allgemeinen Forderung des „Selbstbestimmungsrechts der Völker“. Da aber die staatlichen Grenzen in Osteuropa nicht einfach den Sprachgrenzen folgen konnten, mußte die Selbstbestimmung durch einen internationalen Schutz der Minderheiten ergänzt werden⁵⁾.

Das System des Genfer Völkerbundes

In den Friedensverträgen wurden jedoch die Grenzziehungsfragen in gemischt-sprachigen Gebieten überwiegend zu Lasten der Besiegten entschieden (Westpreußen, Posen, Sudetenland, Südtirol, Siebenbürgen). Die neuen östlichen Staaten wurden zu Minderheitenschutzmaßnahmen unter der Garantie des Völkerbundes verpflichtet⁶⁾. Begründet wurde dies damit, daß die neuen Staaten ohne freiheitlich-demokratische Tradition noch keine Gewähr für Wahrung der Menschenrechte böten⁷⁾. Seitens der Besiegten wurden die Gebietsverluste, wenn auch widerstrebend und unter Protest, doch überwiegend als Folge der Niederlage hingenommen. Die Gedanken des Selbstbestimmungsrechts und des Minderheitenschutzes wurden als Mittel zur Befriedung und Kriegsverhütung in weitesten Kreisen begrüßt⁸⁾. Man erhoffte vom Völkerbund eine schrittweise Verbesserung in jenen Punkten, in denen die Alliierten gegen ihre eigenen Grundsätze verstoßen hatten. Aber die Handhabung des Minderheitenschutzes zeigte bald, daß die Probleme nicht im Sinne einer Befriedung gelöst waren⁹⁾.

Daß die Minderheiten in den abgetretenen Gebieten ein Recht hätten, Sprache und Volkstum zu bewahren, schien zunächst auch von den Alliierten und im Völkerbund anerkannt zu werden. Aber es zeigte sich bald, daß in der Begründung dieses Rechts und in seiner Anwendung die Auffassungen weit auseinandergingen. Im Völkerbundsrat sollten im Interesse der Unparteilichkeit bei Minderheitenschutzfragen Angehörige der beteiligten und benachbarten Staaten nicht mitwirken¹⁰⁾. Um so stärker

den 1908, S. 62, nimmt diese Bestimmung für den Liberalismus in Anspruch und sieht in Bismarcks nationaler Politik das Weiterwirken des Absolutismus.

⁵⁾ Über die sehr verwickelte Vorgeschichte der Minderheitenschutzbestimmungen in den Friedensverträgen vgl. Wintgens, S. 108 ff. Auf deutscher Seite hatte Bethmann-Hollweg 1916 als ein Kriegsziel die „freie Entwicklung aller Nationen, der großen und der kleinen“ genannt. Vom Generalgouvernement Warschau wurde 1917 ein „Gesetz über Berücksichtigung von Schulbedürfnissen der Minderheiten“ erlassen, das bereits wichtige Grundsätze über obligatorische Minderheitsschulen enthielt. R. Laun regte auf der Berner Völkerbundskonferenz im März 1919 Beschlüsse an, die an die Friedenskonferenz weitergeleitet wurden. Von der deutschen Regierung und zahlreichen Volksgruppen wurden ähnliche Eingaben an die Friedenskonferenz gemacht. Seitens der Alliierten wurde am 1. 5. 1919 eine „Kommission für neue Staaten und für Minderheitenschutz“ gebildet. Hier herrschte noch die Vorstellung, daß eine Festlegung von Menschenrechten der Freiheit und Gleichberechtigung sowie Plebiszit und Option genügen. Der Gedanke besonderer Rechtseinrichtungen für Minderheitenschutz wurde erst durch Eingaben der jüdischen Delegation hineingebracht (Wintgens S. 116).

⁶⁾ So insbes. Vertrag der All. und Ass. Hauptmächte mit Polen v. 28. 6. 1919 (Wintgens S. 350) und deutsch-poln. Oberschlesien-Abkommen v. 15. 5. 1922 (RGBl. II S. 237 ff.).

⁷⁾ Vgl. Wintgens S. 122.

⁸⁾ Für die Beziehungen zwischen Minderheitenschutz und Kriegsverhütung vgl. die bei Wintgens S. 28 erwähnte Preisschrift von M. Riedener.

⁹⁾ Anstelle der bloß quantitativen Bezeichnung „Minderheiten“ wurde bei uns der Ausdruck „Deutsche Volksgruppen“ üblich. Die Eigenständigkeit des Volkes gegenüber dem Staat wurde betont. Vgl. M. H. Boehm, Das eigenständige Volk, 1932.

¹⁰⁾ Wintgens, S. 311 ff. und S. 322 ff.

traten als Unparteiische Vertreter außereuropäischer Staaten hervor, so der Brasilianer Mello Franco, mit dessen Namen sich die „Assimilationstheorie“ verbindet¹¹). Für die amerikanische Auffassung vom „Schmelztiegel“ erschien es selbstverständlich, daß die Minderheiten assimiliert wurden. Minderheitenschutz bedeutet dann humanes Verfahren bei diesem Prozeß. Je mehr Schwierigkeiten der Völkerbund bei alltäglichen Reibungen im Minderheiten-Schulwesen erlebte, um so mehr verstärkte sich die Auffassung, daß durch schleunige Assimilierung das leidige Problem möglichst bald aus der Welt geschafft werden müsse.

Charakteristisch für die dritten Ländern schwer verständlichen Reibungen war der Streit zwischen „objektiver“ und „subjektiver Nationalitätentheorie“, der praktisch wurde bei der Entscheidung der Eltern über die von ihren Kindern zu besuchende Schule. Im deutsch-polnischen Oberschlesienabkommen vom 15. 5. 1922 schien diese Frage klar im subjektiven Sinne geregelt zu sein: die Sprache eines Kindes bestimmt sich nach der nicht zu überprüfenden Erklärung der Eltern¹²). Die Polen sahen es aber als einen Mißbrauch an, wenn Eltern, deren Kinder tatsächlich Polnisch sprachen, sie trotzdem in die deutsche Schule schickten¹³). Diese Auffassung setzte sich im Urteil des Haager Gerichtshofs vom 26. 4. 1928 insoweit durch, daß die Erklärung der Eltern die tatsächliche Lage in bezug auf die Sprache des Kindes anzugeben habe, aber kein Recht einer freien Wahl der Schule darstelle. Ähnliche Grundsätze stellte der Völkerbundsrat auf¹⁴).

Wie verschiedenartig die Umstände liegen können, zeigt ein Vergleich mit den Verhältnissen in Schleswig. In Oberschlesien wurde die deutsche Forderung, daß auch polnischsprechende Eltern ihre Kinder in die deutsche Schule schicken dürften, damit begründet, daß es sich um „Wasserpolen“ handele, die jahrhundertlang in deutscher Kultur gelebt hätten und das Polnische nur als Haussprache neben der deutschen Schriftsprache benutzten. In Schleswig hingegen erwartete man, daß Menschen, die bis dahin objektiv deutsch gewesen waren, nicht unter dem Eindruck von Tagesereignissen zugunsten Dänemarks wirkten. Daß von deutscher Seite je nach Umständen bald die subjektive, bald die objektive Nationalitätentheorie benutzt wurde, hat dazu beigetragen, daß beim Völkerbund und in der Weltöffentlichkeit die Minderheitsklagen an Glaubwürdigkeit verloren und man der weiteren Beschäftigung damit überdrüssig wurde¹⁵). Eine die Minderheit befriedigende Lösung ist nur in seltenen Fällen gefunden worden, so in Estland durch die Kulturautonomie des Gesetzes vom 5. 2. 1925. Hier konnten sich die Minderheiten zu Selbstverwaltungskörpern zusammenschließen, Steuern erheben und mit eigenen Mitteln ihr Schulwesen und andere kulturelle Einrichtungen ausgestalten¹⁶).

Von sonstigen Streitfragen des Minderheitenschutzes seien kurz erwähnt: Bodenpolitik (Gleichheit bei Enteignung von Grundbesitz), Staatsangehörigkeitsfragen, Gebrauch der Muttersprache gegenüber Behörden, Anspruch auf Bescheid in der Muttersprache, Vereins- und Versammlungsrecht der Minderheiten, Rücksichtnahme

¹¹) Mello Francos Erklärung auf der Ratssitzung von 9. 12. 1925, bei Wintgens S. 35, Anm. 37 u. S. 200.

¹²) Wintgens, S. 366 f. und S. 380 ff.

¹³) Öffentliche Minderheitsschulen waren nach Art. 106 des Oberschlesien-Abkommens zu errichten, wenn es für mindestens 40 Kinder beantragt wurde (Wintgens S. 387).

¹⁴) Wintgens, S. 381 ff.

¹⁵) Über sonstige Gründe des Scheiterns des Minderheitenschutzes vgl. Wintgens S. 330 ff.

¹⁶) Wintgens, S. 285 f. und 448 f.

auf ihr nationales Empfinden¹⁷⁾. Große Schwierigkeiten bereitete die Sicherung des Rechts der Minderheiten, internationalen Schutz gegen ihren Staat zu suchen. Die Verfahren vor dem Haager Schiedsgerichtshof und dem Völkerbund zeigen die vergeblichen Versuche, die Minderheiten gegen Bedrückung und Schikanen anlässlich der Geltendmachung ihrer Rechte zu schützen¹⁸⁾.

Individualrecht und Staatsgewalt statt Volksrecht

Um das Jahr 1930 vollzieht sich, mitausgelöst durch die Weltwirtschaftskrise, in der ganzen Welt ein Wandel. Die an den Stichworten Demokratie und Völkerbund, Freiheit und Gleichberechtigung, Selbstbestimmungsrecht und Mehrheitsprinzip orientierten Hoffnungen sind in eine Krise geraten. Die Völker, die bei der Verteilung der Erde zu kurz oder zu spät gekommen zu sein glaubten, rüsteten sich, ihren Anteil mit Gewalt zu erringen. Die zum Minderheitenschutz verpflichteten Staaten antworteten mit Unterdrückung der fremden Gruppen.

Nach dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Deutschland wurden im Besatzungsregime und bei den Vereinten Nationen die Linien von 1919 wiederaufgenommen, aber jetzt viel eindeutiger, ohne Zugeständnisse an Gedanken aus dem deutschen Bereich. Die im Minderheitenschutz der zwanziger Jahre noch vorhandenen schwachen Ansätze einer Anerkennung des Rechtes auf Heimat sind jetzt völlig verschwunden¹⁹⁾. Nach den Erfahrungen mit dem bisherigen Minderheitenschutz erschien, in Verkennung der Ursachen des Scheiterns, die Radikallösung der Entmischung in den Symbiosegebieten, sogar in der einseitigen Form der Austreibung und nicht des Austausches, als letztes Mittel, um die Konfliktsherde aus der Welt zu schaffen. Im Westen empfand man eine solche Lösung wohl selbst als Verzweigungsschritt, aber doch gerechtfertigt durch die vorhergegangene Gewaltpolitik des Nationalsozialismus. Wie seinerzeit im Völkerbund der Minderheitenschutz zur Forderung humaner Assimilierung zusammenschmolz, so setzte Potsdam als einzige Bedingung, daß die Umsiedlung der Deutschen auf „geregelte und menschliche Weise“ vor sich gehen sollte²⁰⁾, eine Bedingung, an deren Unerfüllbarkeit schon damals kein Zweifel bestehen konnte.

Vergleichen wir die heutige Lage mit der nach dem Ersten Weltkrieg, so ergeben sich folgende Hauptunterschiede: 1. das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist schrittweise preisgegeben worden²¹⁾. In der Atlantik-Charta von 1941 wird noch gesagt, daß keine Gebietsveränderungen zulässig seien, „die nicht mit den frei erklärten Wünschen der Völker übereinstimmen“. In den Satzungen der Vereinten Nationen ist zwar die Selbstbestimmung der Völker noch erwähnt (Art. 1 u. 55); doch sind

¹⁷⁾ Auch hierzu bringt Wintgens reiches Material.

¹⁸⁾ Über Reformpläne zur Beseitigung dieser Mißstände vgl. Wintgens S. 445 ff., insbes. 451. Demgegenüber betrachteten die zum Minderheitenschutz verpflichteten Staaten (Polen usw.) jede Intervention als Verletzung ihrer Souveränität und betonten die Treupflicht der Minderheiten (vgl. Wintgens S. 459 unter e) und cc).

¹⁹⁾ Die deutsche Berufung auf diese Rechte erschien den Alliierten als Zeichen, daß das deutsche Volk sich mit seiner Niederlage nicht abfinden wollte. Es ist bislang zu wenig beachtet worden, daß der erst durch überwältigende Koalitionen errungene Sieg in beiden Weltkriegen auf die Besiegten nicht denselben Eindruck machen konnte, wie man es beim bisherigen Normaltypus des Krieges als einer die tatsächlichen Machtverhältnisse klärenden Machtprobe zwischen zwei Völkern gewohnt war.

²⁰⁾ Z. XIII des Potsdamer Abkommens vom 2. 8. 1945.

²¹⁾ Vgl. zum folgenden H. Bülck, Das Recht auf Heimat, Schriften der Grenzakademie Sankelmark 1954, S. 25—32, mit reicher Literatur.

keine Folgerungen für Gebietsabtretungen und Grenzfragen daraus gezogen. In der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte kommt der Begriff nicht vor²²). Die am 5. 2. 1952 beschlossene Aufnahme des Selbstbestimmungsrechts in die Erklärung der Menschenrechte erfolgte mit den Stimmen der Sowjetunion, ihrer Verbündeten und außereuropäischer Länder gegen die USA und die westeuropäischen Staaten²³). In der Potsdamer Konferenz ist der Grundsatz, daß Gebietsabtretungen nur mit Zustimmung der Bevölkerung stattfinden sollen, praktisch aufgegeben worden. Inzwischen haben die Erfahrungen mit den sich befreienden Kolonialvölkern in Asien die Möglichkeit sinnvoller Volksabstimmungen immer mehr in Frage gestellt. Aber auch in Europa erscheint es zweifelhaft, inwieweit einer Abstimmung unter dem Eindruck von Sieg und Niederlage eine Bedeutung beizumessen ist, die eine Entscheidung für die Dauer rechtfertigt. 2. Der Gedanke des Rechtes auf Heimat und auf Schutz der Minderheit gegenüber der fremdvölkischen Staatsgewalt erscheint in der Erklärung der Menschenrechte nur noch als Prinzip der Gleichberechtigung aller Menschen ohne Unterschied nach Sprache, Rasse usw. (Art. 1 u. 2); besonders sind genannt das Recht auf Freizügigkeit und Auswanderung (Art. 13), der Anspruch auf eine Staatsangehörigkeit (Art. 15), und die freie Entfaltung der Persönlichkeit (Art. 26 f.). Es handelt sich hier, wie früher in den Optionsklauseln, lediglich um den Schutz des Individuums; Volkstum als überpersönlicher Wert ist nicht berücksichtigt.

In den Friedensverträgen von 1946/47 mit Italien, Bulgarien, Ungarn, Rumänien und Finnland finden sich ebenfalls nur allgemeine Zusicherungen von Rechten des Individuums. Nur im italienisch-österreichischen Vertrag vom 5. 9. 1946 ist eine Autonomie für Südtirol vorgesehen²⁴).

Überschneidungsräume mit vielfältigen Rechtsformen

Andererseits sind seit 1945 zahlreiche neue Gesichtspunkte in die Debatte geworfen worden, ohne bisher spruchreif zu sein²⁵). Der Schweizer Dami hat ein „Unsichtbar-machen der Grenzen“ (*frontières invisibles*) angeregt²⁶). Bei einem Interview des westdeutschen Bundeskanzlers über die deutsch-polnischen Gebiete ist das Wort „Kondominium“ aufgetaucht, aber auf beiden Seiten überwiegend abgelehnt worden. Es ist von früher her mit schlechten Erfahrungen belastet. In der Völkerrechtswissenschaft gelten Kondominien als Verlegenheitslösungen, die nur zu neuen Konflikten führen²⁷). Heute gehen wir statt dessen wohl besser von der Vorstellung aus, daß zwei auf Zusammenleben angewiesene Volksgruppen nach Formen suchen, ihre gemeinsame Heimat im beiderseitigen Interesse gemeinsam zu verwalten. Wir sprechen dann besser von Überschneidungsräumen, wobei je nach den besonderen Verhält-

²²) Arch. d. Völkerrechts, 2. Bd., 1949, S. 213—217.

²³) Die Bedenken der Westmächte beziehen sich z. T. auf das Recht des freien Austritts von Teilen eines Verbandes. Der belgische Vertreter wies auf die Unklarheit des Begriffes „Volk“ und auf die Ver-wechslung von Volk und Mehrheit hin. Vgl. Bülck a. a. O. Anm. 87; Brügel im Europa-Archiv 1954, S. 6923 ff.

²⁴) Europa-Archiv III, 1948, S. 1649—1660; Arch. d. Völkerrechts III, 1952, S. 319—322, 333—352; P. Hermes, die Südtiroler Autonomie, 1952.

²⁵) Über die verschiedenen Ansichten bei den Heimatvertriebenen vgl. Bülck, a. a. O. S. 20 ff.; F. Spiegel-Schmidt, Wohin steuert die Vertriebenenbewegung? Junge Kirche, 15. Jahrg., 1954, S. 63—66.

²⁶) Suisse Contemporaine, Juli 1946, S. 640.

²⁷) Vgl. List-Fleischmann, Völkerrecht, Berlin 1925, S. 129. — Die bekanntesten Beispiele, der englisch-ägypt. Sudan, die internationale Zone von Tanger und die Neuen Hebriden, gehören in die Kolonialpolitik und bieten keine Möglichkeit des Vergleichs.

nissen mannigfache Rechtsformen möglich sind. Je nach Mischung und Bedeutung der Volksgruppen und ihrer wirtschaftlichen oder kulturellen Verbindung mit den Kernländern kann entweder ein Zusammenwirken auf dem Fuße der Gleichberechtigung stattfinden oder die allgemeine Verwaltung bei der einen Gruppe liegen, während die andere bestimmte Autonomierechte besitzt²⁸⁾.

Die psychologisch günstigsten Voraussetzungen für die Entwicklung neuer Rechtsformen im Zusammenleben verschiedensprachiger Volksgruppen bieten heute wohl in unserem Bereich die Verhältnisse in Schleswig²⁹⁾. Sollte es hier gelingen, durch Anerkennung des Gebiets zwischen Königsau und Eider seitens Deutschlands und Dänemarks als gemeinsamer Heimat von Deutschen und Dänen den Volkstumskampf zu überwinden, so könnte das als Vorbild für Überschneidungsräume mit weniger günstigen Voraussetzungen dienen.

Jedes Überschneidungsgebiet bedarf unparteiischer Vermittler und Schiedsrichter für solche Fälle, in denen die Beteiligten nicht selbst zur Einigung gelangen. Die primär anzustrebende Lösung, Schiedsgerichte aus gemeinsamen Vertrauensleuten beider Seiten zu bilden, ist nicht immer zu erreichen. Die Erfahrungen des Völkerbundes mit Danzig und dem Minderheitenschutz zeigen, wie schwer es ist, Unparteiische zu finden, die zugleich sachverständige Kenner der örtlichen Verhältnisse sind.

Die Frage neutraler Überwachung tauchte beim Saargebiet unter dem Stichwort „Europäisierung“ neu auf. In diesem Begriff, der nach Änderung der Verhältnisse in Osteuropa auch für die dortigen Überschneidungsräume in Frage käme³⁰⁾, steckt insofern ein richtiger Kern, als Überschneidungsräume ein Bedürfnis nach Einordnung in einen größeren Bereich haben, der ihnen nötigenfalls die unparteiischen Vermittler stellen kann. Aber der Begriff „Europäisierung“ hat ähnliche Nachteile wie früher das Völkerbundsmandat über Danzig: die Vorstellung, daß das betreffende Gebiet für das Heimatland verlorengeht.

Überschneidungsräume sollten so gestaltet sein, daß keiner der Beteiligten das Gefühl zu haben braucht, etwas einzubüßen. Nur muß man sich wieder an den Gedanken gewöhnen, daß die eigene Heimat zugleich Heimat für Menschen anderen Volkstums sein kann und gerade das Zusammenleben eine beiderseitige Bereicherung bedeutet. Im Geschichtsatlas finden wir an den Grenzen Deutschlands bis ins 19. Jahrhundert hinein solche Überschneidungen farbiger Linien, z. B. in Schleswig-Holstein mit der Macht der dänischen Krone. Trotz der später einsetzenden nationalen Spannungen sind hier die Früchte gegenseitiger Ergänzung bis heute lebendig geblieben. So müssen wir auch für die künftige Gestaltung der Rechtsverhältnisse in Überschneidungsräumen als Ziel im Auge behalten, daß die Angehörigen aller beteiligten Völker das Gefühl haben sollen, in ihrer Heimat zu leben und nicht einer fremden Gewalt unterworfen zu sein.

Solange die nationalstaatlichen Vorstellungen weiterwirken und in internationalen Spannungen verfestigt werden, will niemand den ersten Schritt zur Anerkennung und Neugestaltung von Überschneidungsräumen tun. Es liegt nahe, daß zunächst jedes Volk umstrittene Gebiete unter Berufung auf historische, wirtschaftliche und kultu-

²⁸⁾ Vgl. G. Post, *Hoheitliche Überschneidungsgebiete*, ungedruckte Dissertation, Marburg 1953; Herrfahrdt, *Raumpolitische Überschneidungen*, in „Die Zeit“ vom 5. 9. 1946.

²⁹⁾ Vgl. Lagemann, *Völkerrechtliche Überschneidungsgebiete*, untersucht an den Verhältnissen in Schleswig, Ungedr. Diss., Marburg 1955.

³⁰⁾ So Spiegel-Schmidt, a. a. O. S. 64 f.

relle Gründe für sich allein beansprucht und Rechte oder Interessen des Nachbarn nicht anerkennen will. Die Erfahrungen mit den künstlich geschaffenen Nationalstaaten in Mitteleuropa lehren uns aber, daß dieser Streit nicht weiterführt und daß die Menschen dieser Gebiete in Wahrheit durch ihre Geschichte auf ein Zusammenleben angewiesen sind.

Schiedsrichterlicher Ausgleich

Für die rechtliche Gestaltung von Überschneidungsgebieten gibt es kein Schema. Die Verhältnisse sind örtlich so verschieden, daß nur bei genauer Kenntnis der Besonderheiten die in jedem Gebiet geeignete Lösung gefunden werden kann. Die unparteiischen Vermittler und Schiedsrichter wird man nicht, wie es im Völkerbund geschehen ist, aus der Ferne holen dürfen. Sie müssen aus den Persönlichkeiten des Landes hervorgehen, die in ihrer Tätigkeit Gelegenheit gehabt haben, sich Vertrauen bei allen Gruppen zu erwerben.

Europa verdankt seine Eigenart, den Reichtum und die Vielgestaltigkeit seiner Kultur in Ständen, Stämmen und Völkern dem christlich-abendländischen Weltbild, daß alle Christen verschiedenartige Glieder des einen Leibes Christi seien. Im Sinne dieser Verbindung von Einheit und Mannigfaltigkeit ist es gut, daß jedes Volk einen gewissen Raum hat, in dem es seine Eigenart ungestört entfalten kann; darin liegt das Berechtigte des Nationalstaates. Aber man kann nicht den europäischen Raum restlos in Nationalstaaten aufteilen. Das Natürliche im Verkehr der Völker ist, daß zwischen den eindeutig geprägten Kernräumen weite Zonen des Zusammenlebens liegen, wo man gegenseitig Sprache und Sitten des anderen kennt, wo die Behörden mehrsprachig sind und Schulen für jede der Volksgruppen nach Lehrplänen und Prüfungsordnungen den Schulsystemen des Kernlandes angepaßt sind.

Seitdem an die Stelle von Vielgestaltigkeit, gegenseitiger Ergänzung und gerechtem Ausgleich die Vorstellungen der Gleichheit und des Herrschaftsanspruchs der Mehrheit getreten sind, ist Europa in unversöhnliche Gruppen gespalten worden und heute in Versuchung gekommen, auch in andere Erdteile durch Verpflanzung äußerer demokratischer Formen diese Spaltung hineinzutragen. Der durch überholte Privilegien kleiner Gruppen herausgeforderte und insofern zeitgeschichtlich gerechtfertigte Anspruch der Mehrheit, den Willen der Gemeinschaft auszudrücken, führt auch dann nicht zu gesunder Gemeinschaft, wenn er gemildert wird durch die Anerkennung einer unantastbaren Freiheitssphäre des Einzelnen. Verschiedenartige Menschengruppen müssen sich über ihr Mit- und Nebeneinanderleben einigen und für Streitfälle unparteiische Vermittler und Schiedsrichter anerkennen.

Wo sich, wie in der Schweiz, England, Amerika und Skandinavien, gesunde Gemeinschaftsordnungen auf Grund des Mehrheitsprinzips entwickelt haben, beruht das jeweils auf besonderen Bedingungen, die nicht verallgemeinert werden können. Diese Länder haben ihre politische Form in Zeiten gewonnen, in denen christliche Gemeinschaftsbindungen noch lebendig waren. Sittlich entleerte äußere Formen der Gleichberechtigung und des Anspruchs der Mehrheit bieten keine Grundlage für eine Gemeinschaftsordnung. Völkerrechtliche Verträge, Verfassungsgarantien und Gesetze genügen nicht, um Ungerechtigkeit und Mißbrauch zu verhüten. Diese äußeren Mittel der Ordnung müssen danach beurteilt werden, inwieweit sie geeignet sind, sittliche

Bindungen wach zu halten und zu pflegen. Daran hat es bei den meisten rational konstruierten Rechtsinstituten des letzten Jahrhunderts gefehlt.

Wie die Erfahrungen mit dem Minderheitenschutz der zwanziger Jahre zeigen, waren die sorgfältig durchdachten Rechtsnormen und die mit bestem Willen geschaffenen Einrichtungen des Völkerbundes nicht imstande, befriedigende Formen des Zusammenlebens zu ermöglichen, weil in den Völkern Ostmitteleuropas die ihnen aufgepfropfte Form des demokratischen Nationalstaates dazu verführte, die Herrschaft des Mehrheitswillens auf alle gemischtsprachigen Gebiete auszudehnen. Über dem Bestreben, Menschen gleicher Sprache und Art in einem Staatswesen zu vereinigen, um ihnen eine demokratische Staatsordnung zu ermöglichen, war vergessen worden, daß alle natürlichen Gemeinschaften nicht auf der Verbindung von Gleichem, sondern auf der gegenseitigen Ergänzung von Verschiedenartigem beruhen.

Die Neugestaltung des Zusammenlebens verschiedensprachiger Menschen ist nur eines der vielen Probleme, die zwischen den Völkern zu lösen sind, aber heute wohl das psychologisch schwierigste. Das Abbauen von Zoll- und Verkehrsschranken wird eher mit rationalen Mitteln möglich sein, wenn es nicht durch seelische Spannungen erschwert wird. So wird die Verwirklichung des Zieles, „die Grenzen unsichtbar zu machen“, zugleich von der Neugestaltung der rechtlichen Beziehungen im Völkerverkehr wie von Wandlungen in den menschlichen Beziehungen bedingt sein³¹⁾.

³¹⁾ Zur Gefahr der Störung von Symbioseräumen durch das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ und zur positiven Bedeutung der Symbiose als Bindeglied vgl. auch Carr, *Conditions of Peace*, 2. A. 1944, S. 39 ff.; H. Rothfels in *Review of Politics* 1946, S. 37 ff., 57 ff., 64 f. und in *Hist. Ztschr.* Bd. 174, 1952, S. 357 f. (Integration nicht durch Uniformierung, sondern durch Partnerschaft).

GEOPOLITIK IN SÜDAMERIKANISCHER SCHAU

Unter dem Titel „Südamerika und die Geopolitik“ schreibt Justo P. Briano in der illustrierten Donnerstagbeilage der großen Morgenzeitung *Democracia* in Buenos Aires am 1. 9. 1955:

„Der Entwicklungsprozeß auf dem Gebiet der Auswirkung und Ausstrahlung der modernen Geographie hat nicht aufgehört. Im Gegenteil, kürzlich hat sie in außergewöhnlichem Maße ihre Verbindung zur Organisation, Entwicklungsrichtung und Führung der Staaten erweitert. Gerade für ihre jüngste Auslegung — das ist unsere feste Überzeugung — bietet Südamerika das neueste klassische Beispiel einer Geopolitik, die mit ihren Bewertungen und Erkenntnissen bereits die großen Massen des Erdteils erreicht. Die Verkleinerung der Erde in Zeit und Raum, welche die unerhörte Entwicklung der Transport- und Verkehrstechnik hervorgebracht hat, der überraschende Fortschritt der Wissenschaften und der zeitgenössischen Technik, die dem Menschen gewaltige Mittel zur Verfügung stellen, um

auf die Natur zu wirken und seine Ziele schneller und wirksamer zu erreichen, die Entwicklung zur Gerechtigkeit, die sich im Geist der Menschen und Völker durchsetzen möchte, das sind die neuen Faktoren, die zusammenwirkend auf die Gesamtheit Südamerikas seit den frühesten Zeiten diesen wahrhaft außergewöhnlichen geopolitischen Fall hervorgebracht haben mit Hilfe hervorragender Führerpersönlichkeiten, die nacheinander erschienen.

Betrachten wir die Geschichte der Erdkunde in ihren Grundbegriffen, so war der wahre Begründer der Geopolitik Friedrich Ratzel, der nach der Veröffentlichung seiner berühmten ‚*Anthropogeographie*‘ am Ende des vorigen Jahrhunderts dann im Jahre 1903 seine nicht weniger berühmte ‚*Politische Geographie*‘ mit dem suggestiven Untertitel ‚*Geographie der Staaten, des Verkehrs und des Krieges*‘ herausbrachte. Sehr fern waren seinem Geist und seinen Gedanken jene späteren Entwicklungen seiner Analysen, die zu Entstellungen und einseitigen

Bewertungen führten und einer einseitigen, unvollständigen und nationalistischen Geopolitik Raum gaben, die leicht zum Ziel von antiimperialistischen Verurteilungen wurde. Die Arbeiten von Ratzel waren in Wirklichkeit der Höhepunkt der zahlreichen geographisch orientierten Geschichtsschreiber und Philosophen, die sich von so interessanten Horizonten angezogen fühlten und gewillt waren, die Länder als geschichtliche Bühnen bei der Erklärung für Schicksal und Schicksalswendungen der Staaten zu betrachten und so das große Problem der Geschichtsphilosophie anzupacken.

Die modernste Auffassung vom Staate findet sich bei dem Schweden Rudolf Kjellén, der darunter einen lebenden Organismus versteht, der mittels Erdkunde und Bevölkerungskunde der politischen Wissenschaft als reales Objekt dient. In der Tat sind die Probleme der Regierungskunst und -wissenschaft reine Theorie, wenn sie nicht darauf angewandt werden, die drängenden Probleme eines Territoriums und der auf ihm wohnenden Bevölkerung zu lösen, welche nämlich die physische und moralische Grundlage schaffen und in dieser Reihenfolge studiert werden müssen, wie Aristoteles sagt. 1916 bezeichnete Kjellén die Geopolitik als den ‚Einfluß der erdkundlichen Faktoren im weitesten Umfang und Begriff des Wortes auf das politische Leben der Völker und Staaten‘. In der Gegenwart und seit Karl Haushofer hat ihr Wirkungsfeld auch den rassischen Faktor, die Wanderungen der Menschen, die sozialen Ordnungen, nicht zu vergessen die kulturelle Entwicklung einbezogen, die von ihren völkischen Ursprüngen bis zu den natürlichen Faktoren, die sie beeinflussen können, in Betracht gezogen werden müssen. Es ist ein großer Schaden, daß Haushofer, der die ungewöhnlichen Pläne Hitlers über die Eroberung des von Mackinder begrifflich gefaßten Herzlandes inspiriert hat, seine wahrhaft genialen geopolitischen Erkenntnisse verwandte, um die besonderen Probleme Deutschlands zu lösen, das heißt in einem einseitigen, unvollständigen und nationalistischen Sinne, wie wir schon oben gesagt haben, ohne einen mehr den ganzen Erdball umfassenden Blickwinkel der Geo-

graphie zu wählen – in einer Welt, die das Flugzeug immer mehr verkleinert hat, je mehr auch die besten Verbindungen auf dem Meer und Land von den Luftverbindungen übertroffen werden.

Aber noch mehr – die Irrtümer haben sich wiederholt trotz der Lehren der Vergangenheit. So hat man seit einiger Zeit die Versuche zu einer ‚Amerikanischen Geopolitik‘ auftreten sehen mit genau den gleichen Mängeln, die man der deutschen Schule vorwarf. Es wird Zeit, daß die Geopolitik aufhört, für den Imperialismus oder irgendein anderes Unheil repräsentativ zu sein, und vielmehr die Bezeichnung einer neuen Wissenschaft wird, die uns hilft, politische Ereignisse zu interpretieren, um Linien zu finden, die man benutzen kann, damit die Völker ihr Glück finden und zum Glück der anderen beitragen, soweit es in ihrer Macht steht statt Gegensätze, Antagonismen und Eisersüchteleien noch zu vertiefen, die so wieso noch nicht verschwunden sind.

Wir glauben, daß Südamerika das außergewöhnliche, ja einzige Beispiel in der Welt bietet für eine glückliche Verbindung von Mensch und Umwelt, um vielleicht einmal in das große Geschick einzugreifen. Gerade hier sind die homogenste Rassenverbindung zusammen mit der erdkundlichen Umwelt und unberechenbaren wirtschaftlichen Reserven bestimmende Kräfte, um ein Gegengewicht zu schaffen gegen eine jahrhundertalte Politik des Ringens um die Weltmacht, über deren Scheitern es Grund genug gibt, nachzudenken und um zugleich die Probleme und das Schicksal der Welt zu lösen. Sehr fern davon, ein einfaches Ausstrahlungsgebiet Nordamerikas zu sein – wie sich eine einschlägige Londoner Veröffentlichung ausdrückte –, ist Südamerika ein großer Wert für die Zukunft, ist es seiner Zeit voraus mit Beispielen der Verständigung unter den Völkern, wie Argentiniens mit seinen Nachbarländern, die eine heute noch unwägbare Anziehungskraft besitzen.

Das Vernünftige ist, Südamerika aufzufassen als einen mächtigen und notwendigen Bestandteil der amerikanischen Gemeinsamkeit, als ein unzerstörbares moralisches und materielles Ganzes im Dienste der Menschheit ...“

P.

Reise ins brasilianische Interior

Schiffsreise ohne Seekrankheit

Seit dem 1. Juni schwimmen wir auf dem São Francisco, dessen Namen auch unser Schiff trägt. Der Kapitän heißt Joaquim und sagte gleich bei der Begrüßung, wir sollten ihn mit Du anreden, denn die 200 Personen (Kinder nicht eingerechnet) an Bord seien doch eine große Familie.

Eine Schiffsreise ohne Seekrankheit ist wirklich herrlich. Die Sonne strahlt, von den Ufern grüßt der Tropenwald. Die 200 Passagiere sind unbändig fröhlich, eines der entzückenden Babys habe ich dauernd im Arm.

Vor über 100 Jahren soll ein deutscher Ingenieur namens Ferdinand Halfeld auf Befehl von Kaiser Pedro den Fluß erforscht und eine im großen und ganzen stimmende Karte gezeichnet haben. Die meisten seiner Mitarbeiter kamen damals um, wir aber machen heute eine Ferienreise.

Freilich ist noch immer eine eiserne Gesundheit nötig. Als wir aus dem gebirgigen Diamantina ins Tal kamen (die Brasilianer sind sehr genau mit den Höhenangaben und verzeichneten am Bahnhof: „1261,514 m über dem Meeresspiegel“) nach einer herrlichen Fahrt durch die Serra da Tocaia, bekamen wir Kopfweh und Fieber. Ich lag mit Schüttelfrost im Bett. Das übelriechende Moskitotoöl klebt von Kopf bis Fuß am Körper, die tropische Hitze ist in der Kabine fast noch größer als draußen, und es gibt nichts für unsere Begriffe Eßbares. Auf dem Deck des Beiboots hängt an einem Balken das blutige Fleisch zum Trocknen, ein grausiger Anblick, besonders wenn hungrige Aasgeier darüber kreisen. Auch ohne Schüttelfrost wäre mir der Appetit vergangen.

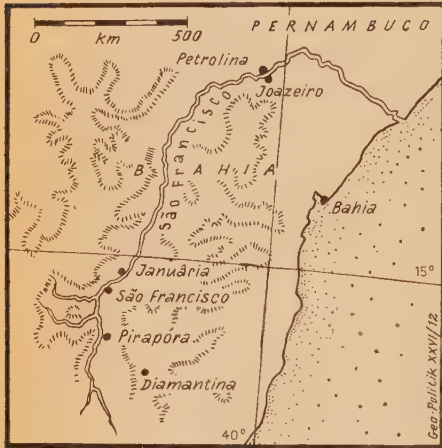
Meine Nachbarin, eine dünne Mulattin, die dicke Zigarren rauchte, hing mir ihren Rosenkranz und eine Kette aus Jacaré-Zähnen um, wie sie die Indianer tragen, und erzählte stundenlang von ähnlichen Fieberfällen in ihrem Kaff, die regelmäßig tödlich verliefen. Ihr Rosenkranz hatte übrigens Lücken, denn seine Perlen sind „Liebfrauen-tränen“ — ein Same, den man schluckt, wenn man beim Wasserlassen Schwierigkeiten hat. Sie ist in ihrer *Terra* eine geschätzte Heilerin und läßt alle Mittel vorher gewissenhaft weihen, indem sie sie beim Segen in der Messe hochhält.

Ihr Mann bot mir bei seinem Krankenbesuch eine Prise Schnupftabak an, die er unter der aufgeschraubten Kappe seines Spazierstocks aufbewahrte. Trotz dieser Behandlung ging es mir immer jämmerlicher, bis der Kapitän persönlich eine Pferdekur verordnete: Erst Spritzen, dann früh um 5 Uhr eine kalte Dusche. Als ich zur Dusche wankte, verwünschte ich Kapitän, São Francisco und den Entschluß zu dieser Reise. Aber ich wurde gesund und konnte schon am nächsten Morgen im Fluß schwimmen, als wir wieder einmal auf Grund gelaufen waren.

Urwald unter unbarmherziger Sonne

Das Steckenbleiben ist überhaupt der Hauptspaß an der Reise. Gleich am Anfang, etwa eine Stunde hinter Pirapora, geschah es zum erstenmal. Der Kapitän erklärte

mir nebenbei, wir saßen auf einer Sandbank, und fuhr seelenruhig fort, mir die Fotos seiner Kinder zu zeigen. Als ich ihm erzählte, daß in derartigen Fällen europäische Kapitäne auf die Kommandobrücke laufen und sich die Haare raufen, lachte er herzlich und meinte, dann hätte er längst schon keine Haare mehr.



Täglich bleiben wir einige Male stecken. Wenn es so weit ist, hupsen zunächst alle Matrosen ins Wasser und versuchen unter großem Gelächter, das Schiff mit langen Stangen wieder flott zu machen. Meist hilft das nichts. Dann schickt der Steuermann ein Boot mit dem Anker an Land. Ehe sich die Matrosen mit dem Buschmesser durch das Dickicht schlagen, hat man Zeit zum Schwimmen, doch muß zunächst der Kapitän gefragt werden, ob es an dieser Stelle keine Krokodile, Jacarés, Stachelrochen, Mandis usw. gibt. Er fährt die Strecke seit 1927.

Die Kessel werden mit Holz geheizt. Wir „tanken“ oder „kohlen“, indem die Matrosen wieder an Land springen

und mit viel Gelächter, Geschubse und Gesang neues Holz an Bord tragen.

Manchmal reicht die Zeit zu einem kleinen Ritt an Land. Ich bin jedesmal ganz erschüttert. Die armseligen Behausungen sind mit Palmblättern gedeckt, einige Mandiokpflanzen stehen herum, manchmal einige Bananenstauden, das ist alles. Ein alter Benzinkanister dient als Sitz, ein Stein als Tisch. In jeder Hütte lag jemand mit Malaria oder einem anderen Fieber stöhnend in der Ecke. Über allem Elend brütet unbarmherzig die Sonne. Arbeiten ist hier einfach unmöglich, und man kann die Menschen nicht faul nennen.

Wir halten an 26 Dörfern an, Hafenanlagen gibt es nirgends. Die Ausladung der Passagiere vollzieht sich mit viel Hallo. Man springt vom Schiff ins Beiboot, muß die letzten paar Meter durchs Wasser waten. Wenn das wegen *Piranhas* usw. nicht möglich ist, schwingt man sich an einer Stange hinüber. Dann gibt es großen Jubel, so oft jemand ins Wasser plumpst.

Hier im Flachland fahren wir im tiefen Flußbett hart am Ufer. Oft schlagen die Zweige über die Reling, und wir können tief in das geheimnisvolle Grün schauen. Der Kapitän macht mich dann und wann auf ein Tier aufmerksam, ich sah einen wilden Truthahn und neulich einen Fuchs, der ein Schildkrötenei fraß, und natürlich dauernd Jacarés, eine kleinere Art von Krokodilen. Die herrlichen blauen Schmetterlinge sind so groß wie eine Menschenhand. Weißgelbe Schwalbenschwänze zeigen ihre tief gezackten Flügel. Obwohl es bei dieser Hitze kaum zu glauben ist, hat im Juni der Winter begonnen, so daß hin und wieder ein Laubbaum schon kahl ist. Ein Baum fiel uns durch seine hellen Blätter auf. Als wir aber näher kamen, flog das ganze Grün mit großem Geschrei in die Luft, — es waren *Periquitos*, hellgrüne Zwergpapa-

geien. Gestern hob sich vom grünen Ufer eine rosafarbene Wolke, wohl Flamingos, gefolgt von einer silberweißen, die vielleicht aus Reiheren bestand.

Gesundbeten und Penicillin

Heute haben wir die letzten Hammel geschlachtet, und das Beiboot mit seinem bunten Durcheinander wurde abgehängt. Das bedeutet ja wohl, daß diese herrliche Reise bald zu Ende geht. Die Passagiere kamen sich schnell näher. Da war Moises, ein bärtiger Mestize, der am ersten Tag mit blanken Sporen an seinen nackten Füßen erschien, und Chico, ein dicker Händler, den man trotz seiner Schlaueit reingelegt hat, — unter den gekauften Pferdehaaren mußte er eine Portion Ochsenhaare entdecken, — und Ifigenia mit einer typischen Indianer-Hakennase. Sie sitzt in stoischer Ruhe da, den Säugling an der Brust, die Pfeife im Mund. Meine Kabinennachbarn waren ein rührendes altes Negerehepaar. Sie hatten ihr Erste-Klasse-Bett ihren zwei Enkeln überlassen, in der Kabine zweiter Klasse schlief sie auf dem Boden und er in seiner Hängematte. Der kleinere Enkel, sechs Monate alt, wurde krank. In einem größeren Ort, wo wir hielten, wollten sie zu einem Gesundbeter — Quebranten —, aber ich habe sie überredet, mit mir zu einem Arzt zu gehen. Die drei Medikamente, die dieser verschrieb, halfen ein paar anderen Kranken, aber der Kleine wurde von Stunde zu Stunde matter. Dann riefen die Großeltern doch den Gesundbeter, — als er aber kam, war das Negerlein tot.

All diese Todesfälle wären durch etwas Hygiene zu vermeiden. Ich trinke nur das Wasser der Kokosnüsse und desinfiziere mein Besteck mit Zuckerrohrschnaps. Weil ich dauernd *Cachaça* verlange, hält man mich wahrscheinlich für eine Gewohnheits-säuferin. Meist glauben die Leute, daß meine Gesundheit von den Spritzen des Kapitäns kommt. Ohne sie läge ich wohl auch wirklich unter einer Palme am São Francisco begraben. Jetzt verlangen alle nach Penicillin. Es hilft auch immer.

Der Kapitän ist wohl durch seinen Beruf zu einer imponierenden Persönlichkeit geworden. Er braucht auch Autorität, um 200 halbwilde Passagiere und Matrosen im Zaum zu halten. Gestern ließ er jemand wegen einer Messerstecherei an Land setzen, und zwei liegen noch jetzt gefesselt im Laderaum. Was im Schiffstagebuch trocken und amtlich niedergeschrieben ist, liest sich wie ein Bericht aus der Entdeckerzeit. Das Schiff ist ja auch wie eine Karavelle von damals von der Außenwelt abgeschnitten. Es hat keine Funkanlage, nicht einmal ein Fernrohr oder ein Thermometer. Unterwasserkarten vom Fluß gibt es nicht, die Halfeldsche ist falsch. Es gibt auch keine Bojen, keine Leuchtfeuer, auf felsigem Grund würde das Schiff zerbrechen. Ein paar-mal lief eine schwere Erschütterung durch den Schiffsrumpf, zentimeterweise zogen wir uns an der Ankerkette aus der Klemme. Der Kapitän stand persönlich am Bug neben der Winde und dirigierte das Gewühl der Negerkörper im und über dem Wasser.

Aus den Subtropen sind wir nunmehr in die Tropen gekommen. Die Nüsse der Kokospalmen sind in ihrer dicken grünen Umhüllung riesengroß. Herrliche Fächerpalmen stehen am Ufer. Immer mehr Krokodile lassen sich sehen. Joaquim erklärt, in diesem Monat griffen sie Menschen nicht an, und ich habe auch selbst gemerkt, daß sie mehr Angst vor mir haben als ich vor ihnen.

Arme Leute, reiche Kirche

An Land gehe ich nur noch, wenn mein Obstvorrat zu Ende ist. Der Anblick des Elends macht mich ganz verzagt. Ich wünschte, ich hätte Medizin studiert, denn wie vielen Menschen könnte man hier das Leben retten. Ein Missionar, der den Aberglauben überwinden müßte, könnte unendlichen Segen stiften, oder ein Landwirt, der vernünftige Ratschläge für den Ackerbau zu geben hätte.

Jedes Jahr überschwemmt der Strom mit seinem fruchtbaren Schlamm ein größeres Gebiet als der Nil. Bei dem tropischen Klima müßten hier reiche Ernten wachsen. Trotzdem hungert alles.

Die Menschen sind aber nicht verbittert, sondern liebenswürdig und im Gegensatz zu den Gaunern der Großstädte grundehrlich. Ein Mann ruderte sich die Lunge aus dem Leib, um mir einige *Abacates* nachzubringen, die ich bezahlt, aber vergessen hatte einzustecken. Wenn ich das Doppelte von den lächerlich geringen Preisen zahlte (ein Dutzend Zitronen für 1 *Cruzeiro* = 5 Pfg.) rissen die Leute vor Dankbarkeit alles Eßbare von den Bäumen, auch wenn es noch nicht reif war. Zum Abschied sagten sie immer den hier üblichen Segenswunsch, der das wünscht, was man wirklich am nötigsten hat: „Gott gebe Dir Schatten und frisches Wasser“.

Joaquim meint, mein Mitleid sei überflüssig, denn die Leute fühlten sich in ihren Lumpen wohl. Der reiche Alte, der gerade eine große Ladung Baumwolle verschifft, wohnt ja auch in einer armseligen Bude. Sein einziger Hausrat sind ein paar Bambusmatten und hohle Kürbisse. Wieviel Geld die Leute wirklich haben, merkt man nach Joaquims Meinung an den Kirchenfesten. Das Fest von Bom Jesus bringt der Kirche jedesmal über eine Million *Cruzeiros* ein.

Viele Passagiere stiegen dort aus. Aber auch wer an der eigentlichen Wallfahrt nicht teilnahm, hatte mindestens das Gelübde abgelegt, zu Ehren von Bom Jesus eine Rakete abzufeuern. So gab es am Abend unserer Ankunft vor dem Kirchlein ein furchtbares Geknall und einen richtigen Feuerregen. Wenn die Nacht sekundenweise taghell erleuchtet war, sah man die Bettler, die sich um uns scharten: Schwarze Negergesichter mit weißem Haar, Blinde mit Bettlerschalen, Aussätzige mit heiseren Stimmen und ekelerregenden Wunden.

Am nächsten Morgen bei hellem Sonnenschein sah alles fröhlich aus. Vor der Grotte standen bunte Jahrmaktsbuden mit kitschigen Andenken wie bei unseren Wallfahrtsorten. In der Wundergrotte selbst hängen Arme, Beine, Köpfe, Krücken, Bruchbinden, Röntgenaufnahmen, Gipsverbände, – und damit man genau weiß, wo Bom Jesus die Krankheit ausgetrieben hat, sind die entsprechenden Stellen schreiend rot angemalt.

Dann hängen da einige hundert Fotos, zum Beispiel ein junger Mann in Uniform mit der Aufschrift: „Meinem Bom Jesus zum Dank, daß Du mich lebend aus Italien zurückgebracht hast“. Ein anderes Bild bot die Aufschrift: „Zum Dank, daß Du mich vor der Einberufung bewahrt hast“. Viele Rückenbilder hingen da, die einen riesigen Blutfleck über das ganze Hemd von der Schulter bis zum Gürtel zeigten, da hatte es eine Messerstecherei gegeben.

Zwischen den Fotografien, Gliedmaßen und Attesten hingen Schnapsflaschen und

Gläser von Leuten, die Bom Jesus von der Trunksucht geheilt hatte, — Kakaofrüchte von Farmern, die vor einer Mißernte bewahrt worden waren, — Fesseln von Tob-süchtigen, denen Bom Jesus den Teufel ausgetrieben hatte, — das Zaumzeug eines Pferdes, das durchgegangen war, aber am nächsten Tag freiwillig in den Stall zurückkehrte, — das Gebiß eines Hais, vor dem zwei Fischer bewahrt worden waren, — ein riesiger Nagel, den ein Kind verschluckt, aber selbst wieder zum Vorschein gebracht hatte. In einer Ecke hing ein Bündel Hüte. Ihre Träger hatten in einem Lastauto gegessen, es war ihnen nichts passiert, als sich das Auto viermal überschlug. Auch drei oder vier Särge standen da, schön in himmelblauer Farbe, von Leuten, die so krank waren, daß man schon den Sarg für sie gezimmert hatte, bevor sie Bom Jesus heilte. Darüber hing in Puppenstubengröße ein Gefängnis mit vergitterten Fenstern, das ein dankbarer Mann gestiftet hatte, der wegen Mordes zu dreißig Jahren Zuchthaus verurteilt, aber durch Bom Jesus schon nach vierzehn Tagen aus dem Gefängnis herausgeholt worden war. Am besten gefiel mir die Gabe einer Zigeunerin. Sie war auch auf wunderbare Weise aus dem Gefängnis befreit worden und scheint danach sehr erfolgreich weiter geklaut zu haben, denn zum Dank konnte sie Bom Jesus eine Kopie ihrer Fesseln in purem Silber stiften.

Trotz der Hitze muß man im Sommer reisen, denn im Winter ist der Fluß so wasserarm, daß nur ganz kleine Schiffe ohne menschenwürdige Unterkunft durchkommen können. Freilich braucht man Moskitööl. Wenn man eine Körperstelle ausläßt, quälen einen die Biester bis aufs Blut, so hatte ich am ersten Abend die Fußsohlen vergessen. Der Fluß ist jetzt im Herbst nicht mehr reißend. Man kann herrlich schwimmen. Kein Mensch zeigt sich am Ufer.

Eingeschlafene Stadt im Kakteenwald

Nun sind wir wieder daheim, und das Schaumgummikissen ist im Vergleich zu einer Hängematte wirklich ein Luxus. Die saftigen Bananen schmecken wundervoll, nach dem Mandiokamehl, das ich aus Verzweiflung kaute.

Solange wir am Oberlauf des São Francisco waren, kaufte ich mir täglich frisches Obst und frische Eier. Erst später lernte ich, weshalb die Leute ein Grausen vor dem *Interior* haben. Es schreckt sie mehr als Wüste oder Urwald. Je weiter wir nach Norden kamen, desto größer wurde die Hitze, desto schlimmer das Elend, desto primitiver der Mensch, wenn man das dort hausende Lebewesen überhaupt noch Mensch nennen kann. Ein Junge biß in eine Banane mit der Schale, ein Affe dagegen hätte die Frucht vorher säuberlich geschält. An einem Tag bekam ich nach langem Suchen nur zwei Eier, am nächsten Tag ein paar Zitronen, dann nichts mehr. Ich habe stark abgenommen.

Landschaftlich freilich wurde es immer schöner. Ich saß neben dem Steuermann, der das Schiff zwischen Felsen, Strudeln und Stromschnellen hindurchlavierte. Kurz vor Joazeiro gibt es Schleusen, um die Schiffe über die Stromschnellen zu bringen. Doch wir kamen nicht so weit, sondern begegneten einem Dampfer, dem einzigen auf der ganzen Fahrt. Die Schiffe fuhren dicht nebeneinander, die Passagiere hopsten hinüber und herüber, alles lag sich in den Armen und hatte viel zu erzählen. Da hör-

ten wir, daß die Flut eine Insel zwischen den Schleusen weggespült hatte. So mußte Joaquim uns in S. Ana do Sobrero (Pernambuco) an Land setzen. Das waren einige Negerbehausungen und eine Lehmhütte, die als Kirche diente. Die Neger hatten außer ihren grauenhaften Mandiokawurzeln nichts zu essen. So waren wir heilfroh, daß uns ein Lastwagen mitnahm.

Wir fuhren durch einen Wald 6 m hoher schwarz-grüner Kakteenbäume, zwischen denen, seltsam verkrümmt, blätter- und rindenlose Stämme standen. Papageien-schwärme mit blauen Flügeln und gelbem Gefieder flatterten auf, und über allem flimmerte ein unwirkliches Nachmittagslicht.

Manchmal mußten wir anhalten, um verlorenes Gepäck aufzulesen. Auf den Fasern der Ladung saßen wir aber herrlich weich. Wir träumten von der großen Stadt vor uns mit ihren gefüllten Lebensmittelläden. Joazeiro ist das Mekka aller Fischer am São Francisco. Es liegt auf dem rechten Ufer in Bahia und wird durch eine 800 m lange Brücke mit Petrolina auf der anderen Stromseite in Pernambuco verbunden. Dessen Kathedrale stellt eine Wiedergabe des Kölner Doms dar. Man sieht sie von weitem über die Dächer der niedrigen Häuser.

Wir haben sie nicht angesehen, weil wir nur ans Essen dachten. Kein Laden war offen. In Joazeiro war es dasselbe, das sogenannte Hotel war entsetzlich. Statt des erhofften Badezimmers gab es einen Kübel mit schmutzigem Wasser, und das Leitungswasser war noch schlimmer. Wir als Ehrengäste bekamen statt der sonst üblichen Kerzen eine stinkende Petroleumlampe. Die elektrische Birne an der Decke gab nur ein schwaches Fünkchen, weniger Licht als eine kleine Kerze. Joazeiro ist noch nicht an das Kraftwerk angeschlossen, das unter dem zweitgrößten Staudamm der Welt an den naheliegenden Paulo-Afonso-Fällen 180 000 kW erzeugen kann. Die Stadt war völlig eingeschlafen. In der Apotheke kaufte ich Tabletten, aber sie waren so schwarz vor Alter, daß ich sie wegwerfen mußte. Das Postamt hatte nur ein halbes Blatt Marken zu 2,70 *Cruzeiro*.

Luxushotel und Kakaopflanzung

Ein paar Stunden nach dieser Nacht, in der ich vor Hunger und Ungeziefer nicht schlafen konnte, saß ich im prächtigsten Hotel Südamerikas, nachdem wir nach Salvador geflogen waren. Exotische Pflanzen umrankten die Pfeiler, der Ober sprach sechs Sprachen, Eisstückchen klirrten in Weinkübeln, und bildschöne Bahianerinnen in prächtiger Tracht servierten uns Mokka.

Hinter dem unendlich weiten, einsamen Strand zieht sich herrlicher Palmenwald die ganze Küste entlang. Man kann immer im Schatten einer Kokospalme liegen, wenn nicht gerade reife Nüsse einem auf den Kopf zu fallen drohen. Für ein kleines Trinkgeld holt ein Negerjunge eine Nuß herunter. Er schlingt ein Seil um die Palme und den Körper, klettert hinauf und sucht die passende Nuß aus, je nachdem man sie süßer oder unreifer haben will. Dann schneidet er mit dem Buschmesser die Kappe ab, bis der Saft herausspritzt. Wenn man sie ausgetrunken hat, schlägt er sie in ihre beiden Hälften und splittert ein Stückchen Schale ab, das man als Löffel benutzt, um den weichen Nußcreme herauszuschaben.

Das Essen ist scharf gewürzt. Wer Saft der kleinen Pfefferfrüchte in die Augen bekommt, wird blind. Manche der Spezialitäten sind kaum verdaulich. Ich war einmal, nachdem ich eine probiert hatte, drei Tage lang satt.

Zum Beispiel werden da Kugeln aus Bohnenpüree geformt, dann kommen Langusten drauf, das Ganze wird in dunkelbraunem Palmöl gebraten. Es macht Spaß, den Bahianerinnen am Herd zuzuschauen. Sie haben leuchtende Augen, blitzendweiße Zähne im schwarzen Gesicht und schöne, lässige Bewegungen, dazu eine imponierende Leibesfülle, entweder von den vielen fetten Leckerbissen oder von ihrer Faulheit.

Die Stadt hat angeblich 365 Kirchen. Sicher sind sie die goldreichsten der Welt. Die Kirche São Francisco ist vom Fußboden bis in die höchsten Gewölbe überreich mit plastischen Blättern, Blumen, Früchten, Kinder- und Engelskörpern bedeckt, alles in schwerem purem Gold.

In Ilheus, dem Zentrum des Kakaohandels, das richtunggebend für die Preise der ganzen Welt ist, sahen wir uns eine *Fazenda* an. Schon vom Flugzeug konnten wir die großen Trockenschuppen erkennen, deren Dächer zurückgerollt waren, damit die Sonne an die Kakaobohnen kam. Von der Pflanzung sieht man aus der Luft nichts, denn der Kakaobaum, der weder Wind noch Sonne verträgt, muß im Schatten der Urwaldbäume wachsen. Wenn er guten Humusboden und große Hitze hat, trägt er das ganze Jahr hindurch und wird 100 Jahre alt.

Große gelbe Früchte, die direkt am Stamm sitzen, leuchten wie Lampions aus dem dunklen Grün. Die Arbeiter brechen die geernteten Früchte auf und nehmen die Bohnen heraus. Das Fruchtfleisch schmeckt sehr gut. Da unser Gastgeber keine moderne Anlage besaß, wurde auf den Früchten „getanzt“. Es erinnerte an die Weinbauern im portugiesischen Minho, die auch mit nackten Füßen auf den Trauben tanzen, um so den besten Portwein zu erhalten. Gesang und rhythmische Bewegungen sind ähnlich. Schon in Portugal gilt dieses Keltern als harte Arbeit, hier aber kommt dazu noch die Hitze und das klebrige Kakaoöl, das die Haut wund macht. Wenn der Schleim von den Bohnen abgesondert ist, werden sie in Behälter getan und gut zugedeckt, damit sie gären, bevor sie getrocknet werden. In der Luft roch es wie in einer Schokoladenfabrik.

BRASILIEN — LAND DES HUNGERS

Im Ausland, vielfach aber auch im Inland, ist man der Meinung, Brasilien sei ein Land des Überflusses und des unerschöpflichen Reichtums. Dies mag hinsichtlich gewisser industrieller Rohstoffe zutreffen, ist jedoch nicht der Fall in bezug auf die Ernährung. Brasilien besitzt sogar weite Gebiete, in denen der Hunger zu Hause ist und in denen viele Tausende von Menschen, wenn nicht am Hunger selbst, so doch an den Folgen der Unterernährung zugrunde gehen. Wer sich mit dieser überaus wichtigen Frage befassen will, dem empfehlen wir das Buch des auch im Ausland bekannten und angesehenen Professors Josué de Castro „*Geografia da Fome*“ in dritter Auflage zu Rio erschienen ist. Hier wird die Ernährungsfrage rein sachlich-wissenschaftlich behandelt und untersucht.

Josué de Castro teilt Brasilien in fünf geographische Zonen ein, in denen sich das Ernährungsproblem in einer jeweils anderen Art und Weise bemerkbar macht.

In der ersten der fünf Zonen, dem Amazonasbecken, einem ausgesprochen tropisch-feuchten Waldgebiet, wohnen weit zerstreut etwa zwei Millionen Menschen — meistens indianisch-weiße Mischlinge —, deren Grundnahrung das Mandiokamehl ist, zu dem etwas Bohnen und Reis sowie gelegentlich Fische und Krebse und zu gewissen Jahreszeiten Schildkrötenfleisch hinzukommen. Rindfleisch wie Fleisch überhaupt, Milch und Milcherzeugnisse, Eier, Gemüse und Früchte sind so gut wie unbekannt; selbst die Banane wird in diesem nur der Sage nach an Früchten reichen Gebiet recht wenig genossen. Tierische Fette sind unbekannt, nur das Fett oder Öl gewisser Palmenfrüchte wird verwandt. Die Volksnahrung im Amazonasbecken ist also reichlich armselig und einseitig; mengenmäßig ißt der Amazonasbewohner an einem Tage vielleicht so viel wie sonst ein Mensch zu einer einzigen Mahlzeit. Er begnügt sich täglich mit 1800 bis 2000 Kalorien, während nach den Berechnungen von Josué de Castro trotz des Tropenklimas 2400 Kalorien notwendig wären. Bei 2000 Kalorien wird nur der niedrigste Nahrungsbedarf gedeckt, so daß das Leben wohl erhalten werden kann, darüber hinaus aber eine nur geringe Arbeitsleistung



möglich ist. Das Müßiggängertum der dortigen Bevölkerung ist deshalb nach Castro als ein Mittel der Selbstverteidigung, des Überlebenwollens, zu verstehen.

Infolge des Mangels an Fleisch, Käse, Milch, Eiern, Gemüse und Früchten wird der Körperbedarf an Eiweiß, Mineralsalzen und Vitaminen nicht gedeckt. Der Mandiok und vor allem das aus ihm gewonnene Mehl ist an solchen Nährstoffen sehr arm, ärmer noch als der Mais. Die Folgen einer solchen Ernährung sind schlechte Zähne, Blutarmut, mangelhaftes Wachstum, Sehstörungen, Hautkrankheiten, Tuberkulose und manchmal auch Beriberi. Die Sterblichkeit, vor allem die Kindersterblichkeit, ist der quantitativ mangelhaften Nahrung entsprechend sehr hoch. In Manaus, der zentralen Hauptstadt des Amazonasbeckens, erreicht die Kindersterblichkeit die Höhe von 239 je 1000 Kinder. Während sich die Bevölkerung von ganz Brasilien in den letzten 50 Jahren um 192% und in den letzten 20 Jahren um 36% vermehrt hat, ist die des Amazonasbeckens so gut wie unverändert geblieben.

Castro zeigt auch eine Lösung für die hier auftretenden Probleme. Er stellt dabei zuerst die irrige Ansicht richtig, daß das Amazonasgebiet ein reiches Land sei. „Die Wahrheit ist“, sagt Castro ganz nüchtern,

„daß es sich hier nicht um sehr fruchtbare Böden handelt, ebensowenig aber um sterile Böden.“ 70% der Böden würden nach der Untersuchung eines Amerikaners irgendeine landwirtschaftliche Kultur gestatten. Gegenwärtig werden jedoch nur 140 000 Acres, d. h. 0,07 Acre je Kopf der Bewohner, für den Anbau von Nahrungsmitteln benutzt, während 1,8 Acres, also das 25fache, für eine normale Ernährung erforderlich wären. Um die ständige Unterernährung zu überwinden, müßte man den Anbau von Mais, Bohnen, Reis und Mandiok sowie die Haustierzucht und das Anpflanzen gewisser Gemüse- und Obstsorten fördern. Die klimatischen Verhältnisse und das mangelhafte Transportwesen erschweren allerdings außerordentlich die Aufbewahrung und Beförderung der Nahrungsmittel.

*

Die zweite Hungerzone des Landes besteht aus einem ursprünglichen Waldgebiet, das der Mensch im Laufe von vier Jahrhunderten in ein offenes Feld verwandelt hat, wodurch „das Leben seines Bodens, seiner Gewässer, seiner Pflanzen und selbst sein eigentliches Klima“ zu seinem Nachteil verändert wurde. In dem dichtbevölkerten, durchschnittlich 80 km, manchmal aber bis zu 300 km breiten Küstenstreifen, der sich von Maranhão bis nach Espírito Santo erstreckt, leben neben Weißen hauptsächlich Neger und Mulatten, die sich der Zucker- oder Kakaoerzeugung widmen. Der geldgierige Zuckerbaron der Kolonialzeit war gegenüber der ernährungsmäßigen Entwicklung ebenso blind, wie es heute der Zuckerrohr- und Kakaopflanzer ist. Axt und Feuer vernichteten rücksichtslos eine Urwaldlandschaft, so daß in der sogenannten „região da mata do Nordeste“ heute nur noch spärliche Waldinseln anzutreffen sind, die für das Klima und den Boden ohne Bedeutung sind. Das einzige Bestreben der weißen Pflanzerschicht bestand während der Kolonialzeit darin, immer mehr Zucker zu erzeugen, um immer reicher und mächtiger zu werden. „Die Kolonisatoren entdeckten schon früh, daß sich die Ländereien im Nordosten wunderbar für das Anpflanzen des Zuckerrohrs eigneten, und opferten alle anderen Möglichkeiten dem ausschließlichen Anbau dieser Pflanze.“

An und für sich wäre auf dem guten Boden dieses Küstenstreifens, der dunklen, fetten, lehmigen und dicken *Massapê*-Schicht,

der Anbau zahlreicher Feldfrüchte und Nahrungsmittel durchaus möglich gewesen. Infolge der rein kommerziellen Einstellung des portugiesischen Pflanzers wurde diese Möglichkeit jedoch nicht wahrgenommen, und daher ist der Anbau von Nahrungsmitteln in diesem Gebiete bis heute äußerst gering. Daß das Amazonastal ein Hungergebiet bildet, ist bis zu einem gewissen Grade verständlich, da das Klima, der Boden, der Menschenmangel und die Transportschwierigkeiten die Landwirtschaft erschweren.

Im Nordosten bestehen jedoch diese Gründe nicht. Sowohl der Boden als auch das Klima und die Absatzmöglichkeiten hätten den Anbau von Nahrungsmitteln löhrend gemacht. Aber schon in der Kolonialzeit mußten die meisten Nahrungsmittel für die Herrenschaft eingeführt werden. Der portugiesische Pflanzers wollte sich unter keinen Umständen von der Monokultur abbringen lassen, die ihm große, und sofortige wirtschaftliche Vorteile brachte. Dasselbe System der Monokultur wurde Ende des vorigen Jahrhunderts auch von den Kakao-pflanzern in Südbahia und — davon spricht allerdings Castro nicht — bis zu einem gewissen Grade auch von den Kaffeepflanzern weiter im Süden angewandt.

Die rücksichtslose Abholzung hatte die Auswaschung der Humusschicht, die Erosion, zur Folge. Und das ständige Wiederanpflanzen des Zuckerrohrs, die Monokultur, trug ebenfalls zur Verarmung des Bodens bei. Die durch Auswaschung und Monokultur zerstörte Humusschicht ist durch Kunstdünger nicht wiederherzustellen, ebenso wenig wie es möglich ist, die durch falsche Ernährung zerrüttete Gesundheit eines Menschen durch Vitamine und Nährsalze wiederherzustellen. Der Kunstdünger bedeutet für die Pflanzen nur einen Nahrungszusatz, eine Verbesserung und Stärkung ihres Nährbodens. Eine weitere Folge der Abholzung ist die „Intensivierung seiner progressiv fortschreitenden Ausdörrung“ (Castro). Schon heute ist im Nordosten überall eine künstliche Bewässerung notwendig, wenn man Zuckerrohr in lohnendem Maße anpflanzen will.

Wie hat sich die Zuckerrohr-Monokultur nun auf die Ernährung der breiten Masse ausgewirkt? Die ersten Kolonisten brachten eine wohl ausgeglichene Ernährungsweise mit ins Land, denn für die portugiesische

Volksnahrung war und ist die Reichhaltigkeit an Gemüsen und Früchten bezeichnend. Hier in dem Küstenstreifen mußte infolge der klimatischen Verhältnisse zuerst einmal die Ernährungsgrundlage gewechselt werden, denn an die Stelle des Weizens trat das an Eiweiß und Mineralsalzen arme Mandiokmehl. Das Anpflanzen aller anderen Nutzpflanzen als des Zuckerrohrs wurde schon bald unterdrückt und verboten, so daß der Mandiok in diesem gesegneten Landstrich zusammen mit den aus anderen Landesteilen eingeführten Bohnen und dem Trockenfleisch zur Ernährungsgrundlage wurde. Sonst werden nur noch Kaffee, Zucker und Zuckererzeugnisse und in gewissen Gegenden an Stelle des Dörrfleisches Rindfleisch und Speck genossen. Der Volksnahrung fehlt es vor allem an Gemüsen, Früchten, Frischfleisch, Milch und Milcherzeugnissen, Eiern usw. Alle diese oder andere Nahrungsmittel treten höchstens zufällig auf und werden in völlig unzureichender Menge genossen.

Eine statistische Untersuchung ergab, daß nur 19% der Familien in Recife Milch und 16% Früchte verbrauchen, und das in lächerlich kleinen Mengen (26 g Milch täglich je Kopf, als Gemüse vielleicht eine Tomate und ein paar verwelkte Salatblätter). 80% der Bevölkerung nehmen praktisch weder Milch noch Eier oder Gemüse zu sich. Die Volksnahrung besteht also qualitativ aus einem Überfluß an Kohlehydraten und einem Mangel an Nährsalzen und Vitaminen. Nur die Bevölkerung dicht am Meer findet durch das Essen von Fischen, Krebsen und Kokosöl in gewisser Hinsicht einen Ausgleich. Mengemäßig entfallen durchschnittlich auf den Erwachsenen anstatt der notwendigen 2640 Kalorien nur 1645, also noch weniger als im Amazonasbecken. Aus der mangelhaften Ernährung erklärt sich nach Josué de Castro weitgehend die ungenügende Arbeitsleistung dieser Bevölkerung, die infolge der Unterernährung rasch ermüden muß. Die Jugend wächst langsam und bleibt körperlich unter dem Durchschnitt zurück. 40% der Kinder sind ausgesprochen blutarm; die Zahnfäule ist erschreckend verbreitet und die Kindersterblichkeit erschütternd hoch. Von 1000 Kindern sterben in Aracajú 457, in Maceió 443, in Natal 352. Die meisten Kinder erkranken an Verdauungsstörungen. Unter den Erwachsenen geht die Schwind-

sucht um, befinden sich doch unter 100 000 Einwohnern etwa 350 Tuberkulöse bei einem Landesdurchschnitt von 250 und bei einem Durchschnitt von nur 47 in einer Großstadt wie New York. 50% der Bewohner sterben, bevor sie das 30. Lebensjahr erreichen, was nicht nur einen menschlich bedauerlichen Zustand darstellt, sondern auch volkswirtschaftlich einen großen Schaden bedeutet, weil die menschliche Arbeitskraft nur zu einem geringen Teil genutzt werden kann. Obwohl die Geburtenzahl sehr hoch ist, wächst die Bevölkerung in einem weit geringeren Maße als durchschnittlich im Lande, ja noch langsamer als im Amazonasgebiet.

Bei der dritten Hungerzone des Landes, dem sogenannten nordöstlichen Hinterland oder *Sertao*, dreht es sich um das bekannte Dürregebiet, das 67 000 qkm groß ist und von etwa 6 Millionen Menschen bewohnt wird. Hier tritt der Hunger nur zeitweise, epidemienhaft, auf, während sonst die Ernährung verhältnismäßig ausgeglichen und reichhaltig ist. Das Klima dieser Zone ist nicht wie in den beiden anderen Zonen tropisch-feucht, sondern tropisch-trocken und daher viel gesünder; tropische Krankheiten treten weniger auf als in den beiden anderen Landesteilen. Die Notzeiten werden durch den Mangel an Regen hervorgerufen, der Wassermangel verursacht und durch Dürren in einem schon an und für sich wasserarmen Gebiet das Leben von Pflanzen, Tieren und Menschen gefährdet.

Unter Berücksichtigung der Pflanzenwelt hauptsächlich unterscheidet man im „*sertao nordestino*“ drei Landstriche: 1. den „*sertao agreste*“ mit seinem steinigem Boden und einer spärlichen und verkümmerten Pflanzenwelt, der sich zwischen dem ehemals bewaldeten Küstenstreifen und dem 2. Landstrich, der sogenannten *caatinga*, befindet, und schließlich den *alto sertao*. Die *Caatinga* mit ihrem sandigen Boden ist das eigentliche Dürregebiet, in dem kaktéen-, ananasartige und andere dornige Pflanzen vorherrschen. Der *alto sertao*, der das Dürregebiet nach Osten abgrenzt, ist savannenartig und schon wieder von einer mannigfaltigeren und reicheren Vegetation, vor allem den Carnaúba-Palmen, bedeckt. Das ganze Dürregebiet ist strichweise von fruchtbaren Tälern durchzogen, in denen Landwirtschaft betrieben wird, und besitzt zu den

Regenzeiten saftige Viehweiden. Die Besiedlung des *Sertao* fand durch Abenteurer statt, die in ihn einströmten, um Gold und Edelsteine zu suchen und, als sie diese nicht fanden, sich enttäuscht der Viehzucht zuwandten. Die Bevölkerung besteht heute aus Mischlingen, an denen blutsmäßig die Afrikaner und Indianer größeren Anteil haben als die Weißen. Wirtschaftlich handelt es sich hier um ein ausgesprochenes Viehzuchtgebiet, das das Zuckerrohr anbauende Küstengebiet mit Schlachtvieh und Dörrfleisch versorgt. Neben Pferden, Maultieren, Rindern und Schafen sind die anspruchslosen Ziegen sehr zahlreich vertreten, besitzen doch Pernambuco und Bahia 50% des Ziegenbestandes des ganzen Landes.

Die Ernährungsgrundlage im nordöstlichen Hinterland bildet nicht der Mandiok, sondern der Mais. Der Mangel des Maises an Eiweiß und Vitaminen wird in normalen Zeiten durch eine recht reichhaltige und mannigfaltige Nahrung ausgeglichen. Der *Sertanejo* ist nämlich im allgemeinen ein Kleinlandwirt, der für den Eigenbedarf neben dem Mais zahlreiche andere Produkte wie Bohnen, Grünbohnen, Mandiok, Süßkartoffeln, Kürbisse, Zwiebeln, Inhame und Maxixe (eine Kürbisartige Pflanze) anbaut. Gemüse und Früchte sind hingegen auch hier selten. Wichtig ist aber, daß außer diesen Pflanzenerzeugnissen Fleisch, Milch, Butter und Käse wie sonst vielleicht nirgends im Lande einen wichtigen Bestandteil der Volksnahrung darstellen. Im Gegensatz zu den Gepflogenheiten im Küstenstreifen wird außerdem die Nahrung im Hinterland auch lange nicht so übertrieben gepfeffert und gewürzt (man vergleiche die berühmte Bahianer Küche!).

Die Nahrung des *Sertanejo* weist darum weder quantitativ noch qualitativ große Mängel auf; sie kann als die ausgeglichene und gesündeste des Landes bezeichnet werden. Es besteht auch kein Mangel an Kalk, nicht nur wegen des reichen Milchgenusses, sondern weil das Wasser kalkhaltig ist. Der Mensch des nordöstlichen *Sertao* ist darum meistens gesund, kräftig und widerstandsfähig. Die Zahnfäule tritt viel weniger als an der Küste auf; Blutarmut ist ebenfalls viel seltener. Da von den notwendigen 2685 Kalorien durchschnittlich 2600–2800 erreicht werden, ist der *Sertanejo* im allgemeinen unternehmungslustig, energisch und ständig

in Bewegung. Er unterscheidet sich in dieser Hinsicht angenehm von dem Bewohner des Amazonasbeckens und des Küstenstreifens.

Wenn die Dürren nicht wären, die das gesamte Wirtschaftsleben und damit die Volksernährung immer wieder erschüttern, könnte diese Zone hinsichtlich der Ernährung geradezu als glücklich bezeichnet werden. Alljährlich aber im Winter wird das Wasser knapp, und nicht selten kommt es zu den bekannten katastrophalen Dürren, die das ganze Gebiet oder auch nur Teile desselben erfassen können. Man hat vergeblich versucht, gewisse Regeln über die Wiederkehr der Dürren nachzuweisen und glaubt z. B., daß man alle 4 bis 5 Jahre mit einer teilweisen, alle 10 bis 11 Jahre mit einer allgemeinen und alle 50 Jahre mit einer katastrophalen Dürre (wie in den Jahren 1744, 1790, 1877, 1915 und 1932) rechnen muß.

Wenn diese Dürren eintreten, ist der *Sertanejo* gezwungen, seine Ernährung der Güte und der Menge nach zu verschlechtern, da er nicht gewohnt ist, Reserven zu bilden. Seine Nahrung beschränkt sich dann auf etwas Mais, Bohnen und Mandiokmehl, die er durch sogenannte „barbarische Nahrungsmittel“, d. h. durch wilde Wurzeln, Samen, Früchte und Pflanzenteile ergänzt oder im Notfall sogar ersetzt. Viele jener „barbarischen Nahrungsmittel“, die in normalen Zeiten überhaupt nicht angesehen werden, besitzen nur einen geringen Nährwert, wenn sie nicht sogar gesundheitsschädlich sind. So entsteht, sobald die körperlichen Reserven aus den normalen Zeiten aufgebraucht sind, im Dürregebiet eine furchtbare Unterernährung der Bevölkerung, die dann zu vielen Tausenden leicht allerlei Krankheiten zum Opfer fällt.

*

Das übrige Brasilien, das Josué de Castro in zwei Zonen einteilt, ist kein eigentliches Hungergebiet, wohl aber weitgehend ein Gebiet der Unterernährung, was ganz besonders von der vierten Zone, der sogenannten zentralwestlichen, gilt. Leider behandelt Josué de Castro die beiden letzten Zonen in seinem Werk recht stiefmütterlich.

Das grundlegende Nahrungsmittel der zentralwestlichen Zone, also von Minas, Goiás und Süd-Mato-Grosso ist ebenfalls der Mais; hinzu treten hier das vitaminarme und wenig zuträgliche Schweine-

schmalz und -fleisch, sodann Bohnen, Reis und auch Rindfleisch. Gemüse, vor allem jedoch Kohl, und auch Früchte werden in einem größeren Maße als in den anderen Zonen genossen; Milch und Milcherzeugnisse hingegen, die hier reichlich gewonnen werden, werden an die Molkereien abgeliefert und ausschließlich für die städtischen Märkte verarbeitet. Quantitativ, kalorienmäßig, ist diese Nahrung nicht zu beanstanden, doch läßt sie infolge des Mangels an Vitaminen und Nährsalzen zu wünschen übrig. Sehr knapp ist hier das Jod, weshalb Kröpfe und Kretinismus in Zentralbrasilien verhältnismäßig häufig vorkommen.

Die letzte Ernährungszone – also Rio de Janeiro und São Paulo mit den drei Südstaaten – ist durch eine Mannigfaltigkeit der Ernährungselemente gekennzeichnet und vor allem wegen des höheren Verbrauchs an Gemüse und Früchten die glücklichste. Die Ernährungsgrundlage bildet neben dem Mais vielfach der Weizen.

Es handelt sich hier überhaupt um die reichste Zone des Landes, in der sich 80% der Wirtschaftskraft Brasiliens zusammenballen. Diese Zone ist auch die eigentliche Kornkammer, leben in ihr doch nur 31% der Bevölkerung, während 40% (ein paar Seiten weiter sagt Castro, was wohl richtiger sein dürfte, mehr als zwei Drittel) der Nahrungsmittel des Landes erzeugt werden.

Dazu tragen neben Klima und Boden vor allem die Einwanderer und ihre Nachkommen bei. Wegen der starken Einwanderung seit der Unabhängigkeitserklärung kann man hier auch nicht von einer einheitlichen Volksnahrung wie in den anderen Zonen reden, zumal die einzelnen Landstriche ganz verschieden stark und von verschiedenartigen Einwandererströmen besiedelt worden sind. Auch in dieser Zone ist die Ernährung nicht ideal und vollständig, wenngleich sie den übrigen Zonen weit überlegen ist. Im Süden von Rio Grande do Sul gibt es sogar ein Gebiet, in dem die Bevölkerung ausgesprochen unterernährt ist.

Zusammenfassend stellt Josué de Castro fest, daß Brasilien „eines der Hungerländer in der gegenwärtigen Welt“ ist. Der Hunger ist vor allem die Folge der historischen Vergangenheit, da die portugiesischen Einwanderer dem Ernährungsproblem vollkommen gleichgültig gegenüberstanden und nur an

den unmittelbaren wirtschaftlichen Vorteil dachten. Bis heute aber hat, sagt Josué de Castro, die Regierung viel zu wenig getan, um den halbkolonialen Zustand der Landwirtschaft zu überwinden und das Ernährungsproblem zu lösen. Während der Republik ist es durch das starke Anwachsen der Städte und die einseitige Förderung der Industrie noch brennender geworden.

Nur 2% der brasilianischen Bodenfläche werden bearbeitet und davon wieder nur ein Drittel für die Erzeugung von Nahrungsmitteln. Es gilt nicht nur, die Monokultur mitsamt ihrer Mentalität zu überwinden und die Erzeugung von Lebensmitteln zu erhöhen, sondern auch für eine bessere Lagerung, Aufbewahrung und Beförderung Sorge zu tragen sowie den Zwischenhandel auszuschalten.

Das setzt wiederum einen Verzicht auf die vollkommen einseitige Förderung der Industrie und auf die katastrophale Inflationspolitik voraus, durch die die Landwirtschaft am schwersten betroffen wird. Nur so ist es auch möglich, der Landflucht Einhalt zu gebieten und den Anbau von Nahrungsmitteln zu fördern. Außerdem könnte durch die Befreiung aller landwirtschaftlich genutzten Ländereien, vor allem in der Nähe der Städte, von sämtlichen Steuern und eine hohe Besteuerung der zu spekulativen Zwecken brachliegenden Ländereien vieles erreicht werden.

Karl-Heinz Oberacker

Brasilien Kaffee

Größte Sorgen bereitet den maßgebenden brasilianischen Stellen der ständige Rückgang der Kaffeeausfuhr, weil dadurch die Deviseneinnahmen fast im selben Maße zurückschlagen sind und so die gesamte Volkswirtschaft in Mitleidenschaft gezogen wird. In den Jahren 1901 bis 1904 führte Brasilien durchschnittlich jährlich 12,55 Mill. Sack Kaffee aus, während die übrigen Kaffee erzeugenden Länder durchschnittlich nur 3,85 Mill. Sack exportierten. Mit anderen Worten: Der Weltmarkbedarf von insgesamt 16,4 Mill. Sack Kaffee wurde damals von Brasilien allein zu 76,50% gedeckt. Trotz dieses erfreulichen Zustandes waren die Kaffeepflanzer aber mit den Preisen nicht zufrieden. 1906 kam es deshalb zum sogenannten Kaffeekonvenium von Taubaté, und

es erfolgte der erste staatliche Eingriff in die Kaffeewirtschaft, dem bald weitere folgen sollten.

Das Ergebnis dieser staatlichen Maßnahmen liegt heute vor: In den Jahren 1949 bis 1952 führte Brasilien zwar durchschnittlich 16,6 Mill. Sack aus, seine Wettbewerber auf dem Weltmarkt aber 14,25 Mill. Wäre es noch im selben Verhältnis am Weltmarkt beteiligt gewesen wie früher, dann hätte es statt der 16,6 Mill. Sack 23,6 Mill. liefern müssen. Bei einem Weltbedarf von 30,85 Mill. Sack lieferte es aber nur noch 53,8%, und inzwischen hat sich dieses Verhältnis noch weiter verschlechtert, so daß Brasilien nicht einmal mehr die Hälfte des Weltbedarfs deckt. Aus dieser Entwicklung ergibt sich, daß es falsch war, den wichtigsten Devisenbeschaffer durch staatliche Maßnahmen zu „verteidigen“; denn es ist wohl kaum abzustreiten, daß diese nur den anderen Kaffeeländern von Nutzen waren, die ihre Produktion infolge der brasilianischen Einschränkungen vervielfachen konnten!

Kolumbien z. B., das 1890 erst 180 000 Sack und in den Jahren 1905 bis 1911 nur durchschnittlich 616 000 Sack auf den Weltmarkt brachte, konnte seine Ausfuhr schon 1953/54 auf 6,5 Mill. steigern. Ähnlich ging die Entwicklung in Afrika, das 1911 mit seinen 182 000 Sack noch keinerlei Rolle als Kaffee-Exporteur spielte, 1952 bis 1953 aber schon 5,8 Mill. Sack auf den Weltmarkt werfen konnte. Während Brasilien in den Jahren 1931 bis 1944 78 214 253 Sack vernichtete, nur um den Preis hochzuhalten, drängten sich die anderen Kaffeeproduzenten vor, denn sie unterließen es nie, auch nur einen einzigen Sack zu verkaufen. Brasilien hingegen beschied sich aus eigenem Entschluß damit, jene Menge abzusetzen, die die anderen zur Sättigung des Weltmarktes nicht liefern konnten. Diese ungesunde Einstellung herrscht auch heute noch. Viele Kaffeepflanzer und Exporteure sind nämlich froh, daß der Frost im vergangenen und in diesem Jahre die Ernte wesentlich verminderte, weil sie darin eine Erleichterung des Absatzes und eine Sicherung des Preises zu sehen glauben. Den ungeheuren Schaden, den die brasilianische Volkswirtschaft erlitt, übersehen sie dabei geflissentlich.

Hierzulande wird von vielen Seiten behauptet, es sei unmöglich, den Kaffee bil-

liger zu verkaufen und man müßte den Hauptabnehmer, die USA, zwingen, mehr für den Kaffee zu zahlen, d. h. an Stelle des zugebilligten Höchstpreises von 55,5 Cents möglichst einen Dollar. Diese Einstellung ist um so merkwürdiger, als die primitive Wirtschaftsweise der früheren Zeit neuerdings durch eine oft ganz moderne ersetzt worden ist; denn an Stelle der durch den Ochsen oder Esel gezogenen Pflüge traten inzwischen mächtige Traktoren, an Stelle des Ochsenkarrens als Beförderungsmittel Lastkraftwagen usw. ... Frédéric Schwes vom Nationalen Wirtschaftsrat in Rio hat auf Grund wohl begründeter Untersuchungen, so unangenehm das auch manchen Leuten sein mag, kürzlich nachgewiesen, daß der Kaffeepreis in den USA bereits seinen Höchststand erreicht hat und daß alle Bemühungen, ihn weiter zu steigern, nur den Wettbewerbern Brasiliens zugute kommen werden. In den Jahren 1911 bis 1914 führten die Vereinigten Staaten z. B. 7,35 Mill. Sack Kaffee ein, davon 5 Mill., also 71,5%, aus Brasilien. 1952 importierten sie 20,266 Mill. Sack, davon lieferte Brasilien aber nur 10,1 Mill. Sack, also nur noch 49,8%. 1953 verkaufte Brasilien an die USA bei einer Gesamteinfuhr von 21,056 Mill. Sack 8,96 Mill., also 42,6%, und im ersten Halbjahr 1953 war der brasilianische Anteil auf 37,98%, im ersten Halbjahr 1954 sogar auf 34,89% zurückgegangen. Mit anderen Worten: Die Kaffeepolitik führte dazu, daß dieses Land heute, nach 40 Jahren, nur noch mit der Hälfte des vor dem Ersten Weltkrieg vorhandenen Anteils am USA-Kaffee-Import beteiligt ist. Es fragt sich also nur, in welchem Tempo die Entwicklung weitergehen wird. Setzt man die bisherige Politik fort, so muß sie unweigerlich dazu führen, daß der brasilianische Kaffee mehr und mehr vom nordamerikanischen Markt verschwindet.

Auf die bisher genannten amtlichen Zahlen stützte sich der Direktor des *Conselho Diretor da Associação Comercial* in Rio, Júlio Poetzsch, als er in einem Vortrag über das Kaffeeproblem seine Ideen über eine künftige Kaffeepolitik darlegte. Poetzsch ging davon aus, daß es heute praktisch nicht möglich ist, den Absatz freiwillig noch mehr einzuschränken, denn von 1953 bis 1954 sank der brasilianische Kaffee-Export von 16 Millionen Sack auf fast 11 Millionen.

Da also schon unfreiwillig die Ausfuhr so sehr eingeschränkt werden mußte, wurden Millionen von Sack Kaffee nicht abgesetzt, sondern eingelagert. Eine weitere freiwillige Zurückhaltung ist somit unmöglich, zumal sie auch diesmal wieder dem weiteren Vordringen der brasilianischen Wettbewerber zugute käme. Es gilt nämlich zu bedenken, daß mit einer ständig wachsenden Produktion in der Welt zu rechnen ist, weil die afrikanischen Pflanzungen sich noch in der Entwicklung befinden und weil die mit brasilianischem Kapital in Paraguay angelegten Kaffeefelder ebenfalls bald die ersten Ernten liefern werden.

Statt mit einer Preiserhöhung muß demnach mit einer Preissenkung gerechnet werden, weil die Konkurrenz in der Lage ist, besseren oder billigeren Kaffee anzubieten. Die einzige Möglichkeit, diese ernste Lage zu ändern und den Export zu steigern, ist nach Júlio Poetzschers Ansicht in einer Änderung der Exportpolitik zu suchen. Die Ausfuhr muß in anderer Form und nach anderen Vorbildern vorgenommen werden als bisher. Die Amerikaner, die größten Kaffeeabnehmer des Landes, suchen, wenn sie bei uns etwas absetzen wollen, auf jede Art

dem Geschmack des Käufers zu entsprechen und ihm gefällig zu sein. Sie errichten aus diesem Grunde hierzulande Niederlassungen und gehen in bezug auf Verpackung, äußere Aufmachung, Liefer- und Zahlungsbedingungen auf den Käufer ein. Und so wie die Amerikaner, sagt Poetzscher, machen es alle, die mit uns Geschäfte machen wollen: die Deutschen, Engländer, Franzosen, Schweden, Schweizer, Italiener usw. ... Denselben oder einen ähnlichen Weg sollten darum auch die brasilianischen Kaffee-Exporteure beschreiten; sie müßten in Nordamerika Filialen errichten und in unmittelbare Beziehungen zu den kleinen Wiederverkäufern und den Verbrauchern selbst treten. Auf diese Weise könnten sie einmal die Wünsche der Verbraucher kennenlernen und besser berücksichtigen und zum anderen den Preisunterschied zwischen dem brasilianischen Hafen und dem ausländischen Verbraucher zusätzlich einheimsen. Dies scheint nach Poetzscher die einzige Möglichkeit zu sein, das brasilianische Kaffeeproblem zu lösen: Die Privativinitiative anzuregen, nicht aber staatlich den Preis zu schützen.

K. H. Oberacker

LÖSUNG DER ERDÖLFRAGE BRASILIENS

In ganz Brasilien hat die erfolgreiche Bohrung nach Erdöl bei Nova Olinda am Madeira, einem der großen Nebenflüsse des Amazonas, großen Jubel und neue Hoffnungen auf eine rasche Lösung der immer dringender werdenden Erdölfrage ausgelöst. Mitten im Urwald des riesigen Amazonasbeckens, 120 Kilometer von Manaus entfernt, im Munizip Itacoatiara (Staat Amazonas) stieß man nach monatelangen Vorarbeiten in 2700 m Tiefe auf Erdöl; das Erzeugnis wird der Güte nach zu dem besten der Welt gerechnet, da es bis zu 70% Benzin ergibt. Da es hier im Amazonastal Petroleum geben könnte, darüber waren sich die Geologen seit langem einig; sie berechnen das Sedimentargebiet, in dem Erdölfunde möglich sind, im Amazonastal auf 1,5 Millionen qkm. Es umfaßt Teile der Staaten Pará, Amazonas und des Acre-Territoriums. Da in anderen Erdölgebieten der Erde die wirtschaftlich ausbeutbaren Felder 1–2% des gesamten erdölverdächtigen Gebietes ausmachen, haben die Fach-

leute die Erdölfelder im Amazonasbecken auf 15 bis 30 000 qkm geschätzt. Schätzungen können, brauchen aber nicht zu stimmen. Sie können von den tatsächlichen Verhältnissen übertroffen werden, sie können sich auch als völlig verfehlt erweisen, weil der geologische Charakter des Amazonasgebietes besonderer Art und vollkommen verschieden von dem anderer Länder ist. Nur eine systematische Erforschung durch Bohrungen kann daher die tatsächlichen Verhältnisse im Amazonastal klären.

Diese bereits seit längerer Zeit in Angriff genommenen Forschungsarbeiten werden besonders durch die verkehrsmäßige Entlegenheit des Gebietes und die Schwierigkeiten bei der Beförderung der schweren Maschinen durch Urwälder und Sümpfe gehemmt. Der aus Nordamerika verpflichtete Erdölfachmann und Leiter der Forschungsabteilung der *Petrobrás*, Walter Link, hat in Anbetracht dieser großen Schwierigkeiten die Ansicht geäußert, man solle sich lieber nicht verzetteln und alle verfügbaren

Kräfte in dem verkehrsmäßig viel günstiger gelegenen „Graben von Bahia“ ansetzen. Bisher steht auf jeden Fall noch nicht fest, ob bei Nova Olinda Erdöl in einer wirtschaftlich ergiebigen Weise gewonnen werden kann. Daher ist es auch verfrüht, den Fund mit der Entdeckung der ersten Quellen in Texas (USA) im Jahre 1901 zu vergleichen. Das soll natürlich nicht heißen, daß im Amazonastal nicht ähnliche Lager vorhanden sein können; ein Fachmann wie Link aber mahnt zur Vorsicht und sagt: „Selbst unter den günstigsten Bedingungen sind manchmal Jahre nötig, um ein wirklich lohnendes Erdölgebiet zu entwickeln.“

Während Link die Sachlage vom rein technischen Gesichtspunkt her beurteilt, äußern andere die Überzeugung, daß die *Petrobrás* – die bundesstaatliche Monopogesellschaft für Erdölgewinnung – das brennende Problem überhaupt nicht lösen kann, weil das Land einfach nicht das notwendige Kapital und die erforderlichen Devisen für die Bohrtürme und das sonstige Material aufbringen kann. Selbst in den günstigen Erdölgebieten rechnet man damit, daß von 10 Bohrungen nur eine wirtschaftlich erfolgreich ist. Es war daher ein außerordentlicher Glücksfall, daß man im Amazonastal schon nach der vierten Bohrung (vorher: Limoeiro bei Belém, Insel Marajó, Rio Capim) auf Erdöl gestoßen ist. Immerhin hat man hierzu drei Jahre gebraucht und beim Bohren bis zu einer Tiefe von 2700 m vordringen müssen. Um die wirtschaftliche Ergiebigkeit des Brunnens bei Nova Olinda festzustellen, müssen noch mindestens zwei weitere Bohrungen vorgenommen werden, wozu man 9 bis 12 Monate braucht. Das wirtschaftliche Endergebnis kann dann immer noch negativ ausfallen. Wie schwierig die Lösung des Erdölproblems ist, geht aus folgender Überlegung hervor: In Venezuela liefert ein Erdbrunnen täglich durchschnittlich 200 Faß (zu 159 Liter). Wenn Brasilien seinen eigenen Bedarf decken will, braucht es schon heute mindestens 600 Erdölquellen von derselben wirtschaftlichen Ergiebigkeit, d. h. es müßten, da von 10 Bohrungen nur eine den wirtschaftlichen Anforderungen genügt, voraussichtlich 6000 Bohrungen durchgeführt werden. Die *Petrobrás* aber besitzt nicht mehr als 15 Bohrtürme, von denen sie höchstens 8 im Amazonastal einsetzen kann.

Jedermann vermag, wenn er weiß, daß man für eine Bohrung ein halbes Jahr rechnen muß, sich selbst auszurechnen, wieviel Jahrzehnte die *Petrobrás* gebrauchen würde, bis sie den gegenwärtigen Bedarf des Landes zu decken vermag. Er müßte dann aber noch berücksichtigen, daß zur Zeit der brasilianische Eigenbedarf nach amtlichen Angaben jährlich um etwa 20% zunimmt.

In Bahia sucht die *Petrobrás* oder ihr Vorgänger, der *Conselho Nacional de Petróleo*, seit 1938 nach Erdöl; als dort im Jahre 1939 bei Lobato das erste Petroleum gefördert wurde, knüpfte man an diesen Fund ähnliche Hoffnungen wie heute an Nova Olinda. Mit einem Aufwand von 1,6 Milliarden (zum Teil noch nicht entwerteter *Cruzeiros*) führte man dort in 17 Jahren 239 Bohrungen durch, die im Monat März d. J. eine Höchsterzeugung von nicht ganz 5500 Faß geliefert haben. Man hat berechnet, daß bei der durchschnittlichen Ergiebigkeit der Brunnen in Bahia 13 600 Bohrungen durchgeführt werden müßten, um den derzeitigen Inlandsbedarf zu befriedigen. Diese Bohrarbeiten aber würden dem Lande bis zu 300 Milliarden *Cruzeiros* kosten, ein Betrag, der ganz unmöglich im Inland beschafft werden kann und zu dem das vorgesehene Kapital der *Petrobrás* von 10 Milliarden *Cruzeiros*, die bis 1957 aufgebraucht werden sollen, in einem offensichtlichen Mißverhältnis steht.

In diesem Zusammenhang sei noch eine andere Überlegung angestellt: Bisher setzte die *Petrobrás* in dem auf 1,5 Millionen qkm geschätzten erdölträchtigen Amazonastal zwei Bohrtürme ein. Um die etwa 6000 Bohrungen zur Lösung der Erdölfrage in 10 Jahren durchzuführen, müßte sie 300 Bohrtürme zur Verfügung haben; da ein Bohrturm gegenwärtig etwa 1 Million Dollar kostet, müßten also sofort 300 Millionen Dollar an Devisen zum Kauf der Bohrtürme bereitgestellt werden, was in Anbetracht der katastrophalen Devisenlage, die schon zu verhängnisvollen Einschränkungen auf lebenswichtigen Wirtschaftsgebieten geführt hat, ganz unmöglich zu sein scheint. Mit den 300 Bohrtürmen allein wäre aber auch in 10 Jahren (selbst wenn man mal von der erwarteten Verdreifachung des Bedarfs in dieser Zeit absieht), die Erdölfrage nicht gelöst, weil man außerdem große Kapitalien für die Anlage von Raffinerien für die Be-

schaffung der Transportmittel, Lagerbehälter, Rohrleitungen und für die Bezahlung der Fachleute und Arbeiter braucht.

Von einer raschen Lösung des Erdölproblems hängt nun aber weitgehend die Zukunft der brasilianischen Wirtschaft ab, der keine wertvolle Kohle zur Verfügung steht und deren Elektrizitätsversorgung von Jahr zu Jahr größere Schwierigkeiten bereitet. Sollte der Absatz des Kaffees in den nächsten Jahren nicht wesentlich gesteigert werden können oder gar noch weiter zurückgehen, so würde ohne eine Lösung des Erdölproblems die brasilianische Volkswirtschaft eines Tages eine Katastrophe erleben oder sich auf Gnade und Ungnade dem Weltfinanzkapital ausliefern müssen. 1945 gab Brasilien z. B. 30 Millionen Dollar für die Einfuhr von Erdöl und seinen Untererzeugnissen aus, 1954 aber schon 246 Millionen (für 52,3 Mill. Faß), d. h. 39% des gesamten Devisenanfalls (1951 27%, 1952 36%, 1953 33%).

Die brasilianischen Nationalisten wollen nicht einsehen, daß ohne Hilfe des Auslandes das Petroleumproblem noch lange ungelöst bleiben wird. Jedermann, der sich gegen diese Vorstellungen wendet, wird von ihnen als „*Entreguista*“ („Auslieferer“, d. h. Verräter – ein Ausdruck, den die Kommunisten aufbrachten) bezeichnet. Ein Antrag, den die Senatoren Plinio Pompeu und Othon Mader einbrachten, und durch den das Monopol der *Petrobrás* beseitigt werden sollte, wurde von ihnen im Bundeskongreß abgelehnt. Die Abgeordneten und Senatoren, die jenen Antrag unterstützten, wurden als „Verschwörer gegen die Erdölwirtschaft Brasiliens“ beschimpft.

Bei dieser Gelegenheit wurde auch wieder die schon so oft gehörte Behauptung, daß die internationalen Petroleumtrusts vor der Gründung der *Petrobrás* nie ein Interesse an der brasilianischen Erdölwirtschaft gezeigt hätten, weil sie den Erdölhandel in Brasilien völlig beherrschten, geäußert.

Dem muß der Wahrheit zuliebe entgegengehalten werden, daß es bereits im Jahre 1934 den ausländischen Gesellschaften verboten wurde, in Brasilien nach Erdöl zu suchen, und daß ihnen 1936 überhaupt jede Tätigkeit auf diesem Gebiet untersagt wurde. Die Chauvinisten unter der Herrschaft Gétulio Vargas gingen so weit, daß drei geplante oder schon errichtete Erdölraffinerien

nicht in Tätigkeit treten konnten, wodurch die Verarbeitungsindustrie um nicht weniger als 15 Jahre zurückgeworfen wurde (vgl. *Diário de Sao Paulo*, 12. 12. 54). U. a. wurde damals eine bereits fertiggestellte Raffinerie bei Jaguaré mit einer Anfangslieferfähigkeit von 40 000 Faß täglich wieder abgebaut und nach Argentinien geschafft, weil es ihrem Eigentümer, der *Standard Oil*, in fünf Jahren nicht gelang, die Erlaubnis zur Arbeitsaufnahme von dem Diktaturstaat zu erlangen. Andere, noch größere Raffinerien, deren Bau in Angriff genommen war oder genommen werden sollte, konnten ebenfalls nicht errichtet werden, obwohl sie dem Staat keinen *Vintem* gekostet hätten.

Es soll keineswegs in Abrede gestellt werden, daß die Heranziehung der großen ausländischen Trusts auch gewisse Gefahren für die nationale Wirtschaft im Gefolge gehabt haben kann; daß diese Gefahren aber durch eine vernünftige Gesetzgebung gebannt werden können, hat eine so nationalistische Regierung wie die Peróns in Argentinien gezeigt. Auch sie hat lange einen rein nationalistischen Kurs verfolgt, ehe sie die Unmöglichkeit einer rein nationalen Lösung der Erdölfrage einsah und sich entschloß, eine ausländische Gesellschaft heranzuziehen. Diese Gesellschaft hat sich verpflichtet, dem Staat die Hälfte des Reingewinns aus der Petroleumgewinnung abzugeben und das gewonnene Produkt der nationalen Erdölgesellschaft, die ihre Felder behält, zu einem 50% unter dem Weltmarkt liegenden Preis zur Verarbeitung zu überlassen. Ohne ein Risiko einzugehen, wird Argentinien so vielleicht schon in Kürze der Lösung seiner Erdölfrage näher gekommen sein.

Andere Länder – wie z. B. Venezuela – sind auch bei einer rein internationalen Lösung nicht schlecht gefahren. Dieses Land bestreitet 85% seiner Haushaltskosten mit den Abgaben der Erdölgesellschaften und stellt dabei seine gesamte Volkswirtschaft auf eine neue und gesündere Grundlage. Bei aller Vorsicht gegenüber den internationalen Trusts sollte man also nicht so weit gehen, daß man die Interessen des Landes außer acht läßt.

Nun ist es glücklicherweise auch in Brasilien nicht so, daß nichts Wesentliches zur Lösung dieser wichtigen Frage geschehen wäre. Man hat klugerweise einen großen Teil der vorhandenen Mittel zum Ausbau

der während der Diktatur verhinderten Rohölverarbeitungsindustrie eingesetzt; wir sagen klugerweise, denn hierbei ist das Risiko viel geringer und der Erfolg für die nationale Volkswirtschaft viel sicherer als bei den Bohrungen. Auf diese Weise kommt das Land vermutlich am ehesten dazu, einen hohen Hundertsatz der heute für den Ankauf von Erdölerzeugnissen benutzten Devisen einzusparen.

Als erste und größte Raffinerie, die im April dieses Jahres in Gang gesetzt wurde, ist die bei Cubatão in São Paulo zu nennen. Sie wird durch eine Pumpanlage direkt von den Tankschiffen aus mit Rohöl versorgt und ist in der Lage, täglich 45 000 Faß und in Bälde 60 000 Faß an Fertigprodukten (Benzin, Treib- und Brennöhl usw.) zu liefern, wobei je Faß Rohöl nicht weniger als 1,5 Dollar an Devisen eingespart werden. Dieses große Werk, dessen Entstehen auf staatliches Betreiben zurückgeht, gehört heute der *Petrobrás* und liegt äußerst günstig in der Nähe des größten Industrie- und Verbrauchszentrums.

Das Ende 1954 in Betrieb genommene Werk von Capuava bei Santo André, ebenfalls in São Paulo, geht auf Privativinitiative zurück. Es kostete 14 Millionen Dollar und besitzt eine Höchstleistung von 20 000 Faß täglich; zur Zeit verarbeitet es jedoch nur die Hälfte. Auch in Manguinhos bei Rio wurde in einer Rekordzeit von 255 Tagen eine Privatraffinerie eröffnet, in der täglich 10 000 Faß verarbeitet werden können; ihre Lieferfähigkeit kann in einigen Jahren ebenfalls verdoppelt werden. Mit anderen schon vorhandenen, kleineren Raffinerien (Matarazzo in São Paulo, Mataripe in Bahia, Ipiranga in Rio Grande, *Distilaria Riograndese* in Uruguaiana) ist Brasilien heute schon bald in der Lage, etwa 70 000 Faß Rohöl täglich, d. h. über die Hälfte des gegenwärtigen Bedarfs, selbst zu raffinieren, wodurch jährlich die recht beachtliche Menge von 40 Millionen Dollar an Devisen eingespart werden kann. Das ist also tatsächlich ein beachtenswerter Erfolg, der alle ermuntern sollte, auf diesem Weg weiterzufahren.

K. H. Oberacker

INDUSTRIALISIERUNG IN ARGENTINIEN

Die blutigen Ereignisse in Buenos Aires haben die Aufmerksamkeit wieder auf Argentinien hingelenkt, auf die politischen Spannungen am La-Plata-Strom, hinter denen die Probleme der sozialen und wirtschaftlichen Umgestaltung stehen. Steht Südamerika vor einer Entwicklung, die sich etwa mit der Nordamerikas im vergangenen Jahrhundert vergleichen ließe? Wo liegen die Gefahren und die Grenzen?

Von solchen Problemen finden wir wenig in der Schrift des Schweizer Dr. Werner J. Uhrenbacher: „Argentinien. Seine Entwicklung zum Industriestaat“, Wissenschaftlicher Verlag Dr. Otto Schöbesberger, Braunau am Inn 1952. 140 S. Fleißig sind Zahlen und Tatsachen zusammengetragen, Tabellen gezeichnet worden. Solche Angaben müssen immer schnell veralten, Was

seit 1948 vor sich gegangen ist, – und viele Zahlen gehen nicht einmal über das Jahr 1939 hinaus –, wird statistisch nur im Nachwort gestreift.

Um so wesentlicher wäre es gewesen, einzelne Grundlinien herauszuarbeiten. Leider finden wir nur sehr allgemeine, häufig den amtlichen „Richtlinien“ angepaßte Bemerkungen, die dazu noch häufig unrichtig sind, etwa: „Die Industrie ist in Argentinien in dem Maße gewachsen, als das Freihändlerische System unzulänglicher zu funktionieren begann.“ Die große innere soziale Umwälzung in Südamerika, nicht zuletzt bedingt durch das Hereinströmen der ausländischen Einwanderer zwischen 1890 und 1928, wird kaum gewürdigt.

Ernst Samhaber

VOLKSFRONT IN CHILE

In der Zeit, als in Spanien und Frankreich die Volksfront innenpolitisch vorherrschte, bildeten sich ähnliche Gruppierungen auch in Iberoamerika. Sie wurden ein Opfer des Zweiten Weltkrieges. In Chile, das dank seinem Bergbau stets eine aktive Arbeiterbewegung besessen hat, wurde die langjährige Volksfrontpolitik 1952 durch einen einheimischen „Peronismus“ abgelöst, als General Ibañez die Präsidentenwahlen mit einem Programm gewann, das die Verstaatlichung der Kupferbergwerke, eine Bodenreform, die Aufnahme von Handelsbeziehungen zur Sowjetunion sowie einen wirtschaftlichen und politischen Zusammenschluß mit Argentinien vorsah. Ar-

beiter und kleine Landwirte gaben den Ausschlag zugunsten dieser Pläne.

Nachdem der Präsident ihre Hoffnungen nicht erfüllen konnte, hat sich 1955 erneut eine *Frente Nacional del Pueblo* aus Kommunisten, Sozialisten, Radikalen und Christlichen Demokraten gebildet, die nunmehr nicht nur gegen die Konservativen im alten Sinne, sondern auch gegen die nationale Sozialpolitik von Ibañez vorgehen. Es ist nicht klar, ob die chilenischen Streikbewegungen endgültig politische Konsequenzen haben werden, auf alle Fälle zeigt diese neue Frontbildung, daß die soziale Frage in Iberoamerika immer dringlicher wird.

BOLIVIENS ZWEITER AUSGANG ZUM PAZIFIK

Bolivien besitzt eine Bahnverbindung mit der pazifischen Küste über chilenisches Gebiet, die neuerdings fast ohne Unterbrechung bis zum brasilianischen Hafen Santos am Atlantik durchgeführt worden ist. Außerdem aber sucht es nach einem Ausweg über Peru. Bis jetzt werden bolivianische Waren am Titicaca-See auf Schiffe umgeladen, um vom westlichen Seeufer aus mit den peruanischen Eisenbahnen die Küste zu erreichen. Der Besuch des bolivianischen Präsidenten Victor Paz Estenssoro in Lima Anfang August 1955 soll endlich den Weg dazu öffnen, daß eine Bahnstrecke am Seeufer entlang gebaut wird, die das kostspielige Umladen spart. Ein förmliches Abkommen der beiden Präsidenten sieht den Bau einer über 160 km langen Umgebungsbahn Puno-Guaqui vor, die endgültig wahr machen soll, was ein Peruaner über den Titicaca-See sagte, den er als Bindeglied zwischen den

„Siamesischen Zwillingen“ Peru und Bolivien bezeichnete.



IN VENEZUELA IST ES ANDERS

Heinz Peter Ptak, der in der Neuen Folge dieser Zeitschrift mehrfach mitgearbeitet hat, legt im Klemmerberg-Verlag, Bad Boll 1955, ein Werk über Venezuela vor, das eindrucksvolle Ansichten der verschiedenen Landesteile bietet. Auch Venezuela hat sicherlich politische und soziale Probleme. Die kurze Einleitung von Ptak betont jedoch, daß seine Wirtschaftsstruktur anders

als die der anderen iberoamerikanischen Staaten ist. Seine 6 Millionen Einwohner haben auf der Grundlage der Erschließung von Erdöl und Eisenerz in jüngster Zeit eine rasche Entwicklung erlebt, die das Land und seine Freunde dazu veranlassen, ihm eine im Vergleich zu den anderen Staaten Südamerikas besonders glückliche Zukunft zu prophezeien.

BRITISCHER BLICK NACH NAHOST

Schon vor einiger Zeit hat das britische *Royal Institute of International Affairs* eine kurze und inhaltsreiche Übersicht über die politischen, geographischen, geschichtlichen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Nahen und Mittleren Ostens herausgebracht. Der Band ist ein lebendiges und nicht nur literarisches Zeugnis von Englands großer Vergangenheit und seiner Tätigkeit, aber auch von seinem Interesse an der Landbrücke nach Indien. Eine große Reihe sachverständiger Männer und Frauen haben mitgearbeitet.

Das britische Interesse an diesen Ländern ist um so bemerkenswerter, als der unmittelbare Besitz und die Verwaltungsaufgaben der britischen Krone hier weggefallen sind. Wenn Großbritannien auch nicht mehr das indische Kaisertum innehat, ist es doch noch immer an der indischen Entwicklung beteiligt. So bleibt es auch an den Ländern interessiert, die auf dem Wege nach Indien liegen.

Bis auf unvermeidliche Subjektivitäten ist das Buch sachlich, umfassend und erschöpfend. Es verliert sich niemals ins Unwesentliche. Für uns ergibt sich, daß vor allem unsere Kaufleute und Industriellen viel zu lernen und viele ihrer vorgefaßten Meinungen zu berichtigen haben, wenn eine gute Zusammenarbeit mit unseren neuen europäischen Verbündeten und unseren alten morgenländischen Freunden entstehen soll.

Nach dem Vorbild des britischen auslandskundlichen Schrifttums, das wir in den entferntesten Gegenden antreffen, sollten wir auch unsere eigene, bisher leider viel zu stiefmütterlich behandelte auslandskundliche Arbeit stärker als bisher fördern.

W. O. von Hentig

Royal Institute of International Affairs:
„*The Middle East, a Political and Economic Survey*“, London 1954, 590 S., 35 sh.

ÄGYPTENS LANDPROBLEM

Einer der Namen, die Ägypten im Altertum trug, lautete *Kemt*, dieses Wort heißt: „Das Schwarze“. Man weiß nicht, ob es sich auf die dunkelbraune Farbe der Bewohner oder des Nilschlammes bezog.

Für den heutigen Ägypter heißt sein Heimatland *Misr*, womit die islamischen Araber an sich die Hauptstadt bezeichneten. Dieses Land ist in der Vorstellung seiner Bewohner unbegrenzt. Jeder glaubt, er könne sich frei bewegen, bleibt dann mit diesem Glauben in seinem väterlichen Dorf. Das Wort Ägypten ist nur unter den Europäern und den mit der europäischen Bildung verbundenen Intellektuellen üblich. Für Menschen dieser Bildungsstufe, die sich in Europa hergestellte Landkarten ansahen, hatte Ägypten allerdings eine Südgrenze.

In der pharaonischen Zeit bestand Ägypten aus dem heutigen Deltagebiet (Niederägypten) und aus dem heute *Saïed* genannten Oberägypten. Die Südgrenze im Niltal verschob sich je nach den politischen Ereignissen. Sie bezog Nubien manchmal ein, manchmal auch Kordofan. Die Herrscher Ägyptens erstrebten eine Ausweitung ihres Gebietes, weil die Bevölkerung Land

brauchte. Fremde Eroberer freilich waren öfter bereit, sich mit dem im Norden vorhandenen Reichtum zu begnügen und auf die unruhigen, armen, entlegenen Südpervenzen zu verzichten. In den Süden wichen die Führer der einheimischen Bevölkerung aus, von dort her konnte die Fremdherrschaft am leichtesten abgeschüttelt werden.

Die osmanische Türkei stellte eine dieser Fremdherrschaften über Ägypten dar. Sie verzichtete auf den im Süden liegenden Sudan, das Land der „Schwarzen“. Als Ägypten seine Kräfte erneuerte, strebte es jedoch wiederum nach dem Besitz der südlichen Landesteile, da es das Niltal politisch, militärisch und wirtschaftlich benötigte, vor allem wegen der Wasserversorgung auf den Süden angewiesen war. So dehnte es seine Herrschaft 1822 wieder über den Sudan aus.

Die britischen Eroberer erzwangen 1883 die Räumung des Sudans durch die Ägypter. Doch richteten sie schon 1899 das Kondominium Großbritanniens und Ägyptens über den Sudan ein. Aber auch nach dieser Regelung blieb eine klare Grenze bestehen.

Die Grenze unterbrach die natürliche Bevölkerungsbewegung. Sudanesen, die sich



mit dem Regime ihrer Heimat nicht abfinden konnten, kamen nach Norden und vermehrten dort den Bevölkerungsdruck auf die ohnehin knappen Ernährungsmöglichkeiten. Seit Jahrtausenden ist Ägypten nur ein grünes Tal am Nil, das im Osten und Westen durch Berge begrenzt wird. Hinter diesen Bergen wartet der Tod. Das Flußtal ist vom Mittelmeer bis zur Sudangrenze über 1000 km lang.

Westöstlich erstreckt sich Ägypten in derselben Ausdehnung von der Küste des Roten Meeres bis zur Grenze Libyens, wobei jedoch im Westen und im Osten des Niltals die Wüsten eingerechnet sind. Einschließlich der Wüsten umfaßt das Staatsgebiet annähernd 1 Million qkm. Wenn man diese Fläche zugrunde legt, kommen bei einer Gesamtbevolkerungszahl von 22 Millionen nur je 22 Menschen auf einen qkm. Rechnerisch genügt also die Fläche. Jeder Mensch könnte fünf ha Grund und Boden erhalten, nach ägyptischem Maß 10 Feddan. Von einem genutzten Feddan werden im Jahr rund 300,- DM eingenommen. Nach dieser - törichte - Rechnung könnte also jeder Ägypter ein Jahreseinkommen von DM 3000,- haben.

Doch nur das Niltal, das Delta des großen Stromes sowie die 90 km südwestlich Kairo gelegene Oase Faijum, die durch einen 150 km langen Kanal durchzogen wird, bieten Nutzland. Gerade der Faijum-Kanal beweist, daß Ägypten außerhalb der Oasen

und Küstengebiete nur dann fruchtbar ist, wenn es bewässert wird.

Etwa die Hälfte der 40 000 qkm im Delta ist nutzbar (das Gebiet hat eine nordsüdliche Ausdehnung von 200 km und dieselbe ostwestliche Länge). Im einzelnen ist der Wert des Bodens verschieden je nach seiner Entfernung von einem Nilarm oder einem Kanal.

Das Niltal selbst dehnt sich von Kairo bis zu dem südlich gelegenen Assuan über 800 km aus, hat im Norden eine Breite von 30 km, im Süden nur von einem einzigen Kilometer, durchschnittlich von 15 km. Das nutzbare Land in ihm mißt insgesamt nur 12 000 qkm. Die im Osten und Westen den Strom begleitenden Bergketten halten den Treibsand der Wüste ab. So ist das eigentliche Ägypten nur das grüne Tal auf beiden Seiten der Wasserstraße und das Schwemmland des seit Jahrtausenden angelandeten Deltaschlammes. Die hier dargestellte Rechnung ergibt eine Summe von 32 000 qkm, während die amtliche Zahl des Nutzlandes sogar 35 000 qkm ist. Diese 35 000 qkm wären nur 3,5% des Staatsgebietes. Auf diesen 35 000 qkm müssen die 22 Millionen Menschen wirklich leben, so daß fast 628 Menschen auf den qkm kommen, im Delta sogar 800, in Oberägypten 600. Der einzelne Ägypter kann nur über 1600 qm oder weniger als ein Drittel Feddan verfügen.

Sein Durchschnittseinkommen beträgt also im Jahr nur 100 DM, im Monat weniger als 10 DM. Wie tief der Lebensstandard ist, geht aus dieser Zahl hervor.

Dabei besitzt keineswegs jeder Ägypter Land. Die Nutzfläche gehört insgesamt ungefähr 2,5 Millionen Menschen. 200 Eigentümer haben je über 1000 Feddan, 2000 je über 200, 30 000 einen Grundbesitz von 20-200 Feddan und 125 000 einen Besitz von 5-20 Feddan, während das Grundeigentum von über einer halben Million Ägyptern nur je 1-5 Feddan groß ist und über 1,75 Millionen mit weniger als einem Feddan auskommen müssen.

Annähernd 1,5 Millionen Menschen, mit Familienangehörigen (wenn man nur zwei Kinder je Familie rechnet) 6 Millionen, sind besitzlose Landarbeiter. Von den Landbesitzern - insgesamt 2,5 Millionen - haben fast 2 Millionen auch heute noch nicht genügend Land, um auch nur eine vierköpfige Familie ernähren zu können. 8 Millionen

Menschen verfügen also in Ägypten nicht einmal über das Mindestmaß eines Lebensstandards. Der Mangel an Land ist der eigentliche Grund, 14 Millionen Menschen fallen also an Konsumenten aus, sie belasten den Staat und die Wirtschaft und verhindern die Modernisierung des Landes.

Die wichtigste Aufgabe für Ägypten ist daher die Neulandgewinnung.

Seit den Tagen der Pharaonen beschäftigt dieses Problem die Staatsmänner Ägyptens. Bemühungen zu seiner Lösung sind immer gescheitert. Wenn neues Land gewonnen wurde, kam es in die Hände der führenden Politiker und ihrer Familien oder des Herrscherhauses. Viele Landstriche, in denen sich durchaus Ackerland gewinnen ließ, blieben einfach liegen. Man versäumte es, die Wüste zu bewässern oder die Seen zu entwässern, auch wo das möglich war. Man hätte Staudämme auf der Sinai-Halbinsel und im großen Tal zwischen dem Nil und dem Roten Meer bauen können, aber es geschah nichts. Ackerland vor den Großstädten wurde für Bauzwecke verwendet, statt daß die Städte Wüstenboden nutzten.

Die Revolution der jungen Offiziere, die selbst Söhne kleiner Bauern oder des städtischen Mittelstandes sind, änderte die Lage. Sie erlaubten die Ausbeutung der armen Leute nicht länger. Sie erließen Höchstsätze für die Landpacht und begrenzten die Möglichkeit des Grundbesitzes, sie beschlagnahmten den Grund und Boden, der widerrechtlich in Privathand gefallen war, und sie begannen große Planungen zur Landgewinnung von der Wüste. Wer über 200 *Feddan* besitzt, muß den Landüberschuß verkaufen (für jedes Kind werden ihm 100 *Feddan* zusätzlich erlaubt). Nur wenn eine Landgesellschaft es unternimmt, Neuland zu gewinnen oder den Boden zu meliorieren, bleibt sie 25 Jahre lang von der Abgabepflicht nach dem Reformgesetz vom 9. 9. 1952 frei.

Für das enteignete Land wird eine Entschädigung gezahlt, die Auszahlung einschließlich der Verzinsung dauert jedoch 20 Jahre. Der Boden wird an bedürftige Bauernfamilien verteilt, jeder Bauer erhält 2–5 *Feddan*. Kinderreichtum sichert eine bevorzugte Berücksichtigung. Der Bodenpreis muß innerhalb von 30 Jahren bezahlt werden.

Von der Reform sind rund 650 000 *Fed-*

dan betroffen. 1952 und 1953 wurde nur ein kleiner Teil an die neuen Besitzer übertragen, 1954 aber rund 100 000 *Feddan*, und auch 1955 sind schon viele Zehntausende von *Feddan* ausgegeben worden.

In der Wüste hat man die Kolonisation der sogenannten „Befreiungsprovinz“ eingeleitet, in der nach und nach Familien ansässig gemacht werden.

Die Neuverteilung und die Neulandgewinnung löst das Landproblem Ägyptens nicht. Einerseits bleibt die Wasserfrage offen, andererseits reicht der Boden für die Erhöhung des Lebensstandards von 14 Millionen Menschen nicht aus. 3 Millionen *Feddan* sind nötig, während die Bodenreform nur Dreiviertel Millionen ergibt. Deshalb ist zusätzlich eine Industrialisierung nötig. Deshalb auch interessiert sich Ägypten für das Nilwasser von der Quelle bis zur Mündung.

Hassan Fakoussa

Führer durch Ägypten

Daß wir Deutschen alles in allem fast zwanzig Jahre von der weiteren Welt getrennt waren, zeigt u. a. auch das Fehlen einer Orientliteratur. Am stärksten machte sich wohl praktisch der Mangel eines wirklich guten Reiseführers bemerkbar. Er liegt nunmehr für Ägypten in der Sammlung Kurt Schroeder, Bonn, vor und weicht – man darf sagen erfreulicherweise – von dem Schema des alten Bädcker erheblich ab, obwohl er seine Vorzüge im wesentlichen vereinigt. Einleitend sind zwar fast in der gleichen Anordnung, wie sie Bädcker aus langer Erfahrung gab, eine Menge praktischer, auch auf die letzte Zeit abgestellter Hinweise gegeben. In seinen weiteren Teilen enthält er aber Abhandlungen, die so geschlossen sind und einen so wenig handbuchartigen Charakter tragen, daß man sie ohne weiteres als eine kleine Enzyklopädie des Wissens über Ägypten ansprechen kann. Besonders glücklich ist der Gedanke, nicht lediglich eine Fülle von Einzeldaten zu bringen, sondern das, was man zu sehen und zu suchen hat, in eine dem Bedürfnis des Gebildeten entsprechende geschlossene Form zu fassen. Das gilt ebenso von Architektur, Museumsstücken wie einzelnen Ansichten, die in so guten Aufnahmen wiedergegeben sind, daß sie eigene und

sogar Ansichtskarten entbehrlich machen. Das Handbuch enthält abgesehen von allgemeinen Aufsätzen wie über die Landschaft, die Geologie, den Nil, die Hieroglyphen, den ägyptischen Totenkult, Islam und die Literatur hierüber – wobei wir in der Sparte Religion nur die Spiegelschen Arbeiten vermissen –, eingehende Führungen, die in einem erfreulich neuen Ton gegeben sind. Hier bewährt sich der Journalist als Reiseführer. Ein guter Gedanke ist auch – aber noch verbesserungs- und ergänzungsbedürftig – der deutsch-arabische Sprachbehelf, u. a. vielgebrauchte Komplimente für die Dame, und der arabische Speisezettel, der ebenso aufschlußreich ist wie die Hieroglyphentafel, das arabische Alphabet und die Zahlen.

Nimmt man das Buch zunächst in die Hand, so hätte man den Wunsch, es durch Dünndruck auf die Hälfte seines Volumens reduziert zu sehen. Studiert man es hingegen, so ergibt sich, daß die Gewichtigkeit seines Inhalts besser auf dem gewählten starken, guten Papier zum Ausdruck gelangt.

Es wäre nur zu wünschen, daß wir in nicht allzu ferner Zeit über ähnliche Reiseverke für den Nahen Osten verfügen, der mit seinen Neuausgrabungen, seinen unerhört reichen und modern eingerichteten Museen dem wieder ins Ausland gehenden Deutschen freudige Überraschungen bietet.

W. O. v. Hentig

Hermann Ziock: „Ägypten“, Kurt Schroeder, Bonn 1955. 356 Seiten, DM 16,50.

EGON FREIHERR VON EICKSTEDT

Von Jünnan nach Thailand

Reich der Tai in Jünnan – mächtig wie China und Tibet

Die Herrschaft der Südfürsten von Tali¹⁾ hatte sich im 8. Jahrhundert seit Lu dem Ruhmvollen zu einem strahlenden Kulturmittelpunkt entwickelt. Die in solchen Dingen recht zurückhaltenden Chinesen berichten von sehr geordneten Staatsverhältnissen und pomphaftem Hofzeremoniell. Es gab Minister, Gouverneure und Generale, Würdenschirme, Goldgürtel und Tigerehrenmäntel, gestickte Seidenröcke, Kaurigeld und Edelsteinschmuck. Es gab Ministerien für Finanzen, öffentliche Arbeiten, den Palast und – Religion war Buddhismus – für die Haustiere. Die Garderegimenter waren mit kupfernen Helmen und Schilden und jenen Rhinocerospanzern ausgerüstet, die auch schon im alten Tschu bekannt gewesen waren und von denen Si-ma Tjiän meint, daß sie „hart wie Metall und Stein“ seien. Dazu wird auch von typischen Taisitten und Tailiebbabereien, den Frühlingsfesten, dem Tatauieren, den gräßlichen Salzfishgerichten und der wunderhübschen, schwermütig-melodischen Mundorgel, der *Kän*, berichtet.

Damals stand Nan-dschau seinen chinesischen und tibetischen Nachbarn – auch Tibet war einst kraftvoll – an Macht nur wenig, an Sicherheit in seinen Bergen niemandem nach. Seine Herrschaft reichte von den tibetischen Hochflächen im Norden bis an die Grenzen von Indochina im Süden, ja wohl schon am Mekong abwärts bis Vientiane, wo einst das monkmerische Reich von Tschën-la lag, und bis an die Grenzen von Tonking, von wo aus es einmal im Jahre 856 sogar Hanoi eroberte. Und es reichte von den Grenzen Szetschwans und Kwangsis im Osten bis in die Schanstaaten von Burma und zu den tatkräftigen Mao-Schan vom Schweli, ja noch weiter bis an die Grenzen von Assam im Westen. Hat doch diese indische Provinz ihren Namen *A-sham*

¹⁾ Tali vgl. Zeitschrift für Geopolitik 1954, S. 293.



überhaupt von den Schan oder Scham, wie die Taisprecher hier überall im Westen genannt werden.

Aber es handelte sich dabei immer nur um Talherrschaften. Die Tai waren, blieben und sind an reisbaufähige Böden gebunden. Auf den Bergen blieben noch die Lolo und einige Monkmerier. Sie sind im randlichen Westjünnan oder eben den Schanstaaten durch solche Stämme wie die zivilisierten Palaung und Riäng und die primitiven Wa und Wu noch heute erhalten²⁾.

Durch die Täler waren die Tai auch westwärts gesiekt und erreichten so die Grenzen der burmanischen Herrschaft in den weiten Niederungen des Irrawaddi. Das mag wohl schon teilweise erheblich vor Beginn der eigentlichen Blütezeit gewesen sein. Es hat offenbar Jahrhunderte gedauert, bevor aus der kleinen Talherrschaft eines abenteuernden Ritters ein in der höfischen Rangliste zu Tali anerkannter Föderativstaat geworden war. Auch gegen den Süden zu muß das Vorsieken schon früh einge-

²⁾ v. Eickstedt, E. Frhr.: Das Rassenbild des westlichen und zentralen Hinterindien. *Anthrop. Anz.* V, 176—187, 1928.

v. Eickstedt, E. Frhr.: In Birma und den Schan-Staaten. *Ethnol. Anz.* II (23)—(30), 1929.

Milne, L.: *The Home of an Eastern Clan. A study of the Palaungs of the Shan States.* Oxford 1924.

Scott, J. G.: *Burma, A Handbook of Practical Information.* 3. Ed. London 1922.

setzt haben, spätestens zu Beginn der Blütezeit. Man vergesse nicht den Nachschub, der unentwegt aus Szetschwan herüberkam. Luang Prabang am Mekong muß spätestens im 6. oder 7. Jahrhundert als Taistaat begonnen haben. Und im Osten, d. h. bei den Tai von Kiangsi, ist zur Zeit überhaupt noch nicht zu entscheiden, ob sie mehr durch die Verdrängung von China seit der Zeitwende oder auf ein Weitergreifen von Nan-dschau zurückzuführen sind. Immerhin lag hier ja auch Diän, das Zentrum der Bai-I schon in vorchristlicher Zeit, und liegen in einem der unbekanntesten Winkel von China noch heute fast unabhängige Bergherrschaften, um deren Überlieferungen und Annalen, d. h. Hauschroniken, sich bisher noch niemand gekümmert hat.

So sickerten die immer unternehmungslustigen und vergnügten Tai radiär nach allen Seiten weiter, gründeten Feudalreiche, erhoben ihr Zentrum und erlebten das halbe Jahrtausend der Blüte, das mit dem Jahr 1253, dem Jahr des Untergangs durch die Mongolchinesen, seinen Abschluß fand. Der Ruhepunkt war zerbrochen, die Zentralgewalt ausgeschaltet, ferne Talherrschaften wurden selbständig, ja mußten nun zwangsläufig selbständig handeln. Da beginnt das Ausschwärmen in die Randländer. Schan greifen nach Burma, Tai gegen Siam, Bai-I gegen die Kumer vor. Die Ergebnisse sind sehr verschieden.

Ausschwärmen der Tai nach Burma — die Schan

Mit Burma³⁾ liegt ein Gebiet vor, das wirtschaftlich und bevölkerungsbiologisch ganz von dem langen Schlauch der Irrawaddiniederung bestimmt wird. Es ist das erste der drei stromgebundenen Hochkulturgebiete Hinterindiens. Beidseitig wird es von den breiten Rippen der hinterindischen Scharung eingeschlossen, die bei teilweise beträchtlichen Höhen auch nördliche Wirtschaftsformen bis in südliche Breiten tragen. Das aber bedeutet den völkerdynamischen Anschluß an Tibet. Und dieses selbst weist seinerseits — *mutatis mutandis* — ähnliche Bedingungen auf, wie wir sie in Jahrgang 1953 der Zeitschrift für Geopolitik, S. 72, für die mongolischen Hochflächen schilderten.

Hier ist also der Anschluß an die zentralasiatischen Unruhezentren gegeben. Der Druck geht südwärts über die Berge und erfaßt hier früher oder später auch die jeweiligen Talbewohner. So gehören auch das Altburmanische, das sogenannte Pyu, und das Neuburmanische in den Kreis der tibetischen Sprachen, und die Bevölkerung von Burma ist nichts anderes als eine palämongolide Masse, die die von Norden kommenden tungo-tibetischen Wellen zwar aufgesogen, aber ihre Sprache übernommen hat. Wie dieser Prozeß als solcher vor sich gegangen ist, war noch im letzten Jahrhundert an dem Vordringen der bunten, kräftigen, kriegerischen Katschin oder auch Li-su in allen Einzelheiten abzulesen und ist inzwischen nur unter der *Pax britannica* vorübergehend erstarrt. Wer mit den Katschin zusammengekommen ist, weiß und versteht, daß sie nur auf den Moment des Losbrechens warten.

Diese Vorgänge werden aber auch handgreiflich deutlich in den geschichtlichen Vorgängen der langen Irrawaddiniederung selbst. Denn die dortigen Vorbewohner

³⁾ Harvey, G. E.: History of Burma. From the earliest times to 10 March 1824, the beginning of the English conquest. London 1925.

Huber, E.: Etudes indochinoises. V. La fin de la dynastie de Pagan. Bull. Ec. Franç. Extrême-Orient. IX, 633—680, 1909.

waren Mon, jene Mon, die zusammen mit den Kmer Anlaß zu dem Sprachnamen *Mon-Kmer* gaben. Wir haben hier also wieder die Verbindung von palämongolider Rasse mit kmerischer Sprache. Ihr stark indisch beeinflusstes und daher sogar als Taláingreich, d. h. Kling, Kalinga-Telugúland bezeichnetes Staatswesen mit der Hauptstadt Pegu (oder Hamsavati, später Sriksetra), muß schon um die Zeitwende bestanden haben⁴⁾. Sandte doch der große Maurya Asoka (273–232 v. Chr.) Missionen dorthin.

Weit im Norden in den Talebenen um das heutige Mandalay aber kam im 2. Jahrhundert n a c h unserer Zeitrechnung im Lande Pyu eine tibeto-burmanische Dynastie von Pagan (108–1298) auf, die die Stabilisierung der Eindringlinge anzeigt. Sie hat zweifellos alle Kultur – und wahrscheinlich bis in die allerjüngsten Zeiten hinein – vom indo-monischen Süden erhalten, die sie allerdings auch ohne Unterlaß bekämpfte.

Dabei rückte ihre Macht immer weiter südwärts. Schon 1057 wurde Pegu erstmalig unterjocht, erhob sich nach den Mongoleneinfällen im Norden zwischen 1277–1287, fiel abermals 1539, empörte sich 1740 und brach um die Mitte des 18. Jahrhunderts (1757) endgültig zusammen.

Das ist das Schicksal von Tchampa im kleinen. Aber der Ausgang war weit weniger tragisch. Denn die Mon wurden einfach burmanisiert. Die Burmanen sind überhaupt nur sprachlich tibetisierte Palämongolide, und im südlichsten Süden wird auch noch heute um Pegu und Martaban überall Mon gesprochen.

Daß auch hier eine anthropodynamische Stromlinie vorliegt, ist nach dem Gesagten klar genug. Es ist die zweite, die westliche N e b e n stromlinie in den hinterindischen Raum. Sie tritt aus den tibetischen Räumen hervor.

Es ist aber auch deutlich zu sehen, daß die gleiche Reihe von Mongoleneinfällen aus den vereinigten Unruhe- und Druckzentren des Nordens, die Tali auseinander sprengten, auch noch Nordburma, also Pagan, erschütterten. Tatsächlich griffen die Mongolchinesen von Tali sofort weiter westwärts. Dadurch bekamen aber auch die losgelösten Teile von Tali freien Weg nach Westen.

Das wird zur Schicksalsstunde der Westtai oder, wie sie gewöhnlich heißen, der Schan⁵⁾. Fast scheint es sogar für einige Zeit – für immerhin einige Jahrhunderte –, als ob es den abermals Verdrängten aus Tschu und Ba und Tali gelingen würde, einen neuen Ruhepunkt und ein neues Zentrum zu gewinnen. Jetzt waren die etwas größeren Konföderativstaaten der Randzone auf einmal stärker geworden als die beiden gefallen Zentren Tali und Pagan. Und das war um so bemerkenswerter, als ihre Hauptfraktion vom Schweli oder Mao noch recht stark und bis heute die mittelsinide

⁴⁾ Phayre, A. P.: History of Burma including Burma Proper, Pegu, Taungu, Tenasserim, and Arakan. From the earliest time to the end of the first war with British India. London 1883.

Harvey, G. E.: History of Burma. From the earliest times to 10 March, the beginning of the English conquest. London 1925.

⁵⁾ Colquhoun, A. R.: Quer durch Chryse. Forschungsreise durch die südchinesischen Grenzländer und Birma von Canton nach Mandalay. 2 Bde. Leipzig 1884.

Elias, N.: Introductory sketch of the history of the Shans. Calcutta 1876.

Finot, L.: Recherches sur la littérature laotienne. Bull. Ec. Franç. Extrême-Orient XVIII, 1–218, 1917.

Hallet, H. S.: Historical sketch of the Shans Pp. 327–371 in Colquhoun, A. R.: Amongst the Shans. London 1885.

Milne, L., and Cochrane, W. W.: Shans at Home. London 1910.

Scott, J., and Hardiman, J. P.: Gazetteer of Upper Burma and the Shan States. 2 Vols. Rangoon 1900.

Komponente, die Urträgerkomponente des Tai, erkennen läßt. Die Mao-Schan sind hell, langgesichtig, gelblich, zeigen gut ausgeprägte Mongolenfalte.

Diese Mao-Schan (heute auch Schanchinesen genannt) waren schon lange vor dem Fall von Tali stark gewesen, fast so stark wie Tali selbst. Sie hatten ganz Oberburma — und über die Berge bis Assam — in der Hand und verbreiteten sich unter dem Stoß der Mongolen bis in die Täler von Indien hinein, die von nun an nach ihnen heißen. Diese Mao-Schan waren auch schon ein — allerdings kleiner — zivilisierter Staat sinotaischer Abkunft gewesen, als die späteren Burmanen noch so primitiv wie die heutigen Katschin, ihre biodynamischen Nachfahren, waren. Das mag — die vielen Schan-chroniken und selbst auch die ruhmredige, alte von Hsi-paw sind wenig zuverlässig — in der ersten Hälfte des 1. nachchristlichen Jahrtausends gewesen sein. Das Einschieben in die Berge der heutigen Schanstaaten geschah erst später. Dort sind noch teilweise die Stadtwälle und *Tumuli* einer recht beachtenswerten vorhergehenden Monsiedlung erhalten. Aber der Aufstieg für die Mao-Schan kam erst gegen Ende der Herrlichkeit von Tali, und als dann der Mongolenschock einsetzte, waren sie es, die den Hauptanteil der Beute gewannen.

Das war Burma, das inzwischen vereinigte Pagan-Pegu-Reich. Langsam gehen die Schan vor. Dann aber fällt 1299 Pagan, gleich darauf Ava, alsbald Pegu und schließlich Sagaing, worauf Burma bis 1539 ein Land der Tai, der Mao-Schan ist. Nur seitab im Sittangtal hält sich Taunggu als burmanischer Hort, von dem die Befreiung ausgehen soll.

Aber erst 1758 und sozusagen schon an der Schwelle unserer Tage verwandelt Alaungpra die Selbstherrlichkeit der Schanfürsten der Schanstaaten in jene Vasallenschaft, die immerhin den kleinen Höfen in den Bergen noch ein bescheidenes Zeremoniell und Dekor und auch unter britischer Herrschaft eine gewisse verwaltungsmäßige Freiheit ließ, die der Verfasser bei seinen Arbeiten gern in Anspruch nahm.

Vordringen nach Süden — Laos gegen Kmer

Der Rückzug der Tai aus Burma war ruhmvoll gewesen. Noch ruhmvoller und größer aber waren die Ergebnisse der Flüchtlinge von Tschu und Ba in ihrem Kampf gegen den unmittelbaren Süden, gegen die Kmer.

Auch hier fand schon ein Vorsickern statt, bis der Mongolensturm die großen Entscheidungen auslöste. Alle diese Bewegungen drangen in dünnen Linien in eine palämongolide Masse, alle auch wieder in ursprünglich monkmerische Stämme, die ganz allmählich und — wie viele Laoüberlieferungen und Laochroniken bezeugen — durchaus friedlich übertölpelt und aus den Talwannen verdrängt wurden. Nur diese interessierten natürlich hier wie immer die Neuankömmlinge, nur das reisbaufähige Land. So müssen Luang Prabang und die Hsip-hsong Bana etwa im 7. oder 8. Jahrhundert als Ableger der „Bambuskönige“ von Diän oder Yä-lang aufgekommen und wohl auch schon die Grenzen von Dschän-la um das heute Vientiane beunruhigt haben, also die Kmer⁶⁾.

⁶⁾ Bock, C.: Notes sur les populations du Laos occidental. Mém. Soc. Anthropol. Paris, Sér. 2, III, 104—136, 1888.

Bonifacy, A.: Etude sur les Tay de la Rivière Claire, au Tonkin et dans la Chine méridionale (Yun Nan et Kouang Si). T'oung Pao, Sér. 2, VIII, 77—98, 1908.

Bourlet, A.: Les Thay. Anthropos II, 355—373, 613—632, 921—932, 1907.

Damit trat eine Schichtung ein: den sino-palämongoliden Tai die Täler, den palä-mongoliden und ein wenig südlicher schon palämongoloweddiden Bergvölkern der Ka die Hänge. Ihr genereller Name ist Ka-muk oder auch Khamu, was meines Erachtens zu stark an Kmer anklingt, um nicht auf ursprüngliche Gleichheit zu deuten. Denn diese Leute waren ja im Osten, d. h. in Dschen-la und im heutigen Ostlaos, tatsächlich mehr oder minder Untertanen des Großreiches der Kmer, dessen Sprache auch sie sprachen. Meine Hutmacher in Chieng-Mai hießen auch Khamuk und kamen einfach aus Kambodscha.

Weiter westlich allerdings und mithin im heutigen Siam oder Westlaos konnten sich in breiten Tälern und jenseits weiter Waldgebiete freie Mon und endlich ein eigener Monstaat halten. Auch Angkor hat ihn nie erobert. Er hieß Haripunjaya. Die gleichnamige Hauptstadt lag unfern des heutigen Chieng-Mai (der zweitgrößten Stadt Thailands).

Er erhielt seine Kultur im 8. Jahrhundert von dem im Menamtal direkt südlich gelegenen Dvaravati. Dies stellte damals (nördlich vom heutigen Bangkok) schon seit Jahrhunderten einen wohlgeordneten Staat mit indischer Grundkultur dar. Aber er lag der großen Kmermacht allzu nahe, wurde ihr Vasall und wurde im 11. Jahrhundert überhaupt völlig geschluckt. Weiter nach Süden zu dringen aber war den Kmer nicht möglich. Hier lag die Barre der indonesischen Großreiche, die sich inzwischen aus den abströmenden Ur-Liau (vgl. S. 288, Jg. 1954) entwickelt hatten.

Dann kamen die Folgen des Mongolenstoßes von 1257. Tali zerbricht, und wie gegen Burma im Westen so folgt auch jetzt sofort gegen den Süden der Angriff und die Verlagerung des politischen Schwergewichts. 1262 gründete der Taifürst Mang-Rai die heutige Stadt Chieng-Rai, baut sie gegen Süden aus, beengt und besiegt schließlich Haripunjaya schon 1296.

An seiner Stelle entsteht Chieng-Mai. Das selbständige Monreich am oberen Menam war damit schon verschwunden. Und bereits ein halbes Jahrhundert später folgt trotz der Hilfe der Kmer der Zusammenbruch von Dvaravati am unteren Menam, und ein neues großes Taireich von Sukotai, die Zelle Siams, herrscht jetzt von den Grenzen Tonkings bis Burma und zum Südmeer⁷⁾. Diesen Stoß haben die

Coedès, G.: Documents sur l'histoire politique e religieuse du Laos occidental. Bull. Ec. Franç. Extrême-Orient XXV, 1—200, 1925.

Credner, W.: Völkerschichtung und Völkerbewegungen im mittleren Hinterindien. Geogr. Ann. Sven Hedin-Festschrift, 268—284, 1935.

Garnier, F.: Voyage d'exploration en Indochine effectué pendant les années 1866, 1867 et 1868 par une commission française présidée par M. le Capitaine de Frégate Doudart de Lagrèze. 2 Vols. Paris 1873.

Guignard, Th.: Note historique et ethnographique sur le Laos et les Tay. Rev. Indochin. XV, 233—244, 1911.

Lefèvre-Pontalis, P.: L'invasion thaïe en Indo-Chine, T'oung Pao, Sér. 2, VIII, 53—78, 1897; Sér. 2, X, 495—512, 1909.

Pavie, A.: Recherches sur l'histoire de Cambodge, du Laos et du Siam. In: Mission Pavie Indo-Chine 1879—1895, Etudes diverses II, Sér. 2, Paris 1898.

Raquez, A.: Pages laotiennes. Hanoi 1902.

de Reinach, L.: Le Laos (Paris 1901). Revue et mis à jour par P. Chemin-Dupontès. Paris 1905.

v. Wissmann, H.: Süd-Yünnan als Teilraum Südostasiens. Z. Geopol. XIX, 111—132, 1942.

⁷⁾ Ahmadd, H. M.: Thailand. Land der Freien. Leipzig 1943.

Credner, W.: Siam. Das Land der Tai. Stuttgart 1942.

v. Eickstedt, E. Frhr.: Siam und Laos, das Tai-Problem und die Chinoisants. Z. Rassenk. X, 1—67, 1939.

Migliorini, E., Zampaglione, G., Vismara, M.: La Thailandia. Geografia, storia, politica e costituzione, economia e comunicazioni. Milano-Messina 1941.

Kmer nie überwinden können. Ihr Untergang, der Untergang eines der glanzvollsten Reiche des Fernen Ostens, wird damit eingeleitet.

Das bedeutet zugleich die politische Zurückdrängung einer in typologischer Hinsicht weitgehend weddid bestimmten Bevölkerung. Lebten und leben diese Weddiden doch nicht nur in den Bergen von Kambodscha und der Kordillere, sondern auch in den einst sehr sumpfigen Talebenen des Menam und Mekong. Wohl mit der Verbreitung des Reisbaus, der vielleicht mit einer palämongoliden Oberschicht oder Einsickerung kam, wurde der sonst nur in den Wäldern vertretene weddide Typus dann auch an den Boden der breiten Talniederungen gebunden.

Die Neuankömmlinge aber, die Taisprecher aus den südjünnanischen Randlandschaften, trugen einen anderen Typus. Zwar lebte von dem einstigen mittelsiniden Blut kaum noch etwas in ihnen nach. Siedler und Ritter schoben sich vor und suchten möglichst viele der Einheimischen für sich zu gewinnen, wie es auch bei den Flüchtlingen aus Ba der Fall gewesen war. Das Weitersickern von Taikultur und Taisprache ist auch heute noch in den Basaren und Weilern zwischen den Bergen von Laos und beim Marsch über die Urwaldberge in den Hütten der Ka deutlich zu verfolgen. Der Vorgang ist noch lange nicht abgeschlossen. Die einstige Oberschicht hat sich inzwischen physisch längst der Vorbevölkerung angeglichen, weil sie die führenden Familien aufzog, wie ja auch die Chroniken schildern, und trägt daher jetzt gleichen Rasantypus wie sie, wie der Augenschein lehrt. So wird eine neue palämongolide Welle gegen den weddiden Süden vorgetragen. Das einstige sinide Taiblut ist verronnen, die Taisprache dagegen hat sich weitergeschoben.

Gleichzeitig hatte das große Druckzentrum des Nordens auch wieder einmal eine stillruhende Rassenmasse aktiviert. Denn die neuen Tai von Dvaravati — jetzt Lopburi — und von Sukotai, die alsbald zu dem großen *Muong Thai*, dem Land der Thai zusammenschmolzen, gingen jetzt mit den Wellen ihrer weddo-palämongoliden Bevölkerung gegen die Kmer vor. Ihre neue Hauptstadt Ayuthia lag schon hart an der Grenze gegen das alte Kmerreich. Wie dieses hier im Westen von den Thai, so ist es zudem auch im Osten von den Tcham und alsbald Annamiten bedroht.

Das heißt aber nichts anderes, als daß sich jetzt Westarm und Ostarm der dynamischen Zange zu nähern beginnen. Hinterindien ist Sackgasse. In der Bauchung seines südlichen Bodens beginnen sich jene dynamischen Ströme, die vom Block der Barbaren am Jangtse auseinandergetrieben worden waren, wieder zu nähern. Und so setzt für die Kmer ein Druck von zwei Seiten ein, und zudem ein Druck, vor dem es kein Ausweichen mehr gibt. Das wird ihr Untergang.

HÄFEN UND STRÖME ASIENS

Sehr geehrte Herren!

Der Beitrag Ihres Mitarbeiters Werner C. Krug (Juniheft 1955) über Afrikas Verkehrsprobleme reizt mich, die beiden

großen afrikanischen Flüsse Niger und Kongo mit den großen Strömen Asiens zu vergleichen, dem Euphrat-Tigris, dem Ganges-Brahmaputra, dem Mekong in

Notton, C.: Annales de Siam. I. Chronique de Suvanna Khamdeng; Suvanna K'ôm Khâm; Sinhahavati. II. Chronique de La: p'un; histoire de la dynastie Cham't'évi. III. Chronique de Xieng Mai. 3 Vols. Paris 1926—1932.

Schulze, D.: Das politisch-geographische und geopolitische Kräfteverhältnis zwischen den drei chinesischen Südwest-Provinzen (Jün-nan, Kwang-si, Kuantung), British-Birma und Französisch-Indochina im Spiegel der Geschichte. Diss. München, Heidelberg 1940.

Wood, W. A. R.: A History of Siam. London 1926.

Südostasien, dem Hoangho und dem Jangtse in China. Als Verkehrswege sind diese Ströme erheblich wichtiger als die großen Flüsse Afrikas.

Kennzeichnend für unsere Zeit ist, daß ihre Mündungen in den Händen asiatischer Nationen liegen. Mit Ausnahme der sibirischen Flüsse Jenissej, Lena und Amur stehen die großen Binnenwasserstraßen Asiens nicht mehr unter der Kontrolle europäischer Mächte.

Vor knapp 200 Jahren legte in der Schlacht von Plassey die Ostindische Compagnie den Grund für das im 19. Jahrhundert errichtete britisch-indische Kaiserreich. Nachdem England mit dieser Schlacht die französischen Kolonialansprüche ausgeschaltet hatte, mußte es nur noch mit den einheimischen Staaten der Mahratten, der Sikhs usw. um die Herrschaft über das alte Kaiserreich kämpfen. Den Grundstock für alle späteren Gebietserwerbungen legte jedoch die Gewinnung des Ganges und des Brahmaputra-Deltas durch die Schlacht von Plassey.

Frankreich hat sein Kolonialreich in Indochina errichten können, als es den Mekong unter seine Herrschaft gebracht hatte. Hier folgte ebenso der Handel der Flagge wie die Flagge dem Handel.

Heute sind Kalkutta, Bombay, Madras und Karatschi noch immer große Handelszentren, obwohl die Europäer nichts mehr in diesen Häfen zu sagen haben. Saigon ist nicht mehr von Frankreich, sondern von den Völkern Indochinas abhängig. Auf dem Jangtse fahren weder britische noch andere ausländische Kanonenboote.

Nur noch Aden in Arabien und Singapur in Malaya sind bedeutende Stützpunkte kontinentfremder Flotten. Sonst ist die gesamte Küste Asiens vom 120. Längengrad bis zum Persischen Golf frei von kolonialer Herrschaft.

Das Schicksal der Häfen und Ströme spiegelt die politischen Ereignisse, die sich 1955 mit der Konferenz von Bandung angekündigt haben.

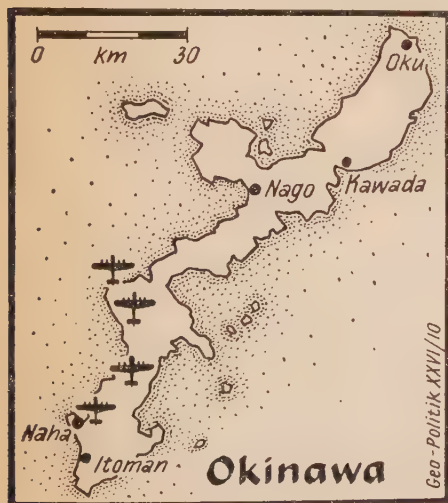
G. L. Schanzlin

STÜTZPUNKT OKINAWA

Nach dem Koreakrieg wurden sich die USA darüber klar, daß Okinawa eine günstige Möglichkeit zur Anlage eines Stützpunktes vor dem asiatischen Festland bietet. Sie sind nicht mehr bereit, die Insel an Japan zurückzugeben. Im Sommer 1955 brachten sie dort Atomgeschütze an

Land, die damit zum ersten Male in Ostasien auftraten. Die amerikanische Garnison zählt 30 000 Mann. Die Flughäfen Kadena und Naha gehören zu den größten Ostasiens. Im Zweiten Weltkrieg waren am Ende 182 000 Mann auf Okinawa stationiert. Die Insel wird jetzt so ausgebaut, daß sie sogar noch größere Truppenmengen aufnehmen kann. Sobald die nötigen Gebäude errichtet worden sind, soll die 3. Division der Marineinfanterie, die heute auf viele Garnisonen zwischen Japan und Hawaii verteilt ist, geschlossen nach Okinawa verlegt werden. Nach amerikanischer Ansicht bietet Okinawa bessere Anflugmöglichkeiten gegenüber dem Festland als jeder andere Stützpunkt vor der asiatischen Küste.

Aus militärischen Gründen haben die Amerikaner Okinawa praktisch zu ihrer Kolonie gemacht. Ihr ostasiatischer Oberbefehlshaber, General Lemnitzer, führt den Titel eines Gouverneurs der Ryukyus. Er läßt sich durch ein Inselparlament von 29 Abgeordneten beraten, ernennt jedoch seinerseits den Regierungschef.



Die Chinesen in Südostasien

Jede chinesische Gemeinde in Südostasien hat eigene Probleme, die ihre Wohlfahrt und ihr Überleben bestimmen. Diese sollen für die einzelnen Länder gezeigt werden.

Die Philippinen

Obzwar es auch auf den Philippinen eine einviertel Million zählende chinesische Minderheit gibt, die verschiedenen wirtschaftlichen Beschränkungen unterworfen ist (erst wieder 1954 hat die Regierung scharfe Gesetze erlassen, die sich gegen den Kleinhandel der Chinesen richten und sie unter anderem auch daran hindern, ihr Geschäft an Chinesen zu vererben) und obzwar es ziemlich sicher ist, daß die einheimische bewaffnete Widerstandsbewegung der Hukbalahap (die sich inzwischen aufgelöst hat) im Anfang von den chinesischen Kommunisten materiell unterstützt worden ist, sieht es heute nicht so aus, als ob die Philippinen in die Eroberungspläne Peking einbezogen wären, wenigstens vorläufig nicht. Sie wissen, daß sie einstweilen mit der chinesischen Minderheit dort nicht rechnen können. Es ist eine Tatsache, daß die Chinesen auf den Philippinen, besonders in der zweiten Generation, alle den Wunsch haben, im politischen Leben des Landes aufzugehen. Sie halten sich frei aus der Kuomintang-Kommunisten-Kontroverse, doch kommt der Hauptteil der überseeischen Unterstützung für Tschiang Kai-schek von den Philippinen.

Das kann man auch verstehen, wenn man den sozialen Aufbau der dortigen chinesischen Gemeinden, dann die philippinische Innenpolitik und das Verhältnis der Philippinen zu den Vereinigten Staaten betrachtet. Die Chinesen sind in der überwiegenden Mehrheit erfolgreiche Geschäftsleute. Man denke nur an das gewaltige Unternehmen der Brüder Sy Cip, das alles einzuschließen scheint von Metallwarengeschäften in Manila bis zu den winzigen *tiendas* im üppigen Flachland. Die Landwirtschaft der Philippinen würde zusammenbrechen, wollte man die Chinesen aus dem Geschäftsleben herausnehmen. Der chinesische Anteil an Handel und Industrie steht gleich hinter dem der Amerikaner. Weil ihre eigene Wohlhabenheit so eng mit amerikanischen Interessen verflochten ist, sind die Führer der chinesischen Gemeinden erbitterte Gegner der Kommunisten. Sie machen gemeinsame Sache mit den Amerikanern und Filipinos, die selbst kommunistenfeindlich sind, sowohl zu Hause wie auch im Ausland.

Thailand

Thailand, das „Land der Freien“ (vielen Westländern noch als Siam bekannt), ist das einzige Land in Südostasien, das sich niemals unter der kolonialen Herrschaft des Westens befunden hat. Überhaupt ist es das älteste freie Land in diesem Raum. Von den 18,6 Millionen Einwohnern (nach der Zählung von 1950) sind 3 Millionen Chinesen, die einen großen Teil des Reichtums des Landes besitzen. Die Thai sträuben sich gegen die Beherrschung des Handels durch die Chinesen, und die Tatsache, daß die Chinesen sich jeder Assimilierung mit ihnen entziehen und daß sie auf der doppelten Staatsangehörigkeit bestehen, macht sie ihnen noch mehr verdächtig.

Der sonst wohlwollende Diktator Pibul Songgram setzt seine Politik der Benachteiligung der Chinesen fort. Er hält sie fern von gewissen Handels- und Gewerbetätigkeiten. Die Einwanderung ist gestoppt. Er hat auch Geldüberweisungen schwierig gemacht. Nach einem im Frühjahr erlassenen Gesetz muß jeder Ausländer (gemeint ist jeder Chinese) einen jährlichen Beitrag zu seiner Registrierung von 400 *Tical* (ungefähr 90 DM) zahlen, was der Durchschnittschinese nicht aufbringen kann. Will ein Chinese trotzdem ins Land und auch dort bleiben, so hat er vorher mit dem richtigen Beamten ein finanzielles Abkommen zu treffen, wie ja überhaupt sämtliche Handels- und sonstigen Einschränkungen der Regierung eine wahre Goldgrube für die thailändische Beamtenschaft und Polizei sind.

Die kommunistische Gefahr nähert sich Thailand nicht nur von Laos und Kambodscha, also von Nordosten und Osten, sondern auch aus den Dschungeln Malayas, also vom Süden her. Man wird sich erinnern, daß in den letzten zwei Jahren die Vietminh dreimal mit Blitzgeschwindigkeit in Laos eingedrungen waren und nach ihrem Rückzug jedesmal ein paar Tausend politische und militärische Agenten zurückgelassen hatten, die nun die Bauern in kommunistische Partisaneneinheiten hineintreiben. Auch wird man sich erinnern, daß die Kommunisten auf der Genfer Ostasienskonferenz auf der Zurückbehaltung gewisser Enklaven bestanden, die sich praktisch über das ganze nordöstliche laotische Gebiet bis zur chinesischen Grenze erstrecken. Auch in Kambodscha operieren einige Tausend Partisanen des „Freien Kambodscha“ nahe der Thailandgrenze. Kommunistische Agenten haben viele in den südlichen Provinzen wohnende Chinesen für die sogenannten *Min Yuen*-Gruppen geworben, die dort als Kundschafter, Proviantaufreiber, Erpresser und Partisanen tätig sind. Die Gefahr aus dem Süden macht den thailändischen Behörden Sorge, um so mehr, als der Feind nicht zu fassen ist und die thailändischen Chinesen, aus Angst vor Vergeltung, keine Anzeigen erstatten.

Die chinesischen Kommunisten in Thailand sind im Untergrund, aber ihre Tätigkeit ist ganz offen, wenn man von der Verbindungsarbeit mit der befreundeten KP Thailands und den Terroristen in Malaya absieht, die geheim betrieben wird. Die Partei hat einen typischen Apparat mit einem Zentral-Exekutivausschuß, einem ständigen Ausschuß und einem Sekretariat. Sie hat eine Mitgliederliste, deren Namen wohl bekannt sind. Sie hat offene Presseverbindungen, Schulen und eigene Buchläden. Pibuls radikal chinesenfeindliche Politik unterstützt die kommunistischen Absichten. Die Kommunisten machen geltend, daß Loyalität für die Chinesen unmöglich sei, solange man ihnen keine politischen Rechte gebe.

Kommunistische Unterwanderungstaktik brachte gute Ergebnisse. Die Kommunisten haben einen Keil in den Zentralbund der Arbeitergewerkschaften getrieben und haben sich auch unter den leitenden Persönlichkeiten der Handelskammer breit gemacht. Sie haben es fertig gebracht, daß die thailändische Presse die am meisten linksstehende in ganz Südostasien ist. Thailänder werfen den Chinesen auch vor, daß ihre Schullehrer radikal seien und daß sie kommunistische Lehrbücher und Lehrmethoden eingeführt hätten. Die Regierung hat aus diesem Grunde vor einigen Monaten die höheren Schulen der Chinesen geschlossen, ohne ihnen andere Bildungsmöglichkeiten zu geben, und den Lehrplan der Elementarschulen stark auf Thailän-

disch ausgerichtet. Sie hat kürzlich auch Hunderte von Chinesen wegen kommunistischer Agitation verhaftet.

Kein Wunder deshalb, daß die meisten Chinesen, gleich wie ihre sonstige politische Einstellung ist, die wachsende Macht Peking gerne sehen. Ein starkes China heißt wahrscheinlich einen größeren Schutz für sie. Wer die Verhältnisse dort einigermaßen kennt, weiß, daß, wenn auch alle reichen Chinesen in einträglicher Geschäftsverbindung mit den thailändischen Beamten stehen, der größte Teil von ihnen zu den Kommunisten überlaufen wird, sobald ihnen die Zeit reif dazu erscheint.

Man findet es auch verständlich, daß die Chinesen (und nicht nur diese) die Rückkehr von Pridi Phanomjong, dem Gegenspieler Pibuls, aus seinem Exil in China wünschen. Der frühere Erstminister Pridi, der von Zeit zu Zeit über Radio Peking die thailändische Bevölkerung auffordert, die Regierung zu stürzen, ist eng verbunden mit der Gründung und Organisierung der „Thai Autonomen Volksrepublik“ in der an Burma grenzenden chinesischen Provinz Jünnan. Die Schaffung dieser sogenannten autonomen Regierung läßt die thailändische Regierung nicht ruhig schlafen. Sie weiß, daß es chinesischen „Freiwilligen“ offen steht, von China aus in Thailand und Burma zur „Befreiung“ des Thai „Brudervolkes“ jederzeit einzufallen. Sie fürchtet auch, daß *Sibsongpanna*, wie die Thai ihre ursprüngliche Heimat in Südchina nennen, aus der sie im 13. Jahrhundert unter Kublai Chan endgültig vertrieben worden sind, der Sitz und die Exilstätte aller mit dem Pibulregime unzufriedenen und kommunistenfreundlichen Thailänder werden könnte, von wo aus sie ihre Agenten zum Betreiben von Propaganda und politischen Intrigen in die Länder auszusenden nicht zögern werden, die nach dem Beschluß Peking einmal zu „Großthailand“ zusammengefaßt werden sollen.

Burma

In Burma wohnen nur 300 000 Chinesen. Sie sind dort fast ausschließlich Kaufleute und Handwerker, welcher Umstand für die Kommunisten nicht günstig ist. Aus irgendeinem Grunde verschmelzen sie sich auch mit den Burmesen leichter als mit anderen Völkern Südasiens. So bilden sie in Burma ein viel geringeres Minderheitsproblem, als es zum Beispiel die Inder sind. Der freiwillige Rückzug der Engländer aus Burma machte es den Kommunisten unmöglich, mit nationalistischen Losungen zu operieren. Die burmesischen Kommunisten, stark untereinander gespalten, stehen noch immer im militärischen Aufstand gegen die Regierung, die überhaupt einen schweren Stand hat, nicht nur gegen diese, sondern auch gegen die verschiedenen völkischen Minderheiten und nicht zuletzt gegen die Kuomintang-Soldaten, die hier immer noch, nach ihrer Abdrängung aus China als Folge des kommunistischen Sieges, einen ganzen Gebietsstreifen im Norden des Landes innehaben und die Umgebung terrorisieren.

Burma war eines der ersten Länder, die das Peking-Regime anerkannt haben. Diese Politik war selbstverständlich nicht von Sympathie zur Volksrepublik China ausgelöst, sondern von dem Wunsch, sich mit einem potentiell gefährlichen Nachbarn gut zu stellen, mit dem das Land eine gemeinsame Grenze von sechzehnhundert Kilometer Länge besitzt.

Die chinesischen Kommunisten in Burma ziehen es vor, über eine Tarnorganisation, die Demokratische Liga, statt mit den einheimischen burmesischen kommunistischen Parteien zu arbeiten. Mit Unterstützung der chinesischen Botschaft sind sie in die chinesischen Schulen eingedrungen, und es ist ihnen auch gelungen, einen großen Teil der Presse für sich zu erobern. Doch ist ihr Arbeitsfeld durchaus nicht übersichtlich. Der Widerstand gegen die Kommunisten hat sich in der letzten Zeit sehr versteift, und die Regierung ist nicht ohne Erfolg, besonders gegen ihre offenen Gewaltakte.

Vietnam

Vietnam ist ein wichtiges, wenn auch nicht das wichtigste, Vorfeld der kommunistischen Eroberungspläne. Wie große Fortschritte die Kommunisten dort gemacht haben, ist allgemein bekannt. Genf bezeichnet nicht nur den gegenwärtigen Stand der Dinge, sondern auch ihren voraussichtlichen Verlauf.

Über die chinesische Minderheit in Vietnam ist vor allem dies zu sagen, daß sie, allem kommunistischen Getue zum Trotz, bei den Einheimischen hier unbeliebter sind als sonstwo in Südostasien. Es leben in Vietnam ungefähr eine Million Chinesen, die meisten im südlichen Teil. Cholon, eine Vorstadt Saigons, ist neben Singapur die größte chinesische Stadt des *Nanjang*, wie man die südlichen Länder nennt.

Die Chinesen betrachten die Vietnamesen als kulturell minderwertig, wobei sie wenig Unterschied zwischen den kulturell hochstehenden Tonkinesen, Annamiten und Khmer und den primitiven Völkern der Lolo, Miao, Moi und anderen zu machen scheinen. Die Vietnamesen, besonders die Annamiten, schauen auf die Chinesen mit einer Mischung von Neid, Bewunderung und Groll. Der jahrhundertelange Kampf um ihre Unabhängigkeit bewahrt schmerzliche Erinnerungen. Die Plünderung des Landes durch chinesische Truppen, die Ende 1945 zur Übernahme der japanischen Kapitulation über die Grenzen strömten, ist noch nicht vergessen. Daß Hunderttausende vor den Vietminh, die man als eine von den Chinesen geschaffene und geleitete Macht fürchtet und verabscheut, ihre Heimat verlassen mußten, bekommt nun die chinesische Minderheit zu fühlen. Dazu kommt noch der Haß, der, wie in den anderen Ländern, in der Beherrschung der Wirtschaft durch die Chinesen seine Nahrung findet.

Aus Nordvietnam, wo in den beiden Städten Hanoi und Haiphong nicht mehr als 100 000 Chinesen wohnten, soll vor dem Einmarsch Ho Tsch-minhs der größte Teil ausgezogen sein. Es läßt sich denken, daß nur die ärmsten zurückgeblieben sind. Aber auch in Südvietnam und Kambodscha (in Laos gibt es wenig angesiedelte Chinesen) sehen sie mit Unbehagen auf die Schwäche ihres politischen Status. Da ist erstens einmal die Möglichkeit, daß das Land mit Hilfe der Amerikaner doch noch vor dem Kommunismus gerettet werden kann, welche Hilfe ihnen übrigens manchen hübschen Piaster heute zurückläßt. Gleichzeitig kann man auch nicht die Stärke Ho Tsch-minhs und Mao Tse-tungs übersehen. Von Ho läßt sich erwarten, daß er, wenn er ganz Vietnam übernimmt, wirtschaftliche Maßnahmen ergreift, die den gegenwärtigen Wohlstand der Chinesen sehr beeinträchtigen würden; anders wiederum könnte man annehmen, daß, im Hinblick auf die enge Verbundenheit Hos mit Peking, die Chinesen nicht allzu schlecht fahren werden, möglicherweise nicht schlechter als jetzt mit den Vietnamesen. Im Augenblick müssen sie sich, genau so wie in

Thailand, mit zwei Seiten gut stellen. Sie zahlen Steuern an die Vietnams und Erpressergeld an die Vietminhs.

Die chinesischen Kommunisten gehen hier sehr vorsichtig vor. Sie arbeiten Hand in Hand mit der einheimischen Kommunistischen Partei. Aber sie müssen die Kräfte ihrer Widersacher dauernd beobachten und sich gleichzeitig davon überzeugen, daß die Abneigung der Bevölkerung gegen die Chinesen nicht ihre Neigung für die Kommunisten überwiegt.

Laos

In Laos, wo ein kommunistisches Heer von dreitausend Mann die zwei nördlichen Provinzen besetzt hält und sich in einem fortdauernden Kleinkrieg gegen die Regierung befindet, ist die kommunistische Gefahr für das Land akut. Peking behauptet, daß die „demokratisch-laotischen Truppen“ sich mit Recht in den an Nordvietnam grenzenden Provinzen befänden, die ihnen im Genfer Abkommen als „Enklaven“ zugesprochen worden seien. Die „Angriffshandlungen“ der Regierungstruppen schafften daher, so warnt Peking, eine ernste Lage.

Kambodscha

Dagegen haben sie in Kambodscha einen Rückschlag erduldet. Dort hat der ehemalige Prinz Narodom als Führer der Volkssozialistischen Partei kürzlich einen überwältigen Wahlsieg errungen, und man sollte deshalb annehmen können, daß er gegen die kommunistischen Enklaven, die sich entlang der Thailgrenze hinziehen, mit Erfolg vorgehen und mit den Partisanen, die immer noch im Norden, Westen und Südwesten des Landes operieren, bald aufräumen wird. Die chinesische Minderheit zählt ungefähr 300 000 Menschen, was ein Zehntel der Gesamtbevölkerung Kambodschas ausmacht. Wahrscheinlich wird sie Narodom in scharfe Kontrolle nehmen. So gut wie sie es unter den Franzosen gehabt hatten, werden sie es jedenfalls nicht mehr haben.

Singapur, Malaya, Britisch-Borneo

In der britischen Kronkolonie Singapur und im Bundesstaat Malaya bilden die Chinesen die stärkste Minderheit in ganz Südostasien. Von zehn Einwohnern Malayas sind vier Chinesen. Singapur ist unter seinem britischen Anstrich eine chinesische Stadt; sie bilden dort 80 v. H. der Einwohnerschaft. Sie leben in Singapur sozusagen auf großem Fuße, und man sollte deshalb folgern, daß sie gegen das kommunistische Peking-Regime eingestellt seien. Liest man aber die Zeitungen und horcht man sich in allen Schichten der Bevölkerung um, so stellt man mit Erstaunen fest, daß das Gegenteil der Fall ist und daß die meisten (und ihre Zahl wird täglich größer) für Peking sind. Jedenfalls sind nur wenige gegen Peking. Sie sind allerdings alle gegen den Dschungelkrieg, wenn aus keinem anderen Grunde, als daß er ihnen täglich den Gegenwert von einer halben Million DMark an Steuergeldern kostet. Die Kommunisten sind seit 1948 in bewaffnetem Aufstand. Sie lösten eine Terrorkampagne aus mit Brand, Streik und Mord gegen Ladenbesitzer, Lehrer und Vorarbeiter, die der Kuomintang angehörten, doch sind auch die europäischen Leiter der Kautschukpflanzungen und Zinnbergwerke ihre Opfer.

Das Zentralexekutivkomitee der Malaiischen KP gibt seine Anordnungen an die Partisanen, die zu neun Zehntel Chinesen sind und die es Nationale Befreiungsarmee nennt. Gegen diese heute noch schätzungsweise 4000 Mann zählenden Terroristen stehen nun seit mehr als sieben Jahren 35 000 Mann regulärer britischer Truppen, eine Polizeitruppe von 50 000 Mann und eine malaiische Heimwehr von 175 000 Mann im Felde. Es wird jedes Jahr mit der Unterdrückung des Terrors besser, doch liquidiert ist er noch lange nicht, obschon man dies jedes Jahr erwartete. Die im September 1955 für die Terroristen verkündete Amnestie könnte möglicherweise die Auflösung der Banden mit sich bringen. Doch wäre dazu zu sagen, daß sich die Kommunisten in Malaya schon seit längerer Zeit von einer Unterwanderung der bestehenden politischen Parteien mehr versprechen als von der Fortsetzung des bewaffneten Terrors.

Als nebenlaufende Maßnahme tun die Briten alles, um die Selbstverwaltung Malayas und Singapurs auf sichere Beine zu stellen, schon um den Kommunisten den Wind aus den Segeln zu nehmen und die Chinesen nicht zu verärgern, deren Hilfe sie brauchen. Doch die Chinesen zögern, sich für irgendeine Seite festzulegen. Gewiß haben nur wenige etwas für den Kommunismus übrig, und die MCA (*Malayan Chinese Association*) hat mit ihrer Losung „ein Land, ein Volk, eine Regierung“ viele Chinesen für die Einsicht gewonnen, daß die Terroristen das größere und die Briten das kleinere Übel seien, nach deren Abzug aus Malaya und Singapur die Kommunisten wahrscheinlich bald die Macht hier übernehmen würden. Aber sie können es sich einfach nicht leisten, ihre wahre Einstellung offen zu zeigen. Sie wehren sich nicht gegen die kommunistische Unterwanderung, deren Erfolg an dem Anwachsen der radikalen Arbeitergewerkschaften und der Kontrolle aller höheren Schulen durch die Kommunisten zu sehen ist. Die Partei der Volksaktion (*People's Action Party*), die in die 1955 gegründete Gesetzgebende Versammlung Singapurs gewählt worden ist (sie hat 3 von den 25 Sitzen), ist zweifellos eine kommunistische Tarnorganisation, die dafür sorgt, daß diese sonst ruhige und sichere Kolonie seit sechs Monaten durch unaufhörlichen Streik und Aufruhr in Spannung gehalten wird.

Der Ausgang der erwähnten Wahlen in Singapur und der darauffolgenden Wahlen in Malaya hat übrigens bewiesen, was schon längst klar war, daß nämlich das Bestreben der Briten, eine Loyalität für Malaya bei allen Bewohnern zu entwickeln, an der Existenz der chinesischen Minderheit scheitern muß. Indische und andere Minderheiten werden bei der Stange bleiben, die chinesische nicht. Die Erfahrung lehrt, daß der Chinese auch dann, wenn er sich „Malaie“, „Indonesier“ oder „Amerikaner“ nennt, auch wenn er seine Muttersprache schlecht oder gar nicht spricht, auch wenn er die westlichen Lebensformen, vielleicht gar die westliche Art zu denken angenommen hat, sich immer noch als Chinese fühlt und sein Chinesentum auch jederzeit vertritt.

Nun kommt noch hinzu, daß seit sechs Jahren das Bestehen eines geeinigten und starken China auf seinen Nationalstolz wirkt und in ihm einen Patriotismus erweckt, der ihm früher völlig fremd war. In jeder dritten oder vierten Straße Singapurs sieht man jetzt Abendschulen, wo sich englisch erzogene Chinesen das *Guo-Jü* (chinesische Reichssprache) verstohlen und beschleunigt aneignen, um nachher in Versammlungen die Volksmenge in der vorher hier nicht gehörten Peking Mundart anzusprechen.

Unter der chinesischen Minderheit in Britisch-Nordborneo und Sarawak, die insgesamt 220 000 Menschen zählt, besteht keine offene kommunistische Tätigkeit. Es ist hier auch kein Boden für den Kommunismus. Einwanderung von Chinesen wird von den Briten allerdings nicht geduldet. Man will die einheimische Bevölkerung vor der ungestümen wirtschaftlichen Betriebsamkeit der Chinesen so weit wie möglich schützen.

Indonesien

In Indonesien wohnen die zwei Millionen Chinesen über die ganze Inselgruppe verteilt, doch ihr größter Teil lebt in den großen Städten, wo sie im Mittel- und Kleinhandel tätig sind. Als Besitzer von Kautschukpflanzungen, Bergwerksunternehmen und Ölquellen stehen sie gleich hinter den Holländern. 70 v. H. sind in Indonesien geboren, der Rest sind Einwanderer jüngeren Datums. Die dort geborenen Chinesen, *Peranakan* genannt, schauen anders auf das Leben als die Einwanderer, die man dort *Totok* nennt. Die *Peranakan* sind oft indonesischer als die Indonesier. Sie sprechen zu Hause malayisch oder holländisch, können chinesisch weder lesen noch schreiben, lassen ihre Söhne Beamte werden und interessieren sich für indonesische Politik. Sie wollen nicht 10 oder 12 Stunden arbeiten wie die *Totok*. Was China betrifft, so sind sie von den Entwicklungen in der alten Heimat weniger beeindruckt als die *Totok*.

In der Vergangenheit hatten die Indonesier nichts für die Chinesen übrig. Sie waren ihnen zu holland-freundlich, und sie nützten ihren scharfen Geschäftssinn, wie auch sonst überall, zum Nachteil der Indonesier aus. Gleich nach Beendigung des Krieges kam es vielerorts zu blutigen Pogromen gegen sie, und der Groll schwelt weiter auf beiden Seiten. Durch ihre Schwarzmarktgeschäfte waren die Chinesen die einzigen, die während der ersten unruhigen Zeit nach erlangter politischer Selbständigkeit prosperierten, und heute ist es nicht anders.

Die chinesischen Kommunisten haben von allen übrigen Ländern hier vielleicht die besten Fortschritte gemacht. Sie haben sehr aktive Tarnorganisationen und arbeiten mit der indonesischen KP zusammen. Sie werden von der chinesischen Botschaft geführt, deren Personal mehr Zeit zur Lenkung von Aktionen verwendet als zur Ausübung ihrer diplomatischen Funktionen. Die meisten Lehrer in den chinesischen Schulen sind für Peking. Wie überhaupt hier bemerkt werden muß, daß in den Schulen der Überseechinesen die prokommunistischen Lehrer von Peking eine Unterstützung von einem Viertel ihres Gehaltes bekommen.

Die chinesische Presse vertritt zwar Überzeugungen vom radikalen Kommunismus bis zur offenen Unterstützung Tschiang Kai-scheks, und die wirtschaftlichen und landmannschaftlichen Vereine sind ähnlich gespalten, aber man merkt, wie rasch der Kommunismus dort an Boden gewinnt. Diese Erfolge hat die indonesische Regierung des Dr. Harahap veranlaßt, sich endlich eingehend mit den chinesischen Problemen zu befassen. Die Geldüberweisungen nach China sind schon früher erschwert worden, und die Einwanderung ist so gut wie unterbunden.

Dazu kommt immer wieder die Frage der doppelten Staatsangehörigkeit, die für die Regierung brennend geworden ist. Während der Bandung-Konferenz wurde versucht, eine Lösung dieses Problems für Indonesien zu finden. In einem Vertrag zwischen Indonesien und der Volksrepublik China wurde bestimmt, daß die dort

wohnenden Chinesen innerhalb von zwei Jahren zwischen der chinesischen und indonesischen Staatsangehörigkeit optieren müssen. Man kann allerdings mit Recht bezweifeln, ob die Optanten für die indonesische Staatsangehörigkeit dann aufhören, Chinesen zu sein, selbst wenn sie sich die größte Mühe dazu gäben. Die Indonesier selbst lassen es dazu nicht kommen.

Das Problem der doppelten Staatsangehörigkeit ist gegenwärtig im *Nanjang* eines der größten. Sie muß immer zu Schwierigkeiten führen, da jedes Land nun einmal auf Loyalität aller seiner Bürger bestehen muß. Das ist ja auch das Problem, dem sich die Chinesen in Malaya gegenübergestellt sehen. Es ist heute schwer, konkret festzulegen, wen die chinesische Bevölkerung rechtlich umfaßt. In Thailand und Vietnam wird eine Person, die nicht von den Konsulatsbehörden (es gibt in diesen Ländern nationalchinesische Konsulate) geführt wird, als Bürger des Landes betrachtet. In Burma nehmen aus gemischten Ehen die Knaben die chinesische, die Mädchen die burmesische Staatsangehörigkeit an. Sonst steht die Frage der Staatsangehörigkeit, ebenso wie in Malaya, vollkommen offen.

GEOPOLITISCHE DISKUSSION IN FRANKREICH

Am 6. 5. 1955 fand in der Pariser Universität die 11. *Conversation franco-allemande* statt, über die das Bulletin: *Allemagne* in Nr. 38/39 (August-November 1955) auf Seite 13 berichtet. Den Vorsitz führte Professor Brunschwig von der *Ecole Nationale de la France d'Outre-Mer* und dem Institut für Politische Studien. Die Diskussion fand statt zwischen dem Geographen der Technischen Hochschule München, Professor Hartke, und Professor Dresch von der *Sorbonne*.

Der Vorsitzende stellte in seiner Einleitung fest, daß die Geopolitik die „offizielle Doktrin“ des Nationalsozialismus gewesen sei. Es sei daher notwendig, sich heute zu fragen, was man sich eigentlich unter Geopolitik vorzustellen habe. Der deutsche Geograph sei für diese Diskussion als Vertreter der Anthropogeographie qualifiziert, der Franzose als Nachfolger eines Vidal de La Blache.

Professor Hartke begann mit der offenen Feststellung, daß man vielerorts innerhalb und außerhalb Deutschlands Geopolitik für einen wissenschaftlichen Irrtum, eine verfehlte Ideologie und außerdem für eine deutsche Erfindung halte. Dieser Meinung gegenüber erinnerte er daran, daß der Begriff keineswegs aus Deutschland stamme, er erwähnte den Schweden Kjellén. Er wies auf die gegenwärtige Wiedergeburt der Geopolitik in den USA hin. Wohl aber stimmte Professor Hartke dem Vorsitzenden darin

zu, daß die Geopolitik eine „Doktrin“ des Nationalsozialismus gewesen sei. Sie habe zuerst Erfolg gehabt, sei schließlich unter Blut, Schweiß und Tränen für die gesamte Welt gescheitert. Daher sei es verständlich, daß zunächst die Geopolitik, dann die Geopolitiker verantwortlich für nationalsozialistische Handlungen gemacht worden seien. In den Augen der Welt habe Haushofer erst Hitler die Ideologie geliefert. So sei bei vielen Beurteilern dieser Professor, der zugleich Offizier war, zum Sündenbock für den Nationalsozialismus geworden. In seiner Person habe man die deutsche Wissenschaft als Ganzes angegriffen. Man werfe ihm vor, daß er einen nützlichen wissenschaftlichen Ansatz dem Mißbrauch zur Verfügung gestellt habe.

Die zeitweilige Volkstümlichkeit der Geopolitik sei damit zu erklären, daß die Tagespolitiker nach einer geistigen Rechtfertigung für ihre Aktionen suchten. Die Wissenschaft müsse diese Rechtfertigung bieten, seit die Kirche oder das Machtwort eines Fürsten allein nicht mehr genügten. Man habe gerade in Frankreich damit begonnen, wissenschaftlich erkennbare Naturgesetze zur Rechtfertigung politischer Handlungen heranzuziehen. Das habe Vauban getan, dann Montesquieu, später die deutschen Philosophen – Fichte, Herder und Hegel –, schließlich die großen Gelehrten des 19. Jahrhunderts, in Deutschland Humboldt, Ritter und

Ratzel, danach die amerikanischen und britischen Ostfachleute Mackinder, Markham, Semple, Huntington, van Valkenburg, Zeitgenossen Haushofers. Herder habe die Mutter Erde als ein von Gott geschaffenes Mittel zur Erziehung des Menschengeschlechts aufgefaßt, das sich den gegebenen Möglichkeiten und Grenzen anpassen müsse. Der Staat habe die Aufgabe, diese Anpassung zu erreichen. Gott habe Boden und Klima, geographische Lage und Volkscharakter vorausgegeben. Man könne sich in der Beurteilung der Möglichkeiten täuschen, bleibe aber stets an das Naturgesetz gebunden. Die Naturwissenschaft müsse dem Menschen helfen, ein Gott wohlgefälliges Leben zu führen. Hier liege, so meinte Prof. Hartke, der Ursprung der Lehre vom Raum, den man sich im Sinne von Kjellén als natürlichen Lebensraum vorgestellt habe. Von diesem Punkt gingen die Theorien über den Raum aus, über den Lebensraum eines Volkes, über das *Mare Nostrum*, über Freiheit der Meere, über die natürlichen Grenzen oder auch über die drohende Rache der Natur, wenn die Politik ihre Gesetze nicht achtet.

Daraus ergibt sich die Forderung nach einer Wissenschaft, die sich um eine einwandfreie Erkenntnis dieses naturgesetzlich vorgestellten Mechanismus bemüht. Verhältnismäßig einfach ist die Oberfläche der Erde wissenschaftlich zu beschreiben. Beim Klima entstehen schon größere Schwierigkeiten (z. B. ist es nicht leicht, die Grenze zwischen einer trockenen und feuchten Klimazone zu erkennen). Wieviel schwerer ist es, ein reiches und armes oder gar ein mächtiges und schwaches Land auch nur zu unterscheiden?

Prof. Hartke, der selbst den Lehrstuhl Ratzels innehat, betonte ausdrücklich, daß man diesem großen Gelehrten nicht vorwerfen dürfe, daß er von der Küstenformation aus Schlüsse über Politik und Charakter eines Volkes habe ziehen wollen. Zu Ratzels Zeiten habe man die Kausalzusammenhänge noch nicht besser beurteilen können. Ratzels Thesen seien daher Arbeits-hypothesen gewesen. Große Gelehrte wie Ratzel selbst hätten das auch stets gewußt.

Für die Masse sei ein geographischer Determinismus im Sinne des 19. Jahrhunderts erheblich leichter zu verstehen gewesen als die Physik der Gegenwart. Aus diesem Grunde hätten sich alte Kurzschlußtheorien bis heute leider auch im Schul- und Hoch-

schulunterricht halten können. Politiker hätten sich der so entstandenen Mythen auch absichtlich bedient. Ein Politiker könne wenig mit einem Gelehrten anfangen, der nur voller Zweifel für seine Thesen eintreten könne. Er sei daher versucht, von sich aus diese Zweifel außer Kraft zu setzen. In der Politik seien echte Charaktere nicht häufiger als etwa an der Universität. Es sei so einfach, alle Verantwortung dem Schicksal oder dem Führer oder der Geographie aufzubürden. Man brauche dann nur noch dem Naturgesetz oder der „Vorsehung“ zu gehorchen.

Auf diese Art ist man zu den Theorien vom Lebensraum oder vom „Herzland“ gekommen. In Amerika hat Spykman z. B. 1942 die Theorie von der Peripherzone als Grundlage der Weltpolitik verkündet. Danach seien Zonen dieser Art dazu berufen, ohne Rücksicht auf das Wohlergehen ihrer Menschen einen Schutzwall vor den Kernräumen zu bilden, in denen die Menschheit weiterleben müsse. Europa sei eine Rolle dieser Art zugedacht. Man müsse die Randzonen in ein weltpolitisches System einbeziehen und dürfe sie nicht leer lassen, weil sie sonst nach einem Naturgesetz den Gegner anzögen. Der stärkste Staat mit den besten Geographen behalte am Ende recht, wenn er schnell genug handle.

So deutete Prof. Hartke jede Geopolitik als Versuch zur Erfüllung des politischen Bedürfnisses nach einer wissenschaftlichen Klärung der Beziehung zwischen Mensch und Erde, als eine Art Anweisung, wie man auf die Dauer recht behalten könne. Jede Geopolitik stehe in der gleichen Gefahr wie die deutsche Geopolitik von gestern oder die amerikanische von heute. Sie sei in Versuchung, zu lange zu weitgehende Folgerungen aus uns scheinbar fest gegebenen Tatsachen zu ziehen. Haushofer sei sich dieser Gefahr zuerst nicht bewußt gewesen, dann habe er vergeblich gegen den Mißbrauch seiner Erkenntnisse protestiert. Die Techniker, die bei den Großprojekten wie der Bewässerung der Sahara, der Austrocknung des Mittelmeers oder dem nationalsozialistischen Programm eine Rolle spielten, hätten sich auch der Geopolitik bemächtigt. Noch immer lebe die Geopolitik, weil sie einfache Erklärungen und einfache Lösungen für die Masse – und nicht nur für die Masse – biete. Ohne diese Vereinfachungen könne

weder der kleine Mann noch der große Führer die Welt verstehen.

Die wahre Wissenschaft, auch eine richtig verstandene Geopolitik, müsse dagegen vor den Gefahren dieser angeblichen Wissenschaft warnen. Wenn ein Mann wie Huntington noch in der jüngsten Gegenwart seinen Studenten beigebracht habe, daß sich alles vom Klima her erklären lasse, befreie er sie und sich damit von der menschlichen Verantwortung. Diese Art der Geopolitik sei ebenso gefährlich wie die Atombombe. Sie ermögliche unter Umständen erst die Zündung. Prof. Hartke wies auf das tragische Schicksal Albrecht Haushofers hin. Auch er sei ein Opfer der mißverstandenen und in rohe Hände gelangten Theorie geworden. Er betonte, daß die Geopolitik die Verhärtung zu einer Doktrin nicht vertrage. Man müsse fordern, daß man ihre Sätze täglich neu in Frage stelle.

Prof. Dresch betonte in seinem Korreferat, daß die Geopolitik in Frankreich eine sehr viel geringere Rolle gespielt habe. Selbst wo man geopolitisch arbeite, scheue man das Wort. Ein Grund dafür liege in der Auffassung, daß die Geopolitik ein deutscher Einfuhrartikel sei. Man vergesse ihre Rolle in den angelsächsischen Ländern und erinnere sich nur daran, daß sie eine frankreichfeindliche Politik von Deutschland aus gestützt habe. Außerdem aber liege die französische Zurückhaltung auch an der Unabhängigkeit der französischen Universität gegenüber der Tagespolitik, an ihrem „Objektivismus“.

Trotzdem müsse man anerkennen, daß Richelieu in seinem Testament ein klassisches Werk der Geopolitik geliefert habe. Auch sonst habe Frankreich wichtige Gedanken zur Geopolitik beigetragen. Diese Gedanken seien aber nicht unter dem Einfluß wissenschaftlicher Geographen angewendet worden, sondern ohne ihr Zutun in die Hände von Politikern gefallen. Die französische Universität habe im 19. Jahrhundert nichts mehr mit der Geopolitik zu tun gehabt. Gerade damals aber habe diese Lehre dazu gedient, die Aufteilung der Erde von jedem beliebigen Standpunkt aus zu rechtfertigen. Die französische Geopolitik habe dem Imperialismus der französischen Politiker dienen sollen. Sie sei in Frankreich nicht eine Wissenschaft, sondern eine Kolonialtheorie geworden. Journalisten und

Staatsmänner hätten sich ihrer bedient. Professor Dresch erläuterte diese Behauptung am Beispiel der französischen Vorstellungen von „Eurafrika“.

Es käme aber darauf an, mit wissenschaftlicher Genauigkeit Tatsachen der gegenwärtigen Welt festzustellen. Das sei die Aufgabe einer politischen Geographie, die man auch Geopolitik nennen könne. Die Geopolitik in den überseeischen Gebieten sei sozusagen eine Vorläuferin der dort noch nicht möglichen politischen Geographie. Prof. Dresch gab als Beispiel die geographische Raumforschung des modernen China, die er selbst vor kurzem erlebt hat. Man sei dort dabei, das eigene Vaterland zu entdecken. In diesem Sinne könne man Geopolitik als angewandte Geographie im Sinne der Raumforschung bezeichnen.

Der Vorsitzende stellte fest, daß die Referenten sich darin einig seien, daß Geopolitik im bisherigen Sinn keine Wissenschaft sei. Wollten sie damit sagen, daß die Beziehungen zwischen Mensch und Erde nicht wissenschaftlich geklärt werden könnten? Sie seien sicher beide vom Gegenteil überzeugt.

In der Diskussion wurde Prof. Hartke nach dem Unterschied zwischen der von Prof. Dresch beschriebenen Art der Geopolitik und der Raumforschung gefragt. Der Vorsitzende wies darauf hin, daß man in Deutschland offenbar einzelne Begriffe ohne Änderung des Wortlauts ganz verschieden deuten könne. Er erwähnte warnend Hellpachs „Geopsychologie“. Prof. Hartke stimmte ihm darin zu, daß offenbar ideologische Voraussetzungen bei der Raumforschung eine oft unbewußte Rolle spielen könnten, diese sei aber etwas anderes als Geopolitik. Sie sei praktisch eine Bestandsaufnahme. Auch Prof. Vermeil betonte die Gefahr der deutschen Neigung zur Stammespsychologie, er erinnerte an Nadler. Er wurde darauf hingewiesen, daß sich in Frankreich ähnliche Neigungen bemerkbar machen. Man einigte sich darüber, daß Geopolitik ein außerordentlich vieldeutiger Begriff sei.

Nadolny

Das auf S. 596 von Heft 10 besprochene Buch des Botschafters Nadolny heißt: „Mein Beitrag“, Limes-Verlag, Wiesbaden.

W. O. v. Hentig

STEFAN ZWEIG ÜBER KARL HAUSHOFER

Stefan Zweig berichtet auf SS. 173-76 seines 1952 im S.-Fischer-Verlag, Frankfurt/Main veröffentlichten Buches „Die Welt von gestern“ über seine Begegnung mit General Karl Haushofer, dem Gründer und langjährigen Herausgeber der Zeitschrift für Geopolitik:

„Unter den Männern, denen ich auf meiner Indienreise begegnete, hat einer auf die Geschichte unserer Zeit unabsehbaren, wenn auch nicht offen sichtbaren Einfluß gewonnen. Von Kalkutta aus nach Hinterindien und auf einem Flußboot den Irawaddi hinaufsteuend, war ich täglich stundenlang mit Karl Haushofer und seiner Frau zusammen, der als deutscher Militärattaché nach Japan kommandiert war. Dieser aufrechte, hagere Mann mit seinem knochigen Gesicht und einer scharfen Adlernase gab mir die erste Einsicht in die außerordentlichen Qualitäten und die innere Zucht eines deutschen Generalstabsoffiziers. Ich hatte selbstverständlich schon vordem in Wien ab und zu mit Militärs verkehrt, freundlichen, lebenswürdigen und sogar lustigen jungen Menschen, die meist aus Familien mit bedrängter Lebensstellung in die Uniform geflüchtet waren und aus dem Dienst sich das Angenehmste zu holen suchten. Haushofer dagegen, das spürte man sofort, kam aus einer kultivierten, gutbürgerlichen Familie — sein Vater hatte ziemlich viele Gedichte veröffentlicht und war, glaube ich, Professor an der Universität gewesen —, und seine Bildung war auch jenseits des Militärischen universal. Beauftragt, die Schauplätze des russisch-japanischen Krieges an Ort und Stelle zu studieren, hatten sowohl er als seine Frau sich mit der japanischen Sprache, ja auch Dichtung, vertraut gemacht; an ihm sah ich wieder, daß jede Wissenschaft, auch die militärische, wenn großzügig erfaßt, notwendigerweise über das enge Fachgebiet hinausreichen und sich mit allen andern Wissenschaften berühren muß. Er arbeitete auf dem Schiff den ganzen Tag, verfolgte mit dem Feldstecher jede Einzelheit, schrieb Tagebücher oder Referate, studierte Lexika; selten habe ich ihn ohne ein Buch in Händen gesehen. Als genauer Beobachter wußte er gut darzustellen; ich lernte von ihm im Gespräch viel über das Rätsel des Ostens,

und heimgekehrt, blieb ich dann mit der Familie Haushofer in freundschaftlicher Verbindung; wir wechselten Briefe und besuchten einander in Salzburg und München. Ein schweres Lungenleiden, das ihn ein Jahr in Davos oder Arosa festhielt, förderte durch die Abwesenheit vom Militär seinen Übergang in die Wissenschaft; genesen, konnte er dann im Weltkrieg ein Kommando übernehmen. Ich dachte bei dem Niederbruch oft und mit großer Sympathie an ihn; ich konnte mir denken, wie er, der jahrelang an dem Aufbau der deutschen Machtposition und vielleicht auch der Kriegsmaschine in seiner unsichtbaren Zurückgezogenheit mitgearbeitet hatte, gelitten haben muß, Japan, wo er viele Freunde erworben hatte, unter den siegreichen Gegnern zu sehen.

Bald erwies es sich, daß er einer der ersten war, die systematisch und großzügig an einen Neuaufbau der deutschen Machtposition dachten. Er gab eine Zeitschrift für Geopolitik heraus, und, wie es so oft geht, verstand ich nicht den tieferen Sinn dieser neuen Bewegung in ihrem Beginn. Ich meinte redlich, daß es sich nur darum handle, das Spiel der Kräfte im Zusammenwirken der Nationen zu belauschen, und selbst das Wort vom „Lebensraum“ der Völker, das er, glaube ich, als erster prägte, verstand ich im Sinne Spenglers nur als die relative, mit den Epochen wandelbare Energie, die im zeitlichen Zyklus jede Nation einmal auslöst. Auch Haushofers Forderung, die individuellen Eigenheiten der Völker genauer zu studieren und einen ständigen Instruktionsapparat wissenschaftlicher Natur aufzubauen, schien mir durchaus richtig, da ich meinte, daß diese Untersuchung ausschließlich völkerannähernden Tendenzen zu dienen hätte; vielleicht — ich kann es nicht sagen — war auch wirklich Haushofers ursprüngliche Absicht keineswegs eine politische. Ich las jedenfalls seine Bücher (in denen er mich übrigens einmal zitierte) mit großem Interesse und ohne jeden Verdacht, ich hörte von allen Objektiven seine Vorlesungen als ungemein instruktiv rühmen, und niemand klagte ihn an, daß seine Ideen einer neuen Macht- und Aggressionspolitik dienen sollten und nur die alten großdeutschen Forderungen

in neuer Form ideologisch zu motivieren bestimmt seien. Eines Tages aber, als ich in München gelegentlich seinen Namen erwähnte, sagte jemand im Ton der Selbstverständlichkeit: „Ach, der Freund Hitlers?“ Ich konnte nicht mehr erstaunt sein, als ich es war. Denn erstens war Haushofers Frau durchaus nicht rassenrein und seine (sehr begabten und sympathischen) Söhne vermögen den Nürnberger Judengesetzen keineswegs standzuhalten; außerdem sah ich keine direkten geistigen Bindungsmöglichkeiten zwischen einem hochkultivierten, universalisch denkenden Gelehrten und einem auf das Deutschtum in seinem engsten und brutalsten Sinn festgerannten wüsten Agitator. Aber einer der Schüler Haushofers war Rudolf Heß gewesen, und er hatte die Verbindung zustande gebracht; Hitler, an sich fremden Ideen wenig zugänglich, besaß nun von Anfang an den Instinkt, sich alles anzueignen, was seinen persönlichen Zielen von Nutzen sein konnte; darum mündete und erschöpfte sich die „Geopolitik“ für ihn vollkommen in nationalsozialistischer Politik, und er machte sich so viel von ihr dienstbar, als seinen Zwecken dienen konnte. Immer war es ja die Technik des Nationalsozialismus, seine durchaus eindeutig egoistischen Machtinstinkte ideologisch und pseudomoralisch zu unterkellern, und mit diesem Begriff „Lebensraum“ war endlich für seinen nackten Aggressionswillen ein philosophisches Mäntelchen gegeben, ein durch seine vage Definitionsmöglichkeit unverfänglich scheinendes Schlagwort, das im Falle eines Erfolges jede An-

nexion, auch die willkürlichste, als ethische und ethnologische Notwendigkeit rechtfertigen konnte. So ist es mein alter Reisebekannter, der — ich weiß nicht, ob mit Wissen und Willen — jene fundamentale und für die Welt verhängnisvolle Umstellung in Hitlers — ursprünglich streng auf das Nationale und die Rassenreinheit begrenzter — Zielsetzung verschuldet hat, die dann durch die Theorie des „Lebensraums“ in den Slogan ausartete: „Heute gehört uns Deutschland, morgen die ganze Welt“ — ein ebenso sinnfälliges Beispiel, daß eine einzige prägnante Formulierung durch die immanente Kraft des Wortes sich in Tat und Verhängnis umsetzen kann wie vordem die Formulierungen der Enzyklopädisten von der Herrschaft der *raison* schließlich in ihr Gegenteil, Terror und Massenemotion umschlugen. Persönlich hat in der Partei Haushofer, soviel ich weiß, nie eine sichtbare Stellung eingenommen, ist vielleicht sogar nie Parteimitglied gewesen; ich sehe in ihm keineswegs wie die fingerfertigen Journalisten von heute eine dämonische „graue Eminenz“, die, im Hintergrunde versteckt, die gefährlichsten Pläne ausheckt und sie dem Führer souffliert. Aber daß es seine Theorien waren, die mehr als Hitlers rabiater Berater die aggressive Politik des Nationalsozialismus unbewußt oder bewußt aus dem eng Nationalen ins Universelle trieben, unterliegt keinem Zweifel; erst die Nachwelt wird mit besserer Dokumentierung, als sie uns Zeitgenossen zur Verfügung steht, seine Gestalt auf das richtige historische Maß bringen.“

Lob für die Zeitschrift für Geopolitik

In der Oktobernummer 1955 der „einzigsten gemeinsamen Verleger- und Autorenzeitschrift des deutschen Sprachgebietes“, der in Detmold erscheinenden „Publikation“, steht in einer Betrachtung auf der ersten Seite folgender Satz: „Manche Zeitungen und Zeitschriften haben ihre Rubrik Leserbriefe zu einer besonderen Attraktion auf hohem Niveau entwickelt wie z. B. Deutsche Kommentare und Zeitschrift für Geopolitik.“

Preisausschreiben der Carnegie-Stiftung

Das europäische Büro der Carnegie-Stiftung für den Weltfrieden, Genf, 172, Route de Ferney, Grand-Saconnex, lädt zur Beteiligung an einem Preis Ausschreiben ein, für das insgesamt 4500 Dollar ausgesetzt sind. Es soll in einer Arbeit nach eigener Wahl ein Aspekt der Tätigkeit internationaler Organisationen in der Gegenwart behandelt werden. Bewerber bis zu 40 Jahren können Arbeiten auch in deutscher Sprache einreichen.

FÜNF JAHRE NEUE FOLGE DER ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

Mit dem Jahresende 1955 schließt das Jahrfünft ab, für das der bisherige Herausgeber die Schriftleitung der Zeitschrift für Geopolitik übernommen hat. Bevor ein neuer Verlag eine Dritte Folge der seit mehr als einer Generation erscheinenden Zeitschrift herausbringen wird, tritt eine Pause ein.

Als die Erste Folge 1944 zu erscheinen aufhörte, näherte sich der Zweite Weltkrieg seinem Ende. Die nackte Not gab die zur Besinnung nötigen Kräfte nicht mehr frei, die bis dahin zwanzig Jahre lang versucht hatten, nach einem Wort Karl Haushofers das „geographische Gewissen der Nation“ in dieser Zeitschrift sprechen zu lassen.

Als die Neue Folge der Zeitschrift für Geopolitik vorbereitet wurde, war gerade der Koreakrieg ausgebrochen. Der erste Aufsatz, geschrieben vom Nobelpreisträger 1950, dem schwarzen Amerikaner Ralph Bunche, dem Vermittler des Waffenstillstandes in Palästina und Leiter der Treuhandschaftsabteilung bei den Vereinten Nationen, trug die Überschrift: „Besteht noch Hoffnung auf Frieden?“ Diese Frage stand über dem Jahrfünft 1951 bis 1955. Die Zeitschrift hat sich die Antwort nicht leicht gemacht, sie hat versucht, billige Deklamationen zu vermeiden und allen Stimmen der Besorgnis, aber auch der Hoffnung Gehör zu verschaffen, die hörensWert waren, selbst wenn sie sich widersprachen.

Im Jahre 1955 hat die Konferenz von Bandung bewiesen, daß die Zeitschrift für Geopolitik mit ihrer seit der ursprünglichen Gründung immer wiederholten Mahnung recht hatte, durch die sie zu einer richtigen Einschätzung des Gewichts der außereuropäischen Länder aufforderte. Die Genfer Konferenz der Weltmächte hat im gleichen Jahr den mit dem Koreakrieg eingeleiteten Abschnitt der Nachkriegsgeschichte abgeschlossen. Daß auch die engeren Probleme des provisorischen westdeutschen Staatswesens an einen wichtigen Zeitabschnitt gekommen sind, wurde bei der Moskaureise seines leitenden Politikers ebenso deutlich wie bei der Unruhe unter den Bauern, Gewerkschaftsführern, Unternehmern und Wirtschaftspolitikern. Über die Grenzen des westdeutschen Staates von 1949 hinaus war das Jahr 1955 wichtig, weil Österreich von den Besatzungstruppen geräumt wurde, weil überlebende Gruppen deutscher Gefangener aus allen Perioden der Gefangennahme oder Inhaftierung in die verschiedenen Teile des deutschen Sprachgebiets zurückkehrten, weil im Saarland unter internationaler Aufsicht eine eindeutige Entscheidung der Wähler fiel. Der Augenblick ist zu einer neuen Besinnung für die geopolitische Publizistik in deutscher Sprache höchst geeignet.

In den fünf Jahrgängen, die seit 1951 erschienen sind, wurden gelegentlich kurze Äußerungen zum Programm dieser Zeitschrift veröffentlicht. Es ist daher nicht nötig, die Absichten des Herausgebers nachträglich zu schildern, Daß sie nicht immer in vollem Umfang erfüllt wurden, weiß er selbst nur zu gut.

Er hat sich darum bemüht, die Zeitschrift vor denjenigen ihrer eigenen Freunde zu schützen, die in ihr weniger nüchterne Information und ehrliche Diskussion als Gelegenheit zur Verkündung starrer Dogmen, zur Formulierung scheinwissenschaftlicher Lehrsätze oder zur Äußerung von Ressentiments suchten. Der Herausgeber hält Geopolitik nicht für eine Wissenschaft, eine Lehre oder eine Weltanschauung, schon gar nicht für eine geeignete Grundlage abstruser Prophezeiungen, sondern nur für ein gegen eigene Irrtumsmöglichkeiten immer waches Bemühen um Einsicht in die von der Natur und Geschichte gegebenen Voraussetzungen unseres Han-

delns, in die erdnahe und weltweite Wirklichkeit. Mit dieser Wirklichkeit wollte er auch sogenannte Geopolitiker konfrontieren, die mehrfach bedauert haben, daß er ihnen zu wenig Raum für ihre erkenntnistheoretischen Erörterungen zur Geopolitik, auf gut Deutsch für schein gelehrtes Geschwätz, gab.

Für und Wider sollten zu Worte kommen. Nach Möglichkeit sind öffentliche Angriffe auf „die“ Geopolitik den Lesern zur Kenntnis gebracht worden. Das Wort selbst ist überall dort umstritten, wo man es mit fixen Ideen gleichsetzt, anstatt in ihm ganz schlicht den Wunsch zu erkennen, daß die Tatsachen dieser Erde weder beim politischen Denken noch beim politischen Handeln übersehen werden sollen. Angriffe kamen übrigens vor allem von solchen Personen, die selbst die Zeitschrift für Geopolitik nicht lasen, sondern irgendwann einmal irgend etwas gehört zu haben glaubten.

Dagegen haben Männer und Frauen aller Hautfarben und Religionen aus vielen Völkern und Staaten mit oft einander entgegengesetzten Ansichten ohne Scheu gerade in dieser Zeitschrift der Sache der Vernunft zu dienen versucht, wie es der erste Beitrag von Bunche tat. Eine Einheitsfront zwischen diesen Mitarbeitern und dem Herausgeber bestand gegen leere Schlagworte, dumme Arroganz und die tödlichste Gefahr unserer Gegenwart, die Trägheit des Herzens.

Der Begründer der Zeitschrift, der selbstlos auch durch sie dem öffentlichen Interesse diene und dem allein das geistige Urheberrecht an ihren ersten zwanzig Jahrgängen zusteht, kam aus der militärischen Laufbahn. Er dachte in Staaten, Heeren, Flotten und Kraftfeldern. Eine seiner wichtigsten Erkenntnisse führte ihn zur Wirklichkeit „Eurasiens“, aus der er Schlüsse zog, mit denen nicht alle Beurteiler übereinstimmen.

Die amerikanische Geopolitik, die sich schon vor Karl Haushofer betätigte und besonders in den Jahren am Werke war, in denen seine Arbeit durch ihre Landsleute und ihre deutschen Freunde mit oft sehr schiefen Argumenten angegriffen wurde, dachte ebenfalls in Staaten, Heeren, Flotten und Kraftfeldern. Sie entwickelte eine „globale“, den Nordpol einbeziehende strategische Auffassung, die geistig das Zeitalter der Atombomben tragenden Luftwaffe vorbereiten half.

Der Herausgeber der Neuen Folge kommt weder aus einer militärischen Laufbahn noch aus der wissenschaftlichen Geographie. Er hat an seinem eigenen geistigen Ausgangspunkt, der Soziologie, gelernt, daß die Kernfragen der gegenwärtigen Zeit, die sozialer und geistiger Art sind, in den engen Grenzen eines Staates weder gelöst noch auch nur verstanden werden können. Die Erde ist nicht insofern eine Einheit, als sie unter eine Vorherrschaft zusammengeschlossen werden muß, wohl aber dadurch, daß die menschlichen Erscheinungen in all ihren Träumen voneinander abhängig sind.

Karl Heinz Pfeffer.

Die in den einzelnen Beiträgen zum Ausdruck kommenden Ansichten decken sich keineswegs immer mit der Meinung der Schriftleitung, zum Teil sind sie ihr entgegengesetzt. Die Schriftleitung fühlt sich verpflichtet, allen Stimmen Gehör zu verschaffen, deren Vorhandensein bei einem Bemühen um Realismus zur Kenntnis genommen werden muß oder die ein wichtiges Gespräch in Gang bringen können. Darüberhinaus enthält der Abschnitt „Freie Aussprache“ genau das, was seine Überschrift sagt.

Verlag: C. W. Leske, Darmstadt / Druck: L. C. Wittich, Darmstadt / Verantwortlich für den Inhalt: Professor Dr. K. H. Pfeffer, Hamburg 36, Gänsemarkt 35 I.

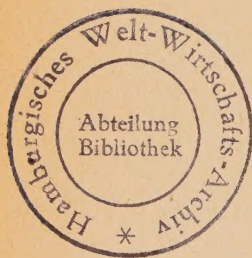
Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 1.

Max Gustav Lange

Marxismus — Leninismus — Stalinismus

Zur Kritik des dialektischen
Materialismus

210 Seiten. Leinen 12.80 DM.



KLETT

„Wenn ein deutscher Hochschullehrer, der selber jahrelang in der sowjetischen Welt gelebt hat, ein Buch über das Wesen und die Geschichte der kommunistischen Ideologie schreibt, so verdient das besondere Aufmerksamkeit. In der Darstellung Langes, die nun wirklich nüchtern und unpolemisch geschrieben ist, treten einem alle die unangenehmen und deshalb gar zu gern vergessenen Grundtatsachen und -elemente entgegen, auf denen auch im Zeichen des Lächelns die Politik Moskaus in aller Welt beruht. Denn die Sowjetunion ist nicht nur ein Staat unter Staaten. Sie ist zugleich das Hauptquartier einer neuen Heilslehre, die ihr Ziel in der Vernichtung aller andersgearteten Ordnungen und Vorstellungen sieht. Es ist erregend, die Geschichte dieser Lehre nachzulesen. Die im Leninismus und Stalinismus vollzogene Verbindung von Philosophie, Eschatologie, Chiliasmus und Terror hat eine Ideologie entstehen lassen, die sicher schon hundertmal wissenschaftlich widerlegt wurde – und die trotzdem heute in Millionen von Köpfen herumspukt. Für denjenigen, der sich ein Urteil über die Sowjetunion erlauben will, wäre es freilich gut, die ideologischen Grundlagen neben die freundlichen Koexistenzreden sowjetischer Führer zu stellen. Als Handbuch gegen die Verwirrung und Verharmlosung ist das Buch Langes für eine solche Konfrontierung trefflich geeignet.“

Christ und Welt, Stuttgart.

Weihnachtsangebot für unsere Abonnenten

Bei der Überlegung: „Was soll ich schenken?“ möchten wir rechtzeitig disponieren helfen und bieten deshalb unseren Abonnenten folgende Neuerscheinungen unseres Verlages zu einem Vorzugspreis an:

1. Prof. Dr. K. H. Pfeffer: **Handwörterbuch der Politik**
304 Seiten, Leinen, Stichworte von A bis Z,
Geldschneiderei DM 9.80, Vorzugspreis DM 8.30

Jeder Leser der „Zeitschrift für Geopolitik“ wird besonders interessiert sein an diesem prägnanten, knapp und gründlich informierenden Nachschlagewerk der politischen Begriffe

2. Dr. W. Hildebrandt: **Die Sowjetunion – Macht und Krise**
280 Seiten, Leinen DM 9.80, Vorzugspreis DM 8.30

Ohne Kenntnis der sowjetischen Spielregeln und der politischen Konzeption des roten Imperiums läßt sich die weltpolitische Lage nicht mehr beurteilen. Hier gibt der politische und wissenschaftliche Experte in Fragen der Sowjetunion Dr. Walter Hildebrandt, eine fundierte und prägnant formulierte Darstellung der Probleme und ihre Entwicklung zum heutigen Stande.

3. Dr. W. Heißig: **Ostmongolische Reise**
Dämonen, Gaukler und Schamanen
180 Seiten, 8 Bildtafeln, Leinen DM 9.80, Vorzugspreis DM 8.30

Für den Liebhaber von Reiseerlebnissen und Beschreibungen von fernen Ländern und Menschen ist dies Buch besonders interessant als letztes authentisches Werk über die ostasiatische Steppe und das Schicksal ihres einst gewaltigen Volkes der Mongolen.

Für die Jugend empfehlen wir „das beste Buch, das je über den Motorsport und die Geschichte des Autos geschrieben wurde und in nächster Zeit geschrieben werden wird“.

4. Plathner-Bittorf: **Die brüllende Straße**
Der Kampf um die PS, das große Abenteuer unserer Zeit
240 Seiten, 80 Bildtafeln – Jugendausgabe DM 6.80
Vorzugspreis DM 6.20

te hier abtrennen oder Ihre Bestellung auf einer Postkarte unter Bezugnahme auf Ihr Abonnement an den C.W. Leske-Verlag, Darmstadt, Bismarckstraße 5, einreichen. Wir lassen Ihnen dann die gewünschten Bücher durch eine Buchhandlung zugehen.)

stellschein

f Grund Ihres Weihnachtsangebotes für Abonnenten der „Zeitschrift für Geopolitik“ bestelle ich hiermit:

..... Pfeffer: Handwörterbuch der Politik	DM 8.30
..... Hildebrandt: Die Sowjet-Union / Macht und Krise . .	DM 8.30
..... Heißig: Ostmongolische Reise	DM 8.30
..... Plathner/Bittorf: Die brüllende Straße (Jugendausg.)	DM 6.20

me: Ort:

tum: Straße:

Unterschrift:

Professor Dr. Karl-Heinz Pfeffer,
Herausgeber der ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK:

Handwörterbuch der Politik

Stichworte A bis Z, 304 Seiten, Leinen,
Vorzugspreis für unsere Abonnenten bis 20. 12. 1955
DM 8,30 (ord. DM 9,80).

Der Herausgeber der ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK Professor Pfeffer gibt hier eine knappe Deutung der wichtigsten politischen Begriffe, die alphabetisch wie in einem Lexikon angeordnet sind. Erfaßt wurden dabei folgende Sachgebiete:

- Politische Geographie
- Politische Anthropologie
- Staat und Recht
- Wirtschaft und Gesellschaft
- Geistige Mächte und ihre Wirkungsmöglichkeit
- Politische Geschichte
- Tatsachen und offene Fragen unserer Gegenwart

In der präzisen Formulierung, die zugleich Auskunft und Anregung zu weiterer Überlegung gibt, mit der Fülle der Stichworte und der gegenseitigen Bezogenheit der Sachgebiete ist das Buch ein unentbehrliches Nachschlagewerk, das jeder Zeitungsleser, jeder politisch Interessierte und jeder aktive Mitarbeiter im öffentlichen Leben täglich braucht und das in die Handbibliothek jedes Wirtschaftlers und Wissenschaftlers gehört. Politik wird hier als verantwortliches und bewußtes Handeln im gemeinsamen Leben der Menschen und Völker verstanden. Unter den Schlagworten, Begriffen, Tatsachenbezeichnungen und Namen des „Handwörterbuchs der Politik“ werden Gründe und Hintergründe, Absichten und Zusammenhänge dieses politischen Lebens erhellt.

Wir liefern noch im Dezember aus
Bestellschein umseitig

C. W. LESKE VERLAG · DARMSTADT